Handbuch Wirtschaftsgeschichte

herausgegeben vom Institut für Wirtschaftsgeschichte der Akademie der Wissenschaften der DDR

VEB Deutscher Verlag der Wissenschaften Berlin 1981

Band 2

Herausgeberkollegium

Hans Radandt (Vorsitzender)
Peter Musiolek (stellv. Vorsitzender)
Siegfried Epperlein
Thomas Kuczynski
Manfred Nussbaum
Jörg Roesler

[605]

Inhaltsverzeichnis[1]

2.5. Kapitalistische Produktionsweise 4
2.5.1. Allgemeine Charakterisierung der kapitalistischen Produktionsweise 4
2.5.2. Ausbeutung und Ausbeutungsmethoden 15
2.5.3. Banken 21
2.5.4. Bevölkerungsbewegung 26
2.5.5. Eigentumsverhältnisse 31
2.5.6. Energiewirtschaft 35
2.5.7. Handel 42
2.5.8. Handwerk 49
2.5.9. Industrielle Produktivkräfte 53
2.5.10. Industrielle Revolution 58
2.5.11. Kapitalexport und Kapitalimport 64
2.5.12. Klassenkampf 71
2.5.13. Klassenstruktur 76
2.5.14. Kolonialismus und Neokolonialismus 83
2.5.15. Landwirtschaft 89
2.5.16. Militärwesen und Wirtschaft 97
2.5.17. Monopole 101
2.5.18. Öffentliche Finanzen 109
2.5.19. Organisationsformen der Wirtschaft 114
2.5.19.1. Rechtsformen der Unternehmen 114
2.5.19.2. Verbände 117
2.5.20. Staatseigentum in der Produktions- und Zirkulationssphäre 121
2.5.21. Staatsmonopolistischer Kapitalismus 125
2.5.22. Transport- und Nachrichtenwesen 133
2.5.23. Währung 138
2.5.24. Weltwirtschaft 143
2.5.25. Wirtschaftskrisen 151
2.5.26. Wirtschaftspolitik 158
2.5.27. Wissenschaftlich-technische Revolution 164
2.6. Entwicklungsländer 170
2.6.1. Allgemeine Charakterisierung 170
2.6.2. Bevölkerung 174
2.6.3. Entwicklungshilfe 178
2.6.4. Finanzen 181
2.6.5. Handel 184

[1] Die Seitenzahlen dieses Inhaltsverzeichnisses beziehen sich auf die der PDF-Datei.

2.6.6. Industrie 188
2.6.7. Koloniale Vergangenheit 193
2.6.8. Landwirtschaft 199
2.6.8.1. Allgemeine Probleme 199
2.6.8.2. Agrarreformen 202
2.6.8.3. Genossenschaftswesen 204
2.6.9. Nationale Befreiungsbewegung 207
2.6.10. Sozial- und Klassenstruktur 209
2.7. Sozialistische Produktionsweise 214
2.7.1. Allgemeine Charakterisierung der sozialistischen Produktionsweise 214
2.7.2. Arbeits- und Lebensbedingungen 223
2.7.3. Außenhandel 229
2.7.4. Bevölkerung 239
2.7.5. Bildung und Qualifizierung 244
2.7.6. Binnenhandel 253
2.7.7. Eigentumsverhältnisse 257
2.7.8. Energiewirtschaft 266
2.7.9. Finanzwesen 271
2.7.10. Handwerk 279
2.7.11. Industrie 285
2.7.12. Intensivierung 292
2.7.12.1. Intensivierung in den Mitgliedländern des RGW 292
2 .7.12.2. Intensivierung in der DDR 297
2.7.13. Klassen und Schichten 301
2.7.14. Landwirtschaft 308
2.7.15. Organisationsstruktur und Organisationsformen der Industrie 314
2.7.16. Organisierte Masseninitiative, Aktivisten- und Wettbewerbsbewegung 320
2.7.17. Planung 326
2.7.18. RGW und ökonomische Integration 335
2.7.19. Sozialistische Industrialisierung 343
2.7.20. Sozialistische Weltwirtschaft 349
2.7.21. Transport- und Nachrichtenwesen 356
2.7.22. Wiederherstellung der Volkswirtschaft 363
2.7.23. Wirtschaftliche Rechnungsführung 369
2.7.24. Wirtschaftspolitik 375
2.7.25. Wissenschaftlich-technischer Fortschritt und wissenschaftlich-technische Revolution 381
Abkürzungsverzeichnis häufig zitierter Literatur 390

2.5. Kapitalistische Produktionsweise

2.5.1. Allgemeine Charakterisierung der kapitalistischen Produktionsweise

Das entscheidende Charakteristikum der kapitalistischen Produktionsweise, das ihr ja auch den Namen gibt, ist das Kapital. „Aber das Kapital ist kein Ding, sondern ein bestimmtes, gesellschaftliches ... Produktionsverhältnis, das sich an einem Ding darstellt und diesem Ding einen spezifischen gesellschaftlichen Charakter gibt.“ [MEW 25: 8221 Das Gegenstück zum Kapital ist die Lohnarbeit, d. h. die Arbeit des Arbeiters, der sein eigenes Arbeitsvermögen verkauft: „Ohne Salariat (Lohnarbeit – d. Vf.) keine Produktion von Mehrwert ..., ohne Produktion von Mehrwert keine kapitalistische Produktion, also kein Kapital und kein Kapitalist! Kapital und Lohnarbeit ... drücken nur zwei Faktoren desselben Verhältnisses aus.“ [2: 62]

Als das eine Produktionsweise bestimmende Produktionsverhältnis, als ihr Grundverhältnis, ist Kapital aber nur dann vorhanden, wenn die Produktionsmittel in den Händen von Privateigentümern (Kapitalisten) konzentriert sind und die Produzenten (Lohnarbeiter) als Eigentümer ihrer Arbeitskraft diese gegen Lohn (Preis der Ware Arbeitskraft) an die Kapitalisten verkaufen und durch ihre Arbeit Mehrwert erzeugen.

Mehrwert ist ein immanenter Bestandteil des Kapitals. Die allgemeine Formel des Kapitals, wie es unmittelbar in der Zirkulationssphäre erscheint, lautet G-W-G′, wobei G′ = G + dG ist, ursprünglich für W(aren) verausgabtes G(eld) plus Mehrgeld (dG). Weil Kapital sich selbst verwertender, also mehrwertheckender Wert ist, gibt es auch kein Kapital, das nicht Mehrwert erzeugt: Der prozessierende, sich selbst verwertende Wert „unterscheidet sich als ursprünglicher Wert von sich selbst als Mehrwert, als Gott Vater von sich selbst als Gott Sohn, und beide sind vom selben Alter und bilden in der Tat nur eine Person, denn nur durch den Mehrwert von 10 Pfd. St. werden die vorgeschossenen 100 Pfd. St. Kapital, und sobald sie dies geworden, sobald der Sohn und durch den Sohn der Vater erzeugt, verschwindet ihr Unterschied wieder und sind beide Eins, 110 Pfd. St.“. [MEW 23: 169 f.]

Bevor aber Kapital als Grundverhältnis existiert, ist es schon da, und zwar als Produktionsverhältnis von untergeordneter Bedeutung.

Die historisch erste Erscheinungsform des Kapitals ist das Geld; die Warenzirkulation ist also der Ausgangspunkt des Kapitals. [MEW 23: 161] Hier erscheint auch die Form G-W-G′, kaufen, um teurer zu verkaufen, am reinsten, und zwar in Gestalt des Handelskapitals, das in allen vorkapitalistischen Klassengesellschaften in mehr oder minder starkem Maße agiert. Ganz dasselbe trifft auf das Wucher- bzw. zinstragende Kapital zu, in dessen Formel G-G′ auf alle Vermittlung verzichtet ist: Hier wird Geld gegen mehr Geld ausgetauscht, ein vom Standpunkt der einfachen Warenproduktion unerklärlicher Zustand, in dem aber das Kapital in seiner reinsten Gestalt erscheint.

Ganz dasselbe finden wir bei der Lohnarbeit vor, die in mannigfachen Formen in den vorkapitalistischen Klassengesellschaften vorhanden ist. Auch wenn die Arbeiter, in Abgrenzung zum spezifisch kapitalistischen Lohnarbeiter, als Mietsarbeiter, Tagelöhner, **[606]** Mietlinge, Söldner usw. bezeichnet werden, so verkaufen sie zweifelsohne ihr Arbeitsvermögen, um mittels des erhaltenen Geldes ihre Arbeitskraft zu reproduzieren. Damit bildet sich auch die für den Lohnarbeiter als Warenbesitzer eigentümliche Gestalt des Zirkulationsprozesses heraus, die sich, auch im Kapitalismus, als Verkauf von Ware gegen Geld zum Kauf von Waren, also der einfachen Warenproduktion analog als W-G-W darstellt.

Aber nichts wäre falscher, als nun etwa von antikem oder altorientalischem Kapitalismus sprechen zu wollen (wie dies manche bürgerlichen Wirtschaftshistoriker tun). Vielmehr stehen Lohnarbeit und Kapital hier nebeneinander: Die Arbeitsprodukte des Lohnarbeiters dienen der *Konsumtion* seines Käufers, verwandeln sich also nicht in Kapital; umgekehrt dient das Kapital nicht zum Kauf der Arbeitskraft, sondern erzielt seinen Mehrwert aus dem Verkauf der fertigen Produkte, die gerade nicht von Lohnarbeitern hergestellt sind. So wie also die Produkte der Lohnarbeit nicht in den Zirkulationsprozeß eingehen, so tritt das Kapital nicht in den Produktionsprozeß ein – beide stehen gleichgültig nebeneinander (s. [2: 44, 96, 132]).

Lohnarbeit und Kapital sind also historisch weit früher da, als die kapitalistische Produktionsweise existiert, aber sie existieren nicht als spezifisch kapitalistische Form, in der nämlich das Kapital die Arbeit und damit den Arbeitsprozeß unter sich subsumiert hat, ihn beherrscht. Erst wenn Kapital Resultat von Lohnarbeit ist, wenn Lohnarbeit ein Bestandteil des Kapitals ist, als variables Kapital fungiert, können wir von einer kapitalistischen Produktionsweise sprechen. Das setzt aber voraus, daß der Eigentümer von Produktionsmitteln nicht zugleich Eigentümer von Arbeitskräften ist (wie Sklavenhalter und Feudalherr) , daß der Eigentümer von Arbeitskraft nicht zugleich Eigentümer von Produktionsmitteln ist (wie der kleine Warenproduzent), daß also die objektiven von den subjektiven Produktionsbedingungen geschieden sind, die durch das Kapital im kapitalistischen Produktionsprozeß wieder zusammengefaßt werden: *„Eigen ist dem Kapital nichts als die Vereinigung der Massen von Händen und Instrumenten, die es vorfindet. Es agglomeriert sie unter seiner Botmäßigkeit.“* [MGr 407]

Weil der Kapitalismus historisch aus einer auf der Landwirtschaft basierenden Gesellschaft hervorgeht, finden die entscheidenden, diese Entwicklung in Gang setzenden Prozesse im agrarischen Bereich statt. Sie beginnen mit der Umwandlung der feudal abhängigen Produzenten, der Leibeigenen, in freie Bauern und enden mit der Umwandlung der freien Bauern in doppelt freie Lohnarbeiter.

In engem Zusammenhang hierzu steht die Frage der frühbürgerlichen Revolution, in der zwar eine weitgehende (Westelbien, Frankreich) oder fast vollständige (Italien, England) Beseitigung der Leibeigenschaft erfolgte, die aber in den meisten Ländern auf dem Wege der Restauration wieder rückgängig gemacht wurde. Diese Tatsache macht deutlich, daß das Verschwinden der Leibeigenschaft zwar eine historisch notwendige, aber keineswegs eine hinreichende Bedingung für die Entwicklung des Kapitalismus ist. Hinzutreten muß zunächst die Beseitigung der früheren *feudalen* Grundeigentümer *als Klasse.* Diese ist historisch auf dreierlei Weise erfolgt: durch Machtkämpfe innerhalb der herrschenden Feudalität selbst, also durch historisch-sozialen Selbstmord (Rosenkriege in England), zweitens durch den revolutionären Akt der Bourgeoisie selbst (Frankreich), drittens durch die Umwandlung der feudalen in kapitalistische Grundeigentümer (preußischer Weg).

Allerdings setzte der preußische Weg der kapitalistischen Entwicklung in der Landwirtschaft schon die erfolgreiche Durchführung der bürgerlichen Revolution in anderen Ländern voraus, so daß die Feudalität ihr Heil in der Anpassung suchte – etwa die Durchführung der preußischen Agrarreformen als Reflex auf die Französische Revolu-**[607]**tion –, wobei die Umwandlung der feudal abhängigen Bauern in doppelt freie Lohnarbeiter in *einem* Prozesse erfolgte. Regional verschieden wird die Aufhebung der Leibeigenschaft als Bestandteil der bürgerlichen Revolution (Japan), als deren erste Etappe (Preußen-Deutschland) oder als dieser vorgelagert (Rußland) betrachtet.

Was aber auf dem preußischen Wege auf einmal in einem längerdauernden Prozesse nachgeholt wird, nämlich die Schaffung eines Heers von *doppelt* freien Lohnarbeitern, ist durch die erfolgreiche frühbürgerliche Revolution (England im 14. Jh.), z. T. sogar durch die siegreiche bürgerliche Revolution (Frankreich), erst zur Hälfte erreicht – es existiert eine Masse einfacher Warenproduzenten auf dem Lande, die freie Produktionsmitteleigentümer sind. In dieser nicht mehr feudalen und noch nicht kapitalistischen Produktionsweise, in der also die einfache Warenproduktion auf nichtfeudaler Grundlage vorherrscht, können die kapitalistischen Elemente, nun von den feudalen Fesseln befreit, sich ungehindert entfalten.

Diese freie Entfaltung bedeutete allerdings, daß der freie Bauer in den doppelt freien Lohnarbeiter umgewandelt werden mußte, indem er seines Landes beraubt wurde. Diese „Expropriation des Landvolks von Grund und Boden“ als Kern der sogenannten ursprünglichen Akkumulation [MEW 23: 744] darf jedoch nicht losgelöst werden von der nicht auf dem preußischen Wege (sogenannter amerikanischer Weg) erfolgenden Beseitigung der Leibeigenschaft. Beide Prozesse *zusammengenommen*, die Beseitigung der Leibeigenschaft und die Expropriation des Landvolks, sind Voraussetzung für die Durchsetzung des Kapitalismus in der Landwirtschaft (es ist hier anzumerken, daß Lenin die von ihm anfangs vorgenommene Gegenüberstellung von „amerikanischem“ und „preußischem“ Weg später aufgegeben hat, z. B. in [LW 22: 1 ff.] überhaupt nicht mehr erwähnt). Die sogenannte ursprüngliche Akkumulation ist „nicht das Resultat der kapitalistischen Produktionsweise ..., sondern ihr

Ausgangspunkt“. [MEW 23: 741] Ihr klassischer Fall ist England, während sie in anderen Ländern mehr oder minder mit der Beseitigung der Leibeigenschaft verquickt ist. Ganz gleich aber, in welcher spezifisch-nationalen Form die „ursprüngliche“ Akkumulation verlief, haben wir mit Marx zu konstatieren: „Wenn das Geld, nach Augier, ‚mit natürlichen Blutflecken auf einer Backe zur Welt kommt‘, so das Kapital von Kopf bis Zeh, aus allen Poren, blut- und schmutztriefend.“ [MEW 23: 788]

Indem aber der Prozeß der „ursprünglichen“ Akkumulation die Masse der freien Bauern in doppelt freie Lohnarbeiter verwandelt – hinzu treten natürlich kapitalistischer Pächter und Agrarkapitalist –, wird nicht nur die Arbeitskraft zur Ware, sondern auch die zu ihrer Reproduktion notwendigen Konsumgüter werden es. Die Warenproduktion nimmt nicht nur einen ungeheuren Aufschwung, sie wird erst unter diesen Bedingungen *„allgemeine* Form der Produktion“. [LW 1: 453] Damit einher geht die Auflösung, die Liquidierung der lokalen Märkte, ihr Verwachsen zu einem inneren Markt, aus dem der nationale Markt entsteht.

Die Frage des inneren Marktes ist nun die Hauptfrage für das sich zur nationalen Bourgeoisie konstituierende städtische Bürgertum. Er ermöglicht überhaupt erst den Verkauf einer gesteigerten gewerblichen Warenproduktion. Der Herstellung der spezifisch kapitalistischen Produktionsweise ging also die der kapitalistischen Zirkulationssphäre voraus. Daher spricht Marx für diese Epoche auch von der Suprematie, der Herrschaft, des Handelskapitals gegenüber dem gewerblichen. [MEW 25: 342 ff.]

Diese wird allerdings besonders deutlich auf dem äußeren Markt, vor allem im Übergang von der feudalen zur kapitalistischen Ausbeutung der Kolonien, die ein wesentliches Moment der sogenannten ursprünglichen Akkumulation ist. Die mit der Ausplünderung der Kolonien befaßten Handelsgesellschaften zogen aber nicht nur riesige **[608]** Gewinne daraus, sie legten sie zudem im „Mutterland“ an, und zwar im Gewerbe, wodurch sie diese Gewinne in produktives, in der Produktion agierendes Kapital verwandelten.

Allerdings setzte die Handelssuprematie schon einen hohen Stand der gewerblichen Produktion voraus, deren Höhe daran abzulesen ist, daß sie unter den feudalen Bedingungen beständig durch außerökonomischen Zwang beschränkt werden mußte, sei es durch Zunftgesetzgebung (Beschränkung der Produktionshöhe, der Gesellenzahl, Preisabsprachen usw.), Handelsbeschränkungen (Bannmeilen-Verordnungen, Zollgesetzgebung, Gildenvereinbarungen usw.), Verkehrsbehinderungen (Brücken- und Straßenbenutzungsgebühren usw.) und sonstige feudale Einrichtungen (Bergregale u. ä.). Diese Schranken einmal beseitigt, konnte sich die gewerbliche Produktion ungehindert entfalten.

In diesem Prozeß sind grundlegend zwei Richtungen zu unterscheiden. Zum einen verwandelt sich der Handwerker, insbesondere der Handwerksmeister, in den Kapitalisten, zum anderen dringt das Handels- und Wucherkapital in die Produktionssphäre ein, beginnt sich in produktives Kapital zu verwandeln. Sehen wir einmal vom Bergbau ab, in dem das Kapital durch Übernahme des Bergregals zumeist sogleich seine direkte Herrschaft aufrichten konnte – weshalb er auch als Akkumulationsquelle eine so bedeutende Rolle spielte –, so geht die Subsumtion der gewerblichen Produktion unter das Kapital schrittweise vor sich.

Sie beginnt mit dem Verlag der Handwerker durch das Kaufmannskapital und geht über die dezentralisierte (zerstreute) Manufaktur zur zentralisierten Manufaktur fort. Das Charakteristische dieses Prozesses ist, daß „das Kapital sich einen *gegebenen, vorhandenen Arbeitsprozeß* subsumiert, also z. B. handwerksmäßige Arbeit, die der kleinen selbständigen Bauernwirtschaft entsprechende Weise der Agrikultur“. [2: 92] Indem das Kapital sich den Arbeitsprozeß formell subsumiert, zwingt es den Lohnarbeiter unter sein Kommando. Weil aber dieser Arbeitsprozeß nicht der spezifisch kapitalistische ist, wird durch ihn auch nur die „bloß formelle kapitalistische Produktionsweise“ [2: 144] erzeugt: „Zugleich konnte die Manufaktur die gesellschaftliche Produktion weder in ihrem ganzen Umfang ergreifen, noch in ihrer Tiefe umwälzen“. [MEW 23: 390] Diese formelle Subsumtion der Arbeit unter das Kapital ist zwar „die *allgemeine* Form alles kapitalistischen Produktionsprozesses“, sie „ist aber zugleich eine *besondere* Form neben der entwickelten *spezifisch-kapitalistischen Produktionsweise,* weil die letztere die erstere, die erstere aber keineswegs notwendig die letztere involviert“. [2: 90 f.]

Der politökonomische Begriff der bloß formellen kapitalistischen Produktionsweise macht – insbesondere in seiner Entgegensetzung zu dem der spezifisch kapitalistischen Produktionsweise – deutlich, daß die kapitalistische Produktionsweise auf dem hier charakterisierten Stand der Entwicklung ihre *wirkliche* Herrschaft noch nicht angetreten hat, die sie hervorbringenden Prozesse durchaus noch reversibler Natur sind (wie die Entwicklung in Deutschland und Italien gezeigt hat). Er beinhaltet historisch so verschiedenartige Erscheinungen wie die italienischen Compagnien des 14., die oberdeutschen Kapitalgesellschaften des 16. und die englischen Manufakturen des 18. Jh. Manche Autoren subsumieren alle diese Erscheinungen auch unter der Kategorie Frühkapitalismus, die von anderen jedoch dem Manufakturkapitalismus als Kategorie gegenübergestellt wird (zur Gesamtproblematik s. 2.4.8,). Aber gerade der politökonomische Begriff macht deutlich, daß dieser in Europa vom 14. bis zum Anfang des 19. Jh. stattfindende Prozeß als *ein* von vielen Rückschlägen und Einbrüchen begleiteter Übergang zum Kapitalismus, zur kapitalistischen Gesellschaftsformation, zu begreifen ist.

[609] Dieser Übergang mündet ein in die Industrielle Revolution als alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens ergreifenden Umwälzungsprozeß, der in seiner welthistorischen Bedeutung nur zu vergleichen ist mit der agrarischen (neolithischen) Revolution, die die materiell-technische Basis der vorkapitalistischen Klassengesellschaften schuf, und der wissenschaftlich-technischen Revolution, die die materiell-technische Basis des Sozialismus und Kommunismus schaffen wird.

Das entscheidende Ergebnis der Industriellen Revolution ist die reelle Subsumtion des Arbeitsprozesses unter das Kapital, die sich für den Arbeiter im Unterschied zur formellen so darstellt: „In Manufaktur und Handwerk bedient sich der Arbeiter des Werkzeugs, in der Fabrik dient er der Maschine. Dort geht von ihm die Bewegung des Arbeitsmittels aus, dessen Bewegung er hier zu folgen hat. In der Manufaktur bilden die Arbeiter Glieder eines lebendigen Mechanismus. In der Fabrik existiert ein toter Mechanismus unabhängig von ihnen, und sie werden ihm als lebendige Anhängsel einverleibt.“ [MEW 23: 445] Diese technische Unterordnung des Arbeiters unter den gleichförmigen Gang des Arbeitsmittels ist ein unbedingtes Charakteristikum des kapitalistischen Arbeitsprozesses: „Während die Maschinenarbeit das Nervensystem aufs äußerste angreift, unterdrückt sie das vielseitige Spiel der Muskeln und konfisziert alle freie körperliche und geistige Tätigkeit“ [MEW 23: 445 f.], ein Charakteristikum, das in der Gegenwart in Gestalt von Fließbandarbeit und nervenaufreibendster Automatenbedienung seine stärkste Ausprägung erfahren hat.

Die technologische Basis dieses Arbeitsprozesses ist die Maschinenarbeit, und daher können wir auch den Übergang von der Hand- zur Maschinenarbeit als den Kernprozeß der Industriellen Revolution bezeichnen. Dieser Übergang erforderte jedoch – je weiter fortgeschritten, in desto stärkerem Maße – die Umwandlung von Geldfonds in produktives, in industrielles Kapital. Im gleichen Maße erforderte er die Zusammenfassung immer größerer Arbeitermassen in einer Fabrik, die dem kapitalistischen Industriellen gegenüberstanden, dessen Arbeit sich auf die Organisation und Leitung der Produktion konzentrierte.

Es bildeten sich die beiden Grundklassen der kapitalistischen Gesellschaft, Bourgeoisie und Proletariat, heraus, deren Mitglieder, Bourgeois und Proletarier, als Eigentümer der objektiven Produktionsbedingungen (Produktionsmittel) und als Eigentümer der subjektiven Produktionsbedingungen (Arbeitskraft) in einem unversöhnlichen Gegensatz stehen. Ihr Gegensatz als Ausbeuter und Ausgebeutete wird manifest in der Mehrwertrate. Die Rate des Mehrwerts stellt sich dar in den Formeln

$$\frac{\text{Mehrtwert}}{\text{variables Kapital}}\left(\frac{\text{m}}{\text{v}}\right) = \frac{\text{Mehrtwert}}{\text{Wert der Arbeitskraft}} = \frac{\text{Mehrtwert}}{\text{notwendige Arbeit}}$$

und „ist daher der exakte Ausdruck für den Exploitationsgrad“ (den Grad der Ausbeutung) „der Arbeitskraft durch das Kapital oder des Arbeiters durch den Kapitalisten“. [MEW 23: 232, 553]

Wie Marx jedoch feststellt, ist die Mehrwertrate kein Ausdruck für die absolute Größe der Exploitation; diese ist vielmehr in der Absolutgröße der Mehrarbeitszeit zu messen. [MEW 23: 232] Weil nun die Produktion von Mehrwert der letzte und eigentliche Zweck der kapitalistischen Produktion ist, muß es der Bourgeoisie stets um eine Verlängerung der Mehrarbeitszeit gehen.

Die erste und einfachste Methode zur Erreichung dieses Zieles ist die Verlängerung des Arbeitstages, die Produktion von absolutem Mehrwert, wie sie vor allem für den vorindustriellen Kapitalismus charakteristisch ist. Der Verlängerung des Arbeitstages waren jedoch bald erreichte (zunächst biologisch bedingte, sodann durch den Klas-**[610]**senkampf erzwungene) Grenzen gesetzt, die den Kapitalisten dazu zwangen, statt den Arbeitstag zu verlängern, nunmehr die notwendige Arbeitszeit zugunsten der Mehrarbeitszeit zu verkürzen. Insofern dies auf dem Wege der Erhöhung der Arbeitsintensität geschah, handelte es sich um Produktion von absolutem Mehrwert in Gestalt von relativem Mehrwert. Auch wenn diese Methode noch heute von Bedeutung ist – man denke nur an das Schnellerlaufenlassen von Fließbändern –, so erwies sich die Erhöhung der Arbeitsproduktivität, die Produktion von relativem Mehrwert, als die wesentlich wichtigere. Sie erfordert jedoch das, was wir mit Marx als permanente Revolutionierung der gesamten Produktionsweise [MEW 4: 465] [2: 120] bezeichnen können: „Während also bei der Produktion des Mehrwerts in der bisher betrachteten Form die Produktionsweise als gegeben unterstellt war, genügt es für die Produktion von Mehrwert durch Verwandlung notwendiger Arbeit in Mehrarbeit keineswegs, daß das Kapital sich des Arbeitsprozesses in seiner historisch überlieferten oder vorhandnen Gestalt bemächtigt und nur seine Dauer verlängert. Es muß die technischen und gesellschaftlichen Bedingungen des Arbeitsprozesses, also die Produktionsweise selbst umwälzen, um die Produktivkraft der Arbeit zu erhöhn, durch die Erhöhung der Produktivkraft der Arbeit den Wert der Arbeitskraft zu senken und so den zur Reproduktion dieses Wertes notwendigen Teil des Arbeitstags zu verkürzen.“ [MEW 23: 333 f.] Historisch betrachtet, findet hier der Übergang von den Methoden der extensiven zu den Methoden der intensiven Ausbeutung statt (s. 2.5.2.). Aber auch nach dem Vollzug dieses Übergangs setzt sich diese permanente Revolutionierung fort, findet im Imperialismus in einem derartigen Umfange statt, daß Lenin zusammenfassend feststellt: „... die Technik entwickelt sich in unseren Tagen mit unglaublicher Geschwindigkeit ...“ [LW 22: 266] Schon in der Formel der Mehrwertrate zeigt sich, daß die dem einzelnen Kapitalisten zur Verfügung stehende Mehrwertmasse abhängig ist vom Entwicklungsstand der kapitalistischen Produktion insgesamt, denn die Senkung des Werts der Ware Arbeitskraft ist das Resultat der Senkung des Werts der zu ihrer Reproduktion notwendigen Konsumgüter, die gerade nicht von diesem einzelnen Kapitalisten, sondern von allen mit der Produktion von Konsumgütern befaßten Kapitalisten abhängig ist. Insofern aber in den Wert der Konsumgüter auch der Wert der bei ihrer Produktion verbrauchten Produktionsmittel eingeht sowie die Kosten von Handel und Transport, erzwingt die Produktion von relativem Mehrwert in der Tat die permanente Revolutionierung der *gesamten* Produktionstechnik. Ebenso erfordert die Realisierung des Mehrwerts des einzelnen Kapitalisten, der Verkauf seiner Produktion, gerade die Vergrößerung des Absatzmarktes, die wiederum nur durch die Revolutionierung des Verkehrswesens (Eisenbahnen und Dampfschiffahrt) möglich ist. Schließlich wirkt die industrielle Entwicklung auf die landwirtschaftliche Produktion und drückt dieser als Rohstoffproduzenten ihren Stempel auf. In der Erreichung ihres individuellen Zieles, Verlängerung der Mehrarbeitszeit, sind somit alle Kapitalisten aufeinander angewiesen.

Jedoch sind auch der Verlängerung der Mehrarbeitszeit historische, d. h. variable Grenzen gesetzt, die daraus resultieren, daß für den Kapitalisten „der wirkliche Grad eines Gewinns bestimmt ist nicht durch das Verhältnis zum variablen Kapital, sondern zum Gesamtkapital“. [MEW 25: 52] Dieses Gesamtkapital setzt sich zusammen aus variablem (v) und konstantem (c) Kapital; der wirkliche Grad des Gewinns ist daher die Profitrate $p' = \frac{m}{c+v}$. Bezeichnen wir nun die organische Zusammensetzung des Kapitals mit $z' = \frac{c}{v}$, die Mehrwertrate mit $m' = \frac{m}{v}$, so lautet die Formel der Profitrate $p' = \frac{m}{1+z'}$. Eine Verlängerung der Mehrarbeitszeit gegenüber der notwendigen Arbeitszeit, die sich **[611]** in einer Erhöhung der Mehrwertrate ausdrückt, erhöht also nur dann den wirklichen Grad des Gewinns, wenn sie den gesteigerten Aufwand an konstantem Kapital, wie er in der erhöhten organischen Zusammensetzung des Kapitals zum Ausdruck kommt, übertrifft.

Weil nun „die Rate der Verwertung des Gesamtkapitals, die Profitrate, der Stachel der kapitalistischen Produktion ist (wie die Verwertung des Kapitals ihr einziger Zweck)“ [MEW 25: 251], gibt uns ihre Analyse Aufschluß über Struktur und Tendenz der kapitalistischen Produktion. Denn nicht nur ein eventuelles Sinken der Profitrate kann den Kapitalisten an einer Investition hindern – im Gegenteil

wird er, durch die freie Beweglichkeit des Kapitals begünstigt, stets dort investieren, wo die Profitrate am höchsten ist. Daraus folgt, daß selbst profitable Investitionen nicht getätigt werden, wenn die Investition an anderer Stelle einen höheren Profit verspricht. Aber gerade diese Wanderung des Kapitals zur besten Anlagesphäre führt zur allgemeinen Durchschnittsprofitrate. [MEW 25: 205 f.; 26.2: 203 f.] Somit bestimmt nicht der einzelne Kapitalist, was er produziert und wo er akkumuliert, beides ergibt sich als Resultat der allgemeinen Produktions- und Akkumulationsbedingungen des Kapitals, wie sie in der Durchschnittsprofitrate zum Ausdruck kommen. Daran ändert auch die zeitweilige Erringung von Extraprofiten nichts, ist doch – zunächst im nationalen Rahmen, auf dem nunmehr entstandenen nationalen Markt – „jeder einzelne Kapitalist, wie die Gesamtheit aller Kapitalisten jeder besondern Produktionssphäre, in der Exploitation der Gesamtarbeiterklasse durch das Gesamtkapital und in dem Grad dieser Exploitation ... direkt ökonomisch beteiligt“, eben weil „die Durchschnittsprofitrate abhängt von dem Exploitationsgrad der Gesamtarbeit durch das Gesamtkapital“. [MEW 25: 207]

Genau diese Tatsache ist es auch, die die Arbeiterklasse zu einem gesamtnationalen Kampf zwingt, müssen doch die Aktionen einzelner Gruppen gegen nur vermeintlich einzelne Kapitalisten zumeist zum Scheitern verurteilt sein. Daraus resultiert auch die Notwendigkeit, einen politisch organisierten Kampf zu führen, einen Kampf, dessen Organisator und Führer die revolutionären Arbeiterparteien sind.

Mit der weiteren Entwicklung der kapitalistischen Produktionsweise erhält diese internationalen Charakter, die Masse der nationalen Wirtschaften verschmilzt zu *einer* kapitalistischen Weltwirtschaft. Damit nimmt aber auch der kapitalistische Grundwiderspruch internationalen Charakter an, eine Tatsache, die Engels schon 1844 in aller Klarheit beschreibt: „Die Lage dieser Arbeiterklasse (in Leicester – d. Vf.) ist in Beziehung auf den Lohn noch nicht besser als 1833 ... – die Konkurrenz der sächsischen Strumpfwirker, die selbst kaum etwas zu beißen haben, sorgt dafür. Sie schlägt die Engländer auf fast allen fremden und in den geringeren Qualitäten sogar im englischen Markt – muß es nicht eine Freude für den deutschen patriotischen Strumpfwirker sein, durch seinen Hunger die englischen Strumpfwirker auch brotlos zu machen ...?“ [MEW 2: 409] Diese Dialektik gilt es bei der wissenschaftlichen Analyse der Lage der Arbeiterklasse nie zu vergessen – und erst recht nicht in der praktischen Politik, gerade in der Gegenwart. Wenn wir etwa heute die Lage der Arbeiter in den hochentwickelten kapitalistischen Ländern analysieren würden, ohne die Lage der Arbeiter in den noch im Herrschaftsbereich des Weltkapitals befindlichen Entwicklungsländern zu berücksichtigen, so könnten wir nur zu politisch wie ökonomisch falschen Schlüssen gelangen. Daher wird schon im „Kommunistischen Manifest“ betont, daß die Kommunisten „in den verschiedenen nationalen Kämpfen der Proletarier die gemeinsamen, von der Nationalität unabhängigen Interessen des gesamten Proletariats hervorheben und zur Geltung bringen“ [MEW 4: 474] – also das, was wir heute mit dem Begriff des proletarischen Internationalismus bezeichnen.

[612] Die Durchschnittsprofitrate ist aber nicht nur der mittelbare Ausdruck des Grundwiderspruchs zwischen Bourgeoisie und Proletariat – so wie die Mehrwertrate sein unmittelbarer Ausdruck ist –, in ihr reflektiert sich zugleich die Konkurrenz zwischen den einzelnen Kapitalisten. Einerseits muß es dem einzelnen Kapitalisten darum gehen, die Waren zu Preisen zu verkaufen, die wenigstens den Durchschnittsprofit liefern, d. h. zu Produktionspreisen [MEW 25: 205] – ansonsten würde er sein Kapital in anderen Produktionssphären anlegen –, andererseits bringt erst die Konkurrenz der Kapitale in den verschiedenen Sphären den Produktionspreis hervor, der die Profitraten zwischen den einzelnen Sphären ausgleicht. [MEW 25: 190] Daher zwingt die freie Konkurrenz als „die adäquate Form des produktiven Prozesses des Kapitals“ [MGr 544] den einzelnen Kapitalisten zu der oben beschriebenen fortwährenden Revolutionierung der Produktion. Diese setzt im allgemeinen die Rückverwandlung eines Teils des produzierten Mehrwerts in Kapital, also Akkumulation des Kapitals, voraus.

Im Prozeß der Akkumulation wird nun im allgemeinen der Anteil des konstanten Kapitals an der Gesamtmasse des vorgeschossenen Kapitals beständig erhöht; die organische Zusammensetzung des Kapitals steigt. Volkswirtschaftlich betrachtet, findet diese Tatsache ihren Ausdruck im Gesetz des vorrangigen Wachstums von Abteilung I (Produktion von Produktionsmitteln) gegenüber Abteilung II (Produktion von Konsumgütern). So stieg die Produktionsmittelproduktion in der kapitalistischen

Welt seit 1880 jährlich um etwa 1,7% schneller als die Konsumgüterproduktion (berechnet nach [28: Bd. 37, 35]). Weil aber die organische Zusammensetzung des Kapitals tendenziell schneller als die Mehrwertrate steigt, erzeugt das Mittel, das die Erhöhung der Profitrate herbeiführen soll, gerade eine Senkung derselben. Somit resultiert das die Erhöhung der Mehrwertrate bedingende Mehrwertgesetz und das die Erhöhung der organischen Zusammensetzung bedingende allgemeine Gesetz der kapitalistischen Akkumulation in dem Gesetz vom tendenziellen Fall der Profitrate. Beispielsweise fiel nach den Berechnungen von Gillman [17: 67 f., 203 f.] in den USA seit 1880 die Profitrate tendenziell um 1,7% jährlich.

Der mit der für die Entwicklung der Produktivkräfte notwendigen Akkumulation untrennbar verbundene tendenzielle Fall der Profitrate bringt den Konkurrenzkampf hervor. [MEW 25: 266 f.] Im Konkurrenzkampf spielt sich daher die innere Organisation der kapitalistischen Produktionsweise wider, er ist Ausdruck des Wesens dieser Produktionsweise. Daher spricht Marx auch vom „Schein der Konkurrenz“ [MEW 25: 860 ff.] und vermerkt ausdrücklich, daß er auf die Darstellung der wirklichen Bewegung der Konkurrenz verzichtet, weil sie „außerhalb unsers Plans liegt“. [MEW 25: 839]

Insbesondere können wir die zyklischen Überproduktionskrisen als ein weiteres Charakteristikum der kapitalistischen Produktionsweise nicht aus dem Konkurrenzkampf ableiten. Drei Ursachen sind es vor allem, durch die Wirtschaftskrisen gesetzmäßig hervorgebracht werden: erstens der Widerspruch zwischen Produktion und Konsumtion (bzw., davon abgeleitet, der Widerspruch zwischen Angebot und zahlungsfähiger Nachfrage): „Je mehr sich aber die Produktivkraft entwickelt, um so mehr gerät sie in Widerstreit mit der engen Basis, worauf die Konsumtionsverhältnisse beruhen“ [MEW 25: 255]; zweitens die disproportionale Entwicklung innerhalb der kapitalistischen Wirtschaft, die sich aus der Kapitalwanderung in die Sphären profitabelster Kapitalverwertung ergibt, die an der einen Stelle Überproduktion und an der anderen Unterproduktion erzeugt; drittens der tendenzielle Fall der Profitrate selbst, der den Kapitalisten veranlaßt, die Produktion wegen mangelnder Profitabilität zu verringern oder ganz einzustellen. In der Krise werden diese Widersprüche temporär ausgeglichen. Das Mittel zum Ausgleich ist die Vernichtung von Kapital, die ihren Ausdruck findet in der Still-**[613]**legung von Produktionskapazitäten (Vernichtung von konstantem Kapital) und Arbeitslosigkeit (Vernichtung von variablem Kapital).

Findet in Zeiten der Konjunktur vor allem Akkumulation statt, Vergrößerung der Masse produktiven Kapitals beim einzelnen Kapitalisten, also Konzentration des Kapitals, so findet in Zeiten der Krise vor allem eine Umverteilung des vorhandenen produktiven Kapitals statt, „Expropriation von Kapitalist durch Kapitalist“ [MEW 23: 654], also Zentralisation des Kapitals. Konzentration und Zentralisation des Kapitals sind daher untrennbar miteinander verbunden, sie führen schließlich zum Monopol. [MEW 23: 655 f.] [LW 22: 200 ff.] Es ist daher auch nicht zufällig, daß der Übergang zum Imperialismus, dessen ökonomische Basis das Monopol ist, durch die zyklischen Überproduktionskrisen ungemein gefördert worden ist.

Die „wichtigsten Ergebnisse der Geschichte der Monopole“ wurden von Lenin so zusammengefaßt: „1. In den sechziger und siebziger Jahren des 19. Jahrhunderts – die höchste, äußerste Entwicklungsstufe der freien Konkurrenz; kaum merkbare Ansätze zu Monopolen. 2. Nach der Krise von 1873 weitgehende Entwicklung von Kartellen, die aber noch Ausnahmen, keine dauernden, sondern vorübergehende Erscheinungen sind. 3. Aufschwung am Ende des 19. Jahrhunderts und Krise von 1900-1903: die Kartelle werden zu einer der Grundlagen des ganzen Wirtschaftslebens. Der Kapitalismus ist zum Imperialismus geworden.“ [LW 22: 206] Die von Lenin genannte zweite Periode ist die der großen Depression (Great Depression), die für Engels ein „Beweis der vollständigen Erschöpfung der kapitalistischen Produktionsweise“ war. [MEW 36: 27] Diese Feststellung hat, bei richtiger Betrachtung, auch nach 100 Jahren ihre Gültigkeit nicht verloren, wird doch im Monopol die „Aufhebung der kapitalistischen Produktionsweise innerhalb der kapitalistischen Produktionsweise selbst“ [MEW 25: 454] deutlich. Daher sprechen wir auch vom Imperialismus als sterbendem Kapitalismus. [LW 24: 465] Seinen besonderen Ausdruck findet dies in der mit dem ersten Weltkrieg und der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution offen ausgebrochenen allgemeinen Krise des Kapitalismus, die ein wesentliches Charakteristikum des gegenwärtigen Kapitalismus ist.

Das entscheidende Charakteristikum des imperialistischen Monopols, der ökonomischen Basis des Imperialismus, ist der Monopolprofit. Der Monopolprofit ist in erster Linie das Resultat einer Umverteilung der Gesamtprofitmasse zugunsten der Monopole. [MEW 25: 869] Er bildete also die Grundlage für die Herrschaft des Monopolkapitals über die nichtmonopolisierte Bourgeoisie. Weil die Monopolbourgeoisie die ökonomische Macht hat, verwandelt sich auch der Staat aus einem Herrschaftsinstrument der Gesamtbourgeoisie in ein Herrschaftsinstrument der Monopolbourgeoisie. Die ökonomische Herrschaft des Monopolkapitals ist untrennbar mit seiner politischen Herrschaft verbunden, deren Instrument eben der imperialistische Staat ist. Weil die Herrschenden und ihre Herrschaftsinstrumente stets miteinander verbunden sind, bringt der Terminus „Verschmelzung von Staat und Monopol“ nichts anderes zum Ausdruck, als daß der Übergang zum Imperialismus vollzogen und somit die (dialektische) Einheit von ökonomischer und politischer Herrschaft des Monopolkapitals hergestellt ist. (Andere Autoren – zu den verschiedenen Auffassungen s. 2.5.21 – benützen den Terminus aber zur Charakterisierung des Wesens des staatsmonopolistischen Kapitalismus; s. hierzu jedoch Lenins Kritik an Bucharin [1: 377] sowie [70: 551].)

Das Monopol erscheint zunächst auf dem Markt. Als solches agiert es vor allem mit Monopolpreisen – mit Verkaufspreisen, die im allgemeinen über dem Marktwert liegen, und mit Einkaufspreisen, die im allgemeinen unter dem Marktwert liegen. Die nichtmonopolisierte Bourgeoisie kann sich gegen diese Marktpolitik nur behaupten, indem sie sich selbst zusammenschließt zu Monopolen und monopolartigen Organisationen, also **[614]** indem sie sich selbst in das Monopol verwandelt. Daher ist der Monopolisierungsprozeß ein sich selbst vorantreibender Prozeß, ein Grundzug des gesamten Imperialismus. Er treibt über alle nationalen Grenzen hinaus, führte schon vor dem ersten Weltkrieg zu internationalen Kartellen und hat heute seinen Höhepunkt in der Herausbildung supranationaler Monopole (sogenannter Multis) erreicht.

Mit dem Übergang zum Imperialismus ist eine grundlegende Veränderung in den Beziehungen zwischen Industrie- und Bankkapital verbunden. Beide existieren – durch die Organisationsform der Aktiengesellschaft begünstigt – nicht mehr nebeneinander, sie verschmelzen zu einem Organismus, dem Finanzkapital. Dieses Finanzkapital, das seinem Wesen nach stets monopolistisch ist, beherrscht das Wirtschaftsleben in den imperialistischen und den vom Imperialismus abhängigen Ländern in einem solchen Maße, das Lenin den Imperialismus häufig auch als Epoche des Finanzkapitals bezeichnet. [LW 22: 248, 259, 264, 298] Das Monopol beseitigt keineswegs die Konkurrenz und Anarchie der Produktion, vielmehr wird die freie Konkurrenz in die monopolistische Konkurrenz verwandelt. Schon im „Elend der Philosophie“ heißt es: „In der Praxis des Lebens findet man nicht nur Konkurrenz, Monopol und ihren Widerstreit, sondern auch ihre Synthese, die nicht eine Formel, sondern eine Bewegung ist. Das Monopol erzeugt die Konkurrenz, die Konkurrenz erzeugt das Monopol. Die Monopolisten machen sich Konkurrenz, die Konkurrenten werden Monopolisten ... Die Synthese ist derart beschaffen, daß das Monopol sich nur dadurch aufrechterhalten kann, daß es beständig in den Konkurrenzkampf eintritt.“ [MEW 4: 163 f.] Das wird ganz deutlich, wenn wir die Ausweitung des Herrschaftsbereichs einzelner Monopole betrachten. Wurden zunächst die Absatzbereiche monopolisiert – Idealfall des horizontalen Monopols: jede Warenart wird von einem und nur von einem Monopol produziert und verkauft –, so mußten gerade deshalb die Monopole daran interessiert sein, in ihren Produktionsbereich alle die Produkte einzubeziehen, die zur Herstellung der von ihnen monopolisierten Ware benötigt wurden – Idealfall des vertikalen Monopols: alle zur Herstellung der monopolisierten Ware notwendigen Produkte werden im Monopol selbst oder durch von ihm abhängige (nicht monopolisierte Betriebe) produziert –, um auf diese Weise die monopolistischen Verkaufspreise der anderen umgehen zu können. So gehören beispielsweise zum Automobilkonzern Ford Gummifabriken, Glasfabriken usw., die diese Aufgabe zu erfüllen haben. In der Substitutionskonkurrenz schließlich stehen Monopole, deren Produkte und Dienste gegenseitig in bestimmtem Maße substituierbar sind (beispielsweise Eisenbahnen und Kraftfahrzeuge im Verkehrswesen, Kohle und Erdöl in den Bereichen Energie und Chemie).

Schon die Entstehung der nationalen Monopole ist untrennbar mit der Wirksamkeit des Staates verbunden, sicherte er doch durch seine „Schutz“zollpolitik den inneren Markt gegen ausländische Konkurrenten ab. Im Gegensatz zu den die entstehenden nationalen Industrien tatsächlich schützenden

Zöllen der frühkapitalistischen Periode hatten die Zölle jetzt aber den Charakter von Kampfzöllen, ermöglichten sie doch dem Monopol, auf dem inneren Markt mit überhöhten Preisen zu agieren, damit die Konkurrenten auf dem äußeren Markt mit unter dem Marktwert liegenden Dumpingpreisen bekämpft werden konnten und der Profit trotzdem insgesamt gesichert blieb.

Auch wenn es einem nationalen Monopol zeitweise gelingt, alle seine Konkurrenten auf dem inneren Markt aus dem Wege zu räumen, geht also der Konkurrenzkampf weiter. Er nimmt an Ausmaß und Intensität ungemein zu, weil das Monopol nun auf dem Weltmarkt die Herrschaft anstrebt. Ein wesentliches Charakteristikum des Imperialismus ist daher der stete Kampf um die Neuaufteilung der Welt, der sowohl mit ökonomischen als auch mit politischen Mitteln geführt wird. Wegen der Funktion des im-**[615]**perialistischen Staates als Herrschaftsinstrument des Monopolkapitals unterstützt dieser nicht nur den Kampf der „eigenen" Monopole bei der ökonomischen Aufteilung der Welt unter die Monopole, sondern führt diesen Kampf weiter als Kampf um die territoriale Aufteilung der Welt unter die Großmächte. [LW 22: 258 ff.]

Wurde dieser Kampf zunächst mittels Kolonial- und Handelspolitik geführt – erstere zur Eroberung und Sicherung der Rohstoffquellen und Absatzgebiete, letztere zur Sicherung des Monopols auf dem inneren und zur Expansion des Monopols auf dem äußeren Markt (Weltmarkt) –, so trat zu Beginn des 20. Jh. die direkte militärische Auseinandersetzung zwischen den imperialistischen Ländern selbst als ein Mittel zur Verwirklichung der ökonomischen Ziele des „nationalen" Monopolkapitals hinzu. Der imperialistische Krieg bedingt und erfordert die Existenz einer ständig expandierenden Rüstungsindustrie, diese wiederum kann ihre Existenz„berechtigung" nur aus dem Kriege ableiten. Daher sind „imperialistische Kriege, d. h. Kriege um die Weltherrschaft, um Märkte für das Bankkapital, um die Versklavung der kleinen und schwachen Völkerschaften ... unvermeidlich". [LW 29: 87] Um so höher ist das Verdienst der sozialistischen Länder und der friedliebenden Kräfte in den kapitalistischen Ländern zu bewerten, deren Einfluß es zu verdanken ist, daß die Vielzahl „kleiner" Kriege seit 1945 nicht zu einem dritten Weltkrieg geführt hat.

Auch auf einem anderen Gebiet ist der Einfluß dieser Kräfte von großer Bedeutung gewesen – beim Zerfall des Kolonialsystems. Mit der Liquidierung des Kolonialsystems ist erstmals ein wesentliches Charakteristikum der kapitalistischen Produktionsweise im Weltmaßstab beseitigt worden. An seine Stelle ist der Neokolonialismus getreten, durch den die meisten der politisch unabhängigen Entwicklungsländer weiterhin in ökonomischer Abhängigkeit gehalten werden.

Das Hauptinstrument zur ökonomischen Unterjochung politisch unabhängiger Länder ist der Kapitalexport: „Für den alten Kapitalismus, mit der vollen Herrschaft der freien Konkurrenz, war der Export von *Waren* kennzeichnend. Für den neuesten Kapitalismus, mit der Herrschaft der Monopole, ist der Export von *Kapital* kennzeichnend geworden." [LW 22: 244] Er ermöglicht es dem Monopolkapital, seine ökonomische Herrschaft aufrechtzuerhalten, denn seine Interessen lassen sich „nicht nur durch territoriale Erwerbungen wahrmachen, sondern auch durch *finanzielle"* [LW 23: 272]. Auch hier arbeiten Staat und Monopol Hand in Hand: In den 60er Jahren betrug das Verhältnis privater Nettoinvestitionen zu staatlichen Nettozuweisungen (Kredite und Subventionen) aus den OECD-Ländern in die Entwicklungsländer etwa 1 : 2 (berechnet nach [73: 632 ff.]).

Allerdings beschränkt sich der Kapitalexport nicht auf die Entwicklungsländer; anteilmäßig sogar wesentlich größer ist der Kapitalexport und -import innerhalb der imperialistischen Länder. Er beschleunigt die gesetzmäßige ungleichmäßige ökonomische und politische Entwicklung [LW 21: 345]: Einerseits verschärft er den Kampf um die Einflußsphären des Monopolkapitals, andererseits findet eine Zentralisation des Monopolkapitals statt, die sich nicht nur in der Existenz und im Ausbau der supranationalen Monopole zeigt, sondern auch im *versuchten* Zusammenschluß ganzer Länder zu Wirtschaftseinheiten.

Gegenwärtig wird die kapitalistische Weltwirtschaft – eine Prognose Lenins [LW 21: 345] bestätigend – durch die drei Zentren USA, Japan und Europäische Gemeinschaft beherrscht. In diesen drei Zentren werden heute etwa drei Viertel der kapitalistischen Weltproduktion hergestellt, in den Entwicklungsländern etwa ein Sechstel und in den übrigen etwa ein Zehntel. [28: 11] Berücksichtigen

wir, daß etwa ein Drittel der Industrieproduktion in der Welt des Kapitals in den supranationalen Konzernen konzen-**[616]**triert ist, die in den drei Zentren „beheimatet“ sind, deren außerhalb der Zentren stattfindende Produktion aber diesen nicht zugerechnet wird, so ist der Anteil der durch die Zentren beherrschten Produktion noch weit höher. Gegen diesen Einfluß versuchen sich die anderen Länder durch Zusammenschlüsse regionaler Art (Freihandelszonen, Zollunionen usw.) und durch überregionale Vereinigungen bezüglich bestimmter Produkte (die Organisation erdölexportierender Länder OPEC u. ä.) zur Wehr setzen.

Die ungleichmäßige ökonomische Entwicklung der kapitalistischen Länder, die Konzentration und Zentralisation supranationalen Monopolkapitals und die versuchte regionale Integration einzelner kapitalistischer Länder – diese Tatsachen und Tendenzen beweisen auch, daß jeglicher Versuch einer staatsmonopolistischen Regulierung der imperialistischen Wirtschaft letztlich zum Scheitern verurteilt ist (s. auch [MEW 25: 130]). Das supranationale Monopolkapital ist jederzeit in der Lage, sich der nationalstaatlichen Regulierung zu entziehen, in anderen Ländern neue Anlagesphären aufzusuchen und die alten zu verlassen. Der im Interesse des „nationalen“ Monopolkapitals agierende Staat, der dieses Interesse auch gegen einzelne Monopole durchzusetzen suchen muß, ist an dieser Stelle machtlos. Gerade die Widersprüche innerhalb des Weltkapitals erzwingen eine supranationale Regulierung, weil eben *ein* Element der imperialistischen Weltwirtschaft, eine nationale Wirtschaft, nicht unabhängig von dieser reguliert und reglementiert werden kann. Vielmehr unterliegt es „keinem Zweifel, daß die Entwicklung in der *Richtung* auf einen einzigen, ausnahmslos alle Unternehmungen und ausnahmslos alle Staaten verschlingenden Welttrust verläuft. Doch diese Entwicklung erfolgt unter solchen Umständen, in einem solchen Tempo, unter solchen Widersprüchen, Konflikten und Erschütterungen – keineswegs nur ökonomischen, sondern auch politischen, nationalen usw. usf. –, daß notwendigerweise, *bevor* es zu einem einzigen Welttrust, zu einer ‚ultraimperialistischen‘ Weltvereinigung der nationalen Finanzkapitale kommt, der Imperialismus unweigerlich bersten muß, daß der Kapitalismus in sein Gegenteil umschlagen wird.“ [LW 22: 106]

Ein wesentliches Charakteristikum des imperialistischen Stadiums des Kapitalismus ist daher, daß seine Entwicklung die Entwicklung der materiell-technischen Grundlage des Sozialismus beinhaltet, ist doch „der staatsmonopolistische Kapitalismus die vollständige *materielle* Vorbereitung des Sozialismus, seine unmittelbare *Vorstufe“* [LW 25: 370]. Noch schärfer formuliert: „Der Sozialismus ist nichts anderes als staatskapitalistisches Monopol, das *zum Nutzen des ganzen Volkes angewandt wird* und dadurch *aufgehört hat,* kapitalistisches Monopol zu sein.“ [LW 25: 369] Deshalb und nur deshalb ist auch dieser sterbende Kapitalismus, ist der „Imperialismus im Vergleich zum vormonopolistischen Kapitalismus progressiv“ [LW 23: 57].

In einer historisch-theoretischen Betrachtung der kapitalistischen Produktionsweise, ihrer allgemeinen Charakterisierung, erscheinen daher „einerseits die vorbürgerlichen Phasen als *nur historische,* i. e. aufgehobne Voraussetzungen“ und andererseits „die jetzigen (kapitalistischen – d. Vf.) Bedingungen der Produktion als *sich selbst aufhebende* und daher als *historische Voraussetzungen* für einen neuen Gesellschaftszustand setzende“. [MGr 365]

In jeder Beziehung grundlegend für eine derartige Betrachtung sind die von Marx und Engels vorgenommenen Analysen der kapitalistischen Produktionsweise, insbesondere das „Kapital“ [MEW 23-25] und die ihm zugehörigen Vorarbeiten [MEGA II] [MGr], und die von Lenin gegebene Analyse der Produktionsverhältnisse im imperialistischen Stadium des Kapitalismus, insbesondere [LW 22: 189 ff.] nebst Vorarbeiten. [LW 39] Eine in sich geschlossene historisch-theoretische Analyse der kapitalistischen Produktionsweise von den Anfängen bis zur Gegenwart fehlt bislang. Zur Orientierung **[617]** seien jedoch einige neue Gesamtdarstellungen zur politischen Ökonomie und zur Wirtschaftsgeschichte des Kapitalismus sowie einige zusammenfassende historische Statistiken angeführt (jedoch unter Ausschluß der unter 2.6. behandelten Entwicklungsländer).

Literatur:

1. *Lenin, V. I.:* Zamečanija na knigu N. I. Bucharina „Ėkonomika perechodnogo perioda“, in: Leninskij sbornik. Bd. 11, Moskau 1929, S. 345 ff.; 2. *Marx, K.,* in: Archiv Marksa i Engelsa. Bd. II

(VII), Moskau 1933, S. 4 ff. (Reprint: Resultate des unmittelbaren Produktionsprozesses. Frankfurt/M. 1969); 3. *Marx, K./Engels, F./Lenin, W. I.:* Zur politischen Ökonomie des Kapitalismus. Berlin (West) 1977; 4. *Marx-Lexikon zur politischen Ökonomie.* Bd. 1 ff., Tokio 1964 ff.; 5. *Berend, I./Ránki, G.*: Hungary: A Century of Economic Development. New York 1974; 6. *Dies.:* Economic Development in Central Europe in the 19th and 20th Centuries. London/New York 1974; 7. *Berov, L.:* Ikonomičeskoto razvitie na B-lgarija prez vekovete. Sofia 1974; 8. *Brugmans, I. J.:* Paardenkracht en Mensenmacht: Sociaal-Economische Geschiedenis van Nederland 1795-1940. Den Haag 1961; 9. *Butlin, N. G.:* Australian Domestic Product, Investment and Borrowing 1861-1938/39. Cambridge 1962; 10. *Corbino, E.:* L'Economica italiana dal 1860 al 1960. Bologna 1962; 11. *Court, W. H. B.:* A Concise Economic History of Britain from 1750. London 1954; 12. *Čuntulov, V. T.:* Ėkonomiceskaja istorija SSSR. Moskau 1969; 13. *Deane, Ph./Cole, W. A.:* British Economic Growth 1688-1959. Cambridge 1967; 14. *Easterbrook, W. T./Aitken, H. G. J.*: Canadian Economic History. Toronto 1958; 15. *Fanfani, A.:* Storia economica. Bd. 1-2, Turin 1968-1970; 16. *Faulkner, H. U.:* American Economic History. New York 1960 (deutsch: Darmstadt 1957); 17. *Gillman, J. M.:* Das Gesetz des tendenziellen Falls der Profitrate. Wien/Frankfurt/M. 1969; 18. *Hauser, A.:* Schweizerische Wirtschafts- und Sozialgeschichte. Erlenbach/Zürich/Stuttgart 1961; 19. *Haussherr, H.:* Wirtschaftsgeschichte der Neuzeit. Köln/Wien 1970; 20. *Heckscher, E. F.:* Svensk arbete och liv. Stockholm 1957 (engl.: London 1957); 21. *Hodne, F.:* An Economic History of Norway. Trondheim 1975; 22. *Hoffmann, W. G.*: Wachstum und Wachstumsformen der englischen Industriewirtschaft von 1700 bis zur Gegenwart. Jena 1940 (engl.: Oxford 1955); 23. *Ders.:* Das Wachstum der deutschen Volkswirtschaft seit der Mitte des 19. Jahrhunderts. Berlin (West)/New York/Heidelberg 1965; 24. *Houtte, J. A. v.:* Economische en sociale geschiedenis van de Lage Landen. Zeist/Antwerpen 1964; 25. *Kenessy, Z.*: Világgásdasági idösorok (Time Series of the World Economy 1860-1960). Budapest 1965; 26. *Kostrowicka, I./Landau,* Z./*Tomaszewski, J.:* Historia gospodarcza Polski XIX i XX wieka. Warschau 1966; 27. *Kuczynski, J.*: Die Geschichte der Lage der Arbeiter unter dem Kapitalismus, Bd. 1-38, Berlin 1960-1972; 28. *Ders.:* Die Krise der kapitalistischen Weltwirtschaft. Berlin 1976; 29. *Landes, D.:* Der entfesselte Prometheus. Köln 1973; 30. *Lange, O.:* Politische Ökonomie. Bd. 1-2, Berlin 1969; 31. *Lipson, E.:* The Economic History of England. Bd. 1-3, London 1963; 32. *Ljaščenko, P. I.:* Istorija narodnogo chozjajstva SSSR. Bd. 2, Moskau 1948 (engl.: New York 1959); 33. *Lütge, F.:* Deutsche Wirtschafts- und Sozialgeschichte. Berlin (West)/New York/Heidelberg 1966; 34. *Luzzatto, G.*: Storia economica dell'età moderna e contemporanea. Bd. 1-2, Padua 1955; 35. *Mirkovič, M.:* Ekonomska historija Jugoslavije. Zagreb 1958; 36. *Mitchell, B. R./Deane, Ph./Jones, H. G.*: Abstract of British Historical Statistics. Bd. 1-2, Cambridge 1962-1971; 37. *Mottek, H.:* Wirtschaftsgeschichte Deutschlands. Bd. 1-3, Berlin 1957-1974; 38. *Murphy, B.:* A History of the British Economy 1086-1970. London 1973; 39. *Natan, Z.:* Stopanska istorija na B-lgarija. Sofia 1957; 40. *North, D. C.:* Growth and Welfare in the American Past: A New Economic History. Englewood Cliffs 1966; 41. *Olsen, E.*: Dan-**[618]**marks økonomiske historie siden 1750. Kopenhagen 1962; 42. *Poljanski, F. J.:* Ėkonomičeskaja istorija zarubežnych stran Ėpocha kapitalizma. Moskau 1961; 43. *Purš, J.:* Prúmyslová revoluce. Prag 1973; 44. *Řiha, O.:* Hospodárský sociálnepolitický vývoy Československá 1790-1945. Prag 1946; 45. *Sée, H.:* Histoire économique de la France Bd. 1-2, Paris 1948-1951 (deutsch: Jena 1930-1936); 46. *Shann, E. O. G.*: Economic History of Australia. Cambridge 1948; 47. *Shaw, A. G. L.:* The Economic Development of Australia. London 1962; 48. *Takahashi, M.:* Modern Japanese. Economy since the Meiji Restauration. Tokio 1967; 49. *Trachtenberg, I. A.:* Denežnye krizisy. Moskau 1938; 50. *Varga, E.:* Mirovye ėkonomičeskie krizisy (World Economic, Crises 1848-1935). Moskau 1937; 51. *Vázquez de Prada, V.:* Manual de Historia Económica de España. Barcelona 1964; 53. *Wagenführ, R.* in: Vierteljahrshefte für Konjunkturforschung. Sonderh. 31, Berlin 1933; 54. *American Economic Growth: An Economist's History of the United* States. New York 1972; 55. *Cambridge Economic History.* Bd. 1 ff., Cambridge 1941 ff.; 56. *Chrestomatie zur politischen Ökonomie.* Berlin 1964; 57. *Dzieje gospodarcze Polski do 1939r.* Warschau 1973; 58. *Economic History of Europe.* Bd. 1 ff., London 1969 ff. (deutsch: Stuttgart/New York 1976 ff.); 59. *The Economic History of the United States.* Bd. 1-10, New York 1945 ff.; 60. *Ėkonomičeskaja istorija kapitalistčeskich stran.* Moskau 1973; 61. *Ėkonomičeskaja istorija SSSR.* Moskau 1967; 62. *Histoire*

économique et sociale de la France, Bd. 1 ff., Paris 1970 ff.; 63. *Histoire générale du travail.* Bd. 3 f., Paris 1960/61; 64. *Histoire quantitative de l'économie française.* Bd. 1 ff., Paris 1961 ff.; 65. *Historia gospodarcza świata XIX i XX wieka.* Warschau 1970; 66. *Historical Statistics of Canada.* Cambridge 1965; 67. *Historical Statistics of* the *United States.* Washington 1960; 68. *Hospodářské déjiny Československa v 19. a 20.* st. Prag 1974; 69. *Istoria economiei nationale a Rominiei.* Bd. 1 f., Bukarest 1961. 70. Lehrbuch Politische Ökonomie, Vorsozialistische Produktionsweisen. Berlin 1972; 71. *Politische Ökonomie.* Berlin 1973; 72. *Politische Ökonomie.* Bd. 1 f., Berlin 1976/77; 73. *Političeskaja ėkonomija sovremennogo mono polističeskogo kapitalizma.* Bd. 1 f., Moskau 1974 (deutsch: Berlin 1972); 52. *Vicens Vives, J.*: Manual de Historia Económica de España. Barcelona 1964

Thomas Kuczynski

2.5.2. Ausbeutung und Ausbeutungsmethoden

Mit dem durch die industrielle Revolution bedingten Übergang zum Industriekapitalismus vollzog sich zu Beginn des 19. Jh. auch in den deutschen Staaten hinsichtlich der Methoden der kapitalistischen Ausbeutung ein tiefgreifender Wandel. Aus den einfachen Warenproduzenten und den feudal gebundenen Bauern entstand der doppelt freie Lohnarbeiter, der – da er keine Produktionsmittel besaß – ökonomisch gezwungen war, seine Arbeitskraft den Eigentümern der Produktionsmittel, den Kapitalisten, zum Kauf anzubieten. Die aufkommende Industriebourgeoisie, die die industriellen Produktivkräfte an sich riß und vermehrte, war deshalb in der Lage, die Ware Arbeitskraft auf der Basis der ökonomischen Gesetze des Kapitalismus der freien Konkurrenz anzubieten. Die Ware Arbeitskraft hat – wie jede Ware – einen Wert und einen Gebrauchswert. Während der Kapitalist den durch die Reproduktionskosten bestimmten Wert der Ware Arbeitskraft in Form des Arbeitslohnes bezahlte, bestand der von ihm angewandte Gebrauchswert darin, mehr Wert schaffen zu können, als sie selbst wert war. Den so ent-**[619]**stehenden Mehrwert eignete sich der Kapitalist kostenlos an. Wie weit sich der Arbeitslohn dem Wert der Arbeitskraft nähert, hängt von Faktoren wie der Organisiertheit und Intensität des proletarischen Klassenkampfes, vom Arbeitskräfteangebot usw. ab.

Grundsätzlich läßt sich die Ausbeutung der Arbeitskraft auf zwei Grundmethoden reduzieren, die extensiven Methoden und die intensiven Methoden. Sie erscheinen jeweils nur als vorherrschende Methoden. [MEW 23: 531 ff.]

Historisch traten zuerst die extensiven Methoden der Ausbeutung auf. Sie waren vor allem durch die Tendenz gekennzeichnet, die Produktion durch eine wachsende Zahl von Arbeitskräften beiderlei Geschlechts und jeden Alters und die Ausdehnung des Arbeitstages und der Arbeitswoche – bei fallenden Reallöhnen – zu steigern. Mit dem Aufschwung, den die Produktion durch den partiellen Übergang zur maschinellen Fertigung nahm, stieg der Bedarf an Arbeitskräften, an deren Qualifikation und physisches Leistungsvermögen geringere Anforderungen als bei der manuellen Produktion gestellt werden konnten.

Gleichzeitig setzte die Maschinenarbeit ständig Arbeitskräfte frei. Durch den Ruin des Handwerks und die Freisetzung von Arbeitskräften aus der Landwirtschaft entstand die industrielle Reservearmee, die von der Bourgeoisie u. a. als lohndrückender Faktor und als Instrument zur Disziplinierung. des Fabrikproletariats genutzt wurde.

Mit der Ausdehnung der industriellen Produktion in den deutschen Staaten in der 1. Hälfte des 19. Jh. nahm die Zahl der Lohnarbeiter stetig zu. Obwohl die Herausbildung bürgerlicher Produktionsverhältnisse in den deutschen Staaten relativ langsam verlief, kann angenommen werden, daß es um 1848 mehr als 1 Mill. freier nichtlandwirtschaftlicher Arbeiter gab. [8: Bd. 1, 227] Sie wurden, da sich die deutsche Bourgeoisie im Konkurrenzkampf mit der in den schon entwickelteren kapitalistischen Ländern befand, von der extensiven Ausbeutung besonders stark betroffen. Das drückte sich u. a. darin aus, daß der Reallohnverfall wesentlich rascher verlief und länger anhielt als in England, während in den USA infolge eines relativen Mangels an Fabrikarbeitern bis 1830 [8: Bd. 29, 150] und in Frankreich im Ergebnis der Revolution von 1789 bis um 1815 die Reallöhne keineswegs sanken [8: Bd. 32,

220]. Der Reallohnverfall und die allmähliche Überwindung jener Zunftbestimmungen, die die Beschäftigung von Ungelernten, also auch von Frauen und Kindern, bis dahin verhindert hatten, ermöglichten die Ausbeutung einer wachsenden Zahl von Frauen und Kindern in den Fabriken. Der einfache Mechanisierungsgrad der Produktion ermöglichte in Verbindung mit den niedrigen Löhnen für Frauen und Kinder eine besonders gewinnbringende Ausbeutung.

Mit der Senkung der Reallöhne, der Frauen- und Kinderarbeit, ging die Verlängerung sowohl des Arbeitstages als auch der Arbeitswoche einher. Fiel in den deutschen Staaten und in England u. a. der „blaue Montag“ dieser Arbeitszeitpolitik zum Opfer, so waren es in Frankreich vor allem die kirchlichen Feiertage. Die Sonntagsruhe – bis dahin außerhalb der Landwirtschaft gewährleistet – wurde seit den 20er Jahren reduziert, die Nachtarbeit trat verstärkt auf. [8: Bd. 1, 265] War vor der industriellen Revolution die Länge des Arbeitstages wesentlich vom Tageslicht abhängig, so stieg sie nun – technisch wurde das durch die Erfindung der Gasbeleuchtung möglich – einschließlich der Pausen auf 15-17 Std. [8: Bd. 1, 266] an. Ein drakonisches Strafsystem erzwang durch Geldstrafen, die Drohung mit der Entlassung und durch die Entlassung die Durchsetzung der kapitalistischen Fabrikdisziplin. [MEW 2: 398] [9: 78 ff.] Dort, wo die Maschine bereits ein bestimmtes Arbeitstempo vorgab, und dort, wo eine ständige Beaufsichtigung der Arbeiter – wie z. B. im Bergbau – nur bedingt möglich war, trat der Akkordlohn vermehrt auf. Die für diese Periode ansteigender Arbeitszeit typische Lohnform bildeten der Tages- bzw. der Wochenlohn.

[620] In keiner Phase der Geschichte der kapitalistischen Ausbeutung wurde diese in so ungeschminkter Weise betrieben. Zu den Lohnabzügen gehörten – neben hohen Geldstrafen – Abzüge für die Benutzung der Werkzeuge, für die Beleuchtung, für Hilfsstoffe usw. Daneben war weder die volle noch die termingerechte Lohnauszahlung gewährleistet. Das Trucksystem [8: Bd. 1, 269], das die Arbeiter zwang, Waren zu Überpreisen in fabrikeigenen Läden zu kaufen, Teile des Lohnes in Naturalform, in Fabrikgeld oder wie in den USA in Scheckform anzunehmen, breitete sich rasch aus.

Unter dem Druck der sich formierenden Arbeiterklasse ergingen zwar zunächst in England [8: Bd. 2, 204], 1849 auch in Sachsen und Preußen [8: Bd. 1, 276] und in anderen entwickelten kapitalistischen Ländern Antitruckgesetze. Doch bis zum Ausgang des 19. Jh. und darüber hinaus wurden diese Verbote in allen Ländern immer wieder verletzt bzw. umgangen. [8: Bd. 2, 204; Bd. 3, 371 f., 398; Bd. 24, 120, 127]

Die extensiven Ausbeutungsmethoden bewirkten zwar einen Produktionsanstieg, sie führten aber letztlich zum Absinken der Arbeitsleistung pro Arbeitskraft und Stunde und begannen sich in den 50er Jahren auch in den deutschen Staaten zu erschöpfen. Die Grenzen der Senkung des Arbeitsalters der Kinder und des Reallohnes waren ebenso erreicht, wie die der Verlängerung der Arbeitszeit. Dazu kam, daß sich die Arbeiterklasse – wenn auch schwächer als z. B. in England um 1830 und Frankreich 1848 – besonders in Streikkämpfen zu widersetzen begann. [8: Bd. 2, 204 ff.] Vor allem aber begriff die deutsche Bourgeoisie, daß sie mit den extensiven Ausbeutungsmethoden im Konkurrenzkampf gegen die Bourgeoisie der entwickelteren kapitalistischen Länder immer weniger bestehen konnte. Während bis dahin die Arbeitsproduktivität nur in jenen Teilen der Textilindustrie angestiegen war, in denen sich das Fabriksystem technologisch voll entwickelt hatte, setzte seit den 60er Jahren die Mechanisierung weiterer Bereiche der Leichtindustrie ein, griff die Mechanisierung auf die Schwerindustrie über, wuchs die territoriale Verbreitung moderner Maschinen. [8: Bd. 1, 296 ff.] Damit ging die kapitalistische Ausbeutung in den deutschen Staaten – wie um 1830 in England, um 1840 in den USA und 1848 in Frankreich – zu vornehmlich intensiven Methoden über [8: Bd. 1, 297; Bd. 29, 154], die bis in die Gegenwart die kapitalistische Ausbeutung bestimmen. Konzentrierte sich die Bourgeoisie bis dahin auf die Produktion des absoluten Mehrwerts, so orientierte sie sich nun auf die Gewinnung des relativen Mehrwerts, dessen Produktion die „technischen Prozesse der Arbeit und die gesellschaftlichen Gruppierungen“ durch und durch revolutionierte. [MEW 23: 535]

Modernere Maschinen und das Emporschnellen der Dampfkraftnutzung waren das technologische Kennzeichen der Intensivierung der Produktion. Die damit verbundene stärkere physische Auspowerung der Arbeitskräfte, die für bestimmte Gruppen von Arbeitern steigenden Bildungs- und Ausbildungskosten erforderten veränderte Ausbeutungsmethoden, um die physische Existenz der Arbeiter

zu sichern. Während in den deutschen Staaten zwischen 1820 und 1850 die Reallöhne um etwa 30% gesunken waren, stiegen sie – zeitlich verspätet der internationalen Entwicklung folgend – bis zu den 80er Jahren auf das Niveau der 20er Jahre und erreichten um 1900 etwa den Stand von 1800. [8: Bd. 3, 302 f.] Dagegen erhöhte sich von 1850 bis 1902 die Arbeitsleistung in Industrie und Bergbau um mehr als das Doppelte. [8: Bd. 3, 363] Dies resultiert auch aus der stärker zunehmenden Anwendung von Stunden- und Akkordlöhnen.

War in der englischen Industrie teilweise schon um 1850 der Zehnstundentag erkämpft [8: Bd. 24, 129], betrug 1870 in den USA die tägliche Arbeitszeit weniger als 11 Std. [8: Bd. 29, 230], lag sie in Frankreich in den 70er Jahren um 10-11 Std. 18: Bd. 33, 111], so ging in Deutschland die Auseinandersetzung zwischen Kapital und Arbeit bis 1900 um die Durchsetzung des Zwölfstundentages. Zwar hatten einzelne ge-**[621]**werkschaftlich gut organisierte Berufsgruppen schon 1870 den Zwölfstundentag und kürzere Arbeitszeiten durchgesetzt, doch erst 1900 wurde der Arbeitstag auf 11 Std. und weniger reduziert. [8: Bd. 4, 389] In nicht so gut organisierten Betrieben verlief diese Entwicklung wesentlich langsamer. Die Heim- und Landarbeiter blieben von ihr gänzlich unberührt. Besonders in den entstandenen Großbetrieben sahen sich die Unternehmer immer weniger in der Lage, all die kleinen, aber wesentlich lohnmindernden Manipulationen an den Arbeiterlöhnen weiter zu praktizieren. [MEW 2: 637] Dadurch verschwanden weder Geldstrafen noch manipulierte Lohnzahlungen usw. Regelmäßige Lohnzahlungen in Bargeld wurden ebenso gesetzlich vorgeschrieben wie z. B. die Sonntagsruhe. Zwar fand das Kapital Möglichkeiten, diese Gesetze oft genug zu umgehen, dennoch war ihre Existenz in einer Periode harter Klassenauseinandersetzungen eine Hilfe für die Arbeiterklasse. Gleiches gilt für die gesetzlichen Beschränkungen der Ausbeutung von Frauen und Kindern. Sie engten die Ausbeutung der Frauen ein, ohne die bis in die Gegenwart gegebene Diskriminierung der Frauenarbeit aufzuheben. Sie schlossen die Kinderarbeit dort aus, wo sie die Maschinenarbeit überflüssig machte oder die Anwendung kindlicher Arbeitskraft die Funktionstüchtigkeit der Maschinen gefährdete. Die Kinderarbeit verschwand dadurch zunehmend aus den Fabriken. In der Landwirtschaft, im Heimgewerbe, in Teilen des Dienstleistungsbereichs usw. blieb sie partiell bis heute selbst in einigen hochindustrialisierten imperialistischen Ländern erhalten. Letztlich waren diese Regelungen, denen in den folgenden 100 Jahren immer ausgeklügeltere folgten, der Beginn einer mit raffinierteren Mitteln betriebenen Ausbeutung, die über echte und vermeintliche Zugeständnisse der herrschenden Klasse auf deren Systemsicherung gerichtet ist. [MEW 2: 639] [4: 186 ff.] Der gleichen Zielsetzung diente die Schaffung einer Arbeiteraristokratie an der Wende vom 19. zum 20. Jh. Während in England, Frankreich und den USA – hier durch die koloniale Ausbeutung des Südens – die Extraprofite vor allem aus der kolonialen Ausbeutung (Austausch von Nichtäquivalenten, besonders von industriellen Fertigwaren gegen Agrarprodukte und Rohstoffe, Niedriglöhne, extreme Arbeitszeiten, hohe Steuern, Zwangsarbeit usw.) und dem englischen Produktions- und Handelsweltmonopol gewonnen wurden, mußte die deutsche Bourgeoisie andere Wege gehen. Sie stützte sich auf die durch die Ausbeutung ausländischer Arbeiter gewonnenen Extraprofite, auf Gewinne aus einzelnen Produktionsmonopolen, auf Kriegsgewinne und Profite aus Auslandsinvestitionen. [8: Bd. 3, 325 ff.] Deshalb blieb die deutsche Arbeiteraristokratie zahlenmäßig schwächer als z. B. die Englands. Dennoch hoben sich ihre Löhne schon in den 80er Jahren deutlich von denen der Masse der Arbeiter ab. Entstand hier eine privilegierte Schicht, so wuchsen gleichzeitig Unterschichten, wie die der ausländischen Land- und Bergarbeiter und der Konfektionsarbeiter.

Mit dem Übergang vom Kapitalismus der freien Konkurrenz zum Monopolkapitalismus traten erneut wesentliche Veränderungen in den Formen und Mitteln der Ausbeutung auf. Das Monopolkapital versuchte mehr denn je, die intensiven Ausbeutungsmethoden mit den extensiven zu kombinieren. Das zeigte sich vor allem in dem Streben nach einer erneuten Steigerung der Arbeitsleistung bei stagnierenden und fallenden Reallöhnen. Dazu bediente sich das Monopolkapital u. a. der von Taylor entwickelten Methoden der wissenschaftlichen Schweißauspressung. [LW 27: 249] Mit Hilfe exakter Arbeits- und Zeitstudien bei den leistungsstärksten Arbeitskräften wurde die optimal erreichbare Leistung ermittelt und zum Maßstab der Festlegungen der Akkordsätze für alle Arbeiter gemacht. Ford wandte dieses System in Verbindung mit dem Fließband erstmalig 1913 in den USA an. Damit setzte die kapitalistische Rationalisierung ein, die grundsätzlich – wenn auch in ständig verfeinerten

wissenschaftlichen Methoden und **[622]** Formen – das Bild der modernen Betriebe bis zum beginnenden Übergang zur Automation formte. Die Reallöhne entwickelten sich dagegen in Deutschland zwischen 1850 und 1923 – in der Tendenz übereinstimmend mit dem internationalen Trend – so (1900 = 100) 1850-1859 = 69, 1893-1902 = 97, 1902-1914 = 97, 1915-1923 = 70. [8: Bd. 5, 219]

Ursache dieser Veränderungen war die Herrschaft der Monopole, die im Interesse der Gewinnung von Maximalprofiten die Arbeitskraft rücksichtslos verschlissen.

Zum anderen führten die Monopolpreise zur Benachteiligung der nichtmonopolistischen Schichten und Klassen im In- und Ausland. Mit überhöhten Monopolpreisen für Industrieprodukte wurde eine Umverteilung des von den nichtmonopolistischen Unternehmern erzielten Mehrwerts zugunsten der Monopole erzwungen, und – insoweit die Monopolpreise in Konsumgüterpreise und Dienstleistungstarife eingingen – wurden davon alle Konsumenten betroffen. Besonders traf dies die Bevölkerung der kolonialen – oder wie noch in der Gegenwart – der unter neokolonialistischer Herrschaft stehenden Länder.

Mit dem ersten Weltkrieg begann als neue Erscheinung im Rahmen der kapitalistischen Ausbeutung der staatsmonopolistische Regulierungsmechanismus wirksam zu werden. In Deutschland trat er zunächst im Raub wesentlicher Rechte der Arbeiterklasse in Erscheinung, so durch die im sogenannten Kriegshilfsdienstgesetz enthaltene Verpflichtung zur Arbeitsleistung für alle Bürger im Alter von 16 bis 60 Jahren an beliebigen Orten. Damit war – neben dem Streikrecht – das Recht des freien Verkaufs der Arbeitskraft aufgehoben. [LW 24: 302 f.] Ein starker Reallohnverfall, ein rigoroses Ansteigen der Arbeitszeit, der Überstunden, der Frauen- und Kinderarbeit, die weitere Verbreitung der Akkordlöhne – in Verbindung mit der verschärften Anwendung von Geldstrafen – waren die Folge.

Die durch die Große Sozialistische Oktoberrevolution qualitativ verschärfte allgemeine Krise des kapitalistischen Systems, die Erfolge der deutschen Arbeiterklasse in der Novemberrevolution von 1918 nuancierten die Ausbeutungsmethoden wiederum. Gegen den immer wieder auftretenden Widerstand des Monopolkapitals setzte die deutsche Arbeiterklasse u. a. den Achtstundentag durch, wurde für das Landproletariat der Zehnstundentag erkämpft. Unter Führung der KPD konnten diese Errungenschaften in der Weimarer Republik im wesentlichen erhalten werden. Dagegen stieg die Arbeitslosigkeit auf nie gekannte Höhen, setzte sich der Reallohnverfall – bis 1923 inflationsbedingt – fort. Gleichzeitig verstärkte sich die seit der Jahrhundertwende sichtbar werdende und bis in die Gegenwart wirkende Tendenz der Ersetzung qualifizierter durch weniger qualifizierte Arbeit und die damit verbundene Angleichung der Löhne der Ungelernten an die der Gelernten. Dies resultierte wesentlich aus der in der Periode der relativen Stabilisierung durchgeführten Modernisierung der Produktionstechnik. Dem Beispiel der USA folgend – und mit Hilfe des US-Kapitals –, rationalisierte das deutsche Monopolkapital von 1924 bis 1929 die Unternehmen grundlegend. [6] Die wissenschaftliche Schweißauspressung, die schon vor dem ersten Weltkrieg Zugang nach Europa gefunden hatte, wurde in Deutschland u. a. mit Hilfe des 1921 gegründeten Reichskuratoriums für Wirtschaftlichkeit zentral gesteuert vorangetrieben. Das Fließbandsystem – unterschiedlich stark mechanisiert – disziplinierte die Arbeitskräfte auf technologischem Wege. Ihm entsprach, wie überall dort, wo die Arbeitskraft noch wesentlichen Einfluß auf die Quantität und Qualität der Produktion hatte, der Akkord- bzw. der Gruppenakkordlohn. 1925 arbeiteten bereits 62% der männlichen Industriearbeiter im Akkord. [2: 45] Die Arbeitsleistung stieg in diesen Bereichen steil an. Dennoch bahnte sich schon in den 20er Jahren eine Tendenz an. In den technologisch höchstentwickelten Industrien, **[623]** in denen die Technik einen kontinuierlichen Arbeitsablauf gewährleistete – z. B. in der chemischen Industrie –, trat der Akkordlohn zugunsten von Zeitprämienlöhnen zurück. Erzwang die gewachsene Intensivierung der Ausbeutung einen partiellen Anstieg der Reallöhne – sie erreichten 1928 das Vorkriegsniveau [8: Bd. 5, 218] –, so führte sie gleichzeitig zur Freisetzung von Arbeitskräften, zur Schaffung der Bedingungen für den Ausbruch der Weltwirtschaftskrise von 1929. Besonders durch das Einströmen von US-Kapital sah sich die deutsche Arbeiterklasse zusätzlich der Ausbeutung durch ausländische Monopole ausgesetzt. Erstmals wurden die Werktätigen einer wachsenden steuerlichen Ausbeutung ausgesetzt. Lagen die Lohnabzüge, neben den bis in die Gegenwart ansteigenden indirekten Steuern, 1909-1914 noch bei 5%, so stiegen sie bis 1924 auf 7,5%, bis 1928 auf 11% und 1932 auf 14%. [8: Bd. 5, 26]

Wenn auch im Imperialismus der Trend zur Intensivierung der Ausbeutung bei gleichzeitiger tendenzieller Senkung der Reallöhne zu beobachten ist, so ist das Maß der Durchsetzung dieser Tendenz wesentlich von der Form der Diktatur des Monopolkapitals abhängig. Während die Volksfrontregierung Frankreichs in den 30er Jahren die 40-Stunden-Woche einführte, fand unter den Bedingungen der faschistischen Diktatur eine Verknüpfung von Ausbeutungsmethoden statt, die einerseits dem Entwicklungsniveau der modernen Produktivkräfte entsprachen, andererseits selbst für vorkapitalistische Gesellschaftsformationen typisch waren. Mit außerökonomischem Zwang fesselte das faschistische staatsmonopolistische System Zug um Zug die Arbeitskräfte an bestimmte Berufe und Orte, erzwang es berufliche Umqualifikation. Mit den gleichen Mitteln liquidierte der faschistische Staat zahllose Handwerker und Gewerbetreibende und führte eine allgemeine Arbeitspflicht ein. Die Zielsetzung dieser und anderer Maßnahmen bestand darin, den Monopolen ein wachsendes Arbeitskräftepotential zu schaffen und den Werktätigen die Möglichkeit zu nehmen, den durch das Abflauen der Weltwirtschaftskrise und die beginnende Aufrüstung bedingten Rückgang der Arbeitslosigkeit zu ihren Gunsten zu nutzen. Staatsmonopolistische Lohnregulierungen – in der Weltwirtschaftskrise noch eine Ausnahme – wirkten in der gleichen Richtung. [14: 35, 49, 366] Zum anderen nahm seit 1935 die Zahl der ausländischen Arbeitskräfte wieder zu; seit 1937/38 wurden Millionen Arbeitskräfte aus den okkupierten Ländern zwangsweise den Monopolen zugeführt. Durch die Entrechtung der Arbeiterklasse und die Modernisierung der Schwerindustrie zwischen 1932 und 1937 erhöhte sich die Arbeitsleistung um 10%, und in der Rüstungsindustrie stiegen die Nominallöhne. Dagegen fielen die Tarifreallöhne schon in der Vorkriegszeit um etwa 15%. [8: Bd. 6, 177] Mit Akkordlöhnen und über komplizierte Prämiensysteme suchte das Monopolkapital den Leistungszwang zu verstärken und einzelne Arbeiterkategorien zu korrumpieren. Strebte die faschistische Wirtschaftspolitik die Intensivierung der Ausbeutung an, so dehnte sie dennoch die tägliche Arbeitszeit – einschließlich kurzer Pausen – partiell bis zu 16 Std. aus. [8: Bd. 6, 210] Mit Kriegsausbruch, besonders aber nach dem Überfall auf die Sowjetunion, nahmen die Ausbeutungsmethoden barbarische Züge an, von denen in besonderer Weise – abgestuft nach Nationalitäten und „Rassen“ – ausländische Zwangsarbeiter, also Deportierte und Kriegsgefangene, aber auch politische Häftlinge deutscher Nationalität betroffen wurden. Kerkerhaft und körperliche Mißhandlungen waren ebenso üblich wie die Tötung durch unmenschliche Arbeits- und Lebensbedingungen. [5: 439 ff.] [10: 115 ff.]

Die gleichen Methoden wurden – wiederum abgestuft – in den zeitweilig okkupierten Ländern angewandt.

Die Anwendung extensiver Methoden, d. h. Ausdehnung der Arbeitszeit, verstärkte Ausbeutung von Frauen und Jugendlichen, sinkende Reallöhne usw., bewirkten ein stän-**[624]**diges Absinken der Arbeitsleistung. Lohnmindernd wirkten neben der kriegsbedingten Geldentwertung u. a. steigende Lohnsteuern und als spezifische Erscheinung des Faschismus der zunehmende Spendendruck. Bereits 1936 machten die Lohnabzüge (Steuern, Sozialversicherung, Beiträge, Spenden) 16-17% des Arbeitslohnes aus. [8: Bd. 6, 158] Da im Verlauf des Krieges die Arbeitsleistung immer mehr abnahm, griff das Monopolkapital zu den von den US-Monopolen übernommenen Methoden der Arbeitsplatzbewertung und ersetzte eine maximale Zahl von Zeitlöhnen durch Stück- und Akkordlöhne. Die Situation im kapitalistischen Nachkriegsdeutschland ähnelte in mancher Hinsicht der nach dem ersten Weltkrieg. Sowohl die Arbeitsleistung als auch die Reallöhne entwickelten sich negativ. Extensive Ausbeutungsmethoden – allerdings in Verbindung mit Stundenlöhnen – dominierten. Mit der Restauration des deutschen Imperialismus, der mit einer Verstärkung des Einflusses der US-Monopole verbunden war, begann die direkte Übertragung der Methoden des in der wissenschaftlichen Schweißauspressung erfahrensten Monopolkapitals der Welt auf die BRD und andere europäische und außereuropäische Länder. Zwei Richtungen standen dabei zunächst im Vordergrund: die Erhöhung des Mechanisierungsgrades in allen Bereichen der Produktion und die Anwendung ausgeklügelterer Lohnanreizsysteme. [7: 51 ff.] Die weitere Mechanisierung ließ die volkswirtschaftliche Bedeutung der Heimarbeit zusammenschmelzen und führte in der Landwirtschaft zu einer tendenziellen Annäherung des Lohnniveaus an das der Industrie. Zum anderen wuchs das Fließbandsystem quantitativ und qualitativ. Während so in der Konfektionsindustrie das traditionelle Fließband weiter

fungierte, zeigten sich z. B. im Fahrzeugbau insofern Veränderungen, als die Fließbänder zur Kontrolle der Arbeitsleistung mit modernen Mitteln der Informationstechnik ausgestattet wurden. Ein rasches Ansteigen der Arbeitsleistung – bei wachsender Arbeitslosigkeit – war die Folge. Der seit 1945 zunächst wieder vorherrschende Zeitlohn wurde zunehmend durch Akkordlöhne ersetzt. Die Reallöhne – sie erreichten Mitte der 50er Jahre in der BRD wieder den Vorkriegsstand – lagen 1950 noch 12% unter dem Vorkriegsniveau [8: Bd. 7 a, 206], die Arbeitsleistung überstieg den Stand von 1938 [8: Bd. 7 a, 386]. In der 2. Hälfte der 50er Jahre und in den 60er Jahren – ein Zeitraum, der mit der Entfaltung des staatsmonopolistischen Kapitalismus, dem Beginn der Teil- und Vollautomatisierung und der weiteren Verwissenschaftlichung der Ausbeutungsmethoden identisch ist – erfuhr die Intensivierung der Ausbeutung eine wesentliche Verschärfung. Der Staat trat verstärkt als Ausbeuter einer rasch wachsenden Zahl von Arbeitskräften auf, seine Auftrags- und Umverteilungspolitik zu Lasten der Werktätigen begünstigte die Monopole außerordentlich; vor allem aber begann sich in den technologisch am vollkommensten ausgestatteten Industrien die Ausbeutung der Arbeitskraft auf die psychische und nervliche Auspowerung zu konzentrieren. Während in den mit traditionellen Technologien arbeitenden Unternehmen – deren Zahl weiter wächst – das verfeinerte Taylorsystem der Intensivierung der Ausbeutung dient, erfüllt in den modernen Betrieben die analytische Arbeitsplatzbewertung die gleiche Funktion. [1: 41] Die in den letztgenannten Bereichen im Vergleich zur Zahl der Arbeitskräfte stark steigende Bedeutung der Produktionstechnik führte zur allmählichen Abwendung vom reinen Akkordlohn und dessen Ersetzung durch Zeitprämienlöhne. 1966 arbeiteten in der BRD nur noch 19% der männlichen Industriearbeiter im Akkordlohn, 73% dagegen im Zeitprämienlohn. [2: 45] Die Arbeitsproduktivität stieg – wie in der Tendenz in allen kapitalistischen Ländern – in der BRD von 1962 bis 1974 je Arbeitsstunde um mehr als das Doppelte. [3: 108] Begleitet war dieser Prozeß – vorangetrieben durch gewerkschaftliche Kämpfe und systemsichernde Maßnahmen des Monopolkapitals – von einer Erhöhung der Reallöhne, von Arbeitszeitverkürzungen usw.

[625] Die Verbindung von moderner Produktionstechnik und ihr gemäßer Ausbeutungsmethoden führte z. B. in der BRD dazu, daß von 1972 bis 1973 die Produktivität pro Industriearbeiter um 7,7% stieg, der Reallohnzuwachs dagegen nur 1,6% betrug. [3: 114] Der Aufwärtstrend in der Reallohnentwicklung ging mit einer neuen Phase der allgemeinen Krise zu Beginn der 70er Jahre zunächst in ein langsameres Wachstum, dann Stagnation und schließlich einen Rückgang über [3: 178 f.], der auch international gegeben ist. [7: 74] Dagegen wuchsen in der BRD – und auch das ist eine allgemeine Erscheinung des Kapitalismus – die Lohnabzüge von 14,4% im Jahre 1950 auf 29,25% im Jahre 1973. [3: 202] 80% der Steuereinnahmen in der BRD wurden zu Lasten der Werktätigen erzielt. [3: 191]

Hatten die in den 50er Jahren aktivierten Institutionen zur Weiterentwicklung der Rationalisierung in der BRD vorrangig auf die Anwendung modernster technologischer Mittel und der ihnen gemäßen Lohnanreizsysteme orientiert, so konzentrieren sie sich nunmehr seit den 60er Jahren auf das Aufspüren und Beseitigen aller psychologischen und ideologischen Hemmnisse, die die Verschärfung der Ausbeutung behindern. Zur Ökonomie und Technik traten die Psychologie und die Ideologie als neue Felder der bürgerlichen Arbeitswissenschaft. [3: 128 ff.] [13: 73 ff.] Von der komplettierten Ausbeutungspraxis werden nicht nur die deutschen Arbeiter betroffen, sondern Millionen sogenannter Gastarbeiter, die – im Zusammenhang mit dem zeitweiligen Rückgang der Arbeitslosigkeit in einer Reihe kapitalistischer Länder – als neue Unterschicht eingesetzt werden. Diese künstlich geschaffene industrielle Reservearmee stellt eine neue Erscheinung des Monopolkapitalismus dar. Aus Niedriglohnländern kommend, sozial, national und politisch absolut diskriminiert, erfüllen die ausländischen Arbeitskräfte objektiv alle Funktionen einer industriellen Reservearmee. Sie dienen als lohndrückender Faktor, ihre Unterbezahlung ermöglicht zugleich eine bessere Bezahlung der Arbeiter des „Gastlandes“. Umgekehrt – und auch das ist neu – nutzen die Monopole die sogenannten Niedriglohnländer in Europa, Afrika, Lateinamerika und Asien zur Gewinnung von Monopolprofiten aus, indem sie eine steigende Zahl von Produktionen in diese Länder verlagern. [11: 37 ff.]

Literatur:

1. *Brühl, H./Töpfer, J./Thude, G.*: Ausbeutung im Monopolbetrieb. Berlin 1966; 2. *Groß, J.:* Lohnsysteme im Dienst verschärfter Ausbeutung. Berlin 1973; 3. *Gutermuth, R.:* Ausbeutung in der BRD.

Zur Entwicklung der kapitalistischen Ausbeutung nach dem zweiten Weltkrieg. Berlin 1976; 4. *Hartwich, H.-H.:* Arbeitsmarkt, Verbände und Staat 1918-1933. Berlin (West) 1967; 5. *Jonas, W.:* Das Leben der Mansfeld-Arbeiter. 1923 bis 1945. Berlin 1957; 6. *Kubitschek, H.:* Zur kapitalistischen Rationalisierung und ihrer Auswirkung auf die Qualifikationsstruktur der Arbeiterklasse in Deutschland. Berlin 1965 (Habil. Schrift); 7. *Kuczynski, J.:* Die Krise der kapitalistischen Weltwirtschaft. Berlin 1976; 8. *Ders.:* Die Geschichte der Lage der Arbeiter unter dem Kapitalismus. Bd. 1-38, Berlin 1960-1972; 9. *Lärmer, K.:* Vom Arbeitszwang zur Zwangsarbeit. Die Arbeitsordnungen im Mansfelder Kupferschieferbergbau von 1673 bis 1945. Berlin 1961; 10. *Ders.:* Die Wahrheit über den Autobahnbau. Berlin 1963; 11. *Metzner, R.* in: IPW-Berichte 1974 (3), H. 10, S. 30 ff.; 12. *Sworykin, A. A/.Osmowa, N. I./ Tschernyschew, W. I./Schuchardin, S. W.:* Geschichte der Technik. Leipzig 1967; 13. *Wolfer, S./Schumann, F.* in: IPW-Berichte 1974 (3), H. 10, S. 48 ff.; 14. *Der Imperialismus in der BRD.* Berlin 1971.

Karl Lärmer **[626]**

2.5.3. Banken

Mit dem Übergang von der feudalen zur kapitalistischen Produktionsweise erweiterten und vertieften sich die Ware-Geld-Beziehungen und stellten höhere Anforderungen an das Bank- und Kreditwesen, an die Disponibilität des Leihkapitals und an die Ausdehnung und Vereinheitlichung des Geldverkehrs.

Auf dieser Basis kristallisierten sich neue Bankgeschäfte bzw. neue Banktypen heraus. So entstanden zusätzlich zu den bestehenden Banken als spezieller Banktyp vor allem an den Knotenpunkten des Handels Girobanken (Bank für das schriftliche Übertragen von Wechseln). Weitere wichtige Faktoren für die Weiterentwicklung des Bankwesens in der Übergangsperiode, vor allem im Anleihegeschäft, waren der parasitäre Verbrauch spätfeudaler Herrscher und die daraus resultierenden Staatsschulden. Dadurch sicherte sich die Bourgeoisie ihre Positionen im staatlichen und öffentlichen Bankwesen. Daneben bildeten sich kapitalistische Privatbankiers bzw. Privatbankhäuser heraus (z. B. Rothschild). Gegen Ende der Übergangsperiode entstanden Banken in der Form von Kapitalgesellschaften, der dominierenden Organisationsform der Banken im Kapitalismus. Neben den Bankkredit trat in verstärktem Maße der kommerzielle Kredit, vor allem in der Form des Handelswechsels: „Der Endpunkt dieser Entwicklung war der Wechseldiskont bei einer Bank und die Herausgabe von Banknoten, die zum typischen Kreditumlaufmittel des vormonopolistischen Kapitalismus werden sollten.“ [3: 287]

Die ökonomische Entwicklung drängte zur Herstellung eines nationalen Marktes und einer einheitlichen Währung. Dementsprechend löste im Laufe des 19. Jh. die Zentralnotenbank mit Monopolcharakter die Notenbanken ab, die ohne Staatsaufsicht nebeneinander in einem Währungsgebiet existierten. 1833 wurden die Noten der Bank of England gesetzliches Zahlungsmittel. 1848 erhielt die Banque de France für ganz Frankreich das Notenprivileg. 1876 wurden die Deutsche Reichsbank als Zentralnotenbank und 1882 die Bank von Japan mit dem alleinigen Recht zur Notenausgabe gegründet. In den USA wurde nach mehreren vorübergehenden Installierungen von Zentralbanken 1913 das Federal Reserve System errichtet. Dieses Notenbanksystem besteht aus dem Board of Governors of the Federal Reserve System und den 12 Federal Reserve Banks, d. h. den National Banks und den größeren State Banks, also insgesamt aus den ökonomisch bedeutendsten Banken. Neben der Ausgabe von Banknoten (passives Kreditgeschäft) diskontierten die Notenbanken im aktiven Kreditgeschäft Handelswechsel, d. h., sie zahlten Wechsel mit Abzug der Zinsvergütung vor der Verfallszeit aus, lombardierten beliehene Waren und Wertpapiere und betrieben im beschränkten Umfang Depotgeschäfte (Annahme- und Verwahrungsgeschäfte von Geldern und Wertpapieren). Wesentliche Aufgaben der Zentralnotenbanken bestanden in der Beeinflussung der Zinssätze auf dem Geldmarkt durch Festsetzung der Diskontsätze und dem An- und Verkauf von Edelmetallen als Währungsgrundlage.

Der Kredit ist für den Reproduktionsprozeß des Kapitals eine unabdingbare Notwendigkeit. Das kapitalistische Kredit- und Banksystem mobilisiert und zentralisiert freies Geldkapital, beschleunigt die Konzentration und Akkumulation des Kapitals, trägt zur Realisierung des Profits bei und dient der Neuverteilung des Kapitals und dem Ausgleich der Profitraten. Es gestaltet die Zirkulation rationeller.

Für die Entwicklung der Produktivkräfte und für die Erweiterung der Reproduktion ist es ein wichtiger Faktor. Zugleich verstärkt es den Grundwiderspruch der kapitalistischen Produktionsweise und verschärft die Krisenanfälligkeit des kapitalistischen Systems.

Im vormonopolistischen Kapitalismus hatte das Bankwesen hinsichtlich der Aufbringung seines Kapitals, der Operationen und der Banktypen eine neue Qualität erreicht: **[627]** Die Banken arbeiteten verstärkt mit Fremdkapital; das Girogeschäft und das Clearingverfahren (bargeldlose Verrechnung im Scheckverkehr) entwickelten sich weiter; die allgemeine Intensivierung der Kreditgeschäfte war mit einer Einsparung an Zirkulationsmitteln und mit einer Verbilligung der Zirkulationskosten verbunden. Ein Netz von Zentralnotenbanken, Geschäftsbanken, Spezialbanken und Spezialinstituten mit bankähnlichem Charakter (z. B. die Sparkassen und Genossenschaftsbanken) war entstanden.

Entscheidend für die weitere Entwicklung des Bankwesens erwiesen sich die aktive Mitwirkung der Banken an der Gründung von Aktiengesellschaften (in Deutschland seit der 2. Hälfte des 19. Jh.) und die Entstehung von Aktienbanken, die zuerst in England aufkamen, hier aber keine größere Bedeutung erhielten. Die 1852 in Frankreich gegründete Société Generale de Crédit Mobilier war die erste große Gründungs- und Emissionsbank, die Universalgeschäfte betrieb. In Holland, Spanien, Italien, Österreich, Deutschland, in der Schweiz und in den USA entstanden Banken ähnlichen Typs. Hingegen konnte sich die englische Industrie weitgehend selbst finanzieren, wodurch es in Großbritannien zur Ausbildung typischer Depositenbanken, deren Hauptaktionsfeld im Zahlungs- und kurzfristigen Kreditgeschäft lag, kam. Spezialbanken bedienten die anderen Geschäftszweige, so die merchant banks, die sich häufig auf den Akzeptverkehr spezialisiert hatten, den Handel, foreign banks und colonial banks den Überseehandel und die koloniale Expansion. Daneben entwickelten sich Spezialinstitute für das Diskontgeschäft und weitere Institute für eng begrenzte Finanzierungsaufgaben. Bei den Depositenbanken kam es zu einer starken Konzentration des Kapitals und der Depositen. Es bildeten sich als stärkste Banken die Big Five (Midland Bank, Barclays Bank, Lloyds Bank, Westminster Bank, National Provincial Bank) heraus, die auch nach dem zweiten Weltkrieg in Großbritannien ihre Position behaupten konnten, international jedoch an Einfluß verloren haben. Die Notwendigkeit für die Gründung von Aktienbanken ergab sich aus den Anforderungen, welche die industrielle Revolution an das Bankensystem stellte. In Deutschland z. B. erwies sich in den 40er Jahren des 19. Jh. das Privatbankhaus bei der massenhaften Anlage von Kapital als unzulänglich. Bestrebungen zur Gründung großer Aktienbanken gingen besonders von der rheinischen Bourgeoisie aus. Die Bedeutung dieser Banken nahm im letzten Drittel des 19. Jh. rasch zu.

1848 wurde der Schaaffhausensche Bankverein gegründet. In den 50er Jahren des 19. Jh. häuften sich die Gründungen (Disconto-Gesellschaft, Bank für Handel und Industrie in Darmstadt, spätere Darmstädter und Nationalbank, Berliner Handelsgesellschaft, Allgemeine Deutsche Credit-Anstalt in Leipzig und Mitteldeutsche Credit-Bank in Meiningen). Die Disconto-Gesellschaft wurde in den 50er Jahren in eine Kommanditgesellschaft auf Aktien umgewandelt. Die Gründung der Deutschen Bank, der Commerz- und Disconto-Bank und der Dresdner Bank erfolgte zu Beginn der 70er Jahre des 19. Jh.

In enger Wechselbeziehung zum Konzentrationsprozeß des Kapitals und der Produktion sowie zur Monopolisierung in der Industrie verliefen der Konzentrationsprozeß [9] und die Monopolbildung bei den Banken. In Deutschland war dieser Zusammenhang nach 1848 und in den Gründerjahren, d. h. Anfang der 70er Jahre, durch die führende Rolle der Banken bei der Gründung von industriellen Aktiengesellschaften besonders eng. [6: 99]

Bis zum ersten Weltkrieg bildeten sich in Deutschland monopolistische Bankgruppen auf dem Wege von Fusionen, Beteiligungen, Angliederungen und Filialgründungen heraus. Die Deutsche Bank errichtete bereits in den 70er Jahren Filialen und übernahm ebenso wie die Dresdner Bank einige kleinere Banken. Nach 1890 wurde der Prozeß stark beschleunigt. Besaßen 1900 die 6 Berliner Großbanken erst 21 Filialen und 40 De-**[628]**positenkassen und Wechselstuben, so 1911 bereits 104 Filialen und 276 Depositenkassen und Wechselstuben. Außerdem waren diese Großbanken z. T. an Provinzbanken beteiligt. Seit der Jahrhundertwende sind Fusionen größerer Aktienbanken zu verzeichnen. So fusionierte kurz vor dem ersten Weltkrieg die Disconto-Gesellschaft mit dem Schaaffhausenschen Bankverein.

Die Beobachtung der Konzentration im Bankwesen und die enorme ökonomische und politische Macht der Banken veranlaßten Lenin zu der Feststellung, daß die Verwandlung zahlreicher bescheidener Vermittler von Geldkapital in wenige Monopolisten einen der Grundprozesse des Hinüberwachsens des Kapitalismus in den Imperialismus darstellt. [LW 22: 214] In dem noch enger gewordenen Verhältnis der Banken zur Industrie, in der Verschmelzung von Bank- und Industriekapital zum Finanzkapital zeigt sich die qualitativ neue Rolle der Banken. Durch das Verwachsen des Bank- und Industriekapitals, gegenseitigen Aktienaustausch und durch Personalunion der Banken mit den bedeutendsten Industrie- und Handelsunternehmen entstehen gewaltige ökonomische und politische Machtzentren. Die Herausbildung des Finanzkapitals und die ökonomische und politische Herrschaft der Finanzoligarchie ist eine der Haupterscheinungsformen des Monopolkapitalismus. „Das Monopol ist aus den Banken erwachsen. Diese haben sich aus bescheidenen Vermittlungsunternehmungen zu Monopolisten des Finanzkapitals gewandelt. Drei bis fünf Großbanken einer beliebigen der kapitalistisch fortgeschrittensten Nationen haben zwischen Industrie- und Bankkapital eine ‚Personalunion' hergestellt und in ihrer Hand die Verfügungsgewalt über Milliarden und aber Milliarden konzentriert, die den größten Teil der Kapitalien und der Geldeinkünfte des ganzen Landes ausmachen. Eine Finanzoligarchie, die ein dichtes Netz von Abhängigkeitsverhältnissen über ausnahmslos alle ökonomischen und politischen Institutionen der modernen bürgerlichen Gesellschaft spannt – das ist die krasseste Erscheinungsform dieses Monopols." [LW 22: 304 f.]

Ein Gradmesser für die Rolle, die die Banken beim Übergang vom Kapitalismus der freien Konkurrenz zum Monopolkapitalismus im wirtschaftlichen Wachstum spielten, ist der Anteil der Bankkredite an der Finanzierung. Um die Jahrhundertwende nahm beispielsweise in Deutschland die Bedeutung der Kreditgewährung durch die Geschäftsbanken gegenüber den übrigen Finanzierungsquellen wie Selbstfinanzierung, private Darlehnsgewährung und Inanspruchnahme von Kapitalmarktmitteln sonstiger Kreditgeber für die Entfaltung von Industrie und Handwerk zu. [1: 169 f.]

Nach dem ersten Weltkrieg ist die Entwicklung des Bankwesens in Deutschland durch eine beschleunigte Konzentration gekennzeichnet. Der Zentralisations- und Konzentrationsprozeß erfolgte in zwei Richtungen: erstens durch Aufnahme von Bankunternehmungen (Privatbankiers, Aktienbanken, genossenschaftliche Banken) durch Filialgroßbanken; zweitens durch Fusion von Filialgroßbanken. Am bedeutendsten waren folgende Vorgänge: Die Nationalbank für Deutschland (Berlin) und die Deutsche Nationalbank (Bremen) schlossen sich 1920 zur Nationalbank zusammen, die 1922 mit der Darmstädter Bank zur Darmstädter und Nationalbank für Deutschland (Danatbank) fusionierte. 1920 ging aus der Fusion der Mitteldeutschen Privatbank und der Commerz- und Disconto-Bank die Commerz- und Privatbank hervor. Diese Fusionen wurden 1929 von dem Zusammenschluß der Disconto-Gesellschaft mit der Deutschen Bank zur Deutschen Bank und Disconto-Gesellschaft überragt. Das Bankwesen in Frankreich und in den USA erlebte ebenfalls in den 20er Jahren eine Fusionswelle.

In der Weltwirtschaftskrise von 1929-1932, in der verschiedene Monopolbanken vor dem Bankrott standen, erreichte der Zentralisierungsprozeß einen neuen Höhepunkt. Die Darmstädter und Nationalbank wurde mit der Dresdner Bank zusammengeschlos-**[629]**sen. Als Ergebnis des Prozesses existierten in Deutschland nur noch drei führende Bankkonzerne: die Dresdner Bank, die Deutsche Bank und Disconto-Gesellschaft und die Commerz- und Privatbank. Der Zusammenschluß und die Sanierung erfolgten unter aktiver staatlicher Beihilfe: durch Aktienübernahme, direkte Zuschüsse und Ausfallbürgschaften. Nach der Sanierung durch Kapitalaufstockung und Aktienübernahme waren das Deutsche Reich und die Golddiskontbank gemeinsame Kapitaleigentümer der Dresdner Bank zu 91%, der Commerz- und Privatbank zu 70% und der Deutschen Bank zu 35%. Während des Faschismus wurde der staatliche Anteil wieder reprivatisiert. Daneben griff der Staat mit solchen Maßnahmen wie der Verhängung von Bankfeiertagen, Zwangsregelung des Zahlungsverkehrs u. a. in die Bankenkrise ein, um den Zusammenbruch des Kreditsystems aufzuhalten. Das Kreditwesengesetz von 1934 war ein Versuch, durch staatlichen Zwang den Geld- und Kreditmarkt zu stabilisieren, um Erschütterungen, die auch andere Bereiche des imperialistischen Systems gefährdeten, abzufangen. Es enthielt u. a. Bestimmungen über die Liquidität, die Mindestreserven und das Kontrollrecht des Aufsichtsamtes für Kreditwesen bei der Reichsbank. In Japan veranlaßten bereits 1927 zahlreiche

Zusammenbrüche von Banken den Staat zu Eingriffen, die in der Konsequenz zu einer Machtkonzentration der großen Bankkonzerne führten.

In den USA war die Weltwirtschaftskrise ebenfalls von einer heftigen Bankenkrise 1932/33 begleitet. Vorbeugungsmaßnahmen, wie im Oktober 1931 die Gründung der National Credit Corporation und im Februar 1932 die der Reconstruction Finance Corporation, die an Banken Kredite gewähren sollten, konnten die Bankzusammenbrüche nicht aufhalten. Der Emergency Banking Act vom 29.3.1933 leitete eine neue Periode der Bankgesetzgebung ein. Auf der Basis dieses Notstandsgesetzes mußten alle Banken eine Woche lang schließen. Ein Viertel aller Institute wurde liquidiert. Durch das Bankgesetz von 1933 wurde die Federal Deposit Insurance Corporation geschaffen, die automatisch alle Giroeinlagen der Mitgliedsbanken des Federal Reserve System versichert. 1935 veränderte ein neues Bankgesetz die Machtbefugnisverteilung zwischen den Federal Reserve Banks und dem Federal Reserve Board. Letzerer erhielt die ausschlaggebende Verantwortung für die Ausübung der nationalen Kreditpolitik. [4] Unter dem Eindruck der Bankenkrise wurden das Federal Open Market Committee geschaffen, die Rechte des Board of Governors of the Federal Reserve System zur Festlegung der Diskontsätze und zur Regulierung der gesetzlichen Mindestreserven fixiert und die Kreditgewährung an die Mitgliederbanken neu geregelt. Dieses Regulierungsinstrumentarium fand in den Jahren nach dem zweiten Weltkrieg verstärkt in weiteren imperialistischen Ländern Eingang.

In den 20er Jahren des 20. Jh. kam es aufgrund der relativen Verknappung auf dem Kreditmarkt, infolge der Reorganisation des staatskapitalistischen Sektors und der staatsmonopolistischen Regulierung zu einem Aufschwung des staatlichen Bankensystems in Deutschland. Die Zahl der staatlichen Banken nahm auf der zentralen wie auch auf der regionalen Ebene sehr zu, so daß insgesamt seit dem ersten Weltkrieg der staatskapitalistische Sektor im Bankwesen schneller wuchs als in der Industrie. Die unterschiedliche Funktion und Stellung der staatlichen Banken im Kreditwesen und überhaupt im Reproduktionsprozeß des Kapitals ermöglichten es ihnen, neben öffentlichen Geldern Reserven der kleinen und mittleren Kapitalisten und Ersparnisse breiter Bevölkerungskreise zu konzentrieren und in Kooperation mit dem Staatsapparat und der monopolistischen Wirtschaft Kreditgeschäfte durchzuführen. Die Tätigkeit dieser Banken wurde durch staatliche Garantie und andere Privilegien (z. B. Steuerbefreiung, Mündelsicherheit der Einlagen, Kooperation mit öffentlichen Fonds) erleichtert.

[630] Durch die Erweiterung des staatskapitalistischen Sektors im Bankwesen wurde das indirekte Regulierungsarsenal des imperialistischen Staates ergänzt. [1] Hierbei spielten von den staatlichen Banken die Reichsbank, die Golddiskontbank AG, die Reichs-Kredit-Gesellschaft AG und die Sparkassen eine hervorragende Rolle.

Aus der zunehmenden Labilität der kapitalistischen Wirtschaft nach Beginn der allgemeinen Krise des Kapitalismus, die sich ganz besonders im Kredit- und Geldwesen auswirkte, erwuchs die erhöhte Notwendigkeit der staatsmonopolistischen Regulierung des Kreditmarktes. Das konnte nicht allein Aufgabe der Reichsbank, sondern mußte die Funktion des staatskapitalistischen Bankensystems insgesamt sein. Bei der Vorbereitung wie auch während des zweiten Weltkrieges, in dem das deutsche Finanzkapital die Vorherrschaft in Europa und auf anderen Kontinenten erobern wollte, waren die führenden Bankkonzerne äußerst engagiert. Zur ökonomischen Kriegsvorbereitung gehörte die Neuorganisation des Bankwesens in der Reichsgruppe Banken. Gemeinsam mit anderen Konzernen beherrschten Bankmonopole den wirtschafts- und finanzpolitischen Apparat des faschistischen Staates, stellten sie das ökonomische Potential auf die Kriegswirtschaft um. „Vom ersten Tage der Herrschaft des Faschismus an wurden die finanziellen Einrichtungen des Reiches, die Banken, die Sparkassen, die Sozial- und anderen Versicherungszweige, die Reichsbank und das Steuersystem zur Finanzierung zunächst der Kriegsvorbereitungen und dann des Krieges selbst benutzt.“ [5: 131]

Die führenden Bankkonzerne intensivierten ihre Beziehungen zum Staatsapparat, so die Deutsche Bank [8], indem sie sowohl ihre Vertreter direkt in ihn entsandte oder über Unternehmerverbände ihren Einfluß verstärkt geltend machte als auch mittelbare Verbindungen zwischen den von der Deutschen Bank majorisierten Konzernen und Angehörigen des Staatsapparates herstellte bzw. festigte.

Nach dem Sieg der UdSSR und der Völker der Antihitlerkoalition über den Faschismus kam es in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands zur Überführung des monopolistischen Bankeigentums in Volkseigentum und auf dem Gebiet der Besatzungszonen der Westmächte zunächst zu einer Dekonzentration des Bankwesens. Der deutsche Imperialismus benutzte die Entflechtung als Ausgangspunkt für eine Reorganisation der Bankmonopole und nachfolgender neuer Fusionen. Die Konzentrationswelle der 50er und 60er Jahre hatte nicht nur das auf privatkapitalistischem Eigentum beruhende Bankwesen erfaßt, sondern auch den staatskapitalistischen Bankensektor. Die in den 60er Jahren in der BRD durchgeführte Konzentrationsenquete gibt über das Ergebnis dieser Vorgänge und über das Verhältnis der nach Eigentumsformen gegliederten Bankensektoren Aufschluß. Der starke ökonomische Einfluß der staatskapitalistischen Banken spiegelt die große Bedeutung des staatlich mobilisierten und zentralisierten Kapitals im gesellschaftlichen Reproduktionsprozeß in der Gegenwart der BRD wider, die sich aus der Notwendigkeit staatlichen Kapitals für die Entwicklung der Produktivkräfte, für die Stabilisierung der Konjunktur und für die Sicherung des imperialistischen Systems ergibt. Um 1960 hatten die privaten Banken, die öffentlichen Banken und die Genossenschaftsbanken folgende Anteile am Bankgeschäft (s. auch Tab. S. 631).

Aufschlußreich für den Konzentrationsgrad ist, daß Ende 1960 von den Beteiligungen von Kreditinstituten an anderen Banken die Großbanken fast 50%, die übrigen Kreditbanken (Staats-, Regional-, Lokal-, Spezial-, Haus- und Branche-Banken) fast 30% und den Rest fast zu gleichen Teilen Privatbankiers, Sparkassensektor, Genossenschaftsbanken hielten. Allein 70% aller Bankbeteiligungen waren in Händen von 11 Kreditinstituten (3 Großbanken, 4 Privatbankiers und 4 Regionalbanken).

Noch stärker als in der BRD war die Konzentrationswelle der 60er Jahre in den Niederlanden, in England und in Frankreich. Außer diesem Prozeß fallen als hervor-**[631]**

Tabelle
Anteile privater, öffentlicher und Genossenschaftsbanken am Bankgeschäft (in % [10]

Bankbereich	Einlagen von Nichtbanken	Kredite an Nichtbanken	Geschäftsvolumen
Private Banken	31,1	33,2	31,7
Öffentliche Banken	51,8	52,9	52,1
Genossenschaftsbanken	17,1	13,9	16,2
Zusammen	100,0	100,0	100,0

stechende Tendenzen in den Jahrzehnten nach dem zweiten Weltkrieg der Ausbau der Beteiligungen und eine Diversifizierung des Bankkonzerns ins Auge. Der zuletztgenannte Trend ist in dieser oder jener Form in allen imperialistischen Hauptländern zu beobachten. In der BRD erfolgt die Diversifizierung im Rahmen *eines* Konzerns. In den USA hatte die Bankgesetzgebung (Verbot von Filialgründungen, Begrenzung der Bankenlizenz auf *einen* Staat) zur Herausbildung spezialisierter Banken für Kreditgeschäfte bzw. für Beteiligungen an Industrie- und Handelskonzernen bzw. Banken für Börsengeschäfte geführt. Daneben entstanden Holdinggesellschaften für Bankaktien, die Kettenbanken (cham banks), Gruppenbanken, Postsparkassen, Akzepthäuser, Versicherungen mit bankähnlichem Charakter u. a. Die Diversifizierung in den USA erfolgt aufgrund dieser historisch herausgebildeten Form des Bankwesens hauptsächlich innerhalb der Holdinggesellschaften, die die Aktien bestimmter einzelner Banken, die in verschiedenen Staaten ansässig sind, verwalten und so eine enorme ökonomische und politische Macht darstellen.

Zu einer heute typischen Erscheinungsform des Imperialismus sind die Finanzgruppen geworden, in denen alle Formen der Monopolisierung zusammengeschlossen sind und deren Führungsschicht die gesamte Wirtschaft und Politik der imperialistischen Länder beherrscht. An erster Stelle stehen Finanzgruppen der USA [7], z. B. die Imperien der Morgan und Rockefeller. Finanzgruppen Japans und der BRD haben in den letzten Jahren englische und französische Finanzgruppen an Einfluß überflügelt. Insgesamt kontrollieren in der Gegenwart etwa 50 führende Gruppen Aktiva mit einer Gesamtsumme von ca. 600 Mrd. Dollar.

Bereits im Frühstadium des Imperialismus gehörten Banken zu aktiven Trägern der äußeren Expansion des Monopolkapitals (Errichtung von Kolonial- und Überseebanken, von Tochterfilialen im Ausland, Finanzierung von Auslandsanlagen). Ergänzt wurde dieser Trend durch eine gewisse Kooperation der

Notenbanken, die sich zunächst aus den Weltmarktbeziehungen ergab. Im Laufe der imperialistischen Entwicklung verstärkte sich die Expansion. Die Krise des kapitalistischen Währungssystems ist ein zusätzlicher Faktor für die Internationalisierungstendenz im kapitalistischen Bankwesen. In den 20er Jahren wurden Zentralnotenbankgruppen mit dem Ziel gebildet, die Währungen zu stabilisieren. Bei diesen Bestrebungen dominierten eindeutig die USA und England. 1930 wurde die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich in Basel gegründet; 1944 fixierte das Abkommen von Bretton Woods die finanziellen Verhältnisse der Währungen und Währungskurse, die sich im Ergebnis des zweiten Weltkrieges herausgebildet haben. Das Währungsabkommen europäischer kapitalistischer Staaten führte zur OECD (Organization for Economic Cooperation and Development). 1945 wurde der Internationale Währungsfonds gebildet, der die Wechselkurse stabilisieren, ein multinationales Zahlungssystem installieren und den Ausgleich der Zahlungsbilanzen der Mit-**[632]**gliedsländer erleichtern sollte. Die Aufgaben der ebenfalls 1945 gegründeten International Bank for Reconstruction and Development (Weltbank) liegen vor allem auf dem Gebiet der Investitionen und damit verbundener Zahlungsabwicklungen. Als Institut der EWG existiert seit 1957 die Europäische Investitionsbank. In den 70er Jahren erzwangen eine heftige Welle von Krisen und ein neues Kräfteverhältnis unter den imperialistischen Ländern eine Neuregelung der Währungsabkommen und -beziehungen. Die Internationalisierungstendenz basierte also teils auf ökonomischen Integrationsvorgängen, teils ergab sie sich aus Widersprüchen in den ökonomischen Beziehungen der imperialistischen Länder untereinander. Vor allem führt aber die Herausbildung multinationaler Konzerne zur Entstehung internationaler Bankengruppen. Am bedeutendsten sind die von Banken der USA, der BRD, Großbritanniens, Kanadas, Japans und Italiens gebildete Gruppe Orion, die von Banken der BRD, Frankreichs, Großbritanniens, den Niederlanden, Belgiens und Österreichs gebildete Gruppe European Bank International, die von Banken der BRD, der Niederlande und Belgiens gegründete Associated Banks of Europe und die Gruppe CCB, zu der sich Banken der BRD, Frankreichs und Italiens zusammengeschlossen haben. [11: 153]

Literatur:

1. *Burg, H.:* Der Staat als Bankier. Berlin 1968; 2. *Eistert, E.:* Die Beeinflussung des Wirtschaftswachstums in Deutschland von 1883 bis 1913 durch das Bankensystem. Berlin 1970; 3. *Kaemmel, E.:* Finanzgeschichte. Berlin 1966; 4. *Krasensky, H.:* Kurzgefaßte Bankgeschichte. Stuttgart 1968; 5. *Kuczynski, J.:* Die Geschichte der Lage der Arbeiter unter dem Kapitalismus. Berlin 1964; 6. *Mottek, H.:* Wirtschaftsgeschichte Deutschlands. Berlin 1964; 7. *Perlo, V.:* Das Reich der Hochfinanz. Berlin 1960; 8. *Radandt, H.* in: Der deutsche Imperialismus und der zweite Weltkrieg. Berlin 1960 ff.; 9. *Riesser, J.:* Zur Entwicklungsgeschichte der deutschen Großbanken mit besonderer Rücksicht auf die Konzentrationsbestrebungen. Jena 1906; 10. *Bank-Lexikon.* Wiesbaden 1969; 11. *Koncentracija bankov kapitalističeskich stran,* in: MĖIMO, 1976, H. 1, S. 152 ff.

Karin Lehmann/Edeltraud Volkmann

2.5.4. Bevölkerungsbewegung

Die Entstehung und Entwicklung des Kapitalismus stellt einen Wendepunkt in der demographischen Geschichte der Menschheit dar. Mit dem Übergang zum Kapitalismus wurden quantitativ und qualitativ völlig neue Bedingungen zur Erweiterung des Spielraums für Existenz und Vermehrung der Menschheit geschaffen. Die damit eingeleitete Entwicklung von Wissenschaft und Technik hat die Determinanten der Bevölkerungsbewegung in starkem Maße beeinflußt, ihre Wirkungsweise geändert und zur Entstehung eines neuen Typs der Bevölkerungsreproduktion geführt. Die umwälzende Wirkung des Kapitalismus auf die Bevölkerungsbewegung war nicht nur auf die kapitalistischen Länder beschränkt. Durch die Expansion des Kapitals wurde die Bevölkerungsbewegung in der gesamten Welt beeinflußt. Wo das Kapital Fuß faßte, erhielt die Bevölkerungsbewegung neue Charakterzüge, wurde ihr Verlauf geändert. Diese umfassenden Änderungen der Bevölkerungsbewegung bezeichnet man als die zweite *demographische Revolution* (s. 1.4.7). Die Konsequenzen dieser Revolution sind heute noch schwer vorauszusagen, weil der Prozeß als Ganzes noch nicht abgeschlossen ist. Die demographische Re-**[633]**volution setzt sich im kapitalistischen System sehr ungleichmäßig und sehr unregelmäßig durch. Vor allem sind mit der Weise der Durchsetzung dieser Revolution ihre Konsequenzen an beiden Polen des kapitalistischen Systems – nämlich den hochentwickelten kapitalistischen Ländern und den

ökonomisch schwachentwickelten Ländern, also den Kolonien und Halbkolonien bzw. den Entwicklungsländern – sehr verschieden.

Selbst in den kapitalistischen Ländern ist die Bevölkerungsreproduktion bei den verschiedenen gesellschaftlichen Klassen und in den verschiedenen Entwicklungsetappen des Kapitalismus unterschiedlich.

Die Hintergründe der zweiten demographischen Revolution mit dem daraus resultierenden neuen Typ der Bevölkerungsreproduktion in den kapitalistischen Ländern liegen in der qualitativen Änderung des sozialen Milieus, in dem die Bevölkerungsbewegung vor sich geht. Im Gegensatz zu *allen* vorkapitalistischen Produktionsweisen verzeichnet der Kapitalismus eine völlig neue Eigenschaft. *Die kapitalistische Produktionsweise bringt ein schrankenloses Bedürfnis nach Mehrarbeit hervor.* Sie hat die Tendenz „zu akkumulieren, Profit in Kapital zu verwandeln, möglichstes Quantum fremder Arbeit anzueignen“ [MEW 26.1: 199]. Dabei sind den Möglichkeiten der einzelnen Produzenten zur Erzeugung von Mehrwert sowohl physisch als auch sozial Grenzen gesetzt. In dieser Situation kann der Kapitalismus die Masse des Mehrwerts trotz begrenzter Möglichkeiten der einzelnen Produzenten vermehren, *wenn die Arbeiterbevölkerung sich entsprechend dem Wachstum des Kapitals vermehrt.* [MEW 23: 325] Somit ist ein möglichst starkes Wachstum der Population – d. h. ein Wachsen der lebendigen Arbeitsvermögen – eine Grundbedingung dieser Produktionsweise. [MGr 502] Andererseits vollzieht sich die Akkumulation in Verbindung mit einem fortwährenden *qualitativen Wechsel der Zusammensetzung des Kapitals,* in Form der beständigen Zunahme des konstanten auf Kosten des variablen Bestandteils. „Da die Nachfrage nach Arbeit nicht durch das Gesamtkapital, sondern durch die variablen Bestandteile bestimmt wird, *fällt sie also progressiv mit dem Wachstum des Gesamtkapitals,* statt ... verhältnismäßig mit ihm zu wachsen.“ [MEW 23: 658] Die Einheit dieser widersprechenden Tendenzen prägt den Gang der Bevölkerungsbewegung in der kapitalistischen Produktionsweise. Einerseits schafft der Kapitalismus alle Voraussetzungen für das Wachstum der Bevölkerung, andererseits läßt er die Bevölkerungsbewegung unregelmäßig verlaufen.

Sterblichkeit: Mit dem Übergang einer Reihe von europäischen Ländern zum Kapitalismus wurde die wiederholte Heimsuchung dieser Länder durch Epidemien und Hungersnöte allmählich zur Barriere für die Entwicklung der neuen Produktionsweise. Die Durchführung einer Reihe von Maßnahmen zur Entwicklung der Infrastruktur, die Kanalisation, die hygienische Wasserversorgung usw. gehörte zu den elementarsten Verwertungsbedingungen des Kapitals, zumal solche Maßnahmen den eigenen Interessen der Kapitalisten und ihrer Familien entsprachen. [MEW 2: 640]

Die Entwicklung von Wissenschaft und Technik, insbesondere von Physik, Chemie, Biologie und Medizin, haben allmählich zur Erkennung von Krankheiten, ihren Ursachen und ihrer Wirkungsweise geführt. Die Erfindung des Mikroskops leitete die Entdeckung der Ursachen der bakteriellen Krankheiten ein. Die effektive Bekämpfung der Infektionskrankheiten, die Prophylaxe und die weitere Entwicklung der Medizin und des Gesundheitswesens sowie die Verbesserung der allgemeinen Lebensbedingungen und die Durchführung öffentlicher Maßnahmen führten allmählich zu einer starken Reduzierung der Sterblichkeit, verringerten das Auftreten der plötzlichen Sterblichkeitsgipfel. Die gesellschaftliche und die wirtschaftliche Entwicklung ermöglichten die Bekämpfung der Hungersnöte. Die weitere Entwicklung von Wissenschaft und Technik reduzierte die Sterbeziffer in einer relativ kurzen historischen Periode bis auf ein Minimum. UNO **[634]** Material zufolge veränderte sich die Sterbeziffer in den hochentwickelten kapitalistischen Ländern seit 1750 wie folgt:

Tabelle 1
Sterbeziffer in hochentwickelten kapitalistischen Ländern (in %) [16: 7]

1750-1800	1800-1850	1850-1900	1900-1950	1950-1960	1960-1970
34	32	29	18	10	9

Der Rückgang der Sterbeziffer und vor allem der Kindersterblichkeit wirkte revolutionierend auf die durchschnittliche Lebenserwartung bei der Geburt. Bis Mitte des 19. Jh. lag die durchschnittliche Lebenserwartung in den europäischen Ländern bei 35-40 Jahren, also nicht viel höher als in Griechenland 400 v. u. Z., wo sie bei 30 Jahren lag. [14: 110] Die weitgehende Kontrolle über die Sterblichkeit und

die daraus sich ergebenden demographischen Konsequenzen waren zweifellos ein entscheidendes Element beim Heranreifen eines völlig neuen Typs der Bevölkerungsbewegung. Trotz des Rückgangs der Sterbeziffer und trotz der Kontrolle über die Sterblichkeit ist im Kapitalismus weder dieser Rückgang kontinuierlich noch diese Kontrolle vollständig. Mit dem Übergang Zum Kapitalismus wurden die plötzlichen Sterblichkeitsgipfel minimiert, aber nicht eliminiert. Der Kapitalismus konnte dem Auftreten der plötzlichen Sterblichkeitsgipfel – soweit sie naturbedingt sind – weitgehend entgegenwirken, aber er konnte das Auftreten der sozial bedingten plötzlichen Sterblichkeitsgipfel nicht verhindern. Der Krieg und seine verheerenden Folgen bildeten bis jetzt im Kapitalismus das entscheidende Element der demographischen Katastrophe und die Hauptursache der wiederkehrenden plötzlichen Sterblichkeitsgipfel und damit den Hauptfaktor der Unregelmäßigkeit der Bevölkerungsbewegung. Dabei potenzierten sich mit der Entwicklung der Wissenschaft und Technik die verheerenden Auswirkungen des Krieges auf die demographischen Prozesse. Ohne die beiden Kriege im 20. Jh. hätte sich 1945 die Bevölkerung Europas auf ungefähr 650 Mill. statt auf 450 Mill. belaufen. [1: 43] Die Verringerung der Sterblichkeit ist die Mission des Sozialismus, der von Natur aus mit keinem Krieg vereinbar ist.

Geburtenbewegung: Die Senkung der Sterbeziffer ist jedoch nur ein Element des neuen Typs der Bevölkerungsbewegung. Mit dem Übergang zum Kapitalismus wurden allmählich die Voraussetzungen und auch die Möglichkeiten für eine effektive Regulierung der Geburten geschaffen. Zu den Faktoren, die die Durchführung einer effektiven Geburtenkontrolle unvermeidlich machen, zählt vor allem die radikale Änderung der Stellung der Frau in der Gesellschaft. Die Einbeziehung der Frauen in den gesellschaftlichen Arbeitsprozeß war objektiv mit der sukzessiven Schwangerschaft der Frauen nicht zu vereinbaren. Gleichzeitig ließ die Einbeziehung der Frauen in den gesellschaftlichen Arbeitsprozeß allmählich eine Reihe von Faktoren entstehen, die ihrerseits die Haltung der Frauen zur Frage der Kinderzahl grundsätzlich änderten. Zu diesen Faktoren zählten die Steigerung des Bildungsniveaus der Frauen, die Änderung der Wertmaßstäbe in bezug auf das einzelne Kind und auf die Kinderzahl, die Änderung des Heiratsalters usw. Die Trennung der ökonomischen Tätigkeit der Frau von ihren Familienaufgaben erforderte die zunehmende Auflösung der traditionellen Großfamilien und die Verringerung der Zahl der Kinder. Selbst die Stellung des Kindes hatte sich in der kapitalistischen Gesellschaft grundsätzlich geändert. Das Kind, das in den vorkapitalistischen Gesellschaften und in der ersten Phase der kapitalistischen Entwicklung zur Selbsterhaltung der Familie beitrug, wurde jetzt allmählich zum reinen Konsumenten. Auf einer be-**[635]**stimmten Stufe der Entwicklung des Kapitalismus machte sich schließlich ein Widerspruch zwischen den sich entwickelnden Bedürfnissen und den Mitteln zur Erfüllung dieser wachsenden Bedürfnisse, bemerkbar: „Sobald die Frühphasen der Industrialisierung durchschritten waren, kamen Produkte auf, die, wenngleich sie auch keine Alternative für die Kinder boten, doch fast vollständig Substitute für sie darstellen. Gleichzeitig taten sich Möglichkeiten für das ökonomische und soziale Vorankommen auf, die Mitgliedern kleinerer Familien zugänglich waren.“ [3: 57]

Unter den Bedingungen des raschen Rückganges der Sterberate wurde die Durchführung einer effektiven Geburtenkontrolle unvermeidlich. Bei den zunehmenden Kenntnissen über die biologischen und physiologischen Funktionen des menschlichen Körpers stellte die Entwicklung von Wissenschaft und Technik immer wirksamere Mittel zur Geburtenkontrolle zur Verfügung. In dem Maße, wie sich der Kapitalismus entwickelte, sich die Industrialisierung ausbreitete, verbreiteten sich auch diese Mittel.

In England haben die Frauen, die zwischen 1830 und 1845 geboren wurden, zu 19,5 Prozent in dieser oder jener Form eine Geburtenkontrolle ausgeübt. Bei den 1865-1870 geborenen Frauen war der Prozentsatz noch höher, und zwar 42,7, und bei den 1902-1906 geborenen lag er bei 72 Prozent. [8: 167 ff.]

In dem Maße, wie sich die Geburtenkontrolle unter den Frauen ausdehnte, ging die Anzahl der Kinder pro Familie zurück. So betrug in England 1861 bis 1869 die durchschnittliche Zahl der Kinder pro Familie bei einer Ehedauer von 20 Jahren und mehr 6,16, in den 70er Jahren 5,8, in den 80er Jahren 5,3, in den 90er Jahren 4,13. Im 20. Jh. setzte sich dieser Rückgang fort. 1915 betrug die durchschnittliche Kinderzahl pro Familie bei gleicher Ehedauer in England 2,43 und 1925 nur noch 2,17. [3: 54] Durch die Ausübung der Geburtenkontrolle wurden nicht nur für die Eltern die Möglichkeiten geschaffen, selbst die Größe ihrer Familie zu bestimmen, sondern weitgehend auch den Zeitpunkt der Geburt des einzelnen Kindes. Damit wurde mit dem Übergang zum Kapitalismus nicht nur ein

allmählich größer werdender Spielraum für das Bevölkerungswachstum geschaffen, sondern schrittweise auch die Entwicklung der Sterblichkeit und der Geburten unter Kontrolle gebracht. Es reifte ein neuer Typ der Bevölkerungsbewegung heran, in dem eine niedrige Geburtenrate um eine relativ konstante und niedrige Sterberate oszillierte.

Dieser Prozeß verläuft in den kapitalistischen Ländern in zwei Phasen: Die erste Phase des Übergangs zum neuen Typ der Bevölkerungsreproduktion in Europa wurde durch die industrielle Revolution etwa um 1750 eingeleitet und dauerte über hundert Jahre. Das Charakteristische für diese Phase sind der leichte Rückgang der Sterberate und die relativ konstant hohe Geburtenrate. Die Sterblichkeit ist in dieser Phase von zwei Tendenzen beeinflußt. Einerseits ging die Sterberate, vor allem die Kindersterblichkeit, in dieser Phase dank der Entwicklung der Medizin zurück [7: 247], andererseits aber übte die Jagd nach der Vergrößerung des absoluten Mehrwerts eine Gegenwirkung auf die Sterblichkeitsbewegung aus. In dieser Periode, die die Vergrößerung der Masse des Mehrwerts vor allem durch die Verlängerung des Arbeitstages, durch Überstunden und die Beschränkung der Rastzeit des Arbeiters zum Ziel hatte, fragte das Kapital nicht nach der Lebensdauer der Arbeitskraft. So produzierte die kapitalistische Produktionsweise in dieser Phase durch die Methoden der Vergrößerung des absoluten Mehrwerts *„die vorzeitige Erschöpfung und Abtötung der Arbeitskraft selbst.* Sie verlängerte die *Produktionszeit* des Arbeiters während eines gegebenen Termins durch die Verkürzung der Lebenszeit“ [MEW 23: 281]. Dieser widersprüchliche Prozeß – die Verkürzung der Lebenszeit des *Erwachsenen* bei einem gleichzeitigen Rückgang der Kindersterblichkeit – entsprach den damaligen Bedürfnissen des Kapitalismus. Die An-**[636]**wendung der Maschinen in der Anfangsphase der kapitalistischen Entwicklung ermöglichte die Kinderarbeit. Die industrielle Revolution des 18./19. Jh. zergliederte die Produktionsoperationen allmählich in die einfachsten Elemente. Die Vereinfachung der Produktionsoperationen machte die bis dahin im Produktionsprozeß erforderliche Berufsausbildung entbehrlich. Sie verdrängte die qualifizierte Arbeit und ersetzte sie durch unqualifizierte, einfache Arbeit. Die Maschinerie machte gleichzeitig die Muskelkraft zunehmend entbehrlich. Es wurden also die Voraussetzungen für den Einsatz von Arbeitern mit nicht ausgereifter Körperentwicklung und ohne berufliche Ausbildung geschaffen. [4: 158] Die Kinderarbeit verbreitete sich in dieser Periode rasch. Der Rückgang der Kindersterblichkeit war ein entscheidender Faktor bei der Deckung des massenhaften Bedarfs nach Kinderarbeit. Die breite Anwendung der Kinderarbeit erklärt gleichzeitig, warum in dieser Periode die Geburtenrate relativ hoch und konstant blieb. Die Einbeziehung aller Familienmitglieder in den Arbeitsprozeß, die Gleichsetzung der Erwachsenenarbeit mit der Kinderarbeit und die massenhafte Einbeziehung der Kinder in den Arbeitsprozeß bedeutete nichts anderes als die Entwertung der Arbeitskraft des Mannes bzw. die Verteilung des Wertes der Arbeitskraft des Mannes auf alle anderen Familienmitglieder. [MEW 23: 417] Der Arbeiter konnte diesem Entwertungsprozeß entgegenwirken, indem er die Zahl der Familienmitglieder, also die Anzahl der Verdiener in der Familie, vergrößerte. [MEW 25: 228] Je kinderreicher eine proletarische Familie war, desto mehr konnte sie verdienen. Die Fortpflanzung trug zur Selbsterhaltung der Arbeiterschaft bei. Diese Situation förderte im Prinzip die Beibehaltung der traditionellen hohen Geburtenrate während dieser Periode. Im Zeitraum von 1750 bis 1900 blieb die Geburtenrate in Europa relativ konstant und hoch. Sie lag bei etwa 38%. [13: 7] Dabei handelt es sich hier um einen Durchschnitt. Die reale Geburtenbewegung in dieser Phase unterliegt dem Einfluß der periodischen Konjunktur und der Krise des Kapitalismus sowie seiner Schwankungen (s. Tab. 2).

Tabelle 2
Geburtenrate in England 1750-1870 (in %) [2: 241]

1750	1760	1770	1780	1785-1795	1796-1806	1806-1816
34,1	33,3	34	34,4	35,44	34,23	33,84

1816-1826	1826-1836	1836-1846	1851-1860	1861-1870
33,39	32,36	31,43	34,13	36,3

In Deutschland schwankte die Geburtenrate zwischen 39,1% (1871-1880) und 33,4% (1901-1910). [11: 39] Bei der relativ hohen und konstanten Geburtenrate und der allmählich sinkenden Sterberate

stieg die Bevölkerung der europäischen und nordamerikanischen Länder von 201 Mill. im Jahre 1750 auf 347 Mill. im Jahre 1850 und auf 573 Mill. im Jahre 1900. [16: 4]

Die zweite Phase des Übergangs zum neuen Typ der Bevölkerungsbewegung in Europa ist durch den rapiden Rückgang der Sterberate bei gleichzeitig rapidem Rückgang der Geburtenrate gekennzeichnet. Der Rückgang der Geburtenrate ist in dieser Phase durch mannigfaltige, komplizierte Faktoren bedingt, die letzten Endes auf die Wirkung des Mehrwertgesetzes zurückzuführen sind. Die Jagd nach einer schrankenlosen Erhöhung des Mehrwerts im Rahmen des physisch und sozial begrenzten Arbeits-**[637]**tages zwingt zur Reduktion der Zeit für die Erzeugung des notwendigen Produkts und zur Steigerung der disponiblen Zeit für die Mehrwerterzeugung. Das zwingt zur ständigen Entwicklung der Technik. Dieser Mechanismus ist mit dem ständigen Anwachsen des konstanten Kapitals im Verhältnis zum variablen verbunden. Das bedeutet einerseits ein wachsendes Mißverhältnis zwischen dem beschleunigten Wachstum des Gesamtkapitals und seinem relativ abnehmenden Bedürfnis nach wachsender Bevölkerung. Andererseits aber entfaltet sich mit der Entwicklung der Technik die Produktion, die Masse der eingesetzten Arbeiter wächst. Dieser Prozeß setzt im Unterschied zur Anfangsphase der kapitalistischen Entwicklung einen bestimmten Grad an Qualifizierung der Arbeiter voraus. Das macht die unqualifizierte Kinderarbeit allmählich unrentabel. Die Kinder werden schrittweise aus dem Arbeitsprozeß gedrängt und auf die Schulbänke gezwungen. Die Umwandlung der Stellung der Kinder in der Gesellschaft wirkte kostensteigernd auf die Familie. Die Beschränkung der Geburtenzahl war die normale Reaktion auf diese Umstände. Die Verdrängung der Kinder aus dem Arbeitsprozeß unter den Bedingungen des absoluten Wachstums des Bedarfs an Arbeitskraft führte zur Ausschöpfung des Arbeitskräftepotentials. Dieser Bedarf wurde einerseits durch die Kapitalisierung der Landwirtschaft und durch die Freisetzung des großen Teils der Bauernschaft sowie durch die Ruinierung kleiner Gewerbetreibender gedeckt. Andererseits dient die Einbeziehung der Frauen in den Arbeitsprozeß der Sicherung dieses Bedarfs. Was den erstgenannten Prozeß angeht, so übten die rapide Entwicklung der Technik, die extensiveren Industrieinvestitionen und die fortwährenden ökonomischen und sozialen Umwandlungen in den Städten eine starke Anziehungskraft auf die in der Landwirtschaft überzählig gewordenen Arbeitskräfte aus. Der gesamte Prozeß führte zur zunehmenden Konzentration der Bevölkerung in den Städten und Großstädten. In Europa (ohne die heutigen Territorien der Sowjetunion) wohnten in den Städten mit über 100.000 Einwohnern im Jahre 1800 nur 4,8 Mill. Menschen, 1900 waren es 42,1 Mill. und 1950 schon 83,1 Mill. [14: 188] Das Schwergewicht der Bevölkerungskonzentration verlagerte sich immer mehr in die Städte. 1920 zählten 46% der Bevölkerung Europas und 52% der Bevölkerung Nordamerikas als Stadtbevölkerung. 1960 waren die entsprechenden Anteile 58 bzw. 70%, und im Jahre 2000 werden es 71 bzw. 87% sein. [15: 73] Dieser Prozeß wirkte wiederum verlangsamend auf die Geburtenrate. Die gleichen Auswirkungen hatte die Einbeziehung der Frauen in den Arbeitsprozeß, die in dem Maß erfolgte, in dem die Kinder aus dem Arbeitsprozeß herausgezogen wurden. Die massenhafte Einbeziehung der Frauen in den Arbeitsprozeß wurde zur unentbehrlichen Voraussetzung für die Sicherung der kapitalistischen erweiterten Reproduktion. Gleichzeitig half die Frauenarbeit den Lebensunterhalt der Familie sichern, was – infolge der Steigerung der Bedürfnisse – mit dem Einkommen des Mannes allein nicht möglich war. Unter diesen Bedingungen konnte die natürliche Vermehrung nur so erfolgen, wie sie nicht zur gravierenden Verschlechterung der Lebensbedingungen der Familie führte. [MEW 26.3: 240] All das beeinflußte das demographische Verhalten der Menschen in den europäischen Ländern und führte zu einer Verringerung der Geburtenzahl und der Geburtenrate. Am Schluß dieser zweiten Übergangsphase pegelte sich die Bevölkerungsbewegung in den kapitalistischen Ländern auf eine niedrige Geburtenrate ein, die um die niedrige und relativ konstante Sterberate oszillierte. Diese Übergangsphase ist charakteristisch für die neuere Bevölkerungsgeschichte, wenn auch ihr konkreter Verlauf in den verschiedenen kapitalistischen Ländern je nach den historischen und sozialen Besonderheiten unterschiedlich ist. [6: 128] **[638]**

Literatur:

1. *Bouthoul, G.:* Kindermord als Staatsraison. Stuttgart 1972; 2. *Glass, D. V.* in: Population History. Eversley/London 1969; 3. *Habakkuk, M.:* Population Growth and Economic, Development since

1750, Leicester 1972; 4. *Khalatbari, P.:* Bevölkerungsdynamik und die Gesellschaft. Berlin 1977; 5. *Kulischer, J.*: Allgemeine Wirtschaftsgeschichte des Mittelalters und der Neuzeit. Berlin 1954; 6. *Mackenroth, G.:* Bevölkerungslehre. Berlin (West)/Göttingen/Heidelberg 1953; 7. *Marshall, T. H.*, in: Population in History. Eversley/London 1969; 8. *Matras, I.*, in: Population Studies XII part. 2, 1965; 9. *Miller, A.:* Kultur und menschliche Fruchtbarkeit. Stuttgart 1962; 10. *Mombert, P.:* Bevölkerungslehre Jena 1929; 11. *Urlanis, B. T.:* Narodonaselenii. Moskau 1976; 12. *Valentei, D. I.:* Sistema znanii o narodonaselenii. Moskau 1976; 13. *Wolf, O.:* Bevölkerungswissenschaft, Berlin/Leipzig 1913; 14. *UNO:* Determinants and Consequences of Population Trends. New York 1973; 15. *UNO:* Growth of the worlds Urban and Rural Population 1920-2000. New York 1969; 16. *UNO:* The world Population Situation in 1970. New York 1971.

Parviz Khalatbari

2.5.5. Eigentumsverhältnisse

Das Wesen der kapitalistischen Eigentumsverhältnisse besteht in der Teilung der Gesellschaft in die Eigentümer der entscheidenden Produktionsmittel – die Klasse der Kapitalisten – und die vom Eigentum an Produktionsmitteln „freie“, lediglich über ihr Arbeitsvermögen, ihre Arbeitskraft verfügende Klasse der Lohnarbeiter, das Proletariat, dessen Angehörige physisch nur existieren können, wenn sie ihren einzigen „Besitz“, ihre Arbeitskraft, an die Kapitalisten verkaufen. Da dem Kapitalisten sowohl die Produktionsmittel als auch die von ihm gekaufte und unter seinem Kommando angewandte Arbeitskraft gehören, gehört ihm auch das aus dem Produktionsprozeß resultierende Produkt einschließlich des gesamten von der Arbeitskraft geschaffenen Neuwerts. Während er den einen Teil des letzteren für die Bezahlung der Ware Arbeitskraft benutzt, eignet er sich den anderen, den Mehrwert, unentgeltlich an. Marx betonte die Stellung der Menschen zu den Produktionsmitteln als die grundlegende Seite der kapitalistischen Eigentumsverhältnisse und sprach in diesem Zusammenhang von „einer der Distribution der gesellschaftlichen *Produkte* vorausgegangenen und vorausgesetzten Distribution der Produktionselemente nämlich der Scheidung der Arbeitskraft als Ware des Arbeiters von den Produktionsmitteln als Eigentum von Nichtarbeitern“ [MEW 24: 385]. Aus dem kapitalistischen Eigentum an den Produktionsmitteln erwächst unmittelbar auch das grundlegende Klassenverhältnis der bürgerlichen Gesellschaft, das Verhältnis zwischen der Arbeiterklasse und der Klasse der Kapitalisten. „Das Klassenverhältnis zwischen Kapitalist und Lohnarbeiter ist also schon vorhanden, schon vorausgesetzt, in dem Augenblick, wo beide in dem Akt G-A (A-G von seiten des Arbeiters) sich gegenüberstehen. Es ist Kauf und Verkauf, Geldverhältnis, aber ein Kauf und Verkauf, wo der Käufer als Kapitalist und der Verkäufer als Lohnarbeiter vorausgesetzt wird, und dies Verhältnis ist damit gegeben, daß die Bedingungen der Verwirklichung der Arbeitskraft – Lebensmittel und Produktionsmittel – getrennt sind als fremdes Eigentum von dem Besitzer der Arbeitskraft.“ [MEW 24: 37]

Die Durchsetzung dieser kapitalistischen Produktions- und Eigentumsverhältnisse als gesellschaftlich maßgebende, herrschende Verhältnisse „unterstellt historische Pro-**[639]**zesse, durch welche die ursprüngliche Verbindung der Produktionsmittel mit der Arbeitskraft aufgelöst wurde; Prozesse, infolge deren die Masse des Volkes, die Arbeiter, als Nichteigentümer und die Nichtarbeiter als Eigentümer sich gegenüberstehen. Wobei es nichts zur Sache tut, ob die Verbindung vor ihrer Zersetzung die Form besaß, daß der Arbeiter selbst als Produktionsmittel zu den andern Produktionsmitteln gehörte, oder ob er deren Eigner war.“ [MEW 24: 38]

Dieser „historische Scheidungsprozeß von Produzent und Produktionsmittel“, der die Vorgeschichte, die Geschichte des Entstehens der kapitalistischen Produktionsweise bildet, ist die sogenannte ursprüngliche Akkumulation, in deren Verlauf die ökonomische Struktur der kapitalistischen Gesellschaft aus der ökonomischen Struktur der feudalen Gesellschaft hervorging, die Elemente des Kapitalismus durch die Auflösung des Feudalismus freigesetzt wurden [MEW 23: 742 f.] (s. 2.4.8.). Der Ausgangspunkt dieses Prozesses war, wie Marx betonte, die Knechtschaft des Arbeiters, die in seinem Verlauf einen Formwechsel durchmachte – die Verwandlung der feudalen in die kapitalistische Ausbeutung. [MEW 23: 743] Soweit die ursprüngliche Akkumulation „nicht unmittelbare Verwandlung von Sklaven und Leibeignen in Lohnarbeiter, also bloßer Formwechsel ist, bedeutet sie nur die

Expropriation der unmittelbaren Produzenten, d. h. die Auflösung des auf eigner Arbeit beruhenden Privateigentums“. [MEW 23: 789] Die Enteignung und – meist gewaltsame – Vertreibung der Bauern von ihrem Grund und Boden und die Wegnahme des Gemeindelandes bildeten die Grundlage des Prozesses, der in England – wo er sich in seiner klassischen Form vollzog – Ende des 15. und Anfang des 16. Jh. begann und sich bis zum Ende des 18. Jh. erstreckte. [MEW 23: 744 ff.] Mit Hilfe einer brutalen, terroristischen Blutgesetzgebung wurden die aller Existenzmittel beraubten, zum Vagabundieren gezwungenen Massen der Landbevölkerung „in eine dem System der Lohnarbeit notwendige Disziplin hineingepeitscht, -gebrandmarkt, -gefoltert“. [MEW 23: 765] In diesem Zusammenhang verweist Marx darauf, daß im weiteren Verlauf der kapitalistischen Entwicklung die Knechtschaft der Arbeiterklasse nicht mehr vorwiegend – wie in der Periode ihrer Herausbildung – durch außerökonomische, unmittelbare Gewalt, sondern durch den Zwang der ökonomischen Verhältnisse aufrechterhalten wurde. Es „entwickelte sich eine Arbeiterklasse, die aus Erziehung, Tradition, Gewohnheit die Anforderungen jener Produktionsweise als selbstverständliche Naturgesetze anerkennt. Die Organisation des ausgebildeten kapitalistischen Produktionsprozesses bricht jeden Widerstand, die beständige Erzeugung einer relativen Überbevölkerung hält das Gesetz der Zufuhr von und Nachfrage nach Arbeit, in einem den Verwertungsbedürfnissen des Kapitals entsprechenden Gleise, der stumme Zwang der ökonomischen Verhältnisse besiegelt die Herrschaft des Kapitals über den Arbeiter.“ [MEW 23: 765]

Die Entwicklung des Kaufmanns- und des Wucherkapitals, die zur Anhäufung großer Geldkapitale führte, die Eroberung und Ausplünderung Amerikas und Indiens, die Versklavung ihrer Bevölkerung und der Sklavenhandel mit Afrikanern, die weltweiten Handelskriege der europäischen Staaten, die Entwicklung von modernen Steuersystemen, von Staatsschulden- und Protektionssystemen bildeten weitere Hauptmomente der ursprünglichen Akkumulation. [MEW 23: 778 f.] Gewaltsame Enteignung und brutaler Zwang gegenüber den Volksmassen im eigenen Lande, Ausplünderung und Versklavung der Völker in den Kolonien und gegenseitiges Abjagen der Beute in Kriegen, die auf dem Rücken der Völker ausgetragen wurden, sind die Hauptstationen der Herausbildung der kapitalistischen Eigentumsverhältnisse. Im Verlauf der ursprünglichen Akkumulation kam „das Kapital von Kopf bis Zeh, aus allen Poren, blut- und schmutztriefend“ zur Welt. [MEW 23: 788]

[640] In der heutigen Struktur der kapitalistischen Eigentumsverhältnisse, in den gegenwärtig existierenden Formen des kapitalistischen Eigentums widerspiegeln sich die Etappen der von der ursprünglichen Akkumulation eingeleiteten Entwicklung der kapitalistischen Eigentumsverhältnisse. [4] In keiner Gesellschaftsordnung – also auch nicht im Kapitalismus – bestehen die Eigentums- und Produktionsverhältnisse in reiner, einheitlicher Form.

Die in allen kapitalistischen Ländern noch existierenden Formen der einfachen Warenwirtschaft, die auf nichtkapitalistischem privatem Kleineigentum beruhen, sind ihrer Herkunft nach Überreste vorkapitalistischer Produktionsweisen, die durch Anpassung an die kapitalistische Produktionsweise zu deren Bestandteil wurden. Diese Eigentumsform ist vor allem dadurch charakterisiert, daß – selbst bei Vorhandensein einer geringen Anzahl von Lohnarbeitern – die unmittelbare Arbeit der Eigentümer Bedingung und Grundlage der wirtschaftlichen Existenz des Unternehmens bildet und daß Kapitalakkumulation nicht oder nur in sehr geringem Ausmaß möglich ist. Zu ihr zählen insbesondere das Eigentum der Klein- und Mittelbauern bzw. -farmer, d. h. der werktätigen Bauern, sowie der Handwerker und kleinen Händler. Das Vorherrschen kapitalistischer Eigentumsformen und das Wirken der ökonomischen Gesetze des Kapitalismus, darunter des Gesetzes der Konkurrenz und der Anarchie der Produktion, bewirken einen ständigen Prozeß der Ruinierung dieser Schichten. Während dabei die absolute Zahl der werktätigen Bauern und deren Anteil an der erwerbstätigen Bevölkerung rasch abnehmen, ist die Entwicklung der städtischen Mittelschichten – bei sehr unterschiedlichem Grad ihrer Verringerung in den einzelnen Ländern – durch ein „dynamisches Gleichgewicht“, d. h. *ständige* Ruinierung großer Teile dieser Schichten bei gleichzeitigem Entstehen neuer kleiner und mittlerer Unternehmen, gekennzeichnet. [5] Dieser Sektor ist einem ständigen Differenzierungsprozeß unterworfen: Während fortwährend große Teile der Kleineigentümer ruiniert und ins Proletariat gestoßen werden, gelingt es einem Teil, sich zu kapitalistischen Unternehmern zu entwickeln.

Ein wesentlicher Faktor des massenhaften Ruinierungs- und Enteignungsprozesses speziell in der Landwirtschaft, von dem in erster Linie die Kleinbauern betroffen werden, ist das kapitalistische Grundeigentum. Unter kapitalistischen Bedingungen werden Grund und Boden zu einer Ware. Bodeneigentum und -besitz, d. h. Nutzung des Bodens, sind weitestgehend voneinander getrennt. Das kapitalistische Monopol des privaten Grundeigentums befähigt die Bodeneigentümer zur parasitären Aneignung eines Teils des in der kapitalistischen Produktion geschaffenen *Mehrwerts* sowie eines Teils des von den werktätigen Bauern erzeugten Mehrprodukts und darüber hinaus teilweise ihres notwendigen Produkts in Gestalt der Grundrente. Es hemmte die Entwicklung der Produktivkräfte in der Landwirtschaft und bildete die Grundlage für das zeitweilige Zurückbleiben des Landes hinter der Stadt (s. 2.5.15.).

Das im Prozeß der ursprünglichen Akkumulation entstandene individuelle kapitalistische Eigentum bildete im „klassischen", vormonopolistischen Kapitalismus die vorherrschende Eigentumsform. Die Jagd nach immer höherem Profit als das grundlegende Gesetz der kapitalistischen Produktionsweise und das Gesetz der Konkurrenz zwingen jeden individuellen Kapitalisten, ständig zu akkumulieren, d. h., einen Teil des Mehrwerts in zusätzliches Kapital zu verwandeln. „Jedes individuelle Kapital ist eine größere oder kleinere Konzentration von Produktionsmitteln mit entsprechendem Kommando über eine größere oder kleinere Arbeiterarmee", stellte Marx fest und gelangte zu der Schlußfolgerung, daß jede Akkumulation daher die Kapitalkonzentration in den Händen individueller Kapitalisten erweitert. [MEW 23: 653] Profitgesetz und Konkurrenz verursachen jedoch nicht nur diesen Prozeß des Größenwachstums der individuellen Ka-**[641]**pitale – in dessen Verlauf sich deren Anzahl nicht verringert, sondern noch vergrößert –,sondern führen zugleich und ihn ergänzend zu einem Prozeß der „Konzentration bereits gebildeter Kapitale, Aufhebung ihrer individuellen Selbständigkeit, Expropriation von Kapitalist durch Kapitalist, Verwandlung vieler kleineren in weniger größere Kapitale" zur Zentralisation des Kapitals. [MEW 23: 654]

Im Ergebnis der Konzentration und Zentralisation des Kapitals vollzieht sich eine fortwährende Polarisierung der kapitalistischen Eigentums- und Machtverhältnisse, wächst der grundlegende soziale Antagonismus der kapitalistischen Gesellschaft zwischen der Arbeiterklasse und der Kapitalistenklasse. Resultat wie beschleunigender Faktor der Kapitalzentralisation ist die Bildung von Kapitalgesellschaften, Formen kollektiven privatkapitalistischen Eigentums, unter denen besonders die Aktiengesellschaften schnelle Verbreitung und große Bedeutung erlangten (s. 2.5.19). In ihnen als „kombinierten Kapitalisten" [MEW 23: 353] kommen sowohl die Anpassung der kapitalistischen Eigentumsverhältnisse an die Entwicklungserfordernisse der Produktivkräfte, insbesondere an die mit dem technischen Fortschritt wachsende Mindestgröße des Kapitals, die meist mit einfacher Akkumulation nicht erreichbar ist, als auch die Überlebtheit der kapitalistischen Produktionsweise, das Überflüssigwerden der Kapitalisten, der sich vertiefende Widerspruch zwischen den kapitalistischen Eigentums- und Produktionsverhältnissen und dem gesellschaftlichen Charakter der Produktivkräfte zum Ausdruck.

Ebenfalls bereits im vormonopolistischen Kapitalismus entstanden als eine andere Form kollektiver Unternehmen die Genossenschaften, die sich nach Herkunft, Betätigungsfeld, Ziel und Charakter voneinander unterscheiden. Neben relativ bedeutungslosen genossenschaftlichen Zusammenschlüssen von Kapitalisten spielten vor allem Genossenschaften einfacher Warenproduzenten in verschiedenen Bereichen, wie Produktion, Handel, Kreditwesen, Wohnungsbau, eine beträchtliche Rolle. Besonders ausgeprägt war ihre Entwicklung in der Landwirtschaft, z. B. in Gestalt der Raiffeisengenossenschaften in Deutschland. Ihre ursprüngliche Aufgabe: Förderung der kleinen und mittleren Landwirtschaftsbetriebe, deren Schutz gegen die Ausplünderung durch den Großgrundbesitz und das Kapital, vermochten sie jedoch – vor allem nach dem Übergang des Kapitalismus in sein monopolistisches Stadium – nicht zu verwirklichen, denn: „Die Genossenschaften der kleinen Warenproduzenten ... erzeugen unvermeidlich kleinbürgerliche, kapitalistische Verhältnisse, fördern deren Entwicklung, rücken kleine Kapitalisten in den Vordergrund und bieten ihnen die größten Vorteile." [LW 32: 360 f.] Diese kleinbürgerlichen Genossenschaften entwickeln sich gesetzmäßig zu kollektiven kapitalistischen Unternehmen.

Ebenfalls im 19. Jh. entstanden auch zahlreiche Arbeitergenossenschaften, die „auf dem Prinzip des ökonomischen Kampfes gegen die Kapitalistenklasse" [LW 28: 191] aufgebaut waren. Auf dem

Gebiet der Produktion konnten diese „großen Experimente“ (Kooperativfabriken) [MEW 16: 11 f., 195 f.; 25: 456] dem übermäßigen Druck des Kapitals nicht lange standhalten, in der Zirkulation (Konsumgenossenschaften) jedoch verbreiteten sie sich in den meisten kapitalistischen Ländern schnell und nahmen z. T. beträchtliches Ausmaß an. Die Klassiker des Marxismus-Leninismus verurteilten die mit der Entwicklung der Arbeitergenossenschaften verbundene opportunistische Auffassung, aus ihnen könne die sozialistische Gesellschaft hervorgehen. Es bedürfe, betonte Marx in diesem Zusammenhang, „*Veränderungen der allgemeinen Bedingungen der Gesellschaft*, die nur verwirklicht werden können durch den Übergang der organisierten Gewalt der Gesellschaft, d. h. der Staatsmacht, aus den Händen der Kapitalisten und Grundbesitzer in die Hände der Produzenten selbst“. [MEW 16: 195 f.] Lenin, der die positiven Ergebnisse der Entwicklung der Arbeiterkonsumgenossenschaften anerkannte, stellte fest: **[642]** „Aber Spielraum für eine ernsthafte Verwertung dieser Erfahrungen kann nur der Übergang der Macht in die Hände des Proletariats schaffen.“ [LW 9: 370] Unter der unabdingbaren Voraussetzung klarer klassenmäßiger und antimonopolistischer Zielstellung können diese Unternehmen im demokratischen Kampf gegen die Monopolherrschaft beträchtliche Potenzen entfalten und beim Übergang zum Sozialismus sozialistischen Charakter annehmen.

Auf einer bestimmten Entwicklungsstufe führten die Konzentration der Produktion und die Konzentration und Zentralisation des Kapitals gesetzmäßig zur Herausbildung und zum Zusammenschluß kapitalistischer Unternehmen in einer Größenordnung, die sie zur Beherrschung ganzer Wirtschaftszweige, des gesamten Wirtschaftslebens der Gesellschaft befähigte, zur Entstehung von Monopolen, die „die tiefste ökonomische Grundlage des Imperialismus“ [LW 22: 280] bilden (s. 2.5.17). Monopoleigentum und Monopolherrschaft bestimmen das Wesen des gegenwärtigen Kapitalismus. „Das Finanzkapital, das in wenigen Händen konzentriert ist und faktisch eine Monopolstellung einnimmt, ... verankert die Herrschaft der Finanzoligarchie und legt der gesamten Gesellschaft einen Tribut zugunsten der Monopolisten auf.“ [LW 22: 236] Das bedeutet nicht, daß ein „reiner“ Monopolkapitalismus entsteht – das aus dem Kapitalismus der freien Konkurrenz erwachsene Monopol steht, wie Lenin feststellte, „im allgemeinen Milieu des Kapitalismus, der Warenproduktion, der Konkurrenz, in einem beständigen und unlösbaren Widerspruch zu diesem allgemeinen Milieu“. [LW 22: 281] Die Herrschaft des Monopols setzt dieses allgemeine Milieu – die Existenz der verschiedenen Formen vormonopolistischen kapitalistischen und des nichtkapitalistischen Privateigentums sowie der Konkurrenz – voraus und bringt es ständig neu hervor, während sie gleichzeitig durch forcierten Ruinierungsprozeß einfacher Warenproduzenten und nichtmonopolistischer Kapitalisten, durch Unterdrückung der freien Konkurrenz fortwährend seine Untergrabung und Zerstörung bewirkt. So ist die Mehrzahl aller kapitalistischen Unternehmen auch im Imperialismus vormonopolistischen Typs – darunter auch der größte Teil der Aktiengesellschaften –, während eine kleine Anzahl monopolistischer Gesellschaften die ökonomische Macht auf sich konzentriert.

Auf der Grundlage der allumfassenden ökonomischen Herrschaft der Monopole vollzog sich in den imperialistischen Ländern ein Prozeß der Verschmelzung der Macht der Monopole und des Staates zu einem einheitlichen ökonomischen und politischen Mechanismus als unter den Bedingungen der allgemeinen Krise des Kapitalismus unabdingbare Voraussetzung für die Aufrechterhaltung sowohl des gesellschaftlichen Reproduktionsprozesses als Kapitalverwertungsprozeß als auch der inneren und äußeren Existenzbedingungen des kapitalistischen Systems insgesamt. Lenin bezeichnete den Imperialismus auch als „Epoche des Hinüberwachsens des monopolistischen Kapitalismus in den staatsmonopolistischen Kapitalismus“ [LW 25: 423] (s. 2.5.21). Der Staat wird zu einem direkten Faktor des Reproduktionsprozesses. Das findet seinen Ausdruck vor allem in der Umverteilung eines wachsenden Teils des Nationaleinkommens durch den Staatshaushalt zugunsten der Monopole, in direkter und indirekter Subventionierung der Monopole, im System staatlicher Aufträge – insbesondere auf dem Gebiet der Rüstung –, in der staatlichen Finanzierung von Forschung und Entwicklung, in der staatlichen „Programmierung“ usw. Eine besondere Bedeutung erlangt in diesem Zusammenhang das kapitalistische Staatseigentum, das gegenüber seinen vormonopolistischen Formen neue Dimensionen annimmt und neuartige Funktionen ausübt (s. 2.5.20.). Diese bestehen insbesondere in

der Sanierung von Unternehmen und Wirtschaftszweigen, die unter dem Gesichtspunkt des Monopolprofits unrentabel sind, durch Nationalisierung zu hohen Entschädigungen und mit häufiger späterer Reprivatisierung, in der Lieferung **[643]** von Waren und Dienstleistungen zu billigen Preisen und Tarifen an die Monopole, in der Übernahme wenig profitträchtiger Aufgaben zur Entwicklung der Infrastruktur sowie auf dem Gebiet der Rüstungswirtschaft.

Unter den Bedingungen der Monopolherrschaft ändert die Existenz staatlichen Eigentums – das in den verschiedenen imperialistischen Ländern in sehr unterschiedlichem Grad entwickelt ist, aber im Durchschnitt nicht mehr als 20-30% des gesamten kapitalistischen Eigentums ausmacht – nichts am kapitalistischen Wesen der Eigentumsverhältnisse. Im Gegenteil – dieses Wesen tritt noch deutlich hervor. Es steht nicht mehr der einzelne Bourgeois als Produktionsmittelbesitzer „seinen" besitzlosen Lohnarbeitern gegenüber. Mit dem vollzogenen Übergang zum staatsmonopolistischen Kapitalismus tritt das Kapital immer mehr als Gesamtkapitalist der gesamten Arbeiterklasse, allen Werktätigen gegenüber. Das Auftreten des Staates als Produktionsmittelbesitzer und Ausbeuter spitzt diesen Antagonismus noch zu. Die staatsmonopolistische Oligarchie verfügt uneingeschränkt sowohl über die private als auch über die staatliche Form des Eigentums der Monopole an den Produktionsmitteln.

Drückt sich im monopolistischen bzw. staatsmonopolistischen Kapitalismus einerseits die weitere Anpassung der kapitalistischen Eigentums- und Produktionsverhältnisse an den gesellschaftlichen Charakter der Produktivkräfte aus, so andererseits die äußerste Zuspitzung des Konflikts zwischen ihnen, die Überlebtheit des Kapitalismus, die Notwendigkeit seiner Überwindung. Lenin wies nach, daß sich mit dem Übergang zum Imperialismus „auf der ganzen Linie die Züge einer Übergangsperiode vom Kapitalismus zu einer höheren ökonomischen Gesellschaftsformation herausbildeten und sichtbar wurden". [LW 22: 269 f.] Er betonte, daß der „staatsmonopolistische Kapitalismus die vollständige *materielle* Vorbereitung des Sozialismus, seine unmittelbare *Vorstufe* ist, denn auf der historischen Stufenleiter *gibt es* zwischen dieser Stufe und derjenigen, die Sozialismus heißt, *keinerlei Zwischenstufen* mehr" [LW 25: 370]. „Denn der Sozialismus ist nichts anderes als der nächste Schritt vorwärts, über das staatskapitalistische Monopol hinaus. Oder mit anderen Worten: Der Sozialismus ist nichts anderes als staatskapitalistisches Monopol, das *zum Nutzen des ganzen Volkes angewandt wird* und dadurch *aufgehört hat,* kapitalistisches Monopol zu sein." [LW 25: 3691 Im staatsmonopolistischen Kapitalismus drückt sich – zunächst noch „innerhalb des kapitalistischen Systems selbst in gegensätzlicher Gestalt ..., als Aneignung des gesellschaftlichen Eigentums durch wenige" – aus, was nach Marx historisch gesehen das Ziel der kapitalistischen Produktionsweise ist, nämlich „in letzter Instanz die Expropriation aller einzelnen von den Produktionsmitteln, die mit der Entwicklung der gesellschaftlichen Produktion aufhören, Mittel der Privatproduktion und Produkte der Privatproduktion zu sein, und die nur noch Produktionsmittel in der Hand der assoziierten Produzenten, daher ihr gesellschaftliches Eigentum, sein können, wie sie ihr gesellschaftliches Produkt sind". [MEW 25: 455 f.]

Literatur:

1. *Arlt, R.:* Das Wesen des genossenschaftlichen Eigentums und der Genossenschaften im Kapitalismus und seine Widerspiegelung im Genossenschaftsrecht. Berlin 1953; 2. *Mottek, H./Becker, W./Schröter, A.:* Wirtschaftsgeschichte Deutschlands. Bd. 3, Berlin 1975; 3. *Einführung in die politische Ökonomie des Kapitalismus.* Berlin 1973, S. 13; 4. *Die Mittelschichten der kapitalistischen Gesellschaft und die Arbeiterbewegung,* in: IPW-Forschungshefte 1978, (13), H. 1, S. 12 ff.; 5. *Politische Ökonomie des heutigen Monopolkapitalismus.* Berlin 1972, S. 223 ff.

Günter Kalex **[644]**

2.5.6. Energiewirtschaft

Unter dem Begriff Energiewirtschaft wird jener Teil der Wirtschaft verstanden, der den Bedarf an Energie – in welcher Form auch immer – deckt, sie wandelt, überträgt und für die Produktion sowie die individuelle und gesellschaftliche Konsumtion anwendbar oder ausnutzbar macht. Als selbständiger Teil der Wirtschaft entstand die Energiewirtschaft erst mit der Durchsetzung der Elektrifizierung; sie gehört zur materiell-technischen Basis des Monopolkapitalismus, die sich Anfang des 20.

Jh. herausbildete [4: 62] Mit Ausnahme der USA dominierte in den kapitalistischen Ländern in der Energiewirtschaft das staatskapitalistische Eigentum. Ein beträchtlicher Teil der Energiewirtschaft – Wandlung und Vertrieb, nationale Verteilungsnetze usw. – bildet den Kern des staatskapitalistischen Sektors, der die private Verwertung des Kapitals in anderen Bereichen der Wirtschaft zu gewährleisten hat.

Wir können annehmen, daß dem Menschen in der Urgesellschaft nicht mehr als 3.000 kcal Energie täglich für seine gesamten Bedürfnisse, vor allem die Ernährung, zur Verfügung standen. Gegenwärtig rechnet man mit 100.000-150.000 kcal täglich für jeden Menschen, zumindest in den Ländern, die über eine entwickelte Industrie verfügen. Zum Ende des Jahrhunderts soll der Energieverbrauch Werte um 3 Mill. kcal erreichen. [9: 283]

Die Grundlagen der Energiewirtschaft entwickelten sich zu unterschiedlichen historischen Zeitpunkten. In den vorkapitalistischen Produktionsweisen konnte von einer Energiewirtschaft im engeren Sinne nicht die Rede sein, weil fast ausschließlich biologische Energie als Operations- und Kontrollenergie fungierte; darauf beruhte jede Art von Produktion und Transport. Mit ihrer Hilfe entstanden die umfangreichen Anlagen zur Beschaffung, Regulierung und Verteilung des Wassers sowie Dämme gegen Überschwemmungen in den ersten Staaten Afrikas, Asiens und Amerikas.

Die menschliche Energie, lange Zeit dominierende Operations- und Kontrollenergie des Arbeitsprozesses, wurde durch die Ausnutzung tierischer Energie für den Antrieb von einfachen Wasserförderungsanlagen, für den Ackerbau und den Transport ergänzt. Auch die Anwendung der kinetischen Energie des Wassers und des Windes für die handwerkliche Produktion und den Transport von Menschen und Produkten spielte in den vorkapitalistischen Produktionsweisen eine gewisse Rolle. Dazu war die Erfindung der Mühle für die Ausnutzung der kinetischen Energie des Wassers und des Windes sowie des Segels in Verbindung mit dem Achterruder erforderlich. [1: 239 f.] Der Transport von Menschen und Produkten auf dem Lande verbesserte sich mit der Anwendung der tierischen Zugkraft für Wagen im Zusammenhang mit der Übernahme des Kummets, des verbesserten Pferdegeschirrs aus Asien.

Die zunehmende Verbreitung der Mühlen im westlichen und zentralen Europa seit dem 11. Jh. brachte einen Zuwachs an Energie, der von der Operationsenergie des Menschen und des Tieres unabhängig war und der – zumindest zur Zeit der vollen Wasserführung bzw. starker Windbewegung – Arbeiten in der Metallurgie, dem Bergbau und der Landwirtschaft erleichterte. Eine neue Situation trat insofern ein, als Naturkräfte jetzt direkt für die Produktion ausgenutzt werden konnten. Wasserräder und Windmühlen wandelten die kinetische Energie des Wassers bzw. des Windes in mechanische Energie für die Produktion, wobei als weitere Voraussetzung dafür das Zahnrad, der Kurbelbetrieb und die Pleuelstange eine wichtige Rolle spielten. Mühlen sind als Vorläufer der Energiewirtschaft anzusehen; sie fanden eine schnelle Verbreitung, weil der Arbeitskräftemangel in Europa infolge der städtischen Umwälzung, der Durchsetzung von Ware-Geld-Beziehungen sowie der Entstehung der kapitalistischen Produktionsver-**[645]**hältnisse groß war. Schätzungsweise leisteten die europäischen Mühlen die Operationsenergie von mehr als 250.000 Menschen. Ein oberschlächtiges Wasserrad ersetzte die Arbeitsleistung von etwa 5 Pferden an einem Göpel. [10: 102]

Vom 16. bis 18. Jh. machte in Europa die Anwendung der Mühlen weitere Fortschritte, vor allem in den Manufakturen, für die Wasserhaltung im Bergbau sowie in der Metallurgie, wo sie als Antrieb für Gebläse zur Steigerung der Produktion und zur Verbesserung der Qualität des Eisens beitrugen, was wiederum die Grundlage für weitere Fortschritte der Arbeitsmittel war.

Mit der industriellen Revolution in England beschleunigte sich das ökonomische Wachstum auf der Basis der massenhaften Anlage von konstantem fixem Kapital und der damit verbundenen Anwendung von Werkzeug- oder Arbeitsmaschinen in der Textilindustrie sowie anderen Zweigen. Im Verlauf der industriellen Revolution gelangten Werkzeugmaschinen überall zur Anwendung, und die industrielle Basis verbreiterte sich durch den Einsatz von Dampfmaschinen als motorischem Antrieb für die Produktion und den Transport. [3: Bd. 2, 67] Der Maschineneinsatz in der Produktion geriet in Widerspruch zu der Operationsenergie, die zunächst – wie vor der industriellen Revolution – weiter vom Menschen, vom Tier oder von der kinetischen Energie des Wassers abhing. Neue Formen der

Energiewandlung entstanden; man nutzte dafür die chemisch gebundene Energie der Holzkohle, die schon lange vorher in der Eisenverhüttung angewendet worden war, bzw. der Steinkohle für die Gewinnung von Wasserdampf, dessen Expansionsvermögen in einem Metallzylinder unter Ausnutzung des schon bekannten Kurbeltriebes in mechanische Energie gewandelt wurde.

Die Verwendung von Steinkohle als Energieträger sowie die Verbesserung des Transports durch Eisenbahnen sowie Dampfschiffe auf Flüssen, Kanälen und den Ozeanen stellten eine wichtige neue Grundlage für die Energiewirtschaft dar. Neben dem Holz der Wälder wurde als weiterer fester Brennstoff das Holz vergangener Wälder in Form von Kohle (Stein- oder Braunkohle) verwendet, in der chemische Energie der Sonne gebunden war, die durch Verbrennung freigesetzt und für die Produktion genutzt werden konnte. Auf der Kohleförderung, der Kohleverbrennung, der Gewinnung von Dampf sowie seiner Anwendung in Dampfmaschinen, später auch in Turbinen, beruhte im wesentlichen seit der industriellen Revolution in England im 18. Jh. die Deckung des Energiebedarfs. Die aus Kohle durch Verbrennung freigesetzte Wärmeenergie wurde in Dampfmaschinen in mechanische Energie umgewandelt und mittels der Transmissionen unter beträchtlichen Reibungsverlusten den Werkzeugmaschinen zugeführt, mit deren Hilfe die Arbeiter auf die Arbeitsgegenstände einwirkten, wobei in Abhängigkeit vom Mechanisierungsgrad die Operationsenergie der Arbeiter zurückgedrängt und die Kontrollenergie verstärkt angewendet wurde.

In analoger Weise wurde die Energie für den Transport bereitgestellt und in Form der Lokomotive bzw. auch als Lokomobil (Dampfauto) für den der Fabrikproduktion entsprechenden Landtransport angewendet. Im Vordergrund stand zunächst der raumerschließende Effekt, während die Fläche noch in „handwerklicher“ Weise durch Pferd und Wagen bedient wurde. Das Manufakturstadium der Seeschiffahrt ging mit der Anwendung der Dampfmaschine zu Ende, so daß die hier angewendete Energie eine beträchtliche Erhöhung der Transportqualität bei ansteigender Arbeitsproduktivität erlaubte.

Im Jahre 1840 besaß Großbritannien, das die industrielle Revolution zu diesem Zeitpunkt schon beendet hatte, von den 860.000 PS Europas 620.000 PS, gegenüber 40.000 PS in Deutschland und 760.000 PS in den USA. [7: 59] Insgesamt stieg die Anzahl der PS in Dampfmaschinen von 1,6 Mill. 1840 auf 3,9 Mill. 1850, 9,4 Mill. 1860 und **[646]** 18,4 Mill. 1870 an. [7: 59] Von 1870 bis 1896, also während der Herausbildung des Monopolkapitalismus, wuchs die PS-Anzahl von 18,4 Mill. auf 66,1 Mill. [4: 59]; in den USA trat auch in dieser Phase die rascheste Zunahme auf. Waren 1840 in Großbritannien und den USA 84% der PS der Welt konzentriert, so 1896 nur noch 48%. [7: 59] In Deutschland wuchs die PS-Anzahl von 850.000 (1860) auf mehr als 8 Mill. im Jahre 1896. [10: 59]

In diesen Zahlen spiegelt sich die Ungleichmäßigkeit der ökonomischen Entwicklung der kapitalistischen Länder wider. Mehr noch, es zeigte sich, daß 1896 etwa 30% der Weltbevölkerung über 90% der Dampfmaschinen-PS verfügten, während insbesondere in den von den europäischen kapitalistischen Ländern kontrollierten Kolonien ein gewaltiges Energiedefizit bestand.

Wenn man die Struktur der angewendeten Dampfmaschinen-PS analysiert, so zeigt sich, daß von 1840 bis 1870 das Wachstum der Anzahl der PS in Lokomotiven an erster Stelle stand. [7: 60] Im Jahre 1870 sind etwa zwei Drittel aller vorhandenen PS in Lokomotiven installiert worden. Zwischen 1870 und 1896 nahm die Anzahl der Schiffsdampfmaschinen besonders rasch zu. Großbritannien verfügte 1896 über 50% aller Schiffsdampfmaschinen der Welt. [7: 60]

Von den rund 20% der Dampfmaschinen-PS, die in der Industrie Anwendung fanden, waren die meisten im Bergbau, in der Metallurgie und in der Textilindustrie konzentriert. Die früheren Formen der Energieanwendung und Energiewandlung (Mühlen) gingen demgegenüber zurück. Es entwickelte sich ein Bedarf nach kleineren Motoren, der zur Einführung eines gasförmigen Energieträgers und zur Entwicklung des Verbrennungsmotors führte. Diese Richtung mündete in der Erfindung des Kraftfahrzeugs für den Güter- und Personentransport. Dafür kam ein neuer Energieträger, das Erdöl, zur Anwendung. Die Erfindung des Verbrennungsmotors, die zum Kraftfahrzeug führte, konnte jedoch nicht die Lösung der Widersprüche in der klassischen Fabrik ermöglichen. Eine Lösung dieser Widersprüche, vor allem die Beseitigung der gewaltigen Reibungsverluste im Transmissionsmechanismus, konnte nur durch prinzipiell neue technische Lösungen erfolgen. Die Befriedigung des

Energiebedarfs, die Unmöglichkeit, das Transmissionssystem weiter zu entwickeln, wurden zum Ausgangspunkt für die Durchsetzung der Elektroenergie in der Produktion, womit sich der Kern der Energiewirtschaft des Monopolkapitalismus bildete. Die bisherige Bereitstellung der Energie durch Verbrennung von Kohle für die Erzeugung von Heißdampf für Dampfmaschinen sowie von Gas für Beleuchtungszwecke wurde zunächst jedoch beibehalten, und die Dampfmaschine, später auch die Dampfturbine wurden zum Antrieb der Generatoren eingesetzt. In der ersten Etappe der Herausbildung der Elektrotechnik sind große Elektromotoren für den Werkzeugmaschinengruppenbetrieb eingesetzt worden, so daß als ökonomischer Vorteil eine gewisse Reduzierung des Transmissionsmechanismus erreicht werden konnte.

Größere Dampfmaschinen mit höherer Umdrehungszahl, die mit Kohle beschickt wurden, sind zunächst für die Elektroenergieerzeugung in einzelnen Betrieben oder Städten eingesetzt worden. Die ökonomischen Vorzüge der Elektrifizierung zeigten sich erst, als es gelang, kleinere Elektromotoren zu entwickeln, die über ein Energieverteilungsnetz ihren Strom erhielten. Diese Form der Deckung des Energiebedarfs, diese Methode, Elektromotoren anzuwenden, ermöglichte den Übergang zum für den Monopolkapitalismus typischen Großbetrieb. [4: 33 ff.] Die Struktur der Anfang des 20. Jh. entstehenden Energiewirtschaft war bestimmt von der weiteren Existenz von Dampfmaschinen in Fabriken als Antriebsmotoren, neuen Methoden der Erzeugung von Elektromotoren, der Anwendung von Dampfmaschinen für den Transport, den ersten elektrischen Übertragungsnetzen sowie der Verbreitung von sogenanntem Stadtgas. Hinzu **[647]** kam die beginnende Anwendung von Erdölderivaten (u. a. Benzin) für Kraftfahrzeuge, die später Pferd und Wagen aus den Städten sowie aus der Landwirtschaft verdrängten.

Zu Recht weist Bernal darauf hin, daß die „Ausnutzung der Elektrizität zur Kraftübertragung zu Transportzwecken, zum Antrieb von Maschinen, zu Heizungs- und Beleuchtungszwecken und ihre Verwendung bei Telegraf und Telefon von einer sorgfältigen Auswertung der ... elektromagnetischen ... Experimente“ abhing. [1: 440]

Hatten die Krise des Fabriksystems sowie die Notwendigkeit einer sicheren Beleuchtung die Elektrifizierung notwendig gemacht, so trug die Einführung der Elektrizität dazu bei, daß sich die Turbine als Antrieb für Elektrogeneratoren durchsetzen konnte. Ende des 19. Jh. leisteten Dampfturbinen bei etwa 6.000 Umdrehungen 60-75 kW. [7: 326] Mit der Turbine war der Motor gefunden worden, der bis heute die Elektroenergieerzeugung beherrscht. Die größere Kapazität der Stromerzeugung machte den Ausbau der Energieübertragungssysteme erforderlich; die Übertragungsleistung stieg von 6-35 kW auf 110 kW 1912 und 220 kW Ende der 30er Jahre des 20. Jh. an. [4: 35]

Die Elektroenergie sowie die Möglichkeit ihrer Fernübertragung gestatteten es, daß die Standorte der Energieerzeugung von denen der Anwendung getrennt werden konnten; neue industrielle Standorte entstanden. Eine große Rolle spielte dabei die Anwendung der Wasserkraft, die in solchen Ländern wie Norwegen, der Schweiz, Schweden, Finnland, Kanada und den USA reichlich vorhanden war. Die Realisierung dieser Möglichkeit machte hohe Kapitalinvestitionen in Staudämme, Wasserkraftwerke und Energienetze erforderlich, die zumeist nur durch staatskapitalistische Unternehmen finanziert werden konnten. Auf diesem Gebiet zeigte sich sehr bald, daß die Energiewirtschaft des Monopolkapitalismus nur mittels staatskapitalistischer Methoden funktioniert.

Die Energiewirtschaft der wichtigsten imperialistischen Länder war zwischen den beiden Weltkriegen durch folgende Entwicklungslinien gekennzeichnet: Sowohl in der absoluten Zahl der erzeugten Kilowattstunden als auch im Hinblick auf die installierten PS der Elektroenergieerzeugung lagen die USA an der Spitze, gefolgt von Deutschland, Großbritannien, Frankreich, Italien, Norwegen, der Schweiz, Schweden, Kanada und Japan. Als generelle Tendenz zeigte sich eine Verdoppelung der Elektroenergiekapazität etwa alle 10 bis 12 Jahre.

Die Primärenergieerzeugung verlagerte sich vom Dampfmaschinenantrieb allmählich zu den Dampf- bzw. Wasserturbinen, wobei der Kohleverbrauch infolge der Ausnutzung der kinetischen Energie des Wassers und der Wärmeenergie des Erdöls sowie des Erdgases langsamer wuchs. Der Verbrauch fester Brennstoffe steigt also im Vergleich zur Elektroenergieerzeugung langsamer.

Die Möglichkeiten der Übertragung der Elektroenergie erweiterten sich rasch durch die Erhöhung der elektrischen Spannung; es wurden nationale Netze installiert. Eine Sonderentwicklung entstand in Deutschland, wo seit dem ersten Weltkrieg verstärkt die in der Braunkohle gebundene Energie in großen Wärmekraftwerken ausgenutzt wurde.

Bedingt durch die Kohlenknappheit im Kriege und infolge der kapitalistischen Rationalisierung der 20er Jahre ging der Kohleverbrauch pro kWh zurück, und auch die Energieübertragungsverluste verringerten sich durch rationelle nationale Übertragungsnetze. In Deutschland z. B. betrug 1913 die Zahl der Kilowattstunden, die aus 1 t Kohle gewonnen werden konnten, 514-686 kWh. Im Jahre 1935 produzierte man 1.469-2.571 kWh aus dieser Brennstoffmenge. [6: 106] Darüber hinaus nahm die wirtschaftliche Effektivität der Thermalkraftwerke in der Nachkriegszeit rasch zu; es spielten dabei die schon genannten technischen Fortschritte sowie die Konkurrenz der Wasserkraftwerke eine Rolle. Die nationalen Übertragungsnetze mit ihren hohen Übertra-**[648]**gungsspannungen verstärkten zudem diese Auseinandersetzungen innerhalb der Energiewirtschaft.

Mit der Motorisierung des Straßenverkehrs, dem Übergang zu Motorschiffen miii Dieselantrieb sowie der Durchsetzung des Flugverkehrs stieg der Verbrauch an Erdöl für die Vergaser- und Dieselkraftstoffe von 6,4 Mill. t (1913) auf 32,4 Mill. t (1937) an. [6: 103]

Die Elektrifizierung der 20er und 30er Jahre wurde durch die Einführung des Radios, die verstärkte Anwendung der elektrischen Beleuchtung, die massenhafte Verwendung des Telefons, des Kühlschrankes und anderer elektrischer Geräte gefördert, die eine ständige Erhöhung des Elektroenergieverbrauchs für die individuelle Konsumtion verursachten.

Neben der Anwendung der Elektroenergie für die Konsumtion entstand die Tendenz, einen wachsenden Anteil der Energie für nichtmotorische Zwecke (Elektrolyse, Elektrostahl, Wärme) zu verwenden; etwa 15-20% der in Kraftwerken installierten PS-Leistung ist dafür eingesetzt worden. [2: 257] In den 30er Jahren entstand bei der Verwendung der motorischen PS, die den Kern der Energiewirtschaft bildeten, die folgende Struktur, die für diese Phase der monopolkapitalistischen Entwicklung typisch war: Von den über 1 Mrd. PS (1911: 200 Mill. PS) sind für die Landwirtschaft 40 Mill. PS, die Industrie 160 Mill. PS, den Verkehr 800 Mill. PS (davon Schiffahrt 40 Mill., Eisenbahn 220 Mill., Kfz 540 Mill. PS) eingesetzt worden. Schätzungen zufolge konnten diese PS in der Landwirtschaft nur zu 4%, in der Industrie zu 13,7%, im Bergbau zu 14,3%, in den industriellen Kraftwerken zu 30,9%, in der Schiffahrt zu 50%, im Eisenbahnverkehr zu 6,8%, im Kfz-Verkehr zu 3% ausgenutzt werden. [2: 258 f.]

Sowohl nach der Anzahl als auch nach der Leistungsfähigkeit nahm der Einsatz von Primärkraftmaschinen in den 20er und 30er Jahren am raschesten im Verkehrswesen zu. Etwa 80% aller PS sind für den Transport von Personen und Gütern eingesetzt worden.

Die Produktionsverhältnisse in der Energiewirtschaft sind vom staatskapitalistischen Eigentum an den öffentlichen Kraftwerken in den meisten europäischen kapitalistischen Ländern geprägt, wobei das Privateigentum in der Energiewirtschaft in den Konzernen mit sogenannter Elektroenergieeigenversorgung konzentriert war, sie umfaßte etwa ein Drittel der gesamten Energieerzeugung. In den USA beherrschten die privaten Konzerne indes auch die Energiewirtschaft. Die stärkere staatsmonopolistische Verflechtung der Energiewirtschaft der kapitalistischen Länder Europas trug zu einem rascheren Wachstum der Energieerzeugung in den 30er Jahren als in den USA bei. [6: 114]

In der Pro-Kopf-Produktion von Elektroenergie lagen 1939 Norwegen und die Schweiz an der Spitze. Es folgten die USA, Schweden, Deutschland, Österreich, Großbritannien, Belgien, Frankreich, Italien u. a. [6: 115] Die energiewirtschaftliche Entwicklung verlief zeitweilig in jenen Ländern günstiger, die Elektroenergie durch die Ausnutzung der kinetischen Energie des Wassers gewinnen konnten. In den 20er Jahren wuchs die Energieproduktion der „Hydro-Länder“ Norwegen, Schweiz, Schweden, Österreich und Italien rascher als die der Länder mit Thermalkraftwerken; in den 30er Jahren holten die „Thermal-Länder“ auf, und auch nach dem zweiten Weltkrieg setzte sich diese Entwicklungstendenz fort.

In den kapitalistischen Ländern erhöhte sich die Energiebereitstellung von 15 Mrd. kWh (1900) auf 35-40 Mrd. kWh (1913) und auf 456 Mrd. kWh (1938). [10: 379]

Vom Ende des zweiten Weltkrieges bis in die Gegenwart sind in der Energiewirtschaft der kapitalistischen Länder folgende Entwicklungen aufgetreten:

[649] Der starke Anstieg des Energieverbrauchs blieb, wie schon in der ersten Etappe der allgemeinen Krise, der dominierende Faktor. Die beschleunigte Mechanisierung der Produktionsprozesse, die weitere Ausgestaltung der Elektrifizierung, die Chemisierung und nicht zuletzt die sprunghafte Motorisierung des Straßenverkehrs u. a. führten zur wissenschaftlich-technischen Revolution, die mittels der Elektronik den Menschen weitgehend von der Aufgabe befreit, seine biologische Kontrollenergie für die Produktion einzusetzen. Als neuer Faktor traten die Entwicklung und die Anwendung der Kernenergie für die Erzeugung von Elektroenergie in Thermalkraftwerken auf, die für die Bewältigung der Energieprobleme der 80er und 90er Jahre des 20. Jh. wachsende Bedeutung erhalten werden.

Aus den Energiebilanzen der kapitalistischen Länder, darunter auch der BRD, ist ersichtlich, daß Kohle und Wasserkraft sinkende, Mineralöl, Erdgas und Kernenergie in den Jahrzehnten nach dem zweiten Weltkrieg steigende Anteile in der Energiebilanz aufweisen. [8: 233] Die Ursachen für die Zurückdrängung der festen Brennstoffe durch flüssige und gasförmige bestehen in den Verwendung von Vergaser- bzw. Dieselkraftstoff für das Verkehrswesen sowie als Rohstoff für die Chemie. Die sprunghafte Motorisierung des Straßenverkehrs, die Massenmotorisierung in den europäischen kapitalistischen Ländern und die Fortführung der Motorisierung in den USA sowie ihre Verstärkung in Japan bedingten eine steigende Nachfrage nach flüssigen und gasförmigen Energieträgern. Vom Erdöl können jedoch nur 30-40% für flüssige Kraftstoffe verwendet werden; der größte Anteil des Mineralöls muß für andere Zwecke in Form von Heizöl bzw. als Rohstoff für die Chemieproduktion eingesetzt werden. Hinzu kam, daß die Erdölkonzerne über die Monopolpreise, die in den 50er und 60er Jahren sehr niedrig waren – schließlich wurden die Ölvorräte der jungen Nationalstaaten geplündert –, den Rückgang der festen Brennstoffe in der Energiebilanz verursachten; von über 80% nach dem zweiten Weltkrieg sank z. B. in der BRD der Anteil fester Brennstoffe auf 75% (1960), 57% (1965) und 38% (1970) ab. [8: 233]

Die Erdöl- und die Erdgasgewinnung stellten übrigens 1974 über 55% des Ausstoßes der extraktiven Industrie der Welt dar. [11: 61]

Die amerikanischen Ölkonzerne verlagerten die Zentren der Ölgewinnung von den USA nach dem Nahen Osten. Während in den 30er Jahren des 20. Jh. noch 80% des Erdöls und des Erdgases in den USA gewonnen wurden, waren es Mitte der 70er Jahre nur noch 40%. Gegenüber 1938 stieg die Erdgas- und Erdölgewinnung 1974 auf das 8,7fache, in den kapitalistischen Industrieländern auf das 4,2fache, jedoch in den Entwicklungsländern, den jungen Nationalstaaten auf das 26fache. [11: 61]

Im Zusammenhang mit einer Reihe anderer Faktoren entstand in den kapitalistischen Ländern eine Energiekrise, die sich 1973 entfaltete und in absehbarer Zeit auch nicht überwunden werden kann. Etliche ehemals koloniale Länder erlangten mit Unterstützung der sozialistischen Länder ihre Freiheit; sie verfügen somit auch über die nationalen Ressourcen. Venezuela, Indonesien, Iran, Irak, Kuweit, Saudi-Arabien, Abu Dhabi, Katar, Libyen, Algerien und Nigeria schlossen sich in der Organisation der erdölexportierenden Länder (OPEC) zusammen; sie kontrollieren über 80% der im kapitalistischen Weltsystem befindlichen Ölvorräte. [9: 283]

Einem Verbrauch von 850 Mill. t Erdöl steht in den USA eine eigene Förderung von 550 Mill. t gegenüber. In Westeuropa ist die Lage wesentlich schlechter: 630 Mill. t Erdöl werden verbraucht bei einer Förderung von nur 20 Mill. t. [8: 233] Diese Situation wird weiter verschärft durch die Schwierigkeit, Erdöl für das Verkehrswesen und die Chemie zu substituieren. In Westeuropa war 1973 die Lage so, daß von $1782 \cdot 10^9$ SKE (1 SKE 8,134 MWh) [11: 5,7 ff.] 59% aus Mineralöl, 10% aus Erdgas, 21% **[650]** aus Kohle und 10% aus Wasserkraft bzw. Kernenergie gewonnen wurden. [8: 231 Diese Bilanz ist in einem gewissen Umfange ein Ausdruck für die Mängel der privatmonopolistischen und staatsmonopolistischen Regulierung dieser Prozesse, die die Labilität des imperialistischen Systems nicht abgebaut, sondern verstärkt hat.

Die Ölpreiserhöhungen und andere Gründe können langfristig zu einer Verstärkung des Kohleeinsatzes führen, möglicherweise die Wiedereinführung der Hydrierung (Verflüssigung der Kohle nach Bergius- bzw. Fischer-Tropsch-Synthese), also die Mobilisierung alter Verfahren aus den 20er und 30er Jahren verursachen (12: 17), wobei die Schwierigkeiten weniger im Einsatz der Kohle für die Elektroenergiegewinnung, sondern vielmehr darin bestehen, daß Benzin und Dieselkraftstoff bisher nicht substituiert werden können.

Auch die im Energieprogramm der Carter-Administration enthaltenen Ziele, u. a. die Verkleinerung der Autos, die Herabsetzung der Höchstgeschwindigkeiten, die verstärkte Erschließung nationaler Energieressourcen, können nur zeitweilig einige Widersprüche mildern, denn wenn der Verbrauch von Material für die Produktion von Kraftfahrzeugen sinkt, wächst die Arbeitslosigkeit. Diese Widersprüche sind in erster Linie eine Frage des Profitmechanismus und weniger das Ergebnis absoluter Grenzen der Energieverwendung.

Offensichtlich macht die Energiekrise der kapitalistischen Länder auch deutlich, daß die Energiewirtschaft hinter den wissenschaftlich-technischen Fortschritten zurückgeblieben ist, die besonders in den Bereichen der verarbeitenden Industrie Anwendung fanden. Ergebnisse sowie Errungenschaften der wissenschaftlich-technischen Revolution ließen sich in diesen Bereichen rascher als in der Energiewirtschaft in Profite verwandeln. Diese Tendenz ist zudem von der Annahme genährt worden, der Erdölneokolonialismus könne ewig währen und Öl sei auf Kosten der jungen Nationalstaaten der billigste Rohstoff der Welt.

Der Kohlenvorrat der Erde wird gegenwärtig auf 7,6 · 1012 t geschätzt. Der Erdölvorrat beträgt jedoch nur 0,3 · 1012 t Kohleäquivalent und könnte beim gegenwärtigen bzw. sogar steigendem Verbrauch in 3-4 Jahrzehnten aufgebraucht sein. [9: 18] Diese Problematik macht deutlich, daß solche neuen Formen der Energiegewinnung wie die Kernfusion (nicht vor 1990), die Nutzung der Erdwärme und die direkte Anwendung der Sonnenenergie [12: 51] erforderlich werden. Diese neuen Energietechniken sowie die Verbreitung von Atomkraftwerken sind mit dem kapitalistischen Profitmechanismus kaum vereinbar. Dabei spielen auch die Aktionen gegen den verstärkten Bau von Atomkraftwerken eine Rolle. Die Gegner dieser Entwicklung meinen, daß die Sicherheit für die Umwelt nicht gewährleistet sei; ihr Widerstand hat bereits eine gewisse Verlangsamung des Baues von Atomkraftwerken verursacht. Der stärkere Einsatz von Kohle hingegen ruft solche Widerstände nicht hervor. Im Energieprogramm der EG von 1974 ist bis 1985 eine Steigerung der Kernenergieproduktion auf 140 Mill. kW vorgesehen; diese Steigerung kann jedoch nur erreicht werden, wenn der Widerstand der Gegner der Atomkraftwerke überwunden werden kann. Selbst im günstigsten Falle ist jedoch kein größerer Anteil der Kernenergie als 10% an der Primärenergiebilanz bis 1985 erreichbar. Die Inflation sowie eine Reihe schwieriger Finanzierungsprobleme im staatskapitalistischen Sektor machen in der Energiewirtschaft der kapitalistischen Länder deutlich, daß es immer schwerer wird, die komplizierten Folgen der wissenschaftlich-technischen Revolution zu bewältigen. **[651]**

Literatur:

1. *Bernal, J. D.:* Die Wissenschaft in der Geschichte. Berlin 1961; 2. *Hiltpold, G. F.:* Erzeugung und Verwendung motorischer Kraft. Zürich 1934 (Diss.); 3. *Mottek, H.:* Wirtschaftsgeschichte Deutschlands. Bd. 1-2, Berlin 1964; 4. *Mottek, H./Becker, W./ Schröter, A.:* Wirtschaftsgeschichte Deutschlands. Bd. 3, Berlin 1977; 5. *Petulla, J. M.:* American Environmental History, San Francisco 1977; 6. *Svennilson, I.:* Growth and Stagnation in the European Economy. Geneva 1954; 7. *Woytinsky, W. L.:* Die Welt in Zahlen. 4. Buch, Berlin 1926; 8. *Brennstoff, Wärme, Kraft* 1977, Nr. 6; 9. *Energie aktuell.* Leipzig/Jena/Berlin 1975; 10. *Geschichte der Technik.* Leipzig 1964; 11. *Gesellschafts-Wissenschaften* 1977, H. 3; 12. *Handbuch der Energiewirtschaft,* Bd. 1-3, Berlin 1958, 1960, 1963; 13. *International Atomic Energy* 1973, H. 15; 14. *Die Naturreichtümer in der Welt und Probleme ihrer Nutzung,* in: Wissenschaftliche Welt 1977, H. 2.

Walter Becker

2.5.7. Handel

Die Durchsetzung des Kapitalismus führt zu einer enormen Steigerung der Produktion, zu ihrer weiteren Spezialisierung und zur durchgängigen Verwandlung der Produktion in Warenproduktion sowie des Warenaustausches in Warenzirkulation.

Die kapitalistische Warenproduktion und Warenzirkulation erfordern Handel. Das bereits im Feudalismus existierende Handelskapital, das sich auf einer ihm fremden Produktionsgrundlage [MEW 25: 340 ff.] entwickelt und wesentlich zur Herausbildung kapitalistischer Produktions- und Ausbeutungsverhältnisse beiträgt, verliert seine gegenüber der Produktion dominierende Stellung. Der Handel wird dem industriellen Kapital und den Gesetzen seiner Reproduktion unterworfen. Die Entwicklung des Kapitalismus ist mit einer umfassenden Ausdehnung des Handels und mit differenzierten Entwicklungsprozessen verbunden.

Im Kapitalismus hat der Handel die Funktion der Warenrealisierung mit dem Ziel der Erlangung von höchstmöglichem Profit. Das Grundgesetz des Kapitalismus, das absolute und allgemeine Gesetz der kapitalistischen Akkumulation, das Gesetz von Konkurrenz und Anarchie, das Wertgesetz und das Gesetz von Durchschnittsprofit und Produktionspreis, der Grundwiderspruch des Kapitalismus, die Widersprüche zwischen Kapital und Arbeit, zwischen Produktion, Markt und Konsumtion, zwischen Angebot und Nachfrage bestimmen seine Entwicklung. Auf den Handel wirkt das Gesetz der Ungleichmäßigkeit der politischen und ökonomischen Entwicklung der kapitalistischen Länder im Imperialismus ein. Der Handel ist der zyklischen Entwicklung der kapitalistischen Produktionsweise unterworfen.

Der Handel wirkt aktiv auf die kapitalistische Produktion und andere Elemente des Kapitalismus ein: Einerseits beschleunigt und rationalisiert er den Umschlag des Kapitals und dessen Verwertung, fördert er Arbeitsteilung, Spezialisierung und Entwicklung der Produktionsstruktur, andererseits aber verschärft er die Wirkungsweise ökonomischer Gesetze und die Widersprüche dieser Gesellschaftsformation.

Die Entwicklung des Kapitalismus führt zur Ausdehnung der Märkte. Die Herausbildung des nationalen Marktes wird vollendet, der äußere Markt entfaltet sich, und der kapitalistische Weltmarkt bildet sich heraus.

Bereits in frühen Entwicklungsphasen der kapitalistischen Gesellschaftsordnung **[652]** vollziehen sich im Handel bedeutende arbeitsteilige Prozesse. Der Handel gliedert sich in den Binnenhandel – den wichtigsten Zweig des kapitalistischen Handels – und den Außenhandel, der als eine ursprüngliche Anlagesphäre des Kapitals nun ebenfalls voll den Realisierungserfordernissen des industriellen Kapitals unterworfen wird.

Der *Außenhandel* erlangt eine stetig wachsende Bedeutung. Sein Umfang erweitert sich trotz entgegenwirkender Faktoren, wie der Einengung des kapitalistischen Weltmarktes, der relativen Verlangsamung des Wachstumstempos und der zunehmenden Ungleichmäßigkeit der Entwicklung des Außenhandels.

Der Umsatz auf dem kapitalistischen Weltmarkt stieg von 1860 bis 1913 von 3,6 Mrd. Dollar auf 38,1 Mrd. Dollar (zu Preisen von 1913) [35: 6], und 1970 betrug er 559 Mrd. Dollar. [14: 604]

Der Export und der Import der kapitalistischen Industriestaaten und ihr Anteil am Weltaußenhandel entwickelten sich unterschiedlich. So stieg z. B. der Import (in Milliarden Mark, laufende Preise) von 1887 bis 1913 in Deutschland von 3,1 auf 10,8; in Großbritannien von 6,2 auf 13,7; in den USA von 2,9 auf 7,5 und in Frankreich von 3,3 auf 6,8. Demgegenüber entwickelte sich der Export (in Milliarden Mark, laufende Preise) im gleichen Zeitraum aus Deutschland von 3,1 auf 10,0; aus Großbritannien von 4,5 auf 10,7; aus den USA von 2,9 auf 10,3 und aus Frankreich von 2,6 auf 5,5. [10: 33] Der Anteil kapitalistischer Industriestaaten am Weltaußenhandel betrug 1870, 1913 und 1930: England: 22%; 15%; 14%; Deutschland: 13%, 13%, 10%; Frankreich: 10%, 8%, 7%; USA: 8%, 11%, 12%. [16: Bd. 24, 156; Bd. 25,7; Bd. 33, 133]

Im Jahre 1974 hatten wichtige kapitalistische Industrieländer folgenden Anteil am Export der kapitalistischen Welt: USA: 12,7%; BRD: 11,5%; Japan: 7,1%; Frankreich: 6,0%; Großbritannien: 5,0%. [29: 59] Der Exportanteil am Nettosozialprodukt betrug in Deutschland 1880-1884: 17,7%; 1900-1904: 14,0%; 1910-1913: 17,5%; 1925-1929: 14,9%; 1935-1938: 6,0% und in der BRD 1955-1959: 18,0%. [12: 151] Zu Beginn der 70er Jahre hatten bedeutende kapitalistische Industriestaaten einen Exportanteil bis zu 40% der Industrieproduktion und bis zu 20% des Bruttoprodukts. [14: 606]

Zu Beginn des Kapitalismus wird der *Binnenhandel* fast durchgängig durch Kleineigentum, durch die Verbindung des Handels von Waren des täglichen Bedarfs mit den Produktionsgewerben (dem Handwerk) sowie die einheitliche Ausübung der Groß- und Einzelhandelsfunktion charakterisiert. Der bereits getrennt vom Handwerk existierende Handel ist nur gering spezialisiert, er besteht vorwiegend in Gestalt von Gemischtwarenhandlungen (Krämerei). Für Kleinstädte und ländliche Gebiete sind Wochenmärkte, Hausierer- und Wanderhandel typisch, in Großstädten finden sich erste Ansätze einer branchenmäßigen Spezialisierung. [8: 213 ff.]

Mit der kapitalistischen Industrialisierung beginnt vor allem in Großstädten und von hier ausgehend eine Arbeitsteilung und Spezialisierung des Handels. Es vollziehen sich drei grundlegende Prozesse: Die Verselbständigung von Groß- und Einzelhandel; die Trennung von Produktionsmittel und Komsumgütergroßhandel; die branchenmäßige Spezialisierung des Groß- und Einzelhandels. [8: 225 ff.]

Die erste – ursprüngliche – branchenmäßige Spezialisierung des Handels ist eine produktionsseitige Spezialisierung nach der Herkunft bzw. der Rohstoffgrundlage der Waren (Handel mit Inlandrohstoffen; Landesprodukte, Viktualien u. a.; Handel mit Auslandsrohstoffen: Materialwaren, Kolonialwaren, Spezereiwaren u. a., sowie der Handel mit Gewerbeprodukten: Textilwaren; Stahl-, Messing- und Eisenwaren; Glaswaren und Porzellan; Galanteriewaren; Altwaren). Diese Branchen sind in den Einzelbetrieben weiter vertieft spezialisiert. [8: 215 f.]

[653] Mit der Durchsetzung des Industriekapitalismus werden Arbeitsteilung und Spezialisierung im Handel im Prinzip vollendet. [8: 227 ff.] Der *Großhandel* löst sich vom Einzelhandel. Im Großhandel beginnen sich kapitalistische Unternehmungen durchzusetzen; er übernimmt den Einkauf der Waren bei der Produktion im Inland oder über den Import aus dem Ausland, die Lagerhaltung, die Umwandlung des Produktionssortiments in das Konsumtionssortiment (die Detaillierung) und den Warentransport zum Einzelhandel. Mit dieser Funktion hat sich der Großhandel – mit einigen Variationen – in der gesamten kapitalistischen Produktionsweise entwickelt.

Es entstehen drei Zweige des Großhandels: der Produktionsmittelgroßhandel, der Konsumgütergroßhandel und der Ein- und Ausfuhrgroßhandel, wobei z. T. zwischen ihnen Überschneidungen auftreten. Neben dem selbständigen Großhandel entwickelt sich ein an die Produktion angegliederter „Produzentenhandel“, besonders der Handel der Landwirtschaft, der Forstwirtschaft, der Fischerei, des Bergbaus, des Handwerks, des Verlagswesens und der Industriehandel. [21: 91]

Im Jahre 1933 gehörten in Deutschland 56% aller Betriebe mit 47% aller Beschäftigten des Großhandels zum Produktionsmittelgroßhandel, 44% der Betriebe mit 53% der Beschäftigten zum Konsumgütergroßhandel [22: 160] und – hier bereits einbezogen – 2,5% der Betriebe (3.755) mit 3,9% der Beschäftigten (26.682) zum Ein- und Ausfuhrgroßhandel. [21: 137] 1968 waren in der BRD 51% aller Betriebe mit 49% aller Beschäftigten [22: 160] und 1970 58% aller Betriebe [22: 200] des Großhandels Produktionsmittelgroßhandel.

Der Produktionsmittelhandel ist eng mit Produktionsunternehmungen verbunden. Vor allem Industriemonopole unterhalten eigene Vertriebsabteilungen und Absatzorganisationen mit Großhandelsfunktion, sogenannte Kartell-Handelsgesellschaften [21: 125], und schalten den eigenständigen Großhandel aus. [4: 10]

Im Produktionsmittelgroßhandel sind – innerhalb seiner drei Zweige – die bedeutendsten Branchen der Großhandel mit Getreide (1967: 40% des Umsatzes des Rohwarengroßhandels [22: 200]), mit Eisen, Stahl und Halbzeug (1967: 53% des Umsatzes des Großhandels mit Halbwaren [22: 201]) und mit Maschinen und landwirtschaftlichen Geräten (1967: 52% des Umsatzes des Großhandels mit

Produktionsfertigwaren und gewerblichen Erzeugnissen. [22: 202]) Im Konsumgütergroßhandel ist der Großhandel mit Lebens- und Genußmitteln am bedeutendsten. Er realisierte 1929 in Deutschland von den 39,6 Mrd. RM umsatzsteuerstatistisch ermittelten Großhandelsumsatz (der um 5-10 Mrd. RM zu niedrig liegt [3] [11]) 7,4 Mrd. RM [11: 20 f.], d. h. 18,7%, und 1958 in der BRD 35% des Großhandelsumsatzes [1: 47]. Im Jahre 1933 gehörten zu ihm 34,8% aller Großhandelsbetriebe mit 33,6% aller im Großhandel Beschäftigten. [20: 19 f.]

Im Jahre 1875 bestanden im gesamten Warenhandel Deutschlands 529.459 Betriebe mit 661.496 Beschäftigten und 1907 1.088.298 Betriebe mit 2.063.634 Beschäftigten. [13: 8 f.] Für das Jahr 1907 werden rd. 200.000 Betriebe als Großhandelsbetriebe geschätzt. [13: 11] Nach Rückgang der Betriebe und Beschäftigten sowie nach Substanzverlusten während des ersten Weltkrieges und der Inflation [7: 13] – die Verluste des deutschen Großhandels durch die Inflation sollen zwischen 50 und 90% betragen haben [7: 70] – und leichter Zunahme 1924/25 bestanden 1925 174.242 Großhandelsbetriebe mit 831.754 Beschäftigten. [31: 334] In der Periode der relativen Stabilisierung verlief die Entwicklung differenziert, und während der Weltwirtschaftskrise nahm die Zahl der Betriebe und der Beschäftigten stark ab, so daß es im Großhandel Deutschlands im Juni 1933 149.230 Betriebe mit 673.994 Beschäftigten gab. [21: 120] Während des zweiten Weltkrieges erlitt der Großhandel erhebliche Verluste, und es verstärkte sich der „Zug **[654]** Zum kleinen Betrieb“ [20: 815]. 1950 bestanden im Binnengroßhandel der BRD 125.150 Betriebe [1: 46], deren Zahl in den 50er Jahren schwach und deren Beschäftigtenzahl stark zunahm. [1: 64] In den 60er Jahren gingen beide verstärkt zurück: 1968 betrug die Zahl der Betriebe 110.374 (120.095 Arbeitsstätten) und die Zahl der in ihnen Beschäftigten 1.190.089. [22: 159]

Sozialökonomisch wird der Großhandel im Kapitalismus vom Standpunkt der Masse der Betriebe durch das Kleineigentum charakterisiert. 1925 waren in 79% und 1933 in 82% aller Betriebe 1-5 Personen tätig, in 11% (1925) bzw. 12% (1933) 6-10 Personen. Nur 1% aller Betriebe beschäftigten 51 und mehr Personen, das waren jedoch 17% (1925) bzw. 16% (1933) aller im Großhandel Beschäftigten. [21: 123] Dieser Grundcharakter ist auch in der BRD erhalten geblieben. 1961 waren in 83% der Betriebe (mit 32% der Beschäftigten) 1-9 Personen tätig. Ausdruck der Konzentration und Zentralisation ist es, daß die Anzahl der größeren Betriebe ständig steigt. 1961 beschäftigten rd. 2% aller Betriebe mit 51 und mehr Personen 29% aller im Großhandel Tätigen. [22: 169] Dieser Prozeß setzte sich in den 60er Jahren verstärkt fort: 1968 entfielen auf 1% der Unternehmen 48% der Großhandelsumsätze [22: 175]; allein 68 Großhandelsunternehmen mit über 250 Mill. DM Jahresumsatz realisierten einen Anteil von 20% des Großhandelsumsatzes. [22: 173]

Die Geschichte des Großhandels im Kapitalismus ist auch durch die ständige Zunahme der anteilmäßig im Großhandel Beschäftigten charakterisiert: 1933 waren es im Großhandel Deutschlands 9,89 [18: 11] und 1970 im Großhandel der BRD 21,35 Beschäftigte pro 1.000 Einwohner. [34: 34, 186]

Seit Ende des 19. Jh., besonders stark seit 1924 in Deutschland [7: 116] und wiederum seit den 50er Jahren in der BRD [22: 203 f.], wird der Großhandel sowohl von der Industrie und der Landwirtschaft als auch von den Großunternehmungen und Einkaufsgenossenschaften des Einzelhandels in seiner Existenz eingeschränkt. Besonders nachhaltig wirkten Auktionen landwirtschaftlicher Erzeugnisse (seit 1886) [7: 22 ff.], Vertriebs- und Absatzorganisationen der Industrie und landwirtschaftlicher Genossenschaften [7: 16], „abhängige Händlergemeinschaften“ und „Werkhändler“ bei Industrieunternehmen [4: 9] [7: 34 f.], Kontraktsysteme zwischen Industriebetrieben [21: 192], Einkaufsgenossenschaften oder Einkaufsverbände des Einzelhandels, Konsumgenossenschaften [7: 63] und besonders Großunternehmen des Einzelhandels [7: 62 f.], die die Großhandelstätigkeit selbst übernahmen oder eigene Großhandelsfirmen (z. B. Grohag 1921 [7: 66]) gründeten. So wurde bereits in der Periode der relativen Stabilisierung z. B. der Großhandel mit Eisen fast vollständig durch Industrieunternehmen eingeschränkt [7: 42], der Großhandel mit Düngemitteln zu 40% ausgeschaltet [7: 54], und dem Lebensmittelgroßhandel blieben „vielfach nur die leistungsschwachen Geschäfte als Abnehmer“. [7: 33]

Seit 1949 entwickeln sich im Konsumgütergroßhandel der BRD sogenannte „freiwillige Ketten“ von Groß- und Einzelhändlern (seit 1927/29 in den USA und seit 1932 in den Niederlanden [19: 50 ff.])

und Großhandelseinkaufsvereinigungen (Ursprung in den USA [7: 78]), wie Einkaufskontore, Einkaufsringe u. a. [19: 74]. Bedeutende Kettenunternehmen sind in der BRD u. a. „Spar“ (50 Großhändler, 10.800 Einzelhändler 1968), „Viro“ (48 Großhändler, 9.000 Einzelhändler 1968) und A & O (43 Großhändler, 8.200 Einzelhändler). [1: 53 ff.] [22: 222] Die Anschlußfirmen „freiwilliger Ketten“ realisierten 1974 einen Anteil von 13,8% vom Einzelhandelsumsatz. [37: 34]

Seit Ende der 50er Jahre setzen sich im Großhandel der BRD verstärkt neue Absatz- und Vertriebsformen – zumeist ausgehend von den USA – durch, so die Selbstbedienung (z. B. im Cash-and-Carry-System [22: 193]) und das Rack-Jobbing (Warenlieferung auf **[655]** Kommission, u. a. als Instore-Service, d. h. mit Bereitstellung materieller Verkaufshilfen). [22: 194]

Nach der durchgängigen Lösung von Groß- und Einzelhandel um die Mitte des 19. Jh. wandelt sich auch der *Einzelhandel.* Die produktionsseitige bzw. rohstoffseitige Spezialisierung wird überwunden; er spezialisiert sich in Richtung des Bedarfs, der Konsumtionsstruktur bzw. des Gebrauchszwecks der Waren (Lebensmittel, Konfektion, Haus- und Küchenwaren usw. [8: 227 f.]) Damit ist die für den Kapitalismus typische Spezialisierung des Konsumgütereinzelhandels – einschließlich seiner großen kombinierten Betriebe – erfolgt.

In diesem Prozeß beginnt auch die Anlage von Kapital im Einzelhandel; erste kapitalistische Einzelhandelsbetriebe entstehen. Der Einzelhandel nimmt rasch zu; in kurzer Zeit werden eine Vielzahl von Betrieben, besonders in den entstehenden Industriezentren, eröffnet. Dabei wird auch das für die ersten Phasen der industriellen Revolution charakteristische Trucksystem überwunden. Am bedeutenden Zuwachs des Warenhandels im letzten Drittel des 19. und zu Beginn des 20. Jh. – die Zahl der Betriebe stieg von 529.459 im Jahre 1875 auf 1.088.298 im Jahre 1907 [13: 9] – hat der Einzelhandel den Hauptanteil. Für das Jahr 1907 werden über 800.000 Einzelhandelsbetriebe mit über 1,5 Mill. Beschäftigten geschätzt. [13: 11] Vom ersten Weltkrieg und von der Inflation schwer betroffen, begann der Einzelhandel 1924 und 1925 wieder anzuwachsen; am 16. Juni 1925 gab es in Deutschland 783.970 Einzelhandelsbetriebe mit 1.718.729 Beschäftigten – das waren 82% aller Handelsbetriebe und 68,1% aller im Handel Beschäftigten. [3: 334, 340 ff.] [33: 38]

In der Periode der relativen Stabilisierung nahm die Zahl der Betriebe und Beschäftigten zu, während der Wirtschaftskrise stieg die Zahl der Betriebe, und die Zahl der Beschäftigten nahm ab, so daß am 16. 6. 1933 in Deutschland rd. 844.000 Betriebe mit rd. 1.917.000 Beschäftigten existierten. [22: 31] In der Zeit der faschistischen Diktatur, insbesondere während des zweiten Weltkrieges, ging die Zahl der Einzelhandelsbetriebe beträchtlich zurück. In der BRD bestanden – nach einer starken Zunahme in den ersten Nachkriegsjahren – 1950 rd. 477.000 Einzelhandelsbetriebe mit rd. 1.297.000 Beschäftigten und 1961 rd. 580.000 Betriebe mit rd. 2.104.000 Beschäftigten. [22: 31]

Für den Einzelhandel im Kapitalismus ist seine ständige Überbesetzung typisch, d. h., es bestehen ständig mehr Einzelhandelsbetriebe als zur Warenrealisierung gesellschaftlich notwendig sind. Diese Überbesetzung bildete sich bereits in den 60er Jahren des 19. Jh. heraus und verstärkte sich mit dem Aufkommen der Großbetriebsformen, besonders mit der Durchsetzung der monopolistischen Großunternehmen. Charakteristisch für die *sozialökonomische Struktur* der Masse der Betriebe des Einzelhandels ist das Kleineigentum. Im Jahre 1925 gehörten 88,77% aller Einzelhandelsbetriebe zum sogenannten mittelständischen Einzelhandel (bis 10 Beschäftigte), 42,4% waren sogar sogenannte Alleinbetriebe. [32: 95]

Mit der Durchsetzung kapitalistischer Betriebe im Einzelhandel und später vor allem mit der Herrschaft großer Handelsmonopole wird der auf Kleineigentum basierende Einzelhandel fortschreitend in seiner Existenz eingeschränkt, vom Differenzierungsprozeß erfaßt und ruiniert. Im Jahre 1928 realisierten die sogenannten mittelständischen Einzelhändler mit fast 90% aller Einzelhandelsbetriebe nur einen Anteil von 66,1% des Einzelhandelsumsatzes in Deutschland [9: 313] [15: 103] [20: 812] [24: 583] [25: 22 f., 108] [3: 10, 13]; jeder vierte von ihnen erzielte nur ein Einkommen unter dem amtlichen Existenzminimum. [26: 13] In der BRD betrug 1962 der Anteil des mittelständischen („nicht gebundenen“) Einzelhandels am Einzelhandelsumsatz nur noch 25%. [2: 526]

[656] Um ihrer Verelendung zu entgehen, gründeten seit Ende der 80er Jahre des 19. 1 mittelständische Einzelhändler *Einkaufs- und Liefergenossenschaften.* Die bedeutendsten von ihnen waren vor 1933 die „Edeka“ (Lebensmittel, gegründet 1907), der „Nürnberger Bund“ und „Nord-Süd“ (Haus- und Küchengeräte). In der BRD rangiert mit großem Abstand die „Edeka“ (1975: 5,8 Mrd. DM Umsatz [27: 150]) an erster Stelle. Mit der Durchsetzung von Monopolen im Einzelhandel verstärkte sich der Prozeß der Bildung von Einkaufsgenossenschaften. 1933 waren in Deutschland 10% aller Einzelhändler in ihnen vereinigt. Diese Genossenschaften realisierten 1933 einen Anteil von 4,1% am Einzelhandelsumsatz. [30: 102] In der BRD betrug dieser Anteil 1974 16,4% [37: 34] Die Einkaufsgenossenschaften entwickelten sich immer stärker zu großen kapitalistischen Unternehmungen und wurden zunehmend vom Finanzkapital abhängig.

Während die Einkaufsgenossenschaften vorwiegend nur leistungsstärkere Einzelhändler aufnahmen, gewannen die *Kreditgenossenschaften des Einzelhandels* (ca. 16% der Einzelhändler waren 1933 Mitglieder [17: 18]) besonders für die ökonomisch schwächsten mittelständischen Einzelhändler bei der Sicherung ihrer Existenz größer Bedeutung.

Die ersten Konsumvereine bzw. *Konsumgenossenschaften* der Arbeiterklasse entstanden in England und dann übergreifend fast gleichzeitig in allen kapitalistischer Staaten Europas. In Deutschland entwickelten sich, beginnend in den 40er und 50er Jahren des 19. Jh., verstärkt in den 60er Jahren, örtliche Konsumgenossenschaften der Arbeiterklasse und neben ihnen reaktionäre Beamten- und Offizierskonsumvereine (und Werkskonsumanstalten) , die jedoch keine größere ökonomische Bedeutung erlangten. Die Konsumgenossenschaften der Arbeiter bildeten provinzielle Vereinigungen auf Länderebene und behaupteten sich erfolgreich gegen Konkurrenz, Angriffe und Boykottmaßnahmen. 1903 gründeten 302 Konsumgenossenschaften den Zentralverband Deutscher Konsumvereine (ZVK). Es entstand die Großeinkaufsgenossenschaft Deutscher Konsumvereine GmbH (GEG). Als Reaktion darauf gründeten 1908 christliche Gewerkschaften, bürgerliche Kräfte in Konsumvereinen und Beamtenkonsumvereine einen Gegenverband, der ab 1913 unter dem Namen „Reichsverband Deutscher Konsumvereine“ (RDK) arbeitete. Die im ZVK vereinigten Konsumgenossenschaften (1913: 1.300 Vereinigungen) bestimmten die Geschichte der Konsumgenossenschaftsbewegung in Deutschland. [8: 229 ff., 243 ff.] 1913 realisierten die Konsumvereine einen Anteil von 2,5% am Einzelhandelsumsatz, 1928 von 4%. [11: 491] [15: 12]

Ab Mai 1933 liquidierten die Faschisten über verschiedene Gleichschaltungsmaßnahmen die Konsumgenossenschaften und raubten ihr Vermögen. Nach der Zerschlagung des Faschismus wurde den Konsumgenossenschaften in der sowjetischen Besatzungszone durch Befehl der SMAD am 18.12.1945 ihr Vermögen zurückgegeben, nachdem sie bereits ab Mai/Juni 1945 auf Initiative der KPD ihre Tätigkeit wieder aufzunehmen begannen.

Noch Ende März 1947 wurde auf der ersten Tagung des in den westlichen Besatzungszonen wiedererstandenen ZVK festgestellt, daß die Rückübertragung des früheren Eigentums „noch nicht überall durchgeführt“ ist. [20: 882] In der BRD haben die Konsumgenossenschaften durch sie beschränkende Maßnahmen, durch die Politik rechter Genossenschaftsmanager und die Anwendung kapitalistischer Geschäftsprinzipien ihren ursprünglichen Charakter verloren.

Die Durchsetzung von Kapital im Einzelhandel, die Entwicklung kapitalistischer Großbetriebe, die Herausbildung und Durchsetzung monopolistischer Handelsunternehmungen erfolgte in den verschiedenen kapitalistischen Ländern in unterschiedlichen Zeiträumen auf z. T. differenzierten Wegen, jedoch in den gleichen Be-**[657]**triebsformen. So entstanden z. B. in Frankreich die ersten kapitalistischen Warenhäuser Ende des ersten Drittels und in den USA und in England um die Mitte des 19. Jh., in Deutschland aber erst in den 80er Jahren. Einheitspreisgeschäfte entwickelten sich zuerst in den USA Ende des 19. Jh., in Deutschland nach dem ersten Weltkrieg.

In anderen kapitalistischen Staaten entstanden *Monopolunternehmungen im Einzelhandel* bereits mit der Monopolisierung in der Industrie und im Bankwesen, in Deutschland jedoch erst in der Periode der relativen Stabilisierung – zu einem Zeitpunkt, als der Monopolisierungsprozeß in der Industrie und in anderen Bereichen in eine neue Phase eintrat. [9: 4, 304 ff.]

Die Herausbildung von kapitalistischen Betrieben, Großunternehmungen und monopolisierten Einzelhandelsunternehmen erfolgte in Deutschland im wesentlichen auf der Grundlage eigener Kapitalakkumulation und nur bei einzelnen Unternehmen mit Hilfe ausländischer Kredite. Erst nach der Durchsetzung monopolisierter Einzelhandelsunternehmungen verschmolz das monopolistische Handelskapital mit dem Finanzkapital, verstärkt in den letzten Phasen der Weltwirtschaftskrise in den Jahren 1932 und 1933. Gegenwärtig ist in allen imperialistischen Ländern das monopolistische Handelskapital fester Bestandteil des Finanzkapitals, und der Handel ist in seiner Gesamtheit dem Finanzkapital unterworfen.

Bedingt durch die Spezifik der Funktion des Einzelhandels ist das Entstehen von Großunternehmungen in diesem Bereich ein gegenüber dem in der Industrie unterschiedlicher Prozeß, besonders da – mit Ausnahme im Versandhandel – der Herausbildung on einzelnen Großbetrieben Standortschranken gesetzt sind. Es entstanden deshalb bestimmte Betriebsformen, die den Erfordernissen von Großunternehmungen entsprachen. Das Grundprinzip der Organisation der Großunternehmung im Handel ist das Filialprinzip bzw. die Kette, in der eine große Zahl von Einzelbetrieben unter einer zentralen Leitung zusammengefaßt sind und die Groß- und die Einzelhandelsfunktion wieder vereinigt werden.

Als Betriebsformen des monopolistischen Einzelhandels entstehen das Massenfilialsystem, die Warenhauskette und der Versandhandel. Sie gründen sich auf Betriebsformen des kapitalistischen Einzelhandels, die Ende des 19. Jh. entstanden, wie das Filialsystem und das Warenhaus. Auch spätere Betriebsformen, wie z. B. die Einheitspreis- bzw. Kleinpreiskette und der Supermarkt, sind nur Varianten dieser grundlegenden Betriebsformen monopolistischer Großunternehmen.

Nach ihrer Entstehung in den 80er Jahren des 19. Jh. besaßen einzelne Warenhausunternehmen bereits vor dem ersten Weltkrieg Bedeutung (Anteil am Einzelhandelsumsatz in Deutschland 1900: 0,33%; 1913: 2,5% [23: 236]); sie setzten sich in der Periode der relativen Stabilisierung – in Gestalt von *Warenhausketten* – als Monopolunternehmen durch, waren als Kriegsgewinnler am faschistischen Raubkrieg – bei der Ausplünderung okkupierter Territorien und als Sonderkontigentträger – beteiligt und haben heute im Einzelhandel der BRD nach den Massenfilialunternehmen eine dominierende Stellung inne. Im Jahre 1928 realisierten sie in Deutschland einen Anteil von 6,7% am Einzelhandelsumsatz, 1972 in der BRD (gemeinsam mit den Kleinpreisunternehmen) von 11,5%. [37: 34] Die bedeutenden deutschen Warenhausketten vor 1933 waren die Rudolf Karstadt AG, Leonhard Tietz (dann Kaufhof) und Hermann Tietz (dann Herti); in der BRD sind es gegenwärtig die Rudolf Karstadt AG (7 Mrd. Umsatz 1975), die Kaufhof AG (6,1 Mrd. Umsatz 1975), Herti (5,5 Mrd. Umsatz 1975) und Horten (3,3 Mrd. Umsatz 1975). [27: 150]

Als Typ des *Massenfilialsystems* entwickelten sich – ausgehend von Gründungen im Filialsystem Ende des 19. Jh. – in der Periode der relativen Stabilisierung große Unter-**[658]**nehmungen des branchenspezialisierten Einzelhandels. 1929 hatten sie in Deutschland einen Anteil von 3,4% am Einzelhandelsumsatz [9: 280 ff.], 1974 in der BRD von 16,0%. [36: 29] Am bekanntesten unter den deutschen Unternehmungen des Massenfilialsystems waren vor 1933 die Kaisers Kaffeegeschäft GmbH, C & A Brenninkmeyer, Tack, Salamander u. a. In der BRD haben die dominierende Rolle: „Aldi“ (Karl und Theodor Albrecht GmbH u. Go KG – 4,5 Mrd. Umsatz 1975), Tengelmann/Kaisers: (3,2 Mrd. Umsatz 1975 [27: 150]) und Hugo Mann (mit 1,8 Mrd. DM Umsatz 1975 [28: 314]).

Das Einheitspreisprinzip wurde 1879 von F. W. Woolworth in den USA begründet. Nach dem ersten Weltkrieg breiteten sich *Einheitspreisketten* (im Ergebnis der Weltwirtschaftskrise umgewandelt in *Kleinpreisketten*) sehr schnell in Europa aus. In Deutschland besaßen sie 1931 einen Anteil von 1,2% am Einzelhandelsumsatz. [25: 979 f.] Die bedeutendsten Einheitspreis- bzw. Kleinpreisketten entstanden und entwickelten sich in Deutschland und auch in der BRD als Tochterunternehmungen ausländischer Konzerne und der großen Warenhauskonzerne. Die wichtigsten unter ihnen waren bzw. sind die F. W. Woolworth Go, die Kaufhalle AG, die Wohlwert GmbH.

Neben den genannten Betriebsformen entstehen in der BRD – nach amerikanischem Vorbild – seit Ende der 50er Jahre sogenannte *Verbrauchermärkte,* die 1975 einen Anteil von 10,3% vom Einzelhandelsumsatz realisierten. [37: 34] Besonders der monopolistische und kapitalistische Einzelhandel

hat neue Verkaufs- bzw. Vertriebsformen hervorgebracht, wie z. B. das Selbstbedienungssystem, das sich allgemein durchgesetzt hat, und das Discount-Prinzip (im wesentlichen Verkauf von Massenware zu Schleuderpreisen bei einfachster Verkaufseinrichtung), das vor allem in speziellen Läden zur Anwendung kommt.

Im *Versandhandel* entwickelten sich Handelsbetriebe unterschiedlicher sozialökonomischer Struktur und Größenverhältnisse. Der Versandhandel hatte 1930 in Deutschland einen Anteil von 3,5% am Einzelhandelsumsatz [11: 27] [25: 22 f., 108], 1975 in der BRD von 4,9% [37: 34]

Erst in der BRD erlangten einzelne Versandhandelsunternehmen Monopolcharakter. Die herausragenden Großversandhandelsunternehmen sind die Quelle KG (Schickedanz) mit 6,2 Mrd. DM Umsatz 1975, Neckermann (seit 1976 zu Karstadt gehörig) mit 3,2 Mrd. DM Umsatz 1975 und Otto-Versand mit 1,9 Mrd. DM Umsatz 1975. [27: 150]

Im gegenwärtigen Imperialismus sind in allen imperialistischen Ländern die bedeutenden Monopolunternehmungen der verschiedenen Betriebsformen miteinander verflochten; sie dominieren im gesamten Konsumgüterhandel und besitzen eine marktbeherrschende Position. Ihr Anteil am Einzelhandelsumsatz der BRD steigt ständig, so von 23% im Jahre 1962 auf mindestens 39,5% im Jahre 1972. [36: 29]

Die im monopolisierten Handel beschäftigten Lohnarbeiter sind einer enormen Ausbeutung unterworfen. Niedrigere Bezahlung als in der Industrie, stetig steigende Prokopfumsatze und ständige Überarbeitszeit sind wesentliche Kennzeichen ihrer ökonomischen Lage.

Literatur:

1. *Batzer, E.:* Der Großhandel in der westdeutschen Wirtschaft. Berlin (West)/München 1962; *2. Batzer, E./Laumer, H.,* in: Der Volkswirt. Frankfurt/M. 1963, H. 13; 3. *Benning, B./Nieschlag, R.:* Lagerhaltung und Kosten im deutschen Einzelhandel. Berlin 1933; 4. *Cohn-Berlin, A.:* Verbände, Kartelle und Syndikate im Großhandel. Berlin 1919; 5. *Dietze, H.:* Geschichte des deutschen Handels. Leipzig 1923; 6. *Ehrlicher, H.:* **[659]** Das Massenfilialsystem. Stuttgart 1931; 7. *Götz, M.:* Wandlungen des deutschen Großhandels in der Nachkriegszeit. Berlin/Wien 1933; 8. *Heidt, P.:* Grundriß der deutschen Handelsgeschichte. Leipzig 1962 (Diss.); 9. *Ders.:* Der deutsche Einzelhandel von 1924 bis 1933. Leipzig 1969 (Habil.-Schrift); 10. *Helfferich, K.:* Der wirtschaftliche Hintergrund des Weltkrieges. Berlin 1920; 11. *Hirsch, J.:* Kennzahlen zur Handelsforschung. Berlin 1933; 12. *Hoffmann, W. G.:* Das Wachstum der Deutschen Wirtschaft seit der Mitte des 19. Jahrhunderts. Berlin (West)/Heidelberg/New York 1965; 13. *Holtermann, K.:* Deutscher Großhandel in der zukünftigen Friedenswirtschaft. München 1943 (Diss.); 14. *Koslow, G. A.:* Politische Ökonomie. Bd. 1. Berlin 1976; 15. *Kramer, H.:* Warenhausprobleme der jüngsten Zeit. Berlin 1931; 16. *Kuczynski, J.:* Die Geschichte der Lage der Arbeiter unter dem Kapitalismus. Bd. 24, 25, 33. Berlin 1965-1967; 17. *Lisnik, R./Grünbaum, H.:* Einzelhandel und Kreditgenossenschaften. Berlin 1930; 18. *Nieschlag, R.:* Die Gewerbefreiheit im Handel. Köln/Opladen 1953; 19. *Ders.:* Strukturwandlungen im Großhandel. Beuel 1957; 20. *Ders.* in: Europa-Archiv. Frankfurt/M., August/September 1947; 21. *Seyffert, R.:* Wirtschaftslehre des Handels. Köln/ Opladen 1950; 22. *Ders.:* Wirtschaftslehre des Handels. Opladen 1972; 23. *Sombart, W.:* Die deutsche Volkswirtschaft im 19. Jahrhundert. Stuttgart 1954; 24. *Tiburtius, J.:* Der deutsche Einzelhandel im Wirtschaftsverlauf und in der Wirtschaftspolitik von 1925 bis 1935. Jena 1935; 25. *Ders.:* Lage und Leistungen des deutschen Handels in ihrer Bedeutung für die Gegenwart. Berlin (West)/München 1949; 26. *Arbeitsbericht der Wirtschaftsgruppe Einzelhandel* 1936/37. Berlin 1937; 27. *Capital,* Hamburg 1976, H. 10; 28. *Capital,* Hamburg 1976, H. 11; 29. *Ėkonomičeskoje položenie kapitalitičeskiech i razvivajusčichsja stran.* Moskau 1975, H. 8; 30. *Jahrbuch des deutschen Genossenschaftsverbandes e. V.* für 1933. Berlin 1934; 31. *Statistik des deutschen Reiches.* Bd. 413. Berlin 1930; 32. *Statistik des deutschen Reiches.* Bd. 418. Berlin 1930; 33. *Statistik des deutschen Reiches.* Bd. 462, T. II. Berlin 1936; 34. *Statistisches Jahrbuch für die BRD 1974.* Stuttgart/Mainz 1974; 35. *Der Wettbewerb in der Seeschiffahrt.* Jena 1940; 36. *Wirtschaftswoche.* Düsseldorf 1975, H. 39; 37. *Wirtschaftswoche.* Düsseldorf 1977, H. 8.

Peter Heidt

2.5.8. Handwerk

Mit dem Übergang zum Industriekapitalismus, also zu voll ausgebildeten kapitalistischen Produktionsverhältnissen, verändern sich Stellung und Rolle des Handwerks. Es wird zu einem Teil des sogenannten Mittelstandes.

Allgemein verstehen wir unter Handwerkern jene Schicht der einfachen Warenproduzenten, die eine nicht agrarische Produktion betreibt und in den vorkapitalistischen Produktionsweisen entscheidend an der Entwicklung der Stadt beteiligt ist (s. 2.2.6., 2.3.6., 2.4.11.). Daß diese Schicht nicht nur zahlreiche Gemeinsamkeiten mit den agrarischen Kleinproduzenten aufweist, sondern auch zahlreiche Übergangsformen zwischen beiden existieren, soll hierbei nur erwähnt werden. Jeder Fortschritt in der Entwicklung der Warenwirtschaft führte unvermeidlich dazu, daß aus der Bauernschaft neue Gewerbetreibende hervorgingen. Das Handwerk verlor immer mehr den Charakter als Ergänzung der bäuerlichen Wirtschaft. Allmählich wurde damit der Boden für das nachfolgende Eindringen des Kapitalismus vorbereitet. Obgleich notwendiger Bestandteil des städtischen Lebens, blieb das Handwerk lange Zeit in bedeutendem Maße auf dem **[660]** Lande verbreitet. Ein Teil der auf einen handwerklichen Beruf spezialisierten Bevölkerung war weiterhin mit landwirtschaftlicher Produktion verbunden. [LW 3: 336, 34 Selbst in einem fortgeschrittenen Industrieland wie Deutschland z. B. lebten um 19(noch rund die Hälfte der Handwerker auf dem Lande. Notwendig ist auch eine Abgrenzung des Handwerks von den Kleineigentümern im Bereich der Warenzirkulation und der Dienstleistungen. Die Grenzlinien sind hier unscharf, weil das produzierende Handwerk mit der Entwicklung des Kapitalismus in zunehmendem Maße „unproduktive“ Leistungen übernimmt oder sogar durch sie beherrscht wird (wachsende Verbindung des Handwerks mit Dienstleistungen, Einzelhandel usw.). In bestimmtem Umfang haben sich auch schon in der vorkapitalistischen Zeit Gewerbe im Dienstleistungsbereich entwickelt, die häufig zum Handwerk gezählt werden (z. B. Friseurgewerbe).

Der Begriff des Handwerks ist weder von einem handbetriebenen Arbeitsprozeß von einem bestimmten Beruf, von einer spezifischen Technik noch von historischen Traditionen abzuleiten. Gerade in dieser Hinsicht erfolgten zu viele Wandlungen, als daß entsprechende Definitionen das Wesentliche des Handwerks erfassen könnten.

Das, was die Handwerker zu allen Zeiten auszeichnet, ist, daß sie einfache Warenproduzenten im nichtagrarischen Sektor sind, die in den vorsozialistischen Produktionsweisen in der Regel über eigene Produktionsmittel verfügen und an der Herstellung der Produkte oder an den Leistungen ihrer Betriebe unmittelbar beteiligt sind. Im Zusammenhang damit steht, daß die technische und ökonomische Basis des Handwerks; gewöhnlich so eng ist, daß sie nur die einfache Reproduktion gewährleistet. Die bürgerliche Handwerksstatistik ist vor allem deshalb völlig unzureichend, weil sie unabhängig von diesen Merkmalen alle in die Handwerksrolle eingetragenen Betriebe erfaßt und damit auch ihrer sozialökonomischen Bedeutung nach als kleine und mittlere kapitalistisch zu charakterisierende Betriebe.

Eine statistische Abgrenzung, die den genannten Merkmalen des Handwerks im wesentlichen entspricht, wird von marxistischen Forschern häufig in der Betriebsgrößengruppe mit 1-5 Beschäftigten [5: Bd. 5, 53], manchmal auch mit 1-9 Beschäftigten [13.11.2.: 98 ff.] gesehen. Sobald die Zahl der Beschäftigten eine gewisse Größe überschreitet und der Leiter des Betriebes von der Arbeit in der unmittelbaren Produktion befreit ist, treten Übergänge zur kapitalistischen Produktion auf, beginnt die Möglichkeit, auf Kosten fremder Arbeitskraft zu leben, zu überwiegen. Die obengenannten Betriebsgrößengruppen basieren auf einem statistischen Durchschnitt, der die Abweichungen, die sich aus der ungleichen Produktivität der einzelnen Berufe und Tätigkeiten ergeben, auffängt und auf einen einheitlichen Nenner bringt.

Die Dialektik der einfachen Warenproduktion, die Umwandlung der „auf eigener Hände Arbeit“ beruhenden Existenz in eine Existenz, die auf der Ausbeutung fremder Arbeit beruht [LW 3: 356], bedeutet – soweit dies auf der Basis freier Lohnarbeit geschieht – den Übergang zur kapitalistischen Produktion. Insoweit ist das Handwerk – einmal aus den feudalen Fesseln gelöst – nicht nur Ausgangspunkt der „großen Industrie“ gewesen, sondern produziert unter kapitalistischen Bedingungen immer wieder aufs neue kapitalistische Produktionsverhältnisse bzw. Übergangsformen dazu.

Wenn allgemein gilt, daß der historische Ausgangspunkt der Entwicklung des Handwerks im Kapitalismus seine Herauslösung aus den feudalen Produktionsverhältnissen (Zunftverhältnissen) und seine Einordnung in kapitalistische Produktionsverhältnisse gewesen ist, so verlief dieser Prozeß in den einzelnen Ländern nach seinem zeitlichen Beginn und seiner zeitlichen Dauer unterschiedlich. In Großbritannien hatten die mittelalterlichen Zunftverhältnisse – nach einem schnellen Niedergang seit dem 16. Jh. – praktisch schon im 18. Jh. jede Bedeutung verloren. In Frankreich wurden die Zünfte schlag-**[661]**artig durch die bürgerliche Revolution beseitigt (1791). In Deutschland verlief der Prozeß der Entstehung kapitalistischer Gewerbeverhältnisse gleichzeitig mit der industriellen Revolution (beginnend mit der Einführung der Gewerbefreiheit in Preußen durch die Edikte von 1806, 1808 und 1810 und endend 1869-1873 mit der einheitlichen Gewerbegesetzgebung für das Deutsche Reich).

Die Anpassung des Handwerks an die Produktionsverhältnisse des Industriekapitalismus vollzog sich z. T. über das Abhängigwerden des Handwerks vom kapitalistischen Verlagssystem oder durch seine völlige Ruinierung (Verwandlung der Handwerker in Lohnarbeiter). Der Teil, der sich als „reines" Handwerk erhielt, unterlag – je nach dem Tempo, in dem er von den feudalen Fesseln frei wurde – ebenfalls Veränderungen. Er wurde den kapitalistischen Produktionsgesetzen untergeordnet. Das konnte zum einen den Verlust der engen Bindungen an einen kleinen lokalen Markt und die Produktion für einen überlokalen fremden Markt bedeuten. Damit hielten, vor allem in der letzten Etappe der industriellen Revolution und in der darauffolgenden Phase der vollen Entfaltung der freien Konkurrenz, industrielle Fertigungsmethoden Einzug im Handwerk. Spezialisierung und Abhängigkeit von der Industrie als Auftraggeber gewannen schnell an Bedeutung (Tischler z. B. fertigten Kisten und Fässer als Verpackungsmaterial für Fabriken; Buchbinder wurden von großen Verlagsfirmen beschäftigt usw.). [10: 197] Sehr häufig schoben sich zwischen Industriefirmen und derart spezialisierte Handwerker Großhändler. Zum anderen wurde die Eigenproduktion durch den Verkauf fremder bzw. industriell gefertigter Waren ergänzt oder zurückgedrängt. Eine dritte Veränderung zeigte sich im allmählichen Verschwinden der Neuproduktion und im Übergang zu Dienstleistungen, insbesondere Reparaturleistungen (als Beispiel seien das Schuhmacher- und das Uhrmachergewerbe genannt).

Die Entwicklung des Handwerks, d. h. seine Unterwerfung unter die Gesetze der kapitalistischen Produktion, wurde also bereits in der Phase der industriellen Revolution durch drei Grundtendenzen bestimmt: Die eine drängte das Handwerk zur Anwendung kapitalistischer Methoden und schließlich zum Übergang zur rein kapitalistischen Produktion, zur Verwandlung eines – wenn auch geringeren – Teils der Handwerker in kleine kapitalistische Unternehmer; die zweite ließ das Handwerk in die verschiedensten Formen der Abhängigkeit von den kapitalistischen Großbetrieben geraten; die dritte führte zu seiner Vernichtung.

In England, wo die industrielle Entwicklung sehr früh einsetzte, war der Anteil des Handwerks an der Bevölkerung bereits Mitte des 19. Jh. sehr klein. Die industrielle Revolution hatte den Anteil der Kleinbourgeoisie an der arbeitsfähigen Bevölkerung bereits um 1850 auf 8% reduziert, während die entsprechenden Zahlen für die anderen kapitalistischen Hauptländer je nach ihrer Entwicklungsstufe zwischen 25 und 45% lagen. [11: 220]

Besonders kompliziert verlief die Unterordnung des Handwerks unter die Gesetze der kapitalistischen Produktion in Ländern wie Rußland, in denen erst in der 2. Hälfte des 19. Jh. der Weg der Überwindung der Feudalverhältnisse beschritten wurde. Alte und neue Entwicklungstendenzen überkreuzten sich hier zu einem Zeitpunkt, als die Entwicklung der Produktivkräfte in den führenden Ländern bereits ein relativ hohes Niveau erreicht hatte. Die maschinelle Großindustrie entstand vielfach unmittelbar – zuweilen über verschiedene Zwischenstufen – auf der Basis der kleinbäuerlich-patriarchalischen gewerblichen Nebenproduktion sowie der Kustarproduktion, d. h. eines zwar mit der Landwirtschaft verbundenen, aber für den Markt arbeitenden Gewerbes. [LW 2: 363] Eine wesentliche Ursache für diese besonders enge Verbindung des Handwerks mit der Landwirtschaft war, daß das Handwerk in den Städten weniger entwik-**[662]**kelt war als beispielsweise in Deutschland oder Frankreich. [LW 3: insbes. 384 f 558 ff.] [14: 281]

Die Umwandlung des feudalen – städtisch-zünftigen und ländlich-patriarchalischen – Handwerks (vgl. 2.4.11.) in ein in kapitalistische Verhältnisse eingebettetes war ein langwieriger Prozeß, der, je

mehr sich die freie Konkurrenz entfaltete, zu einer schnellen Schrumpfung des Handwerks führte. Auch mit dem Übergang zum Monopolkapitalismus setzte sich dieser Schrumpfungsprozeß fort. Wenn bürgerliche Ökonomen und Wirtschaftshistoriker behaupten, daß in den letzten Jahrzehnten des 19. Jh. ein Prozeß der „schöpferischen Zerstörung“ der alten Handwerksstruktur stattgefunden habe (Schumpeter), der zu Beginn des 20. Jh. in eine Phase der „erfolgreichen Anpassung“ eingemündet sei (in Anlehnung an Wernet, Wolfram Fischer u. a.) [7: 186], dann wird damit der eigentliche quantitative und qualitative Wandel des Handwerks in der neuen Phase de Kapitalismus nicht erfaßt. Was sich in Wirklichkeit in den ersten Jahrzehnten des 20. Jh. vollzog, war in erster Linie die weitere Verdrängung des Handwerks aus der Produktion, und zwar vor allem aus Gewerbezweigen, in denen die Industrialisierung am schnellsten voranschritt, d. h. insbesondere aus dem Textil- und Bekleidungsgewerbe. Demgegenüber dehnten sich einige Handwerksbereiche rasch aus, vor allem im Maschinen- und Fahrzeugbau und in der elektrotechnischen Industrie. In engem Zusammenhang damit stand die Ausweitung des Reparatur- und Installationsgeschäfts. Doch diese Entwicklung verhinderte weder den relativen Rückgang des Handwerks im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung [8: 129] noch seine Verdrängung aus der Produktion.

Als zweite Veränderung zu Beginn des 20. Jh. ist die weitere Differenzierung und zunehmende Verschlechterung der Lage eines großen Teils der Handwerker zu nennen. Die sogenannte elektrotechnische Revolution, die von manchen bürgerlichen Autoren als Faktor für eine „Stabilisierung“ der Entwicklung des Handwerks angesehen wird, hatte eher eine gegenteilige Wirkung. Gerade der Einsatz elektromotorischer Kräfte beschleunigte den Differenzierungsprozeß innerhalb des Handwerks, führte auf der Grundlage eines verstärkten Konkurrenzkampfes zur fortgesetzten sozialen Polarisierung unter den Handwerksmeistern. [1: 170] Auf der einen Seite standen die wohlhabenden, teilweise zu kapitalistischen Produzenten aufsteigenden Gruppen, auf der anderen die weit zahlreicheren wirtschaftlich „erfolglosen“ Gruppen, die am Rande des Ruins lebten bzw. ständig bedroht waren, in ein direktes Lohnabhängigkeitsverhältnis abzusinken.

Mit dem Ausbruch der allgemeinen Krise (seit dem ersten Weltkrieg) nahmen die bereits im 19. Jh. sichtbaren Schwankungen in der Zahl der Handwerksbetriebe und der im Handwerk Beschäftigten zu. Sie zeigten die zunehmende Labilität der handwerklichen Kleinbetriebe und deren Krisenempfindlichkeit. Insgesamt verlangsamte sich der Prozeß der Abnahme der Betriebsdichte (Handwerksbetriebe je 1.000 Einwohner, für Deutschland nach der Handwerksstatistik berechnet). Vor allem die beiden Weltkriege mit ihren Nachwirkungen und so tiefe krisenhafte Einbrüche wie die Weltwirtschaftskrise von 1929-1933 führten dazu, daß der Prozeß der Verdrängung der handwerklichen Kleinproduzenten zeitweise gehemmt bzw. durch Gegentendenzen überlagert wurde. Umstellungen von Kriegs- auf Friedenswirtschaft (verbunden mit Demobilisierung größeren Ausmaßes), Zerstörungen von Produktivkräften (besonders während des zweiten Weltkrieges) und sprunghafte Zunahme der Arbeitslosigkeit (auch hohe Dauerarbeitslosigkeit in den 20er und 30er Jahren) hatten zur Folge, daß viele eine Existenzmöglichkeit in der handwerklichen Produktion suchten.

Seit den 50er Jahren, nach der Überwindung der Folgen des zweiten Weltkriegs, wurden weitere Entwicklungstendenzen im Handwerk deutlich. Offensichtlich wirkte sich der rasche technische Fortschritt – zuweilen auch als Beginn der wissenschaftlich-**[663]**technischen Revolution bezeichnet – aus. Innerhalb des produzierenden Handwerks bildeten sich in verstärktem Maße Merkmale heraus, die typisch für die kapitalistische Produktion sind: sich vertiefende Arbeitsteilung (mit Übergang zur Kleinserienproduktion), kooperative Produktionsformen und sich verstärkende Integration in die monopolkapitalistische Wirtschaft. Die Spaltung zwischen den Handwerksbetrieben, die den Weg der kapitalistischen (kleinkapitalistischen) Produktion beschritten, und denen, die an dieser Entwicklung nicht partizipierten, wurde in diesem Zeitraum besonders tief. [9: 269]

Auch diese Prozesse verliefen in den einzelnen Ländern unterschiedlich. In der BRD ging die Betriebsdichte in den 50er und 60er Jahren um mehr als die Hälfte zurück (von rd. 18 im Jahre 1949 auf rd. 9 im Jahre 1972) – eine so schnelle Verringerung der Zahl der Handwerksbetriebe hatte es in der Geschichte des deutschen Kapitalismus noch nicht gegeben. Im selben Zeitraum stieg die Beschäftigtenkonzentration um mehr als das Doppelte (von 3,5 auf 7,6 Beschäftigte je Handwerksbetrieb).

Damit lag die Durchschnittsgröße der Handwerksbetriebe über der, die von vielen Marxisten (und auch einem Teil der bürgerlichen Ökonomen) als eigentliches Handwerk angesehen wird. An der Spitze lagen hierbei das Bau- und das metallverarbeitende Handwerk, die die traditionellen Konsumgüterhandwerke auch in der absoluten Zahl der Beschäftigten überholt hatten. [4: 250]

In den USA war im Gegensatz zur Entwicklung in der BRD [13.II.2: 102] in den 50er und 60er Jahren eine Zunahme der Zahl der Kleinbetriebe in der verarbeitenden Industrie zu verzeichnen. [2: 222] [15: 1-33] Doch abgesehen davon, daß die Zahl der Beschäftigten in den Kleinbetrieben (bis zu 5 Beschäftigte) im Verhältnis zur Gesamtzahl der Beschäftigten (in der verarbeitenden Industrie) zwischen 1947 und 1967 stagnierte und der anteilige Umsatz der Kleinbetriebe zurückging, ist diese Entwicklung zugleich mit der Herausbildung stärkerer Abhängigkeitsverhältnisse vom Monopolkapital verbunden gewesen. Überall dort, wo die Monopole ihre Produktion nicht über Großeinrichtungen realisieren konnten, wurden kleine Stützpunkte in den Händen scheinbar selbständiger Unternehmer geschaffen. Das hervorstechendste Beispiel bieten die Unternehmen im Maschinenbau und in der Erzeugung von Metallprodukten. Durch ein System von Lieferverträgen, Lizenzen und Kommissionstätigkeiten sind die Kleinunternehmen dieser Branchen in völliger Abhängigkeit von den großen Monopolen. Sie entlasten die Monopole von unrationeller Kleinserienfertigung oder Sonderproduktion, nehmen deren Risiko auf sich und sind, je mehr sie sich auf einen Großabnehmer oder ein Produkt festlegen müssen, um so krisenanfälliger.

In den 70er Jahren läßt sich ein neuerlicher Rückgang auch der Zahl der handwerklichen Kleinbetriebe in der verarbeitenden Industrie der USA feststellen, und zwar mit einer Tendenz zur Annäherung an den Stand Anfang der 50er Jahre. Hervorzuheben ist jedoch, daß die „handwerkliche“ verarbeitende Industrie innerhalb der nichtagrarischen Kleinbetriebsform in den USA nur eine geringe Rolle spielt (Zahl der Besitzer 1954 etwa 3%), und selbst unter Einschluß der „handwerklichen“ Bauindustrie ist der Prozentsatz einer der niedrigsten in den entwickelten kapitalistischen Ländern (24%); nur Großbritannien lag 1951 mit 22% noch darunter. [12: 76]

Zusammenfassend läßt sich sagen, daß das Monopolkapital auch in seinem Spätstadium, auf seiner höchstentwickelten Stufe, einen Sektor der einfachen Warenproduktion benötigt, einen Sektor, der im Grunde einer vorkapitalistischen Formation angehört, weil er unfähig zur erweiterten Reproduktion ist, der aber gleichzeitig voll in das kapitalistische System integriert ist, ja für dieses notwendig ist: erstens als eine Basis für die Realisierung der Monopolproduktion und damit für die Realisierung von Mono-**[664]**polprofit (Kleinbetriebe als Zulieferer, Verteiler und Reparateure); zweitens als eine Basis für die zusätzliche Ausbeutung von Arbeitskräften – die Durchschnittseinkünfte dieser Schichten liegen z. T. niedriger als die von qualifizierten Industriearbeitern, ihre Einkünfte können leichter gedrückt werden, weil sie ohne Schutz durch Tarifverträge und gewerkschaftliche Organisationen sind, und nicht zuletzt ist in diesen Bereichen eine Steigerung der extensiven Ausbeutung möglich, weil der Arbeitstag keinen vertraglichen Begrenzungen unterliegt und Familienangehörige in die Arbeit einbezogen werden können –; drittens als eine Basis für die monopolkapitalistische Ideologie, denn die innere Differenzierung der Kleingewerbetreibenden und ihre zunehmend instabile Lage führt zu stärkeren ideologischen Schwankungen. Vor allem in Zeiten akuter Krisen nehmen die antikapitalistischen Ressentiments zu. Es entstehen bestimmte Voraussetzungen, daß diese Ressentiments durch rechtsradikale Losungen und faschistisch-extremistische Bewegungen abgefangen werden, mit deren Hilfe die Monopolbourgeoisie versucht, ihre gefährdete Herrschaft zu restabilisieren.

Gleichzeitig muß betont werden, daß auch die Möglichkeit besteht, die Kleinbourgeoisie, mit dem produzierenden Handwerk im Zentrum, für die Arbeiterklasse zu gewinnen, als Bundesgenossen im Kampf gegen die Monopole und für Demokratie. [3] Das Handwerk hat im Zeitalter der bürgerlichen Revolutionen eine große, progressive Rolle im politischen Kampf gespielt. Es kann sie auch heute spielen, wenn es sich – gemeinsam mit den kleinen „Selbständigen“ im Dienstleistungs- und Warenzirkulationssektor – seiner veränderten Stellung im gegenwärtigen Kapitalismus bewußt wird: als halbabhängige Zwischenschicht mit einer scheinselbständigen Existenz [6: 230], ohne sichere Zukunft.

Literatur:

1. *Angel-Volkov, Sh.,* in: VSWG 1974 (61), H. 2; 2. *Dalin, S. A.:* SŠA: Poslevoennyj gosudarstvenno-monopolističeskij kapitalizm. Moskau 1972; 3. *Hanke, E.:* Mittelstand in der Bundesrepublik. Frankfurt/M. 1973; 4. *Keutmann, D./Pieck, M.:* Auswirkungen der Konzentrationstendenzen in der Wirtschaft, Göttingen 1971; 5. *Kuczynski, J.*: Die Geschichte der Lage der Arbeiter unter dem Kapitalismus, Bd. 1-38, Berlin 1960-1972; 6. *Mel'nikov, A. N.:* Sovremennaja klassovoja struktura SŠA. Moskau 1974; 7. *Noll, A.:* Sozio-ökonomischer Strukturwandel des Handwerks in der zweiter Phase der Industrialisierung, Göttingen 1975; 8. *Puderbach, K.:* Die Entwicklung des selbständigen Mittelstandes seit Beginn der Industrialisierung in Deutschland. Bonn 1967 (Diss.); 9. *Sack, F.:* Integration und Anpassung des Handwerks in der industriellen Gesellschaft. Köln/Opladen 1966; 10. *Schmoller, G.:* Zur Geschichte der deutschen Kleingewerbe im 19. Jahrhundert. Hildesheim/New York 1975 (Nachdruck der Ausgabe Halle 1870); 11. *Semjenow, W. S.:* Kapitalismus und Klassen. Berlin 1972; 12. *Gorodskie srednie sloi sovremennogo kapitalističeskogo obščestva.* Moskau 1963; 13. *Klassen und Sozialstruktur der BRD 1950-1970,* T. I-III, Frankfurt/M. 1973-1975; 14. *V. I. Lenin o social'noj strukture i političeskom stroe kapitalističeskoj Rossii.* Moskau 1970 15. *U. S. Bureau of the Census,* Census of Manufactures, 1972, Subject Series: Genera Summary. Washington 1975.

Horst Handke **[665]**

2.5.9. Industrielle Produktivkräfte

Mit der Industriellen Revolution (s. 2.5.10.) des 18./19. Jh. beginnt ein qualitativ neues Entwicklungsstadium der gesellschaftlichen Produktivkräfte. Ihre revolutionäre Umgestaltung ist gekennzeichnet durch die Entwicklung industrieller Produktivkräfte in der Fabrik als der „Form der auf Maschinerie als materieller Basis organisierten gesellschaftlichen Arbeit." [MEW 26, 1: 366] Die fabrikmäßige maschinelle Produktion beruht auf der Anwendung von Bearbeitungsmaschinen, die die das Werkzeug haltende Hand des Arbeiters ersetzen. Das sich entwickelnde Fabriksystem erfordert dabei eine neuartige leistungsstarke Antriebskraft, die universell einsetzbar ist und die Bindung an die natürlichen Energiequellen beseitigt. [5] Diese durch die Anwendung der Werkzeugmaschine erforderlich gewordene Triebkraft ist mit der revolutionierten Wattschen Dampfmaschine gegeben, die Marx „nicht als eine Erfindung zu besonderen Zwecken, sondern als allgemeiner Agent der großen Industrie" charakterisiert. [MEW 23: 398] Durch die Fähigkeit der Dampfmaschine, gleichzeitig mehrere gleichartige oder verschiedene Arbeitsmaschinen anzutreiben, entsteht eine Kooperation von Maschinen. Zunächst ist es die einfache Kooperation gleichartiger Maschinen, bis sich in der 2. Hälfte des 19. Jh. in den wichtigsten Industriezweigen das Maschinensystem durchsetzt. Das Maschinensystem tritt „erst an die Stelle der einzelnen selbständigen Maschinen, wo der Arbeitsgegenstand eine zusammenhängende Reihe verschiedener Stufenprozesse durchläuft, die von einer Kette verschiedenartiger, aber einander ergänzender Werkzeugmaschinen ausgeführt werden". [MEW 23: 400]

Der zentralisierte Antriebsmechanismus in Form der Dampfmaschine bedingt eine dreiteilige Maschine aus Antriebsmaschine, Transmission und Werkzeugmaschine. [MEW 23: 393] Dabei verhindert die sich zwangsläufig ergebende stationäre Begrenzung von Dampfmaschine und Transmission eine dem Produktionsablauf entsprechende Anordnung der Maschinen.

Die weitere Entwicklung des Maschinensystems ist durch die Einführung des elektrischen Antriebs in Gestalt des Elektromotors gekennzeichnet. Der Übergang von der Dampftransmission zum Elektroeinzelantrieb der Arbeitsmaschine erfolgt schrittweise und allmählich in folgenden Etappen:

– einfacher Ersatz der Dampfmaschine mit Transmissionsantrieb durch den Elektromotor mit Transmissionsantrieb,

– Antrieb von Gruppen von Arbeitsmaschinen durch Elektromotor und Gruppentransmission,

– Einzelantrieb durch Elektromotor.

Der elektrische Einzelantrieb der Arbeitsmaschine ermöglicht die Organisierung des Produktionsablaufs entsprechend den einzelnen Etappen des Herstellungsprozesses der Produkte. Er ist die

Voraussetzung für die Massenproduktion und für die folgende Automatisierung des Produktionsprozesses. Die Vereinigung der drei funktionalen Bestandteile des Maschinenkomplexes in einem räumlich geschlossenen Ganzen [20] ermöglicht die Auflösung des Arbeitsprozesses in eine Reihe selbständiger Produktionsbereiche und die Zerlegung des Produktionsprozesses in zahlreiche wiederholbare Detailoperationen. Statt auf der Universalmaschine mehrere Arbeitsprozesse zu durchlaufen, durchläuft der zu bearbeitende Gegenstand mehrere Spezialmaschinen, von denen jede nur eine Teiloperation durchführt. Der Einsatz von Spezialmaschinen führt zu neuen Organisationsformen des industriellen Produktionsprozesses. Die Gliederung in Abteilungen mit Maschinen gleicher Art in einem Raum und der damit verbundene hohe Aufwand an Transportarbeit wird durch die Aufstellung verschiedenartiger Maschinen **[666]** in einem Raum in der Reihenfolge des technologischen Prozesses ersetzt. Die Aufstellung verschiedenartiger sich ergänzender Maschinen erlaubt durch die Abstimmung der Leistungen der Arbeitsmaschinen die Festsetzung eines gleichmäßigen Arbeitstaktes. Dieser veränderte Produktionsprozeß, beruhend auf dem gegliederten Maschinensystem von verschiedenartigen Arbeitsmaschinen, ist durch „die Kontinuität der Sonderprozesse“, die für die entwickelte Fabrik typisch ist, gekennzeichnet. [MEW 23: 401] Die generelle Anwendung des gegliederten Maschinensystems reicht von den 70er Jahren des 19. Jh. bis etwa zum Ende der 30er Jahre des 20. Jh. und findet seinen Höhepunkt in der mechanischen Fließfertigung als dem Ergebnis der Fortschritte des Maschinensystems und der internen Arbeitsteilung. [21]

Die entwickelte dreiteilige Arbeitsmaschine und die Aufgliederung des Produktionsprozesses in der mechanischen Fließfertigung sind die Vorbedingung für eine weitere Arbeitsteilung in der maschinellen Produktion. Der Elektromotor erlaubt den Übergang zu einer eine grundsätzlich neue Entwicklung der industriellen Produktivkräfte vorbereitenden Etappe, „ohne jedoch selbst schon den Grundcharakter der alten materiell-technischen Basis zu sprengen.“ [8] Das geschieht dann durch den Einsatz der Elektroenergie als Informations-, Steuer- und Regelenergie in der Produktion. Die selbsttätige Steuerung und Regelung hochentwickelter Maschinensysteme bildet den Kernprozeß der gegenwärtigen wissenschaftlich-technischen Revolution (s. 2.5.27). Die bisher dreigliedrige Arbeitsmaschine erweitert sich um das Element einer automatischen Kontroll- bzw. Steuereinrichtung. Der erste Schritt der Automatisierung der Produktion ist der Einsatz einzelner vollautomatischer Maschinen im Produktionsprozeß. Es folgt die Verbindung verschiedenartiger viergliedriger Arbeitsmaschinen durch eine automatische Transporteinrichtung. Diese vorwiegend aus Sondermaschinen bestehenden Transferstraßen oder automatischen Taktstraßen stellen ein in sich geschlossenes, leistungsmäßig aufeinander abgestimmtes Maschinensystem dar. Die weitere Entwicklung führt über die Vereinigung mehrerer automatischer Taktstraßen zu automatischen Betriebsteilen zur Bildung vollautomatischer Produktionsstätten, in denen alle Prozesse der Produktionsvorbereitung, der Leitung und Steuerung der Produktion vollautomatisiert sind. Dabei wird die selbsttätige Steuerung und Regelung hochentwickelter Maschinensysteme mit automatischen informationsverarbeitenden Anlagen zur Steuerung und Leitung des Produktionsprozesses zu einem einheitlichen System verbunden. Die wissenschaftlich-technisch Revolution verändert so durch die Integration von informationsverarbeitenden Geräte und Anlagen das klassische Maschinensystem grundlegend. Die automatisierte Informationsverarbeitung wird zum wichtigsten Bindeglied zwischen den verschiedenen automatisierten Arbeitsprozessen. [18] Die Entwicklung zur komplexautomatisierten Produktion wirft die Frage nach dem Ursprung der wissenschaftlich-technischen Revolution auf. Sie wird eingeleitet durch die Begründung der Wissenschaft von den dynamischen Regelprozessen und durch die Entwicklung der Elemente der Steuer- und Regeltechnik gegen Ende der 40er Jahre des 20. Jh. [9]: Mit dem Entstehen der großen Industrie und des Fabriksystems wird die Naturwissenschaft unmittelbar in den Dienst des Produktionsprozesses gestellt. [24] Der Einsatz von Maschinen beruht auf der Kenntnis und Umsetzung naturwissenschaftlicher Gesetzmäßigkeiten. Sie werden zu Voraussetzungen der erweiterten kapitalistischen Reproduktion, die neue technische Lösungen auf wissenschaftlicher Grundlage zur ständigen Revolutionierung der Produktivkräfte erfordert. Die große Industrie gestaltet „die Produktion nach neuen, rationellen Prinzipien um und wendet die Ergebnisse der Wissenschaft systematisch in der Produktion an“. [LW 3: 544] Die Kenntnisse der Vorgänge in der Maschine und ihre Umsetzung in konstruktive Lösungen, der ansteigende Bedarf an Werkstoffen mit vielfältigen Eigenschaften und

[667] die Beherrschung ihrer Bearbeitung, die Lösung der Probleme der Energiegewinnung und -übertragung bedingen ein neues Verhältnis zwischen Naturwissenschaften und Produktion. [2] Dies findet seinen Niederschlag in der Erleichterung der Anwendbarkeit der Erkenntnisse naturwissenschaftlicher Disziplinen. Um die Mitte des 19. Jh. bilden sich unter den Anforderungen der Praxis die technischen Wissenschaften heraus, die sich entweder aus naturwissenschaftlichen Disziplinen abspalten oder als selbständige technische Disziplin entstehen (Metallkunde, Maschinenbaulehre, chemische Technologie u. a.). Die Umsetzung naturwissenschaftlicher Erkenntnisse vollzieht sich über die technologische Anwendung der Wissenschaft. Die maschinelle Großproduktion und ihr „Prinzip, jeden Produktionsprozeß, an und für sich und zunächst ohne alle Rücksicht auf die menschliche Hand, in seine konstituierenden Elemente aufzulösen, schuf die ganz moderne Wissenschaft der Technologie“ als eine „bewußte planmäßige und je nach dem bezweckten Nutzeffekt systematisch besonderte Anwendung der Naturwissenschaft.“ [MEW 23: 510] Die Technologie der maschinellen Produktion ist durch ständige Veränderungen und Verbesserungen gekennzeichnet. „Die moderne Industrie“ – so Marx – „betrachtet und behandelt die vorhandene Form eines Produktionsprozesses nie als definitiv. Ihre technische Basis ist daher revolutionär, während die aller früheren Produktionsweisen wesentlich konservativ war.“ [MEW 23: 510 f.]

Die vielfältigen Möglichkeiten der industriellen Umsetzung wissenschaftlicher Entdeckungen und Fortschritte führen zur Eingliederung der Wissenschaft in den kapitalistischen Reproduktionsprozeß und ihrer Unterordnung unter das kapitalistische Profitstreben. Die große Industrie trennt die Wissenschaft als selbständige Produktionspotenz von der Arbeit und preßt sie in den Dienst des Kapitals. [MEW 23: 382] Die enge Verbindung von Wissenschaft und Produktion führt zur Errichtung betriebseigener Forschungseinrichtungen, zur Unterordnung der naturwissenschaftlich-technischen Lehre und Forschung an Hochschulen und Universitäten und zur Gründung spezieller Forschungsanstalten. Besonders mit dem Übergang zum Imperialismus werden naturwissenschaftlich-technische Entdeckungen, soweit ihre Produktionswirksamkeit erkannt wird, unmittelbar und schnell in die Produktion umgesetzt. Sie werden zum ausschlaggebenden Faktor industriellen Fortschritts, so daß sich die wechselseitige Beeinflussung von Wissenschaft und Industrie intensiviert. Die Wissenschaft wirkt besonders in einigen Zweigen, so in der elektrotechnischen und chemischen Industrie, als unmittelbare Produktivkraft. In der Periode nach dem ersten Weltkrieg entwickelten sich auf der Grundlage wissenschaftlicher Erkenntnisse völlig neue Industriezweige, z. B. die Funk- und Nachrichtentechnik und der Flugzeugbau. Die chemische Industrie erreichte einen Stand, bei dem sie unmittelbar davon abhängig wurde, daß die Wissenschaft noch unbekannte Zusammenhänge aufdeckt. Erkenntnisse der Eisen- und Metallforschung führten zu neuen Werkstoffen mit vorher bestimmbaren Eigenschaften; die mathematische Beherrschung der Vorgänge in der Maschine ermöglichte neue konstruktive Lösungen, Erkenntnisse der Wärmewirtschaft fanden Eingang in alle Produktionsbereiche, die Vereinigung von Erkenntnissen der Natur- und Wirtschaftswissenschaften fanden ihren Niederschlag in Bemühungen um eine wissenschaftliche Betriebsführung und – unter den Bedingungen kapitalistischer Produktionsverhältnisse – in der Steigerung der Arbeitsleistung. Gleichzeitig wurde die schnelle Umsetzung wissenschaftlicher Ergebnisse in die Produktion immer mehr zu einem entscheidenden Faktor monopolkapitalistischer Machtpolitik.

Die Nutzung der Wissenschaft im Interesse der Monopolbourgeoisie war eng verbunden mit ihrer wachsenden militärischen Ausrichtung und damit der Einengung der Möglichkeiten für eine friedliche Nutzung. Durch neue Formen der Herrschaft über die wissenschaftliche Tätigkeit suchte die Monopolbourgeoisie sich der Zuspitzung des Wider-**[668]**spruchs zwischen Produktivkräften und Produktionsverhältnissen anzupassen. So wurde die Wissenschaftspolitik des Monopolkapitals gekennzeichnet durch die Herausbildung vielfältiger staatsmonopolistischer (s. 2.5.21) Formen zur Beherrschung der verschiedenen Forschungs- und Ausbildungsstätten. Das gilt in verstärktem Maße für die wissenschaftlich-technische Revolution in der Gegenwart. [20] In der wissenschaftlich-technischen Revolution wird die Wissenschaft immer mehr zur unmittelbaren Produktivkraft, ist die Wissenschaft Ausgangspunkt für alle Veränderungen im System der Produktivkräfte. Die Revolutionierung der energetischen Basis, die umfassende Automatisierung des Produktionsprozesses und seine Steuerung mit Hilfe der Elektronik, neue Methoden der Stoffumwandlung, die veränderte Stellung des Menschen

im Produktionsprozeß begründen die neue Funktion der Wissenschaft: die Integration von Wissenschaft und Produktion.

Die damit verbundene Zunahme des gesellschaftlichen Charakters der Produktivkräfte übersteigt die Möglichkeiten des privatkapitalistischen Monopols. Die Notwendigkeit der Bereitstellung großer Kapitalien bei sich verschärfendem Widerspruch zwischen Produktion und Markt, der beschleunigte moralische Verschleiß der Produktionsmittel und die hohe Stufe der Vergesellschaftung der wissenschaftlich-technischen Forschung bedingen neue Formen der staatsmonopolistischen Forschungsorganisation. Die kapitalistische Aneignung und Umsetzung der Wissenschaft macht so den Widerspruch zwischen den modernen Produktivkräften und den kapitalistischen Produktionsverhältnissen besonders deutlich. Mit dem Übergang zur maschinellen Produktion in der Fabrik wird die Qualifikation der unmittelbaren Produzenten abhängig von den Anforderungen, die das Maschinensystem an die Arbeitsfertigkeit stellt. Gegenüber der Universalität der Qualifikation des Produzenten im Handwerk tritt in der Fabrik eine Einengung der Qualifikation ein, da der Arbeiter nur noch Detailoperationen beherrschen muß. Die Werkzeugmaschine übernimmt die unmittelbare Bearbeitung des Werkstoffs. Der Mensch scheidet als Halter und Führer des Werkzeugs und als wichtigste Bewegungskraft aus dem Fertigungsprozeß aus. Als entscheidende vom Menschen auszuführende Operationen verbleiben die Bedienung von Maschinen und Maschinensystemen sowie zunächst physisch schwere Tätigkeiten, insbesondere auf dem Gebiet des Transports. Diese Verlagerung des Einsatzes der menschlichen Arbeitskraft stellt neue Anforderungen an die Qualifikation. Die Anforderungen an die manuellen Fertigkeiten werden geringer, die an allgemeine technische Fähigkeiten und schließlich an wissenschaftliche Kenntnisse steigen.

Der Maschinenarbeiter ist Kettenglied in einem arbeitsteiligen Produktionsprozeß, dessen Ablauf im wesentlichen durch das Maschinensystem selbst bestimmt wird. Die schnell ablaufenden maschinellen Bearbeitungsvorgänge verlangen von ihm eine hohe Konzentration bei Beachtung zahlreicher Faktoren mit schnellem Auswerten der Beobachtungen. Schnelles Entscheiden und reaktionsschnelles Ausführen der Steuerung der Maschine entsprechend der gegebenen Situation und die Kenntnis der Wirkungen des Steuermechanismus werden erforderlich. [10]

Mit zunehmender Vertiefung der Arbeitsteilung, mit der Einführung neuer Produktionsinstrumente und Technologien werden ständig höhere Anforderungen an den Produzenten gestellt. Die Zunahme der Arbeitsgeschwindigkeit, die Anwendung hoher Drücke und Temperaturen, die Herstellung von Produktionsmitteln höchster Präzision und komplizierter Bauart, die Abhängigkeit der Eigenschaften der Werkstoffe von der genauen Einhaltung des technologischen Ablaufs sind nur einige Faktoren, die die Fähigkeit zur Analyse des maschinellen Bearbeitungsprozesses in den Vordergrund treten lassen. Auch läßt die Beschränkung der manuellen Tätigkeit auf wenige Handgriffe **[669]** die Bedeutung der Hand- und Fingerfertigkeit zurücktreten. So macht z. B. die Entwicklung der Drehbank viele manuelle Fertigkeiten der Metallverformung überflüssig, erfordert aber Kenntnisse in der Metallkunde und die Fähigkeit zur exakten Einstellung der Schnittgeschwindigkeit und zur Berechnung von Vorschüben.

Der unmittelbare Produzent übernimmt als Glied des Maschinensystems Steuerung und Kontrolle. Dieser Funktionswandel hebt das allgemeine Niveau der Qualifikation und führt zur Herausbildung von Schichten mit besonders hoher Qualifikation. Die Entwicklung der Produktivkräfte treibt dabei Arbeitsteilung und Spezialisierung voran, so daß sich ständig neue Berufe abspalten, die umfangreichere Kenntnisse verlangen als der Grundberuf.

Der sich unter dem Zwang der Entwicklung der Produktivkräfte vollziehende Qualifizierungsprozeß verläuft entsprechend den kapitalistischen Produktionsverhältnissen widersprüchlich. Die Bourgeoisie ist gezwungen, einerseits die Qualifikation als Folge der gesetzmäßigen Entwicklung der Produktivkräfte zu fördern, andererseits die ideologisch-politische Abhängigkeit des Arbeiters zu erhalten. Sie reduziert daher die Bildung der Produzenten auf das objektiv erforderliche Minimum. [4] [11]

Die Tatsache, daß der Arbeiter in den Teil einer Teilmaschine verwandelt wird [MEW 23: 445], hat zur Folge, daß er in seiner Tätigkeit im Produktionsprozeß allgemein und gegenüber der Leitung des

Produktionsprozesses dequalifiziert wird. Das wird besonders deutlich um die Jahrhundertwende mit dem Übergang zum Imperialismus. Die Entwicklung der materiell-technischen Produktivkräfte hat nun einen Stand erreicht, wo die Kompliziertheit der Steuerung und Kontrolle der Maschinensysteme an die Grenzen der menschlichen Fähigkeit zur Ausübung dieser Funktion stößt. Durch die Zerlegung der komplexen Steuerungs- und Bedienungsoperationen in eine Vielzahl von Teiloperationen des Fließbandsystems wird eine weitergehende Arbeitsteilung erreicht, die durch die Beschränkung auf wenige Handgriffe zu einer nicht mehr zu überbietenden körperlichen und geistigen Monotonie führt. Diese Fertigungsverfahren ziehen die Verminderung der Anforderungen an die berufliche Qualifikation nach sich. Der Tendenz zur Dequalifikation des Arbeiters in dem Sinne, an eine Teilfunktion im Produktionsprozeß gebunden und von der Leitungsfunktion ausgeschlossen zu sein, steht jedoch die Erhöhung seiner Qualifikation als zwangsläufige Folge der Entwicklung der Produktivkräfte gegenüber. Faktoren, die der Dequalifikationstendenz entgegenwirken, sind u. a. die zunehmende Abhängigkeit der Qualität der Produkte vom technologischen Ablauf, die Bedeutung bestimmter komplizierter Verfahren in der Massenfertigung, die zunehmende wissenschaftliche Durchdringung des Produktionsprozesses und die durch die schnelle technische Entwicklung erforderliche gewisse Mobilität der Arbeiter. Hinzu kommen noch die aus dem Klassenkampf erwachsenden Faktoren, wie die durch den Kampf der Arbeiterklasse erzwungenen Möglichkeiten der Qualifizierung, das Streben der Bourgeoisie nach einer Stammbelegschaft bzw. Methoden der Korrumpierung der Arbeiterklasse mit Hilfe der Qualifikation. [12]

Die Qualifikationsstruktur des Kapitalismus entwickelt sich so in Abhängigkeit von den technischen, technologischen und arbeitsteiligen Grundlagen des Produktionsprozesses, ohne jedoch den Erfordernissen der Produktivkräfte voll zu entsprechen. Das gilt insbesondere hinsichtlich der Disponibilität der Produzenten. Die genannten Faktoren führen einerseits seit der Jahrhundertwende zu einem Absinken des Anteils der gelernten Arbeiter, andererseits zur Höherqualifizierung eines geringen Teils der Arbeiterklasse, wobei gleichzeitig die angelernte Arbeit an Bedeutung zunimmt. Die durch das Taylor-Ford-System charakterisierte Zerlegung der komplexen Steuerungsoperationen in eine Vielzahl von Teiloperationen der Kontrolle und Steuerung ist die Voraussetzung für die **[670]** Ersetzung der menschlichen Steuerungsfunktion durch ein technisches System und damit für die nächste Stufe der Entwicklung der industriellen Produktivkräfte, auf der der Mensch als Glied des produktionstechnischen Systems aus dem Fertigungsprozeß ausscheidet. Er verlegt seine Tätigkeit vorwiegend auf geistig-schöpferische Funktionen innerhalb des Produktionsprozesses. Die zunehmende Herauslösung des Menschen aus dem Fertigungsprozeß bedingt eine Qualifikationsstufe, die ihn zum Beherrscher automatischer Produktionsmethoden werden läßt. Die wissenschaftlich-technische Revolution führt zu völlig neuen Qualifikationsmaßstäben Der schöpferische Charakter der Arbeit verlangt nicht nur ein dem Stand der Produktivkräfte entsprechendes Wissen, sondern auch die Fähigkeit, sich beständig entsprechend dem wissenschaftlich-technischen Fortschritt neue Kenntnisse anzueignen.

Unter den Bedingungen der kapitalistischen Produktionsverhältnisse entsteht ein tiefer Widerspruch zwischen der von der wissenschaftlich-technischen Revolution erforderten allseitigen Bildung der Werktätigen und der ausschließlich auf Profit orientierten Wirtschaftsordnung.

Eine optimale Qualifizierung entsprechend den Erfordernissen der Produktivkräfte ist unter diesen Bedingungen nicht möglich. Infolge der schnellen technischen und technologischen Entwicklung verändert sich die Tätigkeit der Produktionsarbeiter häufig. An die Stelle der traditionellen Struktur Facharbeiter, angelernte Arbeiter und ungelernte Arbeiter tritt eine Struktur, die sich vom qualifizierten Arbeiter mit ingenieurtechnischem Niveau, über den qualifizierten Arbeiter der mechanischen Produktionsstätten, den mit Fachkenntnissen ausgerüsteten Arbeiter für Wartung und Reparatur bis zum Routinearbeit ausübenden angelernten Arbeiter an der Fließ- und Taktstraße erstreckt. Durch die Automatisierung nimmt die schwere körperliche Arbeit ab und der Anteil der geistigen zu. Ein Teil der Industriearbeiter verfügt entsprechend über eine hohe Qualifikation, die jedoch nicht auf einer herkömmlichen Berufsausbildung, sondern auf hoher Allgemeinbildung und naturwissenschaftlich-technischen Grundkenntnissen beruht. Das Bedienungspersonal automatischer Anlagen wird so zu einem neuen Typ des angelernten Arbeiters, der sich durch ein hohes Maß an Verantwortung,

technischem Verständnis, Aufmerksamkeit und Reaktionsvermögen auszeichnet. Die wissenschaftlich-technische Revolution bringt die massenhafte Entwertung der traditionellen Fähigkeiten und Fertigkeiten und gleichzeitig eine veränderte und tendenziell höhere Qualifikation mit sich. Die von dem Arbeiter geforderte Mobilität führt dabei zu zunehmender sozialer Unsicherheit.

Literatur:

1. *Barth, E.:* Entwicklungslinien der deutschen Maschinenbauindustrie von 1870 bis 1914. Berlin 1973; 2. *Bernal, J. D.:* Die Wissenschaft in der Geschichte. Berlin 1967, S. 346 ff.; 3. *Buchheim, G.:* Die Gründungsgeschichte der Physikalisch-technischen Reichsanstalt von 1872 bis 1887. (Diss. B), Dresden 1977; *4. Falk, .W./Kubitschek, H.,* in: JWG 1964, T. II/III, S. 49 ff.; 5. *Grünert, H.,* in: JWG 1977, S. 13 ff.; 6. *Jonas, W.,* in: Spektrum 1972, Nr. 3, S. 18 ff.; 7. *Ders.* in: JWG 1976, T. I, S. 233 ff.; 8. *Jonas, W./Linsbauer, V./Marx, H.:* Die Produktivkräfte in der Geschichte, Bd. 1, Berlin 1969, S. 26; *9. Kubitschek, H.:* Zur kapitalistischen Rationalisierung und ihren Auswirkungen auf die Qualifikationsstruktur der Arbeiterklasse in Deutschland. Berlin 1965 (Diss. B); 10. *Kuczynski, J.,* in: JWG 1972, T. I, S. 11 ff.; 11. *Ders.:* Vier Revolutionen der Produktivkräfte – Theorie und Vergleiche. Mit kritischen Bemerkungen und Ergänzungen von Wolfgang Jonas. Berlin 1975; 12. *Lärmer, K.,* in: JWG 1977, T. II, S. 93 ff.; 13. *Marx, J.,* in: Wiwi 1973, II. 21, S. 720 ff.; 14. *Mottek, H.,* in: JWG 1975, T. IV, **[671]** S. 13 ff.; 15. *Richter, S.,* in: WBMLV 1968/13 (D 9), S. 25 ff.; 16. *Rieper, L.:* Der Zusammenhang zwischen gesellschaftlichen Bedürfnissen und wissenschaftlichen Problemen, dargestellt anhand von Fallstudien aus der Geschichte von Wissenschaft und Technik unter den Bedingungen des Kapitalismus. Berlin 1973 (Diss.); 17. *Sonnemann,* R./*Richter, S.,* in: JWG 1974, T. III, S. 35 ff.; 18. *Strube, I.:* Zur Entwicklung und zu den Wechselbeziehungen von chemischer Wissenschaft und chemischer Produktion in der Zeit der Industriellen Revolution und der vollen Herausbildung des Kapitalismus, insbesondere in Deutschland. Leipzig 1977 (Diss. B); 19. *Wußing, H.,* in: NTM, Schriftenreihe Gesch. Naturwiss., Technik u. Medizin. Leipzig 1975, Nr. 1, S. 98 ff.; 20. *Die gegenwärtige wissenschaftlich-technische Revolution.* Berlin 1972; 21. *Geschichte der Technik.* Leipzig 1967, S. 129 ff.; 22. *Der Imperialismus der BRD.* Berlin 1971, S. 342 ff.; 23. *Wissenschaft und Klassenkampf.* Berlin 1968, S. 7 ff.

Heike Reishaus

2.5.10. Industrielle Revolution

Marx und Engels charakterisierten mit diesem Begriff jene Phase der Entwicklung der kapitalistischen Produktionsweise, in der die Handarbeit zunehmend durch die Anwendung der Werkzeugmaschine (Arbeitsmaschine) ersetzt wurde und von diesem Ablösungsprozeß ausgehend das Gesamtsystem der gesellschaftlichen Produktivkräfte und der Produktionsverhältnisse eine totale Umwälzung erfuhr. Im Verlauf der industriellen Revolution bildete sich das dreiteilige Maschinensystem heraus, entstand die Fabrik, jene auf Maschinenbetrieb und einer hohen Arbeitsteilung beruhende Organisationsform der Produktion, die die materiell-technische Basis des Kapitalismus der freien Konkurrenz bildete und die Voraussetzung für die Umwandlung eines Agrarlandes in ein Industrieland darstellt. Der Übergang zur maschinellen Produktion löste eine gewaltige soziale und ökonomische Umwälzung der Gesellschaft aus, in der sich die beiden Hauptklassen des Kapitalismus, die Bourgeoisie und das Proletariat, mit ihren Kernen, der Industriebourgeoisie und dem Industrieproletariat, als Klassen konstituierten und organisierten und die ökonomischen Gesetze des Kapitalismus der freien Konkurrenz voll wirksam wurden. [MEW 2: 237 ff.] [MEW 23: 391 ff.] [18: 273 f.]

Wenn die Industrie im Ergebnis der industriellen Revolution zum bestimmenden Faktor der gesellschaftlichen Produktion werden konnte, so nur, weil revolutionäre Umwälzungen in der Landwirtschaft diesen Prozeß vorbereiteten und begleiteten und die Veränderungen in Industrie und Landwirtschaft mit einer „Revolution in den allgemeinen Bedingungen des gesellschaftlichen Produktionsprozesses, d. h. den Kommunikations- und Transportmitteln“, verbunden waren. [MEW 23: 404 f.]

Bildete die Einführung der Werkzeugmaschine den Kernprozeß der industriellen Revolution, da sie die Ablösung der Handarbeit durch die Maschinenarbeit ermöglichte und die Basis einer grundsätzlichen sozialökonomischen Umwälzung darstellte [10: 24] [18: 273], so darf nicht verkannt werden,

daß die Werkzeugmaschine in jenen Bereichen der materiellen Produktion, wo die Technologie ihre Anwendung ausschloß, gleichfalls revolutionäre Veränderungen provozierte, die historisch notwendige und integrierende Bestandteile der industriellen Revolution waren, so die doppelt wirkende Dampfmaschine von Watt, die chemische Bleiche und andere chemische und chemothermische Verfahren. [18: 273 f.] Die Produktion von Werkzeugmaschinen, Transmissionsmechanismen und Dampfmaschinen, die Notwendigkeit der Nutzung neuer chemischer **[672]** und chemothermischer Verfahren und deren technische Umsetzung veränderten insofern die Rolle der Naturwissenschaften, als die „Anwendung der Mechanik, Chemie usw., kurz der Naturwissenschaften“ überall bestimmend wurde. [MEW 23: 485]

Vorbereitet wurde diese Umwälzung des Gesamtsystems der Produktivkräfte durch die Manufaktur, die zwar auf der Handarbeit beruhte, aber durch die Arbeitsteilung die Arbeitsoperationen vereinfachte und dadurch auch die vereinzelte Anwendung einfacher Arbeitsmaschinen in der Kombination mit den für die vorkapitalistische Ära typischen Antriebsmechanismen wie Göpel, Wasserrad und Windmühle ermöglichte. Zum anderen kannte schon der Manufakturkapitalismus die Scheidung zwischen Manufakturkapitalisten und Manufakturarbeitern. [7] [20]

Das Ursprungsland der industriellen Revolution war England [15: 33 ff.], weil sich dort – bedingt durch den Sieg der bürgerlichen Revolution von 1640 – der Manufakturkapitalismus und ein ihm gemäßer Handel voll herausbilden konnten und deshalb die ersten Werkzeugmaschinen entwickelt und eingesetzt werden konnten. [21: Bd. 1]

Wenn die erste Anwendung von Werkzeugmaschinen in der Textilproduktion erfolgte, so deshalb, weil dieser Zweig am weitesten entwickelt war und das von Kay entwickelte Schnellschützensystem die auch schon vorher gegebene Disproportion in der Produktionsleistung von Spinnerei und Weberei so verstärkte, daß der Garnbedarf eines Webers nur von acht bis zwölf Spinnern gedeckt werden konnte. In dem Bemühen, diesen Widerspruch zu eliminieren, entwickelte Wyatt 1735 eine Spinnmaschine, die jedoch letztlich ebensowenig die bestehenden Schwierigkeiten überwand wie die Spinnmaschine von Paul aus dem Jahre 1738 oder dessen verbesserte Spinnmaschine von 1748. Erst die 1764 von Hargreaves gebaute „Spinning-Jenny“ schuf Abhilfe. Obwohl für den Antrieb durch menschliche Muskelkraft konstruiert, brachte sie schon in der bisherigen „Lage der englischen Arbeiter eine durchgreifende Veränderung“ hervor. [MEW 2: 239 ff.]

Als es schließlich Arkwright 1767 gelang, die „Spinning-Throstle“ zu entwickeln und 1771 in verbesserter Form mit Hilfe der Wasserkraft – also über einen Zentralantrieb – zu nutzen, und Crompton 1785 die Vorzüge der „Spinning-Jenny“ mit denen der „Spinning-Throstle“ in der „Mule“ vereinigte, wurde nicht nur die Disproportion zwischen der Arbeitsleistung in der Weberei und in der Spinnerei aufgehoben, sondern in solcher Weise neu geschaffen, daß nunmehr der Webprozeß technisch verbessert werden mußte. 1785 entwickelte Cartwright einen mechanischen Webstuhl, der bis 1804 so verbessert wurde, daß er mit dem Handwebstuhl konkurrieren konnte und die Mechanisierung dieses zweiten großen Bereichs der Textilproduktion ihren Anfang nahm.

Der Zeitpunkt des Beginns der industriellen Revolution in England – und damit überhaupt – ist unter den Wirtschaftshistorikern keineswegs unumstritten [25: 277 ff.] da die einen als Kriterien für das Einsetzen der industriellen Revolution vorrangig den produktionswirksamen Einsatz der „Spinning-Jenny“ und die von ihr ausgehende Zerstörung der alten handwerklichen Basis und der ländlich-gewerblichen Familie betrachten, während andere diese Phase der industriellen Revolution als eine Vorbereitungsperiode charakterisieren und den eigentlichen Beginn im ersten sprunghaften Ansteigen der Anlage von konstantem fixem Kapital sehen. [23: 45] [18: 275] [30: 119] [29] [34] [2]

Die erstgenannte Position erscheint deshalb als richtig, weil Mitte der 60er Jahre des 18. Jh. der Einsatz der „Spinning-Jenny“ eine große Produktionssteigerung ermöglichte, die sich multiplizierte, als man begann, „Jenny’s in großen Gebäuden aufzustellen und durch *Wasserkraft* zu treiben“. [MEW 2: 241] Engels sieht hierin den Anfang des Fabriksystems. [MEW 2: 241] Er machte aber darauf aufmerksam, daß die „Spinning-Throstle“ von Arkwright – neben der Dampfmaschine von Watt – „die wichtigste mechanische Erfindung des achtzehnten Jahrhunderts“ war [MEW 2: 241], da sie

insofern **[673]** auf völlig neuen Grundsätzen beruhte, als sie einen *mechanischen* Antrieb voraussetzte. [MEW 2: 241] Cromptons „Mule“ und Arkwrights Kardier- und Vorspinnmaschinen schlossen zunächst die Mechanisierung des Spinnprozesses ab. Alle „diese Maschinen erhielten doppelte Wichtigkeit durch James Watt’s Dampfmaschine, die seit 1785 zur Betreibung von Spinnmaschinen angewandt worden war“. [MEW 2: 242] Diese Etappe der industriellen Revolution, in der die Anwendung der „Spinning-Jenny“ im Handwerk, in der Hausindustrie und in der Manufaktur dominierte, war nicht nur der Beginn der Umwälzung der Produktion, sondern auch die Einleitung der revolutionären Zerstörung der bestehenden sozialökonomischen Struktur. [18: 275 f.]

Der positive Wert der an zweiter Stelle genannten Auffassung besteht u. a. darin, daß die zweitweilig in der DDR vertretene These, die industrielle Revolution habe sich nur in der Spinnerei vollzogen [21: Bd. 23, 3] [22: 1692 ff.], überwunden wurde. Gleichzeitig aber verwischt diese Meinung – trotz Einführung des Begriffs einer Vorbereitungsperiode –, daß es die Werkzeugmaschine war, „wovon die industrielle Revolution im 18. Jahrhundert ausgeht“ [MEW 23: 393] , denn ein – auch erstes – sprunghaftes Ansteigen von konstantem fixem Kapital ist lediglich das Anzeigen eines industriellen Aufschwungs.

Die Spezifik der industriellen Revolution, die Revolution in den Arbeitsmitteln und der sich daraus ergebenden veränderten Stellung des unmittelbaren Produzenten im Fertigungsprozeß mit allen seinen gesellschaftlichen Konsequenzen, bestand jedoch darin, daß der Produzent eine Reihe von Arbeitsoperationen Mechanismen überließ und damit nicht nur einen sprunghaften Anstieg der Produktion herbeiführte, sondern partiell aus dem unmittelbaren Fertigungsprozeß heraustrat. [8: 12] War bis dahin die Produktion letztlich von der Geschicklichkeit des Produzenten und dessen physischer Kraft abhängig, so wurden durch die Einführung der Werkzeugmaschine diese produktionsbestimmenden Faktoren relativiert. Während die physische Belastbarkeit des Produzenten im Gegensatz zu seinen geistig-schöpferischen Fähigkeiten begrenzt ist, ein Faktor, der in den vorindustriellen Produktionsweisen die Weiterentwicklung der Produktivkräfte außerordentlich einengte, wurde diese starre Grenze mit dem Übergang zur maschinellen Produktion durchbrochen. [17: 12 f.] Dieser Durchbruch degradierte den unmittelbaren Produzenten zum Anhängsel der Maschinerie und stürzte das Proletariat in tiefes soziales Elend, er ermöglichte jedoch gleichzeitig jenen Aufschwung der Produktion im vormonopolistischen Kapitalismus, von dem Marx und Engels so beeindruckt waren. [MEW 4: 463 ff.]

Nahm die industrielle Revolution in der Baumwollindustrie ihren Anfang, so erfaßte sie, da die einzelnen Produktionszweige arbeitsteilig verbunden waren und die Einführung von Arbeitsmaschinen in einem Zweig Disproportionen zu anderen mit diesem Zweig verbundenen Produktionen schuf, rasch „alle Zweige der industriellen Tätigkeit“. [MEW 2: 246] Das Übergreifen auf den schwerindustriellen Sektor der Wirtschaft resultierte vor allem aus dem steigenden Werkzeugmaschinenbedarf, der zunehmenden Verwendung des Werkstoffes Eisen an Stelle von Holz im Maschinenbau und den seit den 80er Jahren des 18. Jh. in England wachsenden Schwierigkeiten bei der Erschließung neuer, für die Gewinnung von Antriebsenergie geeigneter Wasserkräfte. War die Dampfmaschine, genauer: die Dampfpumpe, bis dahin nur im Bergbau genutzt worden, so schuf ihr das Aufkommen der Werkzeugmaschinen ein neues Einsatzgebiet. Marx schrieb dazu: „Die Dampfmaschine selbst, wie sie Ende des 17. Jahrhunderts während der Manufakturperiode erfunden ward und bis zum Anfang der 80er Jahre fortexistierte, rief keine Industrielle Revolution hervor. Es war vielmehr umgekehrt die Schöpfung der Werkzeugmaschine, welche die revolutionierte Dampfmaschine notwendig machte.“ **[674]** [MEW 23: 395 f.] Watt gelang es, in den Jahren von 1781 bis 1784, einer Anregung des bekannten englischen Dampfmaschinenfabrikanten Boulton folgend, eine Dampfmaschine zu bauen, die – im Gegensatz zu ihren Vorgängerinnen – nicht nur eine horizontale bzw. vertikale Bewegung zu erzeugen vermochte, sondern eine Drehbewegung vollbrachte und die dadurch in allen Bereichen der verarbeitenden Industrie anwendbar war. [4: 113] Damit wurde nicht nur die Bindung der Fabriken an die Wasserläufe aufgehoben, sondern die „Dampfmaschine gab den weiten Kohlenlagern Englands erst Bedeutung; die Maschinenfabrikation entstand erst jetzt und mit ihr ein neues Interesse an den Eisenbergwerken“. [MEW 2: 246] Die Einführung des Puddelverfahrens – und damit die Produktion schmiedbaren Eisens –, die Vergrößerung der Hochöfen, eiserne Brücken, moderner

Straßen-, Kanal- und der Eisenbahnbau waren weitere Konsequenzen, die im Zusammenhang mit dem Übergang zur maschinellen Produktion standen. Gleichzeitig entstanden industrielle Zentren und Großstädte, in denen sich das Industrieproletariat, aber auch Handel und Wissenschaft konzentrierten, Zentren, die gleichzeitig Zentren proletarischen Massenelends, Bastionen der englischen Arbeiterklasse wurden. [MEW 2: 249 f.] Die von den 60er Jahren des 18. Jh. bis in die 20er Jahre des 19. Jh. zu beobachtende Entwicklung der gesellschaftlichen Produktivkräfte, der rasche Aufschwung der Produktion wurden jäh durch die erste voll wirksam werdende zyklische Überproduktionskrise von 1825 unterbrochen. Diese Krise – Ausdruck des ausgereiften Widerspruchs zwischen dem gesellschaftlichen Charakter der Produktion und der privaten Aneignung – und die ihr folgende Aufschwungsphase machten deutlich, daß die ökonomischen Gesetze des Kapitalismus der freien Konkurrenz wirksam geworden waren. Damit war die industrielle Revolution in England abgeschlossen. [23: 49]

Bildete England technisch, technologisch und hinsichtlich der Organisation der Produktion das Vorbild, an dem sich die anderen für den Übergang zur maschinellen Produktion reifen Länder orientierten, so verlief die industrielle Revolution in diesen Ländern unter anderen historischen Bedingungen, die vor allem aus einem unterschiedlichen Reifegrad der bürgerlichen Entwicklung resultierten.

In den USA, in denen die industrielle Revolution in den 90er Jahren des 18. Jh. in der Baumwollindustrie einsetzte und im Gefolge der ersten zyklischen Überproduktionskrise des Jahres 1837 ausklang [23: 86 f.] [21: Bd. 29], waren die Bedingungen für die Entwicklung der industriellen Revolution insofern günstig, weil ihr Beginn am siegreichen Ende des nationalen Befreiungskampfes der USA gegen die englische Kolonialherrschaft lag.

Die vielfältigen Verbindungen der USA vor und nach ihrer Kolonialepoche begünstigten den Import englischer Produktionstechnik und solcher Arbeitskräfte, die für den Einsatz als unmittelbare Produzenten oder Leiter der Produktion im Rahmen der maschinellen Großproduktion geeignet waren. So baute der Einwanderer Slater, der aus der englischen Textilindustrie kam, aus dem Gedächtnis englische Textilmaschinen nach, gründete 1790 die erste Baumwollspinnerei der USA und führte 1827 die Dampfkraft in die Maschinenspinnerei ein. [23: 86]

Das Fehlen feudaler Rudimente im Überbau, die günstige Situation der USA hinsichtlich der Baumwollerzeugung, die Ausbeutung der südlichen Landesteile durch die des Nordens und die Größe des Binnenmarktes führten dazu, daß in den USA 1815 bereits 500.000 Baumwollspindeln betrieben wurden, eine Zahl, die sich bis 1840 auf 2,3 Mill. erhöhte. [23: 86] Zwar lag 1830 der Baumwollverbrauch in den USA deutlich hinter dem Englands, er war aber ungleich höher als in Frankreich oder Deutschland. [23: 86] Wie in allen Ländern griff die Mechanisierung der Produktion auf die anderen Bereiche der Wirtschaft über und erfaßte die Schwerindustrie in einem solchen Ausmaß, **[675]** daß die Kohlen- und Roheisenindustrie in der Pro-Kopf-Produktion 1840 nur von England übertroffen wurde. [23: 87] Der Kanalbau (1817) und der Eisenbahnbau (1830) setzten ein. Der Holzreichtum der USA führte allerdings dazu, daß die erste Anwendung der Dampfkraft außerhalb des Bergbaus – im Gegensatz zu England und Deutschland – nicht in der Textilproduktion, sondern 1803 in einem Sägewerk in New York erfolgte. Zum anderen bewirkten die großen Wasserkraftreserven, daß die amerikanische Bourgeoisie über Jahrzehnte und, obwohl die Hochdruckdampfmaschine eine amerikanische Erfindung war, der Wasserkraft den Vorzug vor der Dampfmaschine gab. [23: 87] [6: 360]

In Frankreich begann die industrielle Revolution etwa gleichzeitig mit der bürgerlichen Revolution von 1789. Sie endete mit dem der zyklischen Überproduktionskrise von 1847 folgenden Aufschwung der Produktion. [15: 65] [21: Bd. 32] Obwohl schon im vorrevolutionären Frankreich relativ enge Beziehungen zu England bestanden, französische Manufakturisten England bereisten und sich bei der Einrichtung ihrer Manufakturen englischer Fachleute bedienten, der französische Bergbau Dampfmaschinen benutzte etc., stieß schon die Einführung der „Spinning-Jenny“ in Frankreich – bedingt durch die Enge der feudalen Produktionsverhältnisse – auf solche Schwierigkeiten, daß das Land bei Ausbruch der Revolution von 1789 nur über etwa 1.000 „Spinning-Jennys“ verfügte. [23: 59 f.] Dennoch gelang es Frankreich bis 1814 als erstem Land auf dem europäischen Kontinent, eine Industrie aufzubauen und zahlreiche technische Errungenschaften Englands zu übernehmen. [23: 62]

Die industrielle Revolution verlief aber in Frankreich – im Gegensatz zu England und den USA – zögernd, denn der Industrie fehlte es trotz und gerade durch den Sieg der bürgerlichen Revolution sowohl an ausreichend proletarisierten Schichten als auch an einem sich rasch erweiternden Markt. Anders als in England, wo im Zuge der bürgerlichen Umwälzung die Kleinbauernschaft beseitigt wurde, auch anders als in Deutschland, wo durch die preußischen Reformen die Bauern letztlich doch ruiniert wurden, konservierte, stabilisierte und vergrößerte die bürgerliche Revolution in Frankreich die Kleinbauernschaft. [23: 64 f.] Dadurch wurde eine wesentliche Quelle verschlossen, aus der die Lohnarbeiter für die industrielle Revolution ebenso entsprangen wie beachtliche Teile der industriellen Reservearmee. Gleichzeitig schränkte die kleinbäuerliche Struktur der französischen Landwirtschaft die Möglichkeiten der Entfaltung des inneren Marktes und der Erhöhung der agrarischen Produktion an Lebensmitteln und industriellen Rohstoffen in einem solchen Umfang ein, daß die industrielle Entwicklung gehemmt wurde. [17: 41] Hinzu kam, daß in Frankreich, wiederum aus dem totalen Sieg der von den Massen getragenen bürgerlichen Revolution resultierend, der Beginn der industriellen Revolution nicht eine Phase des Reallohnverfalls wie in England und Deutschland einleitete, sondern daß die Reallöhne – ähnlich wie in den USA, hier aber infolge der Nichtexistenz eines Bodenmonopols und des chronischen Arbeitskräftemangels – zunächst stiegen. Diese gesamtgesellschaftliche Situation führte dazu, daß trotz des frühen Einsetzens der industriellen Revolution, trotz der radikalen Durchsetzung bürgerlicher Produktionsverhältnisse Frankreich nicht den Anschluß an die industrielle Entwicklung Englands fand und selbst den zunächst gegebenen Vorsprung gegenüber den deutschen Staaten verlor. Obwohl England 1850 nur über eine Bevölkerung von 17 Mill. verfügte, Frankreich dagegen 36 Mill. Einwohner hatte, produzierte Frankreich nur etwa 20% jener Roheisenmenge, die England herstellte, machte die PS-Leistung der Dampfmaschinen der französischen Wirtschaft etwa 25% der PS-Leistung der englischen Dampfmaschinen aus, betrug der französische Anteil an der Weltindustrieproduktion 10%, der Englands 40%. [23: 63]

[676] Die industrielle Revolution, die in den deutschen Staaten an der Wende vom 18. zum 19. Jh. begann und im Ergebnis der zyklischen Überproduktionskrise des Jahres 1857 endete [23: 78] [18: 275] [21?: Bd. 1 f.], vollzog sich zunächst unter sehr schwierigen Bedingungen, denn die mehr oder weniger großen feudal regierten deutschen Staaten hatten die industrielle Revolution in der Konkurrenz mit England und Frankreich zu beginnen. Die Rückständigkeit der deutschen Wirtschaft des Jahres 1800 zeigte sich nicht zuletzt darin, daß der Wert der Fabrik- und Manufakturproduktion pro Kopf der Bevölkerung in England 288 Mark, in Frankreich 104 Mark, in den deutschen Staaten dagegen nur 52 Mark betrug. [23: 73] Stand Deutschland einerseits unter dem Druck der Konkurrenz dieser Länder, so bot ihnen deren Entwicklungsniveau umgekehrt die Möglichkeit – in der Regel mit illegalen Mitteln –, sich der Produktionstechnik, der Erfahrungen in der Organisation der Produktion, der Werkstoffe und geeigneter Arbeitskräfte zu bemächtigen. Andererseits waren es die Heere der französischen Revolution, die direkt und indirekt die Lösung der feudalen Fesseln ermöglichten und die Aufhebung der nationalen Zersplitterung und die Entstehung eines nationalen Marktes einleiteten.

Ihren Ausgangspunkt nahm die industrielle Revolution – wie überall – in der Baumwollspinnerei, die in Teilen Sachsens, in Berlin und im Raum um Düsseldorf konzentriert war. [30: 100 ff.] In den 80er Jahren setzten hier die Bemühungen um die Mechanisierung der Spinnerei ein. Während aber in Sachsen vor der Gründung der ersten Fabriken im Jahre 1800 die „Spinning-Jenny“ vor allem ihre die alten Verhältnisse zersetzende Funktion im Heimgewerbe ausübte [30: 101] [18: 273 ff.], entstand 1783 in Ratingen bei Düsseldorf die erste – noch mit Wasserkraft betriebene – Spinnfabrik auf dem europäischen Festland [30: 100] und 1797 mit der Sieburgschen Spinnerei in Berlin die erste mechanische Spinnerei mit Dampfmaschinenantrieb. [26: 101 ff.] Verlief die Fabrikbildung zunächst langsam, in Preußen durch die Kontinentalsperre gestört, in Sachsen dagegen stark gefördert, so gewann dieser Prozeß nach den Befreiungskriegen und besonders in den 20er Jahren in der Textilproduktion und davon in Abhängigkeit in anderen Produktionen – nicht zuletzt durch staatliche Förderungsmaßnahmen – an Stabilität. Während es im Jahre 1800 in Sachsen nur zu zwei Fabrikgründungen kam, stieg die Zahl der Betriebsgründungen – die in ihrer Mehrzahl keineswegs Fabrikcharakter hatten – bis zum Jahre 1837 auf 930. Davon waren 713 Betriebe in der Textilbranche angesiedelt. [8: 236]

Diese positive Entwicklung beruhte nicht zuletzt darauf, daß das Land über reiche Wasserkräfte verfügte und zunächst auf die Dampfkraft verzichten konnte. Während in Sachsen zwischen 1820 und 1830 die Zahl der Dampfmaschinen von 5 auf 25 vermehrt wurde, verfügte Preußen 1830 bereits über 215 Dampfmaschinen. [26: 122] Generell läßt sich sagen, daß sich in den deutschen Staaten bis zu den 30er Jahren in der Spinnerei die Maschinenarbeit durchgesetzt hatte und seit den 20er Jahren auch in der Tuchproduktion die Mechanisierung einsetzte. Der Maschinenbau, bis 1820 in Werkstätten anderer Industriezweige als Handwerk oder Manufaktur betrieben, begann sich bis Mitte der 30er Jahre in Form handwerklicher oder manufakturell organisierter Betriebe als selbständiger Produktionszweig – nicht als Fabrik – zu etablieren. [34: 111] Der Werkstoff Holz wich im Maschinenbau beschleunigt dem Eisen. Beachtliche Anstiege in der Kohlen- und Roheisenproduktion waren eine Konsequenz. Diese Entwicklungen schlugen sich schon um 1830 in einer veränderten Sozialstruktur nieder. Waren um 1800 von den 23 Mill. Einwohnern der deutschen Staaten – einschließlich Österreichs – nach einem rohen Überschlag nur etwa 50.000 Arbeitskräfte in der Industrie und 25.000 im Bergbau beschäftigt, so waren es 1832 – ohne Österreich – in der Industrie 250.000 und im Bergbau 75.000. [21: Bd. 1, 222]

Seit den 30er Jahren trat in der Entwicklung der industriellen Revolution eine sicht-**[677]**bare Beschleunigung ein, die sich in der rascheren Zunahme der Fabrikbildung, besonders aber in der Komplettierung des Maschinensystems durch die Dampfkraft [18: 275], durch die verstärkte Nutzung der Dampfkraft in der Binnenschiffahrt und im Landverkehr durch den Beginn des Eisenbahnbaus manifestierte. [30: 145 ff.] Begünstigt wurde dieser Prozeß durch die Gründung des deutschen Zollvereins (1834). Zwar dominierte noch der Maschinenbedarf der Leichtindustrie vor dem der Schwerindustrie, dennoch bahnte sich schon in den 40er Jahren insofern eine qualitativ neue Entwicklung an, als die Produktion von Produktionsmitteln schneller zu wachsen begann als die Produktion von Konsumgütern [30: 171, 185], denn dieser Wandel war ein Ausdruck für das Übergreifen der industriellen Revolution auf den schwerindustriellen Sektor der Wirtschaft. Die Roheisenproduktion stieg von 0,12 Mill. t im Jahre 1830 auf 0,17 Mill. t im Jahre 1840 und bis 1850 auf 0,21 Mill. t. Die Kohlenproduktion erhöhte sich zwischen 1840 und 1850 von 3,0 Mill. t auf 7,0 Mill t. Die PS-Leistung der Dampfmaschinen wuchs in den Jahren von 1840 bis 1850 von 0,04 Mill. PS auf 0,26 Mill. PS. [21: Bd. 1, 91] [21: Bd. 2, 13 f.] Der Maschinenbau überwand sein handwerkliches Stadium und ging zur manufakturellen, ja teilweise selbst zur fabrikatorischen Produktion über. [34: 111] In der Metallurgie setzte sich das Puddelverfahren durch, jedoch nur, um sehr bald Kokshochöfen Raum zu geben. Trotz dieser unverkennbaren Fortschritte lag die deutsche Industrie sichtbar hinter der Englands, Frankreichs und der USA. Und dieser Abstand drohte weiter anzuwachsen, da England um 1830, die USA um 1840 und Frankreich 1848 zu den intensiven Methoden der Produktion und der Ausbeutung übergegangen waren. Auch in den deutschen Staaten waren die traditionellen Methoden der Produktion und der Ausbeutung in den 40er Jahren in eine Krise geraten. Getrieben von den Streikaktionen des bis 1848 auf etwa 1 Mill. angewachsenen Proletariats [21: Bd. 1, 222] und dem internationalen Konkurrenzkampf begann die deutsche Bourgeoisie zu begreifen, daß die Auseinandersetzung auf dem Weltmarkt mit den extensiven Produktions- und Ausbeutungsmethoden nicht erfolgreich zu führen war. Den Veränderungen im Überbau im Ergebnis der Revolutionen von 1848/49 folgte die Schaffung der technischen Bedingungen für den Übergang zu neuen Produktionsmethoden. Insbesondere galt es, den Widerspruch zwischen der maschinellen Produktion in zahlreichen Sektoren der Industrie und der noch schwach entwickelten maschinellen Produktion von Maschinen aufzuheben. Der deutsche Maschinenbau, der in den 50er Jahren nicht mehr nur den Bedarf der Textilindustrie und des Eisenbahnwesens, sondern auch den des schwerindustriellen Sektors – einschließlich des Landmaschinenbaus und der chemischen Industrie – zu decken hatte, konnte die steigenden Anforderungen nur durch den Übergang zur fabrikatorischen Fertigung von Maschinen bewältigen. Die Vermehrung der Maschinenfabriken, ihre Ausstattung mit einer weitaus größeren Zahl von Spezialmaschinen und ein rapides Ansteigen der Dampfkraftnutzung im Maschinenbau erlaubten es diesem Produktionszweig, mehr und qualitativ bessere Maschinen der Wirtschaft zur Verfügung zu stellen. Wurden im preußischen Maschinenbau 1849 91 Dampfmaschinen genutzt, so waren es 1858 bereits 279. [21: Bd. 2, 17] Der daraus resultierende Aufschwung in der Gesamtproduktion auf der Basis eines

erweiterten und verbesserten Maschinenparks schuf aber jene Bedingungen, die 1857 zum Ausbruch der ersten organisch gewachsenen zyklischen Überproduktionskrise in den deutschen Staaten führten und das Ende der industriellen Revolution signalisierten. [18: 275] [23: 78] Die deutsche Wirtschaft hatte 1860 – weit hinter England liegend – im Anteil an der Weltproduktion Frankreich überholt (der deutsche Bergbau z. B. förderte weit mehr Kohle als der französische), lag aber in der Kapazität in bezug auf Dampfmaschinen und Roheisenproduktion noch hinter Frankreich, im Anteil am Welthandel hatte sie Frankreich eingeholt. [23: 78 f.] **[678]**

Literatur:

1. *Ashton, Th. S.:* The industrial Revolution 1760-1830. London 1948; 2. *Baar, L.:* Die Berliner Industrie in der Industriellen Revolution. Berlin 1965; 3. *Blumberg, H.:* Die deutsche Textilindustrie in der industriellen Revolution. Berlin 1965; 4. *Dickinson, H. W.:* Matthew Boulton. Cambridge 1937; 5. *Dunham, A. L.:* La revolution industrielle en France (1815-1848). Paris 1953; 6. *Faulkner, H. U.:* Amerikanische Wirtschaftsgeschichte. Bd. 1, Dresden 1929; 7. *Forberger, R.:* Die Manufaktur in Sachsen vom Ende des 16. bis zum Anfang des 19. Jahrhunderts. Berlin 1958; 8. *Ders.* in: JWG 1966, T. I, S. 225 ff.; 9. *Ders.:* Die Geschichte der Fabrik in Sachsen. Bd. 1, (im Druck); 10. *Hager, K.:* Sozialismus und wissenschaftlich-technische Revolution. Berlin 1972; 11. *Hammond, J. L. und B.:* The Rise of Modern Industry. London 1925; 12. *Dies.:* The Town Labourer. London 1925; 13. *Dies.:* The Skillet Labourer. London 1926; 14. *Henderson, W. O.:* Die industrielle Revolution. Wien/München 1971; 15. *Hobsbawm, E. J.:* Europäische Revolutionen 1789-1848. Zürich 1962; 16. *Ders.:* Industry and Empire. London 1968; 17. *Jonas, W./Linsbauer, V./Marx, H.:* Die Produktivkräfte in der Geschichte. Bd. 1, Berlin 1969; 18. *Jonas, W.* in: JWG 1974 T. II, S. 273 ff.; 19. *Klingender, F. D.:* Kunst und industrielle Revolution. Dresden 1974; 20. *Krüger, H.:* Zur Geschichte der Manufakturen und der Manufakturarbeiter in Preußen. Die mittleren Provinzen in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts. Berlin 1958; 21. *Kuczynski, J.:* Die Geschichte der Lage der Arbeiter unter dem Kapitalismus, Bd. 1-38, Berlin 1960 bis 1972; 22. *Ders.* in: WiWi 1972, H. 11, S. 1691 ff.; 23. *Ders.:* Vier Revolutionen der Produktivkräfte. Berlin 1975; 24. *Kula, W.:* Ksztaltowanic sie kapitalismu v Polsce. Warszawa *1955;* 25. *Lärmer, K.* in: JWG 1974, T. II, S. 263 ff.; 26. *Ders.* in: JWG 1977, T. IV, S. 101 ff.; 27. *Lemke, H.* in: Genesis und Entwicklung des Kapitalismus in Rußland. Berlin 1973, S. 213 ff.; 28. *Mantoux, P.:* The Industrial Revolution in the Eighteenth Centure. London 1952; 29. *Mottek, H./Blumberg, H./Becker, W.:* Studien zur Geschichte der industriellen Revolution in Deutschland. Berlin 1960; 30. *Mottek, H.:* Wirtschaftsgeschichte Deutschlands. Bd. II, Berlin 1969; 31. Probleme der Ökonomie und Politik in den Beziehungen zwischen Ost- und Westeuropa vom 17. Jahrhundert bis zur Gegenwart. Berlin 1960; 32. *Purš, J.:* Průmyslová revoluce. Vývoj pojmu a koncepce. Prag 1973; 3. *Richter, S.*: Entwicklungstendenzen und Entwicklungsetappen der Produktivkräfte im 19. und 20. Jahrhundert. Halle 1967 (Habil.-Schrift); 34. *Schröter, A./Becker W.:* Der deutsche Maschinenbau in der industriellen Revolution. Berlin 1962; 35. *Strumilin, S. G.:* Očerki ėkonomičeskoj istorii Rossii. Moskau 1960; 36. *Ders.:* Promyšlennyj perevorot v Rossii. Moskau 1944; 37. *Geschichte der Technik.* Leipzig 1967; 38. *Studien zur Geschichte der Produktivkräfte.* Deutschland in der Zeit der Industriellen Revolution. Berlin 1979.

Karl Lärmer

2.5.11. Kapitalexport und Kapitalimport

Kapitalexport ist die Anlage von Kapital im Ausland. Er erfolgt in zwei Grundformen: als Export von profittragendem Kapital (industrielles Kapital) und als Export von zinstragendem Kapital (Leihkapital). Beim ersteren handelt es sich um langfristige Kapitalanlagen in ausländischen Unternehmen. Beim letzteren unterscheidet man langfristige und kurzfristige Kapitalexporte, d. h. Auslandsanleihen und langfristige Kredite an das Ausland einerseits und kurzfristige Forderungen an das Ausland andererseits. Letz-**[679]**tere resultieren aus der Außenhandelsfinanzierung oder sind mit Spekulativ- und Fluchtkapitalbewegungen verbunden.

Im *Frühkapitalismus* diente der Kapitalexport der ursprünglichen Akkumulation. Die Niederlande, damals erste Kolonial- und Handelsmacht, waren auch der größte Kapitalexporteur, und Amsterdam

galt als das führende internationale Finanzzentrum. Jedoch war bereits in der 2. Hälfte des 17. Jh. die Handels- und Finanzsuprematie der Niederlande durch langwierige Kriege, Geldkrisen und gegen sie gerichtete handelspolitische Maßnahmen, besonders Englands, untergraben worden und große Teile ihrer Kolonien wurden von England und Frankreich erobert. Gegen Ende des 18. Jh., mit der französischen Okkupation der Niederlande (1794-1815), großen Zahlungen an Frankreich, dem Zusammenbruch der Bank von Amsterdam und dem Bankrott der holländischen Ostindiengesellschaft ging die finanzielle Vormacht von Holland an England über. [4: 457 f.]

Im *vormonopolistischen Kapitalismus* war England aufgrund seiner frühen kapitalistischen und industriellen Entwicklung der Hauptkapitalexporteur und zu Beginn des 19. Jh. zur ersten Industriemacht der Welt geworden. Durch große Seekriegsoperationen und Kolonialeroberungen begründete es seine Seeherrschaft und sein Kolonialmonopol. Bis Mitte des vorigen Jahrhunderts hatte England ein Finanzimperium aufgebaut und finanzierte seine Exportüberschüsse mit Anleihen an das Ausland. Englisches Kapital wurde in Eisenbahnen und andere Unternehmen in der ganzen Welt investiert. Schätzungsweise betrugen die englischen Auslandsinvestitionen 1854 annähernd 1 Mrd. Dollar oder 195-230 Mill. Pfund Sterling. Sie bestanden hauptsächlich aus Regierungs- und Eisenbahnanleihen. [2: 413] [10: 189] Insgesamt war der englische Kapitalismus in der 1. Hälfte des 19. Jh. durch die Fortsetzung der Industrialisierung und das beginnende Übergewicht der Schwerindustrie, durch den zunehmenden Export von Produktionsmitteln, besonders für den Eisenbahn- und Telegraphenbau im Ausland, der durch Anleihen finanziert wurde, gekennzeichnet. Die englische Industrie- und Finanzbourgeoisie betrieb eine Politik des Freihandels, der kolonialen Eroberungen und der Markteroberung durch Gewalt (Opiumkriege 1840-1842 und 1856-1860). [12: 274] Die Kapitalexporte jener Periode waren Ergebnis sowohl der grausamsten Ausbeutung des englischen Proletariats (Frauen- und Kinderarbeit, 16stündiger Arbeitstag) als auch der finanziellen Ausplünderung der englischen Anleihezeichner und der kapitalimportierenden Länder. Ein bedeutender Teil des Zuwachses an Auslandsinvestitionen resultierte aus den enormen Profiten, die bei der Vergabe von Auslandsanleihen gemacht wurden. Nur ein Teil dieser Profite wurde im Inland angelegt. Der Grund ist: Mit der Entwicklung und der Herausbildung des Kapitalismus der freien Konkurrenz entfaltete sich auch der Widerspruch zwischen Produktion und Markt. Die Hauptzweige der englischen Industrie hingen in wachsendem Maße von der Expansion ihres Exports ab, und die Kapitalexporte, besonders in Form von Auslandsanleihen, waren ein Hauptmittel, den Export zu stimulieren. Die Finanzierung von ausländischen Eisenbahnen, Bergwerken, Hafenanlagen usw. durch Anleihen brachte gleichzeitig die entsprechenden Aufträge für die englische Industrie und wurde so zu einem erstrangigen Faktor ihrer Entwicklung, insbesondere der Schwerindustrie. [8: 203 ff.] Bis 1895 wuchsen die englischen Auslandsanlagen auf 6 Mrd. Dollar an und bestanden zum überwiegenden Teil aus Anleihen an ausländische Regierungen sowie aus Eisenbahnanleihen und -anteilen. Fast die Hälfte war in Europa und Ägypten angelegt. Weitere Anlagegebiete befanden sich in den USA, in Indien, Südamerika und den Dominions. In den 70er Jahren des vorigen Jahrhunderts war London zum größten Finanzzentrum der Welt geworden. In der Periode von 1850 bis zum Krieg mit Preußen begannen auch französische Banken in größerem Umfang Kapital zu expor-**[680]**tieren, und Frankreich wurde von einem Schuldnerland zum Gläubigerland: Während 1850 die französischen Auslandsanlagen erst 500 Mill. Dollar betrugen und die ausländischen Investitionen in Frankreich etwa genauso groß waren, waren die ersteren bis 1870 auf 2,4-2,8 Mrd. Dollar gestiegen und die letzteren auf etwa 400 Mill. Dollar zurückgegangen. [4: 473] Der Krieg mit Preußen und die Niederlage Frankreichs unterbrachen für einige Jahre die französischen Kapitalexporte. Frankreich mußte große Entschädigungen an Preußen zahlen, die zu einem bedeutenden Teil durch Verkauf von ausländischen Wertpapieren und Anleiheaufnahmen in London, Berlin und Amsterdam finanziert wurden. Erst in den 90er Jahren konnte Frankreich seine Position als Gläubigerland, die es vor dem Kriege einnahm, wiedererlangen.

In den 80er Jahren des vorigen Jahrhunderts setzte auch ein größerer Kapitalexport aus Deutschland ein. Der Stand der deutschen Leihkapitalanlagen im Ausland erhöhte sich von 1883 bis 1893 um 6-8 Mrd. Mark. [9: 101] Bis zu Beginn der 90er Jahre war Deutschland zum Gläubigerland geworden. Seine Auslandsanlagen überstiegen 1893 um etwa 3 Mrd. Dollar die ausländischen Anlagen in

Deutschland. [4: 483] Das sprunghafte Ansteigen der deutschen Kapitalexporte und die Entwicklung Deutschlands vom Schuldnerland zum Gläubigerland waren mit der schnellen kapitalistischen Entwicklung in den 80er und 90er Jahren verbunden. Die Herstellung eines großen Binnenmarktes nach 1870 begünstigte die Entfaltung des Industriekapitalismus. Mit der schnellen Entwicklung der Schwerindustrie vollzog sich ein bedeutender Konzentrations- und Zentralisationsprozeß, der durch die zyklischen Krisen von 1873, 1882 und 1891-1893 forciert wurde. Zahlreiche Aktiengesellschaften wurden gegründet, darunter die Deutsche Bank, die Commerz- und Diskontobank, die Dresdner Bank u. a. Mit dem Wachstum der Industrie und dem schnellen Konzentrations- und Zentralisationsprozeß entstanden auch in Deutschland die Bedingungen für eine verstärkte äußere Expansion. Sie setzte in den 80er Jahren in drei Formen ein: Wachstum des Außenhandels, Erwerb von Kolonien und verstärkter Kapitalexport. Letzterer ist in dieser Periode durch die Schaffung eines Auslandbanksystems der deutschen Großbanken, durch verstärkte Auslandsanleihe-Operationen sowie durch den Beginn des Exports von industriellem Kapital zur Sicherung von Rohstoffquellen und zwecks Beteiligung aus ausländischen Industrieunternehmen gekennzeichnet.

Im Verlauf des 19. Jh. mit der Entfaltung der industriellen Revolution in den einzelnen westeuropäischen Ländern und in den USA, der Herausbildung des Industriekapitalismus und des kapitalistischen Weltmarktes entwickelte sich auch der Kapitalexport aus den fortgeschrittensten Ländern. Mit der Entwicklung der maschinellen Großindustrie setzt der Prozeß der kapitalistischen Vergesellschaftung der Produktion ein und entfaltet sich das Gesetz des tendenziellen Falls der Profitrate, das den relativen Kapitalüberschuß, die Triebkraft des Kapitalexports, erzeugt. Jedoch ist der relative Kapitalüberschuß zu jener Zeit noch keine ständige Erscheinung, sondern tritt periodisch im Zusammenhang mit dem Krisenzyklus auf. So steht auch der Kapitalexport in enger Wechselbeziehung mit der zyklischen Bewegung der Produktion. Dabei wurden Krisenzyklus und Kapitalexport maßgeblich beeinflußt und stimuliert durch die Erschließung neuer überseeischer Märkte und durch die Entfaltung der industriellen Revolution. Das Schwergewicht lag bei den Leihkapitalexporten in Form von Anleihen an ausländische Regierungen oder zur Finanzierung des Eisenbahnbaus und der Außenhandelsexpansion. Bei den industriellen Kapitalexporten ging es vor allem um Investitionen in ausländische Dienstleistungsbetriebe, Bergwerke und Plantagen.

Charakteristische Merkmale für den Kapitalexport im letzten Drittel des vorigen Jahrhunderts, der Periode des Übergangs vom Kapitalismus der freien Konkurrenz zum **[681]** Monopolkapitalismus, waren die allgemeine Beschleunigung des Wachstums der Kapitalexporte, die Wandlung Deutschlands vom Schuldner- zum Gläubiger- und Kapitalexportland, beginnende Kapitalexporte aus den USA und die Umlenkung der englischen Kapitalexporte von Europa auf außereuropäische Länder.

Mit dem Eintritt des Kapitalismus in sein *monopolistisches Stadium* wurde der Kapitalexport zu einem wesentlichen Bestandteil der kapitalistischen Produktionsverhältnisse. Lenin begründete die Notwendigkeit des Kapitalexports im Imperialismus damit, daß der Kapitalismus „überreif“ geworden und in den fortgeschrittensten Ländern ein ständiger relativer Kapitalüberschuß entstanden war, der anlagesuchend ins Ausland floß. Die Möglichkeit dazu ergab sich daraus, daß zu Beginn des 20. Jh. eine Reihe rückständiger Länder in den kapitalistischen Welthandel einbezogen, die Haupteisenbahnlinien bereits gelegt und elementare Bedingungen der industriellen Entwicklung und des Überseeverkehrs gesichert waren. [LW 22: 245] So bildete sich im Zuge der schnellen Steigerung der Kapitalexporte aus den fortgeschrittensten Ländern England, Frankreich und Deutschland zu Beginn des 20. Jh. das kapitalistische System der Weltwirtschaft heraus. Kapitalexporte und Kapitalimporte wurden mit dem Eintritt des Kapitalismus in sein monopolistisches Entwicklungsstadium vor allem durch das Gesetz der ungleichmäßigen ökonomischen und politischen Entwicklung der kapitalistischen Länder beeinflußt. Die unmittelbaren Motive für Kapitalexporte und Kapitalimporte wurden immer stärker von den Besonderheiten des Monopolkapitalismus als Epoche von Kriegen, Krisen und Revolutionen bestimmt. Der Kapitalexport beschleunigte die kapitalistische Entwicklung in den kapitalimportierenden Ländern, in denen damit auch ein wachsender Bedarf nach Geldkapital für die Akkumulation, einschließlich der Entwicklung der Infrastruktur (Eisenbahnen, Häfen, Elektrizitätswerke usw.) entstand. In solchen Ländern wie den USA, Japan, Rußland ergaben sich Motive für

Kapitalimporte aus den eigenen militärischen und ökonomischen Expansionsbestrebungen. Kapital wurde importiert für die Rüstungs- und Kriegsfinanzierung, für den Bau strategischer Eisenbahnlinien, zur Unterdrückung revolutionärer Bewegungen und zur Niederschlagung von nationalen Bewegungen und Aufständen oder auch um eigene Kapitalexporte durchzuführen. Kapitalimporte zur Haushalts- und Währungsstabilisierung erfolgten durch Länder, die Haushalts- und Währungskrisen durchmachten im Zusammenhang mit innenpolitischen Krisen und Bürgerkriegen, nationalen Befreiungskriegen oder zur Finanzierung sozialer Reformen. Mit allen diesen Kapitalimporten wurden seitens der Gläubigerländer in der Regel ökonomische oder politische Bedingungen verknüpft, die ihnen Sondervorteile einräumten.

In den Jahren der Vorbereitung des ersten Weltkrieges dienten die Kapitalexporte vor allem auch der finanziellen Stärkung von potentiellen militärischen und politischen Verbündeten und wurden zur Einflußnahme auf deren Politik ausgenutzt. Kapitalexporte und -importe waren engstens mit der Herausbildung der feindlichen Mächtegruppierungen verbunden. Als Hauptkapitalexportländer fungierten vor dem ersten Weltkrieg England, Frankreich und Deutschland. In geringerem Ausmaß exportierten auch Belgien, die Niederlande, die Schweiz und die USA Kapital. Der Gesamtstand der internationalen langfristigen Auslandsinvestitionen vor dem ersten Weltkrieg wird auf 44 Mrd. Dollar geschätzt. [14: 2] Sie verteilten sich nach Gläubigerländern und Investitionsgebieten wie folgt: **[682]**

Tabelle 1
Geographische Verteilung der Kapitalexporte [14: 2]

Gläubigerland		Investitionsgebiet	
Gesamt	44.000	Gesamt	44.000
England	18.300	Europa	12.000
Frankreich	8.700	Nordamerika	10.500
Deutschland	5.600	Mittel- und Südamerika	8.500
USA	3.500	Asien	6.000
Belgien, Niederlande, Schweiz	5.500	Afrika	4.700
Schweden, Portugal, Rußland, Japan u.a.	2400	Ozeanien	2300

Ausgehend von den Formen und der geographischen Verteilung der Kapitalexporte unterschied Lenin drei Typen des Imperialismus: den englischen Kolonialimperialismus, dessen Kapitalexporte zu einem sehr großen Teil in koloniale und abhängige Länder flossen, den französischen Wucherimperialismus, dessen Kapitalexporte zu zwei Dritteln aus Anleihen an ausländische Regierungen bestanden, und den deutschen Imperialismus, der über einen verhältnismäßig kleinen Kolonialbesitz verfügte und dessen Kapitalexporte vor allem seiner industriellen Expansion dienten.

Der *erste Weltkrieg* und die *beginnende allgemeine Krise des Kapitalismus* führten zu großen Veränderungen in den internationalen kapitalistischen Finanzbeziehungen und den Gläubiger-Schuldner-Verhältnissen unter den kapitalistischen Ländern. Die Hauptkapitalexportländer England, Frankreich und Deutschland verloren jedes etwa 4-5 Mrd. Dollar an Auslandsanlagen. Während des Krieges verkauften sie einen Teil ihres Bestandes an ausländischen Wertpapieren an neutrale Staaten, um Lebensmittel- und Waffenkäufe zu finanzieren. Dazu kamen später Entwertungen und Beschlagnahmen früherer Anlagen, die Annullierung der Auslandsschulden durch die Sowjetregierung u. a. m. Die USA entwickelten sich während des Krieges zum Hauptgläubigerland. In großem Umfange wurden amerikanische Wertpapiere aus ausländischem Besitz repatriiert und Investitionen in ausländische Wertpapiere vorgenommen. Die USA-Regierung vergab während des Krieges und nach dem Krieg bis 1921 etwa 10 Mrd. Dollar Kredite an die europäischen Alliierten.

Deutschland hatte seine Auslandsanlagen bis auf einen kleinen Teil verloren und wurde mit hohen Reparationszahlungen beauflagt.

Mit der *Periode der relativen Stabilisierung* des Kapitalismus setzte auch eine Wiederbelebung der internationalen Kapitalbewegungen ein. Von 1924 bis 1930 betrugen die langfristigen Kapitalexporte der imperialistischen Länder im Durchschnitt 1 Mrd. Dollar jährlich. Hauptkapitalexporteure waren in dieser Zeit England und die USA, Hauptkapitalimporteure Deutschland, Osteuropa und Südamerika.

Vor Ausbruch der Weltwirtschaftskrise verfügte England über Auslandsanlagen in Höhe von 18,1 Mrd. Dollar. Der Stand der amerikanischen Auslandsinvestitionen belief sich auf 17,2 Mrd. Dollar. Die übrigen kapitalexportierenden Länder hatten 14,6 Mrd. Dollar im Ausland investiert. Davon entfielen 3,5 Mrd. Dollar auf Frankreich, 2,3 Mrd. Dollar auf die Niederlande, 1,1 Mrd. Dollar auf Deutschland, 2,0 Mrd. Dollar auf die Schweiz und auf Kanada, und weitere 5,7 Mrd. Dollar auf Belgien, Schweden, Japan, Indien, Australien und Neuseeland. [10: 204]

[683] Die *Weltwirtschafts- und Finanzkrise 1929-1931* führte zur Zerrüttung der internationalen Finanz- und Währungsbeziehungen. In der anschließenden langen Depressionsphase kam es zu einer starken Reduzierung der Kapitalexporte, und es bildeten sich neue Formen heraus, die von der Vertiefung der allgemeinen Krise des Kapitalismus zeugten. Der Kapitalexport und -import in dieser Periode weisen folgende Besonderheiten auf:

– Der 1929 einsetzende starke Preisverfall für Rohstoffe führte über die Verschlechterung der *terms of trade* der rohstoffexportierenden Schuldnerländer zu ihrer wachsenden Schuldenlast und Zahlungsunfähigkeit. An den wichtigsten internationalen Kapitalmärkten gingen die Auslandsemissionen infolgedessen stark zurück.

– Fluchtkapital aus Frankreich, das bis zur Stabilisierung des Franc 1928 in großen Summen nach New York, London, in die Schweiz und die Niederlande geflossen war, wurde bis 1932 nach Frankreich repatriiert, wodurch sich die allgemeine Labilität der Zahlungs- und Finanzbeziehungen verstärkte.

– Die USA wurden zwischen 1931 und 1938 wieder zum Kapitalimportland. Anleihen an das Ausland gab man nur in begrenztem Umfang, und die Direktinvestitionen gingen stark zurück. Gleichzeitig fanden hohe lang- und kurzfristige Kapitalimporte statt.

– Die Reparationszahlungen und der Schuldendienst für Kriegsschulden wurden nach 1932 suspendiert.

– Es gab keine offenen internationalen Kapitalmärkte mehr. Seit der Finanzkrise 1931 hatten die meisten Länder Devisenkontrollen, Handelsbeschränkungen und diskriminierende Regulierungen der Außenwirtschaftsbeziehungen eingeführt. Die Tendenz zur Desintegration der kapitalistischen Weltwirtschaft in Wirtschaftsblöcke verstärkte sich.

– Die Periode von 1932 bis 1938 war ferner durch große spekulative und Fluchtkapitalbewegungen aus Europa – hauptsächlich in die USA – infolge der allgemeinen finanziellen und Währungsunsicherheit sowie der politischen Instabilität in Europa gekennzeichnet. [14: 40 ff.]

– Die teilweise oder völlige Aussetzung des Schuldendienstes sowie die Devisenkontrollen riefen zwei weitere Besonderheiten der Kapitalbewegungen in dieser Periode hervor: die Reduzierung von Auslandsschulden durch Entwertung und die Zwangskapitalimporte. Die Aussetzung des Schuldendienstes senkte den Marktwert der Auslandsanleihen, und die Schuldnerländer konnten diese billig zurückkaufen. So tilgte z. B. Deutschland einen Teil seiner Auslandsschulden in den 30er Jahren. Die sogenannten Stillhalteabkommen, die Deutschland mit seinen Gläubigern abschloß, sowie die Transferbeschränkungen für Zinsen und Profite sahen Rückzahlungen in Reichsmark auf sogenannten Sperrmarkguthaben vor, die ihrerseits in Deutschland als Kapital angelegt werden konnten. Diese Zwangskapitalimporte erreichten 1939 im Falle Deutschlands einen Stand von 1,3 Mrd. Reichsmark. [3: 79]

– Die Vergrößerung des Anteils der Direktinvestitionen in die verarbeitende Industrie bei den privaten langfristigen Auslandsinvestitionen waren sowohl eine Folge der höheren Rentabilität, die die verarbeitende Industrie angesichts des stärkeren Preisverfalls für Rohstoffe als für Industrieerzeugnisse aufwies, als auch der Einfuhrbeschränkungen der Schuldnerländer und der Reinvestition von nichttransferierbaren Zinsen und Profiten.

Während des *zweiten Weltkrieges* waren die Kapitaltransaktionen der USA und Englands von besonderer Bedeutung. Zum Zweck der Kriegsfinanzierung kaufte die englische Regierung amerikanische, indische, kanadische, südafrikanische und australische **[684]** Wertpapiere auf, die sich in englischem Privatbesitz befanden, und zwar von 1938 bis 1944 insgesamt für 1,090 Mrd. Pfund

Sterling. Gleichzeitig erhielt England von den USA langfristige Anleihen in Höhe von 255 Mill. Pfund Sterling und Lieferungen in Höhe von 31,6 Mrd. Dollar aufgrund des Leih- und Pachtabkommens. Schließlich wurden zwischen 1938 und 1944 englische Depositen in Höhe von 1,950 Mrd. Pfund Sterling im Ausland akkumuliert. [10: 215] Auch die USA nahmen während des Krieges große Kapitaltransaktionen vor. Die einseitigen Lieferungen der USA gemäß dem Leih- und Pachtabkommen betrugen insgesamt 49 Mrd. Dollar, wovon der Hauptteil an England ging. Die langfristigen privaten Kapitalexporte der USA (Direktinvestitionen und Portfolioinvestitionen) betrugen von 1940 bis 1945 1,9 Mrd. Dollar, während die entsprechenden ausländischen Anlagen in den USA um 0,5 Mrd. Dollar reduziert wurden.

Am Ende des Krieges besaßen die USA und England private Auslandsinvestitionen, hauptsächlich Direktinvestitionen, von zusammen etwa 28 Mrd. Dollar, verglichen mit 34,3 Mrd. Dollar 1938. [10: 221] Die Auslandsinvestitionen der übrigen Länder gingen von 18,5 Mrd. 1938 auf 10,5 Mrd. Dollar durch Kriegsverluste zurück.

Nach dem zweiten Weltkrieg, in der *Zweiten und dritten Etappe der allgemeinen Krise des Kapitalismus*, entstanden unter dem Einfluß der veränderten Existenzbedingungen des Imperialismus eine Reihe neuer Erscheinungen beim Kapitalexport. Die Veränderungen im internationalen Kräfteverhältnis zwischen Sozialismus und Kapitalismus, die Krise und der Zerfall des Kolonialsystems, die sich entfaltende wissenschaftlich-technische Revolution und die Herausbildung des staatsmonopolistischen Kapitalismus sowie die Entstehung internationaler Konzerne und die beschleunigte Internationalisierung des Wirtschaftslebens wirkten sich auf Umfang, Formen, Zweigstruktur und territoriale Richtung des Kapitalexports aus. Die wichtigsten neuen Erscheinungen sind: Die staatlichen Kapitalexporte werden zu einer regulären Erscheinung der internationalen Finanz- und Kapitalbeziehungen. Die Kapitalexporte der Monopole konzentrieren sich auf die hochentwickelten kapitalistischen Industrieländer, während die staatlichen Kapitalexporte hauptsächlich in die Entwicklungsländer fließen. Bei den privaten langfristigen Kapitalexporten überwiegen die Exporte von industriellem Beteiligungskapital (Direktinvestitionen) gegenüber den Exporten von Leihkapital (Portfolioinvestitionen). Während 1914 90% aller Kapitalexporte aus Leihkapitalexporten bestanden und nur 10% aus Direktinvestitionen, machen heute die letzteren 75% aller privaten langfristigen Kapitalexporte aus. Die internationalen Direktinvestitionen stiegen zwischen 1946 und 1971 von 22 Mrd. auf 165 Mrd. Dollar, d. h., sie wuchsen schneller als das kapitalistische Welt-Bruttosozialprodukt die kapitalistische Welt-Industrieproduktion und der Export aller kapitalistischen Länder. 76% der internationalen Direktinvestitionen sind in ausländischen Produktionsstätten angelegt, insbesondere in der Erdölindustrie (28,9%), im Bergbau (6,6%) und in der verarbeitenden Industrie (40,5%); mittelfristige staatlich abgesicherte Exportkredite zur Finanzierung des Exports von Maschinen und Ausrüstungen werden im Zusammenhang mit der Veränderung der Welthandelsstruktur und der beschleunigten Industrialisierung der Entwicklungsländer zu einer wichtigen Form des Kapitalexports; große Bewegungen von kurzfristigem Kapital werden durch die Finanz- und Währungsoperationen der internationalen Konzerne hervorgerufen, die die zunehmende Zerrüttung der internationalen kapitalistischen Währungsbeziehungen sowie die sich in den einzelnen Ländern ungleichmäßig entwickelnde Inflation zur Maximierung ihrer Profite ausnutzen. Hauptvermittler dieser kurzfristigen Kapitalbewegungen, die die Spannungen im kapitalistischen internationalen Währungs- und Finanzsystem verschärfen, ist der sogenannte Eurodollarmarkt. Er entstand in den 60er Jahren als Ergebnis der Verschärfung des Widerspruchs zwischen der Tendenz zur Iso-**[685]**lierung der nationalen Kapitalmärkte durch die verstärkte staatsmonopolistische Regulierung der Geld- und Kreditbeziehungen mit dem Ausland (die bereits in der Zwischenkriegsperiode nach der Weltwirtschaftskrise eingesetzt hatte) und der verstärkten Tendenz zur Internationalisierung des Wirtschaftslebens, darunter der Geld- und Kreditbeziehungen. Im Ergebnis spaltete sich in der 60er Jahren aus den nationalen Kapitalmärkten der Eurodollarmarkt als eigenständiger internationaler Leihkapitalmarkt ab. [6: 61]

Hauptkapitalexportland wurden nach dem zweiten Weltkrieg die USA. Das betrifft sowohl die privaten als auch die staatlichen Kapitalexporte. Die staatlichen Kapitalexporte der USA (einseitige Übertragungen, sogenannte „grants“ oder Zuschüsse, Kredite, Investitionen in internationale Finanzinstitutionen)

beliefen sich von 1946 bis 1974 auf netto 172 Mrd. Dollar [14: 807, Tab. 1352], die aus den verschiedenen „Auslandshilfsprogrammen“ resultierten. Von dieser Summe entfallen 105,3 Mrd. Dollar auf ökonomische Verwendung und rund 66,8 Mrd. auf Verwendung für militärische Zwecke. 131,7 Mrd. Dollar stellen einseitige Übertragungen dar, für die keine oder bedingte Rückzahlung vorgesehen ist, und 40,4 Mrd. wurden als Anleihen vergeben. Der Bestand an langfristigen privaten Kapitalexporten (Direktinvestitionen und Portfolioinvestitionen) stieg von 17,5 Mrd. Dollar 1950 auf 143,5 Mrd. 1973. Davon waren 107,3 Mrd. Direktinvestitionen und 36,2 Mrd. Portfolioinvestitionen. [13: 799, Tab. 1343]

Richtung und Umfang der staatlichen Kapitalexporte werden von den jeweiligen politischen und militärischen Zielen der imperialistischen Expansion bestimmt. In den ersten Nachkriegsjahren flossen sie hauptsächlich aus den USA nach Westeuropa (Marshallplan). Seit Mitte der 50er Jahre ging der größte Teil an die verschiedenen militärischen Verbündeten der USA im Nahen Osten, in Asien und Lateinamerika. Die ehemaligen Kolonialmächte exportierten staatliches Kapital hauptsächlich in die von ihnen ehemals abhängigen Länder. Etwa die Hälfte aller Kapitalexporte in die Entwicklungsländer sind staatliche Kapitalexporte. [13: 80] Sie wurden zum Hauptinstrument des Neokolonialismus. Der staatsmonopolistische Kapitalismus auf dem Gebiet des Kapitalexports tritt darüber hinaus in der staatlichen Subventionierung der privaten Kapitalexporte und weiteren Formen ihrer staatlichen Förderung, darunter staatliche Garantien und Bürgschaften, in Erscheinung. Auf zwischenstaatlicher Ebene wurden internationale Finanzinstitutionen wie die Weltbank, der Internationale Währungsfonds u. a. errichtet oder finanzielle Fonds wie der Europäische Entwicklungsfonds u. a. gebildet, die der Export- und Kapitalexport-Expansion der Monopole dienen.

Die wichtigste neue Entwicklungstendenz auf dem Gebiet des Kapitalexports in der dritten Etappe der allgemeinen Krise besteht darin, daß er in weit stärkerem Maße als in früheren Perioden des Imperialismus die finanzielle und eigentumsmäßige Basis für die unmittelbare monopolistische Internationalisierung der Produktion darstellt. [7: 34 ff.] Das gilt besonders für die Direktinvestitionen, die seit Mitte der 60er Jahre mit der Entwicklung der größten Konzerne der imperialistischen Länder zu internationalen Konzernen in neue Größenordnungen hineinwuchsen. Dabei wurden zu Beginn der 70er Jahre 50% dieser Kapitalexporte zwischen den acht größten kapitalistischen Industrieländern abgewickelt (USA, Kanada, England, BRD, Frankreich, Holland, Schweiz, Japan). 70% der Bestände. an internationalen Direktinvestitionen (165 Mrd. Dollar 1972) befanden sich in kapitalistischen Industrieländern, während noch in den 50er Jahren 40-50% in Entwicklungsländern angelegt waren. Seit 1960 fand eine Verdoppelung der gegenseitigen Direktinvestitionen der EWG-Länder statt. [5: 56] Von den Hauptkapitalexportländern USA, England, BRD und Frankreich sind nur die USA und England auf dem Gebiet der Direktinvestitionen in der Bilanz Kapitalexporteure: Die Di-**[686]**rektinvestitionen der USA im Ausland betrugen 1972 das Sechseinhalbfache der ausländischen Direktinvestition in den USA. England investierte im Ausland mehr als doppelt soviel wie das Ausland in England. Dagegen machten die eigenen Direktinvestitionen der BRD und Frankreichs im Ausland nur etwa 80% der ausländischen Investitionen in diesen Ländern aus. [5: 64]

Bei den Direktinvestitionen in Entwicklungsländer sind im Falle Englands und Frankreichs historische Bindungen aus der Kolonialzeit bestimmend. Die USA und die BRD investieren schwerpunktmäßig in Lateinamerika, wobei in den letzten Jahren eine gewisse Umlenkung der Investitionen auf Afrika stattfand. [5: 65 ff.]

Die schnelle Entwicklung der internationalen Direktinvestitionen, deren Stand sich von 1967 bis 1971 verdoppelte, führte zur Herausbildung internationaler Konzerne und zur Verlagerung des Schwerpunkts der außenwirtschaftlichen Expansion vom Export auf die Auslandsproduktion. Diese betrug 1971 bei den USA etwa 400%, bei England 215%, bei der Schweiz 236%, bei Frankreich 94%, bei der BRD, Japan und Italien um 40% des Exports. [5: 43]

Literatur:

1. *Feis, H.:* Europe the World’s Banker, 1870-1914. New York *1965;* 2. *Jenks, L. H.:* The Migration of British Capital to 1875. New York/London 1927; 3. *Kellerberger, E.:* Kapitalexport und

Zahlungsbilanz. Bd. *2*, Berlin 1942; 4. *Lewis, C.:* America's Stake in International Investments. Washington 1938; 5. *Krägenau, H.:* Internationale Direktinvestitionen 1950 bis 1973. Hamburg 1975; *6. Matjuchin, G. G.:* Gorjačie dengi. Moskau 1974; 7. *Nehls, K.:* Internationale Konzerne, Monopolmacht, Klassenkampf. Berlin 1973; 8. *Oelßner, F.:* Die Wirtschaftskrisen. Berlin 1949; 9. *Waltershausen, S. v.:* Das volkswirtschaftliche System der Kapitalanlagen im Ausland. Berlin 1907; 10. *Wotinsky, W. S./Wotinsky, W. S.*: World Commerce and Government. New York 1955; 11. *Allgemeine Krise des Kapitalismus.* Berlin 1976; 12. *Kleine Enzyklopädie Weltgeschichte.* Leipzig 1967; 13. *Statistical Abstract of the United States 1975.* Washington 1975; 14. *International Capital Movements during the Inter-War-Period.* New York 1959.

Katja Nehls

2.5.12. Klassenkampf

Engels machte in der Vorrede zur 3. Auflage von Marx' Schrift „Der achtzehnte Brumaire des Louis Bonaparte" darauf aufmerksam, daß gerade Marx es war, „der das Bewegungsgesetz der Geschichte zuerst entdeckt hatte, das Gesetz, wonach alle geschichtlichen Kämpfe, ob sie auf politischem, religiösem, philosophischem oder sonst ideologischem Gebiet vor sich gehen, in der Tat nur der mehr oder weniger deutliche Ausdruck von Kämpfen gesellschaftlicher Klassen sind, und daß die Existenz und damit auch die Kollisionen dieser Klassen wieder bedingt sind durch den Entwicklungsgrad ihrer ökonomischen Lage, durch die Art und Weise ihrer Produktion und ihres dadurch bedingten Austausches". Und Lenin fügte dem hinzu: „Nach der Lehre des Sozialismus, d. h. des Marxismus ..., ist die wirkliche Triebkraft der Geschichte der revolutionäre Kampf der Klassen." Der Klassenkampf ist die entscheidende Triebkraft der gesellschaftlichen Entwicklung in allen Klassengesellschaften. Er ist eine objektive Gesetzmäßigkeit dieser Entwicklung. Der Klassenkampf erwächst mit Notwendigkeit aus dem **[687]** Antagonismus der Klassengesellschaft. Marx und Engels schrieben schon im „Manifest der Kommunistischen Partei": „Die Geschichte aller bisherigen Gesellschaften ist die Geschichte von Klassenkämpfen. Freier und Sklave, Patrizier und Plebejer, Baron und Leibeigener, Zunftbürger und Gesell, kurz, Unterdrücker und Unterdrückte standen in stetem Gegensatz zueinander, führten einen ununterbrochenen, bald versteckten, bald offenen Kampf, einen Kampf, der jedesmal mit einer revolutionären Umgestaltung der ganzen Gesellschaft endete oder mit dem gemeinsamen Untergang der kämpfenden Klassen."

Der Klassenkampf wurzelt in den Widersprüchen der Produktionsweise der jeweiligen Klassengesellschaft, vor allen Dingen im Widerspruch zwischen Produktivkräften und Produktionsverhältnissen. Er ist selbst eine Ausdrucksform dieser antagonistischen Widersprüche der Produktionsweisen, der Klassengesellschaften und zugleich eine Bewegungsform dieser Widersprüche, vor allem des Grundwiderspruchs einer jeden Gesellschaftsformation. Seine Grundlage sind die ökonomischen Verhältnisse, ist die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen. Der Klassenkampf zwischen Proletariat und Bourgeoisie beispielsweise entspringt dem Grundwiderspruch der kapitalistischen Produktionsweise, nämlich dem Widerspruch zwischen dem gesellschaftlichen Charakter des Produktionsprozesses und der privatkapitalistischen Aneignung der Produkte. Er manifestiert sich in den gegensätzlichen Interessen von Arbeiterklasse und Bourgeoisie. Das bedeutet: Das Interesse der Bourgeoisie besteht darin, den Ausbeutungsgrad der Arbeiterklasse ständig zu erhöhen. Die Arbeiterklasse kann ihre eigenen Existenzbedingungen aber nur in erbittertem Kampf gegen die Bourgeoisie und deren Drang nach Erhöhung der Ausbeutung sichern. Mit anderen Worten, die Lebensinteressen beider Klassen sind unversöhnlich. Sie führen deshalb unvermeidlich zum Klassenkampf zwischen ihnen.

Der Klassenkampf des Proletariats vollzieht sich in drei Grundformen, in der Form des ökonomischen, des politischen und des ideologischen Kampfes. Der ökonomische Kampf der Arbeiterklasse zielt auf die Verbesserung ihrer materiellen Lage und auf die Sicherung ihrer sozialen Errungenschaften; er schließt die Organisierung einer immer größeren Zahl von Werktätigen für diese Ziele ein. Der politische Klassenkampf der Arbeiterklasse richtet sich unmittelbar gegen die Herrschaft des Kapitalismus und führt bis zur Eroberung der Macht in Gestalt der Diktatur des Proletariats. Nur durch den politischen Klassenkampf der Arbeiterklasse kann die Macht der Bourgeoisie gestürzt werden. Der ideologische Klassenkampf der Arbeiterklasse schließlich richtet sich gegen den Einfluß der

bürgerlichen Ideologie auf die Arbeiter, sucht ihn zurückzudrängen und in den Reihen der Arbeiterbewegung zu zerschlagen. Sowohl der ökonomische als auch der politische und der ideologische Kampf der Arbeiterklasse vollziehen sich in unterschiedlichen Formen entsprechend den jeweiligen Anforderungen des Klassenkampfes und den einzelnen Abschnitten geschichtlicher Epochen. Immer jedoch sind alle drei Grundformen eng miteinander verbunden und verflochten. Die übermäßige Hervorhebung der einen oder anderen Form oder gar die Konzentrierung auf die eine oder andere führt zu Fehlern im Klassenkampf und zu Niederlagen der Arbeiterklasse.

Damit die Arbeiterklasse den Klassenkampf in ihrem eigenen Interesse siegreich führen kann, benötigt sie eine wissenschaftliche Weltanschauung und eine zielklare politische Führung, die revolutionäre Partei des Proletariats. Die Partei trägt die wissenschaftliche Weltanschauung in die Arbeiterklasse und verbreitet sie in ihr, sie erarbeitet die wissenschaftliche Strategie und Taktik für die Führung des Klassenkampfes der Arbeiterklasse.

Die Bedeutung der Lehre vom Klassenkampf als einer der wichtigsten Bestandteile **[688]** des Marxismus-Leninismus und der Geschichte des Klassenkampfes für die Wirtschaftsgeschichte ist unübersehbar. Die Wirtschaftsgeschichte untersucht entscheidende Bereiche der gesellschaftlichen Entwicklung, in denen der Klassenkampf in allen seinen Formen geführt wird, also nicht nur in seiner ökonomischen Form, wenngleich diese für die Wirtschaftsgeschichte eine Hauptrolle spielt. Im Hinblick auf den Klassenkampf hat es die Wirtschaftsgeschichte *mit allen drei Grundformen* des Klassenkampfes zu tun, vor allen Dingen auch mit dem politischen Klassenkampf, führt er doch in der kapitalistischen Gesellschaftsordnung bis zur Beseitigung des Privateigentums an den Produktionsmitteln durch die sozialistische Revolution.

Der Klassenkampf der Arbeiterklasse kennt seit Beginn viele Formen, so gleich zu Anfang die Maschinenstürmerei und Hungerunruhen, dann den Chartismus und vor allem Demonstrationen, Versammlungen, Protestkundgebungen, Streiks, Wahlen, Arbeit in Parlamenten und schließlich den Generalstreik und den bewaffneten Aufstand, in dem die Arbeiterklasse unmittelbar den Kampf um die Macht führt. Diese Formen entstanden aus der Entwicklung des Klassenkampfes selbst, sie veränderten sich mit den Anforderungen der geschichtlichen Entwicklung an den Klassenkampf. Alte Formen, untaugliche gingen unter und neue, die die Geschichte verlangte, entstanden.

Die höchste Form des Klassenkampfes überhaupt und infolgedessen auch des Klassenkampfes der Arbeiterklasse ist die Revolution. Revolutionen sind nach einem Wort Lenins Festtage der Ausgebeuteten und Unterdrückten. Sie offenbaren die Kraft der Arbeiterklasse, der werktätigen Massen, ihren Willen, alte, überlebte Verhältnisse zu vernichten und neue gesellschaftliche Zustände zu schaffen. In den erbitterten Klassenschlachten der Revolution werden in langen Jahren gereifte gesellschaftliche Widersprüche ausgefochten, Fronten werden klar, das Schicksal des einzelnen Menschen entscheidet sich und das ganzer Völker. Revolutionen bestimmen die geschichtliche Entwicklung für ganze Epochen. Sie vor allem treiben die Weltgeschichte voran, voran in immer schnellerem Tempo. Revolutionen vermitteln wie kein anderes geschichtliches Ereignis Erfahrungen. In der Revolution und durch sie lernen die Massen am gründlichsten und am schnellsten. Revolutionen sind die Lokomotiven der Geschichte, sagte Marx.

Die Revolutionen als Höhepunkt des Klassenkampfes der Arbeiterklasse gegen die kapitalistische Gesellschaftsordnung demonstrieren ein übriges Mal den untrennbaren Zusammenhang von Wirtschaftsgeschichte und Geschichte des Klassenkampfes. Durch ihre gründlichen Untersuchungen und Forschungsergebnisse hilft die Wirtschaftsgeschichte, den gesetzmäßigen Charakter und die historische Notwendigkeit der Revolutionen als der höchsten Form des Klassenkampfes zu beweisen. Die Wirtschaftsgeschichte trägt entscheidend dazu bei, die Gründe für das Heranreifen von Revolutionen und damit letzten Endes die Gründe für die gesetzmäßige Ablösung der einen Gesellschaftsformation durch die nächsthöhere offenzulegen. Geschichte des Klassenkampfes der Arbeiterklasse gegen den Kapitalismus und Wirtschaftsgeschichte der kapitalistischen Gesellschaftsordnung ergeben erst zusammen in ihrer untrennbaren Einheit und gegenseitigen Verknüpfung ein richtiges Bild von der historischen Entwicklung.

Die Lehre vom Klassenkampf und die Geschichte des Klassenkampfes sind längst zum Feld scharfer ideologischer und politischer Auseinandersetzungen geworden. Die opportunistische Strömung in der Arbeiterbewegung hat vor allen Dingen mit Eintritt in die Epoche des Imperialismus, die Epoche des Vorabends der proletarischen Revolution, nichts unversucht gelassen, den Klassenkampf auf seine eine Grundform, die ökonomische, zu beschränken. Entsprechend der revisionistischen Auffassung Bernsteins, daß die Bewegung im Kampf alles, das Endziel aber nichts sei, haben die Opportunisten die Aufmerksamkeit der kämpfenden Arbeiter lediglich auf die ökonomische Auseinan-**[689]**dersetzung mit dem Kapitalismus zu konzentrieren gesucht. Ökonomischer Klassenkampf allein kann zwar Auswüchse kapitalistischer Ausbeutung einschränken, kann hier und dort zu kleinen Verbesserungen in der Lage dieses oder jenes Teiles der Arbeiterklasse führen, er kann aber die Lage der Arbeiterklasse nicht grundlegend verändern und schon gar nicht zur Errichtung der politischen Macht der Arbeiterklasse führen, wenn er nicht untrennbar mit dem politischen Kampf verbunden wird oder wenn er durch die Partei der Arbeiterklasse und durch die Gewerkschaftsorganisationen nicht so geführt wird, daß er in diesen einmündet. Im Hinblick auf die Errichtung der politischen Macht der Arbeiterklasse hat der ökonomische Klassenkampf die entscheidende Aufgabe, den Arbeitern zu helfen, in der tagtäglichen ökonomischen Auseinandersetzung mit dem Kapitalismus jene Erfahrungen zu sammeln, die es ihnen schließlich ermöglichen, den Kampf um die Macht siegreich zu bestehen. Indem die Opportunisten verschiedenster Schattierungen diesen untrennbaren Zusammenhang zwischen ökonomischem und politischem Klassenkampf der Arbeiterklasse leugnen, bedeutet ihre Beschränkung auf den ökonomischen Kampf die politische und ideologische Unterordnung der Arbeiterklasse unter den Kapitalismus.

Verfechter anderer der Arbeiterbewegung und den Interessen der Arbeiterklasse feindlicher Ideologien, wie beispielsweise die Anarchisten, suchen die Rolle des politischen Klassenkampfes überzubetonen und schätzen den ökonomischen Klassenkampf gering. Sie meinen, daß ausschließlich die politische Aktion erforderlich sei, und zwar die politische Aktion einer kleinen Vorhut, um die Masse mitzureißen, um die Arbeiterklasse zur Errichtung ihrer eigenen Macht zu befähigen. Ein solcher Standpunkt negiert die Kompliziertheit der Klassenkampfentwicklung, die Schwierigkeit, in der Arbeiterklasse das für ihren Sieg notwendige Klassenbewußtsein zu entwickeln und zu verbreiten. Eine Geringschätzung des tagtäglichen ökonomischen Klassenkampfes bedeutet, gerade jene entscheidenden Auseinandersetzungen zu vernachlässigen, in denen die Masse der Arbeiter zum Bewußtsein ihrer eigenen Klassenposition geführt wird, aus der heraus die Arbeiter allein die Fähigkeit entwickeln können, in großen politischen Kämpfen gegen den Kapitalismus um ihre politische Macht zu ringen.

Die Geschichte des Klassenkampfes ist also zugleich die Geschichte der Auseinandersetzung mit allen dem revolutionären Klassenkampf der Arbeiterklasse feindlichen Ideologien bis hin zu jenen unserer Tage, die mit der Leugnung der Existenz von Klassen auch den Klassenkampf aus der Geschichte hinwegdisputieren möchten.

Die Geschichte des Klassenkampfes der Arbeiterklasse gegen die kapitalistische Gesellschaftsordnung hat verschiedene Etappen durchlaufen. Klassenkampf zwischen Arbeitern und Kapitalisten gibt es seit der Entstehung der kapitalistischen Produktionsweise im Schoße der Feudalgesellschaft, seit der Herausbildung von Kapitalisten und Arbeitern und damit seit der Entwicklung des Widerspruchs zwischen Kapital und Arbeit. Zu der die geschichtliche Entwicklung der kapitalistischen Gesellschaft immer rascher vorantreibenden Triebkraft wurde dieser Klassenkampf seit der Entstehung des modernen Industrieproletariats, also seit dem 18. und 19. Jh. Mit der Zusammenballung von immer mehr Arbeitern in großen Betrieben, der Entstehung von gewerkschaftlichen Vereinigungen wuchs die Kraft der Arbeiterklasse, sich gegen die kapitalistische Ausbeutung zu wehren, nahm der Kampf gegen die kapitalistische Ausbeutung mehr und mehr organisierte Formen an. Aus der spontanen Aktion, der Abwehr wurde der geplante Kampf um soziale Rechte und Freiheiten. Arbeiterorganisationen unterschiedlichster Art, Gewerkschaftsverbände, Bildungsvereine, Konsumgenossenschaften, stellten sich an die Spitze der kämpfenden Arbeiter.

Mit dem Bund der Kommunisten erhielt 1847 der Kampf der Arbeiterklasse zum **[690]** erstenmal eine zielklare revolutionäre Partei und mit dem Kommunistischen Manifest von Marx und Engels

1848 das erste wissenschaftliche Programm. In der 2. Hälfte des 19. Jh. formierten sich in der Auseinandersetzung mit opportunistischen Auffassungen, mit kleinbürgerlichen Ideologien und den Einflüssen der Bourgeoisie in den wichtigsten Ländern Europas und auch auf anderen Kontinenten revolutionäre Arbeiterparteien, deren Programme vom Kommunistischen Manifest ausgingen. Der Klassenkampf bildete sich in seinen drei Grundformen heraus, und die revolutionären Arbeiter lernten zunehmend verstehen, daß diese drei Grundformen eine Einheit bilden.

Am Ende des 19. Jh. hatte der Marxismus den Sieg in der internationalen Arbeiterbewegung davongetragen. In allen Arbeiterparteien hatten immer mehr Mitglieder begriffen, daß der Klassenkampf wissenschaftlich geführt werden muß. Diese Erkenntnis fand ihren Niederschlag in den Programmen der Arbeiterparteien wie beispielsweise im Erfurter Parteiprogramm von 1891, das zur programmatischen Grundlage für die revolutionäre deutsche Sozialdemokratie am Ausgang des 19. Jh. wurde.

Mit Eintritt in die Epoche des Imperialismus erhielt der Klassenkampf der Arbeiterklasse grundlegend neue Aufgaben. Die Verwirklichung der historischen Mission der Arbeiterklasse wurde zum unmittelbaren praktischen Auftrag. Das ergab sich aus dem Wesen der imperialistischen Epoche als Vorabend der proletarischen Revolution. Drei Ziele mußte der Klassenkampf der Arbeiterklasse jetzt direkt anvisieren: Sturz des Imperialismus, Errichtung der Diktatur des Proletariats und Aufbau der neuen, der sozialistischen Gesellschaftsordnung. Auf die Erreichung dieser Ziele mußte die Arbeiterklasse sich nun politisch, organisatorisch und ideologisch vorbereiten. Hohe Anforderungen stellte das nicht nur an neue Formen und Methoden des Klassenkampfes, an straffere und diszipliniertere Organisation der Arbeiterklasse, an neue theoretische Erkenntnisse, sondern vor allen Dingen an die politische Führung des Klassenkampfes. Die wissenschaftliche Weltanschauung der Arbeiterklasse mußte weiterentwickelt, neue Kampfformen und -methoden mußten für die Auseinandersetzung mit dem Imperialismus gefunden und die Partei selbst mußte zu einem schlagkräftigen Instrument geformt werden, das die Arbeiterklasse zur Erreichung ihres Sieges benötigte – kurzum, die Partei neuen Typs mußte geschaffen werden.

Und noch etwas Neues zeigte sich als allgemeine geschichtliche Erscheinung. Die kapitalistische Gesellschaftsordnung erreichte schon im Zeitalter des Kapitalismus der freien Konkurrenz einen hohen Grad an Internationalisierung der Produktion. Diese Entwicklung führte hier und dort in einzelnen Fällen schon im 19. Jh. zur Internationalisierung des Klassenkampfes der Arbeiterklasse gegen das Kapital. Typisches Beispiel dafür wurden die gewaltigen Solidaritätsaktionen der Arbeiterklasse vieler Länder mit dem heldenhaften Kampf der Pariser Kommune 1871.

Jetzt, mit Eintritt in die Epoche des Imperialismus, nahm der Grad an Internationalisierung des Klassenkampfes der Arbeiter gegen Imperialismus, Militarismus und Krieg sprunghaft zu. Das erhöhte die Bedeutung des Klassenkampfes der Arbeiterklasse in jedem einzelnen Lande. Größere Aufgaben und Pflichten erwuchsen daraus der politischen Führung des Klassenkampfes durch Partei und Gewerkschaften. Alle diese Gründe machten die Herausbildung der Partei neuen Typs zwingend notwendig.

Diese Partei entstand am Ende des 19. Jh. und am Vorabend der Revolution von 1905 in Rußland, der ersten Revolution in der Epoche des Imperialismus, in Gestalt der Bolschewiki unter Führung Lenins. Lenin und die Bolschewiki meisterten als einzige Arbeiterpartei die Anforderungen, die die Geschichte an die Arbeiterklasse und den Klassenkampf mit Eintritt in die Epoche des Imperialismus stellte. W. I. Lenin entwickelte die wissenschaftliche Weltanschauung der Arbeiterklasse weiter und bereicherte sie im **[691]** Hinblick auf die Führung des Klassenkampfes durch die Analyse des Imperialismus und durch die Ausarbeitung der Theorie von der sozialistischen Revolution sowie die Aufdeckung der Möglichkeiten, sie auch in einem Lande zum Siege zu führen. Die Bolschewiki prägten jene Formen des Klassenkampfes, die die Arbeiterklasse zur Erreichung ihres Sieges in der Epoche des Imperialismus benötigten, nämlich Massenstreik, Generalstreik und bewaffneter Aufstand, Verbindung von legalem mit illegalem Kampf sowie Ineinandergreifen der parlamentarischen und der außerparlamentarischen Aktionen.

Mit der Ausarbeitung der Theorie der sozialistischen Revolution in Fortführung der genialen Gedanken von Marx und Engels beantwortete Lenin auch die Frage nach dem Verhältnis von Kampf um

Demokratie und Kampf um Sozialismus in der Epoche des Imperialismus. Damit entwickelte er die Strategie und Taktik, die der Arbeiterklasse und ihren Verbündeten den Weg zum Kampf um die Diktatur des Proletariats wies. Sie bestand ihre Bewährungsprobe in den Revolutionen von 1905 bis 1907 und vom Februar 1917 in Rußland und bestätigte sich im Sieg der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution als Beispiel für alle revolutionären Parteien der Arbeiterklasse in der Epoche des Imperialismus. Im Ergebnis der Oktoberrevolution entstanden in fast allen Ländern der Erde Parteien neuen Typs, die sich an die Spitze der Arbeiterklasse ihrer Länder stellten, um sie, die Erfahrungen der Arbeiter und Bauern Rußlands, die Politik der Bolschewiki beachtend, im Kampf gegen den Imperialismus und zum Sieg über ihn zu führen.

Abermals änderten sich Inhalt und Formen des Klassenkampfes. Durch die Große Sozialistische Oktoberrevolution war der Sozialismus aus einer wissenschaftlichen Theorie zur unmittelbaren gesellschaftlichen Praxis geworden. Im Ringen um die politische Macht dem Beispiel der Bolschewiki und der Arbeiter und Bauern Rußlands nachzueifern, wurde für die internationale Arbeiterklasse zu einem Hauptziel der Klassenauseinandersetzung, zu einem Hauptziel der kämpfenden Arbeiter auf der ganzen Erde. Seit der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution wurde überall auf der Welt der Klassenkampf zwischen Arbeiterklasse und Bourgeoisie durch dieses geschichtliche Ereignis bestimmt.

Zwei Ziele vor allen Dingen verfochten die Arbeiter in allen Ländern des Kapitals: erstens – ihre eigenen Rechte zu verteidigen, die Bourgeoisie niederzuringen und zweitens – untrennbar damit verbunden, das erste sozialistische Land der Welt, die Sowjetunion, zu verteidigen.

Indem die Arbeiter aller Länder gegen ihre eigene Bourgeoisie kämpften, verteidigten sie die Sowjetunion. Indem sie in Demonstrationen und Streiks, in großen Antikriegsbewegungen die Sowjetunion verteidigten, nutzten sie sich selbst im Klassenkampf gegen die Bourgeoisie im eigenen Lande.

Die Arbeiterklasse vieler Länder errang in diesem Kampf große Siege. Sie mußte aber auch bittere Niederlagen hinnehmen. Die blutigste und folgenschwerste Niederlage der internationalen Arbeiterklasse nach dem Sieg der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution war die Errichtung der faschistischen Diktatur in Deutschland und die Errichtung solcher Diktaturen in weiteren Ländern. Mit der faschistischen Diktatur trat der internationale Imperialismus zum Hauptangriff auf die UdSSR, auf den Sozialismus an.

Im Gefolge der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution wurden neue Arbeitermassen in den internationalen Klassenkampf hineingerissen. Die sich nach dem Sieg der Oktoberrevolution mächtig entfaltende nationale Befreiungsbewegung in den Kolonien und abhängigen Ländern verband sich unmittelbar mit dem internationalen Klassenkampf der Arbeiterklasse.

[692] Der historische Sieg der Sowjetunion und der anderen Völker der Antihitlerkoalition über den Faschismus im zweiten Weltkrieg und die Entstehung des sozialistischen Weltsystems als Folge siegreicher sozialistischer Revolutionen in weiteren Ländern wurden zum bedeutendsten geschichtlichen Ereignis seit der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution. Wieder erhielt der Klassenkampf neue Inhalte. Seit der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution zuerst in der UdSSR verwirklicht, erhielten sie nun durch die Entstehung weiterer sozialistischer Länder internationalen Charakter. Mit der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution begann die Epoche des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus im Weltmaßstab. Sie beginnt in jedem Lande mit der Errichtung der politischen Macht der Arbeiterklasse. Nach der Errichtung der Diktatur des Proletariats bleibt der Klassenkampf der Arbeiterklasse gegen die gestürzten Ausbeuterklassen noch immer eine wichtige Triebkraft der gesellschaftlichen Entwicklung. Er nimmt neue Formen an, wird er doch von der siegreichen Arbeiterklasse bestimmt. Erst mit dem Sieg der sozialistischen Produktionsverhältnisse verschwinden in der neuen Gesellschaft die objektiven Ursachen des Klassenkampfes. Nun treten an die Stelle des Klassenkampfes neue Triebkräfte der gesellschaftlichen Entwicklung.

Der Klassenkampf zwischen Kapital und Arbeit, zwischen Sozialismus und Imperialismus im internationalen Maßstab geht solange weiter, wie es Ausbeutergesellschaften auf der Erde gibt. In zunehmendem Maße bestimmen jedoch das sozialistische Weltsystem und die internationale Arbeiterbewegung die Entwicklung der menschlichen Gesellschaft. Zu diesen zwei mächtigen Strömen unserer

Zeit, dem sozialistischen Weltsystem und der internationalen Arbeiterbewegung, hat sich als dritter die nationale Befreiungsbewegung gesellt; zusammen prägen sie den Kurs der Menschheit auf einen dauerhaften Frieden.

Lothar Berthold

2.5.13. Klassenstruktur

Die Klassenstruktur des Kapitalismus bildet sich in den kapitalistischen Hauptländern in der Übergangsphase vom Feudalismus zum Kapitalismus (16.-19. Jh.) heraus. Ihre charakteristische Gestalt gewinnt sie mit der Entwicklung und Vollendung der industriellen Revolution. Erst jetzt wächst die kapitalistische Ordnung in ihr Reifestadium hinüber und beginnt sich auf der ihr eigenen ökonomischen und sozialen Basis zu entwickeln. Damit entstehen die Grundklassen der kapitalistischen Gesellschaft in ihrer entfalteten Form: das moderne Proletariat (mit dem Industrieproletariat als Kern) und die moderne Bourgeoisie (mit der industriellen bzw. Großbourgeoisie als Kern). Zwischen beiden Klassen entwickeln sich vor allem die sogenannten Mittelschichten, von denen einige, aus dem sozialen Umdifferenzierungsprozeß von der feudalen zur kapitalistischen Gesellschaftsordnung hervorgegangen, an Bedeutung verloren (insbesondere das städtische Kleinbürgertum und die durch den Kapitalismus geprägten bäuerlichen Schichten), während andere im Zusammenhang mit der Entwicklung des Industriekapitalismus zur massenhaften Erscheinung werden (insbesondere die Angestellten und die Intelligenz).

Generell hat die Entwicklung der Klassenstruktur im Kapitalismus eine Tendenz zur zunehmenden Vereinfachung. Das bezieht sich jedoch nur auf die Herausbildung der beiden Grundklassen in ihrer einfachsten Form, d. h. auf die Entwicklung von Kapitaleigentümern und Kapitalabhängigen. Das schließt nicht ein, daß die Klassen- und **[693]** Schichtstruktur insgesamt einfacher wird. Im Gegenteil, es bilden sich vielfältige Übergangsstufen heraus, die insbesondere mit der Entwicklung der Mittelschichten verbunden sind. [LW 16: 3581

Die Entwicklung der Klassenstruktur in den kapitalistischen Hauptländern vollzieht sich in zwei Hauptphasen: innerhalb des Kapitalismus der freien Konkurrenz (bis zum Ende des 19. Jh.) und innerhalb des Monopolkapitalismus. Die Phase des Kapitalismus der freien Konkurrenz schließt die Etappen der industriellen Revolution, den Höhepunkt der freien Konkurrenz und den Übergang zum Monopolkapitalismus ein. Die Phase des Monopolkapitalismus umfaßt die Etappe der Ausbildung des Monopolkapitalismus (bis zum ersten Weltkrieg) und die Etappen der allgemeinen Krise. Innerhalb dieser Phasen und Etappen erfährt die Klassenstruktur eine Reihe bedeutsamer Wandlungen.

Betrachten wir zunächst die Entwicklung des Proletariats. In den Anfängen seiner Entwicklung lassen sich folgende Hauptgruppen unterscheiden [13: 91 f.]: im Kern das Industrieproletariat, darunter insbesondere das Proletariat der Großindustrie, dessen Zahl mit dem Übergang zum Monopolkapitalismus besonders schnell zunimmt, des weiteren das Bergbauproletariat, das insbesondere in den Anfängen der kapitalistischen Entwicklung stark eigene Züge aufweist, indem es sich aufgrund des industriellen Umschwungs aus einem frühkapitalistischen in ein kapitalistisches Proletariat umbildet, und das Ackerbauproletariat, das durch das langsame Eindringen des Kapitalismus in die Landwirtschaft stark zersplittert ist und sich auf einem niedrigeren Stand des Bewußtseins formiert. [MEW 2: 253, 455, 473]

Bereits am Ende der industriellen Revolution beginnt sich die Arbeiterklasse stärker nach Berufen und Qualifikationsstufen zu differenzieren. Von der Masse der ungelernten Arbeiter, die für die Manufaktur typisch ist und die in den Etappen der industriellen Revolution noch durch den massenhaften Einsatz von Frauen und Kindern ergänzt wird [9: Bd. 36, 133] [15: 95], heben sich die qualifizierten Arbeiter ab. Am Ende des 19. und zu Beginn des 20. Jh. – im Zusammenhang mit der Mechanisierung und Rationalisierung – treten neben der weitergehenden Qualifizierung in zunehmendem Maße Dequalifizierungsprozesse auf. Trotz des Rückgangs der weiblichen Arbeit in der unmittelbaren Produktion, die in der Regel ungelernte Arbeit war, nimmt eben diese ungelernte Arbeit zu, vor allem in den Berufsgruppen, in denen der Anteil der qualifizierten Arbeit traditionell sehr hoch war (Metallverarbeitung,

polygraphische Industrie, Holzindustrie, Baugewerbe). Eine Ausnahme bildet der Maschinenbau, in dem sich die Zahl der qualifizierten Arbeiter absolut und relativ (im Verhältnis zur Gesamtzahl der Beschäftigten) erhöht. [20: Bd. 211, 253] Die mit dem Übergang zum Monopolkapitalismus auftretenden Dequalifizierungsprozesse setzen sich auch in den folgenden Etappen fort, wobei die Zunahme der Dequalifikation durch ein neues Element, die angelernte Arbeit, überdeckt wird. In den USA z. B. wird dieser Prozeß seit den 20er Jahren deutlich. [9: Bd. 30, 130 f.]

Seit den 40er Jahren, also mit dem Beginn der zweiten Etappe der allgemeinen Krise, treten neue Tendenzen auf: Der Anteil der qualifizierten Arbeiter unter den Arbeitern in der Industrie nimmt wieder zu, mit einer Tendenz zur Stagnation seit den 60er Jahren, während die Zahl der angelernten Arbeiter seit den 50er Jahren stagniert. Das heißt, in den Jahrzehnten der intensiven Entwicklung einer spezialisierten Produktion (insbesondere der Entwicklung von Fließstrecken) nimmt der Anteil der qualifizierten Arbeit ab, während mit der Durchsetzung der automatisierten Produktion in größeren Bereichen der Industrie ihr Anteil wieder steigt. [5: 74] Gleichzeitig bildet sich eine relativ kleine Schicht von höchstgelernten Arbeitern heraus. In Ländern, in denen sich **[694]** die Automatisierung erst später in breiterem Umfang durchsetzt, wie z. B. in der BRD Ende der 50er Jahre [10: 114] [11: 106], tritt eine entsprechende Phasenverschiebung auf, die sich auch in unterschiedlichen Entwicklungstrends der qualifizierten und nichtqualifizierten Arbeit widerspiegelt.

An der oberen Grenze der qualifizierten Arbeit entwickelt sich – insbesondere mit dem Übergang zum Monopolkapitalismus – eine neue Schicht der Arbeiterklasse, die Arbeiteraristokratie Während im frühen Stadium der Herausbildung dieser Schicht – noch in der Etappe der vollen Entfaltung der freien Konkurrenz – zeitweise ganze Berufsgruppen dazu tendierten, in die Reihen der Arbeiteraristokratie einzugehen, läßt sich mit dem Übergang zum Monopolkapitalismus in zunehmendem Maße eine Oberschicht innerhalb einzelner Berufsgruppen unterscheiden, die zur Basis der Arbeiteraristokratie wird. In England entsteht die Arbeiteraristokratie – aufgrund der Monopolstellung des englischen Kapitalismus auf dem Weltmarkt – sehr früh, bereits in der Mitte des 19. Jh. [MEW 21: 194] In den USA spielt bei der Herausbildung der Arbeiteraristokratie die Differenzierung zwischen weißen und farbigen, zwischen einheimischen und eingewanderten Arbeitern, insbesondere nach dem Bürgerkrieg, eine wichtige Rolle. [MEW 38: 313 f.] [9: Bd. 30, 63 f.] In Deutschland, wo sich die Grundlagen für die Entstehung der Arbeiteraristokratie erst mit dem Übergang zum Monopolkapitalismus herausbilden, kann man etwa seit den 80er Jahren davon sprechen, daß sich die Einkommen bestimmter Arbeitergruppen weit über den Durchschnitt der Arbeitereinkommen erheben. Dabei muß zwischen einer oberen Schicht der Arbeiterklasse (im wesentlichen qualifizierte Arbeiter) und der Arbeiteraristokratie unterschieden werden. Erstere bildet lediglich das soziale Rekrutierungsfeld für letztere. Entscheidende Merkmale der Arbeiteraristokratie sind ihre ökonomische Privilegierung sowie ihre ideologische Bindung an das Kapital. [7: 269]

Generell wird jedoch in der ersten Etappe der allgemeinen Krise die Position der Arbeiteraristokratie in den meisten imperialistischen Ländern schwächer, und es setzt sich eine Tendenz zur Angleichung zwischen den Einkommen der Masse der Arbeiter und denen der Arbeiteraristokratie durch. Lediglich in den USA tritt ein gegenteiliger Prozeß ein, dessen Ursache offenbar in der Sonderstellung der USA innerhalb des imperialistischen Lagers, in den ökonomisch überragenden Positionen des US-Monopolkapitals, zu suchen ist. [9: Bd. 30, 171]

Die Abschwächungstendenzen bei der Entwicklung der Arbeiteraristokratie werden in den meisten imperialistischen Ländern durch einige gegenläufige Tendenzen überlagert. Nach dem Übergang zum Monopolkapitalismus entstand innerhalb der Arbeiteraristokratie eine neue privilegierte Gruppe, die Arbeiterbürokratie. Diese Gruppe, eine schmale Schicht von Parlamentariern, Journalisten und Beamten der Gewerkschaftsorganisationen, die kleinbürgerliche Besonderheiten in der Lebensweise und folglich auch in ihrer politischen Orientierung entwickelten [LW 21: 141], nahm in der weiteren Entwicklung ständig an Bedeutung und Gewicht zu. Der erste Weltkrieg und die dadurch forcierte Entwicklung des staatsmonopolistischen Kapitalismus, die sich auch in den nächsten Jahrzehnten auf verschiedenen Gebieten fortsetzte (in Deutschland insbesondere durch den Ausbau der Apparate zur Regulierung der Sozialbeziehungen in den 20er Jahren), beschleunigten diesen Prozeß. Ein Teil der Arbeiterbürokratie

wächst in der Folgezeit, vor allem nach dem zweiten Weltkrieg, völlig aus der Arbeiterklasse heraus und wird mit seinen Spitzenvertretern eine Sonder- oder Teilschicht der Bourgeoisie.

Gleichzeitig wird nach dem zweiten Weltkrieg die ökonomische Basis für die Entwicklung der Arbeiteraristokratie wieder breiter. Die wachsende technologische Kluft zwischen den entwickelten kapitalistischen Ländern und der übrigen kapitalistischen **[695]** Welt ermöglicht es den ersteren, Mittel zur Korrumpierung von Teilen der Arbeiterklasse einzusetzen. Eine Rolle spielen auch die an Umfang und Intensität zunehmenden Versuche der Monopole, qualifizierte Gruppen ihrer „Belegschaft“ an die Betriebe zu binden. [17: T. I, 151]

An der unteren Grenze der Arbeiterklasse existiert eine in den einzelnen Etappen des Kapitalismus unterschiedlich große industrielle Reservearmee, eine ständig vorhandene „relative Übervölkerung“. [MEW 23: 657 ff.] Ihre Größe ist weitgehend von der Entwicklung des kapitalistischen Krisenzyklus abhängig. Zwischen den beiden Weltkriegen, in der ersten Etappe der allgemeinen Krise, erreicht sie bis dahin nicht gekannte Ausmaße, wobei die Massenarbeitslosigkeit zu einer Dauererscheinung wird.

Die Dauerarbeitslosigkeit hat vielfältige Folgen. Insbesondere wirkt sie unmittelbar auf das psychische und physische Befinden der unmittelbar davon Betroffenen ein, wirkt demoralisierend und läßt Fähigkeiten und Fertigkeiten verkümmern. Sie beeinträchtigt in entscheidendem Maße die Lebens- und Zukunftschancen. Aber auch die indirekten Folgen für die im Arbeitsprozeß Befindlichen sind gravierend. Durch Massenarbeitslosigkeit nimmt die allgemeine Existenzunsicherheit zu, werden „Abgruppierungen“ und „Dequalifizierungen“ erleichtert, wird der Leistungsdruck erhöht und der Gesundheitsverschleiß vergrößert. Die durch die Arbeiterklasse in langen Kämpfen errungenen Fortschritte werden in Frage gestellt.

Die Schwankungen in der Größe der Arbeitslosenzahl bedeuten nicht, daß es nicht in allen Etappen der kapitalistischen Entwicklung große Gruppen von Arbeitern gibt, die zu wirtschaftlich besonders benachteiligten Bevölkerungsschichten gehören (unterschieden nach Alter und Geschlecht, nach regionaler Standortzugehörigkeit, nach Produktionszweigen, nach Rasse, Nationalität und Religion). Diese Schichten, die nicht vorrangig nach Klassenmerkmalen unterschieden sind, vereinen verschiedene Klassen und Schichten. Sie werden zuweilen „vertikale Schichten“ genannt. Gelegentlich werden sie noch nach ihrer Stabilität (nationale oder rassische Minderheiten) bzw. Instabilität (Immigranten, Wanderarbeiter, Gastarbeiter usw.) unterteilt. [4: 70] [19: 53 f.] In den verschiedenen historischen Etappen des Kapitalismus und in einzelnen Ländern spielen diese Schichten eine unterschiedlich große Rolle. So harte während der industriellen Revolution die Frauen- und Kinderarbeit eine zentrale Bedeutung. In den USA wirkte in der gesamten Phase des Kapitalismus der freien Konkurrenz die Immigration strukturbildend. Nach dem ersten Weltkrieg, als die US-amerikanische Bourgeoisie die Masseneinwanderung aus Europa stoppte, setzte eine starke Binnenwanderung ein: Große Teile der schwarzen Bevölkerung, lange Zeit auf die Agrarwirtschaft des Südens beschränkt, begannen im industrialisierten Norden Arbeit zu suchen. Sie „erbten“ dort die schwersten, unqualifiziertesten und am schlechtesten bezahlten Arbeiten. Nach dem zweiten Weltkrieg setzte sich dieser Prozeß fort. Zwischen 1945 und 1965 wanderten 30% der schwarzen Bevölkerung (6,5 Mill. Menschen) in die städtischen Gebiete ab, davon rd. 90% in die Industriestädte des Nordens. [1: 104, 108] In den entwickelten europäischen Ländern erlangten nach dem zweiten Weltkrieg die „Gastarbeiter“ aus den ehemaligen Kolonien und aus den weniger entwickelten europäischen Ländern große Bedeutung. So belief sich die Ausländerbeschäftigung in der BRD 1955 auf 0,4% der abhängig Beschäftigten, 1960 auf 1,3%**,** 1965 auf 5,5% und 1970 auf 8,5%. [17: T. II. 1, 172] Anfang 1973 erreichte ihr Anteil 11% und in einigen Industriezweigen, wie der Bauindustrie, sogar über 20%. [16: 75]

Der massenhafte Einsatz ausländischer Arbeitskräfte bedeutet, daß sich die Monopolbourgeoisie in den entwickelten kapitalistischen Ländern eine leicht „abrufbare“ und auswechselbare Reservearmee schafft, die sie nicht nur von der direkten Konfrontation **[696]** mit der eigenen Arbeiterklasse entlastet, sondern ihr auch vielfältige ökonomische Vorteile bringt (durch stärkere Ausbeutung, durch unterdurchschnittliche Beanspruchung des Rentensystems und der Kranken- und Arbeitslosenversicherung, durch niedrigere Ausgaben für die gesellschaftliche Konsumtion vor allem im Gesundheits- und Bildungsbereich). [17: T. II. 1, 172 f.] Die künstliche Festigung entsprechender Strukturen durch die

Monopolbourgeoisie ist nicht nur ein Mittel zur Sicherung des Monopolprofits, sondern auch der Klassenherrschaft, indem die ethnisch unterschiedlichen Arbeitsgruppen gegeneinander ausgespielt werden.

Im Hinblick auf die innere Struktur der Bourgeoisie spielt die Differenzierung nach der Position bzw. Funktion in der gesellschaftlichen Organisation der Arbeit sowie nach der Anlagesphäre des Kapitals (Arbeitsteilung im allgemeinen) die entscheidende Rolle. Im erstgenannten Fall wird die Differenzierung durch die Ausprägung der charakteristischen Klassenmerkmale der Bourgeoisie bestimmt, d. h. durch den Umfang des Kapitalbesitzes und speziell der ausgebeuteten Lohnarbeit. [10: 87] [6: 92] In den Etappen der industriellen Revolution sonderte sich die Kleinbourgeoisie von der „großen Bourgeoisie“ allmählich als eigenständige Mittelschicht ab, während die „große Bourgeoisie“ in zwei Hauptschichten zu zerfallen begann: die kleinen und mittleren Kapitalisten (beide zusammen als mittlere Bourgeoisie bezeichnet) und die großen Kapitalisten (die Großbourgeoisie). Beim Übergang zum Monopolkapitalismus entstand die Monopolbourgeoisie, aus der heraus – in Verbindung mit weiteren Konzentrations- und Zentralisationsprozessen – besondere Finanzgruppen (Finanzoligarchie) und staatsmonopolistische Gruppierungen (Verflechtung von Monopolbourgeoisie und oberer Staats- und Parteienbürokratie) erwuchsen. Diesen herrschenden Gruppierungen, die keineswegs stabil sind, stehen die ebenfalls lockeren Gruppierungen der nichtmonopolistischen Bourgeoisie gegenüber.

Innerhalb der herrschenden Klasse der Bourgeoisie hat es stets durch spezielle ökonomische Interessen gekennzeichnete Gruppierungen gegeben, die dominierten. So verlagerte sich z. B. nach der Julirevolution in Frankreich 1830 das Schwergewicht von der bürgerlichen Grundbesitzerklasse auf die Bankiers und auf die mit ihnen liierten und alliierten Grundbesitzer, die sogenannte Finanzaristokratie [MEW 7: 12], und nach der Februarrevolution 1848 traten alle besitzenden Klassen in den Kreis der politischen Macht ein. [MEW 7: 18] Mit der Herausbildung der Monopolbourgeoisie entstand eine herrschende Schicht, die nicht nur besondere ökonomische Interessen innerhalb der herrschenden Klasse vertrat, sondern einen Teil der herrschenden Klasse von der direkten Machtausübung weitgehend ausschloß. [9: Bd. 5, 69] Dieser Prozeß zeigt Analogien zur Ausschaltung der Kleinbourgeoisie von der Macht in der Etappe der industriellen Revolution. [MEW 7: 39; 22: 514] Allerdings bedeutet diese Entwicklung nicht, daß das Monopoleigentum nicht weiterhin kapitalistisches Eigentum ist und damit die gemeinsame Klassengrundlage zwischen monopolistischer und nichtmonopolistischer Bourgeoisie erhalten bleibt.

Auch innerhalb der Monopolbourgeoisie erlangten bestimmte Gruppierungen eine vorherrschende Stellung. Soweit die reaktionärsten und chauvinistischsten Kräfte die Oberhand erlangten, wurden die Tendenzen zur Beseitigung jeglicher bürgerlicher Freiheiten und zur Errichtung offener Diktaturen verstärkt. Nach dem ersten Weltkrieg, im Zusammenhang mit der Entwicklung der allgemeinen Krise des Kapitalismus, stützten sie sich vor allem auf faschistische Strömungen mit einer kleinbürgerlichen Massenbasis.

Eine besondere Stellung unter den herrschenden Gruppierungen nimmt die Klasse der Großgrundbesitzer ein, einmal als besondere Klasse, vor allem in den frühen Etappen des Kapitalismus, zum anderen als Bestandteil der herrschenden Klasse, im Laufe **[697]** der Entwicklung des Kapitalismus immer mehr mit der Bourgeoisie verschmelzend. Die Hervorhebung der Großgrundbesitzer als besonderer Klasse macht auf ihren eigenständigen Platz beim Übergang zum Kapitalismus in vielen Ländern aufmerksam. Dabei ist für die Charakterisierung dieser Klasse entscheidend, in welchem Maße sie durch die kapitalistische Produktionsweise erfaßt und umgebildet wird. In England hatte der „Verbürgerlichungsprozeß“ dieser Klasse bereits im 15. Jh. eingesetzt. Engels schrieb, daß nach den sogenannten Rosenkriegen ein neuer Adel bürgerlichen Ursprungs und mit bürgerlichen Tendenzen entstanden wäre. [MEW 7: 374] In den USA standen die sklavenhaltenden, aber kapitalistisch wirtschaftenden Plantagenbesitzer am Anfang der Entwicklung des Großgrundbesitzes, damit also von vornherein ein kapitalistischer Typ von Landbesitzern. [MEW 23: 250, 354, 787] In Frankreich war der Großgrundbesitz zwar durch die bürgerliche Revolution von 1789 schlagartig beseitigt worden; doch in den Jahren der Restauration (1815-1830) wurde mit Hilfe riesiger staatlicher Subventionen ein neuer Großgrundbesitz geschaffen. Die neue Großgrundbesitzerklasse – obwohl teilweise dem alten Adel bzw. den zurückgekehrten Emigrantenschichten angehörend – war trotz bestimmter

feudaler Attribute vollständig verbürgerlicht und bildete eine der großen Abteilungen der Bourgeoisie. [MEW 8: 1401 Hinzu kam, daß eine Reihe der mächtigsten Bourgeois sich in den Großgrundbesitz einkauften. In Deutschland schließlich vollzog sich der Übergang der feudalen Großgrundbesitzerklasse zu einer kapitalistisch wirtschaftenden Klasse erst seit der bürgerlichen Umwälzung zwischen 1807 und 1871, als verschiedene Typen von Großgrundbesitzern entstanden. [7: 286]

Die Entwicklung der Mittelschichten ist aufs engste mit der Herausbildung und den Veränderungen der beiden Grundklassen der kapitalistischen Gesellschaft verbunden. Aufgrund der gesellschaftlichen Arbeitsteilung werden folgende Elemente der Klassen- und Sozialstruktur dazugerechnet [7: 274 f.] [18: 11 f.]: erstens die aufgrund der gesellschaftlichen Arbeitsteilung zwischen Stadt und Land bestehenden beiden großen Gruppierungen: städtische Mittelschichten – vor allem im Bereich des Handwerks und Handels – und ländliche Mittelschichten – insbesondere die kleinen und mittleren Bauern –,und zweitens die aufgrund der gesellschaftlichen Arbeitsteilung zwischen geistiger und körperlicher Arbeit bestehenden Gruppierungen: Angestellte und Intelligenz.

Die ersten beiden Gruppierungen sind die traditionellen, „alten“ Mittelschichten. Da für sie die einfache Warenproduktion die ökonomische Grundlage ist, bilden sie das Kleinbürgertum im eigentlichen Sinne des Wortes. Sie entstehen im Verlaufe der industriellen Revolution durch Umdifferenzierung ehemals feudaler Schichten, insbesondere des städtischen „zünftigen“ Handwerks und der feudalabhängigen Bauernschaft. Das Handwerk erreichte in einigen Ländern, wie z. 13. Deutschland, am Ende der industriellen Revolution seine größte Ausdehnung (im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung). In anderen Ländern, wie England, wo das Feudalsystem bereits vor der industriellen Revolution weitgehend durchlöchert war und bürgerliche Züge vorherrschten, spielte das städtische Kleinbürgertum am Ende der industriellen Revolution eine weit geringere Rolle. Dasselbe galt für die bäuerlichen Mittelschichten. In der Mitte des 19. Jh. lag in England der Anteil der Kleinbourgeoisie (in Stadt und Land), gemessen an der arbeitsfähigen Bevölkerung, bei nur annähernd 8%; das war etwa der gleiche Anteil wie der der Bourgeoisie. [13: 154, 197] Die anderen entwickelten kapitalistischen Länder unterschieden sich von England nicht nur durch einen bedeutend größeren Anteil der kleinbürgerlichen Schichten (er lag zwischen 25 und 45%), sondern auch dadurch, daß hier im Gegensatz zu England der Anteil der bäuerlichen kleinbürgerlichen Schichten den der städtischen bei weitem übertraf (Dorfbevölkerung 50-80% gegenüber 20-30% in England). [13: 220]

[698] Die Entwicklung der Kleinbourgeoisie verlief in den einzelnen Ländern unterschiedlich. Die Grundtendenz war jedoch, daß das Handwerk zunehmend aus der Produktion verdrängt wurde (s. 2.5.8.), während das Kleingewerbe im Handel und der Dienstleistungsbereich eine wachsende Tendenz zeigte. Auch die Mittelschichten in der Landwirtschaft unterlagen einem Verdrängungsprozeß, der allerdings in den meisten Ländern viel langsamer als im Handwerk verlief und zeitweilig, durch starke Gegentendenzen gebremst, sogar in sein Gegenteil umschlug. So setzte sich in Ländern wie Deutschland, in denen eine bürgerliche Revolution „von oben“ stattgefunden hatte und die Entwicklung der Produktivkräfte in der Landwirtschaft gehemmt wurde, der kapitalistische Differenzierungsprozeß dergestalt durch, daß die Zahl der Klein- und Mittelbauern bis Ende des 19. Jh. zunahm. [2] Einerseits ging zwar die Zahl der von der Landwirtschaft lebenden Personen (Erwerbstätige einschließlich Angehörige) rasch zurück, andererseits vermehrte sich jedoch die Zahl der klein- und mittelbäuerlichen Stellen. Seit den 90er Jahren ging auch die Zahl der „Selbständigen“ in der Landwirtschaft zurück, wobei davon vor allem die kleinbäuerlichen Schichten betroffen wurden, während die mittelbäuerlichen Schichten weiter zunahmen. [20: 135]

In der ersten Etappe der allgemeinen Krise wurden die rückständigen sozialen Strukturen in der Landwirtschaft weiter konserviert. [3: 107 f.] Erst seit den 50er Jahren begannen die kapitalistischen Gesetze ungehemmter zu wirken. Das Ergebnis war, daß z. B. in der BRD in rd. 20 Jahren (1949-1970) in der Größenklasse von 2 bis 5 ha 303.000 Betriebe und in der Größenklasse von 5 bis 20 ha 160.000 Betriebe verschwanden, ein einmaliger Verdrängungsprozeß in der Geschichte der kapitalistischen deutschen Landwirtschaft. [17: T. II. 2, 80 f.]

Auch in anderen fortgeschrittenen Industrieländern konnten die klein- und mittelbäuerlichen Schichten noch eine Zeitlang ihre sozialen Positionen behaupten, wenngleich nur unter größten persönlichen

Opfern, durch Ausdehnung des Arbeitstages, durch Einbeziehung der Angehörigen, selbst der Kinder, in den Arbeitsprozeß und nicht selten auch durch Nebenarbeit in der Industrie.

Mit dem Übergang zum Imperialismus entwickelten sich in schnellem Tempo zwei neue Mittelschichten, die Angestellten und die Intelligenz. [LW 4: 196] Ihr Wachstum wird vor allem durch den Fortschritt der Produktivkräfte hervorgerufen. Ihre schnellste Expansion fand zunächst in der Industrie statt. In Deutschland z. B. stieg der relative Anteil der in der Industrie beschäftigten Angestellten bis zum ersten Weltkrieg besonders schnell an, und zwar trotz gleichzeitiger Ausweitung des Warenzirkulations- und des Dienstleistungssektors. Zwischen den beiden Weltkriegen verlangsamte sich das Wachstum der Zahl der Industrieangestellten gegenüber dem der anderen Angestelltenkategorien und nahm nach dem zweiten Weltkrieg wieder zu. [14: 31, 44] [17: T. II. 1, 283]

In der gesamten Zeit erhöhte sich jedoch der Anteil der Angestellten an der Gesamtzahl der Beschäftigten. Auch in anderen imperialistischen Ländern läßt sich dieser Prozeß verfolgen. In den USA z. B. betrug der Anteil der Büro- und Handelsangestellten an der arbeitsfähigen Bevölkerung 1880 6,8%, 1900 8%, 1920 bereits 15% Nach einer Verlangsamung des Entwicklungstempos dieser Schicht zwischen 1920 und 1940 tritt seitdem eine erneute Beschleunigung ihres zahlenmäßigen Wachstums ein. [13: 202]

Die Perioden der besonders schnellen Zunahme der Angestelltenzahl stehen mit den Etappen der Entwicklung der Produktivkräfte in unmittelbarem Zusammenhang, so zwischen 1900 und 1920 mit der schnellen Ausbreitung der Mechanisierung und dem Übergang zu einer neuen Organisation der Produktion, nach 1940 mit der raschen Durchsetzung einiger Prozesse der wissenschaftlich-technischen Revolution. In dieser letzten Etappe beschleunigt sich auch das Entwicklungstempo der Intelligenz.

[699] Angestellte und Intelligenz sind – gegenüber einer zuweilen in der Literatur anzutreffenden Auffassung – Schichten mit eigener sozialer Qualität. Auch wenn in ihnen Angehörige verschiedener Klassen und Schichten vertreten sind, lassen sie sich nicht auf diese aufteilen. Die Unterscheidung, daß der Begriff „Angestellte“ formal-juristischen Charakter trage, während der Begriff „Intelligenz“ eine reale soziale Gruppe bezeichne (19: 57), läßt die spezifischen sozialen Merkmale speziell der Angestelltenschicht außer acht. Mit der Vollendung der industriellen Revolution entstanden die Grundlagen für die Herausbildung einer relativ selbständigen Angestelltenschicht. Die schnelle Konzentration und Zentralisation der Produktion führte zur Verselbständigung einer Reihe von Funktionen der Kapitalisten, die an Angestellte übergingen. Wenn die meisten dieser Funktionen auch zunehmend entwertet wurden, so unterschied sich doch der größte Teil der Angestelltenschicht über lange Zeit objektiv, aufgrund seiner besonderen Stellung in der gesellschaftlichen Organisation der Arbeit, von anderen Klassen und Schichten. Die formal-juristische Abgrenzung erfolgte erst im nachhinein. Sie spielte zudem in einigen Ländern (z. 13. Deutschland) eine weit größere Rolle als in anderen (z. 13. USA), wo besondere Bedingungen eine frühe Einschaltung des Staates in die Sozialbeziehungen (z. 13. durch die staatliche Sozialgesetzgebung) verhinderten oder nicht notwendig machten, wo also auch die Formierung gesellschaftlicher Gruppen wie der Angestellten oder der Arbeiter (durch Privilegierung oder Diskriminierung) nicht so früh und zielgerichtet durch den Staat beeinflußt wurde.

Als schwierig erweist sich bis heute die Abgrenzung zwischen Angestellten und Intelligenz nicht nur von den Arbeitsmerkmalen her, sondern auch im Hinblick auf die formal-juristische Zuordnung. Gerade dabei zeigt sich aber, daß der Begriff der „Angestellten“ von seiner formal-juristischen Bestimmung gelöst und vor allem auf die Gruppen der Angestellten bezogen werden muß, die für die soziale Einordnung dieser Schicht ausschlaggebend sind: die Handels-, Industrie- und Verwaltungsangestellten, die an Tätigkeiten gebunden sind, welche nicht das Spezifische der Intelligenz berühren, die also keine hochqualifizierte geistige Tätigkeit ausüben und infolgedessen auch einen anderen Platz in der gesellschaftlichen Arbeitsteilung einnehmen.

Sowohl bei den Angestellten als auch bei der Intelligenz nimmt mit der Entwicklung des Monopolkapitalismus die innere Differenzierung zu. Es treten immer mehr die entscheidenden Klassenmerkmale in den einzelnen, nach Tätigkeitssphären und Berufen unterschiedenen Gruppen hervor. Gleichzeitig zeigt diese Entwicklung, daß die historisch unvermeidliche Tendenz des Verfalls der Mittelschichten

und ihrer Polarisierung auch die „neuen“ Mittelschichten erfaßt. Wenn die industrielle Revolution die Arbeiterklasse unmittelbar hervorgebracht hat, so führten die Mechanisierung der Büroarbeit seit Ende des 19. Jh. und die sogenannte „Computer-Revolution“ nach dem zweiten Weltkrieg [12: 75 ff.] zur massenhaften Herausbildung vornehmlich werktätiger Schichten der Angestellten und der Intelligenz. Es entstand ein neuer Typ des „Lohnarbeiters“.

Besonders tiefe Einschnitte in der Entwicklung der Angestellten und der Intelligenz waren die beiden Weltkriege. Nach dem ersten Weltkrieg wurde nicht nur die Arbeit der großen Masse der Angestellten zunehmend entwertet, wurden massenhaft un- und angelernte Angestellte mit rein mechanischen Arbeiten beschäftigt, die leicht untereinander austauschbar waren [8: 12 f.] , sondern Kriegsfolgen, Inflation und Weltwirtschaftskrise verstärkten den Proletarisierungsprozeß dieser Schichten. Arbeitslosigkeit, zunehmende Existenzunsicherheit und die Beschneidung der sozialen Aufstiegsmöglichkeiten wurden zu ständigen Begleiterscheinungen der Entwicklung der Angestelltenschicht, und auch wesentliche Teile der Intelligenz wurden davon betroffen.

Die Wandlung der Schichten der Angestellten und der Intelligenz in ihrer Struktur **[700]** sowie ihre Proletarisierung führten diese Schichten jedoch nicht automatisch zu einer proletarischen Ideologie. Dem wirkten verschiedene Faktoren entgegen. Da waren zunächst die traditionellen Leitbilder und Überlieferungen, die sich auf die besondere „gehobene“ Stellung dieser Schichten als „leitende“ und „verwaltende“ Organe der kapitalistischen Unternehmer stützten – so wie sie in der Frühzeit der kapitalistischen Entwicklung tatsächlich typisch gewesen war. Des weiteren muß die bewußte Politik eines Teil der Bourgeoisie auf staatlicher und betrieblicher Ebene gesehen werden, insbesondere die Angestellten – in Deutschland bereits seit den 90er Jahren des 19. Jh. – als Massenbasis zu gewinnen. Ökonomische und soziale Maßnahmen (besonderer „ständischer“ Gesetzesstatus, besondere soziale Absicherung usw.) zielten darauf hin, der Proletarisierung der Angestellten entgegenzuwirken, ihre privilegierte Stellung zu erhalten und die Unterschiede zur Arbeiterklasse bzw. zu derem revolutionären Kern möglichst zu vertiefen. [14: 163]

Vor allem nach dem zweiten Weltkrieg sind die „neuen“ Mittelschichten in den kapitalistischen Hauptländern immer mehr in den revolutionären Kampf der Arbeiterklasse einbezogen worden. Auch wenn für einen großen Teil weiterhin ideologische Unterschiede zur Arbeiterklasse bestehen, erkennen doch immer mehr die Notwendigkeit gesellschaftlicher Veränderungen an. Allerdings sind die Vorstellungen über Ziel und Umfang dieser Veränderungen in den einzelnen Abteilungen der Mittelschichten unterschiedlich. Ihre sozialökonomischen, sozialpsychologischen und ideologischen Besonderheiten müssen in der praktischen Politik berücksichtigt werden, wobei das gesellschaftliche Verhalten bei den „neuen“ Mittelschichten weit vielgestaltiger in Erscheinung tritt als bei den „alten“, weil auch die soziale Zusammensetzung der ersteren viel differenzierter ist. [18: 38 f.] Grundsätzlich gilt, daß die sozialökonomische Position und die gesellschaftliche Rolle der Mittelschichten nur in den Wechselbeziehungen der Grundklassen der kapitalistischen Gesellschaft erkannt werden kann.

Literatur:

1. *Arnault, J.*: Die Arbeiterklasse der USA. Frankfurt/M. 1974; 2. *Ballwanz, I.:* Sozialstruktur und Produktionsentwicklung in der deutschen Landwirtschaft 1871-1914. Rostock 1977 (Diss.); 3. *Berthold, R.,* in: JWG 1974, T. III; 4. *Burlazkij, F./Galkin, A.:* Sociologia. Politika. Meždunarodnye otnoienija. Moskau 1974; 5. *Danilin, G. D.:* Avtomatizacija i ejo social'noėkonomičeskie posledstvija pri kapitalizme. Moskau 1974; 6. *Handke, H.,* in: Studien zum deutschen Imperialismus vor 1914. Berlin 1976; 7. *Ders.* in: JG 1976.; 8. *Kracauer, S.*: Die Angestellten, Frankfurt/M. 1974; 9. *Kuczynski, J.:* Die Geschichte der Lage der Arbeiter unter dem Kapitalismus. Bd. 1-38, Berlin 1960-1972; 10. *Ders.:* Klassen und Klassenkämpfe im imperialistischen Deutschland und in der BRD. Berlin 1972; 11. *Leisewitz, A.:* Klassen in der Bundesrepublik Deutschland heute. Frankfurt/M. 1977; 12. *Pesčanskij, V. V.:* Služaščie v buržuaznom obščestve. Moskau 1975; 13. *Semjenow, W. S.*: Kapitalismus und Klassen. Berlin 1972; 14. *Steiner, H.:* Soziale Strukturveränderungen im modernen Kapitalismus. Berlin 1967; 15. *Zwahr, H.,* in: Kultur und Lebensweise des Proletariats. Berlin 1973; 16. *Arbeiterklasse im Kapitalismus.* Berlin 1976; 17. *Klassen- und Sozialstruktur der BRD.* T. I-III, Frankfurt/M. 1973-1975; 18. *Mittelschichten im gegenwärtigen Kapitalismus.* Berlin 1978; 19.

Rabočij klass v social'noj strukture industrial'no-razvitych kapitalističeskich stran. Moskau 1977; 20. *Statistik des Deutschen Reiches.* N. F., Berlin 1884 ff.

Horst Handke **[701]**

2.5.14. Kolonialismus und Neokolonialismus

Die Geschichte des Kolonialismus ist ein untrennbarer Bestandteil der Geschichte des Kapitalismus, des kapitalistischen Weltmarkts und der kapitalistischen internationalen Arbeitsteilung. Mit der Entwicklung der kapitalistischen Produktionsweise veränderte sich auch die Rolle der Kolonien. Hatte die Ausplünderung der kolonialen Gebiete und Völker zunächst vor allem als Quelle der ursprünglichen Akkumulation von Kapital gedient (s. 2.4.12.), so wurden die Kolonien im weiteren Verlauf ein wichtiges Feld für die Betätigung des dem Kapitalismus eigenen Expansionsdranges. Für den vormonopolistischen Kapitalismus lassen sich zwei Phasen der Kolonialpolitik unterscheiden: der Kolonialismus der Manufakturperiode und der darauffolgende des industriellen Kapitalismus. In der ersten Phase, die sich bis etwa zum Ende des 18. Jh. erstreckte, wurde das koloniale Vorgehen wesentlich von dem zum großen Teil in den mit einem staatlichen Monopol ausgestatteten Handelskompanien organisierten, wie z. B. der britischen Ostindischen Kompanie (1600-1858), und aufgrund von Nicht-Äquivalentenaustausch riesige Profite erzielenden Handelskapital bestimmt.

Gehandelt wurde dabei vor allem mit kolonialen Produkten, wie Edelmetallen, Elfenbein, Gewürzen und Textilerzeugnissen aus den Kolonien, sowie mit Sklaven, hauptsächlich für mittel- und nordamerikanische Bergwerke und Plantagen. Dabei zeigten sich Bestrebungen, Kolonialgebiete als Rohstofflieferanten und Absatzgebiete für die Manufakturproduktion zu sichern. In diese Periode fällt auch die Beendigung des bis dahin bestehenden portugiesisch-spanischen Kolonialmonopols durch die Errichtung der Kolonialreiche der Holländer und der Briten. Die Auflösung des spanischen Kolonialreichs erfolgte etappenweise. Jamaica wurde schon 1655 von England übernommen und zu einem großen Umschlagplatz für afrikanische Sklaven gemacht. 1713 sicherte sich England mit dem Assiento-Vertrag das Monopol des Sklavenhandels in den noch vorhandenen spanischen Kolonien in Lateinamerika. Die südamerikanischen Kolonien Spaniens errangen von 1810 bis 1824 ihre Unabhängigkeit.

Etwa parallel mit diesem Prozeß bildete sich das britische Kolonialmonopol heraus, das bereits mit der Eroberung und Unterwerfung großer Territorien verbunden war. Doch vielerorts, besonders auf dem afrikanischen Kontinent, beschränkten sich die Briten zunächst darauf, Küstenstreifen oder Stützpunkte an der Küste in Besitz zu nehmen, wo sogenannte Faktoreien als Handelsbasen errichtet wurden.

So wurde England trotz des 1776-1783 erfolgten Verlustes der nordamerikanischen Kolonien zur führenden Kolonialmacht, von der Lenin feststellte: „... zwei der wichtigsten Merkmale des Imperialismus – riesiger Kolonialbesitz und Monopolstellung auf dem Weltmarkt – traten in England schon seit Mitte des 19. Jahrhunderts hervor.“ [LW 22: 288] Der sich rasch entwickelnde industrielle Kapitalismus führte zu einer Neuorientierung der kolonialen Interessen etwa zu Beginn des 19. Jh. Mit der industriellen Revolution erhielt die Kolonialpolitik neue Impulse, veränderte ihre Formen und Methoden und wurde intensiviert. Da die Sklavenarbeit mit den modernen Ausbeutungsmethoden unvereinbar war, wurde der Handel mit Sklaven unter der Flagge humanitärer Forderungen verboten.

England, das bis dahin der größte Sklavenexporteur gewesen war, benutzte den Kampf gegen den Sklavenhandel, um seine koloniale Vorherrschaft auszubauen. Doch hielten sich Sklavenhandel und Sklaverei noch lange Zeit, in den englischen Kolonien bis 1833, im Süden der USA bis zum Ende des Sezessionskrieges 1865, in Brasilien und Kuba bis 1880 bzw. 1888. Die aufkommende maschinelle Großindustrie ließ das Interesse an Rohstoffen aus den Kolonien wachsen. Auch der Bedarf an Lebens- und Genuß-**[702]**mitteln von dort stieg. Gleichzeitig erleichterten neue Verkehrsmittel und neuerschlossene Schiffahrtsrouten die Verbindung mit den Kolonialgebieten, die nun auch als Absatzmärkte für die industriellen Massenartikel an Bedeutung gewannen. Die Privilegien der Handelskompanien und das koloniale Prohibitivsystem, welches darin bestand, unerwünschte Konkurrenten vom Handel mit den Kolonien auszuschließen, wurden als überlebt allmählich abgebaut. Mehr und mehr bestimmten die Interessen des industriellen Kapitals die Kolonialpolitik, doch blieb der Handelsprofit nach wie vor wichtige Triebkraft kolonialer Unternehmungen.

Die Epoche der „freien Konkurrenz“ begann auch in den Kolonialgebieten, wo englische, französische und andere Handelshäuser miteinander konkurrierten. Deutlich trat dabei die Vorherrschaft des englischen Handels hervor, was sich z. B. für Westafrika in folgenden Zahlen ausdrückt:

Tabelle 1
Außenhandel Westafrika 1853-1882 (in Mill. Pfund Sterling) [11: 79]

	1853-1862	1863-1872	1873-1882
Gesamter Handel Britisch-Westafrikas	8,9	19,0	27,3
Großbritanniens Anteil am gesamten Handel mit Britisch-Westafrika	5,7 (64%)	10,7 (56%)	13,9 (51%)
Handel zwischen Großbritannien und anderen westafrikanischen Häfen	25,8	26,2	20,1

Zwar verringerte sich der britische Anteil in der fraglichen Zeit von 64 auf 51%, und in einigen Gebieten, wie an der Senegalküste, herrschte der französische Handel vor, doch waren von dem zu vier Fünfteln von England und Frankreich kontrollierten Handel der gesamten Westafrikaküste zwei Drittel in britischer Hand. [11: 79]

Die europäische Handelstätigkeit machte zwar die überseeische Bevölkerung mit neuen Erzeugnissen und Bedürfnissen bekannt, wirkte jedoch vielfach zerstörend auf einheimische Gewerbe. „Von 1818 bis 1836 stieg die Garnausfuhr aus Großbritannien nach Indien im Verhältnis von 1 zu 5.200. Während 1824 die Ausfuhr von englischem Musselin nach Indien kaum eine Million Yard erreichte, belief sie sich 1837 schon auf über 64 Millionen Yard. In dem gleichen Zeitraum jedoch sank die Bevölkerung Daccas von 150.000 auf 20.000 Einwohner. Dieser Niedergang der durch ihre Gewerbe berühmten indischen Städte war indessen bei weitem noch nicht die schlimmste Folge der britischen Herrschaft. Englische Dampfkraft und englische Wissenschaft zerstörten in ganz Hindustan die Bande zwischen Ackerbau und Handwerk.“ [MEW 9: 130] Die zahlreichen Versuche der kolonialen Bevölkerung, sich gegen die brutale Ausbeutung der Kolonialherren zu wehren, konnten mit Hilfe effektiverer Waffen und aufgrund der technischen Überlegenheit der Eroberer niedergeschlagen werden, wurden aber nie endgültig erstickt.

Nachdem dann um die Mitte des 19. Jh. die schnelle industrielle Expansion sowie politische Probleme in und zwischen den Staaten Europas die Aufmerksamkeit der Bourgeoisie eine Zeitlang absorbiert hatten und die zurückgehende ökonomische Attraktivität einiger überseeischer Gebiete die koloniale Aktivität erlahmen ließ – Holländer und Dänen hatten sich schon seit Anfang des Jahrhunderts allmählich aus Afrika zurückgezogen, die Entwicklung der portugiesischen Besitzungen stagnierte –, zeigten sich **[703]** selbst in England Tendenzen vorübergehender Kolonialmüdigkeit. Der Kapitalismus entwickelte sich in dieser Zeit vorwiegend in die Tiefe, d. h. innerhalb der einzelnen fortgeschrittenen Länder. Jedoch erlahmte die koloniale Expansion nie völlig, sondern selbst in dieser Periode kam es, wenn auch begrenzt, zu kolonialen Eroberungen.

In der 2. Hälfte des 19. Jh., besonders in der Periode des Übergangs zum Monopolkapitalismus, als sich mit wachsender industrieller Produktion und der Ausbreitung kapitalistischer Produktionsverhältnisse innerhalb der führenden Mächte die kapitalistischen Widersprüche, insbesondere aber der Widerspruch zwischen Produktion und Markt, verschärften, verstärkte sich erneut die Tendenz zum Wachstum des Kapitalismus in die Breite. Damit verstärkte sich der Drang, die Sphäre der Kolonialherrschaft einiger kapitalistischer Staaten auf immer neue Territorien auszudehnen. Koloniale Forschungsreisen, abenteuerliche Expeditionen und Missionare bereiteten die Kolonialexpansion materiell und propagandistisch vor. Allein von 1871 bis 1890 fanden 131 koloniale Expeditionen nur auf den afrikanischen Kontinent statt. [9: 7]

Neben die alten Kolonialmächte England, Frankreich, Spanien, Portugal, Holland traten Belgien und das neugegründete Deutsche Reich, dessen Bourgeoisie den soeben geschaffenen einheitlichen nationalen Markt mit der Hinzugewinnung von Kolonien „verlängern“ wollte. Gleichzeitig sollten die mit der Eroberung neuer Territorien entstehenden Möglichkeiten, insbesondere zur Auswanderung eines Teils der industriellen Reservearmee dorthin, als Ventil für sich stauende soziale Probleme

dienen. Doch gehörte zu den Motiven der Besitzergreifung auch, daß man die Gebiete den kapitalistischen Rivalen vorenthalten bzw. sie sich für zukünftige Verwendung sichern wollte.

Unter Überwindung des Desinteresses und des Widerstandes eines Teils der freihändlerischen Bourgeoisie in den wichtigsten europäischen Zentren setzte das koloniale Wettrennen um die Aufteilung der Welt ein. Mit dem Einsatz moderner Waffen, mittels Betrug und durch Bestechung einheimischer Herrscher wurden die noch frei gebliebenen überseeischen Gebiete, insbesondere in Afrika, unter koloniale Herrschaft gebracht, wobei es zu Reibereien und sogar kriegerischen Auseinandersetzungen unter den Kolonialmächten kam (u. a. die deutsch-englischen Spannungen 1884/85, der französisch-englische Faschodakonflikt 1898, der spanisch-amerikanische Krieg 1898, der russisch-japanische Krieg 1904/05). Aufstände der kolonialen Völker wurden brutal niedergeschlagen (die Aschantikriege, der ägyptische Aufstand 1881/82, die Kämpfe in den deutschen Kolonien 1887, 1904/05 usw.). Der rücksichtslose Gebrauch ihrer überlegenen Waffentechnik durch die Eroberer diente außerdem dazu, das Zwischenhandelsmonopol der Küstenstämme zu brechen, Zwangsarbeiter für Karawanentransporte, Plantagen und Bahnbau zu rekrutieren. Auch die Einführung von Kopf- oder Hüttensteuern diente dazu, die sich selbst versorgende Bevölkerung auf die Plantagen und in die Bergwerke der Kolonialherren zu zwingen, zugleich trug sie dazu bei, die bestehenden sozialen Strukturen aufzulösen. Die grausamen Unterwerfungsmethoden wurden von einer rassistischen Ideologie gerechtfertigt. Als Prototyp der von den Eroberern angewandten Herrschaftsformen unterschieden sich die direkte Herrschaft in den französischen Kolonien und die vielfach von den Engländern praktizierte indirekte Herrschaft, welche die alten Stammeshierarchien und Herrschaftsverhältnisse ausnutzte und sie kolonialistischen Zwecken dienstbar machte.

In dieser Periode traten staatlich privilegierte, mit Souveränitätsrechten ausgestattete Kolonialgesellschaften noch einmal für kurze Zeit in den Vordergrund. Sie erwiesen sich jedoch bald als ineffektiv für die Verwaltung und Ausbeutung der Kolonien im Sinne des imperialistischen Kapitalismus. Ihre Rechte wurden daher vom Staat übernommen.

[704] Im Ergebnis des kolonialen Wettrennens waren zu Beginn der monopolkapitalistischen Epoche die Kolonialgebiete im wesentlichen unter die Mächte aufgeteilt. Die wenigen noch verbliebenen Gebiete gerieten in der folgenden Zeit fast sämtlich unter die Herrschaft des Imperialismus. Als letzte koloniale Eroberung erfolgte 1936 die Besetzung Äthiopiens durch italienische Truppen. „Die Welt hat sich zum erstenmal als bereits aufgeteilt erwiesen, so daß in der Folge *nur noch* Neuaufteilungen in Frage kommen, d. h. der Übergang von einem ‚Besitzer' auf den anderen, nicht aber die Besitzerergreifung herrenlosen Landes." [LW 22: 259] (s. Tab. 2)

Tabelle 2
Kolonialbesitz der Großmächte 1876 und 1914 (in Mill. km² und Mill. Einwohnern) [LW 22: 262]

	1876 km²	Einwohner	1914 km²	Einwohner
England	22,5	251,9	33,5	393,5
Frankreich	0,9	6,0	10,6	55,5
Deutschland			2,9	12,3
USA			0,3	9,7
Japan			0,3	19,2
Rußland	17,0	15,9	17,4	33,2
Sechs Großmächte insgesamt	40,4	273,8	65,0	523,4

Mit dem imperialistischen Stadium des Kapitalismus traten neben die bisherigen Funktionen der Kolonien als Absatzmärkte und Lieferanten von Rohstoffen und tropischen Erzeugnissen neue Funktionen bzw. erhielten bisher weniger wichtige Funktionen erstrangige Bedeutung. Die Rolle als Rohstofflieferanten gewann mit dem monopolistischen Streben nach Sicherung der Rohstoffquellen eine neue Dimension. Hinzu kam das Streben nach Kapitalexport, der nicht mehr, wie der Warenexport, ein zeitlich eng begrenztes, sondern ein langfristiges Risiko einschloß. Dies verstärkte den Drang nach kolonialen Erwerbungen und wirkte gleichzeitig tiefgreifend auf die ökonomische Entwicklung der kolonialen Gebiete und der Metropolen ein. Einerseits stimulierte der Bedarf der Metropolen die

Erzeugung bestimmter Produkte und eine Entwicklung des Kapitalismus in den Kolonien, andererseits hatte die Ausrichtung der Produktion allein auf die Bedürfnisse der Metropolen eine einseitige ökonomische Struktur der Kolonien zur Folge, die sich vielfach als Monokultur darstellte. Monoproduktion und Monokultur verursachten schwere Defekte der kolonialen Wirtschaft, wie ständige Instabilität und Abhängigkeit von plötzlichen Schwankungen des Weltmarktes, inflationäre Entwicklungen und eruptives Steigen der Lebenshaltungskosten, Störungen des ökologischen Gleichgewichts infolge von Raubbau und Auslaugung der Böden, Unterernährung der Bevölkerung usw.

So stieg in Indien in der Zeit von 1934/35 bis 1939/40 „die Anbaufläche für nicht der Ernährung dienende Pflanzen um 1,7 Millionen Acres, während in der gleichen Zeit bei der Anbaufläche für Nahrungsmittel ein Rückgang von 1,5 Millionen Acres zu verzeichnen war“ [4: 221] und die Volksmassen hungerten. Das sich so herausbildende weitumspannende System der kapitalistischen Arbeitsteilung zwischen den industriell entwickelten Ländern und ihrer Agrar-Rohstoff-Peripherie vertiefte die Kluft im ökono-**[705]**mischen Entwicklungsniveau zwischen diesen beiden Hauptländergruppen innerhalb der kapitalistischen Weltwirtschaft. Die Bourgeoisie hatte nicht nur die kolonialen Territorien ausgeplündert und in vielen Fällen ihre Produktivkräfte zerstört, sondern sie auch in ökonomische Anhängsel der Metropolen verwandelt. „Wie sie das Land von der Stadt, hat sie die barbarischen und halbbarbarischen Länder von den zivilisierten, die Bauernvölker von den Bourgeoisvölkern, den Orient vom Okzident abhängig gemacht.“ [MEW 4: 466] Die monokulturelle Struktur der Produktion der Kolonien widerspiegelte sich in der Struktur ihres Exports. So wurden beispielsweise im Jahre 1956 in folgenden afrikanischen Ländern mindestens 50% der Ausfuhr von nur einer Warenart bestritten: Kenia, Zentralafrikanische Föderation, Sudan, Ghana, Liberia, Mauritius. In letzterem Land machte eine Warenart (Rohrzucker) sogar 90% des Exports aus. [6: 269]

Die einseitige Produktionsentwicklung wurde durch die Wirkungen des imperialistischen Kapitalexports in die Kolonien noch befestigt. Zwar konnte der Kapitalexport, während er in einzelnen exportierenden Ländern, vor allem in England, eine Tendenz der Stagnation industriellen Wachstums hervorrief, in den importierenden Ländern zur Entwicklung der Produktivkräfte sowie dazu beitragen, daß sich eine einheimische Industrie entwickelte, doch konzentrierten sich diese Fortschritte in der überwiegenden Mehrheit auf die extraktive Industrie, deren Erzeugnisse in den Metropolen weiterverarbeitet wurden. Auch der durch Kapital aus den Metropolen finanzierte Ausbau von Teilen der Infrastruktur, wie Häfen und Bahnen, war einseitig den Bedürfnissen des Rohstoffexports sowie militärischen Erwägungen entsprechend ausgerichtet. Das in die Kolonien aus den industriellen Metropolen expandierende Kapital war nicht daran interessiert, sich hier selbst Konkurrenz zu schaffen und spezialisierte sich daher auf Erzeugnisse für den Weltmarkt bzw. auf die Schaffung entsprechender Transportmöglichkeiten. So waren 1914 über 85% der englischen Auslandsinvestitionen in Eisenbahnen, Produktion mineralischer und pflanzlicher Rohstoffe und Staatsanleihen angelegt. [2: 215] 1951/52 war weniger als 1% der französischen öffentlichen Investitionen in den überseeischen Territorien in industrieller Produktion angelegt. [26: 82 f.] Außerdem blieb der Kapitalexport in die eigentlichen Kolonien begrenzt. Er erfolgte vorwiegend in die sich allmählich aus dem Kolonialstatus erhebenden sogenannten weißen Siedlungsgebiete, wo er allerdings das Heranwachsen eines eigenen Monopolkapitalismus induzierte (s. Tab. 3).

Tabelle 3
Britischer Kapitalexport in die Kolonien 1908-1913 (in Mill. Pfund Sterling) [5: 112]

	1908-1910	1911-1913	Zuwachs oder Abnahme
Kanada	91,5	132,3	+ 40,8
Australien	28,9	35,4	+ 6,5
Südafrika	20,9	14,5	– 6,4
Indien	46,4	12,7	– 33,7
Andere Kolonien	39,0	18,8	– 19,2

Die Tabelle zeigt, daß sich die Tendenzen, den britischen Kapitalexport auf die „weißen“ Siedlungsgebiete zu konzentrieren, vor dem ersten Weltkrieg noch verstärkte. Die deutschen Imperialisten vernachlässigten während ihrer rd. 30 Jahre währenden Ko-**[706]**lonialherrschaft die ökonomische Entwicklung

ihrer Kolonien sogar derart, daß diese Gebiete, obwohl sie fast die sechsfache Größe des Deutschen Reiches besaßen, ständig weniger als 1% des deutschen Gesamtimports lieferten. [12: 156] Es zeigte sich deutlich, daß das Kolonialsystem nur in verhältnismäßig wenigen Ländern günstige Bedingungen für ein Wachstum der Produktion schuf und in der Mehrzahl der unterworfenen Länder dazu führte, daß vorkapitalistische Produktionsverhältnisse gleichzeitig mit kapitalistischen „Inseln“ existieren, in denen Plantagenwirtschaft bzw. extraktive Industrie vorherrschte, wo die Ausbeutung besonders krasse Formen annahm und die Lebensbedingungen der einheimischen Arbeitskräfte nicht nur weit unterhalb derjenigen der Europäer, sondern auch unterhalb jeder Elendsgrenze lagen. Eine wichtige ökonomische Ursache dafür, daß dieses niedrige Lohnniveau praktisch auch nach Beendigung der Kolonialherrschaft weiterbesteht, ist die Existenz einer enormen industriellen Reservearmee in den ökonomisch zurückgebliebenen Ländern bzw. die Tatsache, daß die Überbevölkerung aus Ländern wie Indien und China in andere Gebiete – u. a. Ceylon (Sri Lanka), Indonesien, Malaya, Mauritius, Fidschiinseln, Teile Süd- und Ostafrikas – exportiert wurde und hier zum Sinken der Löhne beitrug (s. Tab. 4).

Tabelle 4
Durchschnittliches Privateinkommen nach Bevölkerungsgruppen in Kenia 1953-1957 (in Pfund Sterling) = (Preise von 1951) [7: 99]

	Afrikaner	Asiaten	Europäer
1953	7,9	157,0	680,0
1954	8,7	155,0	646,0
1955	10,0	179,0	731,0
1956	9,9	170,0	656,0
1957	9,8	166,0	556,0

Äußerst niedrige Arbeitslöhne für die einheimischen Arbeitskräfte sind eine wichtige Quelle kolonialer Maximalprofite des ausländischen Kapitals (s. Tab. 5).

Tabelle 5
Profitraten belgischer Gesellschaften im Inland und im Kongo (in%) [24: 316 f.]

	1951	1952	1953	1954	1955	1956	1957
Belgien	8,6	9,4	7,6	7,2	8,2	9,4	9,5
Kongo	21,7	24,3	20,6	19,3	18,5	20,1	21,0

Die Kolonialprofite, die sich aus der hohen Mehrwertrate und der lange Zeit vorherrschenden relativ niedrigen organischen Zusammensetzung des in den Kolonien angelegten Kapitals ergeben, werden weitgehend in die Metropolen transferiert. Dies trägt ebenfalls dazu bei, die industrielle Entwicklung der Kolonien und abhängigen Länder zu hemmen und die bereits erwähnte, in die Struktur der kapitalistischen Weltwirtschaft „einprogrammierte“ Kluft zwischen dem ökonomischen Entwicklungsniveau der fortgeschrittenen Länder einerseits und dem der kolonialen, ausgebeuteten Länder andererseits ständig zu vertiefen. Zeitweilig allerdings wurde diese Entwicklung auch von Gegentendenzen überlagert. Dies geschah besonders während der zwei Weltkriege und **[707]** führte dazu, daß sich in einer Anzahl kolonialer Gebiete eine einheimische Bourgeoisie sowie eine Arbeiterklasse zu entwickeln begannen (s. Tab. 6).

Tabelle 6
Anzahl der Lohnarbeiter in einigen afrikanischen Kolonien (in 1.000) [15: 112]

		Zahl der Zahl der Lohnarbeiter		Zahl der Lohnarbeiter
Belgisch-Kongo	1936	491,5	1948	820
Französisch-Westafrika	1936	178,9	1948	282
Kenia	1936	213,7	194	394,9
Südrhodesien	1936	254,3	1946	376,9
Nordrhodesien	1938	76,7	1948	127,5
Tanganjika	1937	243,4	1945	342,2
Ägypten	1937	857	1947	1178

Die Herausbildung neuer Klassenverhältnisse in den Kolonien war ein wichtiges Element im insbesondere durch die Große Sozialistische Oktoberrevolution inspirierten, dann nach dem zweiten

Weltkrieg sich gewaltig verstärkenden Befreiungskampf der kolonialen Völker, der zur Zerstörung der Kolonialreiche und zum Entstehen politisch selbständiger Staaten auf dem Territorium der ehemaligen Kolonien führte. Allein vom Ende des zweiten Weltkrieges bis 1963 konnten über 45 Länder ihre staatliche Selbständigkeit erringen. In den folgenden Jahren wurden fast alle ehemaligen Kolonien selbständig. Der Kolonialismus trat damit in eine neue Phase. Der Zerfall des „klassischen" Kolonialsystems ist zwar ein Ausdruck der Schwächung des Imperialismus im dritten Stadium seiner allgemeinen Krise und des gewachsenen Einflusses des Sozialismus, es zeigte sich jedoch, daß die Beseitigung der unmittelbaren politischen Herrschaft der imperialistischen Mächte in den nun politisch selbständigen Entwicklungsländern nicht automatisch die koloniale Struktur ihrer Beziehungen zu diesen Ländern im Rahmen der kapitalistischen Weltwirtschaft tiefgreifend veränderte. Anstelle der in der Periode der Herausbildung des imperialistischen Kolonialsystems die entscheidende Rolle spielenden politischen Herrschaftsverhältnisse war allmählich ein festes System knechtender wirtschaftlicher Abhängigkeiten der industriell wenig entwickelten Länder von den führenden kapitalistischen Staaten entstanden: „Mit der Allmacht des Finanzkapitals in der Weltwirtschaft entstanden qualitativ neue Voraussetzungen für die imperialistische Ausbeutung der ökonomisch rückständigen Länder, ohne diese direkt kolonial zu knebeln." [25: 72] Das System der indirekten Beherrschung – der Neokolonialismus – drückt sich in finanzieller Abhängigkeit der Entwicklungsländer von den Metropolen, verstärktem Kapitalexport in die ehemaligen Kolonien, der vielfach als „ Entwicklungshilfe" ausgegeben wird, in die Kapitaleinfuhr oftmals übertreffenden Profittransfer in die Metropolen und in der offenen Schere zwischen den Preisen der von den Entwicklungsländern exportierten Rohstoffe und denjenigen der industriellen Erzeugnisse aus den Industrieländern aus (s. Tab. 7). **[708]**

Tabelle 7
Kapitalzufluß und -abfluß nach bzw. aus Entwicklungsländern (in Mill. US-Dollar) [1: 13]

		Afrika	Lateinamerika	Asien
1965	Zufluß	182	723	437
	Abfluß	381	1.438	1.367
1966	Zufluß	164	781	271
	Abfluß	719	1.753	1.592
1967	Zufluß	242	648	185
	Abfluß	709	1.793	1.744
1968	Zufluß	202	1.011	159
	Abfluß	964	2.021	1.998
1969	Zufluß	236	1.089	190
	Abfluß	924	2.093	2.139
1970	Zufluß	271	1.142	200
	Abfluß	996	1.944	2.402

Der Neokolonialismus ist ein System verstärkter Ausbeutung der ehemaligen Kolonien und abhängigen Länder und tendiert dazu, diese noch fester an den kapitalistischen Weltmarkt zu binden sowie das System der Arbeitsteilung zwischen den kapitalistischen Industrieländern und ihren Agrar-Rohstoff-Anhängseln zu verewigen. Jedoch ist das neokolonialistische System der indirekten Beherrschung auch ein Zugeständnis des Finanzkapitals der Metropolen an die Bourgeoisie der ehemaligen Kolonien. Es beinhaltet eine Tendenz zur Veränderung der ökonomischen Beziehungen dieser beiden Klassen. Die Industrialisierung der kolonialen und halbkolonialen Länder ist ein irreversibler Prozeß, der eine der Grundlagen des alten Kolonialverhältnisses untergräbt, zudem er dazu führt, daß diese Länder immer weniger die Rolle von Absatzgebieten für die Konsumgüter der industriell fortgeschrittenen Länder spielen. An die Stelle des Konsumgüterimports tritt mehr und mehr der von Produktionsmitteln, der insgesamt den ersteren bereits hinter sich gelassen hat. Dies bedeutet wiederum einen höheren Grad politischer und sozialer Unabhängigkeit für die Bourgeoisie der Entwicklungsländer, die sich in ihren Bemühungen um Lockerung der neokolonialistischen Fesseln auf die sozialistischen Länder stützen können. Wachsende Handelsbeziehungen zwischen den Ländern des Sozialismus und denen der „dritten Welt" sind ein Ausdruck dafür. Gleichzeitig liefern die politische Selbständigkeit und die, wenn auch in unterschiedlichem Maße, fortschreitende Industrialisierung der Entwicklungsländer gemeinsam mit der Verknappung von Rohstoffen, wie sie infolge des rasant fortschreitenden

Industrialisierungsprozesses in den Industrieländern in der gegenwärtigen Phase der wissenschaftlich-technischen Revolution fühlbar wird, die Basis dafür, daß sich die „terms of trade“ zugunsten der Rohstoffländer zu verändern beginnen. Steigende Rohstoffpreise kündigen den Beginn einer Umstrukturierung der Welthandelsbeziehungen an, die von den Entwicklungsländern immer nachdrücklicher gefordert wird und die neokolonialistische Abhängigkeit in Frage stellt. Immer öfter gehen aber auch revolutionäre Veränderungen in diesen Ländern vor sich, welche den Grund dafür legen, daß diese den Neokolonialismus mit Unterstützung der sozialistischen Länder beschleunigt überwinden und aus dem kapitalistischen Weltsystem ausscheren können. **[709]**

Literatur:

1. *Binus, G./Kanapin, K./Zschocke, H.,* in: IPW-Berichte 1975, H. 8; 2. *Bonne, A.:* Studies in Economic Development. London 1960; 3. *Büttner, Th.:* Geschichte Afrikas. T. 1, Berlin 1976; 4. *Dutt, P.:* Indien heute. Berlin 1951; 5. *Gann, L. H./Duignan, P.* , in: Colonialism in Africa 1870-1960. Bd. 1, Cambridge 1969, S. 100; 6. *Hance, S.:* African economic development. London 1958; 7. *Kuczynski, J.:* Die Geschichte der Lage der Arbeiter unter dem Kapitalismus. Bd. 27a, Berlin 1965; 8. *Loth, H.:* Kolonialismus und „Humanitäts-Intervention“. Berlin 1966; 9. *Ders.:* Geschichte Afrikas. T. II, Berlin 1976; 10. *Mandeng, P.:* Auswirkungen der deutschen Kolonialherrschaft in Kamerun. Hamburg 1973; 11. *Newbury, C. W.,* in: Colonialism in Africa 1870-1960. Bd. 1, Cambridge 1969, S. 66; 12. *Nussbaum, M.:* Vom „Kolonialenthusiasmus“ zur Kolonialpolitik der Monopole. Berlin 1962; 13. *Ders.:* Togo – eine Musterkolonie? Berlin 1962; 14. *Schilling, H.:* EWG-Schatten über Afrika. Berlin 1963; 15. *Schpirt, A. S.:* Weißer Mann – wofür? Berlin 1960; 16. *Suret-Canale, J.:* Schwarz-Afrika. Bd. 1-2, Berlin 1966; 17. *Wirtz, A.:* Vom Sklavenhandel zum kolonialen Handel. Zürich/Freiberg i. Br. 1972; 18. *Woddis, J.:* Afrika – Kontinent im Morgenrot. Berlin 1963; 19. *Ders.:* Afrika – Der Weg nach vorn. Berlin 1964; 20. *Die afro-asiatische Solidaritätsbewegung. Dokumente.* Berlin 1968; 21. *Kolonialismus und Neokolonialismus in Afrika.* Berlin 1964; 22. *Livre Blanc du Ministère des Affaires Economiques.* Brüssel 1957; 23. *Der Neokolonialismus der westdeutschen Bundesrepublik.* Berlin 1965; 24. *Politische Ökonomie des heutigen Monopolkapitalismus.* Berlin 1972; 25. *UNO:* Processes and Problems of Industrialisation in Underdeveloped Countries. New York; 26. *Die Völker Afrikas.* Bd. 1-2, Berlin 1961.

Manfred Nussbaum

2.5.15. Landwirtschaft

Die Durchsetzung des Kapitalismus in der Landwirtschaft war ein historischer Prozeß, der im Weltmaßstab viele Jahrhunderte umfaßte und auf unterschiedlichen Wegen erfolgte. Der generelle Verlauf der bürgerlichen Umwälzung bestimmte, welchen Weg die Landwirtschaft bei der Durchsetzung der kapitalistischen Produktionsweise einschlug. Lenin unterschied zwei prinzipiell mögliche Wege, den „amerikanischen“ und den „preußischen“. [LW 13: 235 f.] Beim „amerikanischen“ Weg, wie er beispielsweise in Frankreich gegangen wurde, zerschlugen die revolutionär-demokratischen Kräfte die alten feudalen Produktionsverhältnisse, und der Kapitalismus konnte sich relativ ungehindert durchsetzen.

Das Wesen des „preußischen Weges“ bestand darin, daß die alte Gutswirtschaft erhalten blieb und durch Reformen allmählich in eine kapitalistische Junkerwirtschaft umgewandelt wurde. Der Gutsherr, der zu kapitalistischen Formen der Bewirtschaftung überging, wandte jetzt freie Lohnarbeit an, behielt jedoch vielfach halbfeudale Ausbeutungsmethoden bei, wie Gesindezwang, Abarbeit für überlassenes Land und Naturalentlohnung.

Die Vielfalt der historischen Erscheinungsformen läßt sich jedoch nicht allein auf die beiden Grundlinien in der Durchsetzung des Kapitalismus in der Landwirtschaft reduzieren. Darauf verwies bereits Lenin im Vorwort seines Werkes über die Entwicklung des Kapitalismus in Rußland: „Möglich sind natürlich unendlich verschiedenartige Kombinationen aus den Elementen einer kapitalistischen Entwicklung des einen oder **[710]** des anderen Typus, und nur hoffnungslose Pedanten könnten die hierbei entstehenden eigenartigen und verwickelten Fragen allein mit Zitaten aus dieser oder jener Stellungnahme von Marx zu einer anderen historischen Epoche zu lösen suchen.“ [LW 3: 19 f.]

Das 16. Jh., das Jahrhundert des Beginns der kapitalistischen Ära in Europa, sah in England den Sieg der kapitalistischen Produktionsverhältnisse in der Landwirtschaft. In einem fast 200 Jahre dauernden

Umwälzungsprozeß, der Elemente des „preußischen“ und des „amerikanischen“ Weges enthielt, traten die neuen Produktionsverhältnisse an die Stelle der alten, überlebten. Dieser Prozeß ruinierte viele Bauern und führte zu einem starken Anwachsen des Großgrundbesitzes. Aber er setzte neue Energien frei, die fortan zu einem raschen Aufschwung der Produktivkräfte führten und die englische Landwirtschaft für einen längeren Zeitraum zur führenden in der Welt werden ließen. Gleichzeitig entstanden günstige Entwicklungsbedingungen für den Einzug des Kapitalismus ins Gewerbe und die Entstehung der kapitalistischen Industrie.

Obwohl es in England während des Überganges zu kapitalistischen Produktionsverhältnissen eine Bauernfrage gab, die beispielsweise den Aufstand von 1381 prägte, bildete sie jedoch nicht das bestimmende Element der politischen Geschichte. Erst in Frankreich wurde die Bauernfrage zu einem weitaus wichtigeren Problem. In den mittel- und osteuropäischen Ländern sollte sie zum Hauptproblem der Agrarumwälzung werden. Das hing mit der gesellschaftlichen Stellung der Bauern in diesen Ländern zusammen.

Im 18. Jh. war in Frankreich die Bauernschaft die stärkste Gruppe der Besitzer landwirtschaftlichen Kulturbodens. Der Adel hatte selten mehr als 30-40% und die Kirche nicht mehr als 5%. Die Bauern betrieben kleine Wirtschaften, die hoch mit feudalen Abgaben belastet waren und nur in guten Jahren einen Überschuß abwarfen. Außerdem wohnten in den Dörfern sehr viele landlose Tagelöhner, die niemals Aussicht hatten, eine kleine Bauernwirtschaft zu erwerben. Für diesen Teil der Landbevölkerung, der zahlenmäßig die stärkste Bevölkerungsschicht Frankreichs bildete, bedeutete das Feudalsystem eine drückende Last. Es brachte Bauern und Landarmut um die Früchte ihrer Arbeit. Sie hatten ein unmittelbares Interesse am Sturz der Adelsmacht und des Königtums und stellten deshalb die Massenbasis der bürgerlichen Revolution.

Gegen die Feudalität richtete sich der Kampf der 1789 in Frankreich ausbrechenden Revolution. Dadurch rückte die Bauernfrage, die Aufhebung der Feudalrente und die Neuverteilung des ländlichen Grundbesitzes, in den Mittelpunkt des politischen Geschehens. Unter dem Druck der Bauernaufstände hob am 4.8.1789 die Nationalversammlung die feudalen Privilegien auf. Der Bauer wurde zum persönlich freien Bürger erklärt, die Grundzinsen jedoch nicht beseitigt. Erst unter dem Druck neuer Bauernunruhen wurden im Frühjahr 1790 Ablösungsgesetze erlassen, die für die Bauern den 20-25fachen Wert der Grundzinsen als Ablösungssumme festlegten. Die Bauern antworteten auf die für sie ungünstigen Gesetze mit neuen Aufständen, die die Revolution weiter vorantrieben. Erst unter der Jakobinerdiktatur wurden durch die Verordnung vom 17.7.1793 alle Abgaben an die Grundherren entschädigungslos aufgehoben. Damit war auf einfache und schnelle Art die Bauernbefreiung durchgeführt und die Bauern mit der Revolution fest verbunden.

Die Bauernbefreiung wurde durch Maßnahmen ergänzt, die zu einer tiefgreifenden Veränderung in der Verteilung von Grund und Boden führten. Am 2.11.1789 wurde der geistliche Grundbesitz verstaatlicht. 1792 nahm durch die Enteignung der Emigranten und Feinde der Revolution die Zahl der Nationalgüter erheblich zu. Aus Finanz- und politischen Gründen wurden die Nationalgüter verkauft, entweder geschlossen oder in Teilen. Selbst der Kauf durch Käufergruppen war zugelassen. Doch dieser Ver-**[711]**kaufsmodus begünstigte die besitzenden Bauern und Bürger. Die Jakobinerdiktatur wollte deshalb an verdiente Revolutionäre Land kostenlos verteilen bzw. den Dorfarmen Landstücke ohne Anzahlung geben, deren Kaufpreis in 20 Jahresraten ohne Zinsen zu tilgen war. Doch diese Verordnungen kamen nicht zur Durchführung.

Durch den Verkauf der Nationalgüter verschwand der alte Kirchenbesitz vollständig. An Emigrantengütern wurden über 400.000 verkauft, von denen während der Restaurationszeit ein Teil ihren ehemaligen Besitzern zurückgegeben wurden. Ein erheblicher Teil des verstaatlichten Grundbesitzes wurde von den besitzenden Schichten des Dorfes aufgekauft. Dadurch verstärkte sich während der Revolution die soziale Differenzierung der Bauernschaft erheblich. In der Nähe der Städte kauften vor allem Handwerker, Kaufleute, Beamte usw. den Boden, die darauf selbst Bauernwirtschaften betrieben oder ihn verpachteten. Das verstärkte die Herausbildung einer neuen Schicht innerhalb der Bauern, der kapitalistisch wirtschaftenden Großbauern. Gleichzeitig nahm die Zahl der Kleinbauern

erheblich zu, deren Wirtschaft den Inhaber nicht ernähren konnte und die ihre Arbeitskraft an die Großbauern oder Gutsbesitzer verkaufen mußten.

Frankreich war das erste große Land in der Welt, in dem sich die kapitalistischen Produktionsverhältnisse in der Landwirtschaft auf dem „amerikanischen Wege“ durchsetzten. Die Bauern hatten hier einen wesentlich größeren Nutzen von den agrarischen Veränderungen als in England. Frankreich blieb das einzige Land in Europa, wo während des Übergangs zum Kapitalismus der Grundbesitz der Bauernschaft zunahm. Und trotzdem stand nicht die französische Landwirtschaft zu dieser Zeit an der Spitze des Fortschritts, sondern die englische.

Frankreich war das Land, das am Ende des 18. Jh. die Ära der bürgerlichen Revolutionen in Europa einleitete, die zur Ablösung des Feudalismus und zur Etablierung des Kapitalismus führte. Jedoch war der Verlauf der bürgerlichen Revolutionen in den einzelnen Staaten außerordentlich unterschiedlich. Er hing von der historischen Ausgangslage und den neuen Kräftekonstellationen im Verlaufe des Umwälzungsprozesses ab. Oftmals waren mehrere Revolutionen notwendig, um den Sieg der bürgerlichen Ordnung zu ermöglichen, oder Revolutionen waren mit Reformzeiten verknüpft. In sehr vielen Ländern setzte sich der Kapitalismus nur auf dem Wege von Reformen durch.

In Deutschland kam es nicht wie in Frankreich zu einer Revolution „von unten“. Die liberale Fraktion des Adels in Verbindung mit der bürgerlich-liberalen Fraktion in der Ministerialbürokratie übernahm die Aufgabe, eine Revolution „von oben“ durchzuführen. Obwohl die Reformen von der Herrschaft des Adels zu retten suchten, was zu retten war, wurden sie von der konservativ-reaktionären Fraktion des Adels sabotiert. Deshalb waren mehrmals Aktionen der Volksmassen vonnöten, um die gesellschaftliche Umwälzung in Richtung der ökonomischen Gesellschaftsformation des Kapitalismus voranzutreiben. Die Agrarreformen führten in Deutschland zur Durchsetzung des Kapitalismus in der Landwirtschaft auf „preußischem Wege“. Aber es lassen sich auch Elemente des „amerikanischen Weges“ erkennen.

Für die Ablösung der feudalen Lasten hatten die Bauern Geld oder Naturalien zu zahlen oder/und Land abzutreten. Beim mecklenburgisch-baltischen Typ waren Landabtretungen mit Geldzahlungen verbunden. Beim westdeutsch-österreichischen Typ lösten die Bauern in Geld ab. Am härtesten trafen die Bauern die Landabtretungen, die zu weitgehenden Betriebsumstellungen führten.

Als erster deutscher Teilstaat begann Preußen im Jahre 1807 mit den Agrarreformen. Es bedurfte jedoch der revolutionären Erschütterungen des Jahres 1830, damit die Masse der deutschen Staaten dem preußischen Beispiel folgten. Unter dem Druck der **[712]** Revolution von 1848 erließen die meisten deutschen Teilstaaten neue Agrarreformgesetze, die es ermöglichten, die Hauptaufgaben der Reformen bis 1860 durchzuführen.

Im Verlaufe der Agrarreformen löste sich die alte Klassenschichtung des Dorfes auf, und es entstand die Sozial- und Klassenstruktur des Kapitalismus. In Deutschland bildeten die landlosen Dorfbewohner die unterste Sozialgruppe. Die Parzellenbesitzer besaßen bis zu 2 ha Boden. Da sie von dieser kleinen Fläche nicht leben konnten, arbeiteten sie vorwiegend als Lohnarbeiter in der Landwirtschaft. Die Landlosen und die Parzellenbesitzer gehörten zum Proletariat. Die Nebenklasse der werktätigen Bauern umfaßte die Kleinbauern mit 2-5 ha und die Mittelbauern mit 5-20 ha großen Wirtschaften. Die Großbauern mit 20-100 ha und die Großbetriebe mit über 100 ha waren Agrarkapitalisten und gehörten zur herrschenden Klasse. Die stärkste zahlenmäßige Zunahme von allen Sozialgruppen des Dorfes erfolgte bei den Landlosen und Parzellenbesitzern. Sie stellten die Mehrheit der Dorfbewohner.

Die Durchsetzung der kapitalistischen Produktionsweise in der Landwirtschaft bestimmte generell den Zeitpunkt des Übergangs von der ökonomischen Gesellschaftsformation des Feudalismus zu der des Kapitalismus. Weiterhin schufen die Agrarreformen entscheidende Voraussetzungen für den zweiten bedeutsamen gesellschaftlichen Umwälzungsprozeß dieser Zeit, für die industrielle Revolution. Die zunehmenden Geldeinnahmen der Bauern besaßen erhebliche Auswirkungen auf die Bildung des inneren Marktes. Die beträchtlichen Ablösungssummen der Agrarreformen wurden von den Grundherren für den produktiven und individuellen Konsum verwandt und flossen über die Banken auch in die Industrie. Schließlich ermöglichte die Aufhebung der feudalen Bindungen einen freien Zug der Arbeitskräfte zu den sich herausbildenden industriellen Ballungsgebieten.

Im Zuge der industriellen Revolution entstanden Bourgeoisie und Proletariat als die beiden neuen Hauptklassen des Kapitalismus und die in Zweige gegliederte arbeitsteilige Volkswirtschaft, deren bestimmender Volkswirtschaftszweig die Industrie wurde. Die Landwirtschaft besaß weiterhin eine entscheidende Bedeutung für die Volkswirtschaft, indem sie die Nahrungsmittelversorgung der Bevölkerung sicherte, wichtigster Rohstofflieferant der Industrie wurde und einen erheblichen Teil der Zugkräfte für den Landtransport stellte.

Die in Zweige gegliederte arbeitsteilige Volkswirtschaft des Kapitalismus bedingte völlig neue Erscheinungen in der Entwicklung der gesellschaftlichen Produktivkräfte. Die im Feudalismus vorherrschende isolierte Entwicklung von Produktivkräften einzelner Wirtschaftsbereiche wurde überwunden. Aller Fortschritt der Produktivkräfte wurde zu einem komplexen Geschehen, wobei der Werkzeug- und Maschinenbau die entscheidende Stellung einnahm.

Während in England und Frankreich die Agrarumwälzung der industriellen Revolution vorausging, fielen in Deutschland beide grundlegenden gesellschaftliche Prozesse zeitlich weitgehend zusammen. Bis 1860-1870 hatten sich die kapitalistische Ökonomie und die dem Kapitalismus eigentümliche Sozial- und Klassenstruktur herausgebildet. Der Kapitalismus entwickelte sich fortan auf seiner ihm entsprechenden ökonomischen Basis.

Der Übergang wirtschaftlich so bedeutender europäischer Staaten wie England, Holland, Frankreich und Deutschland zum Kapitalismus beschleunigte die Zersetzung des Feudalsystems in den anderen Ländern ungemein. Dieser äußere Faktor trug auch in Rußland mit zum Niedergang des Leibeigenschaftssystems bei, das schwer an seinen inneren Widersprüchen krankte. Durch die Bauernbewegung und den Krimkrieg trat in den Jahren 1859-1861 eine revolutionäre Situation ein, die zum Erlaß des Gesetzes vom **[713]** 19.2.1861 führte. Nach diesem Gesetz erhielten die Bauern die persönliche Freiheit und die vollen bürgerlichen Rechte. Für die Nutzung ihrer früheren Bodenanteile mußten sie weiterhin Dienste und Abgaben leisten, bis sie auf gütlichem Wege mit ihren Gutsherren einen Ablösungsvertrag abschlossen, der die Größe des den Bauern zu übergebenen Landes und die Höhe der Ablösungsgebühren enthielt. Da so jedoch die Ablösung nur sehr langsam vorankam, wurde dieselbe durch Gesetz vom 28.12.1881 als obligatorisch erklärt. Bei der Bemessung des den Bauern als Eigentum zu übergebenen Landes durften die Gutsbesitzer Teile der früheren Bodenanteile einbehalten. Auf diese Weise erhielt der Adel in ganz Rußland etwa ein Fünftel der früher von den Bauern bewirtschafteten Fläche. In den baltischen Gebieten lag der Landverlust der Bauern wesentlich höher. Als Ablösungsgebühren hatten die Bauern bis zur Revolution von 1905 bereits 2 Mrd. Rubel an die Staatskasse gezahlt. Die Bauern auf Staatsland und auf dem Land der Zarenfamilie wurden zu günstigeren Bedingungen abgelöst und erhielten im Durchschnitt größere Landflächen als Eigentum.

Die Agrarreformen in Rußland, die nach preußischem Vorbild durchgeführt wurden, brachten den Bauern schwere Lasten und dem Adel erhebliche Landgewinne und Geldeinnahmen. Trotzdem bedeuteten sie das Ende des Feudalsystems und beschleunigten die Entwicklung des industriellen Kapitalismus.

Rußland war aber keinesfalls das letzte Land, wo in der Landwirtschaft kapitalistische Produktionsverhältnisse entstanden. Im 20. Jh. gab es auf anderen Kontinenten noch viele Länder, die infolge kolonialer Unterdrückung in vorkapitalistischen Verhältnissen produzierten. Die nationale Befreiungsbewegung nach dem ersten und vornehmlich nach dem zweiten Weltkrieg führte zur Überwindung alter Abhängigkeiten. Einige dieser Länder beschritten den kapitalistischen Entwicklungsweg, und ihre Landwirtschaft wurde den ökonomischen Gesetzen des Kapitalismus unterworfen.

Viel früher als diese Staaten hatten sich die englischen Kolonien in Nordamerika von kolonialer Abhängigkeit befreit. Die Landwirtschaft der Vereinigten Staaten von Nordamerika beschritt im 19. Jh. den Weg zum Kapitalismus, ohne daß es feudale Verhältnisse gegeben hätte. Die erheblichen Einwanderungen aus Europa, von 1787 bis 1850 waren bereits etwa 5 Mill. Menschen eingewandert, führten zur Besiedlung des riesigen Landes und zur Anlegung neuer landwirtschaftlicher Betriebe. Die Landwirtschaft dominierte im Wirtschaftsleben. In den alten Nordstaaten kamen um die Mitte des 19. Jh. auf einen Industriearbeiter acht Berufstätige in der Landwirtschaft, in den nordwestlichen Staaten 48

und in den Südstaaten 82. Der starke Bedarf Europas und der USA nach Baumwolle hatte in den Südstaaten zur Entstehung der großen Plantagen geführt, die von Negersklaven bewirtschaftet wurden. Im Rahmen der allgemeinen kapitalistischen Entwicklung war das ein Anachronismus, der erst durch den amerikanischen Bürgerkrieg von 1861-1865 überwunden werden konnte. Nach dem Sieg der Nordstaaten im Frühjahr 1865 nahm die amerikanische Wirtschaft einen raschen Aufschwung, der auch die Landwirtschaft umfaßte und die USA bald an die Spitze aller kapitalistischen Staaten brachte. Das Produktionsfeld der Landwirtschaft wurde durch die Entstehung weiterer Siedlungen ungemein ausgedehnt. Die Betriebsfläche betrug 1850 noch 119 Mill., 1870 bereits 165 Mill. und 1910 schließlich 356 Mill. ha. Gleichzeitig erhöhte sich die Zahl der Betriebe von 2 Mill. auf 6 Mill. Da es ausreichend Boden gab, entstanden Betriebe, die durchschnittlich ein Mehrfaches an Betriebsfläche der europäischen Landwirtschaftsbetriebe besaßen und nicht durch eine hohe Grundrente belastet waren. Außerdem produzierte die amerikanische Landwirtschaft nicht unter dem Druck der Notwendigkeit zur steigenden Intensivierung, die sich in Europa ungünstig auf die Preisentwicklung auswirkte.

[714] Die eigentliche Schwierigkeit der amerikanischen Landwirtschaft lag im Arbeitskräftemangel. Aufgrund des starken Bevölkerungswachstums und der Einwanderung nahm zwar die Landbevölkerung zu, aber der Anteil der Berufstätigen in der Landwirtschaft ging von 90% im Jahre 1850 auf 30% im Jahre 1920 zurück. Der Arbeitskräftemangel und die hohen Landarbeiterlöhne erzwangen eine weitgehende Mechanisierung der Arbeitsprozesse. Die zunehmende Mechanisierung spiegelte sich in der Entwicklung des Maschinenkapitals wider, das 1860 erst 246 Mill. Dollar betrug, bis 1880 auf 406 Mill. stieg und 1900 bereits 761 Mill. Dollar erreichte. Die Steigerung betrug innerhalb von 40 Jahren 309%. Kein europäisches Land wies ein so schnelles Wachstum des Maschineneinsatzes auf. Dadurch konnte der Arbeitsaufwand gesenkt werden. Betrug er beispielsweise für 100 dt Weizen im Jahre 1880 noch 49,5 Std., so sank er bis 1900 auf 37,1 Std. Die beachtliche Steigerung der Arbeitsproduktivität führte zum Sinken der Selbstkosten. Bei vergleichbaren Produkten und bei vergleichbaren Betrieben produzierte die amerikanische Landwirtschaft erheblich billiger als die der europäischen Industrieländer.

Durch die Ausdehnung der landwirtschaftlichen Nutzfläche erhöhte sich die Bruttoproduktion erheblich. Sie stieg bei Mais von 1866/75 bis 1906/10 um 266%, bei Hafer um 340% bei Kartoffeln um 265% und bei Baumwolle um 347%. Nach Menge und Wert der Erzeugnisse waren die USA das größte Landwirtschaftsland der Erde. Hinsichtlich der Arbeitsproduktivität und der Rentabilität besitzen sie diese Spitzenstellung noch heute. Chicago wurde ihre größte Lebensmittel-Verkaufs-Umschlags-Verarbeitungszentrale und ihr größter Getreidemarkt. Zur entwickeltsten der Welt wurde die amerikanische Nahrungsmittelindustrie mit der Verarbeitung der reichen pflanzlichen und tierischen Rohstoffe. Da der amerikanische Markt nicht die gesamte landwirtschaftliche Produktion aufnehmen konnte, erschienen amerikanischer Weizen und andere landwirtschaftliche Erzeugnisse auf dem europäischen Markt. Die amerikanische Landwirtschaft wurde zu einer ernsthaften Konkurrenz für die europäische und zwang diese, vor allem die Getreideproduktion zu verbessern.

Äußere und innere Gründe führten überall in der kapitalistischen Welt zu einer Zunahme der Getreideproduktion (s. Tab. 1).

Tabelle 1
Produktion von Getreide (Weiten, Roggen, Gerste, Hafer, Mais) (in Mill. t) [14: Bd. 1, 384]

	Rumänien	Rußland	USA	Kanada	Argentinien	Britisch-Indien	Australien und Neuseeland
1881-1885	3	38	63	3	1	10	1
1886-1890	4	41	68	3	2	10	1
1891-1895	4	46	70	4	2	10	2
1896-1900	4	50	80	5	3	11	2
1901-1905	5	63	93	7	7	12	2
1906-1910	5	64	106	10	8	13	3
1911-1915	6	–	115	14	12	15	4
1916-1920	–	–	120	15	10	15	4

	Rumänien	Rußland	USA	Kanada	Argentinien	Britisch-Indien	Australien und Neuseeland
1921-1925	8[1]	–	119	20	13	14	4
1926-1930	11[1]	–	111	21	16	14	5
1931-1935	10[1]	–	97	16	16	14	6
1936-1940	11[1]	–	99	17	16	15	6
1941-1945	–	–	129	22	12	15	5
1946-1950	–	–	139	20	12	14[2]	6

[1] Gebietsumfang mit vorherigen Jahrzehnten nicht vergleichbar
[2] nach 1946 Indien und Pakistan

[715]

Der größte Getreideproduzent in der kapitalistischen Welt waren die USA. Durch den bereits sehr hohen Ausgangswert von 63 Mill. t von 1881-1885 erfolgte bis 1946-1950 nur noch eine Steigerung um 121%. Erheblich stärker wuchs im gleichen Zeitraum die Getreideproduktion in Australien und Neuseeland (um 500%), in Kanada (um 567%) und in Argentinien (um 1.100%). Die USA und Kanada erwarben sich im Getreideexport eine Monopolstellung. Von 1881-1885 bis 1946-1950 vervierfachten sie denselben auf jährlich 21 Mill. t.

Die führenden Erzeugungsländer produzierten aber keinesfalls auf einer hohen Intensitätsstufe. Die Länder mit einer großen Bevölkerungsdichte und einer entwickelten Industrie mußten die vorhandene landwirtschaftliche Nutzfläche weitaus intensiver nutzen und betrieben einen dementsprechenden Getreidebau, der sich durch die Verwendung von Intensivsorten und hohen Düngergaben auszeichnete. Er brachte zwar höhere Erträge, aber auch höhere Kosten, die sich in steigenden Preisen niederschlugen. Zu dieser Gruppe gehörten nur wenige europäische Staaten. Die Masse aller Länder erzeugte ihr Getreide auf einem niedrigeren Niveau (s. Tab. 2).

Tabelle 2
Hektarerträge bei Getreide im Durchschnitt der Jahre 1909-1913 (in dt) [14: Bd. 1, 452]

	Weizen	Roggen	Gerste	Hafer	Mais
Belgien	25,3	22,1	29,6	23,7	–
Dänemark	29,9	17,9	22,7	19,1	–
Niederlande	23,5	18,1	23,8	20,1	–
Deutschland	21,4	18,2	20,8	20,1	–
Großbritannien	21,2	–	19,0	18,2	–
Japan	13,5	–	16,1	16,3	16,1
Kanada	13,3	11,2	15,3	13,9	35,2
Frankreich	13,2	10,4	13,9	13,0	11,3
Ungarn	12,6	11,6	13,3	11,2	17,2
Rumänien	12,9	8,2	10,2	9,5	13,1
Italien	10,5	11,0	8,9	10,6	15,8
USA	9,9	10,1	13,1	11,0	16,3
Australien	8,1	8,0	10,5	8,6	17,7
Britisch-Indien	8,1	–	8,8	–	7,2
Rußland	7,0	7,9	8,8	8,2	10,5
Argentinien	6,6	5,3	7,6	9,9	13,8

[716] Die aufgeführten Länder lassen sich in drei Gruppen einordnen: Zur ersten Gruppe mit den höchsten Hektarerträgen gehörten die europäischen Industriestaaten und das Agrarland Dänemark, das über eine hochstehende Landwirtschaft verfügte. Die zweite Gruppe umfaßte Agrar-Industrie-Staaten wie Italien, Kanada, Japan, USA und den Industriestaat Frankreich, dessen Landwirtschaft durch das Vorherrschen des historisch überholten Kleinbetriebes auf einem mittleren Niveau produzierte, sowie die Agrarländer Rumänien und Ungarn. Zur dritten Gruppe mit dem niedrigsten Produktionsniveau gehörten reine Agrarländer.

Die Wirtschaftsstruktur der jeweiligen Länder und die Betriebsgrößen- und die Sozialstruktur der Landwirtschaft besaßen den entscheidenden Einfluß auf das Niveau der Getreideproduktion, die in vielen Erdteilen die Hauptnahrungsmittel der Menschen herstellte. Länder mit einer entwickelten Wirtschaft verfügten auch über eine leistungsfähige Landwirtschaft.

Ebenso wie die pflanzliche Produktion stieg die tierische an. Jedoch gibt es in der Vergleichbarkeit der statistischen Kennziffern erhebliche Schwierigkeiten (s. Tab. 3).

Tabelle 3
Viehbestand der kapitalistischen Welt[1] *(in Mill. Stück) [14: Bd. 1, 1586]*

	Rinder und Büffel			Schweine			Schafe		
Europa	um 1913	um 1938	um 1950	um 1913	um 1938	um 1950	um 1913	um 1938	um 1950
Asien	72	76	78	41	53	50	94	115	94
Nordamerika	206	276	283	12	20	20	102	124	130
Mittel- und Südamerika	70	74	90	63	55	68	55	54	32
Afrika	100	128	161	32	39	48	101	104	130
Ozeanien	60	82	92	2	3	4	90	110	117
Insgesamt	14	18	20	1	2	2	109	143	147

[1] Anzahl der Staaten nach dem Stand von 1950

Das Wachstum der Tierbestände war wesentlich geringer als die Steigerung der pflanzlichen Produktion. So stiegen die Rinder- und Büffelbestände von 1913 bis 1950 auf 139% an, die Schweinebestände auf 127 und die Schafbestände auf 118. Rinder und Büffel waren und sind noch heute in der kapitalistischen Welt die wichtigsten Nutztiere. Lediglich in Europa und in Nordamerika spielt die Schweinehaltung eine bedeutende Rolle, mit gewissen Einschränkungen auch in Mittel- und Südamerika. Auf den anderen Kontinenten tritt die Schweinehaltung gegenüber der Rinderhaltung erheblich zurück. Auf diese Relationen besitzen die natürlichen Futterquellen und die Erzeugungsstruktur des Pflanzenbaus einen großen Einfluß. Graswüchsige Gebiete eignen sich besser für die Rinderhaltung. Hier gedeiht auch das Schaf am besten. Deshalb sind in Gebieten mit erheblicher Rinderhaltung auch die großen Schafbestände konzentriert. Für Europa kommt noch hinzu, daß durch die Intensivierung der Pflanzenproduktion das Schaf bereits im 19. Jh. von den Feldern verdrängt wurde.

Der Anstieg der pflanzlichen und tierischen Produktion ist aussagekräftiger Zeuge für den Fortschritt, den das kapitalistische System in der Landwirtschaft brachte. Doch **[717]** dieser Fortschritt konzentrierte sich nur in einigen Ländern und löste keinesfalls das grundlegende Problem der Menschheit: ausreichende Ernährung für alle. Nach verschiedenen Berechnungen konnten sich noch um die Mitte unseres Jahrhunderts zwei Drittel der Weltbevölkerung nicht ausreichend ernähren. Und auch heute sind die Hungersnöte noch nicht verschwunden. Die Ursache für dieses Versagen liegen im kapitalistischen System begründet, das die Landwirtschaft dem Profitstreben unterordnete und nicht auf eine ausreichende Versorgung abzielt. Außerdem garantiert dieses System keine allseitige Entwicklung der Produktivkräfte. Profitstreben und veraltete Betriebsgrößenstruktur sind immer mehr zu einem Hemmnis für den Fortschritt geworden. In den beiden Weltkriegen wurden in erheblichem Maße agrare Produktivkräfte vernichtet.

Auch blieb die Entwicklung der Landwirtschaft hinter der der Industrie zurück, „eine Erscheinung, die *allen* kapitalistischen Ländern eigen ist und die eine der tiefsten Ursachen dafür ist, daß die Proportionalität zwischen den einzelnen Zweigen der Volkswirtschaft gestört wird, daß Krisen und Teuerung auftreten“ [LW 22: 92]. Der zunehmende Druck des Kapitals, das sich in der Sphäre der Industrie und des Handels bildete, führte auf dem Lande zur Stagnation des Bevölkerungswachstums und teilweise zur Abwanderung gerade der tüchtigsten und energischsten Elemente. Die Tendenz zur intellektuellen Verödung des flachen Landes ist unverkennbar. Andererseits lassen sich heute in ökonomisch weitentwickelten imperialistischen Ländern entgegengesetzte Erscheinungen erkennen. In den USA ist seit einigen Jahren das Wachstum der landwirtschaftlichen Produktion größer als das der industriellen. In anderen Ländern stagniert die Bevölkerungszahl der Städte bzw. ist sie rückläufig. Lärm, Abgasbelästigung und weitere Zivilisationsübel, deren die Regierungen dieser Länder nur ungenügend Herr werden können, veranlassen die Bürger, auf das Land zu ziehen.

Das Zurückbleiben der Landwirtschaft hinter der Industrie wird vor allem durch das doppelte Bodenmonopol (Begrenztheit des Bodens und seine kapitalistische Verwertung) verursacht. Nach

Inbesitznahme allen Bodens können neue Betriebe nur noch auf dem Boden anderer Betriebe gegründet werden, was hohe Investitionen verlangt. Die Großgrundbesitzer verzehren ihre Einnahmen meist außerhalb ihrer Betriebe oder legen sie in Bankkonten und Aktien an. Die von den Bauern gezahlten Steuern, Pachtbeträge und Zinsen fließen vornehmlich in die Stadt. Schließlich hält die Industrie die Preise für landwirtschaftliche Arbeitsmittel hoch, während der Großhandel die Aufkaufpreise für landwirtschaftliche Erzeugnisse drückt. Durch das Abfließen von erheblichen Geldmitteln aus der Landwirtschaft und die hohen Bodenpreise wird der produktionstechnische Fortschritt in der Landwirtschaft aufgehalten.

Ungünstig auf die Entwicklung der Landwirtschaft wirkt sich auch das Bestreben der Kapitalisten aus, die Löhne der Arbeiter niedrig zu halten. Damit bleibt die Kaufkraft des entscheidenden Konsumenten landwirtschaftlicher Erzeugnisse begrenzt. „Freilich“, schrieb Lenin, „wäre der Kapitalismus imstande, die Landwirtschaft zu heben, die jetzt überall weit hinter der Industrie zurückgeblieben ist, könnte er die Lebenshaltung der Massen der Bevölkerung heben“, dann würde es keine Rückständigkeit der Landwirtschaft geben. „Aber dann wäre der Kapitalismus nicht Kapitalismus, denn die Ungleichmäßigkeit der Entwicklung wie das Hungerdasein der Massen sind wesentliche, unvermeidliche Bedingungen und Voraussetzungen dieser Produktionsweise.“ [LW 22: 245]

Der Konzentrationsprozeß des agrikolen Kapitals verläuft unter viel komplizierteren Bedingungen als in der Industrie. Das läßt sich am besten am Boden, dem Hauptproduktionsmittel der Landwirtschaft, erkennen. In einigen europäischen Ländern fand über längere Zeiträume überhaupt keine Zunahme des Konzentrationsgrades im kapitali-**[718]**stischen Sektor der Landwirtschaft statt. Teilweise ging die bewirtschaftete Fläche der Großbetriebe zurück. In außereuropäischen Ländern, vor allem im Bereich der Plantagenwirtschaft (Baumwolle, Zuckerrohr, Naturgummi, Kaffee, Bananen), nahm der Konzentrationsgrad erheblich zu. Aber überall wuchs die Zahl der Kleinwirtschaften, die keine ausreichende bäuerliche Existenz zuließen, erheblich an. Sie stellten in den meisten kapitalistischen Ländern der Welt die überwiegende Zahl aller Landwirtschaftsbetriebe. Wenn auch ihre Marktproduktion keinen entscheidenden Teil der landwirtschaftlichen Produktion darstellte, ist mit den Kleinbetrieben die Mehrheit der ländlichen Bevölkerung verbunden. Durch schlechte Ausstattung mit Arbeitsmitteln ist ihr Produktionsniveau niedrig und die Lage der Eigentümer und ihrer Familien miserabel.

Doch selbst die Bauernwirtschaften die ihren Eigentümern eine ausreichende Existenz gewährleisten und marktproduzierende Betriebe sind, können nur in beschränktem Umfange am landwirtschaftlichen Fortschritt teilnehmen. Daran hindern sie die relative Kleinheit ihrer Betriebe, die hohen Belastungen und das ungünstige Preisniveau für landwirtschaftliche Erzeugnisse.

Im 20. Jh. wurde es immer offensichtlicher, daß das kapitalistische System in der Landwirtschaft die weitere Entwicklung der Produktivkräfte zunehmend hemmte. Die Sozialisierung der Landwirtschaft war auf die Tagesordnung gestellt.

Literatur:

1. *Abel, W.:* Agrarkrisen und Agrarkonjunktur. Hamburg/Berlin (West) 1966; 2. *Berthold, R.,* in: JWG 1974, T. III, S. 105 ff.; 3. *Ders.* in: JWG 1974, T.IV, S. 83 ff.; 4. *Bittermann, E.,* in: Kühn-Archiv 1956. Bd. 70, H. 1; 5. *Brentano, L.:* Eine Geschichte der wirtschaftlichen Entwicklung Englands. Bd. 1-3, Jena 1927-1928; 6. *Chambers, J. D./Mingay, G. E.:* The Agricultural Revolution 1750-1880. London 1966; 7. *Finck von Finckenstein, Graf H. W.:* 130 Jahre Strukturwandel und Krisen der intensiven europäischen Landwirtschaft. Berlin 1937; 8. *Goltz, Th. Freiherr v. d.:* Geschichte der deutschen Landwirtschaft. Bd. 2, Berlin 1903; 9. *Haushofer, H.:* Die deutsche Landwirtschaft im technischen Zeitalter. Stuttgart 1970; 10. *Kautsky, K.:* Die Agrarfrage. Stuttgart 1899; 11. *Knapp, G. F.:* Die Bauernbefreiung und der Ursprung der Landarbeiter in den älteren Teilen Preußens. Bd. 1-2, München/Leipzig 1927; 12. *Kulischer, J.:* Allgemeine Wirtschaftsgeschichte des Mittelalters und der Neuzeit. Bd. 1-2, Berlin 1954; 13. *Ljubošic, L. I.:* Voprosy marksistko-leninskoj teorii agrarnych krizisov. Moskau 1949; 14. *Ritter, K.:* Agrarwirtschaft und Agrarpolitik im Kapitalismus. Bd. 1-3, Berlin 1955-1959; 15. *Sée, H.:* Französische Wirtschaftsgeschichte. Bd. 1-2, Jena 1930-1936; 16. *Zimmermann, H.:* Die Nahrungsquellen der Welt. Berlin 1941.

Rudolf Berthold

2.5.16. Militärwesen und Wirtschaft

Wie an anderer Stelle des Handbuchs bereits ausgeführt, bestehen seit je enge Beziehungen zwischen der Wirtschaft und dem Militärwesen. Das Militärwesen „beruht auf der Produktion von Waffen, und diese wieder auf der Produktion überhaupt“. [MEW 20: 154] Schon seit der industriellen Revolution, namentlich aber mit der Entwicklung der Produktivkräfte am Ende des 19. und zu Beginn des 20. Jh., bekam das Verhältnis von Ökonomie und Militärwesen eine neue Qualität. [23: 11] Bis dahin wurden Kriege überwiegend durch militärische Faktoren entschieden und materiell mit den in der Vor-**[719]**kriegszeit aufgehäuften Waffen und militärischen Ausrüstungsgegenständen geführt. Die bewußte Ausrichtung der Wirtschaft auf einen Krieg bzw. die Wirtschaft des Gegners als Kriegsziel waren selten: Als Beispiel für das eine diene der amerikanische Bürgerkrieg 1861-1865, in dem die Nordstaaten ihre ökonomischen Potenzen zielgerichtet ihrer Kriegführung unterordneten, als Beispiel für das andere die napoleonische Kontinentalsperre, ein Versuch, durch Schwächung der Wirtschaftskraft des Gegners dessen letztendlich auch militärische Niederlage herbeizuführen.

Die Entwicklung der Produktivkräfte führte in den Armeen zu einem quantitativen und qualitativen Anwachsen der technischen Kampfmittel, die immer stärker kriegsentscheidend wurden: z. B. weittragende Geschütze, Maschinengewehre, moderne gepanzerte Schiffe, Kraftfahrzeuge, moderne Nachrichtenübertragungsmittel, Flugzeuge und schließlich Raketen. Die Anforderungen einer Armee an Summe, Qualität und Sortiment von Erzeugnissen der Rüstungsindustrie wuchsen seitdem in raschem Tempo. Diese Art Anforderungen erreichten bereits in den ersten Jahren des 20. Jh. ein solches Ausmaß, daß sie einschließlich der im Kriege erwarteten Verluste vor seinem Beginn weder absehbar noch zu realisieren waren. [6: 1] Die Wirtschaft eines kriegführenden Landes wurde damit zu einem kriegsentscheidenden Faktor. „Der Zusammenhang zwischen der militärischen Organisation eines Landes und seiner ganzen wirtschaftlichen und kulturellen Struktur war noch nie so eng wie gegenwärtig“, schrieb daher Lenin bereits im Januar 1905. [LW 8: 39]

Führte bereits die Entwicklung der Produktivkräfte zur Veränderung des Verhältnisses zwischen Krieg und Ökonomie, so kam zu Beginn dieses Jahrhunderts die Veränderung des Charakters von Kriegen im Imperialismus hinzu. Im imperialistischen Krieg trafen imperialistische Mächtegruppierungen aufeinander, die mit dem Ziel der Neuaufteilung der Welt Millionenheere aufstellten und ausrüsteten und große Teile der Welt zum Kriegsschauplatz machten. Der Krieg bekam damit auch ökonomisch einen Koalitionscharakter. All das führte dazu, daß die Abhängigkeit des Militärwesens von der Wirtschaft außerordentlich zunahm. Infolge ihres zunehmend kriegsentscheidenden Charakters wurde die Wirtschaft aller kriegführenden Länder zum Gegenstand der Kriegführung, d. h. der strategischen und taktischen Maßnahmen des Gegners, mit dem Ziel, damit dem Feind die Basis seiner weiteren Kriegführung zu entziehen und ihn gleichzeitig als wirtschaftlichen Konkurrenten für die Nachkriegszeit zu schwächen.

Infolge dieser wachsenden Abhängigkeit des Krieges, seiner Vorbereitung wie seiner Führung, von der Wirtschaft entwickelte sich die historische Erscheinung „Kriegswirtschaft“. Als Kriegswirtschaft kann man die Gesamtheit aller Maßnahmen zur ökonomischen Sicherstellung der Kriegführung und die durch diese Maßnahmen oder durch die Ergebnisse der Kriegführung selbst hervorgerufenen Veränderungen in der Struktur der Volkswirtschaft bezeichnen. [16: 66] Im Imperialismus sind diese Maßnahmen auf Unterordnung der Wirtschaft unter die Bedürfnisse der Kriegführung durch ökonomischen oder außerökonomischen Zwang gerichtet. Die imperialistische Kriegswirtschaft ist daher durch staatliche Zwangs- und Lenkungsmaßnahmen auf allen Gebieten der kapitalistischen Wirtschaft gekennzeichnet, die das Ziel haben, die Wirkung objektiver Gesetze der kapitalistischen Produktionsweise zu modifizieren oder einzuschränken. „Der Krieg hat uns doch viel gelehrt, nicht nur, daß die Menschen litten, sondern auch, daß derjenige die Überhand behält, der die beste Technik, Organisiertheit, Disziplin und die besten Maschinen hat.“ [LW 27: 183]

Die Unterordnung der imperialistischen Wirtschaft unter die Kriegführung ist mit der Unterordnung unter das Gesamtinteresse der herrschenden Klasse identisch. Eine solche Unterordnung ist notwendig, weil die Widersprüche innerhalb der kapitalistischen **[720]** Gesellschaft, insbesondere der Widerspruch zwischen der herrschenden Klasse und den Volksmassen wie auch jener zwischen dem

Gesamtinteresse der herrschenden Klasse und dem Profitinteresse jedes ihrer einzelnen Angehörigen, dazu führen würden, daß eine erfolgreiche Kriegführung ökonomisch unmöglich ist.

Die engeren Beziehungen zwischen Militärwesen und Ökonomie führen jedoch nicht nur zur Kriegswirtschaft, sondern auch zur ökonomischen Vorbereitung des Krieges. In dem Maße, wie die Wirtschaft kriegsentscheidender Faktor wurde, stieg die Notwendigkeit, die Wirksamkeit dieses Faktors bereits im Frieden potentiell genauso zu gewährleisten wie die militärische Funktionsfähigkeit der Armee. Die ständig wachsenden Armeen der imperialistischen Staaten mit ihrer ebenso ständig wachsenden technisch-materiellen Ausrüstung, die einen immer größeren Anteil der industriellen Produktion und des Nationaleinkommens verschlangen, riefen bereits im Frieden die Einbeziehung der Wirtschaft in die Kriegsvorbereitung mit gleichen Maßnahmen wie in der Kriegswirtschaft und mit deren entsprechenden Folgen hervor. Im Unterschied zur Kriegswirtschaft wird diese Erscheinung nach J. Kuczynski „Rüstungswirtschaft“ genannt. [5: Bd. 16, 124]

Zwischen der Kriegswirtschaft und der Militarisierung der Volkswirtschaft besteht somit ein enger Zusammenhang. Während die Kriegswirtschaft unumgänglicher Bestandteil der Kriegführung ist, ist die Militarisierung der Wirtschaft als Teil der Militarisierung des öffentlichen Lebens Ausdruck des Militarismus. [13: 29] So, wie zwischen Militarismus und Krieg aber ein Unterschied besteht, so besteht er auch zwischen der Militarisierung der Wirtschaft und der Kriegswirtschaft. Unabhängig von den Erfordernissen der Kriegführung erhebt der Militarismus das „Militärische“ zum Selbstzweck. Diese relative Eigenbewegung führt dazu, daß das gesamte öffentliche Leben, darunter insbesondere die Wirtschaft, militarisiert wird.

Da die Grenze zwischen den tatsächlichen Erfordernissen der Kriegführung oder ihrer Vorbereitung und der Militarisierung als Selbstzweck nicht zu ziehen ist, ist jede imperialistische Kriegsvorbereitung und Kriegswirtschaft ein Höhepunkt der Militarisierung der Wirtschaft schlechthin. Das ist unter den gesellschaftlichen Bedingungen des Imperialismus deshalb so, weil infolge der Profitinteressen der herrschenden Kreise, im wesentlichen der Rüstungsindustrie, die gerade im Kriege hohe Gewinne erzielen können, keine kriegswirtschaftliche Maßnahme allein von der Erfordernissen der Kriegführung bestimmt wird, sondern stets auch oder gar ausschließlich den ökonomischen Interessen dieser Kreise Rechnung trägt.

Grad, Zunahme und Intensität der Militarisierung der Wirtschaft ist von der Verschärfung der ökonomischen und politischen Widersprüche abhängig. Das zeigte sich z. B. während beider Weltkriege in Deutschland, wo eine besondere Zunahme der Militarisierung jeweils in jener Phase des Krieges eintrat, als die Anfangserfolge des deutschen Imperialismus vorüber waren und die herrschende Klasse zu erkennen glaubte, nur durch eine vollständige Militarisierung ihren Sieg sicherstellen zu können. Äußerlich wird diese besondere Zunahme durch verschärfte Ausbeutungsmaßnahmen, Unterdrückung und Restriktionen sowie durch eine starke Ausdehnung des staatlichen bürokratischen Apparates sichtbar.

Für die Herausbildung des staatsmonopolistischen Kapitalismus hat die Militarisierung der Wirtschaft eine bedeutende Rolle gespielt. Sie trat etwa in der gleichen Zeit wie die ersten staatsmonopolistischen Erscheinungsformen auf: in der Zeit der vollen Entfaltung des Imperialismus. Da das Wesen des Monopols, das Wesen des Imperialismus aggressiv ist, ist dieser Zeitpunkt nicht zufällig. Die Vorbereitung der imperialistischen Hauptländer auf die Neuaufteilung der Erde führte zu einer zunehmenden Mi-**[721]**litarisierung ihres öffentlichen Lebens. In dem Maße, wie erkannt wurde, daß für die moderne Kriegführung ökonomische Voraussetzungen und Bedingungen stärker denn je eine bestimmende Rolle spielen würden, wurde demzufolge auch die Militarisierung der Wirtschaft in Gang gesetzt. [23: 266] Infolge des dargestellten Zusammenhanges zwischen der Militarisierung der Wirtschaft und der imperialistischen Kriegswirtschaft stellen die Kriege auch Höhepunkte der Entwicklung des staatsmonopolistischen Kapitalismus dar, Zeiten „besonders hektischer Entwicklung“. [12: 70] Das trifft, zwar etwas abgeschwächt, aber dennoch deutlich erkennbar, auch für die Zeit der unmittelbaren ökonomischen Vorbereitung der Aggressionskriege zu, wie die Geschichte des Imperialismus erkennen läßt.

Bis zur 2. Hälfte des 19. Jh. waren – mit Ausnahme in den USA – Unternehmen zur Herstellung unmittelbar militärischer Bedarfsgegenstände, insbesondere von Waffen, in staatlichem Besitz. Danach erst wurde die Rüstungsindustrie ein kapitalistischer Industriezweig wie jeder andere und somit ebenso den Gesetzen des kapitalistischen Marktes unterworfen wie jene anderen. [25] Erst mit Beginn des Imperialismus und der in dieser Zeit vor sich gehenden Veränderung des Verhältnisses von Ökonomie und Krieg änderte sich dies. Die Rüstungsindustrie, jetzt auch weiterhin privatmonopolistisch organisiert, wurde nun als erster Industriezweig staatsmonopolistischen Regulierungsmaßnahmen, insbesondere Ausfuhrverboten, unterworfen. [27] Die damit im Interesse militärischer Vorteile der herrschenden Klasse als Ganzes hervorgerufene Beschränkung der Rüstungsindustrie auf den einheimischen Markt führte zu deren verstärkter Verschmelzung mit dem Staatsapparat zwecks Sicherung größerer oder günstigerer Absatzmöglichkeiten. Dem dient seit jener Zeit die Erzeugung bzw. Aufrechterhaltung politischer Spannungen, von Kriegsgefahr und der Krieg selbst. Damit wurden die Rüstungsindustriellen auch zu den aggressivsten Vertretern der Monopolbourgeoisie.

Ausgehend von der unmittelbaren Waffenherstellung, der Rüstungsindustrie im engeren Sinne, ergriff die Rüstung – parallel zum technischen Fortschritt – nach und nach alle Industriezweige. Neben die Produktion solcher Zweige, die traditionell militärisch nutzbare Endprodukte herstellen, traten nacheinander der Schiffbau, die chemische Industrie, die Kraftfahrzeugindustrie, die elektrotechnische Industrie und schließlich die Flugzeugindustrie. Gleichzeitig stieg der Anteil militärischer Aufträge für die Textil- und die Lebensmittelindustrie, die Konsumgüterindustrie überhaupt, immer stärker an. Während bei Krupp noch zur Zeit höchster Rüstungsaufträge vor dem zweiten Weltkrieg diese nie mehr als 40% des Gesamtumsatzes dieses Monopols ausmachten [5], beträgt der Anteil der Rüstung am Umsatz der BRD-Rüstungskonzerne gegenwärtig etwa 80% [28] Die Profite der Rüstungsindustrie sind in der Gegenwart etwa um 70% höher als die der „zivile“ Güter herstellenden Industrie.

Eine wesentliche Grundlage jeder Rüstung war bisher stets die Eisen- und Stahlindustrie. Ihre besondere Verbindung zur unmittelbaren Rüstungsindustrie brachte es mit sich, daß die Schwerindustrie und die Rüstungsindustrie für einen längeren Zeitraum der Geschichte des Imperialismus als zusammengehöriger Komplex betrachtet werden konnten. Mit der Revolution im Militärwesen hat sich dies jedoch insoweit verändert, als heute andere Bereiche der Industrie eine ebenso wichtige Rolle für die Rüstung spielen und rüstungsrelevante Güter in allen Zweigen der Wirtschaft hergestellt werden. Deshalb können wir heute von der Rüstungsindustrie nur dann sprechen, wenn Monopole *aller* Industriezweige gemeint sind, die ihre Profite *überwiegend* durch Rüstungsproduktion erzielen. Die staatsmonopolistische Verschmelzung dieser Teile der Monopolbourgeoisie mit dem Staats- und Militärapparat führte zur Herausbildung der politischen Gruppierung des Militär-Industrie-Komplexes. [3]

[722] Die Entwicklung der Rüstungsindustrie stellt jedoch nur einen Teil des Verhältnisses von Ökonomie und Krieg dar. In dem Maße, wie sich dieses Verhältnis ständig veränderte, wurde die permanente Vorbereitung der Wirtschaft auf die Bedürfnisse der Kriegführung zu einem Wesenszug imperialistischer Wirtschaft und Wirtschaftspolitik. „Die umfassende Militarisierung, insbesondere im imperialistischen Krieg und während seiner Vorbereitung, ließ in Verbindung mit der Umwälzung in der Militärtechnik die Gewährleistung der klassischen Militärfunktion des bürgerlichen Staates immer kostspieliger werden.“ [11: 141]

Die ökonomische Kriegsvorbereitung entstand in der Zeit vor dem ersten Weltkrieg [11: 199] und betraf zunächst nur finanzwirtschaftliche und ernährungswirtschaftliche Probleme. Aus den Erfahrungen des ersten Weltkrieges lernten die Imperialisten aller Länder, daß die kriegswirtschaftliche Vorbereitung des Landes sowohl die Erfolgschancen in einem beginnenden Kriege erhöht als auch zur ständigen Steigerung der Profite bis hin zur zeitweiligen Vermeidung von Wirtschaftskrisen führt. [4]

Die daher im wesentlichen von allen imperialistischen Ländern ergriffenen Maßnahmen bezogen sich vorrangig auf:

– die industriellen Rohstoffe, insbesondere ihre Gewinnung, Substitution, Bevorratung und Bewirtschaftung [14];

– die landwirtschaftlichen Rohstoffe;

– die Arbeitskräftelenkung;

– die finanzwirtschaftlichen Probleme, insbesondere die Steuerung des mit der zunehmenden Rüstungswirtschaft wachsenden inflationären Prozesses. [1]

Die Maßnahmen selbst beinhalteten meist Probleme der Rationierung, der Förderung der Produktion, der Einflußnahme auf die infrastrukturelle Entwicklung bzw. auf die industrielle Standortentwicklung sowie der legislativen Vorbereitung auf den Krieg. [18] Dabei nahmen Elemente des außerökonomischen Zwanges zu. [22]

Im Kriege führt die Abhängigkeit der Kriegführung von ihren materiellen Vorbedingungen bis zur Vernichtung von Produktivkräften und zur Destrukturierung der Volkswirtschaften. Zwar gibt es zwischen der Kriegswirtschaft der einzelnen Länder Unterschiede, die vom ökonomischen Potential und von der Wirtschaftsstruktur, mit der diese Länder in den Krieg eintraten, sowie vom militärischen Verlauf des Krieges abhängig sind. Sie führen zu mehr oder minder starken kriegswirtschaftlichen Aktivitäten, doch im großen und ganzen gleichen sich die Merkmale der Kriegswirtschaft der imperialistischen Länder. [26: 195] Diese Merkmale sind:

– ein allgemeiner Rückgang der industriellen Produktion, da die Steigerung der Rüstungsproduktion die Reduzierung der zivilen Produktion nicht aufwiegt [5: Bd. 6; 11, VI, XI];

– ein ebenso starker Rückgang gewöhnlich in der landwirtschaftlichen Produktion infolge des entweder vor sich gehenden Raubbaues am Boden oder des Fehlens von Arbeitskräften, Tieren und Maschinen;

– ein allgemeiner Rückgang der Zahl der zur Verfügung stehenden Arbeitskräfte infolge der sich einander gegenüberstehenden Millionenheere, der in den kriegführenden Ländern zu Maßnahmen der Arbeitskräfteregulierung und zur Aufhebung des kapitalistischen Arbeitsmarktes führt.

Die Kriege führen zu einer rapiden Verschlechterung der Lebenslage der Werktätigen. Deren Verelendung, die in vielen Ländern ungeahnte Ausmaße annimmt, [5: Bd. 14, 16] wird noch besonders verschärft durch die enorme Ausbeutung [LW 25: 343] der Arbeiterklasse und durch die die Masse des Volkes treffenden gewaltigen Zerstörungen auf den Kriegsschauplätzen.

[723] Da die Wirtschaft des einen Landes zugleich militärisches Ziel des anderen ist, nimmt auch die Ausplünderung fremder Völker und deren Unterdrückung einen bedeutenden Raum ein. [2]

In der Gegenwart wird das Verhältnis von Militärwesen und Wirtschaft durch eine ständige umfassende ökonomische Kriegsvorbereitung und permanente Kriegsbereitschaft der imperialistischen Länder charakterisiert. [9] Dies führte in zunehmendem Maße zur Deformierung der Volkswirtschaften und zur Vergeudung ökonomischer Ressourcen. Nur die Politik der friedlichen Koexistenz, der Entspannung und Abrüstung ist für deren Verhinderung die entscheidende Grundlage.

Literatur:

1. *Andexel, R.*: Imperialismus – Staatsfinanzen, Rüstung, Krieg. Berlin 1968; 2. *Eichholtz, D.:* Geschichte der deutschen Kriegswirtschaft 1939/45. Bd. 1, Berlin 1969; 3. *Engelhardt, K./Heise, K.-H.:* Militär-Industrie-Komplex im staatsmonopolistischen Herrschaftssystem. Berlin 1974; 4. *Kroll, G.:* Von der Weltwirtschaftskrise zur Staatskonjunktur. Berlin (West) 1958; 5. *Kuczynski, J.:* Die Geschichte der Lage der Arbeiter unter dem Kapitalismus. Bd. 4, 6, 14, 16, Berlin 1962 ff.; 6. *Lagowski, N. A.:* Strategie und Ökonomie. Berlin 1959; 7. *Lapp, K.:* Die Finanzierung der Weltkriege 1914/18 und 1939/45 in Deutschland. Nürnberg 1957 (Diss.); 8. *Melzer, R.*: Studien zur Agrarpolitik der faschistischen deutschen Imperialisten in Deutschland im System der Kriegsplanung und Kriegsrüstung 1933-41. Rostock 1966 (Diss.); 9. *Melman, S.:* The Permanent War Economy. New York 1974; 10. *Milward, A.* S.: Die deutsche Kriegswirtschaft 1939/45. Stuttgart 1966; 11. *Mottek, H./Becker, W./Schröter, A.:* Wirtschaftsgeschichte Deutschlands. Bd. 3, Berlin 1974; 12. *Nussbaum, H.,* in: JWG 1976, T. I; 13. *Paulus, G.:* Zur Genesis des modernen Militarismus und seiner besonderen Erscheinungsformen in der deutschen Geschichte. Berlin 1975 (Diss. B); 14. *Petzina, D.,* in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte. H. 16, Stuttgart 1968; 15. *Roxer, A.:* Die Entwicklung des Krupp-Konzerns

bis zum Jahre 1939, Berlin 1973 (Diss.); 16. *Schröter, A.:* Krieg – Staat – Monopol 1914/18, Berlin 1965; 17. *Schweitzer, A.:* Big Business in the Third Reich, Blöömington 1964; 18. *Starck, H.:* Die technische, ökonomische und organisatorische Vorbereitung und Durchführung der materiellen Rüstung des deutschen Imperialismus (1918-1939), Berlin 1970 (Diss.); 19. *Thomas, G.:* Geschichte der deutschen Wehr- und Rüstungswirtschaft 1918-1943/45, Boppard 1968; 20. *Wagenführ, R.*: Die deutsche Industrie im Kriege, Berlin (West) 1954; 21. *Wosnessenski, N.;* in: SW/GB 1947, 3. Beiheft; 22. *Zumpe, L.:* in: Wirtschaft und Staat im Imperialismus, Berlin 1976; 23. *Beiträge zur Militärökonomie,* Berlin 1976; 24. *The Effects of Strategic Bombing on the German war economy:* Overall Economic Effects Division, October, 31, 1945; 25. *Krupp und die Hohenzollern,* Berlin 1956; 26. *Militärlexikon,* Berlin 1973; 27. *Reichsarchiv:* Der Weltkrieg 1914-1918, Bd. 2, Berlin 1930; 28. *Wirtschaftswoche,* Düsseldorf 1975, Nr. 23; 29. *Zeitschrift für Militärgeschichte,* Jg. 1975/76.

Alfred Schröter **[724]**

2.5.17. Monopole

Die Monopole der kapitalistischen Produktionsweise entstanden und entstehen als Ergebnis der Konkurrenz der kapitalistischen Unternehmen zum Zweck der Ausschaltung der Konkurrenz. Als Monopole in diesem, dem engeren Sinne werden „alle Arten kapitalistischer Gebilde (Großfirmen, Vereinigungen, Gruppen wechselseitig verbundener Firmen), die auf der Grundlage der Konzentration der Produktion entstehen und zur Errichtung von Herrschaft und Kontrolle über den Markt führen“ [19: 133] bezeichnet. Davon ausdrücklich zu unterscheiden ist die Verwendung des Begriffs Monopol in seinem allgemeinsten Sinne, als „Alleinrecht“, zur Bezeichnung etwa von Finanzmonopolen kapitalistischer Staaten oder dem Außenwirtschaftsmonopol sozialistischer Staaten, die sich als Ausschließlichkeitsrechte auf staatliche Hoheitsakte gründen. Als meist staatlich an Warenhändler und -produzenten verliehene oder vom Staat selbst in Anspruch genommene Ausschließlichkeitsrechte spielten Monopole im weiteren Sinne in den vorkapitalistischen Produktionsweisen eine gewisse Rolle. Diese Art von Monopolprivilegien konnten aber nur wirksam und aufrechterhalten werden bei relativ unentwickelter Warenproduktion und unentwickeltem Welthandel. Bildeten bestimmte in der Übergangszeit zum Kapitalismus entstandene, mit Monopolprivilegien ausgestattete Handelsgesellschaften (z. B. die 1599 in England gegründete East India Company und ihr 1602 gegründetes holländisches Gegenstück) auch eine wichtige Quelle der ursprünglichen Akkumulation des Kapitals, so hemmten auch sie auf die Dauer die weitere Entfaltung der kapitalistischen Warenwirtschaft. Der Kampf um die Abschaffung von Zunftzwang und Monopolprivilegien aller Art und für Gewerbefreiheit war deshalb ein wesentlicher Bestandteil des Klassenkampfes der aufstrebenden Bourgeoisie. Die nach der Durchsetzung der Gewerbefreiheit sich entfaltende freie Konkurrenz der Kapitale, die die rasche Entwicklung der industriellen Warenproduktion, des internationalen Handels und die Herausbildung einer kapitalistischen Weltwirtschaft vorantrieb, entzog den feudalen Monopolprivilegien auch ökonomisch die Existenzgrundlage.

Da aber die freie Konkurrenz der Kapitale gesetzmäßig zur Konzentration der Produktion und des Kapitals führt, der Konkurrenzkampf zwischen großen und stets wachsenden Kapitalassoziationen zunehmend härter und schwieriger wird und sich mit der Größe der Konkurrenten zugleich die Möglichkeit verringert, einander vom Markt zu verdrängen; da die Überfüllung der Märkte infolgedessen wächst und die gegenseitige Unterbietung der Konkurrenten zu Profitverlusten für alle führt, entwickeln sich auf einer bestimmten Stufe der Konzentration in allen kapitalistischen Ländern bzw. in allen Zweigen der Wirtschaft Bestrebungen, den Konkurrenzkampf durch monopolistischen Zusammenschluß der Unternehmen auszuschalten, um die Preise und Profite hochzuhalten und zu erhöhen: es entstehen die „modernen“ Monopole. Marx schrieb: „... wir wissen alle, daß die Konkurrenz aus dem feudalen Monopol hervorging. So war die Konkurrenz ursprünglich das Gegenteil des Monopols und nicht das Monopol das Gegenteil der Konkurrenz. Das moderne Monopol ist somit nicht einfach eine Antithese, sondern im Gegenteil die wahre Synthese. *These:* das feudale Monopol, Vorgänger der Konkurrenz. *Antithese:* die Konkurrenz. *Synthese:* das moderne Monopol, welches die Negation des feudalen Monopols ist, insofern es die Herrschaft der Konkurrenz voraussetzt, und welches die Negation der Konkurrenz ist, insofern es Monopol ist. Somit ist das moderne Monopol, das bürgerliche

Monopol, das synthetische Monopol, die Negation der Negation, die Einheit der Gegensätze.“ [MEW 4: 163]

Die „modernen“ Monopole entstanden in größerer Anzahl im letzten Drittel des 19. Jh. „Die wichtigsten Ergebnisse der Geschichte der Monopole“, schrieb Lenin, „sind **[725]** demnach: 1. In den sechziger und siebziger Jahren des 19. Jahrhunderts – die höchste, äußerste Entwicklungsstufe der freien Konkurrenz; kaum merkliche Ansätze zu Monopolen. 2. Nach der Krise von 1873 weitgehende Entwicklung von Kartellen, die aber noch Ausnahmen, keine dauernden, sondern vorübergehende Erscheinungen sind. 3. Aufschwung am Ende des 19. Jahrhunderts und Krise von 1900-1903: die Kartelle werden zu einer der Grundlagen des ganzen Wirtschaftslebens. Der Kapitalismus ist zum Imperialismus geworden.“ [LW 22: 206] Der tendenzielle Preisfall während der „Großen Depression“ nach 1873, Stagnation und Rückgang der Profite bildeten die Haupttriebkräfte für monopolistische Zusammenschlüsse in vielen Zweigen.

Obwohl die Monopole an der Jahrhundertwende „zu einer der Grundlagen des ganzen Wirtschaftslebens“ geworden waren, in vielen Zweigen dominierendes Gewicht erlangt hatten und die gesellschaftlichen Beziehungen, den Charakter der Epoche entscheidend zu prägen begannen, waren dennoch längst nicht alle Bereiche der Ökonomik von der Monopolisierung erfaßt worden. Die Monopolisierung setzte sich im 20. Jh. in den meisten Ländern in mehreren großen Wellen fort, die jedesmal größere Bereiche der Volkswirtschaften erfaßten, wobei ein „Abschluß“ dieses Prozesses auch heute in den imperialistischen Ländern nicht erreicht ist. Nach der großen Welle der Jahrhundertwende folgte die nächste in den 20er Jahren sowie eine weitere seit den 60er Jahren, die an Stärke noch die vorhergehenden übertrifft.

Die Monopolisierung vollzog sich in Abhängigkeit von den produktionstechnischen und Marktbedingungen der einzelnen Zweige, dem erreichten Grad der Konzentration, den besonderen Bedingungen der einzelnen Länder, nicht zuletzt auch den juristischen Rahmenbedingungen in verschiedenen Typen.

In Branchen, in denen Massengüter mit für längere Zeit eindeutig festlegbaren Eigenschaften produziert wurden (Kohle und Koks, Kali, Roheisen, Stahl, Halbzeuge aus Stahl und Eisen, chemische Verbindungen, textile Garne u. ä.), erfolgte der Umschlag von der Konkurrenz zum Monopol zunächst vor allem in der Kartell- und Syndikatform. Ein Kartell wird durch Vereinbarung bzw. Vertrag zwischen selbständig bleibenden Unternehmen gebildet. In der Kartellvereinbarung verpflichten sich die beteiligten Unternehmer zur Einhaltung bestimmter Verkaufspreise (Preiskartell), Produktionsmengen (Produktions- oder Quotenkartell), Absatzgebiete (Gebietskartell), Lieferbedingungen gegenüber den Abnehmern, wie Zahlungsfristen, Rabatte usw. (Konditionenkartell). Kartellverträge können einzelne oder alle dieser Absprachen enthalten und/oder auf Absprachen spezieller Art begründet sein, so etwa über die Verteilung von Aufträgen, besonders auch bei staatlichen Großprojekten (Submissionskartell), über den Austausch von Lizenzen und technischen Neuerungen (Rationalisierungskartell) oder über den Austausch von Marktinformationen, wobei sich die beiden letztgenannten Arten besonders in den letzten Jahrzehnten entwickelt haben. Bilden die selbständig bleibenden Kartellunternehmen eine gemeinsame Verkaufszentrale, so entsteht ein Syndikat. Als Verkaufsstellen können Unternehmen aller Rechtsformen fungieren. Aus der Funktion des Syndikats ergibt sich auch die Gewinnverteilung von der Zentrale aus. Gewinnverteilungskartelle ohne Syndikatform (Pools) entstanden schon seit den 1870er Jahren: Besonders wurden sie in denjenigen Zweigen des privaten Verkehrsgewerbes gebildet, die bereits großbetrieblich organisiert waren, so zwischen den Eisenbahngesellschaften in den USA und zwischen den Überseeschiffahrtslinien verschiedener Länder (sogenannte Conferences).

Die Kartelle und Syndikate, durch die die Ausschaltung der freien Konkurrenz, Monopolpreise und damit Monopolprofite auf „billigstem“ und schnellstem Wege bei weiterbestehender Selbständigkeit der Unternehmen erzielt werden konnten, entwickelten **[726]** sich besonders schnell und erlangten besondere Bedeutung auf dem europäischen Kontinent. Im angelsächsischen Recht galten noch die Bestimmungen aus der Zeit des Kampfes um die Gewerbefreiheit, wonach monopolistische Absprachen

strafrechtlich verfolgt werden konnten; in den USA wurden zusätzlich seit den 80er Jahren des 19. Jh. neue Antikartellgesetze erlassen. Da kartellartige Verträge somit dem geltenden Recht zuwiderliefen, konnte gegen den Vertragsbruch eines Kartellteilnehmers nicht geklagt werden, was die Instabilität der Kartelle und die Herausbildung anderer Monopolformen begünstigte. Auf dem europäischen Kontinent war die Rechtslage für Kartellbildungen günstiger, in einigen Ländern kam es schon früh zu staatlich verordneten Zwangskartellen (Rußland: 1895 Zuckerkartell; Italien: 1906 Kartell der Marmorindustrie; Deutschland: erst 1910 Kalisyndikat). In Deutschland fielen Kartellverträge *nicht* unter den § 152 der Gewerbeordnung, der u. a. besagte, daß jedem Teilnehmer an Verabredungen und Vereinbarungen von Arbeitern oder Unternehmern das Rücktrittsrecht freistünde und daß gegen derartige Verabredungen weder Klage noch Einrede stattfände. In einer Grundsatzentscheidung bestätigte das Reichsgericht 1897 die Gültigkeit von Kartellverträgen als zivilrechtliche Verträge, die klagbar waren (während es Lohntarifverträge weiterhin als ungesetzlich behandelte). [16: T. II; T. IV] Kartelle und Syndikate entstanden bis zum ersten Weltkrieg in den meisten europäischen Ländern [8], am zahlreichsten aber in Deutschland. In der Kartellenquote des Reichsamtes des Innern wurden 1901/02 385 Kartelle und Syndikate ermittelt, die rd. 12.000 Unternehmen umfaßten. [16: T. I; T. III] [17] Die Konditionenkartelle sind in dieser Zahl nicht enthalten. Konditionenkartelle breiteten sich besonders rasch in den letzten Jahren vor dem ersten Weltkrieg und in den 1920er Jahren aus, und zwar vor allem in den Zweigen der Fertigwarenindustrie. Nach zahlreichen gescheiterten Versuchen hatte es sich erwiesen, daß Preiskartelle und Syndikate in solchen Zweigen, in denen die Produkte sich durch technische Neuerungen sehr rasch verändern (z. B. Maschinenbau) oder der Mode unterworfen sind (zahlreiche Konsumgüter), nicht existenzfähig sind: Die Verträge müssen für ein genau definiertes Produkt abgeschlossen werden; verändert ein Unternehmer dieses Produkt nur geringfügig, ist er bereits nicht mehr an den Kartellvertrag gebunden. Die Konditionenkartelle der Fertigwarenindustrie können zwar als Anfangsstufe der Monopolisierung angesehen werden, da sie die Marktpositionen der Produktionsunternehmen gegenüber dem Handel stärkten, sie schalteten aber nicht die Preiskonkurrenz aus und gestatteten daher in der Regel nicht die Erzielung von Monopolprofiten. Preis- und Produktionskartelle erlangten ihre größte Bedeutung – in Deutschland wie in anderen Ländern und auch als internationale Monopole – in der Rohstofferzeugung und der Halbfabrikatproduktion, wo sie einen Grad der Marktbeherrschung erzielten, der Monopolpreise und Monopolprofite ermöglichte, die, da es sich bei der Mehrzahl der monopolisierten Produkte um Produktionsmittel handelte, zum großen Teil von der in der Anfangszeit des Monopolkapitalismus noch nicht monopolisierten weiterverarbeitenden Industrie aufgebracht werden mußten. Besonders ausgeprägt war die ökonomische und schließlich auch politische Macht der Kartelle und Syndikate der deutschen Kohle-, Eisen- und Stahlindustrien, die bereits im ersten Jahrzehnt des 20. Jh. einen eng verklammerten Machtblock bildeten (Rheinisch-Westfälisches Kohlensyndikat, nach Vorverbänden gegründet 1893; Stahlwerksverband, nach Vorverbänden gegründet 1904) und aus deren personellen Vertretern sich der reaktionärste Flügel der deutschen Monopolbourgeoisie formierte. [5: Bd. 3; Bd. 4,; Bd. 14] [6] [9] [11] Kartelle und Syndikate ermöglichen zwar eine schnelle Ausschaltung der freien Konkurrenz, sind aber nur begrenzt anwendbar und tragen zudem bedeutende Elemente der Instabilität in sich, was sich hauptsächlich aus der weiterbestehenden Selbständigkeit der beteiligten Unterneh-**[727]**men, ihrer ungleichmäßigen Ausdehnung und dem daher immer neu entstehenden innermonopolistischen Konkurrenzkampf um Produktionsquoten und Marktanteile ergibt. Nichterneuerung von Kartellverträgen und Zusammenbrüche von Kartellen sind daher auch im 20. Jh. häufig gewesen, und zwar sowohl in den Krisenphasen als auch in den Hochkonjunkturphasen der kapitalistischen Zyklen. Selbst das Rheinisch-Westfälische Kohlensyndikat, eines der stärksten und viele Jahrzehnte lang bestehenden Syndikate im imperialistischen Deutschland, mußte allein zwischen 1893 und 1915 viermal *vor* Ablauf der jeweiligen Verträge in meist sehr schwierige Erneuerungsverhandlungen eintreten.

Größere Stabilität und universelle Anwendbarkeit kennzeichnen dagegen die Konzernform des Monopols. Im Konzern sind mehrere kapitalistische Unternehmen nicht durch Vertrag, sondern durch einseitige oder wechselseitige Kapitalbeteiligung zusammengeschlossen und bilden eine zentral geleitete wirtschaftliche Einheit, wobei die Teilunternehmen nur als juristische Personen weiterhin existent bleiben und meist unter bisherigen Namen firmieren. Wegen des Aufwandes an Beteiligungskapital

dauert ihren s aber im allgemeinen eine gewisse Zeit, bis ein Konzern in einem Zweig so viele seiner Konkurrenten unter Kontrolle gebracht hat, daß er eine monopolistische Position einnimmt. In vielen Zweigen der Konsumgüterindustrie (vor allem außerhalb der USA), für die am Beginn der monopolkapitalistischen Epoche die Kartellierung nicht anwendbar war und die damals einen bedeutend niedrigeren Grad der Konzentration von Produktion und Kapital aufwiesen als die Produktionsmittelindustrien, erreichten die sich allmählich entwickelnden Konzerne erst nach dem zweiten Weltkrieg monopolistische Positionen. In Großbritannien, wo die Kartelle sich nicht in dem Maße ausbreiten konnten wie auf dem europäischen Kontinent, wurde die Konzernierung zum Hauptweg der Monopolisierung [7] [10], welche sich daher hier vor dem ersten Weltkrieg langsamer durchsetzte als z. B. in Deutschland.

In denjenigen Zweigen, in denen schon im letzten Drittel des 19. Jh. neuartige Produkte, technische Innovationen und Patente eine große Rolle spielten, z. B. in der Elektroindustrie und der chemischen Industrie, erreichten einzelne Großunternehmen schon in dieser Zeit monopolistische Positionen. [5: Bd. 14] So entwickelten sich z. B. die Großunternehmen der deutschen Elektroindustrie schon in den 80er Jahren auf der Grundlage „natürlicher“ technischer Monopole (Schwachstromindustrie: Siemens & Halske) oder Patentmonopole (Starkstromindustrie: AEG und Siemens & Halske auf der Grundlage der Edison-Patente) zu monopolistischen Konzernen, deren Monopolstellung aber dann wieder infolge der überaus schnellen technischen Entwicklung und des Wegfalls der ehemaligen Patentmonopole durch neuentstehende Gesellschaften untergraben wurde. Erst nach einer Periode heftigen Konkurrenzkampfes in den 90er Jahren und daraus resultierenden Kapitalkonzentrationen und -fusionen konnten die beiden nunmehr sehr großen Konzerne AEG und Siemens eine Position wiedererlangen, in der sie teils kooperierten, teils konkurrierten und bei elektrotechnischen Großprojekten etwa vier Fünftel des Marktes beherrschten. Ganz ähnlich verlief die Entwicklung monopolistischer Konzerne in der Elektroindustrie der USA: hier schlossen die beiden Konzerne, die nach der anfänglichen absoluten Monopolstellung der Edison-Company, folgendem Konkurrenzkampf zwischen ihr und neu entstandenen Konzernen und schließlich Konzernfusionen den Markt beherrschten, die General Electric Co. und die Westinghouse Co., 1896 ein Kooperationsabkommen in bezug auf Patente, wobei sie ebenfalls auf Teilgebieten weiterhin konkurrierten. [11] Für das Wachstum dieser Konzerne durch Kapitalakkumulation und Aufsaugung anderer Unternehmen geben die Beschäftigtenzahlen Anhaltspunkte (wenn auch kein vollständiges Bild, da die Arbeitsproduktivität ja inzwischen gewachsen ist) (s. Tab.). **[728]**

Tabelle
Elektrokonzerne 1907, 1910 bzw. 1911 und 1974 (Beschäftigte in 1.000) [LW 22: 2521 [18]

	1907	1910 bzw. 1911	1974
General Electric Co.	28	32	404
Siemens-Konzern	43	64	309
Westinghouse Co.	–	–	199
AEG	31	61	170

Bereits 1907 schlossen die General Electric Co. und die AEG einen Vertrag, in dem sie die Absatzmärkte der Welt für ihre Hauptprodukte untereinander aufteilten.

Auch im Bankwesen erfolgte die Monopolisierung auf dem Wege der Konzernbildung (s. 2.5.3.), wobei sich, anfangs vornehmlich durch Bankbeteiligung an Industriegesellschaften, später auch in zunehmendem Maße durch Eindringen von Industriekonzernen in die Banksphäre, die eigentumsmäßige Verflechtung und Verschmelzung von Industrie- und Bankkapital zum Finanzkapital entwickelte, das Lenin als die „krasseste Erscheinungsform“ des Monopols bezeichnete. [LW 22: 305]

Monopole in Form von Trusts entwickelten sich im 19. Jh. in den USA [3] [5: Bd. 29; Bd. 30] [12], sind aber heute in der ursprünglichen Form kaum noch anzutreffen. Die Eisenbahngesellschaften der USA hatten nach erbittertem Konkurrenzkampf, der die Frachtraten sinken ließ, nach der Krise von 1873 Kartelle (Pools) gebildet, deren rigorose Praktiken eine starke Opposition, vor allem der Farmer, hervorriefen. 1887 wurden durch das Interstate Commerce Act die Kartelle verboten. Zur bevorzugten Form des Zusammenschlusses wurde zwischen 1887 und 1897 der Trust, eine Organisation, bei

der die Aktionäre einem Treuhänderkomitee (board of trustees) ihre Aktienmajorität zur „treuhänderischen Verwaltung“ übergibt und dafür Trustzertifikate empfängt. Bereits 1882 hatte die Standard Oil Company (Rockefeller) mit Hilfe der Trustform ein Monopol der Erdölraffinerien geschaffen. Durch Trustbildungen wurden, anders als bei Kartellvereinbarungen, schlagartig Kapitalballungen großen Ausmaßes geschaffen, die diejenigen Europas weit übertrafen. Die Trustform war jedoch nicht unbedingt mit zentraler Leitung der gesamten Produktion verbunden. Infolge der damaligen industriellen Struktur der USA, in der die Nahrungs- und Genußmittelindustrie einen hohen Produktionsanteil hatte, entstanden zahlreiche Trusts auf diesem Gebiet schon in den 80er und 90er Jahren (u. a. in der Produktion von Whisky, Zucker, Tabak). Die durch die heftige, insbesondere mittelständische Antimonopolbewegung erzwungene staatliche Antitrustgesetzgebung in der Zeit bis 1914 konnte die weitere Monopolisierung nicht verhindern, übte aber insofern eine nicht unbedeutende Wirkung aus, als sie die noch engere eigentumsmäßige Verschmelzung der Unternehmen in Form von Fusionen und Konzernbildungen, in die auch Banken einbezogen wurden, beschleunigte. Die größten finanzkapitalistischen Gruppen in den USA im ersten Jahrzehnt des 20. Jh. waren die von Rockefeller mit dem Kern in der Erdölindustrie und die von Morgan mit dem Kern in der Stahlindustrie (United States Steel Corporation, 1909 größtes Unternehmen der USA und nach der Preußischen Eisenbahnverwaltung größtes der Welt). Diese beiden Gruppen stellen heute die größten finanzkapitalistischen Imperien der Welt dar (Morgan-Gruppe: 1974 254,4 Mrd. Dollar Gesamtaktiva, davon 96,6 Mrd. Dollar in der Banksphäre und 157,8 Mrd. Dollar in der Industrie, im Verkehrswesen usw.)

[729] In Japan entstanden in der nach 1868 mit stärkster staatlicher Förderung in Gang gesetzten kapitalistischen Industrialisierung Großunternehmen (Zaibatsu) meist adliger Familien, von denen einige, z. B. die Mitsui, schon am Ende der Feudalperiode durch Handels- und Geldgeschäfte Reichtum akkumuliert hatten. [1] [4] Wegen des anfänglichen Fehlens einer breiteren Unternehmerschicht und gestreuten Kapitalbesitzes erlangten die Zaibatsu, vor allem die der Mitsui, Mitsubishi, Sumitomo und Yasuda, mit staatlicher Förderung (u. a. durch billigen Verkauf von staatlichen Pilotunternehmen und Ozeanschiffen an die Zaibatsu in den 80er Jahren, große Staatsaufträge, billige langfristige Staatskredite, zinslose Deponierung öffentlicher Gelder in den Zaibatsubanken) von Anbeginn eine beherrschende Stellung beim Ausbau großindustrieller Zweige, so in der Schiffahrt, dem Eisenbahnwesen, dem Bergbau, der chemischen, metallurgischen und Elektroindustrie, durch ihre Banken auch in der Finanzsphäre. 1885 waren bei allen Firmen mit über 0,5 Mill. Yen Kapital mit einer Ausnahme die Zaibatsu die führenden Investoren. Die Zaibatsu spielten schon in der Meiji-Periode eine führende Rolle in der Kriegsfinanzierung und in der industriellen „Erschließung“ der japanischen Kolonien. Die Zaibatsu, die sich jeweils unter dem „Dach“ einer Familien-Holdinggesellschaft rasch zu Konzernen mit Vielzweigstruktur entwickelten, expandierten besonders stark vom Beginn des 20. Jh. bis zum zweiten Weltkrieg. Danach vorübergehend „entflochten“, gehören Mitsui, Mitsubishi und Sumitomo zu den größten Konzernen der Welt.

In der Monopolisierungswelle der 20er Jahre entstanden solche großen Zusammenschlüsse wie die IG Farbenindustrie AG in Deutschland (1925) und die als Reaktion darauf 1926 gegründete Imperial Chemical Industries Ltd. (ICI) in Großbritannien sowie der britisch-holländische Unilever-Konzern. In der ICI schlossen sich Konzerne der schon vor dem ersten Weltkrieg entstandenen Dynamit-Nobel-Gruppe (Nobel Industries Ltd.), der Sodaindustrie (u. a. United Alkali Co. Ltd.) und der während des Weltkrieges entstandenen Farbstoffsyntheseproduktion zusammen. Kernunternehmen des IG-Farben-Konzerns, die schon vor dem Krieg zusammen mit anderen Unternehmen zwei Interessengemeinschaftsgruppen gebildet hatten, waren die Farbwerke Hoechst AG, die Badische Anilin- und Sodafabrik AG (BASF) und die Farbenfabriken vorm. Friedrich Bayer & Co., die nach der Entflechtung des IG-Farben-Konzerns durch die Alliierten nach dem zweiten Weltkrieg als formell selbständige Konzerne weiterbestanden. (1974 waren die umsatzstärksten Chemiekonzerne der Welt: BASF 8.497 Mill. Dollar Jahresumsatz; Farbwerke Hoechst 7.821 Mill. Dollar; ICI 6.912 Mill. Dollar; Dupont de Nemours, USA 6.910 Mill. Dollar; Bayer-Konzern 6.301 Mill. Dollar.)

In den 20er Jahren entwickelte sich in den USA die General Motors Corporation durch zahlreiche Fusionen zum größten Automobilkonzern (1974 mit rd. 200 Mrd. Dollar Gesamtaktiva und rd. 31

Mrd. Dollar Jahresumsatz drittstärkster Industriekonzern der Welt), und es formierten sich andere der jetzt 100 größten Konzerne dieses Landes. In Deutschland wuchs aus den schon zuvor durch Kartelle und Syndikate verklammerten Konzernen der Eisen- und Stahlindustrie der Großkonzern Vereinigte Stahlwerke hervor. Die Monopolisierungswelle der beiden letzten Jahrzehnte ist dadurch gekennzeichnet, daß sich jetzt in allen Zweigen der verarbeitenden Industrie verstärkt Monopole bilden (bzw. diese Industrien in schon bestehende Monopole einbezogen werden) daß auch der Einzelhandel und – zunächst vornehmlich in den USA – die Landwirtschaft von der Monopolisierung erfaßt werden und daß sich in den schon früher monopolisierten Bereichen die Kapitalkonzentration und -zentralisation wesentlich verstärkten. In der ersten Monopolisierungswelle an der Schwelle des 20. Jh. überwogen bei weitem die horizontalen Zusammenschlüsse, also die Zusammenschlüsse von allen oder möglichst vielen Unternehmen in jeweils einer Branche. Die Kartelle und Syndikate und **[730]** die meisten Trusts der USA waren horizontale Monopolvereinigungen. Schon vor dem ersten Weltkrieg begannen sich dann die vertikalen Monopolgebilde zu entwickeln, stimuliert sowohl durch die technische Entwicklung als auch wesentlich durch den vorangegangenen Prozeß der horizontalen Monopolisierung. Die Unternehmen begannen, sämtliche Produktionsstufen ihrer Haupt- und Nebenprodukte, angefangen von der Rohstofferzeugung bis zur Vertriebsorganisation, zu integrieren oder aufzubauen, wozu besonders die Konzernform geeignet war. Nach dem ersten Weltkrieg nahm die vertikale Form der Monopolisierung immer mehr zu, und heute gibt es unter den größten Konzernen der Welt kaum einen, der nicht mindestens eine vertikale Kombination der wichtigsten Produktions- und Vertriebsstufen seiner Haupterzeugnisse in sich vereinigt. Vor allem nach dem zweiten Weltkrieg haben die großen Konzerne, zuerst die der USA, eine weitere Expansionsrichtung entwickelt: die diagonale Ausdehnung, auch Diversifikation genannt. Diversifikation oder Übergang zur Vielzweigstruktur bedeutet, daß Unternehmen aus unterschiedlichsten, technologisch in keiner Weise zusammenhängenden Bereichen aufgekauft werden: Es bilden sich Konglomerate. Eine der wichtigsten Triebkräfte (und zugleich Folgen) der Diversifikation besteht darin, daß die Konzerne durch sie unempfindlicher gegenüber Strukturveränderungen der Nachfrage und gegenüber Profitschwankungen werden. Der USA-Konzern ITT (International Telephon and Telegraph Corporation) z. B., der 1974 auf der Weltrangliste der größten Industriekonzerne den 14. Platz einnahm (11.154 Mill. Dollar Jahresumsatz, 409.000 Beschäftigte, 331 Tochter- und 708 Enkelgesellschaften in 70 Ländern), hatte früher seinen Schwerpunkt im Fernmeldeanlagenbau. Heute besitzt ITT zahlreiche Unternehmen des Baugewerbes, der Lebensversicherung, des Hotelgewerbes, des Autoverleihs, der chemischen, der metallurgischen und der holzverarbeitenden Industrie. Der Anteil der diagonalen Großfusionen in der Industrie der USA belief sich im Zeitraum von 1966 bis 1968 auf 81% aller registrierten Zusammenschlüsse, der Anteil der vertikalen dagegen nur auf 10%. Der Anteil der horizontal orientierten Großkonzentrationsvorgänge, der in den Jahren 1951-1955 noch 39% ausmachte, sank hingegen im Zeitraum 1966-1968 auf 9%. In der BRD hatten die von 1966 bis 1973 gemeldeten 353 größeren Unternehmenszusammenschlüsse zu 40% Diversifikationscharakter. [13] Bis heute hat sich aber in den monopolkapitalistischen Ländern „unterhalb“ und neben den monopolistisch organisierten Bereichen ein nichtmonopolistischer Sektor kleinerer und mittlerer kapitalistischer Unternehmen erhalten, die zum größeren Teil Zulieferbetriebe der großen Konzerne sind. [19] Die Zulieferbetriebe sind in hohem Maße von den Konzernen abhängig, aber zwischen den einzelnen Unternehmen des Sektors herrscht noch in etwa die „freie“ Konkurrenz des alten Kapitalismus.

Auch in den monopolisierten Bereichen wurde die Konkurrenz nicht beseitigt, sondern durch das Monopol im dialektischen Sinne aufgehoben, d. h. in alter Form beseitigt, in neuer Form erhalten und auf eine neue Stufe gehoben. Die verschiedenen Formen der monopolistischen Konkurrenz, so die Quotenkonkurrenz innerhalb der Kartelle, die mittels technischer Neuerungen erzeugte Substitutionskonkurrenz, die Konkurrenz um Absatzgebiete und Kapitalanlagesphären zwischen den wachsenden Konzernen verschiedener Länder erzeugen, wie Lenin schrieb, „eine Reihe besonders krasser und schroffer Widersprüche, Reibungen und Konflikte“. [LW 22: 270] Die vielfältigen Formen der Konkurrenz zwischen den Konzerngiganten haben zu einer heute auf den meisten Warenmärkten typischen Form des Monopols geführt: dem Gruppenmonopol (in der bürgerlichen Literatur Oligopol genannt). Wenige Konzerne beherrschen einen Warenmarkt, verzichten in der Regel auf Preiskonkurrenz, was durch

Informationsaustausch oder Verhaltensanpassung erzielt wird (dem Konzern mit dem stärksten Marktanteil **[731]** fällt in der Regel die „Preisführerschaft“ zu, die anderen gleichen ihre Preise an), vermögen so gemeinsam Monopolprofite zu realisieren, konkurrieren aber weiterhin durch Substitute oder andere Formen der Nichtpreiskonkurrenz um höhere Marktanteile. [19] Auf gruppenmonopolistisch strukturierten Märkten kommen Preissenkungen kaum noch vor, Anpassung an die Nachfrage wird durch Produktionseinschränkung erzielt, das Preisniveau steigt. Neuerdings vermögen die Monopole sogar in den zyklischen Krisen die Preise stabil zu halten oder sogar noch zu steigern. Das durch die gruppenmonopolistischen Preisstrategien steigende Preisniveau in den imperialistischen Ländern wird durch die inflationistischen Wirkungen der staatsmonopolistischen Haushaltspolitik z. T. verdeckt, z. T. erleichtert.

Durch die Monopolisierung wurden die Produktions- und Distributionsverhältnisse der kapitalistischen Produktionsweise modifiziert. Ist eine Monopolvereinigung alleiniger Anbieter einer Ware oder besitzt sie einen so großen Marktanteil, daß sie – evtl. gemeinsam mit wenigen anderen Monopolgebilden im Gruppenmonopol – die Preise bestimmen kann, dann werden Monopolprofite möglich: die Waren können dauernd oder über längere Zeit über dem Produktionspreis, d. h. dem Kostpreis plus Durchschnittsprofit verkauft werden. Dieser über den Durchschnittsprofit hinausgehende Monopolprofit muß von den Konsumenten und den nichtmonopolistischen Unternehmern aufgebracht werden. Jeder Kapitalist, Monopolist oder Nichtmonopolist, strebt nach Höchstprofiten. Doch während der Nichtmonopolist Extraprofite nur vorübergehend durch Produktionsverbilligung erzielen kann, bezieht der Monopolist dauernde Überprofite, bezieht er gewissermaßen eine Monopolrente, die durch Tribute der gesamten Gesellschaft aufgebracht werden muß. Dies ist die ökonomische Grundlage für die Tatsache, daß sich im Laufe der Entwicklung des Monopolkapitalismus gemeinsame Interessen der Arbeiterklasse und der übrigen nichtmonopolistischen Schichten der Gesellschaft, die nicht völlig verschwinden bzw. neu entstehen, im Kampf gegen die Monopole herausbilden.

Die Bildung von Monopolen ist der kapitalistische Ausdruck für die Zunahme des gesellschaftlichen Charakters der Produktion und stellt einen qualitativen Sprung in diesem Prozeß dar. Lenin schrieb, daß bei den monopolistischen Mammutunternehmen „privatwirtschaftliche und Privateigentumsverhältnisse eine Hülle darstellen, die dem Inhalt bereits nicht mehr entspricht“. [LW 22: 308] Aus dem dialektischen Widerspruch zwischen größerer Vergesellschaftung einerseits und Privateigentumshülle andererseits entspringen sowohl Wachstums- als auch Fäulnistendenzen.

Die Erzielung von Monopolprofit fördert einerseits die Entwicklung der Produktivkräfte und das Wirtschaftswachstum in den monopolistisch organisierten Bereichen und bewirkt sprunghafte Veränderungen im Kräfteverhältnis der einzelnen Monopolkapitale und Kapitalgruppen. Die Zunahme der Planmäßigkeit innerhalb der monopolistisch beherrschten Bereiche, die wachsende Möglichkeit von Preis-, Produktions- und Investitionsstrategien verschärfen andererseits den intermonopolistischen Konkurrenzkampf ebenso wie die Anarchie im Gesamtproduktionsprozeß, was eine der wesentlichen Ursachen für Staatseingriffe und schließlich staatsmonopolistische Kooperation und Regulierung bildet (s. 2.5.21.). Die Erzielung von Monopolprofiten, die dadurch bewirkte Kapitalballung größten Ausmaßes, die durch die Monopolisierung gewonnene Möglichkeit strategischen Verhaltens führten zur wachsenden Anwendung von Terror, Gewalt, Bestechung und von anderen außerökonomischen Druckmitteln durch das Monopolkapital nicht nur gegenüber der Arbeiterklasse, sondern auch gegenüber Konkurrenten, Monopolaußenseitern, Lieferanten, Abnehmern, erlaubten aber auch zunehmend die Ausbildung raffinierter Methoden der Massenmanipulation (Reklame, Monopolisierung der **[732]** Massenmedien). Die Ungleichmäßigkeit der Konzentration und Monopolisierung verstärkte die Differenzierung innerhalb der Bourgeoisie und schuf ein stärkeres Gefälle der Macht- und Einflußmöglichkeiten, was u. a. dazu führte, daß der Kampf um „Einflußsphären“ in den staatlichen Apparaten sich verstärkte und eine besondere Bedeutung erlangt hat.

Durch die Verschärfung des monopolistischen Konkurrenzkampfes wirkte auch der Zwang zur erweiterten Reproduktion mit verstärkter Kraft. Die Reproduktion der riesigen Kapitalassoziationen vollzog und vollzieht sich auf einer viel weiter ausgedehnten Stufenleiter als die der einzelnen Privatkapitale, wodurch der dem Kapital überhaupt innewohnende Expansionsdrang neue Ausmaße,

stärkere Stoßkraft und einen neuen Inhalt erhielt (z. B. Kapitalexport in Form von Direktinvestitionen) (s. 2.5.12.). Das auf dem Weltmarkt zusammentreffende verstärkte Expansionsstreben der „nationalen“ Monopolkapitale mußte zur Bildung multinationaler Monopole führen. Dieser langwierige Prozeß begann mit der Entstehung des Monopolkapitals [LW 22], konnte aber in den ersten Jahrzehnten seiner Existenz die Weltwirtschaftsbeziehungen noch nicht entscheidend prägen, da die Zerfallstendenzen bei multinationalen Monopolen zunächst *noch* stärker waren als bei „nationalen“. War dieses privatmonopolistische Mittel zur Regulierung des Konkurrenzkampfes auf dem Weltmarkt, die monopolistische Vereinigung mit dem fremden Konkurrenten, vorerst nur unter besonders günstigen Umständen realisierbar, so blieb als Alternative die stärkere Einschaltung und Ausnutzung der „eigenen“ Staatsmacht zum Schutze und zur Förderung der eigenen Expansion und zur Schwächung des fremden monopolistischen Konkurrenten. Der Umschlag von der freien Konkurrenz zum Monopol zeigte sich daher auf dem Gebiete der internationalen Wirtschaftsbeziehungen zunächst nicht vorwiegend in der zunehmenden Bildung multinationaler Monopole, sondern hauptsächlich in der zunehmenden monopolistischen Abschließung der einzelnen Volkswirtschaften durch Protektionismus, in der Ausbildung „monopolistischer Prinzipien“ in der Außenwirtschafts- und Außenpolitik, wie Lenin es formulierte, mit gleichlaufend zunehmender Kooperation von Monopol- und Staatsmacht. Nach dem zweiten Weltkrieg verlief der Prozeß der internationalen Verflechtung und Verschmelzung der Monopole in einem so hohen Tempo [2] [14] [15] [18] [10], daß die multinationalen Konzerne der Gegenwart eine Macht und eine Größe erreicht haben, durch die es nicht selten möglich wird, die auf Systemstabilisierung gerichtete Wirtschaftspolitik auch größerer kapitalistischer Staaten zu stören, insbesondere durch Verlagerung von Produktionskapazitäten und großen Geldkapitalmengen von einem Land ins andere. Die Entwicklung drängt daher zur Ausbildung weiterer supranationaler staatsmonopolistischer Organisationsformen. Lenin schrieb 1915: „Es unterliegt keinem Zweifel, daß die Entwicklung in der *Richtung* auf einen einzigen, ausnahmslos alle Unternehmungen und ausnahmslos alle Staaten verschlingenden Welttrust verläuft. Doch diese Entwicklung erfolgt unter solchen Umständen, in einem solchen Tempo, unter solchen Widersprüchen, Konflikten und Erschütterungen – keineswegs nur ökonomischen, sondern auch politischen, nationalen usw. usf. –, daß notwendigerweise, *bevor* es zu einem einzigen Welttrust, zu einer ‚ultraimperialistischen‘ Weltvereinigung der nationalen Finanzkapitale kommt, der Imperialismus unweigerlich bersten muß, daß der Kapitalismus in sein Gegenteil umschlagen wird.“ [LW 22: 106]

Literatur:

1. *Allen, G. C.:* A short economic history of modern Japan. London 1963; 2. *Belous, T. J.:* Meždunarodnye promyšlennye monopolii. Moskau 1972; 3. *Faulkner, H. U.:* Amerikanische Wirtschaftsgeschichte. Dresden 1929; 4. *Hirschmeyer, J.:* The Origins of **[733]** Entrepenneurship in Meiji Japan. Cambridge Mass. 1964; 5. *Kuczynski, J.:* Die Geschichte der Lage der Arbeiter unter dem Kapitalismus. Bd. 1-38, Berlin 1960-1972; 6. *Ders.:* Monopole und Unternehmerverbände. Berlin 1948; 7. *Levy, H.:* Monopole, Kartelle und Trusts. Dargestellt an der Entwicklung in Großbritannien, Jena 1909; 8. *Liefmann, R.:* Kartelle und Trusts. Stuttgart 1905 (2.-6. Aufl. u. d. Titel: Kartelle, Trusts und die Weiterbildung der volkswirtschaftlichen Organisation; 1. Aufl. von 1927 u. d. Titel: Kartelle, Konzerne und Trusts); 9. *Mottek, H./Becker, W./Schröter, A.:* Wirtschaftsgeschichte Deutschlands. Bd. 3, Berlin 1974; 10. *Murphy, B.:* A history of the British Economy 1086-1970. London 1973; 11. *Nussbaum, H.:* Unternehmer gegen Monopole. Berlin 1966; 12. *Robertson, R. M.:* History of the American Economy. New York 1964; 13. *Uhlig, K. H./Hartig H. J.,* in: Wiwi 1976 (24) H. 7, S. 1025 ff.; 14. *Vaupel, J. W./Curhan, J. P.:* The making of multinational enterprise. Boston 1969; 15. *Zarkov, V. V.:* Klub 200. Moskau 1974; 16. *Denkschrift über das Kartellwesen.* T. I-IV, in: Stenographische Berichte über die Verhandlungen des Reichstags, Bd. 219, Drucksache 4; Bd. 223, Drucksache 351; Bd. 240, Drucksache 255; Bd. 248, Drucksache 1019; 17. *Kontradiktorische Verhandlungen über deutsche Kartelle.* Bd. 1-5, Berlin 1903-1906; 18. *Monopolii – giganty kapitalističeskogo mira,* in: MĖiMO 1976 (00), H. 3, S. 144 ff.; 19. *Političeskaja ėkonomija sovremennogo mono polističeskogo kapilizma.* Moskau 1975. (Politische Ökonomie des heutigen Monopolkapitalismus. Berlin 1972). 20. *UNO.* Multinational Corporations in World Development. New York 1973.

Helga Nussbaum

2.5.18. Öffentliche Finanzen

Zu den öffentlichen Finanzen im Kapitalismus gehören die staatlichen Haushalte aller Ebenen sowie staatliche und halbstaatliche Fonds (u. a. Sozialversicherungsfonds, Sonderfonds für bestimmte Aufgaben). Der staatskapitalistische Sektor wird entsprechend dem jeweiligen Budgetrecht eines kapitalistischen Staates ganz bzw. z. T. einbezogen. Die öffentlichen Finanzen der kapitalistischen Staaten sind ein Klasseninstrument der Bourgeoisie zur Umverteilung eines bedeutenden Teils des Nationaleinkommens zur Sicherung der kapitalistischen Produktionsverhältnisse. Die öffentlichen Finanzen als Produkt der widersprüchlichen ökonomischen, politischen und sozialen Beziehungen wirken ihrerseits auf die ökonomische Basis zurück und sind zugleich notwendig für die Finanzierung von Institutionen des Überbaus der kapitalistischen Gesellschaft. Mit dem Staatshaushalt zusammenhängende Fragen sind häufig Gegenstand des Klassenkampfes zwischen Proletariat und Bourgeoisie sowie Gegenstand von Konflikten verschiedener Fraktionen der herrschenden Klasse.

In der Übergangsperiode vom Feudalismus zum Kapitalismus bahnten sich infolge der sich kräftigenden kapitalistischen Produktionsverhältnisse und absolutistischer Herrschaftsformen Veränderungen in der staatlichen Finanzwirtschaft an (Ansätze eines ständischen Bewilligungsrechtes, Änderungen in der Besteuerung, wachsende Anleihen und Staatsverschuldung, Schöpfung von Papier- und Kreditgeld). Die aufkommende Bourgeoisie war zutiefst an einer Umgestaltung der Finanzwirtschaft interessiert. In harten Auseinandersetzungen mit dem Adel mußte sie ihren Einfluß auf den Staatsapparat und die öffentlichen Finanzen erkämpfen. Die Bourgeoisie konnte ihre ökonomischen Positionen gegenüber dem Staat festigen, indem sie Anleihen aufbrachte, mit denen die ab-**[734]**soluten Herrscher dynastische und koloniale Kriege finanzierten. Diese Staatsanleihen erwiesen sich als starker Katalysator bei der Herausbildung der staatlichen Finanzwirtschaft des Kapitalismus. In groben Zügen lassen sich diese Entwicklungslinien in allen Staaten verfolgen: Die finanzielle Situation der Bourgeoisie in *England* war seit Ende des 17. Jh. durch die ursprüngliche Akkumulation so weit gefestigt, daß sich ein breiter Kreditmarkt herausbildete, der für das Entstehen der Nationalschuld Voraussetzung war. So konnten die antinapoleonischen Kriege vor allem durch Staatsanleihen finanziert werden. In den folgenden Jahrzehnten kulminierte der Klassenkampf zwischen Großgrundbesitzern und Bourgeoisie in den heftigen Auseinandersetzen um Kornzölle und Steuern. Die Abschaffung der Kornzölle 1846 war ein Sieg der englischen Bourgeoisie und manifestierte ihren Einfluß auf die Finanzpolitik des Staates.

Im absolutistischen *Frankreich* hatte die königliche Hofhaltung zu einem chronischen Defizit geführt. Doch das drückende Abgabe- und Steuersystem, die allgemeine Stockung von Handel und Gewerbe und die Vernichtung von Geldkapital, die Folge der Kreditspekulationen von Law waren und das Land ökonomisch zerrüttet hatten, setzten die französische Bourgeoisie außerstande, in so breitem Maße wie in England Staatsgläubiger zu werden. Der Kampf zwischen Feudaladel und Bürgertum um die Entwicklung einer kapitalistisch orientierten staatlichen Finanzwirtschaft im 18. Jh. in Frankreich fand erst mit der Revolution von 1789 seinen Abschluß. Erst nach der endgültigen Liquidation der alten Finanzverfassung, der alten Währung und des alten Einnahme- und Ausgabensystems konnte im 19. Jh. die kapitalistische Entwicklung durch Erschließung ergiebiger staatlicher Finanzquellen, durch die Verwendung der aufgekommenen Mittel im Interesse der Bourgeoisie und durch Umgestaltung des Haushalts gesichert werden. Wesentlich für letztere war, daß die französische Bourgeoisie das Kontrollrecht über das Budget übernahm. Das aus der Französischen Revolution von 1789 überkommene Steuersystem, das auf direkten Steuern beruhte, wurde erst nach dem Ende des napoleonischen Kaiserreichs durch Einführung kleinere Einkommen stärker belastender indirekter Steuern umgewandelt. Während der Julimonarchie und des Zweiten Kaiserreichs wurden die großen öffentlichen Arbeiten und Kriegskosten durch Anleihen finanziert. Auf diese Weise wurde die französische Bourgeoisie ebenfalls Staatsgläubigerin.

Die politische Zersplitterung verzögerte in *Deutschland* die Entstehung einer kapitalistischen Finanzwirtschaft. Auch auf dem Gebiete der Finanzverfassung hatte die Niederlage des preußischen Feudalabsolutismus im Krieg 1806/07 den Hauptwiderspruch zwischen Feudalismus und Kapitalismus sichtbar gemacht: Der finanzielle Zusammenbruch beschleunigte den Prozeß, in dem sich die

Finanzpolitik änderte. Das preußische Steuersystem zeigte in scharfen Konturen die Widersprüche zwischen Adel und Bürgertum. 1812 wurde in Preußen eine allgemeine Einkommensteuer eingeführt. Eine weitere Steuerreform setzte 1820 anstelle der Akzise eine allgemeine Verbrauchssteuer. Die Einkommensteuer (sogenannte Klassensteuer) wurde neugeregelt und eine Gewerbesteuer eingeführt. Die Grundsteuerfreiheit für den Adel blieb weiterhin bestehen. Stadt und Land unterlagen nach wie vor einem unterschiedlichen Steuerrecht, denn die Städte erhoben indirekte Verbrauchssteuern (Mahl- und Schlachtsteuer). Vor allem durch die Mahlsteuer wurden unentbehrliche Grundnahrungsmittel verteuert. Das Bürgertum opponierte gegen diese Steuer.

Die Klassensteuer teilte die Steuerpflichtigen in vier Hauptklassen [6: 120] ein: Die erste umfaßte die „vorzüglich“ wohlhabenden und reichen Einwohner, die zweite die wohlhabenden Einwohner, die dritte den „geringen Bürger- und Bauernstand“ und die vierte die „gewöhnlichen“ Lohnarbeiter, das „gemeine Gesinde“ und die Tagelöhner. Die Veranlagung war so erfolgt, daß die vierte Klasse, in der die ärmsten Schichten **[735]** der Bevölkerung zusammengefaßt waren, fast die Hälfte des Steueraufkommens tragen mußte. Die erste Klasse hingegen zahlte nur 3,5% des Aufkommens.

Mit dem Beginn der industriellen Revolution und der allmählichen Herausbildung eines nationalen Marktes empfand die Bourgeoisie der ökonomisch am fortgeschrittensten deutschen Staaten die politische Verfassung, die der staatlichen Finanzwirtschaft ihren Stempel aufprägte, noch drückender als Fessel. Der Kampf der liberalen bürgerlichen Opposition am Vorabend der bürgerlich-demokratischen Revolution und in den 50er und 60er Jahren um ihre verfassungsmäßigen Rechte nahm deshalb mitunter die Form eines Budgetkonfliktes an (während der Verhandlungen des Vereinigten Landtages 1847 und der Verfassungs- und Finanzkrisen von 1863 und 1864). Die Auseinandersetzung wurde 1866 durch die Zustimmung der liberalen Bourgeoisie zur Indemnitätsvorlage beendet, durch welche in Preußen das Klassenbündnis mit dem verbürgerlichten Adel besiegelt wurde.

In der Kolonialzeit waren die englischen Kolonien in Nordamerika abhängig vom Staatshaushalt Englands. Lange Zeit waren Zölle die einzige Einnahmequelle staatlicher Organe. Die eigentliche Entwicklung der staatlichen Finanzen der *USA* beginnt mit dem Unabhängigkeitskrieg. Zu seiner Finanzierung wurden Verbrauchssteuern eingeführt. Nach Kriegsende setzten sich die Einnahmen aus Verbrauchssteuern, Hochschutzzöllen und Einnahmen aus Landverkäufen zusammen. Die weitere Entwicklung einer der kapitalistischen Produktionsweise adäquaten öffentlichen Finanzwirtschaft wurde vor allem durch die Auseinandersetzungen zwischen der industriellen Bourgeoisie und den Farmern und Pflanzern um den Schutzzoll geprägt. Von großer Bedeutung war die Konsolidierung der Staatsschuld, die Übernahme der Schulden der Einzelstaaten auf den Bund und die Tilgung der Anleihen durch Steuereinnahmen, was insgesamt die Herausbildung einer bourgeoisen Schicht von Staatsgläubigern begünstigte. Im letzten Drittel des 19. Jh. wurden infolge des Bürgerkriegs die staatlichen Finanzen durch die Ausgabe von Papiergeld mit staatlichem Zwangskurs und durch die Erhebung von Kriegsanleihen aufgestockt. Nach dem Bürgerkrieg führten die Nordstaaten eine leicht progressive Einkommensteuer ein, erhöhten die Zölle und reformierten die Verbrauchssteuern.

Abgesehen von Modifikationen, die auf historische Besonderheiten der staatlichen Entwicklung zurückzuführen sind, lassen sich bestimmte gemeinsame allgemeine Züge der staatlichen Finanzen, die sich in den fortgeschrittensten europäischen Staaten und in den USA herausgebildet hatten, feststellen. Die Festigung des bürgerlichen Staates geht parallel mit der Ausarbeitung der Steuertechnik, des bürgerlichen Haushaltsrechts und des Finanzausgleichs zwischen den einzelnen Ebenen des Staatsapparats. Von Anfang an wirkte der Staatshaushalt auf den gesellschaftlichen Reproduktionsprozeß des Kapitals ein, stellte die finanziellen Mittel für die Unterdrückung der Werktätigen im Inneren und für die Expansion nach außen zur Verfügung. Gleichzeitig verschärfte er durch häufige Finanzkrisen die Widersprüche der kapitalistischen Gesellschaft. Zu den anderen Formen der Finanzbeziehungen im Kapitalismus, dem Banken- und Kreditwesen und dem Währungssystem, die ungefähr gleichzeitig entstanden, bestanden vielfältige Verbindungen, die im Laufe der kapitalistischen Entwicklung enger wurden.

Mit dem Übergang vom vormonopolistischen zum monopolistischen Kapitalismus vollzogen sich deutliche Veränderungen in den staatlichen Haushalten. Die Umverteilung des Nationaleinkommens

durch den Staatshaushalt verstärkte sich, so daß das Wachstumstempo der Staatsausgaben das des Bruttosozialprodukts hinter sich zurückließ. So betrug in Deutschland die durchschnittliche jährliche Steigerungsrate des Wachstums des Bruttosozialprodukts (in Preisen von 1900) von 1872 bis 1913 3,3% und umgerechnet auf die Bevölkerungszahl 2,1%. Für die staatlichen Ausgaben betrug die **[736]** Steigerungsrate 5,1% und pro Kopf der Bevölkerung 3,9%. Bereits im Frühstadium des Imperialismus wurde ein immer größerer Teil des Nationaleinkommens in den Staatskassen konzentriert und floß, gelenkt durch die Ausgabenpolitik, in den Wirtschaftskreislauf zurück. Die zunehmende Vergesellschaftung der Produktion und die tendenzielle Verschärfung des Grundwiderspruchs erzwingen im Imperialismus eine qualitativ veränderte Rolle des Staates in der Ökonomik, führen gesetzmäßig dazu, daß der Staat auch gerade durch den Staatshaushalt zu einer ökonomischen Potenz wird. In den Bereichen der gesellschaftlichen Reproduktion, wo die Auswirkungen des Grundwiderspruchs am stärksten sind, wo der Grad der Vergesellschaftung am heftigsten eine gesellschaftliche Regulierung verlangt, wuchs und wächst die Aufgabe des Staatshaushalts über seine „klassische“ Funktion hinaus, übernimmt er staatsmonopolistische Regulierungsfunktionen. Das grundlegende Charakteristikum der Staatsfinanzwirtschaft im Monopolkapitalismus ist ihr enger Zusammenhang mit dem Kreislauf der einzelnen Bestandteile des gesellschaftlichen Gesamtkapitals, des konstanten und des variablen Kapitals und des Mehrwerts. Die staatlichen Finanzen beeinflussen die allgemeinen Verwertungsbedingungen, sichern vorrangig Monopolprofite und sind Mittel zur Realisierung des Mehrwerts. Letzteres geschieht durch Käufe von Waren und Dienstleistungen privatkapitalistischer Unternehmen. In allen imperialistischen Ländern wurden seit der Jahrhundertwende auf dem Boden imperialistischer Ökonomie und Politik die Positionen der Rüstungsindustrie stärker. Der dem Monopolkapital immanente Expansionsdrang und der imperialistische Kampf um die Neuaufteilung der Welt waren bereits vor dem ersten Weltkrieg Triebkraft für die staatsmonopolistische Umfunktionierung des Staatshaushalts.

Die Militärausgaben verstärkten die Umverteilung bedeutender Teile des Nationaleinkommens zugunsten der Rüstungsindustrie. Die ebenfalls unter Einsatz staatlicher Haushaltsmittel vorangetriebene Rüstungsforschung und -technik, das Bestreben des Imperialismus, sein Kriegspotential auch in Friedenszeiten einsatzbereit zu halten, führten dazu, daß in den Jahren nach dem zweiten Weltkrieg der Anteil der Rüstungsausgaben am Bruttosozialprodukt mit Ausnahme der BRD höher war als 1937. So betrug der Anteil der Rüstungsausgaben am Bruttosozialprodukt zu Faktorkosten in den USA 1913 0,9% 1929 0,8% 1937 1,3% 1960 10,1% und 1971 7,9% in Deutschland bzw. in der BRD 1913 3,7% 1929 1,1%, 1937 15%; 1960 5,3% und 1971 4,5% in England 1913 3,3%, 1929 2,7% 1937 4,1% 1960 7,4% und 1971 5,3%. Der Haushalt imperialistischer Staaten ist mit dem Rüstungskapital eng verfilzt. Aktionen für die Reduzierung der Rüstungsausgaben sind in der Gegenwart ein wichtiger Aspekt des Kampfes um die friedliche Koexistenz und würden zugleich Mittel für Umweltschutz und andere Zwecke freimachen. Für die erweiterte Reproduktion des Kapitals sind die Rüstungsausgaben nicht notwendig, sie sind parasitär. Anders steht es mit anderen Ausgabekategorien des Staatshaushalts, so mit der Übernahme von Kosten für die Reproduktion des konstanten und des variablen Kapitals. Die ökonomische und die technische Entwicklung unter den Bedingungen der kapitalistischen Konkurrenz erzwangen, daß in höherem Maße als im Kapitalismus der freien Konkurrenz Bildung, Wissenschaft und Forschung aus dem Staatshaushalt finanziert werden. Dadurch verstärkte sich in Deutschland z. B. bereits vor 1914 die Konkurrenzfähigkeit der Chemie-, Eisen- und Stahlmonopole gegenüber ihren französischen und englischen Rivalen. Der wissenschaftlich-technische Fortschritt und der kapitalistische Konkurrenzkampf trieben die Kosten für die Forschung so in die Höhe, daß die finanziellen Möglichkeiten einzelner kapitalistischer Gesellschaften z. T. überfordert sind. Ein weiterer Faktor für die Übernahme von Kosten durch den Staatshaushalt ergab sich daraus, daß die kapitalistische Produk-**[737]**tion Massenproduktion für entlegene Märkte ist. Die Intensivierung der inneren und äußeren Marktbeziehungen im Imperialismus erforderten steigende Investitionen im Transport- und Verkehrswesen, die der bürgerliche Staat teilweise bereits im vormonopolistischen Kapitalismus übernahm. Sie dehnten z. T. erheblich die staatlichen Ausgaben aus. Die Reproduktion des konstanten Kapitals wurde ebenfalls durch Investitionen und Subventionen aus Haushaltsmitteln gesichert.

Neben den Ausgaben für Bildung gehen staatliche Ausgaben für das Gesundheitswesen in die Reproduktionskosten der Arbeitskraft ein. In Großbritannien verstärkte sich der Trend zur Ausdehnung der Ausgaben für Gesundheitswesen, Altersversorgung und Arbeitslosen- und andere soziale Unterstützungen, der bereits seit den 70er Jahren des vorigen Jh. vorhanden war, in den 20er und 30er Jahren. Diese Ausgaben betrugen vor dem zweiten Weltkrieg in Großbritannien etwa 13% des Volkseinkommens, in den USA ca. 8%, in Kanada ca. 9% und in Australien ca. 7%. In Deutschland war die Einführung der staatlichen Sozialversicherung Bestandteil der Bismarckschen Innenpolitik und gab das Startzeichen für die Ausweitung der Sozialausgaben (1883 Gesetz über die Krankenversicherung, 1885-1891 Gesetze über Unfall-, Alters- und Invalidenversicherung). Nach der Novemberrevolution wurde die Arbeitslosenversicherung eingeführt und die Krankenversicherung erweitert. In den USA gaben die Folgen der Weltwirtschaftskrise der 30er Jahre Anlaß zum Ausbau des Sozialversicherungssystems. Seit 1935 beteiligte sich der Bundeshaushalt durch Zuschüsse an der Finanzierung der Sozialausgaben durch die Haushalte der Einzelstaaten. Der Social Security Act von 1935 regelte die Beziehungen zwischen Bund und Ländern bei der Arbeitslosenunterstützung und deren Finanzierung durch Steuermittel.

Die wachsende Bedeutung des Staatshaushalts für den Reproduktionsprozeß des Kapitals im Imperialismus änderte quantitativ und qualitativ die Aufbringung der staatlichen Einnahmen. Steuern, Zölle, Einnahmen aus den staatskapitalistischen Betrieben, Sozialversicherungsbeiträge und Anleihen bilden die Voraussetzung für die Umverteilung des Nationaleinkommens. Die Relationen zwischen diesen Einnahmearten hängen von den konkreten historischen Besonderheiten in der Entwicklung der einzelnen imperialistischen Länder ab, doch bilden Steuern generell die Hauptform der Mobilisierung staatlicher Einnahmen. Die Zunahme des Anteils der Staatsausgaben am Nationaleinkommen hat einen Trend zur Erhöhung der Abgaben, insbesondere der Steuern zur Folge. Die Steuerpolitik des imperialistischen Staates bewirkte, daß sich langfristig die absolute und relative Belastung der kleinen Einkommensbezieher, insbesondere der Lohnarbeiter, durch direkte und indirekte Steuern verstärkte. In den letzten Jahrzehnten gelangte ein wachsender Teil des Mehrwerts in die Verfügungsgewalt des imperialistischen Staates. Der Anteil der Steuern vom Profit der Kapitalgesellschaften an den Staatseinnahmen stieg, da der finanzielle Bedarf für die staatsmonopolistische Regulierung enorm zugenommen hat und die Finanzoligarchie sich Profitteile der nichtmonopolistischen Bourgeoisie über staatliche Umverteilungsprozesse aneignet.

Zur Finanzierung der staatlichen Ausgaben reichten in keiner Periode der kapitalistischen Gesellschaft Steuern und Abgaben aus. Der Staat mußte Anleihen aufnehmen. Der Imperialismus steigerte jedoch, insbesondere durch Kriege und Wettrüsten, den Finanzbedarf und die Verschuldung des Staates. So betrugen die Schulden des Bundeshaushalts der USA vor dem ersten Weltkrieg etwa 1 Mrd. Dollar, 1975 aber etwa 550 Mrd. Dollar. Wachsende Staatsverschuldung bei gleichzeitiger Steigerung des umlaufenden Geldvolumens, um eine staatliche Kreditaufnahme zu ermöglichen, begünstigen inflationäre Prozesse und verschärfen die allgemeine Krise des Kapitalismus. Schuldentilgung und Zinsendienst sind gleichzeitig zusätzliche Faktoren für die Erhöhung der Steuern.

[738] Die staatlichen Einnahmen haben für staatsmonopolistische Regulierung des Reproduktionsprozesses doppelte Bedeutung: Aus ihnen werden die Fonds für die staatliche Finanzierung gebildet, und zugleich wirken sie selbst als Regulierungsinstrumente, indem sie Mittel staatlicher Einkommens-, Struktur- und Konjunkturpolitik sind. So beeinflussen differenzierte Steuer- und Abschreibungsätze u. a. den Akkumulationsprozeß. Die Zollgesetzgebung wirkt regulierend auf die Marktbedingungen ein, z. B. durch Schutzzölle. Staatsausgaben und Staatseinnahmen als Instrumente der antizyklischen Regulierung spielten erstmalig in großem Umfang nach der Weltwirtschaftskrise von 1929-1932 eine Rolle. Damit hatte sich eine weitere Funktion des Staatshaushalts herausgebildet. Die Politik des New Deal, die in der Praxis nur beschränkt erfolgreich war, ist für die Finanzgeschichte als erster umfassender Versuch, die staatliche Finanzierung bewußt zur Konjunkturbeeinflussung zu nutzen und die Depression zu überwinden, bemerkenswert. Die Anpassung des Budgets an den ökonomischen Zyklus durch staatliche Regelung der Ausgaben und Einnahmen sollte Investitionsanreize für die private Wirtschaft schaffen. In den 30er und 40er Jahren rückte der Aspekt der volkswirtschaftlichen Wirkung des

öffentlichen Budgets noch stärker ins Blickfeld US-amerikanischer Ökonomen und Politiker. In den USA, wo der staatskapitalistische Sektor relativ gering entwickelt ist, hat die indirekte Regulierung des Wirtschaftslebens mittels staatlicher Finanzmaßnahmen einen höheren Stellenwert als in anderen imperialistischen Ländern. Nach dem zweiten Weltkrieg hat sich in den USA, aber auch in den übrigen kapitalistischen Ländern diese Regulierungsform weiter entwickelt, wurde mit Versuchen zur Programmierung des Wirtschaftswachstums verbunden und methodisch stärker ausgearbeitet. Instrumente sind u. a. die Offenmarktpolitik, staatliche Investitionen, steuerliche Begünstigung der Selbstfinanzierung kapitalistischer Unternehmen. Die Wirtschaftskrisen, vor allem die Weltwirtschaftskrise der 70er Jahre, zeigten jedoch die begrenzte Effektivität gegenüber den spontanen Kräften des Reproduktionsprozesse und des Marktes.

Nach dem zweiten Weltkrieg, unter dem Einfluß der allgemeinen Krise des Kapitalismus und des Wettbewerbs des sozialistischen und kapitalistischen Weltsystems, vertieften sich einige Züge in der Entwicklung der Haushalte imperialistischer Staaten: ihr Wachstumstempo hat sich stark beschleunigt, der gewachsene staatskapitalistische Sektor wurde stärker in das staatliche Finanzsystem integriert; durch die Ausweitung des gesamtnationalen Sozialversicherungsfonds infolge des Klassenkampfes des Proletariats und erhöhter Produktionskosten für die Arbeitskraft und des Wettbewerbs beider Weltsysteme erweiterte sich der Einflußbereich staatlicher Finanzen; die Finanzoperationen bei der Kapitalakkumulation dehnten sich aus; die Staatsverschuldung beeinflußt die ökonomischen Prozesse in besonderem Maße. Die gewachsene ökonomische Potenz der staatlichen Finanzwirtschaft für die staatsmonopolistische Regulierung und die Kooperation zwischen Monopolen und Staat spiegelt Tabelle 1 wider:

Tabelle 1
Anteil der staatlichen Ausgaben am Sozialprodukt (in %) [9: 38]

	1913	1929	1938	1948	1950
Großbritannien	12	28	24	47	44,5
USA	8	14	25	20	22
Frankreich	17	31	26	32	38
Deutschland (ab 1949 BRD)	16	31	40-45	32,5	35,3

[739] In den nachfolgenden Jahren stiegen die Staatsausgaben absolut und relativ. Die Ausgaben der Haushalte der Zentralregierungen, der Haushalte der einzelnen Gliederstaaten und örtlicher Machtorgane, die Ausgaben aus den autonomen Etats staatlicher Einrichtungen und aus den Etats des Sozialversicherungssystems entwickelten sich (s. Tab. 2).

Tabelle 2
Anteil der staatlichen Ausgaben am Sozialprodukt 1950 und 1965 (in %) [8: 430]

	1950	1965
Japan	21,4	21,6
USA	24,4	28,5
Italien	28,5	36,3
England	32,8	36,7
BRD	31,0	37,5
Frankreich	30,5	39,3

Dementsprechend beanspruchen die Staatseinnahmen einen sehr großen Teil des Nationaleinkommens. So betrugen 1968 die Haushaltseinnahmen der zentralen und örtlichen Behörden sowie der staatlichen Systeme der Sozialversicherung in den USA 35,1%, in Großbritannien 42,5%, in Frankreich 47,8%, in der BRD 38,2% und in Japan 25,3% des Nationaleinkommens. [5: 115]

Literatur:

1. *Bregel, E. J.:* Steuern, Anleihen und Inflation im Dienste des Imperialismus. Berlin 1955; 2. *Kaemmel, E.:* Finanzgeschichte. Berlin 1966; 3. *Kumanin, G. M.:* Gosudarstvennoe pereraspredelenie nacional'nogo dochoda pri imperializme. Moskau 1972; 4. *Možajskov, O. V.:* Finansy i kredit v sisteme

gosudarstvenno-monopolističeskogo regulirovanija. Moskau 1973; 5. *Tjulpanow, S. I./Scheinis, V. L.:* Aktuelle Probleme der politischen Ökonomie des heutigen Kapitalismus. Berlin 1975; 6. *Tyszka, C. v.:* Grundzüge der Finanzwissenschaft. Jena 1920; 7. *Handbuch der Finanzwissenschaft.* Tübingen 1952; 8. *Politische Ökonomie des heutigen Monopolkapitalismus.* Berlin 1972; 9. *Staatsmonopolistische Regulierung.* WBMLU 1968, H. 5.

Karin Lehmann

2.5.19. Organisationsformen der Wirtschaft

2.5.19.1. Rechtsformen der Unternehmen

Kapitalistische Unternehmer und Kleingewerbetreibende werden vom bürgerlichen Handelsrecht als Kaufleute bezeichnet, für die besondere Vorschriften gelten. Handelsgesellschaften, auch solche, die wie die offenen Handelsgesellschaften (oHG) und die Kommanditgesellschaften (KG) keine juristischen Personen sind, sowie Genossenschaften gelten dabei stets als Kaufleute im Sinne des Handelsrechts. Ausgenommen die von Kleingewerbetreibenden (die sogenannten „Minderkaufleute“) haben sie das Recht und die Pflicht zur Führung einer *Firma.* Sie ist der Handelsname des Kaufmanns, unter dem dieser seine gewerblichen Geschäfte betreibt, und wird ebenso wie die Rechtsform **[740]** und Vertretung des Unternehmens in ein öffentliches Register, das *Handelsregister,* eingetragen und rechtlich geschützt. Dies gilt sowohl für Einzelunternehmer, sogenannte Einzelkaufleute“ (Inhaber kann hierbei ebenso eine natürliche Person wie eine nicht körperschaftlich organisierte juristische Person, z. B. eine Stiftung, sein), wie für Handelsgesellschaften. Unter den *Handelsgesellschaften* werden offene Handelsgesellschaft (oHG; auch OHG; engl.: partnership; frz.: société en nom collectif) und Kommanditgesellschaft (KG; limited partnership; société en commandite) als Personalgesellschaften von Aktiengesellschaften (AG; merketable share company, auch joint stock company; société anonyme), Kommanditgesellschaften auf Aktien (KGaA) und Gesellschaften mit beschränkter Haftung (GmbH; limited liability company; société à responsabilité limité) als Kapitalgesellschaften (Kapitalvereine) unterschieden.

Bei den *Personalgesellschaften* haften entweder alle Gesellschafter (oHG) oder doch zumindest ein Gesellschafter (Komplementär bei der KG), im Gegensatz zum Teilhafter (Kommanditist), den Gläubigern der Gesellschaft auch mit ihrem persönlichen Vermögen.

Die gesetzliche Regelung geht davon aus, daß bei den Personalgesellschaften die persönlich haftenden Gesellschafter gemeinsam oder einander vertretend die Geschäfte führen. Nach deutschem Gesellschaftsrecht (anders in manchen ausländischen Rechten, so z. B. Frankreichs) gilt die Personalgesellschaft daher nicht als eigene Rechtspersönlichkeit (juristische Person), sondern als gemeinschaftlich und unter gemeinsamer im Handelsregister einzutragender Firma auftretende, durch Vertrag (Gesellschaftsvertrag) verbundene Mehrheit von Unternehmern mit gemeinschaftlichem Vermögen, das sie „zur gesamten Hand“ verwalten.

Personalgesellschaft ist auch die *stille Gesellschaft,* bei der der stille Gesellschafter, ähnlich wie der Kommanditist bei der KG, nur mit einer Einlage beteiligt ist, die aber nach außen hin und im Handelsregister nicht als Gesellschaft, sondern als Einzelunternehmen auftritt. Sie ist daher keine Handelsgesellschaft; der Geschäftsinhaber ist Alleineigentümer. Auch die *Reederei* (Partenreederei) als Personalgesellschaft des Seerechts gilt nicht als Handelsgesellschaft, führt keine Firma und wird nicht im Handelsregister eingetragen. Sie besteht aus den Miteigentümern eines Schiffes, die durch Gesellschaftsvertrag verbunden sind. Unabhängig von der Terminologie des Gesetzes wird die Bezeichnung Reederei auch für die weitaus bedeutsameren Schifffahrtsunternehmen in den Rechtsformen der AG oder GmbH verwandt. Die Gesellschaft des bürgerlichen Rechts (société civile) bildet die rechtliche Grundform aller Personalgesellschaften. Sie ist der keiner Genehmigung, Registrierung oder Bekanntgabe bedürfende freie vertragliche Zusammenschluß mehrerer Personen zur Verfolgung eines gemeinsamen Zweckes, geregelt im allgemeinen bürgerlichen Recht.

Sie wird nicht ins Handelsregister eingetragen und führt keine Firma. Sie hat als Organisationsform im Konzernrecht erhebliche Bedeutung.

Für *Kapitalgesellschaften* ist im Gegensatz zu Personalgesellschaften charakteristisch, daß die Mitglieder, insbesondere die Aktionäre einer AG, nur mit ihrer Kapitaleinlage (Aktie) am Unternehmen beteiligt sind, durch ihr Stimmrecht zwar auf die Unternehmensführung einen mehr oder weniger großen Einfluß ausüben können, jedoch an der Geschäftsführung nicht mitwirken. Die Aktie ist ein über einen bestimmten Nennbetrag lautendes Wertpapier, das das Mitgliedschaftsrecht verbrieft. Regelmäßig berechtigt sie den jeweiligen Inhaber (Inhaberaktie), kann aber auch auf Namen ausgestellt sein (Namensaktie) und ist dann durch Indossament übertragbares Orderpapier.

Die Kapitalgesellschaften sind stets juristische Personen und in ihrer Identität und ihrem Bestand vom Wechsel ihrer Mitglieder unabhängig. Sie haften ihren Gläubigern **[741]** nur mit dem Gesellschaftsvermögen. Lediglich bei der *KGaA* haftet daneben mindestens ein Gesellschafter persönlich mit seinem Vermögen. Diese Gesellschaftsform hat jedoch – im Gegensatz zu Frankreich im 19. Jh., wo sie vom Konzessionszwang befreit war – in Deutschland wenig Verbreitung gefunden. Die Organisations- und Bilanzierungsvorschriften der *GmbH* sind gegenüber dem Aktienrecht wesentlich vereinfacht; sie ist auf eine geringere Mitgliederzahl zugeschnitten und das Mitgliedschaftsrecht ist im Gegensatz zu dem der Aktiengesellschaft nicht verbrieft und nicht Gegenstand des Börsenverkehrs.

Der ähnlich einer Genossenschaft organisierte Versicherungsverein auf Gegenseitigkeit (VVaG) erlangte geringere Bedeutung, da er nur seinen Mitgliedern unmittelbaren Versicherungsschutz gewährt. Er kann unter bestimmten Voraussetzungen Rechtsfähigkeit erlangen und ins Handelsregister unter einer Firma eingetragen werden. Die für die Entwicklung des Bergbaus einst wichtige Rechtsform der bergrechtlichen Gewerkschaft ist gegenüber den Rechtsformen der AG und GmbH für Großunternehmen des Bergbaus zurückgetreten. Ihre Organisation und Rechtsstellung richtete sich im Gegensatz zu allen anderen Unternehmensformen, für die Reichsrecht geschaffen wurde, nach Landesrechten. Während die sogenannte ältere Gewerkschaft nicht als juristische Person galt, vielmehr ihre Mitglieder ähnlich wie bei den Personalgesellschaften Gemeinschaften zur gesamten Hand bildeten, ist die sogenannte neuere Gewerkschaft juristische Person und Kapitalgesellschaft. Sie kann ins Handelsregister eingetragen werden und weist einige gemeinsame Züge mit der Aktiengesellschaft auf. Das Gesellschaftsvermögen zerfällt in eine bestimmte Anzahl von als Kuxen bezeichneten Mitgliedschaftsrechten, über die Kuxscheine ausgestellt werden. Die Mitglieder (Gewerken) nehmen anders als die Aktionäre nicht nur am Gewinn (Ausbeute), sondern auch am Verlust teil (Zubußepflicht). Anders als die Aktie muß der Kuxschein auf Namen ausgestellt sein und verbrieft keinen Nennbetrag, sondern eine Quote am Gesellschaftsvermögen und ist für den Börsenhandel weniger geeignet als die Aktie.

In der geschichtlichen Entwicklung entstehen Gesellschaftsformen überall mit auftretendem Handelsverkehr, insbesondere im Seehandel, in verschiedenen Formen. [2] [3] Die einfachsten Formen bildeten ähnlich partiarischen Darlehen Gelegenheitsgesellschaften, bei denen einem Kaufmann Geld oder Waren überlassen werden, um damit Handel zu treiben, und Gewinn oder Verlust geteilt werden (Italien: commenda; Norddeutschland: sendeveh-Gesellschaft). Im Mittelalter treten daneben Vermögensgemeinschaften als Grundformen von Personalgesellschaften auf (collegantia in Oberitalien; wedderlegginge im hanseatischen Handel). Seit dem 13. Jh. erscheint zumeist als Erben- oder Familiengesellschaft unter gemeinsamer Firma zunächst in Italien die „compagnia“, die bereits der späteren oHG entsprach. Seit Ende des 14. Jh. gab es diese Form auch in Deutschland. Aus ihr ging bald die KG hervor. Völlig anders entwickelte sich die Gesellschaftsform der bergrechtlichen Gewerkschaft (s. o.) auf der Grundlage des zumeist kaiserlichen, später landesherrlichen Bergregals. Unabhängig hiervon wiederum knüpfte die Rechtsform der privaten *Aktiengesellschaft*, die sich erst im 19. Jh. herausbildete, an die großen Handelskompagnien an, die seit dem 17. Jh. als öffentlich-rechtliche Verbände zur Ausbeutung der Kolonien geschaffen worden waren.

Die AG wurde zur charakteristischen und bedeutendsten Rechtsform des kapitalistischen Unternehmens. Im Industriekapitalismus wurde das Aktienkapital zur „vollendetsten Form“ des Kapitals. [MEW 29: 312] Die Konzentration und Zentralisation erfolgte mittels dieser Rechtsform trotz feudalbürokratisches Behinderungen auch in Deutschland nach französischem und englischem Vorbild. Die AG entwickelte sich hier zunächst sprunghaft mit dem Eisenbahnwesen; erst später – in der 2. Hälfte des 19. Jh. – **[742]** begann diese Unternehmensform sich auch in anderen Industrien und im

Bankwesen durchzusetzen. Voraussetzung hierfür war erstens die Haftungsbeschränkung der Gesellschaft auf das Gesellschaftsvermögen und die Nichthaftung des Aktionärs für die Verbindlichkeiten der AG, zweitens die Herausbildung der Inhaberaktie [4]; mit dieser war die Aktie als Wertpapier, das die Mitgliedschaft verkörperte, börsengängig geworden. Das Kreditwesen konnte so die durch das Einzelkapital gezogenen Schranken generell durchbrechen, um den Bau von Eisenbahnen [MEW 23: 656] und den Betrieb sonstiger durch die Produktivkräfte bedingter Unternehmensgrößen zu finanzieren. Mit dem Aktienwesen vollzieht sich die Trennung von Kapitaleigentum und Kapitalfunktion. Die AG als assoziiertes Kapital tritt als selbständiges und von den Kapitaleigentümern getrenntes Rechtssubjekt nach außen hin auf wie ein individueller Kapitalist. Sie übt unter der Leitung versierter Angestellter (Manager) die Funktionen des Kapitals in der Produktion und auf dem Markt aus und wird damit der Prototyp des fungierenden Kapitalisten, des fungierenden Kapitals. Die Manager, häufig am Kapitaleigentum beteiligt, nehmen dessen Interessen wahr, auch wenn zwischen relativ selbständig entscheidendem Management und Kapitaleigentum Widersprüche über die zweckmäßigste Leitung der Unternehmen auftreten. Der Kapitalgeber, der Geldkapitalist, ist neben dem Bezug der Dividende wesentlich darauf beschränkt, sein Kapital anzulegen; er wird funktionslos und dies um so mehr, als das Geschäft der Kapitalanlage in zunehmendem Maße durch Banken (im Imperialismus darüber hinaus durch Investmentgesellschaften) übernommen wird, die dem Geldkapital selbst gesellschaftlichen Charakter verleihen. [MEW 25: 400 f.] Die AG ist als Organisation des fungierenden Kapitals nur Verwerter fremden Kapitals, ob dieses aus der Emission von Aktien (bilanztechnisch „Eigenkapital“) oder aus Obligationen (bilanztechnisch „Fremdkapital“) stammt. Juristisch erscheint sie als korporativer Eigentümer des ganzen durch sie repräsentierten Kapitals, insbesondere der Produktionsmittel, der Aktionär dagegen nur als Eigentümer eines Wertpapiers, das das Mitgliedschaftsrecht verkörpert.

Da Besitzer von Einzelaktien, insbesondere Kleinaktionäre, sich auf Geldanlage und Dividendenbezug beschränken, von ihrem Stimmrecht jedoch in der Regel keinen Gebrauch machen, genügt bei der AG mit verstreutem Aktionärskreis zumeist ein „Aktienpaket“ von weit weniger als der Hälfte der Gesamtaktien, um die Gesellschaft zu kontrollieren. Da ferner Vertretung bei der Ausübung des Stimmrechts zulässig ist, können Banken, bei denen Aktien deponiert sind, ohne kapitalmäßig an der AG selbst beteiligt zu sein, die Stimmrechte ihrer Kunden und unter Umständen auch auf diese Weise die AG mitkontrollieren. Die AG werden regelmäßig durch eine oder mehrere Gruppen von Großaktionären, sogenannte Unternehmeraktionäre, kontrolliert.

Diese Möglichkeiten dienen der vielseitigen Verflechtung von Bank-, Industrie-, Vertriebs- und Versicherungsunternehmen, dem Aufbau verschachtelter Systeme von Gesellschaften und der Beherrschung dieser Systeme durch einzelne Gruppen von Großaktionären, wie sie für den Imperialismus charakteristisch sind.

Trotz der den Imperialismus kennzeichnenden Monopolbildung bleiben die gesetzlichen Regelungen bis in die Gegenwart, insbesondere in den Ländern der EG [5] [6] auf die einzelne Gesellschaft als juristische Einheit zugeschnitten. Die rechtliche Selbständigkeit der einzelnen Unternehmen bleibt durch die verschiedenen Arbeiten von Zusammenfassung und Verflechtungen, wie Kartelle, Syndikate, Interessengemeinschaften, Pools und Konzerne, unberührt. (Die formale rechtliche Selbständigkeit schließt jedoch eine totale wirtschaftliche Abhängigkeit, z. B. innerhalb eines Konzerns, nicht aus.) Beim Trust haben dagegen eingegliederte Betriebe infolge Fusion keine Selbständigkeit mehr. Der Trust ist daher stets selbst als Kapitalgesellschaft organisiert. Im übrigen reichen die **[743]** Rechtsformen der Verflechtungen vom formlosen Vertrag (gentlemen’s agreement) bei Kartellen über die aktienmäßige und mitgliedschaftliche Beteiligung bis zur Verbindung und Verschachtelung verschiedenartiger Gesellschaftstypen. [1] Hierzu werden auch die Rechtformen der Gesellschaft des bürgerlichen Rechts und der Personalgesellschaften des Handelsrechts verwandt, bei denen zumeist eine GmbH oder AG – die selbst „Einmanngesellschaft“ sein kann – als geschäftsführender Gesellschafter auftritt (z. B. GmbH u. Co.). Diese immer häufiger gebildeten Mischformen ermöglichen Beschränkungen der Offenlegung von Bilanzen und sind steuerlich begünstigt (Personalgesellschaften unterliegen der progressiv gestaffelten Einkommensteuer; Kapitalgesellschaften dagegen der

proportional gestalteten Körperschaftssteuer, während darüber hinaus der an die Gesellschafter ausgeschüttete Gewinn der Einkommensteuer unterliegt). Steuerliche Begünstigungen genießen ferner auch AG, die reine Holdinggesellschaften sind.

Staat, Länder und Kommunen sind im Kapitalismus meist in der gleichen privatrechtlichen Form an Wirtschaftsunternehmen beteiligt (sogenannte *gemischtwirtschaftliche Unternehmen)* oder betreiben sie. Dies gilt häufig auch für solche Unternehmen, die früher nach öffentlichem Recht (Körperschaften oder Anstalten des öffentlichen Rechts) geschaffen wurden, insbesondere Gas-, Wasser-, Energieversorgungs- und lokale Verkehrsunternehmen. Umgekehrt verlief in Deutschland die Entwicklung des Eisenbahnwesens: Während die Unternehmen ursprünglich als private Aktiengesellschaften gegründet worden waren, wurden sie in einem wechselvollen Prozeß – ähnlich der Post und der Reichsbank – einem zentralen öffentlich-rechtlichen Regime unterstellt.

Literatur:

1. *Friedlaender, H.:* Konzernrecht, Berlin (West)/Frankfurt/M. 1954; 2. *v. Gierke, O.:* Das deutsche Genossenschaftsrecht. Bd. 1, Berlin 1868; 3. *Lehmann, H.:* Handelsrecht. T. II, Berlin (West) 1949, S. 53 ff.; 4. *Posch, M.:* Kapitalassoziationen. Berlin 1955; 5. *Handels- und Wirtschaftsrecht der Länder des Gemeinsamen Marktes.* Bd. 1, Frankfurt/M. 1963; 6. *Jura Europae, Droit des Sociétés.* Bd. I-II, München/Paris 1964-1972.

Martin Posch

2.5.19.2. Verbände

Älter als die sich in Kartellen, Syndikaten, Trusts und Konzernen ausdrückenden monopolistischen Organisationsformen sind die Unternehmerverbände. Deren Geschichte ist aufs engste mit der Herausbildung und Entwicklung des Kapitalismus verbunden. Unternehmerverbände wurden schon zu einer Zeit ins Leben gerufen, als der Kapitalismus noch nicht in sein monopolistisches Stadium eingetreten war und diesen Verbänden den Charakter von Organisationen des Monopolkapitals und im weiteren Verlauf staatsmonopolistischen Charakter verlieh.

Das Bestreben kapitalistischer Unternehmer, sich zusammenzuschließen, um der Durchsetzung ihrer Interessen Nachdruck zu verleihen, ist annähernd so alt wie deren Existenz selbst. Bereits in den frühen Jahren der Ablösung der feudalen Wirtschaft durch die kapitalistische gab es erste erfolgreiche Bemühungen, durch die Bildung geeigneter Organisationen die Interessen untereinander abzustimmen und gemeinsam zu vertreten.

Die älteste Form sind die Handelskammern, die eingangs des 19. Jh. von Frankreich ausgehend zunächst in Italien, Belgien, Holland und Deutschland errichtet wurden. Die **[744]** ersten deutschen Handelskammern wurden 1802 in Mainz und 1803 in Köln gegründet.

Nach der Revolution von 1848/49 setzte in den deutschen Staaten eine industrielle Entwicklung ein, die aus Deutschland „geradezu ein Industrieland ersten Ranges“ [MEW 22: 5151! machte.

Dem Charakter der Produktivkräfte und den neu sich entwickelnden Produktionsverhältnissen konnte das Kammersystem nicht genügen, zumal die Industriellen in den Handelskammern oft majorisiert wurden und nicht jenen Stellenwert eingeräumt erhielten, der dem wachsenden Gewicht ihres Wirtschaftszweiges entsprach. Die Industriebourgeoisie, die in den 50er und 60er Jahren des 19. Jh. mit dem raschen Aufschwung der kapitalistischen Produktionsweise zur ökonomisch stärksten Kraft ihrer Klasse heranwuchs, begann, sich auch verbandsorganisatorisch zu formieren. Wenn auch an Zahl noch gering, so bildeten sich in dieser Zeit vornehmlich industrielle Fachvereine heraus, in denen sich Industrielle jeweils eines Zweiges zur Wahrnehmung ihrer spezifischen Interessen zusammenfanden, sowie lokale allgemeine Organisationen, in denen sich Unternehmer verschiedenster Wirtschaftszweige zusammenschlossen, die aber regional nur eng begrenzt wirksam waren.

Der bereits 1819 von Friedrich List gegründete „Verein deutscher Kaufleute und Fabrikanten“ ebenso wie die in den 30er und 40er Jahren meist regional gebildeten Fabrikantenvereine legen Zeugnis ab von der sich entwickelnden Industrie, sie waren jedoch für diese Zeit noch nicht typisch. Sie

entstanden vornehmlich dort, wo es keine Handelskammern gab, bzw. dort, wo sich in diesen industrielle Interessen nicht hinreichend artikulieren konnten. Zu diesen frühen Formen industrieller Unternehmerverbände gehört auch der erste Versuch, über die lokalen Grenzen hinweg aus den engen Fachvereinen heraus eine Vereinigung industrieller Unternehmer zu einem allgemeinen zentralen deutschen Industriellenverband zu entwickeln. Er wurde von dem im Jahre 1829 gegründeten „Industrieverein für das Königreich Sachsen“, dem ersten großen Allgemeinverband, unternommen, der sich nicht zufällig in einem der industriell am weitesten fortgeschrittenen deutschen Länder gebildet hatte. In dem erklärten Vorhaben dieses Vereins, der bereits einen hohen Grad an Organisiertheit erreicht hatte, sich zu einem „Nationalverein“ zu entwickeln, kam das Streben nach einem nationalen Markt zum Ausdruck. Doch die Bourgeoisie war ökonomisch noch nicht stark genug, sich durchzusetzen und die Zersplitterung Deutschlands zu überwinden. Die Generalversammlung des Industrievereins sah sich daher nach 17 Jahren unverrichteten Vorhabens genötigt, den Verein wieder aufzulösen.

Den konkreten gesellschaftlichen Entwicklungsbedingungen entsprechend und damit der Vertretung der Interessen der Industriellen erwiesen sich lokal begrenzte allgemeine Unternehmerorganisationen sowie spezielle industrielle Branchenverbände als dienlicher, wenn auch diese sich zunächst nur schleppend entwickelten.

Ein Wandel setzte mit dem unter Führung der preußischen Junker auf „Blut und Eisen“ begründeten Deutschen Reich ein, womit jene staatliche Zersplitterung überwunden wurde, die die kapitalistische Entwicklung hemmte. Mit der nun stürmischen Entfaltung des Kapitalismus und den sich immer stärker ausprägenden Klassengegensätzen begann die eigentliche Gründerzeit kapitalistischer Unternehmerverbände, die Zeit, da solche Verbände in großer Zahl gebildet wurden und das wirtschaftliche und gesellschaftliche Leben maßgeblich zu beeinflussen begannen.

Noch im Gründungsjahr des Deutschen Reiches, im Jahre 1871, konstituierte sich der sogenannte Langnamverein, der „Verein zur Wahrung der gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen in Rheinland und Westfalen“, dessen Entstehen und Entwicklung geradezu **[745]** symptomatisch ist für das Wirken der in den folgenden Jahren immer zahlreicher werdenden Verbände. Galt sein Hauptinteresse zunächst der Lösung von Verkehrsfragen, so wurde nun der Kampf um höhere Schutzzölle zum Haupttätigkeitsfeld, der mit der vollen Entfaltung der Widersprüche des Kapitalismus demagogisch als Kampf zum „Schutz der nationalen Arbeit“ mit dem Kampf gegen die revolutionäre Arbeiterbewegung verbunden wurde.

Unternehmervereinigungen als spezielle Kampforganisationen gegen die Arbeiterklasse gab es bis zu den 80er Jahren kaum. In ihrem Kampf gegen die Sozialdemokratie und die gesamte Arbeiterklasse bediente sich die Bourgeoisie noch nicht darauf spezialisierter Organisationen, sondern – im Einklang mit den staatlichen Sanktionen, z. B. dem im Oktober 1878 im Reichstag beschlossenen „Gesetz gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie“ – ihrer bestehenden Verbände und Vereine, die den Charakter allgemeiner Klassenkampforganisationen trugen. Sie hatten den Kampf nach allen Seiten hin zu führen – als allgemeine Interessenvertretung gegenüber den Behörden ebenso wie als Unterdrückungsinstrument gegen die sich organisierende und zur Wehr setzende Arbeiterklasse. Das galt auch für den 1876 gegründeten „Centralverband Deutscher Industrieller“, mit dem als erstem Industriellen-Spitzenverband eine den Übergang vom Kapitalismus der freien Konkurrenz zum Monopolkapitalismus widerspiegelnde neue Stufe in den Organisationsformen der Unternehmer erreicht wurde. Als „Verband der Verbände“ verstanden er wie auch der mit ihm rivalisierende „Bund der Industriellen“ – mit dem er 1919 zum „Reichsverband der Deutschen Industrie“ verschmolz – sich als Dachverband der gesamten deutschen Industrie. Mit der in ihm konzentrierten Macht des Kapitals trug er wesentlich zur Festigung des Bündnisses zwischen der Großbourgeoisie und dem Junkertum bei, wirkte er extrem reaktionär gegen die Arbeiterbewegung im Innern und aggressiv-expansionistisch nach außen.

Mit dem Übergang vom vormonopolistischen zum monopolistischen Kapitalismus vollzogen sich in der Klassenpolitik der Bourgeoisie Veränderungen, die sich im weiteren in der Gründung spezifischer „Arbeitgeberverbände“ äußerten. Sie waren gleichsam ein verbandsorganisatorischer Ausdruck

dafür, daß die herrschende Klasse infolge der sich mit der monopolistischen Entwicklung verschärfenden Widersprüche und des sich zuspitzenden Klassenkampfes zu neuen Herrschaftsformen überging. „Arbeitgeberverbände“ sind Organisationen der Bourgeoisie bzw. heute der Monopolbourgeoisie, die sich mit einer ganz bestimmten Seite des Klassenkampfes, mit der direkten Bekämpfung der Arbeiterbewegung, ihrer Organisationen und darüber hinaus aller fortschrittlichen, sich gegen die Macht des Kapitals richtenden Ideen und Aktionen befassen. Sie suchen die Beziehungen zwischen Kapital und Arbeit – die Lohn- und Tarifpolitik, die Sozialversicherung, das Arbeitsrecht, die Arbeitszeit usw. – im Sinne der herrschenden Bourgeoisie zu gestalten.

Als Ausdruck dafür, daß sich der Imperialismus wie auf allen Gebieten, so auch in der Organisation des Kampfes gegen die Arbeiterklasse endgültig durchgesetzt hatte, gab es um die Jahrhundertwende neben den vor allem zur Wahrnehmung der wirtschaftlichen Klasseninteressen wirkenden Verbände fast in allen Industriezweigen auch einen „Arbeitgeberverband“.

Um einheitlich und damit schlagkräftiger gegen den wachsenden Kampfwillen der Arbeiterklasse vorgehen zu können, trachtete die Bourgeoisie alsbald danach, über die Widersprüche im eigenen Lager hinweg die vielen lokalen und fachlich gegliederten „Arbeitgeberverbände“ – analog zur Konzentration der vornehmlich wirtschaftspolitisch orientierten Verbände – in einer Spitzenorganisation zusammenzufassen. Nach vielen, Widersprüche zwischen den Kräften des Kapitals reflektierenden inneren Auseinan-**[746]**dersetzungen kam es angesichts des sich zuspitzenden fundamentalen Widerspruchs zwischen Kapital und Arbeit im allgemeinen und unter dem Eindruck des Streiks der Crimmitschauer Textilarbeiter im besonderen 1904 zur Gründung der „Hauptstelle deutscher Arbeitgeberverbände“ als antigewerkschaftlichen Kampfablegers des „Centralverbandes“ und des „Vereins deutscher Arbeitgeberverbände“ als Parallelorganisation des „Bundes der Industriellen“, die sich schließlich 1913 zur „Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände“ zusammenschlossen. Damit hatte die Bourgeoisie einen Höhepunkt straffer Organisiertheit erreicht, um den Kampf gegen die Arbeiterklasse wirkungsvoll über das ganze Land und alle Industriezweige zu organisieren und relativ geschlossen zu handeln.

Die mit dem ersten Weltkrieg und der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution eingeleitete allgemeine Krise des Kapitalismus, die Existenz und das Erstarken der historischen Alternative zum Imperialismus bedeuteten dessen Erschütterung in seinen Grundfesten. Entsprechend der neuen Klassenkampfsituation war die imperialistische Reaktion darauf bedacht, alle Kräfte des Kapitals wider den gesellschaftlichen Fortschritt zu mobilisieren, alle Fragen der Wirtschafts- und Sozialpolitik mit Hilfe des eine weitere Konzentration ausdrückenden „Reichsverbandes der Deutschen Industrie“ zu koordinieren und alle Verbände einheitlich auf die Interessen der ihn beherrschenden Monopole zu orientieren. Dem galt auch die Gründung des „Zentralausschusses der Unternehmerverbände“ im Jahre 1920. Er diente den mächtigsten Monopolen dazu, neben ihrer direkten Einwirkung und der ihrer großen Verbände auf den Staat, ihre Macht- und Profitinteressen auch über die Ausrichtung der Mitgliederverbände des Zentralausschusses auf ihre Belange einheitlich dem Staat zur Durchsetzung zu diktieren.

Der Staat, einst Machtinstrument der gesamten Bourgeoisie, wurde mehr und mehr zum Vollzugsausschuß der Monopolherren, die ihren bestimmenden Einfluß zunehmend vermittels der Unternehmerverbände ausübten, die sich infolge der ökonomischen Macht der Monopole aus Interessenverbänden aller ihnen angeschlossener Mitglieder zu Organisationen des monopolistischen Großkapitals entwickelt hatten und zur Durchsetzung ihrer Interessen wesentlich dazu beitrugen, dem Faschismus den Weg zur Macht zu ebnen.

Durch die völlige Entrechtung der Arbeiter und die absolute, unumschränkte Herrschaft der Unternehmer als „Führer“ der Betriebe erfuhr ihr „Herr-im-Hause“-Standpunkt mit der Errichtung des Faschismus seine Krönung. Alle Organisationen der Arbeiterklasse wurden zerschlagen, die Arbeiter mit den Unternehmern in der faschistischen Zwangsorganisation „Deutsche Arbeitsfront“ zusammengefaßt. Die Unternehmerverbände wurden in öffentlich-rechtliche Vereinigungen umgewandelt, erhielten direkt staatlichen Charakter und waren mit der Macht staatlicher Organe ausgestattet. Die

Herren des Kapitals standen den Arbeitern nicht mehr nur als private Kapitalisten gegenüber, die ihre Interessen mit Hilfe des Staates und ihrer Klassenverbände durchsetzten; sie konnten den Arbeitern ihren Willen vielmehr als Privatkapitalisten und die Staatsmacht verkörpernde „Führer der Betriebe“ in einer Person dekretieren.

Die vernichtende Niederlage des faschistischen deutschen Imperialismus im zweiten Weltkrieg setzte dem durch Reaktion nach innen und Aggression nach außen gekennzeichneten Wirken der Organisationen des deutschen Monopolkapitals jäh ein Ende – doch in den von imperialistischen Mächten besetzten Zonen nur für kurze Zeit. Dort übernahmen die Besatzungsmächte die Rolle des Schutzpatrons der deutschen Reaktion, der sie durch die Unterdrückung der demokratischen Kräfte die Möglichkeit gaben, ihre Kräfte neu zu formieren, die alten, niemals völlig abgerissenen Verbindungen erneut zu knüpfen und die Macht der Monopole wiederherzustellen. Ein entscheidender Schritt **[747]** dazu war die mit Unterstützung rechter sozialdemokratischer und Gewerkschaftsführer zielstrebig unter der Ideologie der vermeintlichen Klassenharmonie betriebene Restaurierung der Unternehmerverbände. Während noch ein Teil der Monopolherren ihrer Kriegsverbrechen wegen hinter Schloß und Riegel saß, wurden die ersten Branchenverbände etabliert, um über sie die Kräfte des Monopolkapitals zu konsolidieren. Und im Oktober 1949 war es bereits wieder so weit, daß ein industrieller Spitzenverband gegründet werden konnte: der „Ausschuß für Wirtschaftsfragen industrieller Verbände“, der sich wenige Monate später in Anlehnung an seinen unrühmlichen Ahnen in „Bundesverband der Deutschen Industrie“ umbenannte. Parallel dazu war über die örtliche Zulassung einzelfachlicher „Arbeitgeberverbände“ auch der Prozeß der Konzentration der antigewerkschaftlichen Kampforganisationen vorangetrieben worden, der im Januar 1949 zur Gründung der „Sozialpolitischen Arbeitsgemeinschaft der Arbeitgeber“ führte, die sich ebenfalls bald wieder stark genug fühlte, sich öffentlich zu ihrer Tradition zu bekennen und als „Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände“ zu wirken.

Ein ganzes Netz von Spitzenverbänden mit ihren Mitgliedsverbänden, Suborganisationen und Institutionen breitet sich heute über die BRD wie über alle Länder des Monopolkapitals aus. Zusammen mit dem imperialistischen Staat als Hauptinstrument, den bürgerlichen Parteien, den bourgeoisen Massenmedien und verschiedenen anderen Organisationen und Institutionen gehören sie zu den entscheidenden Stützen der imperialistischen Klassenherrschaft, die in ihrer Vielfalt ein einheitliches Ganzes darstellen. Alle diese Kräfte fungieren jeweils als spezifische Faktoren, in unterschiedlichen Bereichen, erfüllen im Klassenkampf „arbeitsteilig“ ganz spezielle Aufgaben, wirken aber zugleich durch die Totalität der Machtausübung und Massenverführung – in wachsendem Maße auch international – konzertiert zur Niederhaltung der Volksmassen.

Die wachsende Rolle der Staatsmaschinerie als unabdingbares Zwangsinstrument zur Wahrung der Macht der Minderheit über die Mehrheit, aber auch als „Gesamtkapitalist“, im ökonomischen und ideologischen Bereich bedeutet nicht, daß gegenüber diesem nach wie vor wichtigsten Machtinstrument die Rolle der nichtstaatlichen Organe des umfassenden Mechanismus der politischen Herrschaft der Monopole geringer würde. Es ist vielmehr geradezu charakteristisch für die Entwicklung des politischen Überbaus, daß die Rolle der bourgeoisen Parteien als Mittel vornehmlich der Manipulation der Massen sowie der Unternehmerverbände als direkte und indirekte Mittel monopolistischer Machtausübung wachsen.

Ihrem juristischen Status nach sind die Unternehmerverbände Institutionen privatrechtlichen Charakters; in der gesellschaftlichen Realität jedoch vollzieht sich ein Prozeß ihrer öffentlich-rechtlichen Institutionalisierung, der in den einzelnen Ländern unterschiedlich weit fortgeschritten ist. So ist z. B. in der Schweiz das „Anhörungsrecht“ der Verbände, das ihnen Einfluß auf die Gesetzgebung einräumt, seit 1947 verfassungsmäßig verankert. In der Praxis unterscheiden sich die staatsmonopolistischen Verbände in den anderen Ländern indes kaum in ihrem Verhältnis zum Staat. Das gilt auch für das Lobbying, das 1946 in den USA aufgrund des „Federal Regulation of Lobbying Act“ legitimiert wurde, nichtsdestoweniger in der Welt des Kapitals überall als Instrument der Einflußnahme auf das Gesetzgebungsverfahren und die öffentliche Verwaltung praktiziert wird.

Durch ihre umfassende Verbandsorganisation erfaßt die Monopolbourgeoisie alle Kräfte des Kapitals und richtet sie auf die Durchsetzung ihrer Interessen aus. In der BRD geht innerhalb der Verbandshierarchie die eigentliche Befehlsgewalt vom BDI und von der BDA aus, in denen sich die Macht der größten Monopole konzentriert. Um **[748]** ein einheitliches, abgestimmtes Vorgehen zu gewährleisten, sind beide Spitzenverbände personell sowie durch Kontakt- und Koordinierungsgremien eng miteinander verbunden. Über den „Gemeinschaftsausschuß der deutschen gewerblichen Wirtschaft" setzen sie ihre Interessen auch gegenüber den anderen diesem Ausschuß angehörenden Spitzenverbänden in der Regel erfolgreich durch. Formell Vereinigungen und Interessenvertreter aller ihnen angeschlossenen Unternehmer, wirken sie de facto als Organisationen ausschließlich der sie beherrschenden großen Monopole. Deren Vertreter diktieren die Ziele und Aktivitäten dieser Verbände und wirken über sie – und somit ausgestattet mit der gesamten Macht des Kapitals – bestimmend auf den Staat ein. Sie durchdringen über den Staat, durch ihre Öffentlichkeitsarbeit und ihren direkten Kampf gegen die Arbeiterklasse und alle demokratischen Kräfte das gesamte gesellschaftliche Leben und richten es antikommunistisch auf die Durchsetzung der Klasseninteressen der herrschenden Monopolbourgeoisie aus.

Als Bindeglied zwischen den herrschenden Monopolen und deren Staat, als Organisatoren der Verschmelzung der mächtigsten Monopole mit dem Staat tragen diese Verbände selbst staatsmonopolistischen Charakter. Mehr noch: sie tragen in allen Ländern des Kapitals – unterschiedlich in manchen Formen bzw. in deren Ausgeprägtheit, einheitlich in ihrem Wesen – dem Staat nicht nur auf, wie er in ihrem Interesse Macht auszuüben hat, sondern üben koordiniert mit den Staatsorganen zugleich auch unmittelbar die in ihnen verkörperte Macht des Kapitals aus.

Der wachsenden Rolle der monopolistischen Verbände im Mechanismus des staatsmonopolistischen Kapitalismus entsprechend wird deren maßgebliches Zusammenwirken mit dem Staat und seinen Organen intensiviert. Zugleich vollzieht sich bei allen Widersprüchen innerhalb dieser Verbände und zwischen ihnen – ein Prozeß organisatorisch noch engerer Verbindung der Spitzenorganisationen des Monopolkapitals untereinander. Analog den Zentralisationsbestrebungen in den USA, die darauf gerichtet sind, die einflußreichsten Unternehmervereinigungen – die Nationale Vereinigung der Industriellen und die Handelskammer – zu einer einheitlichen Organisation zu verschmelzen, übernahm 1977 in der BRD der Präsident der BDA zugleich die Funktion des Präsidenten des BDI – ein Entwicklungsprozeß, der 1978 gewiß nur aus Mangel an geeigneten Führungskräften zeitweilig unterbrochen wurde. Schritt für Schritt wird angesichts der wachsenden Widersprüche die Herrschaftsstruktur des Monopolkapitals weiter ausgebaut. Durch eine noch straffere, auf größere Schlagkraft zielende Organisation der herrschenden Klasse, durch immer engere Zusammenarbeit der Unternehmerverbände mit dem Staat, die Verstärkung des monopolistischen Einflusses auf ihn sind die konzeptionsbestimmenden Führungskräfte des Kapitals bestrebt, den wachsenden, das imperialistische System untergrabenden Krisenerscheinungen entgegenzuwirken, die Macht des Kapitals wider das Wohl des Volkes zu behaupten und zu stärken.

Literatur:

1. *Banaschak, M.:* Die Macht der Verbände. Berlin 1964; 2. *Kuczynski, J.:* Studien zur Geschichte des deutschen Imperialismus. Bd. I, Berlin 1952; 3. *Schirmeister, C.:* Verbände des Finanzkapitals. IPW-Forschungshefte 1972, H. 4; 4. *Töpfer, H./Brühl, H./Schäfer, U.:* Unternehmerverbände – Zentren gewerkschaftlicher Tätigkeit. Berlin 1968; 5. *Der Imperialismus der BRD.* Berlin 1971; 6. *Manipulation.* Berlin 1968.

Manfred Banaschak **[749]**

2.5.20. Staatseigentum in der Produktions- und Zirkulationssphäre

Staatseigentum in der Produktions- und/oder Zirkulationssphäre ist, global gesehen, in allen Entwicklungsphasen des Kapitalismus anzutreffen. Die Ursachen seiner Entstehung, sein Umfang und seine Bedeutung im gesamtgesellschaftlichen Reproduktionsprozeß jedoch unterscheiden sich in den einzelnen Stadien und Typen der kapitalistischen Entwicklung beträchtlich.

In den europäischen Ländern mit feudaler Vergangenheit wurde früher landesherrliches Eigentum – vor allem Domänen und Forsten, aber auch Bergwerke – im Laufe der bürgerlichen Umwälzung in Eigentum des bürgerlichen Staates verwandelt (z. B. in Deutschland, Österreich-Ungarn, Rußland); in Frankreich wurde es zum größten Teil zu Beginn des 19. Jh. an Private verkauft; in Großbritannien verblieb nur ein geringer Rest der Krondomänen in Staatseigentum. [3]

In den USA wurden sämtliche den Indianern abgenommenen oder von fremden Regierungen abgetretenen Ländereien außerhalb der 13 alten Staaten staatliches Eigentum. Der größere Teil wurde durch Schenkung oder Verkauf zur Förderung und Lenkung der Besiedelung und wirtschaftlichen Erschließung der eroberten Landesteile benutzt (u. a. erfolgte auch eine Förderung des Eisenbahnbaus durch umfangreiche Landschenkungen an kapitalistische Gesellschaften).

In der Phase des vormonopolistischen Kapitalismus, bis etwa 1870, entwickelte sich in Ländern wie Großbritannien, wo sich der Kapitalismus in seiner klassischen Form entfaltete und das zu dieser Zeit die führende industrielle Weltmacht darstellte, oder in den USA, die über mächtige natürliche Reichtümer verfügten, kein staatliches Eigentum in der Produktions- und Zirkulationssphäre in nennenswertem Umfang. Nur Post und Straßenbau, in Großbritannien auch die Telegrafenlinien sowie einige Gaswerke und Rüstungsbetriebe, wurden vom Staat betrieben.

Mit dem Übergang zum Imperialismus jedoch, im letzten Drittel des 19. Jh., begann sich auch in Großbritannien das staatliche Eigentum auszudehnen, zunächst vor allem auf kommunaler Ebene (1913 waren z. B. ein Drittel aller Gaswerke öffentliche Betriebe), aber auch in der Rüstungsindustrie. [9]

Auf dem europäischen Kontinent kam es mit der Ausdehnung der Eisenbahnen, die hier größere militärische Bedeutung hatten als z. B. in Großbritannien und den USA, von den 1870er Jahren an zu immer stärkerer staatlicher Einflußnahme auf das Eisenbahnwesen, wenn auch die Art der Einflußnahme differenziert war und von starken staatlichen Veto- und Aufsichtsrechten, wie in Frankreich, bis zum Staatsbahnsystem, wie in Preußen und den meisten anderen deutschen Bundesstaaten, reichte. In folgenden europäischen Ländern entwickelten sich bis zum ersten Weltkrieg die Staatsbahnen zum dominierenden System: Belgien, Bulgarien, Dänemark, Deutschland, Italien, Niederlande, Norwegen, Österreich-Ungarn, Rumänien, Rußland, Schweiz, Serbien. Mit der Entwicklung von Staatsbahnsystemen wurde der jeweilige Staat zum bedeutenden Unternehmer (die preußische Eisenbahnverwaltung galt vor dem ersten Weltkrieg als das größte einheitlich geleitete Unternehmen der Welt). Er mußte als solcher, über seine allgemeine Funktion der Sicherung der Rahmenbedingungen der kapitalistischen Produktion hinausgehend, die Beziehungen seiner Unternehmen zur übrigen Ökonomik, die sich in den entwickelten Ländern monopolistisch zu organisieren begann, regulieren.

Durch die Verstaatlichung der preußischen Bahnen wurde „der staatliche Sektor der Wirtschaft in einem solchen Ausmaß vergrößert, wie es im imperialistischen Deutschland auch später zu keinem Zeitpunkt übertroffen wurde“. [8: 120] In den 1880er Jahren betrug der Anteil der öffentlichen Investitionen an den Gesamtinvestitionen in Deutsch-**[750]**land rd. 40%, nach dem Ansteigen der privaten Investitionen in der Aufschwungsphase seit Mitte der 90er Jahre betrug er 1913 noch 17% [4: 103] Der Anteil der Staatseinnahmen aus Unternehmer- und Vermögenseinkommen des Staates erreichte in den 80er und 90er Jahren Höchstsätze von 30-31%, sank bis 1913 wegen des starken Steigens der Steuereinnahmen auf 21%, war aber absolut von jährlich 346 Mill. Mark im Durchschnitt der Jahre 1870-1879 auf jährlich 1530,2 Mill. Mark im Durchschnitt der Jahre 1910-1913 gestiegen. [7] Ein starker öffentlicher Sektor entwickelte sich in Deutschland auch in der Energieerzeugung, im Bankwesen und im Bergbau, wo die öffentlichen Unternehmen eng mit Monopolen zu kooperieren begannen oder aber selbst führend an der Monopolisierung des Zweiges beteiligt waren (Kaliindustrie). [8] [13]

Engels wies darauf hin, daß sowohl die Monopolisierung als auch die Bildung von „Staatseigentum an den Produktivkräften“ die Konsequenz der Vergesellschaftungstendenzen im Kapitalismus sei [MEW 20: 259 f., 617]: „Aber weder die Verwandlung in Aktiengesellschaften [und Trusts], noch die in Staatseigentum, hebt die Kapitaleigenschaft der Produktivkräfte auf.“ Der Staat werde vom ideellen Gesamtkapitalisten zum wirklichen Gesamtkapitalisten. „Die Arbeiter bleiben Lohnarbeiter,

Proletarier. Das Kapitalverhältnis wird nicht aufgehoben, es wird vielmehr auf die Spitze getrieben. Aber auf der Spitze schlägt es um. Das Staatseigentum an den Produktivkräften ist nicht die Lösung des Konflikts, aber es birgt in sich das formelle Mittel, die Handhabe der Lösung."

In den monopolkapitalistischen Ländern wurde das Staatseigentum in der Produktions- und Zirkulationssphäre zu einem wesentlichen Element der staatsmonopolistischen Entwicklung, der Kooperation und Verflechtung von Staats- und Monopolmacht, die der Stabilisierung des monopolkapitalistischen Gesellschaftssystems dient (s. 2.5.21.). Wo sich in diesen Ländern aus verschiedenen Ursachen ein staatlicher Wirtschaftssektor schon früh herausgebildet hatte, wie z. B. in Deutschland, fungierte dieser in nicht unbedeutendem Maße als „Katalysator" oder „ Kristallisationskeim" einer frühen staatsmonopolistischen Verflechtung.

Zu sprunghaften Erweiterungen des staatlichen Wirtschaftssektors kam es in den monopolkapitalistischen Ländern während des ersten Weltkrieges, während und nach der Weltwirtschaftskrise 1929-1933, während und nach dem zweiten Weltkrieg. Nach dem ersten und dem zweiten Weltkrieg wurden in manchen Ländern die während der Kriege verstaatlichten oder neu errichteten staatlichen Unternehmen ganz oder teilweise privatisiert (so in Großbritannien nach dem ersten Weltkrieg die Eisenbahnen, in den USA und Japan nach dem zweiten Weltkrieg viele Rüstungsunternehmen, in der BRD z. B. das Volkswagenwerk); global gesehen ist aber der staatliche Wirtschaftssektor in den imperialistischen Ländern im 20. Jh. gewachsen, und zwar besonders stark in denjenigen, deren weltwirtschaftliche Konkurrenzposition durch die wachsende Wirtschaftsmacht des USA-Imperialismus geschwächt wurde, so u. a. in Großbritannien, Frankreich, Italien, den Niederlanden – am wenigsten dagegen in den USA. [10] [11]

In den meisten Ländern, in denen die kapitalistische Industrialisierung erst in der zweiten Hälfte des 19. Jh. einsetzte und in denen der Staat durch direkte oder indirekte Unterstützung des Privatkapitals die einheimische Industrie zu fördern suchte, wie etwa in Rußland, Ungarn, den Balkanländern, Japan, Mexiko, spielten staatseigene Unternehmen besonders in der Schwerindustrie, aber auch im Bankwesen eine Rolle beim Aufbau eines nationalen Kapitalismus (z. B. staatliche Eisenwerke und Schwermaschinenbaubetriebe in Ungarn und Japan; die 1938 nationalisierten Betriebe der Erdölindustrie in Mexiko). Einige „Spätkömmlinge" wie Rußland und Japan entwickelten sich rasch zu imperialistischen Ländern mit frühen staatsmonopolistischen Zügen. Besonders aus-**[751]**geprägt war die Rolle des staatlichen Sektors bei der imperialistischen Entwicklung Japans. [5] In den kleineren Ländern dieser Gruppe von „Spätkömmlingen" jedoch, z. B. in verschiedenen Ländern Ostmittel- und Südosteuropas, in denen die staatliche Wirtschaftspolitik besonders den Import von Auslandskapital förderte, verlor der staatliche Wirtschaftssektor bei der Industrialisierung an Gewicht gegenüber dem monopolistischen Auslandskapital, so daß sich kein unabhängiger nationaler Kapitalismus entwickeln konnte. Der Einfluß des imperialistischen Weltsystems erwies sich als übermächtig, fixierte die ökonomische und politische Abhängigkeit dieser Länder von den imperialistischen Hauptmächten und bedingte die verzerrte und unausgewogene Entwicklung ihrer ökonomischen Strukturen. [1] [2]

In der zweiten und dritten Etappe der allgemeinen Krise des Kapitalismus, nach der Liquidierung des Kolonialismus, unter der Bedingung der Existenz des sozialistischen Weltsystems ergaben und ergeben sich neue Bedingungen auch für die Rolle staatlicher Wirtschaftssektoren in den ehemals kolonialen und den übrigen bis dahin schwach entwickelten kapitalistischen Ländern.

In der überwiegenden Mehrheit der Länder, die sich vom Kolonialismus befreit hatten, wurde die Entwicklung der Wirtschaft von einem schnellen Wachstum des staatlichen Sektors begleitet. In vielen Ländern hat sich der Anteil des staatlichen Sektors am Nationaleinkommen im ersten Jahrzehnt der unabhängigen Entwicklung mehr als verdoppelt. Obwohl es zunächst keine Nationalisierungen im breiten Maßstab gab, übertrafen die Wachstumstempi der Produktion in diesem Sektor die im privaten Sektor. Der Anteil des staatlichen Sektors (Anteil der staatlichen Investitionen plus Anteil des Staatsverbrauchs) an der Verwendung des Bruttonationaleinkommens beträgt in den Entwicklungsländern ein Zehntel bis ein Drittel, wobei in der Mehrheit dieser Länder der Anteil ein Fünftel nicht übersteigt. [6] In der Produktion des Bruttonationaleinkommens ist die Bedeutung des

Staatssektors in der Regel weniger groß, doch ist sie in einer Reihe von Ländern wesentlich gewachsen, besonders auch nach der Welle der Nationalisierungen in den 70er Jahren. In Sambia z. B. übernahm der Staat 51% der Anteile der größten ausländischen Gesellschaften im Kupferbergbau, des Roan Selection Trust und der Anglo-American Corporation. In Algerien ist das Auslandseigentum in der Erdöl- und Erdgasproduktion 1971 ausgeschaltet worden, der Staat kontrollierte 1971 77% der Ölproduktion. 1972 übernahmen Irak und Syrien die vollständige Kontrolle über das Eigentum der Iraq Petroleum Co. Der gleiche Prozeß vollzieht sich in anderen Ländern, wie Venezuela, Peru, Indien, Libyen; Tansania, Ghana, Zaire u. a. In Ägypten betrug der Anteil der Staatsunternehmen an der Industrieproduktion des Landes 1972 85% ebenso in Somalia. [12: 42 ff.]

Die Wirkung, die der staatliche Sektor in den verschiedenen Ländern der „Dritten Welt" heute auf die sozialökonomische Entwicklung ausübt, ist sehr unterschiedlich und auf keinen einheitlichen Nenner zu bringen (ausführlich [12]).

In vielen Ländern, besonders Asiens und Afrikas, gibt die spezifische Struktur der Gesellschaft, das Fehlen scharf umrissener Klassen, dem Staat relative Unabhängigkeit und Spielraum zum Manövrieren. In solchen Ländern kann der staatliche Sektor ebenso zur Förderung eines nationalen Kapitalismus wie auch zur sozialistischen Orientierung der sozialökonomischen Entwicklung dienen. Da außerdem in solchen Ländern die politische Macht häufig instabil und sowohl durch innere wie äußere Umstände beeinflußt ist, kann sich die Rolle des staatlichen Sektors jeweils mit dem Wechsel der politischen Macht ändern.

Obwohl die Länder der „Dritten Welt" noch in ihrer Mehrheit im kapitalistischen Weltwirtschaftssystem integriert sind, ermöglichen die Existenz des sozialistischen La-**[752]**gers, seine ausgedehnte Wirtschaftshilfe, die allgemeinen Kräfteverhältnisse der heutigen Welt diesen Ländern einen größeren Spielraum gegenüber dem internationalen Monopolkapital als den „Spätkömmlingen" des 19. Jh. Charakteristisch dafür ist u. a. die sich wandelnde, antiimperialistische Züge annehmende Rolle des staatlichen Sektors in einigen lateinamerikanischen Ländern wie Peru, Kolumbien und auch Venezuela: in Ländern also, die man allgemein ebenfalls als Spätkömmlinge des 19. Jh. ansehen kann und die, obwohl formal unabhängig, bis in die jüngste Zeit ausgebeutete Anhängsel des USA-Imperialismus darstellten.

Die Auswirkung des globalen Kräfteverhältnisses zeigt sich aber noch drastischer in der heutigen Stellung der ölproduzierenden Länder der „Dritten Welt" gegenüber den monopolkapitalistischen Ländern, die nicht zuletzt durch den staatlichen Wirtschaftssektor jener Länder errungen wurde und die ihrerseits wieder einen bedeutenden Faktor beim weiteren Wandel der globalen ökonomischen Kräfteverhältnisse darstellt.

Literatur:

1. *Berend, I. T./Ránki, G.*: Economic Development in East-Central Europe in the 19th und 20th Centuries. New York/London 1974; 2. *Dies.:* Hungary. Newton Abbot/New York 1974; 3. *Conrad, J./Prätorius/Rintelen, L.:* „Domänen", in: Handwörterbuch der Staatswissenschaften. Bd. 3, Jena 1909, S. 513 ff.; 4. *Eistert, E./Riegel, K.,* in: Untersuchungen zum Wachstum der deutschen Wirtschaft. Tübingen 1971; 5. *Ikeda, K./Yoshitaro, K./Taiyoji, J.:* Die industrielle Entwicklung in Japan unter besonderer Berücksichtigung seiner Wirtschafts- und Finanzpolitik. Berlin (West) 1970; 6. *Kolesov, V.,* in: MĖiMO 1976, H. 8, S. 102 ff.; 7. *Lehmann, K.,* in: Wirtschaft und Staat im Imperialismus. Berlin 1976, S. 85 ff.; 8. *Mottek, H./Becker, W./Schröter, A.:* Wirtschaftsgeschichte Deutschlands. Bd. 3, Berlin 1974; 9. *Murphy, B.:* A History of the British Economy 1086-1970. London 1973; 10. *Tjulpanow, S. I./Scheinis, V. L.:* Aktuelle Probleme der politischen Ökonomie des heutigen Kapitalismus, Berlin 1975; 11. *Političeskaja ėkonomija sovremennogo monopolističeskogo kapitalizma.* Moskau 1975 (Politische Ökonomie des heutigen Monopolkapitalismus. Berlin 1972); 12. *The Role of the State in Socio-Economic Reforms in Developing Countries.* Moskau 1976; 13. *Wirtschaft und Staat in Deutschland vom Ende des 19. Jh. bis 1945.* Bd. 1-3, Berlin 1978/79.

Helga Nussbaum

2.5.21. Staatsmonopolistischer Kapitalismus

Der Begriff kennzeichnet die Verflechtung der zunächst vorwiegend ökonomischen Macht des Monopols mit der zunächst vorwiegend politischen Macht des Staates zu einem Mechanismus. Der staatsmonopolistische Kapitalismus ist eine gesetzmäßige Erscheinung des imperialistischen Stadiums des Kapitalismus, die sich aus den inneren Widersprüchen des Systems ergibt, insbesondere aus dem Widerspruch zwischen dem hohen Vergesellschaftungsgrad der Produktion und der privatkapitalistischen Form der Aneignung. Er trat folglich auch mit der Herausbildung von Monopolen in Erscheinung, die, wie Marx feststellte, die „Staatseinmischung" herausfordern [MEW 25: 454], und entwickelt sich seitdem mit der Monopolisierung weiter. Der staatsmonopolistische Kapitalismus muß deshalb als ein Grundzug des Imperialismus bezeichnet werden. Im historischen Ablauf seiner Entwicklung sind Schwerpunktveränderungen zu beobachten, **[753]** wie Rückläufigkeit bzw. Verstärkung in den verschiedenen Bereichen, in den einzelnen Ländern und Zeitabschnitten, ebenso ein Zurück- oder Hervortreten alter bzw. neuer Formen und bestimmter Funktionen des staatsmonopolistischen Kapitalismus, sowie Phasen einer besonders schnellen oder widerspruchsvollen Entwicklung und solche einer scheinbar erfolgreichen Regulierung der Reproduktionsbedingungen mittels staatsmonopolistischer Eingriffe. Insgesamt kann eine stufenweise Weiter- und Höherentwicklung des staatsmonopolistischen Kapitalismus angenommen werden, hervorgerufen letztendlich durch die Bewegung der Widersprüche selbst, durch ihre stetige, aber nicht ständige und nicht überall und immer gleichmäßig erfolgende Verschärfung. [15] Der staatsmonopolistische Kapitalismus äußert sich funktionell, institutionell und in der Eigentumsstruktur und ist darauf gerichtet, die wachsenden Widersprüche des kapitalistischen Systems zu dämpfen oder (zeitweilig) zu lösen, um die erweiterte Reproduktion und die Herrschaft des Monopolkapitals zu sichern sowie die bürgerliche Gesellschaft insgesamt lebensfähig zu erhalten und die Bedingungen für die Reproduktion ihrer Gesamtstruktur auf kapitalistischer Grundlage zu gewährleisten. Aufgrund der Widersprüche zwischen monopolistischen und Gesamtinteressen des Kapitals kann der staatsmonopolistische Kapitalismus nur als dialektische Einheit begriffen werden. Seine Entwicklung ruft zudem auch neue Widersprüche hervor und reproduziert die alten zumeist auf höherer Stufe, so daß immer kompliziertere Strukturen in der Verbindung von Staat und Monopolkapital entstehen. Mit der staatsmonopolistischen Entwicklung erfolgt eine sich in den Grenzen des Kapitalismus bewegende Anpassung der Produktionsverhältnisse an den Entwicklungsstand der Produktivkräfte. [14]

Die Hauptform dieser Anpassung ist die staatsmonopolistische Regulierung. Sie erfolgt arbeitsteilig, in ihr kooperieren Formen der Selbstregulierung des Monopolkapitals mit staatlichen Regulierungsmaßnahmen. Zu unterscheiden sind die direkte oder administrative sowie die indirekte, mit ökonomischen Mitteln erfolgende Regulierung. [13] Die administrative Regulierung geht vorwiegend vom Staat aus. Sie tritt in Kriegs- und Krisenzeiten stärker hervor, aber auch in der Gestaltung der Außenwirtschaftsbeziehungen sowie in der Ausbildung supranationaler Organisationen. Sie spielte eine erhebliche Rolle bei der Sicherung von Rohstoffbasen und Absatzgebieten durch die Bildung von Kolonien; dagegen werden heute zur Festigung neokolonialistischer Beziehungen vom Staat vorwiegend ökonomische Mittel eingesetzt. Formen administrativer Regulierung durch die Monopole finden sich in den Kartellabsprachen, in der Syndikatsbildung usw. Die Regulierung mit ökonomischen Mitteln ist äußerst vielfältig. Die Monopole setzen vor allem die Markt- und Preisregulierung ein, die Bildung horizontaler und vertikaler Unternehmensstrukturen, Vielseitigkeit der Produktionsprogramme (Diversifikation), die monopolistische Rationalisierung, die Bildung von Konglomeraten sowie die Entwicklung multinationaler Unternehmen (Multis). Für die Einflußnahme auf staatliche und parlamentarische Entscheidungen bedienen sie sich nach wie vor der Korruption von Staatsbeamten und Abgeordneten, der Personalunion bzw. des Wechsels zwischen wirtschaftlichen und staatlichen Spitzenfunktionen sowie zunehmend der Ausbildung des Lobbyismus. Von seiten des Staates erfolgt die indirekte Regulierung vor allem mit den Mitteln der Finanzpolitik. Dazu gehört die Umverteilung des Nationaleinkommens über den Staatshaushalt mittels Steuerpolitik sowie durch staatliche Auftragstätigkeit (Vergabe von Rüstungsaufträgen, von Aufträgen zum Ausbau der Infrastruktur und zur Lösung von Umweltschutzaufgaben), durch staatliche Subventionen, Kredite und Garantieleistungen

für die Unternehmen, durch Exportförderung, Entwicklungshilfe und andere Maßnahmen zur Förderung der Außenwirtschaftsbeziehungen und zur Stabilisierung der Handels- und Zahlungsbilanz. Ein weiteres Mittel ist der Einsatz und die Neu-**[754]**bildung von staatlichem Kapitaleigentum. Eine zunehmende Bedeutung erlangten die Regulierung des Kreditmarktes, des Geldumlaufs und der Währungsstabilität durch die Diskont- und Offenmarkt-Politik der Staatsbanken sowie die kurz- und mittelfristige Finanzplanung für den Staatshaushalt.

Ökonomische und administrative Regulierungsformen ergänzen sich ständig mit unterschiedlichem Gewicht. [29] Die dafür eingesetzten Mittel werden z. T. kontinuierlich, zum Teil nur unter schwierigen Bedingungen (Kriege, Krisen) angewendet. Insgesamt erfolgt laufend eine Differenzierung dieser Mittel, womit eine Tendenz zur Ausweitung verbunden ist. Staatsmonopolistische Regulierung kann die spontanen Prozesse nicht beseitigen, sie kann nur auf diese einwirken; sie versucht entgegenzuwirken oder zu fördern. [MEW 37: 490 f.] Dabei konzentriert sie sich wesentlich auf drei Bereiche: erstens auf die Regulierung der materiellen erweiterten Reproduktion des Kapitals unter den Bedingungen des imperialistischen Stadiums; zweitens auf die Sicherung der erweiterten Reproduktion des Kapitalverhältnisses, also der Ausbeutung, und des privatkapitalistischen Eigentums an den Produktionsmitteln sowie auf die Regulierung der Klassenbeziehungen; drittens auf die Aufrechterhaltung der politischen Macht der Finanzoligarchie unter dem revolutionären Druck der imperialistischen Epoche, der Übergangsperiode zum Sozialismus, in der seit dem Sieg der Oktoberrevolution zunehmend äußere Faktoren auf das monopolistische System einwirken und die Entfaltung der inneren Widersprüche beschleunigen. [28; Bd. 1]

Die Erforschung und Verallgemeinerung der Erscheinungsformen des staatsmonopolistischen Kapitalismus wurde von Lenin begonnen. [29] Die umfangreiche Regulierungstätigkeit in den kapitalistischen Ländern sowie die Ausbildung supranationaler Formen des staatsmonopolitischen Kapitalismus nach dem zweiten Weltkrieg, die eine gründliche Analyse der sich daraus ergebenden Klassenkampfsituation erforderlich machten, führten in den 60er Jahren zu einer verstärkten Fortsetzung dieser Arbeiten durch die marxistisch-leninistische Forschung. In der Diskussion um den historischen Platz des staatsmonopolistischen Kapitalismus haben sich dabei verschiedene Auffassungen herausgebildet. Neben der Auffassung vom staatsmonopolistischen Kapitalismus als einem Grundzug des Imperialismus steht die, daß er eine Phase des Imperialismus sei, wobei über deren Beginn verschiedene Ansichten existieren. [15] Bisher ist es jedoch noch nicht gelungen, stichhaltige Kriterien nachzuweisen, die den qualitativen Umschlag von einer „privatmonopolistischen“ Phase des Imperialismus in eine staatsmonopolistische begründen. Lenin prägte den Begriff „staatsmonopolistischer Kapitalismus“ im Jahre 1917 [LW 24: 302], hatte jedoch bereits vorher in seinem Werk über den Imperialismus Erscheinungen hervorgehoben und analysiert, die zu den typischen Kennzeichen des staatsmonopolistischen Kapitalismus gehören. Damit sowie mit seiner speziellen Untersuchung staatsmonopolistischer Erscheinungen in der Kriegswirtschaft und in der Funktion des bürgerlichen Staates entwickelte er den theoretischen Ansatz von Marx und Engels über den Zusammenhang von Produktivkräfteentwicklung, Kapitalkonzentration und „Staatseinmischung“ weiter, der methodologisch den Ausgangspunkt für die Analyse des staatsmonopolistischen Kapitalismus und seiner gesetzmäßigen Entwicklung bildet.

Marx hatte schon im Zusammenhang mit der Entstehung von Aktiengesellschaften festgestellt, daß damit innerhalb der kapitalistischen Produktionsweise eine neue gesellschaftliche Produktionsform entstanden ist, die in gewissen Sphären das Monopol herstellen kann und damit die Staatseinmischung herausfordern müsse. [MEW 25: 454] Diese noch vorwiegend prognostische Erkenntnis wurde in Deutschland schon gegen Ende des 19. Jh. durch die Herausbildung erster großer Monopolgesellschaften und die **[755]** gleichzeitige Entwicklung staatsmonopolistischer Elemente bestätigt. Die Monopolisierung verschärft nicht nur die Konkurrenz zwischen den Monopolen, sondern auch die Anarchie im gesamten Reproduktionsprozeß, so daß die Sicherung der erweiterten Reproduktion des Gesamtkapitals sowie der Erzielung von Monopolprofiten durch staatsmonopolistische Maßnahmen notwendig wird. Marx stellte weiter fest, daß der wachsenden Vergesellschaftung der Produktion die Aneignung des gesellschaftlichen Reichtums durch wenige entspricht, was ebenfalls zu einer

Verschärfung der systemimmanenten Widersprüche, insbesondere der Klassengegensätze, führt. [MEW 25: 454] Damit hob Marx einen weiteren Prozeß hervor, der unter dem revolutionären Druck der imperialistischen Epoche zunehmend starke Triebkräfte für die staatsmonopolistische Entwicklung freisetzt. Die Regulierung der Klassenbeziehungen erfolgt wesentlich durch sozialpolitische Maßnahmen, die vorwiegend vom Staat ausgehen, aber im gewissen Umfang auch von den Konzernen und Großunternehmen ergänzt werden. In Deutschland wurde mit den Sozialversicherungsgesetzen relativ früh der Anfang gemacht, Frankreich begann damit um die Jahrhundertwende, England vor dem ersten Weltkrieg. In den USA kam es erst in den 30er Jahren zu gesamtstaatlichen Sozialversicherungsmaßnahmen. Diese vorwiegend mit finanziellen Mitteln gesteuerte Regulierung, die auch der Kaufkraftsicherung dient oder über den staatlichen (sozialen) Wohnungsbau der Investitionsförderung, wird ergänzt durch die geistige Manipulierung, die durch die Entwicklung der Massenmedien heute ungleich differenzierter und umfassender ist als noch in der Zwischenkriegszeit.

Engels sah eine weitere Konsequenz der Vergesellschaftungstendenzen im Kapitalismus in der Bildung von Staatseigentum an den Produktionsmitteln, wodurch der Staat „wirklicher Gesamtkapitalist“ wird. [MEW 20: 259 f.] Das Staatseigentum in der Produktion, im Transport- und Nachrichtenwesen, im Energiebereich ist ein für die Kapitalverwertung insgesamt und die Erzielung von Monopolprofiten insbesondere notwendiger und an Bedeutung ständig wachsender Faktor des staatsmonopolistischen Kapitalismus. Lenin führte den Gedanken von Engels fort, als er 1917 den staatsmonopolistischen Kapitalismus „als die vollständige *materielle* Vorbereitung des Sozialismus, seine *unmittelbare* Vorstufe“ bezeichnete. [LW 25: 370] Die Entwicklung zum Staatseigentum ruft Gegentendenzen des Kapitals hervor. Als Monopolkapital vereinigt es große ökonomische und gesellschaftspolitische Macht auf sich, wodurch seine Möglichkeiten wachsen, dem Verlust der Verfügungsgewalt über das gesellschaftliche Kapitaleigentum durch dessen Verwandlung in direktes Staatseigentum entgegenzuwirken und den Druck der Produktivkräfte in anderen Formen aufzufangen. [28: Bd. 1] So ist bis heute in allen imperialistischen Ländern eine Zunahme des staatlichen Kapitaleigentums zu beobachten, aber auch eine immer stärkere Konzentration von „privater“ Kapitalmacht (s. 2.5.17.). Andererseits zeigt z. B. die gegenwärtige westeuropäische Stahlkrise, daß die Mittel, dem Druck der Produktivkräfte auszuweichen, begrenzt sind.

Lenin arbeitete in seinen Analysen viele gültige Merkmale des staatsmonopolistischen Kapitalismus heraus: Verflechtung privater und staatlicher Monopole; Ausnutzung der „Verbindung“ zum Staatsapparat für „profitable Geschäfte“; Personalunion bzw. Wechsel zwischen staatlichen und Kapitalfunktionen; Anwachsen der Staatsbürokratie; staatliche Auftragstätigkeit; öffentliche Regulierung der Produktion, der Verteilung und des Arbeitsmarktes. Er ergänzte die Merkmale der „rein ökonomischen“ Definition des Imperialismus durch weitere, wie Übertragung monopolistischer Prinzipien auf die Ebene der Politik, Oligarchie, Drang nach Herrschaft statt nach Freiheit, und wies nach, daß als notwendige Folge der monopolistischen Entwicklung neue Beziehungen zwischen Ökonomik und Politik entstehen. [LW 22; 23; 24; 25]

[756] Schon die Herausbildung erster Monopolformen im letzten Viertel des 19. Jh. forderte staatliche Maßnahmen heraus, die sich auf die Regulierung des Monopolisierungsprozesses selbst wie auch auf die Regulierung seiner negativen Auswirkungen auf die Reproduktionsbedingungen des gesamten Kapitals richteten. [28: Bd. 1] Dabei wurden administrative wie auch ökonomische Mittel eingesetzt. Lenin wies bereits auf die Verflechtung staatlicher und privater Monopole hin. Das Ausmaß des staatlichen Eigentums in der Produktion, im Transportwesen und in anderen Bereichen der Infrastruktur hing in den einzelnen Ländern noch von der unterschiedlichen historischen Entwicklung dieser Eigentumsform ab (s. 2.5.20.). In Deutschland stieg der Anteil der öffentlichen Ausgaben am Sozialprodukt von 1900 bis 1913 von 12,4% auf 14,8%. [12] Die Beschäftigtenzahl der Staatsbürokratie (ohne Militär) nahm schnell zu: 1880-1890 um 19%, 1890-1900 um 32%, 1900-1910 um 25%; ihr Anteil an den insgesamt Beschäftigten betrug im Jahre 1900 1,4%. [7: 203 ff.] Maßnahmen der Preis-, Zoll- und Kreditpolitik zur Sicherung der bestehenden Struktur in der Landwirtschaft sind eindeutig nachweisbar [28: Bd. 1]; sie waren für die Funktion dieses Bereichs als Militärreservoir von erheblicher Bedeutung.

Der erste Weltkrieg erwies sich aufgrund der enormen Anforderungen, die er an die Wirtschaft stellte, als ganz wesentliche Triebkraft für die Weiterentwicklung des staatsmonopolistischen Kapitalismus. [28: Bd. 1] Administrative Formen zur Regulierung der Wirtschaft traten stark hervor. Es gab erste Formen einer stattlichen Programmierung der Rüstungsproduktion. Außerdem erfolgte über den Staatshaushalt mittels Verschuldungs- und Steuerpolitik eine im Ausmaß bis dahin noch nicht dagewesene Umverteilung des Nationaleinkommens zugunsten der Kriegsfinanzierung. Die Rüstungsindustrie arbeitete voll mit Staatsaufträgen, investierte mit staatlichen Subventionen und machte riesige Profite. In Frankreich nahm die Großindustrie die Organisation der Rüstungsproduktion selbst in die Hand und verteilte die Aufträge, die Rohstoffe und die Arbeitskräfte ohne staatliche Mitwirkung unter sich. [23] In Großbritannien vollzog sich wie in Deutschland als Voraussetzung für die staatliche Lenkung der Rüstungsproduktion ein starker Zentralisierungsprozeß im Bereich des Staatsapparates, wobei führende Industrielle in die damit befaßten Einrichtungen überwechselten. [28: Bd. 1, 23] Das staatliche Kapitaleigentum nahm überall erheblich zu. Zur Irreführung der Volksmassen wurde die staatliche Lenkungstätigkeit in der Wirtschaft als „Kriegssozialismus“ bezeichnet.

Nach Beendigung des Krieges wurde die starke administrative Regulierung der Produktion von der Großindustrie mit Hilfe industrieller Interessenverbände zurückgedrängt. In Großbritannien war 1916 als deren mächtiger Dachverband die Federation of British Industries gegründet worden, der 1918 bereits 129 Verbände angehörten [23]; in Deutschland entstand 1919 der Reichsverband der Deutschen Industrie, dessen allmächtiges Präsidium starken Einfluß auf die Politik der Weimarer Republik ausübte. Die staatsmonopolistische Regulierung konzentrierte sich zunächst vorwiegend auf die Überleitung der Wirtschaft von Kriegs- auf Friedensbedingungen. Unter dem Einfluß der Oktoberrevolution und der revolutionären Ereignisse in vielen Ländern erhielt die Manipulierung der Massenstimmung ein besonderes Gewicht. In Deutschland wurde die schnelle Eingliederung der demobilisierten Soldaten in die Betriebe durch administrative Maßnahmen und durch die staatliche Finanzierung von Arbeitsplätzen gesteuert. Hinzu kam ein breit angelegter Sozialisierungsschwindel. [28: Bd. 1] In der bis 1923 andauernden großen Inflation erfolgte eine radikale Umverteilung des Nationaleinkommens und des Volksvermögens auf Kosten der Werktätigen wie auch klein- und mittelbürgerlicher Schichten. Umfangreiche Kredite an die Konzernunternehmen, die mit ent-**[757]**wertetem Geld schnell zurückgezahlt werden konnten, förderten den Konzentrationsprozeß ganz erheblich. [28: Bd. 2]

Im Friedensvertrag von Versailles erfolgte die Neuaufteilung der Welt zugunsten des französischen und des englischen Kapitals. Die Erfüllung der Vertragsbestimmungen zog in allen beteiligten Ländern neue staatsmonopolistische Maßnahmen nach sich. Der deutsche Imperialismus nutzte diesen Vertrag für die nationalistisch-revanchistische Manipulierung der Bevölkerung. Damit wurden Voraussetzungen geschaffen, die die Errichtung der faschistischen Diktatur und die Vorbereitung des zweiten Weltkrieges begünstigt haben. Mit dem Übergang zur relativen Stabilisierung des Kapitalismus gewannen ökonomische Regulierungsmethoden großes Gewicht. Sie wurden vorwiegend über die Steuer- und andere Bereiche der Finanzpolitik, über den Staatshaushalt und über die Haushalte der Kommunen sowie durch den Einsatz staatlichen Kapitaleigentums wirksam. Der Anteil der öffentlichen Ausgaben am Sozialprodukt stieg von 1913 bis 1929 in Großbritannien von 12% auf 28%, in Frankreich von 17% auf 31%, in den USA von 8% auf 14% [26] und in Deutschland von 1925 bis 1932 von 21% auf 29%. Die Beschäftigtenzahl der Staatsbürokratie stieg in Deutschland 1922 bis 1925 um 90% und 1925 bis 1930 um 23%, ihr Anteil an den insgesamt Beschäftigten lag 1930 bei 3,5%. [7: 203 ff.] Der Anteil der öffentlichen an den gesamten Bruttoinvestitionen stieg von 10% vor dem ersten Weltkrieg auf durchschnittlich 30% in den Jahren 1925 bis 1932. Entsprechend verdichtete sich das Netz der öffentlich-rechtlichen Banken, die die Investitionsfinanzierung in solchen Bereichen wie Landwirtschaft, Verkehrswesen und Wohnungsbau übernahmen, aber auch zur Industriefinanzierung übergingen. Die Außenwirtschaftspolitik wurde insbesondere durch die Reparationsverpflichtungen und die Aufnahme von Auslandsanleihen beeinflußt. Die Auslandsanleihenpolitik ermöglichte in Verbindung mit der Diskontpolitik der Reichsbank einen umfangreichen Kapitalimport der Industrie- und Bankkonzerne, mit dem der deutsche Kapitalmangel ausgeglichen wurde. Monopolistische Rationalisierung und Kapitalkonzentration ergänzten die staatsmonopolistischen

Maßnahmen zum Ausbau eines hochmodernen Produktionsapparates, der 1929 wieder den zweiten Platz in der Welt einnahm. Vertreter großer Konzerne übernahmen Ministerposten bzw. Beraterfunktionen in zentralen Regierungskommissionen, Ausschüssen usw. Die Instrumentarien zur Regulierung der Klassenbeziehungen wurden – insbesondere unter dem Eindruck der Novemberrevolution – durch ökonomische (u. a. kommunaler Wohnungsbau) und administrative (u. a. staatliches Schlichtungswesen) ergänzt. [28: Bd. 2]

Die Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise 1929-1932 und die nachfolgende weltwirtschaftliche Depression der 30er Jahre bewirkten eine sehr schnelle Entwicklung des staatsmonopolistischen Kapitalismus, wobei auch wieder administrative Regulierungsformen. stärker hervortraten. 30 Mill. Arbeitslose und eine entsprechend hohe Nichtauslastung der Produktionskapazitäten stellten das kapitalistische System prinzipiell in Frage. Der gesellschaftliche Reproduktionsprozeß war in allen Bereichen schwer betroffen; die weltwirtschaftliche Arbeitsteilung blieb bis zum Ende der 30er Jahre gestört. Dem Staat wurde allgemein die Verantwortung für die Wiederherstellung der Reproduktionsbedingungen des Kapitals zugeschoben. [28: Bd. 3] Die staatsmonopolistische Regulierung konzentrierte sich überall auf die Entwicklung der Binnenkonjunktur, auf die Entschärfung der Klassenbeziehungen sowie auf die Regulierung der Außenwirtschaft. Da die Krise auch die bereits seit 1927/28 andauernde Weltagrarkrise verschärfte, spielte die Regulierung der landwirtschaftlichen Produktionsbedingungen ebenfalls eine besondere Rolle. In den Nahrungsmittelexportländern stand die staatlich prämiierte Anbaueinschränkung im Vordergrund, in den Nahrungsmittelimportländern **[758]** dagegen die staatliche Förderung der landwirtschaftlichen Produktion. Erstmals wurde in vielen Ländern die Abwertung der Währung als Mittel zur Exportförderung eingesetzt. Das Weltwährungssystem zerbrach in den Abwertungs- und den Goldblock. Großbritannien wertete 1931 zuerst ab (rd. 40%), wodurch es seine Exportposition verbesserte und zum Goldzuflußland wurde, was wiederum bei den Banken zur Ausweitung der Kreditkapazität führte. Eine dadurch mögliche umfangreiche kommunale Wohnungsbautätigkeit trug mit zur Stimulierung der Produktion bei. Die 1931 eingeleitete Hochschutzzollpolitik begünstigte insbesondere die metallverarbeitende, die Elektro- und die Autoindustrie sowie die Nahrungsmittelproduktion (einschließlich Landwirtschaft). Ebenfalls zur Marktsicherung wurde mit den Verträgen von Ottawa (1932) das englische Commonwealth durch ein System von Präferenzzöllen zum Sterling-Block zusammengeschlossen. Die USA und Frankreich bildeten mit ihren Einflußgebieten den Dollar- bzw. Franc-Block. Da in allen Ländern zur Förderung der eigenen Produktion die Importe eingeschränkt und die Exporte gefördert wurden, verschärfte sich die Weltmarktkonkurrenz zum „Welthandelskrieg“. Zudem belastete das Weltschuldenproblem die Kreditbeziehungen zwischen den Ländern, von denen viele ihren Schuldverpflichtungen nicht mehr nachkommen konnten. Der Weltkreditmarkt verblieb in einer krisenhaften Erstarrung, und der Kapitalexport sank zur Bedeutungslosigkeit herab. [28: Bd. 3] Das kapitalistische Weltwirtschaftssystem drohte sich aufzulösen, wobei die Verschärfung der Widersprüche wesentlich durch die staatsmonopolistische Gegenregulierung gefördert wurde. Die Mittel reichten von der Währungsblockbildung über die Abwertung, die Bilateralisierung des Außenhandels, den Protektionismus, die Devisenbewirtschaftung, die Exportförderung bis zum staatlich gelenkten Dumping. Während Japan seine Währung sogar um ca. 60% abwertete und das Gros der Abwertungsländer um 40%, hielt Frankreich an der Goldwährung fest und setzte die deflationistische Krisenpolitik fort. Seine Wirtschaft stagnierte und die Arbeitslosigkeit nahm zu. Erst die Volksfrontregierung leitete 1936 mit der Franc-Abwertung, einer ausgedehnten staatlichen Kreditschöpfung und einer Erhöhung der Löhne und Gehälter eine aktive antizyklische Politik ein. [9] In den USA erfolgte 1933 eine Dollarabwertung; es setzte eine umfangreiche Bankensanierung und -kontrolle durch den Staat ein. Unter der Bezeichnung „New Deal“ wurde von der Regierung Roosevelt ein umfangreiches Wirtschafts- und Sozialprogramm entwickelt, das sich auf die Industrie und auf die Landwirtschaft erstreckte und mit der Anerkennung der Gewerkschaften als Tarifpartner wie auch mit der Einführung gesamtstaatlicher Sozialversicherungsmaßnahmen regulierend in die Klassenbeziehungen eingriff. Es gelang den Arbeitern mit machtvollen Streiks, die Anerkennung der Gewerkschaften durch die Konzerne zu erzwingen. Große staatliche Projekte, unter denen die Tennessee-Regulierung herausragt, zu denen aber auch die Förderung des Wohnungsbaus gehörte, sollten dazu beitragen, das mehr als 12 Mill. zählende Arbeitslosenheer

abzubauen. Weitere vorwiegend ökonomische Maßnahmen zielten darauf ab, den Preisverfall zu stoppen, die Löhne sowie auch die Einkommen der Farmer anzuheben, die industrielle Produktion wieder zu beleben und die landwirtschaftliche Anbaufläche zur Vermeidung von Überproduktion einzuschränken. Die Arbeitslosigkeit blieb in den USA und auch in anderen Ländern relativ hoch. In Deutschland waren die Krisenauswirkungen, gestützt auf den Notverordnungsparagraphen der Weimarer Verfassung, durch eine drastische deflationistische Politik reguliert und damit verschärft worden. [11] Die Zahl der Arbeitslosen stieg auf mehr als 6 Mill. Durch umfangreiche staatliche Finanzhilfe wurden große Industriekonzerne, die Großbanken und die hochverschuldeten Junkergüter („Osthilfe“) vor dem Bankrott gerettet. [28: Bd. 2] Ab Mitte 1932 setzten auf der Grundlage einer staatlichen Defizitfinanzierung **[759]** (Steuergutscheine, Arbeitsbeschaffungswechsel) erste Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung ein. Doch der Weimarer Staat war nicht fähig, die schwere politische Krise, in die er geraten war, zu bewältigen: Finanzkapital und Junker schoben Hitler an die Macht. Es entwickelte sich ein staatsmonopolistisches System, das durch seine faschistische Ausprägung eine weitgehend kompromißlose Durchsetzung monopolistischer Interessen ermöglichte. Entrechtung der Arbeiter und Landarbeiter, Beseitigung des bürgerlich-parlamentarischen Systems und Zentralisierung der staatlichen Macht, Zentralisierung der Wirtschafts- und Landwirtschaftsverbände in halbstaatlichen Organisationen (Organisation der gewerblichen Wirtschaft; Reichsnährstand), die von den Konzernen, Großkapitalisten und Junkern beherrscht wurden, waren wesentliche Erscheinungen der Herausbildung des faschistischen staatsmonopolistischen Systems. Eine ausschlaggebende Rolle für die gesamte Entwicklung spielte die aus dem Reichsverband der Deutschen Industrie hervorgegangene Reichsgruppe Industrie. [28: Bd. 3] Die Regulierung der Krisenauswirkungen wurde auf die Vorbereitung des zweiten Weltkrieges ausgerichtet. Der Devisen- und Rohstoffmangel, die hohe Auslandsverschuldung sowie die depressive weltwirtschaftliche Entwicklung führten unter diesen Bedingungen zu einer umfassenden Administrierung der Außen- und Rohstoffwirtschaft („Neuer Plan“). 1936 wurde ein staatliches Autarkieprogramm entwickelt – der „Vierjahresplan“ –, das insbesondere die chemische Grundstoffproduktion förderte und zur unmittelbaren Kriegsvorbereitung überleitete. Mit der Administrierung des Wirtschaftslebens nahm die Institutionalisierung staatsmonopolistischer Funktionen sehr schnell zu. Die 1932 eingeleitete staatliche Defizitfinanzierung wurde, verbunden mit einer starken Kreditmarktregulierung, im großen Umfange fortgesetzt. 34% des Nationaleinkommens wurden 1938 über den Staatshaushalt umverteilt. Die staatliche Anteil an den Bruttoinvestitionen insgesamt lag 1936 bei 55%, der Anteil der Industrie lag dagegen nur bei 15%. [28: Bd. 3] Lohnstopp, Preis- und Arbeitsmarktregulierung gehörten ebenfalls zu dem weitverzweigten System administrativer und ökonomischer Maßnahmen. Trotzdem gelang es nicht, die spontanen Prozesse einzudämmen. Der Widerspruch zwischen der auf hohen Touren laufenden Rüstungsproduktion und den unzureichenden Ressourcen sowie – damit verbunden – divergierende Konzeptionen und Machtkämpfe in der Führungsspitze erzeugten immer neue Krisensituationen und Zwänge zur Umorganisation und zum weiteren Ausbau des staatsmonopolistischen Apparates. Während die Konzerne Riesenprofite erzielten und sich systematisch entschuldeten, verschuldete sich der Staat so stark, daß 1938/39 die zunächst angestaute Inflation offen auszubrechen drohte.

Der zweite Weltkrieg förderte durch die hohen Anforderungen, die er auf Grund seines Ausmaßes und des hohen Standes der Militärtechnik an die Wirtschaft stellte, die staatsmonopolistische Verflechtung und Zentralisierung in allen imperialistischen Ländern. [13] In Deutschland hatte der bis 1938/39 ausgebaute Regulierungsapparat den Anforderungen der ersten Kriegsjahre genügt. Das Scheitern der „Blitzkriegsstrategie“ und die nun schnell steigenden Anforderungen an die Wirtschaft („totaler Krieg“) führten zu einer Regulierung der gesamten Produktion vorwiegend durch das mit staatlichen Vollmachten ausgestattete Monopolkapital: Unter der Bezeichnung „Selbstverantwortung der Industrie“ entstand 1941/42 ein System von „Ausschüssen“, „Ringen“, „Reichsvereinigungen“, „Industrieräten“ usw. zur Lenkung und Rationalisierung der Rüstungsproduktion nach Konzerngrundsätzen. Die Reichsgruppe Industrie verschmolz organisatorisch mit diesen Einrichtungen und dem Rüstungsministerium. Grundstoffe und Arbeitskräfte wurden durch eine „Zentrale Planung“ verteilt. Organisierter Raub, Verschleppung von Millionen Arbeitskräften, finanzielle Ausplünderung und Völkermord charakterisierten die im Interesse des Monopolkapitals und unter seiner maßgeblichen **[760]** Mitwirkung

betriebene Okkupationspolitik. Ausgedehnte Planungen für eine „Neuordnung Europas“, unter der die Errichtung eines „europäischen Großwirtschaftsraumes unter deutscher Führung“, eines „Mark-Blockes“, verstanden wurde, sowie ein großes deutsches Kolonialreich in Osteuropa und in Afrika sollten die Nachkriegsposition des deutschen Imperialismus absichern helfen. [28: Bd. 3]

Nach dem zweiten Weltkrieg wurden die stark administrativen Züge der Wirtschaftslenkung in allen Ländern wieder abgebaut. Die staatsmonopolistische Entwicklung setzte sich jedoch sehr schnell fort. Als eine neue Form entstanden im Bereich der Außenwirtschaft schon 1945 supranationale Regulierungsorgane. Das Währungs- und Welthandelschaos der 30er Jahre hatte gezeigt, daß die Reproduktionsbedingungen des Kapitals mit nationaler Regulierung allein nicht mehr gewährleistet werden konnten. Die Internationalisierung des Kapitals geriet immer stärker in Widerspruch zur nationalstaatlichen Begrenzung und Zerstückelung seines Wirkungsfeldes. Zur Stabilisierung des völlig zerrütteten Währungsgefüges wurden schon Ende 1945 die International Bank for Reconstruction and Development (Weltbank) und der International Monetary Fund (IMF – Internationaler Währungsfonds) errichtet. Ende 1946 wurden die Gold- und Dollarparitäten für die Mitgliedstaaten des IMF festgelegt. Die wesentlichste Aufgabe dieses Fonds bestand darin, Zahlungsbilanzschwierigkeiten seiner Mitglieder durch Kredite auszugleichen sowie Veränderungen der Paritäten koordiniert vorzunehmen. Seine Bildung war der umfassendste Versuch einer kollektiven staatsmonopolistischen Regulierung weltwirtschaftlicher Beziehungen. [24: *556* ff.] Da die Goldparität des Dollars die Grundlage dieses neuen Währungssystems war, geriet es mit dem Dollar ab 1968 in die akute Krise und zerfiel ab 1971. Das System der starren Paritäten wurde durch das der „flexiblen“ Kurse (floating) abgelöst, das sich den krisenhaften Entwicklungsschwankungen in den einzelnen Ländern besser anpaßte. Die Beziehung Währungskurs, Export und Zahlungsbilanz wurde wieder, wie schon in den 30er Jahren, ein Hauptbereich nationaler staatsmonopolistischer Regulierung. Als weitere Form einer supranationalen Regulierung entstanden nach 1945 in Westeuropa „Freihandelszonen“ und „Gemeinsame Märkte“: 1948 die Zollunion Benelux; 1952 die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS – Montanunion), als gemeinsamer westeuropäischer Markt für Kohle, Eisen, Stahl und Schrott; 1957/58 die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) – seit 1967 Europäische Gemeinschaft (EG) benannt – sowie die Europäische Atomgemeinschaft (Euratom) und weitere Zusammenschlüsse; 1960 die Europäische Freihandels-Assoziation (EFTA), aus der Großbritannien und Dänemark 1973 ausschieden, um der EWG beizutreten. [4] Diese staatlich gelenkte Integration ergänzte die privatmonopolistische‘ Integration von Betrieben, Firmen und Monopolgruppen der verschiedenen Länder, blieb jedoch im Unterschied dazu regional begrenzt. Eine angestrebte „Atlantische Wirtschaftsgemeinschaft“ kam nie zustande, es entwickelte sich vielmehr eine sehr scharfe Konkurrenz zwischen den USA und der EWG/EG. Dies wie auch der ständige Streit in der EWG/EG um die Interessen der einzelnen Länder machen die außerordentliche Kompliziertheit der Bestrebungen zur supranationalen Regulierung deutlich, bei denen sich nationale und übernationale Kapitalinteressen ständig im Widerstreit befinden.

Von 1950 bis 1973 stieg das Bruttosozialprodukt in den Ländern der kapitalistischen Welt auf das 3fache (in konstanten Preisen), die Industrieproduktion auf das 3,8fache und das Exportvolumen auf das 5fache. [19] Verschärfte diese steigende Exportabhängigkeit die Widersprüche ohnehin, da der Warenaustausch zu ca. 80% zwischen den kapitalistischen Ländern selbst erfolgte, so insbesondere für die kleineren Länder, die immer stärker von den Märkten der größeren Länder abhängig wurden. Gegen-**[761]**wärtig haben sich drei Zentren der imperialistischen Weltwirtschaft herausgebildet: die USA, die EG und Japan, die sich untereinander in scharfer Konkurrenz befinden und schon wieder zu Formen des „Handelskrieges“ der 30er Jahre zurückkehren. [2]

Es waren nicht zuletzt die Widersprüche und auch die Erfahrungen der 30er Jahre, die zu den neuen Formen der Außenwirtschaftsregulierung nach 1945 drängten und auch zu einer völlig anderen Regulierung der Kriegsschulden und Kriegsauswirkungen als nach dem ersten Weltkrieg (Marshallplan und Europäischer Wirtschaftsrat = OEEC) führten. Diese Entwicklung wurde durch eine Reihe äußerer und innerer Faktoren gefördert, die die gesamte staatsmonopolistische Entwicklung nach dem zweiten Weltkrieg prägten: Die rasche Stabilisierung der Produktion in der Sowjetunion, die im 4.

Fünfjahrplan (1946-1950) das Vorkriegsniveau in Industrie und Landwirtschaft wieder erreichte und z. T. überschritt, sowie die bis 1949 erfolgte Herausbildung der Gemeinschaft sozialistischer Staaten in Europa waren die wesentlichsten äußeren Faktoren, deren Wirkung seitdem verstärkt wird durch das stabile Wachstum dieser Länder und ihren zunehmenden Einfluß auf die Entwicklung in der Welt. Der 1946 einsetzende kalte Krieg gegen die sozialistischen Länder, Antikommunismus und Antisowjetismus haben als politische Faktoren die kapitalistische Integration ebenfalls gefördert. Die wichtigsten inneren Faktoren, die die gesamte nationale und supranationale staatsmonopolistische Entwicklung so enorm vorangetrieben haben, waren die wissenschaftlich-technische Revolution, die Militarisierung der Wirtschaft und der Zerfall des Kolonialsystems. Seit Ende der 60er/Anfang der 70er Jahre kommen folgende Faktoren hinzu: eine rasch steigende Inflation, Energie- und Rohstoffprobleme und eine krisenhafte bzw. überwiegend depressive Entwicklung der Wirtschaft mit anhaltender Arbeitslosigkeit. Die Regulierung dieser Prozesse erfolgt ganz vorwiegend mit ökonomischen Mitteln. Entsprechend stieg der Anteil des Staatshaushaltes an der Umverteilung des Nationaleinkommens. Während er bis zum zweiten Weltkrieg 20-25% betrug, hat er sich in den 60er Jahren auf 30-40% erhöht und steigt weiter an. [22] [24] Hauptbereiche der Staatsausgaben waren die Rüstung; der Ausbau der Infrastruktur; die Förderung der Bildungs- und Ausbildungseinrichtungen; Sozialprogramme und Umweltschutzaufgaben. Weiter gehörten dazu die Entwicklung neuer Industriezweige, wie Atomindustrie, Raketentechnik und Elektronik, die sich anfangs im Rahmen des staatlichen Sektors vollzog; die Rekonstruktion alter Zweige, die Regulierung landwirtschaftlicher Strukturprobleme und nicht zuletzt die Finanzierung und Organisierung wissenschaftlicher Forschungen. Das Steuersystem zur Umverteilung der Einkommen und Gewinne wurde wesentlich ausgebaut und differenziert. Einerseits wurde die Gewinnbesteuerung weiter verstärkt, obwohl die Konzerne eine Herabsetzung der Profitbesteuerung durchzusetzen suchten. In den USA lag die Profitbesteuerung der Kapitalgesellschaften 1937 bei 13%, in den 50er und 60er Jahren bei über 40%. [3] [24: 401] Mittels großzügiger Abschreibungsvorschriften und Gewährung von Steuervergünstigung erfolgt andererseits eine gezielte Gewinn- und Investitionsförderung. Trotzdem sucht das Monopolkapital über einen verstärkten Kapitalexport und die Internationalisierung seiner Gesellschaften der Besteuerung seiner Profite auszuweichen. Das wiederum führt zu erheblichen Steuerausfällen für den Staatshaushalt und damit zu neuen Stimuli für die weitere Ausdehnung und Differenzierung des staatlichen Regulierungssystems. Dieser durch vielfältige Wechselwirkungen gekennzeichnete Prozeß ist Ausdruck dafür, daß sich die staatsmonopolistische Entwicklung weiterhin äußerst widersprüchlich vollzieht, daß sie nicht nur Widersprüche dämpft, sondern auch neue hervorbringt.

Im Zusammenhang mit den diversen Strukturkrisen der 60er Jahre kam es zu Versuchen einer kurz- und längerfristigen Planung oder Programmierung der Wirtschaft. Ihr **[762]** Ziel war die Regulierung des Wachstums bestimmter, insbesondere auch militärisch wichtiger Wirtschaftsbereiche. Am weitesten führte die Entwicklung von Planungselementen in den USA. [18]

Die krisenhafte Entwicklung der 70er Jahre setzte neue Schwerpunkte der staatsmonopolistischen Entwicklung, wobei die bereits erwähnte Tendenz zum Rückgriff auf Mittel der 30er Jahre unverkennbar ist. Die gesamte staatliche Wirtschaftspolitik zur Ankurbelung der Konjunktur befindet sich in einer außerordentlich widersprüchlichen Lage. Den Versuchen, das Inflationstempo durch eine Begrenzung der Haushaltsdefizite zu drosseln, stehen die wachsenden Rüstungsausgaben und die zyklisch bedingten Rückgänge der Steuereinnahmen entgegen, auch die umfangreichen Subventionen an die Monopole zur Konjunkturstimulierung, zur Förderung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts u. ä. Die staatlichen Programme zur Reduzierung der Arbeitslosigkeit werden durch die monopolistische Rationalisierung faktisch wirkungslos gemacht. Andererseits stoßen die Versuche, die Lasten stärker auf die Masse der Bevölkerung abzuwälzen, durch Kürzung der Sozialleistungen, durch Steuererhöhungen, durch die aktive Unterstützung aller Anstrengungen der Unternehmer, die Lohnentwicklung zu drosseln, auf den zunehmenden Widerstand der Werktätigen. [22] Die staatsmonopolistische Entwicklung der 70er Jahre vollzieht sich in schnell wachsenden Widersprüchen. Die spontanen Prozesse, die in den 50er und 60er Jahren der Regulierung untergeordnet schienen, setzen sich gegen die Regulierung durch.

Literatur:

1. *Anikin, A.,* in: SW/GB 1976 (29), H. 5, S. 512 ff.; 2. *Ders.* in: SW/GB 1976 (29), H. 3, S. 242 ff.; 3. *Astapowitsch, A.,* in: SW/GB (31), H. 1, S. 75 ff.; 4. *Dankert, S./Ersil, W./Werner, K.-H.:* Politik in Westeuropa. Berlin 1976; 5. *Dragilev, M. S.:* Gosudarstvenno-monopolističeskij Kapitalism. Obščie čertiy i osobennosti. Moskau 1975; 6. *Eichholtz, D.:* Geschichte der deutschen Kriegswirtschaft 1939-1945. Bd. 1, Berlin 1969; 7. *Hoffmann, W. G.:* Das Wachstum der deutschen Wirtschaft seit der Mitte des 19. Jahrhunderts. Berlin (West)/Heidelberg/New York *1965;* 8. *Inosemzev, N. N.* Der heutige Kapitalismus. Berlin 1973; 9. *Kroll, G.:* Von der Weltwirtschaftskrise zur Staatskonjunktur. Berlin(West) 1958; 10. *Kuczynski, J.:* Die Geschichte der Lage der Arbeiter unter dem Kapitalismus. Bd. 14, 16, Berlin 1962, 1963; 11. *Kuczynski, Th.:* Das Ende der Weltwirtschaftskrise in Deutschland 1929/32. Berlin 1972, (Diss.); 12. *Lehmann, K.,* in: JWG 1975, T. IV, S. 23 ff.; 13. *Mottek, H./Becker, W./Schröter, A.:* Wirtschaftsgeschichte Deutschlands. Bd. III, Berlin 1974; 14. *Nussbaum, H.,* in: JWG 1970, T. IV, S. 25 ff.; 15. *Dies,* in: JWG 1976, T. I, S. 69 ff.; 16. *Pollard, S.:* The Development of the British Economy 1914-1967. London 1969; 17. *Rymalow, W.,* in: SW/GB 1976 (29), H. 1, S. 15 ff.; 18. *Schapiro, A. 1.,* in: SW/GB 1976 (29), H. 6, S. 639 ff.; 19. *Wiskowskaja, W./Pokatajew, J.,* in: SW/GB 1977 (30), H. 10, S. 1066 ff.; 20. *Wygodski, S. D.:* Der gegenwärtige Kapitalismus. Berlin 1972; 21. *Der Imperialismus der BRD.* Berlin 1971; 22. *IPW-Berichte* 1978 (7), H. 1, S. 1 ff.; 23. *Organisierter Kapitalismus.* Göttingen 1974; 24. *Političeskaja ėkonomija sovremennogo mono polističeskogo Kapitalizma.* Bd. 1-2 Moskau 1975 (Politische Ökonomie des heutigen Monopolkapitalismus. Berlin 1972); 25. *Der staatsmonopolistische Kapitalismus.* Berlin 1972; 26. *Staatsmonopolistische Regulierung, Haushaltspolitik, Widersprüche,* in: WBMLU 1968, H. 5 (D8); 27. *Zur Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus.* Berlin 1967; 28. *Wirtschaft und Staat in Deutschland.* Bd. 1-3, Berlin 1978/1980; 29. *Wirtschaft und Staat im Imperialismus.* Berlin 1976.

Lotte Zumpe **[763]**

2.5.22. Transport- und Nachrichtenwesen

Die wenig ausgebildete Differenziertheit und die relativ geringe Leistungsbreite des Verkehrswesens im Feudalismus wurden zu einem ernsthaften Hemmnis, je mehr sich die kapitalistische Produktionsweise entfaltete „... die Produktion wohlfeiler Transport- und Kommunikationsmittel (wurde) Bedingung für die auf das Kapital gegründete Produktion.“ [MGr 423] Die Voraussetzungen für den notwendigen qualitativen Sprung schuf erst die industrielle Revolution. Sie brachte mit der Dampfmaschine die Antriebsquelle hervor, die Wirtschaft und Verkehr im 19. Jh. revolutionierte. Außerdem entwickelte sich gleichzeitig ein leistungsfähiger Maschinen- und Anlagenbau, der seinerseits einige Jahrzehnte später die Möglichkeiten zur Nutzung der Elektroenergie und zum Einsatz des Verbrennungsmotors erschloß und zugleich die unerläßliche Voraussetzung für die Herstellung und den Betrieb der neuen Verkehrs- und Nachrichtenmittel darstellte.

Auf dieser Basis konnten Verkehrsmittel entstehen, „die den modernen Produktionsmitteln adäquat“ waren. [MEW 34: 373] Sie setzten neue Maßstäbe im Hinblick auf Transportvolumen und -häufigkeit, Regelmäßigkeit, Geschwindigkeit, Pünktlichkeit, Sicherheit und Kostenrentabilität. Außerdem wurden besonders die Eisenbahnen, der Schiffbau und das Fernmeldewesen – später auch die Kraftfahrzeugindustrie – zu Großabnehmern industrieller Erzeugnisse. Die neuen Verkehrsträger lockerten aber auch die Standortgebundenheit der Industrie auf, forderten das Entstehen von industriellen Ballungsgebieten und ermöglichten die Bevölkerungswanderung. Sie festigten den sich bildenden nationalen Markt und schufen eine der Bedingungen für das Entstehen des Weltmarkts. Der moderne Verkehr bewirkte darüber hinaus auch in den Ländern mit noch wenig ausgeprägter kapitalistischer Produktion eine Beschleunigung der gesamten gesellschaftlichen Entwicklung in Richtung auf eine Zersetzung der bisherigen ökonomischen, sozialen und politischen Verhältnisse. Nicht zuletzt war er für die herrschende Klasse von außerordentlicher politischer und militärischer Bedeutung. [8]

Die *Transportrevolution* des 19. Jh. ging von der Dampfeisenbahn aus, die in den entwickelteren kapitalistischen Ländern die „couronnement de l’œuvre“ [MEW 34: 373] darstellte, während sie in Deutschland am Beginn dieses Prozesses stand und dessen anfänglichen Verlauf sehr stark bestimmte; denn

aufgrund des niedrigen industriellen Entwicklungsstandes boten die Eisenbahnen die erste umfangreiche Möglichkeit zur massenhaften Anlage von konstantem fixem Kapital und damit zur Umwandlung des Handelskapitals in industrielles Kapital [MEW 3: 284 f.] [1]. Außerdem schufen sie Voraussetzungen für die Konzentration des Kapitals in Form von Aktiengesellschaften.

Für das Vordringen auf den Weltmarkt und dessen Beherrschung spielte jedoch die *Seeschiffahrt* eine ebenso wichtige Rolle, zumal ihr die Eisenbahnen ein wesentlich größeres Hinterland erschlossen und sie damit in die Lage versetzten, immer umfangreichere Rohstoff- und Warentransporte zu bewältigen. [MEW 22: 266] Die Seeschiffahrt konnte den zwingend notwendigen Wandel vom Luxusgüter- zum Massenguttransporteur aufgrund wichtiger technischer Veränderungen im Schiffbau realisieren, die zusammen mit einem sich aufgrund der steigenden Nachfrage rasch vergrößernden Tonnagebestand wesentliche Ursache für erheblich sinkenden Frachtraten der Seeschiffahrt waren. Dadurch wurden Waren weltmarktfähig, deren Absatz bisher wegen zu hoher Transportkosten nur auf lokale bzw. geringer entfernte Märkte beschränkt war. Allerdings vollzog sich dieser Wandel zunächst über mehrere Jahrzehnte hinweg vorwiegend durch wesentliche Verbesserungen der traditionellen Segelschiffe. Insgesamt wurden er-**[764]**neut die seit langem genutzten Vorzüge der Schiffahrt für den Transport schwerer Lasten bzw. von Massengütern bewiesen, der im Landverkehr nur durch die kostspieligere Verbindung von Schienenweg und Dampfkraft möglich war.

In der *Binnenschiffahrt* wurde die Dampfkraft für den Gütertransport schon früher eingesetzt, weil sich in Form der durch die Trennung von Antriebskraft und Transportraum gekennzeichnete Schleppschiffahrt eine technische sehr günstige und ökonomisch wirksame Lösung bot. Allerdings mußte die deutsche Binnenschiffahrt ihre ehemals führende Stellung im binnenländischen Verkehr vorübergehend an die Eisenbahn abtreten, die ihr leistungsmäßig eindeutig überlegen war. Beginnend mit den 40er Jahren kam es sogar teilweise zu einem sehr drastischen Rückgang der Transporte auf dem Wasserwege, der erst nach 1870 durch einen erneuten Leistungsanstieg abgelöst wurde, wobei sich die Binnenschiffahrt seitdem auf Massentransporte über lange Entfernungen bzw. auf die Touristenbeförderung in den landschaftlich reizvollsten Flußabschnitten konzentrierte. [12] [13]

Die geringste qualitative Weiterentwicklung erfuhr im 19. Jh. der *schienenlose Landverkehr.* Allerdings stieg der Umfang des traditionellen Straßenverkehrs kontinuierlich an, und er wurde außerdem durch die Eisenbahnen neu profiliert. An die Stelle der früheren Fernverbindungen traten in zunehmendem Maße der Flächenverkehr sowie der Zubringer- und Verteilerverkehr für die Eisenbahn.

Auch der Umfang des *Nachrichtenwesens* nahm beträchtlich zu. Das Bedürfnis der Nachrichtenübermittlung stieg sprunghaft an, stimuliert durch verschiedenste Faktoren im gesellschaftlichen, besonders jedoch im ökonomischen Bereich. Für den sich ständig erweiternden Postbeförderungsdienst wurden in immer größerem Umfang die Eisenbahnen und die Dampfschiffe genutzt und damit die Leistungen in vielerlei Hinsicht verbessert. Darüber hinaus wirkten sich das Einführen des elektrischen Telegrafen und des Telefons wahrhaft revolutionierend auf die Nachrichtenübermittlung aus. [10: 209] Beide erhielten eine vorrangige Bedeutung für die kapitalistische Wirtschaft, und zwar in doppelter Hinsicht: die Anlage von konstantem fixem Kapital diente der Verbesserung der Nachrichtenübermittlung (Telegraf, Telefon und später Funkwesen), was auch als Stimulus besonders für die Entwicklung der Schwachstromindustrie wirkte. Von Anfang an rückten die neuen Nachrichtenverbindungen zugleich ins Kalkül der Militärs, und sie wurden bevorzugt auch unter militärischen Gesichtspunkten ausgebaut.

Die Personenbeförderung veränderte sich im Verlaufe des 19. Jh. vollständig. Bauten die Reichspost der Thurn und Taxis sowie die übrigen deutschen Landesposten in den ersten Jahrzehnten ihre Postkurse noch bedeutend aus, so verlor der Postkutschenverkehr nach dem Aufkommen der Eisenbahnen mehr und mehr an Bedeutung.

Zu den wichtigsten Ergebnissen der Verkehrsentwicklung im Kapitalismus der freien Konkurrenz gehörte deshalb neben der Nutzung neuer Energiequellen und der Herausbildung seines Massencharakters die Profilierung der Verkehrsträger auf ihre damaligen und künftigen Aufgaben. Im Vordergrund stand dabei eine den betrieblichen und technologischen Eigenarten entsprechende Aufgabenteilung, die

jedoch durch den Konkurrenzkampf z. T. beträchtlich verwischt wurde – eine Tendenz, die sich in der Folgezeit noch verstärkte.

Allerdings existierten nach wie vor beträchtliche Niveauunterschiede zwischen den Verkehrsträgern hinsichtlich ihrer Leistungsfähigkeit bzw. des erreichten technischen Niveaus. Außerdem machte sich mit der Ausdehnung der kapitalistischen Wirtschaft die noch mangelhafte Erschließung der Fläche deutlich bemerkbar. Im Interesse einer weiteren Profitmaximierung konzentrierte sich deshalb der Ausbau des Verkehrswesens seit dem Übergang zum Imperialismus einmal auf eine *Leistungssteigerung der Transport-***[765]** *und Nachrichtenmittel* und zum anderen auf das *Verdichten der Verkehrsverbindungen*. Diese Aufgaben schob die herrschende Klasse in zunehmendem Maße dem Staat zu, der vor allem für die Herstellung der „allgemeinen Produktionsbedingungen" in Gestalt der Verkehrswege und zum guten Teil für die erforderlichen Zugangs- und Umschlagsmöglichkeiten zu sorgen hatte. Darüber hinaus erreichten die Eisenbahnen (Länge in km; Anteil in %) und das Nachrichtenwesen sehr bald eine Stufe ihrer Entwicklung, wo sie über die ursprünglich an sie gestellten Anforderungen hinauswuchsen und allgemeingesellschaftliche Aufgaben übernehmen mußten, für die das Privatkapital, auch wenn es in Aktiengesellschaften zusammengeschlossen war, die nötigen Voraussetzungen nicht schaffen konnte bzw. wollte. [MEW 20: 259] Sie wurden deshalb – in den einzelnen kapitalistischen Ländern allerdings mit erheblichen zeitlichen Unterschieden – verstaatlicht bzw. staatlichen Maßnahmen untergeordnet.

In Deutschland begann die Verstaatlichung des Verkehrswesens aufgrund der Eigenarten seiner ökonomischen und politischen Entwicklung sehr früh. Das Nachrichtenwesen trat bereits als Staatsunternehmen in die Periode des Kapitalismus ein, und das

Tabelle
Entwicklung des Eisenbahnnetzes der Erde (Länge in km; Anteil in %) [16: 507 f.] [17: 512 ff.] [18: 267]

	Europa Länge	Anteil	Amerika Länge	Anteil	Australien Länge	Anteil
1850	23.504	60,9	15.064	39,1	–	–
1900	283.525	35,9	402.171	50,9	24.014	3,0
1913	346.235	31,4	570.108	51,6	35.418	3,2
1937	414.943	31,2	625.456	47,0	49.159	3,7

	Afrika Länge	Anteil	Asien Länge	Anteil	Gesamtlänge
1850	–	–	–	–	38.568
1900	20.114	2,5	60.301	7,6	790.125
1913	44.309	4,0	108.147	9,8	1.104.217
1937	73.917	5,6	165.985	12,5	1.329.460

Staatseigentum wurde von vornherein auch auf die neuen Nachrichtenverkehrsmittel, Telegraf und Telefon, ausgedehnt. [10] Die Eisenbahnen übernahm der Staat, soweit sie nicht schon früher Staatseigentum waren, im letzten Viertel des 19. Jh. [6] Die auf dem Weltmarkt mit seinen täglich wechselnden Bedingungen des Konkurrenzkampfes operierenden Reedereien der Seeschiffahrt durchliefen dagegen einen Konzentrationsprozeß ähnlich der Industrie. Schon um die Jahrhundertwende beherrschten die großen Monopolreedereien den Seeverkehrsmarkt, wobei sie ihren jeweiligen Anteil in nicht wenigen Fällen mit politischer und finanzieller Hilfe des Staates verteidigten bzw. vergrößerten. [7] [14] Die Reedereien der Binnenschiffahrt waren in ihren Dimensionen beträchtlich kleiner. Durch ihr Eigentum an der Schleppkraft hatten jedoch auch sie die führende Position inne und brachten die zahlreichen. Kleinunternehmen (Partikuliere) in Abhängigkeit von sich. Am ausgeprägtesten war das private Kleineigentum im Straßenverkehr, begünstigt durch die geringen erforderlichen Kapitalmengen sowie die Tatsa-**[766]**che, daß die öffentlichen Verkehrswege genutzt werden konnten und in der Regel keine speziellen Aufwendungen für Umschlags- und Lagereinrichtungen erforderlich waren.

Der Übergang zum Imperialismus hatte den Massencharakter des Verkehrswesens noch stärker ausgeprägt und von ihm größere Rentabilität, Zuverlässigkeit und Schnelligkeit infolge der wachsenden Entfernungen gefordert. Immer mehr wurden dabei die nationalen Grenzen überwunden und die

schon vorher angeknüpften zwischenstaatlichen Verbindungen mit Hilfe internationaler Organisationen und Vereinbarungen ausgebaut, die – der Eigenart des Verkehrsbetriebes entsprechend – nicht nur kommerzielle und juristische, sondern auch technische Probleme klärten.

Gleichzeitig differenzierte sich der Verkehrsmarkt immer mehr. Beim Erschließen der Fläche formierte sich etwa seit den letzten zwei Jahrzehnten des 19. Jh. in den Ballungsgebieten der *städtische Nahverkehr*, der sich in Abhängigkeit von der Größe der Stadt auf Straßenbahnen, U- und S-Bahn sowie später den Kraftomnibus verteilte.

Etwa zur gleichen Zeit entstanden die ersten Kraftfahrzeuge. Ihre wirtschaftliche Bedeutung bildete sich nach bescheidenen Anfängen vor dem ersten Weltkrieg vor allem seit den 20er Jahren heraus. Seit dieser Zeit verdrängte der *Kraftverkehr* nicht allein das Pferdefuhrwerk im Flächenverkehr fast vollständig, er begann außerdem immer mehr dem Linienverkehr der Eisenbahn über längere Entfernungen Konkurrenz zu machen. Seine relative Freizügigkeit im Hinblick auf Fahrweg und Fahrplan, seine Möglichkeiten im Haus-Haus-Verkehr führten zu einem sich ständig verschärfenden Konkurrenzkampf zwischen Eisenbahn und Kraftfahrzeug, der die technische Entwicklung beider Verkehrsträger vorantrieb und Zu einem immer umfangreicheren und hochwertigeren Angebot an Fracht- und Beförderungsraum führte. [3]

Neben dem Kraftverkehr entstand in den 20er Jahren als weiterer selbständiger Verkehrsträger der *Luftverkehr*. Aufgrund der Eigenarten seines Betriebes ließ er jedoch bis zum Ende des zweiten Weltkrieges die Interessen der traditionellen Verkehrsträger weitestgehend unberührt. Wesentliche Ursache dafür waren außerdem das noch ungenügend ausgebildete technische Leistungsvermögen der Flugzeuge und der Bodeneinrichtungen sowie die daraus zwangsläufig resultierende Begrenztheit des Aktionsradius, aber auch die hohen Beförderungskosten. [4] [11] [15]

Das Nachrichtenwesen mußte bei der steigenden Verflechtung des internationalen Kapitals und dem erheblich wachsenden Umfang der geschäftlichen Beziehungen im internationalen Rahmen gleichfalls neue Aufgaben übernehmen. Neben der Nutzung des Kraftfahrzeugs und des Flugzeugs für die Nachrichtenbeförderung schufen das Funkwesen, der Rundfunk und schließlich das Fernsehen nicht nur sehr günstige Voraussetzungen für geschäftliche und private Nachrichtenverbindungen, letztere förderten darüber hinaus das Entstehen solcher moderner Massenmedien wie Rundfunk und Fernsehen. [21]

Unter den Bedingungen des Imperialismus prägte sich auch die *politische und militärische Bedeutung des Verkehrswesens* stärker aus. Die gesellschaftliche Stellung des Verkehrswesens bewirkte seine immer umfangreichere Beteiligung an den verschiedenartigsten wirtschafts-, innen- und außenpolitischen Aktionen. Die Vorbereitung zweier Weltkriege durch die imperialistischen Staaten schloß das Verkehrswesen in erheblichem Maße ein, wobei – mit Unterschieden zwischen den Verkehrsträgern – eine zunehmend differenzierte Entwicklung von Verkehrsmitteln für den zivilen und solchen für den militärischen Einsatz erfolgte.

Die Vervollkommnung des staatsmonopolistischen Herrschaftssystems nach dem zweiten Weltkrieg im Verein mit den tiefgreifenden Auswirkungen der beginnenden wissenschaftlich-technischen Revolution, die über den nationalen Rahmen hinauswachsen-**[767]**den Produktivkräfte, aber auch die sich daraus ergebenden neuen ökonomischen, politischen und militärischen Beziehungen bewiesen erneut die ständige dialektische Wechselwirkung zwischen dem Verkehrswesen und der Wirtschaft; denn im gleichen Maße, wie das Verkehrswesen durch die rasch fortschreitende internationale Arbeitsteilung gefördert wurde, beeinflußte es seinerseits die ökonomischen Prozesse und erleichterte bzw. stimulierte sogar die beginnende kapitalistische Integration, wobei die *Verkehrsintegration* deutlich den Zielen der großen Monopolgruppierungen untergeordnet wurde wie im Rahmen der EGKS, der EWG oder der EFTA [9]. Eine wichtige Voraussetzung für die Lösung der vielfältigen Aufgaben des Verkehrswesens schuf dessen rasche technische Vervollkommnung, die zugleich das Entstehen eines neuen Verkehrsträgers, des *Rohrleitungstransports*, einschloß [5]. Ihre Ergebnisse zeigten sich in der erneut zunehmenden Schnelligkeit, Zuverlässigkeit und Leistungsfähigkeit der Verkehrsträger, wobei der kapitalistische Konkurrenzkampf den moralischen Verschleiß der eingesetzten Transport- und Nachrichtenverkehrsmittel ständig erhöhte. Der rapide steigende Kapitalbedarf und der tendenziell

sinkende Profit führten zu einer umfangreicheren staatlichen Beteiligung an Verkehrsunternehmen, aber auch zu erheblichen staatsmonopolistischen Bemühungen zur Regulierung des Verkehrsmarktes, ohne zu greifbaren Ergebnissen zu gelangen bzw. überhaupt gelangen zu können. [19]

Die Notwendigkeit einer Neuordnung der Beziehungen zwischen den Verkehrsträgern ergab sich aus Veränderungen in der Wirtschafts- und Primärenergiestruktur, die zu erheblichen Verschiebungen in der Bedeutung der Verkehrsträger führten. Die Eisenbahnen verloren durch das explosive Wachstum des Kraftverkehrs – auch des individuellen – sowie durch den steigenden Umfang des Rohrleitungstransports endgültig ihre frühere Monopolstellung im binnenländischen Verkehr. Der daraus resultierende Konkurrenzkampf zwang zu scharfen Rationalisierungsmaßnahmen durch Verbesserung des Leistungsangebots, Konzentration auf den Linienverkehr und Traktionswechsel. (Das Eisenbahnnetz der Erde umfaßt gegenwärtig etwa 1,3 Mill. km, wobei eine teilweise beträchtliche Verringerung des Netzes in entwickelten Industriestaaten zu verzeichnen ist. Ein Neubau von Eisenbahnen erfolgt vor allem zur Erschließung neuer Industriegebiete – z. B. in den asiatischen Teilen der SU –, aber auch in den jungen Nationalstaaten.)

Ein außerordentlich rasches Wachstum verzeichnet die Handelsflotte der kapitalistischen Länder im Zusammenhang mit der zunehmenden internationalen Arbeitsteilung. Hatte die Welthandelsflotte 1913 erst knapp 47 und 1939 69,4 Mill. BRT umfaßt, so überschritt sie 1955 erstmals die 100- und 1969 die 200-Mill-BRT-Grenze. Bis 1974 erreichte sie mit 311,3 Mill. BRT in einem Zeitraum von knapp zwei Jahrzehnten eine Vergrößerung um mehr als das Dreifache. Bei der Spezialisierung der Tonnage stand im Zusammenhang mit der Änderung der Primärenergiestruktur die Tankerflotte an erster Stelle. Das expansive Wachstum dieser Flotte beweist ihren zunehmenden Anteil an der Handelstonnage der Welt, der von 34,2% im Jahre 1965 auf 41,6% im Jahre 1974 anstieg. [22: 442 f.]

1975 betrug der Anteil der Tankschiffe an den in der Welt gebauten Schiffen 69,8%. [2: 71] Allerdings unterliegt sie erheblichen Kriseneinflüssen.

Die linienmäßig betriebene Passagierschiffahrt ist in den letzten Jahren aufgrund der steigenden Konkurrenz des Luftverkehrs fast völlig eingestellt worden. Dieser Verkehrsträger vollzog nach dem zweiten Weltkrieg den beachtlichsten qualitativen Sprung: Er konnte sich zum Weltluftverkehr mit einem ausgeprägten Massencharakter entwickeln. Dieser wurde zunächst vor allem auf dem Gebiet der Passagierbeförderung sichtbar (die Zahl der beförderten Passagiere stieg von 3,6 Mill. im Jahre 1939 auf 536 Mill. **[768]** im Jahre 1975 allein im ICAO-Bereich, die zurückgelegten Passagierkilometer von 2,2 Mrd. 1939 auf 691 Mrd. 1975 [23: 237]), seit Mitte der 50er Jahre jedoch in zunehmendem Maße auch beim Luftfrachtverkehr. Dadurch griff der Luftverkehr nicht allein erfolgreich in den Konkurrenzkampf mit der Schiffahrt ein, unter bestimmten territorialen Voraussetzungen dehnte er sich auch auf Kosten der Eisenbahn aus. Zugleich prägte sich beim Luftverkehr eine Grundtendenz kapitalistischer Verkehrsentwicklung in Gestalt eines steigenden Überangebotes an hochwertiger Verkehrsleistung zunehmend stärker aus, die wegen der ökonomischen und politischen Wertigkeit dieses Verkehrsträgers zwangsläufig zu immer umfangreicheren staatlichen Unterstützungs- und Regulierungsmaßnahmen führte.

Literatur:

1. *Beyer, P.:* Das Leipziger Handelskapital im Ringen um eine Eisenbahnlinie nach Magdeburg 1829-1840. Leipzig 1974 (Diss.); 2. *Hähnel, G.*, in: Jahrbuch der Schiffahrt 1977. Berlin 1977; 3. *Kirchberg, P.:* Technisch-ökonomische Wachstumsprobleme bei der Entwicklung des Kraftwagens in Deutschland von den Anfängen bis zur Weltwirtschaftskrise. Dresden 1978 (Diss.); 4. *Krylov, W. I.:* Die Geschichte der Luftfahrt. Berlin 1953; 5. *Lambert, W.:* Ölfernleitungen in verkehrswirtschaftlicher Sicht, Berlin (West)/Göttingen/Heidelberg 1962; 6. *Mottek, H.:* Die Ursachen der preußischen Eisenbahnverstaatlichung des Jahres 1879 und die Vorbedingungen ihres Erfolges. Berlin 1950 (Diss.); 7. *Murken, E.:* Die großen transatlantischen Linienreederei-Verbände, Pools und Interessentengemeinschaften. Jena 1922; 8. *Rehbein, E.*, in: JWG 1969, T. III, S. 239 ff.; 9. *Dies.* in: JWG 1976, T. I, S. 105 ff.; 10. *Sautter, K.:* Geschichte der Deutschen Post. T. 3, Frankfurt/M. 1951; 11. *Supf. P.:* Das Buch der deutschen Fluggeschichte, 2. Aufl., Stuttgart 1956; 12. *Sympher, L.:* Die Wasserwirtschaft Deutschlands

und ihre Aufgaben. Bd. 1-3, Berlin 1921-1925; 13. *Teubert, O.:* Die Binnenschifffahrt. Leipzig 1932; 14. *Wehner, H.:* Der Wiederaufbau der Handelsflotte des imperialistischen Deutschlands und die Entwicklung seiner internationalen Seeschiffahrtsbeziehungen in den Jahren der Weimarer Republik. Dresden 1978 (Diss.); 15. *Wißmann, G.:* Geschichte der Luftfahrt. Berlin 1960; 16. *Archiv für Eisenbahnwesen,* 26. Jg., Berlin 1902; 17. 38. Jg., Berlin 1915; 18. 61. Jg., Berlin 1938; 19. *Demokratisierung und Mitbestimmung – Grundforderung für die westdeutsche Verkehrspolitik.* Berlin 1969; 20. *Einbaum – Dampflok – Düsenklipper.* Leipzig/Jena/Berlin 1974; 21. *Istorija energetiki, elektrotechniki i zvjazi.* Moskau 1962; 22. *Statistical Yearbook United Nations 1974.* New York 1975; 23. *ICAO-Jahresbericht 1975,* in: Technisch-ökonomische Information der zivilen Luftfahrt 1976 (12), H. 4.

Elfriede Rehbein

2.5.23. Währung

Die Währung, die verselbständigte nationale Form des Geldes, setzt vollentwickelte Ware-Geld-Beziehungen voraus. Fast alle Produkte müssen Warenform annehmen und auf der Basis von Geld ausgetauscht werden. Die Geldordnung muß ein gesetzlich verankertes System sein. Zur Entfaltung der Währung gehören die Bildung nationaler Märkte, ein Welthandel und ein Geldhandel mit stabilen Wechselkursen auf der Grundlage von Gold. Diese Faktoren bildeten sich erst mit dem Kapitalismus voll heraus. Sie trafen für die vorkapitalistischen Produktionsweisen mit ihrer primitiven Münzgeldwirt-**[769]**schaft, gering entwickelten Ware-Geld-Beziehungen und großen naturalwirtschaftlichen Bereichen nicht zu. Erst im Kapitalismus kann von einer Währung gesprochen werden, denn der kapitalistische Reproduktionsprozeß macht ein vereinheitlichtes Geldsystem in Form der Währung notwendig.

In der Zeit des Übergangs vom Feudalismus zum Kapitalismus kam es zu Versuchen, eine Geldverfassung zu schaffen, die dem sich entwickelnden Kapitalismus entsprechen sollte. Der Schotte John Law (1671-1729), den Marx einen „angenehmen Mischcharakter von Schwindler und Prophet“ nannte [MEW 25: 457], versuchte in den Jahren 1716-1720 in Frankreich die Nachteile der Münzgeldwirtschaft zu überwinden und hauptsächlich auf der Basis des Kredits eine Geldordnung zu schaffen, die den sich entwickelnden kapitalistischen Elementen entsprechen sollte. Ausgangspunkt seiner Bemühungen war die Absicht, den stark verschuldeten französischen Staatshaushalt zu konsolidieren. Law gründete eine Bank, die freies Geldkapital mobilisieren und den Geschäftsleuten billigen Kredit geben sollte. Dazu erwarb er nach und nach das Monopol für den gesamten französischen Kolonialhandel. Schließlich bekam er die Generalpacht der Steuern und wurde Generalkontrolleur der Finanzen. [4: 113] Dazu erhielt seine Bank das Recht der alleinigen Banknotenausgabe. Law gab eine große Anzahl von Aktien heraus, deren Gewinn die zukünftigen Erträge des Kolonialhandels sein sollten. Mit diesen Aktien setzte eine ungeheure Spekulation ein, so daß der Kurs für eine 500-Livre-Aktie bis auf 18.000 Livre stieg. Diese Spekulation bewirkte eine vermehrte Papiergeldausgabe. Die Folge war neben einer Hochflut von Aktien auch eine Papiergeld-Inflation. 1720 endete der Lawsche Schwindel. Es hatte sich gezeigt, daß sich auf zukünftige Gewinne kein Geldsystem aufbauen läßt.

Zu den Geld- und Währungsproblemen des Übergangs vom Feudalismus zum Kapitalismus gehörte auch die *Assignatenwirtschaft* der Großen Französischen Revolution von 1789. Ebenso wie für Law war auch hier der Ausgangspunkt die Verschuldung des französischen Staates. Die Grundlage der Assignatenemission war der Fonds von konfisziertem Land; er sollte als „Deckung“ der Assignaten dienen, die ursprünglich als verzinsliche Kreditpapiere (Hypothekenscheine) gedacht waren. Da der Staat aber während der Revolution nur einen geringen Teil seiner Ausgaben decken konnte, wurden die Assignaten bald allgemeine Zirkulations- und Zahlungsmittel, schließlich staatliches Papiergeld mit Zwangskurs. Der Zusammenhang mit dem Grundbesitz ging nach und nach verloren, auch die Verzinslichkeit verschwand. Die Assignaten wurden hauptsächlich deshalb eingesetzt, um den finanziellen Tagesbedarf des Staates zu decken. Deshalb ging man von der anfänglichen Ausgabe großer Stücke zur Emission kleiner Nominalien über. Von 1789 bis 1796 wurden insgesamt 45 Mrd. Livre Assignaten ausgegeben. [6: 280] Das war der größte Papiergeldbetrag, der bis zur Inflation von 1923 in Deutschland in einem Währungsgebiet in Umlauf kam. Nachdem 1796 der Druck der Assignaten eingestellt worden war, wurden sie 1797 endgültig beseitigt.

Als Währungssystem, das dem sich herausbildenden Kapitalismus der freien Konkurrenz am besten entsprach, entwickelte sich der Metallismus, d. h. die Pflicht des die Geldzeichen emittierenden Staates, diese in Gold oder Silber einzulösen als Nachweis ihres Wertes in einer bestimmten Menge Metall. Gleichzeitig wurden Gold- und Silbermünzen geprägt (Metallumlaufwährung). Ist Gold alleiniges Währungsmetall, wird vom *Monometallismus,* sind Gold und Silber Währungsmetall, wird vom *Bimetallismus* gesprochen. Im Verlauf des 19. Jh. verloren nach heftigen Auseinandersetzungen der Anhänger der Silber- und der Goldwährung das Silber und die Silberwährungen an Bedeutung, und das Gold wurde in den meisten Staaten alleiniges Währungsmetall. Es traten folgende Übergangsformen auf: die *Parallelwährung,* bei der Gold und Silber ohne ge-**[770]**setzliches Verhältnis nebeneinander bestehen, die *Doppelwährung,* bei der es ein festes Verhältnis von Gold und Silber gab, und die sogenannte „hinkende“ Doppelwährung, bei der zwar Gold dominierte, aber noch ein abnehmender Betrag an Silbermünzen zirkulierte. So bestand der Bimetallismus in Deutschland bis 1873 (bis 1907 noch eine „hinkende“ Doppelwährung), in den USA bis 1900. Eine Silberwährung gab es in Mexiko bis 1933, in China bis 1934 und in Äthiopien bis 1936.

Als erstes Land hatte England, das am weitesten entwickelte kapitalistische Land, die monometallistische Goldwährung durch Gesetzgebung von 1816 eingeführt. Verantwortlich für die Währung wurde die 1694 gegründete Bank von England. Über die Deckungsvorschriften entbrannte in der 1. Hälfte des 19. Jh. ein heftiger Streit zwischen den Anhängern der Banking-Theorie und denen der Currency-Theorie. Die *Banking-Theorie* besagte, daß eine elastische Anpassung des Zahlungsmittelumlaufs an die Bedürfnisse einer Volkswirtschaft durch eingereichte Handelswechsel gewährleistet werde. Die Banknotenemission sei nicht an die volle Edelmetalldeckung gebunden. Durch den Handelswechsel erfolge ein automatischer Rückfluß des Wechselkredits. Dadurch regele sich der Geldumlauf selbst. Die *Currency-Theorie* besagte, daß bei einer sogenannten reinen Goldwährung ein Automatismus – d. h., bei erhöhten Preisen steigt die Gütereinfuhr und Gold fließt ab und umgekehrt – den Zahlungsmittelbedarf regele. Darum forderten die Vertreter der Currency-Theorie die volle Golddeckung der Währung bis auf einen kleinen durch Staatspapiere gedeckten Betrag. Mit der Peelschen Bankakte von 1844 trugen die Vertreter der Currency-Theorie den Sieg davon, indem gesetzlich die volle Metalldeckung vorgeschrieben wurde. Daneben war nur ein durch Staatspapiere gedeckter Betrag von 14 Mill. Pfund erlaubt. Die Peelsche Bankakte bewährte sich nicht und mußte in Krisenzeiten, wie 1847, 1857 und später, außer Kraft gesetzt werden. [MEW 25: 570]

Eine Voraussetzung für den Sieg des Goldes als Grundlage für die Währungen war die rasche Zunahme der Goldproduktion im 19. Jh. Gold wurde u. a. in Südamerika und in Rußland produziert, das von 1814 bis 1850 einen Anteil von ungefähr 40% an der Goldproduktion der Welt hatte. Nach der Entdeckung der Goldlager in Transvaal im Jahre 1860, in Indien 1888 sowie in Alaska (USA) und Klondike (Kanada) 1890 bzw. 1896 nahm die Bedeutung des Zarenreiches für die Goldproduktion ab (s. Tab. 1).

Tabelle 1
Weltgoldproduktion von 1701 bis 1900 (in dt) [6: 301]

1701-1800 = 19,0	1841-1850 = 54,3	1871-1880 = 174,2
1801-1820 = 14,6	1851-1860 = 201,3	1881-1890 = 160,9
1821-1840 = 17,2	1861-1870 = 190,3	1891-1900 = 316,3

Im Verlaufe des 19. Jh. führten die wichtigsten kapitalistischen Länder die Goldwährung ein, wobei das ökonomische Gewicht Großbritanniens und die relative Stabilität des Pfundes als Beispiel dienten. Nach der Schweiz, den Niederlanden und Belgien gingen Deutschland 1873, Dänemark 1873, Schweden und Norwegen 1876, Rußland 1895 und 1905 und die USA 1900 zur Goldwährung über.

Bei der Goldwährung war Gold ausschließliches gesetzliches Zahlungsmittel. Es liefen Goldmünzen um; Banknoten und Scheidemünzen konnten jederzeit in Gold eingelöst werden, und jeder konnte Goldmünzen bei der Münze ausprägen lassen. Für die Zentralbanken bestand Goldankaufspflicht. Auf dieser Grundlage kam es zu einen Mechanismus, dem sogenannten *Goldautomatismus,* der durch die Goldpunkte bestimmt wurde. Das waren die Grenzen, zwischen denen die Wechselkurse nach oben und nach **[771]** unten von der Goldpartie abweichen konnten. Wurde der Kurs einer Währung

so hoch, daß es für den ausländischen Schuldner vorteilhafter war, fällige Zahlungen durch Goldsendungen zu begleichen, als Devisen zu kaufen, war der obere Goldpunkt erreicht. Der untere Goldpunkt bezeichnete dementsprechend die Grenze, bis zu der der Kurs einer Währung sinken konnte, *ohne daß* Goldsendungen rentabel wurden. Die Goldpunkte waren durch die Kosten für Transport und die Versicherung der Goldsendungen bestimmt. In der Regel betrugen sie ± 1% der Goldparität. Das Erreichen der Goldpunkte war für die Notenbanken der Gradmesser, durch geldpolitische Maßnahmen, z. B. die Diskontpolitik, das Preisniveau zu beeinflussen, durch Import- bzw. Exportstimulierung den Zahlungsbilanzausgleich zu sichern.

Um nicht starr vom Goldbestand abhängig zu sein, hat man die Deckungsvorschriften für die Notenbanken so gestaltet, daß, wie bei der Bank von England, gewisse Kontingente, die nicht durch Gold gedeckt waren, zugelassen wurden oder eine prozentuale Golddeckung festgelegt wurde. Zu den Banken, die bis 1914 über Kontingente ohne Golddeckung verfügten, gehörten u. a. die Russische Reichsbank mit 300 Mill. Rubel, die Bank von Norwegen mit 45 Mill. Kronen und die Bank von Japan mit 120 Mill. Yen. Eine prozentuale Deckung hatten die Niederländische Bank mit 40%, die Österreich-Ungarische Bank mit 40%, die Schweizerische Nationalbank mit 40%, der Federal-Reserve-Banken mit 40% und die Deutsche Reichsbank mit 3⅓% aufzuweisen. [2: 3] Für die nicht durch Gold gedeckten Banknoten wurden in der Regel Wertpapiere, Schuldverschreibungen, wie bei der Bank von England, oder Handelswechsel, wie bei der Deutschen Reichsbank, als Deckung genommen. Der Goldstandard gab den Währungen im vormonopolistischen Kapitalismus eine relative Stabilität. Auf seiner Basis konnten sich die Handels- und Währungsbeziehungen ohne Reibungen vollziehen.

Mit dem Übergang zum Monopolkapitalismus waren Veränderungen zu verzeichnen, die auf den Goldstandard und die auf ihm beruhenden Währungen Einfluß nehmen. Insbesondere der wachsende Geldmittelbedarf für Investitionen konnte im Rahmen der Deckungsvorschriften nicht befriedigt werden. Die sich abzeichnende Kreditexpansion trug beispielsweise in Deutschland vor 1914 schon inflationistische Züge. Im zunehmenden Maße entstammten die Mittel nicht mehr vorher akkumulierten Profiten, sondern der Kreditausweitung der Banken. Die Zentralbanken bemühten sich daher Gold anzukaufen, um den Geldumlauf erweitern zu können. Die mit dem Monopolkapitalismus einhergehende Bildung von Monopolpreisen führte zum Nichtäquivalentenaustausch, was wiederum einengend auf den Goldautomatismus wirkte. Das gleiche galt für die Schutzzölle, die in Deutschland relativ früh eingeführt wurden. Gleichzeitig kam es zur Einschränkung der Goldumlaufwährung, d. h., Goldmünzen wurden in erhöhtem Maße durch Papiergeld ersetzt. Ebenso erhielten Scheck und Giro eine größere Bedeutung. Neben den angeführten Gründen hatte die Goldhortung der Notenbanken auch noch einen politischen Aspekt; es sollte eine große Goldreserve für einen möglichen Krieg geschaffen werden. So kam es, daß die kapitalistischen Hauptländer 1914, bezogen auf den Notenumlauf, große Goldvorräte hatten: England 128%, Rußland 105%, Frankreich 68%, Deutschland 65% und Österreich-Ungarn 64% [2: 8]

Einen großen Einschnitt in der Entwicklung der Währungen bildete der erste Weltkrieg. Um den Anforderungen des Krieges gerecht zu werden, wurde in den teilnehmenden Ländern und in mehreren neutralen Staaten die Goldeinlösungspflicht aufgehoben. [13: 93] Die nationalen Interessen der einzelnen Länder auf dem Gebiet der Währungen traten in den Vordergrund. Die Zentralbanken wurden dazu benutzt, Geldmittel für die Kriegsfinanzierung bereitzustellen. Es wurden auch Institutionen eingerichtet, die neben den Zentralbanken Papiergeld ausgaben. Hierzu gehörten in Deutschland und Öster-**[772]**reich-Ungarn die Darlehenskassenscheine, in England die Currency-notes und in Frankreich die Bons de la défense nationale. Damit wurde der Weg für eine inflationäre Entwicklung freigemacht. [1: 10] [9: 5]

Am Kriegsende waren die meisten Länder hoch verschuldet und die Währungen stark entwertet. Nur wenige Staaten Europas, wie England, die Schweiz, die Niederlande, Spanien und die skandinavischen Länder, hatten keine Inflation. [17: 3] Sie stabilisierten ihre Währungen über eine Deflationspolitik. Die in weiten Teilen Europas herrschende Inflation erreichte bisher ungekannte Ausmaße (s. Tabelle 2).

Tabelle 2
Entwertung der Währungen (Disagio in% der Parität) [14]

Italien (August 1925)	81,05	Bulgarien (Februar 1923)	96,70
Belgien (Juli 1926)	89,10	Portugal (Juni 1924)	97,35
Frankreich (Juli 1926)	89,40	Rumänien (Juni 1924)	97,77
Finnland (September 1921)	92,44	Ungarn (März 1924)	99,990
Tschechoslowakei (Febr. 1912)	94,11	Österreich (September 1922)	99,993
Griechenland (März 1923)	94,32	Polen(Januar 1924)	99,99995
Jugoslawien (Januar 1923)	95,04	Deutschland (November 1923)	99,99999

Nach dem Kriege war die Entwicklung der kapitalistischen Länder vom Wirken der allgemeinen Krise des Kapitalismus gekennzeichnet. Auf dem Gebiet der Währung zeigte sich, daß der Goldstandard nicht wieder errichtet werden konnte. Alle ergriffenen Maßnahmen seit dieser Zeit waren darauf gerichtet, die mit der allgemeinen Krise einhergehende Krise der Währungen einzudämmen, um das kapitalistische System in diesem Bereich funktionstüchtig zu erhalten. Darum wurde jetzt zur Papiergeldwährung in Form des Golddevisenstandards, bei dem keine Einlösung der Banknoten in Gold erfolgte, die Währung aber für den internationalen Verkehr durch Gold und Golddevisen gedeckt war, übergegangen. Nur einige Länder, wie England und Frankreich, führten eine stark begrenzte Goldwährung ein, den Goldkern- oder Goldbarrenstandard. Hier konnten Banknoten gegen Goldbarren eingetauscht werden. Da aber ein Goldbarren 1.700 Pfund bzw. 215.000 Franc kostete, bedeutete das eine Einschränkung der Konvertibilität. [15: 205] [16: 10]

Als ein Punkt der Schwäche in dieser Zeit sind die politischen Faktoren zu sehen, die die Beziehungen der Währungen und die Zahlungsbilanzen belasteten. Das waren die Reparationen, die die Verliererländer, besonders Deutschland, zu leisten hatten, und die interalliierten Schulden, Verpflichtungen der Siegerländer vor allem an die USA und England. Für die deutsche Währung wurde 1924 der Dawes-Plan von Bedeutung. In ihm wurden die jährlichen Reparationszahlungen festgelegt. Es sollten 1924/25 1 Mrd., 1925/26 1,22 Mrd., 1926/27 1,75 Mrd., ab 1928 jährlich 2,5 Mrd. Goldmark aufgebracht werden. Die Zahlungen wurden u. a. durch eine teilweise alliierte Kontrolle des Reichshaushaltes und die Belastung der Reichsbahn gesichert. Schwierigkeiten bei den Zahlungen führten zum Ersetzen des Dawes-Plans durch den Young-Plan. Dieser beinhaltete Zahlungen Deutschlands in Höhe von 34,05 Mrd. Goldmark bis 1987/88 bei 5,5% Zinsen. Die Kontrollen und Pfänder wurden beseitigt. Für die Abwicklung der Zahlungen wurde die Bank für internationalen Zahlungsausgleich gegründet. Die 1929 ausbrechende Weltwirtschaftskrise verhinderte, daß der Young-Plan große Wirkung hatte.

Nachdem in der Periode der relativen Stabilisierung durch den Goldkern- und Golddevisenstandard versucht worden war, die Währungen zu stabilisieren, trat mit der **[773]** Weltwirtschaftskrise zu Beginn der 30er Jahre eine Verschärfung der Währungskrise auf. Zu den Ursachen zählten neben den allgemeinen Krisenerscheinungen im Produktionsbereich der große Preisfall und die daraus resultierende Kreditkrise. [18: 48] Fast alle kapitalistischen Länder hoben die Bindung an das Gold auf und werteten ihre Währungen ab und/oder führten die *Devisenzwangswirtschaft* ein. Die Staaten konnten sowohl die Reparationen als auch die interalliierten Schulden nicht mehr bezahlen, so daß es mit dem Hoover-Moratorium (20. 6. 1931) und dem Lausanner Abkommen (19.7.1932) zur Einstellung der Zahlungen kam.

Als erstes Land löste im September 1931 Großbritannien seine Währung vom Gold und wertete sie um über 30% ab. [12: 13] Ihm folgten die skandinavischen Länder und der größte Teil des britischen Commonwealth sowie im Dezember 1931 Japan. Frankreich, dessen Konjunkturverlauf nicht mit den anderen Ländern synchron ging, bildete, um die Bindung an das Gold zu verteidigen, 1933 den *Goldblock.* [5: 22] [10: 48] Diesem gehörten neben Frankreich Belgien, die Niederlande, Italien, die Schweiz und Polen an. Der Goldblock hat keine große Wirksamkeit gezeigt. Keines der Länder hat die Bindung an das Gold und die Goldparität aufrechterhalten können. Schon 1934 schieden Polen, Belgien und Italien aus und werteten ab. 1936 sah sich auch Frankreich gezwungen, seine Währung vom Gold zu lösen und abzuwerten. Dem schlossen sich die Schweiz und die Niederlande an. Die vom Goldblock betriebene Deflationspolitik hatte sich als der Abwertung und der Loslösung vom Gold unterlegen erwiesen. Auch die USA waren gezwungen, den Dollar 1934 abzuwerten.

Zur Stärkung der Währungen wurden jetzt hauptsächlich zwei Maßnahmen praktiziert: die Schaffung von Währungsausgleichsfonds und die Devisenzwangswirtschaft. Letztere ist als Teil des weltweiten Protektionismus der 30er Jahre anzusehen.

Währungsausgleichsfonds waren eine Einrichtung, die neben den Zentralbanken Einfluß auf die Währung nehmen sollten, d. h., sie sollten sowohl eine Überbewertung als auch eine Unterbewertung der jeweiligen Währung verhindern. Voraussetzung für die Möglichkeit der Einflußnahme waren freischwankende Wechselkurse. Zu den Aufgaben gehörte auch der Versuch der Abwehr von Spekulationen. Als erstes Land schuf sich Großbritannien einen solchen Fonds, der bis 1937 mit 575 Mill. Pfund ausgestattet wurde. [7: 20] Ihm folgten 1934 die USA mit der Errichtung eines Fonds. Nach der Abwertung der Währungen wurden auch in Frankreich, der Schweiz und den Niederlanden Währungsausgleichsfonds eingerichtet. 1936 schlossen Frankreich, England und die USA eine Währungsvereinbarung, das sogenannte Tripartite-Abkommen, das die Aufgabe hatte, die Kurse der Währungen untereinander einigermaßen stabil zu gestalten. Dieser Übereinkunft schlossen sich Belgien, die Schweiz und die Niederlande an. Dennoch konnten erhebliche Kursschwankungen nicht verhindert werden.

Die Länder, die zuerst die *Devisenzwangswirtschaft* einführten, waren die Schuldnerländer, z. B. Deutschland 1931. Hierbei wurde zur direkten staatlichen Lenkung des Wirtschaftsverkehrs mit dem Ausland übergegangen. Der internationale Zahlungsverkehr dieser Länder wurde weitgehend durch Verrechnungsverkehr ersetzt. Stark eingeschränkt wurde der internationale Kapitalverkehr, und der internationale Güteraustausch war beeinträchtigt. Oft arbeiteten die Länder mit einer Wechselkursspaltung, d. h., um die Devisen zu bekommen, lagen die Ankaufskurse über dem normalen Wechselkurs. In der Zeit nach 1934, besonders aber nach Kriegsausbruch 1939, begannen die meisten Länder mit einer Devisenzwangswirtschaft.

Beide Maßnahmen, die Errichtung von Währungsausgleichsfonds und die Devisenzwangswirtschaft, sind als staatsmonopolistische Versuche zu werten, die Währungsprobleme dieser Zeit zu lösen.

[774] Nach dem zweiten Weltkrieg versuchten die kapitalistischen Länder die Währung auf der Basis des Bretton-Woods-Systems (1944) zu ordnen. Dieses System ging von der Tatsache aus, daß der Goldstandard in den kapitalistischen Ländern nicht mehr funktionierte, wenn auch das Gold z. T. noch die Funktion des Weltgeldes behielt. Grundlage der internationalen Verrechnungen und die Reservemittel waren zwei nationale Wahrungen, der Dollar und das Pfund, die als Leitwährungen fungierten. Der Goldpreis wurde mit 35 Dollar je Troy-Unze fixiert und gleichzeitig festgelegt, daß die Zentralbanken ihre Dollarguthaben bei den USA in Gold eintauschen konnten. [11: 32] Der geschaffene Internationale Währungsfonds hatte die Aufgabe, die intervalutarische Zusammenarbeit zu fördern, insbesondere die Stabilität der Wechselkurse, die Herstellung der Konvertibilität der Währungen und die Gewährung von Valutakrediten bei Zahlungsbilanzkrisen zu sichern. Die so zusammengeschlossenen Währungen hatten feste Kurse zueinander, die nach oben und unten um jeweils 1% abweichen konnten. Paritätsänderungen über 10% bedurften der Zustimmung des Fonds. Mit dem Bretton-Woods-System war somit eine andere Ausprägung des Golddevisenstandards vorgenommen worden. Nur die Leitwährungen waren Golddevisen, und nur die Währungsbehörden konnten die Konvertierung vornehmen. Für die umlaufenden Banknoten bestand keine Einlösungspflicht. Es wurde also an die Papierwährung der 20er Jahre angeknüpft.

Trotz dieser Maßnahmen und Abmachungen war das so geordnete Währungssystem immer stärker Krisenerscheinungen unterworfen, da die Währungen auch als Mittel des internationalen Konkurrenzkampfes benutzt wurden. Schon 1949 kam es zu einer Abwertungswelle. Anfang der 60er Jahre verschärften sich die Krisenerscheinungen; sie betrafen besonders den mit der Dollarparität gekoppelten Goldpreis. Um diesen aufrechterhalten zu helfen, schlossen sich 1961 die Notenbanken der USA, Großbritanniens, der BRD, Frankreichs, der Schweiz, der Niederlande, Italiens und Belgiens zum sogenannten Goldpool zusammen. Diese Vereinigung sollte den Goldpreis aufrechterhalten helfen. Nachdem sich 1967 Frankreich von der Mitarbeit im Goldpool zurückgezogen hatte, konnte dieser 1968 der Flucht aus dem Dollar und dem Pfund nicht standhalten und stellte seine Arbeit ein. Um über den Rahmen der Möglichkeiten des Internationalen Währungsfonds hinausgehende Stützungskredite

zu gewähren, schlossen sich 1962 die zehn stärksten kapitalistischen Länder zur sogenannten Gruppe der Zehn (Zehnerklub) zusammen. Ihm gehörten die USA, Großbritannien, die BRD, Frankreich, Belgien, die Niederlande, Italien, Schweden, Kanada und Japan an. Auch die Schweiz arbeitete mit. Das Ziel war, die Funktionstüchtigkeit des Bretton-Woods-Systems aufrechtzuerhalten. Trotzdem konnten diese Maßnahmen die Währungskrise, die durch Spekulation und Transaktionen der multinationalen Konzerne noch verschärft wurde, auf internationaler Ebene nicht aufhalten. 1967 waren das Pfund und 1969 der Franc abgewertet worden. 1968 wurde der Goldpreis gespalten, d. h., es gab neben dem festen Goldpreis einen sogenannten freien, der sich nach Angebot und Nachfrage richtete. 1971 und 1973 wurde der Dollar offiziell abgewertet Schon 1971 hoben die USA die Pflicht zur Einlösung des Dollars in Gold für andere Zentralbanken auf. Damit waren wichtige Vereinbarungen des Bretton-Woods-Systems außer Kraft gesetzt. Der Dollar und das Pfund wurden durch diese Entwicklung in ihrer Funktion als Leitwährungen stark erschüttert. [3] Immer stärker ging man seit Beginn der 70er Jahre von festen Paritäten zu gleitenden Kursen über. Der mit der Währungskrise verbundene Inflationsprozeß [8: 65] führte zu einer starken Entwertung der Währungen, was in Preissteigerungen und Kursverschlechterungen zum Ausdruck kam. Die chronische Währungskrise wurde für den Kapitalismus zu einem unlösbaren Problem. Die Gegenwart ist gekennzeichnet durch **[775]** ein zeitweiliges und partielles Verzögern, Überbrücken und Zurückdrängen der Widersprüche durch staatsmonopolistische Maßnahmen. Für eine Lösung ist der Kapitalismus unfähig.

Literatur:

1. *Burg, H.:* Inflation und Klassenkampf. Berlin 1977; 2. *Deckert, H.:* Die Notendeckungsvorschriften der wichtigsten Zentralbanken. Berlin 1926; 3. *Einzig, P.:* The Destiny of the Dollar. London/Basingstoke 1926; 4. *Gaettens, R.:* Inflationen. München 1955; 5. *Günnicker, Fr.:* Das Schicksal des Goldblocks. Köln 1939; 6. *Kaemmel, E.:* Finanzgeschichte. Berlin 1966, 7. *Koch, H.:* Währungsausgleichsfonds. Breslau 1936, 8. *Kolloch, K.*, in: Inflation – Ursachen und Folgen im gegenwärtigen Kapitalismus. IPW-Forschungshefte 1976, H. 3, S. 65 ff.; 9. *Lansburgh, A.*, in: Die Bank 1921, H. 1. S. 3 ff., 10. *Muscheidt, W.:* Unterbewertung und Überbewertung des Franc. Tübingen 1947; 11. *Nikitin, S.*, in: IPW-Berichte 1976, H. 10, S. 29 ff.; 12. *Pfleiderer, O.:* Pfund, Yen und Dollar in der Weltwirtschaftskrise, Berlin 1937, 13. *Pittack, H.*, in JWG. 1976, T. III, S. 91 ff.; 14. *Radenac, G.*: Methoden und wirtschaftliche Wirkungen der Währungsstabilisierung in Deutschland und Frankreich. Köln 1932, 15. *Rollitz, H.:* Verfall und Wiederaufbau der französischen Währung nach dem Kriege (1914-1932). Berlin 1933; 16. *Siebert, Br.:* Drei Jahre Goldsuspension in England. Berlin 1935; 17. *Varga, E.:* Die Lage der Weltwirtschaft und der Gang der Wirtschaftspolitik in den letzten drei Jahren. Hamburg 1922; 18. *Ders.:* Die große Krise und ihre politischen Folgen. Moskau! Leningrad 1934.

Herwart Pittack

2.5.24. Weltwirtschaft

Die kapitalistische Weltwirtschaft hat eine lange Geschichte. Solche konstituierenden Elemente der kapitalistischen Weltwirtschaft wie Außenhandel, Weltmarkt, Weltgeld, Weltverkehr, internationale Wanderungen und internationale Arbeitsteilung hat es bereits im vormonopolistischen Kapitalismus gegeben. Für das Verständnis dieser historischen Kategorien und damit der Geschichte der kapitalistischen Weltwirtschaft selbst ist eine wesentliche Voraussetzung die Begründung der Notwendigkeit weltwirtschaftlicher Beziehungen im Kapitalismus.

Bereits Marx führte die Notwendigkeit weltwirtschaftlicher Beziehungen im Kapitalismus auf die inneren Widersprüche dieser Gesellschaftsordnung zurück, als er schrieb: „Die Bedingungen der unmittelbaren Exploitation und die ihrer Realisation (d. h. der Realisation des Mehrwertes – d. Vf.) sind nicht identisch. Sie fallen nicht nur nach Zeit und Ort, sondern auch begrifflich auseinander. Die einen sind nur beschränkt durch die Produktivkraft der Gesellschaft, die andren durch die Proportionalität der verschiedenen Produktionszweige und durch die Konsumtionskraft der Gesellschaft. Diese letztre ist aber bestimmt weder durch die absolute Produktionskraft noch durch die absolute Konsumtionskraft; sondern durch die Konsumtionskraft auf Basis antagonistischer Distributionsverhältnisse ... Sie ist ferner beschränkt durch den Akkumulationstrieb, den Trieb nach Vergrößerung des Kapitals und

nach Produktion von Mehrwert auf erweiterter Stufenleiter ... Der Markt muß daher beständig ausgedehnt wenden ... Der innere Widerspruch sucht sich auszugleichen durch Ausdehnung des äußern Feldes der Produktion“. [MEW 25: 254 f.]

[776] Dieses Gesetz der Massenproduktion, das zugleich ein Gesetz der massenhaften Überproduktion ist, darf jedoch nicht in dem Sinne aufgefaßt werden, daß die Überschreitung der nationalen staatlichen Grenzen etwa eine absolute Notwendigkeit sei. Diese Notwendigkeit ergibt sich im Prozeß der Entstehung des Profits, und die Höhe des Profits ist das regelnde Prinzip der ganzen Bewegung. Die Höhe des Profits hängt bekanntlich von der Masse der Waren und von dem Profit pro Wareneinheit ab, der seinerseits gleich ist dem Verkaufspreis minus die Produktionskosten. Wenn wir die Masse der Waren mit M bezeichnen, den Preis der Einheit mit P und die Produktionskosten pro Wareneinheit mit K, so beträgt die Profitsumme M (P-K). Je kleiner die Produktionskosten, desto größer ist der Profit pro Wareneinheit und desto größer ist bei unverändertem oder steigendem Absatz die Profitmasse. Aber die Produktionskosten sind um so geringer, je größer die Masse der auf den Markt gebrachten Waren ist. Die verbesserte Technik, das Wachstum der Produktivkräfte und folglich auch die Zunahme der Masse des erzeugten Produktes – alles das senkt die Produktionskosten. Deshalb ist der Verkauf zu billigen Preisen nach dem Auslande ganz selbstverständlich. Sogar wenn dabei gar kein Profit gemacht wird und die Waren zu den Produktionsselbstkosten verkauft werden, wird dadurch die Profitmasse vergrößert, da die Produktionskosten gesenkt werden.

So stößt die Bewegung des Profits die Waren über die staatlichen Grenzen hinaus. Aber das gleiche regulierende Prinzip des Kapitalismus, die Höhe des Profits, wirkt sich auch in anderer Weise aus. Es sei hier die Entstehung des Extraprofits bei einem Austausch zwischen Ländern mit verschiedener Wirtschaftsstruktur genannt. Bereits in den Epoche des Handelskapitals war dieser Prozeß der Bildung zusätzlichen Profits ganz klar. „Solange das Handelskapital“, schrieb Marx, „den Produktenaustausch unentwickelter Gemeinwesen vermittelt, erscheint der kommerzielle Profit nicht nur als Übervorteilung und Prellerei, sondern entspringt großenteils aus ihr. Abgesehen davon, daß es den Unterschied zwischen den Produktionspreisen verschiedner Länder ausbeutet (und in dieser Beziehung wirkt es hin auf die Ausgleichung und Festsetzung der Warenwerte) bringen es jene Produktionsweisen mit sich, daß das Kaufmannskapital sich einen überwiegenden Teil des Mehrprodukts aneignet, teils als Zwischenschieber zwischen Gemeinwesen, deren Produktion noch wesentlich auf den Gebrauchswert gerichtet ist und für deren ökonomische Organisation der Verkauf des überhaupt in Zirkulation tretenden Produktenteils, also überhaupt der Verkauf der Produkte zu ihrem Wert von untergeordneter Wichtigkeit ist; teils weil in jenen frühen Produktionsweisen die Hauptbesitzer des Mehrprodukts, mit denen der Kaufmann handelt, der Sklavenhalter, der feudale Grundherr, der Staat (z. B. der orientalische Despot) den genießenden Reichtum vorstellen ...“ [MEW25: 343]

In der Epoche des Handelskapitals konnten „Übervorteilung“ und „Prellerei“ deshalb eine so große Rolle spielen, weil der Austauschprozeß selbst unregelmäßig war, d. h. nicht ein notwendiger Prozeß des „Stoffwechsels“ in einer Gesellschaft mit internationaler Arbeitsteilung, sondern eine mehr oder minder zufällige Erscheinung. Aber zusätzlicher Profit entsteht auch dann, wenn der internationale Austausch bereits zu einem regelmäßigen Durchgangsstadium der Reproduktion des Weltkapitalismus geworden ist. Die ökonomische Natur dieses Extraprofits ist von Marx in folgenden Sätzen ebenfalls klargelegt worden: „Kapitale, im auswärtigen Handel angelegt, können eine höhere Profitrate abwerfen, weil hier erstens mit Waren konkurriert wird, die von andern Ländern mit mindren Produktionsleichtigkeiten produziert werden, so daß das fortgeschnittenere Land seine Waren über ihren Wert verkauft, obgleich wohlfeiler als die Konkurrenzländer. Sofern die Arbeit des fortgeschrittnern Landes hier als Arbeit von höherm spezi-**[777]**fischen Gewicht verwertet wird, steigt die Profitrate, indem die Arbeit, die nicht als qualitativ höhere bezahlt, als solche verkauft wird. Dasselbe Verhältnis kann stattfinden gegen das Land, wohin Waren gesandt und woraus Waren bezogen werden; daß dies nämlich mehr vergegenständlichte Arbeit in natura gibt, als es erhält, und daß es doch hierbei die Ware wohlfeiler erhält, als es sie selbst produzieren könnte. Ganz wie der Fabrikant, der eine neue Erfindung vor ihrer Verallgemeinerung benutzt, wohlfeiler verkauft als seine Konkurrenten und dennoch über dem individuellen Wert seiner Ware verkauft, d. h., die spezifisch höhere Produktivkraft

der von ihm angewandten Arbeit als Mehrarbeit verwertet. Er realisiert so einen Surplusprofit. Was andrerseits die in Kolonien etc. angelegten Kapitale betrifft, so können sie höhere Profitraten abwerfen, weil dort überhaupt wegen der niedrigen Entwicklung die Profitrate höher steht, und ebenfalls, bei Anwendung von Sklaven und Kulis etc., die Exploitation der Arbeit. Warum nun die höhern Profitraten, die in gewissen Zweigen angelegte Kapitale so abwerfen und nach der Heimat abführen, hier, wenn sonst nicht Monopole im Wege stehn, nicht in die Ausgleichung der allgemeinen Profitrate eingehn und daher diese pro tanto erhöhn sollen, ist nicht abzusehen.“ [MEW 25: 247 f.]

Marx gibt hier eine theoretische Erklärung des Extraprofits aus dem Außenhandel auf der Grundlage der Arbeitswerttheorie. Der zusätzliche Profit stellt sich von diesem Standpunkt dem Wesen nach als Überschuß des gesellschaftlichen Wertes des Produktes (wobei hier unter Gesellschaft der Weltkapitalismus als Ganzes verstanden wird) über den individuellen Wert des Produktes dar (wobei unter Individuum in diesem Falle eine nationale Wirtschaft zu verstehen ist). Mehr noch: Marx sieht auch den Fall vor, wo eine gewisse Fixierung des erhöhten Profits stattfindet, und erklärt ihn; diese erfolgt, wenn das betreffende Gebiet von monopolistischen Organisationen an sich gerissen wird, ein Fall, der besonders in der Epoche des Imperialismus von großer Bedeutung ist.

Unter Bezugnahme auf die obigen Darlegungen lassen sich folgende Perioden der Geschichte der kapitalistischen Weltwirtschaft unterscheiden:

– Periode des Handelskapitalismus. Diese Periode reicht vom 15. bis zum 18. Jh. In dieser Zeit hatte das Kapital hauptsächlich die Form des Geldes. Der Profit auf dem Weltmarkt entsprang vor allem aus Raub und Prellerei. Portugal und Spanien, Holland und Großbritannien gaben in der damaligen kapitalistischen Weltwirtschaft den Ton an.

– Weltwirtschaftliche Periode des industriellen Kapitalismus der freien Konkurrenz. Diese Periode, in der das Kapital vornehmlich die Form von Waren besaß, umfaßt hauptsächlich das 19. Jh. Der Profit im Rahmen der kapitalistischen Weltwirtschaft entsprang aus dem Warenexport. Großbritannien, Deutschland und Frankreich waren in der kapitalistischen Weltwirtschaft führend.

– Periode der vollentfalteten kapitalistischen Weltwirtschaft in der Zeit des Imperialismus. In dieser Periode, die um die Jahrhundertwende begann, hat das Kapital vor allem die Form von Produktionsmitteln. Der Profit im Rahmen der kapitalistischen Weltwirtschaft entspringt aus der monopolistischen Beherrschung des Marktes und aus dem Kapitalexport. Die USA, Großbritannien, Deutschland (später die BRD), Frankreich und Japan sind vorherrschend in der kapitalistischen Weltwirtschaft.

Es ist sicherlich möglich, innerhalb dieser Perioden auf der Grundlage markanter Einschnitte zu weiteren Unterteilungen zu gelangen. So bieten sich insbesondere bei der letzten Periode die Erkenntnisse über die allgemeine Krise des Kapitalismus als weiteres Unterscheidungsmerkmal an. Man muß sich zugleich jedoch davor hüten, in den Kreis der Periodisierungsfanatiker zu gelangen, die alle fünf bis sieben Jahre eine neue Periode **[778]** zu entdecken glauben. Viel wichtiger ist es hingegen – wie das auch von zahlreichen Autoren gemacht wird –**,** die Entwicklung aufmerksam zu analysieren und die historische Forschung zu intensivieren.

Die bisherige Forschung zeigt: Der Kapitalismus hat sich auch als internationales Wirtschaftssystem schon im Schoße der feudalen Gesellschaft entwickelt. Hierbei spielte nicht nur der Prozeß der sogenannten ursprünglichen Akkumulation, die Marx auf das 15.-17. Jh. datiert [MEW 23: 779], eine große Rolle, sondern auch die Fähigkeit des Geldes und der Warenzirkulation, „Produktionssphären der verschiedensten Organisation ..., die ihrer inneren Struktur nach noch hauptsächlich auf Produktion des Gebrauchswertes gerichtet sind“, [MEW 25: 340] miteinander zu verbinden. Von der Zeit der Renaissance bis zum Beginn des 20. Jh. haben sich der internationale Handel und die internationale Arbeitsteilung stark entfaltet. Das ist um so auffälliger, als die Zeit davor eher durch einen gewissen Rückgang traditioneller Handelsverbindungen gekennzeichnet war.

Als durch die Zurückwerfung der Türken die Handelsschiffahrt im Mittelmeer wieder aufblühte und die großen geographischen Entdeckungen die Ausplünderung von drei Kontinenten möglich machten, wurden die Herrschaft des alten Besitz- und Blutadels und die religiösen Interdikte des Mittelalters

abgebaut. Außerhalb des Grundbesitzes der Feudal- und Sakralgesellschaft entwickelten sich ein gänzlich neuer Reichtum und eine neue Macht. Sie gründeten sich nicht mehr auf die Erblichkeit des Adels oder auf die geistlichen Ordination, sondern auf die Kraft und List jener Männer, die eroberten und Handel trieben.

Die neuen Herren der Welt, die Gründer der ersten Kolonialgesellschaften, rissen alles an sich, und zwar mit allen Mitteln, sei es, wie in Amerika, durch die Ausrottung ganzer Bevölkerungen oder, wie in Afrika,, durch den Sklavenhandel mit Negern oder, wie in Asien, durch Plünderungen von alten Kulturen, und schufen so zwischen dem 15. und 17. Jh. auf weltweiter Ebene eine noch nie dagewesene Struktur der menschlichen Beziehungen. Zum erstenmal in der Geschichte der Menschheit zeigte der Markt die Tendenz, sich zum Weltmarkt zu entwickeln. [MEW 25: 345]

Ihren Ausgangspunkt nahm die Entwicklung der kapitalistischen Weltwirtschaft in den jeweiligen Fortschritten der Produktivkräfte. Alle Umgestaltungen der materiell-technischen Bedingungen in den nichtproduktiven Bereichen (Handel und Zahlungsverkehr, Militärwesen, Konsumsphäre) standen damit im Zusammenhang.

Einen qualitativen Durchbruch durch die feudale Organisation des Gewerbes bedeutete die Entwicklung der kapitalistischen Manufaktur, die zugleich neuen Erfindungen und Technologien den Weg bereitete. In der 2. Hälfte des 16. Jh. war der Höhepunkt der quantitativen Veränderungen in der Feudaltechnologie sowohl in der Landwirtschaft als auch im Handwerk im wesentlichen erreicht. Die Atmosphäre jener Zeit charakterisierte ein intensives Suchen nach neuen Wegen, die perspektivisch auf die Abschaffung der Hemmnisse einer weiteren Produktionsentfaltung gerichtet waren. Zu dieser Zeit war das wirtschaftliche Geschehen Europas nicht mehr die rein mechanische Summe der Ökonomien verschiedener Länder und Gebiete, die technologisch auf annähernd gleicher Stufe standen, wie es in den vergangenen Jahrhunderten der Fall gewesen war. Europa war damals schon von einem Netz ökonomischer Beziehungen durchwoben, die die wachsenden Unterschiede des wirtschaftlichen und technologischen Niveaus einzelner Gebiete und Länder klar hervortreten ließen.

Trotz großer Fortschritte blieb die Technologie des 16. und 17. Jh. relativ primitiv. Dies fand seinen Ausdruck nicht nur in der Manufaktur, sondern überhaupt in noch unreifen kapitalistischen Produktionsverhältnissen. Die freie Kapitalwanderung war durch **[779]** die relativ stabilen vorkapitalistischen Wirtschaftsformen und die Reglementierungen der Ständegesellschaft mehr oder weniger eingeschränkt, der Arbeitsmarkt konnte sich nicht im notwendigen Maß entwickeln, und die eigentliche kapitalistische Akkumulation war noch mit der ursprünglichen Akkumulation des Kapitals verflochten. Unter diesen Umständen konnte auch die weltwirtschaftliche Entwicklung des Kapitalismus bestimmte enge Grenzen nicht überschreiten.

Im 19. Jh. kam es zu einer weiteren Beschleunigung des Prozesses der Herausbildung der kapitalistischen Weltwirtschaft. Diese Erscheinung hing auf das engste mit der industriellen Revolution zusammen. Die Entwicklung der kapitalistischen Industrie im Gefolge der industriellen Revolution bewirkte, daß sich die Produktion spezialisierte, neuartige Produktionsmittel und Gebrauchsgüter massenweise hervorbrachte, für die auf dem Weltmarkt ständig neue Ansatzmöglichkeiten gesucht werden mußten. Die Marktabhängigkeit der Industrie im 19. Jh. bezieht sich gleichermaßen auf ihre Versorgung mit Rohstoffen. Häufig dienten die alten Industrieländer den jüngeren als Markt. Die Entwicklung der kapitalistischen Weltwirtschaft in dieser Periode muß lange Zeit hauptsächlich unter dem Zeichen der industriellen Suprematie und der Handelsvorherrschaft Großbritanniens gesehen werden.

Rein äußerlich hob sich die Periode der weltwirtschaftlichen Suprematie Großbritanniens von der vorhergehenden schon dadurch ab, daß weite, dem Welthandel bis dahin noch wenig oder noch gar nicht erschlossene Gebiete ihm nunmehr geöffnet wurden. Der Kontinent Amerika wurde mit Ausnahme einiger tropischer Gebiete Südamerikas im 19. Jh. wissenschaftlich erforscht und allmählich auch besiedelt, ebenso der für die europäische Kolonisation sich eignende Teil Australiens; dagegen blieben weite Gebiete Zentralafrikas und Hochasiens auch jetzt unbekanntes Land. [12: 91] Bedeutsam für die Entwicklung der kapitalistischen Weltwirtschaft war auch die Tatsache, daß der Pazifik in die sich herausbildende Weltwirtschaft einbezogen wurde. [12: 91]

Die Ausdehnung des Handels ist aber erst möglich geworden durch die Umwälzungen auf dem Gebiet der Verkehrsmittel: Dampfschiffahrt und Eisenbahnen hatten begonnen, in rascherem Tempo freilich erst in der 2. Hälfte des 19. Jh., den Erdball zu umspannen und die nationalen Wirtschaften einander näher zu bringen. Das ermöglichte und förderte die große Völkerwanderung des 19. Jh., jene Auswanderung nach den neuen Erdteilen, gegen die die Bevölkerungsbewegungen früherer Jahrhunderte geringfügig erscheinen. [2] Verursacht, abgesehen von politischen Zuständen und Ereignissen, durch die starke Bevölkerungszunahme in einer Reihe europäischer Staaten und die Hoffnung auf eine Verbesserung der wirtschaftlichen Lage, hatte diese Verschiebung für die Entwicklung der Weltwirtschaft die allergrößte Bedeutung, denn sie erschloß neue Produktions- und Absatzgebiete oder entwickelte schon vorhandene. Und beider bedurfte Europa in wachsendem Maße.

Zahlreiche europäische Länder waren darauf angewiesen, für ihre stets wachsende Produktion neue Absatzmöglichkeiten zu erschließen. Da die Kapitalisten gezwungen sind, stets auf erweiterter Stufenleiter zu produzieren, so wurde auch die steigende Ausfuhr zu einer Lebensfrage für die Wirtschaft. In Europa nahm graduell mit der industriellen Entwicklung die Landwirtschaft in bezug auf ihre Ausdehnung und die von ihr beanspruchten Arbeitskräfte ab; die Landbevölkerung strömte den Städten zu [21: 74 ff.], so daß zahlreiche europäische Länder sich mit den eigenen Agrarerzeugnissen nicht mehr ernähren konnten und auf starke ausländische Nahrungsmitteleinfuhren angewiesen waren. War dieser Zustand erreicht, begann die Industrie, die landwirtschaftlichen Zölle, die bestanden, aus zwei Gründen als eine Fessel zu empfinden: Erstens verteuerte der Zoll die Kosten der Lebensmittel und somit die Löhne, zweitens ver-**[780]**anlaßte er gerade diejenigen Länder, die als Agrarexportländer die besten Kunden der Industrieländer waren, zu Gegenmaßnahmen und erschwerte somit den Export dieser Industrieländer. Es lag somit im Interesse der Unternehmer der Industrieländer, daß sich die Agrarländer die nötige Kaufkraft für industrielle Produkte durch unbehinderten Export ihrer landwirtschaftlichen Erzeugnisse verschafften. Darum traten sie für Freihandel, für unbehinderten Verkehr der Staaten untereinander ein. [4: 450 ff.] [15: Bd. 2, 54 f.]

Allen anderen Ländern voran ging auch hierbei Großbritannien. Zwischen 1820 und 1860 wurde das britische Zollsystem im Rahmen der allgemeinen Bestrebungen zu größerer Handelsfreiheit einer grundlegenden Revision unterzogen. Die Handelspolitik des Merkantilismus, die eine Diskriminierung der Einfuhrgüter durch hohe Schutzzölle bewirkte und für Produkte aus verschiedenen Ländern ungleich hohe Zölle erhob, wurde durch eine Politik des echten Freihandels abgelöst, in der es keine Unterschiede in der Besteuerung der Inlandsprodukte und der Importgüter gab und auch die Waren der einzelnen Länder nicht mit unterschiedlichen Zöllen belegt wurden. Entsprechend dieser Wandlung wurden die noch verbleibenden Zölle ausschließlich in Form von Finanzzöllen erhoben, während die in Großbritannien hergestellten Waren mit entsprechenden Verbrauchssteuern belegt wurden.

Um die Mitte des 19. Jh. bewirkte die Führung Großbritanniens im Freihandel zunächst auf dem ganzen europäischen Festland ein Streben in der gleichen Richtung, aber nach dem Deutsch-Französischen Krieg 1870/71 und der Krise von 1873-1879 schlug diese Tendenz in den großen Ländern um. [6: 445 ff.] Das kann man am besten am Beispiel der Metallindustrie erkennen. [15: Bd. 3, 145 f.] Waren es doch gerade die Schwerindustriellen, die den stärksten Druck auf die Regierungen in der Richtung des industriellen Zollschutzes ausübten. Während man unter dem Regime des alten Zollschutzes bestrebt war, Rohstoffe möglichst billig und zollfrei hereinzulassen und die Produktionsmittel – Maschinen, Apparate usw. – möglichst der eigenen Industrie vorzubehalten, hatte die kapitalistische Entwicklung es später zur Notwendigkeit gemacht, auch die Maschinen- und Werkzeugindustrie auf das höchste zu entwickeln und deren Produktionsüberschuß über den Bedarf der eigenen Industrie zu exportieren. Damit aber förderte man die Konkurrenz für das eigene Land und regte zudem die ausländische Industrie zur Eigenproduktion der importierten Maschinen und Werkzeuge an und erschwerte sich damit den weiteren Absatz. Dieser Absatz im Ausland wurde häufig nur dadurch noch ermöglicht, daß die Schwerindustrie durch den Zollschutz, den ihr die Regierung gab, ihre Produkte zu verhältnismäßig hohen Preisen im Inland absetzen konnte und dadurch in der Lage war, sie zu Schleuderpreisen, aber dennoch ohne Verlust bei der Verrechnung auf den Erlös der Gesamtproduktion, nach dem Ausland zu verkaufen. Auf diese Weise dienten das neue Schutzzollregime nicht

dem „Schutz der nationalen Arbeit“, wie seine Verfechter behaupteten, sondern nur dem Profit des privaten Unternehmers.

In gleicher Weise wirkte auch die Akkumulation des Kapitals in den hochentwickelten Industrieländern. Da die Produktion stets auf erweiterter Stufenleiter erfolgen mußte, nahm der Profit einen entsprechend größeren Umfang an. An einem gewissen Punkt angelangt, konnte aber das akkumulierte Kapital nicht mehr zur Vergrößerung der eigenen Produktion dienen; man kam zum Mittel des Kapitalexports. [6: 462 ff.] Das in rückständige Gebiete oder nach den Kolonien ausgeführte Kapital diente wiederum dazu, dort den Grundstein zu einer industriellen Entwicklung zu legen, zunächst durch den Bau von Verkehrswegen und Eisenbahnen, später durch die Anlage von Fabriken. Unter den Bedingungen des Kapitalismus der freien Konkurrenz im 19. Jh. **[781]** waren solche Kapitalexporte allerdings noch die Folge einer Vielzahl von relativ unbedeutenden Kapitalbewegungen. Sie standen häufig im unmittelbaren Zusammenhang mit der Auswanderung und mit der Tätigkeit unternehmungslustiger Kaufleute, die ihr Kapital nur kurzfristig im Ausland anlegten. Nicht sehr viel anderer Art waren Investitionen, die durch den Erwerb von Aktien in Unternehmungen des Auslands getätigt wurden.

Unter den Bedingungen des Monopolkapitalismus, wie er sich Ende des 19. Jh. in den wichtigsten kapitalistischen Industrieländern herausgebildet hatte, spielte der Kapitalexport eine völlig neue Rolle. Bekanntlich hat Lenin die Kapitalausfuhr als „eine der wesentlichsten ökonomischen Grundlagen des Imperialismus“ [LW 22: 281] bezeichnet. Die vorherrschende Rolle des Kapitalexports gegenüber dem Warenexport ist, wie Lenin nachgewiesen hat, eines der wichtigsten Merkmale des Kapitalismus in der Epoche des Imperialismus. Die am Vorabend des ersten Weltkrieges von den englischen, französischen und deutschen Kapitalisten im Ausland angelegten Kapitalbeträge waren bei weitem größer als die von ausländischen Kapitalisten in England, Frankreich und Deutschland investierten Kapitalien. [3] Sie erhoben so einen Zehnten von den durch ihre Kapitalien kolonisierten Ländern. Ihre Staaten waren Rentnerstaaten. Gleichzeitig konnten sie durch ihre Finanzmacht in der Weltpolitik eine führende Rolle spielen. Die großen Finanzplätze waren damals London und Paris.

Dieses Merkmal stand natürlich mit anderen Merkmalen des Imperialismus in einem engen Zusammenhang, besonders mit der Konzentration der Produktion und der Herausbildung der Monopole. Der Monopolbetrieb, der unter Bedingungen schneller Kostensenkung arbeitet, war noch mehr als sein Vorgänger bestrebt, seinen Absatz im Ausland zu erhöhen. Selbst wenn die Preise auf dem ausländischen Markt niedriger waren als im eigenen Land, konnte er sich einen Gewinn davon versprechen, seinen Export zu steigern und Dumping zu betreiben, da solche diskriminierenden Preissenkungen seine Stellung auf dem inländischen Markt nicht beeinflußten. Gleichzeitig durfte er sich, da er auf Massenproduktion eingestellt und ein Großabnehmer von Rohstoffen war, nicht nur beiläufig für das Angebot und den Preis jener Importe interessieren, die für seine Produktion unentbehrlich waren. Er mußte versuchen, sich ausländische Bezugsquellen zu sichern und sich mit Hilfe von Investitionen in den „Rohstoffländern“ ein möglichst vollständiges Käufermonopol zu sichern (s. [LW 22: 264 f.]).

Was dem kleinen, unter Konkurrenzbedingungen arbeitenden Betrieb als unabänderlich gegenübertrat (nämlich ein gewisser Mechanismus von Angebot und Nachfrage im internationalen Handel), wurde jetzt nach und nach der Manipulation riesiger Kapitalgesellschaften unterworfen. Weil eine große Kapitalgesellschaft außerdem einen beträchtlichen Teil der Gesamtproduktion ihres Industriezweiges (oder sogar des ganzen Herkunftslandes) repräsentierte, ein riesiges Vermögen kontrollierte, über ausgedehnte Beziehungen verfügte und ihren Einfluß nach vielen Seiten hin geltend machen konnte, vermochte sie allein oder zusammen mit anderen Gesellschaften die Außenhandels- und Außenpolitik der Regierung in gleichem Maße mitzubestimmen wie die Innenpolitik.

Unter diesen Umständen wurde der Konkurrenzkampf zwischen den imperialistischen Monopolen in ständig zunehmendem Maße ein Machtkampf der imperialistischen Länder untereinander. Dieser hatte schwerwiegende Folgen für die kapitalistische Weltwirtschaft. Er verursachte zwangsläufig eine beträchtliche Unbeständigkeit in bezug auf die Vor- und Nachteile, die den einzelnen kapitalistischen Ländern aus dem Außenhandel und den ausländischen Investitionen entstanden. Die Schwankungen in der Entwicklung ihrer Innenpolitik und im Wachstum ihrer nationalen Macht (und in der Stärke

ihrer Industrie- und Finanzgruppen) führten zu einem dauernden Wechsel ihrer relativen **[782]** Positionen in der Weltwirtschaft, was Lenin mit den Worten ausdrückt: „Die Entwicklung des Kapitalismus geht in den verschiedenen Ländern und auf den verschiedenen Gebieten der Volkswirtschaft nicht gleich schnell vor sich.“ [LW 16: 354]

Dieses Gesetz der ungleichmäßigen wirtschaftlichen und politischen Entwicklung des Kapitalismus in der Periode des Imperialismus ließe sich an vielen Beispielen illustrieren (s. [10: 21 ff.] [17: 707]). Leider muß auf solche Beispiele aus Platzgründen hier verzichtet werden. Es sei nur darauf hingewiesen, daß im Rahmen des kapitalistischen Weltsystems Perioden bedrohten Friedens und mühsam gesicherter Stabilität‘ wiederholt mit Zeiten des Aufruhrs und der Spannungen abwechselten. Der Zustand der Koexistenz unter Kartell- und Quotenabkommen wich wiederholt scharfen Konflikten und offener Fehde. Besonders in Zeiten der Krise brach die vielbeschworene Solidarität der imperialistischen Länder teilweise völlig zusammen.

Einen entscheidenden Einschnitt in die Geschichte der kapitalistischen Weltwirtschaft des 20. Jh. bedeutete der erste Weltkrieg mit seinen Folgen. Mit dem Sieg der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution in Rußland verloren die Prinzipien, die zuvor auf dem Weltmarkt geherrscht hatten, ihre Allgemeingültigkeit. Es begann eine weltwirtschaftliche Übergangsperiode von einer kapitalistischen zu einer sozialistischen Weltwirtschaft. Der erste Weltkrieg hatte das politische Antlitz der Welt wesentlich verändert: Deutschland büßte seinen Rang als Weltmacht ein; Österreich-Ungarn war auseinandergefallen; die Türkei wurde aus Europa verdrängt und ging ihres arabischen Besitzes verloren; in Rußland war das erste sozialistische Land der Welt entstanden. Die durch den ersten Weltkrieg verursachten Wandlungen in der ökonomischen Struktur der Welt lassen sich wie folgt charakterisieren: Ganz Europa wurde aus seiner früher vorherrschenden Stellung verdrängt; die Vereinigten Staaten von Amerika schickten sich an, Weltbankier Nr. 1 zu werden. Ein großer Teil der übrigen Welt, bis dahin Kolonial- und Ausbeutungsobjekt der europäischen Industriestaaten, drängte nach wirtschaftlicher Selbständigkeit und politischer Unabhängigkeit. Während sich die kapitalistischen Nationen zerfleischten und damit eine lange Periode der Verarmung über einen Teil Europas heraufbeschworen, konnte eine Reihe von überseeischen Ländern, vor allem wiederum die USA, ihre Wirtschaftskraft ungestört entfalten, ihre Produktionsfähigkeit außerordentlich steigern und den europäischen Industrien auch dort erfolgreich Konkurrenz machen, wo diese früher ein technisches oder wissenschaftliches Monopol zu besitzen schienen.

Nach einer vorübergehenden Periode der relativen Stabilisierung des Kapitalismus im Weltmaßstab brachten die 30er Jahre erneut eine Schrumpfung der kapitalistischen Weltwirtschaft. Die weltwirtschaftlichen Beziehungen wurden durch das Streben nach der Bildung großer, handelspolitisch eng verbundener Wirtschaftsräume gekennzeichnet (Imperial Preference System, Sterling-Zone, Hawley-Smoot-Tarif in den USA).

Für den Zeitraum zwischen den beiden Weltkriegen war charakteristisch, daß das Wachstum des kapitalistischen Welthandels immer mehr hinter dem Wachstum der Industrieproduktion zurückblieb und daß der Anteil von Fertigerzeugnissen an der Warenstruktur des kapitalistischen Exports abnahm. [13] Diese Erscheinungen hängen damit zusammen, daß vom Ende des 19. Jh. bis zum ersten Weltkrieg und im Zeitraum zwischen den beiden Weltkriegen (mit Vorbehalt für die Jahre 1922-1928) die Tendenz zu einer relativ isolierten Entwicklung der imperialistischen Reproduktionsmechanismen, die nun auch auf die Kolonien ausgedehnt wurden, wirkte. Zu einer besonders starken Ausprägung dieser Tendenz kam es während der Krisenjahre 1929-1933 und der anschließenden Depression, als die protektionistischen Maßnahmen verschärft wurden und der Kapitalexport praktisch eingestellt wurde.

[783] Gelegentlich gibt es Berechnungen, die den Nachweis führen, daß die internationale Arbeitsteilung mit dem Übergang des Kapitalismus der freien Konkurrenz zum Monopolkapitalismus zu stagnieren begann und später sogar eine rückläufige Tendenz zeigte. [11: 81] In der Tat wuchs über ein Jahrhundert lang bis zu den 50er Jahren dieses Jahrhunderts die Industrieproduktion im Durchschnitt schneller als der Welthandel insgesamt. Die wissenschaftlich-technischen Umwälzungen und überraschend schnellen Fortschritte der Produktivkräfte seit den 50er Jahren haben aber zu einer

schnell zunehmenden Internationalisierung des Wirtschaftslebens geführt. So hat das Wachstumstempo des Welthandels das der Industrieproduktion überholt. [22: 553]

Über einen langen Zeitraum betrachtet, hat der Welthandel mit Industrieerzeugnissen viel schneller zugenommen als der Komplementärhandel mit Naturalien und auch die Produktion von Industrieerzeugnissen. Der größte Teil des internationalen Handels im Kapitalismus ist heute „wettbewerbsfähig“, d. h. ein Handel mit Industrieerzeugnissen, bei welchen die „vergleichbaren Kosten“ das Ergebnis von angewandtem Wissen und nicht der Nutzung von natürlichen Ressourcen sind. [13]

Die Entwicklung der kapitalistischen Weltwirtschaft in der Nachkriegszeit ist durch eine Reihe qualitativer Veränderungen gekennzeichnet, die unmittelbar mit der Veränderung des politischen Kräfteverhältnisses in der Welt verbunden sind. Die Entstehung eines sozialistischen Weltsystems und die wachsende Stärke der sozialistischen Länder sowie der Zusammenbruch des imperialistischen Kolonialsystems haben den Herrschaftsbereich des Imperialismus bedeutend eingeengt und die Möglichkeiten seiner territorialen Ausbreitung begrenzt. Die den ehemaligen Kolonien und abhängigen Ländern von den imperialistischen Staaten aufgezwungene Arbeitsteilung geriet zunehmend ins Wanken, denn die Staaten Asiens, Afrikas und Lateinamerikas unternehmen gewaltige Anstrengungen, um sich aus ihrer Stellung als „Dorf der Welt“ zu befreien, die politische und wirtschaftliche Unabhängigkeit vom Imperialismus zu erreichen.

Unter den neuen weltpolitischen Bedingungen sucht die imperialistische Bourgeoisie nach Möglichkeiten, die Wirtschaft ihrer Hauptländer vor den sich abzeichnenden Veränderungen der territorialen Arbeitsteilung zu sichern. Zu den wichtigsten Maßnahmen der Monopole, die diesem Ziel dienten, gehört die verstärkte Suche nach Bodenschätzen in solchen Gebieten, die noch fest in der Hand des Imperialismus sind.

Besondere Beachtung in der Nachkriegsgeschichte der kapitalistischen Weltwirtschaft verdient die wissenschaftlich-technische Revolution, die zu einer weiteren Internationalisierung des Wirtschaftslebens führt. Die Erschließung der Möglichkeiten der wissenschaftlich-technischen Revolution erfordert eine systematische internationale Arbeitsteilung, eine tiefgreifende Verflechtung wirtschaftlicher Strukturen im internationalen Maßstab, die Koordinierung der wirtschaftlichen Kräfte auf dem Gebiet der Forschung und Entwicklung, der Produktion und des Absatzes. Trotz aller Widersprüchlichkeit der Rolle der internationalen Monopole ist kaum zu bestreiten, daß sie heute das Hauptinstrument bei der Internationalisierung der kapitalistischen Produktion sind, zumindest auf dem Gebiet der Industrie, daß sie über den mächtigsten und wirksamsten Mechanismus der internationalen Arbeitsteilung sowie des außenwirtschaftlichen Austausches von Waren, Dienstleistungen und Technologien verfügen.

In den Nachkriegsjahrzehnten haben sich alle für die kapitalistische Weltwirtschaft ausschlaggebenden Kennziffern, wie Außenhandel, Kapitalverkehr, unsichtbare Zahlungen, zwischenstaatliche Arbeitskräftewanderungen usw., bedeutend schneller erhöht als jemals zuvor und in der Regel auch schneller als die nationalen volkswirtschaftlichen Kennziffern. In allen kapitalistischen Ländern sind die außenwirtschaftlichen Beziehungen absolut und in einigen Fällen auch relativ angewachsen.

[784] Aber nicht nur um quantitative Wachstumsprozesse geht es. Auch wirtschaftliche Integrationsprozesse, die den betroffenen Ländern ganz neue Probleme stellen, entwickelten sich. Das auf der Konferenz von Bretton-Woods im Jahre 1944 geschaffene internationale kapitalistische Währungssystem, das seitdem mehrere Krisen und Modifikationen erlebte, hat die Abhängigkeit der beteiligten Länder voneinander viel stärker werden lassen und ist zu einem Zentrum der imperialistischen Widersprüche und Erschütterungen geworden. Mit Waren, Dienstleistungen und Kapital wurde auch die Inflation exportiert. Das gesamte System der internationalen Wirtschaftsbeziehungen, zu dem auch die zahlreichen der UNO angehörigen Welt-, Gruppen- und Regionalorganisationen zu zählen sind (s. [1]), ist radikalen Änderungen unterworfen worden.

Unter diesen Verhältnissen konnte sich auch der Staat nicht mehr vorrangig auf administrative, juristische und diplomatische Maßnahmen zur Regulierung der Außenwirtschaftsbeziehungen, auf die mehr oder weniger episodischen Handelsauseinandersetzungen und auf die Verteidigung der ökonomischen

Interessen der nationalen Bourgeoisie im Ausland beschränken. Er ist selbst zum Hauptbeteiligten an der Gestaltung der internationalen Wirtschaftsbeziehungen geworden.

Bei der Betrachtung der allerjüngsten Geschichte der kapitalistischen Weltwirtschaft darf auch ein weiterer Faktor nicht unerwähnt bleiben, nämlich die sich immer rascher entwickelnde ökonomische Zusammenarbeit zwischen Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung. Im Außenhandel werden Tendenzen spürbar, wie sie der Gesamtentwicklung der internationalen Beziehungen eigen sind. Die Entspannung hat zu positiven Veränderungen im Handel zwischen sozialistischen und kapitalistischen Ländern beigetragen und wirkt dahingehend, die Möglichkeiten für die Normalisierung und Vervollkommnung des Mechanismus der internationalen Wirtschaftsbeziehungen zu nutzen.

Literatur:

1. *Spröte, W./Wünsche, H.:* Die Spezialorganisationen der Vereinten Nationen. Berlin 1972; 2. *Willcox, F./Ferenczi, J.:* International Migrations. Bd. 1-2, New York 1929-1931; 3. *Feis, H.:* Europe, the World's Banker 1870-1914. New York 1965; 4. *Hausherr, H.:* Wirtschaftsgeschichte der Neuzeit vom Ende des 14. bis zur Höhe des 19. Jahrhunderts. Weimar 1954; 5. *Herczeg, K. L.:* Zukunft der Weltwirtschaft. Düsseldorf 1958; 6. *Hilferding, R.:* Das Finanzkapital. Berlin 1955; 7. *Khalatbari, P.:* Ökonomische Unterentwicklung. Berlin 1971; 8. *Kuczynski, J.:* Studien zur Geschichte der Weltwirtschaft. Berlin 1952; 9. *Ders.:* Geschichte der Lage der Arbeiter unter dem Kapitalismus. Bd. 37, Berlin 1967; 10. *Ders.:* System gegen die Menschlichkeit. Berlin 1972; 11. *Ders.:* Die Krise der kapitalistischen Weltwirtschaft. Berlin 1976; 12. *Langenbeck, W.:* Geschichte des Welthandels der Neuzeit. Leipzig o. J.; 13. *Maizels, A.:* Industrial Growth and World Trade. Cambridge 1965; 14. *Mathias, P.:* The First Industrial Nation. London 1969; 15. *Mottek, H.:* Wirtschaftsgeschichte Deutschlands. Bd. 2-3. Berlin 1973-1977; 16. *Schilder, S.:* Entwicklungstendenzen der Weltwirtschaft. Bd. 1-2. Berlin 1912-1915; 17. *Sokolow, I.,* in: SW/GB 1971, H. 6-7; 18. *Somary, F.:* Wandlungen der Weltwirtschaft seit dem Kriege. Tübingen 1929; 19. *Wagenführ, R.:* Die Industriewirtschaft. Berlin 1933; 20. *Waltershausen, S. v.:* Die Entstehung der Weltwirtschaft. Jena 1931; 21. *Witthauer, K.:* Bevölkerungszahlen im Wandel. Gotha/Leipzig 1971; 22. *Allgemeine Krise des Kapitalismus.* Berlin 1976; 23. *Nekotorije pokasateli razvitija ėkonomiki nesocialističeskich stran 1913-1970,* in: MĖiMo 1972, H. 3; 24. *UNO:* International Capital Movements during the Inter-war Period. New York 1949; 25. *Világgazdasdgi Idösorok 1860-1960.* Budapest 1965.

Otto Bittmann **[785]**

2.5.25. Wirtschaftskrisen

Wirtschaftskrisen sind Störungen des ökonomischen Reproduktionsprozesses. Sie treten in Gesellschaftsordnungen mit einer entwickelten Warenproduktion auf und zeigen sich vor allem in der Unverkäuflichkeit produzierter Waren. Die abstrakten Möglichkeiten für eine Wirtschaftskrise ergeben sich daraus, daß der Austausch von Waren (W-W) über das Geld vermittelt wird: Dadurch zerfällt der Warentausch in zwei selbständige Akte, Verkauf (W-G) und Kauf (G-W), wodurch auch Produktions- und Zirkulationsprozeß auseinanderfallen und für einen unbekannten Markt produziert wird (zur marxistischen Theorie der Wirtschaftskrisen s. [1] [151 [221). Trotzdem finden wir in diesem Handbuch z. B. keinen Abschnitt über die Wirtschaftskrisen in der antiken Produktionsweise; auch die häufiger auftretenden spätfeudal-frühkapitalistischen Wirtschaftskrisen (z. B. die Lübecker Handelskrise Anfang des 17. Jh.) werden an entsprechender Stelle lediglich erwähnt, ohne daß ihnen ein gesonderter Abschnitt gewidmet ist. Aber auch im Kapitalismus sind es gar nicht die Wirtschaftskrisen schlechthin, die eine derartige Beachtung verdienen, sondern die *zyklischen Überproduktionskrisen.* Diese ergeben sich nämlich nicht allein aus den abstrakten Möglichkeiten der entwickelten Warenproduktion, sondern aus den realen Notwendigkeiten der kapitalistischen Warenproduktion.

Das Erscheinungsbild der Krisen – von jetzt ab bedeutet Krise, wenn nicht ausdrücklich etwas anderes gesagt wird, immer zyklische Überproduktionskrise – wird im wesentlichen durch drei Momente bestimmt: Arbeitslosigkeit, Unverkäuflichkeit produzierter Waren und Stillegung bzw. Nichtauslastung von Produktionskapazitäten. In allen drei Momenten erscheint das Wesen der Krise, das in Kapitalvernichtung besteht. Arbeitslosigkeit zeigt die Überproduktion und das Brachliegen von variablem Kapital

an; Überproduktion und Brachliegen von zirkulierendem Kapital zeigen sich in der Unverkäuflichkeit produzierter Waren; Überproduktion und Brachliegen von fixem Kapital zeigen sich in der Nichtauslastung bzw. Stillegung von Produktionskapazitäten. Weil überproduziertes und demzufolge brachliegendes Kapital seiner Funktion, Mehrwert zu produzieren, beraubt ist, ist es kein Kapital mehr, sondern als Kapital vernichtet und nur noch einfache Ware. Kapitalüberproduktion schließt immer Warenüberproduktion ein. [MEW 25: 267]

Auf der Basis des kapitalistischen Grundwiderspruchs zwischen dem gesellschaftlichen Charakter der Produktion und der privatkapitalistischen Aneignung verursachen insbesondere der Widerspruch zwischen Produktion und Markt, die disproportionale Entwicklung der verschiedenen Wirtschaftszweige und der tendenzielle Fall der Profitrate eine periodisch wiederkehrende Überproduktion von Kapital. Durch die Vernichtung des überproduzierten Kapitals werden die aufgestauten Widersprüche innerhalb des kapitalistischen Reproduktionsprozesses zeitweilig gelöst.

Ist der kapitalistische Grundwiderspruch die entscheidende Ursache für die Krisen, so ist die materielle Basis für den Krisenzyklus der Umschlag des fixen Kapitals, vor allem des in Ausrüstungen (Maschinen usw.) angelegten Kapitals. [MEW 24: 185 f.] [15: Bd. 1, 71 ff.] Daher setzt der Beginn der zyklischen Entwicklung im allgemeinen die Herrschaft des industriellen Kapitals, also die Beendigung der Industriellen Revolution, voraus ([10: Bd. 23, 22 ff.]; gegenteilig [19], wonach diese mit dem ersten Zyklus beginnt).

Weil das Kapital in allen Sphären des Reproduktionsprozesses fungiert, finden wir neben den industriellen Überproduktionskrisen Zirkulations- (Finanz-, Geld-, Banken-, Handels-, Kredit-, Währungs-) und Agrarkrisen. Insofern im Industriekapitalismus die Zirkulationskapitale keine selbständige Existenz besitzen, sondern nur *am* produktiven **[786]** (vor allem industriellen) Kapital existieren, tragen Zirkulationskrisen sekundären Charakter und treten vornehmlich in Verbindung mit industriellen Überproduktionskrisen auf. Hingegen haben Agrarkrisen ein relativ selbständiges Dasein, und ihre Dynamik ist wesentlich verschieden von der der industriellen Überproduktionskrisen. [MEW 34: 464] [6] [14] [16] [27: 400 ff.]

Weil das Kapital zunächst vor allem in der Zirkulationssphäre herrschte, haben die Wirtschaftskrisen des vorindustriellen Kapitalismus die Gestalt von Handelskrisen, basieren entweder auf Finanz- und Handels-, insbesondere Außenhandelsspekulationen oder auf der absoluten Unterkonsumtion der Massen und sind häufig durch außerökonomische Faktoren (Kriege, politische Spannungen, Naturkatastrophen) ausgelöst worden. Bekannteste Spekulationskrisen sind die von 1634-1637 in Holland (Tulpenmanie), 1720 in England (Südseeschwindel) und Frankreich (Lawsche Aktienspekulation). Die englischen Handelskrisen von 1667, 1672, 1763, 1778 und 1797 sind (ebenso wie die in Hamburg von 1763 und 1799) vornehmlich Kriegen und außenpolitischen Verwicklungen geschuldet, die englischen Handelskrisen von 1708 und 1745 auf innenpolitische Spannungen rückführbar. Dazu kamen die schon für den Spätfeudalismus charakteristischen Unterkonsumtionskrisen, deren letzte die Krise von 1846-1848 in Deutschland war. [2] [10: Bd. 11, 71 ff.] Sie alle waren Realisationen der obengenannten Möglichkeiten für den Ausbruch einer Wirtschaftskrise, waren also nicht Ausdruck der ökonomischen Notwendigkeit, die sich im Zyklus zeigt.

Eine gewisse Zwischenstellung nehmen die Wirtschaftskrisen in der Periode der Industriellen Revolution in England ein, bei denen erstmalig die „Überfüllung der Märkte infolge der vermehrten Produktion“ [4: 136] in Erscheinung trat (1772 und 1793). Allerdings sind sie (wie auch die von 1799, 1810, 1815 und 1819) keine *zyklischen* Überproduktionskrisen, eben weil der Umschlag des fixen Kapitals noch nicht zur bestimmenden Bewegung in der kapitalistischen Entwicklung geworden war. Erst mit der Krise von 1825 trat der Kapitalismus aus seinem „Kindheitsalter“ heraus, eröffnete er den „periodischen Kreislauf“ seines Lebens. [MEW 23: 20]

Nun kann zwar „die reale Krisis ... nur aus der realen Bewegung der kapitalistischen Produktion ... dargestellt werden“ [MEW 26.2: 513], im folgenden jedoch sollen vor allem einige wesentliche *Entwicklungstendenzen* von Krise und Zyklus betrachtet werden, wobei wir uns insbesondere auf im Literaturverzeichnis genannte krisenhistorische Untersuchungen stützen, auch wenn auf diese im folgenden nur in Ausnahmefällen gesondert verwiesen wird.

Weil das Einsetzen der zyklischen Entwicklung die Herrschaft des Industriekapitals voraussetzt, sind die ersten Krisen auf einige Länder beschränkt gewesen. Die Krise von 1825 fand nur in England statt, die von 1836 in England und den USA, die von 1847 in England, Frankreich und den USA. Natürlich hatten diese Krisen internationale Wirkungen, führten auch in anderen Ländern zu Störungen im Wirtschaftsleben, vor allem in den Außenhandelszentren dieser Länder, aber sie hatten dort noch nicht den Charakter von zyklischen Krisen. Hiervon wiederum zu unterscheiden ist der Export der Krise aus dem kapitalistischen „Mutterland“ in seine Kolonien, wie er faktisch von Anbeginn zu beobachten ist, in Ausmaß und Tiefe vor allem abhängig vom Grad der ökonomischen Bindung der Kolonien an ihre „Mutterländer“.

Schon in der Krise von 1825 zeigte sich die Kapitalvernichtung in der für sie typischen zweifachen Gestalt: Zum einen sank die Produktionsmenge innerhalb eines Jahres um ein Zwölftel, zum anderen sanken die Großhandels- bzw. Marktproduktions*preise* um ein Achtel, woraus eine Senkung des Produktionswertes um insgesamt ein Fünftel resultierte (Produktionswert = Produktionsmenge × Marktproduktionspreis). **[787]** Auch daß die Senkung der Preise etwa anderthalbmal so stark wie die der Mengen war, ist charakteristisch für die Krisen des vormonopolistischen Kapitalismus, erfolgte doch unter den Bedingungen des Kapitalismus der freien Konkurrenz die Selbstbehauptung des einzelnen Kapitalisten gegenüber seinen Konkurrenten auf dem Markt in erster Linie durch Preisunterbietung. Die Senkung der Preise verminderte andererseits die Profitmasse – verstanden als Differenz zwischen (gesellschaftlichem) Marktproduktionspreis und (individuellem) Kostpreis –, so daß nur die Unternehmen, die mit niedrigen Kapitalaufwendungen arbeiteten, diesen Preisfall überstanden, während die anderen bankrott gingen, wobei deren vorhandene Kapitalien bei den überlebenden Unternehmen zentralisiert wurden, also die Zentralisation des Kapitals stimuliert wurde. Der Senkung der eigenen Profite konnte nur durch eine Senkung der Kostpreise begegnet werden, und daraus resultierte die gerade in Zeiten der Krise (und der ihr nachfolgenden Depression) erfolgende Einführung neuer Technik. Da Neuinvestitionen im allgemeinen für ihre Profitabilität eine Erhöhung der Produktion verlangen, können wir in Zweigen mit besonders starken Preissenkungen z. T. sogar eine Erhöhung der Produktionsmengen konstatieren. Es zeigte sich ganz klar, daß die Krise den Ausgangspunkt für die umfangreiche Neuanlage von fixem Kapital bildete. Die Krise ist das konstituierende Moment im Zyklus Krise – Depression – Konjunktur – Krise, weshalb wir auch vom Krisenzyklus sprechen (im Gegensatz zum in der bürgerlichen Literatur bevorzugten Begriff des Konjunkturzyklus).

Schon in der Krise von 1825, noch stärker im Anschluß an die Krise von 1836 und die Geldkrise von 1839, zeigte sich das Bemühen um eine organisierte Krisenbekämpfung (sogenannte antizyklische Politik), ein Bemühen, das sich völlig auf die Zirkulationssphäre konzentrierte und sich z. B. im Peelschen Bankakt von 1844 manifestierte. [MEW 25: 569 ff.] Der heute besonders umstrittenen Frage der Wirksamkeit antizyklischer Wirtschaftspolitik wird weiter unten nachgegangen.

Schließlich sei noch angemerkt, daß mit der Krise von 1825 zugleich eine schwere Agrarkrise ausbrach und daß die Krisenzyklen 1825-1836 und 1836-1847 jeweils durch Zwischenkrisen 1831 und 1842 unterbrochen wurden.

Im Anschluß an die Krise von 1847 begann „eine neue industrielle Epoche“ [MEW 36: 27], in der sich die Geburt der kapitalistischen Weltwirtschaft vollzog, die ihre Existenz erstmalig in der Krise von 1857 zeigte: „Die Krise brach in Amerika aus, griff auf England über, fand über Hamburg Eingang nach Deutschland und Österreich und breitete sich aus über Frankreich, Skandinavien, Rußland, Italien, die Schweiz, Belgien, Holland, kurzum über die ganze kapitalistische Welt. Sie war eine Weltwirtschaftskrise.“ [22: 229] Obwohl der Anteil der landwirtschaftlichen an der kapitalistischen Weltproduktion damals noch etwa 75% betrug [10: Bd. 37, 16], war die Industrie zum die Weltwirtschaft wesentlich bestimmenden Faktor geworden, wurde letzterer der industrielle Zyklus aufgezwungen, was sich in der (natürlich nicht absoluten) Synchronität der „nationalen“ Zyklen zeigte. Auch wenn die Weltwirtschaftskrisen zumeist in einem Land oder einer Ländergruppe ihren Ausgang nahmen und nehmen, so liegen ihre Ursachen nicht mehr in diesen einzelnen Ländern, sondern in dem nunmehr die Weltwirtschaft beherrschenden kapitalistischen Grundwiderspruch. Das schließt

das Wirksamwerden besonderer nationaler oder regionaler Bedingungen nicht aus, aber diese bestimmen gerade nicht den Gang der Weltwirtschaft.

Bis 1873 befand sich die kapitalistische Weltwirtschaft in einer Phase relativ kontinuierlicher Aufwärtsentwicklung, die lediglich durch die „normalen“ Krisen von 1857 und 1866 unterbrochen wurde, Krisen, denen keine langjährigen Depressionen folgten. Die Zyklen wurden nicht durch Zwischenkrisen geteilt; auch gab es in dieser Zeit keine **[788]** Agrarkrise. Dagegen waren die Aufschwünge z. T. sehr intensiv (etwa in Deutschland die „kleinen“ und die „großen Gründerjahre“ 1852 ff. und 1870 ff.).

Die Situation begann sich grundlegend zu ändern mit dem Ausbruch der Krise von 1873. „Die große Umwälzung“, der Übergang zum Imperialismus, „beginnt mit dem großen Krach von 1873“ (zit. in [LW 22: 205]; gegen diese Interpretation polemisierend [10: Bd. 12, 8 ff.]). Die Krise von 1873 eröffnete die Phase der Großen Depression, die bis 1894 andauerte. [20] Die in den vorangegangenen 25 Jahren erfolgte Konzentration des Kapitals hatte den kapitalistischen Grundwiderspruch derart verschärft, daß Engels in der Großen Depression den Beweis der „vollständigen Erschöpfung der kapitalistischen Produktionsweise“ erblickte [MEW 36: 27]; rückblickend können wir konkretisieren, daß in dieser Zeit die Notwendigkeit des Übergangs zum Imperialismus sichtbar wurde. Die Krise von 1873 war die letzte, die unter den Bedingungen des Kapitalismus der freien Konkurrenz begann, und wahrscheinlich ist hier auch die eigentliche Ursache für ihre außergewöhnliche Schwere und für die ihr nachfolgende Große Depression zu sehen.

Der in der Depression zu beobachtende Preissturz – die Preise erreichten teilweise erst wieder während des ersten Weltkrieges ihr Niveau von 1872/73 – bewirkte eine bislang nie dagewesene Vernichtung von Kapitalwerten, die zu einer so starken Zentralisation des Kapitals führte, daß diese – mit der vorausgegangenen Konzentration zusammengenommen – den Umschlag des Konzentrations- und Zentralisationsprozesses in den Monopolisierungsprozeß erzeugte. Zwar waren viele Monopole anfangs sehr instabil und fielen in den kurzen Zeiten des Aufschwungs wieder auseinander, aber die nachfolgenden Krisen und Zwischenkrisen zwangen die „freien Konkurrenten“ immer wieder in das Monopol hinein, das somit langsam zum beherrschenden Faktor des Wirtschaftslebens wurde.

Andererseits hatte der ungeheure Preissturz eine nur schwache Produktionssenkung zur Folge (in einzelnen Industriezweigen stieg die Produktion sogar recht erheblich), so daß sich wegen ungenügend hoher Kapitalvernichtung Krise und Depression noch länger hinzogen. Schließlich fand, durch den Charakter der Großen Depression bedingt, in einigen Ländern (vor allem den USA und Deutschland) sogar ein starker Ausbau der Produktionskapazitäten statt, der nicht nur die Depression verlängerte, sondern den Monopolisierungsprozeß in diesen Ländern geradezu stimulierte. Erschwerend kam hinzu, daß der Ausbau der Produktionskapazitäten mit einer ganz außerordentlichen Steigerung der Arbeitsleistung verknüpft war, die zu einer bedeutenden Erhöhung der Arbeitslosigkeit führte. War in den Krisen vor 1873 ein Arbeitslosenanteil von etwa 10% an der Arbeiterschaft „normal“, so gab es nun Arbeitslosenquoten von 20% und mehr.

Die Große Depression erstreckte sich über zwei Krisenzyklen (1873-1882 und 1882-1891), die immer wieder von Zwischenkrisen unterbrochen wurden und als Zyklen des Übergangs vom vormonopolistischen zum monopolistischen Kapitalismus zu betrachten sind. Diese ernste Strukturkrise der kapitalistischen Produktionsweise war begleitet von einer schweren Agrarkrise, die bis 1894 andauerte. Waren aber in dieser Zeit an die Stelle plötzlicher Erschütterungen und Paniken andauernde Depressionen getreten, so begann mit dem Ende der Agrarkrise ein Abschnitt relativ stetiger Aufwärtsentwicklung, die in der Solidität durchaus mit der Periode 1848-1873 zu vergleichen ist. Das zeigte sich auch darin, daß das Wachstumstempo der Weltindustrieproduktion wieder zunahm (die jährliche Wachstumsrate betrug 1848-1873 3,8%, 1873-1894 2,9% und 1894-1913 4,6%). [13] Natürlich wurde diese Entwicklung durch die Krisen von 1900, 1907 und 1913 unterbrochen, die jedoch nur kurz und scharf waren (1907 wird in [10] gar nur als Zwischenkrise behandelt); natürlich machte sich schon der krisenverschär-**[789]**fende Einfluß der Monopole bemerkbar – „das künstliche Hochhalten der Preise ist geeignet, die Gesundung hintanzuhalten“ [32] –, aber insgesamt hatte sich die Herrschaft der imperialistischen Produktionsverhältnisse stabilisiert, die schwere Strukturkrise war

überwunden, und das bewirkte eine zeitweilige Verbesserung der Wirtschaftssituation im allgemeinen, eine zeitweilige Entschärfung der Krisen im besonderen.

Eine gesonderte Betrachtung erfordert die zyklische Krise von 1913. In ihr zeigte sich erstmalig in aller Deutlichkeit der Einfluß des Krieges auf den Krisenzyklus, wurde sie doch als zyklische Überproduktionskrise durch den Ausbruch des ersten Weltkrieges abgebrochen. Diesen Einfluß konnte der Krieg als politischer Faktor auf den ökonomischen Zyklus nur deshalb haben, weil in ihm die das Wesen der Krise darstellende Kapitalvernichtung auf andere Weise fortgesetzt wurde, nämlich durch den Krieg selbst: „Krieg (ist) ökonomisch dasselbe, als wenn die Nation einen Teil ihres Kapitals ins Wasser würfe.“ [MEGA II/1.1: 62] Nach Überwindung des „Kriegsstoßes“, der zu einer zeitweiligen Verschärfung der Krise führte, verschwanden zwar allmählich alle „normalen“ Erscheinungsformen der Kapitalvernichtung – die auf Kriegsproduktion umgestellten Produktionskapazitäten waren im allgemeinen voll ausgelastet, die Läger waren leer, die Arbeitslosigkeit faktisch verschwunden –**,** aber durch den Krieg selbst fand eine ungeheure und nicht durch den Zyklus bedingte Kapitalvernichtung statt. Eine ähnliche Situation bestand während des zweiten Weltkrieges.

Je nach den wirtschaftlichen Bedingungen, die am Ende des Krieges vorhanden waren, finden wir in der kapitalistischen Weltwirtschaft ein buntes Durcheinander von Unterkonsumtions-, Unterproduktions- und Überproduktionskrisen, die den Ausgangspunkt für einen neuen Krisenzyklus bilden (also selber keine zyklischen Krisen sind). Dabei waren die Nachkriegskrisen Anfang der 20er Jahre in einigen Ländern (vor allem in Deutschland, England, Frankreich und den meisten osteuropäischen kapitalistischen Ländern) von stark inflationären Entwicklungen begleitet, weshalb sie auch kriegsinflationistische Krisen [15: Bd. 3, 473] genannt werden.

In der nachfolgenden Zeit finden wir in der – durch den Übergang der Sowjetunion zum Sozialismus und durch die damit offen ausgebrochene allgemeine Krise des Kapitalismus stark veränderten – Welt des Kapitals einen vollständigen Nachkriegszyklus vor, der in der großen Weltwirtschaftskrise 1929-1932 kulminiert. Dabei wurde die Periode der Konjunktur häufig von z. T. recht heftigen Zwischenkrisen unterbrochen, so in den USA 1924 und 1927, in Deutschland 1926 (die in [20] sogar als zyklische Krise behandelt wird) usw., in denen aber die Widersprüche innerhalb des kapitalistischen Reproduktionsprozesses nicht einmal temporär gelöst wurden (das ist eine der Aufgaben der zyklischen Krise). Insbesondere war die gesamte Zwischenkriegszeit über eine sehr hohe Arbeitslosigkeit zu verzeichnen, die selbst in den „besten“ Jahren kaum unter der Rate Lag, die vor dem ersten Weltkrieg in Zeiten der Krise zu verzeichnen war. Auch hatte sich die Struktur der Arbeitslosigkeit in der Weise verändert, daß nun nicht mehr vorrangig die ungelernten Arbeiter von ihr betroffen waren, sondern alle (während in den Krisen des 19. Jh. aus Konkurrenzgründen durchaus eine beträchtliche Anzahl von Facharbeitern trotz Unterbeschäftigung voll ausgezahlt wurden).

Für viele europäische Länder war charakteristisch, daß sie erst kurz vor Ausbruch der Krise 1929-1932 ihr Vorkriegsniveau erreichten, also das Niveau, auf dem die Krise von 1913 ausbrach. Diese Tatsache – sowie der Umstand, daß die Krise von 1913 mit hoher Wahrscheinlichkeit eine sehr schwere geworden wäre, wenn sie der Krieg nicht abgebrochen hätte – hat eine Anzahl von Forschern (zusammenfassend [13]) veranlaßt, die Krise von 1929-1932 als durch den ersten Weltkrieg hinausgeschobene zu betrachten.

[790] Die Ursachen für die außerordentliche Schwere, Tiefe und Allgemeinheit der Krise sind durchaus umstritten. Zunächst ist zu beobachten, daß zwischen den beiden Weltkriegen nicht nur diese Krise stattfand, sondern zugleich eine schwere Agrarkrise, mehrere Zwischenkrisen (s. o. sowie die von 1937/38), die Zeit zwischen Weltwirtschaftskrise und zweitem Weltkrieg als Depression besonderer Art [28: 111] in die Geschichte eingegangen ist, wobei einzelne Länder (z. B. England) schon vor der Krise unter dieser Depression besonderer Art litten.

Sodann müssen wir konstatieren, daß die Entwertung des Kapitals unter der Herrschaft des Monopols äußerst schleppend vor sich ging und sich vor allem in einem Produktionsrückgang äußerte, während die Monopolpreise unverhältnismäßig langsam sanken (in Ungarn stiegen sie sogar von 1929 bis 1932). Die Andersartigkeit der Kapitalvernichtung zeigt sich klar, wenn wir die Krisentiefpunkte in

der wenig monopolisierten Textil- und der stark monopolisierten Eisenindustrie Deutschlands gegenüberstellen (Vorkrisenhöhepunkt = 100) (s. Tab. 1.).

Tabelle 1
Produktion und Preise in der Textil- und der Eisenindustrie 1932 [13]

Zweig	Mengen	Preise	„Werte“
Textilindustrie	80	39	31
Eisenindustrie	39	81	31

Analoges können wir für den deutschen Steinkohlenbergbau in der Gründerkrise (1873 ff.) und der Weltwirtschaftskrise konstatieren (s. Tab. 2).

Tabelle 2
Produktion und Preise im Steinkohlenbergbau 1878 und 1932 [13]

Krise	Mengen	Preise	„Werte“
1878 (1873 = 100)	116	44	51
1932 (1929 = 100)	64	84	53

War die Kapitalvernichtung im monopolisierten und nichtmonopolisierten Bereich auch etwa gleich hoch [13], so bedeutet die Produktionseinschränkung in erster Linie eine ungeheure Erhöhung der Arbeitslosigkeit (in den hochentwickelten kapitalistischen Ländern betrugen die Prozentsätze bis über 40%) Die Tabellen zeigen auch, daß die Krise 1929-1932 keineswegs unvergleichlich in der Geschichte des Kapitalismus ist. So, wie in der Großen Depression 1873-1894 der Preisfall so gewaltige (das System gefährdende) Ausmaße annahm, daß zur Monopolbildung fortgeschritten werden mußte, so war der Fall der Monopolpreise in der Krise 1929-1932 so gering, daß er von Staats wegen verordnet werden mußte. Erstmals mußte in vielen imperialistischen Ländern eine direkte und indirekte Kontrolle des gesamten gesellschaftlichen Reproduktionsprozesses in Friedenszeiten angestrebt werden [35: 405], z. B. der New Deal in den USA, das Schleicher/Gereke-Programm in Deutschland, Maßnahmen der französischen Volksfront usw., um die Folgen der „freien monopolistischen Konkurrenz“ einzudämmen. Bedenken wir nun noch, daß mit dem ersten Weltkrieg der Übergang zum staatsmonopolistischen Kapitalismus begann (s. aber die verschiedenen Ansichten zit. in [13] [21]), dann **[791]** ist diese Krise qualitativ durchaus vergleichbar mit den Krisen von 1825 (der Kapitalismus tritt aus dem Kindheitsalter heraus) und 1873 (der Übergang zum Imperialismus beginnt), denn sie ist die Krise, die den endgültigen Übergang zum staatsmonopolistischen Kapitalismus erzwang. Das unbeschränkte Wirken der monopolistischen Anarchie und Konkurrenz zeigte sich auch darin, daß innerhalb von 4 Jahren etwa ein Viertel des gesamten Weltreichtums vernichtet und damit das Produktionsvolumen im Weltmaßstab auf den Stand vor dem ersten Weltkrieg zurückgeworfen wurde (in Polen wurde so viel wie 1886 produziert, in Deutschland wie 1903, in England wie 1909, in den USA wie 1912; das Produktionsvolumen des Maschinenbaus fiel im Weltmaßstab auf das Jahr 1904 zurück, das des englischen Schiffbaus gar auf das Jahr 1843), und Zeitgenossen schien es die Krise des Kapitalismus schlechthin zu sein. Seit der Weltwirtschaftskrise gehört daher die „Konjunktur-“ bzw. „Wachstumspolitik“ zum Instrumentarium (staatsmonopol)kapitalistischer Wirtschaftspolitik.

Weil die Ursachen der Krisen aber in dem die kapitalistische Weltwirtschaft beherrschenden kapitalistischen Grundwiderspruch liegen, kann die Wirksamkeit der staatlichen Wirtschaftspolitik nur eine sehr beschränkte sein. Hinsichtlich ihrer Effizienz können wir mit Engels formulieren: „Die Rückwirkung der Staatsmacht auf die ökonomische Entwicklung kann dreierlei Art sein: Sie kann in derselben Richtung vorgehn, dann geht’s rascher, sie kann dagegen angehn, dann geht sie heutzutage auf die Dauer in jedem großen Volk kaputt, oder sie kann der ökonomischen Entwicklung bestimmte Richtungen abschneiden und andre vorschreiben – dieser Fall reduziert sich schließlich auf einen der beiden vorhergehenden.“ [MEW 37: 490 f.] Staatliche Wirtschaftspolitik kann insofern nur modifizierend auf den Zyklus einwirken, ihn aber im Wesen nicht beseitigen, insbesondere nicht die ihn konstituierende Krise.

Hiervon definitiv zu unterscheiden ist der Einfluß der Rüstungswirtschaft, der sich vor dem zweiten Weltkrieg so zeigte: 1931 trat Japan in einen Krieg gegen China – und die Produktion stieg, die

Arbeitslosigkeit verschwand; 1937/38 hatten Deutschland, Italien und Japan eine vollausgebildete Rüstungswirtschaft – und wurden von der Zwischenkrise verschont; 1940 begann in den USA und England die Aufrüstung – und die Arbeitslosigkeit verschwand. Nur durch den Krieg, den größten Kapitalvernichter, und seine Vorbereitung konnte das Monopolkapital sich aus der Depression besonderer Art befreien. Der zweite Weltkrieg rettete *aufgrund* der enormen Kapitalvernichtung den Weltkapitalismus vor der weiteren Depression. [18] Auch gegenwärtig soll die Rüstung u. a. den Effekt haben, Arbeitslosigkeit und *offen sichtbare* Überproduktion zu verhindern. Für die USA liegen folgende Daten vor:

Tabelle 3
Arbeitslose, Soldaten und Rüstungsarbeiter in den USA 1939, 1968 und 1972 (in Mill.) [11: 27] [12: 66]

Jahr	Arbeitslose	Soldaten	Rüstungsarbeiter	Insgesamt
1939	9,5	0,4	0,5	10,4
1968	2,8	3,5	5,5	11,8
1972	4,8	3,4	3,4	11,6

Dabei darf jedoch nicht vergessen werden, daß in jüngster Zeit auch diese Waffe der Krisenbekämpfung stumpfer wird, weil gerade die Rüstungsindustrie ganz besonders wenig arbeitskräfteintensiv und dementsprechend heute immer weniger geeignet ist, Arbeitslosigkeit zu verhindern. [12: 70]

[792] Nach dem zweiten Weltkrieg zeigte sich zunächst eine starke Asynchronität des Zyklus im Weltmaßstab, weil einerseits die USA kaum Kriegswirkungen zu überwinden hatten (von den Rüstungsdisproportionen abgesehen), andererseits alle kapitalistischen Länder Europas und Japans aufgrund der übermäßigen Kapitalvernichtung einen starken Nachholebedarf hatten. Daher brach zwar 1949 in den USA eine reguläre zyklische Krise aus, aber diese wurde durch eine starke Forcierung des Warenexports nach Westeuropa und Japan relativ schnell überwunden, wo damals von Überproduktionskrisen natürlich keine Rede sein konnte. Im Anschluß an den Koreakrieg fand in den USA ein kurzer Rückschlag statt (Umrüstung), und 1958 begann sich der Weltzyklus wieder zu zeigen. Aber die Krisen von 1958 und 1967 hatten nicht das Ausmaß wie die zwischen den beiden Weltkriegen, sie ähnelten in vielem denen vor dem ersten Weltkrieg und vor der Großen Depression, insbesondere auch hinsichtlich der Arbeitslosenzahlen. Es zeigten sich allerdings noch immer gewisse Asynchronitäten, die z. T. so weit führten, daß die Krise der 60er Jahre 1964-1966 in Italien und 1966-1968 in den USA (also faktisch nacheinander) stattfand. All jenen aber, die meinten, eine Rückkehr zu den Zyklen „klassischer Gestalt“ sei im „modernen Kapitalismus“ ausgeschlossen [32: 284 ff.] hat die Krise von 1973 – genauso wie Marx zur Krise von 1873 schrieb [MEW 23: 28] – Dialektik eingepaukt. *Obwohl* durch Rüstung und Nichtauslastung von Produktionskapazitäten in wachsendem Maße die Kapitalvernichtung *auch* in der Konjunktur stattfindet, wird der gegenwärtige Kapitalismus nicht von Krisen „klassischen Typs“ verschont. Dabei ist vom Erscheinungsbild her festzuhalten, daß durch Monopolpreise und Haushaltsdefizite sich die Inflation so sehr verfestigt und verschärft hat, daß seit den 50er Jahren auch in der Krise Preissteigerungen stattfinden (also: 1873 fielen die Preise, 1929 blieben die Monopolpreise stabil; 1973 stiegen die Preise).

Es ist immer wieder die Vermutung ausgesprochen worden, daß es neben dem eigentlichen Krisenzyklus, der acht bis zwölf Jahre umfaßt und die Tendenz zur Verkürzung hat, einen „Hyperzyklus“ gibt, der als „lange Welle“ [7] [9] oder als „Metamorphose-Modell“ [17] erscheint. Auch wenn zu dieser Problematik noch keine hinreichend abgesicherten Untersuchungen vorliegen [8] [13], so zeigt die Geschichte der Krisen, daß eine derartige Hypothese zumindest nicht auszuschließen ist. Die Jahre 1825-1848, 1873-1894 und 1913-1949 sind Jahre relativ langsamer Entwicklung, analog sind die Jahre 1848-1873, 1894-1913 und 1949-1973 Jahre relativ schneller Entwicklung. Für das letzte Viertel des 20. Jh. wird wieder eine relativ depressive Entwicklung vorausgesagt. [12: 124 ff.] Die Krisen von 1825, 1873, 1929 und 1973 – man beachte den ungefähren Fünfzigjahresrhythmus – leiteten grundlegende Umwälzungen innerhalb der kapitalistischen Produktionsweise *im Weltmaßstab* ein – den Übergang zum Industriekapitalismus der freien Konkurrenz (1825), zum Monopolkapitalismus (1873), zum staatsmonopolistischen Kapitalismus (1929). 1973 begann die Krise des staatsmonopolistischen

Kapitalismus schlechthin [3], die die Wirkungslosigkeit der staatsmonopolistischen Regulierung gegenüber der Internationalisierung der Produktivkräfte zum Ausdruck bringt, die sich vor allem in der Herrschaft der supranationalen Monopole zeigt und eine supranationale „staats"monopolistische Regierung verlangt. Bei diesen vier Krisen handelt es sich nicht nur um zyklische Überproduktionskrisen, sondern um tiefe Strukturkrisen der kapitalistischen Produktionsweise selbst, die stets mit schweren Agrarkrisen verbunden waren, einerseits eine Umwälzung der materiell-technischen Grundlagen des Kapitalismus erzeugten, andererseits von einer bedeutenden Verschärfung der Klassenkämpfe begleitet waren. **[793]**

Literatur:

1. *Marx-Lexikon* zur *Politischen Ökonomie.* Bd. 6 ff. Tokio 1971 ff.; 2. *Abel, W.:* Massenarmut und Hungerkrisen im vorindustriellen Europa. Hamburg/Berlin (West) 1973; 3. *Boccara, P.,* in: PFS 1972, H. 11; 4. *Bouniatian, M.:* Geschichte der Handelskrisen in England. München 1908 (Reprint Leipzig 1977); 5. *Gayer, A. D./Rostow, W. W./Schwarz, A. J.:* The Growth and Fluctuations of the British Economy 1790-1850. Oxford 1953; 6. *Heß, P.,* in: KuK 1960, (4), H. 2/3; 7. *Imbert, G.:* Des mouvements de longue durée Kondratieff. Aix-en-Provence 1959; 8. *Janossy, F.:* Das Ende der Wirtschaftswunder. Frankfurt/M. 1970; 9. *Kondratieff, N. D.:* Bol'šie ėkonomičeskie cikly. Moskau 1928; 10. *Kuczynski, J.:* Die Geschichte der Lage der Arbeiter unter dem Kapitalismus. Bd. 1-38, Berlin 1960-1972; 11. *Ders.:* Warum sind wir gegen den Kapitalismus? Berlin 1974; 12. *Ders.:* Die Krise der kapitalistischen Weltwirtschaft. Berlin 1976; 13. *Kuczynski, Th.:* Zur Periodisierung der Geschichte der kapitalistischen Weltwirtschaft (Manuskript); 14. *Ljubošic, L. I.:* Voprosy marksistko-leninskoj teorii agrarnych krizisov. Moskau 1949; 15. *Mendel'son, L. A.:* Teorija i istorija ėkonomičeskich krizisov i ciklov. Bd. 1-3, Moskau 1958-1964; 16. *Ders.* in: KuK 1959, (3), H. 1; 17. *Mensch, G.:* Das technologische Patt. Frankfurt/M. 1975; 18. *Morris, J.,* in: Kapitalismus und Krise. Wien/Frankfurt/M. 1970, S. 81 ff.; 19. *Mottek, H.,* in: Studien zur Geschichte der Industriellen Revolution in Deutschland. Berlin 1960 (Reprint Berlin (West) 1975), S. 11 ff.; 20. *Mottek, H./Becker, W./Schröter, A.:* Wirtschaftsgeschichte Deutschlands. Bd. 3, Berlin 1974; 21. *Nussbaum, H.,* in: JWG 1976, T. 1, S. 69 ff.; 22. *Oelßner, F.:* Die Wirtschaftskrisen. Bd. 1, Berlin 1955; 23. *Pinner, F.:* Die großen Weltkrisen im Lichte des Strukturwandels der kapitalistischen Wirtschaft. Leipzig/Zürich 1937; 24. *Schumpeter, J. A.:* Konjunkturzyklen. Bd. 1-2, Göttingen 1961; 25. *Spiethoff, A.:* Die wirtschaftlichen Wechsellagen. Bd. 1-2, Tübingen/Zürich 1955; *26. Tugan-Baranowski, M. v.:* Studien zur Theorie und Geschichte der Handelskrisen in England. Jena 1901; 27. *Varga, E.:* Kapitalizm posle vtoroj mirovoj vojny. Moskau 1974; 28. *Ders.:* Ėkonomičeskie krizisy. Moskau 1974; 29. *Ders.:* Konjunktur und Krise 1921-1939. Bd. 1-5, Berlin (West) 1977; 30. *Wirth, M.:* Geschichte der Handelskrisen. Frankfurt/M. 1890 (Reprint Leipzig 1977); 31. *Beiträge zur Erforschung der wirtschaftlichen Wechsellagen.* Jena 1929-1940 (Gesamtverzeichnis in [24]); 32. *Der Imperialismus der BRD.* Berlin 1971; 33. *Jahresbericht der Breslauer Handelskammer für das Jahr 1900.* Breslau 1901; 34. *Mirovye ėkonomičeskie krizisy 1848-1935.* Bd. 1, Moskau 1937; 35. *Političeskaja ėkonomija sovremennogo mono polističeskogo kapitalizma.* Bd. 1-2, Moskau 1975 (Politische Ökonomie des heutigen Monopolkapitalismus. Berlin 1972).

Thomas Kuczynski

2.5.26. Wirtschaftspolitik

Die Wirtschaftspolitik ist die Gesamtheit der staatlichen und gesellschaftlichen Maßnahmen und Methoden zur Verwirklichung bestimmter ökonomischer Ziele. In den auf antagonistischen Klassen, Privateigentum an Produktionsmitteln und Ausbeutung beruhenden Gesellschaftsformationen ist jedoch der Erfolg der Wirtschaftspolitik beschränkt; sie erfaßt nur Teilgebiete und nimmt lediglich auf einige Aspekte der Wirtschaftsprozesse Einfluß. Die objektiv und unabhängig vom Bewußtsein der Menschen existierenden und wirkenden ökonomischen Gesetze lassen nur im begrenzten Maße zu, der Spontanität der ökonomischen Entwicklungsprozesse entgegenzuwirken.

[794] Die Wirtschaftspolitik im vormonopolistischen Kapitalismus, besonders aber in seinem imperialistischen Stadium stutzt sich auf die Ausnutzung von Wirtschaftstheorien, von Erfahrungen und

Erkenntnissen aus der Wirtschaftspraxis, um die beabsichtigten ökonomischen Ziele im Interesse der herrschenden Klasse zu erreichen. Obwohl bürgerliche Wirtschaftstheorien vor allem im Rahmen der staatsmonopolistischen Regulierung für wirtschaftspolitische Entscheidungen an Bedeutung gewinnen, gelingt es auch dadurch nicht, die spontane Wirkung der ökonomischen Gesetze der kapitalistischen Wirtschaftsentwicklung einzuschränken, ohne die kapitalistischen Produktionsverhältnisse insgesamt zu beseitigen.

Historisch ist die Herausbildung einer Wirtschaftspolitik mit der Spaltung der Gesellschaft in Klassen, der Entstehung der Klassengesellschaft und der Schaffung des Staates verbunden. Der Staat als Teil des politischen Überbaus wurde Subjekt der Wirtschaftspolitik und entwickelte neben Rechtsnormen ökonomische Maßnahmen als Formen staatlicher Einflußnahme im Interesse der herrschenden Klassen. „Die Rückwirkung der Staatsmacht auf die ökonomische Entwicklung“, stellte Engels zu den Einflußmöglichkeiten des Staates auf die Wirtschaft fest, „kann dreierlei Art sein: Sie kann in derselben Richtung vorgehn, dann geht‘s rascher, sie kann dagegen angehn, dann geht sie heutzutage auf die Dauer in jedem großen Volk kaputt, oder sie kann der ökonomischen Entwicklung bestimmte Richtungen abschneiden und andre vorschreiben – dieser Fall reduziert sich schließlich auf einen der beiden vorhergehenden.“ [MEW 37: 490 f.]

Die Notwendigkeit für die ökonomische Wirksamkeit des Staates, d. h. einer staatlichen Wirtschaftspolitik, ergibt sich in der antagonistischen Klassengesellschaft von vornherein aus den beiden klassischen Funktionen des Staates, der nach innen gerichteten „Ordnungsfunktion“ und der nach außen gerichteten „Schutzfunktion“. Als politische Tätigkeit des Staates besitzen beide bereits erhebliche ökonomische Bedeutung. Die staatlichen Instrumentarien zur Unterdrückung der Volksmassen und zur Aufrechterhaltung der Ausbeutung durch Polizei und Justiz im Innern des Landes erfordern ebenso wie das zur Sicherung des Klassenstaates nach außen, die Wahrnehmung der äußeren Interessen der herrschenden Klassen notwendige Militär erhebliche finanzielle Mittel, die der Staat vor allem durch Steuern und Kredite beschafft. [14: Bd. 3, 106] In dem Maße, wie die Ausgaben des Staates für die Ausübung dieser Grundfunktionen, insbesondere für die Rüstung, stiegen und einen zunehmenden Anteil am Nationaleinkommen darstellten, entwickelte sich die Finanzpolitik zu einem wichtigen Bestandteil der staatlichen Wirtschaftspolitik.

Eine über die Sicherung der Grundfunktionen bereits hinausgehende staatliche Wirtschaftspolitik stellte der im 17./18. Jh. in England, Frankreich, Italien, Deutschland, Rußland und anderen europäischen Staaten verbreitete Merkantilismus dar. Im Interesse der politischen, ökonomischen und militärischen Stärkung des Landes strebte die merkantilistische Wirtschaftspolitik eine aktive Handelsbilanz an und versuchte, durch Zwangsmittel eine „beschleunigte Herstellung der Bedingungen der kapitalistischen Produktionsweise“ zu erreichen. [MEW 25: 793] Als Wirtschaftspolitik in der Periode der ursprünglichen Akkumulation des Kapitals beabsichtigte der Merkantilismus mittels eines Protektionssystems, vor allem durch Schutzzölle und Einfuhrverbote zur Förderung des Exports, durch staatliche Produktionsmonopole, Vergabe von Privilegien und Subventionen, „den Übergang aus der altertümlichen in die moderne Produktionsweise gewaltsam abzukürzen“. [MEW 23: 784 f.]

Diese direkten Eingriffe des Staates in die Wirtschaft wurden im 19. Jh. mit dem Übergang zum Kapitalismus der freien Konkurrenz und zur Wirtschaftspolitik des ökonomischen Liberalismus beseitigt. Die Bourgeoisie erwartete zunächst von ihrem **[795]** Staat, daß er sich nur auf die Grundfunktionen beschränkt, das ungestörte Funktionieren des kapitalistischen Systems nach innen und außen sichert, aber selbst die dafür erforderlichen Ausgaben minimiert. Die vom klassischen bürgerlichen Liberalismus vertretene Losung „laissez faire, laissez aller!“ lehnte eine darüber hinausgehende Einmischung des Staates in die Wirtschaft ab. [5: 28]

Der ökonomische Liberalismus trat entsprechend diesem Prinzip für eine uneingeschränkte Freiheit der Produktion (Gewerbefreiheit) und des Handels (Freihandel) ein. Nach der Verkündigung der Gewerbefreiheit erreichte der Freihandel in den 60er und Anfang der 70er Jahre des 19. Jh. international seinen Höhepunkt. [14: Bd. 2, 45 ff., 50 ff.].

Obwohl während der historischen Periode des ökonomischen Liberalismus der Staat im Vergleich zur vorhergehenden und folgenden in weit geringerem Umfang auf den Reproduktionsprozeß

einwirkte, konnte er auch in diesem Zeitabschnitt nicht auf bestimmte über die Grundfunktion hinausgehende Maßnahmen zur Systemsicherung verzichten. Das betraf insbesondere seine Einflußnahme zur Einschränkung der Arbeitszeit des Proletariats, d. h. des Raubbaus am Ausbeutungsobjekt der Bourgeoisie. Die Durchsetzung des Normalarbeitstages, der zuerst in England erreicht wurde, war letztlich eine Maßnahme zur Systemsicherung. [MEW 23: 294 ff.] Darüber hinaus spielte der Staat vor allem in Deutschland durch seine Beteiligung am Eisenbahnbau sowie durch den Ausbau und den weitgehend staatlichen Charakter des Bildungswesens, der staatlichen Post, der Kanäle und Chausseen eine unmittelbare ökonomische Rolle. Dennoch war auch in den einzelnen deutschen Staaten bis zum letzten Drittel des 19. Jh. die Wirtschaftspolitik weitgehend durch den ökonomischen Liberalismus charakterisiert. [14: Bd. 3, 106 f.] Mit der Gründung des Deutschen Reiches 1871 änderte sich die liberale Haltung des Staates in Deutschland zunächst am raschesten. Dieser grundsätzliche Wandel in der Wirtschaftspolitik setzte sich mit dem allmählichen Machtzuwachs der Bourgeoisie durch, die als besonderes Merkmal für den entstehenden deutschen Imperialismus ein Zweckbündnis mit den Junkern einging. Die verstärkte Übernahme wirtschaftspolitischer Aktivitäten durch den junkerlich-bourgeoisen Staat war begleitet vom Übergang des Kapitalismus der freien Konkurrenz in sein monopolistisches Stadium [14: Bd. 3, 68 ff.], wozu Marx feststellte, daß die Entwicklung des Kapitalismus „in gewissen Sphären das Monopol her(stellte) und ... daher die Staatseinmischung heraus(forderte) „. [MEW 25: 454] Diese Entwicklung führte in Deutschland stärker als in anderen Ländern bereits zu diesem Zeitpunkt zu ersten Ansätzen des staatsmonopolistischen Kapitalismus. [6: 110] [15: 58 ff.] Die neue Rolle des Staates basierte letztlich ebenso wie die Monopolisierung auf dem hohen Vergesellschaftungsprozeß der Produktion. Wichtigste Triebkraft dieses Prozesses war die in der Gründerkrise 1873 zutage getretene Zuspitzung des Grundwiderspruchs. [LW 22: 213 ff.] Gerade die Folgen der Krise führten bei vielen Vertretern von Bourgeoisie und Junkertum einen Wandel ihrer Ansichten über den ökonomischen Liberalismus herbei, dessen Schwächen im politischen Bereich gegenüber dem Ausland offenkundig schienen. Der zunehmende Druck der internationalen Konkurrenz bestärkte die Ausbeuterklasse darin, den Staat stärker zur Sicherung ihres Profitmechanismus einzusetzen. Der Übergang zum Monopolkapitalismus erforderte in diesem Stadium ebenfalls die verstärkte Einbeziehung des Staates, um z. B. mittels staatlichen Zolls monopolistische Preisabsprachen zu ermöglichen. [14: Bd. 3, 72] Diese neuen staatlichen Aktivitäten waren auch nach außen eine Notwendigkeit geworden. Das Zuspätkommen Deutschlands bei der Aufteilung des Weltmarktes, der Rohstoffquellen und Kolonien erforderten von Anfang an größere Unterstützung. Die zunehmende Organisation der Arbeiterklasse, ihre vermehrten Klassenkampfaktionen **[796]** und nicht zuletzt das Beispiel der Pariser Kommune zeugten vom Aufschwung der marxistischen Arbeiterbewegung. Sie bedrohte damit nicht nur den unmittelbaren Profitmechanismus, sondern das gesamte kapitalistische System. Die herrschenden Klassen suchten deshalb den Staat immer mehr auch zur ökonomischen Stabilisierung heranzuziehen. Die Einführung der staatlichen Sozialversicherung in den 80er Jahren war ein Ausdruck dafür, wobei geschickt lassalleanische Illusionen bei Teilen der Arbeiterklasse über den „Staatssozialismus“ ausgenutzt wurden. [14: Bd. 3, 109 f.] Die entscheidende Wende in der Wirtschaftspolitik seit Ende der 70er Jahre vollzog sich unter dem Druck der noch immer einflußreichen Junker und spiegelte sich zunächst in der Einführung der Schutzzölle bzw. der Ausdehnung des staatlichen Wirtschaftssektors durch die Eisenbahnverstaatlichung wider [MEW 19: 172 ff.], wobei der staatliche Sektor in Deutschland schon während der industriellen Revolution stärker ausgeprägt war als in den USA, Großbritannien oder Frankreich. Die Konsolidierung der monopolistischen Basis vergrößerte den Einfluß der Großbourgeoisie, vor allem der schwerindustriellen Gruppe, und veränderte damit auch den Charakter des Staates zugunsten des Monopolkapitals. Die staatliche Wirtschaftspolitik nahm immer mehr staatsmonopolistische Züge an [7: Bd. 14, 173 ff.] und führte nach Bismarcks Sturz zum verstärkten Einfluß der Monopolbourgeoisie auf den Produktions- und Zirkulationsprozeß. Der erste Weltkrieg förderte nicht nur die Herausbildung des staatsmonopolistischen Kapitalismus [19: 113 ff.], sondern offenbarte mit dem Ausbruch der allgemeinen Krise zugleich die Verschärfung aller politischen und ökonomischen Widersprüche. Sie drängten zur sprunghaften Ausdehnung der ökonomischen Rolle des Staates in Richtung einer „öffentlichen Regulierung“ [LW 26: 157] in enger Verflechtung mit der privatmonopolistischen Regulierung. Diese

wechselseitige Regulierung führte unter den Bedingungen des Krieges zur imperialistischen Kriegswirtschaft, für die aufgrund der wirtschaftsstrategischen Lage und des Widerspruchs zwischen den ökonomischen Möglichkeiten und den Weltherrschaftsplänen das imperialistische Deutschland zum Prototyp wurde. [19: 59 f.] Sie war auf die Sicherung der Rohstoffversorgung, der Ernährung, der Arbeitskräfte und der Finanzierung für die Weiterführung des Krieges gerichtet. [22: Bd. 1, 398] Das Anwachsen der Widersprüche bei zunehmender Kriegsdauer zwang zum Ausbau und zur Vervollkommnung des Regulierungssystems und erreichte mit dem „Hindenburgprogramm“ [22: Bd. 2, 461 f.] seinen Höhepunkt. In anderen Ländern trugen die kriegswirtschaftlichen Maßnahmen ebenfalls Zwangscharakter, wenn auch die Methoden in Intensität und Ausmaß nicht mit dem deutschen Beispiel zu vergleichen waren. Die folgenden Jahre waren in allen am Krieg beteiligten Ländern mit der Beseitigung zwangswirtschaftlicher Maßnahmen gekennzeichnet durch einen Wandel der staatsmonopolistischen Regulierung entsprechend der veränderten politischen und ökonomischen Situation. [19: 115] Die Oktoberrevolution hatte außerdem eine klare Alternative zur bestehenden Ausbeuterordnung gezeigt. [24: Bd. 3, 15 ff.] Dies zwang die herrschende Klasse, die Intensität und den Wirkungsgrad der Einwirkung des Staates auf die Wirtschaft gegenüber der Vorkriegszeit zu erhöhen und den Gedanken der Systemsicherung stärker als zuvor in ihre Entscheidungen einzubeziehen. Die sozialpolitischen Zugeständnisse nach der Novemberrevolution waren in Deutschland ein erstes Anzeichen. [24: Bd. 3, 182 ff.] Zugleich suchten Monopolkapital und Junkertum die Zuspitzung der äußeren Widersprüche, insbesondere zwischen den USA bzw. Großbritannien und Frankreich, für die Strategie der Überwindung der Folgen der Niederlage im ersten Weltkrieg auszunutzen, um auf dem Weg zur erneuten Vorherrschaft in der Welt zunächst eine gleichberechtigte Stellung zu erlangen. [24: Bd. 3, 230] Diesem Ziel war auch die Beseitigung der Reparationen untergeordnet. Die deutsche Monopolbourgeoisie fand insbesondere dabei die Unterstüt-**[797]**zung jener Monopolgruppen in den USA, deren Interessen von einer Verstärkung der Führungsrolle des amerikanischen Imperialismus geprägt waren. Die nach Kriegsende fortgeführte und bis ins Extrem gesteigerte Inflationspolitik war folgerichtig u. a. darauf gerichtet, das Reparationsproblem durch Zerrüttung der Währung zu lösen. [14: Bd. 3, 243] Auch die nach der Währungsstabilisierung durchgeführten Maßnahmen waren nach innen und außen dieser Strategie untergeordnet. Der Kampf um die Beseitigung der Reparationen ging in verschleierter Form weiter (s. Dawesplan [13: Bd. 3, 259] [16: 120]). Er führte zu unterschiedlichen Standpunkten innerhalb der herrschenden Klasse, die in der sogenannten Katastrophen- bzw. Erfüllungspolitik zum Ausdruck kamen. [18: 46 f.] Die flexiblere Gruppe setzte sich durch und erlangte in den folgenden Jahren, ideenreich die Widersprüche zwischen den Ententemächten ausnutzend, eine Reihe von Zugeständnissen, die die Position des deutschen Imperialismus stark verbesserten. [14: Bd. 3, 272] Auch nach innen setzte das Monopolkapital seine Offensive fort und nutzte die Rationalisierungskampagne [14: Bd. 3, 267] rücksichtslos zur wissenschaftlich betriebenen Ausbeutung aus (Taylorismus, Fließbandproduktion) **,** um soziale Konzessionen weiter abzubauen und den technologischen Rückstand besonders gegenüber den USA aufzuholen. Man war bestrebt, dem wachsenden Vergesellschaftungsprozeß durch Rationalisierung, Elektrifizierung und Chemisierung im Hinblick auf das strategische Ziel zur Erweiterung des industriellen Potentials und der internationalen Konkurrenzfähigkeit zu begegnen und durch eine Art „Technik-Politik“ [14: Bd. 3, 24, 36] den technisch-organisatorischen Fortschritt mit Hilfe des Staates zu beeinflussen. Die in diesen Jahren der relativen Stabilisierung erreichte Konsolidierung, die der Tendenz in allen kapitalistischen Ländern entsprach, beruhte zu einem großen Teil auf der engen Liierung mit dem anglo-amerikanischen Kapital und führte trotz aller Widersprüche zu Ansätzen einer der Internationalisierung auch des deutschen Wirtschaftslebens. Die besonders enge Bindung an das US-Kapital bestimmte wesentlich Ausmaß und Intensität der Weltwirtschaftskrise in Deutschland. Diese schwerste Krise des Monopolkapitalismus erzwang den weiteren Ausbau der wirtschaftspolitischen Aktivitäten in allen kapitalistischen Hauptländern zu einem System staatsmonopolistischer Regulierung. So sollte vor allem am Ende der Krise mit dem Übergang zur antizyklischen Regulierung als neues Steuerungsinstrument ein Wandel herbeigeführt werden. In Deutschland waren diese Maßnahmen in dem 1932 von der Schleicher-Regierung entworfenen Programm zusammengefaßt. [8: 221 ff.] Sie gingen von einer durch den Staat getragenen Investitionspolitik durch Kreditausweitung zur Schaffung von Arbeitsplätzen aus und

wiesen in ihrer Zielvorstellung ähnliche Schwerpunkte wie die Rooseveltsche New-Deal-Politik in den USA auf. [7: Bd. 30, 222 f.] Während diese Maßnahmen in Deutschland im Frühjahr 1933 bereits unter der faschistischen Diktatur auch mit systemsicherndem Aspekt entschieden durchgesetzt wurden, ließ die Wirksamkeit des Roosevelt-Programms durch den wachsenden Widerstand des amerikanischen Monopolkapitals rasch nach. Obwohl die kurzfristigen konjunktur-belebenden Wirkungen durch die faschistische Aufrüstung bald in den Hintergrund traten, gewann diese Umorientierung in der Wirtschaftspolitik der imperialistischen Länder nach dem zweiten Weltkrieg große Bedeutung. Durch die internationalen Wirkungen der Krise gelangte das deutsche Monopolkapital zu einem wichtigen Teilerfolg: Das im Sommer 1931 verkündete Hoover-Moratorium leitete die faktische Liquidierung der Reparationen ein. [14: Bd. 3, 299] Die sich mit zunehmender Krisendauer verschärfende politische und ökonomische Situation wirkte sich in Deutschland besonders negativ auf die schwerindustrielle Gruppe aus. Sie mußte deshalb auch am ehesten an einer Neuorientierung der Wirtschaftspolitik interessiert sein, die vor allem durch die Erweiterung **[798]** des Rüstungsmarktes die Expansion auf die Außenmärkte garantierte. Zur Realisierung dieses Zieles war die Liquidierung der bürgerlichen Demokratie durch eine politische Macht notwendig, die mit der NSDAP auch über die notwendige Massenbasis verfügte. Die Errichtung der faschistischen Diktatur bedeutet deshalb politisch nicht nur die Installierung der extremsten Form der Klassenherrschaft des Kapitals [2: Bd. 2, 527], sondern ökonomisch eine sofortige Aufrüstungspolitik. Damit gelang den reaktionärsten Teilen der herrschenden Klasse ein entscheidender Schritt für günstigere Ausgangsbedingungen bei ihren Weltherrschaftsplänen [23: Bd. 1, 67 f.] Für die rasche Aufrüstung waren ökonomische und organisatorische Vorbereitungen erforderlich, die mit verschiedenen gesetzgeberischen Maßnahmen die Basis für die geplante Wirtschaftspolitik bildeten (z. B. „Gesetz zur Ordnung der nationalen Arbeit“, „Gesetz zur Vorbereitung des organischen Aufbaus der deutschen Wirtschaft“, das Zwangskartellgesetz und Reichserbhofgesetz). [23: Bd. 1, 74] Mit der Fortsetzung und Erweiterung der antizyklischen Regulierungspolitik versuchte man wirtschaftlich die gewonnene Massenbasis durch das im Juni 1933 erlassene Arbeitsbeschaffungsprogramm zu stabilisieren, dessen „ziviler“ Anstrich der New-Deal-Politik ähnlich schien. [14: Bd. 3, 309 f.] Schwerpunkt dieses durch öffentliche Investitionen getragenen Programms war der Straßenbau, insbesondere der Bau von Autobahnen. [10: 113 ff.] Obwohl die unmittelbaren Rüstungsausgaben 1933 noch verhältnismäßig geringfügig anstiegen, ging man nach der Liquidierung von oppositionellen Kräften in der NSDAP seit 1934 zur verstärkten Aufrüstung über. Mit der sprunghaften Ausdehnung der Ausgaben für die faschistische Wehrmacht wurden auch die damit verbundenen Rüstungsaufträge schon 1934 zur Grundlage des industriellen Aufschwungs und sicherten vorerst der Schwerindustrie eine Vormachtstellung. Der konjunkturelle Aufschwung beruhte deshalb – anders als. z. B. in den USA – von Anfang an auf der Rüstung. Die Finanzierung der staatlichen Rüstungsaufträge erfolgte durch Aufnahme von Zwangskrediten bei Banken und Sparkassen durch eine inflationistische Kreditausweitung (sogenannte Mefo-Wechsel). [4: 43 f.] Die expandierende Industrieproduktion zog einen gesteigerten Rohstoffbedarf nach sich. Wirtschaftspolitisch stand man vor der Alternative der Ausweitung des Imports oder der Ausnutzung aller eigenen Rohstoffe bzw. ihrer Substitution durch synthetische Produkte. Die Gefahr einer akuten Außenhandelskrise [20: 428 f.] sollte durch Schachts „Neuen Plan“ überwunden werden, um durch strikte Beschränkung auf rüstungswichtige Importe das Aufrüstungstempo nicht zu gefährden. [14: Bd. 3, 315 f.] Unterstützt wurden die Maßnahmen durch den Ausbau der Devisenzwangswirtschaft die regionale Umlagerung des Außenhandels auf ökonomisch schwache Länder sowie eine erneute Dumpingexportpolitik. Trotz gewisser Erfolge dieser Außenpolitik wurde seit etwa 1935/36 mit der Ausweitung der Rüstungsproduktion auch die Eigenerzeugung wichtiger Rohstoffe begonnen. [17: 98] Diese „Autarkie“-Investitionen waren in dem 1936 verkündeten „Vierjahresplan“ die Grundlage für die Produktion strategischer Rohstoffe, wie synthetischer Gummi, Treibstoffe, Kunstfasern und Aluminium. [23: Bd. 1, 90 ff.] [14: Bd. 3, 319] Diese Politik war zugleich Ausdruck des sich vollziehenden Sprungs in der staatsmonopolistischen Regulierung zugunsten der Chemie- und Elektrogruppe. [3: 48 ff.] Trotz fieberhafter Aufrüstung zeichneten sich seit 1936/37 deutlich Krisenpunkte in der Rüstungszwangswirtschaft ab, die zu verstärkten Eingriffen des Staates zwangen. Die Konsumtion wurde systematisch beschränkt und durch einen Lohnstopp abgesichert. Gleichzeitig wurde mit der Beschränkung des Verkaufs der Ware

Arbeitskraft begonnen und die freie Arbeitsplatzwahl aufgehoben, die 1938 ihren vorläufigen Höhepunkt erreichte. [23: Bd. 1, 94 und 95] [14: Bd. 3, 320 f.] In Ausnutzung des erreichten Rüstungsvorsprungs begann das faschistische Deutschland faktisch schon vor dem offiziellen Kriegsbeginn mit dem Übergang **[799]** zur Kriegswirtschaft. Das Scheitern der Blitzkriegsstrategie zwang mit Hilfe weiterer staatlicher Eingriffe zur maximalen Steigerung der Rüstungsproduktion. [23: Bd. 1, 198 ff., 220 ff.] Das bedeutete vor allem weitere Einschränkung der Konsumtion, die Militarisierung der Arbeitskräfte und eine immer offenere und brutalere wirtschaftliche Ausplünderung der besetzten Gebiete und die Versklavung ihrer Bevölkerung [24: Bd. 1, 337; Bd. 2, 423 ff.] [14: Bd. 3, 332 ff.]. Die gesetzmäßige Niederlage beendete diese räuberische Wirtschaftspolitik.

Die Errichtung des sozialistischen Weltsystems, die weltweite Auseinandersetzung zwischen Sozialismus und Kapitalismus und die wachsende Kampfkraft der Arbeiterklasse haben in den ersten Nachkriegsjahrzehnten nicht nur zu einer Neuorientierung der Wirtschaftspolitik der imperialistischen Staaten geführt (wie Vollbeschäftigung und Wirtschaftswachstum), sondern auch die indirekten Formen der staatsmonopolistischen Regulierung, wie sie sich z. B. in Deutschland während der Weimarer Republik in ihren Grundzügen herausgebildet hatte, wieder in den Vordergrund gerückt. Diese Entwicklung war infolge des wachsenden Druckes auf die herrschende Klasse mit sozialpolitischen Konzessionen verknüpft, die durch ein breites monetäres Instrumentarium der Beeinflussung der Geld- und Kreditpolitik abgesichert werden sollten. Die volle Entfaltung der indirekten Regulierungsformen erfolgte in enger Korrelation mit verschiedenen ökonomischen Theorien, die für wirtschaftspolitische Entscheidungen immer mehr zum Ausgangspunkt wurden.

Der Übergang zum Imperialismus und die Herausbildung des staatsmonopolistischen Kapitalismus steigerten die Bedeutung der bürgerlichen Wirtschaftswissenschaften bei wirtschaftspolitischen Entscheidungen. Etwa bis zum ersten Drittel des 20. Jh. beharrten die bürgerlichen ökonomischen Theorien auf den Grundpositionen des Kapitalismus der freien Konkurrenz und ignorierten weitgehend die sich bis dahin vollzogenen Wandlungen zum Monopolkapitalismus. Der Widerspruch zwischen ihren theoretischen Interpretierungsversuchen und daraus abgeleiteten Modellen einerseits und der monopolistischen Realität andererseits führte zu einer „Krise der Nationalökonomie“ [12], die der seit dem ersten Weltkrieg offen ausgebrochenen allgemeinen Krise und den katastrophalen wirtschaftlichen Folgen des Krieges im Weltmaßstab hilflos gegenüberstand. Die Weltwirtschaftskrise zerstörte die letzten Illusionen über die Funktionsfähigkeit des kapitalistischen Konkurrenz- und Marktmechanismus. [13: 286] Ansätze für eine neue Betrachtungsweise waren schon früher vorhanden. Ein grundsätzlicher Wandel schien sich jedoch erst mit den von dem englischen Ökonomen Keynes vertretenen Ideen über die qualitativ neue Rolle des Staates im heutigen Kapitalismus anzubahnen. Mit dieser flexibleren Theorie überwand Keynes in wesentlichen Punkten traditionelle Denkschemata, wie z. B. die Vorstellung vom automatischen Ausgleich zwischen Angebot und Nachfrage, berücksichtigte einige reale Widersprüche des Imperialismus und versuchte, vor allem unter gesamtwirtschaftlichem Aspekt, entsprechende Empfehlungen an den bürgerlichen Staat zu geben, ohne die Grundpositionen des Kapitalismus anzutasten. Besonders die neue Rolle des Staates unter den veränderten Bedingungen und die Neubewertung der Investitionstätigkeit für die gesamtvolkswirtschaftliche Entwicklung schienen den neuen Verwertungsbedingungen des Kapitals besser zu entsprechen. Die entscheidende Schlußfolgerung zur Überwindung von Krisensituationen bestand darin, daß er bei geringer Investitionsneigung des Privatkapitals und damit geringer Nachfrage nach Investitionsgütern diesen krisenverstärkenden Prozeß durch staatliche Investitionen beenden wollte, um die Massenarbeitslosigkeit auf ein „normales“ Maß von 3-5% zu senken. Zur Finanzierung dieser hauptsächlich unproduktiven Investitionen (Rüstung) sollten inflationäre Methoden gewählt werden. Damit lieferte er die theoretische Be-**[800]**gründung für die Notwendigkeit einer – heute stark praktizierten – Inflationspolitik zur Aufrechterhaltung des modernen Wirtschaftsmechanismus.

Die nach 1945 eingeengten Wirkungsbedingungen des internationalen Kapitals und. die verstärkte Systemauseinandersetzung auf ökonomischem Gebiet rückten die Sicherung des weiteren Wachstums des Kapitalismus in den Vordergrund. Das war die Grundlage der Theorie des Wirtschaftswachstums. [11] Das Unvermögen des Kapitalismus, ein kontinuierliches Wachstum zu ermöglichen und Krisen

zu eliminieren, Inflationsprozesse zu überwinden und eine internationale Währungsstabilität zu garantieren, offenbarte den geringen Nutzen, der in den letzten Jahrzehnten daraus gezogen wurde. Die wachsenden Widersprüche in der kapitalistischen Welt (Erschöpfung natürlicher Ressourcen, Bevölkerungsexplosion, Umweltzerstörung) zwangen zur schrittweisen Verdrängung des Wachstumsgedanken (vom „beschränkten Wachstum“ über „selektives Wachstum“ bis zum „Nullwachstum“). Eng verbunden mit Problemen der Beschäftigung, der Investitionstätigkeit oder der Inflationsprozesse spielten der Konkurrenzmechanismus und die staatliche Regulierung in den Wirtschaftstheorien der Nachkriegsperiode eine große Rolle. Obwohl sich mit dem Übergang zum Imperialismus die Konkurrenzfrage bereits grundlegend gewandelt hatte, versuchten die bürgerlichen Wirtschaftstheoretiker am Modell der „freien Konkurrenz“ festzuhalten. Nach wie vor sollte gelten, durch staatliche Regulierungen die Spielregeln des „freien Wettbewerbs“ für die Volkswirtschaft aufrechtzuerhalten. Diese in den ersten Nachkriegsjahrzehnten ausgeprägte Richtung des „Neoliberalismus“ war aufgrund besonders begünstigender Verhältnisse in der BRD weit verbreitet. [9] Der rasche Vergesellschaftungsprozeß der Produktion und die Zuspitzung sozialökonomischer Widersprüche drängten immer stärker zum Ausbau der staatsmonopolistischen Regulierung, um die überholten kapitalistischen Eigentums- und Aneignungsverhältnisse den neuen Bedingungen anzupassen und das Gesamtsystem zu erhalten. Das mußte zunehmend durch den Staat geschehen. In Ländern wie Frankreich, Großbritannien, den USA, Schweden u. a. vollzog sich deshalb mehr oder weniger ausgeprägt schon unmittelbar nach dem zweiten Weltkrieg diese Form der Regulierung des gesamtwirtschaftlichen Reproduktionsprozesses, die mit Begriffen wie Planung, Programmierung, Globalsteuerung, Planifikation, Rahmenplanung usw. umschrieben wird. [1] [21] Ziel dieser Maßnahmen sind die durch langfristig-strategische und aus den ökonomischen Bedürfnissen der kapitalistischen Produktion erwachsende Formulierung von Globalkonzeptionen, der effektivste Einsatz von Staatsfinanzen, eine vermehrte Ausnutzung von Wissenschaft, Technik und Bildung u. a. Dabei gelingt es gegenwärtig trotz verstärkter Einbeziehung des Staates und Ausnutzung ständig neuer Methoden immer weniger, die Widersprüche zu beseitigen, und es werden allenfalls Teilerfolge erzielt.

Literatur:

1. *Bönisch, A.:* Wirtschaftsprogrammierung im Kapitalismus. Berlin 1969; 2. *Dimitroff, G.:* Ausgewählte Schriften. Bd. 2, Berlin 1958; 3. *Eichholtz, D.:* Geschichte der deutschen Kriegswirtschaft. Berlin 1969; 4. *Erbe, R.:* Die nationalsozialistische Wirtschaftspolitik 1933-1939 im Lichte der modernen Theorie. Zürich 1958; 5. *Fabiunke, G./ Thal, P.:* Geschichte der Politischen Ökonomie. Berlin 1976; 6. *Krause, W.:* Bürgerliche Ökonomie im modernen Kapitalismus. Berlin 1967; 7. *Kubitschek, H.,* in: JWG 1963, T. II; 8. *Kuczynski, J.:* Die Geschichte der Lage der Arbeiter unter dem Kapitalismus. Bd. 1-38, Berlin 1960-1972; *9. Kuczynski, Th.:* Wirtschaft und Staat im Imperialismus. Berlin 1976; 10. *Lärmer, K.:* Autobahnbau in Deutschland 1933-1945. Berlin 1975; 11. *Meißner, H.:* Theorie des Wirtschaftswachstums. Berlin 1972; 12. *Ders.:* Zur Kritik ge-**[801]**genwärtiger bürgerlicher sozialökonomischer Theorien. Berlin 1975; 13. *Ders./Böhnisch, A.:* Wirtschaft und Staat im Imperialismus. Berlin 1976; 14. *Mottek, H.:* Wirtschaftsgeschichte Deutschlands. Bd. 1-3, Berlin 1957-1974; 15. *Nussbaum, H.,* in: JWG 1970, T. IV, S. 25 ff.; 16. *Obermann, K.:* Die Beziehungen des amerikanischen Imperialismus zum deutschen Imperialismus in der Zeit der Weimarer Republik. Berlin 1952; 17. *Petzina, D.:* Autarkiepolitik im Dritten Reich. Stuttgart 1968; 18. *Ruge, W.:* Weimar – Republik auf Zeit. Berlin 1969; 19. *Schröter, A.:* Krieg – Staat – Monopol 1914-1918. Berlin 1965; 20. *Schweitzer, A.:* Big Business in the Third Reich. Bloomington 1964; 21. *Schwank, K.-H.:* Staatsmonopolistische Wirtschaftsregulierung in der Gegenwart. Berlin 1974; 22. *Deutschland im 1. Weltkrieg.* Bd. 1-2, Berlin 1968; 23. *Deutschland im 2. Weltkrieg.* Bd. 1-2, Berlin 1974-1976; 24. *Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung.* Bd. 3, Berlin 1966.

Lothar Baar/Peter Meyer

2.5.27. Wissenschaftlich-technische Revolution

Der Terminus „wissenschaftlich-technische Revolution“, der substantiell weit mehr umfaßt als sprachlich in ihm enthalten ist, wurde in der 2. Hälfte der 50er Jahre von Bernal geprägt [5: 66] und

in die wissenschaftliche Literatur eingeführt. Er ist heute im Bereich der marxistisch-leninistischen Gesellschaftswissenschaften allgemein gebräuchlich. Wenngleich der Meinungsstreit um das Wesen dieses Phänomens und auch um seine terminologische Benennung prinzipiell als abgeschlossen betrachtet werden kann, so wird auch im Kreise marxistischer Gesellschaftswissenschaftler bisweilen noch von einer „zweiten industriellen Revolution“ gesprochen. Im Gegensatz zu entsprechenden Anschauungen der bürgerlichen Theorie wird aber gleichzeitig hervorgehoben, daß eine Stabilisierung des Kapitalismus dadurch keineswegs eintritt.

Die marxistisch-leninistische Gesellschaftstheorie definiert die wissenschaftlich-technische Revolution als einen gesetzmäßigen, historisch determinierten und komplexen Prozeß des revolutionären Wandels der gesellschaftlichen Produktivkräfte in der weltweiten Phase des Übergangs der Menschheit vom Kapitalismus zum Kommunismus. Im Verlauf dieses Prozesses werden sich das Gesamtsystem der gesellschaftlichen Produktivkräfte und die Rolle und Funktion des Menschen in diesem System radikal verändern. „Das Wesen und der Inhalt der wissenschaftlich-technischen Revolution kann also nicht auf diese oder jene, und sei es die größte, wissenschaftliche Entdeckung oder technische Erfindung allein reduziert werden, etwa auf die Erschließung neuer Energiearten, die Anwendung neuer Werkstoffe usw. Die wissenschaftlich-technische Revolution beinhaltet vielmehr qualitative Veränderungen in der materiell-technischen Basis der Produktion und ihrer Leitung, aber auch in der Stellung und Funktion des Menschen im Arbeitsprozeß und damit im Charakter der Arbeit. Ihr Wesen besteht in der organischen Verbindung und Wechselwirkung von Wissenschaft, Technik und Produktion, in der sich daraus ergebenden grundlegenden Veränderung der technisch-ökonomischen Elemente des Produktionsprozesses sowie der Umwälzung der Struktur und Arbeitsweise der Wissenschaft.“ [15: 23]

Ihrer historischen Stellung in der Entwicklung der Produktivkräfte nach ist die wissenschaftlich-technische Revolution vergleichbar mit der industriellen Revolution des 18./19. Jh. Sie findet ihren Ausgangspunkt dort, wo das von der industriellen Revolution geschaffene System der gesellschaftlichen Produktivkräfte durch zunehmende Wider-**[802]**sprüche behindert und schließlich in eine prinzipielle neue Richtung gedrängt wird. Sozialökonomisch trat dies ein mit der Entstehung des Imperialismus und des staatsmonopolistischen Kapitalismus, des letzteren als der unmittelbaren materiellen Vorstufe für den Sozialismus. [LW 22] Als kapitalistische Bewegungsform der Konflikte zwischen Produktivkräften und Produktionsverhältnissen trieben sie die Entwicklung der Produktivkräfte bis zu jenem Punkt, da die sie umgebende „Hülle“, die Produktionsverhältnisse, gesprengt werden mußte.

Wissenschaftliche Ansatzpunkte lieferte die sich um die Wende zum 20. Jh. vollziehende Revolution in den Naturwissenschaften, die sich in dem Maße verstärkten, wie die theoretischen Grundlagen für die automatische Beherrschung technischer Steuer- und Regelvorgänge gelegt wurden und in direkten Konnex zur damaligen Produktion traten. [16: 19] Als wichtigster technischer Auftakt muß die mechanische Fließfertigung (Fließband) angesehen werden. Sie zerlegte den Fertigungsprozeß in einfachste und ständig wiederholbare Detailoperationen und schuf so wesentliche Voraussetzungen, den Algorithmus für ihre selbsttätige, d. h. automatische Bewältigung zu finden. [37: 34]

Die verschiedenen Momente des erwähnten wissenschaftlich-technischen Fortschritts, auch ihre Verflechtung untereinander, verdichteten sich in den 40er Jahren des 20. Jh. Der diesbezügliche Einfluß des zweiten Weltkrieges äußerte sich namentlich in der Nutzung elektrischer und elektronischer Steuer- und Regeleinrichtungen und quasi automatischer Produktionsaggregate für militärische Zwecke. Etwa in der 1. Hälfte der 50er Jahre erreichten sie schließlich jenes Ausmaß, daß in den sozialistischen und kapitalistischen Industrieländern vom eigentlichen Beginn der wissenschaftlich-technischen Revolution gesprochen werden kann.

Gegenwärtig befindet sich die wissenschaftlich-technische Revolution trotz aller bereits erreichten Fortschritte noch in den Anfängen. In den sozialistischen und den kapitalistischen Industrieländern wird der mit Abstand größte Teil der industriellen Produktionseinrichtungen noch in herkömmlicher Weise betrieben, von der Landwirtschaft ganz abgesehen. Die Entwicklungsländer sind von ihr noch kaum berührt worden.

Bei der Analyse dieses gegenwärtig modernsten Entwicklungsstadiums der Produktivkräfte hat jene Methodologie, wie sie von Marx zur Untersuchung der industriellen Revolution verfolgt wurde, zu wissenschaftlich einwandfreien Resultaten geführt. [36: 137] Hiernach läßt sich auch für die wissenschaftlich-technische Revolution ein ihr Wesen maßgeblich beeinflussender Kernprozeß herausschälen, dem weitere, miteinander verflochtene Prozesse angelagert sind. [19: 144 ff.] Als Kernprozeß der wissenschaftlich-technischen Revolution figuriert die Automatisierung der Produktion, aber auch der geistigen Routinearbeiten, die im hier erörterten Sinne als „Einführung oder Verwendung automatischer materieller Einrichtungen oder Vorgänge, durch welche menschliche Arbeit und eine bis ins einzelne gehende Kontrolle durch den Menschen größtenteils ausgeschaltet werden“ [22: 16], definiert werden kann. Die Automatisierung als charakteristisches und übergreifendes Moment der neuen Produktionsmethoden macht den Produzenten für den unmittelbaren Fertigungsprozeß entbehrlich und bringt damit das Wesen der wissenschaftlich-technischen Revolution am deutlichsten zum Ausdruck. In den westlichen Industrieländern, im Kreise der bürgerlichen Interpreten des modernen wissenschaftlich-technischen Fortschrittes, wird die Automatisierung häufig als Synonym für die wissenschaftlich-technische Revolution in ihrer Gesamtheit angesehen. [7] [12] [24]

Die Automatisierung äußert sich gegenwärtig in folgenden Formen:

– als automatisches Einzelaggregat, bestehend aus Antrieb, Kraftübertragung, Bearbeitungsbereich, Steuer- und Regeleinrichtungen; **[803]**

– als automatische Transferstraße (Fließstraße), zusammengesetzt aus mehreren verschiedenartigen automatischen Einzelmaschinen zur Produktion eines Werkstückes, die durch automatische Transportvorrichtungen miteinander verbunden sind;

– als automatische Fabrikteile bzw. Fabrik, die aus automatischen Einzelaggregaten und Transferstraßen aufgebaut sind, der Produktionsablauf wird durch Prozeßrechner gesteuert;

– als Computer resp. EDV-Anlage zur automatischen Verarbeitung von Informationen auch im nichtproduktiven Bereich und zur Automatisierung auch geistiger Routinefunktionen.

In ihrer entwickelten Form (Komplexautomatisierung) zielt die Automatisierung nicht primär darauf ab, herkömmliche mechanische Produktionsprozesse automatisch nachzuahmen. Als durchgängiges Prinzip obwaltet vielmehr die Tendenz nach erhöhter Integration und Kontinuität des Produktionsablaufes in dem Sinne, ihn, wie übrigens auch das Produkt, den Anforderungen der automatischen Produktionsmethoden entsprechend radikal umzugestalten. Eine neue Stufe der Gesamtentwicklung dürfte mit der automatischen Herstellung der automatischen Aggregate selbst zu erwarten sein.

Historisch betrachtet lassen sich technische Elemente der Automatisierung vereinzelt bereits im Altertum (Heron v. Alexandria), häufiger im 18. und 19. Jh. (Vaucansons und Jacquards lochkartengesteuerte Webstühle, Automatenuhren, Androiden) und namentlich seit dem ersten Drittel des 20. Jh. (teilautomatische spanabhebende Bearbeitungsmaschinen) feststellen. Ihnen allen gemeinsam ist jedoch, daß sie sich prinzipiell völlig in die zu ihrer Zeit herrschenden Produktionsmethoden eingliedern. Automatische Transferstraßen tauchen erstmals in den 20er Jahren des 20. Jh. (Großbritannien, USA) und Anfang der 30er Jahre (Sowjetunion) auf, bleiben aber zunächst Einzelbeispiele.

In enger Korrespondenz zur Produktions- bzw. Wissenschaftsentwicklung ist auch die historische Genealogie der maschinellen Rechentechnik zu sehen. Ihre mechanische Phase erstreckt sich von den Versuchen Schickarts, Pascals und Leibniz’, die Grundrechenarten mechanisch-maschinell zu bewältigen, bis zur industriellen Herstellung mechanischer Rechenmaschinen, mit der die maschinelle Rechentechnik auf die Anforderungen der industriellen Produktion reagierte, eine steigende Menge technischer und wirtschaftlicher Informationen zu verarbeiten.

Babbage leitete bereits, wenn auch vergeblich, zur automatischen Programmsteuerung in der Datenverarbeitung über (um 1820), und Hollerith (Ende des 19. Jh.) führte die elektromechanische Auswertung der Daten ein. Die beginnende praktische Realisierung des modernen Computers, der vom Prinzip her den Bedingungen der Automatisierung entspricht, erfolgte zwischen Mitte der 30er und 40er Jahre (Zuse Z 1,1938; Aiken MARK I, 1944). Die erste elektronische Großrechenanlage

(ENIAC) wurde 1945 fertiggestellt. Seither hat die Herstellung sowie Anwendung und Leistungsfähigkeit der EDV alle damaligen Erwartungen weit übertroffen.

Mit der Automatisierung in unmittelbarem Zusammenhang stehen qualitative Veränderungen in der Wissenschaft selbst und in ihrer Durchdringung des Produktionsprozesses. Im Zuge der wissenschaftlich-technischen Revolution erreichen die Beziehungen zwischen Wissenschaft und Produktion eine qualitativ höhere Stufe. Sie wird wesentlich dadurch charakterisiert, daß auf der Grundlage eines sich erweiternden Kreises produktionswirksamer Wissenschaftsdisziplinen der Reproduktionsprozeß zunehmend nach wissenschaftlichen Erfordernissen gestaltet werden muß. Dies gilt namentlich für die Organisation und Leitung auf betrieblicher, noch mehr aber auf gesamtgesellschaftlicher Ebene. In diese Rubrik fällt ferner die zunehmende Substitution physikalischer durch chemische Bearbeitungsverfahren.

[804] Auch die enge Verflechtung zwischen wissenschaftlicher Forschung und Produktion zielt in die gleiche Richtung. Schließlich hat die Wissenschaft einen langfristigen Vorlauf für die Produktion zu schaffen. Es versteht sich, daß dieser Entwicklungsverlauf seit der Wende zum 20. Jh. durch wissenschaftsinterne Vorgänge, wie Entdeckung prinzipiell neuer Gesetze und Erscheinungen, die zu neuen Theorien führen, oder zunehmende Integration zwischen selbständigen wissenschaftlichen Disziplinen forciert worden ist. [26: 114]

Analog zur industriellen Revolution des 18./19 Jh. ist die wissenschaftlich-technische Revolution des 20. Jh. eng mit der Erschließung und Nutzung neuer Energiequellen und -formen verknüpft. Die Übertragung lebendiger Arbeit auf moderne Automatismen, die Gewinnung und Verarbeitung der Rohstoffe auf chemischem oder physikalischem Wege und nicht zuletzt die private Sphäre des Menschen gestalten sich zunehmend energieintensiver und zehren den vorhandenen Vorrat an natürlichen Energieträgern auf.

Unter den neuen Möglichkeiten scheint die friedliche Anwendung der Kernenergie die perspektivreichste zu sein. Unbeschadet vieler Vorbehalte und sogar Proteste gegen die Anlage von Kernkraftwerken in den westlichen Ländern, die übrigens der mangelnden Sicherheit und Schutzvorkehrungen des Kapitals aus Kostengründen geschuldet sind, wird das Kernkraftwerk die Energie der Zukunft produzieren, aller Wahrscheinlichkeit nach auf der Basis einer gesteuerten Kernfusion. Natürlich werden bis dahin noch technische und ökonomische Probleme – mit Hilfe der Wissenschaft – gelöst werden müssen. Dazu gehören u. a. auch rationellere Methoden der Überführung einer Energieform in eine andere.

Mit fortschreitender Automatisierung stellt sich auch das Problem des Arbeitsgegenstandes, d. h., es entsteht die Notwendigkeit des Einsatzes neuer Rohstoffe, Werkstoffe usw. Dies deshalb, weil die Anforderungen an die Stabilität bzw. Festigkeit der Erzeugnisse steigen, die Beschaffenheit des Produktes aber maßgeblich von der Eigenart des Stoffes abhängt, aus dem es gefertigt worden ist. Letztere ist auch für die Technologie der Herstellung nicht unbedeutend. Eben dadurch unterlag das bisherige Produkt einer zwangsläufigen Beschränkung insofern, als seine Funktion von vornherein dem vorhandenen Rohstoff angepaßt werden mußte bzw. an dessen Grenze stieß.

Die gegenwärtig noch überwiegende, auf die Bedürfnisse der mechanischen Großindustrie zugeschnittene Rohstoffstruktur resultiert aus der industriellen Revolution. Seitdem traten industriell erzeugte und bearbeitete Rohstoffe immer stärker in den Vordergrund. Trotzdem wurden die Rohstoffe bis Ende des 19. Jh. ausschließlich in ihrem natürlichen Vorkommen verwendet. Erste Versuche in den letzten beiden Jahrzehnten des 19. Jh., Rohstoffe synthetisch nachzuahmen, führten bis in die 30er Jahre des 20. Jh. dazu, völlig neue Stoffe zu synthetisieren (Nylon, Perlon). Inzwischen haben weitere wissenschaftliche Erkenntnisse dazu geführt, das Problem, neuartige Stoffe mit vorausbestimmbaren Eigenschaften herzustellen, vom Prinzip her zu lösen. Potentiell wird die Produktion dadurch in die Lage versetzt, den Rohstoff ausschließlich nach der Zweckbestimmung des Produktes entwickeln zu lassen.

Aus der Marxschen Erkenntnis, wonach sich die Arbeit verschieden organisiert und teilt, je nach den Werkzeugen, über die sie verfügt [MEW 4: 149], läßt sich mit Sicherheit schlußfolgern, daß die

wissenschaftlich-technische Revolution im allgemeinen und die Automatisierung im besonderen auch die herkömmliche Arbeitsteilung verändern werden. Die Schwierigkeit besteht jedoch darin, die Richtungen dieses Wandels eindeutig anzugeben. Als einigermaßen gesicherte Hypothese darf die Feststellung gelten, daß die Automatisierung und die mit ihr einhergehenden Umschichtungen des Produktionsprozesses die *technischen* Voraussetzungen für die professionelle Teilung in körper-**[805]**liche und geistige Arbeit beseitigen werden. Als weiteres, zumindest hypothetisches Problem ist die Frage aufzuwerfen, inwieweit unter den Bedingungen der wissenschaftlich-technischen Revolution die traditionelle Aufgliederung der gesellschaftlichen Arbeit über die Produktionszweige fortdauern wird. Diese auch heute noch übliche Form der Arbeitsteilung orientiert sich prinzipiell am Produkt und reproduziert damit ihren historischen Ausgangspunkt: die Produktion und den Austausch von Waren. Sie behindert, in Verbindung mit dem hohen Ausmaß der vergegenständlichten Arbeit im Produktionsprozeß, dessen zügige Umrüstung entsprechend den jeweils neuesten Erkenntnissen.

Die erwähnten Teilaspekte der wissenschaftlich-technischen Revolution, deren Möglichkeiten und Konsequenzen im einzelnen noch längst nicht abzusehen sind und zu denen mit Bestimmtheit weitere treten werden, sind im Begriff, das Gesamtsystem der Produktivkräfte, in deren Mittelpunkt der Mensch steht, qualitativ zu verändern. Inwieweit sie real für den Produzenten eintreten, hängt von den sozialökonomischen Verhältnissen ab, unter denen sich die wissenschaftlich-technische Revolution gegenwärtig abspielt. Die objektive Tendenz, den Produzenten von den Verrichtungen des unmittelbaren Fertigungsprozesses zu entbinden, ihm schöpferische Tätigkeiten und überhaupt eine beherrschende Position gegenüber den materiellen Bedingungen des Reproduktionsprozesses zuzuweisen, wird durch das Kapitalverhältnis weitgehend behindert. Der für die kapitalistische Gesellschaft unlösbare Widerspruch besteht gerade darin, daß die fortschreitende wissenschaftlich-technische Revolution dazu tendiert, die *technische* Abhängigkeit des Produzenten von den unmittelbaren Produktionsbedingungen endgültig aufzuheben, seine *soziale* Unterordnung unter das Kapitalverhältnis jedoch fortdauern zu lassen. Das Bestreben des Kapitals läuft darauf hinaus, den Produzenten in einem sozialen Abhängigkeitsverhältnis zu halten, dessen objektive Grundlagen im Bereich der Produktivkräfte mit dem Fortgang der wissenschaftlich-technischen Revolution beseitigt werden. So wird der kapitalistische Produzent, der bisher ein Anhängsel der Maschine war, in ein Anhängsel des Automaten verwandelt, sofern er überhaupt im Produktionsprozeß verbleibt. [38: 71 f.]

All die angeführten Momente verdeutlichen, in welchem Maße die wissenschaftlich-technische Revolution bereits in ihrem gegenwärtigen Entwicklungsstand an die Grenzen der kapitalistischen Gesellschaft stößt. Vermochte diese Teilergebnisse dieses modernen Stadiums der Produktivkraftentwicklung zu nutzen, so vertieften sich gerade dadurch die dieser Gesellschaft immanenten Konflikte und Widersprüche, namentlich zwischen Kapital und Arbeit.

Literatur:

1. *Berkeley, E. C.:* Die Computer-Revolution. Frankfurt/M. 1966; 2. *Bernal, J. D.:* Die Wissenschaft in der Geschichte, 3. Aufl., Berlin 1965; 3. *Ders.:* Science in History. London 1957; 4. *Ders.:* Welt ohne Krieg. Berlin 1960; 5. *Bertoux, P.:* Maschine, Denkmaschine, Staatsmaschine. Hamburg/Berlin (West) 1963; 6. *Blaukorn, K.:* Erdteil zweiter Klasse. Gütersloh 1970; 7. *Buckingham, W.:* Automation und Gesellschaft. Frankfurt/M. 1963; 8. *Diebold, J.:* Die automatische Fabrik. Frankfurt/M. 1955; 9. *Dobrow, G. M.:* Potential der Wissenschaft. Berlin 1971; 10. *Ders.:* Wissenschaftswissenschaft. Berlin 1969; 11. *Freyer, A./Papalakas, J. Chr./Weippert, G.*: Technik im technischen Zeitalter. Düsseldorf 1965; 12. *Friedrichs, G.:* Automation und technischer Fortschritt in Deutschland und den USA. Frankfurt/M. 1963; 13. *Galbraith, J. K.:* Die moderne Industriegesellschaft. München 1968; 14. *Gudožnik, G. S.*: Wissenschaftlich-technischer Fortschritt. Berlin 1974; 15. *Hager, K.:* Sozialismus und wissenschaftlich-technische Revolution. Berlin 1972; 16. *Jonas, W./Linsbauer, V./Marx, H.:* Die Produktivkräfte in **[806]** der Geschichte. Bd. 1, Berlin 1969; 17. *Jungk, R.:* Die Zukunft hat schon begonnen. Bern/Stuttgart/Wien 1961; 18. *Kahn, H.:* Angriff auf die Zukunft. Wien/München/ Zürich 1921; 19. *Kuczynski, J.:* Vier Revolutionen der Produktivkräfte. Berlin 1975; 20. *Ders.:* Wissenschaft heute und morgen. Berlin 1973; 21. *Kuhn, Th. S.*: Die Struktur wissenschaftlicher Revolutionen. Frankfurt/M. 1967; 22. *Lilley, S.*: Automation und sozialer Fortschritt. Wien 1958; 23. *Pils, E. P.:*

Wörterbuch der Automation. Stuttgart 1967; 24. *Pollock, Fr.:* Automation. Materialien zur Beurteilung der ökonomischen und sozialen Folgen. Frankfurt/M. 1964; 25. *Rachlin, J. V.:* Wissenschaftlich-technischer Fortschritt und die Effektivität neuer Werkstoffe. Berlin 1975; 26. *Riha, L.:* Wissenschaftlich-technischer Fortschritt und ökonomischer Nutzen. Berlin 1967; 27. *Rose, J.:* Automation: its uses and consequences. Edinburgh/London 1967; 28. *Schult, G.*: Technische Revolution und Strukturwandel in der Industrie. Berlin 1966; 29. *Selbmann, F.:* Ein Zeitalter stellt sich vor. Berlin 1957; 30. *Steinbuch, K.:* Automat und Mensch. Heidelberg 1971; 31. *Ders.:* Falsch programmiert. Stuttgart 1969; 32. *Ders.:* Mensch, Technik, Zukunft. Stuttgart 1971; 33. *Tessmann, K./Vogel, H.:* Die Struktur der Technik im sozialen Prozeß. Rostock o. J.; 34. *Tuchel, K.:* Herausforderung der Technik. Bremen 1967; 35. *Wiener, N.:* Mensch und Menschmaschine. Frankfurt/M. 1952; 36. *Die gegenwärtige wissenschaftlich-technische Revolution.* Berlin 1972; 37. *Man Science Technology.* Moskau/Prag 1973; 38. *Wirtschafts- und sozialgeschichtliche Aspekte der wissenschaftlich-technischen Revolution.* WBMLU 1968/13 (D 9); 39. *Wissenschaftlich-technische Revolution, Sozialismus, Ideologie.* TU Dresden 1974.

Siegfried Richter

[807]

2.6. Entwicklungsländer

2.6.1. Allgemeine Charakterisierung

Entwicklungsländer ist ein Sammelbegriff für alle ehemaligen Kolonien, Halbkolonien und abhängigen Länder, die durch den Zusammenbruch des Kolonialsystems des Imperialismus ihre *politische Souveränität* erlangt haben, aber um ihre *ökonomische Unabhängigkeit* vom Imperialismus noch immer kämpfen. Die Entwicklungsländer stellen somit eine selbständige Kategorie dar, denn sie gehören weder dem imperialistischen noch dem sozialistischen Staatensystem an. Sie gehören aber in ihrer überwiegenden Mehrheit zum kapitalistischen Weltwirtschaftssystem. Dieser Charakterisierung entsprechend, können die Entwicklungsländer als jene ehemaligen Kolonien, Halbkolonien und abhängigen Länder betrachtet werden, in denen die *nationale koloniale Frage* noch nicht endgültig gelöst ist. So betrachtet, umfaßt dieser Begriff nicht alle ehemaligen Kolonien und Halbkolonien. Diejenigen unter ihnen, die im Laufe der zweiten und dritten Etappe der allgemeinen Krise des Kapitalismus ihre *volle* Unabhängigkeit vom Imperialismus erlangt, die nationale koloniale Frage endgültig gelöst und einen sozialistischen Entwicklungsweg eingeschlagen haben, sind in den Begriff der Entwicklungsländer nicht eingeschlossen. Sie sind sozialistische Länder, wenngleich sie auch mit den Entwicklungsländern eine Reihe von gemeinsamen Merkmalen aufweisen, die auf ihrer gemeinsamen Herkunft beruhen. Die Entwicklungsländer bilden eine Gruppe von Ländern, die einen sehr unterschiedlichen sozialökonomischen Entwicklungsstand haben. Auch bestehen zwischen ihnen große Unterschiede in der politischen Struktur. Deswegen setzt eine eingehende Untersuchung eine bestimmte Gruppierung dieser Länder voraus. Wie und nach welchen Kriterien man diese Länder auch gruppiert, sie weisen eine Reihe von Gemeinsamkeiten auf, die auf ihre historische Stellung in der *internationalen kapitalistischen Arbeitsteilung* zurückzuführen und als Merkmale der Rückständigkeit bekannt sind.

Auf den ersten Blick fallen bei den Entwicklungsländern die hervorstechenden demographischen Merkmale auf, die sich in einer sehr hohen Geburtenrate und einer noch hohen Sterberate sowie in einer hohen Kindersterblichkeit zeigen. Die jährliche Geburtenrate in diesen Ländern oszilliert im allgemeinen seit 1750 um ca. 40%. Dabei verzeichnen manche Länder in den letzten Jahren einen gewissen Rückgang der Geburtenrate. Die Sterberate liegt zwar hoch, sinkt jedoch tendenziell. Somit ist in den Entwicklungsländern nicht nur ein exponentielles Bevölkerungswachstum zu beobachten, sondern die Wachstumsrate der Bevölkerung in diesen Ländern wächst selbst exponentiell. Wenn auch das Wachstumstempo von Region zu Region und von Land zu Land unterschiedlich ist, können wir die demographischen Daten für die Entwicklungsländer insgesamt denen der hochentwickelten Länder gegenüberstellen (s. Tab. 1). **[808]**

Tabelle 1
Geburten-, Sterbe- und Bevölkerungswachstumsraten 1970-1975 (in %) [23: 27 f.]

Ländergruppe	Geburtenrate	Sterberate	Bevölkerungswachstumsrate
Entwicklungsländer	3,81	1,42	2,39
Hochentwickelte Länder	1,77	0,92	0,85
Welt insgesamt	3,21	1,27	1,94

Allerdings ist auch eine Bevölkerungswachstumsrate von über 3% in manchen Entwicklungsländern nicht selten. Nach den Vorausberechnungen der UNO wird die Bevölkerungswachstumsrate (mittlere Variante) bis zum Jahre 2000 im Weltmaßstab auf 1,62% sinken, davon in den Entwicklungsländern auf 1,92% und in den hochentwickelten Ländern auf 0,57%. Die Altersstruktur der Bevölkerung in den Entwicklungsländern ist sehr ungünstig: 1970 betrug der Anteil der Bevölkerung unter 15 Jahren über 40%, der der Bevölkerung über 65 Jahre hingegen nur 3,7%. [24: 3] Diese Struktur wird sich bis zum Jahre 2000 nicht wesentlich ändern. Vergleichen wir das Bevölkerungswachstum in den Entwicklungsländern mit dem in den hochentwickelten Ländern, so können wir eine Konzentration der Bevölkerung in den erstgenannten erkennen: 1950 machte die Bevölkerung in diesen Ländern ca. 65% der Weltbevölkerung aus, 1970 bereits 70%, und im Jahre 2000 werden es voraussichtlich über 78% der Weltbevölkerung sein, die in diesen Ländern wohnen.

Diese demographische Situation vorausgesetzt, betrachtet man in der Literatur oftmals das niedrige Pro-Kopf-Einkommen und das niedrige Bruttosozialprodukt als Hauptmerkmale der Entwicklungsländer. Die Entwicklungsländer werden sogar als die Länder mit niedrigem Pro-Kopf-Einkommen definiert (so z. B. 1951 von UNO-Experten [26: 3]).

Zweifellos sind die Reichtümer im kapitalistischen Weltwirtschaftssystem sehr ungleichmäßig verteilt. 1975 standen 81% des gesamten produzierten Nationaleinkommens 24% der Bevölkerung zur Verfügung, und nur 19% des produzierten Nationaleinkommens den restlichen 76% der Bevölkerung. [8: 3] Das durchschnittliche Pro-Kopf-Einkommen im Jahr lag in den Entwicklungsländern 1975 im allgemeinen unter 500 Dollar. Dabei verteilt sich das Nationaleinkommen innerhalb der Entwicklungsländer wiederum sehr ungleichmäßig (s. Tab. 2).

Tabelle 2
Einkommensverteilung in den Entwicklungsländern 1975 (in %) [6: 21]

Bevölkerungsschicht	Anteil am Nationaleinkommen	Anteil an der Bevölkerung
Obere Schicht	55	20
Mittlere Schicht	25	20
Ärmere Schicht	15	40
Ärmste Schicht	5	20

Das Pro-Kopf-Einkommen der ärmsten Schichten lag unter 100 Dollar pro Jahr.

Das reale Bruttosozialprodukt (in Preisen und Wechselkursen von 1960) in den Entwicklungsländern stieg von ca. 110 Mrd. Dollar im Jahre 1950 auf 170 Mrd. Dollar **[809]** 1960 und 345 Mrd. Dollar 1973. [8: 7] [27: 11]. Im selben Zeitraum stieg das reale Bruttosozialprodukt in den hochentwickelten kapitalistischen Ländern von 610 Mrd. Dollar im Jahre 1950 auf 920 Mrd. Dollar 1960 und auf 1.140 Mrd. Dollar 1973. Die Differenz zwischen dem in diesen Ländergruppen hergestellten Bruttosozialprodukt ist seit 1950 immer größer geworden; sie betrug 1950 ca. 500 Mrd. Dollar, 1960 schon 750 Mrd. Dollar und 1973 800 Mrd. Dollar.

Berücksichtigt man die demographische Situation in beiden Ländergruppen, dann sah die Entwicklung so aus: Während in den hochentwickelten kapitalistischen Ländern das Bruttosozialprodukt pro Kopf von 1.080 Dollar im Jahre 1950 über 1.410 Dollar 1960 auf 2.310 Dollar im Jahre 1973 stieg, wuchs es in den Entwicklungsländern von 105 über 130 auf 195 Dollar. Das Bruttosozialprodukt pro Kopf war also 1950 in den Industrieländern zehnmal so hoch wie in den Entwicklungsländern, 1960 bereits elfmal so hoch und 1973 sogar fast zwölfmal so hoch. Somit wurden im Rahmen des kapitalistischen Weltwirtschaftssystems die Reichen immer reicher und die Armen immer ärmer. Das niedrige Bruttosozialprodukt und das niedrige Pro-Kopf-Nationaleinkommen resultiert aus der wirtschaftlichen und sozialen Rückständigkeit, die auch in der Wirtschaftsstruktur dieser Länder zum Ausdruck kommt.

Die Wirtschaftsstruktur der Entwicklungsländer ist gegenwärtig durch das Nebeneinanderbestehen und Aufeinandereinwirken mehrerer unterschiedlicher Wirtschaftssektoren gekennzeichnet. Sie ist also äußerst heterogen [3: 84] und wird mitunter als multisektorale oder Mehrsektorenwirtschaft bezeichnet. [20: 276] Diese gegenwärtige Wirtschaftsstruktur ist das historische Resultat der Expansion des Kapitals in den Kolonien (s. 2.6.7.) und bildet einen strukturellen Bestandteil des kapitalistischen Systems. Sie hatte eine wichtige Funktion bei der Realisierung der Ziele des Kapitalismus und wirkte als geeignetes Milieu für die Tätigkeit des in die Kolonien exportierten Kapitals. Auch bildete sie eine Voraussetzung dafür, den Rohstoffbedarf der Metropolen sowie den Transfer des in den Kolonien erzeugten Mehrprodukts und Mehrwerts in die Metropolen zu sichern. Aber sie bot keine Möglichkeiten, die produzierten Rohstoffe selbst zu verbrauchen und das erzeugte Mehrprodukt bzw. den Mehrwert selbst zu akkumulieren. Diese Wirtschaftsstruktur ist also für die Wirtschaftsentwicklung in den heutigen Entwicklungsländern völlig ungeeignet. [10: 46]

Wenn wir heute von einem Nebeneinander von kapitalistischen, frühkapitalistischen n und vorkapitalistischen Sektoren in der Wirtschaftsstruktur der Entwicklungsländer sprechen, so ist doch jeder Sektor in der Regel mit den Elementen anderer Sektoren behaftet, und zwar in so starkem Maße, daß ihre Unterscheidung erschwert, z. T. sogar unmöglich ist. Dadurch wird die Funktionstüchtigkeit der

einzelnen Sektoren beeinträchtigt. Hinzu kommt, daß die normale Funktion des einen Sektors durch die Einwirkung von seiten des anderen behindert wird. In der Regel werden in den Entwicklungsländern die folgenden Sektoren unterschieden: privatkapitalistischer Sektor, vom ausländischen Kapital beherrschter kapitalistischer Sektor, staatlicher kapitalistischer Sektor, kleine Warenproduktion, feudale und halbfeudale Produktionsverhältnisse, die patriarchalische Wirtschaft, die in hohem Grade naturalwirtschaftlich ist, usw. Bei aller Mannigfaltigkeit der Sektoren kann man die ökonomische Organisation der Entwicklungsländer auf einer bestimmten Abstraktionsstufe auf ihre grundlegenden Systeme, also auf die vorkapitalistischen und kapitalistischen Verhältnisse, zurückführen. [16: 96]

Die Entwicklungsländer sind im Prinzip Agrarländer. Die Heterogenität der Wirtschaft kommt durch eine ausgesprochen rückständige Landwirtschaft und eine wenig entwickelte Industrie zum Ausdruck. Ihre Wirtschaft ist prinzipiell auf die Produktion einiger weniger Artikel ausgerichtet, die hauptsächlich für die produktive oder in-**[810]**dividuelle Konsumtion in den hochentwickelten Ländern bestimmt sind. Diese Produkte machen bis zu 90% des Exports der Entwicklungsländer aus. Die Ausfuhrerlöse der Hälfte der Entwicklungsländer stammen zu mindestens 50% aus dem Export eines einzigen Produkts. [13: 81] Außer den genannten Produkten, die oft durch moderne Verfahren hergestellt werden, finden Erzeugnisse der Entwicklungsländer, wie z. B. fertige und halbfertige Industriewaren, praktisch keinen Zugang zum Weltmarkt. Allgemein ist der Entwicklungsstand der Industrie in den Entwicklungsländern sehr niedrig.

Der Anteil der Entwicklungsländer mit ihrer riesigen Erdölindustrie an der industriellen Weltproduktion betrug 1958 ca. 6,4%, [2: 59] 1975 beträgt dieser Anteil nicht mehr als 7% [15: 11] Der niedrige Stand der industriellen Entwicklung kommt u. a. in folgenden Kennziffern zum Ausdruck:

– niedriger Anteil der Entwicklungsländer an der schwerindustriellen Weltproduktion (4,5%) [2: 59];

– niedriger Energieverbrauch als wesentlicher Indikator der industriellen Entwicklung

– die Entwicklungsländer sind mit höchstens 15% am Weltenergieverbrauch beteiligt [5: 14];

– geringer Beschäftigungsgrad im Industriesektor der Entwicklungsländer – in Lateinamerika sind nur 17% der Arbeitskräfte im Industriesektor tätig, in Afrika 11% und in Asien gar nur 10% [5: 14].

Ungeachtet einer gewissen industriellen Entwicklung in den 50er und 60er Jahren bildet noch immer die Landwirtschaft den Hauptwirtschaftszweig der Entwicklungsländer.

Ein großer Teil der Bevölkerung lebt von der Landwirtschaft. 1970 machte die ländliche Bevölkerung über 73% der Gesamtbevölkerung aus. Ihre Anzahl wird von 1,9 Mrd. Menschen 1970 auf 2,9 Mrd. im Jahre 2000 steigen [25: 71]. Die landwirtschaftliche Produktion pro Beschäftigte ist sehr niedrig, denn der Zeitaufwand für das gleiche Quantum an Agrarprodukten ist in manchen Entwicklungsländern und bei manchen Produkten bis zu 50mal so hoch wie in den hochentwickelten kapitalistischen Ländern. [19: 144] Die Getreideerträge lagen in einem großen Teil der Landwirtschaft 1970 unter 2.100 kg/ha (Afrika 1.270 kg/ha, Asien 1.750 kg/ha und Lateinamerika 2.060 kg/ha) und erreichten damit nicht einmal ein Drittel des Hektarertrages der kleinsten Farmer in Japan. [6: 25] Das Durchschnittseinkommen der Bauern in den Entwicklungsländern liegt in der Regel unter 100 Dollar pro Jahr. Nach Schätzungen der Weltbank müssen ca. 900 Mill. Menschen (darunter 700 Mill. Bauern) sogar mit einem jährlichen Einkommen von nur 75 Dollar auskommen. [7: 24]

Ein Ausdruck der Rückständigkeit von Industrie und Landwirtschaft in den Entwicklungsländern ist auch ihr immer geringer werdender Anteil am Weltexport. Waren sie 1950 noch mit etwa 32% am Weltexport beteiligt, so fiel ihr Anteil trotz der enormen Steigerung der Erdölexporte in den folgenden Jahren über 26% 1955, 21% 1962, 18,5% 1967 auf 17,4% im Jahr 1970. [8: 16] [14: 288] Unter diesen Bedingungen führen die Bemühungen der Entwicklungsländer um ihre Entwicklung zwangsläufig zu einer zunehmenden Verschuldung bei hochentwickelten Ländern. Die ausstehenden öffentlichen Auslandsschulden betrugen 1965 ca. 37,7 Mrd. Dollar und vervierfachten sich bis 1974 auf 151,4 Mrd. Dollar. [28: Jg. 1970, 81; Jg. 1976, 101] Die schwach entwickelte Industrie, die rückständige Landwirtschaft, das geringe Bruttosozialprodukt und das niedrige Pro-Kopf-Einkommen

spiegeln sich auch in der sozialen Lage und im kulturellen Leben der Bevölkerung wider. Das rasche Bevölkerungswachstum potenziert **[811]** unter den bestehenden sozialen Verhältnissen in den Entwicklungsländern die negativen Wirkungen der ökonomischen Rückständigkeit. Das Dilemma der Entwicklungsländer besteht in der wachsenden Diskrepanz zwischen ihrer gegenwärtigen wirtschaftlichen Entwicklung und dem Bevölkerungswachstum. Die Wirtschaft ist unfähig, die wachsende Bevölkerung zu absorbieren, zu beschäftigen und zu ernähren. Daraus ergeben sich akute soziale Probleme, wie die ständig zunehmende Arbeitslosigkeit, die Ernährungs- und die Bildungsfrage, die einer Lösung harren.

1970 betrug die Zahl der Arbeitslosen und Unterbeschäftigten rund 166 Mill. Menschen, und voraussichtlich wird diese Zahl bis 1980 auf 248 Mill. steigen. [9: 68] Diese Zahlen beinhalten nicht den Teil der Bevölkerung im arbeitsfähigen Alter, der traditionell brachliegt. Dessen Umfang wird für 1970 mit 182 Mill. Menschen angegeben und voraussichtlich bis 1980 auf 300 Mill. steigen. Um den Stand der Arbeitslosigkeit auf den von 1970 zurückzuschrauben, müßten die Entwicklungsländer – von allem anderen abgesehen – jährlich mindestens 20 Mrd. Dollar investieren, wenn man voraussetzt, daß die Beschaffung eines Arbeitsplatzes nur 2.000 Dollar kostet.

Die rückständige Landwirtschaft kann trotz aller Bemühungen der Entwicklungsländer nicht mit der wachsenden Bevölkerung Schritt halten. Um ihrem Defizit an Nahrungsmitteln in gewissem Maße entgegenzuwirken, müssen die Länder Asiens (ohne China), Afrikas und Lateinamerikas Nahrungsmittel importieren. Für Getreide hat sich der Export-Import-Saldo in den obengenannten Ländern von 35,3 Mill. t im Jahre 1969 auf 59,9 Mill. t im Jahre 1974 erhöht. [17: 12] 1968 mußten die Entwicklungsländer Getreide im Wert von etwa 2,4 Mrd. Dollar importieren, um ihr Nahrungsmitteldefizit zu kompensieren, 1973 bereits für fast 5 Mrd. Dollar. [17: 32]

Laut UNESCO-Angaben nimmt die Zahl der Analphabeten unter den Erwachsenen (über 15 Jahre) ständig zu. 1950 waren es in der ganzen Welt ca. 700 Mill. Erwachsene (davon lebten über 95% in den Entwicklungsländern), 1960 schon 735 Mill., 1970 sogar 783 Mill., und 1980 werden es voraussichtlich 820 Mill. sein. [22: 39] 1960 konnten ca. 576 Mill. Kinder und Jugendliche im Alter von 5 bis 19 Jahren in den Entwicklungsländern keine Schule besuchen; 1968 stieg ihre Zahl auf 606 Mill. [22: 280]

Man könnte weitere Merkmale der Rückständigkeit, wie Mangel an medizinischer Betreuung, an Wohnraum, Mangel an Kanalisation und Wasserversorgung, an kulturellen Einrichtungen usw., aufzählen, die alle den krassen Unterschied zwischen den Entwicklungsländern und den hochentwickelten Ländern zum Ausdruck bringen. Aber schon die vorliegende Darstellung zeigt nicht nur, daß ein krasser Unterschied zwischen den hochentwickelten Ländern und den Entwicklungsländern besteht, sondern auch, daß sich in den letzten zwanzig Jahren eine systematische Verschlechterung der Lage der Entwicklungsländer vollzogen und der Abstand zwischen den hochentwickelten Ländern und zahlreichen Entwicklungsländern weiter zugenommen hat. Offensichtlich handelt es sich um einen Prozeß, der sich aus der Zugehörigkeit der Entwicklungsländer zum kapitalistischen Weltwirtschaftssystem ergibt und dessen tiefe Wurzel in der kolonialen Vergangenheit dieser Länder zu suchen ist.

Literatur:

1. *Baade, F.:* Der Wettlauf zum Jahre 2000. Berlin (West) 1960; 2. *Jalée, P.:* Die Dritte Welt in der Weltwirtschaft. Frankfurt/M. 1969; 3. *Khalatbari, P.:* Ökonomische Unterentwicklung. Berlin 1971; 4. *Kleer, J.:* Analyse der sozialökonomischen Strukturen der „Dritten Welt“. Warschau 1965; 5. *Lacoste, Y.:* Les Pays Sous-développés. Paris 1966; 6. *McNamara, R. S.* in: Summary of Proceedings of Annual Meeting of the Boards of Governors. Nairobi 1973; 7. *Ders.:* Address to the Boards of Governors IBRD, IFC, **[812]** and IDA. Washington 1973; 8. *Ders.:* Address to the Boards of Governors IBRD, IFG, and IDA. Manila 1976; 9. *Ders.:* Die Jahrhundertaufgaben – Entwicklung der Dritten Welt. Stuttgart 1974; 10. *Mende, T.:* Überfluß und Armut. Düsseldorf/Köln 1972; 11. *Mukhardjee, P. K.:* Economic Surveys in Underdeveloped Countries. Bombay/Calcutta/ New Delhi/Madras/London/New York 1960; 12. *Myrdal, G.:* Ökonomische Theorie und unterentwickelte Regionen. Stuttgart 1959; 13. *Pearson, L. B.:* Partners in Development. New York/Washington/London 1969; 14.

Schmidt, J.-L.: Entwicklungsländer. Berlin 1974; 15. *Tretjakow, W.,* in: Neue Zeit 1977, H. 5, S. 11 f.; 16. *Tjulpanow, S. I.:* Politische Ökonomie und ihre Anwendung in den Entwicklungsländern. Berlin 1971; 17. *Tuomi, H.:* On Food Imports and Neocolonialism (Political Economy of Food. Proceedings of an International Seminar. Tampere Peace Research Institute. Research Report No. 12/1976); 18. *Auswertung der Dokumentation der Welthandelskonferenz.* Stuttgart 1966; 19. *FAQ:* The State of Food and Agriculture 1962. Rome 1963; 20. *Grundfragen des antiimperialistischen Kampfes in der Gegenwart.* Bd. 1, Berlin 1974; 21. *Internationale Beratung der kommunistischen und Arbeiterparteien Moskau 1969.* Berlin 1969; 22. *UNESCO:* Learn to be – the world of education today and tomorrow. Paris 1972; 23. *UNO:* World Population Prospects 1970-2000 as assessed in 1973, ESA/P/WP 53. New York 1975; 24. *UNO:* Selected World Demographic Indicators by Countries 1950-2000, ESA/P/WP 55; 25. *UNO:* Growth of the World's Urban and Rural Population 1920-2000. New York 1969; 26. *UNO:* Measures for the Economic Development of Underdeveloped Countries. New York 1951; 27. *UNO:* Statistical Yearbook 1975. New York 1976; 28. *World Bank:* Annual Report 1970, 1976. Washington 1970, 1976; 29. *World Bank Atlas.* Washington 1975.

Parviz Khalatbari

2.6.2. Bevölkerung

Die Bevölkerungsbewegung in den Entwicklungsländern stellt sich als ein vielschichtiges Phänomen dar. Sie ist Gegenstand eines rapiden und anhaltenden Wachstums. 1900 zählte die Bevölkerung dieser Länder ca. 1 Mrd. Menschen [14: 4]; 1960 waren es bereits 2 Mrd. [15: 7], und 1990 werden es voraussichtlich mehr als 4 Mrd. sein [13: 63]. Die starke Verkürzung der Verdoppelungsperioden deutet auf ein exponentielles Wachstum der *Bevölkerungswachstumsrate* in diesen Regionen hin, wenngleich auch diese Zunahme von einer Region zur anderen unterschiedlich war (s. Tab. 1).

Tabelle 1
Jährliche Wachstumsraten der Bevölkerung in den weniger entwickelten Ländern (in %) [12: 38] [13: 63]

Region	1920/30	1930/40	1940/50	1950/60	1960/70	1970/75
Südasien	1,3	1,5	1,4	2,3	2,3	2,8
Afrika	1,5	1,7	1,6	2,3	2,6	2,8
Lateinamerika	2,0	2,1	2,5	3,0	2,8	2,9
Gesamt	1,1	1,3	1,3	2,1	2,4	2,5

[813] Eine so hohe und exponentielle Wachstumsrate der Bevölkerung ist in der demographischen Geschichte einmalig. So betrachtet, sind die Entwicklungsländer gegenwärtig der Schauplatz eines demographischen Prozesses, der oft als „Bevölkerungsexplosion" bezeichnet wird.

Diese Erscheinung in den Entwicklungsländern trägt keinesfalls einen Zufallscharakter. Sie ist wie jede andere Art der Bevölkerungsbewegung mit einer bestimmten historischen Produktionsweise verbunden, da „jede besondere historische Produktionsweise ihre besonderen historisch gültigen Populationsgesetze" [MEW 23: 660] hat. Im Grunde genommen zeigt die gegenwärtige Bevölkerungsbewegung in den Entwicklungsländern alle Merkmale der Übergangsphase vom primitiven zum modernen Typ der Reproduktion der Bevölkerung (s. 1.4.3.), einer Übergangsphase, die mit der jüngeren Geschichte der Entwicklungsländer, die durch die imperialistische Herrschaft geprägt ist, eng verbunden ist. Bereits vor der Periode der Herrschaft des Imperialismus übte die Kolonialisierung einen sehr starken Einfluß auf die demographischen Prozesse in den Kolonien aus. Dieser tendierte in Richtung einer Entvölkerung der Kolonien. [MEW 23: 7791 Das Schüren der Stammeskriege, die rücksichtslose Ruinierung der einheimischen Wirtschaft, die sukzessiven Hungersnöte usw. waren die untrennbaren Begleiterscheinungen des Eroberungsprozesses in den Kolonien im 18. und 19. Jh. [7: 188 ff.] [3: 73] Die unmittelbare Folge dieses Prozesses war der relative Rückgang und stellenweise sogar der absolute Rückgang der Bevölkerung der Kolonien. Im Zeitraum 1750-1900 ging der Anteil der Bevölkerung der Kolonien an der Weltbevölkerung allmählich zurück. So machte 1750 die Bevölkerung der Kolonien 80,5% der Weltbevölkerung aus, 1800 waren es nur noch 77,7% und 1850 noch 74,3%. Um 1900 lebten in den Kolonien und Halbkolonien 68,4% der Weltbevölkerung. [6:

112] Dieser Trend setzte sich nach 1900 fort, so machte 1920 die Bevölkerung der Kolonien 67,4% der Weltbevölkerung aus. Dieses Niveau blieb bis 1930 bestehen. [12: 40]

Ab 1930 ist eine Wandlung in der Bevölkerungsbewegung der weniger entwickelten Länder zu verzeichnen, die nur im Zusammenhang mit der imperialistischen Herrschaft in den Kolonien zu erklären ist. Mit dem Übergang des Kapitalismus in sein höchstes Stadium nahm die Akkumulation des Kapitals in den Metropolen ein ungeheures Ausmaß an. Es entstand ein Kapitalüberschuß, der Bewegungsraum für eine rentable Betätigung suchte. Der Export des Kapitals in die rückständigen Länder war ein Ausweg: „In diesen rückständigen Ländern ist der Profit gewöhnlich hoch, denn es gibt dort wenig Kapital, die Bodenpreise sind verhältnismäßig nicht hoch, die Löhne niedrig und die Rohstoffe billig.“ [LW 22: 245] Das in den Metropolen überschüssig gewordene Kapital floß tatsächlich massenhaft in die weniger entwickelten Regionen, die sich bereits in Kolonialbesitz der Metropolen befanden. Die erfolgreiche Betätigung des Kapitals in den rückständigen Regionen setzte die Schaffung elementarer Anlagebedingungen dafür voraus. Als der Eroberungsprozeß vollendet war und die Kolonien sich vollständig im Besitz der kapitalistischen Großmächte befanden, mußte auch in diesen Ländern das *law and order* des Kapitals durchgesetzt werden, um die Herrschaft der Kolonialherren zu sichern. Den Vertretern der Metropolen (Unternehmern, Händlern und politischen Funktionären) mußten sichere Arbeitsmöglichkeiten gegeben werden. Die Stammeskriege wurden durch eine straffe Verwaltung eingeschränkt. Zur Erzielung eines größeren Profits und im Interesse einer intensiven Ausbeutung der Rohstoffquellen war der Bau von Straßen- und Eisenbahnnetzen notwendig. Durch die Verbesserung des Transportnetzes konnten stellenweise die Hungersnöte abgeschwächt und ihnen der Charakter von Katastrophen genommen werden, so daß sie letztlich sogar vermeidbar wurden. Elementare sanitäre Einrichtungen und der Kampf gegen Epidemien waren die Voraus-**[814]**setzung für einen längeren Aufenthalt und für die Tätigkeit der Kolonialisten in diesen Gebieten. Alle diese Faktoren, die zu den elementaren Verwertungsbedingungen des Kapitals gehören, trugen nebenbei aber auch zur Verminderung der Häufigkeit von Hungersnöten und Epidemien als Ursachen der periodischen Sterblichkeitsgipfel in diesen Ländern bei. Auch ein Teil der medizinischen Errungenschaften der entwickelten Länder wurde in die schwachentwickelten Regionen übertragen. Das führte zunächst zu einer langsamen und bald zu einer rapiden Senkung der durchschnittlichen Sterberate und vor allem der Kindersterblichkeit in den schwachentwickelten Regionen (s. Tab. 2).

Tabelle 2
Sterberate in den weniger entwickelten Ländern (in %) [14: 7]

Region	1935/39	1950/55	1955/60	1960/65	1965/70
Südasien	26	23	21	18	
Afrika	32-33	26	24	22	20
Lateinamerika	22-23	15	13	11	10
Gesamt	31-32	24	20	18	16

In derselben Zeit ging die Säuglingssterblichkeit (Zahl der Sterbefälle der Kinder unter einem Jahr, bezogen auf 1.000 Lebendgeborene) von 230 in den Jahren 1935-1939 auf 140 in den Jahren 1965-1970 zurück. [15: 15] Der rasche Rückgang der Sterbeziffer wurde aber nicht von einem entsprechenden Rückgang der Geburtenrate begleitet. Von 1750 bis heute ist die Geburtenrate in den weniger entwickelten Regionen fast konstant geblieben. Sie oszillierte durchschnittlich um 40% jährlich. [14: 7] Die Stabilität der Geburtenrate in den Entwicklungsländern ist genau wie die Instabilität der Sterberate auch auf den Wirkungsmechanismus des ausländischen Kapitals zurückzuführen. Dieser modifizierte die Bevölkerungsgesetze in der Art, daß er einerseits die Bedingungen für die Stabilität der Geburtenrate weitgehend konservierte und andererseits die Bedingungen für die Senkung der Sterberate schuf. Das in die Kolonien exportierte Kapital trug immer schon monopolartigen Charakter und strebte nach der Ausschaltung jeglicher Konkurrenz. Die bewußte Konservierung der traditionellen Wirtschaft in ihren Hauptzügen ist zugleich die wirksamste Maßnahme zur Ausschaltung der einheimischen Bourgeoisie der Kolonien als potentiellen Konkurrenten. Die demographischen Konsequenzen des Konservierungsprozesses bestehen darin, daß mit dem Aufrechterhalten der traditionellen Wirtschaft als Ganzes die Stellung der Frau und der Kinder in der Gesellschaft weitgehend unverändert bleibt. Das

demographische Verhalten der Menschen setzt sich daher auf der traditionellen Grundlage fort. Es ist so zählebig, daß die Geburtenrate trotz vieler Bemühungen von seiten der jungen Nationalstaaten zunächst für eine kürzere oder längere Periode relativ unverändert bleibt. Damit öffnet sich die Schere zwischen der relativ konstant bleibenden Geburtenrate und der fallenden Sterberate noch weiter. Die Bevölkerung wächst schnell. Dieser Trend der Bevölkerungsbewegung in den Entwicklungsländern wird sich auch in absehbarer Zukunft bis zum Jahre 2000 und darüber hinaus noch fortsetzen.

Dieser allgemeine Trend verläuft jedoch in den städtischen und ländlichen Gebieten der Entwicklungsländer unterschiedlich. Bedingt durch die räumliche Bevölkerungsbewegung ist ein viel rapideres Bevölkerungswachstum in den städtischen Gebieten zu verzeichnen (s. Tab. 3). **[815]**

Tabelle 3
Stadtbevölkerung in den Entwicklungsländern [16: 48, 71]

Jahr	1920	1930	1940	1950	1960	1970	1980	1990	2000
Mill.	100	135	185	260	410	630	930	1360	1930
in % der Gesamtbevölkerung	8,4	10,3	12,5	15,7	20,3	25,2	29,7	35,3	41,3

So verdoppelte sich die städtische Bevölkerung durchschnittlich alle 20 Jahre, und von Jahrzehnt zu Jahrzehnt wächst ihr prozentualer Anteil an der Gesamtbevölkerung. Trotz des außerordentlich raschen Bevölkerungszuwachses in den städtischen Gebieten bleibt die Landwirtschaft gegenwärtig und in absehbarer Zeit das Zentrum der Bevölkerungskonzentration in den Entwicklungsländern (s. Tab. 4).

Tabelle 4
Bevölkerung in ländlichen Gebieten (in Mill.) [16: 50, 71]

Jahr	1920	1930	1940	1950	1960	1970	1980	1990	2000
Bevölkerung	1085	1175	1290	1390	1605	1870	2200	2490	2740

Nach dieser Tabelle verdoppelte sich die Agrarbevölkerung in den weniger entwickelten Länder innerhalb von 60 Jahren. Es handelt sich um ein Wachstumstempo der Agrarbevölkerung, das ohnegleichen in der Geschichte ist. [2: 12] So bleibt die Landwirtschaft in absehbarer Zeit das Zentrum eines raschen Bevölkerungswachstums.

Die hier nur kurz skizzierten Prozesse, die oftmals als „Bevölkerungsexplosion“ oder „demographische Explosion“ bezeichnet werden, sind sehr ernst zu nehmende Gegenwartsprobleme: „Die Besorgnis der Weltöffentlichkeit angesichts der gegenwärtigen und absehbaren Folgen der demographischen Explosion ist begründet und durchaus ernst zu nehmen. Es ist keinesfalls richtig, diese Besorgnis – wie es zuweilen geschieht – als einen Rückfall in den Malthusianismus abzutun.“ [11: 643]

Das Dilemma der Entwicklungsländer besteht jedoch nicht, wie manche Wissenschaftler behaupten, in dem außerordentlich raschen Bevölkerungswachstum schlechthin [10: 55], sondern darin, daß sich das rasche Bevölkerungswachstum in einem deformierten Wirtschaftssystem vollzieht, das nicht fähig ist, die wachsende Bevölkerung zu absorbieren, zu beschäftigen und zu ernähren. Das Dilemma besteht also darin, daß das Gleichgewicht zwischen Wirtschaft und Bevölkerungsquantum zerstört ist. So existiert in den Entwicklungsländern eine Diskrepanz zwischen dem Bevölkerungswachstum und der bestehenden Wirtschaft, ein „Mißverhältnis zwischen Arbeit und Existenzmittel oder Mittel zur Produktion dieser Existenzmittel“. [MEW 25: 250] Dieses Mißverhältnis kommt vor allem in den ländlichen Gebieten, wo der überwiegende Teil der Bevölkerung konzentriert ist und wo die Wirtschaft weitgehend stagniert, sehr kraß zum Ausdruck. Hier, wie auch überall, wo die Wirtschaft durch „Mangel an Produktivkraft“ gekennzeichnet ist, trägt das Verhältnis zwischen Wirtschaft und Bevölkerung den Charakter eines starren Zahlenverhältnisses, „an dem nicht gerührt werden“ darf. [MEW 8: 543] Jedes zufällige oder regelmäßige Wachstum der Bevölkerung in dieser Wirtschaft zerstört das Gleichgewicht zwischen der Produktionsweise und der Bevölkerung. Das **[816]** führt zu einem „Druck der Bevölkerung auf die Produktivkräfte“. [MEW 8: 543] Ein Teil der Bevölkerung bleibt zwangsläufig außerhalb der reproduktiven Bedingungen dieser Produktionsweise. Dieser Teil der Bevölkerung ist überschüssig, weil er auf der Basis der bestehenden Produktionsweise nicht absorbiert werden kann. Die stagnierende Landwirtschaft der Entwicklungsländer ist nur mit einem

bestimmten Bevölkerungsquantum vereinbar. Das ständige Wachstum der Bevölkerung kommt hier zwangsläufig einem ständigen Wachstum der überschüssigen Bevölkerung gleich. Dabei tritt die überschüssige Bevölkerung in der Landwirtschaft mit ihrer traditionellen Organisation im Grunde genommen in versteckter Form auf. Das heißt, die agrarische Überbevölkerung äußert sich in einer weitverbreiteten Unterbeschäftigung in den Agrargebieten. Über den Umfang der überschüssigen agrarischen Bevölkerung kann man keine genauen Auskünfte geben, weil diese Kategorie von ihrem Wesen her schwer quantifizierbar ist. Schätzungsweise sind 15-30% der ländlichen Arbeitskraft in den einzelnen Entwicklungsländern überschüssig. [9: 35] Das gesamte Quantum der überschüssigen Arbeitskraft im agraren Bereich der Entwicklungsländer dürfte 1960 nicht weniger als das Äquivalent von 100 Mill. Menschen im arbeitsfähigen Alter ausgemacht haben. [1: 203] Rechnet man die Familienmitglieder dazu, dann würde der Umfang der agrarischen Überbevölkerung 1960 mehr als 0,5 Mrd. Menschen ausmachen. Unter der bestehenden Situation sind diese riesigen Quanten an Bevölkerung praktisch reine Konsumenten, die nicht zur Steigerung der Produktion beitragen. Sie üben aber einen gewaltigen Druck auf das Land, die Produktionsmittel und die Nahrungsmittel aus. Es ist eine Kategorie, die mit ihrem Abzug aus der Landwirtschaft die Produktion unverändert läßt. [9: 32] Das natürliche Bevölkerungswachstum verstärkt die Überbevölkerung in den ländlichen Gebieten. Ihr Druck auf die Beschäftigungsmittel, das Land und die Nahrungsmittel nimmt ständig zu. Ein Teil dieser wachsenden überschüssigen Bevölkerung sieht sich zur Migration in die städtischen Gebiete gezwungen. Die städtischen Gebiete mit ihrer Wirtschaftsstruktur und dem langsamen Entwicklungstempo der Industrie (s. 2.6.6.) können den Strom der Zuwanderer nicht absorbieren und zur Minderung der agrarischen Überbevölkerung nicht effektiv beitragen. Unter diesen Bedingungen bleibt der große Teil der Abwanderer aus der Landwirtschaft „arbeitslos“. Das von Jahr zu Jahr zunehmende Heer der „Arbeitslosen“ in den Entwicklungsländern darf nicht mit der industriellen Reservearmee im Kapitalismus verwechselt werden. Die industrielle Reservearmee entsteht durch den Wirkungsmechanismus des allgemeinen Gesetzes der kapitalistischen Akkumulation: Mit „der Akkumulation des Kapitals produziert die Arbeiterbevölkerung in wachsendem Umfang die Mittel ihrer eignen relativen Überzähligmachung“. [MEW 23: 660] Anders ist die Sache in den Entwicklungsländern. Bedingt durch die Wirkungsweise des fundamentalen Gesetzes des Kolonialismus (s. 2.6.7.) bildet der *Mangel an Akkumulationsmitteln* die Grundlage für die zunehmende Arbeitslosigkeit in den Entwicklungsländern. [5: 157] Diese „Arbeitslosigkeit“ ist dem Charakter nach nichts anderes als die Ausdehnung der agrarischen Überbevölkerung auf die städtischen Gebiete. Die Zahl der Unterbeschäftigten und Unbeschäftigten in den Entwicklungsländern (Land und Stadt) liegt sehr hoch und wächst weiter rasch an. Schätzungsweise waren 1970 etwa 25% der Arbeitskräfte, also 166 Mill. Menschen, in den Entwicklungsländern unbeschäftigt bzw. unterbeschäftigt. Voraussichtlich wird diese Zahl bis 1980 auf 248 Mill. anwachsen. Das macht fast 30% der Arbeitskraft aus. [8: 68] Diese Zahlen beinhalten nicht die Kategorie der traditionell brachliegenden Arbeitskraft, die sich in den Entwicklungsländern aus der Differenz zwischen der Bevölkerung im arbeitsfähigen Alter und der Zahl der Arbeitskräfte ergibt. Würde man diese Kategorie noch zu der obenerwähnten Zahl der Unterbeschäftigten bzw. Unbeschäftigten zurechnen, dann **[817]** kann man sich eine reale Vorstellung von der Überbevölkerung in den Entwicklungsländern verschaffen. So betrug schätzungsweise 1970 die Zahl von Unbeschäftigten bzw. Unterbeschäftigten aller Art in den Entwicklungsländern ca. 350 Mill. Menschen im arbeitsfähigen Alter. Voraussichtlich wird diese Zahl 1980 auf 550 Mill. steigen. [6: 131] Diese Zahlen deuten sehr klar auf die Zerstörung des Gleichgewichts zwischen dem Bevölkerungswachstum und der Entwicklung der Wirtschaft hin.

Auf der Grundlage der bestehenden inadäquaten wirtschaftlichen Entwicklung ist der ständige Zuwachs der überschüssigen Bevölkerung mit dem relativen Rückgang des Pro-Kopf-Nationaleinkommens in den Entwicklungsländern verbunden. Dadurch nimmt der Abstand zwischen den hochentwickelten und den Entwicklungsländern absolut zu. Das kommt u. a. in der ständigen Zunahme des Abstands zwischen den Pro-Kopf-Nationaleinkommen in den beiden Ländergruppen zum Ausdruck. [17] Offensichtlich ist die Wiederherstellung des Gleichgewichts zwischen dem Bevölkerungswachstum und der wirtschaftlichen Entwicklung der einzige Ausweg aus dem Dilemma.

In bezug auf diese Problematik gehen die Meinungen der Wissenschaftler sehr auseinander. Eine Reihe von Wissenschaftlern betrachtet die Reduktion der Bevölkerungswachstumsrate als Kernproblem bei der Herstellung des Gleichgewichts zwischen dem Bevölkerungswachstum und der Wirtschaft in den Entwicklungsländern. Sie gehen davon aus, daß das wirtschaftliche Wachstum in den Entwicklungsländern sich in seinem Anfangsstadium befindet, und für seinen *take off* werden massive Akkumulationsmittel benötigt. Die wachsende Bevölkerung übt aber einen wachsenden Druck auf die Akkumulationsmittel aus, weil sie den erheblichen Teil des produzierten Nationaleinkommens zwangsläufig verzehrt. So wirkt das Bevölkerungswachstum hemmend auf das wirtschaftliche Wachstum. Eine Reduktion der Bevölkerungswachstumsrate, Maßnahmen zur Geburtenkontrolle und Familienplanung scheinen die ersten und elementarsten Voraussetzungen für das Wirtschaftswachstum zu sein. Nach einem solchen Konzept operiert auch eine Reihe von Entwicklungsländer, darunter Indien.

Eine Reihe anderer Wissenschaftler, vor allem Marxisten, stellt im Komplex des Bevölkerungswachstums und des Wirtschaftswachstums die Problematik der Wirtschaftsstruktur und damit die sozialen Verhältnisse in den Mittelpunkt. Die radikale Umwälzung der Kolonialstruktur der Wirtschaft, die immer wieder und in steigendem Maße das Elend und die Überbevölkerung reproduziert, bildet die Voraussetzung für die Wiederherstellung der gleichgewichtigen Situation in den Entwicklungsländern. Dabei ist die Umwälzung der Landwirtschaft das Kernstück dieses revolutionären Prozesses. Die Durchführung eines umfassenden und ausgewogenen Wirtschaftswachstums, eine behutsame Kombinierung der arbeitsintensiven und kapitalintensiven Methoden im Rahmen eines sozialistisch orientierten Entwicklungsweges kann schrittweise das Problem der Überbevölkerung lösen und zugleich den Abstand zwischen den hochentwickelten Ländern und den Entwicklungsländern allmählich und langfristig betrachtet verringern. Auf der Basis eines umfassenden Wirtschaftswachstums hat selbstverständlich auch die Durchführung von Maßnahmen zur Familienplanung ihre Berechtigung und kann nur in diesem Rahmen zur Lösung der bestehenden Fragen effektiv beitragen.

Literatur:

1. *Baade, F.:* ... denn sie sollen satt werden. Oldenburg/Hamburg 1964; 2. *Bairoch, P.:* Urban Unemployment in Developing Countries. Genf (ILO) 1973; 3. *Chandrasekhar, S.,* in: Asia's Population Problems. New Delhi/Bombay/Calcutta/Madras 1967, S. 73 ff.; 4. *Guzevatij, J. N.:* Problemy Narodonaselenija Stran Asii, Afriki i Latinskoj Ameriki. Moskau 1970; 5. *Khalatbari, P.:* Überbevölkerung in den Entwicklungsländern. Berlin **[818]** 1968; 6. *Ders.:* Bevölkerungsdynamik und Gesellschaft. Berlin 1977; 7. *Mackenroth, G.:* Bevölkerungslehre. Berlin(West)/Göttingen/Heidelberg 1953; 8. *McNamara, R. S.:* Die Jahrhundertaufgabe – Entwicklung der Dritten Welt. Stuttgart 1974; 9. *Nurkse, R.:* Problems of Capital Formation in Underdeveloped Countries. Oxford 1964; 10. *Pearson, L. B.:* Partners in Development (Report of the Commission on International Development). New York 1969; 11. *Wischnewski, A. G.,* in: SW/GB 25 (1973) H. 6, S. 633 ff.; 12. *UNO:* Provisional Report on World Population Prospects as Assessed in 1963. New York 1964; 13. *UNO:* World Population Prospects as Assessed in 1968. New York 1973; 14. *UNO:* The World Population Situation in 1970. New York 1971; 15. *UNO:* World Population Conference Bukarest 1974, E/Conf. 60/CBP/14; 16. *UNO:* Growth of the World Urban and Rural Population 1920-2000. New York 1969; 17. *Weltbank-Atlas.* Jg. 1970-1977.

Parviz Khalatbari

2.6.3. Entwicklungshilfe

Der Begriff Entwicklungshilfe wurde von bürgerlichen Theoretikern geprägt. [10: 724] Die Entwicklungshilfe umfaßt materielle, kadermäßige und wissenschaftlich-technische Leistungen – einschließlich ihrer finanziellen Absicherung – an die Entwicklungsländer für deren ökonomische und soziale Entwicklung. Sie stellt einen externen Zufluß an Nationaleinkommensteilen für die Wirtschaft dieser Länder dar. [10: 701 ff.] Die Entwicklungshilfe ist eine neue Kategorie bi- und multilateraler politischer und ökonomischer Beziehungen, da die Entwicklungsländer erst seit Erlangung der staatlichen Souveränität Subjekte der Entwicklungshilfe sind. [12] Gegenwärtig empfangen fast alle Entwicklungsländer Entwicklungshilfe. [14: Anhang] Hauptformen der Entwicklungshilfe sind Anleihen und

Kredite zu günstigeren als den kommerziellen Bedingungen, finanzielle Zuschüsse ohne Rückzahlungspflicht (sog. Geschenke), wissenschaftlich-technische Unterstützung, Zahlungsbilanz- und Nahrungsmittelhilfen sowie spezielle kostenlose Leistungen in Notfällen. [10: 701 ff.] Darüber hinaus zählen indirekt auch spezielle Handelsvergünstigungen dazu. Die Ursachen für die zunehmende Bedeutung der Entwicklungshilfe als Kategorie der internationalen Beziehungen sind vielfältig. Sie liegen vor allem in der Veränderung des internationalen Kräfteverhältnisses zugunsten des Sozialismus, der Existenz des imperialistischen Ausbeutungs- und Abhängigkeitsmechanismus und dem niedrigen Entwicklungsstand der Produktivkräfte der Entwicklungsländer infolge des nicht abgeschlossenen Entkolonialisierungsprozesses. [1: 41 ff.] [13: 206 ff.] Die Entwicklungsländer sind in Ihrer Mehrheit nicht in der Lage, aus dem eigenen Reproduktionsprozeß Ressourcen in einem Umfang zu mobilisieren, der es ihnen ermöglicht, die erweiterte Reproduktion durch rasch wachsende Akkumulation zu sichern, umfassend und mit hohem Tempo die Industrialisierung und Rekonstruktion der Wirtschaft bei schneller Steigerung der Arbeitsproduktivität durchzuführen und eine merkliche Verbesserung der Lebensverhältnisse der Bevölkerung zu gewährleisten. [6: 107 ff.] [3: 106 ff.] Es besteht also bei der Mehrheit der Entwicklungsländer objektiv ein großer Bedarf an materiellen, wissenschaftlich-technischen sowie kadermäßigen Ressourcen, der gegenwärtig nicht allein aus eigenen Quellen zu decken ist. [6] So notwendig und wichtig die Entwicklungshilfe für die Entwicklungsländer ist, so hat sie doch transitorischen und komplementären Charakter und soll die nationalen Anstrengungen zur Überwindung der mit der Rückständigkeit verbundenen Prozesse und Aspekte lediglich stimulieren und er-**[819]**gänzen. [13: 20 f.] Diese Art Hilfe muß letztlich zu einer solchen sozialen und ökonomischen Transformation beitragen, die das Bedürfnis des jeweiligen Landes nach Entwicklungshilfe aufhebt. [7: 42 ff.]

Hauptquellen der Übertragung geliehener oder verbleibender Wertteile in Form der Entwicklungshilfe sind bi- und multilaterale staatliche und private Mittel imperialistischer Staaten, Staatenorganisationen und Bündnisse, Mittel sozialistischer Staaten, Mittel internationaler Organisationen, vor allem der UNO, und zunehmend in letzter Zeit Mittel einiger finanzstarker Staaten und Organisationen der Entwicklungsländer selbst. [14: Anhang] [10: 767 f.]

Die Entwicklungshilfe von imperialistischer Seite stellt ihrem Wesen nach staatsmonopolistischen und privaten Kapitalexport spezifischer Natur dar. [LW 22: 296] Seinem Charakter nach hat dieses Kapital vor allem Vermittlerfunktion, da die sich hierin verkörpernde Entwicklungshilfe Bedingungen schaffen soll, um den Export privaten Kapitals und den damit verbundenen Warenexport zu stimulieren. [8: 196 ff.] Ferner sollen die Hilfe empfangenden Länder hierdurch in die arbeitsteiligen Beziehungen mit dem Imperialismus verstärkt einbezogen und der internationale kapitalistische Ausbeutungsmechanismus aufrecht erhalten werden. Gleichzeitig werden mit der Entwicklungshilfe politische Abhängigkeiten vom Imperialismus geschaffen. Die Entwicklungshilfe ist somit ein wichtiger Bestandteil seines neokolonialen politischen und ökonomischen Instrumentariums zur Aufrechterhaltung seiner Positionen in den Entwicklungsländern. [7: 57 f.] Daraus folgt, daß es sich bei der Entwicklungshilfe kapitalistischer Natur im wesentlichen nicht um Hilfe handelt und der Begriff Entwicklungshilfe in dieser Bezogenheit irreführend ist.

Die sozialistischen Länder, vor allem die Sowjetunion, gewähren den Entwicklungsländern seit 1954 Entwicklungshilfe. Diese unterscheidet sich in ihren Zielkriterien, Vergabeprinzipien und Methoden von der imperialistischen Entwicklungshilfe. [4: 16 ff.] Ihrem Wesen nach handelt es sich hierbei um die auf der Solidarität für die Völker der Entwicklungsländer basierende Übertragung von Nationaleinkommensteilen aus den von den Werktätigen der sozialistischen Länder erarbeiteten Werten. Die Entwicklungshilfe der sozialistischen Länder ist Teil ihrer staatlichen Wirtschaftsbeziehungen zu den Entwicklungsländern und basiert auf den grundlegenden Prinzipien der internationalen Wirtschaftstätigkeit der sozialistischen Länder. Sie ist gleichzeitig eine besondere Form der materiellen Unterstützung der Entwicklungsländer zur Überwindung der Folgen kolonialer und neokolonialer imperialistischer Ausbeutung. [11: 758 ff.] Die Entwicklungshilfe der sozialistischen Länder hat zum Ziel, die Entfaltung der Produktivkräfte sowie die nationale Souveränität der Entwicklungsländer über die Wirtschaft zu fördern und die sozialen und ökonomischen Lebensbedingungen für die dort lebenden

Menschen zu verbessern. Die sozialistische Entwicklungshilfe ist somit nicht an Ausbeutungsverhältnisse gebunden und zielt nicht darauf ab, diese Länder ökonomischer oder politischer Kontrolle zu unterwerfen. [6: 175 ff.] Da diese Hilfe vor allem in den staatlichen Sektor der Entwicklungsländer fließt, führt sie objektiv zur Stärkung des gesellschaftlich progressivsten Sektors der Wirtschaft dieser Länder. [13: 60 ff.]

Die Entwicklungshilfe finanzstarker Entwicklungsländer und die Hilfe internationaler Organisationen wie der UNO spielte hinsichtlich ihres Umfanges und ihrer direkten materiellen Wirkung bisher eine untergeordnete Rolle, obwohl ihre politische Bedeutung und ihre Funktion als gewisse Alternative zur imperialistischen Entwicklungshilfe groß sind. [18: 17 ff.] Ihrem Charakter nach sind diese Mittel nichtimperialistisch und dienen neben humanen Zwecken vor allem dem Kampf der Entwicklungsländer für die Stärkung der nationalen Positionen im Prozeß der Erringung der ökonomischen Unabhängig-**[820]**keit vom Imperialismus. Die bisher an die Entwicklungsländer übertragenen Nationaleinkommensteile in Form von Entwicklungshilfe (ohne militärische „Entwicklungshilfe“ durch imperialistische Länder) beliefen sich zwischen 1956 und 1975 auf schätzungsweise 200 Mrd. US-Dollar. [10] Nach Angaben der UNO und der OECD entfielen davon auf die imperialistischen Länder und Organisationen sowie private, karitative Institutionen 70%, auf die sozialistischen Länder 20% und auf andere Quellen 10% der gesamten übertragenen Mittel. [14: Annex] [10] Während die imperialistische Entwicklungshilfe vor allem auf die kapitalistisch entwickelteren unter den Entwicklungsländern konzentriert ist, fließt die sozialistische Entwicklungshilfe vor allem in die Länder mit sozialistischer Orientierung in Afrika und Asien. Die Masse der Entwicklungshilfe entfällt auf finanzielle Anleihen und Kredite sowie auf die Bildungs- und wissenschaftlich-technische Hilfe [9: 32], und zwar über die Durchführung sowohl von Hilfsprogrammen als auch Einzelprojekten. Während der überwiegende Teil der Hilfe der imperialistischen Länder für die Entwicklungsprojekte im Bereich der Infrastruktur, des Energiewesens und zur Deckung von Zahlungsbilanz- und Haushaltsdefiziten verwendet wird, die ihren Ursprung im kapitalistischen Weltwirtschaftsmechanismus selbst haben, fließt die sozialistische Entwicklungshilfe überwiegend in direkt produktive Bereiche, d. h. in wichtige Zweige der Industrie, vor allem der Schwerindustrie, sowie in die Landwirtschaft und das Bildungswesen. [2: 54 ff.] [4: 86 ff.] Die sozialistische Entwicklungshilfe ist somit vorrangig auf die Überwindung der materiell-technischen und kadermäßigen Rückständigkeit der Entwicklungsländer in deren nationalem Interesse ausgerichtet. Die imperialistische Entwicklungshilfe orientiert sich vorwiegend an den Verwertungsbedürfnissen des in- und ausländischen Privatkapitals. [7: 18 ff.] Der tendenzielle Rückgang im realen Volumen der imperialistischen Entwicklungshilfe, das aufgrund der harten Konditionen verursachte rasche Anwachsen der Schuldenrückzahlungen für die empfangene Entwicklungshilfe und die häufig nicht den realen Bedürfnissen der Entwicklungsländer entsprechenden Strukturen und Methoden der Mittelvergabe haben zusammen mit den politischen und ökonomischen Bedingungen, die zunehmend an die imperialistische Entwicklungshilfe geknüpft werden, dazu geführt, daß diese Entwicklungshilfe in eine Krise geraten ist. [15: 136 ff.] [5: 93 ff.] Hauptfaktoren dafür sind vor allem die Nichtrealisierung der Forderung der Entwicklungsländer an die imperialistischen Staaten, 0,7% ihres Bruttosozialproduktes jährlich als Wiedergutmachung in Form der Entwicklungshilfe an die Entwicklungsländer zu transferieren, und die nicht realisierte Durchsetzung der UNO-Konditionen in der Entwicklungshilfe (30-50 Jahre Laufzeit, 10 Freijahre, 2,5% Zinsen). [14: Anhang] [17] Der Druck der Entwicklungsländer auf die imperialistischen Länder und Organisationen, eine entsprechende Neugestaltung der Entwicklungshilfe – auch unter Heranziehung der Prinzipien der Entwicklungshilfe der sozialistischen Länder –, durchzuführen, hat sich ständig verstärkt und ist ein wichtiges Element im Rahmen der Forderung der Entwicklungsländer nach einer Neugestaltung der internationalen Wirtschaftsordnung. [16] Die zunehmende Erkenntnis bei den Führungskräften vieler dieser Länder, daß erstens die Entwicklungshilfe nur ein Teil dessen ist, was die imperialistischen Länder aus den Entwicklungsländern exploitieren, und zweitens ein Instrument, das eben diesen Exploitationsmechanismus aufrechterhält, verleiht dem antiimperialistischen Kampf der Entwicklungsländer neue Impulse und hilft ihnen, sich vorrangig auf die Mobilisierung und Nutzung der inneren Potenzen zur Stärkung der nationalen Wirtschaft zu konzentrieren. [1: 55 ff.] **[821]**

Literatur:

1. *Breetzmann, M./Stier, P.:* Ökonomische Probleme des antiimperialistischen Kampfes der Entwicklungsländer, Berlin 1976; 2. *Čertkov, D./Anderasjan, R./Mozalov, J.:* Sovetskij Sojuz i razvivajuščiesja strany. Moskau 1966; 3. *Prebisch, R.:* Für eine bessere Zukunft der Entwicklungsländer. Berlin 1968; 4. *Rymalov, V. V.:* Raspad kolonialnoj sistemy i mirovoe kapitalističeskoe chozjajstvo. Moskau 1966; 5. *Schilling, H.:* Krise und Zerfall des imperialistischen Kolonialsystems. Berlin 1977; 6. *Tjulpanov, S. I.:* Politische Ökonomie und ihre Anwendung in Entwicklungsländern. Berlin 1972: 7. *Vachtušev, V. V.:* Neokolonializm – orudie imperializma. Moskau 1974; 8. *Außenwirtschaft und Wachstum.* Berlin 1968; 9. *Die Wirtschaft kapitalistischer Länder in Zahlen,* in: IPW-Forschungshefte 1977, Nr. 4; 10. *Entwicklungspolitik: Handbuch und Lexikon.* Stuttgart/Berlin (West)/Mainz 1966; 11. *Grundfragen des antiimperialistischen Kampfes der Völker Asiens, Afrikas und Lateinamerikas in der Gegenwart.* Berlin 1974; 12. *Handbuch für internationale Zusammenarbeit.* Baden-Baden 1963 ff., 16. Lfg. ff.; 13. *Klassen und Klassenkampf in Entwicklungsländern. Bd. 2,* Berlin 1970; 14. *OECD:* Development co-operation – Review 1971 ff.; 15. *Partners in Development.* New York/ Washington/London 1969; 16. *UNCTAD:* Resolution TD 95/IV, SW, Nairobi 1976; 17. *UNO:* E/Conf. 46/9.10.3. New York 1964; 18. *UNO:* International Development Strategy. New York 1970.

Bernd Wolf

2.6.4. Finanzen

Die Finanzen der Entwicklungsländer umfassen die durch den Nationalstaat direkt und indirekt organisierten und kontrollierten Geldbeziehungen, die der Bildung, Verteilung und Verwendung der gesellschaftlichen Geldfonds zur Lösung der ökonomischen und sozialen Hauptaufgaben des jeweiligen Landes dienen. [18: 3 ff.] Die Finanzen in den Entwicklungsländern weisen Übergangscharakter auf. Ihre klassenmäßige Bestimmtheit befindet sich, in Abhängigkeit vom Grad der weiteren sozialökonomischen Differenziertheit in Richtung Kapitalismus oder Sozialismus, noch im Prozeß der Ausprägung. Die soziale Funktion der Finanzen weist somit in den Entwicklungsländern spezifische Merkmale auf [11: 17 ff.], da sie zugleich antagonistische und nichtantagonistische Verhältnisse zum Ausdruck bringen. Ihre Ursachen liegen sowohl in der Heterogenität der ökonomischen Basis [14: 24 ff.] als auch im antiimperialistischen Charakter der Funktionen der nationalen Finanzpolitik begründet. [6: 384 ff.] Mit der Erringung der staatlichen Souveränität ergibt sich die Notwendigkeit der Organisierung der Finanzbeziehungen entsprechend den Anforderungen, die sich aus den ökonomischen, sozialen, politischen und kulturellen Aufgaben zur Überwindung der Rückständigkeit der Produktivkräfte und der Abhängigkeit vom Imperialismus ergeben. [8: 23 f.] Dies erfordert die Sicherung der inneren und äußeren Finanzsouveränität, die Reorganisierung der Finanzbeziehungen im nationalen Interesse, die Sicherung der Reproduktion der finanziellen Fonds und der Geldwertstabilität, den institutionellen Aufbau des Finanzsystems sowie die Ausarbeitung und Durchsetzung einer den nationalen Interessen entsprechenden Geld- und Finanzpolitik. [4: 6 ff.] Die Entwicklungsländer haben die Lösung dieser Aufgaben bisher in unterschiedlichem Ausmaß realisiert. Der Ausbau des Finanzsystems und die Erweiterung seiner institutionellen Einflußsphäre über das Haushaltsystem, das staatliche Kreditsystem, das staatliche Versicherungssystem sowie die staatlichen und **[822]** halbstaatlichen bzw. gemischten Betriebe [7: 19 ff.] haben zu einer wachsenden Zentralisierung von Teilen des Nationaleinkommens im Finanzsystem geführt und erhöhten damit die Einflußnahme der zentralen Finanzpolitik auf die Reproduktion der finanziellen Fonds und die Durchsetzung der nationalen Wirtschaftspolitik.

Die sich aus der spezifischen Funktion und Rolle des Staates in den Entwicklungsländern ergebenden Anforderungen an die Mobilisierung von finanziellen Mitteln führten zur Erschließung zusätzlicher Akkumulationsmittel durch die Erweiterung der Besteuerung [10: 96 ff.], die Aktivitäten staatlicher Betriebe und die Einbeziehung bisher noch außerhalb der Ware-Geld-Beziehungen befindlicher Teile der Bevölkerung und der Wirtschaft [1: 36 ff.] in die Geld- und Finanzbeziehungen. Im Zusammenhang damit zeigt das Haushaltsystem in vielen Entwicklungsländern Tendenzen, sich zum Hauptfinanzierungsinstrument [8: 114 ff.] für die Herausbildung ökonomischer Hauptproportionen zu

entwickeln. Die Erhöhung der Einflußnahme des Finanzsystems auf die Geldakkumulation und die Verwendung zentralisierter Finanzmittel für die Sicherung der nationalen Reproduktionsbedingungen haben sich als eine objektive Gesetzmäßigkeit [6: 384 ff.] in vielen Entwicklungsländern herausgebildet. Verbunden damit läßt sich in fast allen Entwicklungsländern eine wachsende Einflußnahme des Finanzsystems auf die Umverteilung von Nationaleinkommen [16] [20] feststellen, vor allem aus dem privaten nationalen und ausländischen Sektor zugunsten staatlicher ökonomischer und sozialer Aktivitäten gesamtnationalen Interesses. [17: 85 ff.] Im Zusammenhang mit der Reorganisierung und der Erweiterung des Einflußbereiches des Finanzsystems für die erweiterte Reproduktion wurden in vielen Entwicklungsländern Ansätze einer Rechnungslegung und Kontrolle [12: 133 ff.] über die Mobilisierung und die Verwendung staatlicher finanzieller Mittel geschaffen. Die Rückständigkeit der Produktivkräfte, der ökonomischen Basis sowie die durch den Imperialismus bedingte Abhängigkeit und Ausbeutung behindern heute noch die umfassende Entwicklung des Finanzsystems und begrenzen den nationalen Wirkungsbereich der Funktionen der Finanzen. [3: 473 ff.] Der Übergangscharakter der Finanzen ist somit eine Widerspiegelung des Übergangscharakters der sozialen und ökonomischen Verhältnisse in diesen Ländern. [14: 276 ff.] Dies äußert sich in einigen charakteristischen Defekten der Funktionsweise des Finanzsystems. Die innere Finanzsouveränität sowie die Schaffung eines einheitlichen monetären Reproduktionsprozesses sind in der Mehrheit der Länder nicht umfassend gewährleistet. [8: 24 ff.]

In vielen Entwicklungsländern befinden sich noch beträchtliche Teile des Reproduktionsprozesses und der Bevölkerung außerhalb der Ware-Geld-Beziehungen. [1] Die rückständigen Produktionsverhältnisse in weiten Teilen des Landes und die institutionelle Schwäche des Kreditsystems limitieren die Monetarisierung potentieller Einkommen. Das Wucherkapital [5: 6 ff.], die Zwischenhändler und Geldverleiher [2: 23 ff.] kontrollieren wesentliche Teile der Geldbeziehungen und entziehen sie staatlicher Kontrolle und produktiver Verwendung. Die große Anzahl von Filialen ausländischer Monopolbanken nimmt entgegen den nationalen Interessen Einfluß auf die Geldzirkulation und die finanzielle Gesamtreproduktion. Die Möglichkeiten, weitere Quellen der Geldakkumulation zu erschließen, sind durch das absolut niedrige Einkommensniveau der Mehrheit der Bevölkerung [20] sowie die niedrige Produktivität der Masse der Produzenten im vorkapitalistischen Sektor und im Sektor der kleinen Warenwirtschaft gering. In der Mehrheit der Entwicklungsländer unterliegen maximal 10% der Einkommensbezieher und 5% der Betriebe und Institutionen einer direkten Besteuerung. Die Mängel in der Steuererfassung und -organisation ermöglichen enorme Steuerhinterziehungen der besitzenden Klassen und Schichten und schließen im ländlichen Bereich **[823]** große Einkommensteile überhaupt von der Besteuerung aus. [11: 16 ff.] Der allgemeine Mangel an Akkumulationsmitteln im Verhältnis zu den zu lösenden sozialen und ökonomischen Aufgaben bedingt auch die Schwäche der Mobilisierungsfunktion der Finanzen [13: 1143 ff.] Hauptquellen der Einnahmen durch den Staat sind neben der indirekten Besteuerung, den Außenhandelssteuern und den Einnahmen aus Staatsmonopolen die Finanzierung der Haushaltsausgaben über die Notenpresse, die Verschuldung bei den Kreditinstitutionen und die Aufnahme ausländischen Leihkapitals zur Finanzierung der laufenden und der Entwicklungsausgaben. [12: 124 ff.]

Fast alle Entwicklungsländer haben ein typisches Mißverhältnis zwischen den Einnahmen und Ausgaben des Haushaltsystems, aus dem sich beträchtliche Budgetdefizite ergeben, die in der Mehrheit der Länder über 50% der Ausgaben betragen und wachsende Tendenz zeigen. Ihre Deckung erfolgt in der Mehrzahl der Fälle zur Hälfte und mehr durch ausländisches Leihkapital oder durch Defizitfinanzierung und Staatsverschuldung. [16] [6: 403 ff.] Dadurch wird die extreme Verschuldung beschleunigt; die für die Mehrheit der Länder jährlich Steigerungsraten von 20% erreicht, die Geldinflation stimuliert und die Wirkungsweise des Geldumlaufgesetzes beständig verletzt. Dies ermöglicht den imperialistischen Kreditgebern eine direkte Einflußnahme auf die Gestaltung der nationalen Reproduktionsbeziehungen und der sozialen und politischen Verhältnisse im Lande, begünstigt die Korruption und das Sinken der Kaufkraft der Volksmassen. Somit kann der Staat nur eingeschränkt das Finanzwesen als wichtige Kommandohöhe der Wirtschaft [LW 25: 338] kontrollieren. Die Mehrheit der Entwicklungsländer versucht, dies vor allem durch eine Ausdehnung der indirekten Besteuerung

und durch erhöhte Außenhandelssteuern abzufangen. Auf beide Steuerarten entfallen etwa 50-80% der gesamten Staatseinnahmen. [20] Die Begrenztheit der Einkommen sowie der besteuerbaren Warendecke setzen den Möglichkeiten einer Extensivierung der indirekten Besteuerung erhebliche Grenzen. In der Mehrheit der Länder führt die Finanzpolitik zu einer tendenziell zunehmenden Einschränkung der schon geringen Kaufkraft der Mehrheit der Bevölkerung, zu einem inflationären Preisauftrieb für Konsumgüter, der sich in der Mehrheit der Länder jährlich zwischen 5 und 15% bewegt [16], und beeinträchtigt die Rentabilität der im Aufbau befindlichen staatlichen Betriebe, die sich noch nicht zur entscheidenden Einnahmequelle des Staatshaushaltes entwickelt haben. [7: 87 ff.]

Die Planung und Bilanzierung materieller und finanzieller Prozesse durch die staatlichen Institutionen stecken noch in den Anfängen und führen unter den Bedingungen eines objektiv großen Finanzbedarfs, bei gleichzeitiger Existenz subjektiver, hemmender Einflüsse auf die Funktionsweise der Finanzorgane zu einer wenig effektiven Verwendung der zentralisierten Geldmittel. Der hohe Anteil unproduktiver Ausgaben an den Gesamtausgaben des Haushaltsystems, in der Mehrheit der Länder zwischen 30 und 60%, führt zusammen mit einer gering entwickelten Rechnungsführung und Kontrolle zu einer niedrigen Effektivität der eingesetzten Ressourcen und ständiger Verletzung des Sparsamkeitsprinzips. [11: 126 ff.] Da gleichzeitig nur in wenigen, den sozialistisch orientierten Entwicklungsländern, Umverteilungen über das Finanzsystem zugunsten der Hebung der Kaufkraft der Mehrheit der Bevölkerung und der Erhöhung der Rolle staatlicher Wirtschaftsaktivitäten durchgeführt werden, zeigt sich in vielen dieser Länder der eine Tendenz der Einschränkung der finanziellen Reproduktionsfähigkeit der Gesamtwirtschaft. [19: 30 ff.]

Hinderlich für die Entwicklung der Finanzbeziehungen im nationalen Interesse ist auch die Einpassung der äußeren Finanzbeziehungen in den imperialistischen Währungsmechanismus. [18: 204 ff.] Obwohl im Verlaufe der letzten Jahre mit der Etablierung **[824]** nationaler Zentralbanken und der Inangriffnahme einer an nationalen Zielsetzungen orientierten Währungspolitik die direkten Bindungen an die Währungssysteme einzelner ehemaliger Kolonialmächte aufgehoben oder verringert wurden [15], ist für die Entwicklungsländer die Abhängigkeit von der Funktionsweise des imperialistischen Währungssystems und von seinem Hauptorgan, dem Internationalen Währungsfonds, auch gegenwärtig noch bestimmend. Inflationärer Kaufkraftschwund der imperialistischen Hauptwährungen, ständige und sich tendenziell vergößernde Ungleichgewichte der Leistungsbilanzen, schwankende und manipulierte Valutakurse sowie die Verschlechterung der Währungsreservepositionen vieler Entwicklungsländer [16] führen zur Labilität und ständigen Beeinträchtigung der äußeren Finanzstabilität dieser Länder. Dies wiederum hat negative Konsequenzen für die innere Geldwertstabilität und die finanzielle Sicherung der materiellen Reproduktion im Prozeß der Überwindung der ökonomischen und sozialen Rückständigkeit. Die Durchsetzung des Valutamonopols des Staates hat zwar in vielen Ländern Fortschritte gemacht, wird jedoch durch die Bindung an den imperialistischen Währungsmechanismus teilweise unterminiert. [11: 94 ff.]

Die Existenz dieser Charakteristika des Finanzsystems der Entwicklungsländer macht deutlich, welche grundlegenden Aufgaben noch zu bewältigen sind, da es „ohne die Lösung der Festigung der Finanzen unmöglich ist, Fortschritte zu erzielen bei der Sicherung der Unabhängigkeit vom internationalen Kapital und der wirtschaftlichen und kulturellen Entwicklung des Landes“. [LW 33: 363]

Literatur:

1. *Blades, D. W.:* Non-monetary (subsistence) Activities in the National Accounts of Developing Countries. Paris 1975; 2. *Gosh, A.:* Financial Intermediaries and Monetary Policy in Developing Economy. Calcutta 1968; 3. *Mydral, G.:* Asian Drama. Bd. 1, New York 1968; 4. *Ponomarev, V. A.:* Dengi i kredit razvivajuščichsja stran. Moskau 1973; 5. *Simonija, N. A.:* Torgovo-rostovedčeskij kapital v Azii. Moskau 1973; 6. *Tjulpanow, S. I.:* Politische Ökonomie und ihre Anwendung in den Entwicklungsländern. Berlin 1972; 7. *Utkin, E. A.:* Ėkonomika i finansy gosudarstvennych predprijatij v razvivajuščichsja stranach. Moskau 1969; 8. *Ders.:* Finansy i kredit stran Azii, Afriki i Latinskoi Ameriki. Moskau 1965; 9. *Vachrušev, V. V.:* Neokolonializm – orudie imperializma. Moskau 1974; 10. *Wolfson, D. J.*: The fiscal policy aspect of development strategy. Washington 1973; 11.

Denežnye sistemy i denežnoe obraščenija stran Azii. Moskau 1971; 12. *Ėkonomičeskaja rol gosudarstva v razvivajuščichsja stranach.* Moskau 1975; 13. *Entwicklungspolitik: Handbuch und Lexikon.* Stuttgart/Berlin (West)/Mainz 1966; 14. *Grundfragen des antiimperialistischen Kampfes der Völker Asiens, Afrikas und Lateinamerikas in der Gegenwart.* Berlin 1974; 15. *IMF:* Finance and Development, New York 1960 ff., Nr. 1 ff.; 16. *IMF:* International Financial Statistics. New York 1957 ff. (X ff.), Nr. 1 ff.; 17. *Klassen und Klassenkampf in Entwicklungsländern.* Bd. 2, Berlin 1970; 18. *Obščie problemy denežnogo obraščenija stran Azii.* Moskau 1972; 19. *Partners in Development.* New York/Washington/London 1969; 20. *UNO:* Yearbook of National Account Statistics 1974 ff. New York 1975 ff.

Bernd Wolf **[825]**

2.6.5. Handel

Der Handel als Teil der Zirkulationssphäre [MEW 24: 60] ist seinem Wesen nach mit der Realisierung von Produkten und unter den Bedingungen der Warenproduktion mit der Realisierung von Waren verknüpft. Als Bindeglied zwischen Produktion und Konsumtion ist der Handel Funktionsträger des Austausches von Waren bzw. Produkten. Der Handel ist damit gleichzeitig unter den Bedingungen der Existenz von Ware-Geld-Beziehungen ein selbständiger Zweig der Wirtschaft, der den Austausch von Arbeitsprodukten durch den Kauf und Verkauf durchführt. Da die Funktionen der Waren im Austausch verschieden sind, muß der Handel für die Durchführung des Austausches organisatorisch-technisch und territorial aufgegliedert sein. [23: 368 ff.] Seiner territorialen Funktion nach zerfällt der Handel in Außenhandel und Binnenhandel.

Allgemein, so auch in Entwicklungsländern, ist der Binnenhandel mit seinen organisatorisch-technischen Hauptgliedern Groß- und Einzelhandel ein selbständiger Wirtschaftszweig zur Zirkulation von Produkten und Waren innerhalb des Territoriums. Die gleichzeitige Existenz fortgeschrittener und rückständiger Gesellschaftsverhältnisse in einem Territorium bedingt, daß in der Mehrheit der Entwicklungsländer moderne Formen der Ware-Geld-Beziehungen mit früh- und vorkapitalistischen Formen des Produkten- und Warenaustausches koexistieren. [14: 384 ff.] Das für die Mehrheit der Entwicklungsländer charakteristische Fehlen eines nationalen inneren Marktes [LW 3: 57] und eines nationalen Preises [7: 11 ff.] sind auch Ausdruck der Spaltung des Binnenhandels in einen vorkapitalistischen Sektor, den Sektor der kleinen Warenwirtschaft, in dem der allgemeine Produktenhandel territorial zersplittert dominiert [24: 222 f.], und einen modernen Sektor der Ware-Geld-Beziehungen, in dem unterschiedlich entwickelte Formen des Binnenhandels, vor allem in den urbanen Ballungszentren, dominieren. Die entscheidenden gesellschaftlichen Ursachen für die im nationalen Maßstab relative Unentwickeltheit des Binnenhandels sind das niedrige Niveau der gesellschaftlichen Arbeitsteilung [MEW 23: 787] und der Entwicklung der Produktivkräfte [1: 63 ff.], wodurch einerseits die Beziehungen zwischen Produktion und Markt gestört sind und andererseits die Rolle des Binnenhandels für die Verkürzung der Zirkulationszeit der Waren und die Erhöhung der Umschlagsgeschwindigkeit des industriellen Kapitals eingeschränkt sind. Vor allem die nicht umfassend vollzogene ursprüngliche Akkumulation im Agrarbereich bei gleichzeitiger enger Verzahnung des Sektors der kleinen Warenwirtschaft und der Subsistenzproduktion mit der kolonialen agrarischen Exportproduktion haben zusammen mit der begrenzten Absorptionsfähigkeit der modernen industriellen Zentren für die Aufnahme der agrarischen Überbevölkerung zu einer Verknüpfung und Überlagerung moderner mit traditionellen Binnenhandelsformen geführt. [21: 169 ff.] Die Wirkung dieser Prozesse erklärt im wesentlichen das relativ hohe Gewicht des Binnenhandels in der Wirtschaft der Entwicklungsländer. Der Anteil des Binnenhandels an der Produktion und Umverteilung des Nationaleinkommens sowie der Anteil der im Binnenhandel Beschäftigten an der Zahl der Gesamtbeschäftigten ist in der Mehrheit der Entwicklungsländer überdurchschnittlich groß. [16: 1229] Die allgemeine Rückständigkeit der Produktivkräfte und der ökonomischen Basis ermöglichen im Binnenhandel die Existenz zahlreicher parasitärer Zwischenhändler, die häufige Verknüpfung traditioneller und moderner Handelsoperationen mit traditionellen Kreditoperationen in einer Person (Wucherkapital) sowie die disproportionale Rolle des Einzelhandels, in dem ein großer Teil der relativen Überbevölkerung über die verschleierte Arbeitslosigkeit eine Existenzmöglichkeit findet. [16: 139 ff.] Daneben gibt es eine Reihe

weiterer Besonderheiten, die den Binnenhandel in den Entwicklungsländern charakterisieren. Vor allem die Rück-**[826]**ständigkeit im Agrarbereich der Entwicklungsländer, aber auch die Aufsplitterung der Groß- und Einzelhandelsoperationen in den urbanen Ballungszentren bedingen, daß die materiell-technische Basis des Binnenhandels, der Transport, die Lagerung und die Verkaufsstellen auf niedrigem Niveau stehen, wodurch sich die Zirkulationszeit der Waren relativ verlängert. Die infrastrukturelle Unerschlossenheit vieler Gebiete sowie die Zersplitterung und Begrenztheit des Absatzmarktes für Konsumgüter und Produktionsmittel bedingen eine Begrenzung der Funktion des Binnenhandels. In den ländlichen Gebieten betreiben viele Bauern als Nebenerwerb Tauschhandel bei geringer Sortimentsbreite und geringer Qualität der Produkte, und in den Städten ist der Handel mit Kleinbetrieben geringer Produktivität übersetzt, wobei hier der Kapitalmangel der kleinen Handelsbetriebe die Kreditgewährung zur Aufrechterhaltung der Warenzirkulation unumgänglich macht. [16: 1230] Die Leistungsfähigkeit des Handels wird auch dadurch eingeschränkt, daß private Transportmonopole mit hohen Preisen für Transportleistungen und die „Monopolisierung“ der lokalen Preisgestaltung durch ethnische Minoritäten, vor allem in Asien und Afrika, zu einer Beeinträchtigung der Effektivität des Binnenhandels führen. Im modernen Bereich des Binnenhandels, vor allem im Großhandel, wird ein großer Teil der Handelsoperationen durch einheimisches und ausländisches Handelskapital durchgeführt. Dieser Teil des Binnenhandels ist, soweit er sich auf die kauffähige Nachfrage im modernen Sektor der Wirtschaft spezialisiert hat, häufig eine Enklave im gesamten Handel. Die Beziehungen zum übrigen Teil des Handels sind gering, und häufig führt seine Existenz zur Zerstörung der traditionell gewachsenen Handelsbeziehungen, fördert die Arbeitslosigkeit in den Städten und beschleunigt den Kapitaltransfer ins Ausland durch Fluchtkapital und Handelsprofitüberweisungen. [23: 222 ff.]

Seit der Erringung der staatlichen Selbständigkeit hat die Mehrheit der Entwicklungsländer wirtschafts- und speziell handelspolitische Maßnahmen zur Überwindung der aus der Rückständigkeit des Binnenhandels resultierenden ökonomischen und sozialen Konsequenzen unternommen. Vor allem durch die mit der Lösung der Agrarfrage in Angriff genommene Überwindung der Zersplitterung der Märkte und die Beschleunigung der agrarischen Marktproduktion sowie die gesetzlichen Maßnahmen zur Beseitigung des parasitären Zwischenhandels [22: 180 ff.] [21: 169 ff.] wurden Schritte unternommen, den Handel zu modernisieren. Wichtigste Maßnahmen hierbei sind die Zentralisierung von Teilen des Großhandels in den Händen des Staates, die Zurückdrängung des Auslandskapitals aus der Handelssphäre, der Erlaß von gesetzlichen Bestimmungen zur nationalen Vereinheitlichung der Binnenhandelspreise und die staatliche Kontrolle über die Vermarktung wichtiger Konsumgüter und Produktionsmittel. [16: 1231] Zur Förderung der agrarischen Marktproduktion und zur Beseitigung des Zwischenhandels im Sektor der kleinen Warenproduktion wird durch den Staat gezielt der Aufbau von Handels- und Mehrzweckgenossenschaften mit Handelsfunktionen gefördert. [2: 29 ff.] [17: 27 ff.] Wurden dadurch bisher auch in einigen Ländern Fortschritte bei der Vereinheitlichung der Warenzirkulation auf dem Binnenmarkt und der Steigerung der Effektivität erreicht, so zeigt sich insgesamt doch, daß die ökonomische Rückständigkeit und die Belassung bedeutender Teile des Groß- und Einzelhandels in Händen privater Exploiteure unter den Bedingungen der Entwicklungsländer zu einer eingeschränkten Funktionsfähigkeit des Binnenhandels führt.

Der Außenhandel als die die jeweilige nationale Grenze überschreitende Warenzirkulation und als Teil der Außenwirtschaftsbeziehungen eines Landes ist der zweite Hauptbereich des Handels und umfaßt den Export, Reexport und Import von Waren und Leistungen [25: 169 f.] und ist das Hauptkettenglied, über das die Entwicklungsländer in die internationalen arbeitsteiligen Beziehungen einbezogen sind. Obwohl mit der **[827]** Herausbildung der sozialistischen internationalen Arbeitsteilung die einheitliche kapitalistische Weltwirtschaft zerbrach, basiert der Außenhandel der Entwicklungsländer im wesentlichen auf kapitalistischen ökonomischen Kategorien. [3: 31 ff.] Durch die Herstellung von Beziehungen mit den sozialistischen Ländern unterliegen die Entwicklungsländer nicht mehr ausschließlich den Wirkungen kapitalistischer Marktgesetze sowie den mit der Existenz von Monopolen verbundenen Gesetzmäßigkeiten im Außenhandel. [3: 99] [12] Sie sind jedoch auch gegenwärtig noch – obzwar differenziert in Breite und Tiefe – Teil des kapitalistischen Weltwirtschaftssystems. Zwischen 1960 und 1977 entfielen im Durchschnitt vom Außenhandelsumsatz der Entwicklungsländer etwa 70% auf kapitalistische Industrieländer, 20% auf den Austausch zwischen Entwicklungsländern und 10%

auf die sozialistischen Länder. [28] [29] In der Tendenz erhöht sich die Zahl der Länder, bei denen der Anteil der sozialistischen Länder am Außenhandel beträchtlich über dem Durchschnitt liegt. Die Einbeziehung der Entwicklungsländer in die kapitalistische Weltwirtschaft erfolgte in der Kolonialzeit und wurde vom Streben des Imperialismus nach billigen Rohstoffen und Nahrungsmitteln, Maximalprofiten und Absatzmärkten für Industriewaren bestimmt. [12: 18 ff.]

Die sich in diesem Prozeß herausbildenden Austauschbeziehungen, „die einen Teil des Erdballs in vorzugsweise agrikoles Produktionsfeld für den andern als vorzugsweise industrielles Produktionsfeld umwandelt“ [MEW 23: 475], prägen auch nach Erringung der staatlichen Souveränität diese Beziehungen. Dies, obwohl zu beachten ist, daß vor allem die sogenannten am wenigsten entwickelten Länder sich erst gegenwärtig in diesen Prozeß eingliedern. [4] Charakteristisch für die allgemeinen Austauschbeziehungen aller Entwicklungsländer ist, daß sie eine nichtgleichberechtigte Stellung auf dem kapitalistischen Weltmarkt einnehmen. [9: 195 ff.] [20: 237 ff.] Diese Position ist mit der kapitalistischen Natur ihrer Einbeziehung in die internationale Arbeitsteilung verbunden, ist Resultat des Wirkens imperialistischer Abhängigkeits- und Ausbeutungsverhältnisse sowie der durch den Kolonialismus hervorgerufenen Unterentwicklung dieser Länder. [13] Im Verlaufe dieses Prozesses wurden die Wirtschaften der Entwicklungsländer monokulturell strukturiert, und demzufolge entwickelten sich die Produktivkräfte disproportional. [3: 8] Sie wurden Rohstoff- und Agraranhängsel der imperialistischen Metropolen, was sich bis heute in ihrer Exportwarenstruktur widerspiegelt. [19: 105 ff.] Der Anteil von Roh- und Brennstoffen sowie Agrarprodukten mit geringem Verarbeitungsgrad beträgt am Gesamtexport gegenwärtig noch 70%. Bei wichtigen Rohstoffen, wie Öl, Baumwolle, Kupfer, Jute, Hartfasern, Gummi und Bauxit, sowie tropischen Genußmitteln nehmen die Entwicklungsländer eine führende Position im Welthandel ein. [18: 113 ff.] In der Mehrheit dieser Länder dominieren ein bis drei Produkte bzw. Produktgruppen den Export, wenn sich auch Tendenzen zu einem erhöhten Export verarbeiteter industrieller, mineralischer und landwirtschaftlicher Erzeugnisse durchsetzen. Eine kleine Gruppe von Ländern, die in den letzten Jahren rasche industrielle Fortschritte machte, zunehmend in die interne Arbeitsteilung imperialistischer Konzerne einbezogen wird bzw. sich bei günstiger Produktionsfaktorennutzung industriell spezialisierte, überwand die koloniale Ausprägung des Exportwarenstruktur. [28] Für die überwiegende Mehrheit der Entwicklungsländer gilt jedoch, daß sie den Übergang zum Exporteur spezialisierter industrieller Erzeugnisse aus nationaler Produktion nicht vollzogen haben und vor allem der Export kapital- und wissenschaftsintensiver Investitionsgüter keine oder eine geringe Rolle spielt. Der Anteil der Entwicklungsländer am Export von Maschinen und Ausrüstungen der kapitalistischen Welt betrug 1960 0,8 und 1974 ca. 3% Die Stellung der Entwicklungsländer als Exporteure von Rohstoffen und Agrarprodukten bedingt jedoch nur mittelbar ihre nichtgleichberechtigte Position auf dem ka-**[828]**pitalistischen Weltmarkt. Unmittelbar ist es das niedrige Niveau der gesellschaftlichen Arbeitsproduktivität, das sich auf das Wertquantum jener Waren auswirkt, die im Austausch am internationalen Wert gemessen werden. Dies bedingt, daß die Entwicklungsländer ein in ihren Exporten vergegenständlichtes größeres Arbeitsquantum für ein geringeres Quantum eintauschen. „Das begünstigte Land erhält mehr Arbeit zurück im Austausch für weniger Arbeit, obgleich diese Differenz, dies Mehr ..., von einer gewissen Klasse eingesackt wird.“ [MEW 25: 248] Da die imperialistischen Länder das Produktivitäts- und Intensitätsniveau der auf dem kapitalistischen Weltmarkt gehandelten Waren weitgehend bestimmen und sie bei einer Vielzahl von Waren auch mit den Entwicklungsländern konkurrieren, ist es vor allem die Unterentwicklung als Folge der Kolonialherrschaft, die über den Äquivalentenaustausch wie über den nichtäquivalenten Austausch die Ausbeutung durch Umverteilung nationaler Werte zugunsten des Imperialismus bestimmt. [10: 39 ff.] Die Mehrheit der Entwicklungsländer unternimmt wachsende Anstrengungen, ihre Wirtschaft zu industrialisieren und zu diversifizieren sowie das Niveau der Arbeitsproduktivität zu erhöhen. Dabei kommt den Hauptfunktionen des Außenhandels, der Erhöhung des verfügbaren Nationaleinkommens und der Veränderung seiner stofflichen Struktur außerordentliche Bedeutung zu. [14: 19 ff.] Die Mehrheit der Entwicklungsländer weist deshalb eine hohe Außenhandelsintensität auf. Die Lösung der vor den Entwicklungsländern stehenden sozialen und ökonomischen Probleme bedingt den beschleunigten Import von industriellen Basisprodukten, Anlagen und Ausrüstungen. Der Anteil dieser Warengruppen am Import erhöhte sich seit 1960

beständig. Das Liefermonopol des Imperialismus an Maschinen und Ausrüstungen wurde durch die sozialistischen Länder gebrochen, ihre beherrschende Position im Handel mit den Entwicklungsländern besteht jedoch bei diesen Warengruppen weiter. [5: Anhang] Diese Position auf der Grundlage überlegener Produktivität ermöglicht es ihnen, auch über den Monopolpreis- und Marktmechanismus die Entwicklungsländer im nichtäquivalenten Austausch auszubeuten. [111 Sie erhöhen die Preise für von ihnen exportierte industrielle Fertigerzeugnisse und Rohstoffe schneller als die Preise für Rohstoffe und Agrarerzeugnisse, die von den Entwicklungsländern exportiert werden. Dies resultiert in einer beständigen Verschlechterung der „terms of trade“ für die Mehrheit der Entwicklungsländer, d. h., diese müssen mehr exportieren, um das gleiche physische Volumen im Import zu realisieren. [10: 93 ff.] Ausgenommen davon waren in letzter Zeit lediglich die ölexportierenden Länder, die über die gemeinsame Politik im Rahmen der OPEC, ebenso wie einige andere Nahrungsmittel- und Rohstoffexporteure, ihre Preisverhältnisse verbessern konnten. [5] Insgesamt zeigt sich jedoch eine Tendenz der ständigen Verschlechterung der Realpreise (Nominalpreise, bewertet mit dem UNO-Index für Einheitswerte für durch industrialisierte Länder exportierte Fertigwaren). [29] Verbunden damit, daß die Importe der Entwicklungsländer im allgemeinen rascher wuchsen als die Exporte, kam es zu wachsenden Handelsbilanzdefiziten für die Mehrheit von ihnen, die sich in den letzten Jahren für die nichtölexportierenden Länder auf 30 Mrd. US-Dollar beliefen. [18: 9] Dadurch kommt es zu weitgehender Außerkraftsetzung der direkten Akkumulationsfunktion des Außenhandels, Beschränkung der Importkapazität mit entsprechenden Auswirkungen auf die Binnenwirtschaftsentwicklung und größerer Abhängigkeit von den imperialistischen Ländern. [8] Warenstruktur- und Preisentwicklungen zeichnen neben Einflußfaktoren der wissenschaftlich-technischen Revolution auch mitverantwortlich für den sinkenden Anteil der Entwicklungsländer am Welthandel. [25: 93 ff.]

Dieser verringerte sich zwischen 1960 und 1972 von 21,5 auf 17,5%. Durch die jüngsten Preisentwicklungen bei Öl konnten die Entwicklungsländer in ihrer Gesamt-**[829]**heit ihren Anteil zwar auf 22% 1975 erhöhen, unter Ausschluß der Ölexporteure sank der Anteil der übrigen jedoch auf 14%. [18: 6]

Für den Imperialismus wird es zunehmend schwieriger, die Außenhandelsbeziehungen auf der Grundlage der Handelsdiskriminierung, Ausbeutung, Nichtgleichberechtigung und des nichtäquivalenten Austausches aufrechtzuerhalten. [3: 91 ff.] Aus diesem Grund verfolgt der Imperialismus gegenüber den Entwicklungsländern eine selektive Außenhandelspolitik, und zwar vorwiegend über Assoziierungs-, Rohstoff- und Präferenzabkommen sowie differenziertere Außenhandelsfinanzierungsbedingungen. Damit verfolgt er die Aufrechterhaltung des Ausbeutungsmechanismus bei gleichzeitiger tieferer Einbindung der Entwicklungsländer in die kapitalistische Weltwirtschaft, um in der Systemauseinandersetzung mit dem Sozialismus bestehen zu können. [20: 237 ff.] Der Kampf der Entwicklungsländer um die Neugestaltung ihrer Außenhandelsbeziehungen ist eine Gesetzmäßigkeit des antiimperialistischen Kampfes. Die Beseitigung des Systems, in „dem der eine sich fortwährend einen Teil der surplus-Arbeit des anderen aneignet, für den er nichts im Austausch zurückgibt“ [MGr 755], ist ein langwieriger Prozeß und bedingt vor allem sozialökonomische und strukturelle Wandlungen in diesen Ländern sowie deren gemeinsamen Kampf mit den sozialistischen Ländern für eine Veränderung ihrer Position in diesem System bzw. ihr Ausbrechen aus diesem. [5: 84 ff.]

Die Möglichkeit der sozialistischen Länder, die Entwicklungsländer bei der Neugestaltung ihrer Wirtschaft und des Außenhandels in diesem Sinne zu unterstützen, wachsen. Dabei spielt die weitere Vertiefung der Außenhandelsbeziehungen zwischen beiden Ländergruppen eine große Rolle. [25: 136 ff.] Große Bedeutung kommt auch der Vertiefung arbeitsteiliger Beziehungen zwischen den Entwicklungsländern zu, die in den letzten Jahren Fortschritte machte. [6: 44 ff.] Die Vertiefung der Handelsbeziehungen, vor allem im Rahmen von Wirtschafts- und Handelsgruppierungen wie der ALALC und der SELA in Lateinamerika, der ASEAN in Südostasien und der ECOWAS in Westafrika, sind wichtige Elemente dieses Prozesses. [6: 192 ff.] Die Ausübung von politischem und ökonomischem Druck auf den Imperialismus in der internationalen Arena, vor allem für die Beseitigung der Handelsdiskriminierung und der Nichtgleichberechtigung, hat bisher ihren konzentriertesten Ausdruck in den Forderungen der Entwicklungsländer nach einer „Neuen Internationalen Wirtschaftsordnung“ gefunden.

[26] [27] Die sozialistischen Länder unterstützen aktiv die Entwicklungsländer bei der Durchsetzung grundlegender handelspolitischer Forderungen zur Zurückdrängung der Rolle des Imperialismus in den Außenhandelsbeziehungen mit den Entwicklungsländern.

Literatur:

1. *Behrendt, R. F.:* Soziale Strategie für Entwicklungsländer. Frankfurt/M. 1965; 2. *Bergmann, Th.:* Funktionen und Wirkungsgrenzen von Produktionsgenossenschaften in Entwicklungsländern. Frankfurt/M. 1967; 3. *Breetzmann, M./Stier, P.:* Ökonomische Probleme des antiimperialistischen Kampfes der Entwicklungsländer. Berlin 1976; 4. *Faulwetter, H.,* in: Asien, Afrika, Lateinamerika. Berlin 1976 (4), H. 3, S. 454 ff.; 5. *Gavriljuk, V. V.:* Eksport kapitalističeskich otnoienij v razvivajuščiesja strany. Minsk 1973; 6. *Kück, G./Kroske, H.:* Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Integration von Entwicklungsländern. Berlin 1976; 7. *Kuczynski, J.,* in: JWG 1973, T. III, S. 11 ff.; 8. *Levkovskij, A. I.:* Tretij mir v sovremennom mire. Moskau 1971; 9. *Prebisch, R.:* Für eine bessere Zukunft der Entwicklungsländer. Berlin 1968; 10. *Schäfer, H. B.:* Imperialismusthesen und Handelsgewinne. Düsseldorf 1972; *Schilling, H.:* Krise und Zerfall des imperialistischen Kolonialsystems. Berlin 1977; 12. *Tjagunengo, V.,* in: Gesellschaftswissenschaften 1975 (7), H. 4, S. 75 ff.; 13. *Tjulpanov, S. I.:* Politische Ökono-**[830]**mie und ihre Anwendung in den Entwicklungsländern. Berlin 1972; 14. *Außenwirtschaft und Wachstum.* Berlin 1968; 15. *Ėkonomičeskaja rol' gosudarstva v razvivajuščichsja stranach.* Moskau 1975; 16. *Entwicklungspolitik: Handbuch und Lexikon.* Stuttgart/Berlin (West)/Mainz 1966; 17. *FAQ:* Cooperative Marketing for Agricultural Producers. Rom 1955; 18. *GATT:* International Trade 1976/77. Genf 1977; 19. *Gegenwartsprobleme der internationalen Handelsbeziehungen.* Berlin 1968; 20. *Grundfragen des antiimperialistischen Kampfes der Völker Asiens, Afrikas und Lateinamerikas in der Gegenwart.* Berlin 1974; 21. *Klassen und Klassenkampf in Entwicklungsländern.* Bd. 2, Berlin 1970; 22. *Obščie problemy denežnogo obraščenija stran Azii.* Moskau 1972; 23. *Politische Ökonomie – Vorsozialistische Produktionsweisen.* Berlin 1973; 24. *Razvivajuščiesja strany: zakonomernosti, tendencii, perspektivy.* Moskau 1974; 25. *Sozialistische Außenwirtschaft.* Berlin 1976; 26. *UNCTAD:* Doc. TD/184/Suppl. 1., Nairobi 1976; 27. *UNO:* General Assembly, Sixth Special Session. Doc. A/RES/501: (S-VI). New York 1974; 28. *UNO:* Monthly Bulletin of Statistics. New York 1961 ff., Nr. 1 ff.; 29. *UNO:* Yearbook of International Trade Statistics 1966 ff. New York 1968 ff. (XVII ff.).

Bernd Wolf

2.6.6. Industrie

Die Entwicklungsländer werden oft als Länder mit einer schwach entwickelten Industrie definiert. Als das Kolonialsystem des Imperialismus zusammenbrach, waren die Entwicklungsländer, obwohl einige von ihnen eine große Erdölindustrie besaßen, nur mit 6,4% an der Weltindustrieproduktion beteiligt. [6: 59] Trotz beachtlicher Bemühungen seitens der Regierungen der Entwicklungsländer für die Industrialisierung ihrer Länder macht gegenwärtig die Industrieproduktion der Entwicklungsländer nur 7% der Weltindustrieproduktion aus. [12: 11] Grundsätzlich ist in den Entwicklungsländern zwischen zwei Hauptindustriesektoren zu unterscheiden: erstens den vom ausländischen Kapital beherrschten hypertroph entwickelten Industriezweigen und zweitens den einheimischen kapitalistischen Industriesektoren. Beide Sektoren entstanden durch innere Notwendigkeiten des kapitalistischen Systems, wenngleich auch ihr Charakter und ihre Stellung sowohl in der Volkswirtschaft der Entwicklungsländer als auch in der Weltwirtschaft völlig unterschiedlich sind. Der erste Sektor ist direkt vom ausländischen Kapital beherrscht. Entstehung, Entwicklung und Eigenschaften des zweiten Sektors sind weitgehend durch die Verwertungsbedürfnisse des gesamten Kapitals in den Metropolen determiniert. Bekanntlich ist mit dem Übergang zur maschinellen Großindustrie die kapitalistische Produktionsweise in den Metropolen entstanden, deren Elastizität und Ausdehnungsfähigkeit „nur am Rohmaterial und Absatzmarkt Schranken“ findet. [MEW 23: 474] Mit dem Übergang des Kapitalismus in seine monopolistische Phase wurde der Bedarf der Metropolen an Absatzmärkten und Rohstoffen auf neue, bis dahin unvorstellbare Dimensionen erweitert. Dieser Bedarf kann jedoch nicht nur quantitativ gesehen werden, denn nach dem ersten Weltkrieg hat der Bedarf des monopolistischen Kapitalismus

an Absatzmärkten und Rohstoffen auch eine qualitative Umwandlung durchgemacht. Dadurch gewannen die Kolonien als Standort vielfältiger Rohstoffe sowie als potentielle Absatzmärkte für die Produktionsmittel noch mehr an Bedeutung. Die Mobilmachung der Kolonien für die Befriedigung der qualitativ neuen und quantitativ riesigen Bedürfnisse der Metropolen war weder mit der herkömmlichen antiindustriellen **[831]** Kolonialpolitik noch mit den herkömmlichen Produktionsmethoden in den Kolonien zu vereinbaren. Nur eine industriemäßige Rohstoffproduktion und eine gewisse Industrialisierung in den Kolonien waren in dieser Phase der Entwicklung des Kapitalismus die adäquaten Mittel zur Überwindung der Schranken der kapitalistischen Produktionsweise in den Metropolen.

So wurde, bedingt durch die Bedürfnisse der Metropolen, allmählich in den Kolonien die industrielle Entwicklung durchgesetzt. Dabei entstanden zwei völlig voneinander isolierte Industriesektoren, die allerdings nicht nur aus demselben Grunde entstanden, sondern sie wirkten auch in derselben Richtung und zu demselben Zweck, nämlich dem reibungslosen Ablauf des Reproduktionsprozesses in den Metropolen.

Der hypertroph entwickelte Industriesektor: In den Entwicklungsländern existiert in der Regel ein hochmoderner Industriesektor, der vom ausländischen Kapital beherrscht wird und der Rohstoffproduktion in der Landwirtschaft und im Bergbau dient. Die Entstehungsgründe dieser Sektoren in den Kolonien sind auf die innere Notwendigkeit des Monopolkapitals zurückzuführen.

Der Übergang des Kapitalismus in sein monopolistisches Stadium ist bekanntlich durch eine ungeheure Konzentration und Zentralisation von Produktion und Kapital gekennzeichnet. Der Bedarf der Monopole an Rohstoffen aller Art aus den Kolonien nimmt ebenfalls ein ungeheures Ausmaß an. Die herkömmlichen, rückständigen Produktionsverfahren im Rohstoffbereich konnten nicht mehr mit dem zunehmenden Bedarf der Monopole Schritt halten. Es bestand nun in den hochentwickelten kapitalistischen Ländern ein Widerspruch zwischen dem Bedarf an Rohstoffen und der Produktion von Rohstoffen. Die Lösung dieses Widerspruchs wurde zu einer Notwendigkeit, einem inneren Zwang und einem wesentlichen Moment des Reproduktionsprozesses in den Metropolen. Die adäquate Produktionsweise, die den wachsenden Rohstoffbedarf der Monopole befriedigen konnte, war die kapitalistische, und zwar in ihrer modernsten Form. Das Eingreifen des Monopolkapitals in die Rohstoffproduktion der Kolonien wurde eine innere Notwendigkeit der monopolkapitalistischen Produktion. Das Kapital mußte nun entsprechend diesem inneren Zwang zielgerichtet exportiert und in der entsprechenden Produktionssphäre direkt investiert werden. So entstand und entwickelte sich in den Kolonien eine Reihe völlig neuer und hochmoderner Wirtschaftszweige, die sich mit der Rohstoffproduktion beschäftigten. Diese vom ausländischen Monopolkapital beherrschten Sektoren sind naturgemäß nach den Bedürfnissen der Metropolen orientiert. Sie stehen dem Umfang und dem Wachstum nach in keiner Proportion zur einheimischen Wirtschaft dieser Länder. Bezüglich der Wirtschaft der Entwicklungsländer verzeichnen sie eine starke *Hypertrophie.* Im Grunde genommen sind diese hypertroph entwickelten Sektoren kaum mit der Wirtschaft der Entwicklungsländer verbunden. Sie bilden bezüglich der Wirtschaft dieser Länder einen *isolierten* Sektor. Geographisch betrachtet befinden sich diese Sektoren in den Entwicklungsländern, aber inhaltlich gesehen gehören sie vor allem dem Reproduktionsprozeß der hochentwickelten kapitalistischen Länder an. [11: 449 f.] [16: 62 f.] Dabei nimmt ihr Gewicht in der kapitalistischen Weltwirtschaft immer mehr zu. Der Profit der Monopole aus diesen Sektoren nimmt immer größere Ausmaße an, und in den Beziehungen zwischen den hochentwickelten Ländern und den Entwicklungsländern setzt sich das fundamentale Gesetz des Kolonialismus (s. 2.6.7.) mittels dieser Sektoren durch.

Die hypertroph entwickelten und isolierten Industriesektoren in den Entwicklungsländern waren 1965 zu mindestens einem Drittel an der gesamten Rohstoffproduktion der kapitalistischen Weltwirtschaft beteiligt. [6: 45] Dabei liegt ihr Anteil an der Produktion von einzelnen wichtigen Rohstoffen viel höher als der obengenannte Durch-**[832]**schnitt. So betrug der Anteil der Entwicklungsländer 1973 an der Förderung von Eisenerz der kapitalistischen Weltwirtschaft 48,6% Kupfererz 51,0% Erdöl 75,4%, Bauxit 64,5%, Manganerz 89,4%, Chromerz 95,0% und Antimonerz 98,0%. [17: 175 ff.] Die Bedeutung dieser Zahlen wird erst dann voll erkennbar, wenn man beachtet, daß die Entwicklungsländer nur mit 7% an der industriellen Weltproduktion beteiligt sind.

Nicht nur der Umfang der Rohstoffproduktion stand in keinem Vergleich zu der bescheidenen einheimischen Industrieproduktion, sondern auch das Wachstumstempo dieser Sektoren liegt viel höher als das Tempo des Wachstums der extraktiven Industrie in den hochentwickelten kapitalistischen Ländern selbst (s. Tab. 1).

Tabelle 1
Die Entwicklung der extraktiven Industrie (1970 = 100) [17: 28]

Ländergruppe	1948	1958	1960	1963	1968	1969	1971	1972	1973
Entwicklungsländer	15	34	45	56	85	92	105	111	125
Hochentwickelte Länder	56	73	77	83	94	97	100	101	104

Die Produktion der extraktiven Industrie in den hochentwickelten kapitalistischen Ländern hat sich im Zeitraum von 1948-1973, also innerhalb von 25 Jahren, fast verdoppelt. Die Verdoppelungsperiode für dieselbe Produktion in den Entwicklungsländern umfaßte den Zeitraum von 1948 bis 1958, also nur 10 Jahre, und für die nachfolgenden Jahre bis 1973 knapp 10 Jahre. Die Entwicklung der Produktion der extraktiven Industrie vollzog sich also in den hochentwickelten kapitalistischen Ländern mit einer durchschnittlichen jährlichen Wachstumsrate von 2,8%, in den Entwicklungsländern hingegen mit einer durchschnittlichen jährlichen Wachstumsrate von 7%.

Die Erzeugnisse der hypertroph entwickelten Sektoren fließen vorzugsweise als Rohstoffe in die hochentwickelten kapitalistischen Länder und bilden dort ein wesentliches stoffliches Element des Reproduktionsprozesses Sie fungieren dort als konstantes zirkulierendes Kapital und realisieren sich im Kreislauf des Kapitals der hochentwickelten Lander. In diesem Prozeß ist automatisch der Transfer des in diesen Sektoren produzierten Mehrwerts in die Metropolen eingeschlossen. [10: 40] Durch diesen Mechanismus realisieren aber die Monopole einen enormen Profit bzw. Extraprofit, der den Charakter des Kolonialprofits trägt. Durch eine Reihe von günstigen natürlichen Beschaffenheiten sowie sozialen Bedingungen liegt bekanntlich der Kostpreis der Rohstoffe in den Entwicklungsländern erheblich niedriger als in den hochentwickelten kapitalistischen Ländern. Der Marktpreis dieser Produkte richtet sich nach der Höhe des Kostpreises der Rohstoffe in den hochentwickelten Ländern. Die Monopole kassieren auf dem Markt die Differenz zwischen beiden Kostpreisen als Extraprofit. Da der Anteil der Entwicklungsländer an der Bergbauproduktion der kapitalistischen Weltwirtschaft im Wachsen begriffen ist, ist auch der von den betreffenden Monopolen erzielte Extraprofit im Wachsen begriffen. Allein im Jahre 1964 haben die privaten monopolistischen Unternehmer der USA etwa 2,6 Mrd. Dollar an Gewinn aus den Entwicklungsländern in die USA transferiert. Davon betrug der transferierte Gewinn aus der Erdölproduktion ca. 1,7 Mrd. Dollar. [14: 1239] In den nachfolgenden Jahren stieg der Profit der Monopole aus dem Erdöl rapide an; so ist allein der Profit der sog. Seven International **[833]** Majors (Sieben Großen Schwestern) von 4,6 Mrd. Dollar im Jahre 1972 auf 8,8 Mrd. Dollar im Jahre 1973 und auf 11,6 Mrd. Dollar im Jahre 1974 angestiegen. [1: 39] In der Tat gaben die Entwicklungsländer mit ihrem billigen Erdöl den Industrieländern „die umfangreichste Wirtschaftshilfe, die jemals geleistet wurde“. [13: 68]

Die hypertroph entwickelten Sektoren gehören zwar vor allem zum Reproduktionsprozeß der hochentwickelten kapitalistischen Länder. Sie spielen dennoch eine wesentliche Rolle im sozialen, wirtschaftlichen und politischen Geschehen der Entwicklungsländer. Ein geringer Teil des in diesen Sektoren produzierten Mehrwerts wurde in der Regel als Royalty (Lizenzgebühr) den Regierungen in den Entwicklungsländern zur Verfügung gestellt. Diese Royalties machen aber einen beachtlichen Teil des im Prinzip bescheidenen Haushaltsbudgets dieser Länder aus. Diese Länder sind daher bei der Durchführung ihrer Vorhaben finanziell von den ausländischen Gesellschaften abhängig.

Der Herrschaftsbereich der Monopole überschreitet jedoch die Grenzen der finanziellen und überhaupt der ökonomischen Abhängigkeit der Entwicklungsländer von den Metropolen. Die Monopole wurden in den Entwicklungsländern zu einem solchen Machtfaktor, daß sie faktisch einen Staat im Staate bilden, und dieses einseitige Herrschaftsverhältnis gibt den Monopolen eine starke Möglichkeit der Erpressung, was die politische Unabhängigkeit dieser Länder gefährdet.

Die Entmachtung der Monopole bildet in den Entwicklungsländern eine wichtige Voraussetzung für die Festigung der politischen und für das Erlangen der ökonomischen Unabhängigkeit. Die Aneignung des in den hypertroph entwickelten Sektoren produzierten Mehrwerts ist daher das Entscheidende.

Dieser Prozeß kann mit der Umverteilung des produzierten Mehrwerts zugunsten der Entwicklungsländer beginnen. Dabei stößt die Realisierung dieses Prozesses objektiv auf zwei Hindernisse: Erstens werden die mächtigen Monopolverbände, die den riesigen Profit aus den hypertroph entwickelten Sektoren erzielen, allen Maßnahmen zur Mehrwertumverteilung erbitterten Widerstand leisten. Zweitens ist die koloniale Wirtschaftsstruktur in den Entwicklungsländern einfach unfähig, den produzierten Mehrwert zu absorbieren und zweckmäßig zu verwenden. Die gemeinsame und koordinierte Aktion der rohstoffproduzierenden Länder kann unter den gegenwärtigen günstigen internationalen Bedingungen den Widerstand der Monopole brechen, sie zunächst zu beachtlichen Zugeständnissen zwingen und eine für die Entwicklungsländer günstige Umverteilung des produzierten Mehrwerts in diesen Sektoren garantieren. Die Erfahrungen der OPEC in dieser Richtung sind aufschlußreich. Die Überwindung des zweiten Hindernisses, das mit einer radikalen Veränderung der Wirtschaftsstruktur der Entwicklungsländer verbunden ist, bildet offenbar die schwierigere Aufgabe. Die Anpassung der Wirtschaftsstruktur der Entwicklungsländer an die Möglichkeiten, die sich aus der Funktionsänderung der hypertroph entwickelten Sektoren ergeben, sprengt den Rahmen eines einzelnen rohstoffproduzierenden Landes. Die Abstimmung der Entwicklungsstrategien zwischen den verschiedenen Ländern ein und derselben Region bildet die Hauptvoraussetzung dafür, die hypertroph entwickelten Sektoren für den inneren Reproduktionsprozeß nutzbar zu machen. Das ist wiederum ein langwieriger und langfristiger Prozeß, der nur etappenweise realisiert werden kann und eine sozialistisch orientierte Wirtschaftspolitik der Länder derselben Region voraussetzt. In diesem komplizierten Vorhaben bildet die Problematik eines koordinierten und umfassenden Industrialisierungsprozesses die Kernfrage, deren Ausgangspunkt der bestehende einheimische Industriesektor bildet.

Der einheimische Industriesektor: Als das Kolonialsystem des Imperialismus zusammenbrach, existierte in den Entwicklungsländern ein bestimmter einheimischer Industriesektor. Die Gründe für die Entstehung und Entwicklung dieses Sektors sind auf die **[834]** innere Notwendigkeit der kapitalistischen Produktionsweise als System zurückzuführen. Mit der Verlagerung des Schwergewichts der Industrieproduktion in den Metropolen auf die Schwerindustrie stellte sich, besonders nach Ende des ersten Weltkriegs und in noch stärkerem Maße nach dem zweiten Weltkrieg, heraus, daß die Beschaffung von Absatzmärkten für die Produkte der Schwerindustrie ein akutes Problem ist, d. h., die Verwertungsbedürfnisse des Kapitals in den Metropolen erforderten die Industrialisierung der Kolonien. Bekanntlich hat das ausländische Kapital im Laufe der Kolonialperiode stets eine ausgesprochen widersprüchliche und insgesamt destruktive Rolle im Industrialisierungsprozeß der Kolonien gespielt.

Einerseits war es das ausländische Kapital, das mit seiner auflösenden Wirkung auf die traditionelle Wirtschaft bestimmte Voraussetzungen für die Entwicklung des Kapitalismus einschließlich des einheimischen Kapitalismus in den Kolonien und Halbkolonien schuf; andererseits aber hat das ausländische Kapital alle Mittel in Bewegung gesetzt, um die industrielle Entwicklung in den Kolonien zu unterbinden. Durch diese widersprüchlichen Wirkungen konnte im Gegensatz zu Europa der Industrialisierungsprozeß in den ehemaligen Kolonien nicht über die Stufen einfache Kooperation, Manufaktur, Großindustrie verlaufen. Dieser Entwicklungsprozeß wurde in den ehemaligen Kolonien gewaltsam unterbrochen. Die blühende Manufaktur, die als materiell-technische und sozialökonomische Voraussetzung für den Übergang zur maschinellen Großindustrie gilt, wurde in einer Reihe von ehemaligen Kolonien durch direkte Invasion des europäischen Industriekapitals und die administrative Intervention der europäischen Regierungen zugunsten des Industriekapitals schon im Laufe des 19. Jh. buchstäblich ruiniert. Darüber hinaus betrachtete die Kolonialpolitik der hochentwickelten kapitalistischen Länder mindestens bis zum Ende des ersten Weltkrieges jegliches Industrialisierungsbestreben der Kolonien mit Feindseligkeit. [LW 39: 82] Die konservierende Wirkung des ausländischen Kapitals in den ehemaligen Kolonien und Halbkolonien war in erster Linie auf die Unterbindung der Entwicklung des einheimischen Industrialisierungsprozesses in den Kolonien gerichtet.

Nach dem ersten Weltkrieg stellte sich im Zusammenhang mit den Schwierigkeiten der Metropolen beim Übergang von der Kriegswirtschaft zur Friedenswirtschaft die Industrialisierung der Kolonien auch als ein Prozeß dar, der zur Lösung dieser Existenzfrage in den Metropolen beitragen konnte. Aus diesen Beweggründen und durch diese äußere Notwendigkeit rückte allmählich die Industrialisierung der Kolonien in den Bereich des Möglichen. [2: 372] Die Krise des Kolonialsystems des Imperialismus in der Zeit unmittelbar nach dem ersten Weltkrieg machte den Industrialisierungsprozeß mindestens in einigen wichtigen Kolonien tatsächlich unvermeidlich. Seine Realisierung stieß in dieser Zeit auf Schwierigkeiten besonderer Art. Einerseits wurde der Aufbau der maschinellen Großindustrie und der Anschluß an die moderne Industrie der Metropolen durch die äußeren und inneren Notwendigkeiten unvermeidlich; andererseits aber fehlte für die Realisierung dieses Prozesses die notwendige Vorstufe. Die entwickelte Manufaktur als logische Voraussetzung und historische Grundlage der maschinellen Großindustrie war durch den Kolonialismus stark zurückgedrängt oder sogar vernichtet worden. [4: 133] [5: 84 f.] Somit entstand ein Vakuum zwischen der Stufe der blühenden Manufaktur und der höheren Stufe, nämlich der Großindustrie. Unter diesen Bedingungen konnte sich der Industrialisierungsprozeß nur gestützt auf die ausländische Industrie und über einen Umweg durchsetzen. Das ausländische Kapital hat nicht nur auf die Entstehung des einheimischen Industriesektors deformierend gewirkt, sondern es hat den Entwicklungsprozeß dieses Sektors sehr widerspruchsvoll (fördernd und hindernd) beeinflußt und letzten Endes seine freie Entwicklung behindert.

[835] Die Wachstumsrate der Industrie in den Entwicklungsländern betrug im Zeitraum von 1948 bis 1972 durchschnittlich 7% pro Jahr, sie war also fast so hoch wie die in den hochentwickelten kapitalistischen Ländern. [17: 28] Aber die gleichen Wachstumsraten für zwei sich in verschiedenen Phasen der Entwicklung befindlichen Industrien sind keinesfalls von gleichem Wert. Bei einem hohen Entwicklungsstand der Industrie hat deren Wachstumsrate die Tendenz, sich zu verlangsamen [3: 10], und weil sich die Industrie in den Entwicklungsländern in der Anfangsphase ihrer Entwicklung befindet, ist ihr Wachstumstempo, verglichen mit dem der hochentwickelten kapitalistischen Länder, relativ langsam, auch wenn, rein quantitativ betrachtet, beide Tempi gleiche Werte aufweisen. Das relativ langsame Wachstumstempo der Industrie in den Entwicklungsländern schlägt sich in dem zunehmenden Abstand zwischen der Industrieproduktion in den Entwicklungsländern und den hochentwickelten kapitalistischen Ländern nieder (s. Tab. 2).

Tabelle 2
Index der Industrieproduktion (Stand der Entwicklungsländer von 1970 = 100)

Ländergruppe	1948	1958	1969
Entwicklungsländer	25	46	93
Hochentwickelte Länder	292	471	856
Differenz	267	425	763

Das langsame Wachstum der Industrie sowie der zunehmende Abstand zwischen der Industrieproduktion in den Metropolen und der in den Entwicklungsländern ist wiederum in erster Linie auf die abhängige Natur der letzteren zurückzuführen. Zur Beschaffung der stofflichen Elemente ihres materiellen Wachstumsprozesses sind die Entwicklungsländer auf die hochentwickelten Länder angewiesen. In der Struktur der einheimischen Industrie fehlt der Anteil solcher Zweige wie Metallproduktion und Maschinenbau bzw. kommt er sehr kurz, solcher Zweige also, die für die Ausdehnungsfähigkeit und die freie Entwicklung der Industrie von entscheidender Bedeutung sind. Die ausländische Großindustrie mit ihrer Monopolstellung in der Metallproduktion und im Maschinenbau beherrscht nicht nur den Prozeß der Industrialisierung in den Entwicklungsländern, sondern sie zieht systematisch einen Teil des produzierten Mehrwerts aus diesem Sektor ab. Sie übt somit einen starken Druck auf die Akkumulationsmittel aus und behindert die freie Entwicklung des einheimischen Industriesektors. Abgesehen von der Abhängigkeitsfrage stößt der einheimische Industriesektor in den Entwicklungsländern auch auf die Schranken der Rohstoff- und Absatzmärkte. Die durch die konservierte Landwirtschaft hervorgerufene Markt- und Rohstofffrage bilden neben der Abhängigkeitsproblematik eine weiteres ernsthaftes Hindernis für eine freie Entwicklung der Industrie in den einzelnen Entwicklungsländern, ganz zu schweigen von einem koordinierten Industrialisierungsprozeß im regionalen Maßstab.

Literatur:

1. *Breetzmann, M./Stier, P.:* Ökonomische Probleme des antiimperialistischen Kampfes der Entwicklungsländer. Berlin 1976; 2. *Dobb, M.:* Entwicklung des Kapitalismus vom Spätfeudalismus bis zur Gegenwart. Köln 1972; 3. *Ders.:* Economic Growth and Underdeveloped Countries. London 1963; 4. *Dutt, R. P.:* Indien heute. Berlin 1951; 5. **[836]** *Frank, A. G.:* Kapitalismus und Unterentwicklung in Lateinamerika. Frankfurt/M. 1969; 6. *Jalée, P.:* Die Dritte Welt in der Weltwirtschaft. Frankfurt/M. 1969; 7. *Ders.:* Le pillage du tiers monde. Paris 1965; 8. *Khalatbari, P.:* Ökonomische Unterentwicklung. Berlin 1971; 9. *Lacoste, Y.:* Les pays sous-développées. Paris 1966; 10. *Mende, T.:* Überfluß und Armut. Düsseldorf/Köln 1972; 11. *Myrdal, G.:* Asian Drama. Bd. 1, New York 1968; 12. *Tretjakow, W.*, in: Neue Zeit (Moskau), 1977, H. 5, S. 11 f.; 13. *Der Spiegel*, 1973, H. 53; 14. *Statistical Abstract of the United States.* Washington 1966; 15. *UNO:* Monthly Bulletin of Statistics, 1975, H. 2; 16. *UNO:* Statistisches Jahrbuch. New York 1960; 17. *UNO:* Statistical Yearbook. New York 1974.

Parviz Khalatbari

2.6.7. Koloniale Vergangenheit

Die Rückständigkeit oder die Unterentwicklung sind Ergebnisse eines historischen Prozesses, der mit der Entstehung und Entwicklung des Kapitalismus in Europa und seiner Expansion über die ganze Welt eng verbunden ist. Die Entwicklung des Kapitalismus im Weltmaßstab bedeutete gleichzeitig die Unterwerfung und Kolonialisierung im Weltmaßstab. Dieser Prozeß funktionierte nach dem berüchtigten „Colonial act“, wonach die „Kolonien gemacht sind von und für ihre Mutterländer“ (Colonies are made by and for their mother countries). Folglich ist die Konzentration von Reichtum, Wohlstand und Fortschritt in einigen wenigen entwickelten kapitalistischen Ländern und die Konzentration der Armut, des Elends und der Rückständigkeit in den unterworfenen Kolonien ein immanentes Gesetz der kapitalistischen Entwicklung. Die Entwicklung und Unterentwicklung bilden im kapitalistischen System eine untrennbare, logische und historische Einheit. Die Unterentwicklung als ein historisches Phänomen hat keine sehr lange Geschichte. Sie ist eigentlich so alt wie der Kapitalismus.

In der Zeit vor der Entstehung des Kapitalismus ging die Entwicklung der Gesellschaften sehr langsam vor sich. Die Produktion war auf die Gebrauchswerterzeugung orientiert. Das Ziel der Wirtschaftstätigkeit war hier die Befriedigung der bescheidenen Bedürfnisse der Produzenten sowie der verschwenderischen, aber immerhin begrenzten Bedürfnisse der herrschenden Klasse. Das heißt, die Produktion hörte an dem Punkt auf, wo diese Bedürfnisse erfüllt waren. Das System hatte von sich aus keinen Bedarf nach unbegrenzter Produktion von Mehrprodukt. Die Mittel zur Erfüllung der Bedürfnisse waren die zwerghaften, kleinlichen und für den Einzelgebrauch bestimmten Arbeitsmittel, die in den Händen der Masse der Produzenten zersplittert waren. [MEW 19: 211] Daher unterlag das System einer relativen Stagnation. Auch hier konnte eine Gesellschaft im Vergleich mit der anderen fortschrittlicher oder rückständiger sein. Jedoch hatten diese Unterschiede kaum gemeinsame Ursachen. Der Entwicklungsstand der Gesellschaften war im Prinzip das Resultat endogener Faktoren. Was die europäischen und nichteuropäischen Gesellschaften angeht, bestand zwischen ihnen kein großer Unterschied. Es existierte nur eine gewisse Überlegenheit mancher nichteuropäischer Länder gegenüber den europäischen. [11: 139] [14: 453] [15: 368]

Zur Zeit der Renaissance begann sich diese Situation in Europa langsam zu verändern. Hier entstand allmählich eine neue Produktionsweise, die sich durch eine ungeheure Dynamik von *allen* vorhergehenden Produktionsweisen qualitativ unterscheidet. Die Dynamik der kapitalistischen Produktionsweise beruht auf der Integration der Mittel durch ein gemeinsames Ziel – die Erzielung von Profit. Diese Integration verbindet **[837]** die Mittel zu einem zweckmäßigen System und führt zu einer ständigen Änderung und Entwicklung. Das führte wiederum im Gegensatz zu *allen* vorkapitalistischen Produktionsweisen zu einem Prozeß raschester Entwicklung. [MEW 4: 465] Das schrankenlose Bedürfnis nach Profit zwang das Kapital zur Expansion in alle Himmelsrichtungen. Der Kolonialismus war das logische Ergebnis dieses historischen Prozesses der Kapitalexpansion. Die Beziehungen zwischen den kapitalistischen Ländern und den ihrer kolonialen Herrschaft unterworfenen Ländern

wurden durch die Gesetze der kapitalistischen Produktionsweise reguliert. Prinzipiell beruhen diese Beziehungen von Anfang an auf einem Verhältnis der Ausplünderung der Kolonien und der Bereicherung der Metropolen, d. h., diese Beziehungen waren von Anfang an an das allgemeine Gesetz der kapitalistischen Akkumulation gebunden. [MEW 23: 675] [LW 4: 196]

In dem Maße, wie sich der Kapitalismus als System entfaltete und entwickelte, wirkte auch dieses Gesetz perfekter und allumfassender in den Beziehungen zwischen beiden Ländergruppen. Durch die Wirkung dieses Gesetzes vollzieht sich ein Polarisierungsprozeß im kapitalistischen System, der durch die systematische Konzentration von Reichtum, Wohlstand und Entwicklung an einem Pol des Systems und die Konzentration von Elend und Rückständigkeit am Gegenpol zum Ausdruck kommt. Das Ergebnis dieses Prozesses ist die ständige Zunahme des Abstandes zwischen beiden Polen des kapitalistischen Systems, ein Prozeß, der sich bis heute fortsetzt.

Die ganze Geschichte der Beziehungen zwischen den hochentwickelten kapitalistischen Ländern und den Kolonien (die Halbkolonien einbegriffen) beruht auf folgendem grundlegendem Prozeß: *dem Prozeß der Erzeugung von Mehrprodukt bzw. des Mehrwerts in den Kolonien und dessen Akkumulation in den Metropolen.* Das ist das fundamentale Gesetz des Kolonialismus. Die Wirkungsweise dieses Gesetzes ist selbstverständlich in den verschiedenen Phasen der Entwicklung des Kapitalismus sehr unterschiedlich.

In der Kindheitsperiode des Kapitalismus war die Akkumulation von Gold, Silber und Edelmetallen die „erste historische Erscheinung des Ansammelns von Kapital“. [MGr 144] Gold und Silber wurden in dieser Periode als einziger Reichtum betrachtet. Die Beziehungen zwischen dem in dieser Periode aufkommenden Kapitalismus und den unterworfenen Ländern waren durch diesen Standpunkt determiniert. Sie trugen den Charakter eines nackten und offenen Raubes der Reichtümer fremder Völker. Die Ausrottung der Eingeborenen, der Raub ihrer Schätze aus Gräbern, Tempeln und Wohnungen kennzeichneten die Anfangsphase der Beziehungen zwischen dem aufkommenden Kapitalismus und den werdenden Kolonien. Naturgemäß trug diese Art der Plünderungen den Charakter des einmaligen Raubes, und wegen seiner verheerenden Wirkung auf die unterworfenen Länder konnte dies keine ständige Quelle für die Ansammlung von Kapital sein. Um einen ständigen Fluß von Reichtum aus den Kolonien nach Europa zu sichern, mußte der einmalige Raub in einen immerwährenden *Raubprozeß* umgewandelt werden. Die gewaltsame Unterwerfung der Völker hat den Boden für solchen Übergang zur regelmäßigen Ausplünderung geebnet und die Bedingungen für eine ständige und *systematische Ausbeutung* geschaffen. Der Raubprozeß setzt sich auf der Grundlage des fundamentalen Gesetzes des Kolonialismus und unter außerordentlich komplizierten Bedingungen fort, die sich aus den Wechselbeziehungen zwischen dem eindringenden Kapitalismus und den einheimischen vorkapitalistischen Verhältnissen ergeben. Die vorkapitalistische Wirtschaft der Kolonien war hauptsächlich auf die Produktion von Gebrauchswerten ausgerichtet, sie hatte keinen schrankenlosen Bedarf nach Mehrprodukt. Das System hatte seine eigene Organisation, sein Eigenleben und seine eigene Logik. Ihm war die Logik des Kapitals, das nicht für die unmittelbaren Bedürf-**[838]**nisse der Produzenten produziert und nach schrankenloser Produktion und Mehrproduktion jagt, völlig fremd. Der eindringende Kapitalismus fand daher die traditionelle Wirtschaft der Kolonien für seine Belange völlig ungeeignet. Im Prinzip wurden hier keine Waren produziert, die Produzenten waren nicht von ihren Produktionsbedingungen getrennt, und zwischen Agrikultur und häuslicher Industrie bestand noch eine feste Einheit. All das behinderte die reibungslose Tätigkeit des Kapitals in den Kolonien. Somit standen sich die beiden Systeme als zwei diametral entgegengesetzte Systeme gegenüber. [MEW 23: 805] Überall, wo zwei unterschiedliche Produktionsweisen miteinander in Berührung kommen, wirken als dominierende Gesetze die Bewegungsgesetze der vorherrschenden Produktionsweise. Durch den Wirkungsmechanismus der Gesetze des Kapitals wurde allmählich die traditionelle Wirtschaft modifiziert und an die jeweiligen Verwertungsbedürfnisse des Kapitals angepaßt. Allerdings ist der Funktionsmechanismus des Kapitals in den verschiedenen Phasen der kapitalistischen Entwicklung unterschiedlich. Dementsprechend verläuft auch der Prozeß der Modifizierung der traditionellen Wirtschaft über eine Reihe von historischen Etappen, und sie münden endlich in eine hybride und heterogene Wirtschaftsstruktur, wie wir sie gegenwärtig in den Entwicklungsländern

sehen. Die Ausraubung fremder Länder als ein Prozeß begann schon in den Entwicklungsstufen des Kapitalismus, als noch der Handel die Industrie beherrschte. Das Handelskapital vermittelt den Warenaustausch zwischen den verschiedenen Produktionssphären. Dadurch nimmt es am Mehrwert teil, der in der Produktionssphäre erzeugt wird, und daher liegt in der Natur des Handelskapitals die Tendenz zur Ausbreitung und Expansion. Der Raubprozeß in den Kolonien begann mit der Expansion des Handelskapitals. Das Ziel des Handelskapitals bestand darin, die Erzeugung des Mehrprodukts in den Kolonien anzutreiben, es sich mittels Handel weitgehend anzueignen und es in den Metropolen zu akkumulieren. Die Schwierigkeit bei der Realisierung dieses Ziels bestand darin, daß die traditionelle Wirtschaft vornehmlich nur Gebrauchswerte produzierte und keine Waren. Aus demselben Grunde erschien auch das Geld als etwas Seltenes und als „eigentlicher Reichtum". Das bloße Angebot an Geld wirkte verlockend auf die herrschenden Klassen in den Kolonien als die Hauptbesitzer des Mehrproduktes. Sie waren bereit, dieses Mehrprodukt, wenn auch nicht als Tauschwert hergestellt, gegen das Geld auszutauschen. Dabei ist in Gesellschaften, in denen die Produktion auf den Gebrauchswert gerichtet ist, weder die Bedeutung des Wertes völlig erkannt worden, noch erlangte der Verkauf von Produkten zu ihrem Wert große Bedeutung. [MEW 25: 343]

Diese Umstände boten dem Handelskapital eine günstige Möglichkeit, die Produkte der vorkapitalistischen Sphäre erheblich unter ihrem Wert zu kaufen und in dieser Weise einen wesentlichen Teil der in den Kolonien produzierten Mehrprodukte einfach zu rauben. In dem Maße, wie das Handelskapital seine Position in den Kolonien verstärkte, griff es zu neuen Methoden, die ihm die Aneignung von immer regelmäßiger werdenden und zunehmenden Mehrprodukten sicherte. Damit wirkte aber das Handelskapital modifizierend auf die traditionelle Wirtschaft, indem es die Isoliertheit dieser Wirtschaften über die Zirkulation zerbrach und sie in den Kreislauf des Kapitals einbezog. Über den Umfang der Ausplünderung der Kolonien durch das Handelskapital gibt es keine genauen Daten. Wir wollen hier die Ausführung Digbys wiedergeben, um nur einen Bruchteil dieses ungeheuren „Systems der Plünderung des Handelskapitals" zu veranschaulichen: Allein in der Zeit zwischen Plassey und Waterloo (1757-1815), die für die Entwicklung des britischen Kapitalismus von entscheidender Bedeutung war, wurden zwischen 500 Mill. und 1 Mrd. Pfund von Indien nach England transferiert, wobei sich das gesamte Kapital aller um 1900 in Indien tätigen Aktiengesellschaften auf **[839]** 36 Mill. Pfund belief. [9: 241] Es ist daher eine unbestrittene Tatsache, daß das Handelskapital mit dem Transfer des in den Kolonien erzeugten Mehrprodukts nach den Metropolen der weiteren Entwicklung des Kapitalismus in den Mutterländern einen unersetzlichen Dienst erwies.

Mit dem Übergang des Kapitalismus zur Großindustrie wandelte sich auch die Bedeutung der Kolonien für die Metropolen. Die Beziehungen zwischen den Kolonien und Metropolen wurden in dieser Periode auf der Grundlage der Verwertungsbedürfnisse des Industriekapitals umgestaltet. Bekanntlich ist die Großindustrie dadurch gekennzeichnet, daß sie sich von den Schranken der herkömmlichen Triebkräfte befreite und ihre eigene adäquate technische Grundlage schuf. Solch eine Betriebsweise erwirbt naturgemäß „eine Elastizität, eine plötzlich sprungweise Ausdehnungsfähigkeit, die nur an dem Rohmaterial und dem Absatzmarkt Schranken findet". [MEW 23: 474] Die Beziehungen zwischen den Metropolen und den Kolonien in dieser Periode und noch bis heute sind weitgehend durch das Streben des Industriekapitals nach Überwindung der obenerwähnten Schranken determiniert. Das fundamentale Gesetz des Kolonialismus, nämlich das Gesetz der Erzeugung des Mehrprodukts in den Kolonien und seiner Akkumulation in den Metropolen, setzt sich durch dieses Streben durch. In der anfänglichen Epoche des Industriekapitals bildete die Textilindustrie den führenden Sektor der Wirtschaft der kapitalistischen Länder, wobei England in dieser Periode eine absolute Vormachtstellung innehatte, die durch das enorme Wachstum der Textilproduktion zum Ausdruck kam. Die Baumwollindustrie war in dieser Periode von vitaler Bedeutung für das gesamte soziale System Englands. [MEW 9: 155] Damit wurde aber das Problem des *Sicherstellens der Rohstoffe* und die *Beschaffung der Absatzmärkte* ebenfalls von vitaler Bedeutung. Die Eroberung der Absatzmärkte in den Kolonien stand unmittelbar auf der Tagesordnung. Dabei bestand das Problem darin, daß die wichtigsten Kolonien und Halbkolonien, wie z. B. Indien und China, selbst traditionelle Textilproduzenten waren.

Dank dem hohen Stand der Technik und deren ständiger Verbesserung erfuhren die Textilwaren eine ständige Preissenkung. Der Kostpreis von 1 Pfd. Baumwollgarn in England sank von 12 Shilling im Jahre 1788 auf ca. 3 Shilling im Jahre 1800 und auf nur 1 Shilling im Jahre 1830. Entsprechend fiel der Marktpreis des Baumwollgarns von 35 Shilling 1788 auf 9 Shilling 1800 und auf 3 Shilling 1830. [10: 460] Dieser Prozeß verlieh dem Industriekapital eine enorme Expansionskraft. Keine Kolonie konnte solchen Preisen einen effektiven Widerstand leisten. Die verheerende Wirkung der Invasion von Industriekapital auf die Kolonien wurde oft am Beispiel Indiens als dem traditionellen Produzenten und Exporteur von Baumwollwaren demonstriert. Durch diese Invasion stieg der Export von Baumwollwaren von England nach Indien von 1 Mill. Yard im Jahre 1814 auf 51 Mill. Yard im Jahre 1835. Dagegen ging der Export von Baumwollwaren von Indien nach England rapide zurück. Er fiel von 1,25 Mill. Stück Baumwollwaren im Jahre 1814 auf nur 63.000 Stück im Jahre 1844. [3: 133]

Ein chronisches Zahlungsbilanzdefizit Indiens war die unvermeidliche Folge dieser Sachlage. Die Edelmetallvorräte Indiens flossen systematisch als Ausgleich nach England. Diese Vorräte hatten aber schließlich auch ihre Grenzen: „Man kann nicht auf die Dauer ein Land mit seinen eigenen Erzeugnissen überschwemmen, wenn man ihm nicht. ermöglicht, irgendwelche anderen Produkte dafür in Austausch zu geben.“ [MEW 9: 155] Dies geschah in Indien jedoch nicht nur, um die eroberten Absatzmärkte aufrechtzuerhalten, sondern auch um die Bedürfnisse des Mutterlandes nach Rohmaterial zu befriedigen. Die Metropole zwang die Kolonie, in diesem Fall England Indien, zur Produktion von Baumwolle, Wolle, Hanf, Jute, also von Rohstoffen für die Textilindustrie **[840]** des Mutterlandes [MEW 23: 475] So lieferte Indien 1813 nur 9 Mill. Pfd. Rohbaumwolle nach England, 1844 stiegen die Lieferungen auf 88 Mill. Pfd. und 1865 auf 446 Mill. Pfd. Der Austauschprozeß von indischen Rohstoffen und britischen Industriewaren vollzog sich auf der Grundlage des englischen Marktmonopols, und durch diesen Mechanismus wurde das in Indien erzeugte Mehrprodukt systematisch und in wachsendem Maße nach England transferiert und dort auch akkumuliert. Das Ergebnis dieses Prozesses war einerseits die Akkumulation der Reichtümer in England; andererseits wurde aber durch die Invasion des Industriekapitals die blühende Manufaktur Indiens zunichte gemacht.

Millionen von Handwerkern wurden ruiniert und in bitteres Elend gestoßen. Die Remigration dieser Millionen von Menschen in die Dörfer, immer auf der Suche nach Arbeit, führte zu einem plötzlichen Druck der Bevölkerung auf die verfügbare Anbaufläche, auf die Beschäftigungsmittel und auf die Nahrungsmittel. So wurde ein Zustand der Überbevölkerung und damit auch eine ungeheure Verschlechterung der allgemeinen Lage der Bauern geschaffen. Das Bild war jedoch nicht nur in Indien so schrecklich. Von Ägypten [12: 377] bis Chile [4: 84 f.], wo auch immer das Industriekapital Fuß faßte, wurden die Märkte mit ausländischen Waren überschwemmt, bestehende Manufakturen ruiniert und die betroffenen Länder zu Rohstoffproduzenten für die Mutterländer. Mit der Invasion von Industriekapital entwickelte sich der Kapitalismus allmählich zu einem Weltsystem, das auf einer neuen internationalen Arbeitsteilung beruhte. Auf dieser Basis sind die hochentwickelten kapitalistischen Länder vorzugsweise Standort der industriellen Produktion und die Kolonien hauptsächlich Standort der Rohstoffproduktion.

In der letzten Hälfte und besonders im letzten Drittel des 19. Jh. dehnte sich die industrielle Entwicklung in Europa und in den USA aus. England hatte seine industrielle Vormachtstellung verloren. Die rasche Entwicklung der Produktivkräfte in dieser Periode bildete die materiell-technische Basis für den Übergang zu einer neuen Phase der kapitalistischen Entwicklung. [13: 191] Die enorme Konzentration und Zentralisation des Kapitals und der Produktion kennzeichnete diese Periode. Diese Konzentration führte aber auf einer bestimmten Stufe ihrer Entwicklung dicht an das Monopol heran. Die Ära des monopolistischen Kapitalismus brach an. Je mehr sich der Kapitalismus entwickelt, desto stärker rücken die Bedürfnisse nach Absatzmärkten und immer mannigfaltiger werdenden Rohstoffen in den Vordergrund. Damit nimmt die Bedeutung der Kolonien zu. Die Monopolverbände der Großunternehmer sind am festesten, „wenn alle Rohstoffquellen in einer Hand zusammengefaßt werden“. [LW 22: 264] Das einzige Mittel zur perfekten Realisierung dieses Ziels ist der Kolonialbesitz. Die ökonomische Bedeutung der Kolonien wurde in den 80er Jahren des vergangenen Jahrhunderts bei allen führenden Industriestaaten Europas fast gleichzeitig wiederentdeckt. Zu dieser Zeit begann ein

verzweifelter Kampf um die Kolonien. Etwa 5 Mill. Quadratmeilen an afrikanischem Boden wurden innerhalb von 10 Jahren von den europäischen Staaten in Besitz genommen. Die koloniale Expansion erfaßte auch Asien und andere Erdteile. Um die Jahrhundertwende war praktisch die ganze Welt unter eine Handvoll imperialistischer Staaten aufgeteilt. Die Eroberung der Kolonien, der Kolonialbesitz und damit auch die Herausbildung des Kolonialsystems des Imperialismus dürfen jedoch nicht allein auf den Zwang zur Eroberung und Sicherstellung der Rohstoffquellen und Absatzmärkte zurückgeführt werden, wenngleich diese für die Monopolverbände von lebenswichtiger Bedeutung waren: „Die Interessen des Kapitalexports drängen ebenfalls zur Eroberung von Kolonien.“ [LW 22: 266] Bekanntlich bieten die rückständigen Länder für die Verwertung des in den Metropolen überschüssig gewordenen Kapitals ein **[841]** außerordentlich günstiges Milieu. Hier ist der „Profit gewöhnlich hoch, denn es gibt dort wenig Kapital, die Bodenpreise sind verhältnismäßig nicht hoch, die Löhne niedrig und die Rohstoffe billig“. [LW 22: 245] Die Ausschaltung jeglicher Konkurrenz durch den Kolonialbesitz bildete hier die Voraussetzung für die reibungslose Tätigkeit des exportierenden Kapitals und für die Erzielung eines hohen monopolistischen Profits. Mit dem Übergang des Kapitalismus in seine monopolistische Phase und mit der Herausbildung des Kolonialsystems des Imperialismus brach eine neue Phase der Beziehungen zwischen den Metropolen und den Kolonien an. Die Herrschaft der ersteren über die letzteren und die Gewalt charakterisieren diese Beziehungen. Das fundamentale Gesetz des Kolonialismus setzte sich in dieser Periode wirksamer durch. Gleichzeitig begannen in dieser Phase die Prozesse, die zum Zusammenbruch des Kolonialsystems führten.

Man kann in dieser Periode in den Beziehungen zwischen den Metropolen und den Kolonien zwei Phasen unterscheiden. Die erste Phase erstreckte sich von der allmählichen Formierung des Kolonialsystems bis zur Krise dieses Systems. Die zweite Phase umfaßte die Periode von der Krise des Kolonialsystems bis zum Zusammenbruch dieses Systems und zur Herausbildung der jungen Nationalstaaten. Dabei ist die gesamte Periode durch die umfassende Umwandlung der Wirtschaft der Kolonien und ihre Anpassung an die neuen Bedürfnisse des ausländischen Kapitals gekennzeichnet. Die intensivere Akkumulation der Reichtümer in den Metropolen und die Verelendung der Masse der Bevölkerung der Kolonien waren die unausbleiblichen Folgen dieses Umwandlungsprozesses. Die erste Phase begann mit der intensiven Jagd nach Rohstoffquellen. Der zunehmende Bedarf an immer mannigfaltiger werdenden Rohstoffen zwang das Kapital, in die entferntesten Winkel der Kolonien einzudringen. Die Erschließung der Rohstoffquellen selbst setzte jedoch ein adäquates Transportwesen voraus. Der Eisenbahnbau rückte in der ersten Phase dieser Periode in den Vordergrund. Die Bedeutung des Eisenbahnbaus in den Kolonien wurde schon 1840 erkannt. In dem Maße, wie sich der Kolonialbesitz entwickelte, wurde auch die Masse des Kapitalexports in Gestalt des fixen Kapitals vor allem als Investition in die Eisenbahn in den Kolonien vorangetrieben. Allein im Zeitraum 1890-1913 hat sich die Länge der Eisenbahnlinien in den Kolonien fast verdreifacht und über 160.000 km erreicht. Die Investitionen in die Eisenbahnen machten in dieser Periode nicht weniger als ein Drittel der gesamten ausländischen Investitionen der Industriestaaten aus. [6: 484, 492] Das in die Kolonien exportierte Kapital wurde hauptsächlich in die von der Konsumtionskraft der Kolonien unabhängigen Zweige investiert. Der Kapitalexport war also auf die Produktion von Rohmaterial, Nahrungsmitteln und Genußmitteln für die Metropolen ausgerichtet. In dieser Periode war die Durchführung dieses Unternehmens mit der gewaltsamen Trennung der einheimischen Produzenten von ihren Arbeitsbedingungen verbunden. Durch den Landraub standen den ausländischen Unternehmern Millionen von mittellosen Produzenten zur Verfügung. Als billige Arbeitskräfte bildeten sie die Quelle des Kolonialprofits. Es ist charakteristisch für diese Phase, daß ein erheblicher Teil des Kapitalexports die Form von Anleihen an koloniale Regierungen trägt. [7: 59] Die Anleihen wurden hoch verzinst. Gleichzeitig waren die Schuldner verpflichtet, die gewährten Anleihen für bestimmte und von den Gläubigern vorgegebene Zwecke, wie z. B. Eisenbahnbau, zu verwenden. Dadurch war der Profit der Liefergesellschaften aus den Metropolen gesichert. So übte das Leihkapital eine doppelte Ausbeutung in den Kolonien aus. Es preßte das produzierte Mehrprodukt aus diesen Ländern in Form von Zins und Profit heraus. Durch den Wirkungsmechanismus des Anleihekapitals entwickelten sich in den rückständigen Ländern die Unterwerfungsverhältnisse. Die Schuldner waren der Macht der Gläubiger unterworfen. Über das Ausmaß des Kolonialprofits in dieser Phase der **[842]** Beziehungen zwischen den

Metropolen und Kolonien stehen uns keine exakten Daten zur Verfügung. Jedoch ist ein steiler Zuwachs des Profits, der aus den Auslandsinvestitionen erzielt wurde, unbestritten. Schätzungsweise betrug der Reingewinn Englands aus den Auslandsinvestitionen um die Jahrhundertwende nicht weniger als 90-100 Mill. Pfund Sterling. [7: 60] 1906/07 belief sich das Einkommen Englands aus dem exportierten Kapital auf rd. 140 Mill. Pfund. [6: 484] Der jährliche Gewinn der deutschen Auslandsinvestitionen machte 1892 über 0,5 Mrd. Mark aus, er stieg im Jahre 1906 auf 1,2 Mrd. und 1914 auf 30 Mrd. Mark. [6: 484] [16: 186]

Die Ausbeutung und Unterwerfung der Kolonien in dieser Phase trug den Charakter der nationalen Unterdrückung. „Jede nationale Unterdrückung ruft in den *breiten Massen* des Volkes Widerstand hervor, die Tendenz jedes Widerstandes der nationalen unterdrückten Bevölkerung aber ist der nationale Aufstand.“ [LW 23: 54] Mit dem Ausbruch des ersten Weltkriegs geriet das kapitalistische System in die erste Phase seiner allgemeinen Krise. Eines der Hauptergebnisse der ersten Phase der allgemeinen Krise war der Aufschwung der nationalen Befreiungsbewegung der Kolonialvölker. In den Nachkriegsjahren geriet das gesamte Kolonialsystem in eine tiefe Krise.

Während des Krieges erfuhr die Schwerindustrie in den kapitalistischen Ländern eine enorme Entwicklung. Die massenhafte Rüstungsproduktion führte zu einer bestimmten Richtungsänderung der Wirtschaft in der Zwischenkriegszeit. Die Massenproduktion von Konsumgütern als Hauptrichtung der Wirtschaft in dieser Zeit ging Hand in Hand mit der Konzentration und Zentralisation des Kapitals und der Produktion in den Riesenmonopolen. Die Richtungsänderung der Produktion nach dem ersten und besonders nach dem zweiten Weltkrieg, die Entwicklung der Elektroindustrie, der Auto- und der Flugzeugindustrie riefen den massenhaften Bedarf nach einer Reihe von Rohstoffen wie Erdöl, Kupfer, Kautschuk usw. hervor. Gleichzeitig war eine gewisse Industrialisierung der Kolonien eine Möglichkeit für den Übergang von der Kriegswirtschaft zur Wirtschaft der Friedenszeit. All dies hat die Beziehungen zwischen den imperialistischen Staaten und den Kolonien stark beeinflußt. Nach dem ersten Weltkrieg und in stärkerem Maße nach dem zweiten Weltkrieg trugen diese Beziehungen neue Züge. Die Befriedigung des massenhaften Bedarfs an Rohstoffen aus den Kolonien konnte nicht mehr mit den herkömmlichen Methoden gesichert werden. Die Direktinvestitionen der Riesenmonopole in die Rohstoffsektoren der Kolonien waren die Voraussetzung für die reibungslose Massenproduktion in den Metropolen. Die massenhafte Direktinvestition führte zur raschen Produktion von Grundrohstoffen in den Kolonien. Allein im Zeitraum 1920-1940 wurde die Produktion von Kupfer verdoppelt, die von Kautschuk verdreifacht und die von Erdöl vervierfacht. Die Produktion der zwei erstgenannten Rohstoffe erlebte in den Jahren 1940-1961 eine weitere Verdoppelung und die Produktion von Erdöl sogar eine Vervierfachung. Der Bedarf an diesen Rohstoffen nahm ein solches Ausmaß an, daß seine Befriedigung nur durch ungeheure Zentralisation des Kapitals und durch die Herausbildung der internationalen Konzerne möglich war. Dabei ist bemerkenswert, daß der Löwenanteil des Kapitalexports zielstrebig auf die Ausbeutung von einigen bestimmten Rohstoffen konzentriert wurde. So machten die USA-Investitionen bei Erdöl 1950 ca. 28,8% des gesamten im Ausland investierten Kapitals aus. [5: 579] Nach 1950 erhöhte sich dieser Anteil auf 44%. [8: 71]

Über das Ausmaß des in den Kolonien produzierten Mehrprodukts und des Mehrwerts, der während dieser Periode in die Metropolen transferiert wurde, gibt es nur einige Schätzungen. Danach betrug der 1950-1960 erzielte Profit der USA, Englands, Frankreichs, Hollands und Belgiens aus ihren Investitionen in den Kolonien mindestens 30 Mrd. Dollar. Dabei hatten die Kolonien im selben Zeitraum jährlich 6 Mrd. Dollar **[843]** Verlust allein wegen der Verschlechterung der Terms of trade. [2: 35, 37] Schon diese Zahlen bezeugen die weitere Intensivierung des Raubprozesses in der letzten Phase des Kolonialismus.

Bei der historischen Betrachtung der Beziehungen zwischen den Metropolen und den Kolonien läßt sich allgemein feststellen, daß die Ausplünderung der Kolonien in den nachfolgenden Phasen der Entwicklung des Kapitalismus eine immer breitere Basis annahm und immer intensiveren Charakter trug. Dieser historische Prozeß führte zu einer immer intensiver werdenden Akkumulation von Reichtum in den Metropolen und zur Akkumulation des Elends in den Kolonien. So hat im Laufe der Geschichte der Entwicklung des Kapitalismus der Abstand zwischen kapitalistischen Ländern und

Kolonien immer mehr zugenommen. Als das Kolonialsystem des Imperialismus endlich zusammenbrach und die Entwicklungsländer als souveräne Staaten entstanden, trennte sie eine tiefe Kluft von den hochentwickelten kapitalistischen Ländern. In jeder Hinsicht waren sie im Vergleich zu den hochentwickelten Ländern rückständig und unterentwickelt.

Literatur:

1. *Baran, P.:* Politische Ökonomie des wirtschaftlichen Wachstums. Berlin (West)/Neuwied 1966; 2. *Bettelheim, Ch.:* Planification et croissance accélrée. Paris 1964; 3. *Dutt, R. P.:* Indien heute. Berlin 1951; 4. *Frank, A. G.*: Kapitalismus und Unterentwicklung in Lateinamerika. Frankfurt/M. 1969; 5. *Higgins, B.:* Economic Development. New York 1959; 6. *Hilferding, R.:* Das Finanzkapital. Berlin 1955; 7. *Hobson, J. A.:* Imperialism. London 1902; 8. *Jalée, P.:* Das neueste Stadium des Imperialismus. München 1971; 9. *Kuczynski, J.:* Die Geschichte der Lage der Arbeiter im Kapitalismus. Bd. 23, Berlin 1964; 10. *Kulischer, J.*: Allgemeine Wirtschaftsgeschichte des Mittelalters und der Neuzeit, Bd. 2, Berlin 1958; 11. *Kuznets, S.*, in: The Economics of Underdevelopment. New York 1963, S. 139 ff.; 12. *Luxemburg, R.:* Gesammelte Werke. Bd. 5, Berlin 1975; 13. *Mottek, H./Becker, W./Schröter, A.:* Wirtschaftsgeschichte Deutschlands. Bd. 3, Berlin 1974; 14. *Myrdal, G.:* Asian Drama. Bd. 1, New York 1968; 15. *Nehru, J.*: Entdeckung Indiens. Berlin 1959; 16. *Sartorius von Waltershausen, A.:* Die Weltwirtschaft und die staatlich-geordneten Verkehrswirtschaften. Leipzig 1926.

Parviz Khalatbari

2.6.8. Landwirtschaft

2.6.8.1. Allgemeine Probleme

Die Landwirtschaft bildet den Hauptsektor der Wirtschaft in den Entwicklungsländern. Der größte Teil der Arbeitskräfte ist in der Landwirtschaft beschäftigt, und die Landbevölkerung macht in der Regel den überwiegenden Teil der Bevölkerung aus. 1970 lebten von 2,6 Mrd. Menschen in den weniger entwickelten Regionen rd. 1,9 Mrd. auf dem Lande. Das macht ca. 73% der Gesamtbevölkerung in diesen Ländern aus. Dabei ist der prozentuale Anteil der Landbevölkerung an der Gesamtbevölkerung von Region zu Region und sogar von Land zu Land unterschiedlich (s. Tab. 1). **[844]**

Tabelle 1
Bevölkerungsstruktur der Entwicklungsländer [11: 71]

Region	Gesamtbevölkerung in Mill. (1)	Landbevölkerung in Mill. (2)	Anteil von 2 an 1 (in %)
Ostasien	910	665	73,0
Südasien	1.095	860	78,5
Lateinamerika	285	125	43,8
Afrika	345	265	76,8

Im allgemeinen ist die Landwirtschaft der Entwicklungsländer durch eine auffallende Rückständigkeit der Produktivkräfte und Produktionsverhältnisse charakterisiert. Moderne Produktionsmittel werden nur in sehr begrenztem Umfang in der Landwirtschaft verwendet. 1973 befanden sich etwa 10% aller Traktoren und etwa 4 % aller Mähdrescher der Welt in den Entwicklungsländern (s. Tab. 2).

Tabelle 2
Zahl der Traktoren und Mähdrescher in den Entwicklungsländern [12: 98 ff.]

Region	Mähdrescher	Traktoren
Afrika	353.133	33.710
Südamerika	516.834	55.632
Mittelamerika	220.756	3.500
Asien (ohne Japan)	587.725	17.142
Welt insgesamt	16.500.202	2.517.908

Der überwiegende Teil der Landwirtschaft ist mit primitiven Arbeitsmitteln ausgerüstet. Von 350 Mill. Bauernfamilien in der Welt bearbeiten etwa 10 Mill. Familien den Grund und Boden mit maschinellen Arbeitsmitteln. Etwa 90 Mill. Bauernfamilien bearbeiten ihren Boden mit Hilfe tierischer Zugkraft, 250 Mill. jedoch auch heute noch allein nur mit einfachen und primitiven Arbeitsmitteln

wie Hacke und hölzernem Hakenpflug. [2: 32] Der für eine so primitive Bearbeitung geeignete Boden ist begrenzt, aber selbst in diesem Rahmen ist der Wirkungsbereich der nichtmaschinellen Arbeitsmittel beschränkt. Ebenso wie die Arbeitsmittel sind auch die Bewässerungssysteme, für einen großen Teil der Entwicklungsländer die Hauptvoraussetzung des Ackerbaus, rückständig und primitiv. Entsprechend ist der Grad der Melioration unbedeutend. Wenn man die Landwirtschaft der Entwicklungsländer nach den Kriterien für den Entwicklungsgrad der Produktivkräfte in drei Sektoren – den modernen, den Übergangs- und den primitiven Sektor – einteilt, dann ergibt sich, daß der primitive Sektor den größten Teil der Landwirtschaft ausmacht. Der überwiegende Teil der Beschäftigten ist in diesem Sektor tätig. Selbst in Lateinamerika, wo im Vergleich zu allen anderen weniger entwickelten Ländern die maschinellen Arbeitsmittel am weitesten verbreitet sind, sind schätzungsweise (1960) etwa zwei Drittel der Beschäftigten in den primitiven Sektoren und noch nicht 7%. in den modernen Sektoren der Landwirtschaft tätig. [9: 43] Bedingt durch den rückständigen Zustand der Produktivkräfte bilden die beschränkte Masse der landwirtschaftlichen Produkte, der geringe Hektarertrag, die geringe Pro-Kopf-Produktion **[845]** und die niedrige Arbeitsproduktivität die allgemeinen Merkmale der Landwirtschaft der Entwicklungsländer. Die Pro-Kopf-Produktion des überwiegenden Teils der Landbevölkerung, die mit primitiven Arbeitsmitteln ausgerüstet ist, übersteigt nicht das jährliche Äquivalent von 300 kg Weizen. [3]

Die durchschnittliche Arbeitsproduktivität je Beschäftigten betrug 1960 in Lateinamerika etwa 700 US-Dollar. Dabei ist diese Kennziffer in den einzelnen Sektoren sehr unterschiedlich: Im modernen Sektor waren es etwa 4.830 Dollar, im Übergangssektor 830 und im primitiven Sektor nur 205 Dollar. [9: 43] Nicht nur die rückständigen Produktivkräfte charakterisieren die Landwirtschaft der Entwicklungsländer, sondern auch rückständige und veraltete Produktionsverhältnisse. Trotz aller Bemühungen der Regierungen der Entwicklungsländer in bezug auf die Durchführung bestimmter Agrarreformen (s. 2.6.8.2.) besitzt die Landwirtschaft der Entwicklungsländer noch immer keinen homogenen Charakter. Es existieren zahlreiche unterschiedliche Verhältnisse nebeneinander. Die bestehende heterogene Landwirtschaftsstruktur ist ein Erbe des Kolonialismus. Historisch betrachtet war die Landwirtschaft in der Kolonialzeit ständiger Gegenstand widerspruchsvoller Wirkungen des eindringenden ausländischen Kapitals. Es wirkte auflösend wie konservierend vor allem auf die traditionelle Landwirtschaft. Als Ergebnis dieser anhaltenden Wirkung wandelte sich allmählich die ziemlich homogene Struktur der traditionellen Landwirtschaft zu einer ökonomischen Organisation, die aus mehreren unterschiedlichen und nebeneinanderstehenden Sektoren bestand, die allerdings letzten Endes auf die beiden ihnen zugrunde liegenden Systeme, nämlich das vorkapitalistische und das kapitalistische, reduzierbar sind. [LW 3: 188 f.] Der kapitalistische Sektor entstand hauptsächlich durch das Eindringen ausländischen Kapitals und in der Regel in Form von Plantagen. Durch die gewaltsame Trennung der Produzenten von ihren Produktionsbedingungen wurden einerseits die notwendige Arbeitskraft und andererseits der notwendige Grund und Boden für den Aufbau der Plantagen bereitgestellt. Kapital, Management und Produktion lagen in den Händen der ausländischen Unternehmer. Die Produktion ist strikt nach den Bedürfnissen der Metropolen auf agrarische Rohstoffe, Nahrungs- und Genußmittel ausgerichtet. [8: 449 f.] Dabei ist die Spezialisierung auf die Produktion von bestimmten Produkten wie Zuckerrohr, Kaffee, Tee, Kakao, Tabak, Erdnüsse, einige Gewürzpflanzen wie Chinin, Manilahanf und Sisal, Bananen sowie Baumkulturen wie Kautschuk-, Öl- und Kokospalmen für die Plantagenwirtschaft charakteristisch. [10: 1478 f.] Die in der Landwirtschaft vorhandenen maschinellen Arbeitsmittel sind zum großen Teil auf den Plantagen eingesetzt. Der in diesem Sektor produzierte Wert wird – einschließlich des produzierten Mehrwerts – systematisch aus er den Entwicklungsländern in die Metropolen transferiert. [7: 38] Die Plantagen sind somit Anhängsel der Metropolen.

Nach dem zweiten Weltkrieg spielten die Investitionen in den Plantagen, im Gesamtzusammenhang der ausländischen Investitionen betrachtet, eine untergeordnete Rolle. [5: 13] Nach dem Zusammenbruch des Kolonialsystems ist eine neue Richtung in der kapitalistischen Entwicklung der Landwirtschaft in den Entwicklungsländern zu verzeichnen. Sie orientiert sich, gestützt auf die Importsubstitutionspolitik, teilweise auf die Bedürfnisse des inneren Marktes. Die Steigerung des Bedarfs an Kapital, Management und moderner Technologie ermöglichte in einer Reihe von Entwicklungsländern

zu eine zunehmende Tätigkeit von multinationalen Konzernen. In manchen Ländern, wie in Mexiko, kommt es vor, daß ein wichtiger Teil der Landwirtschaft und der Agrarindustrie direkt vom ausländischen Kapital und von der ausländischen Technologie beherrscht wird. [4: 110]

Die vorkapitalistische Landwirtschaft ist durch mannigfaltige Produktionsverhält-**[846]**nisse gekennzeichnet, die im Grunde genommen alle auf der Naturalwirtschaft beruhen. Alle diese Formen sind im Prinzip auf die Produktion von Gebrauchswert orientiert, und die Produktion dient in erster Linie der Selbstversorgung. [1: 230] Durch die Wirkungsweise des ausländischen Kapitals erfahren diese Verhältnisse eine bestimmte Modifizierung bzw. Deformierung. Unmittelbar nach dem Zusammenbruch des Kolonialsystems des Imperialismus bildeten die halbfeudalen Verhältnisse die verbreitetste Form der vorkapitalistischen Verhältnisse in der Landwirtschaft der Entwicklungsländer. Diese Verhältnisse ähneln denen der Metäriewirtschaft [MEW 25: 854] und können in diesem Sinne als halbfeudal bezeichnet werden. Charakteristisch für dieses System ist *die Konzentration von Grund und Boden als Eigentumsobjekt* in den Händen der Großgrundbesitzer. Das Monopol der Großgrundbesitzer wird in der Regel durch das Monopol an Wasserquellen als Hauptvoraussetzung des Ackerbaus ergänzt. Es handelte sich also um das doppelte Monopol, das den Großgrundbesitzern eine ungeheure Macht verschafft. Die Masse der Produzenten besteht aus landlosen und landarmen Bauern. Sie sind gezwungen, unter schwierigen Bedingungen ein Stückchen Land zu pachten, d. h., der Grund und Boden als *Bewirtschaftungsobjekt* ist unter die Masse der Produzenten als Halbpächter zersplittert. Die Betriebsmittel werden teilweise durch die Produzenten selbst bereitgestellt. Ein anderer Teil der Produktionsmittel wird durch die Großgrundbesitzer besorgt und den Halbpächtern zur Verfügung gestellt. Der Großgrundbesitzer fungiert hier als Verleiher von Kapital. Die Ernte wird proportional zwischen beiden „Partnern“ geteilt, wobei der Großgrundbesitzer, gestützt auf sein doppeltes Monopol, in der Regel den größeren Teil der Ernte bekommt. Genau wie in der Metäriewirtschaft ist auch hier wesentlich, daß der Anteil der Großgrundbesitzer an der Ernte nicht nur aus der Grundrente, sondern auch aus dem Zins besteht. Darüber hinaus bietet dieses System den Großgrundbesitzern die Möglichkeit, sich nicht nur das gesamte erzeugte Mehrprodukt anzueignen, sondern auch einen Teil des notwendigen Produkts, damit die Reproduktion der Arbeitskraft zu erschweren und die Weiterentwicklung des Systems zu unterbinden. Gleichzeitig besteht der Anteil des Halbpächters an der Ernte nicht nur aus dem Entgelt für seine Arbeit. Er hat Anspruch auf einen Teil der Ernte bzw. des Mehrprodukts als Eigentümer eines Teils der Produktionsmittel. Er kann diesen Teil akkumulieren und sich allmählich zum kapitalistischen Pächter entwickeln. Dieses System trägt also einen Übergangscharakter (s. auch [MEW 23: 782] [MEW 26.2: 16]).

Dieses halbfeudale System als die verbreitetste Form in der Landwirtschaft der Entwicklungsländer ist trotz der agrarreformerischen Bemühungen der Regierungen in den Entwicklungsländern noch lange keine Sache der Vergangenheit. Noch 1973 besaßen die Großgrundbesitzer in den meisten nichtsozialistisch orientierten Entwicklungsländern 50-60% der Anbauflächen. In Venezuela besitzen sie 82%, in Kolumbien 56%, in Brasilien 53%, auf den Philippinen, in Indien und in Pakistan ca. 50% der Anbauflächen. Dagegen machen 100 Mill. kleine Parzellen, die weniger als 5 ha groß sind, nur 20% der Anbauflächen aus. Die Pächter liefern immer noch 50-60% ihrer Ernte als Grundrente an die Großgrundbesitzer ab. [6: 24]

Das halbfeudale System in den Entwicklungsländern ist zwar eine Übergangsphase; es ist aber durch das doppelte Monopol der Großgrundbesitzer an Grund und Boden und an Wasserquellen und durch die anhaltende konservierende Wirkung des ausländischen Kapitals nicht fähig, diesen Übergang durchzuführen, denn das System wird gewaltsam von der Erfüllung seiner eigenen Aufgaben abgelenkt und immer mehr auf die Befriedigung der Bedürfnisse der kapitalistischen Sektoren der Wirtschaft orientiert. Somit verwandelt sich das System in ein System der Gewalt, verelendet die Massen der Bevölkerung und verhindert das wirtschaftliche Wachstum.

[847] Einige Entwicklungsländer, die einen nichtkapitalistischen Entwicklungsweg gewählt d haben, konnten durch eine Reihe von Maßnahmen die halbfeudalen Verhältnisse weitgehend überwinden. Sie haben durch landreformerische Maßnahmen, Nationalisierung und Genossenschaftsaufbau qualitativ neue Verhältnisse in ihrer Landwirtschaft eingeleitet.

Literatur:

1. *Abercrombie, K.,* in: Handbuch der Landwirtschaft und Ernährung in den Entwicklungsländern. Stuttgart 1967, Bd. 1, S. 230 ff.; 2. *Baade, F.:* Der Wettlauf zum Jahre 2000. Oldenburg/Hamburg 1960; 3. *Clark, C.:* World Population Conference. Belgrad n 1965; 4. *Feder, E.,* in: Multinationale Konzerne und Dritte Welt. Opladen 1976, S. 103 ff.; 5. *Junne, G.,* in: Multinationale Konzerne und Dritte Welt. Opladen 1976, t. S. 11 ff.; 6. *McNamara, R.:* Annual Meeting of the Boards of Governors, Summary proceeding. Nairobi 1973; 7. *Mende, T.:* Überfluß und Armut. Düsseldorf/Köln 1972; 8. *Myrdal, G.*: Asian Drama. Bd. 1, New York 1968; 9. *Senghaas, D.:* Weltwirtschaftsordnung und Entwicklungspolitik. Frankfurt/M. 1977; 10. *Entwicklungspolitik: Handbuch-Lexikon.* Stuttgart/Berlin (West)/Mainz 1966; 11. *UNO:* Growth of the World's Urban and Rural Population 1920-2000. New York 1969; 12. *UNO:* Statistical Yearbook 1974. New York 1975.

Parviz Khalatbari

2.6.8.2. Agrarreformen

Im Unterschied zu der undifferenzierten Benutzung der Begriffe „Agrarreform", „Landreform" und „Agrarrevolution", die im internationalen Sprachgebrauch üblich ist, und im Gegensatz zu der sehr vagen Definition des Landreformbegriffs, die auf der Weltlandreformkonferenz der Vereinten Nationen (Rom 1966) geprägt wurde, verstehen wir unter dem Begriff „Agrarreform" einen integrierten Komplex agrarpolitischer Maßnahmen zur umfassenden qualitativen Veränderung der Produktionsverhältnisse und der ökonomischen Produktionsbedingungen eines Landes, in dessen Ergebnis neuartige Eigentumsverhältnisse an den Produktionsmitteln, neuartige Betriebsformen und Klassenstrukturen sowie neuartige Bedingungen im Bereich des Produktionsmitteleinsatzes, der agrarwirtschaftlichen Zirkulation und der Leitung der Landwirtschaft entstehen. Unter dem Begriff „Landreform" hingegen verstehen wir die Brechung des feudalen bzw. kapitalistischen Bodenmonopols durch Enteignung des Großgrundbesitzes und dessen Aufteilung an Landarbeiter, Kleinpächter und landarme Bauern und die damit in unmittelbarem Zusammenhang stehenden Durchführungsmaßnahmen. Landreformen sind damit das sozialökonomische Kernstück der Agrarreformen, die ihrerseits einen weiterreichenden Oberbegriff für den Gesamtprozeß der Umgestaltung der Agrarverhältnisse darstellen.

Die Notwendigkeit und Zielrichtung tiefgreifender Agrar- und Landreformen in den Entwicklungsländern wird vor allem durch folgende Faktoren determiniert:

– hohe Konzentration des Eigentums an Boden und anderen Produktionsmitteln sowie wirtschaftlicher und politischer Macht in den Händen feudaler oder kapitalistischer Großgrundbesitzer bzw. ausländischer Agrarunternehmen;

– verbreitete Existenz reaktionärer Pacht- und Teilpachtsysteme;

– Bestehen überlebter patriarchalischer Eigentums-, Herrschafts- und Produktionsformen, vor allem in den Nomaden- und Wanderfeldbaugebieten; **[848]**

– weite Verbreitung ausbeuterischer Institutionen in der Zirkulationssphäre (private Geldverleiher, Privathändler), die mit den alten Eigentums- und Herrschaftsstrukturen eng verflochten sind.

Während der Kolonialperiode, vor allem aber in den 40er und 50er Jahren dieses Jahrhunderts, kam es in der Mehrzahl aller heutigen Entwicklungsländer zu Massenbewegungen der werktätigen Landbevölkerung für die revolutionäre Lösung der Agrarfrage, die nicht selten den Charakter bewaffneter Agrarrevolutionen annahmen. In einigen Ländern führten diese Massenaktionen zur zeitweiligen Machtergreifung der revolutionären Landbevölkerung (Indien – Telengana) bzw. zur vorübergehenden Durchsetzung progressiver Landreformgesetze (Iran, Guatemala).

Mit Ausnahme der heute sozialistischen Länder Asiens und Lateinamerikas (SR Vietnam, KDVR, Kuba) und Algeriens war es der zur Macht gelangten nationalen Bourgeoisie – oft mit ausländischer Unterstützung – jedoch möglich, diese revolutionären Agrarreformbewegungen niederzuwerfen und durch eine bürgerlich-reformistische Agrarreformpolitik zu ersetzen. Hauptziel der bürgerlichen Agrarreformgesetzgebung, die in fast allen kapitalistisch orientierten Entwicklungsländern nach Erlangung

der staatlichen Unabhängigkeit erlassen wurde, ist die Transformation vorkapitalistischer Agrarstrukturen in kapitalistische Agrarverhältnisse. Zu diesem Zweck werden die agrarstrukturellen Elemente des Feudalismus und des Kolonialismus allmählich abgebaut, die Umwandlung feudaler Großgrundbesitzungen in kapitalistische Farmbetriebe sowie die Entstehung einer kapitalistisch orientierten Mittel- und Großbauernschaft gefördert und große Teile der Kleinbauern und Pächter in Landarbeiter verwandelt. Die Durchführung dieser bürgerlichen Agrarreformgesetzgebungen wird durch folgende Merkmale gekennzeichnet:

– langsame und inkonsequente Verwirklichung der Landreformgesetze;

– bürokratisch-administrative Durchführung der Landreformen ohne Einbeziehung der Landarbeiter oder Kleinbauern;

– Beibehaltung von großzügigen Höchstgrenzen für den privaten Landbesitz, die eine tatsächliche Beseitigung des Großgrundbesitzes nicht ermöglichen;

– gesetzliche Sanktionierung vielfältiger Ausnahmeregelungen zur Umgehung der Landreformgesetze;

– gesetzliche Erlaubnis für die Großgrundbesitzer, die in ihrem Besitz verbleibenden Flächen selbst auszuwählen und darauf ansässige Pächter zu vertreiben;

– Nichteinbeziehung der Produktionsmittelausrüstungen (Bewässerungsanlagen, Vieh, Maschinen, Gebäude) in die Bodenreformbestimmungen;

– Nichtbeseitigung reaktionärer Pachtverhältnisse;

– Zahlung hoher Entschädigungen für die von den Großgrundbesitzern abgegebenen Bodenreformflächen;

– langsame Verteilung der geringen Bodenreformländereien an die Landarbeiter und Kleinbauern zu ungünstigen juristischen und finanziellen Bedingungen;

– unzureichende politische, juristische und ökonomische Sicherung durchgeführter Landreformmaßnahmen und unzureichender Schutz der Bodenreformbauern.

Die Durchführung dieser bürgerlichen Landreformmaßnahmen hat die soziale Lage der werktätigen Landbevölkerung in den Entwicklungsländern nicht verbessert, sondern in vielen Fällen – vor allem durch Pächtervertreibungen und massenweise Proletarisierung – sogar verschlechtert. Die Ineffektivität dieser Reformmaßnahmen wird daran deutlich, daß in Indien bis zum Jahre 1973, d. h. in einer mehr als 20jährigen Landreformperiode, lediglich 1 Mill. ha, also 0,75% der gesamten landwirtschaftlichen Nutzfläche (LN), zu Bodenreformland erklärt und davon wiederum nur 0,53 Mill. ha, **[849]** also 0,4% der Gesamtfläche, an Bodenreformbauern verteilt wurden. [10: 42] In Lateinamerika besaßen die Großgrundbesitzer (7% aller Betriebe) trotz des Erlasses zahlreicher Landreformgesetze im Jahre 1965 noch immer 93,8% aller LN. [16: 83]

Die Vereinten Nationen haben auf diese schleppende und ineffektive Durchführung von Landreformen in den meisten Entwicklungsländern schon seit 1950 auf zahlreichen Sondertagungen der Generalversammlung, auf den Tagungen des Wirtschafts- und Sozialrates und in den sechs bisher erschienenen Berichten „Progress in Land Reform“ immer wieder aufmerksam gemacht.

Im Unterschied zu jenen Entwicklungsländern, die einen kapitalistischen Weg eingeschlagen haben, erzielten die mit sozialistischer Orientierung (Algerien, VDR Jemen, Irak, Syrien, Äthiopien, Tansania, Burma, Guinea) sowie Madagaskar und Sri Lanka beträchtliche Fortschritte bei der Durchführung wirksamer Agrar- und Landreformen zugunsten der werktätigen Dorfbevölkerung. Grundlegende antikapitalistische Umgestaltungen der Agrarverhältnisse haben in jüngster Vergangenheit in Moçambique, Angola, Guinea-Bissau und Laos begonnen.

Die bisher größten Fortschritte bei der Verwirklichung einer antikapitalistischen Umgestaltung der Agrarverhältnisse hat unter den Entwicklungsländern Algerien erreicht. Auf der Grundlage der

Nationalisierung des kolonialen Eigentums der französischen Siedler wurde bereits Anfang der 60er Jahre ein Sektor von 1623 Staatsgütern (exploitation autogerées agricoles) geschaffen, die etwa 30% der LN des Landes bewirtschafteten und ca. 55-60% der Agrarproduktion Algeriens erzeugten. Nach Verabschiedung der „Charta der Agrarrevolution“ (1972) wurde mit der Durchführung einer tiefgreifenden Landreform im einheimischen Sektor begonnen, die in mehreren Etappen vollzogen wird. Die Verteilung des Bodenreformlandes erfolgt größtenteils an bäuerliche Kollektive und führt damit zur Bildung von landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften bzw. vorgenossenschaftlichen Produktionsgemeinschaften, die bereits ein Drittel der LN Algeriens bewirtschaften (1976).

Spezifische Probleme ergeben sich bei der Umgestaltung der Agrarverhältnisse in Wanderfeldbau- bzw. Nomadengebieten (speziell im tropischen Afrika), in denen das private Bodeneigentum nicht bzw. nur in embryonaler Form vorhanden ist und traditionelle, oft tribalistische Bodenbewirtschaftungsformen vorherrschen (customary tenure). Während bürgerliche Kreise eine „Individualisierung“ dieser traditionellen Agrarstrukturen befürworten und betreiben, haben fortschrittliche Länder (u. a. Tansania, Guinea, Moçambique) diese Ländereien nationalisiert und bäuerlichen Kollektiven, werktätigen Einzelbauern bzw. Staatsgütern oder Nomadenvereinigungen zur Nutzung übergeben.

Literatur:

1. *Bärschneider, E. u. M.:* Die Entwicklung der landwirtschaftlichen Selbstverwaltungsbetriebe in der DVR Algerien unter besonderer Berücksichtigung der Produktionsentwicklung, Kostengestaltung und Finanzierungsmethoden in den SVB des Bezirkes Oran. Leipzig 1976 (Diss.); 2. *Feder, E.:* Gewalt und Ausbeutung – Lateinamerikas Landwirtschaft. Hamburg 1973; 3. *Jacobi, E.:* Man and Land. New York 1971; 4. *Tjulpanov, S. I.:* Politische Ökonomie und ihre Anwendung in den Entwicklungsländern. Berlin 1975; 5. *Uljanowski, R. A.:* Der Sozialismus und die befreiten Länder. Berlin 1973; 6. n *Gouvernement de l'Algerie:* Charta de la Revolution Agraire. Algier 1971; 7. *Ders.:* Coopération et Revolution Agraire. Algier 1974; 8. *Ders.:* Code Pastoral. Algier 1975; 9. n *Government of Ethiopia:* Proclamation to provide for the Nationalisation of Rural Land, in: The Ethiopian Herald v. 4.3.1975; 10. *Government of India:* Fifth Five **[850]** Year Plan 1974-1979. Bd. 2, Neu Delhi 1974; 11. *Government of Iraq:* Agrarian Reform Law No. 117/1970. Baghdad; 12. *Government of Iraq:* Law of Agrarian Reform No. 90/1975. Baghdad; 13. *Government of Sri Lanka:* Land Reform Law No. 1. Colombo 1972; 14. *Government of Sri Lanka:* Land Reform (Amendment) Law No. 39. Colombo 1975; 15. *Klassen und Klassenkampf in den Entwicklungsländern.* Bd. 3, Berlin 1970; 16. *UNO:* Progress in Land Reform, 6th Report. New York 1975; 17. *UNO:* Report of World Land Reform. Conference Rome 1966. New York 1968.

Klaus-Joachim Michalski

2.6.8.3. Genossenschaftswesen

Landwirtschaftliche Genossenschaften werden heute in nahezu allen Entwicklungsländern als wesentliche Voraussetzung und wichtiges Instrument des agrarischen Aufbaus erkannt und staatlicherseits gefördert.

Das findet seinen Ausdruck in der Durchführung vielfältiger genossenschaftlicher Entwicklungsprogramme, im Erlaß neuer Genossenschaftsgesetze und in dem relativ raschen zahlenmäßigen Wachstum der Genossenschaftsbewegung dieser Länder seit der Erlangung ihrer staatlichen Unabhängigkeit. Die landwirtschaftlichen Genossenschaften der Entwicklungsländer stellen jedoch ein sehr heterogenes politisch-ökonomisches Phänomen dar und unterscheiden sich hinsichtlich ihres sozialökonomischen Charakters, ihrer Aufgabenstellung und ihrer Organisationsformen von Land zu Land beträchtlich. Sozialökonomisch betrachtet, differenziert sich das landwirtschaftliche Genossenschaftswesen der Entwicklungsländer in zwei Hauptrichtungen: in die Genossenschaften jener Länder, die einen nichtkapitalistischen, auf den Sozialismus orientierten Weg verfolgen, und in die Genossenschaften der Länder, die einen kapitalistischen Entwicklungsweg eingeschlagen haben.

In den *sozialistisch orientierten Entwicklungsländern* vollzieht sich der Genossenschaftsaufbau in engem Zusammenhang mit der Durchführung wirksamer Landreformen und Nationalisierungsmaßnahmen sowie in enger Verbindung mit dem Aufbau des staatlichen Wirtschaftssektors und der

schrittweisen Durchsetzung der staatlichen Wirtschaftsplanung. Die Genossenschaften sind hier ein Instrument zur Einschränkung und Überwindung des Kapitalismus, dienen vorrangig den Interessen der werktätigen Bauern und entwickeln sich stufenweise zu genossenschaftlichen Landwirtschaftsbetrieben. Bei konsequenter Verwirklichung des nichtkapitalistischen Weges entsteht auf diese Weise ein genossenschaftlicher Sektor, der gemeinsam mit dem staatlichen Landwirtschaftssektor die sozialökonomische Basis künftiger sozialistischer Agrarsysteme in diesen Ländern bildet.

Ein progressiver Genossenschaftsaufbau dieser Art wird gegenwärtig in Algerien, der VDR Jemen, im Irak, in Somalia, Angola, Moçambique, Tansania, Guinea und Laos durchgeführt. Ansätze einer progressiven antikapitalistischen Genossenschaftspolitik, die aber noch weniger klar ausgeprägt sind, können in Burma, Madagaskar, Sri Lanka, Syrien und Äthiopien beobachtet werden. Die Hauptetappen bzw. Hauptformen der genossenschaftlichen Umgestaltung der bäuerlichen Landwirtschaft in den sozialistisch orientierten Entwicklungsländern bestehen im Aufbau landwirtschaftlicher Genossenschaften in der Zirkulationssphäre, in der Entwicklung bäuerlicher Produktionsgemeinschaften mit teilweiser Vergenossenschaftung der Produktion und im allmählichen Übergang zur Bildung von landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften.

Die Genossenschaften der Zirkulationssphäre nehmen in vielen Fällen den Charakter **[851]** produktionsorientierter Mehrzweckgenossenschaften an, welche die Bauern mit Produktionskrediten, Produktionsmitteln und Dienstleistungen versorgen und an der Vermarktung landwirtschaftlicher Produkte sowie an der Wirtschaftsberatung und Bauernschulung beteiligt sind. Zugleich fördern diese Genossenschaften die bäuerliche Gemeinschaftsarbeit (Kollektivfelder, gemeinsame Bewässerungsanlagen, Viehhaltungen u. ä.) und dienen somit der allmählichen Vorbereitung der genossenschaftlichen Produktionsweise und zur Verdrängung kapitalistischer Elemente aus der agraren Zirkulationssphäre. Charakteristische Beispiele hierfür sind die „Cooperatives Agricoles Polyvalente Communales de Service“ (CAPS) in Algerien, die „Agricultural Cooperative Societies“ und „ Cooperative Unions“ im Irak, die „Farmers Cooperatives“ (FACO) in Somalia, die mit den Ujamaa-Dörfern verbundenen „Multipurpose Cooperative Societies“ in Tansania sowie die landwirtschaftlichen Mehrzweckgenossenschaften in Syrien und der VDR Jemen.

Bäuerliche Produktionsgemeinschaften mit teilweiser Vergenossenschaftung der Produktion, in denen die traditionellen Wirtschaften vollständig oder teilweise weiterbestehen, sind eine wichtige Vorstufe für den produktionsgenossenschaftlichen Zusammenschluß der Bauern in den Entwicklungsländern. Charakteristische Genossenschaftsformen dieser Art sind genossenschaftlich organisierte Gemeinschaftsfruchtfolgen (integrated crop rotations), wie sie sich während der 60er Jahre in Ägypten herausgebildet hatten, „Group Farms“ bzw. „Blockfarms“ (Somalia, Tansania), Bewässerungsgenossenschaften (Bangladesh) sowie semikollektive Tierproduktionsanlagen (z. B. gemeinschaftliche Mastbetriebe in Syrien).

Der Übergang zu landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften erfordert vielfältige politische, ideologische, ökonomische und materiell-technische Voraussetzungen, die es in den sozialistisch orientierten Entwicklungsländern zunächst zu schaffen gilt.

Erste erfolgversprechende Ansätze für den Aufbau dieser höchsten landwirtschaftlichen Genossenschaftsform bestehen in Algerien, im Irak, in der VDR Jemen und in Tansania. Vereinzelte Produktionsgenossenschaften bestehen ferner in Somalia, Syrien und in Sri Lanka. In Algerien ist der Übergang zur genossenschaftlichen Agrarproduktion am weitesten vorangeschritten. Hier bestanden Ende 1975 neben 1.623 staatlichen Selbstverwaltungsbetrieben (exploitation autogerées agricoles), die etwa 30% der LN des Landes bewirtschaften, 3.633 landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaften (CAPRA – Cooperatives Agricoles de Production de la Revolution Agraire) sowie 1.594 Genossenschaften zur Vorbereitung der kollektiven Landbewirtschaftung. In jüngster Vergangenheit wurde mit der Bildung von Produktionsgenossenschaften der Weidennomaden begonnen (CEPRA – Cooperatives d’elevage de la Revolution Agraire).

Es darf jedoch nicht übersehen werden, daß die prosozialistischen Wesenszüge des Genossenschaftswesens – wie die nichtkapitalistische Entwicklung der sozialistisch orientierten Entwicklungsländer

überhaupt – noch nicht unumkehrbar gesichert und somit vielfältigen Angriffen rechter, prokapitalistischer Kräfte ausgesetzt sind. Dabei ist zu beachten, daß auch in Ländern, die einen nichtkapitalistischen Weg verfolgen, mit zunehmendem wirtschaftlichem Wachstum und mit der Ausdehnung der Ware-Geld-Beziehungen – parallel zum Anwachsen der vergesellschafteten Wirtschaftssektoren – eine relative oder absolute Stärkung kapitalistischer Wirtschaftselemente vor sich gehen kann. Derartige Prozesse waren während der 60er Jahre besonders in der ägyptischen Landwirtschaft zu beobachten.

In den *kapitalistisch orientierten Entwicklungsländern* sind die Genossenschaften Bestandteil jenes politisch-ökonomischen Instrumentariums, das die nationale Bourgeoisie – oft mit massiver ausländischer Unterstützung – zur Herausbildung kapitalistischer **[852]** Agrarverhältnisse einsetzt. Die Genossenschaften dieser Länder entwickeln sich im engen Zusammenhang mit der Durchführung bürgerlich-reformistischer Landreformen, prokapitalistischer Intensivierungsprogramme („Grüne Revolution“, „Weiße Revolution“) und der Schaffung anderer „Förderungseinrichtungen“ zur Herausbildung groß- und mittelbäuerlicher Privatbetriebe (Community Development u. ä.). Die Genossenschaften stehen hier unter der Vorherrschaft der Dorfbourgeoisie und beschränken ihre Aktivitäten in den meisten Fällen auf die Zirkulationssphäre (Kredite, Lieferungen, Absatz u. ä. Dienstleistungen) , von denen die Kleinbauern und Kleinpächter weitgehend ausgeschlossen bleiben. Infolge ihrer Abhängigkeit von bzw. ihrer Verflechtung mit dem privaten Handels-, Industrie- und Banksektor ermöglichen die Genossenschaften eine zunehmende Ausbeutung und Beherrschung der ländlichen Bevölkerung durch die Bourgeoisie. Die Gesetze und Statuten der Genossenschaften in diesen Ländern basieren nach wie vor auf den juristischen und theoretischen Richtlinien der ehemaligen Kolonialmächte oder anderer kapitalistischer Länder.

In ökonomischer Hinsicht blieben die landwirtschaftlichen Genossenschaften dieser Länder in den meisten Fällen außerordentlich schwach. So liegt der Anteil der von genossenschaftlicher und staatlicher Seite gewährten Kredite am gesamten Agrarkredit Anfang der 70er Jahre in den verschiedenen Ländern Afrikas lediglich zwischen 1 und 17%, in Thailand und Pakistan bei 10, im Iran bei 6 und in Indien unter 20%. [1: 13] Die genossenschaftlichen Anteile am Bezug landwirtschaftlicher Produktionsmittel und am Absatz landwirtschaftlicher Erzeugnisse sind noch geringer. Eine zunehmende Aktivierung der Genossenschaften im Sinne der kapitalistischen Agrarentwicklung trat in verschiedenen Ländern im Zusammenhang mit der Durchführung prokapitalistischer Intensivierungsprogramme („Grüne Revolution“, „Weiße Revolution“) seit der 2. Hälfte der 60er Jahre ein. Dabei sind zwei verschiedenartige Tendenzen zu beobachten. In einigen Ländern (Taiwan, Südkorea, Indonesien, Pakistan, Thailand, Ghana, Philippinen) wird das Eindringen des Kapitalismus in die Landwirtschaft durch eine umfassende Ausdehnung kapitalistischer Genossenschaften in der agrarischen Zirkulationssphäre gefördert. In anderen Fällen versuchen die Bourgeoisie und die Exfeudalherren mit Hilfe von genossenschaftsähnlichen Institutionen und Agraraktiengesellschaften eine direkte prokapitalistische Umgestaltung der Produktionssphäre vorzunehmen. Ein typisches Beispiel hierfür ist das Programm zum Aufbau von „Agricultural Shareholders Companies“ im Iran.

In mehreren kapitalistisch orientierten Entwicklungsländern wurden während der 50er und 60er Jahre Versuche zur Bildung von landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften unternommen. Zu diesen Versuchen gehört das von J. Nehru betriebene Vorhaben, „Cooperative Farming Societies“ in Indien einzuführen, in dessen Verlauf zeitweilig mehrere tausend „Produktionsgenossenschaften“ entstanden, und der von Ahmed Ben Solah unternommene Versuch, Produktionsgenossenschaften (l’Unité Cooperatives de Production) in Tunesien zu bilden, der zur Entstehung von 341 derartigen Genossenschaften (1967) führte. [8: 350 ff.] Diese Versuche scheiterten ebenso wie vergleichbare Programme zur Entwicklung produktionsgenossenschaftlicher Organisationsformen in den mexikanischen „Ejidos“ bzw. zur Schaffung von Genossenschaftsfarmen in Uganda, Obervolta und der Elfenbeinküste, da sich landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaften als Kategorie der sozialistischen Ökonomik nur in einer sozialistisch orientierten Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung, nicht aber unter kapitalistischen Bedingungen entfalten können.

[853]

Literatur:

1. *Abbot, J. C.,* in: FAO-Monthly Bulletin of Agricultural Economics and Statistics 1974 (23), H. 10/11, S. 13 ff.; 2. *Ders.* in: FAO-Monthly Bulletin of Agricultural Economics and Statistics 1973 (27), H. 12, S. 1 ff.; 3. *Abu-Bakr, O.:* Aufgaben und Organisation der landwirtschaftlichen Genossenschaften in der SAR. Meißen 1970 (Diss.); 4. *Bakour, Y. M.:* Möglichkeit und Notwendigkeit des Aufbaus landwirtschaftlicher Produktionsgenossenschaften für die weitere Umgestaltung und Entwicklung der syrischen Landwirtschaft. Meißen 1974 (Diss.); 5. *Bodenstet, A. A./Zeuner, T. H./Kobelt, V.:* Staatlich geplante Produktionsgenossenschaften: Das tunesische Modell. München 1971; 6. *Dülfer, E.:* Operational Efficiency of Agricultural Cooperatives in Developing Countries. Rom 1974; 7. *Kwoh, M. H.:* Farmers Associations in Taiwan. Rom 1966; 8. *Michalski, K.-J.:* Landwirtschaftliche Genossenschaften in afro-asiatischen Entwicklungsländern. Berlin 1973; 9. *Ders.* in: Asien – Afrika – Lateinamerika 1975 (3), H. 6, S. 935 ff.; 10. *Nyerere, J.:* Socialism and Rural Development. Daressalam 1967; 11. *Shafshak, S.*: Fruchtfolgen und Fruchtfolgeprobleme in der Vereinigten Arabischen Republik. Halle 1970 (Diss.); 12. *Teman, A.:* Financement du secteur agricole dans un pays en developpement. Algier 1976; 13. *Ule, W.:* Land Reform in Iran and the Development of Agricultural Shareholders Companies. Bonn 1973; 14. *Ulmazov, A.:* The Initial Stage of Agricultural Cooperation: Agrarian Improvements in Soviet Central Asia and Kazakhstan. Moskau 1973; 15. *Government of Bangladesh:* First Five Year Plan 1973-1978. Dacca 1973; 16. *Government of Bangladesh:* Cooperative Development: Annual Report 1970/71. Dacca 1973; 17. *Gouvernement de l'Algerie:* Charte de In Revolution Agraire. Algier 1971; 18. *Gouvernement de l'Algerie:* Coopération et Revolution Agraire. Algier 1974; 19. *Government of Iran:* Decree concerning the Law for Establishing Agricultural Shareholder Companies No. 49.304. Teheran 1346 [d. i. 1968]; 20. *Government of Iraq:* Agrarian Reform Law No. 117/1970. Baghdad; 21. *Government of Somalia:* Law on Cooperative Development in the Somali Democratic Republic No. 40/1973. Mogadiscio; 22. *Government of Tanzania:* The Villages and Ujamaa-Villages Act 1975. Daressalam; 23. *UNO:* Progress in Land Reform, 6th Report. New York 1976.

Klaus-Joachim Michalski

2.6.9. Nationale Befreiungsbewegung

Mit dieser Kategorie wird die Gesamtheit der Bewegungen der abhängigen Völker Asiens, Afrikas und Lateinamerikas gegen koloniale Unterdrückung und Ausbeutung, für politische Unabhängigkeit, ökonomische Befreiung und sozialen Fortschritt erfaßt. Die nationale Befreiungsbewegung entstand und entwickelte sich als Folge der Kolonialexpansion des Kapitalismus und bildet dementsprechend den politischen Gegenpol zum kapitalistischen Kolonialismus auf dessen verschiedenen Entwicklungsstufen. Ihre innere Triebkraft besteht im objektiven Widerspruch zwischen dem kolonialen Herrschafts- und Ausbeutungsstreben der kapitalistischen Zentren und dem existentiellen Interesse der jener Völker an einer unabhängigen, von ausländischer Ausbeutung freien, mit der Hebung der Produktivkräfte und des Lebensstandards verbundenen Entwicklung. Sie fungiert als Träger des nationalen Befreiungskampfes, der in nationalen Befreiungsrevolutionen kulminiert, die in unserer Epoche den Charakter antiimperialistisch-demokratischer Revolutionen neuen Typs, nationaldemokratischer Revolutionen tragen.

[854] Die nationale Befreiungsbewegung entstand zunächst als – sozial meist unprofilierter – antikolonialer Widerstand, der sich zur bürgerlich-demokratischen Unabhängigkeitsbewegung entwickelte. Mit dem Beginn der Epoche des weltweiten Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus, die von der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution eingeleitet wurde, haben sich ihr Charakter und ihre welthistorische Rolle qualitativ gewandelt. Als eine ihrem Wesen nach allgemein-demokratische, antiimperialistische Bewegung ist sie zu einem festen Bestandteil und zu einer Hauptkraft des letztlich auf die sozialistische Erneuerung der Welt gerichteten globalen revolutionären Prozesses geworden. Ihre erfolgreiche Entwicklung ist vom Charakter der gegenwärtigen Epoche und von ihrer Einordnung in den revolutionären Weltprozeß, dessen entscheidende Kraft das sozialistische Weltsystem darstellt, nicht zu trennen. Mit dem Weltsozialismus und der revolutionären Arbeiterbewegung verbindet die nationale Befreiungsbewegung einmal die Tatsache, daß sie sich gegen den gleichen Gegner, den Imperialismus in seinen verschiedenen Wirkungsbereichen, richtet, zum anderen die

Gemeinsamkeit grundlegender Ziele, darunter die Gewährleistung eines stabilen Weltfriedens, die allseitige Verwirklichung des Selbstbestimmungsrechts der Nationen, die Durchsetzung demokratischer Prinzipien in den internationalen Beziehungen, die Aufhebung der Ausbeutung eines Landes durch ein anderes, die Überwindung der Rückständigkeit und des Massenelends sowie die Sicherung des sozialen Fortschritts. Andererseits unterscheidet sich die nationale Befreiungsbewegung von den beiden anderen weltrevolutionären Hauptkräften durch die spezifischen Bedingungen ihres Wirkungsfelds, durch ihre weitaus breitere soziale Basis, durch ihren andersgearteten politisch-sozialen Charakter als nichtproletarische, sondern antiimperialistisch-demokratische Bewegung, durch ihre Ideologie sowie im Grad der Unmittelbarkeit bei der Realisierung der Haupttendenz der gesellschaftlichen Entwicklung in unserer Epoche.

Die antiimperialistische nationale Befreiungsbewegung weist prinzipiell zwei Etappen auf, die sich hinsichtlich ihrer objektiven Aufgabenstellung, ihrer tragenden sozialen Kräfte sowie ihres politischen Inhalts unterscheiden.

In der ersten Etappe besteht das Ziel der nationalen Befreiungsbewegung in der Beseitigung der politischen Fremdherrschaft und der Erringung der nationalen Eigenstaatlichkeit bzw. – in den formal selbständigen Teilen des imperialistischen Kolonialsystems – in der Durchsetzung solcher Veränderungen im politischen Überbau, die der Gewinnung der staatlichen Selbständigkeit durch die Kolonien gleichkommen. In diesem Ziel vereinen sich – von der Interessenlage her und vielfach auch in bezug auf die verschiedenen Formen der aktiven Beteiligung – breiteste, sozial heterogene Kräfte, mit Ausnahme kleiner Gruppen von Kompradoren fast das ganze Volk, in der kolonialen Gesellschaft. Entsprechend ist der Charakter der Bewegung in dieser Etappe antikolonial und allgemeindemokratisch, in vielen Fällen auch antifeudal. International gesehen bedeutet der Abschluß dieser Etappe, die Erreichung dieses Ziels durch die nationale Befreiungsbewegung im Zusammenwirken mit den anderen weltrevolutionären Hauptströmen, den völligen Zusammenbruch des Systems der imperialistischen Kolonialherrschaft. Nach der Entstehung des sozialistischen Weltsystems war dies das welthistorisch wichtigste Ereignis der Nachkriegszeit; es bewirkte wesentliche Wandlungen in der politischen Struktur der Welt, schwächte den Imperialismus und trug zur Veränderung des internationalen Kräfteverhältnisses zu dessen Ungunsten bei. Die einzelnen bisher kolonial unterworfenen Völker gewannen mit der nationalstaatlichen Unabhängigkeit die elementare Voraussetzung für die Lösung ihrer sozialen und ökonomischen Probleme, für die Erneuerung ihres gesellschaftlichen und geistigen Lebens, für ihre aktive Mitwirkung bei der Gestaltung der internationalen Beziehungen.

[855] Mit der Errichtung der nationalen Staatsmacht ist – sofern deren Inhalt nichtproletarisch ist – die nationale Befreiungsbewegung entgegen den Auffassungen der Ideologen des Neokolonialismus jedoch noch nicht abgeschlossen. Da das imperialistische Kolonialsystem sich nicht in Überbau-Elementen erschöpft, sondern auch eine spezifische ökonomische Basis besitzt, deren Kontinuität der Neokolonialismus zur erweiterten Reproduktion von Abhängigkeit, Rückständigkeit und Ausbeutung nutzt, der „koloniale“ Widerspruch zum Imperialismus daher fortbesteht und sich infolge des Weiterwirkens der kolonialkapitalistischen Gesetzmäßigkeiten und Triebkräfte in neokolonialer Modifikation sogar noch verschärft, geht die nationale Befreiungsbewegung in eine neue, höhere und kompliziertere Etappe über.

In dieser zweiten Etappe, in die die Entwicklungsländer zu unterschiedlichen Zeitpunkten eingetreten sind, in der sie sich aber heute alle befinden, bestehen die Hauptaufgaben der nationalen Befreiungsbewegung objektiv in der Entwicklung der nationalen Souveränität zur realen politischen Unabhängigkeit, in der ökonomischen Befreiung vom Imperialismus durch Erlangung wirtschaftlicher Unabhängigkeit und Überwindung der kolonial bedingten Rückständigkeit, in der Hebung des Lebens- und Kulturniveaus des Volkes und der Sicherung seines sozialen Fortschritts. Ohne daß die Befreiungsbewegung ihren allgemein-demokratischen Charakter verliert, tritt die ihr von Anfang an eigene soziale Komponente nunmehr immer stärker hervor: ihr antiimperialistischer Inhalt prägt sich schärfer aus, und sie nimmt partiell antikapitalistische Züge an. Auf der Grundlage fortschreitender sozialer Differenzierungsprozesse in den befreiten Ländern gewinnen die Klassenauseinandersetzungen größeren Einfluß auf die Lösung der Aufgaben dieser Etappe der nationalen Befreiungsbewegung,

vornehmlich auf die Entscheidung über den weiteren gesellschaftlichen Entwicklungsweg. In diesem Zusammenhang verengt sich die soziale Basis der nationalen Befreiungsbewegung mehr oder minder; im Bündnis von Arbeitern und Bauern schält sich ihr eigentlicher sozialer Kern stärker heraus; die Rolle der – insbesondere militärischen – Intelligenz als Verfechter nationaler Interessen erhöht sich; bestimmte Schichten der einheimischen Ausbeuterklassen gehen auf proimperialistische, antinationale Positionen über. Verfügen diese Kräfte über die Staatsmacht, so entwickelt sich die nationale Befreiungsbewegung als oppositionelle Volksbewegung weiter. Da der Widerspruch zum Imperialismus aber der Hauptwiderspruch in den befreiten Ländern bleibt und die nationale Bourgeoisie sowie prokapitalistische Führungskräfte auch in Ländern, die den kapitalistischen Weg gehen, sich antiimperialistische Potenzen bewahren, wird der – klassenbedingt mehr oder weniger konsequente – Kampf um die Erreichung der historisch-objektiven Ziele der nationalen Befreiungsbewegung in der Mehrzahl der Entwicklungsländer auf staatlicher Ebene, unter Ausnutzung und Einsatz der nationalen Staatsmacht, geführt. Das ist besonders gegenwärtig von großer Bedeutung, nachdem der Prozeß der nationalen Befreiung sich nicht nur immer deutlicher in den sozialökonomischen Bereich verlagert, die wirtschaftlichen Positionen des Imperialismus in den befreiten Ländern untergräbt und zunehmend zur Kontrolle, Einschränkung oder Verdrängung des Auslandskapitals führt, sondern speziell auch die kapitalistischen Weltwirtschaftsbeziehungen in Richtung auf ihre demokratische, antimonopolistische Umgestaltung zu erfassen beginnt und sich in einer bedeutenden Verstärkung der Rolle der national befreiten Staaten in der weltweiten Entwicklung manifestiert.

Am konsequentesten werden die Ziele der nationalen Befreiungsbewegung in den sozialistisch orientierten Ländern verfolgt, in denen mit dem nichtkapitalistischen Entwicklungsweg unter Führung revolutionär-demokratischer Kräfte Kurs auf den Übergang zur sozialistischen Revolution genommen und die dafür notwendigen objektiven **[856]** und subjektiven Bedingungen unter für die Volksmassen relativ günstigen Umständen geschaffen werden. Sie bilden heute die Vorhut der nationalen Befreiungsbewegung; in ihnen zeigt sich am klarsten die historische Entwicklungstendenz dieser Bewegung: das mit dem Charakter der gegenwärtigen Epoche im Einklang befindliche Hinüberwachsen des Kampfes für nationale Befreiung in einen Kampf gegen jegliche Ausbeutungsverhältnisse. Je wirksamer diese Tendenz wird, je schärfere Formen die Auseinandersetzung mit dem Imperialismus annimmt, je mehr die sozialen Aspekte der nationalen Befreiungsbewegung hervortreten, desto dringlicher und zwingender wird für sie das Zusammenwirken mit dem Weltsozialismus, das auf allen Stufen ihrer Entwicklung die ausschlaggebende äußere Bedingung ihres Erfolges war und bleibt.

Literatur:

1. *Gafurov, B. G.:* Aktual'nye problemy sovremennogo osvoboditel'nogo dviženija. Moskau 1976; 2. *Schilling, H.:* Krise und Zerfall des imperialistischen Kolonialsystems. Berlin 1977; 3. *Solodovnikov, V./Bogoslovski, V.:* Non-capitalist development. Moskau 1975; 4. *Tjulpanow, S.*: Das Kolonialsystem des Imperialismus und sein Zerfall. Berlin 1959; 5. *Uljanowski, R. A.*: Der Sozialismus und die befreiten Länder. Berlin 1973; *6. Asien und Afrika im revolutionären Weltprozeß.* T. 1, 2, Berlin 1972, 1973; 7. *Grundfragen des antiimperialistischen Kampfes der Völker Asiens, Afrikas und Lateinamerikas in der Gegenwart.* Berlin 1974; 8. *Internationale Beratung der kommunistischen und Arbeiterparteien Moskau 1969.* Berlin 1969; 9. *Jahrhunderte ungleichen Kampfes in Asien und Afrika.* Berlin 1974; 10. *Nichtkapitalistischer Entwicklungsweg: Aktuelle Probleme in Theorie und Praxis.* Berlin 1972; 11. *Der XXIV. Parteitag der KPdSU und die Entwicklung der marxistisch-leninistischen Theorie.* Berlin 1971; 12. *XXV. Parteitag der KPdSU, Rechenschaftsbericht des ZK der KPdSU und die nächsten Aufgaben der Partei in der Innen- und Außenpolitik (Berichterstatter: L. I. Breshnew).* Berlin 1976.

Hartmut Schilling

2.6.10. Sozial- und Klassenstruktur

In dem zum kapitalistischen Weltwirtschaftssystem gehörenden Teil der ehemals kolonialen Welt weisen die sozialen Strukturen und die Prozesse der Klassenformierung gravierende Besonderheiten im Vergleich zur historischen und aktuellen Situation in den entwickelten kapitalistischen Zentren

auf. Trotz der ausgeprägten Differenziertheit innerhalb der Gruppe der Entwicklungsländer hinsichtlich Geschichte und Kultur der einzelnen Länder bzw. Regionen, des Entwicklungsniveaus ihrer Produktivkräfte, ihrer Wirtschaftsstruktur, ihres gesellschaftlichen Entwicklungsweges, ihrer politischen Verhältnisse und in Verbindung damit vor allem auch ihres sozialen Profils im einzelnen sind die spezifischen Züge der sozialen Strukturgestaltung und Entwicklung den meisten von ihnen gemeinsam. Bei einer wissenschaftlichen Beurteilung und Analyse verdient die sozialstrukturelle Differenziertheit in der sogenannten Dritten Welt stets konkrete Beachtung, wobei vor allem die im Vergleich zu Asien und Afrika unterschiedliche Situation Lateinamerikas, in wachsendem Maße aber auch der Trend zur überregionalen Differenzierung in Abhängigkeit von Entwicklungsniveau und -richtung der einzelnen Länder und ihre Potenz zur inneren Integration bedeutungsvoll ist.

Die soziale Spezifik der Entwicklungsländer ist in erster Linie das Resultat der be-**[857]**sonderen, kolonialen Art und Weise ihrer Einbeziehung in die kapitalistische Weltwirtschaft, des ihnen aufgezwungenen Fungierens als untergeordnete, für die kapitalistischen Zentren komplementäre, von ihnen abhängige und ausgebeutete Glieder des arbeitsteiligen internationalen Systems des Kapitalismus sowie der Reproduktion ihrer Abhängigkeit, Rückständigkeit und Ausbeutung durch den Neokolonialismus. Die Kolonialherrschaft (bzw. die ihr im ökonomischen und sozialen Einfluß gleichkommenden Formen der Unterwerfung schwachentwickelter, abhängiger Länder durch den Kapitalismus in seinen verschiedenen Entwicklungsstufen), die koloniale Kapitalexpansion und die Ausbeutungsmechanismen des kapitalistischen Weltmarkts bewirkten, daß die in den Ländern Asiens, Afrikas und Lateinamerikas historisch gewachsenen vorkapitalistischen Produktionsweisen und gesellschaftlichen Verhältnisse tendenziell zersetzt, zugleich aber auch ihrer Fähigkeit zur Selbstentwicklung beraubt und in diesem entkräfteten, stagnierenden Zustand konserviert wurden und versteinerten. In demselben Prozeß erfolgten – in den einzelnen Phasen des Kolonialismus mit fortschreitender Intensität und auch regional sehr differenziert – die Transplantation kapitalistischer Verhältnisse an die koloniale Peripherie und – in begrenztem Maße – die Anfänge einer Herausbildung (bzw. Wiederbelebung ursprünglich zerstörter oder zumindest untergrabener) einheimischer kapitalistischer Elemente, die eine deformierte und abhängige Entwicklung nahmen. Die kapitalistische Durchdringung der kolonialen und halbkolonialen Gesellschaften bedeutete also keine totale Umwälzung der Produktionsweise, da die vorkapitalistischen Verhältnisse nicht gänzlich aufgelöst und überwunden, sondern nur in Stagnation versetzt und von kapitalistischen Strukturen überlagert wurden, die sich ihrerseits nicht voll entfalten konnten. So entstand im Ergebnis der höchst widerspruchsvollen sozialstrukturellen Tendenzen des Kolonialismus [10: 803 ff.] eine rückständige, heterogene, desintegrierte und deformierte sozialökonomische Basis in den heutigen Entwicklungsländern, der eine Struktur der gesellschaftlichen Klassen, Schichten und Gruppen mit denselben Charakterzügen entsprach.

Diese Struktur unterliegt in der Gegenwart zunehmenden Wandlungen, die sowohl aus dem Kampf der national befreiten Staaten um ökonomische Befreiung vom Imperialismus und um sozialen Fortschritt sowie aus den Veränderungen im globalen Kräfteverhältnis und dem wachsenden Einfluß des Weltsozialismus herrühren als auch aus bestimmten Elementen der auf Modernisierung der Ausbeutungsprozesse und auf Systemerhaltung gerichteten Anpassungsstrategie des Neokolonialismus. [5: 76 ff.] Die für die zweite Etappe der nationalen Befreiungsbewegung charakteristischen komplexen Entkolonialisierungsvorgänge erstreckten sich auch auf die soziale Schichtung der Gesellschaft in den Entwicklungsländern, schließen also die allmähliche Herausbildung einer neuen Klassenstruktur in diesen Ländern ein, ohne daß damit ihre spezifisch kolonialen Züge bereits getilgt wären oder deren Überwindung in naher Zukunft erwartet r werden könnte.

Vielmehr ist für die sozialstrukturelle Situation und die sozialen Entwicklungsprozesse in den meisten Entwicklungsländern auch heute noch mehr oder weniger typisch, daß die Formierung einer neuen Klassenstruktur noch nicht abgeschlossen ist. In den meisten Fällen ist dieser Prozeß in vollem Gange, aber nicht selten befindet er sich auch erst noch in seinen Anfangsstadien. Einerseits beschleunigt sich überall die Auflösung der traditionellen Sozialstrukturen und der ihnen entsprechenden gesellschaftlichen Gruppierungen. Obgleich das Tempo dieses Vorgangs in den einzelnen Ländern unterschiedlich ist und vornehmlich die archaisch-patriarchalischen, dorfgemeinschaftlichen Verhältnisse in vielen

afrikanischen Gesellschaften eine bemerkenswerte Konsistenz und Zählebigkeit offenbaren, verläuft dieser Auflösungsprozeß im allgemeinen rascher als **[858]** die Entstehung konsolidierter neuer Klassen. Nicht zuletzt aus diesem Umstand resultieren gewaltige soziale Probleme und Spannungsfelder in vielen Entwicklungsländern, wie z. B. das Anwachsen der pauperisierten Masse entwurzelter, beschäftigungsloser Menschen in den Dörfern und vor allem in den großen Städten. Andererseits ist nicht zu verkennen, daß sich bei nicht geringen Hemmnissen, aber mit gesetzmäßiger Zwangsläufigkeit die neuen Hauptklassen, das Proletariat und die Bourgeoisie, sukzessive herausbilden. In den meisten Ländern sind sie als Klassen „an sich“ bereits konstituiert, aber ihre Formierung als Klassen „für sich“ hält an. Dabei entwickelt sich die Arbeiterklasse in der Regel schneller als die modernen Formen des einheimischen Unternehmertums.

Die Sozialstruktur in allen diesen Ländern (mit Unterschieden von nur gradueller Art) ist also noch von einer Vielzahl von Klassen, Schichten und sozialen Gruppen charakterisiert, die ihre Wurzeln nicht in einer, sondern in mehreren Gesellschaftsformationen haben, bzw. durch Übergangs- und Zwischenschichten, deren Merkmale durch mehrere Produktionsweisen geprägt sind. Die Sozialstruktur dieser Länder ist also insgesamt noch sehr heterogen, widerspiegelt den Charakter ihrer ökonomischen Basis als einer abhängigen Mehrsektorenwirtschaft und bietet – zumal die einzelnen Klassen sich meistens noch nicht durchgängig klar konturieren und viele fließende Grenzen vorhanden sind – noch immer ein ziemlich diffuses Bild. Außer in den relativ entwickeltsten unter ihnen (vor allem in Lateinamerika) wird die soziale Situation in den Entwicklungsländern noch nicht vom Antagonismus der zwei Hauptklassen der kapitalistischen Produktionsweise auf nationaler Grundlage geprägt, und der soziale Grundwiderspruch des Kapitalismus wirkt auf die Mehrheit der Bevölkerung vor allem über die Einordnung dieser Länder in die kapitalistische Weltwirtschaft.

Die Arbeiterklasse ist in den meisten Entwicklungsländern zahlenmäßig schwach, entwickelt sich aber dynamisch und ist an manchen Stellen bereits stark konzentriert. Anfang der 70er Jahre belief sich die Zahl der Lohnarbeiter in den Entwicklungsländern Asiens, Afrikas und Lateinamerikas auf etwa 200 Mill. Menschen, das war rd. ein Drittel der gesamten erwerbstätigen Bevölkerung dieses Teiles der Welt. [9: 9] Ein großer Teil davon ist jedoch in der Kleinproduktion, der häuslichen Dienstleistungssphäre usw. beschäftigt, arbeitet als Diener, Knecht oder Tagelöhner und besitzt klassenmäßig noch ein vor- oder halbproletarisches Profil; andere Lohnempfänger (Angestellte der Verwaltung, des Handels, des Bankwesens usw.) können unter den Bedingungen der Entwicklungsländer überhaupt nicht zum Proletariat gerechnet werden. Das mit der Großproduktion verbundene Industrieproletariat umfaßt daher erst etwa 30 Mill. und das eigentliche Landproletariat etwa 15 Mill. Menschen, d. h., der moderne Kern der Arbeiterklasse bildet in den Entwicklungsländern nur etwa 8% der gesamten erwerbstätigen Bevölkerung. [9: 20] Für die klassenmäßige Charakteristik des Proletariats in den Entwicklungsländern sind solche qualitativen Merkmale von Bedeutung wie die oft noch enge Bindung an das Dorf (und alle damit verbundenen traditionellen Sozialbeziehungen), der hohe Fluktuationsgrad, die große Rolle der Saisonarbeit, das im allgemeinen niedrige Qualifikationsniveau, die Tatsache, daß es vielfach ein Proletariat der ersten Generation ist und oft noch religiöses, Stammes- und Kastendenken gegenüber dem Klassenbewußtsein dominiert. Mit diesen Faktoren hängt auch die häufig noch geringe Organisiertheit des Proletariats in den Entwicklungsländern zusammen. Obwohl sich die Arbeiterklasse quantitativ und qualitativ am raschesten formiert und ihre kolonialen Züge verliert, ist sie in den meisten Entwicklungsländern noch nicht so weit entwickelt, daß sie ihre potentielle Führungsfunktion, ihre Funktion als soziale Hauptkraft des Befreiungskampfes bereits heute praktisch ausüben könnte. [10: 948 ff.]

Die Zusammensetzung der Gesellschaft in den Entwicklungsländern ist in der Regel **[859]** vom deutlichen Überwiegen der bäuerlichen Bevölkerung gekennzeichnet. Von einigen Sonderfällen (Kuweit, Singapur usw.) abgesehen, machen die Bauern 50-70%, in einigen Ländern bis zu 90% der Gesamtbevölkerung aus. Ihr soziales Gewicht ist weitaus höher als ihr Anteil an der Gesamtproduktion und als ihre gesellschaftspolitische Rolle. Sie stellen jenen Teil der Bevölkerung dar, dessen Produktionsgrundlage am stärksten zersplittert ist, der die engsten Bindungen an überlebte Formationen und Traditionen aufweist und dessen Bildungsstand und politisches Bewußtsein sich nur sehr langsam und

zögernd entwickelt. Im staatlichen und genossenschaftlichen Agrarsektor einiger sozialistisch orientierter Länder sind in dieser Hinsicht jedoch eine Reihe bemerkenswerter neuer Tendenzen wirksam. Demgegenüber verharrt die Mehrheit der Bauernschaft in den meisten Entwicklungsländern trotz langsam voranschreitender kapitalistischer Differenzierung unter kolonial deformierten vorkapitalistischen Verhältnissen und wird im Zustand umfassenden Elends gehalten.

Die ökonomische Stellung des feudalen und halbfeudalen Großgrundbesitzertums wurde in vielen Ländern durch Agrarreformen untergraben, und es hat im allgemeinen seinen früheren politischen Einfluß verloren. Vielfach evolutioniert es aber zu einem spezifischen Typ des Agrarkapitalisten (Iran, Latifundistas in Lateinamerika) oder (wie in einigen arabischen Erdölländern) zu einer eigentümlichen Fraktion der Finanzaristokratie.

Das hervorstechende soziale Kennzeichen der einheimischen Bourgeoisie in den Entwicklungsländern ist ihr Konglomeratcharakter, der Ausdruck des Nebeneinanderbestehens verschiedener Entwicklungsstufen des Kapitals ohne organische Verbindung untereinander ist, d. h., daß die höherentwickelten Formen in der Regel nicht das Resultat entsprechender Konzentrationsprozesse der Produktion darstellen. Die einheimische Bourgeoisie der Entwicklungsländer setzt sich daher gewöhnlich aus Elementen der „vorkapitalistischen“ Bourgeoisie (spekulatives Zwischenhandels- und Wucherkapital), der mit der Kleinproduktion verbundenen embryonalen Bourgeoisie, der bürokratischen Bourgeoisie, der modernen Handelsbourgeoisie, einer relativ verselbständigten Finanzbourgeoisie, des modernen industriellen Unternehmertums und in einigen Fällen bereits der einheimischen Monopolbourgeoisie zusammen. In einer Reihe afrikanischer Länder wird die einheimische Kapitalistenklasse bisher im wesentlichen von der bürokratischen Bourgeoisie (dazu weiter unten) repräsentiert. Vom insgesamt relativ niedrigen Entwicklungsgrad vor allem der afroasiatischen Bourgeoisie und ihrer ökonomischen Schwäche zeugt, daß der Staat überall in der ehemals kolonialen Welt eine äußerst aktive Rolle spielt und auch die kapitalistische Entwicklung sich dort hauptsächlich auf der Linie des Staatskapitalismus vollzieht.

Die moderne neokoloniale Sozialstrategie ist deshalb darauf gerichtet, die Formierung des einheimischen Privatunternehmertums gezielt zu fördern und durch die Herstellung von „Juniorpartnerschaften“ mit dem Auslandskapital unter Kontrolle zu behalten. Die starke soziale Schichtung der einheimischen Bourgeoisie stellt eine wichtige Grundlage für deren politische Differenzierung dar, die sich darin äußert, daß sich demokratische Strömungen der nationalen Bourgeoisie beachtliche antiimperialistische Potenzen bewahren, während ihre offen reaktionären Teile sich an den Imperialismus anlehnen und auf ihn orientieren.

Als ein Spezifikum der Sozialstruktur der Entwicklungsländer müssen die große Breite und das bedeutende Gewicht der sozialen Zwischenschichten angesehen werden.

Sie lassen sich allerdings nicht – wie in den entwickelten Ländern – als sozial relativ homogenes Kleinbürgertum interpretieren, sondern weisen eine weitaus größere Vielfalt auf. Im städtischen Bereich der Länder Asiens und Afrikas, wo sie durchschnittlich **[860]** 65% der Bevölkerung ausmachen im Vergleich zum Proletariat mit 22 und der Bourgeoisie mit 13% [11: Bd. 1, 215], umfassen sie neben dem Kleinbürgertum im engeren Sinne (Kleinhändler, Handwerker, Inhaber kleiner Dienstleistungsbetriebe, Kleingewerbetreibende, Spekulanten) vor allem die große Gruppe der vor- und halbproletarischen Stadtarmut, eine pauperisierte Masse, die ohne gesicherte, oft ohne jedwede Existenzgrundlage unter menschenunwürdigen Bedingungen in den Slums der großen Städte dahinvegetiert, größtenteils demoralisiert ist und aufgrund ihrer dem Lumpenproletariat ähnelnden sozialen und ideologischen Merkmale nicht nur Druck auf die Lebensbedingungen des übrigen Teils der städtischen Gesellschaft ausübt, sondern auch ein wesentliches Element der politischen Labilität in den Entwicklungsländern darstellt. [10: 954 f.] Zu den Zwischenschichten ist in diesen Ländern auch jene soziale Gruppe zu zählen, die von der zivilen und militärischen Intelligenz und den höheren Staatsangestellten gebildet wird. Sie ist vielfach nicht unmittelbar mit den Produktionsverhältnissen verbunden und auch von den übrigen Klassen und Strukturelementen der Gesellschaft verhältnismäßig unabhängig. Infolge der Schwäche der beiden Hauptklassen und in Anbetracht dessen, daß der Staat

unter den Bedingungen allgemeiner Rückständigkeit und Unentwickeltheit seine relative Selbständigkeit stärker ausprägt [MEW 3: 62, 178], übersteigt die gesellschaftliche Rolle dieser Gruppe im allgemeinen bei weitem ihre quantitative Bedeutung in der Sozialstruktur. Aus ihr rekrutieren sich die politischen Führungskräfte in der nichtkapitalistischen Entwicklung, in Ländern mit noch nicht eindeutigem Entwicklungsweg und selbst in manchen besonders stark staatskapitalistisch ausgerichteten Entwicklungsländern. Durch ihre spezifische Stellung ermöglicht sie aber auch die Evolution der administrativen und technokratischen Oberschicht zur bürokratischen Bourgeoisie, die das ökonomische Wirken des Staates parasitär zur persönlichen Bereicherung ausnutzt, vom Imperialismus dabei über die sogenannte Entwicklungshilfe unterstützt wird und vielfach als bevorzugte Klassenstütze des Neokolonialismus fungiert. Für diese Fraktion der Bourgeoisie in den Entwicklungsländern ist charakteristisch, daß ihre Funktion in der gesellschaftlichen Administration (unterschiedlichster Art) zur Quelle großer Geldvermögen wird, die nicht nur eine bourgeoise Lebens- und Denkweise induzieren, sondern in zinstragendes bzw. über den Erwerb von Aktien staatlicher oder auslandskapitalistischer Gesellschaften in industrielles Kapital verwandelt werden oder die Metamorphose ihrer Eigner zu selbständigen Privatunternehmern ermöglichen. Diese Schicht erhält also neben (im Laufe der Zeit auch nicht selten anstelle) ihrer bürokratischen Existenzgrundlage eine rein kapitalistische, aus der sie Revenue bezieht und die sie zur Akkumulation benutzt.

Aus all dem läßt sich schlußfolgern, daß nicht nur die Sozialstruktur insgesamt, sondern auch die einzelnen Klassen und Schichten in den Entwicklungsländern noch stark kolonial deformiert sind. Ihr soziales Profil, ihr Charakter und ihre Erscheinungsformen tragen den Stempel der kolonialen Vergangenheit, des Wirkens des Neokolonialismus sowie der Kontinuität des Einflusses vorkapitalistischer Sozialbeziehungen und der traditionalistischen gesellschaftlichen Organisation auf ethnischer, religiöser, altersmäßiger, clan- oder kastengebundener u. ä. Grundlage. Dennoch setzen sich auch in den Entwicklungsländern, vornehmlich im Maße ihrer beschleunigten wirtschaftlichen Entwicklung und des einsetzenden ökonomischen Zerfallsprozesses des imperialistischen Kolonialsystems, die für die kapitalistische Gesellschaftsformation allgemeingültigen Grundtendenzen der Klassenentwicklung zunehmend durch. Dabei machen die Entwicklungsländer mit sozialistischer Orientierung insofern eine Ausnahme, als hier auch antikapitalistische Tendenzen auf die sozialen Prozesse einwirken und der sich entwickelnden Klassenstruktur der Gesellschaft einen noch stärker ausgeprägten Übergangscharakter verlei-**[861]**hen. In die umfassende Aufgabe, Abhängigkeit, Rückständigkeit und Ausbeutung der en ehemals kolonialen Welt zu überwinden, ist auch die Aufgabe der grundlegenden sozialstrukturellen Reorganisation und Wandlung der jungen Staaten eingeschlossen. Ihre Lösung wird jedoch zweifelsohne nur in einem längeren historischen Zeitraum möglich sein, dessen Ausdehnung nicht zuletzt vom Tempo des sozialen Fortschritts im internationalen Maßstab abhängt.

Literatur:

1. *Eisermann, G.:* Soziologie der Entwicklungsländer. Stuttgart 1968; 2. *Ernst, K.*: Tradition und Fortschritt im afrikanischen Dorf. Berlin 1973; 3. *Mirski, G. I./Pokataeva, T. S.,* in: Politische Ökonomie des heutigen Monopolkapitalismus. Berlin 1972, S. 701 ff.; 4. *Pokataeva, T. S.:* Razvivajuščiesja strany: Problemy urbanizacii. Moskau 1977; 5. *Schilling, H.:* Krise und Zerfall des imperialistischen Kolonialsystems. Berlin 1977; 6. *Tjulpanow, S. I.:* Politische Ökonomie und ihre Anwendung in den Entwicklungsländern. Berlin 1975; 7. *Afrika – gegenwärtige soziale Prozesse und Strukturen.* Berlin 1976; 8. *Agrarnye struktury stran vostoka.* Moskau 1971; 9. *Die Arbeiterklasse in Asien und Afrika – Formierung und Kampf.* Berlin 1974; 10. *Grundfragen des antiimperialistischen Kampfes der Völker Asiens, Afrikas und Lateinamerikas in der Gegenwart.* Berlin 1974; 11. *Klassen und Klassenkampf in den Entwicklungsländern,* Bd. 1-3, Berlin 1969; 12. *Melkoe proizvodstvo goroda v Azii i Afrike.* Moskau 1974; 13. *Razvivajuščiesja strany: Zakonomernosti, tendencii, perspektivy.* Moskau 1974; 14. *Social classes and antiimperialist struggle in Africa and the Middle-East.* Berlin 1978; 15. *Srednie sloi gorodskogo obščestva v stranach vostoka.* Moskau 1975.

Hartmut Schilling

[862]

2.7. Sozialistische Produktionsweise

2.7.1. Allgemeine Charakterisierung der sozialistischen Produktionsweise

Nach der Errichtung der politischen Macht der Arbeiterklasse entsteht und entwickelt sich die sozialistische Produktionsweise. Sie ist das Resultat der Verwirklichung der allgemeingültigen Gesetzmäßigkeiten der sozialistischen Revolution und des sozialistischen Aufbaus, die erstmals 1957 wissenschaftlich verallgemeinert wurden. [9: 13 f.] In der Literatur werden die allgemeingültigen Gesetzmäßigkeiten der sozialistischen Revolution und des sozialistischen Aufbaus, die organisch miteinander verbunden sind, auch differenziert [1: 619], unter Berücksichtigung der historischen Gegebenheiten dargestellt. [5: 3]

Mit der sozialistischen Revolution endet die Vorgeschichte der Menschheit und beginnt die eigentliche Geschichte [MEW 13: 819], weil die Menschen nun ihren eigenen gesellschaftlichen Lebensprozeß bewußt gestalten lernen, statt von spontan wirkenden Gesetzen beherrscht zu werden.

Die objektiven Gesetzmäßigkeiten der gesellschaftlichen Entwicklung wirken im Sozialismus nicht mehr anarchisch hinter dem Rücken der Menschen wie blinde Naturgesetze, sondern werden in zunehmendem Maße mit Wissen und Bewußtsein planmäßig ausgenutzt, um die gesellschaftliche Entwicklung zu leiten. Das erfordert zielstrebige Arbeit, um die objektiven Gesetze der gesellschaftlichen Entwicklung und deren Erfordernisse zu erkennen und mit hoher Wirksamkeit auszunutzen.

Der Sozialismus ist der entscheidende qualitative Einschnitt in der Geschichte der Menschheit, weshalb Engels den Übergang zum Sozialismus als den „Sprung aus dem Reich der Notwendigkeit in das Reich der Freiheit“ [MEW 20: 264] bezeichnet. Er wurde von Marx, Engels und Lenin wissenschaftlich begründet.

Die objektiven Gesetzmäßigkeiten des Sozialismus sind entsprechend den jeweiligen konkret-historischen Bedingungen, zu denen auch nationale Besonderheiten gehören, schöpferisch anzuwenden. Ohne Berücksichtigung und schöpferische Anwendung der allgemeinen Gesetzmäßigkeiten des sozialistischen Aufbaus kann der Sozialismus nicht errichtet und gegen die konterrevolutionären Angriffe erfolgreich verteidigt werden. Die besondere Form des Aufbaus und der Organisation der sozialistischen Gesellschaft sind konkrete Erscheinungsformen der allgemeingültigen Gesetzmäßigkeiten des Sozialismus.

Der moderne Revisionismus bestreitet die Existenz allgemeingültiger Gesetzmäßigkeiten des Sozialismus und propagiert verschiedene „nationale Modelle“ des Sozialismus. Dadurch wird die internationale Bedeutung der Erfahrungen der Sowjetunion und der anderen sozialistischen Länder ignoriert, können die sozialistischen Errungenschaften gefährdet werden.

Die Mißachtung der besonderen, darunter der nationalen Bedingungen, und die Verabsolutierung der allgemeingültigen Gesetzmäßigkeiten führt theoretisch zu einem unfruchtbaren Dogmatismus und praktisch zur mechanischen Übertragung der Erfahrungen und konkreten Wege anderer Länder.

[863] Wie die historischen Erfahrungen der Sowjetunion und anderer sozialistischer Länder lehren, ist der Sozialismus keine kurze Übergangsphase, sondern eine längere Entwicklungsstufe der kommunistischen Gesellschaftsformation, die ihrerseits verschiedene Etappen durchläuft.

Die Merkmale und der historische Platz der sozialistischen Produktionsweise ergeben sich aus der Dialektik von Sozialismus und Kommunismus als zwei Phasen einer, der kommunistischen Gesellschaftsformation. [14: 93]

Gemeinsamkeiten und Unterschiede der zwei Phasen der kommunistischen Gesellschaftsformation: Sozialismus und Kommunismus sind durch folgende gemeinsame Grundlagen und Wesenszüge verbunden: das gesellschaftliche Eigentum an den Produktionsmitteln; die Beseitigung der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen; die Entwicklung der Produktion zum Zwecke der immer besseren Befriedigung der materiellen und kulturellen Bedürfnisse der Werktätigen; die allseitige Entwicklung der Fähigkeiten und Talente des Menschen und die Herausbildung eines neuen Typs der Persönlichkeit; die Veränderung des Charakters der Arbeit, die aus einem Mittel des Lebensunterhalts immer

mehr zum ersten Lebensbedürfnis der Menschen wird; die bewußte, wissenschaftlich fundierte, planmäßige Leitung der gesellschaftlichen Prozesse.

Zugleich sind die folgenden Unterschiede zwischen Sozialismus und Kommunismus zu beachten, deren Überwindung vom Tempo des ökonomischen und gesellschaftlichen Fortschritts abhängt:

Im Sozialismus bestehen zwei Grundformen des sozialistischen Eigentums an den Produktionsmitteln, und zwar erstens das gesamtgesellschaftliche Volkseigentum, das auch als staatliches bzw. staatlich-sozialistisches Eigentum bezeichnet wird, und zweitens das genossenschaftliche bzw. kollektivwirtschaftliche Eigentum. Das Eigentum gesellschaftlicher Organisationen der Bürger wird ebenfalls zum sozialistischen Eigentum gerechnet. [15: 15] Im Kommunismus wird einheitliches kommunistisches Eigentum an den Produktionsmitteln bestehen.

Im Sozialismus haben die Produktivkräfte und die materiell-technische Basis insgesamt ein gegenüber dem Kommunismus qualitativ geringes Entwicklungsniveau. Der Kommunismus wird sich durch eine weitaus höher entwickelte materiell-technische Basis und eine wesentlich höhere Produktivität auszeichnen. Die materiell-technische Basis des Sozialismus unterscheidet sich von der materiell-technischen Basis des Kommunismus hinsichtlich des Umfangs, der Struktur, der Qualität und der Effektivität.

Im Sozialismus gibt es die Arbeiterklasse, die Klasse der Genossenschaftsbauern, die soziale Schicht der Intelligenz und andere Gruppen von Werktätigen, die miteinander befreundet sind und im festen Bündnis unter Führung der marxistisch-leninistischen Partei der Arbeiterklasse ihre historischen Aufgaben lösen. Der Kommunismus ist eine klassenlose Gesellschaft, in der alle Mitglieder der Gesellschaft sozial in jeder Beziehung gleichgestellt sind und ein gleiches Verhältnis zu den Produktionsmitteln haben werden.

Im Sozialismus existieren noch für einen längeren historischen Zeitraum wesentliche Unterschiede zwischen Stadt und Land, zwischen industrieller und landwirtschaftlicher Arbeit, zwischen geistiger und körperlicher Arbeit. Im Kommunismus werden die wesentlichen Unterschiede zwischen ihnen überwunden sein.

Im Sozialismus gilt das Prinzip „Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seiner Leistung“. Im Kommunismus wird die Arbeit zum ersten Lebensbedürfnis und das Prinzip verwirklicht werden: „Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seinen Bedürfnissen.“

Im Sozialismus ist der sozialistische Staat das Hauptinstrument der Arbeiterklasse **[864]** zum Aufbau der neuen Gesellschaftsordnung. Er entsteht in dieser oder jener Form als Diktatur des Proletariats, deren wichtigste Funktionen sind: Schutz der sozialistischen Errungenschaften gegen alle Anschläge der Feinde des Sozialismus; Leitung, Planung und Stimulierung aller gesellschaftlichen Prozesse durch die wirtschaftlich-organisatorische und kulturell-erzieherische Tätigkeit der Volksvertretungen, der zentralen und örtlichen Staatsorgane. Nach der Errichtung des entwickelten Sozialismus, nach der Erfüllung der Aufgaben der Diktatur des Proletariats wird der sozialistische Staat der Arbeiter und Bauern zum Staat des ganzen Volkes. Im Kommunismus wird der Staat in die kommunistische gesellschaftliche Selbstverwaltung hinüberwachsen.

Etappen des sozialistischen Aufbaus:

Im geschichtlichen Prozeß des sozialistischen Aufbaus in der DDR bis zur Gegenwart zeichnen sich mehrere Etappen der Entwicklung ab. [8: 50] Mit den antifaschistisch-demokratischen Umwälzungen in den Jahren 1945-1949 wurden günstige Voraussetzungen für die Überleitung zur sozialistischen Revolution, für die Lösung der Aufgaben der Übergangsperiode (1949/50 bis Anfang der 60er Jahre) geschaffen. [5: 3] Die Gründung der DDR am 7. Oktober 1949 markierte den Beginn der sozialistischen Revolution [11: 221], denn die Errichtung der Diktatur des Proletariats in dieser oder jener Form ist die unabdingbare Voraussetzung für die sozialistische Umgestaltung aller gesellschaftlichen Bereiche. [11: 225]

In der Übergangsperiode vom Kapitalismus zum Sozialismus werden die Grundlagen des Sozialismus geschaffen durch den Übergang der wichtigsten Produktionsmittel in die Hände des Volkes,

durch Organisierung der sozialistischen Planwirtschaft, durch die allmähliche Entwicklung der Produktionsgenossenschaften und die schrittweise Anwendung differenzierter Formen zur Schaffung sozialistischer Produktionsverhältnisse in der Produktion, im Handel, im Dienstleistungsbereich sowie durch Reformen des Bildungswesens usw. Auf wirtschaftlichem Gebiet ist die Übergangsperiode vom Kapitalismus zum Sozialismus gekennzeichnet durch die Wiederherstellung der Volkswirtschaft (s. 2.7.22.) und die sozialistische Industrialisierung (s. 2.7.19.). Diese Etappe endet mit dem Sieg der sozialistischen Produktionsverhältnisse, mit dem das System der ökonomischen Gesetze des Sozialismus wirksam wird.

Nachdem die Übergangsperiode vom Kapitalismus zum Sozialismus im wesentlichen abgeschlossen ist (in der DDR Anfang der 60er Jahre [11: 438]), beginnt die Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft. Für die wirtschaftliche Entwicklung wird in dieser Etappe die Intensivierung der gesellschaftlichen Produktion (s. 2.7.12.) zum wichtigsten Faktor.

Die Erfahrungen der sozialistischen Länder zeigen, daß nach dem Sieg der sozialistischen Produktionsverhältnisse nicht sofort mit dem Aufbau des Kommunismus, der zweiten Phase der kommunistischen Gesellschaftsformation, begonnen werden kann. Es ist eine längere Periode notwendig, um die Produktivkräfte und die gesellschaftlichen Beziehungen allseitig zu entwickeln und das sozialistische Bewußtsein bei allen Werktätigen zu festigen. Diese Aufgaben werden durch die Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft gelöst, die eine Periode der ersten Phase der kommunistischen Gesellschaftsformation ist. Diese Periode ist besonders dadurch gekennzeichnet, daß alle Vorzüge und Triebkräfte der sozialistischen Gesellschaft zur Entfaltung gebracht werden.

Die sozialistische DDR erfüllt ihren Beitrag zur Entwicklung des Sozialismus, indem alle Werktätigen unter Führung der SED die entwickelte sozialistische Gesellschaft gestalten, die Produktivkräfte schnell entwickeln und die Arbeits- und Lebensbedingungen ständig verbessern. **[865]**

Allgemeine Charakteristika des Sozialismus:

Der Sozialismus beginnt seine Entwicklung auf der Grundlage der materiellen Bedingungen, die er aus der bisherigen Geschichte, insbesondere aus dem Kapitalismus, übernimmt. [MEW 25: 885]

Das sozialistische Eigentum an den Produktionsmitteln ist das bestimmende Merkmal der Produktionsweise im Sozialismus, durch seine Errichtung werden alle Produktionsverhältnisse mit dem Charakter und den Erfordernissen der Entwicklung der Produktivkräfte in Übereinstimmung gebracht. Die ständige Vervollkommnung der materiell-technischen Basis des Sozialismus bedingt die Entwicklung der sozialistischen Produktionsverhältnisse. Umgekehrt gewährleistet die ständige Vervollkommnung der Produktionsverhältnisse die Entwicklung der Produktivkräfte. Dieser dialektische Prozeß bewirkt die Weiterentwicklung aller Seiten der sozialistischen Produktionsweise.

Erst im Verlaufe seiner Entwicklung kann er diese objektiven gesellschaftlichen Existenzbedingungen umgestalten und entsprechend den Grundinteressen der Arbeiterklasse neu schaffen. „Womit wir es zu tun haben, ist eine kommunistische Gesellschaft, nicht wie sie sich auf ihrer eigenen Grundlage entwickelt hat, sondern umgekehrt, wie sie eben aus der kapitalistischen Gesellschaft hervorgeht, also in jeder Beziehung, ökonomisch, sittlich, geistig, noch behaftet ist mit den Muttermalen der alten Gesellschaft, aus deren Schoß sie herauskommt.“ [MEW 19: 20]

Der Sozialismus, die erste Phase der kommunistischen Gesellschaftsformation, bedeutet eine neue Qualität der Gesellschaftsentwicklung und ist eine große Errungenschaft der Arbeiterklasse und aller Werktätigen. Im Sozialismus überwinden die Werktätigen unter Führung der Arbeiterklasse und ihrer marxistisch-leninistischen Partei die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen, sie beseitigen Klassenunterdrückung und Klassenantagonismus, sie schaffen für alle soziale Sicherheit und ein wachsendes materielles und kulturelles Lebensniveau.

Die sozialistische Revolution bringt eine neue Staatsmacht hervor, die Macht der Arbeiter und Bauern. Im Sozialismus hat die fortschrittlichste Klasse der Gesellschaft, die Arbeiterklasse, unter Führung ihrer marxistisch-leninistischen Partei und im Bündnis mit den anderen werktätigen Klassen und Schichten die Macht in ihre Hände genommen. Die Klasse der Kapitalisten und Großgrundbesitzer

ist für immer entmachtet. Das Bündnis der Arbeiterklasse mit den anderen werktätigen Klassen und Schichten und die Verwirklichung der führenden Rolle der marxistisch-leninistischen Kampfpartei sind unantastbare politische Grundlagen des sozialistischen Staates, dessen wichtigste Aufgabe die Schaffung der sozialistischen Produktionsweise ist.

Alle Machtorgane dieses Staates dienen den Interessen des werktätigen Volkes. Der Grundzug der politischen Organisation der sozialistischen Gesellschaft ist Demokratie für das Volk und durch das Volk. Die sozialistische Demokratie drückt sich unter anderem aus im Grad der Organisiertheit der Volkskräfte, in der Stärke der Massenorganisationen und ihrem freundschaftlichen Verhältnis zur marxistisch-leninistischen Partei. Sie zeigt sich im neuen Inhalt und im Umfang der Aktionen der Arbeiterklasse und ihrer Bündnispartner für die Stärkung der sozialistischen Ordnung, in der aktiven Mitgestaltung der Werktätigen an allen Fragen der gesellschaftlichen Entwicklung.

Alle wichtigen Produktionsmittel, die Bodenschätze, die Bergwerke, Kraftwerke, Talsperren und großen Gewässer, die Naturreichtümer des Festlandsockels, Industriebetriebe, Banken und Versicherungseinrichtungen, die volkseigenen Güter, die Verkehrswege, die Transportmittel der Eisenbahn, der Seeschiffahrt sowie der Luftfahrt, die Post- und Fernmeldeanlagen, die Felder, Gewässer und Wälder gehören dem Volke, das sie erschließt und mit ihnen arbeitet, das immer neuen Reichtum schafft. [15: 16]

[866] Das sozialistische Eigentum an den Produktionsmitteln ist die ökonomische Grundlage der sozialistischen Gesellschaft. [MEW 25: 799 f.] Die Arbeit der Werktätigen dient der Mehrung des Reichtums der ganzen Gesellschaft, der Befriedigung ihrer Bedürfnisse und der persönlichen materiellen und kulturellen Bedürfnisse aller Werktätigen. Was des Volkes Hände schaffen, ist des Volkes eigen.

Auf der Grundlage der sozialistischen Produktionsverhältnisse wirken die ökonomischen Gesetze des Sozialismus. Das ökonomische Grundgesetz des Sozialismus ist das Bewegungsgesetz der sozialistischen Produktionsweise. Es bestimmt die grundlegenden Entwicklungstendenzen der erweiterten Reproduktion im Sozialismus und die Wirkungsrichtung der allgemeinen und der spezifischen ökonomischen Gesetze des Sozialismus.

Die ökonomischen Gesetze des Sozialismus wirken nach dem Sieg der sozialistischen Produktionsverhältnisse auf eigener Grundlage und werden bewußt genutzt. Hohe Leistungen und hohe Effektivität in Wissenschaft und Technik sind Maßstab für die gesamte Wirtschaftstätigkeit. Die staatliche Planung orientiert auf eine hohe Arbeitsproduktivität, auf die Erzielung hoher Leistungen in Wissenschaft und Produktion. Dazu sind die Anwendung der fortgeschrittenen Wissenschaft und Technik, die Meisterung der modernsten Produktionsverfahren und die qualifizierte Leitung und Organisation der Volkswirtschaft erforderlich. Das sind Voraussetzungen für die ständige planmäßige Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen des Volkes. Die Verbesserung des Lebensniveaus der Werktätigen wird vor allem von der ständigen Erhöhung der Arbeitsproduktivität bestimmt. „Die Arbeitsproduktivität ist in letzter Instanz das allerwichtigste, das ausschlaggebende für den Sieg der neuen Gesellschaftsordnung.“ [LW 29: 416]

Der entwickelte Sozialismus:

Der entwickelte Sozialismus ist eine gesetzmäßige Periode bei der Herausbildung der kommunistischen Gesellschaftsformation, in der der „Sozialismus sich bereits auf eigener Grundlage entwickelt, in wachsendem Maße seine schöpferischen Möglichkeiten, sein zutiefst humanistisches Wesen zutage treten“ [6: 10].

Das Programm der SED charakterisiert die Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft als einen historischen Prozeß tiefgreifender politischer, ökonomischer, sozialer und geistig-kultureller Wandlungen. [13: 19] In dieser Periode geht es darum, alle Vorzüge und Triebkräfte, alle Seiten und Bereiche des gesellschaftlichen Lebens, insbesondere die Produktivkräfte und die Produktionsverhältnisse, auf hohem Niveau zu entwickeln. [13: 19/22]

Entsprechend den Beschlüssen, insbesondere des VIII. [2: 94] und IX. Parteitages der SED [13: 36] zur Entwicklung der sozialistischen Produktionsweise ist die Wirtschafts- und Sozialpolitik auf die konsequente Ausnutzung des ökonomischen Grundgesetzes in seiner politischen, auf das Wohl der Menschen abzielenden Aussage gerichtet.

Auf der Grundlage der Wechselbeziehungen von Produktion und Konsumtion werden im ökonomischen Grundgesetz das Ziel der sozialistischen Produktion und die Mittel zur Erreichung dieses Zieles definiert. In den Beschlüssen der KPdSU, im Programm der SED, in den Beschlüssen des IX. Parteitages der SED sowie in den Beschlüssen der Bruderparteien anderer sozialistischer Länder wird als Inhalt des ökonomischen Grundgesetzes die immer bessere Befriedigung der wachsenden materiellen und kulturellen Bedürfnisse der Werktätigen und die allseitige Entwicklung des Menschen der sozialistischen Gesellschaft als Ziel der sozialistischen Produktion durch die ständige Entwicklung und Vervollkommnung der Produktion auf der Grundlage der fortgeschrittensten **[867]** Wissenschaft und Technik und der ständigen Steigerung der Arbeitsproduktivität herausgearbeitet. [13: 20]

In den Dokumenten der kommunistischen und Arbeiterparteien und in der marxistisch-leninistischen Literatur werden in bezug auf die Ausnutzung der objektiven ökonomischen Gesetze des Sozialismus vor allem hervorgehoben: 1. die bestimmende Rolle des ökonomischen Grundgesetzes im System der ökonomischen Gesetze des Sozialismus; 2. das sozialistische Eigentum an den Produktionsmitteln, das die Klassengegensätze und die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen ausschließt; 3. die ökonomische Funktion des sozialistischen Staates und die bewußte und planmäßige Leitung der ökonomischen Prozesse; 4. die wirksame Verbindung der materiellen und der moralischen Interessiertheit der Werktätigen an der Steigerung der Produktion und ihrer Effektivität.

Das ökonomische Grundgesetz bringt das Wesen des Sozialismus zum Ausdruck und ist das grundlegende Gesetz, weil es die entscheidenden Realisierungsbedingungen des sozialistischen Eigentums an den Produktionsmitteln und die daraus abzuleitende ökonomische Verhaltensweise der sozialistischen Gesellschaft bestimmt. Grundlage für die Wirtschafts- und Sozialpolitik der marxistisch-leninistischen Partei der Arbeiterklasse und des sozialistischen Staates ist die bewußte Ausnutzung der objektiven ökonomischen Gesetze des Sozialismus.

Das Ziel der sozialistischen Produktion wird durch die ökonomischen und politischen Interessen der Gesellschaft und ihrer Mitglieder bestimmt. Deshalb wird im Programm der SED die weitere Erhöhung des materiellen und kulturellen Lebensniveaus des Volkes auf der Grundlage eines hohen Entwicklungstempos der sozialistischen Produktion, der Erhöhung der Effektivität, des wissenschaftlich-technischen Fortschritts und des Wachstums der Arbeitsproduktivität als Hauptaufgabe bei der Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft bezeichnet. [13: 20] Die Hauptaufgabe ist eine prinzipielle und langfristige, aus dem ökonomischen Grundgesetz abgeleitete Orientierung.

Das Hauptergebnis der Politik der SED nach ihrem VIII. Parteitag ist, die wirtschaftliche Entwicklung konsequent in den Dienst der Erhöhung des materiellen und geistig-kulturellen Lebensniveaus gestellt zu haben. Diese Aufgabenstellung entspricht dem ökonomischen Grundgesetz des Sozialismus, das die „Sicherung der höchsten Wohlfahrt und der freien allseitigen Entwicklung aller Mitglieder der Gesellschaft“ [LW 6: 40] verlangt.

In der Hauptaufgabe finden die Grundfragen der weiteren Entwicklung der sozialistischen Gesellschaft in der DDR, der Kurs der Entwicklung von Wirtschaft, Wissenschaft und Technik ihren konzentrierten Ausdruck. Zugleich bezeichnet sie das Ziel der Wirtschafts- und Sozialpolitik der SED und der Regierung der DDR in seinem Zusammenhang mit den Voraussetzungen, die zu seiner Durchsetzung geschaffen werden müssen.

Die Wirtschafts- und Sozialpolitik ist auf die weitere Erhöhung des materiellen und kulturellen Lebensniveaus des Volkes gerichtet. Das ergibt sich aus dem Sinn des Sozialismus, alles zu tun für das Wohl der Arbeiterklasse und aller anderen Werktätigen, aus der Stellung, die der werktätige Mensch im Sozialismus einnimmt. Der Hauptweg dazu ist die Intensivierung der gesellschaftlichen Produktion.

Je reifer der Sozialismus wird, desto stärker ist der Fortschritt der Produktion mit der Entwicklung der sozialistischen Persönlichkeit zu verbinden. Somit ist die Hauptaufgabe keine nur ökonomische, sondern eine umfassende gesellschaftliche Hauptaufgabe –eine strategische Aufgabe. „Mit der Hauptaufgabe ist der Rang bestimmt, der den Bedürfnissen der Menschen, ihrer sorgfältigen Beachtung und immer besseren Befriedigung **[868]** beim Aufbau der entwickelten sozialistischen Gesellschaft zukommt – bei der Leitung und Planung, in unserer ganzen Praxis. Es ist nicht zuviel gesagt, daß mit dieser gesellschaftspolitischen Orientierung, die ja bekanntlich zuerst von der KPdSU auf ihrem XXIV. Parteitag ausgearbeitet wurde, ein bestimmender Wesenszug der weiteren Ausgestaltung unserer Gesellschaft auf sehr weite Sicht vorgezeichnet ist.“ [3: 15]

Entscheidende Wege zur Erfüllung des wirtschaftlichen und sozialpolitischen Programms hat der IX. Parteitag der SED mit der Direktive zum Fünfjahrplan für die Entwicklung der Volkswirtschaft der DDR in den Jahren 1976-1980 beschlossen. Die Besonderheiten der gegenwärtigen Entwicklungsetappe der sozialistischen Wirtschaft sind vor allem die sich rasch entfaltende wissenschaftlich-technische Revolution, die ökonomische Integration der Mitgliedsländer des RGW, die Verstärkung der Rolle des ökonomischen und wissenschaftlich-technischen Wettbewerbs der beiden Weltsysteme. Unter Berücksichtigung der Maßstäbe der sozialistischen Produktion und der aus dem Wachstum der Bedürfnisse weiter wachsenden Anforderungen an die sozialistische Produktion werden ökonomisches Wachstum, Wohlstand und Stabilität zu wichtigen Kriterien der Wirtschaft der entwickelten sozialistischen Gesellschaft.

Der IX. Parteitag der SED hat beschlossen, den politischen Kurs der Hauptaufgabe konsequent und unbeirrbar fortzusetzen. [4: 40] Die wachsenden Maßstäbe des Reproduktionsprozesses und sich verändernde Reproduktionsbedingungen erfordern die konsequente Orientierung der Betriebe, Kombinate, Genossenschaften und wissenschaftlichen Einrichtungen auf einen starken ökonomischen Leistungsanstieg, auf die Steigerung der Produktivität und der Effektivität.

„Bei allem, was wir für die Erhöhung von Umfang, Effektivität und Qualität der Produktion tun, bei allem, was wir für die Stärkung der materiell-technischen Basis unserer Volkswirtschaft unternehmen – stets lassen wir uns davon leiten:

Die Bedürfnisse der Menschen, das Wohl des Volkes und seine grundlegenden Interessen an der weiteren Stärkung der sozialistischen Deutschen Demokratischen Republik sind erstes und oberstes Gebot unseres Handelns.

Dabei ist auch künftig die wichtige Lebenserfahrung unseres Volkes ‘ehernes Gesetz, daß nur das verbraucht werden kann, was vorher erarbeitet wurde. Zugleich wird unser Handeln von dem wichtigen Grundsatz bestimmt sein müssen, daß man gute Qualität nur kaufen kann, wenn gute Qualität produziert wird.

So verstehen wir die neuen volkswirtschaftlichen Aufgaben vor allem als einen Anspruch an die fleißige und schöpferische Arbeit, an das Können und die Verantwortung jedes einzelnen. Ja, es ist zugleich auch ein hoher geistiger Anspruch, die großen sozialistischen und kommunistischen Ideale im Leben spürbar zu verwirklichen.“ [4: 43]

Mit der Deckung des Bedarfs der Bevölkerung, mit dem kontinuierlichen Wachstum des Nationaleinkommens und mit dessen effektiver Verwendung wird den Erfordernissen des ökonomischen Grundgesetzes Rechnung getragen. Zu den wichtigen Problemen der Realisierung des ökonomischen Grundgesetzes gehört die Optimierung der Gegenwarts- und Zukunftsaufgaben bei Sicherung eines stabilen ökonomischen Wachstums und des gesellschaftlich notwendigen Mehrprodukts. [MEW 23: 591]

Im Sozialismus gehört das Mehrprodukt allen Werktätigen. Es ist die Grundlage für die weitere Steigerung des Lebensstandards und die planmäßige Erweiterung der Produktion. Die Ergebnisse der Arbeit kommen allen Mitgliedern der Gesellschaft direkt und indirekt zugute. Daraus erwächst die prinzipielle Übereinstimmung der persönlichen materiellen und ideellen Interessen des einzelnen mit den gesellschaftlichen Erfordernissen, die zu einer entscheidenden Triebkraft der ständigen Entwicklung

und Vervollkommnung der Produktion wird. Der Widerspruch zwischen dem erreichten Stand der **[869]** Produktivkräfte und den schnell wachsenden Bedürfnissen der Massen wird im Sozialismus planmäßig durch die Erweiterung der Produktion gelöst. Produktion und individuelle Konsumtion beeinflussen und bedingen sich wechselseitig.

Der sozialistische Staat und seine Bürger schützen und mehren das sozialistische Eigentum. Die Beseitigung der Ausbeutung, der Arbeitslosigkeit, der Wirtschaftskrisen und der sozialen Unsicherheit ist die größte Errungenschaft des Sozialismus.

Im Sozialismus gehört das gesamte Produkt der Gesellschaft den Werktätigen. Es wird planmäßig entsprechend den Erfordernissen der ökonomischen Gesetze des Sozialismus verteilt. Das im Sozialismus geltende Prinzip „Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seiner Leistung“ [18: 20] ist ein Grundprinzip des ökonomischen und gesellschaftlichen Lebens im Sozialismus, das wirkungsvoll durch eine wissenschaftlich fundierte Wirtschafts- und Sozialpolitik zur Geltung gebracht wird.

Die Entwicklung der sozialistischen Gesellschaft und jedes ihrer Mitglieder hängt entscheidend davon ab, welchen Beitrag der einzelne für das Ganze leistet. Die Wirtschafts- und Sozialpolitik der marxistisch-leninistischen Partei und des sozialistischen Staates zielt darauf ab, die Vorzüge und Entwicklungstriebkräfte des Sozialismus wirksam auszunutzen.

Die Vorzüge des Sozialismus bestehen vor allem in der Übereinstimmung gesellschaftlicher und persönlicher Interessen, in der umfassenden und tatkräftigen Teilnahme der Werktätigen an der Lösung der gesellschaftlichen Aufgaben und an der Leitung der Wirtschaft, in der wissenschaftlich-fundierten Leitung und Planung und rationellen Organisation der volkswirtschaftlichen und anderen gesellschaftlichen Prozesse, in der konsequenten Verwirklichung des sozialistischen Leistungsprinzips, in der Vertiefung der allseitigen Zusammenarbeit mit den sozialistischen Bruderstaaten und der Entwicklung der sozialistischen ökonomischen Integration der Mitgliedsstaaten des RGW. Sie werden auch durch die Rechnungsführung und Kontrolle wirksam gemacht, die Grundbedingungen für die Entwicklung der sozialistischen Gesellschaft sind.

Das Ziel der sozialistischen Produktion ist die ständig bessere Befriedigung der materiellen und geistigen Bedürfnisse der Mitglieder der Gesellschaft. Mit der Verwirklichung dieses Zieles wird die wichtigste Bedingung für die allseitige Entwicklung der sozialistischen Persönlichkeit, der schöpferischen Fähigkeiten aller Werktätigen und für die Entfaltung der sozialistischen gesellschaftlichen Beziehungen geschaffen. „Sozialistische Persönlichkeiten entwickeln sich in ihren Arbeitskollektiven, im Ringen um höchste Ergebnisse im sozialistischen Wettbewerb, beim Lernen, im Sport und bei der Aneignung der Schätze der Kultur, bei der Teilnahme an der Leitung und Planung unserer Gesellschaft auf allen Gebieten.“ [2: 70]

Die Erhöhung des Lebensniveaus der Werktätigen wird immer stärker zu einer wichtigen Voraussetzung für die Entwicklung menschlicher Fähigkeiten, für die Entfaltung der Persönlichkeit, für die Vervollkommnung der materiellen Produktion, für die Entwicklung von Wissenschaft, Technik und Kultur, für den sozialen Fortschritt.

Die sozialistische Lebensweise:

Die sozialistische Lebensweise ist in der sozialistischen Produktionsweise begründet. [13: 53] Ihr Herzstück ist die gewissenhafte, ehrliche, gesellschaftlich nützliche Arbeit.

Der Sozialismus schafft gleiche Entwicklungsmöglichkeiten für alle. Das Bildungsmonopol der Ausbeuterklassen ist beseitigt. Die Errungenschaften von Kultur, Wissenschaft und Technik stehen allen Werktätigen zur Verfügung. Jeder hat die Möglichkeit, seine Fähigkeiten zu entfalten. Es bestehen völlige Gleichberechtigung zwischen Frau und Mann, Gleichberechtigung aller Bürger ohne Unterschied der Weltanschauung, Religion und Rasse, der Nationalität und der sozialen Stellung.

[870] Der vom Kapitalismus hinterlassene Gegensatz zwischen Stadt und Land, zwischen körperlicher und geistiger Arbeit ist im Sozialismus überwunden. Die noch geraume Zeit bestehenden wesentlichen Unterschiede zwischen ihnen werden systematisch und planmäßig verringert. Der neue

Charakter der Arbeit wird in der sozialistischen Gemeinschaftsarbeit, in der Neuererbewegung und in vielfältigen Formen des sozialistischen Wettbewerbs offenbar.

Nachdem mit der sozialistischen Umwälzung die Klassenverhältnisse grundlegend verändert sind und die werktätigen Klassen und Schichten der sozialistischen Gesellschaft durch keine Gegensätze getrennt sind, entwickelt sich die politisch-moralische Einheit des Volkes. Die führende soziale Kraft der sozialistischen Gesellschaft ist die Arbeiterklasse. Eng verbunden mit ihr ist die Klasse der Genossenschaftsbauern. Die sozialistische Intelligenz und die anderen Werktätigen sind fest in die sozialistische Gesellschaft integriert. Alle Klassen und Schichten in den sozialistischen Ländern identifizieren sich mit dem Sozialismus. Das ist die Basis für die immer enger werdenden Beziehungen zwischen allen Werktätigen.

Das Bündnis der werktätigen Schichten und Klassen ist vom sozialistischen Patriotismus und proletarischen Internationalismus getragen, was sich vor allem in der Liebe zur Arbeit und zu den arbeitenden Menschen und in der Solidarität mit allen um die Befreiung von kapitalistischer Ausbeutung und imperialistischer Unterdrückung Kämpfenden zeigt. Die freundschaftliche Zusammenarbeit mit anderen Völkern und friedliche Bedingungen für die sozialistische Arbeit sind grundlegende Bedürfnisse der Menschen. Im Sozialismus gibt es keine Klassen mehr, die an der Ausbeutung und Unterdrückung des eigenen Volkes oder fremder Völker, an Krieg und Eroberung interessiert sind. Der Sozialismus ist deshalb die feste Grundlage für die Freundschaft der Völker und ihr friedliches Zusammenleben.

Im Sozialismus gilt die besondere Sorge der Bildung und Erziehung der jungen Generation und der Entwicklung der Familie. In die ständige Verbesserung der materiellen und geistig-kulturellen Lebenslage der Werktätigen sind die sozialpolitischen Maßnahmen für das Wohl der älteren Bürger eingeschlossen.

In diesem politisch-moralischen Milieu entwickelt sich im Prozeß der sozialistischen Arbeit und Erziehung die allseitig gebildete sozialistische Persönlichkeit, die im festen Vertrauensverhältnis zur marxistisch-leninistischen Partei steht. Die sozialistische Gesellschaft gibt jedem Menschen die Möglichkeit, seine Fähigkeiten und Talente zu entfalten. Die befreiten Schöpferkräfte des Volkes sind die wichtigste Quelle für die rasche Entwicklung der Produktivkräfte und damit für die Erhöhung des gesellschaftlichen Reichtums.

Eine wichtige kulturelle Potenz ist die Freiheit der Werktätigen, die dem sozialistischen Bedürfnis zu schöpferischer Betätigung Raum und Anstoß gibt. Das Ziel der Kulturpolitik im Sozialismus besteht darin, das Leben der Menschen geistig zu bereichern, das tägliche Leben immer schöner zu gestalten, allen Bürgern ein sinnerfülltes Leben zu ermöglichen und den Marxismus-Leninismus zum Rüstzeug aller Werktätigen zu machen.

Das sozialistische Weltsystem:

Die politischen, ökonomischen, sozialen und geistigen Errungenschaften des Sozialismus bilden die Voraussetzungen für den allmählichen Übergang zum Aufbau des Kommunismus. In der UdSSR ist die entwickelte sozialistische Gesellschaft, die eine Periode bei der Herausbildung der kommunistischen Gesellschaftsformation ist, errichtet. Die Konzeption der entwickelten sozialistischen Gesellschaft, die die KPdSU und andere kommunistische und Arbeiterparteien sozialistischer Länder kollektiv ausgearbeitet **[871]** haben, ist ein großer schöpferischer Beitrag zur marxistisch-leninistischen Theorie. [6: 11]

Mit der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution begann der Übergang zum Sozialismus, der zunächst in der UdSSR zum Sieg geführt und hier zur stärksten Macht des gesellschaftlichen Fortschritts im Weltmaßstab wurde. Zum erstenmal in der Geschichte wurden die allgemeinen Gesetzmäßigkeiten des Sozialismus in der UdSSR siegreich verwirklicht. Die Völker der UdSSR bahnten der Menschheit den Weg zum Sozialismus. Nach dem zweiten Weltkrieg entwickelte sich der Sozialismus im Ergebnis weiterer sozialistischer Revolutionen zum Weltsystem.

Das sozialistische Weltsystem, zu dem die DDR untrennbar gehört, ist die größte Errungenschaft der internationalen Arbeiterklasse. Es zeichnet sich durch ein hohes Tempo des ökonomischen und gesellschaftlichen Fortschritts aus.

Tabelle 1
Durchschnittliche jährliche Zuwachsraten der Industrieproduktion der sozialistischen, der entwickelten kapitalistischen und der Entwicklungsländer (in%) [8]

	1951-1955	1956-1960	1961-1965	1966-1970	1971-1975
Sozialistische Länder	13,8	13,1	7,3	7,6	7,1
Entwickelte kapitalistische Länder	6,0	4,1	6,0	5,3	1,8
Entwicklungsländer	9,4	7,8	7,3	7,2	6,5

Die Zuwachsraten der Industrieproduktion der sozialistischen Länder sind z. T. bedeutend höher als die der vergleichbaren kapitalistischen Industrieländer. So hat sich die Industrieproduktion der Sowjetunion von 1961 bis 1975 um 7% je Jahr erhöht, während die Industrieproduktion der USA im gleichen Zeitraum nur um durchschnittlich 3% stieg (s. Tab. 1).

Die Vorzüge der sozialistischen Gesellschaftsordnung realisieren sich nicht automatisch in hohen Zuwachsraten. Vielmehr ist die ständige, bewußte schöpferische Arbeit der Werktätigen unter der zielklaren Führung der kommunistischen und Arbeiterparteien notwendig, die den Marxismus-Leninismus schöpferisch auf die konkreten Entwicklungsbedingungen des jeweiligen Landes anwenden. Von den allgemeinen Gesetzmäßigkeiten des sozialistischen Aufbaus ausgehend, verbessern die marxistisch-leninistischen Parteien zielstrebig die Leitung und Planung der gesellschaftlichen und besonders der ökonomischen Prozesse, um den wachsenden Anforderungen des sozialistischen Aufbaus und der wissenschaftlich-technischen Revolution rechtzeitig zu entsprechen und den Produktivkräften eine schnelle Entwicklung zu ermöglichen. Auf diesem Wege werden die historischen Aufgaben der sozialistischen Länder – Schaffung des entwickelten Sozialismus, Sieg im ökonomischen Wettbewerb mit dem Kapitalismus, Aufbau des Kommunismus – gelöst.

Das Weltsystem des Sozialismus ist die führende revolutionäre Kraft und das Bollwerk der antiimperialistischen Bewegung. Je intensiver der Kampf zwischen der neuen und der alten Welt wird, desto größere Bedeutung gewinnt die Nutzung aller Möglichkeiten, die der neuen Gesellschaftsordnung innewohnen. Eine wichtige Aufgabe im ökonomischen Wettbewerb zwischen Sozialismus und Kapitalismus besteht darin, in der **[872]** Produktion das Übergewicht zu erreichen, Wissenschaft und Technik noch wirksamer für die Festigung der sozialistischen Positionen zu nutzen.

Die sozialistischen Länder haben in relativ kurzer Zeit den Nachweis geführt, daß die sozialistische Produktionsweise die Arbeits- und Lebensbedingungen von Millionen Menschen verbessert. Charakteristisch für die gegenwärtige Etappe des ökonomischen Wettbewerbs zwischen Sozialismus und Kapitalismus ist, daß er sich unter den Bedingungen der wissenschaftlich-technischen Revolution vollzieht. Jetzt rücken immer mehr die qualitativen Aspekte des Wettbewerbs in den Vordergrund, und jeder weitere Fortschritt der sozialistischen Länder hängt von der Realisierung der auf den sozialistischen Produktionsverhältnissen beruhenden Vorzüge und Triebkräfte ab. Die in der Welt höchste Effektivität der gesellschaftlichen Produktion durch die Meisterung der wissenschaftlich-technischen Revolution zu erreichen – das ist die wichtigste Bedingung für den Sieg im ökonomischen Wettbewerb mit dem Kapitalismus und für den Aufbau des Kommunismus. Zu diesem Zweck vereinen die Mitgliedsländer des RGW ihre Kräfte durch die sozialistische ökonomische Integration.

Der Sozialismus übt wachsenden Einfluß auf den Verlauf der Geschichte aus. Mit neuen großen Taten der Werktätigen der sozialistischen Länder werden die entwickelte sozialistische Gesellschaft errichtet und die Voraussetzungen für den allmählichen Übergang zum Kommunismus geschaffen.

Nach dem vollständigen und endgültigen Sieg des Sozialismus (die völlige Herrschaft der sozialistischen Produktionsverhältnisse ist gewährleistet und eine konterrevolutionäre Restauration des Kapitalismus ausgeschlossen) erzeugen die sozial gleichgestellten und gleichberechtigten Mitglieder der Gesellschaft in gemeinsamer Arbeit den gesellschaftlichen Reichtum, der allen nach Maßgabe ihrer

Leistung zufließt. Kein System der gesellschaftlichen Produktion ist so wie die sozialistische Produktionsweise in der Lage, die wirtschaftliche Entwicklung im Maßstab der gesamten Gesellschaft bewußt zu organisieren und dabei die schöpferische Initiative der werktätigen Massen umfassend zu wecken und mit hohem Wirkungsgrad für die gesellschaftliche Entwicklung zu mobilisieren.

Der Sozialismus ist die vorbereitende Phase für den Kommunismus. „Zwischen Sozialismus und Kommunismus, die bekanntlich zwei Phasen der kommunistischen Gesellschaftsformation sind, gibt es keine starre Grenzlinie. Auf der Grundlage der Entwicklung der sozialistischen Produktionsverhältnisse und ihrer materiell-technischen Basis wächst die sozialistische Gesellschaft allmählich in die kommunistische.“ [2: 94] Nach der Errichtung des entwickelten Sozialismus beginnt die Periode seiner stetigen Vervollkommnung in der die Schaffung der materiell-technischen Basis des Kommunismus zu der wichtigsten Aufgabe, zur ökonomischen Hauptaufgabe wird.

Sozialismus und Kommunismus beruhen auf dem gesellschaftlichen Eigentum an den Produktionsmitteln und erfüllen die uralte Sehnsucht der Menschen nach Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit, nach Frieden, Menschlichkeit und Gerechtigkeit, nach einem kulturvollen Leben in sozialer Sicherheit, nach sinnvoller Arbeit und Lebensfreude.

Die sozialistische Entwicklung in der DDR entspricht den Erfordernissen der gesellschaftlichen Entwicklung und den Lebensinteressen des Volkes. Sie verheißt ihm Frieden und eine glückliche Zukunft. **[873]**

Literatur:

1. *Breshnew, L. I.:* Reden und Aufsätze. Bd. 2, Berlin 1971; 2. *Honecker, E.:* Rechenschaftsbericht des ZK der SED an den VIII. Parteitag der SED. Berlin 1971; 3. *Ders.:* Das Volk der DDR kann mit Zuversicht die Schwelle zum Jahr 1973 überschreiten. Berlin 1972; 4. *Ders.:* Rechenschaftsbericht des ZK der SED an den IX. Parteitag der SED. Berlin 1976; 5. *Ders.* in: ND v. 18./19. 2. 1978; 6. *Beschluß des ZK der KPdSU zum 60. Jahrestag der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution.* Berlin 1977; 7. *Einführung in die Politische Ökonomie des Sozialismus.* Berlin 1974; 8. *Die entwickelte sozialistische Gesellschaft.* Berlin 1976; 9. *Erklärung der Beratung von Vertretern der kommunistischen und Arbeiterparteien der sozialistischen Länder, die vom 14. bis 16. November 1957 in Moskau stattfand. Beschluß der 34. Tagung des ZK der SED zu den Ergebnissen der Beratungen der kommunistischen und Arbeiterparteien anläßlich des 40. Jahrestages der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution.* Berlin 1957; 10. *Geschichte der politischen Ökonomie des Sozialismus.* Berlin 1973; 11. *Geschichte der SED.* Berlin 1978; 12. *Politische Ökonomie – Kapitalismus – Sozialismus.* Berlin 1974; 13. *Programm der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands.* Berlin 1976; 14. *Sozialismus – Theorie und Praxis.* Berlin 1977; 15. *Verfassung der DDR.* Berlin 1975.

Karl-Heinz Stiemerling

2.7.2. Arbeits- und Lebensbedingungen

Die Arbeits- und Lebensbedingungen der Bevölkerung, vor allem der Arbeiterklasse, ständig zu verbessern ist ein wichtiger Bestandteil der Wirtschafts- und Sozialpolitik sozialistischer Staaten. Grundlage hierfür ist die planmäßige Realisierung des ökonomischen Grundgesetzes des Sozialismus entsprechend den konkreten politischen und ökonomischen Bedingungen der jeweiligen historischen Entwicklungsetappe.

Von der Gesamtheit der objektiv gegebenen natürlichen, gesellschaftlichen, materiellen und kulturellen Bedingungen, unter denen sich die physische, ökonomische, soziale und geistig-kulturelle Reproduktion der Bevölkerung oder einzelner sozialer Gruppen vollzieht und die als Arbeits- und Lebensbedingungen anzusehen sind, werden vor allem die materiellen und kulturellen Lebensbedingungen im Rahmen der Volkswirtschaft sowie die betrieblichen Arbeitsbedingungen im Rahmen der Betriebe und Zweige oder auch Territorien geplant. Die allgemeinen oder gesellschaftlichen Arbeits- und Lebensbedingungen sind meist Resultate der Vervollkommnung anderer ökonomischer oder sozialer Prozesse.

Als solche allgemeinen oder gesellschaftlichen Arbeitsbedingungen können z. B. die Stellung zu den Produktionsmitteln, die Arbeitsgesetzgebung, das System der ökonomischen Stimulierung oder die Formen des Wettbewerbs angesehen werden. Betriebliche Arbeitsbedingungen bilden vor allem das technische Niveau der Arbeit, ihre Dauer und Intensität, der Arbeitsschutz, das Schicht- und Pausenregime – d. h. zeitliche, technische und materielle Faktoren des Arbeitsprozesses. Dabei sind die gesellschaftlichen Arbeitsbedingungen diejenigen, die das soziale Klima in der Gesellschaft entscheidend bestimmen. Die von Ausbeutung freie Arbeit in den sozialistischen Ländern kennt keine Diskriminierung einzelner Berufs- oder Bevölkerungsgruppen; sie ist Arbeit unter den Bedingungen der Gleichberechtigung von Mann und Frau.

Die materiellen und kulturellen Lebensbedingungen der Bevölkerung werden durch das Einkommen, den Verbrauch von Waren und die materiellen und nichtmateriellen **[874]** Leistungen bestimmt. Als wichtigste Indikatoren für die Lebensbedingungen gelten die Ernährungs-, Bekleidungs- und Wohnungssituation der Bevölkerung sowie das Niveau des Bildungs-, Gesundheits- und Sozialwesens in einem Lande.

Die soziale Sicherheit der Werktätigen ist wichtiger Bestandteil der Lebensbedingungen. Sie wird nicht nur durch Sozialmaßnahmen – Renten, Kindergelder und soziale Unterstützungen, Versicherung und dergleichen –, sondern vor allem dadurch bestimmt, ob es ein gesetzliches Recht auf Arbeit und die Möglichkeit der Realisierung dieses Rechtes gibt. Die soziale Sicherheit der Werktätigen in sozialistischen Ländern ergibt sich auch aus der Gewißheit, daß planmäßig die Lebensbedingungen verbessert werden, kein „Rückfall“ durch Wirtschaftskrisen möglich ist und die sozialistischen Staaten durch ihre Friedenspolitik bestrebt sind, die physische Existenz der Werktätigen und ihrer Familien zu sichern. Für die Planung und Statistik gibt es ein System von Kennziffern zu den wichtigsten Faktoren der Arbeits- und Lebensbedingungen, die zusammen als Lebensstandard bzw. als Lebensniveau bezeichnet werden.

In jedem sozialistischen Land ist die Wirtschaftspolitik der Übergangsperiode vom Kapitalismus zum Sozialismus sowie die in der Etappe des Aufbaus der Grundlagen des Sozialismus darauf gerichtet, die materiell-technische Basis für die langfristige stetige Verbesserung der Lebensbedingungen des Volkes, insbesondere der Arbeiterklasse, zu schaffen. In allen europäischen sozialistischen Ländern zeigt sich in der Periode des entwickelten Sozialismus eine rasche Verbesserung des Lebensniveaus.

In der UdSSR standen dabei vor allem die Überwindung der materiellen und sozialen Rückständigkeit, insbesondere auf dem Lande, sowie der ungleichmäßigen regionalen Entwicklung im Vordergrund. Daher waren das Dekret über den Boden und das Programm der Volksbildung entscheidende Maßnahmen für die Umgestaltung der Arbeits- und Lebensbedingungen des Volkes. Während 1939 von je 1.000 Personen über 10 Jahre der UdSSR-Bevölkerung in städtischen Siedlungen 218 Personen, in ländlichen Siedlungen 52 Personen Hoch-, Fach- oder Mittelschulbildung (begonnen oder abgeschlossen) hatten, waren es 1976 711 bzw. 354 Personen. [13: 36] Auch die Bildungsdifferenz bei Männern und Frauen wurde in diesem Zeitraum sehr stark abgebaut. 1939 hatten von 1 .000 Männern 127, von 1.000 Frauen 90 das genannte Bildungsniveau, 1976 waren es 614 bzw. 532. [13: 37].

Zur Charakteristik der Arbeitsbedingungen dient vor allem der Mechanisierungs- und Automatisierungsgrad der Industrie. Die Anzahl der Abteilungen, Werkteile und Produktionen mit komplex-mechanisierter oder automatisierter Fertigung stieg in der UdSSR von 22.386 im Jahre 1965 auf 66.229 im Jahre 1975. [16: 174] Für die Landwirtschaft kann die Elektrifizierung der Produktion zur Charakterisierung der Arbeitsbedingungen herangezogen werden: Gegenwärtig sind fast alle Landwirtschaftsbetriebe elektrifiziert. [16: 182]

Die Lebensbedingungen in der UdSSR werden sowohl durch Verbesserungen der Infrastruktur, einschließlich regionaler Angleichungen dabei, als auch durch die Freizeit-, Einkommens- und Verbrauchsentwicklung bestimmt. 1913 betrug die durchschnittliche Wochen-Arbeitszeit erwachsener Werktätiger in der Industrie 58,5 Stunden (nur Großindustrie; in kleinen und mittleren Betrieben bestanden keine gesetzlichen Regelungen), 1955 waren es 47,8 und 1975 nur noch 40,7 Stunden. [13: 549]

Das Realeinkommen pro Kopf der Bevölkerung stieg von 100 (1940) auf 398 (1970) und 493 (1975). [13: 567] In dieser Zeit wuchsen besonders rasch die indirekten und direkten Einkommensbestandteile aus gesellschaftlichen Konsumtionsfonds. Sie stiegen von 24 Rubel pro Kopf der Bevölkerung (1940) auf 263 Rubel (1970) und 354 Rubel (1975). [13: 568]

[875] Der durchschnittliche monatliche Arbeitslohn der Arbeiter und Angestellten in der Volkswirtschaft betrug 1940 33,1 Rubel, 1970 122,0 Rubel und 1975 145,8 Rubel. [13: 546] Dabei gibt es große Unterschiede zwischen den Wirtschaftszweigen. Während das ingenieurtechnische Personal im Bauwesen z. B. 207 Rubel 1975 durchschnittlich pro Monat verdiente (1940: 75,3 Rubel), waren die Durchschnittslöhne in der Landwirtschaft mit 126,7 Rubel 1975 und 22,0 Rubel 1940 oder im Bereich der Kultureinrichtungen (92,2 bzw. 22,3 Rubel) bedeutend niedriger. [13: 547] Hierbei sind die Naturaleinkommen der Kolchos- und Sowchosbeschäftigten jedoch nicht berücksichtigt, die aus dem Verkauf und Eigenverbrauch von Produkten aus der individuellen Hauswirtschaft resultieren.

Der Verbrauch von Nahrungsmitteln nahm von 1913 bis 1950 allgemein zu, während ab 1950 Verbrauchstendenzen sichtbar wurden, die auch in anderen europäischen Ländern vorhanden sind. Der Verbrauch von Kartoffeln (1913 = 114 kg pro Kopf der Bevölkerung, 1950 = 241 kg, 1975 = 120 kg) und Mehlerzeugnissen (1913 200 kg, 1950 = 172 kg, 1975 = 141 kg) geht zurück, während er vor allem bei Eiern, Fleisch und Zucker stark ansteigt. [16: 594] Bei Industriewaren wurden z. B. bei Schuhen 1975 3,2 Paar pro Kopf der Bevölkerung und Jahr gekauft (1913: 0,4 Paar), bei langlebigen Konsumgütern wie Fernsehempfängern war die Ausstattung 1975 74 Stück je 100 Familien (1965: 24), bei Radios 79 (1965: 59). [16: 595]

Bei der Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen in der UdSSR, besonders ab 1950, ist zu berücksichtigen, daß in den Zeiten des Bürgerkrieges, der Intervention und des Großen Vaterländischen Krieges sowohl in bezug auf die materiellen als auch auf die kulturellen Arbeits- und Lebensbedingungen große Rückschläge in der Entwicklung erfolgten. In der Wiederherstellungsperiode ab 1945/46 wurden diese auf der Grundlage der Entwicklung der materiell-technischen Basis in der Industrie aufgeholt. Ein hohes Entwicklungstempo hatte der Wohnungsbau.

In der DDR haben Aufgaben zur Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen in allen Parteibeschlüssen sowie Gesetzen und Verordnungen zur ökonomischen Entwicklung immer einen wichtigen Platz eingenommen. Bis zum VIII. Parteitag der SED (1971) gab es jedoch kein gesondertes sozialpolitisches Programm im Volkswirtschaftsplan.

Für das Gebiet der DDR wird die Situation von 1945/46 durch die Ziele charakterisiert, die die KPD in ihrem Aufruf vom 11. Juni 1945 stellte: Im Punkt 5 werden der Schutz der Werktätigen vor Unternehmerwillkür und unbotmäßiger Ausbeutung, Betriebsvertretungen der Werktätigen, tarifliche Regelungen der Lohn- und Arbeitsbedingungen gefordert. [9: 14] Im Punkt 2 wird zum Kampf gegen Hunger, Arbeitslosigkeit und Obdachlosigkeit aufgerufen. [9: 13] Soziale Maßnahmen waren in Form von öffentlicher Hilfe für Opfer des Faschismus, Waisenkinder, Invaliden, Kranke und Mütter nötig. [9: 14] In den Jahren 1945-1949/50 stand die Beseitigung der äußersten materiellen Not, die durch den Krieg hervorgerufen worden war, im Vordergrund. Alle Anstrengungen der Sowjetischen Militäradministration und der deutschen Verwaltungsorgane waren darauf gerichtet, die Wohnungen instand zu setzen, die landwirtschaftliche Produktion in Gang zu bringen, Kriegszerstörungen und Hunger zu beseitigen sowie Arbeitsplätze zu schaffen. Dabei wurden neben diesen materiellen Aufgaben gleichzeitig wichtige soziale Ziele gestellt, die langfristig die gesellschaftlichen Arbeits- und Lebensbedingungen bestimmten (Demokratisierung, Bodenreform, Land und Lebensbedingungen für die Umsiedler, Gesetz zum Schutz der landwirtschaftlich Beschäftigten). Umfangreiche materielle Hilfe in den Jahren des Wiederaufbaus leistete die UdSSR.

Im ersten Fünfjahrplan (1951-1955) gab es einen Planteil Erholung und Lebensstan-**[876]**dard (später: Arbeits- und Lebensbedingungen). Unter den komplizierten Bedingungen der Spaltung, von Disproportionen in der Wirtschaftsstruktur und daher konzentrierter Investitionen in der Abteilung 1 traten bei der Realisierung dieses Planteils Probleme auf, die erst ab 1953 mit der Einführung des sogenannten neuen Kurses prinzipiell angegangen wurden. Die Konsumgüterproduktion wurde durch

Verlagerung der Aufgaben auf alle Wirtschaftszweige erhöht und das Lohngefüge durch Lohnerhöhungen in einigen Zweigen und Bereichen verbessert. [12]

Von weitreichender Bedeutung waren in dieser Zeit die ersten Anzeichen beginnenden Arbeitskräftemangels. Ein Lösungsweg wurde in der stärkeren Einbeziehung der Frauen in die Produktion gesehen (von 1950 = 37% auf 1955 = 42% der Beschäftigten in der Volkswirtschaft) [12: 93], in einer großangelegten Berufsausbildung und Qualifizierung für Lehrberufe und Leitungsfunktionen. Damit wurde der rechtlichen Gleichberechtigung der Frauen die entscheidende ökonomische Grundlage gegeben.

In dieser Planperiode begann auch die Umgestaltung der einzelbäuerlichen Landwirtschaft mit der Bildung von Produktionsgenossenschaften sozialistischen Charakters (2. Parteikonferenz der SED 1952). Damit war historisch der Anfang gemacht für den Aufbau des Sozialismus auf dem Lande, die Überwindung der ökonomischen, technischen und sozialen Rückständigkeit der Landwirtschaft gegenüber der Industrie. Erst die Großproduktion brachte die Möglichkeit, durch Maschineneinsatz und Spezialisierung das Produktionsvolumen und die Arbeitsproduktivität entscheidend zu erhöhen, die Qualifikationsstruktur mit allen sozialen Auswirkungen (einschließlich Einkommen) zu verbessern und den modernen Produktivkräften entsprechende Arbeits- und Lebensbedingungen auf dem Lande zu schaffen. Von Anfang an war die Hebung des Wohlstandes der Genossenschaftsbauern Gegenstand der staatlichen Politik in der DDR.

Eine wichtige Rolle bei der Herausbildung des gegenwärtigen Niveaus der Arbeits- und Lebensbedingungen spielte das Parteiprogramm der SED von 1963. Hier wurden die Aufgaben bei der Hebung des Volkswohlstandes unter dem Aspekt der Gestaltung sozialer Verhältnisse im entwickelten Sozialismus formuliert:

„Der Lebensstandard der Bürger der Deutschen Demokratischen Republik wird nicht allein vom persönlichen Verbrauch bestimmt, sondern auch davon, daß die Werktätigen die Macht ausüben.“ Orientiert wurde auf „die vorrangige Entwicklung aller derjenigen gesellschaftlichen und kulturellen Einrichtungen und Dienstleistungen, die der ganzen Gesellschaft zugute kommen und die Teilnahme der Bürger, besonders der Frauen und Mütter, an der Produktion und am gesellschaftlichen Leben erleichtern.“ [18: 63]

Die Lebensbedingungen der Bevölkerung sollten entsprechend dem Parteiprogramm verbessert werden durch: Abbau der Einkommensdifferenzierung und des allmählichen Rückgangs der Zahl der unteren Einkommensempfänger, bessere Versorgung durch höhere Arbeitsproduktivität, qualitativ bessere und schönere Waren, Gebrauchsgüter für gemeinschaftliche Nutzung, bessere Versorgung mit Dienstleistungen und Reparaturen sowie Einrichtung kommunaler Dienstleistungsbetriebe, Modernisierung des Handels, Verkürzung der Arbeitszeit gemäß überplanmäßiger Erhöhung der Arbeitsproduktivität und Senkung des Krankenstandes, Verlängerung des Grundurlaubs sowie bessere Erholungsmöglichkeiten, Wohnungsneubau und -modernisierung, komplexe territoriale Lösungen. Die Arbeitsbedingungen sollten so gestaltet werden, daß die Arbeit mit der Einführung neuer Technik gesünder und leichter wird. Dabei wurde besonderes Augenmerk auf körperlich schwere Arbeit und solche unter gesundheitsschädigenden Bedingungen gelenkt. [18: 363 ff.]

Für die Realisierung dieser Forderungen war die Gestaltung der materiellen Inter-**[877]**essiertheit im Rahmen der Ausarbeitung des neuen ökonomischen Systems der Planung und Leitung (1963/64) von großer Bedeutung. Entsprechend dem Zusammenhang von ökonomischer Effektivität und Lebensniveau wurden leistungsfördernde Entlohnungs-, Prämiierungs- und Gewinnzuführungsregelungen ausgearbeitet.

Angesichts der gewachsenen ökonomischen Möglichkeiten sowie der größeren Reife der sozialistischen Gesellschaft konnte nach 1970 die Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen durch komplexe Aufgabenstellungen erfolgen.

Auf dem VIII. Parteitag der SED (1971) sind die wesentlichen ökonomischen und sozialen Erfordernisse bei der Gestaltung des entwickelten Sozialismus in der Hauptaufgabe des Fünfjahrplanes 1971-

1975 zusammengefaßt worden. Sie bestand „in der weiteren Erhöhung des materiellen und kulturellen Lebensniveaus des Volkes auf der Grundlage ‚eines hohen Entwicklungstempos der sozialistischen Produktion, der Erhöhung der Effektivität, des wissenschaftlich-technischen Fortschritts und des Wachstums der Arbeitsproduktivität“. [11: 48 f.] Im neuen Parteiprogramm der SED, das auf dem IX. Parteitag der SED 1976 angenommen wurde, sind die Arbeits- und Lebensbedingungen der Bevölkerung in die sozialökonomischen Prozesse der Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft in der DDR eingeordnet. Es werden umfassende Aufgaben, so zur Entwicklung des sozialistischen Charakters der Arbeit, zur Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik, Entwicklung der Sozialstruktur, Wissenschaft, Bildung und Kultur sowie zur Herausbildung der sozialistischen Lebensweise gestellt. [19: 218 ff.] Der Fünfjahrplan 1976-1980 enthält das bisher umfassendste Sozialprogramm in der Geschichte der DDR.

Die Grundlagen für fortschrittliche Arbeitsbedingungen in der DDR wurden mit dem 1950 angenommenen Gesetz der Arbeit gelegt. In der Präambel wurde die Erhöhung der Arbeitsproduktivität als Grundbedingung der Entwicklung der Volkswirtschaft und des materiellen Wohlstandes bezeichnet. [14: 330] In diesem Gesetz waren der Arbeits- und Gesundheitsschutz, die Aktivisten- und Wettbewerbsbewegung sowie die Verpflichtungen der Betriebe für die soziale und kulturelle Betreuung der Werktätigen bereits verankert. Mit der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung führten besonders diese Abschnitte sowie Arbeitszeitverkürzungen, Qualifizierung und Rechtsschutz in den Neufassungen des Gesetzes der Arbeit von 1961, 1963, 1966 und 1976 zu erheblichen Verbesserungen der Arbeitsbedingungen.

Die betrieblichen Arbeitsbedingungen sind in erster Linie vom wissenschaftlich-technischen Niveau der Fertigung abhängig. In der volkseigenen Industrie der DDR betrug der Anteil der teil- und vollautomatisierten Ausrüstungen [20 (1976): 111] an den gesamten klassifizierbaren Ausrüstungen 1970 = 33,1%, 1976 (nur zentralgeleitete Betriebe) 43,2% [20 (1976: 133]. In der sozialistischen Landwirtschaft war mit der raschen Entwicklung der LPG, Kooperativen Abteilungen Pflanzenproduktion (KAP) und spezialisierten LPG Viehwirtschaft die kontinuierliche Erhöhung der technischen Ausrüstungen mit rascher Erneuerung auf technisch höherem Niveau verbunden. 1950 waren in den Maschinen-Traktoren-Stationen (MTS) 10.834 Traktoren, 1955 = 31.531. Die VEG hatten 1950 = 1.830, 1955 = 4.185 Traktoren. [20 (1976): 198] Im Jahre 1960 betrug deren Anzahl in der Landwirtschaft insgesamt 70.566, 1965 = 124.259, 1970 = 148.865 und 1975 = 139.982 Stück [10: 186] bei erheblich gestiegener Leistung.

1969 wurde der leistungsstarke Mähdrescher E 512 eingesetzt, 1963 Rübenkopflader. Alle verbesserten oder neu eingeführten Geräte wurden sowohl im Hinblick auf die Leistung als auch auf die physische Erleichterung der Arbeit und auf den Gesundheits- und Arbeitsschutz entwickelt. Die Getreideernte wurde 1975 vollständig (1954: 4,1%) mit Großmaschinen eingebracht. [10: 187] Diese rasche Einführung der Technik sowie **[878]** die Erweiterung der Bildungs- und Qualifizierungsmöglichkeiten auf dem Lande führten zu folgender Qualifikationsstruktur in der Landwirtschaft (1975): ständig Berufstätige mit Hochschulabschluß = 1,5%, mit Fachschulabschluß = 4,8%, mit Meisterprüfung = 6,6%, mit Facharbeiterprüfung = 65,9%. [10: 185]

In dem Maße, wie Leistung und Qualifikation der Werktätigen in der Landwirtschaft gestiegen sind, erhöhten sich auch die Arbeitseinkommen. Das monatliche Durchschnittseinkommen in der Landwirtschaft entspricht gegenwärtig dem der Arbeiter und Angestellten in der Industrie. Ein wichtiger Faktor der Lebensbedingungen der landwirtschaftlich Beschäftigten sind die Natural- und Geldeinkommen aus der individuellen Hauswirtschaft.

Das durchschnittliche monatliche Arbeitseinkommen der vollbeschäftigten Arbeiter und Angestellten in der volkseigenen Wirtschaft stieg von 439 Mark 1955 auf 897 Mark 1975. [10: 70] Ein wichtiges sozialpolitisches Ziel in den Jahren des Aufbaus der Grundlagen des Sozialismus sowie der Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft war die vorrangige Verbesserung der Lebensbedingungen der sozial schlechter gestellten Bevölkerungsschichten, insbesondere der niedrig bezahlten Arbeiter. Der monatliche Mindestlohn betrug 1957 = 180 Mark (alles brutto), 1963 = 220 Mark, 1967 = 300 Mark, 1971 = 350 Mark und wurde im Rahmen der lohnpolitischen Maßnahmen im Jahre

1976 auf 400 Mark festgesetzt. Gleichzeitig wurde eine differenzierte Erhöhung der Löhne bis 500 Mark vorgenommen. [20 (1955)] Der Anteil der Vollbeschäftigten mit einem Arbeitseinkommen von 400 Mark beträgt gegenwärtig 6% an den Arbeitern und Angestellten der volkseigenen Wirtschaft. Im gleichen Zeitraum wurden schrittweise die Renten angehoben. Die durchschnittliche Sozialversicherungs-Vollrente betrug 1965 = 152 Mark, 1976 = 278 Mark. [10: 38] [20 (1976): 383] Die unentgeltlichen Leistungen, die aus dem gesellschaftlichen Konsumtionsfonds bezahlt werden, sind in der DDR seit 1955 (erste vergleichbare statistische Daten) ständig rascher gestiegen als die Arbeitseinkommen. Die direkten Einkommen (Renten, Kindergelder, Stipendien usw.) aus gesellschaftlichen Fonds betrugen je Haushalt und Monat 1960 83 Mark, 1975 = 175 Mark, die indirekten Einkommen (unentgeltliche Leistungen) 1960 = 139 Mark, 1975 = 397 Mark. [10: 320]

Zu diesen Einkommen kommen noch die Leistungen aus dem betrieblichen Kultur- und Sozialfonds, die jährlich ein Volumen haben, das etwa den staatlichen Ausgaben für das Gesundheits- und Sozialwesen entspricht.

Ein Zeichen wachsender sozialer Sicherheit aufgrund gesicherter Arbeitseinkommen ist der Rückgang der Zahl der Sozialunterstützungsempfänger in der DDR. Sie betrug 1960 noch etwa 167.000, 1975 nur noch 22.852 Personen. [10: 386]

Die kontinuierliche Erhöhung des Lebensniveaus drückt sich global im Realeinkommensindex aus, der von 1960 = 100 auf 1965 = 113,1, 1970 = 138,9 und 1975 (vorläufige Zahlen) = 180,4 anstieg. [10: 310] Diese Erhöhung wurde bei relativ stabilen Preisen für Konsumgüter und Dienstleistungen erreicht, welche durch umfangreiche Stützungen (etwa 30% der gesellschaftlichen Konsumtionsfonds) der Mietpreise, Dienstleistungstarife und Preise für Nahrungsmittel und Kinderbekleidung vom Staat garantiert werden konnten.

Die Erhöhung der Einkommen in der DDR ist von einer ständigen Erhöhung des Verbrauchs von Konsumgütern und Dienstleistungen für die Bevölkerung begleitet. 1960 waren 70,2% des gesamten Verbrauchs in Arbeiter- und Angestelltenhaushalten Konsumgüter, 29,8% Leistungen; 1965 war die Relation zwischen beiden Positionen 69,2 : 30,8, 1970 = 66,3 : 33,7 und 1975 = 63,3 : 36,7. [20 (1976): 313] Die stärksten Steigerungsraten, von 1950-1975 gesehen, hatte die Position sonstige Industriewaren, **[879]** was vor allem der Produktion langlebiger Konsumgüter sowie den „1.000 kleinen Dingen“ geschuldet ist, die insbesondere nach 1953-1955 verstärkt der Bevölkerung zur Verfügung gestellt wurden. Bei Nahrungs- und Genußmitteln war das Zuwachstempo des Verbrauchs von 1950-1955 stärker als in den späteren Jahren. Bei einer Reihe wichtiger Waren wurde der Produktionsstand von 1936 bereits 1950/51 – nach Naturaleinheiten – erreicht (Fleisch- und Wurstwaren, Schuhwerk, Mehl, Butter), bei Genußmitteln 1952/53 (Bier, Zigaretten), bei Garnen und Baumwollgeweben 1952/53, bei Fotoapparaten 1953/54, bei Radios bereits 1950/51. [20 (1977): 1 ff.] Das Sortiment der Konsumgüterproduktion wurde entscheidend im Fünfjahrplan 1951-1955 nach Einführung des sogenannten neuen Kurses erweitert. Gleichzeitig wurden die erforderlichen Lohnerhöhungen differenziert durchgeführt. Die stärksten Steigerungsraten der Arbeitseinkommen waren 1950-1955 und 1955-1960. Ab 1955 etwa wurde der Grundbedarf an Nahrungsmitteln mengenmäßig gedeckt; ab etwa 1963 begann die Orientierung auf Nahrungsmittel, die die gesunde Lebensweise fördern. 1963 konnte der Grundbedarf an Industriewaren – insbesondere an Bekleidung – gedeckt werden. Unter der zahlungsfähigen Nachfrage liegt vor allem die Bereitstellung von hochwertigen langlebigen Konsumgütern, PKW, Ersatzteilen und Reparaturleistungen. Auch der Bedarf an Wohnraum kann bisher noch nicht voll gedeckt werden.

Die Lebensbedingungen der Frauen sind durch die Erhöhung der hauswirtschaftlichen Dienstleistungen und die Versorgung mit Kindergarten- und Kinderkrippenplätzen verbessert worden.

Ein Schwerpunkt des Sozialprogramms ist der Wohnungsbau. Während bis 1963 die Industrie, dann land- und wasserwirtschaftliche Bauten den Vorrang hatten sowie der Ausbau der Stadtzentren in den Bezirkshauptstädten und in Berlin, steht seit 1971 der Wohnungsbau im Vordergrund. Im Zeitraum 1971-1975 wurden 609.000 Wohnungen durch Neubau und Modernisierung bereitgestellt [19: 303], in der Planperiode 1976-1980 sollen es 750.000 sein [19: 384].

Die weitere Verbesserung des materiellen und kulturellen Lebensniveaus der Bevölkerung in der DDR ist auf die Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik und die weitere Ausprägung der sozialistischen Lebensweise orientiert. [19: 382]

Literatur:

1. *Belova, Z. G./Korjagina, T. I./Malej, N. M.:* Metody planirovanija bytovogo obsluživanija naselenija. Moskau 1976; 2. *Carkisjan, G. S.:* Uroven', tempo i proporzij rosta real'nych dochodov pri sozializme. Moskau 1972; 3. *Demmler, H.:* Neue Probleme der Arbeitshygiene und des Arbeitschutzes bei der Rationalisierung, in: Arbeit 1967, Nr. 1, S. 36 f.; 4. *Komarov, V. I./Cernjavskij, V. G.:* Dochod i potreblenje SSSR. Moskau 1973; 5. Manz, *G.:* Zur Entwicklung der sozialistischen Lebensweise und der Arbeits- und Lebensbedingungen, in: Wiwi 1971, H. 2, S. 178 ff.; 6. *Rimaschewskaja, N./Schatalin, S.,* in: SW/GB 1976, H. 8, S. 826 ff.; 7. *Roeb, M.:* Pausenregime für Werktätige mit körperlicher Arbeit, in: Arbeit und Arbeitsrecht 1976, Nr. 22, S. 692 ff.; 8. *Rösel, F.:* Sozialistische Rationalisierung und Arbeits- und Lebensbedingungen, in: Arbeit 1967, Nr. 3, S. 10 ff.; 9. *Aufruf der Kommunistischen Partei Deutschlands, 11. Juni 1945,* in: Zur ökonomischen Politik der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands und der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik. Berlin 1955; 10. *Befehl der SMAD in Deutschland, Nr.* 76, *23. April 1948.* Anlage B, in: Beschlüsse, Gesetze und Verordnungen zur ökonomischen Politik der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands und der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik. Bd. 1, Berlin 1955; 11. *Direktive des VIII. Parteitages der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands zum Fünfjahrplan* **[880]** *für die Entwicklung der Volkswirtschaft der DDR 1971-1975,* in: Dokumente des VIII. Parteitages der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. Berlin 1971, S. 48 f.; 12. *Der Fünfjahrplan zur Entwicklung der Volkswirtschaft der Deutschen Demokratischen Republik (1951-1955).* Beschluß des III. Parteitages der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, in: Zur ökonomischen Politik der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands und der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik. Berlin 1955, S. 69 ff.; 13. *Gemeinsamer Beschluß des Zentralkomitees der SED, des Bundesvorstandes des FDGB und des Ministerrates der DDR über die weitere planmäßige Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen der Werktätigen im Zeitraum 1976 bis 1980 vom 27. Mai 1976,* in: Neues Deutschland v. 29./30.5.1976, S. 1; 14. *Gesetz der Arbeit zur Förderung und Pflege der Arbeitskraft, zur Steigerung der Arbeitsproduktivität und zur weiteren Verbesserung der materiellen und kulturellen Lage der Arbeiter und Angestellten.* 19. April 1950, in: Beschlüsse, Gesetze und Verordnungen zur ökonomischen Politik der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands und der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik, Bd. 1, Berlin 1955; 15. *Das materielle und kulturelle Lebensniveau des Volkes und seine volkswirtschaftliche Planung.* Berlin 1975; 16. *Narodnoe choziajstvo SSSR v 1975 g.* Moskau 1976; 17. *Planirovanie narodnogo potreblenija v SSR (Sovremennye problemy).* Moskau, 1964; 18. *Programm der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands,* in: Protokoll der Verhandlungen des VI. Parteitages der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. Bd. IV, Beschlüsse und Dokumente, Berlin 1963, S. 363; 19. *Programm der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands,* in: Protokoll der Verhandlungen des IX. Parteitages der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, Bd. 2, 4. und 5. Beratungstag. Berlin 1976; 20. *Statistisches Jahrbuch der DDR.* Berlin 1956 ff.

Gertraud Kalok

2.7.3. Außenhandel

Die revolutionären Veränderungen, die nach dem zweiten Weltkrieg in den osteuropäischen Ländern erfolgten, waren nicht nur von einem Wandel ihrer Außenpolitik begleitet, sondern auch ihrer Außenwirtschaft, deren wichtigster Bestandteil der Außenhandel ist. Vor 1945 gehörten die Außenhandelsbeziehungen eher zu den verzögernden als zu den beschleunigenden Faktoren der osteuropäischen Wirtschaftsentwicklung.

Von maßgeblicher Bedeutung für das Einschlagen einer neuen Außenhandelspolitik war die Errichtung des staatlichen Außenhandelsmonopols, ergänzt durch das Außenhandelstransportmonopol. [19: 42] [4: 215 ff.] Damit wurde der Außenhandel in Anerkennung der noch zu Lenins Lebzeiten in der

Sowjetunion gewonnenen Erkenntnisse und Erfahrungen unter unmittelbare Leitung und Kontrolle des Staates gestellt.

Die benachbarten Länder des heutigen RGW-Bereichs wickelten vor dem Krieg nur jeweils zwischen 5 und 18% ihres Außenhandels innerhalb dieser Wirtschaftsregion ab. Osteuropa entbehrte historische Traditionen einer gegenseitigen industriellen Verflechtung seiner Volkswirtschaften fast völlig. Es blieb bei seiner Einbeziehung in die Weltwirtschaft überwiegend auf die Ergänzung der westeuropäischen Wirtschaft beschränkt. Die zu- und untergeordnete Rolle, die Osteuropa – mit Ausnahme der UdSSR – vor dem Krieg im Wirtschaftsverkehr mit Westeuropa innehatte, vor allem aber die einseitige Ausrichtung der kleinen und mittleren osteuropäischen Staaten auf die Rohstoffzulieferung und Lebensmittelausfuhr, beruhte auf der Ausnutzung eines beträchtlichen **[881]** Niveaugefälles zwischen den europäischen Regionen durch das westeuropäische und besonders deutsche Monopolkapital. Gleichzeitig trug diese Praxis dazu bei, den osteuropäischen Entwicklungsrückstand zu konservieren. [13: 17] Es war dieses Abhängigkeitsverhältnis, das Lenin neben dem kolonialen für imperialistische Verhältnisse als typisch herausstellte, nämlich die Situation Von Ländern, „die, politisch formal selbständig, in Wirklichkeit aber in ein Netz finanzieller und diplomatischer Abhängigkeit verstrickt sind“ [LW 22: 267]. Erste Anzeichen eines Neubeginns der Entwicklung von Außenhandelsbeziehungen zwischen den Ländern Osteuropas und der UdSSR lassen sich bereits auf die Endphase des zweiten Weltkrieges zurückverfolgen. [8: 17 ff.] Das erste Handelsabkommen wurde zwischen der UdSSR und Polen am 20. Oktober 1944 abgeschlossen. Es sicherte den befreiten Gebieten Polens die Lieferung von Kohle, Erdölerzeugnissen und Bedarfsgütern wie Mehl, Salz und Streichhölzern zu, wobei die Zahlung ein Jahr gestundet wurde. Noch während des Krieges war die UdSSR mit der Tschechoslowakei, Jugoslawien und Polen Verträge über Freundschaft, gegenseitige Hilfe und Zusammenarbeit für die Nachkriegszeit eingegangen. Weitere Freundschaftsverträge mit Ungarn, Rumänien und Bulgarien wurden 1948 nach Unterzeichnung der Friedensverträge getroffen. In Anlehnung an diese Freundschaftsverträge schlossen die UdSSR und die Volksdemokratien Handelsverträge ab. Einer der ersten der Nachkriegszeit war der sowjetisch-polnische vom 7. August 1945. Es folgten der sowjetisch-rumänische vom 20. Februar 1947, der Handelsvertrag zwischen Polen und der Tschechoslowakei vom 4. Juli 1947, der sowjetisch-ungarische vom 15. Juli 1947, der sowjetisch-tschechoslowakische vom 11. Dezember 1947 und der sowjetisch-bulgarische vom 1. April 1948. In den Handelsverträgen wurden Prinzipien für die Gestaltung der Wirtschaftsbeziehungen als Normen fixiert. Beispielsweise wurde in den meisten Verträgen die Gleichberechtigung der Partner verankert. Das Prinzip des gegenseitigen Vorteils wurde zum erstenmal im sowjetisch-bulgarischen Handelsvertrag formuliert und von dieser Zeit an in alle Wirtschaftsverträge aufgenommen, die sozialistische Länder miteinander eingingen. [12: 188 f.]

Wechselseitige Bedürfnisse, die sich in der Nachkriegszeit aus dem Wiederaufbau der kriegszerstörten Wirtschaft ergaben, führten auch zur Aufnahme von Handelsbeziehungen zwischen der damaligen sowjetischen Besatzungszone Deutschlands und der UdSSR sowie den osteuropäischen Volksdemokratien. Hatte dieser Handel noch 1947 einen geringen Umfang, so setzte 1948 eine sprunghafte Aufwärtsentwicklung ein, und 1949 konnten die Umsätze gegenüber dem Vorjahr verdoppelt werden. [6: 24]

Schon im Jahr vor der RGW-Gründung hatte der gegenseitige Handel der osteuropäischen Volksdemokratien und der UdSSR das Vorkriegsvolumen weit übertroffen. [24: 134] Nur zögernd entwickelte sich hingegen bis zu dieser Zeit der Ost-West-Handel. [24: 148] [8: 23 f.] Dabei wäre gerade in der Nachkriegszeit eine historische Korrektur der vormals für Osteuropa so ungünstigen Wirtschaftsbeziehungen mit den kapitalistischen Industriestaaten erforderlich und auch möglich gewesen. War doch Osteuropa als ehemaliger Hauptkriegsschauplatz von den Kriegseinwirkungen wesentlich härter betroffen als irgendeine andere Region der Welt, stand es doch in den Jahren nach dem Krieg vor umfangreichen Industrialisierungsvorhaben und hätte mit Ausrüstungsimporten und Warenkrediten sowie einer starken Einbeziehung in den Handelsverkehr mit den traditionellen Industrienationen seinen wirtschaftlichen Entwicklungsrückstand mit weniger großen Anspannungen aufholen können, als sie dann eintraten. Schließlich hätten auch Westeuropa und nicht zuletzt die USA durch

einen Investgüterexport wirtschaftliche Nachkriegsschwierigkeiten auch ohne Aufrüstung überwinden können. [8: 31 ff.] Tatsächlich rechneten führende amerikanische Politiker nach im **[882]** Jahre 1946 getroffenen Aussagen mit einer Tendenz zur erhöhten Industrialisierung in der ganzen Welt, die sich – wie es hieß – als ebenso bedeutungsvoll erweisen könnte wie die industrielle Revolution Westeuropas im vorigen Jahrhundert. [10: 57 f.]

Doch unter der Truman-Regierung vollzog sich bei maßgeblichem Einfluß der USA auf Westeuropa und andere Teile der Welt die Wende zum kalten Krieg. [6: 53 ff.] Im Sommer 1947 setzte der gezielte Wirtschaftskrieg gegen das im Entstehen begriffene sozialistische Weltwirtschaftssystem ein. [7: 11 ff.] In Kenntnis davon, daß die Tschechoslowakei vor einer Mißernte stand, kündigte das USA-Landwirtschaftsministerium im Juli 1947 an, daß die Lebensmittellieferungen an die Tschechoslowakei eingestellt werden. Am 23. Juli 1947 gab das State Department bekannt, daß kein Hilfsprogramm für das von Krieg und Okkupation gebrandschatzte Polen durchgeführt wird. Am 25. Juli 1947 teilte das amerikanische Landwirtschaftsministerium mit, daß die Maislieferungen an Rumänien eingestellt werden. Am 7. August 1947 eröffnete Außenminister Marshall, daß die USA einen 7-Millionen-Dollar-Kredit der Export-Import-Bank an Ungarn gesperrt haben. Am 26. März 1948 informierte der amerikanische Handelsminister Harriman darüber, daß alle nicht von Heer und Marine genehmigten Exporte in die sozialistischen Länder gesperrt sind. Am 22. September 1948 lehnte das amerikanische Außenministerium das Ersuchen des rumänischen Außenministers ab, die Ausfuhrsperre für Ausrüstungen der rumänischen Erdölindustrie im Werte von 8 Mill. Dollar aufzuheben. Ab März 1948 entwickelten die USA ein regelrechtes System der Lizenzierung des Warenexportes in die sozialistischen Länder, das in den folgenden Jahren ausgebaut wurde. Die Embargobestimmungen, die im Oktober 1951 mit dem vom USA-Kongreß beschlossenen Battle Act eine erweiterte gesetzliche Grundlage erhielten, erstreckten sich schließlich auf etwa 2.800 Waren der verschiedensten industriellen Fertigprodukte, Investgüter und Rohstoffe. Auch ihre europäischen Bündnispartner konnten die USA auf der Grundlage des Marshallplans und des NATO-Paktes in die Embargopolitik einbeziehen, wenn es auch wegen verletzter Geschäftsinteressen zu Widerspruch und gelegentlichen Verletzungen der Bestimmungen kam. Der Handel der USA mit den sozialistischen Ländern kam durch das Exportembargo, die Kündigung aller langfristigen Handelsabkommen und den Wegfall der Meistbegünstigungsklausel [5: 381 nahezu zum Erliegen. Auch die europäischen Handelsbeziehungen wurden dauerhaft gestört. Gemessen am Umfang der Beschränkungen, den beteiligten Staaten und den Auswirkungen ist der gegen die Industrialisierung der sozialistischen Länder gerichtete Wirtschaftskrieg ein einmaliges Phänomen der Wirtschaftsgeschichte.

Im Jahre 1948, vor der Gründung des RGW, am Schnittpunkt zwischen der demokratischen und der sozialistischen Etappe der volksdemokratischen Revolutionen, zwischen der Beendigung des Wiederaufbaus und dem Beginn der sozialistischen Industrialisierung, mußten die sozialistischen Länder Konsequenzen für die Entwicklung ihrer Handelsbeziehungen ziehen. [10: 99 ff.]

Schon angesichts des einsetzenden Wirtschaftskrieges harte sich die gegenseitige Hilfe und Unterstützung verstärkt. 1948, als infolge der westdeutschen Handelssperre alle Lieferungen von Ruhrkohle, Eisen und Stahl ausfielen, steigerten die UdSSR und Polen kurzfristig ihre Lieferungen an Walzwerkerzeugnissen, Kohle und Koks in die sowjetische Besatzungszone Deutschlands. Als die USA der Tschechoslowakei ein bereits zugesichertes Breitbandwalzwerk nicht auslieferte, sprang die UdSSR durch die Bereitstellung von Walzwerkausrüstungen ein. Das gleiche vollzog sich, als die USA-Regierung die Lieferung der bereits bezahlten Erdölausrüstungen an Rumänien verhinderte.

Gleiche gesellschaftliche Ziele, wirtschaftliche Pläne und die weltpolitische Situation erforderten nun die beschleunigte Entwicklung der gegenseitigen Handelsbeziehungen. **[883]** Die ersten Perspektivpläne der Volksdemokratien waren Industrialisierungskonzeptionen. Eine Welle von Neuinvestitionen im gesamten RGW-Bereich war geplant. Der schlagartig anwachsende Bedarf an Rohstoffen und Ausrüstungen erforderte neben der Mobilisierung der inneren Ressourcen auch die Sicherung stabiler Außenhandelsbeziehungen für einen längeren Zeitraum. Die II. RGW-Tagung (25.-27.8.1949 in Sofia) und die III. Tagung des RGW (24.-25.11.1950 in Moskau) orientierten deshalb die Mitgliedsländer auf den Abschluß langfristiger Handelsabkommen als Mittel zur perspektivischen Planung

gegenseitiger Warenlieferungen. Die DDR schloß nach ihrem Beitritt zum RGW 1950 solche Abkommen mit den Mitgliedsländern ab, nachdem sie 1950 dazu übergegangen war, ihre Handelsbeziehungen zu dieser Staatengruppe beschleunigt auszubauen. [10: 245 ff.] 1951 wurden vom RGW allgemeine unifizierte Handelsbedingungen für die gegenseitigen Warenlieferungen der Mitgliedsländer erarbeitet. Weiterentwickelte Bestimmungen traten 1958 in Kraft. Es folgten im März 1962 allgemeine Bedingungen für Montage und Dienstleistungen im Zusammenhang mit der Lieferung von Maschinen und Ausrüstungen. [12: 291 f.]

Die Praxis der langfristigen, in der Regel fünf Jahre umfassenden und mit den Fünfjahrplänen koordinierten Handelsabkommen wurde in der Folgezeit beibehalten. Mit Hilfe der „Ständigen Kommission des RGW für Außenhandel“ (sie wurde auf Beschluß der vom 18.-22.5.1956 in Berlin abgehaltenen VII. Ratstagung gegründet) wurden solche Abkommen für die Zeiträume 1958-1960, 1961-1965, 1966-1970 und 1971-1975 abgeschlossen. [2: 236]

Der Umstand, daß Mitte der 50er Jahre im RGW die multilaterale Plankoordinierung diskutiert und dann nach ersten Versuchen mit einer entwickelten Methode in den 60er Jahren praktiziert wurde, führte verschiedentlich zu der Auffassung, daß anfangs im RGW-Bereich der Außenhandel im Vordergrund gestanden hätte und später dann die Plankoordinierung. Sie ist genauso unzutreffend wie die Meinung, daß in der Entwicklung des RGW ein Wandel von der Zusammenarbeit in der Zirkulationssphäre zum Zusammenwirken in der Produktionssphäre stattgefunden hätte.

Plankoordinierung und Außenhandel sind keine gleichartigen Erscheinungen, die einander ersetzen könnten. Die Plankoordinierung ist die Organisationsform der Arbeitsteilung sozialistischer Länder, der Außenhandel ist ihre ökonomische Form. [12: 50]

Da der Außenhandel nicht nur das Resultat der Produktion ist, sondern auch zu deren Voraussetzungen gehört, mußte der Übergang zur langfristigen Produktionsplanung zu Konsequenzen für die planmäßige Abstimmung der gegenseitigen Außenhandelsbeziehungen im RGW führen.

Der Außenhandel verlor mit der Weiterentwicklung der Plankoordinierung weder an Bedeutung, noch ist es zulässig, für die erste Hälfte der 50er Jahre Produktion und Zirkulation im RGW getrennt zu betrachten. Auch in den Anfangsjahren der Perspektivplanung, in der Zeit des Industrialisierungsstarts, konnte der Außenhandel nicht unkoordiniert erfolgen. Die UdSSR leistete gemäß dem Prinzip des sozialistischen Internationalismus durch die Lieferung von Ausrüstungen und Rohstoffen, durch Kredite und wissenschaftlich-technische Unterstützung eine umfangreiche Industrialisierungshilfe. Ohne ein koordiniertes Vorgehen hätte beispielsweise die UdSSR die übrigen RGW-Länder nicht mit einer ganzen Serie von Stahlwerken und diversen anderen Produktionsgütern beliefern können. Die ersten Perspektivpläne der volksdemokratischen Länder waren über die Kennziffern der industriellen Hauptzweige mit dem Volkswirtschaftsplan der UdSSR abgestimmt, also bilateral koordiniert. [18: 46]

Die Zirkulationssphäre des RGW-Bereiches hat mit der Entwicklung des **[884]** Außenhandels zwei Wandlungen erfahren, die jeweils durch die Erfordernisse ihrer Produktionssphäre hervorgerufen wurden.

Die erste Veränderung bestand darin, daß der Außenhandel aus einem industrialisierungshemmenden zu einem die Industrialisierung begünstigenden Faktor wurde. Das war mit der Umstellung auf den gegenseitigen Handel verbunden. Er hatte seit 1950 in allen RGW-Ländern die 50-%-Grenze ihres Gesamtumsatzes überschritten. Bis zur Gegenwart nimmt der Handel innerhalb des RGW den Hauptanteil am Gesamtumsatz jedes Mitgliedslandes ein. Erfolge in der von der UdSSR und den anderen sozialistischen Ländern betriebenen Entspannungspolitik ermöglichten in den vergangenen Jahren eine Belebung des Ost-West-Handels. Mit der Ausweitung des Handels mit anderen Regionen trat eine Modifizierung der Umsatzanteile im Außenhandel der RGW-Länder ein (s. Tab. 1).

Tabelle 1
Handelsstruktur der RGW-Staaten nach Ländergruppen (in %) [20: 25 f.]

	Import insgesamt		Import aus sozialistischen Ländern zusammen	RGW-Länder	Import aus den übrigen Ländern zusammen	Entwickelte Länder zusammen	EWG	EFTA	Entwicklungsländer
Bulgarien	1960	100	83,9	80,3	16,1	13,7	10,2	2,1	2,4
	1975	100	72,8	71,3	27,2	23,1	16,3	4,0	4,1
DDR	1960	100	73,8	66,4	26,2	22,0	14,0	3,3	4,2
	1975	100	66,6	63,5	33,4	29,0	14,4	5,1	4,4
Mongolei	1960	100	99,8	75,9	0,2	0,2	–	0,2	–
	1975	100	98,5	96,0	1,5	1,5	0,4	0,3	–
Polen	1960	100	63,5	58,1	36,5	29,7	16,7	4,1	6,8
	1975	100	45,8	43,8	54,2	49,3	27,9	11,7	4,9
Rumänien	1960	100	73,1	67,9	26,9	23,4	10,2	4,0	3,5
	1975	100	43,6	37,2	56,4	43,4	24,9	9,8	13,0
UdSSR	1960	100	70,7	50,1	29,3	19,8	10,4	2,9	9,5
	1975	100	52,4	48,3	47,6	36,4	16,5	3,1	11,2
ČSSR	1960	100	71,3	64,0	28,7	18,9	10,9	4,4	9,8
	1975	100	69,8	65,6	30,2	24,6	14,3	6,8	5,6
Ungarn	1960	100	70,9	64,6	29,1	24,7	16,7	6,4	4,4
	1975	100	66,2	64,0	33,8	27,0	16,0	6,8	6,8

	Export insgesamt		Export aus sozialistischen Ländern zusammen	RGW-Länder	Export in die übrigen Ländern zusammen	Entwickelte Länder zusammen	EWG	EFTA	Entwicklungsländer
Bulgarien	1960	100	84,0	80,7	16,0	12,5	7,7	3,4	3,5
	1975	100	80,2	77,5	19,8	9,4	5,9	1,4	10,4
DDR	1960	100	75,7	68,7	24,3	20,2	13,2	2,7	4,1
	1975	100	73,2	69,3	26,8	22,4	12,9	3,4	4,4
[885] Mongolei	1960	100	99,7	94,0	0,3	0,3	–	0,3	–
	1975	100	99,3	96,4	0,7	0,7	0,7	–	–
Polen	1960	100	62,6	55,0	37,4	29,9	18,8	4,8	7,5
	1975	100	59,9	56,9	40,1	31,5	18,4	5,8	8,6
Rumänien	1960	100	73,0	65,8	27,0	21,3	9,2	4,7	5,7
	1975	100	46,0	38,8	54,0	34,7	21,3	8,0	19,3
UdSSR	1960	100	75,7	56,0	24,3	18,2	10,7	2,4	6,1
	1975	100	60,7	55,6	39,3	25,9	13,6	3,2	13,8
ČSSR	1960	100	72,3	63,6	27,2	16,7	9,4	4,3	11,0
	1975	100	71,6	66,5	28,4	19,8	12,8	4,6	8,6
Ungarn	1960	100	71,5	61,4	28,5	21,9	13,4	6,8	6,6
	1975	100	72,2	68,5	27,8	21,4	12,5	4,5	6,4

Warenstruktur und Richtung der Warenströme im RGW der Anfangszeit zeugen davon, daß sich die UdSSR, die Tschechoslowakei und die DDR als Länder mit größerem Industriepotential seit der Wende zu den 50er Jahren in ihrem Export auf den Industrialisierungsbedarf im RGW-Bereich ein- bzw. umstellten. Die zielgerichtete Ausfuhr von Investitionsgütern und nicht der Absatz traditioneller Landeserzeugnisse in Form von Überschüssen stand im Vordergrund der Außenhandelsorientierung dieser Länder. Zu Beginn der Zusammenarbeit im RGW wurden Investitionsgüter, Roh- und Brennstoffe und in geringerem Umfang auch industrielle Konsumgüter der Industrieländer gegen industrielle und agrarische Rohstoffe und Lebensmittel der schwach industrialisierten Agrarstaaten gehandelt. Diese zeitlich begrenzte und aus den Bedürfnissen des Industrialisierungsstarts sowie den Niveauunterschieden sich ergebende internationale Arbeitsteilung war auf die Errichtung von Volkswirtschaftskomplexen, nicht auf deren Verflechtung zu integrierten Bestandteilen eines Ganzen gerichtet.

Ein zweiter Wandel im Außenhandel entsprechend den Bedürfnissen der Produktionssphäre kündigte sich mit fortschreitender Industrialisierung, der Annäherung des Entwicklungsniveaus im RGW und auch den zunehmenden Erfahrungen bei der Zusammenarbeit sowie ihrem höheren Organisationsniveau an. Über den Außenhandel realisiert sich allmählich, wenn auch zunächst zögernd, die internationale Spezialisierung und Kooperation im RGW. Angestrebt wurde mit dem Ausbau der Wirtschaftsstrukturen aller RGW-Länder eine Arbeitsteilung zwischen sich ergänzenden breit entwickelten Volkswirtschaftskomplexen mit dem Ziel ihrer Integration. Voraussetzung der planmäßigen Gestaltung dieses Prozesses ist die multilaterale, aber nach wie vor auch bilaterale Plankoordinierung. Dieser Wandel im Intra-RGW-Handel, der im wesentlichen um die Wende zu den 70er Jahren eintrat, zeichnete sich in der Tendenz trotz Rückschlägen schon während der 60er Jahre ab.

In den 50er und 60er Jahren hat sich mit der Produktionsstruktur auch die des Außenhandels der RGW-Länder verändert (s. Tab. 2).

Innerhalb von zwei Jahrzehnten verschob sich das Schwergewicht merklich vom Rohstoffaustausch zum Handel mit industriellen Fertigerzeugnissen. Der Anteil der Rohstoffe, die 1950 an der Spitze der gehandelten Warengruppen standen und über die **[886]**

Tabelle 2

Warenstruktur im Intra-RGW-Handel in den Jahren 1950-1970 (in % [16: 27]

Export	insgesamt	Maschinen und Ausrüstungen (I)			Roh- und Brennstoffe (II)			Lebensmittel und Agrarrohstoffe (III)			Industrielle Konsumgüter (IV)		
		1950	1960	1970	1950	1960	1970	1950	1960	1970	1950	1960	1970
RGW	100	18,8	32,2	41,	2,2	44,2	35,6	22,1	12,5	9,7	6,9	11,1	13,5
Bulgarien	100	–	15,3	35,4	49,4	16,5	9,9	49,1	48,5	39,7	1,5	19,7	15,0
DDR	100	–	57,6	60,0	–	28,8	19,6	–	0,7	0,8	–	12,9	19,6
Mongolei	100	–	–	–	–	48,2	54,2	–	50,9	45,3	–	0,9	0,2
Polen	100	13,6	38,0	52,3	61,1	45,8	24,0	13,8	5,2	4,3	11,5	11,0	19,4
Rumänien	100	4,7	16,1	29,6	69,9	58,5	33,9	24,9	18,0	12,7	1,5	7,4	23,8
UdSSR	100	14,8	23,4	32,4	43,6	56,2	56,2	21,2	17,2	8,7	2,7	3,2	2,7
ČSSR	100	36,1	47,3	57,4	40,3	28,4	22,7	6,8	3,3	1,6	16,8	21,0	18,3
Ungarn	100	32,0	46,8	41,9	17,9	19,8	14,9	50,1	15,6	18,7	20,3	17,8	24,5

Import	insgesamt	Maschinen und Ausrüstungen (I)			Roh- und Brennstoffe (II)			Lebensmittel und Agrarrohstoffe (III)			Industrielle Konsumgüter (IV)		
		1950	1960	1970	1950	1960	1970	1950	1960	1970	1950	1960	1970
RGW	100	18,8	32,2	41,	2,2	44,2	35,6	22,1	12,5	9,7	6,9	11,1	13,5
Bulgarien	100	35,2	43,9	43,2	56,6	43,2	44,9	3,7	5,3	5,4	4,5	7,6	5,7
DDR	100	–	11,9	39,4	–	59,7	44,9	–	32,9	11,9	–	4,5	3,8
Mongolei	100	–	32,5	27,8	–	19,8	22,9	–	9,4	13,5	–	20,9	32,6
Polen	100	34,5	33,4	43,1	51,2	47,3	42,0	10,2	11,6	9,4	4,1	7,7	8,1
Rumänien	100	37,6	35,0	49,9	49,2	54,7	39,2	0,7	4,4	4,5	12,5	5,9	5,7
UdSSR	100	22,4	47,3	47,0	51,8	26,4	16,8	14,5	8,3	10,8	11.2	18,0	25,4
ČSSR	100	6,6	29,1	35,4	53,3	44,8	46,2	38,3	22,1	11,1	1,8	4,0	7,3
Ungarn	100	17,3	35,7	43,2	77,1	52,8	45,5	4,4	5,7	4,3	1,2	5,8	7,0

Hälfte der gegenseitigen Umsätze ausmachten, verringerte sich bis 1970 auf etwas mehr als ein Drittel. An die Spitze rückte der Handel mit Maschinen und Ausrüstungen, dessen Anteil von 18,8% (1950) auf 41,2% (1970) und damit auf mehr als das Doppelte anstieg.

Auch der Handel mit industriellen Konsumgütern erhöhte sich im Anteil auf das Doppelte. Hingegen sank der Anteil der Lebensmittel und sonstigen Agrarprodukte, der 1950 noch mehr als ein Fünftel betrug, bis 1970 auf etwa ein Zehntel des Gesamtumsatzes. Besonders deutlich sind die Strukturveränderungen im Handel der ursprünglich wirtschaftlich schwach entwickelten Agrarländer Rumänien, Bulgarien und Polen. Auf die Gruppen II und III, also Rohstoffe und Lebensmittel, entfielen 1950 95% des rumänischen Exports in den RGW, in Bulgarien waren es sogar 98% und in Polen drei Viertel bzw. 75% Ganz anders im Jahr 1970. Jetzt bildeten über die Hälfte des rumänischen Exports in den RGW Industrieprodukte der Gruppen 1 und IV (53,4%), in Bulgarien waren es ebenfalls knapp über 50% und in Polen sogar annähernd 72%.

In allen RGW-Ländern erhöhten sich die Anteile von Maschinen und Ausrüstungen an den Importen aus dem RGW-Bereich. Im Unterschied zu den übrigen RGW-Ländern gewann im Handel der UdSSR der Rohstoffexport in den RGW zunehmend an Gewicht. Zwar konnten in den zurückliegenden 20 Jahren außer in der UdSSR auch in den übrigen RGW-Ländern z. T. sehr bedeutende Rohstoffressourcen erkundet und erschlossen werden – das gilt besonders für Polen –, jedoch führte die fortschreitende Industrialisierung zu einer „Rohstoffintegration" im RGW-Bereich, die sich bei einer ganzen Reihe wichtiger Erzeugnisse in erhöhten massiven Importbedürfnissen der übrigen **[887]** RGW-Länder gegenüber der UdSSR äußert. Ihre Lieferungen decken bei Erdöl und Roheisen fast vollständig den Bedarf der RGW-Handelspartner. Bei Erdölprodukten, Walzstahl und Phosphordüngern decken sie ihn zu drei Vierteln, bei Eisenerz zu 90%, bei Holz zu 80% und bei Baumwolle, Steinkohle und Manganerz zu mehr als 60%. [2: 241] Damit sieht sich jedoch die UdSSR dem ansteigenden Rohstoffbedarf eines Industriepotentials gegenüber, das mittlerweile 40% des eigenen Potentials gleichkommt. [1: 22] Während die UdSSR der Hauptlieferant von Rohstoffen im RGW war und ist, importiert sie 40-70% der Maschinenbauerzeugnisse der anderen RGW-Länder. [2: 240 f.] Infolge des Anstiegs der Förderungskosten und erhöhter zweigspezifischer Investitionen auf dem Rohstoffsektor gegenüber anderen Bereichen der Volkswirtschaft ist diese Handelsstruktur nicht immer ökonomisch lukrativ für die UdSSR. Sie hat jedoch im Sinne der Unterstützung ihrer Partnerländer durch die Sicherung der Rohstoffgrundlage der RGW-Produktion ihre Lieferungen an den im RGW-Bereich als „harte Waren" geschätzten Rohstoffen ständig erhöht. Da herkömmliche Handelsbeziehungen zur Lösung des Rohstoffproblems im RGW nicht mehr ausreichten, wurden sie seit der Wende zu den 60er und verstärkt in den 70er Jahren durch die gemeinsame Erschließung von Vorkommen unter Beteiligung interessierter RGW-Länder ergänzt.

Seit Herausbildung der ersten sozialistischen Wirtschaftsgemeinschaft ist die UdSSR der bedeutendste Handelspartner der übrigen RGW-Länder. Auf sie entfällt wie zu Beginn der wirtschaftlichen Zusammenarbeit der größte Anteil am Warenumsatz der RGW-Gruppe (s. Tab. 3).

Tabelle 3
Entwicklung des Außenhandelsumsatzes der RGW-Länder[1] *1955-1975 [4] [16] [21] [25]*

	1955 Mill. Rubel	Rubel pro Kopf	prozentualer Anteil am Außenhandel des RGW	Mill. Rubel	Rubel pro Kopf	prozentualer Anteil am Außenhandel des RGW	Mill. Rubel	Rubel pro Kopf	prozentualer Anteil am Außenhandel des RGW
Albanien	50	36	0,4	–	–	–	–	–	–
Bulgarien	438	58	3,1	2.118	258	5,9	7.401	851	6,2[2]
DDR	2.226	124	15,9	5.288	311	14,8	15.930	943	13,3[2]
Kuba	–	–	–	–	–	–	5.540	–	4,4
Mongolei	–	–	–	162	149	0,5	349	233	0,32
Polen	1.666	61	11,9	4.111	131	11,5	17.058	502	14,2[2]
Rumänien	795	46	5,7	1.960	103	5,5	7.960	370	6,6[2]
Sowjetunion	5.838	30	41,6	14.611	63	40,8	50.699	199	42,22
ČSSR	2.006	153	14,3	4.825	341	13,5	12.170	822	10,12
Ungarn	1.029	105	7,3	2.696	266	7,5	8.645	823	7,22
RGW insgesamt	14.048	48		35.771	108		125.752	332[2]	

[1] jeweils zum Zeitpunkt ihrer Mitgliedschaft
[2] auf Basis des Gesamtumsatzes ohne Kuba

[888] Verschiebungen im Anteil am Außenhandel der RGW-Gruppe vollzogen sich im angegebenen Zeitraum zugunsten der ehemaligen Agrarländer.

Entfiel auf Bulgarien, Polen, Rumänien und Ungarn 1955 ein Anteil am Warenumsatz des RGW von insgesamt 28%, so waren es 1975 bereits 34,2%. Während der Anteil der UdSSR annähernd gleich blieb, verminderte sich der addierte Umsatzanteil der Tschechoslowakei und der DDR 1955 von 30,2% auf 23,4% im Jahre 1975. Setzt sich diese Tendenz fort, könnte ein relativierter Niveauausgleich im Außenhandel eintreten. Hierauf lassen auch Pro-Kopf-Berechnungen des Außenhandelsumsatzes schließen. Sie zeigen aber auch, daß innerhalb des RGW noch größere Differenzen in der Außenhandelsintensität bestehen. Eine Gegenüberstellung mit westeuropäischen Staaten macht

überdies deutlich, daß nach wie vor ein erheblicher Rückstand in der Außenhandelsintensität der RGW-Länder gegenüber den meisten hinsichtlich Territorium und z. T. auch Bevölkerung vergleichbaren Ländern dieser Region besteht (s. Tab. 4).

Tabelle 4
Import und Export pro Kopf der Bevölkerung ausgewählter Länder (in USA-Dollar) [20]

	Import			Export		
	1960	1970	1975	1960	1970	1975
Bulgarien	80	216	609	73	236	528
DDR	127	284	669	128	268	597
Polen	51	111	369	45	109	302
Rumänien	35	97	252	39	91	252
ČSSR	133	258	574	141	265	528
Ungarn	95	238	590	87	224	508
Österreich	201	480	1.249	159	387	1.000
Belgien/Luxemburg	420	1.141	3.025	401	1.160	2.838
Dänemark	394	894	1.954[1]	326	681	1.528[1]
Frankreich	138	376	1.025	151	352	987
Griechenland	84	223	489[1]	24	73	227[1]
Spanien	24	140	454	24	71	217
Holland	395	1.030	2.575	351	903	2.523
BRD	190	508	1.222	209	581	1.472
Norwegen	408	954	2.423	246	633	1.702
Schweiz	418	1.047	2.073	351	828	2.014
Schweden	387	871	2.180	342	845	2.127
England	241	391	935	195	349	768
Italien	95	279	687	73	246	624

[1] 1974

Die Entwicklung des Außenhandels der RGW-Länder hat mit der Dynamik ihrer Industrieproduktion nicht Schritt gehalten. Auch die Divergenz zwischen den Anteilen der Industrieproduktion und des Außenhandels an den im Weltmaßstab erzielten Resultaten zeugt von einer zu niedrigen Außenhandelsintensität des RGW-Bereichs. Während sich sein Anteil an der Weltproduktion von Elektroenergie von 13,6% (1950) auf **[889]** 17,6% (1960) und 20,4% (1972) erhöhte, während sein Anteil an der Weltstahlerzeugung entsprechend 18,9%, 24,8% und 28,6% erreichte und schließlich Anfang der 70er Jahre ein Drittel der Weltindustrieproduktion im RGW erzeugt wurde, schwankte der RGW-Anteil am Welthandel und konnte innerhalb von 25 Jahren nur für kurze Zeit die 10-%-Grenze überschreiten (s. Tab. 5).

Tabelle 5
Anteil der RGW-Länder[1] am Welthandel[2] (in %) [20] [21] [25]

	1950	1955	1960	1965	1970	1975
RGW insgesamt	6,6	8,1	10,1	10,4	9,6	9,5
Albanien	0,02	0,03	0,05	–	–	–
Bulgarien	0,2	0,3	0,5	0,6	0,6	0,6
DDR	0,7	1,3	1,7	1,5	1,5	1,2
Kuba	–	–	–	–	–	0,4
Mongolei	–	–	–	0,05	0,03	0,02
Polen	1,0	1,0	1,1	1,2	1,1	1,3
Rumänien	0,4	0,5	0,5	0,6	0,6	0,6
Sowjetunion	2,6	3,4	4,3	4,2	3,8	3,9
ČSSR	1,1	1,2	1,4	1,4	1,2	0,9
Ungarn	0,5	0,6	0,7	0,8	0,8	0,7

[1] Jedes Land wurde nach dem Zeitpunkt seiner Mitgliedschaft erfaßt.
[2] ohne China, KDVR, DR Vietnam

In den Jahren 1974/75 stiegen die Importe der meisten RGW-Länder wesentlich stärker als die Exporte. Eine Ausnahme bildete 1974 vor allem die UdSSR, die ihre Handelsbilanz mit einem Plussaldo

in Höhe von 1,9 Mrd. Rubel abschloß. Sie hatte jedoch 1975 den größten Minussaldo in Höhe von 2,6 Mrd. Rubeln, gefolgt von Polen mit 1,7, der DDR mit 0,9, Ungarn mit 0,6 sowie Bulgarien und der Tschechoslowakei mit je 0,5 Mrd. Rubeln. [15: 107]

Im Zeitraum 1950-1975 wiesen die Exporte der RGW-Länder – gemessen am Welthandel – ein durchschnittliches Entwicklungstempo auf, das im Jahresdurchschnitt nur geringfügig über dem des Weltexports lag (s. Tab. 6).

Tabelle 6
Dynamik des Exports der RGW-Länder im Vergleich zur Entwicklung des Weltexports (durchschnittliches jährliches Wachstumstempo des Exports in % [3] [15] [20] [22/ [23]

	RGW-Länder	Welt
1950-1955	13,1	8,8
1955-1960	10,3	6,4
1960-1965	8,6	7,8
1965-1970	9,0	11,0
1970-1975	16,4	22,7
1950-1975	11,6	11,3

[890] Während das durchschnittliche jährliche Wachstumstempo der ersten drei Fünfjahrphasen höher war als das des Weltexports, übertraf umgekehrt das Durchschnittstempo des Weltexports in den Phasen 1965-1975 das des ebenfalls sich beschleunigenden RGW-Exports. Zu berücksichtigen ist aber auch, daß die Preiseruption auf dem Weltmarkt in der 1. Hälfte der 70er Jahre zu künstlich erhöhten Steigerungsraten führte. Sind doch die Exportpreise des Weltmarktes (ohne sozialistische Länder) allein bis 1974 gegenüber 1970 auf 195% geklettert. Obwohl auch der Außenhandel der sozialistischen Länder von enormen Preiserhöhungen betroffen wurde, dürften sich diese dennoch nicht in demselben Maße auf die Messung seiner Warenbewegung ausgewirkt haben wie auf die der kapitalistischen Länder. Allerdings sind exakte Angaben hierüber nicht möglich, weil die RGW-Statistik keine Preisindizes veröffentlicht.

Gegen Ende der 60er Jahre begann sich infolge der im RGW aktivierten Bestrebungen zur Vertiefung der internationalen Arbeitsteilung eine erhöhte Außenhandelsintensität der RGW-Länder abzuzeichnen. Während sich der Außenhandelsumsatz des RGW-Bereiches 1966 und 1967 langsamer entwickelte als die Industrieproduktion, glichen sich 1968 beide Tempi an, und in den Jahren 1969 und 1970 wurde dann das Produktionswachstum vom Außenhandelswachstum merkbar übertroffen. Dieser Trend setzte sich infolge der im Komplexprogramm fixierten Wirtschaftspolitik des beschleunigten Ausbaus der internationalen sozialistischen Arbeitsteilung seit Beginn der 70er Jahre verstärkt fort.

Verwendet man den Vergleich des Wachstums von Produktion und Außenhandel als Kriterium für die Einschätzung des Prozesses der Einbeziehung der RGW-Länder in die internationale Arbeitsteilung, so ergibt sich für die Fünfjahrphasen von 1950 bis 1975 folgendes Bild (s. Tab. 7).

Tabelle 7
Verhältnis des durchschnittlichen Wachstums der Produktion und des Außenhandels in den RGW-Ländern (in %) 116]

	Produktionswachstum	Außenhandelswachstum
1951-1955	13,6	13,6
1956-1960	10,1	11,3
1961-1965	8,3	8,4
1966-1970	8,2	8,5
1971-1975	7,7	18,1

Erstmals in der Geschichte des RGW wurde im letzten Jahrfünft eine günstige Relation erreicht. Zwar wird das Tempo des Außenhandelswachstums niedriger gewesen sein, weil auch hier Verzerrungen durch den Preisauftrieb auf dem Weltmarkt anzunehmen sind, dennoch dürften sie die Angabe nicht soweit modifizieren, daß die Aussage grundsätzlich entstellt wird, zumal in das Produktionswachstum statistisch Doppelzählungen eingehen, die im Außenhandelsumfang nicht in Erscheinung treten.

Ausnahmslos in allen RGW-Ländern übertraf im letzten Jahrfünft das Wachstum des Außenhandels das der Industrieproduktion (s. Tab. 8). **[891]**

Tabelle 8
Durchschnittliches jährliches Wachstumstempo der Bruttoindustrieproduktion und des Außenhandels der RGW-Länder 1971-1975 (in %) [15] [17] [20] [21] [23]*

	Industrie	Außenhandel
Bulgarien	9,1	16,6
DDR	6,4	13,5
Mongolei	9,0	14,4
Polen	10,5	21,7
Rumänien	13,0	18,9
Sowjetunion	7,4	18,4
ČSSR	6,7	12,6
Ungarn	6,3	15,1

* ohne Kuba

Die im RGW angestrebte Wirtschaftsintegration zielt unter anderem auf einen erhöhten Austausch spezialisierter Erzeugnisse ab. Über den Außenhandel sollen die volkswirtschaftlichen Reproduktionsprozesse der RGW-Länder intensiver verbunden werden, um Möglichkeiten für die Konzentration der Produktion und die Durchsetzung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts zu nutzen (s. [14: 564 ff.]). Infolge der im Komplexprogramm verankerten Maßnahmen erhöhte sich während der 70er Jahre allmählich der Anteil spezialisierter Fabrikate am gegenseitigen Handel im RGW. Betrug deren Anteil am RGW-Export der DDR noch 1970 lediglich 1%, so waren es 1974 bereits 17%. Beim Export in die UdSSR stieg der Anteil im gleichen Zeitraum von 0,7 auf 27%. Die UdSSR bildet das Zentrum der Integrationsprozesse im RGW. In den Jahren 1971-1975 war die UdSSR in ca. 100 bi- und multilaterale Spezialisierungs- und Kooperationsabkommen im RGW einbezogen, die vorwiegend die bearbeitende Industrie und besonders den Maschinenbau betrafen. Für die Zeit von 1976-1980 soll die Hälfte des Zuwachses im RGW-Handel der UdSSR durch wechselseitige Maschinenlieferungen erzielt werden. Das bedeutet ein Ansteigen des Handels mit Maschinen und Ausrüstungen gegenüber dem zurückliegenden 9. Planjahrfünft um 85%. Fast die Hälfte der bis 1980 vereinbarten Maschinenlieferungen basieren auf Abkommen zur Spezialisierung und Kooperation der Produktion.

Die Erschließung der Außenwirtschaft und damit auch des Außenhandels als Faktor, der das wirtschaftliche Wachstum der RGW-Länder beschleunigt, hängt von Fortschritten in der Plankoordinierung und in der Organisation der wirtschaftlichen Zusammenarbeit im RGW ab. Hierzu gehören ebenfalls die Verbesserung der Valuta- und Finanzbeziehungen, des Preissystems und auch die Vereinheitlichung und Qualifizierung der Statistik des RGW-Bereichs. Auf diese Zusammenhänge wurde auch im Komplexprogramm verwiesen.

Literatur:

1. *Bogomolow, O. T.:* Theorie und Methodologie der internationalen sozialistischen Arbeitsteilung. Berlin 1969; 2. *Faddejew, N. W.:* Der Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe. Berlin 1975; 3. *Guzek, M.:* Miedzynarodowa integracja gospodarcza w socjalizmie. Warschau 1971; 4. *Kohlmey, G.:* Der demokratische Weltmarkt. Berlin 1955; 5. *Ders.:* Vergesellschaftung und Integration im Sozialismus. Berlin 1973; 6. *Neumann, G.*, in: JWG 1976, T. I, S. 13 ff.; 7. *Ders.* in: JWG 1976, T. II, S. 53 ff.; 8. *Ders.* in: **[892]** JWG 1976, T. III, S. 11 ff.; 9. *Ders.* in: JWG 1976, T IV, 831 ff.; 10. *Ders.:* Die Entwicklung der Wirtschaftsbeziehungen der RGW-Länder (1945 bis 1958). Berlin 1977 (Habil.-Schrift); 11. *Neumann, K.:* Weltwirtschaft am Scheideweg. Hamburg 1946; 12. *Usenko, E. T.:* Sozialistische internationale Arbeitsteilung und ihre rechtliche Regelung. Berlin 1966; 13. *Vajda, I.:* Internationale Arbeitsteilung und Wirtschaftsreform. Budapest 1969; 14. *Geschichte der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands.* Berlin 1978; 15. *Glówny Urzád Statystyczny:* Kraje RWPG 1960-1975. Warschau 1976; 16. *Handel Wzajemny Krajów RWPG w Latach 1950-1980,* in: Problemy handlu zagranicznego, Nr. 5, Warschau 1974, S. 24 ff.; 17. *Maly rocznik statystyki miédzynarodowej.* Warschau 1975; 18. *RGW – Bilanz und Perspektiven.* Berlin 1975; 19. *RGW – DDR.* Berlin 1974;

20. *Rocznik statystyczny handlu zagranicznego.* Warschau 1976; 21. *Statističeskij ežegodnik stran-členov Soveta Ėkonomičeskij Vzaimopomošči.* Moskau 1971; 22. *Dass.* Moskau 1972; 23. *Dass.* Moskau 1975; 24. *UNO:* Economic Survey of Europe in 1948. Genf 1949; 25. *UNO:* Handbook of internationale trade and development statistics. New York 1972.

Gerd Neumann

2.7.4. Bevölkerung

Mit der revolutionären Ablösung der kapitalistischen Produktionsweise und der Errichtung der sozialistischen Gesellschaftsordnung entwickelt sich die Bevölkerung nach neuen, sozialistischen *Bevölkerungsgesetzen,* entstehen neue *demographische Strukturen,* neue *territoriale Verteilungen der Bevölkerung,* bildet sich ein der sozialistischen Produktionsweise adäquater Typ der *Bevölkerungsreproduktion* heraus.

Entscheidenden Einfluß auf die Bevölkerungsentwicklung im Sozialismus üben vor allem solche tiefgreifenden sozialen, wirtschaftlichen und sozialökonomischen Prozesse aus wie die Veränderung der Sozialstruktur der Bevölkerung, die Veränderung der Zusammensetzung der Bevölkerung nach Klassen und Schichten, nach Stadt und Land u. a.; die Industrialisierung der Volkswirtschaft und die damit verbundenen Veränderungen der Zweigstruktur der Beschäftigten, ihrer Qualifikations- und Berufsstruktur; die sozialistische Umgestaltung der Landwirtschaft, die Urbanisierung – d. h. die Erhöhung des Anteils der in Städten lebenden Menschen und die Ausbreitung städtischer Lebensgewohnheiten auch auf dem Lande; die volle Emanzipation der Frauen, ihre verstärkte Einbeziehung in das Berufsleben, in das gesellschaftliche Leben überhaupt, die Schaffung aller Möglichkeiten zu ihrer gleichberechtigten Bildung und Qualifizierung; das Entstehen einer neuen, sozialistischen Lebensweise auf der Grundlage der ständigen Erhöhung des materiellen und kulturellen Lebensniveaus des Volkes und einer entsprechenden neuen Bedürfnisstruktur der Bevölkerung.

Diese und andere mit der sozialistischen Revolution verbundene, von dieser ausgelöste, alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens erfassende sozialökonomische Prozesse haben nachhaltige Auswirkungen sowohl auf die natürliche als auch auf die räumliche Bevölkerungsbewegung; sie spiegeln sich nicht nur in quantitativen, sondern insbesondere auch in qualitativen demographischen Erscheinungen wider.

Die entscheidenden Kriterien der Bevölkerungsreproduktion im Sozialismus stehen in Übereinstimmung mit den Wesensmerkmalen der sozialistischen Gesellschaftsordnung; sie entsprechen dem Entwicklungsstand der Produktivkräfte und dem Charakter der sozialistischen Produktionsverhältnisse: **[893]**

– So, wie die sozialistische Entwicklung bewußte, planmäßige Entwicklung ist, wird die demographische Entwicklung im Sozialismus durch eine bewußte und umfassende *Familienplanung* und durch eine wissenschaftlich begründete *Bevölkerungspolitik* charakterisiert. Die planmäßige Verwirklichung eines der sozialistischen Gesellschaft adäquaten *Reproduktionstyps der Bevölkerung* ist in allen sozialistischen Ländern ein Grundanliegen der sozialistischen Gesellschaftspolitik. Wichtige Voraussetzung dafür bildet die prinzipielle Übereinstimmung gesamtgesellschaftlicher Interessen mit denen der einzelnen Familien hinsichtlich der demographischen Erfordernisse und Zielstellungen.

– Wie für die sozialistische Gesellschaft der Übergang zur intensiv erweiterten Reproduktion gesetzmäßig ist, so ist für die Bevölkerungsreproduktion im Sozialismus ein rationeller (intensiv erweiterter) Reproduktionstyp wesenseigen: einer hohen (und ständig sich erhöhenden) Lebenserwartung der Menschen – d. h. einer niedrigen (und weiter sinkenden) *Sterblichkeit* – steht eine verhältnismäßig geringe *Fruchtbarkeit* gegenüber. Im Ergebnis einer immer wirkungsvolleren gesundheitlichen Betreuung der Menschen und einer gesunderen Lebensweise verbessert sich der *Gesundheitszustand* der Bevölkerung und die Erhaltung der Schaffenskraft und der Lebensfreude der Menschen bis ins hohe Alter.

– In der sozialistischen Gesellschaft vollzieht sich ein Prozeß der Angleichung der Klassen und Schichten und des allmählichen Ausgleichs der grundlegenden Unterschiede zwischen Stadt und Land; entsprechend erfolgt eine Angleichung der *demographischen Verhaltensweisen* zwischen den Klassen und Schichten, zwischen städtischer und ländlicher Bevölkerung; der Verlauf der Bevölkerungsreproduktion vollzieht sich ausgeglichen, der *„Lebensbaum“* (die *Bevölkerungspyramide)*

nimmt eine regelmäßige Gestalt an, territoriale Diskrepanzen in der *Besiedlung des Landes* werden langfristig überwunden.

Die zielgerichtete, planmäßige bevölkerungspolitische Beeinflussung der demographischen Entwicklung im Sinne dieser Kriterien, d. h. zur Verwirklichung eines sozialistischen Typs der Bevölkerungsreproduktion, bildet in zunehmendem Maße eine unumgängliche Voraussetzung der gesamtgesellschaftlichen Entwicklung im Sozialismus. Zur *Verwirklichung bevölkerungspolitischer Zielsetzungen* bedient sich der sozialistische Staat ökonomischer, administrativ-rechtlicher und propagandistisch-erzieherischer Maßnahmen.

Ökonomische Maßnahmen haben eine teilweise oder völlige Übernahme von materiellen Aufwendungen der Familien für die Erziehung der Kinder durch die Gesellschaft zum Inhalt. Zu den wichtigsten ökonomischen Maßnahmen gehören einmalige und laufende Zahlungen von Kindergeld, Lohnfortzahlungen für Frauen während des Schwangerschaftsurlaubs, Gewährung von Erziehungsbeihilfen, Kreditgewährung für junge Ehepaare und Kredittilgung bei der Geburt von Kindern, Differenzierung der Lohnsteuer in Abhängigkeit von der Kinderzahl, Unterstützung kinderreicher Familien durch Mietzuschüsse, bezahlte Freistellung der Frauen von ihrer beruflichen Tätigkeit zur Betreuung von Kleinkindern u. a.

Auf diese Weise wird das sozialistische Prinzip der Verteilung nach der Arbeitsleistung durch eine Verteilung der gesellschaftlichen Konsumtionsfonds nach der Familiengröße ergänzt; die Aufwendungen der Familien bei der Erziehung der Kinder werden als gesellschaftliche Leistungen anerkannt.

Zum Komplex der *administrativ-rechtlichen Maßnahmen* gehören die Gesetzgebung über Ehe und Familie, der Schutz der werdenden Mutter, der Schutz von Mutter und Kind; Festlegungen über die Berufstätigkeit der Mütter; die Gesetzgebung über die **[894]** Schwangerschaftsunterbrechung, über die Produktion und Propagierung antikonzeptioneller Mittel; gesetzliche Maßnahmen zur besonderen Förderung kinderreicher Familien (bevorzugte Zuweisung von Wohnraum, vorrangige Bereitstellung von Dienstleistungen, Unterstützungen im Erziehungs- und Ausbildungsprozeß der Kinder) u. a.

Propagandistisch-erzieherische Maßnahmen sind auf die Herausbildung sozialistischer Moralnormen für die Familien- und Partnerbeziehungen und auf die Schaffung eines gesellschaftlichen Bewußtseins im Sinne eines anzustrebenden sozialistischen *Familienleitbildes* gerichtet. Eine wichtige Rolle spielen hierbei neben den Massenmedien die Einrichtungen der Familien- und Sexualberatung sowie die unterrichtsmäßige Familienerziehung in den Schulen.

Die den demographischen Prozessen im Sozialismus zugrundeliegenden Bevölkerungsgesetze haben objektiven Charakter und sind somit in allen sozialistischen Ländern gültig; sie wirken jedoch infolge der unterschiedlichen ökonomischen, sozialen und nicht zuletzt demographischen Ausgangssituationen bei Beginn des sozialistischen Aufbaus in den einzelnen Ländern unter unterschiedlichen Bedingungen. Daher bestehen hinsichtlich der bevölkerungspolitischen Verhältnisse noch lange Zeit Besonderheiten, die bei prinzipiell gleicher bevölkerungs-, sozial- und familienpolitischer Zielsetzung z. T. unterschiedliche Maßnahmen seitens der jeweiligen sozialistischen Staaten erfordern.

Die wichtigsten *Charakteristika der Bevölkerungsentwicklung* in den sozialistischen Ländern während der zurückliegenden Jahrzehnte lassen sich wie folgt zusammenfassen:

Die *Lebenserwartung* hat sich dank der erfolgreichen Bekämpfung von Krankheiten, der Organisation eines umfassenden Gesundheitsschutzes sowie der Gewährung einer guten medizinischen Betreuung aller Bürger wesentlich erhöht, d. h., die *Sterblichkeit* konnte entscheidend verringert werden (s. Tab. 1).

Tabelle 1
Entwicklung der durchschnittlichen Lebenserwartung (in Jahren) [10: 13 f.]

	Bulgarien	Ungarn	DDR	Polen	Rumänien	UdSSR	ČSR/ČSSR
1955-1957	66	67	69	64,9	63	69	69
1970-1974	71	70	71,3	71,3	68,5	70	70,3

Ein wichtiger Indikator für die erfolgreichen Bemühungen der sozialistischen Länder um die Gesundheit der Bevölkerung ist die bedeutende Verringerung der Säuglingssterblichkeit (s. Tab. 2).

Tabelle 2
Entwicklung der Säuglingssterblichkeit (Zahl der gestorbenen Kinder unter 1 Jahr je 1.000 Lebendgeborene) [10: 13 f.]

	Bulgarien	Ungarn	DDR	Polen	Rumänien	UdSSR	ČSR/ČSSR
1937	149,2	133,2	131,4[1]	136,3	173,5	170,1	117,4
1960	45,1	47,6	38,8	54,8	74,6	23,5	35,3
1970	23,1	33,0	15,7	29,0	34,7	20,4	20,9

[1] 1946

[895] Hinsichtlich der *Geburtenentwicklung* lassen sich drei charakteristische Etappen unterscheiden:

– Während der auf die Kriegs- und Nachkriegsjahre folgenden „Kompensationsperiode“ bis Anfang der 50er Jahre wurde ein Anstieg der Geburtenzahlen beobachtet: Mit der Normalisierung der Verhältnisse, dem Wiederaufbau in den einzelnen Ländern kam es zu einer Stabilisierung des gesellschaftlichen Lebens – den Familien wurde es erleichtert, ihren Wunsch nach einer bestimmten Kinderzahl zu realisieren.

– In den 50er und 60er Jahren trat ein Rückgang des Tempos der Geburtenentwicklung und schließlich ein *Geburtenrückgang* ein.

– Ende der 60er und Anfang der 70er Jahre war dann eine Stabilisierung der Geburtenrate auf einem relativ niedrigen Niveau bzw. ein leichtes – in Ungarn und in der Tschechoslowakei beachtliches – Ansteigen zu beobachten (s. T. 3).

Tabelle 3
Entwicklung der Zahl der Lebendgeborenen (je 1.000 der Bevölkerung) [9]

	Bulgarien	Ungarn	DDR	Polen	Rumänien	UdSSR	ČSR/ČSSR
1950	25,2	20,9	16,5	30,7	26,2	27,7	23,3
1970	16,3	14,7	13,9	16,6	21,1	17,4	15,9
1976	16,5	17,5	11,6	15,5	19,5	18,4	19,2

Die Erhöhung der Lebenserwartung und die Verringerung der Geburtenzahlen führte zu einer Veränderung der *Altersstruktur:* der Anteil älterer Bürger stieg ständig an, derjenige jüngerer Menschen ging beträchtlich zurück. (Dazu kam, daß in den Kriegsjahren erhebliche Geburtenausfälle und unmittelbare Kriegsverluste zu verzeichnen waren, die zusätzlich zu einer Vergrößerung des Anteils älterer Menschen führten.) Betrug z. B. der Anteil der Personen im Rentenalter an der Gesamtbevölkerung für das Gebiet der DDR im Jahre 1939 = 11,1%, so waren es 1973 = 19,8%, in Ungarn stieg die entsprechende Anteilszahl älterer Menschen von 11,6 % (1949) auf 18,2% (1974), in Rumänien von 9,9 % (1956) auf 14,0% (1973) und in der UdSSR von 9,4% (1959) auf 12,9% (1974) u. a. [10: 13 f.]

Insgesamt war folgende Entwicklung der Bevölkerungszahlen im Zeitraum von 1950 bis 1972 zu verzeichnen (s. Tab. 4).

Tabelle 4
Bevölkerungsentwicklung (in Mill.) [10: 13 f.]

	Bulgarien	Ungarn	DDR	Polen	Rumänien	UdSSR	ČSR/ČSSR
1950	7,3	9,3	18,4	24,8	16,3	180,1	12,4
1960	7,9	10,0	17,2	29,6	18,4	214,3	13,7
1970	8,5	10,3	17,1	32,5	20,3	242,8	14,3
1976	8,8	10,6	16,8	34,4	21,4	256,7	14,9

Nicht nur die natürliche, auch die räumliche *Bevölkerungsbewegung* zwischen den Gebieten *(Binnenwanderung),* ihr Ausmaß, ihre Struktur sind geprägt von den Auswir-**[896]**kungen des Aufbaus der sozialistischen Gesellschaft, der Industrialisierung der Volkswirtschaft, einer territorialen

proportionalen Entwicklung des Landes; sie bildet einen wichtigen Faktor des Ausgleichs der aus der kapitalistischen Vergangenheit übernommenen Diskrepanzen zwischen den verschiedenen territorialen Teilstrukturen (Produktions-, Infra-, Siedlungs- und Bevölkerungsstruktur) und gewährleistet schrittweise eine rationelle territoriale Verteilung der Produktivkräfte des Landes.

Neben vielen Gemeinsamkeiten im Vergleich zu den anderen sozialistischen Ländern sind *hinsichtlich der Bevölkerungsentwicklung in der DDR* eine Reihe von Besonderheiten festzustellen, die sich aus der besonderen politischen und wirtschaftlichen Situation ergeben, welche auf dem Gebiet des ehemaligen Deutschen Reiches bei Zerschlagung des Hitlerfaschismus vorgefunden wurde.

Die Menschenverluste zweier Weltkriege, der kriegs- und nachkriegsbedingte *Geburtenausfall*, der Geburtenrückgang während der Weltwirtschaftskrise, Umsiedlungen und Wanderungsbewegungen der Nachkriegszeit hinterließen stark deformierte Bevölkerungsstrukturen, die noch heute und auch in Zukunft die Bevölkerungsentwicklung der DDR beeinflussen.

Für die Bevölkerungsentwicklung der DDR bzw. bis 1949 für das Gebiet der DDR können drei Perioden unterschieden werden, die durch unterschiedliche Intensität der natürlichen und räumlichen Bevölkerungsbewegung gekennzeichnet sind. Diese Perioden umfassen die Zeiträume vom Ende des zweiten Weltkrieges bis zur Gründung der DDR, von der Gründung der DDR bis Zur Sicherung der Staatsgrenze im Jahre 1961, seit der Sicherung der Staatsgrenze der DDR bis zur Gegenwart.

Hervorzuhebende Merkmale der ersten *Periode bis zur Gründung der DDR* sind ein sehr niedriges Geburtenniveau, hohe Sterblichkeit, insbesondere Säuglingssterblichkeit, bis 1948 ein *Sterbefallüberschuß* und eine Wanderungsbewegung großen Ausmaßes. Die Bevölkerung in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands zählte 1946 (19.10.) 18,488 Mill., in der DDR 1949 (31.12.) 18,793 Mill. Personen. 1949 war erstmals in der Nachkriegszeit wieder ein *Geborenenüberschuß* zu verzeichnen. Die Wanderungsbewegung ist durch Übersiedlungen auf Grund des Potsdamer Abkommens, Rückkehr Evakuierter und Kriegsgefangener bestimmt. Zwischen 1946 und 1949 betrug der *Wanderungsgewinn* etwa 480.000 Personen. [9]

Hauptmerkmal der Bevölkerungsentwicklung in der *Periode seit der Gründung der DDR bis zur Sicherung der Staatsgrenze im August 1961* ist die durch den BRD-Imperialismus systematisch organisierte Abwerbung von DDR-Bürgern, die zu erheblichen *Wanderungsverlusten* führte. Die Auswirkungen spiegeln sich in einem Rückgang der Bevölkerungszahl wider. Trotz eines erheblichen Geborenenüberschusses ging die Bevölkerung der DDR von 18,388 Mill. 1950 (31.8.) auf 17,079 Mill. Personen, d. h. um 1,309 Mill. (7,2%) bis 1961 (31.12.) zurück. [9] Diese Entwicklung war verbunden mit einer starken Verschlechterung der Altersstruktur der Bevölkerung. Sowohl der Anteil der Kinder als auch insbesondere der Anteil der *Bevölkerung im arbeitsfähigen Alter* verringerten sich; der Anteil der *Personen im Rentenalter* wuchs beträchtlich. Mit der Sicherung der Staatsgrenze der DDR am 13. August 1961 wurde dem Treiben des BRD- und des internationalen Monopolkapitals ein Ende gesetzt. Damit wurde auch eine Periode der Bevölkerungsentwicklung der DDR beendet, die zu einem erheblichen Bevölkerungsrückgang und zu beträchtlichen Deformationen der Bevölkerungsstruktur geführt hatte. Um so höher sind die Leistungen der Werktätigen der DDR einzuschätzen, denen es trotz aller Schwierigkeiten gelang, den sozialistischen Aufbau erfolgreich weiterzuführen und die Lebensbedingungen der Bevölkerung systematisch zu verbessern.

[897] *Die 1961 beginnende dritte Periode* der Bevölkerungsentwicklung der DDR ist wie folgt zu charakterisieren: bis 1963 zunehmende, 1964-1974 rückläufige, seitdem steigende Geborenenzahl; relativ hohe Sterblichkeit infolge der ungünstigen Altersstruktur; bis 1967 leichter Bevölkerungszuwachs, Rückgang seit 1968 vor allem aufgrund der niedrigen Geborenenzahlen. Am 31.12.1977 zählte die DDR-Bevölkerung 16,8 Mill. Personen (s. Tab. 7).

Die *Lebendgeborenenziffer* erreichte 1961 und 1963 mit 17,6 Lebendgeborenen je 1.000 der Bevölkerung ihren höchsten Stand. Bis 1974 war zunächst in Geburtenrückgang und seit 1975 – im Ergebnis der sozialpolitischen Beschlüsse des VIII. und IX. Parteitages der SED – ein bedeutsamer Geburtenanstieg zu verzeichnen (s. Tab. 5).

Tabelle 5
Entwicklung der Zahl der Lebend geborenen [9]

	1946	1950	1963	1971	1974	1975	1976	1977	1978
Lebendgeborene (in 1000)	188,7	303,9	301,5	234,9	179,1	181,8	195,5	223,2	232,0
Lebendgeborene je 1000 der Bevölkerung	10,4	16,5	17,6	13,8	10,5	10,8	11,6	13,3	13,9

Aufgrund der ungünstigen Altersstruktur der Bevölkerung ist die *Sterbeziffer* (Gestorbene je 1.000 der Bevölkerung) in der DDR im Vergleich zu anderen Ländern relativ hoch; sie bewegte sich seit Gründung der DDR zwischen 11,4 (1951) und 14,3 (1969). [9]

Tatsächlich ist in den jungen und mittleren Altersgruppen jedoch ein beträchtlicher Rückgang der Sterblichkeit zu verzeichnen, der allerdings durch Veränderungen in der Altersstruktur der Bevölkerung kompensiert worden ist. Die altersstrukturellen Einflüsse, die der allgemeinen Sterbeziffer anhaften, verdecken die Erfolge des international anerkannten Gesundheits- und Sozialwesens der DDR. Besondere Erfolge wurden bei der Senkung der *Säuglings- und Müttersterblichkeit* erzielt (s. Tab. 6).

Tabelle 6
Entwicklung der Säuglings- und Müttersterblichkeit [9]

	1946	1950	1960	1970	1977
Gestorbene Säuglinge je 1000 Lebendgeborene	131,4	72,2	38,8	18,5	13,1
Gestorbene Mütter je 10.000 Lebendgeborene	–	20,6	9,8	4,3	1,8

Die Sterblichkeit hat in der DDR ein Niveau erreicht, bei dem langfristig gesehen **[898]** nur noch mit geringen Abnahmeraten gerechnet werden kann. Die Möglichkeiten einer weiteren Reduzierung der Sterblichkeit hängen im wesentlichen ab von den Ergebnissen der medizinischen Forschung zur Bekämpfung der gegenwärtig häufigsten Krankheiten und *Todesursachen.* Das sind vor allem Krankheiten des Kreislaufsystems sowie bösartige Neoplasmen.

Tabelle 7
Entwicklung der Bevölkerung der DDR nach Altersgruppen [9]

	Anteil der jeweiligen Altersgruppe an der Bevölkerung (in %)			Anzahl der Personen auf 100 Personen im arbeitsfähigen Alter[1]	
	Kinder unter 15 Jahren[2]	Personen im arbeitsfähigen Alter[1]	Personen im Rentenalter[3]	im nichtarbeitsfähigen Alter	im Rentenalter
1946	23,9	63,1	13,0	58,6	20,6
1950	22,1	64,1	13,8	56,1	21,6
1961	21,8	60,3	18,0	65,9	29,8
1977	19,7	61,4	18,9	62,8	30,7

[1] Personen im Alter von 15 bis unter 65 (männlich) bzw. 60 (weiblich) zuzüglich 5/12 der Personen des Altersjahres von 14 bis 15 Jahren
[2] abzüglich 5/12 der Personen des Altersjahres 14 bis unter 15 Jahre
[3] Männer: 65 Jahre und älter, Frauen: 60 Jahre und älter

Fragen der *Bevölkerungspolitik* stehen seit der Gründung der DDR im Blickfeld der Arbeit der Partei der Arbeiterklasse, der Regierung und der Gewerkschaften. Bereits in der ersten, 1949 in Kraft gesetzten Verfassung der DDR und in dem 1950 beschlossenen „Gesetz über den *Mutter- und Kinderschutz"* [7] sind wichtige Prinzipien sozialistischer Bevölkerungspolitik formuliert, die mit dem *„Familiengesetzbuch* der Deutschen Demokratischen Republik" [5] 1965 weiterentwickelt worden sind. Mit dem VIII. Parteitag der SED 1971 wurde eine neue Etappe des sozialistischen Aufbaus eingeleitet, die durch die verstärkte Sorge um die Familien- und Bevölkerungsentwicklung als gesamtgesellschaftliches Anliegen charakterisiert ist. Dementsprechend und im Ergebnis der beschlossenen Aufgaben zur weiteren Erhöhung des materiellen und kulturellen Lebensniveaus des Volkes wurden seit

1971 zahlreiche wichtige und weitreichende Maßnahmen zur Unterstützung und Förderung der Familien, berufstätiger Mütter mit Kindern und junger Ehen wirksam. [11: 36 ff.]

Auf dem IX. Parteitag der SED 1976 wurde den Fragen der Bevölkerungs- und Familienpolitik wiederum große Aufmerksamkeit gewidmet, die insbesondere in dem „Gemeinsamen Beschluß des ZK der SED, des Bundesvorstandes des FDGB und des Ministerrates der DDR über die weitere planmäßige Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen der Werktätigen im Zeitraum 1976-1980“ vom 27.5.1976 ihren Ausdruck gefunden haben. [6]

Die Bevölkerungspolitik in der DDR ist wie in den anderen sozialistischen Ländern organischer Bestandteil der Gesamtpolitik des sozialistischen Staates, in deren Mittelpunkt das Wohl des Menschen steht. Sie ist auf die zunehmende Sicherung der Über-**[899]**einstimmung zwischen den gesellschaftlichen Interessen auf dem Gebiet der Bevölkerungsentwicklung und denen der Familien gerichtet. Die sozialistische Bevölkerungspolitik wird von den Zielen der Wirtschafts- und Sozialpolitik bestimmt, die bei der Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft die Herstellung und Sicherung optimaler Proportionen zwischen allen Seiten des gesellschaftlichen Systems erfordern, so auch zwischen der Volkswirtschaft und der Entwicklung der Bevölkerung.

Die wesentlichen Aufgabengebiete der sozialistischen Bevölkerungspolitik in der DDR wurden für die bevorstehende Etappe der gesellschaftlichen Entwicklung durch die SED in ihrem neuen Programm klar umrissen: „Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands widmet der Förderung der Familie, der Fürsorge für Mutter und Kind sowie der Unterstützung kinderreicher Familien und junger Ehen große Aufmerksamkeit. Die materiellen Aufwendungen und Leistungen, die mit der Geburt, Betreuung und Erziehung der Kinder verbunden sind, werden in wachsendem Maße von der Gesellschaft getragen und anerkannt. Eine weitere Förderung sollen Familien mit mehreren Kindern erfahren. Die Bedingungen für die Berufstätigkeit der Mütter mit Klein- und schulpflichtigen Kindern werden planmäßig verbessert... Die Festigung der gesellschaftlichen Stellung und die Persönlichkeitsentwicklung der Frauen erfordern, zielstrebig daran zu arbeiten, daß die Frauen ihre berufliche Tätigkeit noch erfolgreicher mit ihren Aufgaben als Mütter und in der Familie vereinbaren können.“ [8: 25 ff.]

Literatur:

1. *Galezkaja, R.,* in: SW/GB 1974, H. 9, S. 937 ff.; 2. *Ledenig, W./Vogeley, D.,* in: Wiwi 1974, H. 11, S. 1601 ff.; 3. *Lungwitz, K.,* in: Wiwi 1974, H. 11, S. 1616 ff.; 4. *Strohbach, E.,* in: Wiwi 1974, H. 5, S. 704 ff.; 5. *Familiengesetzbuch der Deutschen Demokratischen Republik.* Berlin 1970; 6. *Gemeinsamer Beschluß des Zentralkomitees der SED, des Bundesvorstandes des FDGB und des Ministerrates der DDR über die weitere planmäßige Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen der Werktätigen im Zeitraum 1976-1980 vom 27. Mai 1976;* 7. *Gesetz über den Mutter- und Kinderschutz und die Rechte der Frau vom 27. September 1950,* GBL. Nr. 111, 1037; 8. *Programm der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands.* Berlin 1976; *9. Statistisches Jahrbuch der Deutschen Demokratischen Republik.* Berlin 1955 ff.; 10. *Statističeskij ežegodnik stran-členov Soveta Ėkonomičeskoj Vzaimopomošči.* Moskau 1971 ff.; 11. *Zur Erfüllung des sozialpolitischen Programms.* Berlin 1975.

Kurt Lungwitz/Erich Strohbach

2.7.5. Bildung und Qualifizierung

Bildung, Persönlichkeitsentwicklung, Arbeitsproduktivität:

Die Realisierung der mit der wissenschaftlich-technischen Revolution entstehenden Möglichkeiten für die Entwicklung aller Anlagen und Möglichkeiten der Werktätigen stößt im Kapitalismus auf Grenzen, die durch das kapitalistische Privateigentum und das daraus resultierende Ziel für das ökonomische Handeln, die Profitmaximierung, gezogen sind.

Die Aufhebung dieser Grenzen ist die Voraussetzung, um die Einheit von Bildung und Persönlichkeitsentwicklung entsprechend den bereits entstandenen ökonomischen und wissenschaftlich-technischen Möglichkeiten zu verwirklichen.

In der sozialistischen Gesellschaft, wo das Privateigentum an den Produktionsmitteln **[900]** aufgehoben ist und der Profit aufgehört hat, das Ziel des ökonomischen Handelns zu sein, ist die Entfaltung

der Anlagen und Fähigkeiten des Menschen Inhalt des gesellschaftlichen Fortschritts und damit zum Kardinalproblem des Bildungswesens geworden. Bei der Lösung der Aufgaben beim Aufbau von Sozialismus und Kommunismus gewinnen zwei Seiten des Wechselverhältnisses von Bildung und ökonomischer Entwicklung an Bedeutung. Es erweist sich hierbei, daß hohe Bildung für alle Mitglieder sowohl ein entscheidendes Ziel der sozialistischen Gesellschaft, deren wirklicher Reichtum in der allseitigen Entwicklung der sozialen, produktiven, geistigen und ästhetischen Anlagen und Fähigkeiten aller ihrer Mitglieder liegt, als auch ein entscheidender Faktor für die Steigerung der gesellschaftlichen Arbeitsproduktivität und der volkswirtschaftlichen Effektivität ist. Diese beiden Seiten der Bildung in der sozialistischen Gesellschaft hatte Marx vor Augen, als er davon sprach, daß die „Ersparung von Arbeitszeit gleich Vermehren der freien Zeit“, d. h. der „Zeit für die volle Entwicklung des Individuums“ sei, „die selbst wieder als die größte Produktivkraft zurückwirkt auf die Produktivkraft der Arbeit“. [MGr 599]

Die konkrete Gestaltung dieser beiden Komponenten der Rolle der Bildung führt zur schrittweisen Verschmelzung von geistiger und körperlicher Arbeit, zur Herausbildung des sozialistischen bzw. kommunistischen Charakters der Arbeit. Die Schlüsselstellung der Bildung in einer sozialistischen Gesellschaft ist auch ein Ausdruck dafür, daß sich hier die ökonomischen Gesetze nicht blind und spontan über den Marktmechanismus durchsetzen – wie in der kapitalistischen Produktionsweise –, sondern durch das bewußte, initiativreiche Handeln der Werktätigen verwirklicht werden müssen. Insoweit ist eine hohe Bildung aller Mitglieder der Gesellschaft eine entscheidende Voraussetzung für die erfolgreiche Entwicklung der Produktionsweise der sozialistischen Gesellschaft. Denn mit dem wachsenden Bildungsniveau wächst die Einsicht der Werktätigen in die Gesetzmäßigkeiten von Natur und Gesellschaft und die Fähigkeit, ihre gesellschaftlichen und ökonomischen Lebensbedingungen entsprechend ihren Bedürfnissen zu gestalten.

Die sozialistische Gesellschaft ist hierbei mit folgendem Widerspruch im inneren Gefüge der Produktivkräfte konfrontiert. Der Sieg der sozialistischen Produktionsverhältnisse realisiert die sich aus der Entwicklung der gesellschaftlichen Produktivkräfte selbst ergebende Notwendigkeit, die Unterordnung der lebendigen Arbeit unter die vergegenständlichte Arbeit aufzuheben. Der Sozialismus stellt den Produzenten in den Mittelpunkt des inneren Gefüges der Produktivkräfte, indem er ihn zum gesellschaftlichen Eigentümer der materiellen Elemente des Produktionsprozesses macht und deren Anwendung auf die Schaffung von Bedingungen für die allseitige Entwicklung der Persönlichkeit ausrichtet. Die materiellen Elemente des Produktionsprozesses sind aber geprägt durch das insgesamt vorhandene wissenschaftlich-technische Niveau, durch den erreichten Vergesellschaftungsgrad der Produktion und der Arbeit, ja sie stammen z. T. noch aus der kapitalistischen Zeit.

Im Prozeß der Lösung dieses Widerspruchs zwischen der neuen Stellung der Produzenten im inneren Gefüge der Produktivkräfte – wie sie sich aus dem Wesen der sozialistischen Produktionsverhältnisse ergeben – und dem Entwicklungsniveau der materiell-technischen Elemente der Produktivkräfte entfalteten sich der sozialistische bzw. der kommunistische Charakter der Arbeit. Die Lösung dieses Widerspruches beinhaltet sowohl die allseitige Entwicklung der Anlagen und Fähigkeiten der Arbeiter als auch die Schaffung einer für ihre Realisierung notwendigen materiell-technischen Basis. Das Ergebnis dieses Prozesses ist ein neuer Typ der Produktivkräfte, wie er für die zweite Phase der kommunistischen Gesellschaftsformation typisch wird und der auf der allseiti-**[901]**gen Entwicklung der Produzenten beruht. Hierdurch wird die Arbeit selbst aus einer Existenznotwendigkeit zu einem ersten Lebensbedürfnis.

Entwicklung der Bildung und Bildungsökonomie:

Aus diesen Zusammenhängen ergeben sich die Probleme und Aufgaben der sozialistischen Bildungsökonomie. Sie umfassen zwei grundlegende Aufgabenkomplexe.

Es geht einmal darum, das Wirken des ökonomischen Grundgesetzes und des Gesetzes der planmäßig proportionalen Entwicklung des Sozialismus – über die sich das allgemeine Gesetz der Ökonomie der Zeit durchsetzt – im Wechselverhältnis von Bildung und volkswirtschaftlichem Reproduktionsprozeß aufzudecken und die notwendigen Schlußfolgerungen für die Leitung und Planung zur

optimalen Gestaltung dieses Wechselverhältnisses herauszuarbeiten. Hierbei gilt es, ein solches Verhältnis von Bildung und volkswirtschaftlichem Reproduktionsprozeß zu sichern, daß sich die ökonomische Potenz der Bildung voll entfalten und die allseitige Entwicklung sozialistischer Persönlichkeiten entsprechend den erreichten ökonomischen Möglichkeiten vollziehen kann. Hierzu gehört auch, die Möglichkeiten herauszuarbeiten, um den Einsatz der ausgebildeten Kader effektiver zu gestalten und das vorhandene Qualifikationsniveau beim Kampf um die Erhöhung der volkswirtschaftlichen Effektivität besser zu nutzen.

Die zweite grundlegende Aufgabe der sozialistischen Bildungsökonomie besteht darin, Wege für die bessere Durchsetzung des Gesetzes der Ökonomie der Zeit im Bildungswesen selbst aufzudecken, denn angesichts der Tatsache, daß die direkten und indirekten Bildungsaufwendungen immer mehr zu einer volkswirtschaftlichen Größe werden, von deren Struktur, Qualität und Einsatz die Effektivität des gesamten volkswirtschaftlichen Reproduktionsprozesses wesentlich abhängt, gewinnt das Problem der intensiven Nutzung dieser Aufwendungen immer mehr an Bedeutung.

In jeder Phase des sozialistischen Aufbaus nimmt die Entwicklung des Bildungs- und des Qualifikationsniveaus einen hohen Stellenwert in der Politik der marxistisch-leninistischen Arbeiterpartei ein. So verband Lenin alle entscheidenden Fragen des revolutionären Klassenkampfes auf ideologischem, ökonomischem und militärischem Gebiet unmittelbar mit der Erhöhung des Bildungsniveaus der Werktätigen. In seiner Arbeit „Die nächsten Aufgaben der Sowjetmacht“ begründete er bereits im Jahre 1918, daß nach der Eroberung der Macht durch das Proletariat die Grundaufgabe in den Vordergrund tritt, eine Gesellschaft zu schaffen, die eine höhere Stufe der Auseinandersetzung des Menschen mit der Natur und in den zwischenmenschlichen Beziehungen darstellt, die einen höheren Grad der ökonomischen Rationalität bedeutet. Typisch für Lenins Herangehen an die Probleme des sozialistischen Aufbaus ist, daß er kein ökonomisches Problem aufwirft, ohne gleichzeitig dessen bildungsspezifische Aspekte herauszuarbeiten und in den Mittelpunkt der Aufmerksamkeit der Partei der Arbeiterklasse zu stellen. Ein solches Herangehen ergibt sich aus dem Wesen der revolutionären Umgestaltung der Gesellschaft im Prozeß des sozialistischen Aufbaus. Alle wesentlichen Seiten dieses Aufbaus sind verknüpft mit der qualitativen Höherentwicklung der Arbeit, der Ausprägung ihres sozialistischen bzw. kommunistischen Charakters. Dies wird vor allem auch im wachsenden Gewicht der qualifizierten Arbeit im volkswirtschaftlichen Reproduktionsprozeß sichtbar. Die Rolle der qualifizierten Arbeit steigt im Verlaufe der sozialistischen Kulturrevolution, die den Werktätigen die Tore zur Bildung und Qualifikation weit öffnet, sie mit dem notwendigen Wissen und Können ausrüstet, um die politischen, ökonomischen und wissenschaftlich-technischen Aufgaben des sozialistischen Aufbaus zu meistern (s. Tab. 1, 2, 3, 4). **[902]**

Tabelle 1
Allgemeinbildende polytechnische Oberschulen, Sonderschulen und Erweiterte Oberschulen in der DDR 1951-1976[1] *[11: 1977, 322] [11: 1955, 63 f.]*

	1951	1955	1960	1965	1970	1975	1976[3]
Anzahl der Schulen	10.245	11.007	9.729	8.883	6.878	5.941[4]	5877
Anzahl der Schüler insgesamt	2.541.000	1.883.400	2.059.043	2.425.582	2.667.316	2.697.740	2.649.158
Vollbeschäftigte Lehrkräfte insgesamt	75.119	75.572	86.350	121.580	137.963	158.534	161.477
Anzahl der Klassen insgesamt	76.039	70.244	75.992	89.854	99.509	106.638	107.330
Anzahl der Unterrichtsräume[2] insgesamt	62.083	66.904	63 .216	81.128	89.594	108 .710	109.720
Zahl der Schüler je vollbeschäftigte Lehrkraft	33,5	24,9	23,8	20,0	19,3	17,0	16,4
Zahl der Schüler je Klasse	33,1	26,8	27,1	27,0	26,8	25,3	24,7
Anteil der Schüler, die von der 8. in die 9. Klasse übergehen (in %)	–	–	–	72,0	85,2	91,6	92,2

[1] Stand: 15. Dezember
[2] bis 1960 ohne Fachunterrichtsräume, ab 1971 einschließlich Werkräume
[3] Vorläufige Angaben
[4] Verringerung durch Bildung von Oberschulbereichen

Tabelle 2
Berufsschulen in der DDR 1948-1976 [11: 1977, 322] [11: 1955, 63 f.]

	1948[1]	1950	1955	1960	1965	1970	1975	1976[2]
Anzahl der Schulen	755	1.583	1.354	1.146	1.130	1.108	969	977
Berufsschüler insgesamt	584.100	801.100	653.500	337.900	418.865	430.934	412.785	433.600
Vollbeschäftigte Lehrkräfte insgesamt	7.299	11.694	16.287	13.348	14.587	14.744	14.379	15.213
Anzahl der Schüler je vollbeschäftigte Lehrkraft	80,0	68,5	40,1	25,3	28,7	29,2	28,3[3]	28,4[3]
Anzahl der Schüler je Klasse	–	–	–	–	20,7	23,9	23,1	23,8
Bestandene Facharbeiterprüfung – insgesamt	–	–	–	155.987	197.756	260.495	257.261	243.793
– davon: Werktätige	–	–	–	30.110	89,472	101.127	85.139	243.793
– Anteil der Werktätigen mit Facharbeiterprüfung insgesamt (in %)	–	–	–	19,3	45,2	38,8	33,1	30,2

[1] Ohne Berlin
[2] Vorläufige Daten
[3] 1974 wurden die medizinischen Schulen in Fachschulen umgebildet. Für einige medizinische Berufe erfolgt die Berufsausbildung mit Facharbeiterabschluß an medizinischen Fachschulen. Diese Lehrlinge sind hier mit ausgewiesen; sie sind jedoch nicht in die Berechnung je vollbeschäftigte Lehrkraft einbezogen. **[903]**

Tabelle 3
Fachschulen in der DDR 1951-1976 [11: 1955, 65, 330]

	1951[3]	1955[3]	1960	1965	1970	1975	1976[1]
Fachschulen	225	259	256	193	194	234	233
Studierende (in 1000)	34,7	85,3	126,0	113,6	167,2	156,4	160,0
davon:							
Direktstudenten (in 1000)	34,7	49,1	47,3	50,8	62,8	84,2	97,4
Fern- und Abendstudenten (in 1000)	–	36,2	56,1	61,0	101,8	71,9	62,4
Lehrkräfte[2] (in 1000)	2,3	4,6	7,1	6,7	6,2	8,5	–
Studierende je Lehrkraft	15	19	18	17	27	18	–
Studierende je 10.000 der Bevölkerung	18,9[4]	47,5[4]	73,1	66,7	97,9	93,0	95,3

[1] vorläufige Zahlen
[2] entnommen aus [15: 1967, 429; 1971, 395]
[3] ohne Fachschulen für Lehrer- und Erzieherausbildung des Ministeriums für Volksbildung
[4] errechnet

Tabelle 4
Hochschulen und Universitäten in der DDR 1951-1976 [11: 1977, 331] [12: 387]

	1951[3]	1955	1960	1965	1970	1975	1976[1]
Hochschulen und Universitäten	21	46	44	44	54	54	54
Studierende insgesamt	31.512	75.084	99.860	111.591	143.163	136.854	130.201
davon:							
Direktstudenten	27.822	60.148	72.998	74.553	99.921	103.081	101.555
Fern- und Abendstudenten	3.690	14.594	25.803	32.920	37.553	25.425	19.956
Lehrkräfte (in 1000)	3,3	7,7	11,6	14,4	21,0	25,9	–
Studierende je Lehrkraft	10	10	9	8	7	5	–
Studierende je 10.000 der Bevölkerung	17,2[4]	42,1	58,1	65,5	83,9	81,4	77,6

[1] vorläufige Daten

Hierdurch wurde es möglich, in historisch kurzer Frist das Bildungsniveau der Werktätigen erheblich zu erhöhen und ihre Qualifikationsstruktur grundlegend zu verändern. Die Arbeiterklasse erreicht im Sozialismus und Kommunismus ein Bildungs- und Qualifikationsniveau, das in der bisherigen

Geschichte von einer produktiv tätigen Klasse noch nicht erreicht werden konnte. Dies ist Ausdruck der Tatsache, daß im Sozialismus erstmals die produktiv tätige Klasse auch die herrschende Klasse ist. Die schnelle Veränderung der Qualifikationsstruktur in den Jahren 1966-1975 in der DDR zeigt Tabelle 5 (s. umseitig).

Allein in der Zeit zwischen 1971-1975 sind über 220.000 Absolventen des Hoch- und Fachschulstudiums in der Volkswirtschaft und anderen Bereichen tätig geworden. Damit erhöhte sich der Bestand der Hoch- und Fachschulkader in unserer Volkswirtschaft um über 30%. In derselben Zeit wurden, aufbauend auf den Ergebnissen der zehnklassigen Oberschulbildung, über 920.000 Jungen und Mädchen zu Facharbeitern ausgebildet. Dies entspricht einem Wachstum von 35% des Bestandes an Facharbeitern im Vergleich zu 1970. Zugleich bilden sich die älteren, bereits im Arbeitsprozeß stehen- **[904]**

Tabelle 5
Qualifikationsstruktur der Berufstätigen in der DDR (in%) [8]

	1962	1970	1975
Un- und Angelernte	59,7	43,8	32,9
Facharbeiter	31,6	41,8	49,5
Meister	2,1	3,2	3,5
Fachschulkader	4,3	7,1	8,6
Hochschulkader	2,4	4,1	5,5

den Werktätigen weiter. Von 1971 bis 1975 eigneten sich 370.000 Werktätige die Facharbeiterqualifikation im Rahmen der Erwachsenenbildung an. Von den heute 50- bis 60jährigen Facharbeitern bzw. Meistern haben 65% ihre Qualifikation bereits unter den Bedingungen der Arbeiter-und-Bauern-Macht erworben.

Ein wichtiges Problem besteht gegenwärtig darin, die im Bildungs- und Qualifikationsprozeß erfolgte potentielle Erhöhung der wert- und gebrauchswertschaffenden Potenz der Werktätigen besser als bisher bei der Erhöhung der gesellschaftlichen Arbeitsproduktivität zu nutzen. Erst durch den effektiven Einsatz der ausgebildeten Kader wird das durch Bildung und Qualifikation geschaffene produktive Potential in reale Produktivkraftentwicklung verwandelt. Hier liegen noch nicht voll erschlossene Reserven sowohl für die Vertiefung der Intensivierung, die Beschleunigung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts und die Erhöhung der Qualität der Erzeugnisse als auch für die Entwicklung der politischen und kulturellen Aktivität der Werktätigen.

Die Erhöhung der sozialen und ökonomischen Wirksamkeit des gestiegenen Qualifikationsniveaus der Werktätigen ist mit der Lösung einer Vielzahl bildungsökonomischer Probleme verbunden, wie der bedarfs- und qualitätsgerechten Struktur der Ausbildung nach Fachrichtungen und Berufen, dem qualifikationsgerechten Einsatz in den einzelnen Bereichen der Volkswirtschaft wie in den Betrieben und Einrichtungen, dem wissenschaftlich-technischen Niveau der materiellen Elemente des Arbeitsprozesses und der Senkung der Ausfall- und Stillstandszeiten. Welche große Bedeutung die Verbesserung der Organisation der Arbeit für die Erhöhung der Effektivität der Arbeit hat, wird sofort sichtbar, wenn man bedenkt, daß 1976 eine Minute Ausfall- und Stillstandszeiten eine industrielle Produktion von 1,6 Mill. Mark verkörperte; 1980 werden es bereits 2,2 Mill. Mark sein. Die Erhöhung der sozialen und ökonomischen Wirksamkeit der qualifizierten Arbeit erfordert, erhöhte Anstrengungen zu unternehmen, um Arbeitsplätze, die noch unqualifizierte und körperlich schwere Arbeit erfordern, schrittweise aufzuheben und Möglichkeiten zu schaffen, daß die Arbeiter die erworbenen Fähigkeiten und Kenntnisse bei der Erhöhung der Effektivität ihrer Arbeit, bei der Teilnahme an der Leitung und Planung der Produktion, Kultur und Gesellschaft voll nutzen können.

Nur so kann dem wachsenden Bedürfnis der Werktätigen nach schöpferischer Arbeit, die alle Kräfte und Möglichkeiten des Menschen zur Entfaltung bringt, entsprochen werden. Die sozialistische Gesellschaft kann sich zum erstenmal in der Geschichte die Aufgabe stellen, schrittweise die unqualifizierte, körperlich schwere und geistig monotone Arbeit als sozial relevante Erscheinung aufzuheben. So ist in der DDR vorgesehen, bis 1980 jährlich mehr als 150.000 Arbeitsplätze umzugestalten und

die Zahl der Arbeitsplätze mit körperlich schwerer und geistig monotoner Arbeit im Vergleich zu 1970 um 30% zu verringern. **[905]** Die Lösung dieser langfristigen Aufgabe hängt natürlich von der Akkumulationskraft der sozialistischen Gesellschaft (s. Tab. 6) und dem Tempo des wissenschaftlich-technischen Fortschritts ab. Sie ist durchaus kein gradliniger und widerspruchsfreier Prozeß. So führt der wissenschaftlich-technische Fortschritt ständig aufs neue zum Widerspruch zwischen der vorhandenen Qualifikationsstruktur und den gesellschaftlich notwendigen Arbeitsanforderungen in den einzelnen Bereichen und Zweigen der Volkswirtschaft. Bereits Marx wies darauf hin, daß „beständig mit der technischen Grundlage der Produktion die Funktionen der Arbeiter und die gesellschaftlichen Kombinationen des Arbeitsprozesses“ umgewälzt werden. Er sah hierin ein „allgemeines gesellschaftliches Produktionsgesetz“, das „Wechsel der Arbeit, Fluß der Funktion, allseitige Beweglichkeit des Arbeiters erfordere“. [MEW 23: 511]

Für die Beherrschung dieses „allgemeinen Produktionsgesetzes“ im Interesse der Werktätigen durch die sozialistische Gesellschaft ergeben sich wichtige Aufgaben sowohl an die langfristige Bildungsplanung, an die inhaltliche Gestaltung der Bildungsprozesse zur Sicherung einer hohen Mobilität und Disponibilität der Arbeitskräfte sowie zur Schaffung von Bedingungen für den effektiven Wechsel der Tätigkeiten und Arbeitsplätze. Dies gilt insbesondere bei der Erhöhung der Mechanisierung und Automatisierung der Produktion. Hierbei zeigt sich, daß mit der Erhöhung des Mechanisierungs- und Automatisierungsniveaus der Produktion die Arbeitsanforderungen sich durchaus nicht für alle Arbeitskräfte gleichzeitig verändern. Es findet vielmehr eine verstärkte Differenzierung unter den Produktionsarbeitern statt. Jede neue Stufe der Mechanisierung und Automatisierung verändert eine Reihe von Arbeitsplätzen, erhöht die qualitativen Anforderungen an die Arbeitsplätze, läßt aber auch gleichzeitig eine Reihe von

Tabelle 6
Staatshaushalt der DDR 1950-1976 [11: 1977, 279 f.]

	Produziertes Nationaleinkommen (in Mill. Mark)	Staatshaushaltsausgaben (in Mill. Mark)	Staatshaushaltsausgaben für Bildung[1] (in Mill. Mark)	Produziertes NE (1950 = 100)	Staatshaushaltsausgaben (1950 = 100)	Staatshaushaltsausgaben für Bildung (1950 = 100)	Anteil der Staatshaushaltsausgaben für Bildung (in %)	
							am produzierten NE	an den Staatshaushaltsausg. insgesamt
1950	27.310	24.091	1.136	100	100	100	4,2	4,7
1955	50.610	38.327	2.388	185	159	210	4,7	6,2
1960	71.540	49.458	3.613	262	205	318	5,1	7,3
1965	84.760	55.759	4.351	310	231	383	5,1	7,8
1970	109.470	69.954	5.812	401	290	512	5,3	8,3
1975	142.370	114.160	8.276	521	474	729	5,8	7,2
1976[2]	147.700	117.128	8.90	541	486	784	6,0	7,6

[1] einschließlich Hoch- und Fachschulwesen, ohne die Ausgaben der Betriebe und Einrichtungen für Bildung
[2] vorläufige Angaben

[906] Arbeitsplätzen in der alten Struktur und Form bestehen. Hierbei werden Teilfunktionen der ursprünglich komplexen Produktionstätigkeiten auf maschinelle Anlagen übertragen, zu neuen anspruchsvolleren Tätigkeiten im Produktionsbereich (Steuer-, Überwachungs- und Kontrolltätigkeit) zusammengefaßt sowie in die produktionsvorbereitenden Abteilungen transferiert. Gleichzeitig werden aber auch einfachere und einseitigere Tätigkeiten reproduziert.

Obwohl die grundlegende Tendenz die Erhöhung des Gewichts der qualifizierten Arbeit ist, wechseln in den einzelnen Stufen die Anforderungen an die Qualifizierung sehr stark. Da im Sozialismus der

Boden für Produktionsverhältnisse aufgehoben ist, „worin das Verhältnis von Arbeit und Arbeitsbedingungen sich verkehrt, so daß nicht der Arbeiter die Bedingungen, sondern die Bedingungen den Arbeiter anwenden“ [MEW 26.3: 274], kann sich die Arbeiterklasse nicht einfach den mit den Mechanisierungs- und Automatisierungsstufen wechselnden Anforderungen an die Qualifikation anpassen, die ja sowohl zunehmen wie abnehmen, sondern übt einen aktiven Einfluß auf die Veränderung dieser Arbeitsbedingungen entsprechend ihren Bedürfnissen aus.

Bei der rationellen Gestaltung der Arbeitsplätze, der Senkung der körperlich schweren und geistig monotonen Arbeit wird die wissenschaftliche Arbeitsorganisation (WAO) – als eine Methode der sozialistischen Rationalisierung – zu einem wichtigen Instrument der Arbeiterklasse zur Gestaltung ihrer Arbeitsbedingungen. Hierbei geht es nicht nur darum, die vorhandenen Arbeitsplätze entsprechend den Bedürfnissen der Arbeiter neu zu gestalten, den Arbeitsablauf flüssiger und die Arbeit effektiver zu machen, sondern gleichzeitig größere Anstrengungen zu unternehmen, um bereits bei der Projektierung und Konstruktion die Erfordernisse zur Reduzierung der unqualifizierten Arbeit und zur Entwicklung des Arbeitsinhaltes zur Geltung zu bringen und den Konstrukteuren und Projektanten konkrete soziale Vorgaben im Hinblick auf die Arbeitsgestaltung zu geben. Möglichkeiten, die in Forschung, Entwicklung und am Reißbrett für die Verbesserung der Arbeitsbedingungen vertan werden, können später nur mit großen zusätzlichen Aufwendungen wieder wettgemacht werden. Deshalb entspricht eine solche rechtzeitige Einflußnahme der Arbeiterklasse sowohl ihren eigenen Interessen wie denen der gesamten Gesellschaft. Daß die Arbeiterklasse über alle politischen und ökonomischen Möglichkeiten verfügt, einen solchen Einfluß auszuüben, entspricht der Grundqualität des Sozialismus.

Die Bedeutung der Bildung und Qualifizierung für die Erhöhung des Nationaleinkommens:

Die wachsende Rolle von Bildung und Qualifikation stellt uns vor die Aufgabe, deren Einfluß auf die Entwicklung des produktiven Potentials der Gesellschaft vom Standpunkt der marxistischen Arbeitswerttheorie aufzuklären. Bildung und Qualifikation gehören zwar nicht zum produktiven Teil der gesellschaftlichen Gesamtarbeit, sie potenzieren aber die wertschaffenden Fähigkeiten der produktiven Arbeit in entscheidendem Maße.

Obwohl Bildung. und Qualifikation nicht direkt zur Erhöhung des Nationaleinkommens beitragen – dies können sie nur indirekt durch ihren Beitrag zur Erhöhung der wertschaffenden Potenz der produktiv Tätigen –, erhöhen sie den Nationalreichtum der Gesellschaft wesentlich. Deshalb gewinnt mit dem wachsenden Gewicht dieses nichtmateriellen Bereiches die Kategorie des Nationalreichtums an Bedeutung. Die Tätigkeit dieses Bereiches schlägt sich in einem solchen Bestandteil des Nationalreichtums wie den Bildungsfonds nieder.

Unter Bildungsfonds verstehen wir die in den Arbeitskräften mit unterschiedlichen Qualifikationsniveaus im Verlauf ihrer Heranbildung akkumulierten Bildungsaufwen-**[907]**dungen. Sie spiegeln in gewissem Umfang das im Ausbildungsprozeß akkumulierte Wissen und Können wider. Bereits Marx wies darauf hin, daß man unter bestimmten Voraussetzungen die Bildung des Individuums mit der „Produktion von capital fixe“ vergleichen kann, wobei er aber ausdrücklich hervorhebt, daß dieses „in der lebendigen Arbeit selbst existiert“. [MGr 599] In „Theorien über den Mehrwert“ schreibt er hierzu: „Was wirklich ‚aufgehäuft‘ wird, aber nicht als tote Masse, sondern als Lebendiges, ist das Geschick des Arbeiters, der Entwicklungsgrad der Arbeit. ... Es ist dies das wahre Prius, das den Ausgangspunkt bildet, und dies Prius ist das Resultat eines Entwicklungsgangs. Anhäufung ist hier Assimilation, fortwährende Erhaltung und Umgestaltung zugleich des schon Überlieferten, Realisierten.“ [MEW 26.3: 289] Weiter heißt es bei Marx: „... der degree of skill der vorgefundenen Bevölkerung ist die jedesmalige Voraussetzung der Gesamtproduktion, also die Hauptakkumulation des Reichtums, das wichtigste erhaltene Resultat der antecent labour, das aber in der lebendigen Arbeit selbst existiert.“ [MEW 26.3: 290]

Ähnlich wie in anderen Bestandteilen des Nationalreichtums – wie z. B. Grundfonds, Umlaufmittelfonds, Forschungsfonds, Fonds der materiell-technischen Territorialstruktur z. B. – sind auch im Qualifikationsniveau der Arbeitskräfte gesellschaftliche Aufwendungen akkumuliert. Diese sich bei der

Heranbildung der qualifizierten Arbeitskräfte in deren Qualifikationsniveau niederschlagenden Bildungsfonds enthalten alle Aufwendungen, die für die Erreichung einer bestimmten Qualifikationsstufe notwendig sind. Allein an Staatshaushaltsausgaben kostete in der DDR z. B. 1971 die Ausbildung eines Hochschulkaders (von der allgemeinen polytechnischen Oberschule bis zur Beendigung der Hochschule) etwa 70.000 Mark; für einen Fachschulabsolventen mußten 34.000 Mark aufgewendet werden; ein Facharbeiter erforderte 21.000 Mark Ausbildungskosten. (Bei den genannten Kosten handelt es sich um Durchschnittswerte, wobei es bei den einzelnen Qualifikationsarten nicht unbeträchtliche Unterschiede gibt.)

Insgesamt erhöhten sich die Bildungsfonds von 80,4 Mrd. Mark 1962 auf 173,9 Mrd. Mark 1975. Ihre Größe erreicht gegenwärtig fast die Hälfte des Grundfondsbestandes im materiellen Bereich der Volkswirtschaft. In einer Reihe von Kombinaten und Volkswirtschaftszweigen sind die Bildungsfonds sogar schneller als die materiellen Grundfonds gewachsen.

Die hohe gesellschaftliche Effektivität der gesellschaftlichen Aufwendungen für die Bildung und Qualifikation wird u. a. auch in dem engen Zusammenhang von gestiegenem Qualifikationsniveau und dem wachsenden Beitrag der Neuererbewegung zur volkswirtschaftlichen Effektivität sichtbar. Wenn wir den Nutzen aus der Neuererbewegung (über 50 % der Selbstkosteneinsparung in der volkseigenen Wirtschaft resultiert hieraus) in Relation zu den Bildungsfonds setzen, so war dieser pro Einheit Bildungsfonds im Fünfjahrplan 1971-1975 um 2,5mal höher als in der Zeit 1960-1965. Allein 1975 haben 29,4% aller Berufstätigen in der sozialistischen Wirtschaft Neuererleistungen erbracht. Hieraus ergab sich ein Nutzen von 3,6 Mrd. Mark.

Ohne Zweifel liegen in der besseren Nutzung des gestiegenen Bildungs- und Qualifikationsniveaus der Werktätigen wichtige, noch nicht voll erschlossene Reserven sowohl für die Vertiefung der Intensivierung, die Beschleunigung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts und die Erhöhung der Qualität der Erzeugnisse als auch für die Entwicklung ihrer politischen und kulturellen Aktivität. Erst durch den effektiven Einsatz der ausgebildeten Kader wird das durch Bildung und Qualifikation geschaffene produktive Potential in reale Produktivkraftentwicklung verwandelt. Deshalb kommt dem zielgerichteten Einsatz der qualifizierten Kader in jenen Bereichen unserer Volkswirtschaft, wo das Nationaleinkommen geschaffen wird, also in der materiellen Produk-**[908]**tion, eine so große Bedeutung zu. Hier – vor allem in der Industrie – wurden daher im letzten Fünfjahrplan 45,2% des Zuwachses an Hochschulkadern eingesetzt. So stieg in der Zeit von 1971-1975 der Bestand der Hochschulkader in der Industrie auf 180% In der gesamten materiellen Produktion erhöhte er sich auf 175%. Der Bestand an Fachschulkadern wuchs in dieser Zeit in der Industrie auf 136,8%, und in der gesamten materiellen Produktion erhöhte er sich auf 138,5%.

Der verstärkte Einsatz hochqualifizierter Arbeitskräfte in der materiellen Produktion ermöglichte die kadermäßige Stärkung von Technologie, Konstruktion, Projektierung, Forschung, Entwicklung und Überführung, aber auch den Einsatz dieser Kader bei der Steuerung hochproduktiver Anlagen und Maschinen.

Intensivierung des Bildungswesens:

Das Zweite Grundproblem, mit dem sich die bildungsökonomische Forschung zu beschäftigen hat, ist die Erforschung der Bedingungen für die Durchsetzung des Gesetzes der Ökonomie der Zeit im Bildungswesen selbst. Angesichts der Tatsache, daß die direkten und indirekten Bildungsaufwendungen immer mehr zu einer volkswirtschaftlichen Größe werden, von deren effektivem Einsatz die Effektivität des gesamten volkswirtschaftlichen Reproduktionsprozesses wesentlich abhängt, gewinnt das Problem der intensiven Nutzung dieser Aufwendungen immer mehr an Bedeutung. Die Bildungsökonomie muß Antworten auf die Frage finden, wie mit den gegebenen Mitteln ein höheres Bildungsergebnis erzielt werden kann. Dabei scheint die Klärung folgender Probleme von besonderer Wichtigkeit zu sein:

– rationale Struktur des Bildungswesens,

– Effektivität der einzelnen Bildungswege,

– Effektivität von Bildungsinhalten,

– effektive Organisation und Leitung von Bildungseinrichtungen,

– Rationalisierung der Lehr- und Lernarbeit,

– Struktur, Effektivität und Inhalt der Weiterbildung bereits ausgebildeter Fachkräfte,

– Substitution der lebendigen durch vergegenständlichte Arbeit im Ausbildungsprozeß, vor allem mit Hilfe des Einsatzes moderner technischer Lehrhilfsmittel auf EDV-Basis.

Der sich mit der intensiv erweiterten Reproduktion beschleunigende wissenschaftlich-technische Fortschritt und die sich damit im Zusammenhang vollziehenden Strukturwandlungen verlangen von den sozialistischen Eigentümern die Fähigkeit, sich in neuen Aufgabengebieten zurechtzufinden und das dafür notwendige Wissen selbständig zu erwerben. Das Bildungswesen legt deshalb auf die Erziehung der Fähigkeit, sich auf rationellstem Wege Wissen Zu erwerben, es zu vermehren und anzuwenden, besonderes Schwergewicht.

Eine solche Ausbildung ist um so notwendiger, wenn man bedenkt, daß die im Jahre 1976 schulpflichtig gewordenen Schüler bis zum Jahre 2030 oder 2035 im Berufsleben stehen werden und daß die letzten Schüler jener Lehrer, die jetzt ihre verantwortungsvolle Tätigkeit beginnen, bis in die 70er Jahre des nächsten Jahrhunderts arbeiten werden.

Die allgemeinbildende Grundausbildung, auf der eine zielgerichtete Spezialausbildung aufbauen kann, ist gleichzeitig eine Grundvoraussetzung, um dem Veralten des Wissens aufgrund der ständigen Erhöhung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts entgegenwirken und eine hohe Disponibilität der Arbeitskräfte sichern zu können. [7: 275]

Hohe Allgemeinbildung und fundierte Spezialbildung sind entscheidende Seiten der Herausbildung der sozialistischen Persönlichkeit und wichtige Voraussetzungen für die **[909]** Durchführung der wissenschaftlich-technischen Revolution. [10: 4]. Deshalb wird in allen Ländern der sozialistischen Staatengemeinschaft an der Verwirklichung der allgemeinbildenden Oberschule für alle Kinder des Volkes und am Ausbau der zweiten Bildungsstufe, die berufsvorbereitenden Charakter hat, gearbeitet. So wurde in der DDR im Fünfjahrplan 1971-1975 der Aufbau der zehnklassigen allgemeinbildenden polytechnischen Oberschule im wesentlichen abgeschlossen und 90% der Schüler der 8. Klasse zur 9. und 10. Klasse weitergeführt. Dies entspricht den in der UdSSR erreichten Größenordnungen. [11: 210] Da alle Schüler, die nicht eine Hoch- oder Fachschule besuchen, nach dem Abschluß der zehnklassigen Oberschule eine Facharbeiterausbildung erhalten und ihre Allgemeinbildung in einer zweijährigen, obligatorischen Berufsschulzeit vervollkommnen, existiert in der DDR faktisch eine zwölfjährige Ausbildung für alle. [3: 3]

Auf dem IX. Parteitag konnte daher E. Honecker feststellen: „Vom höheren Niveau der Bildung, der für menschliches Schöpfertum unentbehrlichen Voraussetzungen an Kenntnis und Erkenntnis sprechen wir als einem Grundelement des sozialistischen Lebens. Dabei haben wir im Auge, daß die gesellschaftliche Entwicklung unter den Bedingungen der wissenschaftlich-technischen Revolution die Anforderungen an das Wissen bedeutend erhöht. Die geistig-kulturellen Interessen und Bedürfnisse der Werktätigen nehmen nicht nur zu, sondern gestalten sich auch vielseitiger. Immer deutlicher treten die Züge sozialistischer Persönlichkeiten hervor. Menschen mit fundierter Bildung und weltanschaulicher Überzeugung, mit weiten geistigen Horizonten sind es – bewußte und tatkräftige Erbauer der neuen Welt des Sozialismus und Kommunismus.“ [2: 90]

Literatur:

1. *Haustein, H.-D.:* Messung der volkswirtschaftlichen Intensivierung. Berlin 1976; 2. *Honecker, E.:* Bericht des ZK der SED an den IX. Parteitag. Berlin 1976; 3. *Honecker, M.,* in: ND v. 21.5.1976; 4. *Ludwig, U./Maier, H./Wahse, J.:* Bildung als ökonomische Potenz im Sozialismus. Berlin 1972; 5. *Maier, H.,* in: Das Gesetz der sozialistischen Akkumulation. Berlin 1974; 6. *Ders./Wahse, J.,* in: JWG 1974, T. 1; 7. *Žamin, V. A.,* in: K. Bichtler/H. Maier, Faktoren und Kriterien der intensiv erweiterten Reproduktion. Berlin 1972; 8. *Arbeitskräfteressourcen und wissenschaftlich-technische Revolution.*

Berlin 1976; 9. *Gesetzmäßigkeiten der intensiv erweiterten Reproduktion bei der Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft.* Berlin 1976; 10. *Mitteilung der staatlichen Zentralverwaltung für Statistik über die Durchführung des Volkswirtschaftsplanes 1973,* in: ND v. 18.1.1974; 11. *Statistisches Jahrbuch der Deutschen Demokratischen Republik.* Berlin 1956 ff.; 12. *Statistitčeskij ežegodnik stran-členov Soveta Ėkonomičeskoj Vzaimopomošči.* Moskau 1971 ff.; 13. *Zu Problemen der Entwicklungstendenzen der sozialistischen Produktionsverhältnisse in der DDR.* Berlin 1977.

Harry Maier

2.7.6. Binnenhandel

Das grundlegende Ziel des Binnenhandels in der Übergangsperiode vom Kapitalismus zum Sozialismus und im vollen Maße bei der Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft besteht darin, die Bevölkerung stabil und bedarfsgerecht mit Konsumgütern zu versorgen, das Funktionieren des gesellschaftlichen Reproduktionsprozesses zu sichern und zu seiner Effektivität beizutragen. Der Handel ist – wie in anderen Gesellschafts-**[910]**formationen – auch im Sozialismus dem Primat der materiellen Produktion unterworfen. Mit seiner unmittelbaren Orientierung auf die Verwirklichung des Zieles sozialistischer Produktion hat er eine erstrangige politische Aufgabe zu erfüllen. [13: 29]

Die wichtige Rolle des Handels beim sozialistischen Aufbau kennzeichnete Lenin im Zusammenhang mit der Erkenntnis über die Notwendigkeit der bewußten Ausnutzung der Ware-Geld-Beziehungen. Die Erfahrungen der Sowjetmacht hatten gezeigt, daß der Handel ein Hauptkettenglied bildet, das die kommunistische Partei und die proletarische Staatsmacht ergreifen müssen, um das Fundament der sozialistischen gesellschaftlich-ökonomischen Verhältnisse schaffen zu können. [LW 33: 94]

Als entscheidende allgemeingültige Aufgaben der Entwicklung des Handels in der Übergangsperiode vom Kapitalismus zum Sozialismus und in erweiterter und teilweise modifizierter Form auch bei der weiteren Gestaltung des Sozialismus wurden mit Hilfe des *Sowjethandels* gelöst:

– Die Fundierung des politischen Bündnisses zwischen Arbeiterklasse und Bauernschaft durch das ökonomische Bündnis, da es „keine andere ökonomische Verbindung zwischen ... der Landwirtschaft und der Industrie geben (kann) als ... den Handel“ [LW 33: 141].

– Indem der Handel die materielle Interessiertheit vermittelt, stimuliert er zugleich die Steigerung der Arbeitsproduktivität in Industrie und Landwirtschaft. Dem Handel kam somit eine wichtige Rolle bei der Durchsetzung der Naturalsteuer und des Leninschen Genossenschaftsplans zu.

– Der Entwicklung des zunächst dominierenden Privathandels (1923/24 gehörten 88% der Einzelhandelsbetriebe Privathändlern, die 74% des Einzelhandelsumsatzes realisierten [4: 31]) war „eine bestimmte Richtung zu geben“, waren „gewisse Schranken zu setzen“ [LW 33: 95]. Die Staatsmacht hatte die zentrale Leitung und Kontrolle der Warenzirkulation, insbesondere des Großhandels [LW 33: 39] (1923/24 war der Anteil des Privatsektors am Großhandelsumsatz bereits auf 22% zurückgegangen [4: 248]), die Konzentration der Warenfonds in den Händen des Staates sowie die Einordnung des Handels in die Volkswirtschaftsplanung zu gewährleisten.

– Die politische Macht der Arbeiterklasse wurde zur sozialökonomischen und materiell-technischen Umgestaltung des Handels, zur Bildung *genossenschaftlicher* [LW 27: 205 f.; 32: 385] und *folgend auch staatlicher (volkseigener)Handelsorgane* eingesetzt. Bis 1930/31 war das Privatkapital mit vornehmlich ökonomischen Maßnahmen aus dem Groß- und Einzelhandel verdrängt. 1940 wurden vom staatlichen Handel 62,7% und vom genossenschaftlichen Handel, vorwiegend in ländlichen Gebieten, 23,0% des Einzelhandelsumsatzes realisiert; 14,3% entfielen auf den Kolchoshandel [1], der direkte Verkäufe von Agrarerzeugnissen an die Bevölkerung durch die Kolchosen beinhaltet. Bis 1960 veränderten sich die Umsatzanteile auf 66,7%, 28,8% und 4,5%. [1] Die maßgebliche Ursache für den Rückgang beim Kolchoshandel ist die Vervollkommnung der sozialistischen Produktionsverhältnisse in der Landwirtschaft.

– Für die neuen Handelsorgane stand mit ihrer Entwicklung zu sozialistischen Einrichtungen die bestmögliche Versorgung der Werktätigen im Zentrum aller Aktivitäten. Ein wichtiges Ergebnis war die

Steigerung des Einzelhandelsumsatzes. Der staatliche und der genossenschaftliche Handel realisierten 1928 10,5 Mrd. Rubel und 1940 (in 407.200 Verkaufseinrichtungen) 24,3 Mrd. Rubel (in Preisen von 1968). [4: 162,265] In 567.300 (1960) bzw. 682.000 (1970) Verkaufseinrichtungen [1] wurden 1960 Umsätze in Höhe von 78,6 und 1970 von 153,7 Mrd. Rubel [4: 162] realisiert. Nach Ab-**[911]**schluß der Übergangsperiode ist der Binnenhandel darauf orientiert, neben weiterer quantitativer Erhöhung immer mehr auch strukturelle Veränderungen des Angebotes gemäß der Bedarfsentwicklung zu vollziehen sowie moderne Verkaufsformen anzuwenden.

Diese allgemeingültigen Aufgaben wurden auch in den volksdemokratischen Ländern Europas und in der DDR mit der Schaffung und Entwicklung des sozialistischen Binnenhandels gelöst. Berücksichtigung mußten dabei Besonderheiten finden, die vornehmlich aus historisch entstandenen Bedingungen sowie aus der Schärfe und den Methoden des Widerstandes der inneren und äußeren Reaktion resultierten. So waren das Tempo der Herausbildung sozialistischer Eigentumsverhältnisse und die Proportionen zwischen deren Formen sowie die konkreten Wege der Bündnispolitik der Arbeiterklasse auch im Binnenhandel in den einzelnen Ländern unterschiedlich. Während z. B. 1960 der private Handel mit 22,7% in der DDR, 2,7% in Polen und 1,2% in Ungarn [15: 300 f.] noch teilweise beträchtliche Anteile am Einzelhandelsumsatz innehatte, waren im Einzelhandel der ČSSR, Bulgariens und Rumäniens fast ausschließlich sozialistische Betriebe tätig und hatten Konsumgenossenschaften in Polen mit 50,8% und Bulgarien mit 42,2% gegenüber anderen Staaten einen wesentlich höheren und in Polen noch weiter steigenden Umsatzanteil. [15: 300 f.]

Im Gebiet der DDR bot das Vorhandensein einer zahlenmäßig großen und stark differenzierten Schicht kapitalistischer und sonstiger privater Händler sowie entwickelter Ware-Geld-Beziehungen zwischen Stadt und Land günstige Bedingungen dafür, den Handel nach der Zerschlagung des Hitlerfaschismus wieder in Gang zu setzen. Aus diesen Bedingungen erwuchsen jedoch auch dem Sozialismus wesensfremde Momente, deren Überwindung Gegenstand erbitterten Klassenkampfes war. Von der BRD gesteuerte reaktionäre Einflüsse verschärften die Klassenauseinandersetzungen und spitzten sie zeitweise zu.

Allen Ländern, die nach 1945 den Weg des sozialistischen Aufbaus beschritten, ist gemeinsam, daß sie sich auf die Erfahrungen der UdSSR bei der Schaffung des Sowjethandels stützen konnten und ihnen umfangreiche Unterstützung durch die Sowjetunion bei der sozialistischen Umgestaltung des Binnenhandels zuteil wurde. Das erleichterte den revolutionären Prozeß auch in der DDR ganz maßgeblich. [8]

Die einheitliche Regelung und Kontrolle der Versorgung, die auf der Grundlage der schrittweisen politischen Stabilisierung und des revolutionären Wandels der ökonomischen Basis von demokratischen Selbstverwaltungen unter Führung der KPD bzw. SED wahrgenommen und durch Volkskontrollausschüsse unterstützt wurde, mußte sich zunächst darauf konzentrieren, die vollständig privaten Händlern übertragene operative Handelstätigkeit zu lenken und den „schwarzen Markt“ einzuschränken. Die allmählich erreichte Normalisierung der Versorgung mit lebensnotwendigen Gütern beinhaltete in Form von Lebensmittelkartengruppen erste Ansätze der Verteilung nach der Arbeitsleistung und der materiellen Interessiertheit. Das entsprach den versorgungspolitischen Forderungen des 1. Parteitages der SED. [9: 7]

An deren Verwirklichung hatten die seit Dezember 1945 wieder zugelassenen Konsumgenossenschaften, die auch auf dem Gebiet der späteren DDR die ersten im *Groß- und Einzelhandel* operativ tätigen neuen Handelsorgane waren, maßgeblichen Anteil. Mit dem Auf- und Verkauf landwirtschaftlicher Erzeugnisse leisteten sie einen wertvollen Beitrag zur Festigung des Bündnisses der Arbeiterklasse mit den werktätigen Bauern. Eine wichtige Rolle spielten sie weiterhin bei der Durchsetzung des SMAD-Befehls Nr. 234 vom Oktober 1947, der die regelmäßige Arbeiterversorgung und die Gemeinschaftsverpflegung begründete.

[912] Die Schaffung volkseigener Großhandelsbetriebe und damit die Aufhebung der bisherigen Trennung zwischen administrativer Leitung und operativer Handelstätigkeit [6: 16 ff.] im Großhandel erfolgte ab Juni 1949 mit der Gründung der Deutschen Handelszentralen (DHZ). Die DEZ waren

nach Industriezweigen gegliedert. Ihnen oblag der Großhandel mit Produktionsmitteln und mit Konsumgütern. Das hatte sich in der Sowjetunion – mit den 1922/23 gegründeten staatlichen Syndikaten für die wichtigsten Industriezweige [4: 248] – als zweckmäßig erwiesen, solange die entscheidende Aufgabe für die Arbeiterklasse im Erringen der Herrschaft über den Großhandel bestand. Der gesamte Zirkulationsprozeß konnte so, beim Produktionsaufkommen angefangen, kontrolliert werden. Im Gegensatz zu anderen sozialistischen Ländern – in der ČSSR z. B. war der gesamte Großhandel 1948 nationalisiert worden [12] – blieb in der DDR während der Übergangsperiode ein privater Großhandelssektor bestehen, der jedoch anteilmäßig rasch abnahm und immer wirksamer in die planmäßige Entwicklung einbezogen werden konnte.

Der volkseigene Einzelhandel entstand im November 1948. Die Funktion der Staatlichen Handelsorganisation (HG) bestand darin, die Bewirtschaftung von Gebrauchsgütern überwinden zu helfen und dazu beizutragen, dem „schwarzen Markt“ die ökonomischen Grundlagen zu entziehen. Die HG stimulierte die materielle Interessiertheit sehr wirkungsvoll und half, finanzielle Mittel für die Volkswirtschaft zu erschließen. Mit 2,6 Mrd. Mark realisierte sie 1949 rd. 19% des Einzelhandelsumsatzes. [5: 101]

Das Vorhandensein eines volkseigenen Groß- und Einzelhandels erweiterte die Möglichkeiten für die gezielte Einbeziehung privater Händler in den Neuaufbau. [7] Dafür boten die soziale Struktur dieser Schicht und die konkrete Situation des Klassenkampfes in der DDR günstige Voraussetzungen.

1949 wurden nahezu 40% aller im Einzelhandel und mehr als 50% der im Großhandel zirkulierenden Waren vom volkseigenen und genossenschaftlichen Handel umgeschlagen. [5: 109] Die Versorgung der Bevölkerung verbesserte sich durch ständige Erhöhung der Warenfonds, Steigerung der Nominaleinkommen und Preissenkungen für HG-Waren bei gleichzeitig höheren Rationen für die bewirtschafteten Waren.

Während der Schaffung der Grundlagen des Sozialismus wurden auch im Binnenhandel der DDR die sozialistischen Produktionsverhältnisse zum Sieg geführt; 1961 wurden fast 98% des Großhandelsumsatzes von sozialistischen Großhandelsgesellschaften (OHG) realisiert [14 (1973): 271], die 1960 aus der Zusammenführung des volkseigenen und des konsumgenossenschaftlichen Großhandels hervorgegangen waren. Vorausgegangen (1953-1956) war die organisatorische und leitungsmäßige Trennung des Konsumguter- und Produktionsmittelgroßhandels und eine von den Einzelhandelsbranchen ausgehende Gliederung des Konsumgütergroßhandels, die es gestattete, die Konsumentenwünsche wirkungsvoller gegenüber der Produktion zu vertreten und die Warenbewegung rationeller durchzuführen. Angesichts der zunehmenden Konzentration der Produktion sowie der Spezialisierung von Produktion und Einzelhandel bei insgesamt steigenden Warenfonds war diese Umstrukturierung notwendig geworden.

Der Produktionsmittelhandel ist entsprechend seiner Aufgabe, die materiell-technische Versorgung der Produktion zu sichern, nach der Industriezweigstruktur gegliedert. Er realisiert auch Warenumsatz an individuelle Konsumenten und Betriebe des Einzelhandels. Der Direktbezug des Konsumenten von der Produktion hat in der Produktionsmittelzirkulation gegenüber der mit Konsumgütern einen wesentlich höheren Anteil.

Der sozialistische Einzelhandel tätigte 1960 77,3% des Warenumsatzes. [14 (1976): 249] In der HG und den Konsumgenossenschaften prägten sich zunehmend Merkmale **[913]** sozialistischer Handelstätigkeit aus; sie beschleunigten die Entwicklung des Verkaufsstellennetzes in Industriezentren und auf dem Lande bei gleichzeitiger Spezialisierung und Anwendung moderner Verkaufsformen (vor allem der Selbstbedienung), entfalteten den sozialistischen Wettbewerb, aktivierten die Mitwirkung der Bevölkerung in ehrenamtlichen Kundenorganen und führten eine systematische Qualifizierung der Beschäftigten durch. Wichtigster Beitrag der Konsumgenossenschaften waren ihre großen Aktivitäten zur besseren Versorgung der Landbevölkerung sowie ihre Vorbildrolle als Genossenschaft bei der sozialistischen Umgestaltung der Landwirtschaft.

Der Bevölkerung konnte ein kontinuierlich wachsendes und auch besser strukturiertes Warenangebot bereitgestellt werden. Der Einzelhandelsumsatz war von 1950-1962 um das 2,7fache auf 47,3 Mrd. Mark gestiegen. [14 (1976): 249]

Zu diesem Ergebnis hatten auch zahlreiche private Einzelhändler beigetragen. Als wirkungsvolle Form ihrer Einbeziehung erwiesen sich *Kommissionshandels*verträge [7], die der sozialistische Handel mit den privaten Händlern abschloß. Das erhöhte deren Versorgungswirksamkeit, erlaubte ihre festere Einbeziehung in die Planung und gab ihnen die Perspektive für weitere Aktivitäten beim sozialistischen Aufbau. Diese Form der Bündnispolitik gegenüber kleinen privaten Einzelhändlern bewährte sich in der DDR auch in den folgenden Jahren.

In der Phase der entwickelten sozialistischen Gesellschaft ist dem Binnenhandel der DDR die Aufgabe gestellt [3], einen ständig höheren Beitrag zur Befriedigung der materiellen und kulturellen Bedürfnisse der Bevölkerung zu leisten, die Herausbildung sozialistischer Verbrauchs- und Lebensgewohnheiten zu unterstützen und seinen Wirkungsgrad bei der effektiven Gestaltung der Volkswirtschaft zu erhöhen. [10: 116]

Der wirkungsvolleren Wahrnehmung der gemeinsamen Verantwortung aller Volkswirtschaftszweige für die Versorgung und die Gestaltung der Konsumgüterzirkulation dienen zahlreiche Kooperationsbeziehungen. Sie gehen mit der Vervollkommnung der Leitung und Planung von Handel und Versorgung einher.

Im Großhandel schritten die Spezialisierung und die Profilierung nach der Verbrauchsstruktur weiter voran (z. B. in Gestalt von Großhandelsbetrieben für Waren des täglichen Bedarfs).

Der Einzelhandel erhöhte den Warenumsatz beträchtlich (1960-1971 um fast 50% auf 66,6 Mrd. Mark, die zu 81,3% von sozialistischen Betrieben und zu mehr als 9% von Kommissionshändlern realisiert wurden) [14 (1976): 249] und begann gleichzeitig, seine kulturell-erzieherischen Aufgaben vielfältiger wahrzunehmen.

Die gewachsenen Leistungen setzten voraus, daß auch im Handel die Intensivierung und Rationalisierung [2] mehr in den Vordergrund rückten. Rekonstruktionsmaßnahmen sowie der Bau neuer Verkaufseinrichtungen (vor allem Kaufhallen für Waren des täglichen Bedarfs und Landhandelszentren) ergaben das Ansteigen der durchschnittlichen Verkaufsfläche der 107.000 Verkaufsstellen (1970) auf 48 m^2 [11] und förderten die Leistungsfähigkeit des Binnenhandels.

Das wachsende Niveau des Binnenhandels der DDR ist nicht zuletzt durch einen intensiveren Erfahrungsaustausch und engere Zusammenarbeit zwischen den Betrieben und Leitungsorganen des Binnenhandels der RGW-Länder bestimmt. Die internationale Zusammenarbeit trägt in wachsendem Maße dazu bei, daß der Binnenhandel der DDR die ihm im Programm der SED gestellte Aufgabe [13: 29] erfüllt, ein bedarfsgerechtes Angebot bereitzustellen, den Einkauf zu erleichtern und die Kundendienste auszubauen sowie durch zweckmäßige Warenwege und Weiterführung der Rationalisierung und Rekonstruktion den Warenumschlag zu beschleunigen. **[914]**

Literatur:

1. *Bönewitz, W.,* in: Wissenschaftliche Zeitschrift der Handelshochschule Leipzig 1976 (2), H. I, S. 51 ff.; 2. *Cramer, W./Kamp, K./Schenk, J.:* Sozialistische Intensivierung der Konsumgüterzirkulation. Berlin 1975; 3. *Dorner, A.:* Zur Politik der SED auf dem Gebiet von Handel und Versorgung und zu deren Umsetzung im Konsumgüterbinnenhandel der DDR in den Jahren von 1963 bis 1970. Leipzig 1972 (Diss.); 4. *Gogol, B. I.:* Ökonomik des Handels in der UdSSR. Berlin 1973; 5. *Heinrichs, W.:* Ökonomik des Binnenhandels in der DDR. Berlin 1962; 6. *Heidt, P.:* Die Entwicklung des Konsumgüterbinnenhandels in der DDR. Leipzig 1966; 7. *Horn, W.:* Die Politik der SED gegenüber den kleineren und mittleren privaten Einzelhändlern im Verlauf der volksdemokratischen Revolution auf dem Gebiet der DDR. Leipzig 1962 (Diss.); 8. *Beiträge zur Geschichte des Binnenhandels der DDR von 1945 bis 1960/61.* Leipzig 1975; 9. *Dokumente der SED.* Bd. 1, Berlin 1951; 10. *Dokumente des VIII. Parteitages der SED.* Berlin 1971; 11. *Eine gute Bilanz,* in: Der Handel 1971 (21), H. 10, 8.372; 12. *25 Jahre des sozialistischen Handels.* Prag 1973; 13. *Programm der SED.* Berlin 1976; 14. *Statistisches Jahrbuch der DDR.* Berlin 1973 ff.; 15. *Statističeskij ežegodnik stran-členov Soveta Ėkonomičeskoj Vzaimopomošči.* Moskau 1976.

Axel Dorner

2.7.7. Eigentumsverhältnisse

Die Eigentumsverhältnisse, die Beziehungen zwischen den Menschen im gesellschaftlichen Produktions- und Reproduktionsprozeß, die sich unmittelbar aus ihrer Stellung zu den Produktionsbedingungen, vor allem zu den Produktionsmitteln, ergeben, bilden das grundlegende Produktionsverhältnis in jeder Gesellschaftsformation. „Es ist jedesmal", schrieb Marx, „das Verhältnis der Eigentümer der Produktionsbedingungen zu den unmittelbaren Produzenten – ein Verhältnis, dessen jedesmalige Form stets naturgemäß einer bestimmten Entwicklungsstufe der Art und Weise der Arbeit und daher ihrer gesellschaftlichen Produktivkraft entspricht –, worin wir das innerste Geheimnis, die verborgne Grundlage der ganzen gesellschaftlichen Konstruktion ... finden." [MEW 25: 799] Alle übrigen Beziehungen, die die Menschen untereinander im Produktionsprozeß eingehen, sind aus diesem grundlegenden Produktionsverhältnis abgeleitet. Die Vereinigung der unmittelbaren Produzenten mit den sachlichen Produktionsbedingungen erfolgt im Prozeß der Produktion und Reproduktion der gesellschaftlichen Lebensbedingungen. Dieser Prozeß ist immer zugleich Aneignungsprozeß der Produktionsbedingungen und seiner Resultate. Die Eigentumsverhältnisse bringen das Wesen dieses Aneignungsprozesses und die damit verbundenen Abhängigkeitsverhältnisse zum Ausdruck.

Die sozialistischen Eigentumsverhältnisse stellen historisch den bisher fortgeschrittensten Grundtyp der Eigentumsverhältnisse dar. Ihre Wesensmerkmale sind: 1. Die Trennung der unmittelbaren Produzenten von dem Eigentum an den Produktionsmitteln ist aufgehoben, die Arbeiterklasse und die mit ihr verbündeten Klassen und Schichten sind gemeinschaftliche Eigentümer der vergesellschafteten Produktionsmittel. 2. Anstelle der bisher vorherrschenden antagonistischen Klasseninteressen bilden sich erstmals in der Geschichte gesamtgesellschaftliche Interessen der Werktätigen heraus, die den Entwicklungsgang der Gesellschaft bestimmen. 3. Der Konkurrenzcharakter der Beziehungen zwischen den Produzenten wird abgelöst durch Beziehungen der kameradschaftlichen Zusammenarbeit und gegenseitigen Hilfe, die dem sozialistischen Charakter der **[915]** Arbeit das Gepräge geben. 4. An die Stelle der gesellschaftlichen Anarchie im Produktions- und Aneignungsprozeß tritt die Planmäßigkeit im gesamtgesellschaftlichen Rahmen; die den historischen Charakter der Eigentumsverhältnisse entsprechende Notwendigkeit zur ständigen Höherentwicklung der Produktionsverhältnisse in Übereinstimmung mit der Dynamik der gesellschaftlichen Produktivkräfte vollzieht sich auf planmäßiger Grundlage.

Die Ablösung der vorsozialistischen Eigentumsverhältnisse durch sozialistische leitet somit einen völlig neuen Entwicklungsabschnitt der Menschheit ein, denn „der Umkreis der die Menschen umgebenden Lebensbedingungen, der die Menschen bis jetzt beherrschte, tritt jetzt unter die Herrschaft und Kontrolle der Menschen ... Erst von da an werden die Menschen ihre Geschichte mit vollem Bewußtsein selbst machen, erst von da an werden die von ihnen in Bewegung gesetzten gesellschaftlichen Ursachen vorwiegend und in stets steigendem Maße auch die von ihnen gewollten Wirkungen haben. Es ist der Sprung der Menschheit aus dem Reiche der Notwendigkeit in das Reich der Freiheit." [MEW 20: 264]

Die Entstehung sozialistischer Eigentumsverhältnisse vollzieht sich in dem revolutionären Prozeß der Ablösung und Umwandlung der vorsozialistischen Eigentumsverhältnisse. Sozialistische Eigentumsverhältnisse sind unvereinbar mit Ausbeutungsverhältnissen, die sich auf den Klassenantagonismus zwischen den Eigentümern der Produktionsmittel und dem eigentumslosen Proletariat begründen. Sie können sich demzufolge auch nicht im Schoße der alten Gesellschaft herausbilden. Erst im Ergebnis der politischen Machtübernahme durch die Arbeiterklasse entstehen und entwickeln sie sich. Wie die historischen Erfahrungen der UdSSR, der DDR und der anderen sozialistischen Staaten lehren, ist bis zum endgültigen Sieg der sozialistischen Produktionsverhältnisse jeweils eine besondere Übergangsperiode vom Kapitalismus zum Sozialismus in den einzelnen Ländern erforderlich, während der zeitweilig noch mehrere Wirtschaftsformen, verschiedene Typen von Produktionsverhältnissen nebeneinander bestehen, bis die sozialistischen vorherrschend werden. In der DDR währte diese Übergangsperiode 10-15 Jahre und endete anfangs der 60er Jahre. Die Notwendigkeit einer solchen Übergangsperiode vom Kapitalismus zum Sozialismus und die Tatsache, daß in dieser Periode eine Reihe allgemeingültiger Gesetzmäßigkeiten – trotz aller Besonderheiten in den einzelnen Ländern – realisiert

werden, unterstreicht den objektiven Charakter der sozialistischen Produktionsverhältnisse und damit auch der ihnen zugrunde liegenden Eigentumsverhältnisse.

Die Ablösung und Umwandlung der vorsozialistischen in sozialistische Eigentumsverhältnisse vollzieht sich auf mehreren Wegen: Der *erste* Weg – und für die revolutionäre Umwälzung der bestehenden Produktionsverhältnisse entscheidende Schritt – ist die Enteignung der großen kapitalistischen Betriebe, der Banken, Versicherungen etc. und ihre Überführung in Volkseigentum. Ein *zweiter* Weg ist die allmähliche Überwindung der einfachen Warenproduktion auf dem Lande und in der Stadt durch die Entwicklung von Produktionsgenossenschaften. Ein *dritter* Weg ist die Beteiligung des sozialistischen Staates an privatkapitalistischen Betrieben, wodurch Eigentumsformen entstehen, die ebenfalls eine Form der schrittweisen Umwandlung von privatkapitalistischem Eigentum in sozialistisches Eigentum darstellen. Die weitere Entwicklung des sozialistischen Eigentums in seinen beiden Formen, dem gesamtgesellschaftlichen Volkseigentum und dem genossenschaftlichen Gemeineigentum [10: 7], vollzieht sich nach der Entstehung eines sozialistischen Sektors in der Volkswirtschaft in wachsendem Maße auf eigener Grundlage: durch die erweiterte sozialistische Reproduktion der Produktionsfonds auf der Grundlage der sozialistischen Akkumulation.

[916] Die Formen der Umwandlung vorsozialistischer Eigentumsverhältnisse in sozialistische umfassen eine weite Skala konkreter Wege, die von der entschädigungslosen Enteignung der Produktionsmittel über Formen des Loskaufs (Enteignung gegen Entschädigung) bis zur direkten Hilfe des sozialistischen Staates bei der Entwicklung der Genossenschaften reicht. Welche Formen jeweils dominieren, hängt ab von der welthistorischen Situation, dem Entwicklungsstand der Produktivkräfte und vom Kräfteverhältnis zwischen Arbeiterklasse und Bourgeoisie.

In der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands bzw. der DDR ist der erste Schritt zur revolutionären Umgestaltung der Eigentumsverhältnisse schon in der Etappe der antifaschistisch-demokratischen Etappe der Revolution vollzogen worden. In dem „Volksentscheid über die Übergabe von Betrieben von Kriegs- und Naziverbrechern“ entschied sich die große Mehrheit der Bevölkerung des Landes Sachsen am 30. Juni 1946 für die entschädigungslose Enteignung der Betriebe von Kriegs- und Naziverbrechern und für ihre Überführung in Volkseigentum. Gemäß dieser Willensbekundung der sächsischen Bevölkerung wurden im Land Sachsen und danach auch in den anderen Ländern und Provinzen der damaligen sowjetischen Besatzungszone entsprechende Gesetze erlassen und verwirklicht. Bis Ende des 1. Quartals 1948 wurden auf dieser Grundlage insgesamt 9.281 Betriebe volkseigen.

Im Beschluß der 11. Tagung des Parteivorstandes der SED vom 30. Juni 1948 wird festgestellt, daß „durch die Enteignung der Kriegs- und Naziverbrecher die Schlüsselstellungen in der Wirtschaft der Zone in die Hände des Volkes über(gingen). Die Grundlage der Industrie sind jetzt die volkseigenen Betriebe, die im 1. Quartal 1948 nur 8 v. H. der Gesamtzahl der meldepflichtigen Industriebetriebe darstellten, aber fast 40 v. H. der Produktion der wichtigsten Industriezweige der Zone erzeugten. Es blieb demnach wohl die Mehrheit der Betriebe in Privatbesitz, aber der Herrschaft der Monopole wurde ein Ende bereitet ... Somit verfügt das Volk über wichtige Positionen in der Wirtschaft der sowjetischen Besatzungszone.“ [4: 24]

Die Schlüsselstellungen im Verkehrswesen befanden sich zu diesem Zeitpunkt ebenfalls schon in den Händen des Volkes; 98,6% der Eisenbahnen waren volkseigen, der Kraftwagenpark und die Traktoren befanden sich dagegen noch zu 85% in Privatbesitz, ebenso wie 88% der Binnenflotte. Alle kapitalistischen Großbanken wurden aufgelöst und auf ihrer Grundlage Volksbanken geschaffen, der Anteil der Privatbanken war schon auf 0,3% gesunken. Das gesamte Versicherungswesen befand sich ebenfalls im Volkseigentum. [4: 25]

Auch in der Landwirtschaft traten radikale Veränderungen ein: „Durch die Bodenreform haben die Junker, Gutsherren und andere Nazi- und Kriegsverbrecher ihren gesamten Boden und andere Produktionsmittel eingebüßt ... Es wurden 6.837 Gutsherren- und Junkerbetriebe in der Zone mit einem Bodenbesitz von 2.472.000 Hektar enteignet. Zusammen mit dem Grundbesitz der Kriegsverbrecher und aktiven Pgs (Mitglieder der Nazipartei – d. Vf.) sowie mit einem Teil der staatlichen und städtischen Güter wurden 3.147.000 Hektar in die Hände der Bauern übergeben.“ [4: 26]

Nachdem der erste Schritt in der revolutionären Umwandlung der Eigentumsverhältnisse vollzogen und ein volkseigener Sektor der Wirtschaft entstanden war, gewannen nunmehr die anderen Formen der Umgestaltung vorsozialistischer Eigentumsverhältnisse in sozialistische besondere Bedeutung.

Der Prozeß des allmählichen Zusammenschlusses der einfachen Warenproduzenten auf dem Lande und in der Stadt durch die *Entwicklung von Produktionsgenossenschaften* begann nach dem historischen Beschluß der 2. Parteikonferenz der SED vom 12.7.1952, in dem festgestellt worden war, daß die politischen und ökonomischen Be-**[917]**dingungen sowie das Bewußtsein der Arbeiterklasse und der Mehrheit der Werktätigen so weit entwickelt waren, daß der Aufbau des Sozialismus zur grundlegenden Aufgabe in der DDR geworden ist.

In der *Landwirtschaft* der DDR beschleunigte sich der Prozeß der Bildung von landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften (LPG) besonders in der 2. Hälfte der 50er Jahre. 1953 gab es in der Landwirtschaft der DDR 4691 LPG, 1955 waren es 6.047, 1959 10-132, und 1960 schließlich gab es insgesamt 19.313 LPG mit 901.490 Mitgliedern. [13: (1960/61): 421] [13: (1975): 178] Damit war der Prozeß der Umwandlung der Formen der einfachen Warenwirtschaft in sozialistische Eigentumsverhältnisse auf dem Lande durch die Bildung von LPG nahezu abgeschlossen. Der Anteil an der gesamten landwirtschaftlichen Nutzfläche erreichte 84,4%, so daß nunmehr der Anteil des sozialistischen Sektors insgesamt 92,5% betrug (s. Tabelle 1).

Tabelle 1
Entwicklung der Formen des Eigentums an der landwirtschaftlichen Nutzfläche der DDR 1950-1972 (in %) [3: 201]

	Sozialistisches Eigentum			Privates Eigentum
	insgesamt	volkseigen	genossenschaftlich	
1950	5,7	5,7	–	94,3
1955	27,3	8,7	18,6	72,7
1960	92,5	8,1	84,4	7,5
1965	93,9	7,9	86,0	6,1
1970	94,2	8,1	86,1	5,8
1972	94,4	8,1	86,3	5,6

Dagegen ist der Prozeß der Überführung der auf der einfachen Warenwirtschaft beruhenden handwerklichen Produktion auf sozialistische Grundlagen noch nicht abgeschlossen, obwohl auch hier die Entwicklung der Produktionsgenossenschaften eine bedeutende Rolle spielt. Die Entwicklung von Produktionsgenossenschaften des Handwerks (PGH) begann vor allem in der 2. Hälfte der 50er Jahre und setzte sich bis 1971 verstärkt fort. 1971 bestanden 4.481 PGH mit 244.976 Mitgliedern, die 51,3% aller handwerklichen Leistungen erbrachten. Dieser Prozeß beinhaltete zugleich eine Vertiefung der Vergesellschaftung der Produktion. In einigen Zweigen des Handwerks setzten sich industrielle Fertigungsmethoden durch; sie wurden wichtige Zulieferbetriebe der Industrie. Damit waren die Voraussetzungen für die Überführung eines Teils der PGH in Volkseigentum gegeben, die 1972 erfolgte. Bis Ende 1972 reduzierte sich dementsprechend die Zahl der PGH auf 2.779 mit insgesamt 130.962 Mitgliedern, d. h., es wurden 1972 etwa 1.700 PGH mit annähernd 114.000 Mitgliedern in VEB umgewandelt (s. Tab. 2).

Der Prozeß der Vergesellschaftung der Produktion verläuft im Bereich der handwerklichen Tätigkeit sehr differenziert; er setzt sich auch in der entwickelten sozialistischen Gesellschaft noch fort. Demgemäß ist im Programm der SED festgehalten, daß „die sozialistische Gesellschaft den Handwerkern und Gewerbetreibenden günstige Möglichkeiten (bietet), ihre Kräfte und Fähigkeiten im Interesse der Gesellschaft anzuwenden, am Aufbau der neuen Gesellschaft aktiv mitzuwirken und eine entsprechende **[918]**

Tabelle 2
Entwicklung des Anteils der PGH und der privaten Betriebe an der Leistung des Handwerks in der DDR 1953-1976 (in %) [13: 1977, 162]

	PGH	Private Betriebe		PGH	Private Betriebe
1953	0,2	99,8	1970	49,9	50,1
1957	1,5	98,5	1971	51,3	48,7
1958	7,1	92,9	1972	34,2	65,8
1959	21,0	79,0	1974	36,9	63,1
1960	29,4	70,6	1975	38,3	61,7
1961	34,3	65,7	1976	39,6	60,4
1965	40,2	59,8			

Vergütung für ihre Arbeit zu erhalten. Von den Handwerkern und Gewerbetreibenden wird insbesondere ein wichtiger Beitrag zur Sicherung und Erweiterung der Dienstleistungen für die Bevölkerung erwartet.“ [11: 39] Auch in der entwickelten sozialistischen Gesellschaft wird es somit noch private Handwerker und Einzelhändler geben. Ende 1976 gab es neben den 143.076 genossenschaftlichen Handwerkern in 2.792 PGH insgesamt 260.146 Berufstätige in 85.336 privaten Handwerksbetrieben. [13 (1977): 167 ff.]

In der *Industrie* der DDR vollzog sich die weitere Umwandlung der kapitalistischen Eigentumsverhältnisse in sozialistische, nachdem ein ökonomisch starker volkseigener Sektor geschaffen worden war, vorwiegend über die dritte Form, über die *Form der staatlichen Beteiligung.* Dieser Prozeß setzte vor allem ab 1956 ein. 1955 waren erst 28,8% der Industriebetriebe volkseigen, 1,7% waren genossenschaftliche Betriebe und mehr als zwei Drittel der Betriebe – 69,5% – noch privatkapitalistisch. Aber in den volkseigenen Betrieben waren schon 81,9% der Beschäftigten vereinigt, die 83,1% der gesamten Bruttoproduktion erbrachten. 1956 begann sich die Form der staatlichen Beteiligung zu entwickeln. 1962 übertraf die Zahl der Betriebe mit staatlicher Beteiligung erstmals die Zahl der privaten Betriebe. Dieser Prozeß erreichte 1971 seinen Höhepunkt und wurde 1972 mit der Überführung dieser Betriebe in Volkseigentum auf freiwilliger Basis abgeschlossen. Insgesamt sind 1972 etwa 10.900 Betriebe mit staatlicher Beteiligung bzw. private Betriebe in Volkseigentum überführt worden (s. Tab. 3, 4).

Tabelle 3
Anteil der Eigentumsformen der Betriebe in der Industrie der DDR 1950-1972 (in %) [13]

	Sozialistische Betriebe	Betriebe mit staatlicher Beteiligung	Private Betriebe	
1950	25,6	–	74,4	
1955	30,5	–	69,5	
1956	32,3	0,8	66,9	
1957	33,4	2,5	64,1	
1958	33,4	9,0	57,5	
1959	32,3	21,0	46,6	**[919]**
1960	31,8	27,8	40,4	
1962	32,0	34,7	33,3	
1971	23,3	50,3	26,4	
1972[1]	etwa 97	etwa 3	0	

[1] geschätzt

Tabelle 4
Entwicklung des Anteils der Eigentumsformen der Industriebetriebe an der industriellen Warenproduktion in der DDR 1971-1974 (in %) [13: 1975, 107]

	Sozialistisch	Staatliche Beteiligung	Privat
1971	88,8	9,9	1,3
1972	99,9	0	0,1
1973	99,9	0	0,1
1974	100,0	0	0

Von der Tiefe des inneren Umwandlungsprozesses, der durch diese Überführung nur seine entsprechende Formveränderung erfuhr, zeugt u. a. nachdrücklich die Tatsache, daß mehr als 85% der ehemaligen Komplementäre und Inhaber von Privatbetrieben als Betriebsleiter oder für andere verantwortliche Funktionen in den neuen volkseigenen Betrieben gewonnen werden konnten. [2: 12]

Die revolutionäre Umgestaltung der vorsozialistischen Eigentumsverhältnisse endete mit dem Sieg der sozialistischen Produktionsverhältnisse in der DDR. 1960 wurden schon mehr als fünf Sechstel des gesellschaftlichen Gesamtprodukts – 83,7% – im sozialistischen Sektor der Volkswirtschaft erzeugt (s. Tab. 5) und 83,8% aller Arbeiter und Angestellten waren in volkseigenen oder genossenschaftlichen Betrieben, Einrichtungen oder Verwaltungen beschäftigt.

Tabelle 5
Entwicklung des Anteils der Eigentumsformen am gesellschaftlichen Gesamtprodukt (bis 1960) bzw. am Nettoprodukt (ab 1968) der Wirtschaftsbereiche der DDR insgesamt 1950-1974 in effektiven Preisen (in %) [13]

	Volkseigene Betriebe	Genossenschaftliche Betriebe	Betriebe mit staatlicher Beteiligung oder Kommissionsvertrag	Private Betriebe
1950	53,6	5,8	–	40,6
1955	64,4	7,5	–	28,1
1956	66,9	7,7	0,2	25,2
1957	66,4	7,7	0,9	25,0
1958	67,6	9,2	2,5	20,7
1959	69,1	10,8	4,6	15,6
1960	69,5	14,2	5,8	10,5
1968	68,1	17,4	8,3	6,2
1970	68,6	16,9	8,9	5,6
1971	68,7	16,9	8,9	5,4
1972	79,7	15,0	1,0	4,3
1973	81,2	14,0	0,9	3,9
1974	95,4	–	0,8	3,8

[920]

Im Programm der SED, das im Januar 1963 auf dem VI. Parteitag der SED beschlossen worden war, heißt es dazu: „Mit dem Sieg der sozialistischen Produktionsverhältnisse in allen Bereichen der Volkswirtschaft sind in der Deutschen Demokratischen Republik die sozialen und ökonomischen Möglichkeiten für eine Wiederherstellung des Kapitalismus ein für allemal beseitigt. Die kapitalistische Klasse ist verschwunden, es gibt weder Großbourgeoisie noch Großgrundbesitzer. Die ehemaligen Großbauern sind in die Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften eingegliedert. Damit ist das System der Ausbeutung der Menschen durch den Menschen ein für allemal abgeschafft, der in der Ausbeutergesellschaft vorhandene Klassenantagonismus fast völlig überwunden. An diesem Tatbestand kann auch das Fortbestehen von kleinen und mittleren Privatunternehmen nichts ändern, da diese eng mit der sozialistischen Wirtschaft verbunden sind. Die Beseitigung der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen und der Wirtschaftskrisen, der Arbeitslosigkeit und sozialer Unsicherheit ist die größte soziale Errungenschaft des Sozialismus.“ [12: 238]

Die Hauptform der Vermehrung des sozialistischen Eigentums an den Produktionsmitteln ist seit dem Bestehen eines sozialistischen Sektors in der Wirtschaft die sozialistische erweiterte Reproduktion der Produktionsfonds durch die sozialistische Akkumulation. 1949 betrug z. B. der durchschnittliche Grundmittelbestand in den produzierenden Bereichen der Volkswirtschaft der DDR insgesamt 119.434 Mill. Mark. Von 1949-1974 wurde ein Gesamtbetrag von 382.315 Mill. Mark in die produzierenden Bereiche investiert. Der Grundmittelbestand der produzierenden Bereiche belief sich 1974 auf 346.230 Mill. Mark. [13 (1975): 14] Der Gesamtbetrag der Investitionen, die von 1949-1974 zur Entwicklung der produzierenden Bereiche der Volkswirtschaft der DDR eingesetzt wurden, übertrifft den durchschnittlichen Grundmittelbestand des Jahres 1974 somit bereits um annähernd 36 Mrd. Mark.

Der Prozeß, in dem sich die Entstehung und Entwicklung der sozialistischen Eigentumsverhältnisse in der DDR vollzog, bestätigt die allgemeinen Gesetzmäßigkeiten bei der Ablösung und Umwandlung

vorsozialistischer Eigentumsverhältnisse in sozialistische, die sich bereits nach der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution herausgebildet hatten. Die DDR konnte sich in ihrer Entwicklung auf diese historischen Erfahrungen stützen.

[921] Als erstes Land hatte die *Sowjetunion* diesen Prozeß vollzogen. Zu den ersten Maßnahmen unmittelbar nach der Oktoberrevolution gehörte die Nationalisierung des gesamten Bodens auf der Grundlage des Dekrets über den Boden vom 8.11.1917, in derem Ergebnis der Boden staatliches sozialistisches Eigentum wurde. In der Industrie wurde zunächst das Dekret über die Arbeiterkontrolle vom 14.11.1917 beschlossen, da „das Proletariat, nachdem es an die Macht gekommen war, weder über die notwendigen Erfahrungen in der Leitung der Wirtschaft noch über Wirtschaftsorgane, die die Leitung des Wirtschaftslebens unverzüglich übernehmen konnten", verfügte. [5: 297] Doch schon beginnend mit dem Mai 1918 wurden ganze Industriezweige auf der Grundlage von Dekreten nationalisiert. Per 1.1.1919 betrug die Zahl der nationalisierten Betriebe insgesamt 3.668. Im Grunde genommen war bis zu diesem Zeitpunkt die gesamte Großindustrie, von der ein großer Teil Eigentum des ausländischen Kapitals war, nationalisiert worden.

In der Periode des Kriegskommunismus übernahm der Sowjetstaat auch die Mittel- und Kleinbetriebe der Industrie. Auf Beschluß des Obersten Volkswirtschaftsrates vom 29.11.1920 wurden alle Betriebe, die sich im Besitz von privaten Personen oder Gesellschaften befanden und mehr als 5 Arbeitskräfte bei mechanischem Betrieb bzw. mehr als zehn Arbeitskräfte ohne mechanischen Betrieb beschäftigten, nationalisiert. Gegen Ende 1920 befanden sich insgesamt 37.000 Industriebetriebe in den Händen des Staates, davon waren 24.700 Kleinbetriebe mit einer Beschäftigtenzahl bis zu 15 Arbeitskräften. Nach der Zurückweisung der imperialistischen Intervention und der Beendigung des Bürgerkrieges und mit dem Übergang zur Neuen Ökonomischen Politik (NÖP) wurde die Nationalisierung eines Teils der Kleinbetriebe wieder aufgehoben, was zu einem gewissen Wachstum der Privatindustrie führte. Im Wirtschaftsjahr 1923/24 betrug deren Anteil an der industriellen Bruttoproduktion 4,4% In den folgenden Jahren erhöhte sich dieser Anteil und erreichte 1928 17,6%. Danach begann er wieder stark abzusinken und betrug 1937 nur noch 0,2% In den ersten Jahren der Sowjetmacht sind zugleich die Banken, die Handelsflotte, der grundlegende Wohnungsfonds der Städte und die Eisenbahnen nationalisiert worden. [8: 115 f.] Während der NÖP spielten auch die Formen des Staatskapitalismus als Übergangsformen zu sozialistischen Eigentumsverhältnissen eine gewisse, allerdings keine überragende Rolle. Eine dieser Formen war z. B. die Vergabe von Konzessionen an ausländische Gesellschaften auf der Grundlage des Dekrets vom 23.11.1920 über die Konzessionen. Die größte Konzessions-Gesellschaft war die „Lena-Goldfields", die von 1925 bis 1930 in Sibirien, im Ural und im Altai-Gebiet wirkte. Auf die „Lena-Goldfields" entfielen 20% der gesamten Goldgewinnung, etwa 80% der Silberförderung und 50% des Kupferabbaus. Von Oktober 1921 bis Oktober 1929 sind insgesamt 176 Konzessionsverträge abgeschlossen worden. Die Zahl der Konzessionsangebote betrug 2.670. Eine zweite Form des Staatskapitalismus war die Bildung von Betrieben, in denen verschiedene Eigentumsformen unter paritätischen Leitung zusammenwirkten; der Sowjetstaat war hier mit 51% des Aktienkapitals beteiligt. Während der NÖP wirkten insgesamt 31 solcher Gesellschaften, von denen die bekanntesten „Ruß-Angloles", „Rußnorwegles", „Ragas" u. a. waren. 1924 hatten diese Gesellschaften einen Anteil am Außenhandel der UdSSR in Höhe von 3,3 bis 4%. Eine dritte Form bildeten schließlich die Verträge mit ausländischen Firmen über technische Hilfe. Per 1.3.1930 waren z. B. 80 solcher Verträge wirksam, die gewöhnlich für einen Zeitraum von 3 bis 6 Jahren abgeschlossen wurden. [8: 409 ff.] Neben der Heranziehung ausländischen Kapitals hielt Lenin auch die Einbeziehung des inneren Privatkapitals für den sozialistischen Aufbau wichtig. Die Hauptform wurde die Verpachtung von staatlichen Kleinbetrieben. In der RSFSR wurden insgesamt 12.500 Betriebe dafür vorgesehen, fak-**[922]**tisch waren per 1.3.1924 6.488 Betriebe in Pacht gegeben worden. Die Laufzeit der Pachtverträge betrug 3-6 Jahre. 30% der Pächter waren die ehemaligen Besitzer der Betriebe [8: 415 f.] Es ist in diesem Zusammenhang auch anzumerken, daß aufgrund eines Beschlusses des Rates der Volkskommissare vom 18.4.1918 eine teilweise Entschädigung bei Nationalisierung möglich war. Entschädigungen wurden z. B. auch in den baltischen Republiken angewandt, als diese 1940 in den Verband der UdSSR eingingen. [8: 116] Die sozialistische Umgestaltung

der Landwirtschaft vollzog sich in der UdSSR auf der Grundlage der Nationalisierung des gesamten Bodens, d. h., das Hauptproduktionsmittel der Landwirtschaft war von vornherein staatliches sozialistisches Eigentum. Dabei entwickelten sich von Anfang an beide Grundformen des sozialistischen Eigentums in der Landwirtschaft – sozialistische Staatsgüter (Sowchose) und Kollektivwirtschaften (Kolchose) – gleichermaßen. Die Bildung von Staatsgütern war bereits im Dekret über den Boden vorgesehen worden, vor allem in bezug auf hochentwickelte Gutswirtschaften. Aber auch die Neulandgewinnung vollzog sich hauptsächlich über die Bildung von Staatsgütern. Da dieser Prozeß sich bis in die Gegenwart fortsetzt, erhöhte sich auch nach Abschluß der Kollektivierung ihr Anteil an der landwirtschaftlichen Nutzfläche der Sowjetunion bis 1974 auf mehr als 60%. [14 (1974): 4 f.] Die Entwicklung der sozialistischen Kollektivwirtschaften vollzog sich in der Sowjetunion zunächst in drei Grundformen: 1. Landwirtschaftliche Kommunen, die die Beseitigung jeglichen individuellen Eigentums der Bauern forderten; 2. landwirtschaftliche Artels, in denen bei voller Vergesellschaftung der Hauptproduktionsmittel dem Bauern die Wohnbauten, der Hof, ein Teil des produktiven Viehs und ein Stück Land verblieben und 3. die Genossenschaften zur gemeinschaftlichen Bearbeitung des Bodens, die sich vor allem in der Periode der durchgängigen Kollektivierung entwickelten. Als die progressivste Form der Kollektivwirtschaften erwies sich das landwirtschaftliche Artel, das nach 1933 zur vorherrschenden und schließlich zur einzigen Form der sozialistischen Kollektivwirtschaften in der Landwirtschaft der Sowjetunion wurde (s. Tab. 6).

Tabelle 6
Entwicklung der Kollektivwirtschaften in der UdSSR 1918-1931/32 [8: 190]

	1918	1919	1920	1924	1926	1926/27	1931/32
Landwirtschaftliche Kommunen	975	1.961	2.117	1.290	1.935	1.276	2.135
Landwirtschaftliche Artels	604	3.606	8.581	6.880	9.647	6.707	12.810
Genossenschaften zur Bearbeitung des Bodens	–	622	–	3.201	4.726	5.355	15.555
Sonstige Kollektive	–	–	946	904	37	–	–

In den *anderen Mitgliedsländern des RGW* vollzog sich der Prozeß der Umwandlung vorsozialistischer Eigentumsverhältnisse im wesentlichen nach den gleichen allgemeinen Gesetzmäßigkeiten wie auch in der Sowjetunion und der DDR (s. Tab. 7). **[923]**

Tabelle 7
Anteil der verschiedenen sozialökonomischen Sektoren am produzierten Bruttoprodukt von Industrie und Landwirtschaft zu Beginn und am Ende der Übergangsperiode in den Mitgliedsländern des RGW [15: 47]

		Sozialistische Industrie				Sozialistischer Sektor der Landwirtschaft	Privater Sektor der Landwirtschaft
		insgesamt	staatlicher Sektor	genossenschaftlicher Sektor	privater Sektor		
Bulgarien	1948	91,7	81,1	10,6	8,3	62,9[1]	37,1[1]
	1960	99,1	87,0	12,1	0,9	99,1	0,9
Ungarn	1949	85,7	84,6	1,1	14,3	11,5	88,5
	1960	97,4	92,6	4,8	2,6	76,8	23,2
	1965	–	–	–	–	96,7	3,3
DDR	1950	70,4	–	–	29,6	–	–
	1960	88,7	–	7,5[2]	3,8	80,0[3]	20,0[3]
Polen	1949	93,9	87,7	6,2	6,1	8,0[4]	92,0[4]
	1960	99,3	86,9	12,1	0,7	10,8	89,2
	1970	–	–	–	–	14,3	85,7
Rumänien	1948	51,4	51,4	0,0	48,6	8,2[4]	91,8[4]
	1960	98,8	95,2	3,6	1,2	64,6	35,4
	1965	–	–	–	–	90,9	9,1
UdSSR[5]	1928	82,4	69,4	13,0	17,6	2,7[6]	97,3[6]

		Sozialistische Industrie				Sozialistischer Sektor der Landwirtschaft	Privater Sektor der Landwirtschaft
		insgesamt	staatlicher Sektor	genossenschaftlicher Sektor	privater Sektor		
	1937	99,8	90,3	9,5	0,2	93,0	7,0
ČSSR	1948	86,1	84,7	1,4	13,9	17,0[4]	83,0[4]
	1960	99,9	96,8	3,1	0,1	90,5	9,5

[1] 1952
[2] halbstaatliche Betriebe
[3] Land- und Forstwirtschaft
[4] 1950
[5] Für die Sowjetunion wurde als Ausgangsperiode nicht das Jahr 1917 (Beginn der Übergangsperiode) gewählt, sondern das Jahr 1928, das den Anfang der massenhaften Kollektivierung der Landwirtschaft bedeutete.
[6] Aussaatfläche

Bei aller Unterschiedlichkeit des Tempos, der Anteile der verschiedenen Formen und der Wechselbeziehungen zwischen ihnen setzte sich letztlich in allen Ländern die allgemeingültige Struktur der sozialistischen Eigentumsverhältnisse durch. In allen genannten Ländern betrug der Anteil des sozialistischen Sektors in der Industrie 1960 schon mehr als 97%, eine Ausnahme bildete hier die DDR. In der Landwirtschaft kam die sozialistische Vergesellschaftung der grundlegenden Produktionsmittel zu unterschiedlichen Zeitpunkten zum Abschluß, war aber 1965 ebenfalls vollzogen. Eine Ausnahme bildet die VR Polen, in der der Privatsektor noch die dominierende Rolle spielt.

Entsprechend den historischen Voraussetzungen und in Übereinstimmung mit den konkreten Wegen seiner Entstehung und Herausbildung existiert das *sozialistische Eigen*-**[924]***tum an den Produktionsmitteln* in *zwei Formen: Volkseigentum* und *genossenschaftliches Eigentum.* Marx und Engels sagten im „Kommunistischen Manifest“ voraus, daß „das Proletariat ... alle Produktionsinstrumente in den Händen des Staates ... zentralisieren“ wird. [MEW 4: 48] Die staatliche Form des sozialistischen Eigentums an den Produktionsmitteln ist eine historische Notwendigkeit, die sich zum einen aus dem objektiv erreichten Entwicklungsstand der gesellschaftlichen Produktivkräfte ergibt, die die gesamtgesellschaftliche Organisation des Reproduktionsprozesses nachgerade zum dringenden Erfordernis macht. Der Grad der wechselseitigen Verflechtungen zwischen den einzelnen Produktionen wächst in einem solchen Maße, daß eine harmonische Entwicklung der Volkswirtschaft ohne gesamtgesellschaftliche Leitung und Planung undenkbar wird. Zum andern ist die staatliche Form des sozialistischen Eigentums an den Produktionsmitteln die unerläßliche Voraussetzung dafür, daß die Arbeiterklasse ihre historische Mission, die Beseitigung jeglicher Klassen und sozialer Unterschiede und die Aufhebung des Staates als Klassenorgan selbst, erfolgreich und ohne Umwege verwirklichen kann. Der sozialistische Staat ist der Repräsentant der gesamtgesellschaftlichen Interessen, das Instrument, mit dessen Hilfe die Arbeiterklasse im Bündnis mit den anderen werktätigen Klassen und Schichten das große gesellschaftliche Ziel, den allmählichen Aufbau der kommunistischen Gesellschaft, in die Tat umsetzen wird.

Dennoch nimmt nur ein Teil des sozialistischen Eigentums die Form des staatlichen Eigentums an den Produktionsmitteln an, während ein anderer Teil genossenschaftliches Eigentum wird. Die entscheidende Ursache für die Herausbildung und Entwicklung des sozialistischen Eigentums an den Produktionsmitteln in zwei Formen ist der unterschiedliche Grad der Vergesellschaftung der Produktion in Industrie und Landwirtschaft. Die kapitalistische Produktionsweise vertieft den historisch entstandenen Gegensatz zwischen Stadt und Land. Die Landwirtschaft hat unter kapitalistischen Bedingungen an dem allgemeinen Vergesellschaftungsprozeß nur einen geringen Anteil. Der sozialistischen Gesellschaft bleibt als Hinterlassenschaft der kapitalistischen Produktionsweise die historische Aufgabe, den Vergesellschaftungsprozeß der Produktion und der Arbeit „nachzuholen“, d. h. alle gesellschaftlichen Voraussetzungen zu geben, damit sich die Produktivkräfte in einem solchen Maße entfalten können, daß der jahrhundertelange Gegensatz zwischen Stadt und Land aufgehoben wird.

Dem Entwicklungsstand der Produktivkräfte und dem Vergesellschaftungsgrad der Produktion in der Landwirtschaft entspricht nach allen historischen Erfahrungen am besten die genossenschaftliche Form des sozialistischen Eigentums. Durch den freiwilligen Zusammenschluß der einfachen Warenproduzenten zu Genossenschaften in der sozialistischen Gesellschaft entstehen überhaupt erst einmal die elementaren Voraussetzungen für eine kooperative Arbeit und den Einsatz moderner Technik. Volkseigentum und genossenschaftliches Eigentum an den Produktionsmitteln bilden somit keinen Gegensatz, sondern sie stehen in enger Wechselbeziehung zueinander. In diesem Wechselverhältnis hat das Volkseigentum – als die höhere Form – die führende Stellung inne.

Die Hervorhebung der führenden Stellung des Volkseigentums gegenüber der genossenschaftlichen Eigentumsform ist nicht als eine Herabminderung der außerordentlichen Bedeutung der Entwicklung der Genossenschaften für den kommunistischen Aufbau zu werten. Lenin, dem das historische Verdienst gebührt, mit dem „Genossenschaftsplan" theoretische und praktische Grundlagen für die sozialistische Umgestaltung der einfachen Warenproduktion geschaffen zu haben, formulierte die These, „daß das einfache Wachstum der Genossenschaften ... mit dem Wachstum des Sozialismus identisch ist" [LW 33: 460]. Das genossenschaftliche Eigentum ist als Form des sozialistischen Eigentums nicht autonom gegenüber den gesamtgesellschaftlichen Eigentumsverhältnissen. **[925]** Genossenschaftliches Eigentum ist nicht identisch mit Gruppeneigentum im Sinne anarchosyndikalistischer Vorstellungen. Es ist vielmehr eine spezifische Form der allgemeinen Vergesellschaftung der Arbeit und der Produktion.

Der Übergang von der einzelbäuerlichen Produktion zur kooperativen Arbeit kann sich nicht auf den Rahmen der einzelnen Kollektivwirtschaften beschränken, weil diese kooperativen Formen zwangsläufig über die neu entstehenden und sich vertiefenden Verflechtungsbeziehungen zu anderen Bereichen der Volkswirtschaft mit dem gesamtgesellschaftlichen Reproduktionsprozeß verbunden sind. Der sozialistische Staat trägt diesen objektiven Erfordernissen Rechnung, indem er den Prozeß der Herausbildung und Entwicklung der Genossenschaften durch eine Reihe von wirtschaftspolitischen Maßnahmen bewußt fördert: Bildung eines Netzes von Maschinen-Ausleih-Stationen (MAS) bzw. von Maschinen-Traktoren-Stationen (MTS), von einer staatlichen Erfassungs- und Aufkauforganisation, Entwicklung von volkseigenen Gütern als Musterformen der gesellschaftlichen Produktion in der Landwirtschaft, preis- und steuerpolitische Maßnahmen, Kredite, Aufbau eines Aus- und Weiterbildungssystems für die Werktätigen der Landwirtschaft u. a. m. Die Entwicklung der genossenschaftlichen Produktion ist eingeordnet in den gesamtgesellschaftlichen Plan zur Entwicklung der Volkswirtschaft. Von vornherein ist somit der Prozeß der Vergesellschaftung der Arbeit in den Produktionsgenossenschaften auf vielfältige Weise und in stets zunehmendem Maße mit dem allgemeinen Vergesellschaftungsprozeß der Produktion verbunden.

Mit der Höherentwicklung der landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften nähern sich die beiden Grundformen des sozialistischen Eigentums immer stärker an. Im Prozeß der Vergesellschaftung der Produktion verändert sich mit der Einführung industrieller Produktionsmethoden durch Anwendung komplexer Maschinensysteme entsprechend auch der Charakter der landwirtschaftlichen Arbeit. Trotz dieser Annäherung behält die genossenschaftliche Eigentumsform auch in der entwickelten sozialistischen Gesellschaft – wie die historischen Erfahrungen zeigen – ihre eigenständige Bedeutung bei.

Literatur:

1. *Honecker, E.:* Bericht des ZK der SED an den IX. Parteitag der SED. Berlin 1976; 2. *Mittag, G.:* Aus dem Bericht des Politbüros an das ZK der SED auf der 8. Tagung des ZK. Berlin 1972; 3. *Bündnis der Arbeiter und Bauern.* Berlin 1975; 4. *Dokumente der SED.* Bd. II, Berlin 1951; 5. *Geschichte der KPdSU.* Berlin 1971; 6. *30 Jahre Volkseigene Betriebe.* Berlin 1976; 7. *Lehrbuch Politische Ökonomie Sozialismus.* Berlin 1972; 8. *Mirovaja socialističeskaja sistema chozjajstva.* Bd. 1, Moskau 1966; 9. *Politische Ökonomie.* Bd. 3. Berlin 1973; 10. *Politische Ökonomie des Sozialismus.* Berlin 1973; 11. *Programm der SED.* Berlin 1976; 12. *Revolutionäre deutsche Parteiprogramme.* Berlin 1967; 13. *Statistisches Jahrbuch der DDR.* Berlin 1956 ff.; 14. *Statističeskij ežegodnik stran-členov Soveta Ėkonomičeskoj Vzaimopomošči.* Moskau 1971 ff.; 15. *Teoria i praktika stroitelstva socialisma.* Moskau 1975.

Ottomar Kratsch **[926]**

2.7.8. Energiewirtschaft

Die Energiewirtschaft hat für den wissenschaftlich-technischen Fortschritt im Gesamt-rahmen der sozialistischen Volkswirtschaft, für das Erreichen qualitativ höherer Stufen der gesellschaftlichen Arbeitsproduktivität sowie für die Bedürfnisbefriedigung der Gesellschaft entscheidende Bedeutung. [1: 185]

Die Mechanisierung und die Automatisierung der Produktionsprozesse in der Industrie, die Anwendung hochproduktiver Verfahren, die Rationalisierung im Verkehrswesen, die Einführung industriemäßiger Methoden in der Landwirtschaft und die steigenden materiellen und kulturellen Bedürfnisse der Bevölkerung stellen ständig wachsende Anforderungen an die Versorgung mit Rohenergie (festen, flüssigen und gasförmigen Brennstoffen) und Gebrauchsenergie (Elektrizität, Gas und Wärme). Dabei hat die Versorgung mit Elektroenergie besondere Bedeutung. Sie vereinigt in sich alle günstigen Eigenschaften anderer Energieträger (Kohle, Wasser, Erdöl, Gas) und wird in der langfristigen volkswirtschaftlichen Entwicklung der bestimmende Energieträger sein. Sie beherrscht jede Substitution, gestattet höchste Konzentration in Erzeugung, Transport und Verbrauch, bietet höchste Sicherheit, besitzt die zur modernen Rationalisierung erforderlichen Voraussetzungen und ermöglicht die Steigerung der Arbeitsproduktivität und eine hohe Effektivität beim Abnehmer durch Mechanisierung und Automatisierung. [2: 89] Das erfordert den vorrangigen Ausbau der elektroenergetischen Basis in allen Ländern der sozialistischen Staatengemeinschaft.

Marx, Engels und Lenin sahen in der umfassenden Anwendung der Elektroenergie eine bedeutende materielle Kraft, die durch ihren revolutionierenden Einfluß auf die Produktivkräfte eine schnelle Annäherung von Stadt und Land bewirkte und die soziale Revolution unausbleiblich machen würde. [MEW 35: 444 f.] [LW 4: 104; 5: 135 ff.] Unmittelbar nach dem Sieg der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution orientierte Lenin die Werktätigen Rußlands auf die Elektrifizierung des Landes. [LW 27: 12 f.; 30: 325; 31: 414 f., 476, 529 f.]

Mit dem 1920 beschlossenen GOELRO-Plan wurde erstmals in der Geschichte ein auf wissenschaftlichen Kriterien beruhender Wirtschaftsplan der industriellen Gestaltung ein es Landes zugrunde gelegt. Lenin bezeichnete diesen Plan als zweites Parteiprogramm, mit dem nach dem politischen Sieg auch der Erfolg im Bereich der Ökonomie gesichert werden konnte. In seiner Rede zur Begründung des Planes prägte Lenin jene Formel, die die Bedeutung der Elektroenergie für die gesellschaftliche Entwicklung am allgemeinsten zum Ausdruck bringt: „Kommunismus ist Sowjetmacht plus Elektrifizierung des ganzen Landes.“ [LW 31: 414] Die im Prozeß des sozialistischen Aufbaus von der Sowjetunion bei der Elektrifizierung des Landes gesammelten Erfahrungen sind allgemeingültig und auch für andere Völker Grundlage für den Aufbau der materiell-technischen Basis nach der sozialistischen Revolution.

Der GOELRO-Plan sah neben der Rekonstruktion vorhandener Anlagen vor, in 10-15 Jahren 20 Wärme- und 10 Wasserkraftwerke mit einer Kapazität von 1.500 MW zu installieren und die jährliche Erzeugung, die 1913 bei 1.000 MW etwa 2 Mrd. KWh betragen hatte, auf 8,8 Mrd. KWh zu steigern. [3: 58] Dazu sollten die reichen Kohle-, Ölschiefer- und Torfvorkommen des Landes ausgenutzt werden. Bis 1935 wurde der Plan fast dreifach überboten und damit in der UdSSR das Fundament für den Aufbau einer leistungsfähigen Schwerindustrie gelegt, auf deren Grundlage der weitere sozialistische Aufbau gestaltet und eine schlagkräftige Landesverteidigung geschaffen werden konnte.

Durch die faschistische Aggression im zweiten Weltkrieg erlitt die sowjetische **[927]** Energiewirtschaft schwere Schäden. Allein im Bereich der Elektroenergiewirtschaft wurden 61 der größten und eine große Zahl kleinerer Kraftwerke mit etwa 5.000 MW zerstört, etwa 10.000 km Hochspannungsleitungen außer Betrieb gesetzt und über 12.000 Gebäude von Kraftwerken und Umspannstationen beschädigt oder vernichtet. [12] Zu den zerstörten Betrieben gehörten Kohlengruben, die vor dem faschistischen Überfall über 60% der Kohleförderung brachten. [3: 105] Von Juni bis November 1941 war die Bruttoproduktion der sowjetischen Industrie auf weniger als die Hälfte zurückgegangen. [6: 456] Auf Initiative der KPdSU(B) und der Sowjetregierung wurden zur Sicherung der Versorgung der Roten Armee und der Produktion im Ural, in Sibirien, im Kaukasus und in Mittelasien

Industriezentren aus- bzw. neuaufgebaut und leistungsfähige Energiewirtschaftsbetriebe durch die Schöpferkraft der Werktätigen in kürzester Zeit geschaffen. Bereits erkundete Vorkommen von Gas und Erdöl wurden erschlossen, neue entdeckt und ausgebaut. [6: 517]

Nachdem die von den Faschisten zeitweilig besetzten Territorien der UdSSR befreit wurden, gingen die von der KPdSU geführten sowjetischen Werktätigen sofort daran, zerstörte Anlagen der Energiewirtschaft wieder in Gang zu setzen. Der kontinuierlichen Entwicklung der Energieversorgung als einer der für die Gesamtwirtschaft entscheidenden Bedingungen wurde auch nach dem zweiten Weltkrieg von der KPdSU und von der Sowjetregierung größte Aufmerksamkeit geschenkt, wie es auch der auf dem XXV. Parteitag der KPdSU beschlossene 10. Fünfjahrplan [10: 40] zeigte (s. Tab. 1).

Tabelle 1
Entwicklung der Energiewirtschaft der UdSSR nach ausgewählten Kennziffern 1950-1980 [12]

Energieträger	1950	1960	1970	1975	Plan 1980
Elektroenergie (in Mrd. KWh)	91	292	741	1.038	1.340-1.380
Kohle (in Mill. t)	257	490	577	701	790-810
Erdöl (in Mill. t)	38	147	349	491	620-640
Erdgas (in Mrd. m^3)	6	45	198	289	400-435

Auch in den von der Sowjetunion im zweiten Weltkrieg befreiten Ländern Osteuropas gingen die Werktätigen nach dem Sieg über den Faschismus, geführt von ihren kommunistischen Parteien, daran, den Weg zum Sozialismus zu beschreiten. Die Produktion der wichtigsten Kohlenreviere war gegen Kriegsende stark zurückgegangen. Neben ihrer Wiederherstellung mußte die Elektrifizierung erfolgen, mit der eine schnelle sozialistische Industrialisierung dieser Länder einherging.

Während der Offensive auf deutschem Boden in der Schlußphase des zweiten Weltkrieges hatte die Sowjetarmee ihre Kampfführung so gestaltet, daß lebenswichtige Einrichtungen und Industrieanlagen nach Möglichkeit vor der Zerstörung bewahrt werden sollten. Das betraf im besonderen auch die Anlagen der Energiewirtschaft. Unterstützt von antifaschistischen Arbeitern ist es weitgehend gelungen, vorgesehene, über Bombenkrieg und Kampfhandlungen hinausgehende Zerstörungen von Elektroenergieerzeugungsanlagen zu verhindern und so wichtige Voraussetzungen für einen schnellen Aufbau der Energieversorgung und für das Wiederanlaufen der Wirtschaft in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands zu sichern.

Die Produktionskapazitäten der Energiewirtschaft der DDR waren aber nicht nur durch Kriegshandlungen stark beschädigt und reduziert, sondern durch die Vernachlässi-**[928]**gung der Instandhaltung infolge des Ausfalls von Neuinvestitionen überaltert, verschlissen und ohne Reserven. Besonders starke Schäden wies das Übertragungsnetz für Elektroenergie auf. Durch den während des Krieges erfolgten Austausch der Kupferseile gab es hier außerdem größere Übertragungsverluste.

Geführt von der KPD und unterstützt von Offizieren der Sowjetarmee, gingen die Arbeiter daran, die Kohleförderung wieder aufzunehmen sowie die Erzeugungs- und Übertragungsanlagen der Gas- und der Elektroenergieversorgung instand zu setzen. Die Förderung von Rohbraunkohle, dem einzigen Träger für Elektroenergieerzeugung im Gebiet der DDR, 1936 im Deutschen Reich etwa 101 Mill. t betragend, erreichte bereits 1946 108 Mill. t. [12: 1956]

Die Kohlengruben, die sich seit 1946 in gesamtgesellschaftlichem Eigentum befanden, sicherten die planmäßige Brennstoffversorgung der Industrie wie auch der Kraftwerke. Zu gleicher Zeit waren etwa 53% der Betriebe der Elektroenergieversorgung Volkseigentum geworden. Bis 1953 wurde der volkseigene Sektor fast auf die gesamte Elektroenergiewirtschaft ausgedehnt. [2: 71]

In der Elektroenergieversorgung konnte es nach dem zweiten Weltkrieg anfangs nur darum gehen, die auf dem Territorium der späteren DDR erhalten gebliebenen Anlagen wieder in Betrieb zu nehmen. Von etwa 5.000 MW verbliebener installierter Kraftwerksleistung waren wegen unterdimensionierter Dampferzeugung und schwerer Bombenschäden nur 2.400-3.000 MW Einrichtungen verblieben [2: 66 f], von denen bis Mitte 1946 aber erst 1.800 MW betriebsbereit waren. 1948 erreichte die Elektroenergieerzeugung im Gebiet der DDR 14 Mrd. KWh, womit der Stand von 1936 überboten

wurde. [12 (1956)] Unterstützt von der SMAD, gingen die Energieversorgungsbetriebe etwa zu dieser Zeit zur planmäßigen Instandsetzung und zu vorbeugenden Reparaturen über. Ab 1952 reichte die ökonomische Kraft der DDR aus, mit Neuinvestitionen in der Elektroenergiewirtschaft beginnen zu können.

Sehr kompliziert war für die Energiewirtschaft der DDR die Rohstoffversorgung. Etwa 65% der Elektroenergieerzeugung Hitlerdeutschlands hatten auf Steinkohle und Wasserkraft beruht, die fast ausschließlich auf dem Territorium der heutigen BRD liegen. Durch die Spaltung Deutschlands und die schon 1946 einsetzende Sabotage bei der Belieferung der ostdeutschen Wirtschaft mit Steinkohle durch die westlichen Besatzungsmächte wurden Elektroenergie- und Gaserzeugung erheblich gestört. Die auf Steinkohlenbasis arbeitenden Kraftwerke im Gebiet der DDR wurden auf Braunkohlenbetrieb umgestellt. Dadurch Verminderte sich aber der Wirkungsgrad, erhöhte sich der Verschleiß und verschlechterten sich die Arbeitsbedingungen für die Werktätigen. Die Gaserzeugung konnte vor allem dadurch aufrechterhalten werden, daß die Sowjetunion und die VR Polen die erforderliche Versorgung mit Steinkohle übernahmen.

Auf dem Gebiet der BRD befanden sich auch der Schwer- und Energiemaschinenbau sowie die Hütten- und Stahlindustrie. Die wenigen Betriebe zur Produktion von Energieausrüstungen in der DDR waren z. T. erheblich zerstört. Die Zahl der Spezialisten für Konstruktion, Projektierung und Produktion von Energieerzeugungsanlagen war gering und völlig ungenügend. Dazu kam eine in der Elektroenergiewirtschaft charakteristische Zersplitterung, die den Aufbau eines einheitlichen Elektroenergieverbundsystems erschwerte.

In allen sozialistischen Ländern stiegen nach Überwindung der Kriegsfolgen und dem Übergang zum sozialistischen Aufbau der Energiebedarf und -verbrauch schnell an. Mit Unterstützung der Sowjetunion konnten die Werktätigen in den sozialistischen Bruderländern die Kraftwerksleistung und Elektroenergieproduktion ständig steigern (s. Tab. 2). **[929]**

Tabelle 2
Entwicklung der installierten Leistung der Kraftwerke und der Elektroenergieproduktion der RGW-Länder 1950-1975 (berechnet nach [12])

	Kraftwerksleistung in MW am Jahresende		Mehrfaches	Elektroenergieproduktion in Mrd. KWh			Mehrfaches
	1950	1975	1975 zu 1950	Vorkriegsstand	1950	1975	1975 zu 1950
VRB	176	7.060	40,1	0,2	0,8	25,2	31,5
DDR	4.817	16.928	3,5	14,0	19,5	84,5	4,3
Kuba	–	1.677	–	–	–	6,5	–
MVR	–	266	–	–	0,02	0,8	40,0
VRP	2.743	20.057	7,3	3,6	9,4	96,8	10,3
SRR	740	11.578	15,6	1,1	2,1	53,7	25,6
ČSSR	2.801	13.640	4,9	4,1	9,3	59,2	6,5
UdSSR	10.614	217.484	11,1	48,3	91,2	1.038,6	11,4
UVR	710	4.291	6,0	1,4	3,0	20,4	6,8
RGW insgesamt	22.601	292.981		72,7	135,3	1.385,7	

Die Zahlen widerspiegeln die Leistungsfähigkeit der sozialistischen Wirtschaft und die Schöpferkraft der Werktätigen. Sie sind aber auch Ausdruck der allmählichen Angleichung des ökonomischen Niveaus der sozialistischen Länder. Durch die schnellere Zunahme der Kraftwerkskapazitäten in den ehemals zurückgebliebenen Ländern im Prozeß des sozialistischen Aufbaus haben sich die Unterschiede in der Pro-Kopf-Produktion an Elektroenergie wesentlich verringert. Betrug der höchste Abstand (zwischen der DDR und der VRB) 1950 etwa das 10fache, so ist er bei einem Vergleich zwischen den europäischen Mitgliedsländern des RGW auf etwa das 2,5fache bis 1975 (zwischen der DDR und der UVR) zurückgegangen. Selbst der Abstand der MVR zur DDR war geringer als der der VRB 1950. Infolge des unterschiedlichen Nutzungsgrades der installierten Kraftwerksanlagen verläuft der Angleichungsprozeß bei der Kapazität pro Kopf der Bevölkerung noch intensiver als bei der Elektroenergieproduktion (s. Tab. 3).

Tabelle 3
Entwicklung der Elektroenergieproduktion und der Kraftwerkskapazität der RGW-Länder 1950-1975 pro Kopf (berechnet nach [12])

	Elektroenergieproduktion in KWh			Mehrfaches	Kraftwerkskapazität in KW		Mehrfaches
	Vorkriegsstand	1950	1975	1975 zu 1950	1950	1975	1975 zu 1950
VRB	42	110	2.893	26,3	0,02	0,81	40,5
DDR	866	1.099	5.015	4,6	0,26	1,00	4,0
Kuba	–	–	705	–	–	0,18	–
MVR	–	–	566	–	–	0,18	–
VRP	106	380	2.847	7,4	0,11	0,59	5,4
SRR	72	129	2.528	19,6	0,04	0,54	13,6
ČSSR	285	749	4.005	5,3	0,22	0,92	4,2
UdSSR	255	507	4.083	8,0	0,11	0,85	7,6
UVR	153	320	1.941	6,1	0,67	0,41	5,8

[930]

Mit dem wissenschaftlich-technischen Fortschritt gewinnt die Wärme-Kraft-Kopplung in der Energieversorgung zunehmend an Bedeutung. Vorrangig werden gegenwärtig große Kohle-, Heiz- und Wasserkraftwerke installiert, immer wirtschaftlichere Kernkraftwerke und Übertragungssysteme für die Energiefortleitung gebaut, hochleistungsfähige Turbogeneratoren in großen Blockeinheiten eingeführt und ihre Steuerungs- und Leitungsprozesse automatisiert.

In der DDR hat die SED der Entwicklung der Energieversorgung höchste Aufmerksamkeit geschenkt. Nach der Wiederingangsetzung bestehender Anlagen nach dem zweiten Weltkrieg orientierte die Partei auf eine stetige Verbesserung der Energiebasis. Neue Braunkohlentagebaue wurden erschlossen und mit modernen Abraum- und Fördergeräten ausgestattet. Ein eigener Energiemaschinenbau wurde errichtet, der gegenwärtig im Rahmen der RGW-Vereinbarungen auf 100-MW-Turbinen und Gasturbinen spezialisiert ist.

Im Verlaufe des ersten Fünfjahrplanes 1951-1955 nahmen die ersten neuerrichteten Kraftwerke in Calbe, Eisenhüttenstadt und Vockerode die Elektroenergieerzeugung auf. 1954 wurde der Aufbau des Kraftwerkes Trattendorf als Bau der Jugend begonnen und Ende des Jahres hier die erste Turbine an das Netz geschaltet. Entsprechend dem 1957 von der SED initiierten Kohle- und Energieprogramm [5: 364] wurde 1957 der Aufbau des Kraftwerkes Lübbenau und 1959 der des Kraftwerkes Vetschau begonnen. Mit dem Neubau dieser Kraftwerke und dem damit verbundenen Neuaufschluß von großen Braunkohlentagebauen wurde der Bezirk Cottbus zum Energiezentrum der DDR.

Den genannten Kraftwerken folgten Ende der 60er und Anfang der 70er Jahre die von Hagenwerder, Thierbach und Boxberg. Erstmalig wurden in Zusammenarbeit mit der UdSSR die Kraftwerke Thierbach und Boxberg mit 210-MW-Blöcken ausgestattet. Trotz dieser Neubauten blieb bis in die 70er Jahre in der DDR ein Energiedefizit bestehen. [2: 74 ff.] Während sich die industrielle Bruttoproduktion in der DDR von 1950 bis 1975 verachtfachte, erreichte die Energie- und Brennstoffindustrie im gleichen Zeitraum nur eine Verdreifachung ihrer Produktion. [12 (1977)] Entsprechend der Direktive des IX. Parteitages der SED soll die Elektroenergieproduktion von 84,5 Mrd. KWh 1975 auf 104-109 Mrd. KWh gesteigert werden. [9: 44] Erstmalig wurden in Hagenwerder III die in der UdSSR entwickelten und produzierten 500-MW-Blockeinheiten installiert, denen in Boxberg und Jänschwalde weitere folgen werden. Auch in den Ländern der sozialistischen Staatengemeinschaft werden solche Energiegiganten installiert, um die Energiebasis weiter zu stärken. In der UdSSR wurde mit dem Bau von 1.250-MW-Blockeinheiten begonnen, und die Entwürfe für größere Einheiten befinden sich bereits auf den Reißbrettern der Konstrukteure. Bei den Kernkraftwerken sind den **[931]** 440-MW-Blockeinheiten in der UdSSR bereits 1.000-MW-Blöcke gefolgt und zur Montage in der DDR vorgesehen.

Die Anwendung der neuen Technik macht es möglich, die Elektroenergieerzeugung bei relativ gleichbleibender oder sogar geringerer Beschäftigtenanzahl zu erhöhen. Mit dem wissenschaftlich-technischen Fortschritt hat sich nicht nur der Energiebedarf ständig erhöht, sondern auch die Funktion der Elektroenergie in gewisser Weise verändert. Sie wurde sowohl zur universellen Leitungsgrundlage des Produktionsapparates, der Leitungssysteme und des Fernmeldewesens als auch ein Mittel der

unmittelbaren Einflußnahme auf die Arbeitsgegenstände in Lichtbogenöfen, Induktions-, elektrochemischen und Elektroerosionsanlagen, optischen und Quantengeneratoren und vielen anderen Anlagen. Die Zunahme der komplexen Mechanisierung und Automatisierung der Produktionsprozesse, die beschleunigte Entwicklung energieintensiver Produktionseinrichtungen, der höhere Verbrauch von Elektroenergie in der Landwirtschaft und im Handwerk sowie in den Haushalten erfordern den zunehmenden Übergang zur Nutzung „veredelter“ Gebrauchsenergie und zur Reduzierung der Rohenergienutzung.

Die Nutzung von Wasserkraft für die Energiegewinnung ist in der DDR relativ unbedeutend, da sie dafür wenig geeignete Voraussetzungen besitzt.

Ähnlich ist auch die eigene Förderung von Erdöl in der DDR relativ gering. Für den schnell ansteigenden Bedarf der Energiewirtschaft und der Chemieindustrie an Erdöl wurde 1963 die Erdölleitung „Freundschaft“ in Betrieb genommen, [7: 208] mit der über eine 4300 km lange Pipeline durch die Sowjetunion aus dem Wolgagebiet bei Kuibyschew die DDR, die ČSSR, die VRP und die UVR mit Erdöl versorgt werden. Seit 1973 erhält die DDR sowjetisches Erdöl über eine zweite Pipeline. [8: 128]

Die Gasversorgung der DDR wird zunehmend durch den Erdgasimport verbessert. Seit 1973 erhält die Republik über die Erdgastransitleitung „Nordlicht“ aus dem sibirischen Tjumen Erdgas. [8: 230] Auch die eigene zunehmende Förderung von Erdgas in der DDR während der ersten Hälfte der 70er Jahre hat eine steigende Rolle gespielt. So wurden neben den Feldern bei Mühlhausen-Langensalza, die bereits länger ausgebeutet wurden, Erdgaslagerstätten bei Salzwedel im Bezirk Magdeburg erschlossen. Große Bedeutung für die weitere Versorgung der DDR mit Erdgas aus der Sowjetunion hat die Orenburger Erdgasleitung, an deren Bau die DDR gemeinsam mit anderen interessierten Bruderländern beteiligt ist. Trotz komplizierter werdender Erschließungs- und Förderbedingungen wird in der DDR die Braunkohle weiterhin die entscheidende Rolle spielen. [1: 189]

Die zu Beginn der 70er Jahre eingetretenen verschlechterten geologischen Bedingungen erfordern für die Erschließung neuer Lagerstätten einen erheblich höheren Investitionsaufwand. Während die Industrieinvestitionen in der DDR von 1971 bis 1976 auf 131% stiegen, erhöhten sich die Investitionen für die Energiewirtschaft im gleichen Zeitraum auf 163%. [12] Die steigenden Investitionskosten erfordern zukünftig, der rationellen Energieanwendung noch mehr Aufmerksamkeit zuzuwenden.

Von großer Bedeutung für eine sichere Elektroenergieversorgung und eine rationellere Nutzung der Energiequellen ist das von den Ländern der sozialistischen Staatengemeinschaft geschaffene internationale Verbundsystem „Mir“. Auf Initiative der IX. Ratstagung des RGW begann 1959 die planmäßige Vereinigung der Elektroenergiesysteme der europäischen Mitgliedsländer, die 1965 beendet war. Seitdem gehören dem Verbundsystem der Westen der Ukrainischen SSR, die Energiesysteme der ČSSR, VR Polen, der SR Rumänien, der VR Bulgarien, der Belorussischen SSR und der DDR an. [8: 69] Der Verbundbetrieb der angeschlossenen Energiesysteme wird durch die am 25. Juli 1962 geschaffene „Zentrale Dispatcherver-**[932]**waltung der Vereinigten Energiesysteme“ organisiert, die von Prag aus die planmäßige betriebliche und operative Tätigkeit der staatlichen Dispatcherverwaltungen koordiniert. Die gegenseitigen Lieferungen stiegen von 150 Mill. KWh 1959 auf mehr als 20 Mrd. KWh 1977. [11: 10] Anfang 1978 betrug die Gesamtleistung der Kraftwerke der Vereinigten Energiesysteme fast 85.000 MW, die jährlich 408 Mrd. KWh produzierten. Während es in der Anfangsperiode der Vereinigten Energiesysteme nur zwei Blöcke mit 200 MW Leistung gab, wurden Anfang 1978 130 Aggregate mit einer Leistung von 200-500 MW betrieben.

Die weitere Entwicklung der Vereinigten Energiesysteme wird durch das 1971 in Bukarest beschlossene Komplexprogramm der Mitgliedsländer des RGW und in entsprechenden Zielprogrammen bestimmt. 1978 floß erstmals über die von Winniza (UdSSR) nach Albertirsa (Ungarische VR) reichende, von der UdSSR, der VR Bulgarien, der VR Polen und der DDR errichtete 750-KV-Leitung Elektroenergie, wodurch das weitere Energiesystem der UdSSR mit dem Energieverbundsystem „Mir“ verbunden wurde.

Zunehmende Bedeutung gewinnt für die Energieversorgung die weitere Nutzung der Kernenergie. Nachdem 1954 die UdSSR in Obninsk mit dem ersten Versuchsreaktor die Kernenergie der

Elektroenergieerzeugung erschloß, leistete sie neben dem Ausbau ihrer eigenen Kraftwerke den sozialistischen Bruderländern Hilfe beim Bau von Kernkraftwerken. So konnten 1966 in der DDR das KKW Rheinsberg sowie 1973 der erste Block des KKW Nord in Betrieb genommen werden, die beide mit Unterstützung und Lieferungen aus der UdSSR aufgebaut wurden. Weitere gemeinsam mit der Sowjetunion errichtete Kernkraftwerke sind in der ČSSR und in der VR Bulgarien bereits in Betrieb. In der Ungarischen VR befindet sich ein solches im Bau. In der VR Polen, in der SR Rumänien und in der Republik Kuba wird der Bau von Kernkraftwerken mit Unterstützung der UdSSR vorbereitet. [8: 76]

Für die Kooperation bei der Herstellung von Ausrüstungen und zur technischen Hilfe beim Bau von Kernkraftwerken wurde von sieben Mitgliedsländern des RGW (VR Bulgarien, Ungarische VR, DDR, VR Polen, SR Rumänien, UdSSR und ČSSR) und der SFR Jugoslawien 1973 die „Interatomenergo“ als internationale Wirtschaftsorganisation für die Produktionsspezialisierung und -kooperation, zur Unterstützung der Bereitstellung von Projektierungsunterlagen für Kraftwerke und für die produktionstechnische Ausbildung von Kadern geschaffen. Eines der wichtigsten Ziele der Vereinigung ist die Arbeitsteilung im Zusammenhang mit der Projektierung, dem Bau, der Herstellung und dem Betrieb von Kernkraftwerken. [7: 161]

Die weitere Zusammenarbeit der sozialistischen Bruderländer bei der planmäßigen Verwirklichung des Komplexprogramms des RGW im Prozeß der sozialistischen ökonomischen Integration ermöglicht es, die erforderlichen materiellen, finanziellen und wissenschaftlichen Ressourcen und das Arbeitskräftepotential für eine stabile Versorgung mit Energie und Brennstoffen zu sichern. Wissenschaft und Forschung ist dabei die Aufgabe gestellt, neue Energiequellen zu erschließen. Unabhängig davon bleibt die vom IX. Parteitag gestellte Aufgabe, „mit der wachsenden Bereitstellung von Brennstoffen und Energie durch maximale Nutzung der eigenen Roh- und Brennstoffressourcen den Bedarf der Bevölkerung zu decken und das planmäßige Wachstum sowie die Intensivierung in allen Zweigen der Volkswirtschaft zu sichern“. [9: 44] **[933]**

Literatur:

1. *Fuchs, K./Schumann, G.,* in: Energietechnik 1977 (27.) **,** H. 5, S. 185 ff.; 2. *Hildebrand, H. J.*: Wirtschaftliche Energieversorgung. Bd. 1, Leipzig 1975; 3. *Raus, O.:* Der Weg der Sowjetunion zur führenden Industriemacht. Berlin 1967; 4. *Energie aktuell.* Leipzig/Jena/Berlin 1975; 5. *Geschichte der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands.* Berlin 1978; 6. *Geschichte der UdSSR 1917 bis 1977.* Bd. 2, Berlin 1977; 7. *RGW – Bilanz und Perspektiven.* Berlin 1975; 8. *Seite an Seite im RGW.* Leipzig 1975; 9. *Direktive des IX. Parteitages der SED zum Fünfjahrplan 1976-1980.* Berlin 1976; 10. *XXV. Parteitag der KPdSU. Die Hauptrichtungen der Entwicklung der Volkswirtschaft der UdSSR von 1976 bis 1980. Berichterstatter: A. N. Kossygin.* Berlin 1976; 11. *Sozialistische ökonomische Integration.* Berlin 1978; 12. *Statistisches Jahrbuch der DDR.* Berlin 1956 ff.; 13. *Tägliche Rundschau* v. 18.9.1945.

Werner Kirchhoff

2.7.9. Finanzwesen

Sozialistische Finanzen als eine Kategorie der Politischen Ökonomie sind „diejenigen Geldbeziehungen der Gesellschaft, die durch den sozialistischen Staat zur Erfüllung seiner Funktionen organisiert oder gelenkt werden und der Bildung, Verteilung und Verwendung der gesellschaftlichen Geldfonds sowie der Kontrolle des Reproduktionsprozesses dienen“ [8: 45] und im Interesse der konsequenten Durchsetzung der ökonomischen Gesetze ausgenutzt werden. Zum Finanzwesen im Sozialismus zählen die Reproduktion der Geldfonds in der sozialistischen Wirtschaft, die Einnahmen und Ausgaben des Staatshaushalts, das Kreditsystem und die damit verbundene Geldzirkulation, die Versicherungsbeziehungen und die Valutabeziehungen. [2: 46] Die zentrale Rolle der Finanzen infolge der Existenz von Warenproduktion und Ware-Geld-Beziehungen auch unter sozialistischen Produktionsverhältnissen und die Bedeutung ihrer Ausnutzung für den Aufbau der sozialistischen Wirtschaft charakterisierte Lenin wie folgt: „Wir müssen auf finanziellem Gebiet um jeden Preis dauerhafte Umgestaltungen durchsetzen, dürfen jedoch nicht vergessen, daß alle unsere radikalen Reformen zum Scheitern verurteilt sind, wenn wir in der Finanzpolitik keine Erfolge haben.“ [LW 27: 3771

Mit der Beseitigung des kapitalistischen Finanzsystems und dem Neuaufbau zunächst eines demokratischen und dann sozialistischen Finanzsystems wird eine entscheidende Kommandohöhe durch die Arbeiterklasse und ihre Verbündeten erobert. Sie ist zur Sicherung der Durchsetzung der führenden Rolle der Arbeiterklasse in den neuen, demokratischen Machtorganen, zur Festigung des volkseigenen Sektors in der Wirtschaft und zur Förderung der sozialistischen Produktionsverhältnisse überhaupt unbedingt erforderlich. Über die Zentralisierung der Geldfonds einerseits und die Kreditgewährung andererseits beeinflußt das Finanzwesen die Verwendungsproportionen des Nationaleinkommens im Interesse der Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten. Das Finanzwesen wird zu einem Instrument der Kontrolle und der Leitung der Wirtschaft in dem Maße, wie es gelingt, die Planmäßigkeit des Reproduktionsprozesses zu kontrollieren und zu beeinflussen, und wie die finanziellen Erscheinungen als Widerspiegelung der materiellen Prozesse in der Produktion und Zirkulation erkannt und ausgenutzt werden.

Die in der DDR durchgeführte Umgestaltung des Finanzwesens weist neben einer Reihe von nationalen Besonderheiten, die insbesonders in der Periode der antifaschistisch-demokratischen Umwälzung aus der Nichtexistenz einer eigenen zentralen Staats-**[934]**macht resultierten, prinzipielle Übereinstimmungen mit der Entwicklung in den europäischen Volksdemokratien und jetzigen sozialistischen Staaten auf. So konnten in allen sozialistischen Ländern die Erfahrungen, die die Sowjetunion bei der Anwendung und Weiterentwicklung der Leninschen Lehren als erstes Land beim Aufbau eines sozialistischen Finanzwesens machte, genutzt werden. In der Mehrzahl der sozialistischen Länder mußte die Umgestaltung des Finanzsystems unter den Bedingungen existierender Finanzkrisen, zerrütteter Volkswirtschaften und unter der Notwendigkeit der Beseitigung des im Ergebnis des zweiten Weltkrieges entstandenen finanziellen Chaos vorgenommen werden.

Bei der Lösung der dringendsten Probleme – Kampf gegen Hunger, Arbeitslosigkeit und Obdachlosigkeit [10: Bd. 1, 13] – war auch die Schaffung einer neuen, demokratischen Finanzwirtschaft unerläßlich, der eine Reihe wesentlicher und schwieriger Aufgaben erstanden. Es war notwendig, die gegen Kriegsende zerrüttete Finanzwirtschaft neu zu organisieren, die für die Ingangsetzung der Friedensproduktion und die sozialen Ausgaben erforderlichen finanziellen Mittel bereitzustellen, die drohende offene Geldinflation einzuschränken, den Zahlungsverkehr durch Kreditinstitute in Gang zu setzen und vor allem für die demokratischen Selbstverwaltungsorgane eine entsprechende Haushaltswirtschaft zu schaffen.

Eine der ersten und entscheidenden Maßnahmen in allen Ländern bei der Umgestaltung des Finanzwesens war die Nationalisierung der Banken, in der Sowjetunion bereits 1917, in der ČSR und in Polen 1945, in Rumänien 1946 und in Ungarn 1947. Die entscheidende Maßnahme und infolge des Fehlens einer deutschen Staatsmacht auch juristische Grundlage für die Neuordnung des Finanzwesens in der sowjetischen Besatzungszone war nach der Schließung der alten Banken der Befehl Nr. 01 der SMAD vom 23. Juli 1945. Er beinhaltete die Schaffung kommunaler Finanzorgane in den Städten und Ländern durch die Landesregierungen, das Verbot der Ausführung jeder Geschäftsoperationen sowie die Gründung neuer demokratischer Banken, Sparkassen und Versicherungsgesellschaften, die Sperrung aller bestehenden Bankkonten, Spareinlagen und Versicherungen, die Aufstellung von ausgeglichenen Haushaltsplänen in den Ländern und Gemeinden, die Wiedereinführung der im wesentlichen auf den alten Gesetzen basierenden Steuerzahlung.

Die Bedeutung dieser Maßnahmen lag vor allem in der Ausschaltung des Einflusses der imperialistischen Bankmonopole auf die demokratische politische und wirtschaftliche Entwicklung. Darüber hinaus entsprach die Liquidierung des Bankensystems auch den wirtschaftlichen Grundsätzen des Potsdamer Abkommens. Die Liquidierung der Großbanken war eine Voraussetzung für die Durchführung der Bodenreform und der Enteignung der Monopole, denn sie bedeutete eine erhebliche Schwächung der Industriemonopole und der Großagrarier, die weitgehend ohne Kredite blieben und nicht über ihre Konten verfügen konnten. Indem die SMAD mit der Kontensperre in der sowjetischen Besatzungszone die Stillegung von mehr als 30 Mrd. Mark erreichte, wurde der Geldumlauf eingeschränkt und der Rückgriff auf die alten Bankkonten verhindert.

Das neue demokratische Bankensystem, dessen Aufbau im Befehl 01 verfügt wurde, bestand aus den neugegründeten Landes- und Provinzialbanken sowie den neugeschaffenen städtischen und kommunalen Banken. Sie waren Universalbanken. Daneben wurde im Befehl 01 auch die Gründung neuer Sparkassen, die vor allem die Geldbeziehungen der Bevölkerung abwickeln sollten, angeordnet und die Gründung kleiner Privatbanken zugelassen, deren ökonomische Rolle allerdings unbedeutend blieb. Diese Neuorganisation des Bankwesens in der sowjetischen Besatzungszone erreichte 1946 nach der erlaubten Wiedereröffnung der landwirtschaftlichen Genossenschaftsbanken und der Ge-**[935]**werbe-Handwerker-Banken, deren Aufgaben in der Kreditausreichung an die Bauern bzw. Handel- und Gewerbetreibenden und der Abwicklung ihrer Zahlungen bestand, sowie mit der Eröffnung der Postsparkassen ihren ersten Abschluß.

Da die Mittel der alten Versicherungsanstalten ebenfalls zur Kriegsfinanzierung verwandt worden waren, konnte auch eine Neuaufnahme ihrer Tätigkeit nicht gestattet werden. Es entstanden die volkseigenen Landesversicherungsanstalten, später die Deutsche Versicherungsanstalt, und 1947 wurde ein einheitliches System der Sozialversicherung geschaffen, das die wachsende finanzielle Rolle der Arbeiter widerspiegelte.

Aus den Haushalten der Länder, Städte und Gemeinden sowie aus den Einnahmen und Ausgaben der geschaffenen deutschen Verwaltungen entstand im Jahre 1945 ein neues Haushaltssystem. Die Länder und Gemeinden stellten eigene Haushaltspläne auf. Dabei wurde allerdings das Steuersystem des imperialistischen Deutschlands im wesentlichen unverändert übernommen. Um den Aufbau der Wirtschaft, die Überwindung der Kriegsfolgen und die Aufbringung der Wiedergutmachungsleistungen ermöglichen, den gewachsenen finanziellen Bedürfnissen der Wirtschaft gerecht werden sowie die Ausgaben im sozialen und kulturellen Bereich ohne defizitäre Haushalte und ohne zusätzliche Geldemissionen gewährleisten zu können, war die Erschließung zusätzlicher Einnahmequellen erforderlich. Deshalb wurden 1946 Veränderungen in den Steuersätzen vorgenommen. Die Tarife für die Einkommens-, Körperschafts-, Vermögens- und Umsatzsteuer wurden erhöht, ebenso mit einer starken Progression die Lohnsteuersätze und die Steuersätze für sonstige Einkommen begonnen.

Der sich nach der entschädigungslosen Enteignung der aktiven Nazis und Kriegsverbrecher in der Industrie herausbildende volkseigene Sektor (zunächst in Form des Landeseigentums) bildete zusammen mit den SAG-Betrieben, dem Finanz- und Kreditwesen und großen Teilen des Transport- und Verkehrswesens die ökonomische Grundlage der antifaschistisch-demokratischen Umwälzung. Für die Sicherung des Erreichten waren auch im Finanzwesen große Anstrengungen erforderlich. Entsprechend der Entwicklung der gesamten Wirtschaft mußten Veränderungen vollzogen werden. Sie hingen engstens mit der weiteren Ausprägung der zentralen Wirtschaftsleitung und der beginnenden längerfristigen Planung zusammen. Die Rechte der von der SMAD im August 1945 gebildeten Deutschen Zentralfinanzverwaltung wurden im Rahmen der Deutschen Wirtschaftskommission (DWK) weiter ausgedehnt. Grundlegende Veränderungen erfuhr die Organisation der Finanzwirtschaft in den volkseigenen Betrieben. Die Beziehungen zwischen Haushalt und volkseigenen Betrieben wurden neu geregelt und nach dem Nettoprinzip gestaltet. Diese Maßnahmen bezogen die Finanzwirtschaft der volkseigenen Betriebe direkt in die staatliche Finanzwirtschaft ein. Es wurde eine planmäßige Verteilung der finanziellen Mittel auf die volkswirtschaftlichen Schwerpunkte ermöglicht und die Verwertungsbedingungen des Volkseigentums erheblich verbessert. Die jetzt verstärkt durchzusetzende finanzielle Kontrolle der Betriebe, die Kontrolle durch die Mark, konnten aber nur stabile Geldverhältnisse ermöglichen.

Zwar waren 1945 mit der Schließung der alten Banken und der Kontensperre wichtige Maßnahmen, die zur Stabilisierung der Geldzirkulation beitrugen, getroffen worden, dennoch existierte als Ergebnis des Krieges weiterhin ein erheblich aufgeblähter Geldumlauf, dem keine entsprechende Warenmenge gegenüberstand. Eine Währungsreform war dringend notwendig und stand als finanzpolitische Aufgabe, um mit Schaffung einer einheitlichen Währung die Wirtschaftseinheit Deutschlands zu sichern. Die von den Westmächten unterstützte imperialistische Restaurationspolitik in den Westzonen verhinderte jedoch eine übergreifende Währungsreform. Im Juni 1948 wurde eine separate Währungsreform in den Westzonen durchgeführt und auch auf die Berliner **[936]** Westsektoren übertragen. Ein Beschluß

des Zentralsekretariats der SED charakterisierte sie als Spaltung Deutschlands. [7: Bd. 2, 17] Der Schutz der Wirtschaft und die Verhinderung einer Zerrüttung des Geldsystems erforderten nun auch in der sowjetischen Besatzungszone in kürzester Frist eine Währungsreform. Sie erfolgte im Juni 1948 und wertete die Erfahrungen der sowjetischen Währungsreform von 1947 aus. Der Umtausch der Noten und die Umwertung der Bestände auf den laufenden Konten und Einlagen erfolgten im Interesse der Festigung der Ergebnisse der antifaschistisch-demokratischen Umwälzung. Sie stärkte die kommunalen Haushalte und den volkseigenen Sektor und schwächte durch Liquidierung des spekulativen Bar- und Giralgeldbesitzes die wirtschaftlichen Positionen der gestürzten Klassen. Die in der Zirkulation befindliche Geldmenge verringerte sich erheblich, die Ware-Geld-Beziehungen wurden gefestigt, und die Funktion des Geldes als allgemeines Äquivalent gewann an Bedeutung. Entsprechende Währungsreformen wurden auch in den anderen sozialistischen Ländern durchgeführt, in der ČSR 1945 und 1953, in Polen 1945 und 1950, in Ungarn 1946, in Bulgarien 1947 und 1952, in Rumänien 1947 und 1952.

Mit der im Ergebnis der Währungsreform geschaffenen neuen Währung war jedoch auch eine Bank erforderlich, die das Notenemissionsrecht besaß. Die 1947 in den Ländern und Provinzen der sowjetischen Besatzungszone gegründeten Emissions- und Girobanken besaßen dieses Recht nicht. Im Mai 1948 wurde die Deutsche Emissions- und Girobank gebildet, und aus dieser entstand im Juli 1948 die Deutsche Notenbank, die das alleinige Recht der Notenemission in der sowjetischen Besatzungszone und in Groß-Berlin besaß. Zur Erfüllung der sich aus der langfristigen Planung ergebenden Aufgaben wurde im Oktober 1948 als zweite gesamtzonale Bank die Deutsche Investitionsbank geschaffen, deren Aufgabe die Finanzierung der Investitionen in der volkseigenen und genossenschaftlichen Wirtschaft sowie die Ausreichung langfristiger Kredite an die private Wirtschaft wurde. Die Gründung der Deutschen Bauernbank im Februar 1950 als Zentralinstitut der landwirtschaftlichen Kreditgewährung und die Eingliederung der Emissions- und Girobanken und der Landeskreditbanken der Länder im März 1950 in die Deutsche Notenbank rundeten die Zentralisierung und Spezialisierung im Bankensystem ab.

Die Banken hatten durch entsprechende Bereitstellung von Kreditmitteln im gesamtvolkswirtschaftlichen Maßstab zur Steigerung der Produktion und zur Erfüllung der Planaufgaben beizutragen. Mit der bis 1949 vorwiegend angewandten kommerziellen Kreditgewährung, d. h. indirekter Bankkreditierung, war eine planmäßige Ausnutzung des Kredits seitens der Bank praktisch unmöglich. Sie konnte kaum auf den tatsächlichen Kreditnehmer einwirken und besaß keine Kontrolle über die Verwendung der Kreditmittel. Veränderungen, der 1930-1932 in der Sowjetunion durchgeführten Kreditreform vergleichbar, waren hier notwendig und begannen 1949. Neue Grundsätze der Kreditgewährung wurden durchgesetzt; der kommerzielle Kredit wurde durch den direkten Bankkredit ersetzt, dessen Ausreichung vom planmäßigen Reproduktionsprozeß in den volkseigenen Betrieben abhängig gemacht wurde. Der Kredit mußte jetzt zweckgebunden, befristet, gedeckt sein und seine Verwendung von der Bank kontrolliert werden. Damit war der Ausgangspunkt für die Kreditplanung geschaffen, und über die Kontrolle des kurzfristigen Kredits konnte die direkte Kontrolle der Wirtschaft durch die Bank erfolgen (s. auch 2.7.23.).

Im Zusammenhang hiermit wurden auch Maßnahmen zur Regulierung des Geldumlaufs notwendig. Sofort nach der Währungsreform waren erste Schritte zur Bargeldplanung mit den Bargeldverordnungen vom Juli 1948, die für Betriebe und Institutionen die Kontoführungspflicht einführten, sowie mit der Kassenumsatzstatistik Anfang 1949 **[937]** eingeleitet worden. Für eine planmäßige Lenkung der Geldströme in der Volkswirtschaft war die Trennung der Bar- und der Buchgeldsphäre erforderlich. Die Grundlagen hierfür legte im April 1950 das Gesetz zur Regelung des Zahlungsverkehrs. Mit ihm wurde der bargeldlose Zahlungsverkehr gefördert und die Bargeldzirkulation weitgehend auf die individuelle Konsumtion beschränkt. Es war weiterhin die Grundlage für die Bargeldpläne der Betriebe und die Bargeldumsatzplanung der Kreditinstitute, mit deren Hilfe letztere zu einer wirksameren finanziellen Kontrolle der Verwendung der Lohnfonds und der Erfüllung der Warenumsatzpläne des Handels gelangten.

Im Zusammenhang mit den auf die Schaffung eines sozialistischen Finanzsystems zielenden Veränderungen entsprach auch das bestehende Steuersystem nicht mehr dem gesellschaftlichen

Entwicklungsstand. Einerseits hemmten die hohen Steuersätze eine Stimulierung zur Erhöhung der Arbeitsproduktivität, andererseits waren aber mit der steigenden Rentabilität der volkseigenen Betriebe die Einnahmen der Haushalte ständig gestiegen.

Eine Veränderung des Steuersystems war somit notwendig und möglich geworden. Mit den neuen Verordnungen vom Dezember 1948 wurden die Steuertarife herabgesetzt, die Progression vermindert und erstmalig der kapitalistische Grundsatz der sogenannten Gleichmäßigkeit der Besteuerung in Deutschland durchbrochen, womit die Grundlage einer sozialökonomisch differenziert vorzunehmenden Steuererhebung gelegt wurde. Das bedeutete vor allem Trennung der Besteuerung des Einkommens aus eigener Arbeit von dem aus fremder Arbeit. Die Höhe der Besteuerung der Arbeiter und Angestellten wurde wesentlich verringert, die Besteuerung von Handwerkern, Bauern und Teilen der Intelligenz erleichtert. Diese Steuerreform unterstützte mit der Umverteilung von Teilen des Nationaleinkommens über den Staatshaushalt wesentlich die Durchsetzung der ökonomischen und politischen Interessen der Arbeiterklasse und ihrer Bündnispartner, ermöglichte aber auch die Einbeziehung kapitalistischer Unternehmer in den sozialistischen Aufbau.

Mit der Gründung der DDR im Oktober 1949, die als Ergebnis des Kampfes der Arbeiterklasse und der mit ihr verbündeten Klassen und Schichten im Kampf gegen die imperialistische Restaurationspolitik entstand, begann eine neue Etappe in der Geschichte des deutschen Volkes. Die Ergebnisse der antifaschistisch-demokratischen Umwälzung wurden gesichert und der Übergang zum Aufbau der Grundlagen einer sozialistischen Gesellschaftsordnung vollzogen. So konnten die seit 1945 durchgeführten Veränderungen im Finanzwesen fortgeführt und weiterentwickelt werden. Vor dem Finanzsystem standen als vorrangige Aufgaben die allseitige Stärkung und Weiterentwicklung der sozialistischen Produktionsverhältnisse, die Festigung des Klassenbündnisses der Arbeiterklasse mit allen fortschrittlichen Kräften und die planmäßige Ausnutzung der Ware-Geld-Beziehungen und Finanzen für den Aufbau der sozialistischen Wirtschaft.

Zunächst waren institutionelle Veränderungen im Finanzapparat notwendig. Im Zuge der Umgestaltung der Hauptverwaltungen der DWK entstand 1949 das Ministerium der Finanzen als wichtigstes zentrales Finanzorgan der Republik, dem Ende 1950 auch die Deutsche Zentralfinanzdirektion als Abgabenverwaltung eingegliedert wurde. Nachgeordnet waren ihm die Deutsche Versicherungsanstalt sowie die Deutsche Investitionsbank und die Deutsche Bauernbank. Im Banksystem der DDR wurde die zentrale Stellung der Deutschen Notenbank ausgebaut, die 1951 zur Staatsbank erklärt wurde. Weitere Veränderungen in der Struktur des Finanzapparates erfolgten im Zusammenhang mit der Verwaltungsreform im Jahre 1952.

Auf dem Gebiet der Haushaltswirtschaft kam es darauf an, den Staatshaushalt zum wichtigsten Instrument der Zentralisierung und Umverteilung des Nationaleinkommens **[938]** zu entwickeln und dazu eine Angleichung der Haushaltswirtschaft an die Prinzipien der Planwirtschaft vorzunehmen. Der erste Schritt war die im Februar 1950 erfolgte Übertragung der Abgabenhoheit der Länder auf die Republik, die nun über eigene Finanzquellen verfügte. Der Finanzbedarf der Länder wurde neben eigenen verbleibenden finanziellen Einnahmen durch einen Haushaltsausgleich gedeckt. Für eine solche zentralisierte Verteilung der finanziellen Mittel mußte jedoch ein einheitlicher Staatshaushalt geschaffen werden. Mit dem Gesetz vom Dezember 1950 wurde eine Veränderung des öffentlichen Haushaltswesens beschlossen und für 1951, dem Beginn des ersten Fünfjahrplanes, in Kraft gesetzt. Danach umfaßte der einheitliche Staatshaushalt der DDR die Haushalte der Republik, Länder, Kreise und Gemeinden sowie der Anstalten und Körperschaften des öffentlichen Rechts. Der Staatshaushaltsplan wurde in seiner Gliederung mit dem Volkswirtschaftsplan abgestimmt und die kassenmäßige Durchführung der Deutschen Notenbank übertragen, die damit zum Kassenvollzugsorgan des Staatshaushalts wurde. Mit diesen Veränderungen wurden alle Haushaltsmittel nach einem einheitlichen Plan zentralisiert, die Kommunen zu Lasten des Staatshaushalts entschuldet und die Sozialversicherung in den einheitlichen Haushalt einbezogen. Eine weitere Maßnahme war im Februar 1954 das Gesetz über die Staatshaushaltsordnung, mit dem vor allem die Verbindung zwischen Volkswirtschaftsplan und Staatshaushaltsplan verwirklicht wurde. Mit diesen Veränderungen waren die Voraussetzungen geschaffen, dem Staatshaushalt die führende Stellung im Finanzsystem zu geben und

ihn zum Hauptinstrument der Finanzierung der planmäßigen Entwicklung der Volkswirtschaft zu qualifizieren.

Mit den 1949 eingeführten neuen Kreditrichtlinien und der damit verbundenen wirksameren Kontrolle der Betriebe durch die Banken war die Rentabilität der Betriebe gestiegen. Dennoch reichten diese Maßnahmen allein nicht aus, die Betriebe für ihre wirtschaftliche Tätigkeit, für die Durchsetzung des Sparsamkeitsregimes, die Senkung der Selbstkosten und die Qualitätsverbesserung der Erzeugnisse stärker verantwortlich zu machen. Diesen Zielen diente die Einführung der wirtschaftlichen Rechnungsführung in der volkseigenen Wirtschaft im März 1952 (s. 2.7.23). Zur Festigung der wirtschaftlichen Rechnungsführung in den volkseigenen Betrieben wurden in den folgenden Jahren eine Reihe weiterer Maßnahmen getroffen, die den Zweck hatten, die finanziellen Beziehungen zwischen Staat und volkseigener Wirtschaft zu vereinfachen und die materielle Interessiertheit der Betriebe an der quantitativen und qualitativen Erfüllung der Planaufgaben zu steigern. Die schrittweise Einführung der Produktions-, Dienstleistungs- und Handelsabgabe ab Dezember 1953, die die Abführungen an den Staat auf die Produktionsabgabe und die Gewinnabführung reduzierte, führte das sogenannte Zwei-Kanäle-System ein, löste die bis dahin bestehenden neun verschiedenen Abführungen in Form von Steuern ab und vereinfachte damit die Beziehungen zwischen Staatshaushalt und volkseigener Wirtschaft sowie die Planung der Selbstkosten und Preise. Die noch bestehenden Überreste des kapitalistischen Steuersystems wurden für die volkseigene Wirtschaft beseitigt. Das durch die volkseigenen Betriebe realisierte Reineinkommen wurde in das zentralisierte Reineinkommen des Staates (die Produktionsabgabe) und die Gewinne des Betriebes geteilt, davon ersteres im Staatshaushalt akkumuliert und letzteres zur Finanzierung der planmäßigen Aufwendungen der Betriebe verwandt. Damit konnte die materielle Interessiertheit der Betriebe an der Erfüllung der Planaufgaben erhöht werden.

Grundlage für die Einführung der Produktionsabgabe und einer stärkeren Zentralisierung der Gelder im Staatshaushalt waren Veränderungen im Niveau der Industriepreise. Basierend auf einem Beschluß des Ministerrates vom Februar 1953 über Grund-**[939]**sätze der Preispolitik, wurden die bestehenden Stopp-Preise schrittweise, beginnend in der Grundstoffindustrie, durch Festpreise abgelöst. Die Stopp-Preise resultierten aus einem Befehl der SMAD von 1945, der die Preise für Waren und Leistungen auf das Niveau von 1944 festgelegt hatte. Dieses Preisgefüge entsprach aber den sich bis Anfang der 50er Jahre entwickelten Produktionsverhältnissen nicht mehr. Es förderte nicht die Durchsetzung der volkswirtschaftlich wichtigen Proportionen und die Steigerung der Arbeitsproduktivität. Grundlage der eingeführten Festpreise waren die Planselbstkosten der jeweiligen Industriezweige, basierend auf Arbeitsnormen, Materialverbrauchsnormen und Normen für die Maschinenauslastung. In diesen Preisen waren der durchschnittliche Gewinn und die Abführungen an den Staatshaushalt, somit auch die Produktionsabgabe, enthalten. Die Festpreise sicherten die Rentabilität der Gesamtproduktion jedes entsprechenden Produktes, trugen zur Senkung der Selbstkosten bei und waren eine entscheidende Voraussetzung für die Durchsetzung der wirtschaftlichen Rechnungsführung in den folgenden Jahren.

Im Jahre 1950 wurden auch die Veränderungen im Steuersystem fortgeführt und dabei zunächst die Steuer des Handwerks eingeführt und somit zwischen der Besteuerung des Einkommens einfacher Warenproduzenten und des der kapitalistischen Unternehmer unterschieden. Des weiteren wurden in den Jahren 1951-1953 durch Veränderungen von Lohn- und Arbeitseinkommenssteuern Erleichterungen für Arbeiter und Angestellte vorgenommen, wofür mit zunehmender Steigerung der Arbeitsproduktivität in der Industrie die Grundlagen gelegt worden waren. Steuerliche Erleichterungen erhielten auch die werktätigen Bauern durch Steuerfreiheit der Erlöse aus dem Verkauf sogenannter freier Spitzen, die neben der Festigung des Bündnisses zwischen Arbeiterklasse und Bauernschaft eine Steigerung der Hektarerträge stimulierten. Die Steuerpolitik blieb auf finanziellem Gebiet neben der Kreditpolitik die Hauptform der Einbeziehung der kleinen Warenproduzenten und kapitalistischen Unternehmer in den sozialistischen Aufbau. Weitere Veränderungen im Steuersystem bezweckten die Förderung des beginnenden genossenschaftlichen Zusammenschlusses einfacher Warenproduzenten und die Stärkung bereits bestehender Genossenschaften. Damit war die Steuerpolitik ein Mittel zur Durchsetzung der Bündnispolitik der SED in den 50er Jahren.

Auf dem Gebiet der Kreditgewährung forderte die Partei- und Staatsführung wiederholt eine Verbesserung der Qualität der Arbeit der Banken. Als neue Kreditart, insbesondere um das Warenangebot für die Bevölkerung zu erhöhen, wurde ab 1953 und verstärkt ab 1956 der Rationalisierungskredit eingeführt. Auf dem Gebiet des Verrechnungsverkehrs und der Bargeldplanung kam es darauf an, die Bargeldbewegungen wirkungsvoller zu kontrollieren. Ebenso war es notwendig, die Methoden der bargeldlosen Verrechnung für die Banken weiter zu vervollkommnen. Im August 1952 wurde so als neue Verrechnungsmethode das Rechnungseinzugs- (RE-) Verfahren eingeführt, dessen Grundlage das Bankeninkasso war.

Die erfolgreiche politische und wirtschaftliche Entwicklung der DDR wurde von den imperialistischen Kräften in der BRD, auch auf finanziellem Gebiet, kontinuierlich zu stören versucht. Diesen Bestrebungen trat im Oktober 1957 ein im gesamten Gebiet der DDR vorgenommener überraschender Banknotenumtausch erfolgreich und eindrucksvoll entgegen, der die großen im Besitz imperialistischer Kräfte befindlichen Bargeldmengen der DDR entwertete, ohne die eigene Bevölkerung und Wirtschaft zu beeinträchtigen. Diese Maßnahme war nicht nur für die planmäßige Gestaltung der Geldzirkulation in der DDR von großer Bedeutung, sondern zeigte auch die Kraft der sozialistischen Staatsmacht der DDR.

Das Leitungs- und Planungssystem der Volkswirtschaft harte sich gegen Ende der **[940]** 50er Jahre nicht dem erreichten Entwicklungsstand der Volkswirtschaft entsprechend so weiterentwickelt, um die Vorzüge der sozialistischen Produktionsweise genügend ausnutzen zu können. Die erforderlichen Änderungen in der Leitung der Volkswirtschaft, die ihren sichtbaren Ausdruck in dem Gesetz über die Vervollkommnung und Vereinfachung des Staatsapparates fanden, wirkten sich auch auf das Finanzsystem aus. Dabei kam es vor allem darauf an, die ungenügende Übereinstimmung von materieller und finanzieller Planung zu überwinden und die örtlichen Organe verstärkt in die Planausarbeitung einzubeziehen.

Bis Anfang der 60er Jahre waren in der DDR die Aufgaben der Übergangsperiode vom Kapitalismus zum Sozialismus im wesentlichen gelöst worden. Auf der Grundlage des sozialistischen Eigentums an den Produktionsmitteln und mittels der sozialistischen Staatsmacht hatte sich das Finanzsystem zu einem einheitlichen sozialistischen Finanzsystem entwickelt, die Ware-Geld-Beziehungen konnten für den Sieg der sozialistischen Produktionsverhältnisse ausgenutzt werden. Im Rahmen der Leitung und Planung der Volkswirtschaft hatte sich das Finanzsystem als wirksames staatliches Instrument erwiesen.

Mit dem Beginn der planmäßigen Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft, die der VI. Parteitag der SED 1963 im Prinzip als Aufgabe stellte, standen auch vor dem Finanzwesen neue Anforderungen. Die Bedeutung der Finanzen erhöhte sich mit der wachsenden Notwendigkeit der Einheit von materieller und finanzieller Planung beim Übergang zur vorwiegend intensiv erweiterten Reproduktion und dem damit notwendigen Ansteigen der wertmäßigen Beurteilung des volkswirtschaftlichen Reproduktionsprozesses und mit der Stärkung der Eigenverantwortung der wirtschaftlichen Einheiten im Rahmen der zentralen Planung. Diesen Anforderungen wurde mit der Durchführung der Wirtschaftsreformen in allen sozialistischen Ländern (in der DDR mit der Einführung des Neuen Ökonomischen Systems 1963 beginnend) entsprochen.

Wesentliche Veränderungen vollzogen sich zunächst auf dem Gebiet der Preisgestaltung. In den Jahren 1964-1967 wurde in der DDR die Industriepreisreform durchgeführt, deren vorrangige Aufgabe darin bestand, unter den Bedingungen der Einführung der Eigenerwirtschaftung der Mittel die Industriepreise dem gesellschaftlich notwendigen Arbeitsaufwand anzunähern. Da sich zunehmend Widersprüche zwischen den Festpreisen und den sich verändernden Produktions- und Realisierungsbedingungen herausgebildet hatten, sollte hiermit stärker auf die Selbstkosten eingewirkt werden. Im Zusammenhang mit der Industriepreisreform erfolgte auch eine Umbewertung der Grundmittel und eine Neufestsetzung der Abschreibungssätze. Eine weitere Entwicklung im Industriepreissystem war die 1969 begonnene Einführung von fondsbezogenen Preisen.

Veränderungen in der Finanzwirtschaft der Betriebe ergaben sich mit der 1965 begonnenen Einführung der Eigenerwirtschaftung der Mittel, bei der die Betriebe und VVB die finanziellen Mittel für

die erweiterte Reproduktion selbst zu erwirtschaften hatten. Da sich die Eigenerwirtschaftung nun auf den gesamten Reproduktionsprozeß ausdehnte, stieg auch generell die Rolle der Banken als Kontrollorgan zur allseitigen Erfüllung der volkswirtschaftlichen Planaufgaben. Zur Herausbildung eines notwendigen qualitativ neuen Bankensystems bedurfte es seitens der Bankorgane eines langen Lernprozesses in der Beherrschung der ökonomischen Gesetze des Sozialismus. Das Finanzwesen insgesamt mußte stärker über die Kontrolle des Reproduktionsprozesses hinaus bereits im Planungsprozeß Entscheidungshilfen für die Strukturentwicklung der Volkswirtschaft geben, eine Sicherung der Proportionalität und eine hohe Effektivität stimulieren und durch Ausnutzung der Ware-Geld-Beziehungen einen maximalen Nationaleinkommenszuwachs erreichen.

[941] Eine Weiterentwicklung im Bankensystem erfolgte in der zweiten Hälfte der 60er Jahre. Die Deutsche Notenbank wurde im Dezember 1967 in Staatsbank der DDR umbenannt und mit der Planung des Geldumlaufs, der Bilanzierung der Kredite und Kreditquellen und der Ausarbeitung finanzwirtschaftlicher Grundsätze in gesamtvolkswirtschaftlichem Maßstab beauftragt. Gleichzeitig wurde die Industrie- und Handelsbank gegründet und die Deutsche Investitionsbank aufgelöst. Somit wurde die getrennte Finanzierung und Kontrolle der Betriebe durch zwei Banken beseitigt. Von der Forschung bis zum Absatz wurde die Finanzierung und Kontrolle des betrieblichen Reproduktionsprozesses nunmehr bei einer Bank, die zu einer nach der wirtschaftlichen Rechnungsführung arbeitenden sozialistischen Geschäftsbank entwickelt werden sollte, konzentriert und eine aktivere Unterstützung des volkswirtschaftlichen Reproduktionsprozesses durch die Bankorgane ermöglicht.

Neue einheitliche Grundsätze der Kreditgewährung an die Betriebe wurden zunächst 1968 erlassen, nach denen Kredite entsprechend dem Nutzeffekt der Investitionen und der Effektivität der Umlaufmittel zu gewähren waren. Ebenfalls wurden neue Verordnungen über den Zahlungsverkehr verabschiedet und die Haushalts- und Finanzwirtschaft der örtlichen Volksvertretungen und ihrer Organe umgestaltet.

Qualitativ neue und höhere Anforderungen bei der Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft wurden an das Finanzsystem 1971 vom VIII. Parteitag der SED gestellt, um entsprechend der Hauptaufgabe das materielle und kulturelle Lebensniveau des Volkes auf der Grundlage eines hohen Entwicklungstempos der Produktion, des wissenschaftlich-technischen Fortschritts und des Wachstums der Arbeitsproduktivität verbessern zu können. „Unsere Kreditpolitik ist auf die allseitige Verwirklichung der Hauptaufgabe des Fünfjahrplanes gerichtet. Die planmäßige Ausnutzung von Kredit und Zins und die Kontrolle durch die Bank müssen wirksam dazu beitragen, die Intensivierung der gesellschaftlichen Produktion zu fördern und eine hohe volkswirtschaftliche Effektivität zu erzielen.“ [6: 32] Zur Durchsetzung der Parteitagsbeschlüsse wurde eine Reihe von Veränderungen in der Kreditpolitik vorgenommen. Mit der Kreditverordnung sozialistischer Betriebe vom Dezember 1971 wurde die Kreditgewährung vor allem an eine bedarfsgerechte Produktion gebunden und die Einflußnahme der Banken auf die qualitativen Faktoren der Intensivierung weiter verstärkt. Grundmittelkredite zur Förderung der sozialistischen Rationalisierung wurden ausgereicht, die Planung, Bilanzierung vor allem von Meliorationsvorhaben und der Aufbau von Anlagen zur industriemäßigen Tier- und Pflanzenproduktion gefördert. Der Unterstützung der sozialpolitischen Aufgaben dienten insbesondere die Einführung der kreditpolitischen Maßnahmen zur Verbesserung der Wohnverhältnisse, zur Förderung junger Ehen und der Geburtenentwicklung.

Im Rahmen der weiteren Qualifizierung der politischen, ökonomischen und sozialen Aufgaben des einheitlichen Staatshaushalts wurde auch den örtlichen Haushalten eine größere Rolle bei der Entwicklung der sozialistischen Arbeits- und Lebensbedingungen in den Territorien übertragen.

Zur Realisierung der Aufgaben in der Geld- und Kreditpolitik war im Bankwesen eine Stärkung des Prinzips des demokratischen Zentralismus notwendig. Die Verantwortung der Staatsbank wurde erhöht und im Juli 1974 die Industrie- und Handelsbank in die Staatsbank eingegliedert. Mit dieser Maßnahme, die die Erfahrungen der anderen sozialistischen Länder berücksichtigte, wurde die Trennung der zentralen Planung des Geldumlaufs und der Kredite durch die Staatsbank und die Kreditausreichung und Abwicklung des Zahlungsverkehrs durch die Industrie- und Handelsbank beseitigt. Die

Planung und Bilanzierung des Geldumlaufs und der Kredite wurde mit der Finanzie-**[942]**rung und Kontrolle der volkseigenen Wirtschaft in einer Bank verbunden und der Staatsbank ermöglicht, mit ihren Niederlassungen in den Bezirken und Kreisen wirksamer die Einheit von Leitung, Planung und Durchführung der Geld- und Kreditpolitik durchsetzen zu können.

Entsprechend der Weiterentwicklung der sozialistischen Produktionsverhältnisse in allen sozialistischen Ländern und der Vertiefung der Zusammenarbeit der sozialistischen Staaten im Rahmen des RGW nehmen vor allem seit der Verabschiedung des Komplexprogrammes des RGW im Jahre 1971 finanzpolitische Fragen im Zusammenhang mit der sozialistischen ökonomischen Integration einen breiteren Raum ein. Hierbei geht es darum, die sozialistischen Valuta- und Finanzbeziehungen weiterzuentwickeln und damit die internationale Spezialisierung und Kooperation in Wissenschaft und Produktion sowie die Angleichung des Entwicklungsstandes der sozialistischen Staaten zu fördern.

Literatur:

1. *Doernberg, S.:* Die Geburt eines neuen Deutschland 1945-1949. Berlin 1959; 2. *Ehlert, W./Hunstock, D./Tannert, K.-H.:* Geldzirkulation und Kredit in der sozialistischen Planwirtschaft. Berlin 1976; 3. *Gurtz, J./Kaltofen, G.:* Der Staatshaushalt der DDR. Berlin 1977; 4. *Kohlmey, G.:* Das Geldsystem der DDR. Berlin 1956; 5. *Zimmermann, H./Fraas, G./Rätzer, M.:* Geld und Kredit in der DDR. Berlin 1957; 6. *Bericht zur Direktive des VIII. Parteitages der SED zum Fünfjahrplan 1971-1975.* Berlin 1971; 7. *Dokumente der SED.* Berlin 1951 ff.; 8. *Das Finanzsystem der DDR.* Berlin 1962; 9. *Sozialistisches Weltwirtschaftssystem.* Berlin 1967 ff.; 10. *Zur ökonomischen Politik der SED und der Regierung der DDR.* Berlin 1955 ff.

Peter Schmidt

2.7.10. Handwerk

1945 setzte die KPD konsequent ihre auf der Brüsseler (1935) und der Berner (1939) Konferenz beschlossene Bündnispolitik auch gegenüber dem Handwerk in die Tat um. Bereits das Aktionsprogramm der KPD vom 11. Juni 1945 rief die Handwerker zur aktiven Mitarbeit am wirtschaftlichen und politischen Wiederaufbau auf. Konkretisiert wurde diese Aufforderung in den „Richtlinien der KPD zur Wirtschaftspolitik“ vom 3.3.1946 sowie in den „Grundsätzen und Zielen der SED“ vom 21.4.1946 mit der Forderung: „Planmäßige Förderung der Bedarfsgüterproduktion in Industrie und Handwerk unter Einschaltung der Privatinitiative.“ [12: 31] Im Januar 1947 bildete die SED einen besonderen Ausschuß für Handwerksfragen beim Zentralkomitee zur Entwicklung und Kontrolle von Förderungsmaßnahmen für das Handwerk, und in der ersten Regierungserklärung der DDR vom 12.10.1949 hieß es: „Die Regierung sieht im Handwerk einen wichtigen Faktor unserer Gesamtwirtschaft, dessen Existenzgrundlagen zu sichern sind.“ [8: 4] Am 31.12.1945 existierten auf dem Territorium der damaligen sowjetischen Besatzungszone 243.000 Handwerksbetriebe mit einer Leistung von 3,1 Mrd. Mark. [6: Bd. 2, 1511] Die faschistischen Kreishandwerkerschaften waren aufgelöst worden. Mit der Bildung von Fachinnungen wurde an die handwerklichen Berufsvertretungen von vor 1933 angeknüpft. Das vollzog sich zunächst sporadisch und örtlich unterschiedlich. Der Demokratisierungsprozeß weitete sich aus, als die Sowjetarmee die amerikanischen Besatzungstruppen östlich der Elbe ablöste. Die Fachinnungs- wurden **[943]** zu Provinzialinnungsverbänden zusammengeschlossen und ihre Leitungen mit Antifaschisten besetzt. Mit dem Befehl 160 der SMAD vom 27.5.1946 erhielt das Handwerk wieder die Möglichkeit der Bildung von Genossenschaften, und am 24.6.1946 wurden nach Befehl Nr. 161 Landeshandwerkskammern neu gebildet. Mit der „Anordnung über die Förderung der Initiative des Handwerks zur Entwicklung der Friedenswirtschaft und zur Verbesserung der Versorgung der Bevölkerung mit Massenbedarfsgütern“ vom 10. 6. 1949 traten erste gesetzliche Regelungen über die Zugehörigkeit zum Handwerk und seine materielle bzw. finanzielle Förderung in Kraft. Frei vom Druck der Monopole, angeregt durch den gewaltigen Nachholebedarf infolge des Krieges und gefördert durch die Arbeiterklasse, erhöhte sich die Zahl der Handwerksbetriebe in der DDR auf 303.821 mit 858.329 Arbeitskräften und einer Jahresleistung von 4,42 Mrd. Mark (1949). Auf 1.000 Einwohner kamen Ende 1949 wieder 14 Handwerksbetriebe. Sie verteilten sich auf die Wirtschaftszweige Metallverarbeitung (18%), Holzbearbeitung (12%), Verbrauchsgüter

(48%), Bauwirtschaft (16%), Dienstleistungen (6%) und stellten 6,5% des gesellschaftlichen Gesamtprodukts. [4: 5 f.]

Die SED vollbrachte bei der Entwicklung des Bündnisses zwischen Arbeiterklasse und Handwerk bereits in der antifaschistisch-demokratischen Etappe der Revolution nach 1945 eine große Leistung. Die rasche Entwicklung der handwerklichen Produktivkräfte wurde die wichtigste Basis zur Festigung dieses Bündnisses. Gleichzeitig wurden mit gesetzgeberischen Mitteln spekulativ-egoistische Interessen des Handwerks zurückgedrängt, die sich nach 1945 zunächst aus der objektiv bedingten ökonomisch überzogenen Bedeutung des Handwerks ergaben. Die Herausbildung des Bündnisses mit dem Handwerk war kein einmaliger Akt. Etappenweise ergaben sich dafür neue ökonomische, politische und andere Bedingungen. Ziel der ersten Etappe zwischen 1945 und 1952 waren die politische und ökonomische Neuorientierung des Handwerks, seine Leistungsentwicklung, die Einschränkung der kapitalistischen Ausbeutung sowie die demokratische Umgestaltung der handwerklichen Genossenschaften und Interessenvertretungen. Mit der Blockpolitik und dem Mehrparteiensystem erhielt das Bündnis eine feste organisatorische Basis. Eine zunehmende Zahl von Handwerkern nahm im Rahmen der Nationalen Front, als Mitglieder politischer Parteien oder als Volksvertreter an der Leitung des Staates und am gesellschaftlichen Leben teil.

Auf Vorschlag des III. Parteitages der SED verabschiedete die Volkskammer am 9.9.1950 das „Gesetz zur Förderung des Handwerks“, das neben einer klaren Abgrenzung des Handwerks von der Privatindustrie und der Einbeziehung des Handwerks und seiner Genossenschaften in die Volkswirtschaftsplanung eine Fülle von Förderungsmaßnahmen auf preis-, steuer-, sozial- und kreditpolitischem Gebiet zur Folge hatte. Obwohl die Realisierung der Aufgaben des ersten Fünfjahrplanes 1951-1955 vom Handwerk mit großem Elan in Angriff genommen wurde, zeigte sich bald, daß die sich aus dem Privateigentum an den Produktionsmitteln ergebenden Störfaktoren den gewünschten Erfolg bei der Einbeziehung des Handwerks in die Volkswirtschaftsplanung in verschiedener Hinsicht beeinträchtigten. So orientierte sich das materielle Interesse der größeren Handwerksbetriebe auf die einträgliche Serienproduktion von Massenbedarfsgütern und Kooperationsleistungen für die Industrie. Dadurch entwickelten sich die Reparaturleistungen des Handwerks bis 1955 nur gering. Ihr Anteil an den Gesamtleistungen des Handwerks sank von 22,1% 1950 auf 18,8% 1955. Dagegen stieg die industrieähnliche Produktion um das Doppelte. Im Gegensatz zur Produktion wurden die Kontrollziffern des 1. Fünfjahrplanes bei Reparaturen und Einzelfertigung für die Bevölkerung nicht erfüllt. Die produktionsintensiven Berufe dagegen steigerten ihre Leistungen bis zu 548,8%. Ende des Jahres 1955 belief sich der Anteil des Handwerks an der Gesamtpro-**[944]**duktion von Industrie und Handwerk mit 7,6 Mrd. Mark auf 12%, in der örtlichen Industrie auf 32%. In 248.932 Handwerksbetrieben waren 339.939 Lohnarbeiter, 129.038 Lehrlinge und 8.237 Heimarbeiter beschäftigt. Durch die hohen, nicht nachweispflichtigen Gewinne der produzierenden Handwerksbetriebe und die damit verbundene Möglichkeit der Zahlung illegaler Löhne bzw. die Beschäftigung nicht gemeldeter Heimarbeiter wurden Tausende von Arbeitskräften aus volkseigenen und privaten Industriebetrieben abgeworben. Das steuerlich erfaßte Vermögen der Handwerker stieg von 934,6 Mill. Mark (1950) auf 1.397,1 Mill. (1955) – ohne Berücksichtigung der Vermögen in Form von steuerfreien Sparguthaben bis 20.000 Mark, PKW, Hausrat usw. Das statistisch erfaßte Betriebsvermögen erhöhte sich von 391 Mill. auf 700 Mill. Mark und das Durchschnittseinkommen der selbständigen Handwerker auf 223%. [3: 31] Im Ergebnis dieses ökonomischen Aufschwungs vollzog sich ein Differenzierungsprozeß besonderer Art. Ein Teil der Handwerksbetriebe entfernte sich immer mehr von den für die einfache Warenwirtschaft typischen Merkmalen. Bei steigender industrieller Serienfertigung und sinkenden Reparaturleistungen erhöhte sich die Anzahl der Lohnarbeiter und es verbesserte sich die technische Ausrüstung der Handwerksbetriebe. Die Zahl der Alleinmeister und der Betriebe mit bis zu 3 Arbeitskräften nahm ab, während sich die der Betriebe mit 4-10 Arbeitskräften vergrößerte und sich die der Betriebe mit 11 und mehr Beschäftigten verdoppelte. Der Anteil letzterer an den handwerklichen Gesamtleistungen stieg von 6% 1952 auf 10,7% 1955. Dieser kapitalistische Akkumulationsprozeß entsprang der objektiven Tendenz der einfachen Warenproduktion, ununterbrochen und überall Kapitalismus zu produzieren (Lenin). Solange das private Eigentum im Handwerk vorherrschte, setzte

sich diese Tendenz trotz aller staatlichen Steuerungsmaßnahmen auch hier durch. Kapitalistische Entwicklungsformen waren auch in den 1.440 Einkaufs- und Liefergenossenschaften (ELG) des Jahres 1955 feststellbar, in denen 192.385 Mitgliedsbetriebe organisiert waren. Ihr Umsatz von 3.057 Mill. Mark bestand zu 64,7% aus Versorgung der Mitglieder mit Produktionsmitteln, 22,8% Lieferungen an nichthandwerkliche Abnehmer und 12,5% Absatz handwerklicher Erzeugnisse. Die dominierende Rolle der kapitalistischen Handwerksbetriebe in den Verwaltungsorganen der ELG, der Dividendencharakter und die Warenrückvergütung, Rabatten und Darlehnszinsen sowie die teilweise Reprivatisierung genossenschaftlichen Eigentums behinderten ihre Funktion als wichtige Übergangsstufe zu sozialistischen Produktionsverhältnissen empfindlich. Allein 1954 wurden 14,8 Mill. Mark Warenrückvergütung und weitere 10,4 Mill. Mark Reingewinn dem steuerlich begünstigten Rohertrag entnommen. Demzufolge war das genossenschaftliche Gruppeneigentum nur schwach entwickelt. Erst mit der „Verordnung über ELG“ vom 14. 12. 1956 wurde diese Fehlentwicklung unterbunden.

Die Entwicklung von Handwerksbetrieben zu kapitalistischen Betrieben wurde durch die niedrige Normativbesteuerung für Betriebe aller Größenklassen begünstigt. Zur Eindämmung der kapitalistischen Entwicklungstendenzen beschloß die Volkskammer am 12.3.1958 auf Empfehlung des 33. Plenums des ZK der SED die Gesetze zur Ergänzung des Gesetzes zur Förderung des Handwerks und über die Besteuerung des Handwerks. Sie bremsten die Fehlentwicklung eines Teils der Handwerksbetriebe durch eine Differenzierung der Handwerkssteuer (Stufe A und B) und durch die Neufassung der Zugehörigkeit zum Handwerk. Danach verblieb die überwiegende Mehrheit des Handwerks bis einschließlich drei Gesellen (85,5%) in der bisherigen normativen Handwerkssteuer A, weniger als 15% wurden in die Handwerkssteuer B übernommen, die gleichfalls gegenüber der privaten Industrie noch erhebliche Steuervergünstigungen aufwies, während eine kleine Gruppe von Betrieben in den Bereich der Privatindustrie **[945]** überführt wurde. 1955 waren die wichtigsten Grundlagen des Sozialismus in Industrie und Landwirtschaft geschaffen. Die Schranken des zersplitterten Kleineigentums an den Produktionsmitteln im Handwerk dagegen machten sich zunehmend in Störungen der Versorgung der Bevölkerung mit Dienst- und Reparaturleistungen bemerkbar. Noch 1960 wurden 60% dieser handwerkstypischen Leistungen von kleinen Handwerksbetrieben bis zu zwei Gesellen ausgeführt. Die weitere erfolgreiche Einbeziehung der handwerklichen Potenzen in den Aufbau des Sozialismus setzte nunmehr die sozialistische Umgestaltung des überwiegenden Teils des Handwerks voraus. Damit begann die entscheidende Phase der zweiten Etappe der Bündnispolitik gegenüber dem Handwerk, die durch vielfältige staatliche Förderungsmaßnahmen gegenüber dem privaten Handwerk vorbereitete unmittelbare ideologische und ökonomische Orientierung auf den freiwilligen genossenschaftlichen Zusammenschluß in der materiellen Produktion. Auf der 3. Parteikonferenz im März 1956 begründete die SED Notwendigkeit und Formen der sozialistischen Umgestaltung des Handwerks. Sie stützte sich dabei auf zahlreiche Vorschläge und Initiativen der Blockparteien sowie auf die Erfahrungen von 85 PGH, die in der Zeit von 1952 bis 1956 entstanden waren. Mit der „Verordnung über PGH“ vom 18.08.1955 begann die gesetzliche Fixierung einer von materiellen Vorteilen für den genossenschaftlichen Zusammenschluß getragenen Wirtschaftspolitik gegenüber dem Handwerk. 1958 existierten bereits 2.574 PGH mit 61.567 Mitgliedern, zu denen sich zunächst kleinere Handwerksbetriebe mit bis zu drei Arbeitskräften zusammengeschlossen hatten. Die „Verordnung über die Besteuerung der PGH und ihrer Mitglieder“ vom 6.9.1958 brachte weitere steuerliche Vorteile für die Einkommen der PGH und ihrer Mitglieder. Mit zwei Stufen des genossenschaftlichen Zusammenschlusses wurde der Beitritt zur PGH für viele private Handwerker erleichtert. So wurde die Stufe 1 der PGH, in der die Produktionsmittel nach wie vor Privateigentum blieben, aber genossenschaftlich genutzt wurden, vorerst von vielen Handwerkern gewählt. Ein sprunghaftes Ansteigen der Zahl der PGH war die Folge, zumal sich jetzt auch die größeren und produzierenden Handwerksbetriebe dieser Entwicklung anschlossen. Innerhalb eines Jahres stieg die Zahl der PGH auf 3.302 mit 106.000 Mitgliedern. Am Ende der zweiten Hauptperiode der historischen Entwicklung der DDR (1949-1961) existierten auf ihrem Territorium 3.878 sozialistische Produktionsgenossenschaften des Handwerks und 173.243 private Handwerksbetriebe, wobei letztere 1.382 Einkaufs- und Liefergenossenschaften unterhielten. In ihnen arbeiteten 596.643 Menschen (ohne Lehrlinge), 162.509 (27,2%) davon in den PGH. Mit einer Gesamtleistung von 10,4 Mrd. Mark – 28,5% davon fielen auf die PGH

– produzierte das Handwerk 6,5% des gesellschaftlichen Gesamtprodukts der DDR, wobei die Produktivität der PGH die des privaten Handwerks im Durchschnitt um 10,6% überstieg. [11: 437 ff.]

Diese Entwicklung bewies die Möglichkeit, das Handwerk in seiner ganzen sozialökonomischen Breite zum aktiven Mitgestalter seiner gesellschaftlichen Integration in die sozialistische Produktionsweise zu machen. Die Unterstützung und Förderung der handwerklichen Produktivkräfte – für die die Arbeiterklasse umfangreiche materielle Opfer brachte – wurde die wichtigste Basis für die Festigung des politischen Bündnisses mit den Handwerkern.

Nachdem die Arbeiterklasse jahrelang die ökonomische Stärkung der PGH durch Verzicht auf Zahlung von Steuern unterstützt hatte, war Ende 1962 ein solcher Stand ihrer Entwicklung erreicht, daß diese Maßnahme nur noch für neu gegründete PGH und auf zwei Jahre befristet notwendig war. Das „Gesetz über die Besteuerung der PGH und ihrer Mitglieder“ vom 29.11.1962 förderte darüber hinaus durch zusätzliche Steuervergünstigungen vor allem die Entwicklung der Dienst- und Reparaturleistungen **[946]** für den Bevölkerungsbedarf, die zwischen 1958 und 1962 nur unwesentlich gestiegen waren (von 1,1 Mrd. auf 1,4 Mrd. Mark bei Reparaturleistungen). Selbst innerhalb reparaturintensiver Wirtschaftszweige blieb der Reparaturanteil der PGH unter 50% (Klempner 48,3%). Auf dem VI. Parteitag der SED (1963) wurden deshalb ihre und der privaten Handwerker Aufgaben klar umrissen: „Die vordringlichste Aufgabe der Handwerker ist die bessere Versorgung der Bevölkerung mit Reparatur- und Werterhaltungsarbeiten sowie mit Dienstleistungen und die Anfertigung von Gebrauchsgütern nach individuellen Wünschen.“ [7: 100]. Besonders kritisch gestaltete sich die Lage bei den Baureparaturen für die Bevölkerung (Reparaturen an Wohnbauten). Der bis 1971 anhaltende Trend der Einbeziehung des Bau- und Ausbauhandwerks in das Neubauprogramm hatte hier nur minimale Steigerungsraten zugelassen. Schwierigkeiten in der Ersatzteil- und Materialbeschaffung, hohe Kostensätze und eine unzureichende finanzielle Stimulierung hemmten zusätzlich die rasche Entwicklung der Dienst- und Reparaturleistungen. Zudem gingen die Lehrlingszahlen im Handwerk immer mehr zurück, was zur Überalterung vieler versorgungsintensiver Handwerksberufe (Bäcker, Fleischer) führte. Die Organe der Staatsmacht wurden bereits 1950 mit dem „Gesetz zur Förderung des Handwerks“ zur Leitung und Planung des Handwerks verpflichtet. Sie bedienten sich dazu bis 1961/62 der Referate Kommunale Wirtschaft und Handwerk in den Abteilungen Industrie und Handwerk auf Bezirks- und Kreisebene sowie vor allem der Handwerkskammern der Bezirke. Die damit verbundene isolierte Leitung des Handwerks unabhängig von anderen Eigentumsformen gleicher Leistungsstruktur hemmte nach 1961 die komplexe Entwicklung der Versorgungsleistungen für den Bevölkerungsbedarf. Mit 157 Leistungsarten (Berufen) war das Handwerk in fast allen Volkswirtschaftszweigen präsent. Auch die Klassenheterogenität der Handwerker fußte auf dementsprechend differenzierten Eigentumsformen. 1970 beliefen sich die Leistungen des Handwerks auf 17,8 Mrd. Mark; darunter nur 2,7 Mrd. Reparatur-, 0,81 Mrd. Dienstleistungen und 0,49 Mrd. individuelle Kundenproduktion. Daran beteiligt waren: 116.478 private Handwerksbetriebe mit einem Betriebsvermögen von 14,5 Mrd. Mark; 1.305 PGH der Stufe I und 3.153 PGH der Stufe II mit einem genossenschaftlichen Gruppeneigentum von 9 Mrd. Mark; des weiteren 1.152 Einkaufs- und Liefergenossenschaften (ELG) mit unteilbarem Gruppeneigentum von 127,2 Mill. und einem Warenumsatz von 3,5 Mrd. Mark, in denen 82.350 private Mitgliedsbetriebe zusammengeschlossen waren, 136 Arbeitsgemeinschaften der PGH (AGP) mit sozialistischem Gruppeneigentum von 223,3 Mill. Mark vervollständigen diesen Überblick. [5: 160 ff.]

Mit den Ordnungen über die Arbeitsweise der örtlichen Volksvertretungen und ihrer Organe vom 26.6.1961 begann die Einordnung der genossenschaftlichen und privaten Handwerksbetriebe in die ihrer Leistungsstruktur entsprechenden Wirtschaftszweige. Die Herausbildung einer leistungsstarken örtlichen Versorgungswirtschaft auf der Grundlage eines Staatsratsbeschlusses vom 2.6.1965 setzte diesen Prozeß fort. Dazu wurden bei den Räten der Bezirke und Kreise Abteilungen für örtliche Versorgungswirtschaft (ÖVW) gebildet. 1970 hatte der darauf fußende Integrationsprozeß des Handwerks in den einzelnen Volkswirtschaftszweigen folgenden Stand erreicht: 8 zentralgeleitete PGH, 581 PGH und 184 Privatbetriebe waren den Wirtschaftsräten der Bezirke unterstellt; 1.893 PGH und 95.586 private Handwerksbetriebe gehörten zum Bereich der örtlichen Versorgungswirtschaft; 1.705

PGH und 16.161 Privatbetriebe wurden von den Kreisbauämtern, 236 PGH und 4.417 Privatbetriebe von den Bezirksdirektionen Kraftverkehr, 34 PGH und 124 private Handwerksbetriebe von den Räten für Landwirtschaft und Nahrungsgüterwirtschaft sowie 1 PGH und 6 Privatbetriebe vom Gesundheitswesen geleitet und geplant. [10: 32 f., 75 f.]

[947] Die Leitung des Handwerks durch die örtlichen Staatsorgane konnte aber nicht nur auf die Auslastung seiner Kapazitäten gerichtet sein, sondern mußte auch mit den im Volkswirtschaftsplan vorgesehenen Proportionen und Schwerpunkten der ökonomischen Gesamtentwicklung der DDR übereinstimmen. Dazu bedurfte es der Einbeziehung des genossenschaftlichen und privaten Handwerks in die Volkswirtschaftsplanung. Das aber geschah bis 1972 recht oberflächlich und bezüglich einer konsequenten Entwicklung der Dienst- und Reparaturleistungen für den Bevölkerungsbedarf ohne großen Erfolg. Der Hauptteil der handwerklichen Versorgungskapazitäten lag zwar auch vor dem VIII. Parteitag der SED schon im Verantwortungsbereich der örtlichen Staatsorgane auf Kreisebene, wurde aber vorwiegend für die Produktion bzw. für Reparaturleistungen außerhalb des direkten Bevölkerungsbedarfs eingesetzt. Die mittelbare Einbeziehung des privaten Handwerks in die Volkswirtschaftsplanung erfolgte zwischen 1959 und 1972 in der Regel auf der Basis von Leistungsangeboten und Materialanforderungen der ELG an die Kreisplankommissionen. Vor 1959 gingen die Leistungsangebote an die Bezirkshandwerkskammern, die sie gemeinsam mit den Plankommissionen der Kreise in die staatlichen Gesamtaufgaben einarbeiteten. Eine unmittelbare Planbeauflagung der privaten Handwerksbetriebe war schon deshalb nicht möglich, weil infolge vereinfachter Leistungsnachweise (Handwerker-Quartals-Berichterstattung) die tatsächliche Leistungskapazität des privaten Handwerks nur annähernd genau bekannt war. Die statistisch abgerechneten Leistungen sind bis 1972 mit Sicherheit niedriger als die tatsächlichen. Leitung und Planung des privaten Handwerks bildeten bis 1972 keine Einheit. Die PGH wurden de jure durch die Verordnung über PGH von 1955 in die Planung einbezogen. Da aber bis 1963 einheitliche Regelungen für die genossenschaftliche Betriebsplanung und Abrechnung fehlten, begann de facto erst zu diesem Zeitpunkt eine wirksame Planung der genossenschaftlichen Leistungsentwicklung. Mit der 2. Durchführungsbestimmung zur Verordnung über PGH vom 10.4.1962 und mit der 3. vom 1.1.1966 wurden solche Regelungen getroffen, wobei letztere bis 1972 gültig blieb und zunehmend störende Disproportionen zwischen der gewachsenen Qualität der Volkswirtschaftsplanung und den veralteten Formen genossenschaftlicher Betriebsplanung hervorrief. Bei alledem hatte die Planung der PGH bis 1972 eine entscheidende Schwäche. Die Kreisplankommissionen legten kaum Wert auf die Perspektivplanung der PGH. Mit einer formalen Bestätigung der genossenschaftlichen Betriebspläne war niemandem gedient, zumal sie oft nur die allgemeine Höhe der Leistungen fixierten, ohne die Anteile der einzelnen Leistungsarten exakt zu bestimmen. Das hatte u. a. eine falsche technisch-ökonomische Konzeption vieler PGH – ausgerichtet auf die Serienproduktion oder industrielle Kooperation – zur Folge, deren Realisierung diese PGH von ihren versorgungsintensiven Aufgaben entfernte und nach 1972 nur noch die Überführung im Volkseigentum anstelle einer Rückführung zu Dienst- und Reparaturleistungen offenließ. Fast alle PGH haben zwischen 1961 und 1970 von sich aus eine Spezialisierung ihrer Leistungen vorgenommen **,** ohne dabei die Zusammenhänge und Entwicklungsperspektiven ihres Wirtschaftszweiges zu kennen. Damit stand vor dem VIII. Parteitag der SED die objektive Notwendigkeit, eine Antwort auf die Grundfragen der künftigen Entwicklung handwerklicher Versorgungsleistungen zu geben. Für sie gilt seither voll die Feststellung des Generalsekretärs des ZK der SED, Erich Honecker: „Die Bedürfnisse der Menschen sind nicht Punkt 2, 3 oder 4, sondern Punkt 1 der Planung. Sie sind für die Planung entscheidender Ausgangspunkt.“ [1: 4]

Die Entwicklung der versorgungsintensiven Leistungsarten des Handwerks bis 1970 zeigte, daß der notwendige wissenschaftliche Vorlauf auf diesem Gebiet vernachlässigt wurde und ein erheblicher Rückstand in der praktischen Dienst- und Reparaturleistungs-**[948]**entwicklung eingetreten war. Damit verbundene Fehlentwicklungen der Einkommen produzierender privater Handwerksbetriebe und der Mitglieder industrieller PGH, die illegale Zuwanderung von 55.637 Arbeitskräften aus volkseigenen Betrieben und andere negative Erscheinungen hielten zeitweilig das Wachstum der Effektivität und bedarfsgerecht strukturierter Leistungen im Handwerk auf. 1970 betrug der Anteil der 4.458 PGH

mit 260.227 Arbeitskräften an den handwerklichen Gesamtleistungen von 17.763.058.000 Mark 49,9%, an Reparaturleistungen jedoch nur 37,7%. In den 116.478 privaten Handwerksbetrieben waren 347.547 Arbeitskräfte tätig, die mit Hilfe der Kooperation zwischen 1965 und 1970 ihre Produktivität noch einmal um 26,2% steigern konnten. Die Arbeitsproduktivität der PGH stieg im gleichen Zeitraum um 32,8%. In beiden Eigentumsformen war es bis zu diesem Zeitpunkt nicht gelungen, den Trend zur rentableren Serienproduktion und Lohnarbeit für die Industrie entscheidend zu durchbrechen. Das äußerte sich im privaten Handwerk auch darin, daß zwischen 1966 und 1970 die Zahl der Betriebe um 13,8%, die der Beschäftigten jedoch nur um 4,9% zurückging. Die Zahl der größeren bzw. kapitalistischen Handwerksbetriebe mit industrieller Produktion nahm zu. Die damit verbundenen Erscheinungen privater Spekulation veranlaßten am 15.12.1970 den Ministerrat zur Verabschiedung eines Komplexes von Beschlüssen zur teilweisen Neuregelung der Besteuerung der PGH und privaten Handwerksbetriebe bzw. zu Maßnahmen zur besseren Nutzung der in diesen Betrieben vorhandenen Leistungs- und Effektivitätsreserven. Wichtigste Konsequenzen dieser Beschlüsse waren die Erhebung einer Produktionsfondssteuer und zusätzliche materielle Anreize für Versorgungsleistungen in beiden Eigentumsformen, die Einführung einer Gewinnsteuertabelle B sowie von Limiten für Arbeitskräfte und steuerlich anerkannter Vergütungsfondsanteile für PGH. Die damit eingeleitete Korrektur der Fehlentwicklung eines Teils der PGH und privaten Handwerksbetriebe bediente sich zudem der Vorteile der sozialistischen Kooperation in Gestalt der Versorgungs- und Erzeugnisgruppenarbeit unter Führung volkseigener Leitbetriebe. Ende 1970 arbeiteten bereits 84,4% aller PGH und 63,8% der privaten Handwerksbetriebe in Versorgungs- und Erzeugnisgruppen mit. Vor allem zwischen dem VIII. und dem IX. Parteitag der SED entwickelte sich so eine neue Qualitätsstufe in den Bündnisbeziehungen zwischen Arbeiterklasse und Handwerk. Das Handwerk verlor seine Mittelstellung (Mittelstand) zwischen der als Klasse expropriierten Bourgeoisie und der Arbeiterklasse. Innerhalb der sich herausbildenden Klassenstruktur des reifen Sozialismus nahm es nunmehr entweder als Schicht sozialistischer Genossenschaftshandwerker oder als Privathandwerker an der weiteren Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft teil. Inhalt und Formen der weiteren Integration des Handwerks wurden zunehmend von der Hauptaufgabe des VIII. Parteitages der SED bestimmt. Dazu gehörte auch die Überführung von über 2.000 PGH und 500 privaten Handwerksbetrieben mit industriell produzierendem Charakter durch Kauf in Volkseigentum, deren Arbeitskräfte- und Arbeitsmittelstruktur eine Rückführung auf Dienst- und Reparaturleistungen ausschloß. In der Zeit von April bis Juli 1972 entstanden einschließlich der umgebildeten halbstaatlichen und privaten Industriebetriebe 10.900 neue volkseigene Betriebe. [2: 23 f.] Mit der Verordnung über die Förderung des Handwerks bei Dienst- und Reparaturleistungen und die Regelung der privaten Gewerbetätigkeit vom 12.7.1972 wurde die feste Einbeziehung des Handwerks in die staatliche Leitung und Planung veranlaßt. Dazu erhielten die örtlichen Staatsorgane umfassende operative Leitungsbefugnisse zur Steuerung der handwerklichen Leistungsentwicklung entsprechend der realen Versorgungslage in ihrem Verantwortungsbereich. Dazu gehörte auch die begrenzte Einbeziehung des privaten Handwerks in die unmittelbare staatliche Planbeauflagung.

[949] Bis zum IX. Parteitag der SED 1976 entwickelten sich nun die Versorgungsleistungen des Handwerks wie nie zuvor in der Geschichte der DDR, ohne jedoch die erheblichen Versorgungslücken in bestimmten Schwerpunktgewerken (Bäcker, Klempner, Uhrmacher, Schneider usw.) voll überwinden zu können. Das veranlaßte den Ministerrat der DDR in Vorbereitung des IX. Parteitages der SED am 12.2.1976 mit zu der „Verordnung zur Förderung privater Handels-, Gaststätten- und Handwerksbetriebe für Dienstleistungen im Interesse besserer Versorgung der Bevölkerung“, die zahlreiche weitere finanzielle Förderungsmaßnahmen und Erleichterungen für bestehende und neu eröffnete private Versorgungsbetriebe des Handwerks brachte. In ihrem Ergebnis entstanden zahlreiche neue private Handwerksbetriebe in territorialen Versorgungsschwerpunkten und wichtigen Versorgungsberufen, und die Versorgungsleistungen des Handwerks stiegen insgesamt erheblich an. Auf dem IX. Parteitag der SED wurde dazu festgestellt: „Der Beitrag der PGH zur Sicherung des Bedarfs an Dienstleistungen wird auf dem Wege der Intensivierung erhöht. Das private Handwerk wird in die Lösung der Versorgungsaufgaben einbezogen.“ [9: 145].

Literatur:

1. *Honecker, E.*: Zu aktuellen Fragen bei der Verwirklichung der Beschlüsse des VIII. Parteitages, in: ND v. 18.12.1971; 2. *Jarowinsky, W.:* Bericht des Politbüros an das ZK der SED. Berlin 1972; 3. *Koniezny, A.:* Die Politik der Partei zur Einbeziehung der Mittelschichten und privatkapitalistischen Unternehmer in den Sozialismus. Berlin 1959; 4. *Müller, W.:* Grundfragen der Planung und Leitung des Handwerks während der Übergangsperiode von Kapitalismus zum Sozialismus in der DDR. Berlin 1968 (Diss.); 5. *Ders.:* Bedeutung und Formen der Integration des Handwerks der DDR in die entwickelte sozialistische Gesellschaft zwischen 1961 und der Gegenwart. Berlin 1973 (Habil.-Schrift); 6. *Pieck, W.:* Leben und Aufsätze. Bd. 2, Berlin 1950; 7. *Ulbricht, W.:* Das Programm des Sozialismus. Berlin 1963; 8. *ND* v. 13.10.1949; 9. *Programm der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands.* Berlin 1976; 10. *Staatliche Zentralverwaltung für Statistik:* Wichtige Kennziffern des Handwerks der DDR 1970; 11. *Statistisches Jahrbuch der DDR 1962.* Berlin 1962; 12. *Zur ökonomischen Politik der SED und der Regierung der DDR.* Berlin 1955 ff.

Wolfgang Müller

2.7.11. Industrie

Die Geschichte der sozialistischen Industrie (zum Forschungsstand und zur Literatur s. 1.3.7.) begann in den Oktobertagen des Jahres 1917. Die Bildung der Sowjetregierung, die Arbeiterkontrolle über die Produktion und die Verteilung der Industrieerzeugnisse sowie die Aufstellung der Roten Garden in den Fabriken und Werken leiteten die revolutionäre Umgestaltung der Industrie Rußlands ein, die Vorbild für die Arbeiterklasse der anderen sozialistischen Länder wurde.

Die Geschichte der sozialistischen Industrie wurde von der historischen Entwicklung der kommunistischen Gesellschaftsformation geprägt. Die ihr innewohnenden allgemeinen Entwicklungsgesetze bestimmten die Richtung und das Tempo der industriellen Produktion in den einzelnen sozialistischen Ländern. Von dem Umfang, der Struktur und der Qualität der Produktion der sozialistischen Industrie und von der Reife ihres sozialistischen Wesens hing maßgeblich der Entwicklungsstand der kommunistischen Gesell-**[950]**schaftsformation ab. Darum besteht eine enge Beziehung zwischen der Periodisierung der Geschichte der kommunistischen Gesellschaftsformation und der Geschichte der sozialistischen Industrie. In der bisherigen Geschichte der sozialistischen Industrie lassen sich zwei große Perioden unterscheiden. Die erste Periode ist durch den Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus und die zweite Periode durch die erste Phase der kommunistischen Gesellschaftsformation, den Sozialismus, gekennzeichnet. Innerhalb der beiden Perioden verlief die historische Entwicklung der Industrie in verschiedenen Hauptetappen und Etappen. Gegenwärtig bereitet sich in der sowjetischen Industrie die dritte Geschichtsperiode vor. Sie wird mit dem Übergang der Sowjetgesellschaft in den reifen Kommunismus einsetzen.

Seit Anfang des 20. Jh. waren im Schoße des Kapitalismus auch die materiellen Vorbedingungen für die sozialistische Industrie herangereift. Die industriellen Produktivkräfte hatten die Produktion in der Industrie in einem solchen Grade vergesellschaftet, daß die kapitalistischen Produktionsverhältnisse nicht mehr den Rahmen für eine ungehemmte Entwicklung der industriellen Produktion abgeben konnten. Die industriellen Produktivkräfte waren in einem unlösbaren Widerspruch zu den kapitalistischen Produktionsverhältnissen geraten. Sie drängten auf Produktionsverhältnisse, die ihrem gesellschaftlichen Wesen entsprachen und ihnen die freie Entfaltung ermöglichten. [LW 21: 60; 23: 283]

Die für die sozialistische Industrie im Kapitalismus entstandenen materiellen Vorbedingungen waren in den einzelnen Ländern, die den Übergang zum Sozialismus in Angriff nahmen, von sehr unterschiedlicher Reife.

Gruppiert man die sozialistischen Länder danach, wie die materiellen Vorbedingungen für eine sozialistische Industrie in den jeweiligen Ländern ausgebildet waren, dann ergibt sich, daß nur die DDR und die ČSSR über eine industrielle Produktion verfügten, die dem allgemeinen Stand der fortgeschrittenen kapitalistischen Länder entsprach. In Rußland war die industrielle Entwicklung sehr differenziert verlaufen. Einerseits kennzeichnete die russische Industrie eine starke Monopolisierung

[LW 25: 344 ff.], und andererseits war das Niveau der materiell-technischen Basis der industriellen Produktion im allgemeinen niedrig und die Struktur der Industrie sehr unvollkommen. Die anderen sozialistischen Länder Europas waren in ihrer industriellen Entwicklung z. T. erheblich zurückgeblieben. In den asiatischen Ländern des Sozialismus existierte zu Beginn ihres gesellschaftlichen Aufbruchs nur eine vom Kolonialregime geformte Industrie. Ähnliches muß von Kuba gesagt werden. Die Mongolische Volksrepublik verfügte über keinerlei industrielle Produktion. [3: 17] [8: 151]

Der Stand der maschinellen Großproduktion, die mit ihr verbundene Konzentration der Produktion und der Arbeit, der Grad der durch die Organe des staatsmonopolistischen Kapitalismus vollzogenen Produktionsregulierung, das in der und für die Industrie wirkende wissenschaftliche Potential, die Struktur der Industriearbeiterschaft und ihr kulturell-technisches Niveau bildeten in jedem Land, das den sozialistischen Weg einschlug, die materielle Vorbedingung für die sozialistische Industrie. Aber in die Betrachtungen über die materiellen Vorbedingungen müssen auch die industriellen Errungenschaften einbezogen werden, die in den noch im System des Kapitalismus verharrenden Länder existierten und auf andere Weise für die sozialistische Industrie erschlossen werden konnten. Das betraf vor allem Produktionsmittel und -technologien, Erkenntnisse der Produktionsorganisation usw. Sie bildeten jenen Teil der materiellen Vorbedingungen, der indirekt für die Gestaltung der Industrie in den sozialistischen Ländern zu nutzen war.

Die Arbeiterklasse der sozialistischen Länder konnte die in ihren Ländern gegebenen **[951]** materiellen Vorbedingungen für die sozialistische Industrie nur in eingeschränkter Weise nutzen, weil imperialistische Kriege, Bürger- und Interventionskriege und die Spaltung Deutschlands, Koreas und Vietnams durch den Imperialismus, die aus dem Kapitalismus überkommenen industriellen Kapazitäten und Strukturen erheblich beeinträchtigt hatten.

Die erste Periode der sozialistischen Industrie begann mit dem politischen Sieg über die herrschenden Klassen und endete mit dem Aufbau der Grundlagen des Sozialismus in den Ländern, die das Joch des Monopolkapitalismus abgeschüttelt hatten. In der UdSSR reichte diese Periode von 1917 bis in die 2. Hälfte der 30er Jahre. Die volksdemokratischen Länder Europas und Asiens leiteten diese erste Periode der sozialistischen Industrie im allgemeinen 1944/45 ein. Sie fand in den europäischen Volksdemokratien an der Wende von den 50er zu den 60er Jahren ihren Abschluß. Der Inhalt dieser Periode bestand im wesentlichen in der Lösung zweier Widersprüche. Mit dem Schaffen neuer Produktionsverhältnisse in der Industrie konnte durch die von der marxistisch-leninistischen Partei geführte Arbeiterklasse der Widerspruch zwischen den kapitalistischen Produktionsverhältnissen und dem Charakter der industriellen Produktivkräfte beseitigt werden. Zugleich wurde der Widerspruch, der darin bestand, daß das Ausgangsniveau der industriellen Produktion – selbst das der industriell entwickeltsten sozialistischen Länder – nicht den Erfordernissen der ersten Phase der kommunistischen Gesellschaftsinformation entsprach, überwunden.

Der konkrete Verlauf der historischen Entwicklung in der UdSSR und in den volksdemokratischen Ländern Europas und Asiens brachte es mit sich, daß die Lösung der genannten Widersprüche in zwei Hauptetappen erfolgen mußte. In der UdSSR lag die Zäsur der beiden Hauptetappen in der Mitte der 20er Jahre und in den volksdemokratischen Staaten Europas am Ende der 40er Jahre.

Im Verlauf der ersten Hauptetappe überwand die Arbeiterklasse die Auswirkung der imperialistischen Kriege und des bourgeoisen Widerstandes gegen die revolutionären Veränderungen auf die Industrie des jeweiligen Landes. Das führte zur Wiederingangsetzung der industriellen Produktion, zum Übergang von der Rüstungs- zur Friedensproduktion und zum Wiederaufbau zerstörter Produktionskapazitäten. Dies alles geschah bereits in einem engen Zusammenhang mit der Veränderung der sozialökonomischen Grundlagen der Industrie, mit der Konfiskation bzw. Nationalisierung des privatkapitalistischen Eigentums an den industriellen Produktionsbedingungen, durch die die sozialistische Vergesellschaftung der industriellen Produktion eingeleitet wurde.

Die Veränderung der Eigentumsverhältnisse in der Industrie stellte das wichtigste Moment der sozialistischen Vergesellschaftung der industriellen Produktion dar. Die Schaffung eines gesamtgesellschaftlichen Eigentums an den industriellen Produktionsbedingungen war aber nicht mit dem gesamten

Prozeß der sozialistischen Vergesellschaftung der industriellen Produktion identisch. Lenin machte verschiedentlich darauf aufmerksam, daß der Konfiskation bzw. Nationalisierung des kapitalistischen Eigentums die wirkliche Vergesellschaftung folgen müsse. [LW 27: 231, 325 f.]

Diese Vergesellschaftung umfaßte alle Momente, die zur sozialistischen Umgestaltung der Industrie beitrugen. Neben der Eigentumsveränderung bestanden die wesentlichsten Momente dieses Prozesses in der Herausbildung einer vom Prinzip des demokratischen Zentralismus gekennzeichneten gesamtstaatlichen Leitung der Industrieproduktion, im Übergang zur gesamtgesellschaftlichen und längerfristigen Planung der industriellen Produktion, in der dem neuen Charakter der Eigentumsverhältnisse gemäßen Organisation der Produktion und der Arbeit, in der Neugestaltung der materiellen und moralischen Stimulierung der Arbeitsleistung der in der Industrie Beschäftigten, in der For-**[952]**mung einer neuen Einstellung zu den vergesellschafteten Produktionsbedingungen und zur Arbeit in den Industriearbeiterschaft und unter den Ingenieuren und Wissenschaftlern sowie in dem Entstehen von Beziehungen den gegenseitigen Hilfe und der kameradschaftlichen Zusammenarbeit zwischen den industriellen Produzenten. Unter den Momenten der sozialistischen Vergesellschaftung kam der Schaffung der materiell-technischen Basis den industriellen Produktion, die dem Sozialismus gemäß war, und den neuen Beziehung zwischen der Industrieproduktion und der wissenschaftlich-technischen Arbeit eine besondere Bedeutung zu.

In der UdSSR und in den anderen sozialistischen Ländern wurden die Eigentumsverhältnisse in der Industrie entweder vollständig oder im wesentlichen in der ersten Hauptetappe den Industriegeschichte verändert (s. 2.7.7.). Der sowjetischen Arbeiterklasse gelang es bereits in dieser Etappe, die sich aus historischen Gründen über einen längeren Zeitraum erstreckte, bei der umfassenden Vergesellschaftung der industriellen Produktion große Fortschritte zu erreichen. Die Arbeiterklasse der meisten sozialistischen Länder konnte erst gegen Ende der ersten Hauptetappe alle Momente der sozialistischen Vergesellschaftung der industriellen Produktion zum Tragen bringen, weil sich zu diesem Zeitpunkt der Übergang zur Diktatur des Proletariates vollzog, die für eine umfassende sozialistische Vergesellschaftung der Industrieproduktion die unbedingte Voraussetzung war.

Im Verlauf der zweiten Hauptetappe der sozialistischen Industrie gelang es der Arbeiterklasse in der UdSSR (wo sich diese Hauptetappe ab Mitte der 20er Jahre bis in die 2. Hälfte der 30er Jahre hinzog; in den anderen sozialistischen Ländern Europas umfaßte sie den Zeitraum von Ende der 40er bis zu Beginn der 60er Jahre), die gesamte Industrie sozialistisch umzugestalten.

In der DDR, in der die sozialistische Umgestaltung den volkseigenen Industrie in der zweiten Hauptetappe ebenfalls zum Abschluß gebracht werden konnte, existierte bis 1972 noch ein Sektor in der Industrie mit privatkapitalistischen Unternehmen, an denen der sozialistische Staat z. T. ökonomisch beteiligt war. Die sozialistische Vergesellschaftung der Unternehmen dieses Sektors vollzog sich in den 70er Jahren (s. 2.7.17., 2.7.15., 2.7.16., 2.7.23.).

Im Zentrum der sozialistischen Umgestaltung der Industrie stand, mit der Herausbildung der neuen Produktionsverhältnisse korrespondierend, die Entwicklung der Produktivkräfte. Die Qualifizierung der industriellen Produktivkräfte begann mit der Veränderung der Produzentenschaft, die durch das Entstehen einer neuen Einstellung zu den vergesellschafteten Produktionsbedingungen und zur Arbeit sowie durch das Schaffen von Beziehungen der kameradschaftlichen Zusammenarbeit und gegenseitigen Hilfe und Unterstützung der Produzenten und Produzentenkollektive bewirkt wurde. Das fand darin seinen Ausdruck, daß die Industriearbeiter, die Ingenieure und Wissenschaftler ihre Arbeitserfahrungen und ihr Arbeitswissen mobilisierten, um in der ersten Hauptetappe der sozialistischen Industriegeschichte die aus dem Kapitalismus überkommenen Produktionskapazitäten vollständig zu nutzen, Engpässe in der Produktion zu beseitigen, die Arbeitsorganisation zu verbessern usw. Die Subbotniks in den Industriebetrieben, die Stoßarbeiter- und Aktivistenbewegung, die Produktionswettbewerbe waren Erscheinungsformen, die diesen Wandel in den industriellen Produktivkräften zum Ausdruck brachten. Zur gleichen Zeit wurde die Qualifizierung der industriellen Produktivkräfte durch das Herstellen einer unmittelbaren Verbindung zwischen der wissenschaftlich-technischen Arbeit und der Industrieproduktion vorbereitet und teilweise eingeleitet. Das gelang durch die

Umwandlung des aus dem Kapitalismus überkommenen personellen und materiellen Potentials der wissenschaftlich-technischen Arbeit in ein System wis-**[953]**senschaftlich-technischer Institutionen, das unter gesamtstaatlichen Leitung auf die industriellen Belange ausgerichtet wurde.

Die größten Fortschritte auf dem Gebiet der Qualifizierung der industriellen Produktivkräfte erzielte in der ersten Hauptetappe der sozialistischen Industriegeschichte die sowjetische Arbeiterklasse. Das resultierte nicht nur aus den Entwicklung der Aktivisten- und Wettbewerbsbewegung und der beginnenden Ausrichtung der wissenschaftlich-technischen Arbeit auf die Erfordernisse der industriellen Produktion, sondern insbesondere auch aus der Tatsache, daß die sowjetische Arbeiterklasse bis Mitte der 20er Jahre beachtenswerte Veränderungen in der materiell-technischen Basis der industriellen Produktion erreichte.

Die Veränderungen bestanden darin, daß erstens die technische Basis einzelner Industriezweige erneuert wurde. Das betraf in erster Linie die Erdölindustrie, in der neue Gewinnungsverfahren zur Anwendung kamen, und die Elektroenergieerzeugung, die durch Erweiterungs- und Neubauten moderne Produktionskapazitäten erhielt. Zweitens wurde die Industriestruktur verändert. Industriezweige, die im alten Rußland überdimensioniert und z. T. nur mangelhaft vergesellschaftet waren, wurden nicht in der Art und Weise, wie sie der Kapitalismus hervorgebracht hat, wiederhergestellt. Das Arbeitsvermögen dieser Zweige, die technische Ausstattung usw. stellte die Sowjetregierung anderen Zweigen zur Verfügung. Drittens wurde die Rohstoffbasis für die Industrie erweitert. Zwischen 1918 und 1925 forcierte die Sowjetmacht die wissenschaftliche und technische Erkundung von Rohstoffvorkommen. Mit der Ermittlung neuer Vorkommen bereitete die sowjetische Wissenschaft die Veränderungen, die sich in den folgenden Hauptetappe der sowjetischen Industriegeschichte in der materiell-technischen Basis der industriellen Produktion vollzogen, vor.

Der kurze Zeitraum, den die erste Hauptetappe der Industriegeschichte in den anderen sozialistischen Ländern umfaßte, brachte es mit sich, daß keine derartig großen Veränderungen in der materiell-technischen Basis der industriellen Produktion erfolgen konnten (s. 2.7.22.).

Sowohl in der sowjetischen Industrie als auch in der Industrie der anderen sozialistischen Länder beherrschte die Schaffung einer materiell-technischen Basis, die den Erfordernissen der sozialistischen Industrie gerecht wurde, die zweite Hauptetappe der sozialistischen Industriegeschichte. Von der Reife dieser Basis hingen das Tempo und die Tiefe der sozialistischen Umgestaltung der Industrie, der sozialistischen Vergesellschaftung der industriellen Produktion insgesamt ab.

Die Arbeiterklasse schlug zwei Wege ein, um die materiell-technische Basis der sozialistischen Industrie zu schaffen: Der erste Weg bestand in der Erneuerung und Erweiterung der materiellen Produktionsbedingungen der bereits bestehenden Industrie. Auf dem zweiten Weg wurde die materiell-technische Basis für die bisher noch nicht existenten industriellen Produktionszweige in den betreffenden Ländern geschaffen.

Die Vorrangigkeit des jeweiligen Weges wurde vom Ausgangsniveau der Industrie bestimmt. In der DDR und in der ČSSR stand die Umgestaltung der materiell-technischen Basis der im Kapitalismus bereits weit entwickelten Industrie im Mittelpunkt. Sie dominierte in beiden Ländern. Die Mehrzahl der sozialistischen Länder mußte, um eine der sozialistischen Produktionsweise gemäße materiell-technische Basis zu errichten, vor allem den zweiten Hauptweg verfolgen.

Die Mongolische VR sah sich, weil vor der Revolution in diesem Lande überhaupt keine Industrie existierte, vor der Aufgabe, ausschließlich den Weg der Neuschaffung der materiell-technischen Basis der Industrieproduktion zu beschreiten (s. 2.7.19.).

Die sowjetische Arbeiterklasse erkundete zum ersten Mal in der Geschichte der so-**[954]**zialistischen Industrie beide Wege. Sie begann ab Mitte der 20er Jahre eine neue materiell-technische Basis der industriellen Produktion zu schaffen. Dabei mußte sie, weil die überkommene Industrie das erforderlich machte, das Schwergewicht auf den Aufbau bisher nicht existierender Industriezweige legen. Die sowjetischen Arbeiter, Ingenieure und Wissenschaftler vermochten diese Aufgabe bis gegen Ende der 30er Jahre zu lösen und der sowjetischen Industrie eine materiell-technische Basis zu geben, die

die Sowjetunion in Niveau, Struktur und Umfang den Industrieproduktion zu einer der ersten Industriemächte der Welt machte.

Um rasch und ohne Umwege diese materiell-technische Basis zu schaffen, mobilisierte die sowjetische Arbeiterklasse in erster Linie wissenschaftlich-technische Potenzen, die im Sowjetland gegeben waren. Des weiteren wurden die im Kapitalismus angewandten fortschrittlichsten Produktionsmittel, Technologien und technologischen Prozesse für die Gestaltung der materiell-technischen Basis übernommen. Das spielte in der 2. Hälfte der 20er Jahre und in den frühen 30er Jahren noch eine erhebliche Rolle. Schließlich war das Erschließen des in den kapitalistischen Ländern vorhandenen technischen und technologischen Wissens, das von den kapitalistischen Unternehmen aus Profitgründen noch nicht produktiv gemacht worden war, von Bedeutung. Fachleute in der sowjetischen Industrie, die aufmerksam die technischen Wissenschaften und das Patentwesen in den kapitalistischen Ländern verfolgten, erteilten Aufträge an kapitalistische Firmen, die dieses Wissen in Produktionstechnik und -technologien für die sowjetischen Industriebetriebe verwandelten. Als ein Beispiel dafür kann der Bau modernen Öfen für die Erzeugung kohlenstoffarmer Ferrochromsorten im Tscheljabinsker Werk für Ferrolegierungen Anfang der 30er Jahre dienen. [2: 85] Auch auf diese Weise förderte die sowjetische Industrie die Entwicklung der Produktivkräfte.

Gegen Ende der ersten Periode der sowjetischen Industriegeschichte hatte die materiell-technische Basis der industriellen Produktion ein Qualitätsniveau, das den Übergang zu einer neuen Stufe in der Entwicklung des gesamten Systems der Produktivkräfte möglich und notwendig machte. Die Reife des sowjetischen Maschinenbaus, der sich auf ein breites Fundament wissenschaftlich-technischer Arbeit gründete, die technische Ausstattung der Energiewirtschaft, der Metallurgie und der chemischen Industrie, deren Produktionsmittel und -apparate Dimensionen und Arbeitsgeschwindigkeiten auszeichneten, die auf herkömmliche Weise vom Menschen nicht mehr beherrschbar waren, sowie die Forderungen der Volkswirtschaft nach Substitutionen natürlicher durch synthetische Rohstoffe, ließen den Wunsch nach Produktivkräften entstehen, die von einer neuen qualitativen Stufe gekennzeichnet waren. Die KPdSU, die sich in ihrer technischen Politik immer von dem Bestreben leiten ließ, die schwere körperliche und unschöpferische Arbeit einzuschränken und schließlich gänzlich zu beseitigen, hatte mit Aufmerksamkeit die Entwicklungstendenzen auf wissenschaftlich-technischem Gebiet verfolgt. Bereits 1934 war bei der Akademie der Wissenschaften der UdSSR eine Kommission für Automatik und Telemechanik unter Leitung des Akademiemitgliedes A. A. Cesnysev zur Untersuchung dieser Probleme gebildet worden. Ein Jahr später fand eine Allunionskonferenz für Automatik, Telemechanik und Dispatcherwesen statt, die die Erweiterung der Forschungsarbeiten und die praktische Nutzung der erzielten Ergebnisse empfahl. Zur gleichen Zeit liefen die ersten Versuche, automatisierte Produktionsmittel für die metallverarbeitende Industrie zu entwickeln. [4: 255 f.] 1939 stellte der XVIII. Parteitag der KPdSU die unmittelbare Aufgabe, Anlagen zur Automatisierung der Produktion, Geräte zur automatischen und vollmechanischen Steuerung zu bauen sowie zur Automatisierung der Elektrokraftwerke, der chemischen Industrie und anderer Industriezweige überzugehen. [5: 844 ff.]

[955] Die industrielle und wissenschaftlich-technische Entwicklung hatte Anfang der 40er Jahre einen Stand, der den Übergang zu einer Revolution in Wissenschaft und Technik in der UdSSR möglich machte, erreicht. [4: 266]

Ebenso wie in der UdSSR begann in den volksdemokratischen Ländern im Zusammenhang mit dem Übergang zur langfristigen Planung der Industrieproduktion und auf der Basis einer sich breit entfaltenden Masseninitiative der Industriearbeiter die systematische Umgestaltung der materiell-technischen Basis der Industrie. Damit nahm in diesen Ländern die zweite Hauptetappe der sozialistischen Industriegeschichte, die allerdings unter historisch veränderten Bedingungen als in der UdSSR verlief, ihren Anfang. Die Industrie der jungen sozialistischen Staaten konnte sich auf das hohe Niveau der Produktionsmittelindustrie der UdSSR, der DDR und der ČSSR stützen. Das erleichterte die Abwehr der Embargopolitik der imperialistischen Staaten, durch die die Industrialisierung der sozialistischen Länder unterbunden oder zumindest verzögert werden sollte. Die Veränderung der materiell-technischen Basis der industriellen Produktion wurde in einen Zeit eingeleitet, in der die Revolution auf dem Gebiet von Wissenschaft und Technik die industrielle Entwicklung spürbar zu beeinflussen

begann. Mitte der 50er Jahre kam es darum auf der Grundlage der bisherigen Ergebnisse in der Umgestaltung der materiell-technischen Basis zu einer zunehmenden Ausrichtung der sozialistischen Industrie auf die Erfordernisse der wissenschaftlich-technischen Revolution.

Wenn in der 1. Hälfte der 50er Jahre in der Industriepolitik der volksdemokratischen Staaten das Schwergewicht auf den Ausbau der Grundstoffindustrie und des Schwermaschinenbaues gelegt wurde, so traten seit Mitte der 50er Jahre die Industriezweige in den Vordergrund, die für die rasche Entfaltung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts maßgebend wurden.

Mit der ab Mitte der 50er Jahre in den volksdemokratischen Staaten einsetzenden industriepolitischen Umorientierung wurde der sich immer spürbareren revolutionären Wandlung in Wissenschaft und Technik Rechnung getragen. Die SED hat sich z. B. 1955/56 auf ihren Plenartagungen, auf der 3. Parteikonferenz sowie in Beratungen mit der wissenschaftlich-technischen Intelligenz mit dem Wesen dieser Wandlung und deren Konsequenzen für die weitere Entwicklung der Industrie befaßt.

Die Ausrichtung der industriellen Produktion in den volksdemokratischen Staaten auf die Erfordernisse der wissenschaftlich-technischen Revolution brachte es vor allem mit sich, daß in diesen Ländern die zweite Hauptetappe der sozialistischen Industrie in zwei qualitativ unterschiedliche Abschnitte zerfiel, deren Zäsur in der Mitte der 50er Jahre liegt. Zu den Faktoren, die den industriellen Reproduktionsprozeß in der 2. Hälfte der 50er Jahre stärker beeinflußten, zählt die internationale sozialistische Zusammenarbeit. Sie erleichterte es den RGW-Ländern, sich den Erfordernissen der wissenschaftlich-technischen Revolution bei der Gestaltung der materiell-technischen Basis der industriellen Produktion besser zu stellen (s. 2.7.18.).

Mit der vollen Ausbildung der einzelnen Momente der sozialistischen Vergesellschaftung der Industrieproduktion gelangte der Umgestaltungsprozeß zur sozialistischen Industrie zu einer Reife, die sowohl den Übergang der Industrie in eine neue, die zweite Periode ihrer Geschichte gestattete als auch wesentlich dazu beitrug, daß die gesamte Gesellschaft in die erste Phase der kommunistischen Gesellschaftsformation hinüberwachsen konnte.

Die erste Hauptetappe der zweiten Periode der Industriegeschichte hatte das Vollenden der sozialistischen Umgestaltung der Industrie und ihre Vorbereitung auf den reifen Sozialismus zum Inhalt. Die sowjetische Arbeiterklasse leitete gegen Ende der 30er Jahre die zweite große Periode der Industriegeschichte ein. In den ersten Jahren dieser **[956]** neuen Periode sah sich die sowjetische Arbeiterklasse gezwungen, die Aufgaben der ersten Etappe der neuen Industriegeschichtsperiode unter den Bedingungen eines drohenden Krieges und der Führung des Großen Vaterländischen Krieges zu lösen. Es gelangen den sowjetischen Arbeitern, Ingenieuren und Wissenschaftlern unter Überwindung unsäglicher Schwierigkeiten bemerkenswerte Fortschritte in der gesamtstaatlichen Leitung der Industrieproduktion, im Herstellen engerer Beziehungen zwischen Wissenschaft und Produktion, in der Konzentration und Spezialisierung der Industrieproduktion und vor allem in der Erweiterung der materiell-technischen Basis der Produktionsmittelindustrie sowie in den Standortverteilung der gesamten sowjetischen Industrie.

Auf diesen Fortschritten konnte die sowjetische Arbeiterklasse aufbauen, als sie den Wiederaufbau der Industrie in den von den faschistischen Okkupanten verwüsteten Landesteilen in Angriff nahm und zur Demobilisierung der Industrie überging. Die 50er Jahre, besonders ihre 2. Hälfte, waren in der Geschichte der Sowjetindustrie durch eine verstärkte Entwicklung von Industriezweigen, die für die wissenschaftlich-technische Revolution zur Grundlage wurden, durch der Ausbau und die Modernisierung der Konsumtionsmittelindustrie und durch die weitere Verbesserung der Standortstruktur der Industriezweige gekennzeichnet.

An der Wende zu den 60er Jahren hatte die sowjetische Industrie ein Niveau erreicht, das entscheidend dafür wurde, daß die UdSSR in den reifen Sozialismus eintreten konnte. Dadurch entstanden für die Sowjetindustrie sowohl neue gesamtgesellschaftliche Entwicklungsbedingungen als auch Aufgaben von bisher unbekannter Dimension, deren Lösung von der sowjetischen Arbeiterklasse verlangte, die Vorzüge des sozialistischen Gesellschaftssystems vollständig auszuschöpfen und sie

mit der wissenschaftlich-technischen Revolution organisch zu verbinden. Mit dem Bewältigen der seit Beginn der 60er Jahre vor der sowjetischen Arbeiterklasse stehenden Aufgaben in der Industrie wird der sozialistische Vergesellschaftungsprozeß der industriellen Produktion weiter vorangetrieben und gleichzeitig intensiviert. Aber im Unterschied zur Vergesellschaftung in der ersten Industriegeschichtsperiode, in der die sozialistische Vergesellschaftung von den Notwendigkeiten der sozialistischen Umgestaltung der Industrie geprägt war, steht in der zweiten Periode der industriellen Entwicklung im Sozialismus die allseitige Ausbildung der sozialistischen Produktionsweise im Mittelpunkt des sozialistischen Vergesellschaftungsprozesses.

Die Grundlage dafür ist in erster Linie die Ausgestaltung der materiell-technischen Basis der Industrieproduktion. Seit Beginn der 60er Jahre veränderte sich die materiell-technische Basis der UdSSR-Industrie wesentlich. Die Grundrichtung dieser Veränderung, die vom Ziel der sozialistischen Produktion und von der Revolution in Wissenschaft und Technik diktiert ist, führte:

1. zu einer Erweiterung und zu einem Umbau der Rohstoff-, Brennstoff- und Energiebasis der Industrie. Von besonderer Bedeutung waren dabei das forcierte Erkunden von Gas, Erdöl, Eisen- und Nichteisenerz und Diamanten, ihre industrielle Nutzung, die umfassendere Anwendung der Atomenergie für industrielle Zwecke und die Entwicklung und breite industrielle Verwertung von synthetischen Stoffen hoher Qualität. 2. zu einer Erweiterung und vor allem technischen Umrüstung des Maschinenbaus und der metallverarbeitenden Industrie. Damit war die Qualifizierung der Struktur und der technischen Produktionsbasis dieses Industriebereiches verbunden. In größerem Umfange als bisher wurden in dem Industriebereich moderne Geräte, automatische Fertigungsstraßen, elektronische Datenverarbeitungsanlagen usw. angewandt. Das Produktionsprogramm wurde mehr auf die Fertigung von Maschinensystemen und programmgesteuerten Werkzeugmaschinen umgestellt. **[957]**

3. zu einer entschiedenen Vergrößerung der Leistungsfähigkeit der Produktionsaggregate und -anlagen, besonders in der Energieerzeugung, in der Schwarzmetallurgie und in der Chemieproduktion. 4. zu einer raschen Zunahme der Produktionskapazitäten in der Konsumtionsmittelindustrie, die vor allem durch die technische Modernisierung, aber auch durch Erweiterungsbauten erreicht wurde.

Die Ausgestaltung der materiell-technischen Basis der Industrieproduktion war mit der Vervollkommnung der Produktionsorganisation verbunden. Große Produktions- und Industrievereinigungen, in denen ganze Produktionskomplexe, durch die eine weitgehende Spezialisierung und Kooperation den Produktion erreicht wurde, zusammengefaßt wurden, entstanden in den 70er Jahren. 1975 existierten in der UdSSR-Industrie 2.300 derartige Vereinigungen mit einem Anteil am Absatz der Industrieproduktion von 24%. [1: 14]

Neben den Produktions- und Industrievereinigungen wurde die unmittelbare produktionsorganisatorische Verbindung zwischen der industriellen und der landwirtschaftlichen Produktion in den Agrar-Industrie-Komplexen hergestellt.

Die der Entwicklung der materiell-technischen Basis gemäße Gestaltung der Produktionsorganisation in der sowjetischen Industrie, in der sich ein Aspekt der Qualifizierung der sozialistischen Produktionsverhältnisse ausdrückte, trug wesentlich zur weiteren Vergesellschaftung der industriellen Produktion bei. Aber auch die neuen Formen der Verbindung von wissenschaftlich-technischer Arbeit und Produktion, deren reifste die Erforschungs- und Produktionsvereinigungen darstellten, beschleunigten den Vergesellschaftungsprozeß. Von besonderer Bedeutung für die Industrie in der UdSSR und für deren sozialistische Vergesellschaftung war schließlich die verstärkte Herausbildung territorialer Produktionskomplexe, durch die eine rationellere Standortverteilung der Industrieproduktion erreicht wurde. Ausgedehnte Räume im Zentrum des Landes, in Sibirien, im Fernen Osten und in Mittelasien wurden ferner durch ein Ensemble von Industriezweigen oder durch spezielle Zweige der Industrie erschlossen.

Diese vielfältigen Veränderungen in der Industrie bedingten schließlich auch einen Wandel in der Leitung der Industrie, der im Gefolge der Wirtschaftsreform in der 1. Hälfte der 70er Jahre eingeleitet wurde.

Alle diese verschiedenen Momente der weiteren Vergesellschaftung der industriellen Produktion korrespondierten auf das engste mit der Ausprägung des sozialistischen Charakters der Arbeit in der Industrie und der Beziehungen der kameradschaftlichen Zusammenarbeit und der gegenseitigen Hilfe und Unterstützung, die zwischen den in der Industrie tätigen Kollektiven, zwischen den Arbeitern, Ingenieuren und Wissenschaftlern existierten. Neuerertum und sozialistischer Wettbewerb gewannen immer größeres Ausmaß. Die Teilnehmer der Neuerer- und Wettbewerbsbewegung in der sowjetischen Industrie richteten ihre Anstrengungen auf die Beschleunigung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts, auf die Steigerung der Arbeitsproduktivität, die verstärkte Einsparung von Material, finanziellen Mitteln, Rohstoffen, Brennstoffen und Energie. [2]

Der Inhalt der Wandlungen in der sowjetischen Industrie, die zu Beginn der 60er Jahre einsetzten, macht deutlich, daß die Sowjetindustrie in eine neue, eine zweite Hauptetappe ihrer zweiten Entwicklungsperiode eingetreten war.

Zur gleichen Zeit begann für die sozialistische Industrie der anderen europäischen Länder der sozialistischen Staatengemeinschaft die zweite historische Periode.

Die Arbeiterklasse dieser Länder konnte sowohl die Erfahrungen und Erkenntnisse, die die sowjetische Arbeiterklasse bei der weiteren sozialistischen Vergesellschaftung der industriellen Produktion unter den Bedingungen des reifen Sozialismus gesammelt hatte, als auch die dabei entstandenen industriellen Potenzen für die Entwicklung ihrer Indu-**[958]**strie nutzen. Die Gleichartigkeit der Entwicklungsprozesse in der sozialistischen Industrie der RGW-Staaten brachte es mit sich, daß das Moment der Internationalisierung im sozialistischen Vergesellschaftungsprozeß der industriellen Produktion in den 70er Jahren stärker in den Vordergrund trat und die Industrie der einzelnen Länder in einem zunehmenden Maße beeinflußte (s. 2.7.18.).

Die mit dem Fortschreiten der sozialistischen ökonomischen Integration sich vervollkommnenden Existenzgrundlagen für die Industrie in den einzelnen Ländern werden maßgeblich dazu beitragen, daß die Industrie aller RGW-Länder in den kommenden Jahrzehnten in die zweite Hauptetappe ihrer gegenwärtigen Geschichtsperiode hinüberwachsen kann.

Das siebte Jahrzehnt unseres Jahrhunderts läßt in der sowjetischen Industrieproduktion Tendenzen erkennen, die die industriellen Produktivkräfte der kommunistischen Gesellschaft vorgestalten. [1: 16] Die jüngsten Parteitage der KPdSU zeigen, daß die Wirtschaftspolitik der KPdSU und der Sowjetregierung darauf ausgerichtet ist, in der Industrie und in der gesamten Gesellschaft die Voraussetzungen für den Übergang zur dritten Periode der Industrieentwicklung in der Sowjetunion zu schaffen. Der Eintritt der sowjetischen Industrie in diese neue Periode ihrer Geschichte wird mit dem Übergang der Sowjetgesellschaft zum reifen Kommunismus verbunden sein.

Literatur:

1. *Fedossejew, P.,* in: Gesellschaftswissenschaften 1970 (11), Nr. 3; 2. *Jemeljanow, W.:* Meine Zeit, meine Genossen und ich. Berlin 1970; 3. *Laschke, M.,* in: Studien zur Wirtschaftsgeschichte sozialistischer Länder. Berlin 1977, H. 6; 4. *Die gegenwärtige wissenschaftlich-technische Revolution.* Berlin 1972; 5. *Die KPdSU in Resolutionen und Beschlüssen des Parteitages.* Teil III, Berlin 1957; 6. *XXIV. Parteitag der KPdSU. Dokumente.* Moskau 1971; 7. *XXV. Parteitag der KPdSU. Rechenschaftsbericht des Zentralkomitees der KPdSU und die nächsten Aufgaben der Partei in der Innen- und Außenpolitik.* Berlin 1976; 8. *Sozialistisches Weltwirtschaftssystem in vier Bänden.* Bd. 1, Berlin 1967.

Wolfgang Mühlfriedel

2.7.12. Intensivierung

2.7.12.1. Intensivierung in den Mitgliedländern des RGW

Die effektive Gestaltung des volkswirtschaftlichen Reproduktionsprozesses ist die entscheidende Voraussetzung für die Verwirklichung der aus dem ökonomischen Grundgesetz abgeleiteten Wirtschaftsziele im Sozialismus. Die zur Verwirklichung dieser Ziele eingesetzten verschiedenartigen Mittel werden als Methoden des extensiven und intensiven Wachstums klassifiziert. Diese Einteilung

geht auf Marx zurück, der im „Kapital“ schrieb: „In kürzren oder längren Abschnitten findet so Reproduktion statt, und zwar – vom Standpunkt der Gesellschaft betrachtet – Reproduktion auf erweiterter Stufenleiter; extensiv, wenn das Produktionsfeld ausgedehnt; intensiv, wenn das Produktionsmittel wirksamer gemacht.“ [MEW 24: 172] Aus der Marxschen Analyse geht weiter hervor, daß extensives und intensives Wachstum in der Regel gleichzeitig, nebeneinander auftreten und dialektisch miteinander verbunden sind, d. h., intensives Wachstum den Volkswirtschaft schließt die extensive Entwicklung einzelner ihrer Bereiche, Zweige und Be-**[959]**triebe nicht aus, setzt sie vielfach sogar voraus (und umgekehrt). [16: 85, 96] Welcher der beiden Typen in der Wirtschaftsentwicklung der sozialistischen Länder überwiegt, hängt davon ab, ob in einer gegebenen konkret-historischen Situation extensives oder intensives Wachstum geeigneter ist, die geplante Effektivitätssteigerung zu erzielen bzw. Effektivitätsverluste zu vermeiden. Den Übergang von der vorwiegend extensiv zur überwiegend intensiv erweiterten Reproduktion, in den Literatur im allgemeinen als Intensivierung bezeichnet [1: 34 f.], ist demzufolge „ein objektiver ökonomischer Prozeß, der auf einer bestimmten Stufe der Entwicklung der Produktivkräfte und Produktionsverhältnisse historische Notwendigkeit erlangt“. [16: 83] Diese Stufe wurde in den europäischen Ländern des RGW mit dem Abschluß der Übergangsperiode und dem Beginn der Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft erreicht. [16: 80] [1: 26 f.] [7: 19 ff.] [6: 294] Für die übrigen sozialistischen Länder steht weiterhin die Durchführung der sozialistischen Industrialisierung bzw. (für Kuba und Vietnam) ihre Inangriffnahme objektiv auf der Tagesordnung. Die Anfang der 60er Jahre entstandene neue Situation in den RGW-Ländern ist sowohl Ausdruck veränderter Ausgangsbedingungen als auch Resultat neuer, erhöhter Anforderungen auf wirtschaftlichem wie auch auf sozialökonomischem Gebiet. Zu den wichtigsten, die Intensivierung objektiv erforderlich machenden Momenten gehören:

– die rasche Verbesserung der materiellen und kulturellen Lebensbedingungen der Werktätigen als Ausdruck der intensiveren Wechselwirkungen zwischen dem wissenschaftlich-technischen, ökonomischen, sozialen und geistig-kulturellen Fortschritt [16: 80 f.];

– die (im Ergebnis der sozialistischen Industrialisierung) erreichte Breite und Komplexität der Produktionsstruktur als Ausdruck eines relativ hohen Vergesellschaftungsgrades der Produktion und der Arbeit;

– die fühlbare Verringerung bzw. allmähliche Erschöpfung extensiver Wachstumsquellen;

– die Beschleunigung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts vor allem durch die sozialistische Aneignung der Errungenschaften der wissenschaftlich-technischen Revolution.

Die herangereiften neuen Bedingungen führten jedoch nicht automatisch zur Ablösung der vorwiegend extensiv durch die überwiegend intensiv erweiterte Reproduktion. Dazu bedurfte es der bewußten, planvollen Aktivität der Werktätigen und des sozialistischen Staates. Neben den genannten objektiven mußten deshalb noch eine Reihe subjektiver Bedingungen erfüllt werden, sollte die Intensivierung die wirtschaftliche Entwicklung des Landes prägen. Die wichtigsten Voraussetzungen von seiten des subjektiven Faktors für eine Intensivierung sind:

– die Erkenntnis der veränderten Wachstumsbedingungen durch die Partei der Arbeiterklasse und den sozialistischen Staat; die Formulierung der strategischen und taktischen Zielsetzungen für die Intensivierung auf Parteitagen und in Fünfjahrplänen;

– die Entwicklung eines den Bedingungen der überwiegend intensiv erweiterten Reproduktion angepaßten Systems der Leitung und Planung der Volkswirtschaft;

– die Ausrichtung der vielfältigen schöpferischen Aktivitäten der Werktätigen auf die Erfordernisse der Intensivierung.

Die trotz gleichbleibendem oder sogar steigendem Aufwand deutlich spürbare Verlangsamung des wirtschaftlichen Wachstumstempos Ende der 50er, Anfang der 60er Jahre in den europäischen RGW-Ländern (mit Ausnahme Rumäniens) [13: 370] signalisierte, daß die in der Periode der sozialistischen Industrialisierung entwickelten Methoden zur Steigerung der volkswirtschaftlichen Effektivität nicht mehr den Erfor-**[960]**dernissen entsprachen. Entscheidende Ursache des Rückganges der Zuwachsraten

waren die spürbare Verringerung bzw. Erschöpfung extensiver Wachstumsquellen (vor allem bei den Arbeitskräften).

Ein wesentliches Mittel zur Erhöhung der volkswirtschaftlichen Effektivität wurde (in der Sowjetunion und einigen anderen sozialistischen Ländern bereits seit der 2. Hälfte der 50er Jahre) in der beschleunigten Einführung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts in die Produktion gesehen. Jedoch kam es in der 1. Hälfte der 60er Jahre noch nicht zu grundlegenden Wandlungen in der Wirtschaftspolitik. Die notwendig gewordene Umorientierung der Investitionsstrategie, z. B. von der vorrangigen Erweiterung der Produktion (Extensivinvestitionen) primär auf die Steigerung der Arbeitsproduktivität durch Einführung der neuen Technik und die Einsparung von Arbeitskräften (Intensivinvestitionen), wurde nun zögernd vollzogen, wodurch sich die Verlangsamung des Effektivitätszuwachses weiten ausprägte [13: 362, 366, 374] (s. 2.7.12.2.).

Auf den Mitte der 60er Jahre stattfindenden Parteitagen wurde die ökonomische Situation der 1. Hälfte der 60er Jahre von den kommunistischen Parteien der RGW-Länder sorgfältig analysiert. Den Fragen der Qualitäts- und Effektivitätserhöhung und der Förderung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts räumte man in den Diskussionen einen bedeutenden Platz ein. Das galt für den XXIII. Parteitag der KPdSU 1966 und ebenso für den IV. Parteitag der PVAP 1964, den XII. und den XIII. Parteitag der KPTsch (1962 bzw. 1966) und den IX. Parteitag der BKP 1966, auf denen erstmals explizit „die Linie des Übergangs von der extensiven zur intensiven Entwicklung der Produktivkräfte“ formuliert wurde. [5: 57] [27: 59] [1: 35]

Folglich stand die Intensivierung bereits bei der Aufstellung der Fünfjahrpläne der sozialistischen Länder für den Zeitraum 1966-1970 im Mittelpunkt. [16: 4 f.]

Die größere Klarheit über die Stellung der Intensivierung im System der wirtschaftspolitischen Zielsetzungen war die Voraussetzung für eine grundlegende Umgestaltung der Leitung, Planung und ökonomischen Stimulierung der Wirtschaft, wie sie im Fünfjahrplanzeitraum 1966-1970 in allen RGW-Ländern stattfand. Wesentliches Ziel der in vielen Ländern bereits in der zweiten Hälfte den 50er Jahre mit Teilreformen eingeleiteten Veränderungen auf dem Gebiet der Planung, wirtschaftlichen Rechnungsführung und Organisationsstruktur der Wirtschaft war die Erhöhung der Effektivität des Wirtschaftens, vor allem in den Betrieben und Industriezweigvereinigungen. [25: 19 ff.] Die mit den Wirtschaftsreformen generell erstrebte Verstärkung der Intensivierung war in der 2. Hälfte der 60er Jahre noch ein Erfordernis mit von Land zu Land unterschiedlicher Dringlichkeit – und ist es bis zu einem gewissen Grade bis heute geblieben.

Der mit der schnellen Steigerung der Produktion wachsende Materialverbrauch wies zwar alle RGW-Länder in den 60er Jahren auf die Begrenztheit ihrer Roh- und Brennstoffreserven hin, das verringerte Wachstum bzw. die Abnahme der Beschäftigtenzahl zeigte jedem von ihnen die Grenzen der „Ausdehnung des Produktionsfeldes“. Jedoch erschöpften sich die Rohstoff- und Arbeitskräftereserven in einigen RGW-Ländern bedeutend rascher als in anderen. Historisch hat sich dabei die unterschiedliche Ausstattung der einzelnen RGW-Länder mit Roh- und Brennstoffressourcen als weniger bedeutungsvoll für die Beschleunigung der Intensivierung erwiesen als die verschiedenartige demographische Situation dieser Staaten. Das ist darauf zurückzuführen, daß die Sowjetunion für die übrigen Länder der sozialistischen Staatengemeinschaft von Anfang an, besonders aber mit Beginn der intensiven Zusammenarbeit im Rahmen des RGW seit Mitte der 50er Jahre, großzügig die Belieferung mit defizitären Roh- und Brennstoffen zu (bis Mitte der 70er Jahre) relativ niedrigen Preisen gewährleistete. Die Sowjetunion übernahm mit der Rolle des Hauptlieferanten für diese sehr fondsintensiven Er-**[961]**zeugnisse auch einen beträchtlichen Teil der Aufwendungen für die Erschließung der Rohstoffreserven. Die Waren, die die UdSSR in die übrigen RGW-Länder exportiert, sind in ihrer Herstellung doppelt so fondsintensiv wie diejenigen, die sie von dort importiert. [13: 386]

Auf dem Gebiet der Arbeitskräfte, wo die Ressourcen der einzelnen RGW-Länder nicht weniger unterschiedlich sind als im Bereich der Rohstoffe [3: 8 f.], setzten Bestrebungen zum Ausgleich im Rahmen des RGW dagegen erst in den Jahren 1967-1969 ein. Ihr Umfang hat bis Mitte der 70er Jahre die Arbeitskräftebilanz der beteiligten RGW-Länder nicht wesentlich beeinflußt. [3: 132 ff.] Vom

Standpunkt der Versorgung der nationalen Volkswirtschaft mit Arbeitskräften kann man die europäischen RGW-Länder in drei Gruppen einteilen: Staaten mit allgemein unzureichenden Arbeitskräftereserven (DDR, ČSSR), Länder mit Arbeitskräftemangel in bestimmten Zweigen und einzelnen Regionen (VRB, UVR, UdSSR) und Staaten mit ausreichenden Arbeitskräftereserven (VRP, SRR). [3: 22]

Zu einer ganz ähnlichen Gruppierung gelangt man, wenn man die RGW-Länder nach Beginn und Tempo des Intensivierungsprozesses unterteilt. Der enge Zusammenhang zwischen Arbeitskräftesituation und Intensivierung ergibt sich daraus, daß einerseits Arbeitskräftemangel die Suche nach besseren Methoden der Ausnutzung der Arbeitskraft, insbesondere durch die Einführung der neuen Technik, stimuliert. Andererseits erlauben ausreichende Arbeitskräfte Produktionssteigerungen nicht unbeträchtlichen Ausmaßes auch bei gleichbleibenden bzw. nur in einzelnen Bereichen steigendem technischem Niveau. Es handelt sich hierbei um eine *Möglichkeit*, solange der Arbeitskräftezuwachs relativ gering und kontinuierlich ist. Erhöht sich dagegen infolge der demographischen Situation der Zuwachs an arbeitsfähiger Bevölkerung im Zeitraum weniger Jahre beträchtlich, so beeinflußt er mit *Notwendigkeit* das Verhältnis von extensivem und intensivem Wachstum. Geht man davon aus, daß die Vollbeschäftigung einer der wesentlichsten Vorzüge des Sozialismus und eine seiner charakteristischen sozialpolitischen und wirtschaftspolitischen Zielsetzungen ist [3: 18 ff.], dann *müssen* für eine rasch wachsende Bevölkerung im arbeitsfähigen Alter in kurzer Frist ausreichend Arbeitsplätze geschaffen werden. Eine (beträchtliche) „Ausweitung des Produktionsfeldes“ wird unvermeidlich. Die notwendigen Erweiterungsinvestitionen können bei begrenztem Akkumulationsfonds nicht nur für den Bau modernster Anlagen verwandt wenden. Ein bestimmter Teil der Investitionen wird auch für die Errichtung von Fabriken mit traditioneller Maschinenausstattung eingesetzt werden müssen. Die Aussonderung der alten Technik kann sich u. U. auf den Ersatz physisch verschlissener Anlagen reduzieren. Die extensiv erweiterte Reproduktion der Arbeitskräfte kann also Extensivinvestitionen und eine extensive Grundfondsentwicklung nach sich ziehen. Diese Situation war Mitte der 60er Jahre für Polen (und in abgeschwächtem Maße auch für Rumänien) charakteristisch. Aufgrund der großen Geburtenhäufigkeit in den ersten Nachkriegsjahren traten in beiden Ländern seit Mitte der 60er Jahre geburtenstarke Jahrgänge in das Berufsleben. Das führte zu beträchtlich über dem RGW-Durchschnitt liegenden Wachstumsraten der Beschäftigtenzahl (s. Tab. 1).

In der VR Polen mußten im Fünfjahrplan 1971-1975 1,8 Mill. Arbeitsplätze beschafft werden, um das Recht auf Arbeit zu garantieren. [3: 30] Das noch in der 2. Hälfte der 60er Jahre anhaltende und bis heute eine größere Rolle als in anderen RGW-Ländern spielende extensive Wachstum in Polen (und Rumänien) ist aber ganz im Sinne des Ziels des sozialistischen Wirtschaftens, die höchstmögliche Effektivität zu erreichen, denn „natürlich wird unter Bedingungen, die objektiv den Übergang zur vorwiegend intensiv erweiterten Reproduktion noch nicht notwendig machen, wo also aus-**[962]**

Tabelle 1
Durchschnittliches jährliches Wachstum der Zahl der Arbeiter und Angestellten in der VRP, der DDR, der SRR und der ČSSR 1956/60-1971/74 (in ob) *[3: 27]*

	1956-1960	1961-1965	1966-1970	1971-1974
VRP	1,9	3,3	3,5	3,6
DDR	0,5	0,2	1,1	1,6
SRR	2,0	2,0	3,5	4,2
ČSSR	2,6	0,6	1,3	1,6

reichend extensive Quellen und Faktoren für die Steigerung der volkswirtschaftlichen Effektivität zur Verfügung stehen, die Entwicklung der volkswirtschaftlichen Effektivität vorwiegend durch eben diese Faktoren bestimmt“. [16: 83]

Generell läßt sich aber für die 2. Hälfte der 60er Jahre einschätzen, daß trotz z. T. beachtlicher Erfolge in einzelnen Wirtschaftsbereichen, während einzelner Jahre und in einigen Ländern, die Ergebnisse der Intensivierung in der 2. Hälfte der 60er Jahre hinter den Erwartungen zurückblieben. [6: 294 f.] [27: 59] Das war in beträchtlichem Maße darauf zurückzuführen, daß die Intensivierung in einigen Ländern zu stark nur als ökonomisches bzw. leitungstechnisches Problem behandelt wurde. Auf den

Anfang den 70er Jahre stattfindenden Parteitagen der Arbeiterparteien in den europäischen RGW-Ländern stand deshalb die Verknüpfung wirtschafts- und sozialpolitischer Zielsetzungen, die Forderung nach „allseitiger“ bzw. „konsequenter“ Intensivierung im Mittelpunkt. So hieß es im Rechenschaftsbericht des ZK den KPdSU an den XXIV. Parteitag: „Die Hauptaufgabe des (9. – d. Vf.) Fünfjahrplanes besteht darin, einen bedeutenden Aufschwung des materiellen und kulturellen Lebensniveaus des Volkes auf der Grundlage eines raschen Entwicklungstempos der sozialistischen Produktion und der Steigerung ihrer Effektivität, des wissenschaftlich-technischen Fortschritts und der Beschleunigung des Wachstums der Arbeitsproduktivität zu sichern.“ [22: 86]

Die Verbindung des Hauptzieles – Erhöhung des materiellen und kulturellen Lehensniveaus der Werktätigen – mit der Intensivierung als dem wichtigsten Mittel ihrer Realisierung steigerte das Interesse der Werktätigen an der Intensivierung beträchtlich und lenkte ihre schöpferischen Aktivitäten stärker auf die Erhöhung der Qualität, Effektivität und des technischen Niveaus der Produktion. Weite Verbreitung fanden solche Formen des sozialistischen Wettbewerbs, die die Aufstellung von komplexen Plänen zur Steigerung der Arbeitsproduktivität an jedem Arbeitsplatz, aber auch von persönlich-schöpferischen Plänen der Werktätigen zum Inhalt haben. Die erstmals im Moskauer Werk „Dynamo“ entwickelten persönlichen Pläne zur Steigerung der Arbeitsproduktivität an jedem Arbeitsplatz fanden nicht nur in der Sowjetunion, sondern auch in den anderen europäischen RGW-Ländern weite Verbreitung. Ähnliche internationale Bedeutung erlangte die Gegenplanbewegung. Die Gegenpläne stützen sich auf organisatorisch-technische Maßnahmen, die vom Betriebskollektiv ausgearbeitet werden. Sie sehen eine Steigerung des Wachstumstempos der Arbeitsproduktivität, eine bessere Ausnutzung der Anlagen, die Einsparung von Rohstoffen, Energie und Material vor. Mitte der 70er Jahre machten u. a. in der Sowjetunion und der DDR die organische Verbindung von Wettbewerb und Volkswirtschaftsplan rasche Fortschritte. Damit erhöhte sich wesentlich die Effektivität der Gegenplanbewegung. [6: 293 ff.]

Die Bedeutung der Intensivierung fand in den Dokumenten des VIII. Parteitages der **[963]** SED, des X. Parteitages der USAP, des XIV. Parteitages der BKP, des VI. Parteitages der PVAP (alle 1971) und in Ausführungen des Generalsekretärs der RKP – gleichfalls aus dem Jahre 1971 – ihren Ausdruck. [17: 5, 41] Auf dem XXV. Parteitag der KPdSU, dem IX. Parteitag der SED sowie auf den Parteitagen der Arbeiterparteien der anderen Länder der sozialistischen Staatengemeinschaft konnte auf positive Ergebnisse der Intensivierung verwiesen werden. Wesentlichen Anteil daran hatte die Weiterführung der – als Resultat ihrer stärkeren Orientierung auf die langfristige Planung und volkswirtschaftliche Bilanzierung – eindeutiger auf die Erhöhung der volkswirtschaftlichen Effektivität gerichteten Vervollkommnung des Wirtschaftsmechanismus. [25: 22 f.]

Zu den ökonomischen Ergebnissen der 1. Hälfte der 70er Jahre hieß es im Rechenschaftsbericht an den XXV. Parteitag der KPdSU: „Im neunten Planjahrfünft wurden größte Erfolge auch bei der Lösung eines derartigen Kernproblems erzielt, wie der Steigerung der *Effektivität* der Produktion. Ihre allgemeinste Kennziffer ist das beschleunigte Wachstum der Arbeitsproduktivität. Das ist ein Resultat der Qualifizierung der Werktätigen und des Wachstums des technischen Ausrüstungsgrades der Produktion.“ [23: 47]

Diese positiven Ergebnisse der 1. Hälfte der siebziger Jahre schufen günstige Voraussetzungen für die erfolgreiche Weiterführung der Intensivierungspolitik sowohl in der Sowjetunion als auch in den anderen europäischen RGW-Ländern während des Fünfjahrplanzeitraumes 1976-1980. Über die Wirtschaftsstrategie des 10. Fünfjahrplanes hieß es auf dem XXV. Parteitag der KPdSU: „Das höchste ... war und bleibt der stetige Aufschwung des materiellen und kulturellen Lebensniveaus der Bevölkerung. Die Wirtschaftsstrategie umfaßt auch eine genaue Bestimmung der Mittel und Wege, die zu den gestellten Zielen führen. Das sind die dynamische und proportionale Entwicklung der gesellschaftlichen Produktion, die Steigerung ihrer Effektivität, die Beschleunigung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts, die Erhöhung der Arbeitsproduktivität, die größtmögliche Verbesserung der Qualität der Arbeit in allen Bereichen der Volkswirtschaft. Das zusammen bildet die Hauptaufgabe des zehnten Fünfjahrplanes.“ [23: 50]

Jörg Roesler

2 .7.12.2. Intensivierung in der DDR

Ende der 50er, Anfang der 60er Jahre traten die Staaten der sozialistischen Gemeinschaft in einen neuen Abschnitt ihrer historischen Entwicklung. „Dank der großen Leistungen der Arbeiterklasse und der anderen Werktätigen wurden in der Deutschen Demokratischen Republik die Grundlagen des Sozialismus geschaffen, die sozialistischen Produktionsverhältnisse zum Siege geführt und die Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft in Angriff genommen.“ [21: 212]

Den Sieg der sozialistischen Revolution in der DDR nahm die SED auf ihrem VI. Parteitag im Januar 1963 zum Anlaß, den erreichten historischen Entwicklungsstand zu analysieren, das strategische Ziel für die nächste Entwicklungsetappe zu bestimmen und die unmittelbar nächsten Aufgaben für die verschiedensten Gesellschaftsbereiche festzulegen. Das vom VI. Parteitag unmittelbar nach dem Abschluß der Übergangsperiode beschlossene Programm, ausgearbeitet im Prozeß der Stabilisierung ihrer Ergebnisse, stellte die Aufgabe, den Sozialismus umfassend auszubauen. Es stellte die Gesellschaftspolitik, dem damaligen Erkenntnisstand entsprechend, auf den neuen geschichtlichen Entwicklungsabschnitt ein.

Im 1963 beschlossenen Parteiprogramm fanden die Gesetzmäßigkeiten der sozialisti-**[964]**schen Entwicklung ihren Niederschlag. Mit der Definition des ökonomischen Grundgesetzes des Sozialismus wurde eindeutig hervorgehoben, daß die immer bessere Befriedigung des materiellen und des geistigen Lebensniveaus der Arbeiterklasse und aller Werktätigen das entscheidende Ziel der Politik und der Produktion im Sozialismus ist. Diesem Ziel dienen die Wirtschaftspolitik und – als deren untrennbarer Bestandteil – die Politik der SED zur Entwicklung von Wissenschaft und Technik.

In enger Wechselbeziehung zur planmäßigen proportionalen Entwicklung der Volkswirtschaft wurde im Parteiprogramm darauf orientiert, die Entwicklung der gegenständlichen Elemente der Produktivkräfte insbesondere durch den kontinuierlichen Auf- und Ausbau entscheidender Volkswirtschaftszweige zu beschleunigen. Die vorgesehene Steigerung der Industrieproduktion sollte durch den wissenschaftlich-technischen Fortschritt, die Erhöhung den Arbeitsproduktivität und die Erweiterung der Produktionskapazität erreicht werden. Zur Lösung dieser Aufgaben wies die SED auch die möglichen Wege. Durch die weitere Vervollkommnung der gesellschaftlichen Produktion mittels Standardisierung, Spezialisierung und Konzentration der Produktion sollten die vorhandene Technik besser ausgenutzt und die Voraussetzungen für den ökonomisch wirksamsten Einsatz der neuesten Technik geschaffen werden. Im Parteiprogramm wurde in diesem Zusammenhang hervorgehoben: „Die stetige Steigerung der Arbeitsproduktivität und die Senkung der Selbstkosten verlangen die konsequente Anwendung der fortgeschnittensten wissenschaftlichen Kenntnisse in der Produktion, die komplexe sozialistische Rationalisierung der Produktionsprozesse unter aktiver Mitwirkung aller Werktätigen.“ [19: Bd. IV, 339]

Programmatisch wurde also durch die SED schon zu Beginn der 60er Jahre die Wirtschaftspolitik auf die neuen Erfordernisse allmählich eingestellt. Damit trug die SED der Tatsache Rechnung, daß die Grundlagen des Sozialismus geschaffen waren, aber noch längst nicht alle Wesenszüge, Möglichkeiten, Vorzüge und Triebkräfte des Sozialismus voll entfaltet waren. [8: 287] Das Programm ging davon aus, daß dafür ein längerer historischer Weg notwendig ist.

Die Analyse der konkreten Wirtschaftsentwicklung der DDR in der 1. Hälfte der 60er Jahre widerspiegelt die Inangriffnahme von zwei Aufgaben gleichen Ranges: Erstens ging es darum, die im Ergebnis der sozialistischen Revolution erreichte Entwicklung zu stabilisieren. Zu Recht wird in diesem Zusammenhang bei der historischen Einschätzung der 1. Hälfte der 60er Jahre von der Etappe der Stabilisierung der ökonomischen und gesamtgesellschaftlichen Verhältnisse in der DDR gesprochen [18: 686], die zunächst vom Sommer 1961 bis Ende 1962, die ökonomischen Kennziffern betreffend aber doch bis 1965 dauerte. [9] Zweitens begann die SED in der 1. Hälfte der 60er Jahre zugleich, ihre Wirtschaftspolitik in einem längeren Prozeß auf jene Probleme einzustellen, die für die Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft typisch sind. Solche Probleme sind die Intensivierung der Wirtschaft, die stärkere Orientierung auf qualitative ökonomische Wachstumsfaktoren, die Erfordernisse der wissenschaftlich-technischen Revolution, die Kooperation und die Arbeitsteilung

zwischen den Staaten der sozialistischen Gemeinschaft, die weitere Annäherung der Klassen und Schichten, die neue Qualität des subjektiven Faktors u. a. m. Zu den Maßnahmen, die der Entwicklung der sozialistischen Wirtschaft auf ihren eigenen Grundlagen dienten, gehörten auch jene, die mit der Einführung der Wirtschaftsreformen in den sozialistischen Bruderstaaten in Angriff genommen wurden. In der DDR wurden diese Maßnahmen als das Neue Ökonomische System der Planung und Leitung der Volkswirtschaft bezeichnet. [24] Intensive Faktoren des Wirtschaftswachstums wie Ersatzinvestitionen, Bildungsökonomie und vor allem die wissenschaftlich-technische Arbeit traten damit stärker in den Vordergrund.

[965] Unter den objektiven Faktoren, die die vorwiegend intensiv erweiterte Reproduktion zum Erfordernis sozialistischer Wirtschaftspolitik machten, wurden eingangs bereits die beträchtlich angewachsenen Grundfonds genannt. 1965 gab es je Beschäftigten in der Industrie einen durchschnittlichen Grundmittelbestand in den produzierenden Bereichen in Höhe von 46.825 Mark, während er 1960 erst 34.350 Mark betrug. [26: 50] Hierin widerspiegelte sich die Tendenz, daß mit der weiteren Ausgestaltung der materiell-technischen Basis die Grundfondsausstattung ebenso wie die Verantwortung der Arbeiterklasse gegenüber ihren produktiven Grundfonds ständig zunehmen. Es stand die Aufgabe, die vorhandenen produktiven Fonds effektiv zu nutzen, dadurch mehr Nationaleinkommen zu erwirtschaften und so zur Stärkung des Sozialismus und zur Verbesserung den Arbeits- und Lebensbedingungen der Werktätigen beizutragen.

Aus vielerlei Gründen wurden in den 60er Jahren die Neuzugänge an Maschinen und Ausrüstungen in den Betrieben vornehmlich für Kapazitätserweiterungen benutzt und die überalterten Anlagen um den zu teuren Preis überhöhter Instandhaltungs- und Reparaturkosten weiter betrieben. Objektiv konnten dabei keine Arbeitskräfte eingespart werden, sondern es wurden laufend neue Arbeitsplätze zusätzlich geschaffen. Viele bis dahin eingeleiteten Rationalisierungsmaßnahmen wurden außerhalb des Investitionsplanes durchgeführt, während die Investitionsmittel überwiegend Erweiterungen und Neubauten dienten. [11: 4] 1965 betrug der Rationalisierungsanteil an den Investitionen in der Volkswirtschaft 44,8% und in der Industrie 41,3%. Dieser Anteil von fast 20 Mrd. Mark war zu gering. Der hohe Bestand an alten Maschinen entwickelte sich immer mehr zu einem entscheidenden Hemmnis für die volle Auslastung der modernen, hochproduktiven Aggregate. Folgender Vergleich mußte zu Konsequenzen in der Investitionspolitik führen: 1965 waren in der Industrie der DDR 49% der Maschinen und Ausrüstungen unter 10 Jahre alt. Im Werkzeugmaschinenbau erbrachte er sogar 53% gegenüber 36% in den USA. Aber 31% der Maschinen in der Industrie der DDR waren älter als 20 Jahre, während in den industriell entwickelten kapitalistischen Staaten der Anteil von Maschinen dieses Alters nur 20% ausmachte. [11: 4] Im Vergleich dazu waren in der sozialistischen Wirtschaft bei Maschinen, Ausrüstungen und Inventar 1963 ebenfalls 49% aller Grundmittel unter 10 Jahre alt. Hier gab es also keine Veränderungen in den Jahren 1963-1965. Bei den Werkzeugmaschinen waren 1963 50% über 10 Jahre alt, d. h., daß der Maschinenbau zur Hälfte mit veralteten Maschinen auskommen mußte, und dieser Anteil sich bis 1965 noch erhöhte. Es ergibt sich als nächstes die Frage, wie in der sozialistischen Industrie die jüngeren und modernen Anlagen ausgenutzt wurden. Im volkswirtschaftlichen Durchschnitt betrug in der 1. Hälfte der 60er Jahre der Auslastungsgrad hochproduktiver Anlagen etwas mehr als 60% des Zeitfonds. [10: 489] Bei ausgewählten Werkzeugmaschinengruppen ging die Ausnutzung von 53,6% im Jahre 1958 auf 52,5% im Jahre 1965 zurück; 29 im Jahre 1966 untersuchte hochproduktive Produktionsrüstungen im Bereich des Ministeriums für Elektrotechnik und Elektronik wurden nur zu 48% genutzt. Sehr häufig zeigte sich bei weiteren Analysen, daß der demographische Produktivitätsfaktor, der eine Aussage über die Anzahl von Arbeitskräften und das Verhältnis von Bürgern im arbeitsfähigen Alten zu Bürgern im nichtarbeitsfähigen Alter gibt, seinerseits Grenzen für die höhere Auslastung der modernen Anlagen setzte. Die Möglichkeiten, zusätzliche Arbeitskräfte aus der nichtberufstätigen Bevölkerung zu gewinnen, waren außerordentlich beschränkt. [12: 293]

Schließlich ist nicht zu übersehen, daß die SED in ihrer Wirtschaftspolitik insbesondere ab Mitte der 60er Jahre große Anstrengungen unternahm, den wissenschaftlich-technischen Fortschritt und die in seinem Rahmen wirkende wissenschaftlich-technische Revolution für die Interessen der Arbeiterklasse und des Sozialismus zu nutzen. Über [966] den wissenschaftlich-technischen Fortschritt

begann auch in der DDR die wissenschaftlich-technische Revolution nicht nur in einzelnen, sondern in mehreren Zweigen der Volkswirtschaft und allmählich schließlich auf sehr viele Bereiche der gesamtgesellschaftlichen Entwicklung zu wirken. [2] Doch vorerst waren mit diesem Trend sowohl höhere Anforderungen an den subjektiven Faktor als auch quantitative Anforderungen an das Nationaleinkommen und seine Verwendung verbunden. Neue Industriezweige, die im Verlaufe der 60er Jahre in der DDR entstanden, wie die petrolchemische und die elektronische Industrie, aber auch eine qualitativ neue Entwicklungsrichtung im traditionellen Maschinenbau stellten hohe Ansprüche an die Investitionsfonds und damit an das Nationaleinkommen. So ist es verständlich, daß die SED der Entwicklung des Nationaleinkommens ständig eine große Aufmerksamkeit schenkte. In seinem Wachstum widerspiegelte sich die zunehmend höhere Effektivität der Volkswirtschaft. Das produzierte Nationaleinkommen entwickelte sich in vergleichbaren Preisen wie folgt: 1962 wuchs es um 1,5%, 1963 um 3,2% 1964 um 4,8% und 1965 um 4,4%. [9: 44] Daraus folgt, daß es in den Jahren nach dem VI. Parteitag gelungen war, das Wachstum des Nationaleinkommens zu sichern, die Zuwachsraten und damit die absolute Größe des Nationaleinkommens zu erhöhen und den hohen Anteil der Industrie am Zuwachs des gesellschaftlichen Reichtums beizubehalten. Innerhalb des Jahrzehnts von 1955 bis 1966 erreichte die DDR eine durchschnittliche Zuwachsrate des produzierten Nationaleinkommens von 5,7%. Zugleich war nicht zu übersehen, daß es hinsichtlich der absoluten Höhe als auch seiner effektiven Verwendung gegenüber fortgeschrittenen Industrieländern noch Rückstände gab.

Die 11. Tagung des Zentralkomitees der SED im Dezember 1965 analysierte die Erfahrungen der gesellschaftlichen Entwicklung im ersten Jahnfünft nach dem Abschluß der Übergangsperiode und beriet konzeptionelle Fragen der weiteren Entwicklung des Sozialismus in den DDR, insbesondere für die 2. Hälfte der 60er Jahre. Für die Betrachtung unseres Gegenstandes ist hier hervorzuheben, daß auf dieser Tagung mit der Orientierung auf eine höhere Effektivität des volkswirtschaftlichen Reproduktionsprozesses, auf die stärkere Durchsetzung des von Marx entdeckten Gesetzes der Ökonomie der Zeit, auf einen höheren Zuwachs des Nationaleinkommens und die Erhöhung des Anteils der Rationalisierungsinvestitionen an den Gesamtinvestitionen gewissermaßen eine Wende in der Wirtschaftspolitik der SED zur intensiv erweiterten Reproduktion eingeleitet wurde. [15: 478] Der Auftrag des Parteiprogramms, die sozialistische Rationalisierung in der ganzen Volkswirtschaft durchzusetzen, wurde jetzt zu einem festen Bestandteil der Wirtschaftspolitik der Partei. Durch die Rationalisierung galt es die vorhandenen produktiven Fonds intensiver zu nutzen. Es ging dabei sowohl darum, an einzelnen wichtigen Stellen des Produktionsprozesses zu rationalisieren, als auch und von allem die sozialistische Rationalisierung in ganzen Erzeugnislinien, Betrieben und Industriezweigen zu verwirklichen. Während die 3. Parteikonferenz die SED im März 1956 erst darauf orientieren konnte, die Grundfonds schrittweise auf den Stand der neuesten Technik zu erweitern, konnte die Partei 10 Jahre später die Aufgabe stellen, den wissenschaftlich-technischen Fortschritt in der gesamten Volkswirtschaft durch deren sozialistische Rationalisierung zu nutzen. Endgültig wurde diese Hinwendung zur vorwiegend intensiv erweiterten Reproduktion auf der gemeinsamen Konferenz des Zentralkomitees der SED und des Ministerrates der DDR zu Problemen der sozialistischen Rationalisierung und Standardisierung im Juni 1966 zu einem die Wirtschaftspolitik der SED charakterisierenden Bestandteil. Die Arbeiterklasse und alle Werktätigen unternahmen in Auswertung der Rationalisierungskonferenz beachtliche Anstrengungen, diese – man kann sagen – Wende in der Wirtschaftspolitik mit Leben zu erfüllen. Besonders in den **[967]** Jahren 1966/67 führten die eingeleiteten Maßnahmen zu guten Ergebnissen. Rationalisierungskonzeptionen wurden in Betrieben und Industriezweigen erarbeitet und mit ihrer Verwirklichung begonnen. Ingenieurbüros für sozialistische Rationalisierung wurden in verschiedenen Betrieben und Industriezweigen gebildet, die die Arbeitskollektive berieten und unterstützten. Der Eigenbau von Rationalisierungsmitteln für den eigenen Betrieb und Industriezweig beschleunigte die Realisierung der Rationalisierungskonzeptionen. In einem am 10. Dezember 1966 unterzeichneten Zusatzprotokoll zum Abkommen über die gegenseitigen Warenlieferungen zwischen der DDR und der UdSSR für die Jahre 1966-1970 wurde festgelegt, den Import von sowjetischen Maschinen und Ausrüstungen durch die DDR 1967 gegenüber 1966 um 25% zu erhöhen. Das erwies sich als konkrete Hilfe für die sozialistische Rationalisierung in der DDR.

Im weiteren Verlauf des Fünfjahrplanes 1966-1970 traten neue Entwicklungsprobleme auf, insbesondere machten sich einige Disproportionen in der Volkswirtschaft störend bemerkbar. Das Zentralkomitee der SED analysierte die Erfahrungen dieser Jahre auf seiner 14. Tagung im Dezember 1970 und zog entsprechende Schlußfolgerungen. Sie betrafen „vornehmlich die Sicherung der planmäßigen und proportionalen Entwicklung der Volkswirtschaft, die Ausnutzung der ökonomischen Gesetze des Sozialismus und die realistische Einschätzung unserer Kräfte und Möglichkeiten“. [20: 61]

Der VIII. Parteitag der SED im Juni 1971 arbeitete heraus, daß die vorwiegend intensiv erweiterte Reproduktion ein charakteristischer Grundzug sozialistischer Wirtschaftspolitik bei der Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft ist. Ausgehend vom ökonomischen Grundgesetz des Sozialismus, formulierte der Parteitag die Hauptaufgabe, die „in der weiteren Erhöhung des materiellen und kulturellen Lebensniveaus des Volkes auf der Grundlage eines hohen Entwicklungstempos der sozialistischen Produktion, der Erhöhung der Effektivität, des wissenschaftlich-technischen Fortschritts und des Wachstums der Arbeitsproduktivität“ besteht. [20: 61 f.] Ziel und Mittel als unmittelbare Einheit widerspiegelt die Hauptaufgabe. So sind alle Anstrengungen zur Intensivierung der Produktion auf eine höhere Effektivität gerichtet, um auf deren Grundlage die wachsenden materiellen und kulturellen Bedürfnisse der Arbeiterklasse und aller Werktätigen immer besser befriedigen zu können. Das Zentralkomitee der SED beschäftigte sich mehrfach mit den Ergebnissen und weiteren Erfordernissen der Intensivierungspolitik. Dabei orientierte die SED stets darauf, daß die Intensivierung sowohl die Effektivität der Produktion als auch die Arbeitsbedingungen der Werktätigen verbessern muß. Darauf verwies Honecker bei der Darlegung des Zehnpunkteprogramms der Intensivierung [15: 640 f.] in der Volkswirtschaft: „Die qualitativen Faktoren ... entfalten, erfordert vor allem, die schöpferischen Fähigkeiten des Menschen voll zu entwickeln.“ [4: 1000] Auf ihrem IX. Parteitag im Mai 1976 hat die SED auch die in der 1. Hälfte der 70er Jahre gesammelten Erfahrungen bei der Intensivierung der gesellschaftlichen Produktion bilanziert. Die Probleme der Intensivierung wurden energischer angegangen. Die SED konnte in ihrem neuen Programm von diesen Erfahrungen bei der Formulierung der wirtschaftspolitischen Aufgaben ausgehen und zugleich die langfristigen Aufgaben für die Intensivierung beschließen. [21: 224]

Literatur:

1. *Afanasjew, W. G.:* Wissenschaft, Technik und Leitung in der sozialistischen Gesellschaft. Berlin 1971; 2. *Buttler, H.:* Probleme der Politik den SED zur Gestaltung von Wissenschaft und Technik in der sozialistischen Industrie der DDR (Ende 1965 bis April 1968). Berlin 1972 (Diss.); 3. *Degtjar', I.* S.: Problemy racionanoj zanjatosti pri socializme. Moskau 1976; 4. *Honecker, E.,* in: Neuer Weg 1975, H. 22, S. 1000; **[968]** 5. *Iskra, W.:* Die industrielle Entwicklung in Polen. Warschau 1970; 6. *Kurskij, A. D.:* Naučnye osnovy sovetskich pjatiletok. Moskau 1974; 7. *Nick, H.:* Intensivierung und wissenschaftlich-technischer Fortschritt. Berlin 1974; 8. *Reinhold, O.,* in: Einheit 1976, H. 3, S. 287; 9. *Reißig, K./Schmidt, W.,* in: ZfG 1977, H. 4, S. 389 ff.; 10. *Riedel, K.-D.,* in: St. P. 1968, H. 9, S. 488 ff.; 11. *Stoph, W.,* in: ND (B) v. 21.12.1965; 12. *Strohbach, E.,* in: JWG, 1972, S. 53 ff.; 13. *Usievič, M. A.,* in: Das Gesetz der sozialistischen Akkumulation. Berlin 1974, S. 359 f.; 14. *Direktive des XXIII. Parteitages der KPdSU für den Fünfjahrplan 1966-1970.* Berlin 1966; 15. *Geschichte der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands.* Berlin 1978; 16. *Gesetzmäßigkeiten der intensiv erweiterten Reproduktion bei der Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft.* T. 1, Berlin 1976; 17. *Intensifikacija proizvodstva v evropejskich stranach SĖV.* Moskau 1972; 18. *Klassenkampf – Tradition – Sozialismus.* Berlin 1974; *Protokoll der Verhandlungen des VI. Parteitages der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands.* Bd. IV, Berlin 1963; 20. *Protokoll der Verhandlungen des VIII. Parteitages der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands.* Bd. 1, Berlin 1971; 21. *Protokoll der Verhandlungen des IX. Parteitages der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands.* Bd. 2, Berlin 1976; 22. *Rechenschaftsbericht des Zentralkomitees der KPdSU an den XXIV. Parteitag der Kommunistischen Partei der Sowjetunion.* Berlin 1971; 23. *Rechenschaftsbericht des Zentralkomitees der KPdSU und die nächsten Aufgaben der Partei in der Innen- und Außenpolitik. XXV. Parteitag der KPdSU.* Berlin 1976; 24. *Richtlinie für das neue ökonomische System der Planung und Leitung der Volkswirtschaft. Die Anwendung der Grundsätze des neuen ökonomischen Systems der Planung und*

Leitung der Volkswirtschaft im Bauwesen. Berlin 1963; 25. *Soveršenstvovanie upravlenija ėkonomikoj stran SĖV.* Moskau 1974; 26. *Statistisches Jahrbuch der DDR.* Berlin 1971; 27. *Wissenschaft – Ökonomie – Fortschritt.* Berlin 1974.

Harald Buttler

2.7.13. Klassen und Schichten

Die politischen, ökonomischen und sozialen Umwälzungen beim Übergang vom Kapitalismus zum Kommunismus führen zu grundlegenden Veränderungen in den gesellschaftlichen Verhältnissen. In dem Maße, in dem das gesellschaftliche Eigentum an den Produktionsmitteln entsteht und in allen Bereichen der Gesellschaft durchgesetzt wird, bildet sich eine völlig neue Klassen- und Sozialstruktur heraus. „Die sozialistische Umgestaltung der Klassenverhältnisse ist ein zweifacher Prozeß: die Zerstörung, der Sturz der alten Klassenstruktur, die auf Privateigentum und Ausbeutung basiert, und ihre Ersetzung durch eine neue Sozialstruktur, die ein brüderliches Bündnis gleichberechtigter Klassen und Gruppen von Werktätigen darstellt.“ [33: 255] Das ist, wie die Erfahrungen aller sozialistischen Länder zeigen, ein langwieriger und komplizierter Vorgang, der, bewußt und planmäßig gestaltet, nur unter der Führung der marxistisch-leninistischen Partei im erbitterten Klassenkampf [LW 29: 377] im Verlauf einer ganzen Periode des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus [22: 8 ff.] vollzogen werden kann. In seinem Verlauf wandelt sich die Arbeiterklasse aus der unterdrückten und ausgebeuteten Grundklasse der kapitalistischen Gesellschaft in die herrschende, den gesellschaftlichen Produktions- und Reproduktionsprozeß leitende, die ausbeutungsfreie Ordnung errichtende Klasse. Zum erstenmal in der Weltgeschichte kommt mit ihr eine Klasse zur Macht, die Hauptproduzent der materiellen Güter bleibt und über kein spezielles Klas-**[969]**seneigentum an den Produktionsmitteln verfügt, sondern mit der Schaffung, Nutzung und Mehrung des Volkseigentums den Wohlstand aller werktätigen Klassen und Schichten begründet. Diese Entwicklung der Arbeiterklasse ist nicht nur Bestandteil, sondern eine entscheidende Bedingung für die Umwälzung der Klassenverhältnisse, die in der Konsequenz auf die Aufhebung der Klassen überhaupt gerichtet ist. [LW 32: 102, 423 f.] Es entspricht dem Wesen der Übergangsperiode, daß die Klassenverhältnisse antagonistischen Charakter tragen, der Klassenkampf im Innern des Landes unter veränderten Bedingungen, die durch die politische Herrschaft der Arbeiterklasse und die Rolle des Volkseigentums an den Produktionsmitteln bestimmt sind, fortdauert und Triebkraft der gesellschaftlichen Entwicklung bleibt. In der Gestaltung der „Wechselbeziehungen zwischen sämtlichen Klassen“ mit dem Ziel, die Machtfrage endgültig zugunsten der Arbeiterklasse zu entscheiden, sah Lenin das Wesen der Politik des sozialistischen Staates [LW 5: 426; 32: 231] in der Übergangsperiode.

So wie in den anderen sozialistischen Ländern [28: 17] vollzog sich auch in der Deutschen Demokratischen Republik in einem einheitlichen revolutionären Prozeß [27: Bd. 2, 210] von 1945 bis Anfang der 60er Jahre eine tiefgreifende Umwälzung der Klassenstruktur (s. Tab. 1).

Tabelle 1
Entwicklung der sozialökonomischen Struktur der Berufstätigen in der DDR 1945-1960 (in %) [29: 1976, 48]

Beschäftigtengruppen	1945	1950	1955	1960
Arbeiten und Angestellte	70,1	73,3	78,4	81,0
Mitglieder sozialistischer Produktionsgenossenschaften	–	–	2,4	13,8
davon: LPG	–	–	2,3	12,0
PGH	–	–	0	1,8
Übrige Berufstätige und mithelfende Familienangehörige	29,8	26,6	19,3	4,8

Der weltgeschichtliche Sieg der Sowjetunion 1945, die Entwicklung des Sozialismus zu einem weltumspannenden System und die tiefe Krise des Imperialismus boten der Arbeiterklasse günstige Möglichkeiten, ihre Hegemonie in der antifaschistisch-demokratischen Umwälzung zu errichten und in historisch kurzer Zeit den Großgrundbesitz und das Monopolkapital politisch und ökonomisch zu entmachten, mit der demokratischen Bodenreform das Bündnis mit der werktätigen Bauernschaft zu festigen, mit der demokratischen Schul- und Hochschulreform das bürgerliche Bildungsmonopol zu

brechen und damit den Weg für die Herausbildung einer Volksintelligenz zu öffnen. Im Ergebnis der demokratischen Umwälzung hörte die Bourgeoisie ungeachtet der ihr noch verbliebenen ökonomischen Potenzen auf, eine Grundklasse der Gesellschaft zu sein. Die bis 1949 erzielten Veränderungen in den Macht- und Klassenverhältnissen enthoben die Arbeiterklasse der Notwendigkeit, die Herrschaft erst einer anderen Klasse zu entreißen. Der Übergang zur sozialistischen Revolution vollzog sich in einem kontinuierlichen Prozeß. [24: 217] Im Verlauf der sozialistischen Revolution entstanden unter Führung der SED und im breiten Klassenbündnis mit der Arbeiterklasse die entscheidenden Grundlagen des Sozialismus: die durch die sozialistischen Produktionsverhältnisse charakterisierte sozialökonomische Struktur und die materiell-technische Basis des **[970]** Sozialismus, die politische Organisation der sozialistischen Gesellschaft mit einem funktionstüchtigen Staat, einer entwickelten sozialistischen Demokratie. Der Marxismus-Leninismus wurde zur herrschenden Ideologie. Auf diesem Fundament bildete sich mehr und mehr die politisch-moralische Einheit des Volkes heraus. [24: 440] Mit den Grenzsicherungsmaßnahmen wurde am 13. August 1961 ein entscheidender Schritt zur Sicherung der Macht der Arbeiterklasse, zur Gewährleistung der Souveränität der DDR und zur Zurückdrängung der bisher in der Klassenentwicklung wirkenden spontanen Tendenzen und Elemente [3: 133 ff.] getan. Zusammen mit der Durchsetzung sozialistischer Produktionsverhältnisse in allen Bereichen der gesellschaftlichen Produktion kennzeichneten sie einen Entwicklungsstand, auf dem die Aufgaben der Übergangsperiode vom Kapitalismus zum Sozialismus im wesentlichen als gelöst gelten konnten. [24: 438] Die Übergangsperiode war nicht nur notwendig, um die alte Ordnung zu überwinden, sondern weil nur in ihr die Arbeiterklasse die Fähigkeit zum Aufbau der neuen, sozialistischen Ordnung erwerben konnte. Diese bildete sich unter Führung der SED im Prozeß der Verwirklichung ihrer historischen Mission [LW 26: 401], im politischen, ökonomischen und ideologischen Klassenkampf heraus. Für ihr Wachstum war von nicht geringer Bedeutung, daß die Arbeiterklasse der DDR ihre Rolle von Anfang an unter den Bedingungen der Existenz und des Erstarkens des sozialistischen Staatensystems und mit ständiger Hilfe der sowjetischen Arbeiterklasse verwirklichen konnte.

Für die sozialistischen Länder ist ein hoher Anteil der Arbeiterklasse an der Bevölkerung charakteristisch (s. Tab. 2).

Tabelle 2
Quantitative Entwicklung der Arbeiter und Angestellten in den RGW-Ländern 1950-1960 [18: 70]

	Wachstum der Personenzahl (in 1.000 Personen)		Wachstumsindex 1960 (1950 = 100)
	1950	1960	
VRB[1]	806	1.774	220,1
DDR	5.273	6.419	121,7
MVR	63	145	230,1
VRP	5.066	7.344	145,0
SRR	2.123	3.249	153,0
ČSSR	3.464	4.884	141,0
UdSSR	40.420	60.032	153,5
UVR	1.835	2.868	156,3

[1] ohne Beschäftigte im privaten Wirtschaftssektor

Am höchsten liegt der Anteil der Arbeiterklasse an der Bevölkerung in jenen Staaten, die auf einen längeren sozialistischen Entwicklungsweg zurückblicken (UdSSR) bzw. in denen die sozialistische Umwälzung von einem hohen Niveau der Industrialisierung aus beginnen konnte (DDR, ČSSR). Mit über 4,4 Mill. Arbeitern, die mehr als 50% aller Werktätigen ausmachten [3: 158], die revolutionäre Umwälzung beginnen zu können war ein bedeutender Vorteil der Arbeiterklasse der DDR. Ihr zahlenmäßiges Wachstum vollzog sich langsamer als in anderen sozialistischen Ländern und wies einige Besonderheiten auf, die sich nicht allein aus den Ausgangsbedingungen ergaben. Wäh-**[971]**rend in den meisten sozialistischen Ländern die Reproduktion der Arbeiterklasse aus bäuerlichen und kleinbürgerlichen Quellen schöpfte (in Bulgarien, Polen und Rumänien hält dieser Zustrom noch an), reproduzierte sich die Arbeiterklasse der DDR von Anfang an vor allem aus sich selbst. [6: 175 ff.] Die

Auffüllung und Erweiterung ihrer Reihen erfolgte aus dem Reservoir der nichtberufstätigen Frauen (allein von 1950 bis 1955 traten 750.000 Frauen in das Berufsleben ein) und über die Lehrlingsausbildung, in nur geringem Maße durch werktätige Bauern und Handwerker. Auffallend war demgegenüber eine starke soziale Mobilität von der Arbeiterklasse in die Bauernschaft und das Handwerk sowie in die Intelligenz. [3: 155 ff.] Das quantitative Wachstum der Arbeiterklasse vollzog sich trotz schwerwiegender Bevölkerungsverluste in den 50er Jahren [11: 63 ff., 83] und einer ungünstigen demographischen Entwicklung (der Anteil der Bevölkerung im nichtarbeitsfähigen Alter wuchs von 1950 bis 1970 von 35,9 auf 42,1% an).

Die qualitative Entwicklung der einheitlichen Arbeiterklasse erfolgte in der Übergangsperiode in Abhängigkeit von der Bindung ihrer Gruppen an Betriebe unterschiedlicher Eigentumsformen, die wiederum das Niveau ihrer Bewußtheit und Organisiertheit sowie Umfang und Tempo der Ausprägung ihrer neuen sozialen Natur wesentlich bedingten. Die bestimmende Tendenz war dabei das schnelle Anwachsen der in den sozialistischen Betrieben Tätigen (s. Tab. 3).

Tabelle 3
Quantitative Entwicklung der Arbeiter und Angestellten in der DDR nach Eigentums formen der Betriebe 1952-1960 (in 1.000) [29]

	Arbeiter und Angestellte insgesamt	Arbeiter und Angestellte volkseigener Betriebe	Arbeiter und Angestellte genossenschaftlicher Betriebe	Arbeiter und Angestellte halbstaatlicher Betriebe und des Kommissionshandels	Arbeiter und Angestellte privater Betriebe
1952	5.965,8	3.835,9	231,0	–	1719,0
1955	6.415,9	4.427,5	304,3	–	1.610,5
1960	6.505,7	5.031,2	407,0	369,1	719,3

Parallel dazu vollzog sich ein Konzentrationsprozeß der Arbeiterklasse in den großen sozialistischen Industriebetrieben, wo sie mit den modernsten Produktivkräften unmittelbar verbunden war, wo sie solche bedeutenden, allmählich die gesamte Gesellschaft erfassenden Bewegungen wie den sozialistischen Wettbewerb, die Neuererbewegung und die sozialistische Gemeinschaftsarbeit initiierte und die Basis der sozialistischen Staatsmacht stärkte.

In der Übergangsperiode formierte sich die Klasse der Genossenschaftsbauern als die zweite Hauptklasse der sozialistischen Gesellschaft. Sie ging historisch aus der werktätigen Bauernschaft, die sich in eine sozialistische Klasse umwandelte, hervor. Ausgangspunkt und hauptsächliche ökonomische Basis ihrer Umwandlung waren 568.000 bäuerliche Betriebe der Größenklassen zwischen 1 und 20 ha, die (1951) 67,6%, der landwirtschaftlichen Nutzfläche der DDR umfaßten. [31: 284] Bei Abschluß des sozialistischen Umwälzungsprozesses auf dem Lande 1960 waren deren ehemalige Be-
[972]sitzer mit 65,9% die stärkste soziale Gruppe im Klassenformierungsprozeß, dessen soziale Basis jedoch wesentlich breiter war. An ihm nahmen Industrie- und Landarbeiter, Handwerker, private Gärtner und seit 1954 auch Großbauern teil (s. Tab. 4).

Tabelle 4
Quantitative Entwicklung der Mitglieder der LPG in der DDR nach ihrer Tätigkeit vor Eintritt in die Genossenschaft 1952-1960 [11: 97]

	Insgesamt	Einzelbauern mit Betrieben bis 20 ha	über 20 ha	Landarbeiter	Industriearbeiter	Sonstige
1952	37.000	32.194	–	4.459	–	347
1953	128.550	74.993	–	48.238	–	5.319
1954	158.356	73.958	1.259	76.106	1.731	7.033
1955	196.946	77.602	2.347	96.146	11.287	9.564
1956	219.599	84.707	4.511	98.606	21.673	10.104
1957	229.026	88.851	5.276	97.341	25.847	11.711
1958	352.938	167.354	12.791	117.903	33.453	21.441

	Insgesamt	Einzelbauern mit Betrieben bis 20 ha	über 20 ha	Landarbeiter	Industriearbeiter	Sonstige
1959	435.365	208.224	18.381	129.752	40.634	38.347
1960	945.020	622.145	49.892	157.821	48.029	67.133

Die unmittelbare Beteiligung von Gruppen der Arbeiterklasse am Formierungsprozeß der sozialistischen Bauernklasse spiegelt eine wichtige Seite ihrer führenden und helfenden Rolle wider. [8: 213 ff.]

Zu den allgemeinen Gesetzmäßigkeiten des sozialistischen Aufbaus zählt die Herausbildung einer der Arbeiterklasse, dem schaffenden Volke und der Sache des Sozialismus ergebenen zahlreichen Intelligenz (s. Tab. 5). [20: 1479]

Tabelle 5
Zunahme des Anteils der Studierenden an Universitäten und Hochschulen an der Bevölkerung der DDR 1951-1960 (Anzahl je 10.000 Einwohner) [11: 120]

1951	15,2	1956	36,3
1952	19,7	1957	38,3
1953	24,9	1958	37,0
1954	32,0	1959	38,2
1955	33,7	1960	40,0

Die Herausbildung der sozialistischen Intelligenz vollzog sich auf zwei Wegen: durch die für alle sozialistischen Länder charakteristische Ausbildung einer „neuen“, vorwiegend aus der Arbeiterklasse und den anderen werktätigen Schichten kommenden und durch die Gewinnung der in den DDR bereits zu Beginn der Revolution zahlenmäßig starken „alten“ bürgerlichen und kleinbürgerlichen Intelligenz für den sozialistischen Aufbau. [22: 196 ff., 258 ff., 343 ff.] Dank der erfolgreichen Bündnispolitik der SED konnte im Verlauf der Übergangsperiode die komplizierte Aufgabe den Verschmelzung den „alten“ und der „neuen“ Intelligenz zu einen sozialen Schicht erfolgreich gelöst werden. Die Intelligenz wuchs schneller an als alle anderen Klassen und Schichten und machte gegen Ende den Übergangsperiode 7% den Werktätigen aus [25: 695]; 80% **[973]** ihrer Angehörigen waren vor dem Studium Arbeiter oder entstammten Arbeiterfamilien. Die meisten ihrer Angehörigen hatten zu diesem Zeitpunkt bereits Bildungseinrichtungen der DDR besucht. Die Intelligenz bildete ihrer altersmäßigen Zusammensetzung nach die jüngste unter den großen sozialen Gruppen (s. Tab. 6).

Tabelle 6
Bürger der DDR mit Hoch- und Fachschulabschluß 1965 nach Alter und Zeitpunkt des Studienabschlusses [19: 275]

Abschlußjahr	Mit Hochschulabschluß			Mit Fachschulabschluß		
	insgesamt	21-40 Jahre	40-65 Jahre	insgesamt	21-40 Jahre	40-65 Jahre
Bis 1932	21.093	–	9.703	42.088	–	23.815
1933-1945	16.929	54	16.529	20.082	1.775	17.957
Insgesamt	38.022	54	26.232	62.170	1.775	41.772
1946-1950	6.360	1.710	4.525	17.024	9.331	7.586
1951-1955	29.522	19.437	9.899	60.025	46.251	13.574
1956-1964	140.254	117.228	22.902	264.405	216.704	47.161
Insgesamt	176.136	138.375	37.326	341.454	272.286	68.321

In der Übergangsperiode leitete die Arbeiterklasse die Umwandlung des städtischen Kleinbürgertums in sozialistisch produzierende Werktätige ein, indem sie es einerseits vom ökonomischen Druck des Kapitals befreite, andererseits Entwicklungsformen schuf, in denen die individuellen Produzenten auf der Grundlage sozialistischer Wirtschaftsprinzipien zur kollektiven Arbeit zusammenfanden, wobei sie ihre Arbeits- und Denkweise grundlegend veränderten. Bis 1960 entstanden 3.878 Produktionsgenossenschaften des Handwerks, in denen 162.509 Werktätige – ehemalige Handwerksmeister und Gesellen – beschäftigt waren [35: 61], bildete sich die soziale Schicht der Genossenschaftshandwerker heraus. Neben der genossenschaftlichen Entwicklung erhielten die 173.243 privaten Handwerksbetriebe eine

gesicherte Perspektive. 1956 wurde der Kommissionshandel eingeführt, in den 1960 annähernd 10% der Einzelhandelsverkaufsstellen einbezogen waren. [11: 137] Nach einer 1960 vorgenommenen Schätzung [11: 154, 162] lebten in der DDR weitere 44.900 Personen, die zur ehemaligen Klasse der Bourgeoisie gehörten (privatkapitalistische Unternehmer in Industrie, Bauwesen und Großhandel sowie Komplementäre). Die Tatsache, daß in ihren Betrieben eine Million Arbeiter und Angestellte beschäftigt waren [29: 1970, 55], macht deutlich, daß die Lösung bestimmter Aufgaben der Übergangsperiode vom Kapitalismus zum Sozialismus noch bevorstand.

Eine für die Entwicklung der Klassen- und Sozialstruktur im Sozialismus charakteristische Tendenz zeigte sich darin, daß die Zahl der Mehrpersonenhaushalte zunahm, in denen Angehörige verschiedener Klassen und Schichten vereint sind. Im Jahre 1964 betraf das mehr als 700.000 Haushalte. In Arbeiterhaushalten gehörten 216.000 Personen nicht zur Klasse bzw. Schicht des Haupteinkommensbeziehers, bei den Genossenschaftsbauern und der Intelligenz waren es jeweils 175.000 Personen. [19: 422]

Nachdem in der DDR die Aufgaben der Übergangsperiode vom Kapitalismus zum Sozialismus im wesentlichen gelöst waren, wurde begonnen, die entwickelte sozialistische Gesellschaft zu gestalten [26: Bd. 1, 57] [27: Bd. 2, 212], den Sozialismus auf seinen eigenen Grundlagen aufzubauen. Zu diesen zählt eine Klassenstruktur, die durch die Existenz **[974]** miteinander befreundeten Klassen und Schichten gekennzeichnet ist und in der die Arbeiterklasse als soziale Haupttriebkraft die bestimmende Rolle ausübt. Auf der Basis der beschleunigten Entwicklung der Produktivkräfte und des weiteren Ausreifens der beiden Eigentumsformen, des gesamtgesellschaftlichen und des genossenschaftlichen sozialistischen Eigentums, vollziehen sich die Überwindung wesentlicher Unterschiede zwischen Stadt und Land und zwischen körperlicher und geistiger Arbeit und die allmähliche Annäherung der Klassen und Schichten. Das ist ein Prozeß, in dem sich die Arbeiterklasse, die Klasse der Genossenschaftsbauern und die sozialistische Intelligenz selbst höher entwickeln, ihre sozialistischen Wesenszüge ausprägen und Voraussetzungen für die Überwindung der Klassenunterschiede [26: Bd. 1, 110] wachsen. Er verläuft in allen sozialistischen Ländern, ungeachtet vieler Spezifika, gleichartig (s. Tab. 7.).

Tabelle 7
Sozialstruktur in den RGW-Ländern (Klassen und Schichten in % zur Gesamtzahl der Werktätigen) [22: 17]

		Arbeiter und Angestellte	Bauern, Handwerker, Mitglieder von LPG und PGH	Gewerbetreibende, nichtgenossenschaftlich organisiert	Sonstige Bevölkerungsgruppen
VRB	1965	58,8	39,7	1,3	0,2
DDR	1973	87,5	9,9	1,7	0,9
MRV	1969	56,4	43,5	–	0,1
VRP	1970	71,3	3,0	15,6	10,1
SRR	1966	52,2	40,9	6,1	0,8
ČSSR	1971	88,1	9,4	2,4	0,1
UdSSR	1971	80,7	19,3	–	–
UVR	1971	75,5	21,0	3,1	0,4

Die Arbeiterklasse bleibt auch in der neuen Geschichtsperiode die politische und soziale Hauptkraft des gesellschaftlichen Fortschritts. Ihre Verantwortung, die Dimensionen ihres Wirkens und dessen gesellschaftliche Ergebnisse wachsen bedeutend an. Sie kann ihrer führenden Rolle bei der Gestaltung des reifen Sozialismus unter den Bedingungen der weiteren Annäherung der sozialistischen Länder, der wissenschaftlich-technischen Revolution und des internationalen Klassenkampfes gegen den Imperialismus nur gerecht werden, wenn sie vor allem qualitativ wächst. Darauf ist das Streben der SED gerichtet. [27: Bd. 2, 234] Die höheren Anforderungen der Produktion, namentlich der Intensivierung, das wachsende geistig-technische Schöpfertum wie auch die Erfordernisse, denen die Arbeiterklasse außerhalb der Produktionssphäre als herrschende Klasse und Gestalterin sozialistischer Beziehungen unterworfen ist, führen zu einem schnellen Anwachsen des Bildungs- und Qualifikationsniveaus der

Arbeiter. Von 1964 bis 1972 stieg der Anteil der Facharbeiter an den Industriearbeitern von 45 auf 54% an, (und) der der Ungelernten ging auf 8% zurück. [35: 95] Zum erstenmal nahm die Zahl der weiblichen Qualifizierungsteilnehmer schneller zu als die der Männer. Es wuchs die Zahl jener Arbeiter, die zur qualifizierten Wahrnehmung ihrer Produktionsaufgaben den Abschluß einer Hoch- oder Fachschule erwarben. Die junge Arbeitergeneration verfügt fast ausschließlich über eine zehnklassige Schulbildung und die Facharbeiterqualifika-**[975]**tion. Konzentriert spiegelt sich der Zusammenhang zwischen den wachsenden Führungsaufgaben der Arbeiterklasse und den erhöhten Bildungsbedürfnissen in der SED wider, in der 25,5% aller Mitglieder und Kandidaten, 99,6% der 1. Kreissekretäre und 80% aller Parteisekretäre in Großbetrieben über einen Hoch- bzw. Fachschulabschluß verfügen. [13: 63]

Die Höherentwicklung der Arbeiterklasse vollzieht sich vor allem im sozialistischen Wettbewerb, in der Neuererbewegung und in der aktiven Teilnahme der Arbeiter an der Planung und Leitung. [9: 40] Damit findet einerseits Fortsetzung, was die Klassenentwicklung in der Übergangsperiode gekennzeichnet hat, aber Dimensionen und Qualität der schöpferischen Massenbewegungen sind unvergleichlich größer. Die Zahl der Neuerer, vor allem jener, die in Neuererkollektiven an der Lösung volkswirtschaftlicher Schwerpunktaufgaben wirken, stieg bedeutend an. Ihr Anteil an den Werktätigen wuchs von 1965 bis 1975 von 13,4 auf 29,4%, bei den Jugendlichen sogar auf 35,7% an. [29: 1976, 67] Im gleichen Zeitraum verdreifachte sich die Zahl der Kollektive in der Produktion, die um den Titel „Kollektiv der sozialistischen Arbeit“ rangen (s. Tab. 8).

Tabelle 8
Zahlenmäßige Entwicklung der im Wettbewerb um den Ehrentitel stehenden Produktionskollektive in der DDR 1965-1975 [29: 1976, 66]

	1965	1971	1973	1975
Zahl der Kollektive	84.147	146.923	200.537	228.129
Zahl der Mitglieder	1.370.440	2.880.190	3.412.291	4.038.669

Die Arbeiterklasse der DDR prägte nach Abschluß der Übergangsperiode ihren internationalistischen Charakter und ihre internationale Wirksamkeit weiter aus, wofür insbesondere die sozialistische ökonomische Integration und die abgestimmte Politik der kommunistischen Parteien sozialistischer Länder die Grundlagen bedeutend erweitern. Für die Höhenentwicklung der Arbeiterklasse ist von Bedeutung, daß die hohen Anforderungen an sie vor allem durch ihre Annäherung an die fortgeschrittenste, die sowjetische Arbeiterklasse bestimmt werden.

Die 1972 erfolgte Umwandlung von 11.000 privaten Industrie- und Baubetrieben, Betrieben mit staatlicher Beteiligung und industriell produzierenden PGH in volkseigene Betriebe bedeutete einen neuen Ausgangspunkt im Wachstumsprozeß der Arbeiterklasse.

Sie vertiefte ihre politische und soziale Einheit, führte zum weiteren Anwachsen von Organisiertheit und Bewußtheit.

Seit 1960 verlief die Höherentwicklung der Klasse der Genossenschaftsbauern – auf der Basis den LPG als ihrer Grundeinheiten – auf dem Wege der Kooperation und des schrittweisen Übergangs zu industriemäßigen Produktionsmethoden. Bei einer für die meisten sozialistischen Länder charakteristischen rückläufigen Zahl der ständig mitarbeitenden Genossenschaftsmitglieder von 857.630 im Jahre 1960 auf 636.497 im Jahre 1975 [29: 1976, 178] vollzog sich ein fortlaufender Konzentrations- und Spezialisierungsprozeß: 1974 arbeiteten 97,1% der LPG-Mitglieder in Genossenschaften des Typs III, war die durchschnittliche Mitgliederstärke je Genossenschaft auf 121 angestiegen und hatte sich die landwirtschaftliche Nutzfläche je LPG des Typs III gegenüber 1960 verdoppelt. Auch die Fortschritte in der Arbeits- und Lebensweise sowie die Veränderungen in der Bildungs- und Qualifikationsstruktur der Genossenschaftsbauern zeu-**[976]**gen von der qualitativen Höherentwicklung ihrer Klasse, von der Überwindung des historisch entstandenen Bildungsgefälles zwischen Stadt und Land. Der Anteil der Genossenschaftsbauern mit abgeschlossener Ausbildung stieg von rd. 5% 1960 auf fast 77% 1974 an. [29: 1976, 185] Der hohe Facharbeiteranteil, die

Entwicklung eigener Leitungskader und hochqualifizierter Spezialisten sind eine bedeutende Errungenschaft der Klasse der Genossenschaftsbauern. Die Arbeiterklasse verstärkte ihre Hilfe für den Hauptverbündeten und leistete insbesondere einen bedeutenden Beitrag zur Schaffung der materiell-technischen Basis einer modernen sozialistischen Landwirtschaft. Die Investitionen in der Landwirtschaft lagen 1975 um das Dreifache höher als 1960, und der durchschnittliche Grundmittelbestand je Berufstätiger in der sozialistischen Landwirtschaft lag bereits über dem des Industriezweigs Maschinen- und Fahrzeugbau. [29: 1976, 44]

Gesetzmäßig wuchs die Rolle der Intelligenz – bedingt durch das Gewicht des wissenschaftlich-technischen Fortschritts beim Wirtschaftswachstum und bei der Verbesserung der materiellen und kulturellen Lebensbedingungen sowie durch die bedeutend wachsende Rolle des subjektiven Faktors überhaupt –, die engstens mit der kommunistischen Erziehung der Werktätigen und mit der sozialistischen Ausprägung ihrer Lebensweise verknüpft ist. In einem Jahrzehnt wuchs der Anteil der Intelligenz innerhalb der Sozialstruktur der DDR von 7% (1965) auf etwa 12% (1975) an und hat damit den der Klasse der Genossenschaftsbauern übertroffen. Am schnellsten wuchs die Zahl der Hoch- und Fachschulkader in der Industrie und im Bauwesen. Sie stieg auf 252,9% an. [29: 1976, 66] Die zunehmende Komplexität der gesellschaftlichen Entwicklung, die wachsende Einheit von Politik, Ökonomie, Kultur und Ideologie führen zur Verringerung der historisch gewachsenen sozialen Unterschiede innerhalb der Schicht der Intelligenz.

Neben den sozialen Hauptgruppen entwickelte sich die soziale Schicht der Genossenschaftshandwerker, die 1,7% aller Berufstätigen der DDR ausmacht. 1975 waren in 2.793 PGH etwa 140.000 Mitglieder zusammengeschlossen. [29: 1976, 166] Auch das private Handwerk mit etwa 121.000 Selbständigen, die 163.000 Arbeiter und Angestellte beschäftigen [29: 1976, 50], sowie die privaten Handelsbetriebe mit 26.000 Selbständigen und 24.000 Arbeitern und Angestellten [29: 1976, 50] fanden bei der weiteren Gestaltung der sozialistischen Gesellschaft einen festen Platz und eine gesicherte Perspektive; 83% aller Reparaturen und 66% der Dienstleistungen werden durch Betriebe des Handwerks getragen, die damit eine große Verantwortung für die Erfüllung den vom VIII. und vom IX. Parteitag der SED beschlossenen Hauptaufgabe übernommen haben. Die Gewinnung der privaten Handwerker für den genossenschaftlichen Weg auf der Grundlage der Freiwilligkeit bleibt eine wichtige Aufgabe.

Als das Entscheidende bei der Entwicklung der Klassen und Schichten, der Sozialstruktur in der Gegenwart erweisen sich die sozialökonomischen, politischen und ideologischen Gemeinsamkeiten, die auf der Grundlage der sozialistischen Macht- und Eigentumsverhältnisse wachsen und denen Ausprägung von der SED bewußt und planmäßig gelenkt wird.

Literatur:

1. *Belych, A. K.:* Organisation, Politik und Leitung. Berlin 1969; 2. *Bensing, M.,* in: Lenin und die Wissenschaft. Bd. I, Berlin 1970, S. 156 ff.; 3. *Ders.* in: JG 1974, Bd. 11, S. 123 ff.; 4. *Ders.* in: JG 1977, Bd. 17, S. 365 ff.; 5. *Dittrich, G.,* in: JG 1974, Bd. 11, S. 169 ff.; 6. *Ders.:* Das quantitative Wachstum der Arbeiterklasse der DDR und die Veränderungen in ihrer sozialen und Zweigstruktur während den sozialistischen Revolu-**[977]**tion 1949 bis 1961/62. Leipzig 1977 (Habil.-Schrift.); 7. *Gleserman, G. J.:* Der historische Materialismus und die Entwicklung der sozialistischen Gesellschaft. Berlin 1969; 8. *Griebenow, H.,* in: JG 1974, Bd. 11, S. 213 ff.; 9. *Hager, K.:* Der IX. Parteitag und die Gesellschaftswissenschaften. Berlin 1976; 10. *Honecker, E.,* in: Einheit 1976, H. 4; 11. *Lungwitz, K.:* Über die Klassenstruktur in der Deutschen Demokratischen Republik. Berlin o. J. (1961); 12. *Ders.* in: JWG 1974, T. I, S. 63 ff.; 13. *Reinhold, O.:* Entwickelte sozialistische Gesellschaft und Arbeiterklasse. Berlin 1975; 14. *Semjonow, W. S.,* in: SW/GB 1972, H. 11; 15. *Senjawskij, S. L.:* Rost rabočego klassa SSSR. Moskau 1966; 16. *Ders./Telpuchowskij, W. B.:* Die Arbeiterklasse der UdSSR. Berlin 1974; 17. *Ders./Poletajew, V. E.,* in: JG 1977, Bd. 17, S. 317 ff.; 18. *Die Arbeiterklasse der sozialistischen Gemeinschaft in den siebziger Jahren.* Berlin 1976; 19. *Ergebnisse der Volks- und Berufszählung am 31. Dezember 1964.* Berlin 1967; 20. *Erklärung der Beratung von Vertretern kommunistischer und Arbeiterparteien Europas 1957 in Moskau,* in: Einheit 1957, H. 12; 21.

Die entwickelte sozialistische Gesellschaft. Berlin 1973; 22. *Gemeinsam zum Sozialismus.* Berlin 1969; 23. *Genossenschaftsbauern – gestern, heute, morgen.* Berlin 1977; 24. *Geschichte der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands.* Berlin 1978; 25. *Klassenkampf – Tradition – Sozialismus.* Berlin 1974; 26. *Protokoll der Verhandlungen des VIII. Parteitages der SED.* Bd. 1-2, Berlin 1971; 27. *Protokoll der Verhandlungen des IX. Parteitages der SED.* Bd. 1-2, Berlin 1976; 28. *Statističeskij Ežegodnik stran-členov Soveta Ėkonomičeskoj Vzaimopomošči.* Moskau 1971 ff.; 29. *Statistisches Jahrbuch der DDR.* Berlin 1956 ff.; 30. *Soziologische Probleme der Klassenentwicklung in der DDR.* Berlin 1975; 31. *Von der demokratischen Bodenreform zum sozialistischen Dorf.* Berlin 1965; 32. *Die wachsende Rolle der Arbeiterklasse in den sozialistischen Ländern.* Berlin 1974; 33. *Wissenschaftlicher Kommunismus.* Berlin 1972; 34. *Zur Entwicklung der Arbeiterklasse und ihrer Struktur in der DDR.* Berlin 1976; 35. *Zur Entwicklung der Klassen und Schichten der DDR.* Berlin 1977; 36. *Zur Sozialstruktur der sozialistischen Gesellschaft.* Berlin 1974.

Manfred Bensing

2.7.14. Landwirtschaft

Unter Führung der Arbeiterklasse und ihrer marxistisch-leninistischen Partei lösten die sozialistischen Länder die Bauern- und Bodenfrage. Der revolutionäre Prozeß der Übergangsperiode vom Kapitalismus zum Sozialismus vollzog sich in den Ländern der sozialistischen Staatengemeinschaft – und das gilt auch für die Landwirtschaft – in zwei Etappen. In der ersten, der antiimperialistisch-demokratischen Etappe, wurde das politisch-ökonomische Bündnis der Arbeiterklasse mit der werktätigen Bauernschaft realisiert und durch die demokratische Bodenreform die bürgerlich-demokratische Revolution auf dem Lande vollendet. Zugleich entstanden damit die wesentlichen Voraussetzungen für die erfolgreiche sozialistische Umgestaltung der Landwirtschaft. Auf der Grundlage der marxistisch-leninistischen Agrartheorie wurden in der zweiten Etappe die sozialistischen Produktionsverhältnisse zum Siege geführt und damit die gesellschaftliche Basis für das Gestalten der entwickelten sozialistischen Gesellschaft auch auf dem Lande geschaffen.

Die im zaristischen Rußland von dem Oktober 1917 durchgeführten Agrarreformen verfolgten vor allem das Ziel, das Vordringen des Kapitalismus in die Landwirtschaft auf preußischem Wege zu fördern und die ökonomisch-politische Vorherrschaft des **[978]** Großgrundbesitzes auf dem Lande zu sichern. 1913 befanden sich 42% der landwirtschaftlichen Nutzfläche (LN) in den Händen der Gutsbesitzer, der Krone und den Kirche. Ungefähr 22% der LN wurden von Großbauern (Kulaken) bewirtschaftet, so daß den Klein- und Mittelbauern 36% verblieben. Von den Gesamtzahl der Bauernhöfe hatten 30% kein Pferd, in 34% der Höfe fehlten Geräte und sonstiges Inventar, 15 % waren ohne eigenen Boden. [19: 774] Die Bauern erzielten nicht einmal 30% der in der deutschen Landwirtschaft üblichen Getreideerträge.

Schon unmittelbar nach dem Beginn der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution beschäftigten sich daher die Deputierten des II. Allrussischen Sowjetkongresses mit der Agrarfrage. [2: 11] Das am 9.11.1917 beschlossene Dekret über den Boden enteignete die Zarenfamilie, den Großgrundbesitz und die Kirche entschädigungslos und überführte den gesamten Grund und Boden in Staatseigentum. In den folgenden Monaten wurden ca. 150 Mill. ha Land den Landarbeitern, den landarmen und landlosen Bauern kostenlos zur Nutzung übergeben. Der Arbeiter-und-Bauern-Staat annullierte alle Pachtzahlungen und Kreditschulden der Bauern.

In allen anderen heute in Europa zur sozialistischen Staatengemeinschaft gehörenden Ländern blieb die Agrarfrage bis Ende des zweiten Weltkrieges ungeklärt (s. Tab. 1). Die in einer Anzahl dieser Staaten unter dem Eindruck der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution von den bürgerlichen Kräften unmittelbar nach dem ersten Weltkrieg durchgeführten Agrarreformen (z. B. in der Tschechoslowakei oder in Bulgarien) schwächten die ökonomische und politische Machtstellung der Großgrundbesitzer kaum. [2]

Tabelle 1
Landwirtschaftliche Besitzverhältnisse auf dem heutigen Territorium der DDR 1939 [8: 258]

Größengruppe der Betriebe (in ha)	Anteil an der Zahl der landwirtschaftlichen Betriebe (in %)	Anteil an der Betriebsfläche (in%)
0,5-5	56,0	10,3
über 5-20	33,0	30,0
über 20-100	9,9	30,0
über 100	1,1	29,7

Erst die vernichtende Niederlage des faschistischen deutschen Imperialismus durch die Rote Armee im Mai 1945 ermöglichte es der revolutionären Arbeiterbewegung und den mit ihr verbündeten demokratischen Kräften, die in ihren Ländern seit Jahrzehnten notwendigen demokratischen Reformen in Angriff zu nehmen. Während es den westdeutschen Großgrundbesitzern im Bündnis mit der Monopolbourgeoisie, unterstützt von den westlichen Besatzungsmächten, gelang, diese längst fällige historische Notwendigkeit auf dem Gebiet der BRD noch einmal zu verhindern, vollendeten auf dem Territorium der DDR die antifaschistischen Kräfte unter Führung der KPD und mit Hilfe der sowjetischen Besatzungsmacht die demokratische Bodenreform. Fast 3,3 Mill. ha mit allen dazugehörigen toten und lebenden Inventar, bisher Eigentum von Großgrundbesitzern, Kriegsverbrechern und faschistischen Führern, wurden entschädigungslos enteignet 560.000 Bodenbewerber, darunter 120.000 Landarbeiter, 82.500 landarme Bauern, 91.000 Umsiedler, 183.000 Arbeiter und Handwerker erhielten Land oder Landzulagen. [8: 266] In ähnlicher Weise vollzogen die demokratischen Kräfte unter Führung der **[979]** Arbeiterklasse die Bodenreform auch in den anderen Ländern der heutigen sozialistischen Staatengemeinschaft. Dennoch gibt es, bedingt durch die unterschiedliche historische Entwicklung, einige nationale Besonderheiten. [2]

So wurde z. B. nur in den UdSSR und in der Mongolischen Volksrepublik der gesamte Grund und Boden nationalisiert, d. h. in Staatseigentum überführt, weil hier die Traditionen des Privateigentums an Grund und Boden bei den werktätigen Bauern noch relativ schwach ausgeprägt waren. Alle sozialistischen Länder nutzten einen Teil des enteigneten Bodens für die Einrichtung von staatlichen landwirtschaftlichen Großbetrieben. Die teilweise beträchtlichen Unterschiede bei der Zahl und dem Umfang derartiger volkseigener Betriebe wurden insbesondere von den differenzierten ökonomischen und sozialen Möglichkeiten der einzelnen Länder für diese Gründungen bestimmt. In der RSFSR und in Bulgarien entstanden unmittelbar mit der Bodenreform erste landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaften. Ein derartiger Schnitt erfolgte in der DDR dagegen erst im Sommer 1952, weil hier die dafür erforderlichen politisch-ideologischen und ökonomischen Voraussetzungen 1945/46 noch nicht existierten.

Trotz dieser nationalen Besonderheiten entstanden jedoch in allen heutigen sozialistischen Ländern im Ergebnis der demokratischen Bodenreform entscheidende sozialökonomische Voraussetzungen für die weitere antiimperialistisch-demokratische sowie die sozialistische Umgestaltung der Landwirtschaft. Die demokratische Bodenreform zerbrach die politische und ökonomische Macht der Großgrundbesitzer und führte die bürgerlich-demokratische Revolution auf dem Lande erfolgreich zu Ende. Der werktätige Bauer entwickelte sich zur vorherrschenden politischen und ökonomischen Kraft auf dem Lande (s. Tab. 2).

Tabelle 2
Landwirtschaftliche Besitzverhältnisse in der DDR 1951 [8: 258]

Größengruppe der Betriebe (in ha)	Anteil an der Zahl der landwirtschaftlichen Betriebe (in%)	Anteil an der Betriebsfläche (in%)
0,5-5	46,9	15,4
über 5-20	46,9	55,3
über 20-100	6,1	24,3
über 100	0,1	5,0

Das Bündnis zwischen der Arbeiterklasse und den werktätigen Bauern festigte sich wesentlich, weil es durch die Reform eine stabile ökonomische Basis erhielt.

Positiv wirkte sich die demokratische Bodenreform auch auf die Entwicklung der Agrarproduktion aus. Die Aufhebung der Pachtabgaben und der Bankschulden befreite die werktätigen Bauern von kapitalistischem Wucher und Ausbeutung. Materielle staatliche Hilfe für die neuentstandenen Betriebe, das Neubauernprogramm in der DDR und eine von den Interessen der werktätigen Bauern ausgehende staatliche Agrarpreispolitik stimulierten die bäuerlichen Wirtschaften, ihre Produktion zu steigern. Die mit der Bodenreform entstandenen Stützpunkte der Arbeiterklasse auf dem Lande, in der DDR die volkseigenen Güter (VEG) und Maschinen-Ausleih-Stationen (MAS) bzw. Maschinen-Traktoren-Stationen (MTS), die vom Staat geförderten Institutionen der gegenseitigen Bauernhilfe, in der DDR die Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe (VdgB), unterstützten die Bauern nicht nur großzügig bei der Pflanzen- und Tierproduktion, sondern **[980]** gaben durch ihren Rat und ihr Vorbild der bäuerlichen Arbeit neue schöpferische Impulse. So gelang es z. B. in der DDR, die Auswirkungen des zweiten Weltkrieges auf die Landwirtschaft bis 1950/51 im wesentlichen zu überwinden. [20: 61] Marx, Engels und Lenin betrachteten die demokratische Bodenreform zwar als eine unbedingt notwendige Voraussetzung für die Lösung der Agrarfrage, sie ließen jedoch nie einen Zweifel daran, daß die sozialistische Großproduktion der individuellen bäuerlichen Warenproduktion grundsätzlich überlegen ist. Der Weg dahin bestand für sie im freiwilligen Zusammenschluß der Bauern zu sozialistischen landwirtschaftlichen Produktionsgemeinschaften.

Einige Jahre nach Durchführung der demokratischen Bodenreform setzte sich bei einer wachsenden Anzahl von Bauern – diese Entwicklung verlief in fast allen Ländern der sozialistischen Staatengemeinschaft in ähnlicher Weise – allmählich die Erkenntnis durch, daß die bestehenden Produktionsverhältnisse der individuellen bäuerlichen Warenproduktion dem Fortschritt der agraren Produktivkräfte unüberwindliche Schranken setzten. Das Zusammenwirken mit den Stützpunkten der Arbeiterklasse auf dem Lande, die verschiedenen Formen der gegenseitigen Bauernhilfe überzeugten diese Bauern von den Vorteilen kollektiver Arbeit. Sie erkannten, daß ein effektiver Einsatz von Technik, das Anwenden der Errungenschaften der Agrarwissenschaften und rationeller Methoden der gesellschaftlichen Organisation der Produktion nur möglich waren, wenn die Produktionsmittel gemeinsam genutzt wurden. Eine rasche Steigerung der ökonomischen Effektivität der Agrarproduktion, und damit die kontinuierliche Verbesserung der Arbeits- und der Lebensverhältnisse der werktätigen Landbevölkerung, setzten die sozialistische Umgestaltung der Landwirtschaft voraus.

In der Sowjetunion begann dieser Prozeß schon unmittelbar nach der Oktoberrevolution. Ab 1929 nahm die Kollektivierungsbewegung einen stürmischen Aufschwung, weil jetzt die Mittelbauern in großer Anzahl den Kolchosen beitraten. Da die Großbauern die sozialistische Umgestaltung der Landwirtschaft mit allen Mitteln sabotierten, was zu einem zeitweiligen Rückgang der Agrarproduktion führte, wurden die Kulaken nicht in die sozialistische Umgestaltung der Landwirtschaft einbezogen und als Klasse liquidiert. Zur einzigen Form des kollektivwirtschaftlichen Betriebes (Kolchos) wurde nach 1933 das Artel, in dem die Pflanzen- und Tierproduktion genossenschaftlich erfolgte. Die Arbeiterklasse stellte den Kolchosbauern über die MTS im wachsenden Maße Maschinen und Geräte zur Verfügung. Zugleich übernahmen zahlreiche Arbeiter Leitungsfunktionen in den Kolchosen. Im Januar 1934 stellte der XVII. Parteitag der KPdSU (B) fest, daß die durchgängige Kollektivierung im wesentlichen abgeschlossen sei und damit die sozialistischen Produktionsverhältnisse auf dem Lande gesiegt hätten. [12: 273]

Als mit der Herausbildung des sozialistischen Weltsystems in weiteren Ländern Europas und Asiens die revolutionäre Lösung der Agrar- und Bauernfrage auf der Tagesordnung stand, verfügten die Arbeiterklasse und ihre kommunistischen Parteien durch das sowjetische Beispiel über eine in der Praxis erprobte Theorie und vielfältige Erfahrungen der sozialistischen Umgestaltung, die sie entsprechend den konkreten Bedingungen schöpferisch anwandten. Bis Mitte 1952 waren in der Landwirtschaft der DDR die politisch-ideologischen und ökonomischen Bedingungen für den planmäßigen Aufbau der Grundlagen des Sozialismus entstanden. Nachdem eine Anzahl Bauern und Landarbeiter sozialistische Produktionsgenossenschaften gebildet hatten, beschloß die 2. Parteikonferenz der SED im

Juli 1952, die Gründung von landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften (LPG) ideell und materiell umfassend zu unterstützen. [4: 98 ff.] Bis zum Frühjahr 1960 hatten sich alle Bauern der DDR zu Produktionsgenossenschaften zusammengeschlossen (s. Tab. 3). **[981]**

Tabelle 3
Entwicklung der LPG in der DDR 1952-1960 [4: 287]

	Anzahl der LPG	Anzahl der Mitglieder	LN (in ha)	Anteil an der LN der DDR (in %)
1952	1906	37.000	218.000	3,3
1956	6.281	220.000	1.461.000	23,2
1958	9.737	353.000	1.897.000	37,0
1960	19.313	901.000	5.408.000	85,0

Auch die Großbauern, von denen sich die meisten gegenüber dem Arbeiten-und-Bauern-Staat loyal verhielten, wurden in die sozialistische Umgestaltung der Landwirtschaft einbezogen.

Um den Bauern den Übergang von der individuellen kleinen Warenproduktion zur sozialistischen Großproduktion zu erleichtern, wurden drei Typen der LPG gebildet, die sich durch den Grad der Vergesellschaftung der Produktionsmittel unterschieden. Der von den Bauern eingebrachte Boden blieb jedoch in allen drei Typen weiterhin persönliches Eigentum der Genossenschaftsbauern.

Von allem der konsequenten und kontinuierlichen marxistisch-leninistischen Agrarpolitik der SED, die sich bei allen ihren Vorschlägen stets von den Prinzipien des Leninschen Genossenschaftsplanes leiten ließ, und der uneigennützigen Hilfe der Sowjetunion war es zu verdanken, daß der Aufschwung der Genossenschaftsbewegung bei wachsender Produktion und sich verbessernden Arbeits- und Lebensbedingungen erreicht wurde. 1962/63 – inzwischen waren die zahlreichen 1959/60 neu entstandenen LPG ökonomisch wesentlich gefestigt worden – hatten die sozialistischen Produktionsverhältnisse in den Dörfern der Deutschen Demokratischen Republik gesiegt. Zum gleichen Zeitpunkt gehörten auch in allen anderen zur sozialistischen Gemeinschaft zählenden Staaten, ausgenommen die VR Polen, über 90% der LN zum sozialistischen Sektor. [2: 29] Auf der Grundlage des sozialistischen Eigentums der LPG formierte sich die Klasse der Genossenschaftsbauern. Das Bündnis zwischen der Arbeiterklasse und den Bauern erhielt dadurch eine neue Qualität. Die einheitliche sozialökonomische Basis der gesamten Volkswirtschaft gewährleistete die objektiven und subjektiven Bedingungen für das umfassende Wirken der ökonomischen Gesetze des Sozialismus. Für die weitere Vergesellschaftung der Produktion in der Landwirtschaft, die stetige Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen auf dem Lande und damit die schrittweise Überwindung der wesentlichen Unterschiede zwischen Stadt und Land waren entscheidende neue gesellschaftliche Möglichkeiten entstanden.

In der DDR orientierte die SED daher die Genossenschaftsbauern und Landarbeiter darauf, die sozialistischen Produktionsverhältnisse kontinuierlich zu stärken sowie die Agrarproduktion und die Arbeitsproduktivität bei sinkenden Kosten je Erzeugniseinheit systematisch zu steigern. Da die Grenzen des einzelnen sozialistischen Landwirtschaftsbetriebes für eine sinnvolle Spezialisierung, eine rationelle Anwendung der neuesten Erkenntnisse der Agrarwissenschaften und der modernsten Technik zu eng waren, begannen ab 1965 zahlreiche LPG und VEG auf freiwilliger Basis Kooperationsbeziehungen aufzunehmen. Diese Beziehungen, die sich in den folgenden Jahren ständig vertieften, reichten von gemeinsam durchgeführten Produktionskampagnen, gemeinschaftlichen Investitionen, Gründung von zwischenbetrieblichen Einrichtungen bis zur kooperativen Pflanzenproduktion. Der sich immer enger verflechtende Produktions- und Reproduk-**[982]**tionsprozeß zwischen verschiedenen Volkswirtschaftsbereichen führte schließlich dazu, daß sich sozialistische Landwirtschaftsbetriebe, Betriebe der Verarbeitungsindustrie, der Lagerwirtschaft und des Handels zu Kooperationsverbänden zusammenfanden, um die Bevölkerung bedarfsgerecht zu versorgen. Entsprechend wurde auch in der zentralen staatlichen Leitung die Land- und Nahrungsgüterwirtschaft 1968 in einer Leitungsebene vereinigt. Der Einsatz von Wissenschaft und Technik machte in dieser Periode wesentliche Fortschritte. So erhöhte sich z. B. der Grundmittelbestand pro Berufstätigen in der Landwirtschaft der DDR bis 1969 gegenüber 1960 von 15.316 Mark auf 31.851 Mark [18: 1970, 48 ff.], der Anteil der von Mähdreschern abgeernteten Getreidefläche wuchs von 37,9% auf 98,2% [18: 1970, 197]. Diese

Maßnahmen und die fleißige Arbeit der Genossenschaftsbauern und Landarbeiter führten zu einem Aufschwung der Agrarproduktion, wobei allerdings die Kartoffel- und Zuckerrübenerträge hinter diesem Trend zurückblieben (s. Tab. 4, 5).

Tabelle 4
Erträge der Pflanzenproduktion in der DDR 1950-1974 (dt/ha pro Jahr) [18]

Jahresdurchschnitt	Getreide	Kartoffeln	Zuckerrüben
1950-1954	22,2	166,1	277,8
1955-1959	24,2	159,0	257,7
1960-1964	25,5	169,0	249,2
1965-1969	30,0	181,0	301,4
1970-1974	34,8	182,4	295,4

Tabelle 5
Staatliches Aufkommen tierischer Produkte in der DDR 1950-1974 [18]

	Schlachtschweine (in 1.000 t Lebendgewicht)	Schlachtrinder (in 1.000 t Lebendgewicht)	Milch 1.000 t (3,5% Fettgehalt)	Eier (in Mill. Stück)
1950	217,3	158,6	1.739,4	314,3
1955	637,0	233,3	3301,0	1.031,2
1960	685,1	377,4	4.878,3	2.176,3
1965	880,0	441,8	5.693,6	2.908,5
1970	948,1	611,7	6.492,3	3.504,8
1974	1.256,9	702,9	7.596,6	4.201,6

Den VIII. Parteitag den SED 1971 stellte der Landwirtschaft der DDR das Ziel, die Produktion zu erhöhen, die Qualität zu verbessern, das Sortiment den sich verändernden Bedarfswünschen anzupassen und die Effektivität der Pflanzen- und Tierproduktion systematisch zu steigern. Diese Aufgabe ließ sich nur durch die weitere sozialistische Intensivierung der Agrarproduktion lösen. Die gesamte Art und Weise der Erzeugung pflanzlicher und tierischer Produkte sollte schrittweise nach dem Typ industrieller Großproduktion umgestaltet wenden, weil auf diesem Wege, worauf das 1976 auf dem IX. Parteitag den SED beschlossene Programm ausdrücklich hinweist, „in der Land- und Nahrungsgüterwirtschaft die wissenschaftlich-technische Revolution am besten mit den Vorzügen der sozialistischen Gesellschaftsordnung verbunden“ werden kann. [17: 31]

[983] Im einzelnen ist der Übergang zu industriemäßigen Produktionsmethoden – ein komplexer Prozeß, der heute auch in der Landwirtschaft den DDR nicht abgeschlossen ist – vor allem durch folgende Merkmale gekennzeichnet: Es entstehen große spezialisierte Produktionseinheiten der Pflanzen- und Tierproduktion, die umfangreiche einheitliche Partien landwirtschaftlicher Erzeugnisse in guter und gleichmäßiger Qualität termingemäß produzieren. Der wissenschaftlich-technische Fortschritt wird umfassend angewandt. Infolge des hohen Grades der Konzentration und Spezialisierung der Produktion ist es möglich, moderne Maschinensysteme optimal zu nutzen. Die einzelnen Produktionsstufen – von den Vorleistungen (Landmaschinen- oder Düngemittelindustrie) bis zur Verarbeitung (Lebensmittelindustrie, Handel) – werden durch Kooperation sinnvoll verbunden. Bestimmte Arbeiten und Nebenleistungen übernehmen Spezialbetriebe, so z. B. die agrochemischen Zentren (ACZ) die Düngerausbringung, die Schädlingsbekämpfung und Transportleistungen oder die Kreisbetriebe für Landtechnik (KfL) die Reparaturarbeiten an den Geräten und Maschinen. Ein ständiger Bildungsvorlauf sichert, daß qualifizierte Arbeitskräfte für jeden weiteren Schritt der industriemäßigen Produktion zur Verfügung stehen. Bis Ende 1975 besaßen 79% der in der Landwirtschaft der DDR beschäftigten Werktätigen eine abgeschlossene Facharbeiter-, Meisten-, Fach- bzw. Hochschulausbildung. [11: 14] Die Umgestaltung der landwirtschaftlichen Produktion nach dem Typ der industriellen Großproduktion ist mit der ständigen Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen verbunden und trägt daher maßgeblich dazu bei, die wesentlichen Unterschiede zwischen Stadt und Land allmählich zu überwinden.

Beträchtliche Fortschritte machte während der letzten Jahre entsprechend den Beschlüssen des VIII. Parteitages der SED der Übergang zu industriemäßigen Produktionsmethoden auf dem Wege der

Kooperation. Fast alle LPG und VEG gründeten zur gemeinsamen Bewirtschaftung ihres Acker- und Grünlandes kooperative Abteilungen Pflanzenproduktion (KAP). Aber auch diese KAP bilden nur eine Übergangsform der Entwicklung zur LPG- oder zum VEG-Pflanzenproduktion. Im Frühjahr 1976 bewirtschafteten KAP oder Spezialbetriebe der Pflanzenproduktion die gesamte LN der DDR. Die durchschnittliche Fläche einer Produktionseinheit betrug ungefähr 5.000 ha.

Der Übergang zu industriemäßigen Produktionsmethoden führt gesetzmäßig zu einer immer engeren Verflechtung der Landwirtschaft mit anderen Volkswirtschaftsbereichen. Es bildet sich schrittweise der volkswirtschaftliche Agrar-Industrie-Komplex (AIK) heraus. Einheitliche technologische Ketten entwickeln sich von der Produktion über die Verarbeitung bis zum Absatz. Neben den bereits genannten Kooperationsverbänden entstehen daher neue Organisationsformen der Zusammenarbeit zwischen den Betrieben der Land- und Nahrungsgüterwirtschaft, der Industrie und dem Handel. [17: 32] [3: 40 f.]

Auch bei ihrer Agrarpolitik in dieser Periode läßt sich die SED konsequent von den Prinzipien des Leninschen Genossenschaftsplanes und den Erfahrungen leiten, die insbesondere die UdSSR und die anderen Länder der sozialistischen Staatengemeinschaft bei der sozialistischen Umgestaltung der Landwirtschaft gewonnen haben. Das Bündnis der Arbeiterklasse mit den Genossenschaftsbauern erreicht eine neue Qualität, die durch das immer enger werdende Zusammenwirken beider Klassen bei der Erzeugung von Agrarprodukten und Nahrungsgütern in den KAP, den LPG und VEG, den ACZ oder den Kooperationsverbänden bedingt ist.

Die komplexe Intensivierung der Agrarproduktion hat sich in allen RGW-Ländern, darauf haben die Beschlüsse des XXV. Parteitages der KPdSU, des IX. Parteitages der SED und der Parteitage der anderen Bruderparteien noch einmal nachdrücklich hin-**[984]**gewiesen, zu einer Grundlinie der Agrarpolitik und zu einem Wesenszug der ökonomischen und sozialen Entwicklung auf dem Lande entwickelt. Ein solcher Prozeß beschleunigt gesetzmäßig die sozialistische ökonomische Integration auf dem Gebiete der Landwirtschaft. Neue Maßstäbe und Möglichkeiten für die gemeinsame Gestaltung des landwirtschaftlichen Reproduktionsprozesses durch die umfassende internationale Kooperation der Agrarwissenschaften, durch die Zusammenarbeit auf zahlreichen Gebieten der Pflanzen- und Tierproduktion entstehen. „Für die erfolgreiche Entwicklung der Landwirtschaft“ bildet „die Vertiefung der sozialistischen ökonomischen Integration insbesondere die immer engere Verflechtung mit der Volkswirtschaft der UdSSR“ eine wesentliche Bedingung. [17: 31]

Die immer umfassendere Nutzung der sozialistischen ökonomischen Integration als Intensivierungsfaktor, die Fortschritte bei der sozialistischen Intensivierung der Landwirtschaft, der Übergang zu industriemäßigen Produktionsmethoden haben in allen RGW-Ländern die landwirtschaftliche Produktion weiter ansteigen lassen. In der DDR wurden bei Fleisch, Milch und Eiern die Planziele des Fünfjahrplanes 1971-1975 bedeutend überboten. Der Gesamtertrag der Pflanzenproduktion, berechnet in Getreideeinheiten (GE), wuchs von durchschnittlich 36,8 dt/ha LN während der Jahre 1966-1970 auf 39,7 dt während der Jahre 1971-1975. [11: 14 f.]

Die sowjetische Landwirtschaft erhöhte im gleichen Zeitraum den Jahresdurchschnitt ihrer Getreideernte um 13,9 Mill. t.

Tabelle 6
Wachstumsindex der Agrarproduktion verschiedener Wirtschaftsregionen (1961 = 100) [16: 30 ff.]

	Wachstum		absolut		Wachstum	pro Kopf
	1965	1970	1974	1965	1970	1974
Welt	105	120	131	101	105	106
UdSSR	104	135	147	102	125	131
RGW	105	129	146	102	121	132
USA	103	109	120	101	101	107
Westeuropa	103	116	130	101	110	119

Auf dem Agrarsektor haben sich die RGW-Länder von 1965 bis 1974 als die dynamischste Wirtschaftsregion der Welt erwiesen (s. Tab. 6). Obwohl das RGW-Gebiet nur 18,5% des Weltterritoriums und

9% der Weltbevölkerung umfaßt, produzieren diese Staaten ca. ein Viertel der landwirtschaftlichen Weltproduktion. 1974 betrug ihr Anteil an der Welterzeugung bei Getreide 19,7%, bei Rindfleisch 19,7%, bei Schweinefleisch 24,6% und bei Milch 29,7%. [16: 30 ff.]

In enger Zusammenarbeit mit den UdSSR, dem Zentrum den sozialistischen ökonomischen Integration, werden die Länder der sozialistischen Staatengemeinschaft auch in den kommenden Jahren die Intensivierung ihrer Agrarproduktion und den damit verbundenen Übergang zu industriemäßigen Produktionsmethoden zielstrebig fortsetzen. Die auf dem XXV. Parteitag der KPdSU beschlossenen „Hauptrichtungen den Entwicklung den Volkswirtschaft der UdSSR von 1976-1980“ nennen die weitere Zunahme und größere Stabilität der Agrarproduktion sowie eine maximale Erhöhung der Effektivität der Feld- und Viehwirtschaft als eine vorrangige gesellschaftliche Aufgabe. Gegenüber 1971-1975 werden die Gesamtinvestitionen in der sowjetischen Landwirtschaft um **[985]** 27,2%, die landwirtschaftliche Bruttoproduktion um 14-17% und die Getreideproduktion um 18-21% ansteigen. Der gesamte Zuwachs der Agrarproduktion soll durch Erhöhung der Arbeitsproduktivität erreicht werden. [15: 14 f.]

Auch in den anderen Ländern der sozialistischen Staatengemeinschaft wurden bedeutende Aufgaben für die weitere Entwicklung der landwirtschaftlichen Produktion festgelegt. Mit ihrer Erfüllung leisten die Werktätigen der Landwirtschaft nicht nur einen wichtigen Beitrag für die weitere erfolgreiche Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft und des allmählichen Übergangs zum Kommunismus, sondern demonstrieren zugleich die prinzipielle Überlegenheit des real existierenden Sozialismus auch auf dem Gebiete der Agrarproduktion.

Literatur:

1. *Badirjan, G. G.:* Ökonomik den Landwirtschaft den UdSSR. Berlin 1973; 2. *Fruck, H.,* in: Beilage zur WZHU-NMR 17 (1968); 3. *Grüneberg, G.:* Der IX. Parteitag der SED über die Aufgaben der Land- und Nahrungsgüterwirtschaft sowie die weitere gesellschaftliche Entwicklung auf dem Lande. Berlin 1976; 4. *Herferth, W./Schmidt, W./Stöckigt, R.:* Von der demokratischen Bodenreform zum sozialistischen Dorf. Berlin 1965; 5. *Honecker, E.:* Bericht des ZK den SED an den IX. Parteitag den SED. Berlin 1976; 6. *Kormow, J./Frumkin, V.,* in: Planovoe Chozjajstvo, 1975, H. 1; 7. *Kossygin, A.:* XXV. Parteitag der KPdSU. Die Hauptrichtungen der Entwicklung der Volkswirtschaft den UdSSR von 1976 bis 1980. Berlin 1976; 8. *Stöckigt, R.:* Der Kampf der KPD um die demokratische Bodenreform. Berlin 1964; 9. *Anwendung der sozialistischen Betriebswirtschaft in der kooperativen Abteilung Pflanzenproduktion.* Markkleeberg 1975; 10. *Die Anwendung der sozialistischen Betriebswirtschaft in der LPG Pflanzenproduktion.* Markkleeberg 1976; 11. *Direktive des IX. Parteitages der SED zum Fünfjahrplan für die Entwicklung der Volkswirtschaft der DDR in den Jahren 1976 bis 1980.* Berlin 1976; 12. *Geschichte der KPdSU.* Bd. IV, Moskau 1971; 13. *Industriemäßige Produktionsmethoden in der sozialistischen Landwirtschaft der DDR.* Berlin 1976; 14. *XXV. Parteitag der KPdSU.* Dokumente, Berlin 1976; 15. *Der XXV. Parteitag der KPdSU zur Entwicklung der sowjetischen Landwirtschaft.* Berlin 1976; 16. *Production Yearbook.* Hg. FAQ. Rom 1974; 17. *Programm der SED.* Berlin 1976; 18. *Statistisches Jahrbuch der DDR.* Berlin 1970 ff.; 19. *Die UdSSR.* Enzyklopädie der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken. Leipzig 1959; 20. *Von der gegenseitigen Bauernhilfe zur sozialistischen Landwirtschaft in der DDR.* Berlin 1965; 21. *Wissensspeicher Ökonomie der sozialistischen Landwirtschaft.* T. 1-4, Dresden 1975/76.

Volker Klemm/Reinhard Deutsch

2.7.15. Organisationsstruktur und Organisationsformen der Industrie

Im Kapitalismus setzt das Privateigentum an Produktionsmitteln einer rationellen Wirtschaftsführung enge Grenzen, macht eine die gesamte Volkswirtschaft umfassende koordinierte Lenkung des Reproduktionsprozesses unmöglich. Erst die Errichtung der Herrschaft der Arbeiterklasse, die Durchsetzung sozialistischer Eigentumsverhältnisse brechen dem historischen Fortschritt im Bereich der Leitung der Volkswirtschaft Bahn, beseitigen die bis dahin bestehenden Barrieren für die Ausdehnung des planmäßigen Wirtschaftens auf die gesamte Volkswirtschaft. Eine der Anforderungen der sozialistischen

Gesellschaftsordnung entsprechende, ihre Vorzüge voll ausschöpfende planmäßige Len-**[986]**kung des volkswirtschaftlichen Reproduktionsprozesses setzt die zweckentsprechende Vereinigung von Arbeitskräften und Produktionsmitteln in bestimmten Organisationsformen der Wirtschaft sowie die richtige Verbindung der Wirtschaftseinheiten und der mit der Wirtschaftsleitung beauftragten Staatsorgane zu einer nach einheitlichen Kriterien errichteten, durch umfangreiche Kompetenzen der zentralen Leitungsorgane gekennzeichneten Organisationsstruktur im Maßstab des gesamten Landes voraus. [18: 101] [17: 6] Die Entwicklung rationeller Organisationsformen zur Leitung der gesamten Volkswirtschaft stellt eine neue Qualität der gesellschaftlichen Organisation der Produktion dar. Es verändert sich aber auch grundsätzlich die organisatorische Stellung des Betriebes in der Wirtschaft. Der Betrieb wird zur grundlegenden Organisationsform, in der sich die schöpferische Aktivität und die Initiative der Arbeiterklasse entfalten. In den Betrieben schaffen die Werktätigen die materiellen Reichtümer, über die sie nunmehr selbst verfügen. [10: 16 ff.]

Um eine sozialistische Organisationsstruktur der Industrie aufbauen zu können, mußten historisch eine Reihe von Voraussetzungen gegeben sein:

– die Diktatur des Proletariats (bzw. die Hegemonie der Arbeiterklasse);

– das Überwiegen des sozialistischen Eigentums in den wichtigsten Wirtschaftszweigen;

– eine Mindestzahl an politisch der Arbeiterklasse ergebenen und fachlich erfahrenen Kadern zur Besetzung der Kommandohöhen der Wirtschaft;

– theoretische und praktische Kenntnisse über die grundlegenden Gesetzmäßigkeiten, die beim Aufbau einer sozialistischen Organisationsstruktur zu berücksichtigen sind. Die den neuen Verhältnissen entsprechende Organisationsstruktur der Industrie konnte somit nicht sofort und nicht auf einmal errichtet werden. Sie bildete sich vielmehr im Verlaufe eines längeren Prozesses heraus.

In der Sowjetunion, die bereits wenige Monate nach den Oktoberrevolution die Schlüsselindustrien nationalisiert hatte, konzentrierten sich die Bemühungen in der Folgezeit vor allem auf die Lösung der personellen und organisatorischen Probleme der Leitung. Von entscheidender Bedeutung waren hierbei die theoretischen Arbeiten Lenins. Bereits 1918, in seiner Schrift „Die nächsten Aufgaben den Sowjetmacht“, setzte Lenin, in Anknüpfung an Ausführungen von Marx und Engels über die Notwendigkeit der Organisation der Produktion auch nach der Aufhebung der Ausbeutung [MEW 18: 305 ff.], das Ziel, „ein außerordentlich kompliziertes und feines Netz von neuen organisatorischen Beziehungen herzustellen, die die planmäßige Produktion und Verteilung der Produkte erfassen“. [LW 27: 231]

Durch die schöpferische Übertragung des im organisatorischen Aufbau der Kommunistischen Partei bereits bewährten Prinzips des demokratischen Zentralismus auf die Bedingungen der Wirtschaft erkannte Lenin in der Einheit von zentraler Leitung der Volkswirtschaft und demokratischen Mitarbeit der Betriebe, Regionen und einzelnen Werktätigen das Grundprinzip für den Aufbau einer sozialistischen Organisation der Industrie. [LW 23: 14; 26: 363; 27: 197, 201, 259]

In Auseinandersetzung mit verschiedenen anarchistischen, anarchosyndikalistischen und revisionistischen Strömungen wurde bis zum Beginn der 20er Jahre auf der Grundlage der Beschlüsse der KPdSU eine dem Prinzip des demokratischen Zentralismus in der Wirtschaftsführung entsprechende Organisationsstruktur der Industrie entwickelt. In Ausübung der Leitung der Wirtschaft entstanden weitere, aus dem demokratischen Zentralismus abgeleitete Organisationsprinzipien. So wurde z. B. die Unzweckmäßigkeit der 1918 unternommenen Versuche, die Organisationsstruktur allein nach dem Territorialprinzip aufzubauen [6: 316], ebenso erkannt wie die Nachteile der Kompetenzüber-**[987]**schneidung in mehrere Personen umfassenden Gremien (Kollegialprinzip) [11: 173 f.] im Laufe der Jahre 1918-1920. Die Erkenntnis, daß eine effektive Nationalisierungs- bzw. Strukturpolitik vom Branchenprinzip ausgehen müsse, führte ebenso wie die Tatsache, daß die kollegiale Leitung die Verantwortung des einzelnen für die Durchführung auf zentraler bzw. betrieblichen Ebene gefaßter Beschlüsse behinderte, dazu, daß sich schrittweise das produktionsterritoriale Prinzip und das Prinzip der Einzelleitung als wesentliche Grundlagen der sozialistischen Organisationsstruktur durchsetzen. Damit wurde unter

Lenins Führung in Sowjetrußland im Verlaufe weniger Jahre trotz Interventions- und Bürgerkrieg ein theoretisches Rüstzeug geschaffen, das auch für alle anderen Länder, die später zum Sozialismus kamen, von außerordentlichem Nutzen war. Die Allgemeingültigkeit der grundlegenden sowjetischen Erfahrungen auf dem Gebiet der Organisationsstruktur wurde historisch nachweisbar nach dem zweiten Weltkrieg, als die Volksdemokratien unter Führung ihrer marxistisch-leninistischen Parteien auf der Grundlage der von der Sowjetunion entwickelten Prinzipien und deren schöpferischen Anwendung und Entfaltung mit dem Aufbau der sozialistischen Planwirtschaft begannen.

In der *Wiederherstellungsperiode* war die (noch im Entstehen begriffene) Organisationsstruktur der Industrie in der Mehrzahl der sozialistischen Länder Europas auf der unteren Leitungsebene durch relativ große Wirtschaftseinheiten charakterisiert, denen die nationalisierten Werke als juristisch und ökonomisch unselbständige Teilbetriebe zugeordnet waren. Diese Betriebszusammenschlüsse nannten sich in der Sowjetunion der 20er Jahre Trusts (insgesamt 478 im Jahre 1923) [9: 26], in der DDR Vereinigungen Volkseigener Betriebe (1948: 75 mit 1.764 Betrieben), in der ČSR Nationalunternehmen (1947: 14 mit 321 Betrieben). [7: 18] Die Wirtschaftseinheiten wurden angeleitet durch einige wenige zentrale Organe (Industrieministerium, Planungsamt, Finanzministerium), denen einige Zweigleitungen (ČSR: Generaldirektionen [4: 5], DDR: Hauptabteilungen [19]) zugeordnet waren. In den Betrieben und in den Industrieleitungen existierten neben der Einzelleitung offiziell *(*z. B. in Gestalt der Vorstände in der ČSR [4: 27]) bzw. faktisch (wie z. B. in der DDR bis 1950) kollektive Leitungen.

Die sozialistische Industrialisierung stellte neue Anforderungen. Die marxistisch-leninistischen Parteien erkannten sie rechtzeitig. Entsprechend ihren grundlegenden Hinweisen wurden die Betriebe im Rahmen des ganzen Landes nach einheitlichen Gesichtspunkten organisiert, mit einer dem Erzeugnisprogramm des jeweiligen Zweiges, dem die Betriebe angegliedert wurden, möglichst adäquaten Produktionsstruktur. Die Werke arbeiteten nach dem Prinzip der wirtschaftlichen Rechnungsführung. [17: 128 f.] Anstelle der Produktionsvereinigungen traten damit als Wirtschaftseinheiten die in der Regel nunmehr juristisch und ökonomisch selbständig werdenden Betriebe. Grundsätzlich verbesserten sich damit die Möglichkeiten der Betriebsbelegschaften zur Teilnahme an der Leitung und Planung, erhöhte sich die Wirksamkeit der Aktivisten- und Wettbewerbsbewegung. [8: 92 ff.]

Gleichfalls wesentliche Veränderungen erfuhren die wirtschaftsleitenden Organe. Das komplexe Industrieministerium wurde durch verschiedene Branchenministerien, deren Zahl sich parallel zum Tempo der Ausdehnung des Industriepotentials vervielfachte, ersetzt. Jedem Zweigministerium unterstanden fachlich gegliederte Hauptverwaltungen. So entstanden z. B. 1932 nach der Auflösung des Obersten Volkswirtschaftsrates in der Sowjetunion 3 Branchenministerien. Ihre Zahl erhöhte sich bis 1939 auf 20, stieg 1946-1948 weiter auf 32 und lag Ende 1956 bei 31. [9: 44 ff.] Die Anzahl der Industrieministerien belief sich in der DDR 1949 auf 1, 1950 auf 4, 1951 auf 6, 1952 auf 8, 1953 auf 9 und 1955 auf 7. [8: 33] In der Tschechoslowakei entstanden 1951 aus 14 Generaldirektionen 12 Wirtschaftsministerien mit 94 Hauptverwaltungen. [14: 98]

[988] Besonders rasch entwickelten sich die Branchenministerien in den Schwerpunktbereichen der sozialistischen Industrialisierung, in der Schwerindustrie und im Schwermaschinenbau. In der Tschechoslowakei entstanden 1951 aus dem Ministerium für Schwerindustrie 5 Branchenministerien. [14: 98] In der DDR erhöhte sich die Anzahl der Ministerien im Bereich Schwerindustrie/Schwermaschinenbau von 1 im Jahre 1950 auf 5 im Jahre 1953, während die Anzahl der übrigen Industrieministerien nur von 3 auf 5 anwuchs. Deutlich zeigte sich der Schwerpunkt der branchenmäßigen Aufgliederung in der DDR auch bei den Hauptverwaltungen. Ihre Anzahl stieg zwischen 1950 und 1955 im Bereich Schwerindustrie/Schwermaschinenbau von 7 auf 19, im allgemeinen Maschinenbau dagegen nur von 4 auf 8. [8: 34] Ähnliche Tendenzen wiesen in der ersten Hälfte den 50er Jahre alle europäischen volksdemokratischen Staaten mit Ausnahme der SFR Jugoslawien auf, die nach 1950 die zentralen Wirtschaftsministerien weitgehend abbaute. [13: 370 f.] Mit der sozialistischen Industrialisierung Chinas und Koreas kam es auch dort seit Mitte der 50er Jahre zur Bildung von Branchenministerien, denen Zahl z. B. in China bis 1958 auf 11 stieg. [13: 216] Einige Industriezweigministerien wurden während der 60er Jahre auch in der Mongolischen VR, in der DR Vietnam und in der Republik Kuba gebildet. [14: 142, 216, 370]

Die schnell wachsende Zahl der den Betrieben übergeordneten Leitungsorgane beschwor die Gefahr der „Doppel- bzw. Parallelleitung“ der Produktionseinheiten herauf. Durch den generellen Übergang zur Einzelleitung (Aufhebung des Funktionalsystems in der UdSSR 1934 [9: 45], Stärkung der Einzelleitung in der DDR Ende 1950 im Rahmen der Reorganisation der Industrie, Auflösung der Vorstände entsprechend dem neuen Statut der volkseigenen Betriebe ab 1951 in der Tschechoslowakei [14: 98]) sollten deshalb eindeutige Unterstellungs- und Entscheidungsverhältnisse gesichert werden. Die Notwendigkeit der Koordinierung der verschiedenen Industrieministerien führte zu der Begleiterscheinung, daß die ursprünglich als Stabsorgan des Ministerrates geschaffene Plankommission faktisch zugleich auch als eine Art „Linien“-Institution vor den Zweigministerien fungierte. [17: 129]

Ebenfalls zur gegenseitigen Abstimmung den eng spezialisierten Zweigministerien wurden besondere Koordinierungsorgane geschaffen, wie z. B. in der DDR die Koordinierungs- und Kontrollstelle für Industrie und Verkehr (1952/53) und die Kommission für Industrie und Verkehr (1955-1957) bzw. die mehrere Zweigministerien zusammenfassenden Stellvertreterbereiche des Ministerpräsidenten in der VR Polen. [17: 128] Alle diese organisatorischen Maßnahmen konnten jedoch Doppel- und Parallelanleitungen nicht völlig verhindern. Entscheidende Aufgabe der Wirtschaftsorganisation war die Sicherung den Planaufstellung und -durchführung, die nur durch das branchenmäßige, vielstufige Leitungssystem gewährleistet werden konnte.

Einzelleitung und Liniensystem wurden in den 50er Jahren nicht nur für die europäischen, sondern auch für einige asiatische volksdemokratische Staaten charakteristisch, insbesondere für die VR China und die KDVR. [13: 225, 242] Eine Ausnahme bildete lediglich die SFR Jugoslawien. Dort war seit 1951/52 der Direktor als wählbares Mitglied des Arbeiterrates des Betriebes an dessen Entscheidungen gebunden. [13: 376 f.]

Die allmähliche Erschöpfung extensiver Wachstumsfaktoren sowie die Anforderungen der wissenschaftlich-technischen Revolution veranlaßten die europäischen sozialistischen Länder teilweise bereits in der zweiten Hälfte der 50er Jahre, vor allem aber in den 60er Jahren, die *sozialistische Intensivierung* in Angriff zu nehmen. Die damit verbundene Beschleunigung des Vergesellschaftungsprozesses führte direkt bzw. indirekt (über die Entwicklung der Planung und wirtschaftlichen Rechnungsführung) zu neuen Anforderungen an die Organisationsstruktur der Industrie. Auf der unteren Leitungsebene **[989]** bestand das Problem darin, eine Organisationsform zu finden, die beweglich genug war, den aus den wachsenden und wechselnden Bedürfnissen der Produktion und Konsumtion resultierenden Anforderungen gerecht zu werden, und die gleichzeitig stabil und groß genug war, um die Errungenschaften des wissenschaftlich-technischen Fortschritts auf ihrem Gebiet zu nutzen bzw. selbst Forschung und Entwicklung zu betreiben. Diese Organisationsform wurde nach etwa einem Jahrzehnt der Erprobung verschiedener Möglichkeiten in den auf der Basis der wirtschaftlichen Rechnungsführung arbeitenden Vereinigungen bzw. Kombinaten gefunden. Diese immer mehr zu grundlegenden Wirtschaftseinheiten werdenden Zusammenschlüsse schufen auch neue Bedingungen für die Entfaltung den Aktivisten- und Wettbewerbsbewegung, sie erlaubten es, den Aktionsradius der einzelnen Wettbewerbsinitiativen zu erhöhen und wirksame Formen ihrer materiellen Stimulierung zu entwickeln.

Die ersten Wirtschaftseinheiten neuen Typs entstanden in der Sowjetunion 1961. Ihre Zahl erhöhte sich dort von 11 (1963) auf 600 (1969) und schließlich auf 11.000 (1973). [10: 183] Seit 1973 existieren sie in den beiden Grundtypen „Produktionsvereinigung“ (deren untergeordnete „Produktionseinheiten“ ihre ökonomische Selbständigkeit verloren) und „Industrievereinigung“ (deren Betriebe einen Teil ihrer Entscheidungsbefugnisse behielten). [17: 206 ff.] Während in der Sowjetunion der Anteil dieser Vereinigungen an der Gesamtproduktion noch 1973 relativ gering war (8-12%) [10: 185], erfaßten die in der DDR 1958 gegründeten, 1964 mit ökonomischen Fonds ausgestatteten VVB von vornherein die gesamte zentralgeleitete Industrie, bis – beginnend mit der Grundstoffindustrie – ab 1968 an ihre Stelle zunehmend Kombinate traten. [16: 37] (Zwischen 1968 und 1972 verringerte sich die Zahl der VVB in der DDR von 84 auf 56. Gleichzeitig wurden 37 Kombinate geschaffen, die ein Drittel der Industrieproduktion erzeugten und die Hälfte des Exports an Industriewaren bestritten. [16: 75])

Die Entwicklung der mittleren Leitungsebene in der DDR wies unter den Bedingungen des Übergangs zur vorwiegend intensiv erweiterten Reproduktion große Ähnlichkeiten mit den anderer europäischen RGW-Länder auf. Wie in der DDR wurden in diesen Ländern in der zweiten Hälfte der 50er Jahre Zwischenleitungen gebildet (Ungarn 1957: Industriedirektionen; Tschechoslowakei 1957: General- bzw. Fachdirektionen; Bulgarien 1958: Staatliche Wirtschaftsvereinigungen; VR Polen 1958: Industrievereinigungen). Die Wiederverwendung von Bezeichnungen, die die Zwischenleitungen in der Wiederherstellungsperiode charakterisiert hatten – in der DDR und ČSR –, bedeutete nicht das Anknüpfen an Elemente der Organisationsstruktur der 2. Hälfte der 40er Jahre. Ähnlich wie in der DDR erfuhren die in der Regel als administrative Zwischenleitungen geschaffenen Vereinigungen mit dem Beginn der Wirtschaftsreform wesentliche inhaltliche Veränderungen. Durch die Einführung der wirtschaftlichen Rechnungsführung wurden sie (auch) Wirtschaftsorganisationen (VR Polen: 1964; VR Bulgarien: 1965; ČSSR: 1965; Ungarische VR: 1968; SR Rumänien – „Industriezentralen“ –: 1971). Ab Ende der 60er Jahre verstärkte sich auch in diesen Ländern die Tendenz zur Kombinatsbildung. [16: 54 ff.] Allerdings gab es in einzelnen Fällen auch entgegengesetzte Entwicklungen (z. B. verringerte sich in der SR Rumänien Anfang der 70er Jahre der Anteil der Kombinate zugunsten der Industriezentralen [16: 74]).

Bei aller grundsätzlichen Identität der Prinzipien, die ihre Struktur bestimmen, unterscheiden sich die Kombinate und Vereinigungen nach Größe und Ausmaß der Integration zwischen den darin zusammengeschlossenen Betrieben sowie nach dem Grad der ökonomischen Selbständigkeit von Land zu Land. Auch innerhalb eines Landes gab es in der Regel mehrere Varianten ihrer Realisierung. Anfang der 70er Jahre unterschied man z. B. in Ungarn „Große Industriebetriebe“ (vergleichbar den Kombinaten in der **[990]** DDR), „Trusts“ (mehr den VVB ähnelnd), „Zwangsvereinigungen“ (deren Leiter vom Staat eingesetzt wurde), „Vertrags- oder freiwillige Vereinigungen“ (deren Leiter durch die beitretenden Betriebe bestimmt wurde) und „Gemeinsame Betriebe“ (in der Art von Aktiengesellschaften). Die Grenzen waren fließend. So wurde nach 1971 ein Teil der „Großen Industriebetriebe“ und „Zwangsvereinigungen“ in „Trusts“ umgewandelt. 116: 65 f.]

Entsprechend den von den marxistisch-leninistischen Parteien im Verlaufe der Wirtschaftsreformen gefaßten Beschlüssen ging auch ein Teil der Rechte der Ministerien auf die seit Mitte der 60er Jahre entstehenden großen Wirtschaftseinheiten über, woran zu erkennen ist, daß sich auch bei den zentralen wirtschaftsleitenden Organen mit dem Übergang zur Intensivierung wesentliche Veränderungen vollzogen. Diese betrafen erstens die Funktion der Branchenministerien. Aufgrund des inzwischen auch in wirtschaftsorganisatorischer Hinsicht erreichten Entwicklungsstandes bestand keine Notwendigkeit mehr, an der für die Periode der sozialistischen Industrialisierung charakteristischen detaillierten Kennziffernvorgabe festzuhalten. Es erwies sich vielmehr als zweckmäßig, die operativen Funktionen der zuständigen Ministerien den neu entstandenen großen Wirtschaftseinheiten zu übertragen. Den Ministerien verblieben hauptsächlich Funktionalabteilungen (Technik, Finanzen, Materialversorgung), die sich auf die Ausarbeitung und Durchführung langfristiger Entscheidungen zur Struktur- und Technikpolitik des Zweiges konzentrieren. [16: 132] Bei komplizierten Leitungsentscheidungen zogen die zentralen wirtschaftsleitenden Organe in zunehmendem Maße beratende Organe (Kollegien) heran. [16: 132] Die veränderte Funktion der Branchenministerien erlaubte deren Zusammenlegung (wie in den ČSSR 1965 und 1971 [16: 232 f.]) sowie die Auflösung ihrer Hauptverwaltungen (z. B. in der ČSR, der DDR, der VR Polen 1958/59) [15: 27, 188] [3: 5. ff.]. Gleichzeitig erfolgte in Verbindung damit eine Reduzierung der bis dahin üblichen vielstufigen Leitung auf ein zwei- bis dreistufiges Leitungssystem. [16: 204 ff.]

Die Anzahl einer anderen Gruppe von zentralen wirtschaftsleitenden Organen blieb dagegen auch unter den Bedingungen des Übergangs zur Intensivierung stabil bzw. erhöhte sich sogar. Es handelt sich hierbei um jene Institutionen, deren Aufgabe in der komplexen Leitung der einzelnen Phasen des volkswirtschaftlichen Reproduktionsprozesses besteht. Dazu zählen erstens die Organe der Planung, Rechnungslegung und Kontrolle (in der DDR z. B. Staatliche Plankommission, Staatliche Zentralverwaltung für Statistik, Komitee der Arbeiter- und Bauerninspektion); zweitens Einrichtungen zur Leitung der Finanzoperationen (in der DDR z. B. Ministerium der Finanzen, Amt für Preise) und

drittens schließlich Institutionen, die sich unter bestimmten Aspekten an der Leitung der Zweige beteiligen (in der DDR z. B. Staatssekretariat für Arbeit und Löhne, Amt für Standardisierung, Meßwesen und Warenprüfung, Ministerium für Wissenschaft und Technik, Ministerium für Umweltschutz und Wasserwirtschaft). Anfang der 70er Jahre betrug das Zahlenverhältnis zwischen den nach dem Funktional- und den nach dem Zweigleitungsprinzip arbeitenden zentralen wirtschaftsleitenden Organen in der ČSSR 7 : 6, in der DDR 9 : 9, in der VR Bulgarien 6 : 7, in der SR Rumänien 8 : 12, in den Ungarischen VR 6 : 9 und in der VR Polen 6 : 11. [16: 16] Neben das Liniensystem trat – den neuen Anforderungen entsprechend – nun mehr und mehr das „begrenzte Funktionalsystem“, das dadurch gekennzeichnet ist, daß die Funktionalorgane die Wirtschaftseinheiten in einem abgegrenzten Problemkreis selbständig anleiten können. [18: 105]

Als Folge vom Imperialismus heraufbeschworener Kriege sahen sich die marxistisch-leninistischen Parteien einiger sozialistischer Länder, insbesondere die der Sowjetunion, aber auch Vietnams und Koreas, gezwungen, die Organisationsstruktur der Industrie zeitweise *kriegswirtschaftlichen* Zielstellungen anzupassen.

[991] In der Sowjetunion hatte die Kriegswirtschaft während des Bürgerkrieges (1918-1921) und des Großen Vaterländischen Krieges (1941-1945) eine Zentralisation der Entscheidungsbefugnisse bei einem wirtschaftsleitenden Organ (Obersten Volkswirtschaftsrat bzw. Staatliches Verteidigungskomitee) zur Folge. Diese Leitungsorgane bedienten sich jeweils einer speziellen Institution zur Organisierung der Kriegswirtschaft (Rat der Rüstungsindustrie bzw. Staatliche Plankommission). Diese wiederum gaben den für die Verteidigungsindustrie zuständigen Zweigleitungen (Glawkis bzw. Volkskommissariate für Industrie) unmittelbare Anweisungen. [6: 169] Mit zunehmender Kriegsproduktion vergrößerte sich die Anzahl der Zweigleitungen beträchtlich. Gleichzeitig trat die Leitung nach dem Territorialprinzip in den Hintergrund.

In allen Entwicklungsetappen des sozialistischen Aufbaus hatte der gegenseitige Austausch von Erfahrungen zwischen den marxistisch-leninistischen Parteien auf dem Gebiet der Organisationsstruktur der Industrie, insbesondere die schöpferische Anwendung der Erkenntnisse des fortgeschrittensten Landes, der Sowjetunion, einen wesentlichen Beitrag zur Vereinheitlichung der Organisationsstruktur den sozialistischen Länder geleistet.

Jedoch ist dieses subjektive Moment nur ein Teilaspekt der funktionalen Zusammenhänge und Wechselwirkungen innerhalb des sozialistischen Weltwirtschaftssystems: letztlich spielt es eine lediglich sekundäre Rolle gegenüber bereits erreichten Gemeinsamkeiten im Entwicklungsstand der Produktivkräfte, der Produktionsverhältnisse und des Überbaus, die die objektive Grundlage für die relative Einheitlichkeit der Organisationsstruktur in den sozialistischen Ländern bilden. Historisch und geographisch determinierte ökonomische Voraussetzungen sind dagegen Hauptursache für die Differenziertheit der Organisationsstruktur im einzelnen, unterscheiden sich doch die sozialistischen Länder im Entwicklungsstand der Produktivkräfte, der Produktionsverhältnisse und auch des Überbaus graduell voneinander. Entsprechend diesen Unterschieden differierten auch die Organisationsformen der Industrie von Land zu Land.

Dennoch ist ein Vereinheitlichungsprozeß als Tendenz deutlich erkennbar. Er setzte bereits in den Jahren 1945-1950 ein. Die zu Beginn der 50er Jahre in allen europäischen sozialistischen Ländern und einigen asiatischen Volksdemokratien entsprechend den Beschlüssen ihrer marxistisch-leninistischen Parteien fast gleichzeitig in Angriff genommene sozialistische Industrialisierung führte auch zu einer wechselseitigen Annäherung der nationalen Organisationsstrukturen und zugleich zu einer generellen Annäherung an die Sowjetunion, die sich in der abschließenden Phase der sozialistischen Industrialisierung befand. Ende der 50er bzw. Anfang den 60er Jahre traten in fast allen RGW-Ländern Veränderungen in der Leitungsstruktur ein. Ungeachtet der Mannigfaltigkeit der entsprechend den Richtlinien der marxistisch-leninistischen Parteien entwickelten Organisationformen, entsprachen sie prinzipiell den gleichen Erfordernissen – denen der komplexen Leitung und Planung unter den Bedingungen des Übergangs zur überwiegend intensiv erweiterten Reproduktion – und vervollkommneten sich grundsätzlich in die gleiche Richtung. Für die sozialistischen Länder Asiens ebenso wie für Albanien blieb die sozialistische Industrialisierung auch weiterhin ein objektives Erfordernis.

Ende der 50er/Anfang der 60er Jahre vollzogen sich in der Organisationsstruktur der asiatischen Volksdemokratien wichtige Veränderungen. Diese Veränderungen manifestierten sich erstens in der Stärkung des Territorialprinzips (in der VR China wurden 1957 z. B. 80% der Betriebe den örtlichen wirtschaftsleitenden Organen übergeben und an die Stelle der 11 Branchenministerien traten 5 koordinierende Organe, „Komitees"). [13: 215 f.] Eine Erhöhung der Rolle der Regionen als „grundlegende administrative und ökonomische Einheit" erfolgte Anfang der 60er Jahre in der KDVR **[992]** [13: 236 f.] und Mitte der 60er Jahre in der DR Vietnam. [13: 180 f.] Zweitens wurde das Prinzip der Einzelleitung eingeengt bzw. aufgegeben. In der VR China führte man anstelle der seit dem Jahre 1953 in der Industrie üblich gewordenen Einzelleitung 1957 ein „System der Verantwortung der Direktoren unter Leitung der Parteikomitees" ein. [13: 225] In der KDVR trat 1959 an die Stelle des Einzelleiters als kollektives Leitungsorgan ein je nach Betriebsgröße 15-45 Mitglieder zählendes Werkkomitee. [13: 242] In der DR Vietnam arbeitet der Direktor seit 1961 unter Anleitung und Kontrolle des Parteikomitees des Betriebes. [13: 176]

Die sozialistischen Länder Europas konnten sich Anfang der 70er Jahre aufgrund des in den 60er Jahren erreichten Entwicklungsstandes der materiell-technischen Basis die Aufgabe stellen, die sozialistische Intensivierung und ökonomische Integration zu beschleunigen. Damit entstanden auch günstige Voraussetzungen für eine noch stärkere Annäherung der Organisationsstrukturen der im RGW zusammengeschlossenen sozialistischen Länder.

Literatur:

1. *Aristov, G. V.:* Predpnijatie v systeme upravlenija promyšlennostju evropejskich stran SĖV. Moskau 1975; 2. *Arnold, H./Borchert, H./Schmidt, J.*: Ökonomik der sozialistischen Industrie. Berlin 1961; 3. *Friedrich, G.:* Aufgaben und Arbeitsweise der Vereinigungen Volkseigenen Betriebe. Berlin 1959: 4. *Josif, J. Z.:* Nástin vývoje čs. žele-zárství v letech 1945-1955. Prag 1969; 5. *Krause, W.:* Die Entstehung des Volkseigentums in der Industrie den DDR. Berlin 1958; 6. *Kritsman, L.:* Die heroische Periode der großen russischen Revolution. Berlin 1929; 7. *Prucha, V.:* Die wirtschaftliche Entwicklung den Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik. Berlin 1975; 8. *Roesler, J.:* Die Herausbildung der sozialistischen Planwirtschaft. Berlin 1978; 9. *Teschner, H.:* Zur Entwicklung des Systems der Planung und Leitung den Industrie in der UdSSR unter besonderer Berücksichtigung der Reorganisation der Industrieverwaltung 1957-1962. Berlin 1968 (Diss.); 10. *Sibirev, A. I.:* Choznasčet i ego razvitie v sovremennych uslovijach. Leningrad 1974; 11. *Ėkonomčeskaja istorija sozialističeskich stran.* Moskau 1971; 12. *Leitung der sozialistischen Wirtschaft.* Berlin 1976; 13. *Planirovanie i upravlenie narodnym chozjajstvom v socialističeskich stranach.* Moskau 1969; 14. *Some Problems of the Development of the Czechoslovak National Economy after Second World War.* Prag 1965; 15. *Soveršenstvovanie form upravlenija v evropejskich stranach narodnoj demokratii.* Moskau 1961; 16. *Soveršenstvovanie upravlenie narodnym chozjajstvom v socialističeskich stranach.* Moskau 1969; 17. *Struktura upravlenija promyšlennostju v stranach SĖV.* Moskau 1974; 18. *Upravlenie socialističeskim proizvodstvom.* Moskau 1975; 19. *Vom Werden unseres Staates.* Bd. 1, Berlin 1966, Bd. 2, Berlin 1968.

Jörg Roesler

2.7.16. Organisierte Masseninitiative, Aktivisten- und Wettbewerbsbewegung

Zu den wichtigsten Ergebnissen und Triebkräften der Geschichte des realen Sozialismus gehört, daß unter Führung der Arbeiterklasse und ihrer marxistisch-leninistischen Partei die Werktätigen in den sozialistischen Ländern immer mehr zu bewußten Gestaltern ihrer Geschichte wurden. Das war ein vielschichtiger Prozeß, der nicht allein Ergebnis geistiger Anstrengungen war und ist, sondern der in der Einheit von Teilnahme am ge-**[993]**sellschaftlichen Leben und bewußter Erziehung und Selbsterziehung von sich geht. Er basiert auf dem Befreiungsprozeß der Arbeit, bei dem es sich um die „Ablösung der unfreien Arbeit durch die Arbeit für sich selbst, durch die in gigantischem, gesamtstaatlichem Maßstab (in gewissem Grade auch im internationalen, im Weltmaßstab) planmäßig organisierte Arbeit" [LW 26: 406] handelt, um die Entwicklung der wachsenden bewußten und planmäßig ausgeübten Macht der assoziierten Produzenten über ihren Arbeits- und Lebensprozeß. Er

beginnt in der Übergangsperiode vom Kapitalismus zum Sozialismus mit den Errichtung der politischen und ökonomischen Macht der Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten. Er prägt sich im Zuge des sozialistischen Aufbaus weiter aus und vollendet sich, wenn auf der Basis des gesellschaftlichen Eigentums an den Produktionsmitteln die materiell-technische Basis des Kommunismus errichtet ist und sich das natürliche Bedürfnis der Menschen nach Arbeit voll durchgesetzt hat. Dem Befreiungsprozeß der Arbeit liegt folglich – gemessen am Kapitalismus – eine Revolutionierung der Produktivkräfte, der Produktionsverhältnisse und des Bewußtseins der unmittelbaren Produzenten zugrunde.

Dabei stellt die Revolutionierung der Produktionsverhältnisse bereits einen gewaltigen historischen Fortschritt dar. Die Arbeit erhält einen neuen sozialistischen Charakter. Sie wird ausbeutungsfreie, planmäßig im gesamtgesellschaftlichen Maßstab organisierte, unmittelbar gesellschaftliche Arbeit, gekennzeichnet durch kameradschaftliche Zusammenarbeit und gegenseitige sozialistische Hilfe – Arbeit, in der sich die schöpferischen Fähigkeiten der Werktätigen entwickeln und die auch zunehmend internationalen Charakter annimmt. Sie richtet sich auf die immer bessere Befriedigung der ständig wachsenden materiellen und kulturellen Bedürfnisse der Werktätigen. Damit entsteht auch der Haupthebel für die Revolutionierung der Produktivkräfte und des Bewußtseins der Menschen, weil zwischen Produktion und Konsumtion im vergesellschafteten Produktions- *und* Aneignungsprozeß nicht mehr die Aneignung des Produkts durch den Kapitalisten tritt. Für den unmittelbaren Produzenten wird somit die direkte Abhängigkeit der Konsumtion von der Produktion sichtbar. Es entsteht dadurch ein direktes materielles Interesse, die Produktion zu vervollkommnen. Trotzdem lehren die Erfahrungen aller sozialistischen Länder, daß die Überwindung des Privateigentums an den Produktionsmitteln zwar objektiv eine neue Triebkraft der gesellschaftlichen Entwicklung hervorbringt, die unmittelbare Übereinstimmung der gesellschaftlichen, kollektiven und persönlichen Interessen, aus der die schöpferische Aktivität der Werktätigen im Sozialismus erwächst, daß sie aber nicht automatisch zur Freisetzung der schöpferischen Initiative führt. Diese muß vielmehr bewußt entwickelt und organisiert werden. Im Zuge der Nationalisierung der wichtigsten Produktionsmittel in Sowjetrußland forderte Lenin energisch: „Eine der wichtigsten Aufgaben, wenn nicht die wichtigste, besteht jetzt darin, diese selbständige Initiative der Arbeiter und überhaupt aller Werktätigen ... bei der schöpferischen *organisatorischen* Arbeit in möglichst breitem Umfang zu entwickeln.“ [LW 26: 407]

Der Beginn der Geschichte organisierter Masseninitiative ist engstens mit den Verteidigung der ersten Ergebnisse der Oktoberrevolution verbunden. Am 10.11.1917 lud Lenin eine Gruppe von Arbeitern aus den Putilov-Werken in Petrograd zu sich ein und bat sie, einige Artilleriebatterien und einen Panzerzug für die Verteidiger der Revolution zu bauen. Die Belegschaft der Kanonenwerkstatt des Werkes verstand Lenin gut. Sie arbeitete, ohne an Feierabend und materielles Entgelt zu denken, und erfüllte den Auftrag in kürzesten Zeit. Daran zeichneten sich die Vorboten jener neuen Einstellung zur Arbeit ab, die Lenin im Zusammenhang mit der Würdigung der ersten kommunistischen Subbotniks am 12. 4.1919, an denen mitten im Bürgerkrieg zusätzlich und ohne Bezahlung **[994]** gearbeitet wurde, als „kommunistische Arbeit im engeren und genauen Sinne des Wortes“, als „unbezahlte Arbeit zum Nutzen der Gesellschaft“ [LW 30: 510] charakterisierte. Obwohl die objektiven und subjektiven Bedingungen für eine sozialistische oder gar kommunistische Einstellung zur Arbeit noch gar nicht vorhanden waren, ließ der revolutionäre Instinkt die Petrograder Arbeiter und die vielen Teilnehmer an den Subbotniks nach kommunistischen Arbeitsformen streben. Sie taten das in dem Vertrauen, daß die zu schaffenden gesellschaftlichen Verhältnisse eine gerechte und bessere Befriedigung der Bedürfnisse sichern würden.

Einen solchen revolutionären, spontanen Arbeitsenthusiasmus haben nicht nur unzählige Sowjetmenschen hervorgebracht. Überall, wo es den Sozialismus aufzubauen und zu verteidigen galt, zeigte er sich bei vielen Werktätigen. Aber daraus darf nicht abgeleitet werden, daß mittels dieses Enthusiasmus die neue Gesellschaft aufzubauen sei. Das hieße, auf die objektiv mögliche und notwendige neue Einstellung zur Arbeit bei der *Masse* der Werktätigen und damit auf den bedeutendsten Vorzug des Sozialismus gegenüber dem Kapitalismus zu verzichten. „Nicht auf Grund des Enthusiasmus unmittelbar, sondern mit Hilfe des aus der großen Revolution geborenen Enthusiasmus, auf Grund des persönlichen Interesses, der persönlichen Interessiertheit, der wirtschaftlichen Rechnungsführung

bemüht euch, zuerst feste Stege zu bauen ..., sonst werdet ihn die Millionen und aber Millionen Menschen nicht zum Kommunismus führen.“ [LW 33: 38] Natürlich ist es eine entscheidende Aufgabe, mittels der ideologischen Erziehung und in der Arbeit eine sozialistische und schließlich kommunistische Einstellung zur Arbeit so früh wie möglich zu erreichen. Aber von erstrangiger Bedeutung sind dafür eine ständig wachsende Produktion und die Verbesserung der Verteilungsverhältnisse im Sinne der materiellen Stimulierung hoher Arbeitsleistungen im Wechselspiel mit ihrer moralischen Stimulierung. Nun so prägt sich eine neue Einstellung zur Arbeit bei immer mehr Werktätigen aus, die ihrerseits von größter Bedeutung für die ökonomische Entwicklung ist. In diesem Prozeß wird die Arbeit auch bei immer mehr Werktätigen zur Sache der Ehre und des Heldentums.

Ausdruck dessen und zugleich Mittel, bei immer mehr Werktätigen eine neue Einstellung zur Arbeit herauszubilden, sind *die Formen und Methoden organisierter Masseninitiative,* die wir als Aktivisten-, Wettbewerbs- und Neuererbewegung bezeichnen. Sie erwiesen sich bis heute in allen sozialistischen Ländern als ein bedeutender Stimulus für die Steigerung der Arbeitsproduktivität und die Vervollkommnung der sozialistischen Produktion. Sie stellen jene aus dem Innern der sozialistischen Gesellschaft entspringende Kraft dar, die – wie es L. I. Breshnew ausdrückte – gestattete, „schier Unmögliches zu erreichen und die ganze Welt durch das Tempo der Entwicklung der neuen Gesellschaft, durch deren Lebenskraft und Dynamik in Erstaunen zu setzen“ [1].

Seit den ersten Stoßbrigaden zur Erfüllung der Aufträge der Roten Armee und besonders seit dem ersten sozialistischen Wettbewerbsaufruf, der auf Initiative Michail Putins die Aluminiumgußputzer der Rohrgießerei des Werkes „Krasny Vyboršez“ im März 1929 an ihre Kollegen richteten, wurden bis heute in allen sozialistischen Ländern viele Formen und Methoden der Aktivisten-, Wettbewerbs- und Neuererbewegung geboren. Allen war gemeinsam, daß sie bekannte und unbekannte Helden friedlicher Aufbauarbeit geprägt haben, die zum Vorbild und Schrittmacher ihrer Klasse wurden. Sie waren von großer Bedeutung für die Herausbildung sozialistischer Persönlichkeiten und haben großen Anteil daran, daß die Wirtschaftsmacht der sozialistischen Länder entscheidendes Gewicht in der weltweiten Auseinandersetzung zwischen Kapitalismus und Sozialismus erlangte und mit den 70er Jahren der Sinn des Sozialismus – das Wohl des werktätigen Volkes – für jeden Bürger sichtbarer wurde.

[995] Auch nach der Befreiung des deutschen Volkes vom Hitlerfaschismus durch die ruhmreiche Sowjetarmee und ihre Verbündeten gab es Pioniere einer neuen Einstellung zur Arbeit. An der Seite sowjetischer Offiziere und Soldaten hatten sie im Osten Deutschlands entscheidenden Anteil daran, daß trotz des Chaos, das der Faschismus dem deutschen Volk hinterlassen hatte, in kurzer Zeit das Leben wieder in Gang kam. Es waren vor allem Kommunisten und Sozialdemokraten. Sie kamen aus Konzentrationslagern, der Illegalität, der Emigration oder hatten zuvor im Nationalkomitee „Freies Deutschland“ gewirkt. Sie arbeiteten mit vielen Parteilosen zusammen, die den Faschismus haßten oder zu der Überzeugung gekommen waren, daß in Deutschland ein neuer, demokratischer Weg zu beschreiten war. Arbeiter waren auch einfach zu ihren Arbeitsstätten geeilt, um Maschinen und Werkzeuge zu retten, weil sie sich mit ihrem Arbeitsplatz verbunden fühlten. Dank ihres Einsatzes gelang es, daß in verhältnismäßig kurzer Zeit die Produktion und das gesellschaftliche Leben wieder in Gang kamen. Weil sie die ersten waren und beispielhaft vorangingen, weil sie mit hungrigem Magen hart zupackten, ohne auf Entlohnung zu rechnen, bezeichnen wir sie heute als „Aktivisten der ersten Stunde“. Anstoß, Beispiel und Orientierung gaben ihnen die Initiativgruppen der KPD. Diese Gruppen schufen wesentliche Voraussetzungen, daß im Zuge der antifaschistisch-demokratischen Umwälzung auch im Osten Deutschlands Formen und Methoden organisierter Masseninitiative entstehen konnten. Trotzdem zählen wir sie selbst nicht zur Aktivisten-, Wettbewerbs- und Neuererbewegung. Gleiche und ähnliche Leistungen konnten von der Masse der Werktätigen noch nicht erbracht werden. Auch die Produktionsverhältnisse waren noch nicht grundlegend verändert worden. Die führende Partei der Arbeiterklasse mußte erst ihre Positionen besonders in den Betrieben festigen und ihre führende Rolle im demokratischen Umwälzungsprozeß überhaupt ausprägen.

Als aber 1947 in vielen Betrieben der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands die Arbeitsproduktivität stagnierte, hatte sich eine solche Situation herausgebildet wie beim Übergang der jungen Sowjetmacht zur friedlichen Aufbauarbeit: Der Hunger war die Ursache für die niedrige Arbeitsproduktivität,

um aber den Hunger zu beseitigen, mußte die Arbeitsproduktivität gesteigert werden. Entsprechend den Hinweisen Lenins und den in der Sowjetunion gemachten Erfahrungen bestand der Ausweg darin, „durch einen Umschwung in der Stimmung der Massen, dank der heroischen Initiative einzelner Gruppen“ [LW 29: 416] einen Arbeitsaufschwung herbeizuführen und so die Arbeitsproduktivität zu steigern und die Lebenslage der Werktätigen zu verbessern. Hier wie dort blieben entsprechende Aufrufe der Partei, der Gewerkschaften und des Jugendverbandes nicht ungehört. Die Losung „Mehr produzieren, gerechten verteilen, besser leben!“ fand ihr Echo.

Dabei standen zunächst der Kampf gegen Schieber und Bummelanten und die freiwillige Mehrarbeit im Vordergrund des Ringens um die Hebung der Arbeitsmoral und die Steigerung der Arbeitsproduktivität. Die FDJ erwarb sich große Verdienste bei der Mobilisierung der Jugend zur Überwindung von Engpässen. Weniger hemmende Traditionen, der Elan und die Aufgeschlossenheit der Jugend für das Neue waren die Ursachen, die die Jugend an die Spitze der organisierten Masseninitiative dieser Zeit treten ließ. Dadurch entwickelten sich auch Kader, die wesentlich dazu beitrugen, jenen Funken zu entflammen, den Adolf Hennecke, Bergmann und Gewerkschaftsfunktionär, am 13. Oktober 1948 gezündet hatte. Mit 380% des Tagessolls stellte er einen Förderrekord in Bergbau auf. Aber nicht der Rekord an sich war das Entscheidende. Wie A. G. Stachanov 1935 in der Sowjetunion, ging Hennecke seiner Klasse voran, indem er bewies, daß nicht vordergründig durch Mehrarbeit und körperlichen Einsatz, **[996]** sondern durch bessere Arbeitsorganisation und gründliches Durchdenken der Arbeitsvorgänge sowie durch eine gute Arbeitsvorbereitung die Produktion wesentlich gesteigert werden konnte.

Die SED stand stets an der Spitze der organisierten Masseninitiative. Sie analysierte ihre Formen und Methoden sorgsam, stellte Kernpunkte ihrer Entwicklung besonders heraus und sorgte für die Verallgemeinerung hervorragender Beispiele unter Führung der Gewerkschaften. Das war um so notwendiger, da erst die der sich entwickelnden sozialistischen Wirtschaftsführung adäquaten Formen und Methoden der Masseninitiative gefunden werden mußten. Außerdem war viel Überzeugungsarbeit notwendig, um den Gedanken des Wettbewerbs und einer neuen Einstellung zur Arbeit in die Masse der Werktätigen zu tragen. Wie die Hennecke-Bewegung, war die Mehrzahl der sich entwickelnden Formen und Methoden sozialistischer Massenaktivität auf die der Zeit und den Bedingungen entsprechende, vorwiegend quantitative Ausdehnung der Produktion und auf die Überwindung von Engpässen und Schwierigkeiten im Zusammenhang mit dem vom wiedererstandenen westdeutschen Imperialismus gegen die DDR ausgeübten Wirtschaftskrieg gerichtet. Als Beispiele seien die Massenwettbewerbe zur Erfüllung und Übererfüllung der Pläne, die Stahlwerkerwettbewerbe, die Frida-Hockauf-Bewegung und auch von der Sowjetunion übernommene Neuererverfahren – das Schnelldrehen und -fräsen sowie die Mehrmaschinenbedienung in der Textilindustrie – genannt. Es entwickelten sich aber auch solche, die stärker auf die Erfüllung qualitativer Kennziffern gerichtet waren, wie die Qualitätsbewegung von Luise Ermisch, die Bewegung zur persönlichen Pflege der Maschinen, Verpflichtungen zur Selbstkostensenkung nach dem Beispiel von Lotte Steinbach und das Wilhelm-Pieck-Aufgebot zur Erhöhung der Rentabilität der Betriebe. Ökonomische Konferenzen und ständige Produktionsberatungen, die Christoph-Wehner- und die Seifert-Methode als Ausdruck der verstärkten Teilnahme der Werktätigen an der Leitung und Planung der Betriebe runden das Bild ab. Mit dem Aufruf der Jugendbrigade „Nikolai Mamai“ vom Elektrochemischen Kombinat Bitterfeld am 3.1.1959 zum Kampf um den Titel „Kollektiv der sozialistischen Arbeit“ entstand die Bewegung „Sozialistisch arbeiten, lernen und leben“ als spezifische Form der sozialistischen Gemeinschaftsarbeit in der kleinsten Produktionseinheit und als für den Sozialismus typische Form der Organisation der gesellschaftlichen Arbeit. [2]

Wie die meisten in der DDR entstandenen Formen und Methoden der Massenaktivität hatte auch diese ein sowjetisches Vorbild. In Vorbereitung des XXI. Parteitages den KPdSU hatte eine Komsomolbrigade eines Moskauer Eisenbahndepots – es war dasselbe, von dem einst die kommunistischen Subbotniks ausgegangen waren – die erste Brigade der kommunistischen Arbeit gebildet. Mitte 1961 kämpften bereits 20 Millionen Sowjetmenschen um den Staatstitel. [8: 51] Die Brigadebewegung verbreitete sich in allen sozialistischen Ländern sehr schnell. Darin zeigte sich, daß ihr Inhalt Ausdruck einer gesetzmäßigen Entwicklung war, für die auch in der DDR Ende der 50er Jahre und

Anfang der 60er Jahre mit dem Abschluß der Übergangsperiode vom Kapitalismus zum Sozialismus die Bedingungen herangereift waren. Schon 1962 arbeiteten 2 Millionen Werktätige der DDR in sozialistischen Brigaden und Arbeitsgemeinschaften [8: 52], 70% aller Beschäftigten waren Teilnehmer am sozialistischen Wettbewerb in der volkseigenen Industrie [8: 36].

Umfang und Ergebnisse sozialistischer Initiativen der Werktätigen der DDR machten aber auch deutlich, daß unter den Bedingungen der offenen Grenze gegenüber dem Imperialismus die Vorzüge des Sozialismus nicht voll genutzt werden konnten. Jedoch waren gewaltige schöpferische Potenzen geweckt worden, um nach der Sicherung der Staatsgrenze im Produktionsaufgebot und unter dem Motto „In der gleichen Zeit für das **[997]** gleiche Geld mehr leisten“ die entstandenen Schwierigkeiten zu überwinden. Das war zwar keine gesetzmäßig notwendige Erscheinung organisierter Massenaktivität, es war aber von großer ökonomischer und politischer Bedeutung. Vor allem im Denken der Menschen – im Sinne der sozialistischen Perspektive der DDR – vollzogen sich große Veränderungen. Das war für den Beginn der Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft in der DDR von großer Bedeutung. Nunmehr kam es darauf an, den Sozialismus auf seinen eigenen Grundlagen im Interesse der Erhöhung des Volkswohlstandes allseitig zu entwickeln, seine Vorzüge und Triebkräfte voll zu entfalten und die schöpferische Aktivität der Werktätigen umfassend zu fördern. In bezug auf die organisierte Masseninitiative bedeutete das, die entstandenen Grundformen:

– Wettbewerbe auf der Grundlage schriftlich formulierter Verpflichtungen von Betriebskollektiven, Bereichen und Brigaden,

– Verpflichtungen einzelner Werktätigen, die sich als Aktivisten- oder Neuererleistungen von anderen abhoben oder die zu Beispielen für die Masse der Werktätigen wurden,

– sozialistische Brigaden als Ausdruck kameradschaftlicher Zusammenarbeit und gegenseitiger sozialistischer Hilfe in der kleinsten Produktionseinheit,

– besondere Formen der direkten Teilnahme der Werktätigen an der Leitung und Planung auf allen Ebenen

entsprechend den neuen Bedingungen quantitativ und qualitativ weiterzuentwickeln und die Verantwortung der Gewerkschaften als Schulen des Kommunismus für die Entwicklung der Aktivisten-, Wettbewerbs- und Neuererbewegung zu erhöhen. Inhaltlich mußte sich die organisierte Masseninitiative stärker auf die Erfüllung qualitativer Kennziffern der Pläne richten. Das war – wie in anderen sozialistischen Ländern – engstens mit Maßnahmen zur Veränderung des Leitungs- und Planungssystems und der Durchsetzung der sozialistischen Rationalisierung verbunden. Die Gewerkschaften orientierten darauf, die Steigerung der Arbeitsproduktivität und die Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen als eine einheitliche Kampfaufgabe zu begreifen. In den Wettbewerben der 60er Jahre rückten zwei Momente stärker in den Vordergrund: der Plan Neue Technik und der Komplexwettbewerb.

War bereits im Zuge der Weiterführung des Produktionsaufgebots und in Vorbereitung des VI. Parteitages der SED im Januar 1963 die Ausnutzung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts mehr in den Vordergrund des sozialistischen Wettbewerbs und der Arbeit der Brigaden der sozialistischen Arbeit und der sozialistischen Arbeits- und Forschungsgemeinschaften gerückt, so verband er sich nach dem Parteitag aufs engste mit dem Kampf um die Erfüllung des Planes Neue Technik, um den wissenschaftlich-technischen Stand der Erzeugnisse bei niedrigsten Kosten planmäßig zu erhöhen.

In vielen Betrieben gelang es auch, den Wettbewerb komplex von der Forschung und Entwicklung über die Technologie und die Produktion bis zum Absatz der Erzeugnisse zu führen. Ganze Industriezweige rangen somit nach einheitlichen Zielen und Bewertungen.

Es entwickelte sich der Komplexwettbewerb zwischen Finalproduzenten und Zulieferern, wobei sich der VEB Volkswerft Stralsund besondere Verdienste erwarb. Die Parteiorganisation der SED und die Gewerkschaften leisteten in diesem Zusammenhang eine große ideologische Arbeit, um hervorragende sowjetische Erfahrungen anzuwenden und den Gemeinschaftsgeist im sozialistischen Wettbewerb weiter auszuprägen.

Die Neuererbewegung gewann an Bedeutung. Aus ihr waren bereits viele hervorragende Meister ihres Fachs, Techniker, Ingenieure, Leiter und Wissenschaftler hervorgegangen. Jetzt kam es darauf an, über die Neuererbewegung einen wachsenden Teil der **[998]** Arbeiterklasse direkt in den Kampf um die Durchsetzung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts – von allem im Rahmen der sozialistischen Rationalisierung – einzubeziehen, um auch von dieser Seite die wachsende Führungsrolle der Arbeiterklasse zu realisieren. Das erforderte einerseits, die Neuererbewegung direkt auf die Erfüllung der Planaufgaben zu richten und durch Bekanntgabe konkreter Rationalisierungsaufgaben die Initiative weiterer Arbeiter, als Neuerer tätig zu sein, anzuregen. Andererseits kam es darauf an, kollektive Formen der Neuererbewegung zu entwickeln, im Interesse sowohl der Erhöhung der Wirksamkeit einer Neuerung als auch der Vertiefung der kameradschaftlichen Zusammenarbeit in den Brigaden und zwischen Arbeiterklasse und Intelligenz.

Neuerer wie Margot Bäz, Gerhard Kast, Herbert Mittelstädt, Arbeitskollektive wie die Brigade „Porstmann“ des VEB Installation Karl-Marx-Stadt, die Brigade „August Bebel“ des VEB Farbenfabrik Wolfen, die Brigaden „Otto Krahmann“ und „Anton Saefkow“ des VEB Kabelwerk Oberspree Berlin, Betriebe wie der VEB Großdrehmaschinenwerk „8. Mai“ Karl-Marx-Stadt, die Werkzeugmaschinenfabrik Marzahn, der VEB Schwermaschinenbau „Ernst Thälmann“ Magdeburg zeichneten sich diesbezüglich besonders aus. Bei der Jugend erhielt die Neuererbewegung besondere Impulse durch die jährlichen „Messen der Meister von morgen“. Im Ergebnis dessen erhöhte sich in den 60er Jahren bei etwa gleichbleibender Zahl der Neuerer (14-15% der Beschäftigten) der Nutzen aus angewandten Neuerungen von 1.255,4 Mill. auf 2.510,7 Mill. Mark im jeweiligen Nutzungsjahr. [13: 1970, 71] Der Gedanke der sozialistischen Gemeinschaftsarbeit griff von der Industrie über auf die Städte und Gemeinden. In der „Torgauer Initiative“ zum „Mach-mit-Wettbewerb“ zur Verschönerung der Städte und Gemeinden verband sich die Ausnutzung der örtlichen Reserven für die volkswirtschaftlichen Aufgaben engstens mit der Verbesserung der Lebensbedingungen der Bürger. Auch in der Landwirtschaft wo Bruno Kiesler als Traktorist die Aktivistenbewegung begründet hatte, konnte nach der Beendigung der sozialistischen Umgestaltung der Gedanke des Ringens um die Anwendung neuer wissenschaftlicher Erkenntnisse, um kooperative Formen und um sozialistische Gemeinschaftsarbeit in den Mittelpunkt des Wettbewerbs rücken.

In den 60er Jahren wurde jedoch die Wirksamkeit organisierter sozialistischer Masseninitiative gehemmt. Manche Regelungen im Rahmen der sozialistischen Wirtschaftsführung erzielten nicht die beabsichtigten Ergebnisse oder wirkten gegeneinander. Der Planung lagen noch keine langfristigen Normative zugrunde, was die Aufschlüsselung der qualitativen Kennziffern auf Abteilungen und Brigaden erschwerte. Überhöhte und z. T. unreale und nicht bilanzierte Pläne ließen die Anstrengungen der Werktätigen zur Planerfüllung nicht mehr lohnend erscheinen. Disproportionen in der Wirtschaft wurden sichtbar. Hemmend für die Neuererbewegung wirkte sich auch solche Auffassung aus, daß die Arbeit der Wissenschaftler, Ingenieure, Techniker und Leiter für die Durchsetzung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts allein entscheidend sei. [9] Wie wenig eine solche Auffassung der Wahrheit entsprach, zeigte der Aufschwung sozialistischer Initiativen nach dem VIII. Parteitag der SED im Juni 1971.

Innerhalb von zwei Jahren gelang es unter der Losung „Was der Parteitag beschloß, wird sein!“, die genannten Schwierigkeiten zu überwinden und einen neuen ökonomischen Aufschwung einzuleiten. Dabei nahm die Bereitschaft der Werktätigen zur Erfüllung der vom Parteitag gestellten Aufgaben mit wachsendem Verständnis der Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik, der Verbesserung der Gewerkschaftsarbeit und der Vervollkommnung der sozialistischen Demokratie im Bereich den materiellen Produktion zu.

[999] Erfüllbare und bilanzierte staatliche Pläne und Gegenpläne der Werktätigen trugen wesentlich dazu bei, das Vertrauen in die sozialistische Planung wieder zu festigen und die Initiative der Werktätigen auf volkswirtschaftliche Schwerpunkte zu lenken. Die organisierte sozialistische Masseninitiative wuchs quantitativ und qualitativ. Das drückte sich nicht nur darin aus, daß sich die Zahl der Neuerer auf fast 30% der Berufstätigen [13: 1975, 68] erhöhte. Der sozialistische Wettbewerb wurde zu einer mehr und mehr anerkannten ständigen Methode sozialistischer Arbeit. Für ihn wurde außerdem

die enge und direkte Verbindung der Produktionsaufgaben mit der Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen und der Erweiterung der schöpferischen Möglichkeiten der Werktätigen im Sinne der Hauptaufgabe charakteristisch. [6: 10] Unter der Losung „Aus jeder Mark, jeder Stunde Arbeitszeit und jedem Gramm Material einen größeren Nutzeffekt!“ ermöglichten die verschiedenen Formen sozialistischer Masseninitiative, den wissenschaftlich-technischen Fortschritt in seiner ganzen Breite durchzusetzen – von der kleinsten Verbesserung am Arbeitsplatz bis hin zu großen neuen wissenschaftlich-technischen Lösungen – und mittels des wissenschaftlich-technischen Fortschritts alle Faktoren der sozialistischen Intensivierung zu mobilisieren. Die Masseninitiative orientierte sich in wachsendem Maße auf solche qualitativen Kennziffern wie Steigerung den Arbeitsproduktivität, Fondsquote, Fondsausstattung, Materialintensität, Selbstkosten und Qualität. Dabei haben sich Gebrauchswert-Kostenanalysen, persönliche Konten und Haushaltsbücher, Brigadeökonomen und vor allem die durch Horst Franke und Gerd Pfeiffer nach sowjetischem Vorbild entwickelte Arbeit nach persönlich- und kollektiv-schöpferischen Plänen zur Steigerung der Arbeitsproduktivität, die von Karl-Heinz Hübner ins Leben gerufenen „Notizen zum Plan“ sowie die aus den „Schmelzen der Freundschaft“ in Kombinaten der UdSSR und Stahlwerken der DDR hervorgegangenen Initiativschichten bewährt. [3: 5, 11] Die letzteren gehören in besonderem Maße zu jenen Methoden organisierter Masseninitiative, die bei der Weiterführung des sozialistischen Wettbewerbs nach dem IX. Parteitag der SED im Mai 1976 umfassender angewendet und durch neue schöpferisch bereichert werden. Dazu zählen die von Doris Kersten ausgelöste Bewegung, durch rationelle Maschinenfahrweise, Mehrmaschinenbedienung und hohe Qualität der Arbeit den Jahresplan in 50 Wochen zu erfüllen, persönliche Qualitätsprogramme sowie die von Siegfried Langbein ausgelöste Initiative zur Gemeinschaftsarbeit zwischen Projektanten, Konstrukteuren und Arbeitern bei der Lösung wissenschaftlich-technischer Aufgaben. Welche Initiativen wir auch herausgreifen, jede ist ein Beleg für den auf der Grundlage der sozialistischen Produktionsverhältnisse sich immer stärker abzeichnenden grundsätzlichen Wandel in der Einstellung zur Arbeit. Gerade durch die darauf basierende Politik der Durchsetzung der Hauptaufgabe in ihrer Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik werden auch kommunistische Züge der Arbeit stimuliert und Initiative und Schöpferkraft gefördert. Auf diese Weise realisiert sich – wie es im Programm der SED, beschlossen auf dem IX. Parteitag, heißt – die weitere Entwicklung der Arbeiterklasse im Kampf für die Steigerung der Arbeitsproduktivität im sozialistischen Wettbewerb, in der Neuererbewegung, in der aktiven Teilnahme der Arbeiter an der Leitung und Planung und an den weiteren Vervollkommnung der sozialistischen Demokratie. [12: 38]

Literatur:

1. *Breshnew, L. I.,* in: ND v. 22.3.1977; 2. *Falk, W./Barthel, H.:* Kleine Geschichte einer großen Bewegung. Berlin 1966; 3. *Felgentreu, H./Gregor, K./Menzzer, H.,* in: Einheit, 1975, H. 1, S. 54 ff.; 4. *Gerschberg, S.*: Sozialistischer Wettbewerb – Wesen und Ziele. Moskau 1973; 5. *Honecker, E.,* in: Protokoll der Verhandlungen des IX. Partei-**[1000]**tages der SED. Bd. 1, Berlin 1976, S. 31 ff.; 6. *Reichert, G.:* Intensivierung – Gewerkschaften – Masseninitiative. Berlin 1976; 7. *Roesler, J.,* in: JWG, 1974, T. III, S. 13 ff.; 8. *Ders.* in: JWG, 1976, T. I, S. 33 ff.; 9. *DDR – Werden und Wachsen.* Berlin 1974; 10. *Die Intensivierung der sozialistischen Industrieproduktion und die wachsende Rolle der Arbeiterklasse.* Berlin 1975; 11. *Neuererbewegung – Arbeiterinitiative zur sozialistischen Rationalisierung.* Berlin 1977; 12. *Programm der SED,* Berlin 1976; 13. *Statistisches Jahrbuch der DDR,* Berlin 1970 ff.

Waltraud Falk

2.7.17. Planung

Im Sozialismus wird das planmäßige Wirtschaften, das im Kapitalismus auf die Betriebe [MEW 23: 350] bzw. Konzerne [MEW 20: 617] beschränkt war, im gesamtgesellschaftlichen Maßstab notwendig und möglich. [MEW 20: 620] [LW 6: 40] [31: 508] [27: 77] Wesentlicher Ausdruck einer damit erreichten völlig *neuen Qualität* planmäßigen Wirtschaftens ist die *Volkswirtschaftsplanung* durch die der volkswirtschaftliche Reproduktionsprozeß der sozialistischen Länder in seinen Grundproportionen zentral und direkt entsprechend den Erfordernissen der ökonomischen Gesetze des Sozialismus und

den Interessen der Werktätigen gesteuert wird. An die Stelle der für den Kapitalismus charakteristischen Anarchie der gesellschaftlichen Produktion tritt die planmäßige Organisation der Produktion und Verteilung [MEW 20: 261] in der sozialistischen Wirtschaft.

Die Errichtung der Diktatur des Proletariats, das Entstehen einheitlichen gesellschaftlichen Eigentums [MEW 19: 228] sowie der Aufbau einer effektiven Planungsorganisation [LW 27: 231] sind *Voraussetzungen* der Volkswirtschaftsplanung. Der für die Planung notwendige Entwicklungsstand der Produktivkräfte wird in den industriell entwickelten Staaten in der Regel bereits noch unter kapitalistischen Produktionsverhältnissen erreicht. [MEW 20: 140, 161] [LW 25: 370] [24: 302] Dagegen fehlen in diesen Ländern entsprechende Voraussetzungen auf dem Gebiet der Eigentumsverhältnisse völlig. Sie sind auch unmittelbar nach der Machtergreifung der Arbeiterklasse noch nicht gegeben. Deshalb wird eine Periode der schrittweisen Herausbildung der sozialistischen Planwirtschaft notwendig, deren Länge wesentlich durch den Entwicklungsstand der Produktivkräfte, der Produktionsverhältnisse und des sozialistischen Überbaus sowie durch den auf dem Gebiet der Planung gesammelten (bzw. übernommenen und schöpferisch angewandten) Erfahrungsschatz eines jeden Landes bestimmt wird. [5: 284 ff.] Wenn man die durchaus unterschiedliche Länge dieses Prozesses in den verschiedenen Ländern näher betrachtet, so wird deutlich, daß die Herausbildung sozialistischer Eigentumsverhältnisse der ausschlaggebende, aber keineswegs der einzige Faktor war. Die Herausbildung der sozialistischen Planwirtschaft dauerte in der MVR, die einen sehr niedrigen Entwicklungsstand der Produktivkräfte aufwies, ca. 25 Jahre [15: 384], in der Sowjetunion, vor allem infolge der großen Zahl kleiner Warenproduzenten auf dem Lande und des anfänglichen Fehlens jeglicher praktischer Erfahrungen auf dem Gebiet der Volkswirtschaftsplanung, etwa 15 Jahre [5: 281 ff.] **,** in den osteuropäischen volksdemokratischen Ländern etwa 5 Jahre, wobei die *Ausnutzung sowjetischer Erfahrungen* wesentlichen Einfluß auf die Verkürzung dieses Prozesses hatte. [5: 289 f., 297 f.]

Hauptmerkmale der Entfaltung der Planung waren der Übergang von der einzelne Phasen *(*z. B. Verteilung) bzw. Produktionsbereiche (z. B. Brennstoff- und Energiepro-**[1001]**duktion) des volkswirtschaftlichen Reproduktionsprozesses umfassenden Planung zur Volkswirtschaftsplanung, die Ablösung kurzfristiger (Quartals-, Halbjahres-, Jahrespläne) durch langfristige (Mehrjahres-)Pläne, die schrittweise Ersetzung der empfehlenden durch eine direktive Planung. [5: 281, 286, 292 f.] Diese Fortschritte waren Ausdruck der großen Aufmerksamkeit, die die marxistisch-leninistischen Parteien der Planung als Hauptinstrument des sozialistischen Aufbaus widmeten. Nach Jahresvolkswirtschaftsplänen arbeiteten die Werktätigen in der UdSSR („Kontrollziffern“) erstmals 1926 [2: 28 f.], in Polen, der Tschechoslowakei, Bulgarien, Jugoslawien und Albanien seit 1947, in Ungarn zum erstenmal 1948, in Rumänien und der DDR ab 1949. [7: 5] Hinsichtlich seiner Geltungsdauer bildete der GOELRO-Plan eine Ausnahme, der, obwohl am Anfang der sowjetischen Wirtschaftsplanung (1921) stehend, langfristig (auf 10-15 Jahre) angelegt war und bereits wesentliche volkswirtschaftliche Zusammenhänge erfaßte. [2: 8 ff.]

Je stärker sich inhaltlich und methodisch die für den Sozialismus typischen Züge der Wirtschaftsplanung ausprägten, desto mehr distanzierten sich die bürgerlichen Kräfte – die besonders in der Tschechoslowakei, aber auch in Polen und der DDR die Illusion gehegt hatten, den Wiederaufbauplan in ein Instrument der Restauration ihrer ökonomischen Macht zu verwandeln [5: 294] – von der Planung und begannen sie offen zu bekämpfen (ČSR, Ungarn 1947, Polen, DDR 1948 [5: 294]). Die volle Ausprägung der sozialistischen Planung bedeutete nicht den Abschluß ihrer Entwicklung, sondern den eigentlichen Beginn ihrer Entfaltung auf der Grundlage der ökonomischen Gesetze des Sozialismus, aus deren Anforderungen die marxistisch-leninistischen Parteien und Regierungen der sozialistischen Länder unter Berücksichtigung des konkreten Entwicklungsstandes der Produktivkräfte und Produktionsverhältnisse die Ziele der Pläne ableiteten. Diese Ableitung war ein komplizierter Prozeß, bei dessen Verwirklichung nicht nur die konkreten politischen und ökonomischen Bedingungen, in denen sich das Land zum gegebenen Zeitraum befand, sondern auch die Dialektik von kurz- und langfristigen, Haupt- und Nebenzielen usw. berücksichtigt werden mußten. Zusätzlich ergaben sich aus der Existenz und Aggressivität des Imperialismus Planaufgaben (z. B. Erhöhung der Verteidigungsbereitschaft, Beseitigung ökonomischer Abhängigkeit vom Imperialismus). Erst der Anfang der 70er Jahre

erreichte Entwicklungsstand der Produktivkräfte und Produktionsverhältnisse erlaubte es den europäischen Ländern des RGW, das im Grundgesetz formulierte Ziel des sozialistischen Wirtschaftens zur Hauptaufgabe der der Volkswirtschaftspläne zu machen und das Wirtschaftswachstum mit größerer Zielstrebigkeit auf die Erhöhung des materiellen und kulturellen Lebensniveaus des Volkes zu richten.

Das Problem der Widerspiegelung der Erfordernisse der ökonomischen Gesetze in den Wirtschaftsplänen wird dadurch noch variiert, daß im Sozialismus gleichzeitig mit untereinander verbundenen Plänen unterschiedlicher Geltungsdauer gearbeitet wird. So unterscheidet man heute kurzfristige (1 Jahr), mittelfristige (5 Jahre) und langfristige (15 Jahre) Pläne [16: 90 f.] und bezeichnet die beiden letzteren (früher alle mehrjährigen) als Perspektivpläne. Die Jahrespläne sind die konkretisierten Fünfjahrespläne, die mittelfristigen Pläne ergeben sich aus den Aufgabenstellungen der langfristigen Pläne, letztere basieren auf prognostischen Einschätzungen der Wirtschafts- und Gesellschaftsentwicklung über mehrere Jahrzehnte. [16: 90 f.] [9: 916 ff.]

Langfristige wirtschaftspolitische und gesellschaftspolitische Zielstellungen sind als Ergebnis der Kenntnis der ökonomischen Gesetzmäßigkeiten des sozialistischen Aufbaus für die sozialistischen Länder von Anfang an charakteristisch. Ein hervorragendes Beispiel ist der bereits 1918 von Lenin entworfene „Plan des sozialistischen Aufbaus“, der **[1002]** die Grundzüge der ökonomischen und sozialökonomischen Entwicklung Sowjetrußlands für die Übergangsperiode festlegte. [LW 27: 231] Davon zu unterscheiden sind (quantifizierte) langfristige Pläne bzw. Prognosen als Formen bzw. Instrumente der unmittelbaren Wirtschaftsplanung. Eine vollständige Prognose-Plan-Pyramide existiert für die meisten europäischen RGW-Länder erst seit Mitte der 70er Jahre. Für diese Länder ist z. B. der Jahresplan 1976 Bestandteil des Fünfjahrplanes 1976-1980 und des langfristigen Planes 1976-1990, der sich auf Teilpläne (Zielprogramme und -prognosen) stützt, die teilweise über das Jahr 2000 hinausreichen. [9: 910, 914]

Während die kurzfristige (Jahres-)Planung in allen sozialistischen Ländern relativ rasch anlief, setzte die mittelfristige (Mehrjahres-)Planung einen größeren Reifegrad der Produktivkräfte, Produktionsverhältnisse und der Organisation der Wirtschaft durch den sozialistischen Staat voraus. Diese mittelfristigen Pläne hatten – bereits in der Anfangsphase des sozialistischen Aufbaus – für die Mobilisierung der Werktätigen eine außerordentliche Bedeutung, da ihre die qualitativen ökonomischen und sozialen Umwälzungen besser als die Jahrespläne zum Ausdruck bringenden Zielstellungen die Arbeiter zu jenen großartigen Produktionstaten stimulierten, die ein wesentlicher Vorzug der sozialistischen Planwirtschaft sind. [1: 151] Eine ganze Anzahl von Perspektivplänen konnte dank der Wettbewerbsinitiativen der Werktätigen vorfristig abgeschlossen werden: so der erste sowjetische Fünfjahrplan in 4 Jahren [2: 37 ff.], der ungarische Dreijahrplan innerhalb von zweieinhalb Jahren [6: 309] usw. Die Mehrzahl der sozialistischen Länder (Bulgarien, Tschechoslowakei, DDR, KDVR, Vietnam, Polen, Ungarn) ging von der Jahresplanung nicht unmittelbar zur Planung in Fünf- bzw. Siebenjahreszeiträumen über, sondern eröffnete die Ära der Perspektivplanung mit Plänen, die eine Laufzeit von 2-3 Jahren hatten (Bulgarien 1947-1948, ČSR 1947-1948, Polen 1947-1949, Ungarn 1948-1950, DDR 1949-1950, Albanien 1949-1950). [7: 5] Diese Pläne waren bezüglich ihrer Zielstellungen zur Entwicklung der Produktivkräfte überwiegend Wiederherstellungspläne. Der Zeitraum, den sie umfaßten, erwies sich unter den sozialistischen Bedingungen in der Regel als ausreichend, die durch imperialistische Kriege angerichteten Schäden zu beseitigen.

Mit der weiteren Festigung der sozialistischen Planwirtschaft und dem Übergang zur sozialistischen Industrialisierung wurden die Zwei- bzw. Dreijahrpläne durch Fünfjahrpläne abgelöst. So in Bulgarien (1949-1953), der Tschechoslowakei (1949-1953), in Ungarn (1950-1954), Polen (1950-1955; Sechsjahrplan), der DDR (1951-1955) und in Albanien (1951-1955). Das gleiche geschah in der KDVR (1957-1961) und Vietnam (1961 bis 1965 bzw. 1976-1980).

Die Periode der langfristigen Planung unmittelbar mit Fünfjahrplänen begannen die Sowjetunion (1928-1932), Jugoslawien (1947-1951), die Mongolische Volksrepublik (1948-1952), China (1953-1957) und Kuba (1976-1980). Diese Länder vollzogen den Übergang zur mittelfristigen Planung entweder erst mit Beginn der sozialistischen Industrialisierung oder faßten – wie z. B. Jugoslawien – die

Wiederherstellungsphase und den Beginn der sozialistischen Industrialisierung in *einem* Perspektivplan zusammen. Ende der 50er Jahre gingen die Sowjetunion, die DDR und Polen vorübergehend zu Siebenjahrplänen über. Das wurde u. a. mit den Erfordernissen der herannahenden wissenschaftlich-technischen Revolution begründet, die eine mehr als fünfjährige Vorausschau verlangte. [6: 295] In den 60er Jahren siedelte man dann jedoch die Probleme der Planung und Prognostizierung von Wissenschaft und Technik stärker in der langfristigen (10-15-Jahres-)Planung an, so daß für die mittelfristige Planung der Fünfjahresrhythmus bereits Mitte der 60er Jahre auch für diese genannten Länder wieder charakteristisch wurde. Auch außerhalb des RGW-Bereichs überwogen in der mittelfristigen Planung **[1003]** Fünfjahrpläne. Eine Ausnahme bildet lediglich die KDVR, die seit 1960 nach Sechs- bzw. Siebenjahrplänen arbeitet. [10] [11: 233 ff.]

Eine zeitliche Kongruenz der Perspektivpläne der sozialistischen Länder war zunächst nicht gegeben – teils begründet durch das unterschiedliche Ausgangsjahr der Mehrjahresplanung, teils bedingt durch die voneinander abweichende Geltungsdauer der Pläne. Bereits Anfang der 50er Jahre wurden jedoch im Bereich des RGW Bemühungen um einen einheitlichen Planrhythmus deutlich. Zu seiner Grundlage wurde der seit 1946 von der Sowjetunion praktizierte Fünfjahresrhythmus mit dem Beginn bzw. der Mitte der jeweiligen Dekade als Zäsur. Mit diesem Rhythmus stimmten Anfang der 50er Jahre auch die Pläne Ungarns und der ČSR überein. Anfang der 60er Jahre schlossen sich die Mongolische Volksrepublik und Vietnam dieser Einteilung an, Mitte der 60er Jahre folgten China und Jugoslawien, Mitte der 70er Jahre schließlich Kuba. Der Verzicht der Tschechoslowakei und Ungarns, die Jahre 1954/55 bzw. 1955 in Perspektivplänen einzubinden bzw. der Entschluß der MVR, Ende der 50er Jahre einen Dreijahrplan zwischenzuschalten, dürfte sich u. a. aus dem Bestreben erklären lassen, mit der Sowjetunion und den anderen RGW-Ländern, ihren Haupthandels- und Kooperationspartnern, durch zeitliche Koordinierung zu einer effektiveren inhaltlichen Abstimmung der Perspektivpläne zu gelangen. Kurz- und mittelfristige Planung waren in den ersten Jahrzehnten des sozialistischen Aufbaus relativ locker miteinander verknüpft. [6: 304 ff.]

Die direkte Ableitung der Jahrespläne aus dem Perspektivplan wurde jedoch objektiv notwendig, als in den 60er Jahren mit der zunehmenden Intensivierung des volkswirtschaftlichen Reproduktionsprozesses der wissenschaftlich-technische Fortschritt zum dominierenden Wachstumsfaktor wurde. Wesentliche Erfahrungen waren jedoch vorausschauend schon in früheren Entwicklungsetappen gesammelt worden. Wie auch auf anderen Gebieten der Planung war es die Sowjetunion, die diese Pioniertat vollbrachte. Die direkte Ableitung der Jahrespläne aus dem Perspektivplan wurde erstmals 1928-1932 durchgeführt [15: 368] und Ende der 50er Jahre von der Sowjetunion und der Tschechoslowakei erneut in Angriff genommen. Nach Überwindung planmethodischer Probleme entstand eine dauerhafte unmittelbare Verknüpfung von Jahres- und Perspektivplänen in den 70er Jahren (Sowjetunion seit 1971-1975, DDR ab 1976-1980 [9: 90], Rumänien seit 1966-1970 [11: 301]). Gleichzeitig vollzieht sich die stärkere Verflechtung der mittelfristigen mit der langfristigen Planung.

Erfahrungen bei der Ausarbeitung *langfristiger* Pläne besitzt bisher vor allem die Sowjetunion. Der erste Plan dieser Art war der in der 2. Hälfte der 20er Jahre ausgearbeitete „Generalplan für 10 bis 15 Jahre“. Ihm folgten Anfang der 40er Jahre Arbeiten an einem Plan für 1943-1957, die durch den Krieg unterbrochen wurden. 1947 wurde ein neuer Generalplan für 1951-1970 in Auftrag gegeben. [2: 324 ff.] Diese Pläne wie auch die Anfang der 60er Jahre in der Sowjetunion und den meisten RGW-Ländern in Angriff genommene Ausarbeitung einer „Generalperspektive“ [6] hatten vor allem wegen der unzureichenden Prognosetechnik – die ökonomischen Beziehungen des Ausgangszeitraumes wurden in die Zukunft extrapoliert [14: 134] – noch keinen wesentlichen Einfluß auf die Aufstellung der Fünfjahrpläne. [11: 302] Eine engere Verknüpfung der lang- und mittelfristigen Pläne, wie sie sich auch den Erfordernissen der wissenschaftlich-technischen Revolution ergibt, wird mit den von allen RGW-Ländern in Realisierung des Komplexprogrammes auszuarbeitenden Perspektivplänen 1976-1990 angestrebt. [9: 910, 913 ff.]

Kurz-, mittel- und langfristige Pläne unterscheiden sich voneinander nicht nur durch ihre *Laufzeit,* sondern auch *methodisch* und *inhaltlich.* Mit der Länge eines Planes **[1004]** nimmt der Grad der Quantifiziertheit, Detailliertheit und Verbindlichkeit der Pläne ab, der durch den Plan erfaßte Ausschnitt der

gesellschaftlichen Entwicklung dagegen zu. [6] Enthalten die Jahrespläne fast ausschließlich Aussagen über die beabsichtigte *wirtschaftliche* Entwicklung, so spielen bei den Perspektivplänen die *sozialökonomischen* Entwicklungsziele sowie Fragen des sozialen und kulturellen Lebensniveaus, ohne deren genauere Kenntnis die langfristigen ökonomischen Ziele nicht richtig abgesteckt werden können [9: 911 ff.], die entscheidende Rolle. Der Wirtschaftsplan ist, je länger seine Laufzeit, um so mehr auch Plan der gesellschaftlichen Entwicklung [1: 162] und um so besser geeignet, das im ökonomischen Grundgesetz enthaltene Ziel sozialistischen Wirtschaftens direkt widerzuspiegeln. Da die langfristigen Pläne historisch bisher kaum eine Rolle gespielt haben, die kurzfristigen Pläne aber in ihrer Aussage so sehr auf Details der ökonomischen Entwicklung ausgerichtet sind, erweisen sich die mittelfristigen bzw. Mehrjahrespläne für den Wirtschaftshistoriker als besonders geeignetes Objekt zur Untersuchung der Zielstellungen der Pläne.

Entsprechend ihren *Hauptzielen* lassen sich die Volkswirtschaftspläne grundsätzlich *drei Etappen des sozialistischen Aufbaus* zuordnen: Wiederherstellung der Volkswirtschaft (s. 2.7.22), sozialistische Industrialisierung (s. 2.7.19.), Intensivierung (s. 2.7.12.).

Die Aggressionspolitik des Imperialismus zwang einer Reihe sozialistischer Länder darüber hinaus zeitweise die *kriegswirtschaftliche* Zielstellung eines maximalen Ausstoßes an kriegswichtigen Gütern auf [12: 89]; so der Sowjetunion, die ihren 3. Fünfjahrplan (1937-1942) mit Beginn des faschistischen Überfalls abbrechen und durch kurzfristige Mobilisierungs- bzw. Kriegswirtschaftspläne ersetzen mußte. [12: 91] Der Beginn der gegen sie gerichteten Aggression zwang die KDVR, ihren ersten Zweijahrplan (1949 bis 1950) aufzugeben und die Planung auf der Basis kriegswirtschaftlicher Jahrespläne weiterzuführen. [11: 234] Die DRV sah sich 1965 wegen der zunehmenden Aggression der USA gezwungen, auf den für 1966-1970 vorgesehenen zweiten Fünfjahrplan zu verzichten und ihn durch kurzfristige, stark kriegswirtschaftlich geprägte Pläne zu ersetzen. [11: 190 f.] Der forcierte Ausbau der Verteidigungsindustrie hat aber auch in Zeiten der Kriegsgefahr die Planziele der sozialistischen Länder wesentlich modifiziert. Das gilt für die drei sowjetischen Vorkriegsfünfjahrpläne ebenso wie für die (während des Koreakrieges) in den meisten europäischen Volksdemokratien laufenden Perspektivpläne [6: 309 f.], für die mongolischen Volkswirtschaftspläne 1941-1945 ebenso wie für den koreanischen Siebenjahrplan (1960-1966), der später bis 1970 verlängert wurde. [11: 235] Für Chinas Planung waren kriegswirtschaftliche Zielstellungen zur ökonomischen Untermauerung der maoistischen Großmachtpolitik seit Beginn der 60er Jahre charakteristisch. [10: 116 f.]

Obwohl das Hauptaugenmerk der mittelfristigen Planung auf die Entwicklung der Produktivkräfte gerichtet war, spielte die Planung der Produktionsverhältnisse auch eine wesentliche Rolle. Der Platz, den sie in der Gesamtplanung einnahm, veränderte sich entsprechend den in der jeweiligen Entwicklungsetappe des sozialistischen Aufbaus im Vordergrund stehenden Anforderungen. In den ersten Perspektivplänen wurden vielfach konkrete Festlegungen zur Umgestaltung der Eigentumsverhältnisse getroffen. Das betraf allerdings weniger die Industrie, die in der Regel bereits zu Beginn der Mehrjahresplanung (als eine wesentliche Voraussetzung der Planung überhaupt) nationalisiert war, als vielmehr die Landwirtschaft, deren sozialistische Umgestaltung eine während der gesamten Übergangsperiode planmäßig betriebene und vielfach auch in den Plänen fixierte Aufgabe war. [2: 49, 52] [15: 374 ff.] Daneben fanden sich in den übrigen, hauptsächlich der Entwicklung der Produktivkräfte gewidmeten Planteilen Zielstellungen zur **[1004]** Entwicklung der Verteilungsverhältnisse, der Arbeits- und Lebensbedingungen usw. Mit dem Ende der Übergangsperiode rückte der wissenschaftlich-technische Fortschritt ganz eindeutig in den Vordergrund der mittelfristigen Pläne, wurde er z. T. als deren zentrales Ziel bezeichnet. In dieser Situation und angesichts der Tatsache, daß die sozialistische Umgestaltung der Eigentumsverhältnisse in Stadt und Land in den RGW-Ländern (mit Ausnahme Polens) faktisch abgeschlossen war, trat die Planung der Produktionsverhältnisse in den 60er Jahren etwas in den Hintergrund. Anfang der 70er Jahre wurde durch den Übergang zur allseitigen Intensivierung die Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik zu einer entscheidenden Maxime der Wirtschaftspolitik. Damit gewannen Fragen der Planung der weiteren Vertiefung des gesellschaftlichen Charakters der Arbeit, der Distributions- und der Konsumtionsverhältnisse und der anderen Seiten der Produktionsverhältnisse zunehmend an Bedeutung.

In den ersten Jahren des sozialistischen Aufbaus entzogen sich allerdings die eng mit der Entwicklung des Klassenkampfes verbundenen komplizierten Probleme der sozialökonomischen Umgestaltung planmethodisch noch weitgehend einer zeitlichen und inhaltlichen Quantifizierung. So war z. B. im sowjetischen ersten Fünfjahrplan eine Zunahme des Anteils des sozialistischen Sektors an der Anbaufläche auf 17,5% vorgesehen, erreicht wurden aber 78%. [2: 49] Ähnliches galt auch für die (in der Regel verbalen) Zielstellungen in den Plänen der volksdemokratischen Staaten in den 50er Jahren. [15: 374 ff.]

Die (aus dem Hauptziel abgeleiteten) differenzierten Etappenziele des sozialistischen Aufbaus verlangten unterschiedliche planmethodische Mittel zu ihrer Verwirklichung. Dabei blieb die grundlegende *Organisation der Planung* zu allen Zeiten und in allen Ländern im wesentlichen die gleiche: Auf der Grundlage der Direktive der marxistisch-leninistischen Partei arbeitet das zentrale Planungsorgan in Zusammenarbeit mit den Zweigleitungen, Betrieben und Werktätigen in einem iterativen Prozeß (Plandiskussionen) einen bilanzierten Planvorschlag aus, der von den Volksvertretern beschlossen und vom obersten Regierungsorgan zum Gesetz erhoben, in Form von Planauflagen (Plankennziffern) über die verschiedenen Leitungsebenen auf die Wirtschaftseinheiten (Betriebe) aufgeschlüsselt wird. Der aufgeschlüsselte Volkswirtschaftsplan ist Grundlage der Plandurchführung, bei deren Verwirklichung in den Betrieben dem sozialistischen Wettbewerb eine entscheidende Rolle zukommt. Die erreichten Ergebnisse werden mittels des Soll-Ist-Vergleichs kontinuierlich abgerechnet und bilden die Grundlage für die Plankontrolle. [16: 116 ff.]

Entsprechend den jeweiligen Etappenzielen beim Aufbau des Sozialismus wurde diese auf dem demokratischen Zentralismus basierende grundlegende Methodik in Übereinstimmung mit den jeweiligen konkreten Anforderungen variiert.

In der *Wiederherstellungsperiode* entwickelte sich die Wirtschaft noch überwiegend innerhalb des durch die kapitalistische Industrialisierung gegebenen Rahmens. Abt. I und Abt. II wurden relativ gleichmäßig gestärkt. Die Wirtschaftsaufgaben konnten oftmals auch bei noch schwach zentralisierter und empfehlender Planung (z. B. in der Sowjetunion 1921-1926 [2: 25 ff.], der DDR, der ČSR und Polen 1945-1947 [5: 286, 292]) gelöst werden. Von Anfang an spielte die Wirtschaftsplanung in allen Volksdemokratien eine entscheidende Rolle bei der Festigung und Ausbreitung des gesellschaftlichen Eigentums an den Produktionsmitteln.

Hervorstechende Merkmale der Planung unter den Bedingungen der *sozialistischen Industrialisierung* waren: 1. die hochgradige Zentralisation der Planungsentscheidungen bei den zentralen wirtschaftsleitenden Organen, die über die Vorgabe einer Vielzahl von Kennziffern realisiert wurde, wobei den Industriezweigleitungen und Betrieben im we-**[1006]**sentlichen nur die Planaufschlüsselung und Plandurchführung überlassen blieb; 2. die Konzentration der Planung auf den Produktions-, Arbeitskräfte- und Investitionsplan; 3. die entscheidende Rolle quantitativer (Mengen- und Wert-) Kennziffern wie z. B. der Bruttoproduktion für alle Planungsbereiche; 4. die überragende Rolle der Jahresplanung; 5. die überwiegende Planung nach dem Branchenprinzip; 6. die vorrangige Entwicklung derjenigen Formen und Methoden der Einbeziehung der Werktätigen in die Leitung und Planung, die eine Erfüllung und Übererfüllung des betrieblichen Bruttoproduktionsplanes sichern helfen (international am verbreitetsten: die Gegenplanbewegung der ersten Hälfte der 50er Jahre, Produktionsberatung, Planaufschlüsselung). [7: 97 ff.]

Mit diesen Planungsmethoden wurden die Konzentration der materiellen und finanziellen Mittel auf wenige Zweige und Objekte der Schwerindustrie sowie hohe Zuwachsraten der industriellen Bruttoproduktion bei vorrangigem Wachstum der Abt. 1 erreicht, ungeachtet oftmals ungünstiger Ausgangsbedingungen (Mangelwirtschaft, Wirtschaftskrieg des Imperialismus, Fehlen qualifizierter Kader [13: 14 f.]).

Die in den europäischen Ländern des RGW in der zweiten Hälfte der 50er Jahre bzw. in den 60er Jahren zu verzeichnende Erschöpfung der extensiven Wachstumsfaktoren sowie die Notwendigkeit, die wissenschaftlich-technische Revolution mit den Vorzügen der sozialistischen Gesellschaftsordnung zu verbinden, machte eine stärkere Ausrichtung der Planung auf die Erfordernisse der intensiv erweiterten

Reproduktion (Intensivierung) notwendig. Bereits in der zweiten Hälfte der 50er Jahre waren in der Sowjetunion und den europäischen RGW-Ländern (bis auf Rumänien und Albanien) einige für die sozialistische Industrialisierung charakteristische Planungsmethoden abgebaut worden (Verringerung der hochgradigen Zentralisation, Lockerung des Branchenprinzips, Entwicklung der Planung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts, Verstärkung der Rolle der Perspektivplanung). [7: 150 f.] [13] Das bestehende Planungssystem hatte sich dadurch jedoch nicht grundsätzlich verändert. [7: 277 f.] Teilweise mußten die eingeleiteten Reformen wieder zurückgenommen werden (wie z. B. in der DDR 1958 [7: 158 f.] und in der ČSSR 1961 [15: 380]), es handelte sich bei ihnen um Vorboten der in der 2. Hälfte der 60er Jahre einsetzenden Wirtschaftsreformen, die Mitte der 70er Jahre noch nicht abgeschlossen waren. [7: 343 ff.] Mit den *Wirtschaftsreformen* (DDR ab 1963, UdSSR ab 1965, ČSSR ab 1967, Ungarn und Bulgarien ab 1968, Rumänien ab 1969 [14]) entwickelten die marxistisch-leninistischen Parteien der sozialistischen Länder eine neue, stärker den Anforderungen der *Intensivierung* entsprechende Planmethodik, deren Grundzüge wie folgt charakterisiert werden können:

Konsequentes Ausgehen von den Bedürfnissen und dem Bedarf im gesamten Planungsprozeß.

– Erhöhung der Rolle der langfristigen Planung und Prognose.

– Die mittelfristige Planung (Fünfjahrplan) wird zum wichtigsten Steuerungsinstrument der gesamten sozialistischen Wirtschaft.

– Die Planung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts wird zum Kern der Volkswirtschaftsplanung.

– Neben der Zweigplanung gewinnen Programmplanung (für volkswirtschaftliche und komplexe Aufgaben) und Territorialplanung zunehmende Bedeutung.

– Neben den quantitativen Kennziffern (z. B. Bruttoproduktion) erhalten qualitative Kennziffern (Rentabilität, Arbeitsproduktivität, effektive Ausnutzung der Grund- und der Umlaufmittel usw.) wachsendes Gewicht.

– Bei den Mengenkennziffern treten Finalprodukte immer mehr an die Stelle von Zwischenprodukten. **[1007]**

– Als unmittelbare Folge der genannten Veränderungen ergibt sich eine erhebliche Ausweitung des Spielraumes für Initiativen der Werktätigen im Rahmen des sozialistischen Wettbewerbs bei der Aufstellung und Durchführung der Pläne der Betriebe und Kombinate. [14: 11 ff.] [9: 907 f.]

Durch die Veränderungen in der Planmethodik wird die Rolle der zentralen Volkswirtschaftsplanung als entscheidendes Instrument der sozialistischen Planmäßigkeit zur weiteren Umgestaltung der Produktivkräfte und Produktionsverhältnisse beim Aufbau der materiell-technischen Basis des Kommunismus weiter gefestigt. Wo *kriegswirtschaftliche* Zielstellungen den Inhalt der Pläne einzelner sozialistischer Länder ganz oder wesentlich bestimmten, führte das planmethodisch zu einer außerordentlich strengen Zentralisation der Planung bei fast ausschließlicher Anwendung administrativer Leitungsmethoden (UdSSR 1941-1945). [12: 90 f.]

In denjenigen Ländern, wo in Industrie und Gewerbe der *kapitalistische Sektor bzw. der Sektor der einfachen Warenproduktion* nach der Errichtung der Diktatur des Proletariats noch erhalten blieb (DDR, China, Vietnam), entwickelte sich neben der Planung des sozialistischen Sektors ein staatliches Lenkungssystem für diese Bereiche. Dabei wurde z. B. in der DDR durch Anwendung administrativer (Materialversorgung über Wirtschaftsverträge) und ökonomischer Methoden (Lohn-, Steuer- und Kreditpolitik) der nichtsozialistische Sektor indirekt in die Volkswirtschaftsplanung einbezogen.

Die Planungssysteme in den sozialistischen Ländern wiesen von Anfang an eine große *Einheitlichkeit* in den Grundzügen auf. Sie entwickelten sich in der gleichen Richtung. Darin zeigte sich die Fähigkeit der marxistisch-leninistischen Parteien, die als Resultat des Wirkens der ökonomischen Gesetze des Sozialismus in den einzelnen Ländern gleichen bzw. ähnlichen ökonomischen Bedingungen richtig zu erkennen und der objektiv gegebenen Einheitlichkeit bewußt Ausdruck zu verleihen. Dabei ist bei Ländervergleichen – wegen des überragenden Einflusses des Planzieles auf die Planmethodik – der

Vergleich komparabler Entwicklungsetappen aufschlußreicher als der gleicher Zeitperioden. So waren die Planungssysteme der volksdemokratischen Staaten 1945-1950 je nach dem Tempo der sozialökonomischen Veränderungen und dem Grad der Wiederherstellung der Volkswirtschaft in den einzelnen Ländern noch recht unterschiedlich. Die angewandten Planungsmethoden hoben sich deutlich von den gleichzeitig in der Sowjetunion praktizierten, auf die sozialistische Industrialisierung ausgerichteten ab. Die in den 50er Jahren in den europäischen volksdemokratischen Länder einsetzende sozialistische Industrialisierung glich deren Planungssysteme einander und dem der Sowjetunion rasch an. Der Angleichungsprozeß wurde durch die *Übernahme sowjetischer Erfahrungen* beträchtlich beschleunigt. [13] Die unterschiedlich rasche Erschöpfung extensiver Wachstumsquellen, der verschieden starke Grad der Konfrontation mit den Erfordernissen der wissenschaftlich-technischen Revolution (z. B. über die Realisierung des Maschinenexports auf dem Weltmarkt) bewirkte, daß die Wirtschaftsreformen in den RGW-Ländern zu einem unterschiedlichen Zeitpunkt einsetzten, so daß in den 60er Jahren die Planmethodik von Land zu Land wieder (z. T. beträchtlich) variierte. Durch den Übergang zur allseitigen Intensivierung (verstärkte Integrationsbestrebungen im Rahmen des 1971 verabschiedeten Komplexprogramms des RGW sowie die Übernahme von Erfahrungen der Wirtschaftsreform in der Sowjetunion [9: 943]) glichen sich die Planungssysteme der europäischen RGW-Länder in den 70er Jahren wieder stärker an.

Andere sozialistische Länder befinden sich noch auf der Stufe der sozialistischen Industrialisierung (KDVR, Albanien) bzw. nahmen sie in Angriff (Kuba, Vietnam, MVR). Ihre Planungssysteme tragen die für diese Entwicklungsphase typischen Merkmale.

[108] Eine gesonderte Entwicklung nahmen lediglich Jugoslawien und China (sowie die Tschechoslowakei 1968/69 [4: 52]). Jugoslawien, das in der zweiten Hälfte der 40er Jahre das für die sozialistische Industrialisierung charakteristische, stark zentralisierte Planungssystem aufbaute, führte ab 1950 eine ausgeprägte Dezentralisierung durch und ging zur indikativen Wirtschaftsplanung über (Verzicht auf Direktivkennziffern, Versuch, die Betriebe indirekt mit Hilfe von Steuern, Kredit und Zins zu lenken usw.) [11: 370 ff.], ohne allerdings jemals auf das Recht des Staates auf administrative Eingriffe in den volkswirtschaftlichen bzw. betrieblichen Reproduktionsprozeß zu verzichten.

In China entwickelte sich während des ersten Fünfjahrplanes (1953-1957) ein stark zentralisiertes Planungssystem. [8: 214 f.] Nach 1958 erfolgte im Zusammenhang mit der „Politik des großen Sprunges“ und dem Hervortreten kriegswirtschaftlicher Ziele in der Wirtschaftspolitik die faktische Teilung der Wirtschaft. Die zentrale Leitung und Planung der Schwerindustrie wurde verstärkt, die übrigen Bereiche der Volkswirtschaft unter der Zielsetzung der „Selbstversorgung“ auf regionaler Grundlage dezentralisiert. [10: 116 f.]

Da die entscheidende Triebkraft der Weiterentwicklung des Planungssystems die aus den ökonomischen Gesetzen und den konkreten politischen und ökonomischen Bedingungen durch die Partei der Arbeiterklasse abgeleiteten und mit Hilfe der Werktätigen verwirklichten Aufgaben der jeweiligen Entwicklungsetappe des sozialistischen Aufbaus sind, ist die Planmethodik um so effektiver, je mehr sie Mittel zur Durchsetzung der objektiven Zielstellungen ist. Historisch hat sich das Auffinden der geeigneten *Ziel-Mittel-Relation* als komplizierter und nicht immer konfliktlos verlaufender Prozeß erwiesen. Probleme gibt es *erstens* dann, wenn die in den Plänen festgelegten Ziele nur unzureichend den ökonomischen Erfordernissen entsprachen. So überzogen z. B. die ersten Perspektivpläne der europäischen volksdemokratischen Länder teilweise das Industrialisierungstempo. Die zur Verwirklichung der überhöhten Zielstellungen entwickelten Planungsmethoden führten zeitweise in einigen Ländern zu einer übermäßigen Zentralisation und zu volkswirtschaftlichen Effektivitätsverlusten. [15: 378, 386, 390]

Zweitens gelang es nicht allen sozialistischen Ländern, immer rechtzeitig die Zielstellungen der Pläne und das Planungssystem den veränderten Entwicklungsbedingungen anzupassen. Die Beibehaltung einer überwiegend extensiven Wirtschaftspolitik und -planung unter den Bedingungen zunehmender Erschöpfung extensiver Wachstumsfaktoren führte in einigen RGW-Ländern Anfang der 60er Jahre zu ökonomischen Problemen. [4: 47 f.]

Drittens mußten in Perioden des Übergangs die Pläne vielfach die für zwei Etappen des sozialistischen Aufbaus charakteristischen Zielstellungen enthalten. Das zu berücksichtigen, erwies sich planmethodisch als eine außerordentlich komplizierte Aufgabe. Das Fehlen eines abgestimmten Zielsystems erschwerte die Ausarbeitung einer einheitlichen Planmethodik. Das wiederum führte zu Widersprüchen und Reibungsverlusten innerhalb des Planungssystems wie z. B. in der DDR während des zweiten Fünfjahrplanes und des Siebenjahrplanes (1956-1962). [7: 277 ff.] Die Entwicklung des Planungssystems und die Erhöhung seiner Effektivität ist aber nicht nur das Problem der rechtzeitigen und richtigen Anpassung der Planung an den Entwicklungsstand der Produktivkräfte und Produktionsverhältnisse, wobei die Tatsache, daß die Planung aktiv und verändernd auf diese einwirkt, nicht übersehen werden darf. Die Vervollkommnung der Planung ist auch eine Frage der schrittweisen *Vervollständigung des Wissens über das komplizierte Zusammenspiel der einzelnen Elemente des Planungsprozesses* und über den Zusammenhang der Planung mit den anderen Bestandteilen des Wirtschafts-**[1009]**mechanismus (wirtschaftliche Rechnungsführung, Organisationsstruktur, Wettbewerbsbewegung).

Bleibt man bei einer oberflächlichen Betrachtung der Planung in den sozialistischen Ländern stehen, so ist ihre Geschichte gekennzeichnet durch eine Vielzahl von Änderungen der Planmethodik, die den Eindruck einer überwiegend diskontinuierlich verlaufenden Entwicklung erwecken. Werden nur die bedeutenderen Veränderungen erfaßt, dann hat es z. B. in der DDR seit Ende der 40er Jahre mindestens sechs größere Umstellungen in der Planmethodik gegeben: 1950/51, 1955-1957, 1958/59, 1963/64, 1966, 1970/71. Ähnlich verlief die Entwicklung in einigen anderen RGW-Ländern. [15: 374 ff.] [11: 15 ff.] [14]. Analysiert man die einzelnen Umstellungen und klassifiziert sie nach ihren Ursachen, so ergibt sich folgendes Bild: Der Mehrzahl der Reorganisationen lag die Anpassung der Planmethodik an die veränderten Aufgabenstellungen in den verschiedenen Etappen des sozialistischen Aufbaus zugrunde. Diese Etappen sind Ausdruck der *kontinuierlichen* Entwicklung der sozialistischen Wirtschaft, und in diesem Sinne sind auch die Reorganisationen Widerspiegelung der grundsätzlich kontinuierlichen Entwicklung des Leitungs- und Planungsprozesses. Sie sind es aber nicht nur mittelbar. Charakteristisch für alle einschneidenden Veränderungen im Planungssystem war, daß im Schoß des alten bereits die Elemente des neuen Planungssystems heranwuchsen. [14: 23] So wurden in der DDR 1955-1957 bereits neue Elemente im Planungssystem geschaffen, die ihre weitere Ausprägung im Neuen Ökonomischen System (NÖS) (ab 1963/64) erhalten haben.

Selbst detaillierte Regelungen des NÖS wurden in den seit 1958/59 erlassenen planmethodischen Bestimmungen vorgeformt. [7: 335 ff.] Zwischen dem Planungssystem der ersten Hälfte der 50er und dem der 60er Jahre lag also eine längere Übergangsperiode, die durch das Vorhandensein von Elementen des alten und des neuen Planungssystems und die allmähliche Zurückdrängung des alten Systems gekennzeichnet waren. Unter diesem Gesichtspunkt kann die Umgestaltung des Planungssystems als ununterbrochener Prozeß bezeichnet werden, wobei allerdings der qualitative Umschlag in ein neues Planungssystem nicht aus dem Auge verloren werden darf. [7: 343 ff.]

Erst die genaue Analyse der einzelnen Umgestaltungen des Planungssystems vermittelt also ein reales Bild vom Verhältnis von Kontinuität und Diskontinuität. Durch die in den 70er Jahren zunehmende langfristige Planung der Entwicklung des Wirtschaftsmechanismus (seit dieser Zeit enthalten z. B. die Fünfjahrpläne der Sowjetunion und der DDR einen Planteil der Vervollkommnung des Leitungs- und des Planungssystems) werden die bisher noch vorhandenen Elemente der Spontanität weiter zugunsten einer planmäßigen und kontinuierlichen Entwicklung zurückgedrängt.

Literatur:

1. *Kuczynski, J.*: Propheten der Wirtschaft. Berlin 1970; 2. *Kurskij, A. D.:* Naučnye osnovy sovetskich pjatiletok. Moskau 1974; 3. *Petrakowa, N.,* in: Beiträge zur Geschichte der Politischen Ökonomie des Sozialismus. Berlin 1975, 5. 282 ff.; 4. *Prucha, V.:* Die wirtschaftliche Entwicklung der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik. Berlin 1975; 5. *Roesler, J.,* in: JG, 1974, Bd. 12; 6. *Ders.* in: JG, 1976, Bd. 14, 5. 287 ff.; 7. *Ders.:* Die Herausbildung der sozialistischen Planwirtschaft in der DDR. Berlin 1978. 8. *Ėkonomičeskaja istorija socialističeskich stran.* Moskau 1971; 9. *Gesetzmäßigkeiten*

der intensiv erweiterten Reproduktion bei der Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft. Berlin 1976; 10. *Kitajskaja Narodnaja Respublika.* Moskau 1975; 11. *Planirovanie i upravlenie narodnym cbozjajstvom v socialisičeskich stranach.* Moskau 1969; 12. *Po edinomu planu.* Moskau 1971; 13. *Soveršenstvovanie form upravlenija v* **[1010]** *evropejskich stranach narodnoj demokratii.* Moskau 1961; 14. *Soveršenstvovanie upravlenija ėkonomikoj stran SĖV.* Moskau 1974; 15. *Sozialistisches Weltwirtschaftssystem.* Bd. 1. Berlin 1967; 16. *Volkswirtschaftsplanung.* Berlin 1975.

Jörg Roesler

2.7.18. RGW und ökonomische Integration

Die wachsende Weltgeltung der UdSSR und die siegreichen volksdemokratischen Revolutionen in mehreren Ländern Europas und Asiens einerseits und die konterrevolutionäre imperialistische Politik andererseits charakterisierten in ihrer dialektischen Wechselwirkung die Gesamtheit der historischen Entwicklung in der Etappe von 1944 bis 1948/49. Besonders stark wirkten sie sich auf die internationalen Wirtschaftsbeziehungen aus und prägten insofern die Vorgeschichte des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe.

Die Außenwirtschaftspolitik der Sowjetunion war nach dem Kriege darauf ausgerichtet, im Sinne der Politik der friedlichen Koexistenz normale Wirtschaftsbeziehungen mit allen Ländern, insbesondere auch mit den benachbarten Staaten, herzustellen. In den Freundschafts- und Beistandsverträgen, die 1943 bzw. 1945 von der UdSSR mit der Tschechoslowakei bzw. mit Jugoslawien und Polen abgeschlossen wurden, nahm der Gedanke, „die wirtschaftlichen Beziehungen in größtmöglichem Maße zu entwickeln“ [12: 332], einen vorrangigen Platz ein.

Trotz vielgestaltiger politischer und materieller Hindernisse gelang es der Sowjetunion, bereits in den ersten Monaten nach der Befreiung ökonomische Beziehungen zu den Ländern Mittel- und Südosteuropas herzustellen. Der Warenaustausch erfolgte unter Anwendung demokratischer Prinzipien und nach der Methode des Clearings. Das traf auch auf den Handel zwischen den volksdemokratischen Ländern zu, der 1946 ebenfalls in Gang kam. Die ökonomischen Beziehungen zwischen der UdSSR und den Volksdemokratien wurden für den Wiederaufbau der beteiligten Volkswirtschaften zum Stimulus und stärkten die Positionen der revolutionären Kräfte im Klassenkampf innerhalb der volksdemokratischen Staaten.

Etwa von Ende 1947 an nahmen die Wirtschaftsbeziehungen der volksdemokratischen bzw. der sozialistischen Länder allmählich einen neuen Charakter an. Das ergab sich aus der Veränderung der politischen Machtverhältnisse sowie der sozialökonomischen Grundlagen in den Ländern Mittel- und Südosteuropas. Die volksdemokratische Staatsmacht übernahm vollständig die Funktionen der Diktatur des Proletariats, und der sozialistische Sektor erlangte das Übergewicht in der Industrie und bestimmenden Einfluß in den anderen Volkswirtschaftszweigen. Fast gleichzeitig (1947-1949) gingen die Staaten Mittel- und Südosteuropas zur Volkswirtschaftsplanung über. Dank dieser Voraussetzungen wurde es möglich, die Außenwirtschaftsbeziehungen zwischen den volksdemokratischen Ländern und der Sowjetunion nach den Prinzipien des sozialistischen Internationalismus, deren wesentlichstes Element die gegenseitige Hilfe darstellt, zu gestalten. Das fand seinen Ausdruck in längerfristigen und volumenmäßig erweiterten Warenabkommen, in ersten Abkommen über wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit und über die Ausbildung von Kadern aus den volksdemokratischen Ländern an sowjetischen Hochschulen sowie in der systematischen Übernahme sowjetischer Produktionserfahrungen. Für den beginnenden planmäßigen Aufbau der Grundlagen des Sozialismus in den volksdemokratischen Ländern war es von entscheidender Bedeutung, **[1011]** daß die UdSSR bereit war, ihnen finanziell, technisch und durch den Einsatz erfahrener Kader bei der Errichtung einer modernen Großindustrie zu Hilfe zu kommen.

Der dem Wesen der sozialistischen Macht- und Produktionsverhältnisse entspringende Übergang zur sozialistischen ökonomischen Zusammenarbeit zwischen den Arbeiter-und-Bauern-Staaten wurde noch dadurch beschleunigt, daß die kapitalistischen Staaten unter dem Druck des USA-Monopolkapitals ein Embargo gegen den „Ostblock“ errichteten. Die Mitgliederländer des Nordatlantikpaktes und Japan schufen gemeinsame Organe (COCOM und Consultativ Groups) [4], die die Lieferung von

Maschinen, Ausrüstungen und Rohstoffen an die Länder mit sozialistischer Ordnung zu verhindern suchten. Die Sowjetunion und die volksdemokratischen Länder widerstanden dem imperialistischen Boykott, indem sie alle eigenen Reserven, darunter die der gegenseitigen Hilfe, mobilisierten.

Zu Beginn des Jahres 1949 waren Bedingungen herangereift, die die Schaffung eines organisierenden Zentrums für die ökonomische Zusammenarbeit der verbündeten sozialistischen Länder möglich und notwendig machten. Die objektiv gleichartigen politischen und sozialökonomischen Verhältnisse in den einzelnen Staaten gestatteten es, die bilaterale Zusammenarbeit durch multilaterale Formen zu ergänzen; auch hatten die beteiligten Länder die Wiederherstellungsperiode abgeschlossen und gingen fast gleichzeitig zu einer neuen bzw. zur ersten Etappe des sozialistischen Aufbaus über. Unter den Bedingungen des imperialistischen kalten Krieges konnten die Aufbau- und Verteidigungsaufgaben nur dann erfolgreich nebeneinander gelöst werden, wenn die Vorzüge der internationalen ökonomischen Zusammenarbeit durch multilaterale Abstimmung voll zur Wirkung gebracht wurden. Diesen Gegebenheiten entsprach der Beschluß zur Gründung des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe, der auf einer Beratung von führenden Wirtschaftsfunktionären Bulgariens, Ungarns, Polens, Rumäniens, der UdSSR und der Tschechoslowakei (5.-8.1.1949 in Moskau) gefaßt wurde. Diese Gründungsmitglieder nahmen im Februar 1949 Albanien und im September 1950 die DDR in den RGW auf.

In der ersten Etappe des RGW von 1949 bis 1955 wurden sechs Ratstagungen durchgeführt (I.: April 1949 Moskau; II.: August 1949 Sofia; III.: November 1950 Moskau; IV.: März 1954 Moskau; V.: Juni 1954 Moskau; VI.: Dezember 1955 Budapest). Sie legten den demokratischen Modus der Arbeitsweise des RGW fest, wobei die Prinzipien der Gleichheit, der Gleichberechtigung, der Respektierung der Souveränität der Mitgliedsländer und der gegenseitigen Hilfe zugrunde gelegt wurden, und gingen schrittweise an die Lösung der vordringlichsten gemeinsamen Aufgaben. In erster Linie kam es darauf an, ein stabiles Außenhandelsnetz zwischen den Teilnehmerländern zu schaffen. [2: 233 ff.] Zu diesem Zweck orientierte der Rat auf den Abschluß langfristiger Handelsabkommen, arbeitete einheitliche allgemeine Lieferbedingungen aus, überprüfte regelmäßig den Stand der gegenseitigen Warenlieferungen, legte den transferablen Rubel als Verrechnungsgrundlage und die Unveränderlichkeit der Preise im gegenseitigen Handel fest, erprobte Musterkontrakte für Massengüter und Methoden für einheitliche Abrechnungsformen, begann mit der Koordinierung der Schiffsfrachten und der staatlichen Transportunternehmen. In Abwehr des imperialistischen Wirtschaftsboykotts organisierte der RGW auch das abgestimmte Auftreten der Mitgliedsländer auf Drittmärkten, wodurch wesentliche Exportverbote und Preisdiktate transparent gemacht werden konnten.

Ein wesentliches Anliegen des RGW bestand in der ersten Etappe seines Wirkens darin, die wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit der Mitgliedsländer in Gang zu bringen. Er regte den Abschluß von bilateralen Abkommen über wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit und die Bildung paritätischer Expertenkommissionen an. Die **[1012]** II. Ratstagung faßte den Beschluß, wissenschaftlich-technische Dokumentationen zwischen den RGW-Ländern kostenlos auszutauschen, der in der Periode des vorwiegend extensiven sozialistischen Aufbaus besonders für die weniger entwickelten Länder von großem Nutzen war [7: 123 ff.], später jedoch durch andere, die Forschung stimulierende Beschlüsse ergänzt werden mußte. Die UdSSR vergab bis 1970 an andere RGW-Länder unentgeltlich über 27.000 wissenschaftlich-technische Dokumentationen, während sie in der gleichen Zeit etwa 15.000 erhielt. [2: 177]

In der ersten Etappe der Existenz des RGW bestanden nur geringe Voraussetzungen für eine Plankoordinierung und eine planmäßige Arbeitsteilung zwischen den Mitgliedsländern. Dennoch entwickelten sich in jenen Jahren Vorstellungen und auch erste Ansätze für eine Zusammenarbeit in der Produktion. Bereits auf der Gründungskonferenz war von einer Abstimmung der Entwicklungspläne der Volkswirtschaften die Rede gewesen [2: 41, 124], und in den Jahren danach ergriff der RGW zahlreiche Maßnahmen, um die Entstehung bestimmter Produktionskapazitäten oder die Produktion selbst zu koordinieren. Er förderte die Erzeugung defizitärer Waren wie Kokskohle, Walzstahl, Elektroenergie, Leder, Baumwolle u. a. und machte andererseits durch Übersichten auf doppelt produzierte Typen und Größen, z. B. bei Wälzlagern, Landmaschinen, Traktoren und Schiffen, aufmerksam. 1954/55 nahm der RGW die Abstimmung der Volkswirtschaftspläne 1956-1960 in Angriff, wobei

das Ziel zunächst darin bestand, die wichtigsten Arten der Produktion für die ganze RGW-Gemeinschaft zu bilanzieren. Mit dieser Arbeit erreichte der RGW eine höhere Stufe in der internationalen sozialistischen Wirtschaftszusammenarbeit.

In der Entwicklungsetappe des RGW von 1956 bis 1961/62 fanden neun Ratstagungen statt (VII.: April 1956 Berlin; VIII.: Juni 1957 Warschau; IX.: Juni 1958 Bukarest; X.: Dezember 1958 Prag; XI.: Mai 1959 Tirana; XII.: Dezember 1959 Sofia; XIII.: Juli 1960 Budapest; XIV.: März 1961 Berlin; XV.: Dezember 1961 Warschau). Die auf der VII. Ratstagung bestätigte Planabstimmung für 1956-1960 erlangte praktisch nur wenig Wirksamkeit, da die RGW-Länder ihre Fünfjahrpläne infolge des konterrevolutionären Putsches in Ungarn und imperialistischer Störaktionen in anderen Ländern kurzfristig und operativ umstellen mußten. Dank außerordentlicher Hilfsmaßnahmen von sowjetischer Seite gelangten die betroffenen sozialistischen Volkswirtschaften jedoch bald wieder ins Gleichgewicht, und der RGW begann 1957 mit der Schaffung von Voraussetzungen für eine stabilere und anspruchsvolle Zusammenarbeit. Unter anderem unterzeichneten die Mitgliedsländer 1957 ein Abkommen über multilaterales Clearing, das den Warenaustausch zwischen ihnen förderte. Im darauffolgenden Jahr einigten sie sich auf „Prinzipien für die Preisbildung im Handel zwischen den sozialistischen Ländern“, die auch die Trends auf den internationalen Hauptwarenmärkten berücksichtigten. [3: 70 ff.] Eine Konferenz der führenden Vertreter der kommunistischen und Arbeiterparteien der RGW-Länder, die im Mai 1958 stattfand, orientierte auf eine tiefergehende Arbeitsteilung bei der Gewinnung von Roh- und Brennstoffen sowie in der industriellen Produktion. Aufgrund dieser Anregung erarbeiteten RGW-Expertengruppen das Projekt einer Erdölleitung von den Lagerstätten in der UdSSR bis nach Polen, der Tschechoslowakei, Ungarn und der DDR, das von der X. Ratstagung gebilligt wurde [3: 98], sowie den Plan einer etappenweise zu realisierenden Vereinigung der Energiesysteme der Mitgliedsländer, der von der XI. Tagung akzeptiert und sofort in Angriff genommen wurde. [19: 174] Gleichzeitig wurde die Zusammenarbeit der RGW-Länder juristisch fester gestaltet, indem die XII. Ratstagung ein Statut des RGW [10] und andere Grundsatzdokumente annahm. Das Statut bekräftigte die demokratischen und internationalistischen Prinzipien des RGW und festigte seine Organi-**[1013]**sation. Großen Anteil an der Qualifizierung der RGW-Arbeit erlangten in jenen Jahren die Ständigen Kommissionen, die von 1956 an schrittweise für alle Wirtschaftszweige geschaffen wurden. So wurde aufgrund von Vorschlägen der Ständigen Kommission Landwirtschaft 1960 mit einer effektiven Kooperation zwischen den RGW-Ländern auf dem Gebiet der Saat- und Rasseviehzucht, der landwirtschaftlichen Mechanisierung und Chemisierung begonnen, die seither ständig erweitert und verbessert wurde und zu überzeugenden Vorteilen für alle Beteiligten geführt hat. Die Ständige Kommission Maschinenbau verabschiedete zwischen 1958 und 1966 Spezialisierungsempfehlungen für 37 Gruppen des Maschinen- und Gerätebaus, die, obwohl nicht vollständig realisiert, den Ausgangspunkt für die internationale Verflechtung der Maschinenbauproduktion der RGW-Länder bildeten. [19: 426 f.]

Die dritte Entwicklungsetappe des RGW (1961/62-1969) wurde durch Treffen der führenden Vertreter der kommunistischen und Arbeiterparteien eingeleitet. Sowohl die Weltkonferenz der Bruderparteien in Moskau 1960 als auch die Konferenzen der marxistisch-leninistischen Parteien der RGW-Länder von 1962 und 1963 befaßten sich mit dem Charakter der weiteren ökonomischen Kooperation. Ihre gemeinsamen Auffassungen schlugen sich in den „Prinzipien der internationalen sozialistischen Arbeitsteilung“ [11] nieder, die im Juni 1962 beschlossen wurden und sowohl die politische Zielvorstellung als auch methodische Anleitungen für die weitere Gestaltung der RGW-Zusammenarbeit enthielten. Auf der Basis dieses Dokuments faßten die Ratstagungen der folgenden Jahre (XVI.: Juni 1962 Moskau; XVII.: Dezember 1962 Bukarest; XVIII.: Juli 1963 Moskau; XIX.: Januar 1965 Prag; XX.: Dezember 1966 Sofia; XXI.: Dezember 1967 Budapest; XXII.: Januar 1969 Berlin) Beschlüsse, durch deren Verwirklichung materielle Voraussetzungen für die spätere sozialistische ökonomische Integration entstanden. Eine solche Funktion hatte z. B. die von fünf Mitgliedsländern in den Jahren 1961-1964 verlegte Erdölleitung Freundschaft (Gesamtlänge 4.564 km), über die seit 1962 die Tschechoslowakei und Ungarn, seit 1963 Polen und die DDR sowjetisches Erdöl erhalten, sowie der 1963 eingerichtete Gemeinsame Güterwagenpark (QPW), der eine wesentliche Rationalisierung des

Transportwesens im RGW-Bereich bedeutete. [10] Auch auf dem Gebiet des Energiewesens wurde die Zusammenarbeit weiter ausgebaut. Nachdem zwischen 1959 und 1962 Stromverbundleitungen zwischen der DDR, Polen, der Tschechoslowakei, Ungarn und der Sowjetunion installiert worden waren, unterzeichneten diese fünf Länder sowie Rumänien und Bulgarien im Juni 1962 ein Abkommen über die Organisierung einer Zentralen Dispatcherverwaltung der Vereinigten Energiesysteme [10] in Prag. Die Verbindung zum rumänischen Energienetz wurde 1963, zum bulgarischen 1966 hergestellt. Auch Jugoslawien wurde über Ungarn und Bulgarien den Vereinigten Energiesystemen angeschlossen. In den folgenden Jahren wurde dieses internationale Stromnetz ständig ausgebaut und verstärkt, so daß sich dank der gegenseitigen Energielieferungen die nationalen Energiehaushalte bedeutend verbesserten. Am 1.1.1964 trat das „Abkommen über mehrseitige Verrechnungen in transferablen Rubeln und die Organisierung der Bank für wirtschaftliche Zusammenarbeit“ [10] in Kraft. Damit wurde eine kollektive Währung mit der Bezeichnung „transferabler Rubel“ [13] für die Verrechnung von Außenhandelsgeschäften und Kreditoperationen zwischen den RGW-Ländern eingeführt, was zu einer Stimulierung ihres Warenaustauschs führte.

In den 60er Jahren entwickelten die RGW-Länder auch neue organisatorische Formen für die Zusammenarbeit in der Produktion. Sie unterstützten sich gegenseitig beim Bau von Betrieben, an deren Produktion mehrere Partnerländer interessiert waren. 1964 gründeten fünf Mitgliedsländer eine „Organisation für die Zusammenarbeit in der **[1014]** Wälzlagerindustrie“ [10], die besonders nach dem Beitritt der UdSSR 1965 wesentlich dazu beitrug, das Defizit an Wälzlagern zu verringern. Im selben Jahre schufen sich sechs RGW-Länder eine Organisation für die Koordinierung der Produktion, Entwicklung und Zusammenarbeit in der Schwarzmetallurgie (Intermetall) [10] , die eine bessere Auslastung der metallurgischen Kombinate und ein bedarfsgerechteres Angebot an Stahl und Walzgut erreichte.

Die erfolgreiche ökonomische Zusammenarbeit der europäischen sozialistischen Länder hob die Autorität des RGW auch nach außen. 1962 ersuchte die Mongolische Volksrepublik um Aufnahme in den RGW [2: 56], und 1964 unterzeichnete die jugoslawische Regierung ein „Abkommen über die Teilnahme der SFRJ an der Arbeit der Organe des RGW“. [10] Die Beteiligung des ersten asiatischen Staates am RGW warf neue Probleme auf, da die MVR erst am Anfang der sozialistischen Industrialisierung stand. Die folgenden Jahre haben jedoch bewiesen, daß die Mitarbeit der Mongolischen Volksrepublik im RGW nicht nur deren Entwicklung beschleunigte, sondern daß sie insbesondere wegen der mongolischen Exportfähigkeit an landwirtschaftlichen und mineralischen Rohstoffen auch den anderen Partnerländern zum Vorteil gereichte. Auch die Assoziierung Jugoslawiens an der Arbeit des RGW erwies sich für beide Seiten als vorteilhaft, wovon zahlreiche Spezialisierungsvereinbarungen auf dem Gebiet des Maschinenbaus Zeugnis ablegen. Die VR Albanien stellte Ende 1961 ihre Mitarbeit im RGW ein. [2: 56 f.]

Große Aufmerksamkeit widmeten die RGW-Länder der Koordinierung der Fünfjahrpläne 1966-1970. Sie begannen damit bereits 1962 und führten mehrere Abstimmungsrunden durch. Dank dieser intensiven Arbeit gelang es, eine gewisse Stabilität in der Rohstoffversorgung zu erreichen, mehrere Defizitpositionen zu beseitigen und unnütze Parallelinvestitionen zu vermeiden. Trotzdem waren die Ergebnisse der Plankoordinierung für das Jahrfünft 1966-1970 noch nicht optimal. Sie wurden vom Fehlen einer abgestimmten Grundkonzeption für die Weiterentwicklung der RGW-Länder sowie von der Uneinheitlichkeit der nationalen Planungssysteme beeinträchtigt. Außerdem wurden kaum ökonomische Stimuli zur Ausgestaltung der Zusammenarbeit zwischen den RGW-Ländern angewandt. [15: 125] Die Organe des RGW wirkten unablässig daran, vollkommenere Formen der Zusammenarbeit, die die nationalen ökonomischen Interessen der Mitgliedsländer maximal berücksichtigten, zu erkunden. Dank dieser Anstrengungen gelang in der zweiten Hälfte der 60er Jahre ein bedeutender Fortschritt in der wissenschaftlich-technischen Zusammenarbeit, was in der Annahme von Plänen und Abkommen zur Koordinierung der wichtigsten wissenschaftlichen und technischen Forschungsarbeiten [1: 57 ff.] zum Ausdruck kam. Auch in der Spezialisierung der Produktion kamen die RGW-Länder voran, besonders nachdem 1967 neue juristische Formen für die Vorbereitung, vertragliche Fixierung und Realisierung von Spezialisierungsmaßnahmen gefunden wurden.

Gegen Ende der 60er Jahre erwuchsen den RGW-Ländern im Zusammenhang mit dem Aufbau der entwickelten sozialistischen Gesellschaft bzw. der Grundlagen des Kommunismus neue anspruchsvolle Aufgaben. Diese Tatsache sowie die Erfordernisse der wissenschaftlich-technischen Revolution erzeugten eine verstärkte Tendenz zur Internationalisierung des Wirtschaftslebens in den sozialistischen Ländern und machten den Übergang zu einer höheren Stufe ihrer ökonomischen Zusammenarbeit unaufschiebbar. Gleichzeitig gebot auch die großangelegte Friedensoffensive der verbündeten sozialistischen Staaten eine stärkere Konzentration ihrer ökonomischen Kräfte, da ihre wirtschaftliche Leistungsfähigkeit ein stimulierender Faktor bei der Durchsetzung der Politik der friedlichen Koexistenz in Europa und Voraussetzung für eine gegenseitig **[1015]** vorteilhafte ökonomische Zusammenarbeit mit den entwickelten kapitalistischen Staaten war.

Die Beratung der Partei- und Staatsdelegationen der RGW-Länder, die im April 1969 in Moskau stattfand und sich als XXIII., Außerordentliche Ratstagung konstituierte, zog aus den gegebenen Bedingungen den Schluß, die wirtschaftliche Zusammenarbeit auf eine qualitativ höhere Stufe zu heben. Von jetzt an stand im RGW die Aufgabe der sozialistischen ökonomischen Integration. (Nach anderen Auffassungen, z. B. nach der von Senin [6: 335], vollzog sich bereits früher ein Prozeß der ökonomischen Integration zwischen den RGW-Ländern und kann die XXIII. Ratstagung nur als wichtiger Markstein in diesem Prozeß angesehen werden.) Die XXIII. Ratstagung beschloß [10], einen Plan der „Hauptrichtungen für die weitere Entwicklung der wirtschaftlichen und wissenschaftlich-technischen Zusammenarbeit der RGW-Länder und konkrete Maßnahmen zu ihrer Verwirklichung für einen längeren Perspektivzeitraum“ auszuarbeiten. Damit wurde eine neue Etappe in der Geschichte des RGW eingeleitet, in deren Verlauf bisher acht Ratstagungen stattfanden (XXIV.: Mai 1970 Warschau; XXV.: Juli 1971 Bukarest; XXVI.: Juli 1972 Moskau; XXVII.: Juni 1973 Prag; XXVIII.: Juni 1974 Sofia; XXIX.: Juni 1975 Budapest; XXX.: Juli 1976 Berlin; XXXI.: Juni 1977 Warschau). Der 1969 konzipierte Plan wurde von der XXV. Ratstagung unter der Bezeichnung „Komplexprogramm für die weitere Vertiefung und Vervollkommnung der Zusammenarbeit und Entwicklung der sozialistischen ökonomischen Integration der Mitgliedsländer des RGW“ [10] einstimmig angenommen. Er erstreckte sich auf die nächsten 15-20 Jahre und enthielt folgende Maßnahmen: 1. schrittweise Annäherung und Angleichung des ökonomischen Entwicklungsniveaus der Mitgliedsländer; 2. Effektivierung der Zusammenarbeit in der Planung, in Wissenschaft und Technik, im Außenhandel und in den Valuta- und Finanzbeziehungen; 3. Vertiefung der Zusammenarbeit in den Wirtschaftszweigen Industrie, Landwirtschaft, Transportwesen, Bauwesen und Wasserwirtschaft; 4. Vervollkommnung der Rechtsgrundlagen der verschiedenen Kooperationsformen.

Mit der Annahme des Komplexprogramms begann der langfristige und komplizierte Prozeß der sozialistischen ökonomischen Integration, der ein neues, umfassenderes Herangehen an die Fragen des Zusammenwirkens sowie die subjektive Fähigkeit voraussetzte, die rationellsten Lösungen sowohl vom Standpunkt der Interessen der einzelnen Länder als auch im Interesse des Weltsozialismus, d. h. des internationalen Klassenkampfes der Gegenwart, zu finden. Da die langfristigen, grundlegenden Interessen der RGW-Länder aufgrund der Gleichartigkeit ihrer Gesellschaftsordnung übereinstimmen, sind auch ihre konkreten, unmittelbaren, einzelnen Interessen prinzipiell koordinierbar. Allerdings sind sie nicht von vornherein und automatisch deckungsgleich, denn die RGW-Länder unterscheiden sich auch unter den Bedingungen des Integrationsprozesses noch für eine lange Frist nach ihrem ökonomischen Entwicklungsniveau, nach der Art ihrer Volkswirtschaftskomplexe, nach ihrer internationalen Stellung usw. Die Existenz von spezifischen nationalen Interessen hängt auch damit zusammen, daß die RGW-Länder souverän über das sozialistische Eigentum an Produktionsmitteln verfügen; eine harmonische Verbindung von internationalen und national-staatlichen Interessen bedeutet daher auch, solche Leitungs- und Planungsformen zu entwickeln, durch die das sozialistische Eigentum der RGW-Länder untereinander koordiniert und in zunehmendem Maße gemeinsam genutzt werden kann. [19: 215]

Um den hohen Ansprüchen der sozialistischen ökonomischen Integration gerecht zu werden, mußte der von den kommunistischen und Arbeiterparteien und den souveränen Staaten gelenkte internationale Mechanismus der Zusammenarbeit weiter vervollkomm-**[1016]**net werden. Unmittelbar vor und

nach der Inkraftsetzung des Komplexprogramms baute der Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe deshalb seine Leitungs- und Organisationsstruktur weiter aus. So bildeten die Leiter der obersten Planungsbehörden der Mitgliedsländer im Januar 1972 das „Komitee für die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Planungstätigkeit“, und auf Beschluß der XXV. Ratstagung wurde die Ständige Kommission für wissenschaftlich-technische Forschungen in das Komitee des RGW für wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit umgebildet. Als drittes RGW-Komitee wurde 1974 das für die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der materiell-technischen Versorgung gegründet. Anfang 1972 nahm das „Internationale Institut für ökonomische Probleme des sozialistischen Weltsystems“ seine Tätigkeit auf. Es hat seinen Sitz in Moskau, untersteht direkt dem Exekutivkomitee des RGW und wird von Wissenschaftlern aus allen RGW-Ländern geleitet und besetzt. Zur besseren Organisierung der Arbeiten zur Erfüllung des Komplexprogramms gründete der RGW eine Reihe weiterer kollektiver Institutionen, so die Beratung der Leiter der Ämter für Erfindungs- und Patentwesen (1971), der Minister für Binnenhandel (1971), der Leiter der staatlichen Preisämter (1973), der Leiter der Ämter für Arbeit (1974); weiterhin auch neue Ständige Kommissionen (für Post- und Fernmeldewesen 1971, für Gesundheitswesen 1975, für Zivile Luftfahrt 1975) und andere Einrichtungen wie das Büro zur Koordinierung der Befrachtung von Schiffen (1971). Durch ein spezielles Abkommen zwischen sieben RGW-Staaten wurde am 1.1.1971 eine Internationale Investitionsbank [10] [13] ins Leben gerufen, der einige Tage später die SR Rumänien, 1974 die Republik Kuba und 1977 die SR Vietnam beitraten. Die IIB wurde gegründet, um die Ressourcen der Mitgliedsländer für gemeinsam interessierende Investitionsanlagen zu konzentrieren und effektiv zu nutzen. Die Teilhaber der Bank bildeten ein Grundkapital von 1.052,6 Mill. transferablen Rubeln, das zur Kreditvergabe für solche Produktions- und Verkehrsanlagen, deren Einrichtung im Interesse mehrerer oder aller RGW-Partner liegt, genutzt wird.

Parallel zur Ausarbeitung des Komplexprogramms wurde 1970/71 die bereits 1967 begonnene Plankoordinierung für 1971-1975 zu Ende geführt. Dabei gelang es, durch bi- und multilaterale Absprachen den Bedarf der RGW-Länder an Erzeugnissen der Schwarzmetallurgie fast vollständig zu sichern und auf einigen Gebieten der Maschinenbau-, der Chemie- und der Leichtindustrie die Arbeitsteilung zu vertiefen. Bereits während der Plankoordinierung wurde mit Vorhaben begonnen, die der besseren Versorgung mehrerer RGW-Länder mit Roh- und Brennstoffen dienten. So wurde in den Jahren 1966-1973 ein zweiter Strang der Erdölleitung „Freundschaft“ verlegt, wodurch Ungarn, die ČSSR, Polen und die DDR ein beträchtlich größeres Quantum an sowjetischem Erdöl beziehen konnten. Die Lieferung von sowjetischem Erdgas begann 1967 mit der Verlegung der Leitung „Brüderlichkeit“ bis auf polnisches und tschechoslowakisches Territorium. Durch ein Ensemble von Verträgen, die zwischen 1968 und 1971 unterzeichnet wurden, wurde der Bau von weiteren Erdgasleitungen vereinbart, durch die die ČSSR, die DDR, Bulgarien und Ungarn seit 1973-1975 sowjetisches Erdgas erhalten. Zu den Ergebnissen der Plankoordinierung für 1971-1975 gehörten auch die abgestimmte Entwicklung eines einheitlichen Containertransportsystems des RGW sowie ein Fünfjahrplan für die koordinierte wissenschaftlich-technische Forschung [1: 124 ff.], der 270 wissenschaftlich-technische Probleme mit 772 Einzelthemen enthielt. Darunter nahmen erstmalig Fragen des Umweltschutzes einen größeren Raum ein. Mit der Realisierung dieses Fünfjahrplans der wissenschaftlich-technischen Forschung stieg die Einrichtung von internationalen Koordinierungszentren, Forscherkollektiven, Laboratorien und anderen Institutionen, in denen Experten aus den RGW-Ländern zusammenwirken, sprunghaft an. Die hochorganisierte wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit fand **[1017]** durch die 1972 verabschiedeten „Organisatorisch-methodischen, ökonomischen und rechtlichen Grundlagen der wissenschaftlich-technischen Zusammenarbeit der Mitgliedsländer des RGW und der Tätigkeit der RGW-Organe auf diesem Gebiet“ sowie durch andere Vereinbarungen ihre juristische Untermauerung. Allerdings konnte damit die ökonomische Effektivität der wissenschaftlich-technischen Zusammenarbeit noch nicht in dem erforderlichen Maß gesichert werden.

Die Annahme des Komplexprogramms gab den Arbeitsgremien des RGW lebhafte Impulse. Die Ständige Kommission Elektroenergie legte 1972 eine prognostische Untersuchung über die Entwicklungsrichtung der Energieerzeugung und des Energieverbrauchs in den Jahren bis 1990 vor und leitete daraus zahlreiche Vorschläge für die Zusammenarbeit der RGW-Länder auf dem Gebiet der

Energieversorgung ab. Diese Vorschläge betrafen sowohl die Forschung auf dem Gebiet des Energiewesens (z. B. die Entwicklung neuer Reaktortypen) als auch die Arbeitsteilung auf dem Gebiet der Kraftwerksanlagen und den Ausbau des Energie-Verbundsystems. Sie wurden sämtlich aufgegriffen und nach den entsprechenden vertraglichen Vereinbarungen später verwirklicht. Ähnliche Initiativen gingen auch von anderen Ständigen Kommissionen aus, z. B. von der Ständigen Kommission Landwirtschaft, die einen langfristigen Plan zur Umgestaltung der mongolischen Landwirtschaft vorlegte. Das Exekutivkomitee billigte auf seiner 61. Sitzung im Januar 1973 Musterbedingungen für die Gründung und die Tätigkeit internationaler Wirtschaftsorganisationen der RGW-Länder, die von Juristen aus den RGW-Ländern ausgearbeitet worden waren. Es trug damit der Tatsache Rechnung, daß schon seit Ende der 50er Jahre, besonders aber nach der Verabschiedung des Komplexprogramms, eine Fülle von Formen der ökonomischen Zusammenarbeit entstanden war (gemeinsame Abteilungen, internationale Wirtschaftsvereinigungen, gemischte Gesellschaften, Handels- und Entwicklungsbüros, gemeinsame Betriebe), deren Wirken eine einheitliche Rechtsbasis erhalten mußte. Die „Musterbedingungen“ berücksichtigten, daß die Zusammenarbeit im RGW auf der Grundlage nationaler Abrechnung, unter Respektierung des nationalstaatlichen Eigentums an Produktionsmitteln vor sich geht. Zugleich öffneten sie aber Wege zur freiwilligen, unmittelbaren Vereinigung der materiellen, finanziellen und Arbeitskräfteressourcen der Partnerländer, so daß die internationalen ökonomischen Organisationen zu Vorreitern der sozialistischen ökonomischen Integration werden können. Ende 1974 gab es bereits 48 dieser internationalen Wirtschaftsorganisationen, von denen viele sich in der Öffentlichkeit einen Namen gemacht haben (z. B. Agromasch, gegr. 1964; Interchim, gegr. 1969; Intersputnik, gegr. 1971; Interatomenergo, gegr. 1973; Assofoto, gegr. 1973; Interchemiefaser, gegr. 1974 usw.). [9]

In den 70er Jahren nahmen die RGW-Länder in stärkerem Maße als früher gemeinsame Investitionsvorhaben zur Gewinnung von Roh- und Brennstoffen oder von defizitären Industrieerzeugnissen in Angriff. Im Sommer 1972 unterzeichneten sechs Mitgliedsländer das Generalabkommen über den Bau des Zellstoffkombinats bei Ust-Ilimsk, für das 1973 die Aufschließungsarbeiten begannen. Ab 1979 wird das Kombinat jährlich 0,5 Mill. t Zellulose liefern, von der jedes Land, das an der Investition beteiligt war, jährlich eine bestimmte Menge erhält. In den Jahren 1973/74 entstanden auf der Grundlage eines Abkommens zwischen der ČSSR und der DDR in beiden Staaten Chemiebetriebe, die durch eine Äthylenleitung verbunden sind und an einem gemeinsamen Endprodukt arbeiten. Ein ähnliches Projekt wurde zwischen der UdSSR und Ungarn verwirklicht. Aufsehen in der Fachwelt erregten die elektronischen Datenverarbeitungsanlagen ESER, die ein komplettes und untereinander voll austauschbares System von Rechnern und Geräten darstellen. Die ESER-Rechenanlagen sind eine gemeinsame Produktion von sechs RGW-Ländern, die unter führender Beteiligung der UdSSR 1969 mit **[1018]** der Entwicklung begonnen hatten und 1973 mit dem kompletten System auf den Markt kamen. Dieser Erfolg reichte jedoch nicht aus, um den RGW-Ländern auf dem Gebiet der Mikroelektronik den Anschluß an die Weltspitze zu sichern. Weiterhin wurde 1973 von sieben RGW-Ländern das Generalabkommen über den gemeinsamen Bau eines Asbest-Gewinnungs- und Aufbereitungskombinats bei Kijembaj signiert. Das Kombinat wurde für eine Jahresleistung von 500.000 t Asbest projektiert, so daß nach seiner Fertigstellung (erste Ausbaustufe 1978) der Bedarf der RGW-Länder an diesem Rohstoff gesichert werden kann. Zu den gemeinsamen Investitionen gehörte auch die Baumwollspinnerei von Zawiercie, die von der VR Polen und der DDR in den Jahren 1972-1975 errichtet wurde.

Damit wurde ein Beispiel geschaffen, durch das Erfahrungen für die künftige Gestaltung kooperativen Eigentums mehrerer sozialistischer Länder gesammelt werden können. Des weiteren schlossen sieben RGW-Länder im Jahre 1974 ein Abkommen über den Ausbau des Energieverbundsystems und speziell über die gemeinsame Installation einer 750-kV-Leitung von der Sowjetunion nach Ungarn, wodurch 1980 das Vereinigte Energiesystem der UdSSR mit den Vereinigten Energiesystemen der anderen RGW-Länder zusammengefügt werden kann. Der dadurch ermöglichte Energieaustausch bedeutet für jedes der beteiligten Länder eine Einsparung an Kraftwerkskapazitäten. Für ein weiteres großes Projekt unterzeichneten die sieben europäischen RGW-Länder ebenfalls 1974 den Generalvertrag. Danach wurden bis Ende 1978 die Erdgaslagerstätten von Orenburg erschlossen und eine Erdgasleitung von dort bis zur Westgrenze der UdSSR verlegt. Über diese Trasse erhalten die

beteiligten Länder dann insgesamt jährlich 15,5 Mrd. m^3 Erdgas als Gegenwert für die getätigten Investitionen. Sechs RGW-Länder beteiligen sich laut Generalabkommen von 1974 am Bau von Kapazitäten zur Gewinnung von Halbfertigerzeugnissen der Hüttenindustrie in der Sowjetunion, wodurch diese in der Lage sein wird, in den Jahren 1979-1990 große Mengen von Eisenerzkonzentraten und Ferrolegierungen in die rohstoffarmen RGW-Länder zu liefern. Schließlich wurde 1975 ein Generalabkommen zur Errichtung von Werken zur Nickel- und Kobaltgewinnung auf Kuba signiert. Die acht beteiligten RGW-Länder nahmen damit ein Projekt in Angriff, das ihre Versorgung mit diesen seltenen Rohstoffen sichern und darüber hinaus der industriellen Entwicklung der sozialistischen Inselrepublik dienen wird. Insgesamt sah der Fünfjahrplan der mehrseitigen Integrationsmaßnahmen, der erstmalig für die Jahre 1976-1980 aufgestellt wurde, die Schaffung gemeinsamer Objekte mit einem Wert von 9 Mrd. transferablen Rubeln vor.

Die großen Schritte, die die Gemeinschaft der RGW-Länder nach Annahme des Komplexprogramms in Richtung auf die sozialistische ökonomische Integration unternahm, und die stabile, rasche Entwicklung, die die Mitgliedsländer aufzuweisen hatten, erhöhten das internationale Ansehen des RGW. Das kam bereits darin zum Ausdruck, daß Kuba 1972 um Aufnahme in den RGW bat [2: 56] und seither als aktives Mitglied in den Gremien der sozialistischen Weltwirtschaftsorganisation wirkt. Gleichzeitig bewarben sich auch kapitalistische Staaten um Zusammenarbeit mit dem RGW. 1973 kamen der RGW und die finnische Regierung überein, daß sich Finnland an der Arbeit des RGW auf vereinbarten Gebieten beteiligt. [2: 61] Ähnliche Abkommen wurden 1975 zwischen dem RGW einerseits und Mexiko bzw. Irak andrerseits unterzeichnet. [14] Im Oktober 1974 wurde dem RGW der Beobachterstatus bei der UNO zugebilligt, etwa seit der gleichen Zeit gibt es auch Kontakte zwischen dem RGW und der EWG.

Die Abstimmung der Volkswirtschaftspläne für die Etappe 1976-1980 begann im RGW Anfang 1973. Diese koordinierenden Arbeiten konnten sich erstmalig auf einen **[1019]** abgestimmten Plan der Zusammenarbeit – das Komplexprogramm – stützen. Sie wurden jedoch durch die Rückwirkungen, die die imperialistische Wirtschaftskrise auf die Ökonomie der sozialistischen Länder hatte, erschwert. So mußte z. B. das Verfahren bei der Preisbildung im Handel zwischen den RGW-Ländern variiert werden. Das Exekutivkomitee des RGW kam im Januar 1975 überein, künftig die RGW-Vertragspreise alljährlich auf der Basis der durchschnittlichen Weltmarktpreise der jeweils vorangegangenen fünf Jahre zu bilden. Im Zusammenhang mit der Planabstimmung für 1976-1980 erarbeiteten die RGW-Organe zahlreiche fundierte Prognosen. Das erlaubte die Vertiefung der Wissenschaftlichkeit in der Planungsarbeit des RGW. Die XXX. RGW-Tagung leitete daraus die Forderung ab, für fünf Gebiete der materiellen Produktion (Brennstoff-, Energie- und Rohstoffzweige, Maschinenbau, Hauptnahrungsmittel, industrielle Konsumgüter, Transportverbindungen zwischen den Mitgliedsländern) gemeinsame Zielprogramme für die Zusammenarbeit in den nächsten 10-15 Jahren aufzustellen. [14] In den Zielprogrammen werden sowohl die Wege zur Kapazitätserweiterung als auch zur Erhöhung von Effektivität und Qualität der Produktion in den RGW-Ländern fixiert. Die ökonomisch-politischen Anforderungen, die an die sozialistischen Länder im einzelnen wie als Kollektiv durch die Klassenauseinandersetzung mit dem Imperialismus und durch die Programme zur Steigerung des materiellen und kulturellen Lebensniveaus gestellt sind, veranlaßten den RGW, das Ringen um Effektivität und Qualität in den Mittelpunkt seiner Anstrengungen zu rücken. Deshalb werden Maßnahmen zur Beschleunigung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts, der immer mehr zur Schlüsselfrage der ökonomischen Zusammenarbeit der RGW-Länder wird, in den Zielprogrammen den vorrangigen Platz einnehmen.

Literatur:

1. *Bykow, A. N.:* Sozialistische ökonomische Integration – Wissenschaft und Technik. Berlin 1976; 2. *Faddejew, N. W.:* Der Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe. Berlin 1975; 3. *Ders.:* Der Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe. Berlin 1965; 4. *Knorre, W. v.:* Zehn Jahre Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe (Comecon). Würzburg 1961; 5. *Korolenko, A.* S.: Torgovye dogovory i soglašenija s inostrannymi gosudarstvami. Moskau 1953; 6. *Senin, M. W.:* Sozialistische Integration. Berlin 1972; 7. *Sergeev,* 5. *D.:* Ekonomičeskoe sotrudničestvo i vzaimo-pomošč“ stran socialističeskogo lagerja. Moskau 1959; 8. *Zolotarev, W. I.:* Mirovoj socialističeskij rynok. Moskau 1970; 9. *Zschiedrich, H.,*

in: Deutsche Außenpolitik 1975 (20), H. 11, S. 1678 ff.; 10. *Dokumente RGW.* Berlin 1971; 11. *Freundschaft – Zusammenarbeit – Beistand. Grundsatzverträge zwischen den sozialistischen Staaten,* Berlin 1968; 12. *Handbuch der Verträge 1871-1964.* Berlin 1968; 13. *internationale sozialistische Währung der Mitgliedsländer des RGW,* Berlin 1974; 14. *Kommuniqué der XXX. Tagung des RGW,* in: Deutsche Außenpolitik 1976 (21), H. 9, S. 1422 ff.; 15. *RGW-DDR. 25 Jahre Zusammenarbeit.* Berlin 1974; 16. *Sozialistisches Weltwirtschaftssystem.* Bd. 3, Berlin 1968; 17. *Vnešnjaja torgovlja SSSR 1946-63.* Moskau 1964; 18. *Vnešnjaja torgovlja SSSR s socialističeskimi stranami.* Moskau 1957; 19. *Zusammenarbeit und Annäherung in der sozialistischen Gemeinschaft.* Berlin 1977.

Margot Hegemann **[1020]**

2.7.19. Sozialistische Industrialisierung

Die sozialistische Industrialisierung ist neben der Umgestaltung der Landwirtschaft und der Kulturrevolution ein grundlegender Bestandteil von Lenins Plan des sozialistischen Aufbaus. [LW 27: 231] [32: 427, 481] Die sozialistische Industrialisierung dient der Schaffung der materiell-technischen Basis des Sozialismus. [23: 81] Erst sie sichert endgültig die neuen sozialistischen Produktionsverhältnisse, die sich vor allem in der Industrie bereits unmittelbar nach der Entmachtung der Ausbeuter herausgebildet haben, und ermöglicht den Sieg der sozialistischen Produktionsverhältnisse auf dem Lande. In diesem Sinne lehrte Lenin, daß der Sieg des Sozialismus über den Kapitalismus erst dann als gesichert betrachtet werden kann, wenn die sozialistische Industrialisierung vollzogen ist. [LW 31: 149 f.]

Lenin erlebte den Beginn der sozialistischen Industrialisierung in der Sowjetunion nicht mehr. Seine grundlegenden Hinweise dienten jedoch der KPdSU in den 30er und den marxistisch-leninistischen Parteien der anderen sozialistischen Länder in den 50er Jahren als Richtschnur zur Mobilisierung der Volksmassen für den sozialistischen Aufbau.

„Wie die marxistisch-leninistischen Parteien in den anderen sozialistischen Ländern, so sah auch die SED das Hauptziel der sozialistischen Industrialisierung darin, die materiell-technische Basis des Sozialismus zu errichten und die sozialistischen Produktionsverhältnisse zügig zu entwickeln ... Die sozialistische Industrialisierung war (für die DDR) eine entscheidende Voraussetzung, um eine einheitliche sozialistische Volkswirtschaft zu schaffen, in der die ökonomischen Gesetze des Sozialismus uneingeschränkt wirken und die Leninschen Prinzipien der Leitung der sozialistischen Wirtschaft in vollem Maße angewandt werden. Allmählich mußten die aus dem Kapitalismus überkommene Wirtschaftsstruktur überwunden, die Produktivkräfte planmäßig entwickelt, die sozialistischen Produktionsverhältnisse zunehmend durchgesetzt und vervollkommnet werden. In Verbindung damit galt es, eine Standortverteilung der Industrie zu erreichen, die den Erfordernissen der sozialistischen Volkswirtschaft entsprach.“ [17: 298 f.]

War die sozialistische Industrialisierung einerseits für die Erreichung der politischen und sozialökonomischen Ziele der Übergangsperiode (Entscheidung der Frage „Wer – wen?“ zugunsten der Arbeiterklasse, Sieg der sozialistischen Produktionsverhältnisse, Herausbildung der Klassen und Schichten der sozialistischen Gesellschaft) von außerordentlicher Bedeutung, so setzte sie andererseits ein bestimmtes Maß der sozialistischen Umgestaltung von Basis und Überbau voraus (Diktatur des Proletariats, Vergesellschaftung der Schlüsselbereiche der Wirtschaft). [12: 14 f.] Von besonderer Bedeutung für die Gewährleistung der planmäßigen Schaffung der materiell-technischen Basis des Sozialismus erwiesen sich die Herausbildung einer den spezifischen Anforderungen der sozialistischen Industrialisierung entsprechenden Organisationsstruktur der Industrie, die umfassende Volkswirtschaftsplanung, die Einführung der wirtschaftlichen Rechnungsführung in den Industriebetrieben sowie die Schaffung eines sozialistischen Finanzsystems. [12: 26 ff.]

Die sozialistische Industrialisierung ist ein mit der politischen und sozialökonomischen Entwicklung in der Übergangsperiode untrennbar verbundener Entwicklungsprozeß der Produktivkräfte, der eine grundsätzliche Veränderung der Struktur und Dynamik des volkswirtschaftlichen Reproduktionsprozesses bewirkt. Die sozialistische Industrialisierung setzte deshalb neben Umgestaltungen in den Macht- und Produktionsverhältnissen ein bestimmtes Entwicklungsniveau der gesellschaftlichen

Produktivkräfte voraus. In der Sowjetunion wie in fast allen übrigen sozialistischen Ländern, deren Pro-**[1021]**duktivkräfte durch Krieg bzw. Bürgerkrieg beträchtlichen Schaden erlitten hatten, mußte zunächst der Wiederaufbau im Rahmen der alten volkswirtschaftlichen Struktur erfolgen, bevor diese verändert werden konnte, d. h., es mußte die materiell-technische Basis der Volkswirtschaft erst wiederhergestellt werden, bevor mit dem planmäßigen Aufbau der materiell-technischen Basis des Sozialismus begonnen werden konnte. Aber auch in einigen anderen Ländern, in denen eine Wiederherstellungsperiode nicht notwendig war, konnte nicht sofort mit der sozialistischen Industrialisierung begonnen werden, weil die Produktivkräfte noch nicht genügend entwickelt waren. Obwohl z. B. in der Mongolei bereits 1924 die sozialistische Revolution begann, waren die Bedingungen für eine beschleunigte Entwicklung der Industrie erst Mitte der 50er Jahre gegeben. [15: 506, 511] In Kuba war es neben der generell schwachen Entwicklung der industriellen Produktivkräfte vor allem das Fehlen von Facharbeitern, das zunächst zum Abbruch des zwischen 1961 und 1963 unternommenen Versuchs führte, unmittelbar nach der Schaffung der politischen und sozialökonomischen Voraussetzungen für den sozialistischen Aufbau mit der sozialistischen Industrialisierung zu beginnen. Aufgrund der ökonomischen Hilfe der sozialistischen Staatengemeinschaft, der gewachsenen Erfahrungen der marxistisch-leninistischen Avantgarde und nicht zuletzt der Anstrengungen der kubanischen Werktätigen konnte der 1. Parteitag der Kommunistischen Partei Kubas 1975 mit dem ersten Fünfjahrplan (1976-1980) einen allseitig abgesicherten Plan zur sozialistischen Industrialisierung Kubas beschließen. [3: 188 ff.]

Es ist üblich, den Anfang der sozialistischen Industrialisierung eines Landes mit dem Beginn des ersten Perspektivplanes zu datieren, in dessen Verwirklichung es zu wesentlichen Veränderungen im Tempo, in der Dynamik und der Struktur der Volkswirtschaft kam. Die ersten Pläne zum Aufbau der materiell-technischen Basis des Sozialismus, deren Direktiven auf Kongressen der marxistisch-leninistischen Parteien beschlossen wurden, liefen in der Sowjetunion 1928/29-1932 [7: 37 ff.], in Jugoslawien 1947-1951 [15: 469], in der Tschechoslowakei und Bulgarien 1949-1953, in Ungarn und Polen 1950-1954 bzw. 1955, in der DDR, Rumänien und Bulgarien 1951-1955. Für die europäischen volksdemokratischen Länder, insbesondere die RGW-Länder, wird deshalb in der Regel das Jahr 1950 als Ausgangspunkt für vergleichende Untersuchungen zur sozialistischen Industrialisierung genommen. [1: 241] Die für die sozialistische Industrialisierung charakteristischen Bedingungen der Entwicklung des volkswirtschaftlichen Reproduktionsprozesses blieben in den RGW-Ländern bis Ende der 50er Jahre bzw. bis zum Beginn der 60er Jahre erhalten. [18: 363] [24: Bd. 1, 163] Diese Jahre fallen nicht zufällig mit der Beendigung der Übergangsperiode und dem Beginn des Aufbaus der entwickelten sozialistischen Gesellschaft in diesen Ländern zusammen.

Nach Abschluß der Übergangsperiode gewannen in den Volkswirtschaften der RGW-Länder Prozesse der Intensivierung zunehmend an Gewicht (s. 2.7.12.).

Als erste asiatische Volksdemokratie konnte die KDVR (Zweijahrplan 1949-1950), gefolgt von der VR China und der Mongolischen VR (Fünfjahrpläne 1953-1957) sowie der DR Vietnam (Dreijahrplan 1958-1960) den Aufbau der materiell-technischen Basis des Sozialismus einleiten. [15: 480 f., 490 f. 498 f.]

Betrachten wir *Tempo und Dynamik* des volkswirtschaftlichen Reproduktionsprozesses während der sozialistischen Industrialisierung (wobei wir uns aufgrund des zur Verfügung stehenden statistischen Materials im wesentlichen auf die europäischen RGW-Länder beschränken müssen), so sind für alle Länder hohe Zuwachsraten der Industrie und der gesamten Volkswirtschaft zu bemerken. Dieses zeigt sich in folgendem: Die Wachstumsraten lagen höher, als sie es im gleichen Land unter kapitalistischen Produktionsverhältnissen waren. So vergrößerte sich z. B. in Rumänien das Nationaleinkommen **[1022]** pro Einwohner 1930-1938 jährlich um 1%, in der Rumänischen Volksrepublik 1951 bis 1960 dagegen um 10,3%. [21: 165; 23: 26] Während seiner Industrialisierungsphase (1885-1913) erreichte das zaristische Rußland einen durchschnittlichen jährlichen Zuwachs der industriellen Bruttoproduktion von 7,2% [8: 102] In den drei Vorkriegsfünfjahrplänen (1929-1940) stieg die sowjetische Industrieproduktion dagegen jährlich um 19,2, 17,1 bzw. 13,2%. [25: 78] Das durchschnittliche Wachstum des Nationaleinkommens lag in den sozialistischen Ländern während der 50er Jahre höher

als in jenen Ländern des Kapitals, die sich auf annähernd gleichem Entwicklungsniveau der Produktivkräfte befanden. Das Nationaleinkommen wuchs z. B. in Bulgarien schneller als in Griechenland, war in der Tschechoslowakei höher als in Österreich und überstieg in der DDR das der BRD (10,3% gegenüber 8,1%). [23: 26]

Die Produktion der Volkswirtschaft der sozialistischen Länder stieg während der sozialistischen Industrialisierung rascher als in der darauffolgenden Zeit (aber langsamer als in der Wiederherstellungsperiode). Zwischen 1950 und 1969 erhöhte sich das Nationaleinkommen in den RGW-Ländern jährlich um durchschnittlich 8,1%. 1951-1955 und 1956-1960 belief sich der jährliche Zuwachs auf 10,7% bzw. 8,4% gegenüber 6% und 7,2% 1961-1969. [1: 244] Dabei handelte es sich nicht nur um einen die entgegenlaufenden Tendenzen einzelner Länder ausgleichenden Durchschnittswert. Vielmehr wuchs 1951-1960 das Nationaleinkommen in jedem europäischen RGW-Land rascher als im Durchschnitt der Jahre 1951-1970. [23: 26] [2: 193]

Nahm das Wachstumstempo der Wirtschaft in der sozialistischen Staatengemeinschaft während der sozialistischen Industrialisierung schneller zu als in den imperialistischen Hauptländern, so auch die *Kontinuität* dieses Wirtschaftswachstums. Die Länder der Volksdemokratie konnten sich für immer vom kapitalistischen Krisenzyklus befreien. Zwischen 1951 und 1960 schwankten die jährlichen Zuwachsraten der industriellen Bruttoproduktion im sozialistischen Lager zwischen 18,5% (1951) und 10,9% (1957); d. h., der Maximalwert betrug das 1,7fache des Minimalzuwachses. In den übrigen Staaten der Welt fluktuierte der Zuwachs der industriellen Bruttoproduktion im gleichen Zeitraum zwischen 1% (1954) und 10,9% (1955). [23: 18]

Vergleicht man allerdings die 50er mit den 60er Jahren, so zeigt sich, daß die Kontinuität der Industrieproduktion in den RGW-Ländern während der sozialistischen Industrialisierung noch nicht so stark ausgeprägt war wie in späteren Jahren. [23: 28] Die relativ großen Schwankungen im Zuwachs der Industrieproduktion lagen *erstens* in einer mehrmaligen Veränderung der Akkumulationsrate bzw. des Investitionsumfangs [24: Bd. 2, 136 ff.] als Folge der sich rasch wandelnden politischen und ökonomischen Bedingungen (Erhöhung der Verteidigungsausgaben in Zusammenhang mit dem Koreakrieg, Ausfälle an eingeplanten Lieferungen infolge des imperialistischen Wirtschaftskrieges, aber auch Versorgung der vergenossenschaftlichten Landwirtschaft mit Landmaschinen und Düngemitteln). [12: 297 ff.] *Zweitens* waren die relativ großen Schwankungen in der Industrieproduktion Resultat noch ungenügender Kenntnis bzw. der unzureichenden Beherrschung der ökonomischen Gesetze im Prozeß der Leitung und Planung der Volkswirtschaft. [20: 161] Die in der Periode der sozialistischen Industrialisierung vor sich gehenden Wandlungen im Tempo und in der Dynamik des volkswirtschaftlichen Reproduktionsprozesses waren Ausdruck der veränderten Rolle, die einzelne Faktoren des ökonomischen Wachstums spielten. Vor allem ist hier die veränderte Stellung des Produzenten als Hauptproduktivkraft zu nennen. Die Herausbildung eines neuen, sozialistischen Charakters der Arbeit fand ihren Ausdruck in der weiteren Entfaltung der Aktivisten- und Wettbewerbsbewegung, ihrem Umschlag in eine Massenbewegung, an der im Jahre 1952 bereits 55% der Belegschaften der volkseigenen Betriebe **[1023]** der DDR, 79% der Industriearbeiterschaft Bulgariens, 80% der rumänischen, 81% der polnischen, 83% der tschechoslowakischen und 85% der ungarischen Industriearbeiter beteiligt waren. [12: 84] Die Wettbewerbe orientierten sich in ihren Zielstellungen vielfach auf die Erfüllung und Übererfüllung der Pläne im schwerindustriellen Bereich. [12: 87, 270 f.] Mit diesen Initiativen unterstützten die Werktätigen die von den marxistisch-leninistischen Parteien geforderten strukturellen Wandlungen in der Volkswirtschaft der sozialistischen Länder. Strukturveränderungen bedeuten bei dem für die sozialistische Industrialisierung charakteristischen raschen Wachstum der Industrieproduktion außerordentlich hohe Zuwachsraten in einigen Bereichen bei beachtlichem Wachstum auch der übrigen Zweige. Die wichtigsten Strukturveränderungen im volkswirtschaftlichen Bereich war die *vorrangige Entwicklung der Industrie* gegenüber den anderen Wirtschaftsbereichen, insbesondere der Landwirtschaft (s. Tab. 1).

Tabelle 1
Entwicklung des Anteils der Industrie am Nationaleinkommen und an der Gesamtproduktion von Industrie und Landwirtschaft der nach 1944/45 entstandenen sozialistischen Länder 1950-1961/62 [24: Bd. 1, 177]

	Anteil der Industrie am Nationaleinkommen		Anteil der Industrie an der Produktion von Industrie und Landwirtschaft	
	1950	1960	1951/52	1961/62
VR Albanien	27,6[1]	37,1	8,82	60,9[3]
VR Bulgarien	36,8	46,2	54,6	75,0
VR China	–	–	30,1[2]	67,6[3]
DDR	48,3	64,2	80,9	87,7
KDVR	32,82	50,9[3]	28,0[2]	76,0[3]
VR Polen	37,1	48,3	65,9	71,5
VR Rumänien	44,0	45,8	64,4	68,6
ČSR	61,0	62,0[4]	63,9	82,0
Ungarische VR	51,7	56,7	68,0	71,1
DR Vietnam	17,2[2]	18,8	16,9	43,2

[1] 1955
[2] Vorkriegsjahr
[3] 1959
[4] 1960
[5] 1957

In der Hauptetappe der sozialistischen Industrialisierung (1951-1955) überstieg der Zuwachs der industriellen den der agrarischen Bruttoproduktion in Polen um das 16fache, in der Tschechoslowakei um das 7fache, in der UdSSR (1928-40) um das 5fache, in Ungarn und Albanien um mehr als das 3fache und in der DDR und Bulgarien um das 2fache. Nur wenig höher (um das 1,4fache) lag dagegen das Wachstumstempo der industriellen gegenüber der landwirtschaftlichen Produktion in Rumänien. [24: Bd. 2, 164] [1: 297]

Mit ähnlicher Intensität wie zwischen Industrie und Landwirtschaft veränderten sich in der Periode der sozialistischen Industrialisierung durch die zügige Realisierung der wirtschaftspolitischen Beschlüsse der marxistisch-leninistischen Parteien die *Proportio*-**[1024]***nen innerhalb der Industrie.* Die zur Beweisführung oftmals herangezogene Veränderung des Verhältnisses zwischen Abt. A und B ist einer ökonomischen Interpretation relativ schwer zugänglich, wenn man berücksichtigt, daß zur Abt. A solche für die sozialistische Industrialisierung unterschiedlich bedeutsamen Zweige wie der Maschinenbau und die Textilindustrie gezählt werden. [1: 282] Von seiner Erzeugnisstruktur her entscheidend für den Aufbau der materiell-technischen Basis des Sozialismus ist zweifellos der Maschinenbau, insbesondere der Schwermaschinenbau. Der Maschinenbau setzt als Lieferant von Roh- und Hilfsstoffen eine schwerindustrielle Basis voraus (sofern die Rohstoffe und Energieträger nicht überwiegend importiert werden, was weder für die Sowjetunion in den 30er noch für die Volksdemokratien in der ersten Hälfte der 50er Jahre realisierbar war). Charakteristisch für die Jahre 1951-1955 war daher das vorrangige Wachstum des Maschinenbaus (1. Platz in Polen, der Tschechoslowakei und Rumänien) bzw. der Metallurgie (1. Platz in Bulgarien, Ungarn und der DDR). [16: 1963, 17 ff.] In der zweiten Hälfte der 50er Jahre verlor die Metallurgie ihren ersten Rang auch in Ungarn und der DDR an den Maschinenbau, weil diese Länder bis dahin ihre metallurgischen Kapazitäten beträchtlich erweitert hatten bzw. größere Lieferungen von Walzgut aus der Sowjetunion u. a. sozialistischen Ländern verfügbar wurden. Unterdurchschnittlich war während der 50er Jahre in allen europäischen Volksdemokratien (mit Ausnahme der DDR 1951-55) die Produktion der Textil- und Lebensmittelindustrie gestiegen. [16: 1963, 17 ff.] Als Resultat der in den Wirtschaftsplänen bewußt angesteuerten sehr differenzierten Wachstumsraten in den einzelnen Zweigen kam es in den 50er Jahren zu wesentlichen Veränderungen in der Industriezweigstruktur. So erhöhte sich z. B. der Anteil der Energie- und Brennstoffproduktion, der Eisenmetallurgie und der chemischen Industrie zwischen 1950 und 1962 in Bulgarien von 4,4% auf 10,1%, der des Maschinenbaus von 9,3% auf 18,8%, während gleichzeitig der Anteil der Textil- und Lebensmittelindustrie an der industriellen Gesamtproduktion von 55,4%

auf 37,6% zurückging. Grundsätzlich die gleichen strukturellen Veränderungen vollzogen sich zwischen 1950 und 1962 auch in der von vornherein stärker industrialisierten Tschechoslowakei. Die Zweige der Grundstoffindustrie insgesamt konnten zwischen 1950 und 1962 ihren Anteil an der industriellen Bruttoproduktion von 12,9% auf 22,2% erhöhen, der Maschinenbau seine Position von 28,8% auf 32,0% verbessern, während der Anteil der Textilindustrie gleichzeitig von 36,2% auf 23,5% zurückging. [16: 1963, 21]

Das Bestreben einer Reihe sozialistischer Länder, die strukturellen Wandlungen in möglichst kurzer Frist zu bewältigen, kollidierte teil- und zeitweise mit den objektiv gegebenen Möglichkeiten. [20: 182 f.] Die ersten Perspektivpläne zur sozialistischen Industrialisierung wurden Anfang der 50er Jahre – vor allem unter dem Eindruck der wachsenden Kriegsgefahr – zugunsten der Schwerindustrie korrigiert. Bei der Realisierung der entsprechenden Planziele kam es in der DDR, Polen, Ungarn und der ČSR vorübergehend zu volkswirtschaftlichen Disproportionen und zu einer Verlangsamung des Wachstumstempos der Volkswirtschaft. [14: 28] [13: 28 ff.] [11: 32 f.]

Tempo, Dynamik und Struktur des Wirtschaftswachstums lassen bereits wesentliche Schlüsse auf den *Typ des Reproduktionsprozesses* zu. Die Zuordnung des Wirtschaftswachstums der einzelnen sozialistischen Länder in der Periode der sozialistischen Industrialisierung zum überwiegend extensiven oder vorwiegend intensiven Typ der erweiterten Reproduktion macht jedoch noch einige zusätzliche Einschätzungen notwendig. Der Aufbau neuer bzw. die beträchtliche Ausweitung bestehender Industriezweige, die Aufnahme neuer Produktionen führte zweifellos zu einer „Ausdehnung des Produktionsfeldes“ im Marxschen Sinne. [MEW 14: 172] Die neuen Werke bzw. Erzeugnisse muß-
[1025]ten einen äußerst dringenden und stürmisch wachsenden Bedarf (an Produktionsmitteln) befriedigen. Die Industrie war darauf ausgerichtet, *mehr* zu produzieren, vielfach ohne Berücksichtigung der dabei entstehenden Kosten bzw. der sich allmählich erschöpfenden Arbeitskräftereserven. (Das jährliche Wachstumstempo der Anzahl der Produktionsarbeiter in der Industrie betrug in den RGW-Ländern 1950-1960 noch 4,2%, verglichen mit 2,5% 1961-1970; in der DDR entsprechend 4,2% bzw. 0,7%. [21: 14 f.]) Das quantitative Moment stand also in der Wirtschaftstätigkeit eindeutig im Vordergrund. [10: 706] Somit spielten beim Aufbau der materiell-technischen Basis die extensiven Faktoren des Wirtschaftswachstums eine relativ große Rolle. [9: 18]

Dieser Einschätzung scheint entgegenzustehen, daß während der sozialistischen Industrialisierung die *Arbeitsproduktivität* in der Volkswirtschaft rasch anstieg. In Bulgarien, Rumänien, Polen, der DDR und der ČSR bzw. ČSSR war das Produktivitätswachstum in den 50er Jahren sogar größer als in den 60er Jahren. [21: 52, 89, 108, 174, 215] Für *alle* europäischen sozialistischen Länder gilt dies bezüglich der *Industrie.* [2: 179] Betrug das durchschnittliche jährliche Wachstumstempo der Arbeitsproduktivität in der Industrie dieser Länder 1951-1955 8,5% und 1956-1960 noch 6,8%, so belief es sich 1966-1968 auf 5,5%. [1: 319]

Auch die *Fondsintensität* entwickelte sich in den 50er Jahren in der Regel günstiger als in den 60er Jahren. So u. a. in der DDR und Rumänien. [21: 168, 179] Abgesehen von bestimmten Prozessen der Wiederherstellungsperiode, die gerade in der DDR [12: 36 ff.], aber auch in einer Reihe anderer RGW-Länder bis Mitte der 50er Jahre eine nicht zu unterschätzende Rolle spielten, ist bei der Beurteilung der Entwicklung von Arbeitsproduktivität und Fondsintensität die Frage zu stellen, ob in den Jahren der sozialistischen Industrialisierung der quantitativen Ausdehnung oder qualitativen Verbesserung der Produktivkräfte in den volkswirtschaftlichen Zielstellungen das Primat zukam. Unter dieser Fragestellung erweisen sich die Erhöhung der Arbeitsproduktivität bzw. die Senkung der Fondsintensität als (keineswegs unbeabsichtigte) sekundäre Zielstellungen [12: 20 ff.], die sich in erster Linie im Gefolge der geschilderten strukturellen Wandlungen ergaben.

So führte z. B. bereits die durch die erfolgreiche sozialistische Agrarpolitik der marxistisch-leninistischen Parteien ermöglichte forcierte Umsetzung von Arbeitskräften aus einem Bereich mit niedriger Pro-Kopf-Produktion (Landwirtschaft) in einen anderen Bereich (Industrie) zu einer Steigerung der gesellschaftlichen Arbeitsproduktivität. [21: 15] (In der DDR lag das Nettoprodukt je Beschäftigten der Industrie 1955 um 44% höher als in der Landwirtschaft. [21: 113]) Strukturelle Wandlungen

innerhalb der Industrie wiederum trugen wesentlich bei zum höheren Wachstumstempo der Pro-Kopf-Produktion in diesem Bereich der Volkswirtschaft. [1: 319 f.] Die Fondsintensität entwickelte sich in der Periode der sozialistischen Industrialisierung, insbesondere während der 1. Hälfte der 50er Jahre, in der Mehrzahl der RGW-Länder recht günstig. Das war hauptsächlich darauf zurückzuführen, daß die Fondsausstattung relativ langsam zunahm, was bei raschem Wachstumstempo der Arbeitsproduktivität eine Senkung der Fondsintensität (bzw. Steigerung der Fondsquote) bewirkte. [21: 52, 89, 108, 174, 215] Das nur allmähliche Anwachsen der Fondsausstattung wiederum war auf die – im Vergleich mit den 60er und 70er Jahren – noch relativ geringe Rolle, die Wissenschaft und Technik bei der Steigerung der Arbeitsproduktivität und der Erhöhung der Industrieproduktion spielten [4: 50 ff.] [12: 113 ff.], zurückzuführen.

Der von uns festgestellte Vorrang des quantitativen Produktionszuwachses gegenüber der Verbesserung der qualitativen Wirtschaftskennziffern ist Ausdruck der Priorität der extensiven gegenüber den intensiven Wachstumsfaktoren [10: 709], da bei einer **[1026]** Bevorzugung der Steigerung der Produktionsmenge Aufmerksamkeit und Interesse der Werktätigen primär auf extensive Wachstumsfaktoren gelenkt werden. [12: 89, 271] Die hohen Wachstumsraten und die schnelle und erfolgreiche Wandlung volkswirtschaftlicher Strukturen während der Phase der sozialistischen Industrialisierung bewiesen ebenso wie die rasche Steigerung der Arbeitsproduktivität und die günstige Entwicklung der Fondsrentabilität, daß die von den marxistisch-leninistischen Parteien dem Aufbau der materiell-technischen Basis zugrunde gelegte Strategie des extensiven Wachstums unter den damals gegebenen Bedingungen nicht nur eine mögliche, sondern die effektivste Variante des Wirtschaftswachstums war.

Neben den geschilderten Gemeinsamkeiten existierten – Tempo, Dynamik, Struktur und Rolle der Faktoren des Wirtschaftswachstums betreffend – zwischen den einzelnen volksdemokratischen Ländern, die den Prozeß der sozialistischen Industrialisierung durchschritten, eine Reihe von Unterschieden. Diesen *Besonderheiten* lagen erstens unterschiedliche materielle Ausgangsbedingungen zugrunde. Der unter kapitalistischen Bedingungen erreichte – von Land zu Land verschiedene – Industrialisierungsgrad hatte wesentlichen Einfluß auf Tempo und Proportionen der Entwicklung von Industrie und Landwirtschaft beim Aufbau der materiell-technischen Basis des Sozialismus. Er beeinflußte auch wesentlich die Veränderungen zwischen den Industriezweigen. Aus dem raschen Ausbau der Grundstoffindustrie im kolonialen Nordkorea zur Befriedigung des Rohstoffbedarfs der japanischen Industrie erklärt sich z. B., warum sich in der Phase der sozialistischen Industrialisierung der Anteil der Energie- und Brennstoffindustrie, der Metallurgie und chemischen Industrie (bei absoluten Zuwachs in diesen Zweigen) zugunsten des Maschinenbaus, aber auch der Textilindustrie verringerte. [16: 1963, 21])

Wenn in Polen, Rumänien und der ČSR bereits in der ersten Hälfte der 50er Jahre nicht die Metallurgie, sondern der Maschinenbau die höchsten Wachstumsraten erzielte, dann handelte es sich um Länder, die im Vergleich zu Bulgarien, Ungarn und der DDR bereits in der Vorkriegszeit eine metallurgische Basis besessen hatten. [16: 1963, 17 ff., 21] [5: 51] Weiterhin wirkten Besonderheiten beim Ausbau der materiell-technischen Basis des Sozialismus in den einzelnen Ländern:

– der Umfang der vorhandenen Roh- und Brennstoffressourcen;

– die Übernahme von Aufgaben im Rahmen der Zusammenarbeit und Hilfe innerhalb des sozialistischen Lagers (das galt insbesondere für die UdSSR, die ČSSR und die DDR [24: Bd. 1, 30] [11: 27 ff.];

– die Belastung der Wirtschaft durch Verteidigungsausgaben zur Begegnung der imperialistischen Bedrohung (das betraf besonders die Sowjetunion) [20: 30 ff.];

– unterschiedliche subjektive Vorstellungen vom Tempo und der anzustrebenden ökonomischen Struktur des Aufbaus der materiell-technischen Basis des Sozialismus [6: 181 ff.].

Eines der bemerkenswertesten Ergebnisse der *sozialistischen* Industrialisierung war die rasche Annäherung des ökonomischen Entwicklungsniveaus der sozialistischen Länder (s. Tab. 2).

Die Angleichung des Entwicklungsniveaus verlief so erfolgreich, weil die am wenigsten industrialisierten Länder (Bulgarien, Rumänien) die höchsten Zuwachsraten aufwiesen, während die Industrie in den bereits stärker industrialisierten Ländern etwas langsamer wuchs.

Eine wesentliche Ursache der hohen industriellen Wachstumsraten in den ehemaligen Agrarländern und damit eine wesentliche Voraussetzung zur Angleichung des Entwicklungsniveaus war die uneigennützige Hilfe der Sowjetunion bei der sozialistischen Industrialisierung der volksdemokratischen Länder. Bis zum Jahre 1963 wurden in folgen-**[1027]**

Tabelle 2
Entwicklung der industriellen Pro-Kopf-Produktion einiger europäischer sozialistischer Länder 1950-1961 (Niveau ČSSR 100) [24: Bd. 1, 178]

	1950	1961
VR Polen	47	52
Ungarische VR	39	40
VR Rumänien	28	35
VR Bulgarien	19	27

den Ländern von der Sowjetunion gebaute Betriebe und Betriebsteile in Betrieb genommen: in China (157), in Polen (68), in Bulgarien (60), in Rumänien (53), in Albanien (37), in der KDVR (29), in der DRV (20), in Ungarn (18), in der MVR (14) und in der Tschechoslowakei (12). [16: 1962, 76] Ungefähr im gleichen Zeitraum (1947-1963) entsandte die Sowjetunion Spezialisten in folgende RGW-Länder: in die ČSSR (5.491), in die DDR (3.500), in die VRP (1.911), in die UVR (1.497), in die RVR (881) und in die VRB (159). [18: 610] Damit leistete die Sowjetunion, dasjenige sozialistische Land, das als erstes und unter den Bedingungen der kapitalistischen Umkreisung die sozialistische Industrialisierung erfolgreich in Angriff genommen hatte, einen wesentlichen Beitrag zur Verringerung der Lasten und zur Erhöhung des Tempos beim Aufbau der materiell-technischen Basis des Sozialismus in den Staaten der sozialistischen Gemeinschaft.

Literatur:

1. *Bagrij, P. I.:* Dynamik und Struktur der gesellschaftlichen Produktion im Sozialismus. Berlin 1974; 2. *Chromov, P. A.:* Tempy razvitija promyslennosti i sel'skogo chozjajstva. Moskau 1974; 3. *Caručenkov, O./Grobačev, B./Tkačenko, W.:* Kuba – ostrov sozidanija. Moskau 1975; 4. *Haustein, H.-D.:* Messung der volkswirtschaftlichen Intensivierung. Berlin 1976; 5. *Iskra, W.:* Die industrielle Entwicklung Polens. Warschau 1970; 6. *Kuczynski, J.:* Propheten der Wirtschaft. Berlin 1970; 7. *Kurskij, A. D.:* Naucnye osnovy sovetskich pjatiletok. Moskau 1974. 8. *Lelčik, W. S.:* Socialističeskaja industrializacija SSSR i ee osvečenie v sovetskoj istoriografii. Moskau 1975; 9. *Nick, H.:* Intensivierung und wissenschaftlich-technischer Fortschritt. Berlin 1974; 10. *Ders.* in: Einheit 1975, H. 7. S. 706 ff.; 11. *Prucha, V.:* Die wirtschaftliche Entwicklung der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik. Berlin 1975, H. 3; 12. *Roesler, J.:* Die Herausbildung der sozialistischen Planwirtschaft in der DDR. Berlin 1978; 13. *Szacas, S.:* Die wirtschaftliche Entwicklung der Ungarischen Volksrepublik. Berlin 1975; 14. *Tomaczewski, J.:* Die wirtschaftliche Entwicklung der Volksrepublik Polen. Berlin 1975; 15. *Ėkonomičeskaja istorija socialističeskich stran.* Moskau 1971; 16. *Ėkonomika stran socialističekogo lagerja v cifrach.* Moskau 1962 ff.; 17. *Geschichte der SED.* Berlin 1978; 18. *Das Gesetz der sozialistischen Akkumulation.* Berlin 1974; 19. *Gesetzmäßigkeiten der intensiv erweiterten Reproduktion bei der weiteren Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft.* Berlin 1976; 20. *Industrializacija SSSR 1926-1944.* Bd. 4, Moskau 1973; 21. *Intensifikacija proizvodstva v evropejskich stranach SĖV.* Moskau 1972; 22. *Lenins Lehre von den ökonomischen Grundlagen des Sozialismus.* Berlin 1975; 23. *My i planeta.* Moskau 1972; 24. *Das sozialistische Weltwirtschaftssystem.* Bd. 1-3, Berlin 1967 f.; 25. *Vierzig Jahre Sowjetmacht in Zahlen.* Berlin 1958.

Jörg Roesler **[1028]**

2.7.20. Sozialistische Weltwirtschaft

Die heutige Weltwirtschaft ist das Ganze aller Volkswirtschaften in ihren unterschiedlichen Gesellschaftsordnungen und entgegengesetzten sozialökonomischen Systemen einschließlich aller Wirtschaftsbeziehungen zwischen ihnen. [5] Die aufwärtsstrebende sozialistische Weltwirtschaft umfaßt demzufolge die Ökonomik der Länder des sozialistischen Weltsystems und die Gesamtheit der

zwischen ihnen existierenden Wirtschaftsbeziehungen. Die sozialistische Weltwirtschaft ist durch einen neuen Typ internationaler ökonomischer Beziehungen charakterisiert, die „auf der in jedem Land geschaffenen gleichartigen ökonomischen Grundlage – dem gesellschaftlichen Eigentum an den Produktionsmitteln –, auf dem gleichartigen Staatsaufbau – der Volksmacht mit der Arbeiterklasse an der Spitze – und auf der einheitlichen Ideologie – dem Marxismus-Leninismus“ – beruhen. [29: 13 f.] Den Kern der sozialistischen Weltwirtschaft bilden die im Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) vereinigten Länder, die sich zu einer eng um die Sowjetunion zusammengeschlossenen Staatengemeinschaft verbunden haben.

Das sozialistische Weltsystem und die sozialistische Weltwirtschaft entstanden gesetzmäßig in der Epoche des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus, die von der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution eröffnet wurde. Durch die Oktoberrevolution wurde die bis dahin umfassende kapitalistische Weltwirtschaft durchbrochen und ihre Einheitlichkeit zerstört. Eine neue, sozialistische Weltwirtschaft begann sich neben der kapitalistischen zu entwickeln. [7] Obwohl die sozialistische Produktionsweise vorerst nur auf ein Land begrenzt blieb, kennzeichnen von Anfang an Qualität und Quantität der sozialistischen Wirtschaft der UdSSR, insbesondere die davon ausgehenden historischen Wirkungen, deren weltgeschichtlichen Charakter und damit den Ursprung der sozialistischen Weltwirtschaft. [2] Die Sowjetunion mit ihrem nach der Oktoberrevolution von 1917 entstehenden mächtigen Wirtschaftspotential entwickelte sich aber nicht nur zum Zentrum der sich nach dem zweiten Weltkrieg herausbildenden sozialistischen Weltwirtschaft. Die von der UdSSR als erstem Staat des befreiten Proletariats auf der Erde in dieser entscheidenden Entwicklungsphase vollbrachten Leistungen beim Aufbau und der Verteidigung des Sozialismus und die dabei gesammelten revolutionären Erfahrungen wurden zu einer unersetzlichen Errungenschaft für alle Völker, die später den Weg des Sozialismus beschritten. „Sie sind von grundsätzlicher Bedeutung für die Errichtung der sozialistischen Gesellschaft. Ihre Allgemeingültigkeit tritt beim kommunistischen Aufbau immer deutlicher zutage.“ [26: 11] Mit der Entstehung des sozialistischen Wirtschaftssystems in der Sowjetunion begann der Kampf der zunächst noch übermächtigen kapitalistischen Weltwirtschaft gegen die sich herausbildende sozialistische. Über ein Vierteljahrhundert entwickelte sich die sozialistische Gesellschaftsordnung der UdSSR unter den Bedingungen der kapitalistischen Umkreisung. Trotz der daraus resultierenden großen Hemmnisse und der Schwierigkeiten aus dem kapitalistischen Erbe bewies das stürmische ökonomische Wachstum der Sowjetunion sehr schnell die Überlegenheit der neuen, auf sozialistischen Produktionsverhältnissen beruhenden Gesellschaftsordnung. Beweis für diese Überlegenheit und die große Dynamik der sozialistischen Wirtschaft ist bereits in dieser Periode das hohe ökonomische Entwicklungstempo der Sowjetunion gegenüber den kapitalistischen Ländern. Im Vergleich zu 1913 stieg die Industrieproduktion der UdSSR bis 1937 auf das 5,88fache, in den kapitalistischen Ländern aber nur auf das 1,53fache. Der Anteil des sozialistischen Wirtschaftssystems an der Weltindustrieproduktion wuchs im Ergebnis dieser Entwicklung von kaum 3% im Jahre 1917 bzw. etwa 1% im Jahre 1922 auf rd. 10% im Jahre 1937 an. [27: Bd. 1] [28] Mit dem Sieg **[1029]** der Sowjetunion und der Völker der Antihitlerkoalition über den deutschen, italienischen und japanischen Imperialismus im zweiten Weltkrieg begann eine neue, höhere Stufe des revolutionären Weltprozesses. Für den weiteren Vormarsch des Sozialismus im internationalen Maßstab, für die Entstehung des sozialistischen Weltsystems und die Herausbildung und Entwicklung der sozialistischen Weltwirtschaft waren jetzt günstige Voraussetzungen eingetreten. [24] Gestützt auf diesen Sieg über den Imperialismus, Militarismus und Faschismus und geschützt durch die politische, ökonomische und militärische Stärke der Sowjetunion, vollzogen sich in einer Reihe von Ländern Europas und Asiens tiefgreifende revolutionäre Veränderungen. In den Jahren 1944/45-1948/50 wurden in Albanien, Bulgarien, im Osten Deutschlands, in Jugoslawien, Polen, Rumänien, in der Tschechoslowakei und in Ungarn sowie in China, Korea und Vietnam volksdemokratische Staaten gebildet. Die Mongolische Volksrepublik setzte ihre erfolgreiche sozialistische Entwicklung fort. „Alle diese Ereignisse verdeutlichen, daß der Prozeß des weltweiten Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus eine neue Qualität annahm... In der Entwicklung des internationalen Sozialismus setzte eine neue Etappe ein.“ [21: 170 ff.]

Auf der Grundlage des politisch und ökonomisch erstarkten sozialistischen Weltsystems konnte auch Kuba nach der siegreichen demokratischen Revolution von 1959/60 den Weg des Sozialismus beschreiten. In der jüngsten Vergangenheit dehnte sich die sozialistische Weltwirtschaft weiter aus, da der historische Sieg vom Mai 1975 dem ganzen vietnamesischen Volk den Weg zum Aufbau des Sozialismus eröffnete. Das Volk von Laos schuf ebenfalls die gesellschaftlichen Voraussetzungen für die Errichtung der Grundlagen des Sozialismus. [14]

In jenen Ländern, die sich nach dem zweiten Weltkrieg von Imperialismus und Faschismus befreien konnten, verwirklichte die Arbeiterklasse unter Führung der marxistisch-leninistischen Parteien in der antiimperialistisch-demokratischen Revolution ihre Hegemonie. Das gesellschaftliche Eigentum an den Produktionsmitteln wurde zum bestimmenden Produktionsverhältnis, und es entstand ein System gesamtgesellschaftlicher Leitung und Planung. Zwischen diesen Ländern, insbesondere mit der Sowjetunion, bildeten sich ökonomische Beziehungen heraus, die „nach den Prinzipien der vollen Gleichberechtigung, der Respektierung der territorialen Integrität, der staatlichen Unabhängigkeit und Souveränität, der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten des anderen [18: 11] gestaltet sind. Die Herausbildung der sozialistischen Weltwirtschaft geht somit auf verschiedene miteinander verbundene Prozesse zurück: den Prozeß der politischen und ökonomischen Umgestaltung in den Ländern, die den Weg des Sozialismus beschritten, und den Prozeß ihrer allseitigen ökonomischen und kulturellen Zusammenarbeit und Annäherung. [27: Bd. 1]

Die Herausbildung der sozialistischen Weltwirtschaft nach dem zweiten Weltkrieg leitete aber nicht nur eine qualitativ neue Stufe der Entwicklung und Internationalisierung der Produktivkräfte sowie die Festigung der zwischenstaatlichen gesellschaftlichen und ökonomischen Beziehungen auf der Grundlage sozialistischer Produktionsverhältnisse ein, sondern auch eine entscheidende Entwicklungsetappe der von Lenin entdeckten objektiven historischen Tendenz zur „Schaffung einer einheitlichen, nach einem gemeinsamen Plan vom Proletariat aller Nationen zu regelnden Weltwirtschaft als Ganzes“. [LW 31: 135] In der Praxis bestätigte sich die Voraussage Lenins, daß die Entfaltung der sozialistischen Weltwirtschaft über längere Zeit hinweg erfolgt und mehrere Etappen durchläuft. Lenin betonte im Jahre 1919: „Wir wollen ein *freiwilliges* Bündnis der Nationen... Ein solches Bündnis läßt sich nicht mit einem Schlage verwirklichen; auf ein solches Bündnis muß man mit größter Geduld und Behutsamkeit hinarbeiten.“ **[1030]** [LW 30: 283] Die Herausbildung der sozialistischen Weltwirtschaft in einem längeren Prozeß und dessen nicht widerspruchsloser Verlauf sind begründet durch die Existenz vielfältiger nationaler und staatlicher Unterschiede zwischen den Völkern und Ländern, die nur langsam aufgehoben werden können, aber auch in ihrem unterschiedlichen ökonomischen und sozialen Entwicklungsniveau, das es anzunähern und anzugleichen gilt. In den Jahren von 1944/45 bis 1949/50 war die vordringlichste ökonomische Aufgabe in allen zur sozialistischen Weltwirtschaft gehörigen Ländern die Wiederherstellung der im zweiten Weltkrieg zerstörten nationalen Volkswirtschaften. Besondere Schwierigkeiten erwuchsen dabei aus dem wirtschaftlichen Ausgangsniveau, das in der Mehrzahl dieser Länder durch industrielle Unterentwicklung, zersplitterte Landwirtschaft, hohe Arbeitslosigkeit sowie durch erhebliche territoriale und ökonomische Disproportionen gekennzeichnet war. In der Vorkriegszeit bzw. in der Wiederherstellungsperiode nach 1945 lag in Albanien, Bulgarien, China, Korea und Vietnam der Anteil der Industrie am gemeinsamen Nettoprodukt von Industrie und Landwirtschaft zwischen 8,8 und 30,1%; in Polen, Ungarn und Rumänien zwischen 40 und 47% und nur in der ČSR und dem Gebiet der späteren DDR zwischen 57 und 80%. [15] Die Stellung des sozialistischen Weltsystems in der gesamten Weltwirtschaft war deshalb zunächst durch ein Mißverhältnis zwischen dem Anteil an der Erdoberfläche und der Weltbevölkerung einerseits und an der Weltproduktion wichtiger Erzeugnisse andererseits charakterisiert. Entscheidende Bedeutung für die Wiederherstellung der in den einzelnen Ländern zerstörten Volkswirtschaft und für die Überwindung der vom Kapitalismus übernommenen ökonomischen Disproportionen besaß die Unterstützung der Sowjetunion, obwohl sie im Krieg selbst die größten Verluste erlitten hatte. Der Umfang der materiellen und finanziellen Hilfe der Sowjetunion ist schon allein an der Gesamtsumme der den Volksdemokratien bis 1952 gewährten Kredite in Höhe von 15 Mrd. Rubel [20: 674] zu ermessen.

Umfangreich waren auch die Unterstützungen in Form kostenlos zwischen der UdSSR und den Mitgliedsländern des RGW ausgetauschter wissenschaftlich-technischer Dokumentationen. Bezogen auf die Anzahl der Themen erhielten sie von der UdSSR in den Jahren 1947-1963 insgesamt 19.717 Dokumente und übergaben ihr 11.334. [22: 609] Bereits in den Jahren bis 1949 zeigten sich neue Züge in den Wirtschaftsbeziehungen zwischen der UdSSR und den Volksdemokratien, in denen Ansätze für die folgende Zusammenarbeit im RGW zu sehen sind. Allerdings mußte sich der wachsende Außenhandel zunächst auf die traditionellen Landesprodukte beschränken, und es überwog noch der kurzfristig und bilateral geregelte Warenverkehr. [11: 18 ff.]

Nach 1948 bzw. 1950, als die Wiederherstellungsperiode der Volkswirtschaft in den einzelnen Ländern im wesentlichen erfolgreich beendet war, begann ein neuer Entwicklungsabschnitt der sozialistischen Weltwirtschaft. Die Sowjetunion erweiterte die materiell-technische Basis für den vollständigen und endgültigen Sieg des Sozialismus. Die Mehrzahl der volksdemokratischen Staaten begann jetzt mit dem Aufbau der Grundlagen des Sozialismus. Hauptinhalt dieser Etappe war, durch die sozialistische Industrialisierung, besonders in den industriell rückständigen Ländern, den Widerspruch zwischen den historisch neuen Eigentumsverhältnissen an Produktionsmitteln und den zurückgebliebenen Produktivkräften zu lösen. Auch die industriell entwickelte ČSR (seit Juli 1960 ČSSR) stand vor bedeutenden Industrialisierungsaufgaben, um die territorialen Disproportionen zwischen den tschechischen und den slowakischen Gebieten zu überwinden; während die DDR, die durch die imperialistische Spaltung Deutschlands hervorgerufenen Disproportionen in der Industrie beseitigen mußte und die Volkswirtschaft zu komplettieren hatte. [10]

Die Industrialisierung der europäischen sozialistischen Länder wurde in ihren **[1031]** Grundzügen im wesentlichen im Verlaufe von zwei Fünfjahrplänen erreicht. Obwohl die Ziele und der Prozeß der sozialistischen Industrialisierung durch den „kalten Krieg“, neu auftretende Tendenzen in der Entwicklung der Produktivkräfte und ungenügende Erfahrungen bei der Leitung und Planung der Volkswirtschaften beeinflußt wurden, erstarkte die sozialistische Weltwirtschaft erheblich. Bei relativ gleichbleibenden Anteilen an der Weltbevölkerung und der Erdoberfläche stieg von 1950 bis 1960 der Anteil der sozialistischen Länder an der Weltindustrieproduktion solcher wichtigen Erzeugnisse wie Kohle von 28,7 auf 52,1; Erdöl von 8,4 auf 15,9; Elektroenergie von 14,9 auf 20,5; Roheisen von 18,5 auf 35,1 und Stahl von 19,2 auf 30,8%, während sich der Anteil bei Baumwollgewebe von 20,1 auf 32,8 und bei Wollgewebe von 20,0 auf 31,8% erhöhte. [16: 6 ff.] [17] Der unter den Bedingungen der politischen Macht der Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten begonnene Prozeß der planmäßigen sozialistischen Industrialisierung setzte in einem solchen Umfang schöpferische Potenzen der Werktätigen frei, daß die durchschnittliche Wachstumsrate der Industrieproduktion der sozialistischen Länder in den Jahren 1951-1961 mit 13% das mittlere jährliche Wachstumstempo der Industrieproduktion entwickelter kapitalistischer Länder von 5,1% [16: 18] weit übertraf.

In der Landwirtschaft wurde in den Jahren von 1950 bis 1960/61 in der Mehrzahl der sozialistischen Länder eines der schwierigsten Probleme bei der Schaffung der Grundlagen des Sozialismus gelöst: der freiwillige Übergang der werktätigen Einzelbauern zum genossenschaftlichen sozialistischen Großbetrieb. Im Jahre 1960 betrug der Anteil des sozialistischen Sektors an der landwirtschaftlichen Fläche in Albanien 86,4%, in Bulgarien 99%, in der DDR 92,4%, in Rumänien und Ungarn je 81,9% und in der Tschechoslowakei 88%, während er in Polen nur 13,2% erreichte. In der DRV war dieser Anteil auf 76%, in der MVR auf 77% angestiegen, und in der KDVR umfaßte der sozialistische Sektor an der landwirtschaftlichen Fläche 100%. [16: 45]

Hauptursachen für die erfolgreiche wirtschaftliche Entwicklung waren die gewachsene politische Kraft der marxistisch-leninistischen Parteien, die allseitige Zusammenarbeit mit der Sowjetunion sowie der Aufbau und die ständige Vervollkommnung des Systems der langfristigen Leitung und Planung der Volkswirtschaft der einzelnen Länder. Die Entwicklung der internationalen sozialistischen Zusammenarbeit und Arbeitsteilung wie auch die gesamte Entwicklung der sozialistischen Weltwirtschaft wurden besonders durch den 1949 gegründeten Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe entscheidend beeinflußt.

Der Aufstieg der sozialistischen Weltwirtschaft vollzog sich jedoch von Anfang an unter den Bedingungen eines erbitterten Klassenkampfes. Bereits unmittelbar nach Beendigung des zweiten Weltkrieges bezogen einflußreiche imperialistische Kreise Westeuropas und der USA eine feindselige Haltung zu den revolutionären Veränderungen in Osteuropa und Asien. Ende der 40er Jahre verschärfte sich ihre Haltung, und sie gingen zum „kalten Krieg“ über, den Winston Churchill in einer Rede am 5.3.1946 in Fulton (USA) offiziell eingeleitet hatte. Die Störung des wirtschaftlichen Aufbaus der jungen sozialistischen Staaten gehörte zu den wichtigsten Zielen dieser Politik des „kalten Krieges“. So wurde 1949 vom USA-Kongreß das Gesetz über Exportkontrolle verabschiedet, welches für insgesamt 2.800 Waren Beschränkungen der Ausfuhr in sozialistische Länder enthielt. Das 1937 zwischen den USA und der UdSSR abgeschlossene Handelsabkommen wurde gekündigt. In Frankreich wurde 1951 der Export von 300 Warenarten nach Osteuropa und China verboten. [3] [11: 11 f.] Aber weder der ökonomische und der politische Boykott noch militärische Aggressionen, wie 1946-1954 gegen die DRV oder 1950-1953 gegen die KDVR, konnten die sozialistische Entwick-**[1032]**lung aufhalten. Die Länder des sozialistischen Weltsystems schlossen sich rascher zusammen und festigten ihr Bündnis mit der UdSSR.

Eine neue Etappe der Entwicklung des sozialistischen Weltsystems und damit auch ein neuer Entwicklungsabschnitt der sozialistischen Weltwirtschaft begann Ende der 50er/Anfang der 60er Jahre. In der UdSSR hatte der Sozialismus jetzt vollständig und endgültig gesiegt, und mit der weiteren Ausgestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft gingen die Werktätigen der Sowjetunion unter Führung der KPdSU zum kommunistischen Aufbau über. Die meisten anderen sozialistischen Länder hatten die Grundlagen des Sozialismus geschaffen. In den ost- und südosteuropäischen sozialistischen Staaten waren, ebenso wie in der DDR, die wichtigsten Aufgaben der Übergangsperiode vom Kapitalismus zum Sozialismus gelöst. [21: 430] Zugleich entsprachen die Volkswirtschaftsstrukturen noch nicht voll den Anforderungen des entwickelten Sozialismus. Der Anteil der Industrie an der Produktion des Nationaleinkommens wies noch beachtliche Unterschiede auf, und die Strukturen der RGW-Länder ergänzten sich noch zu wenig. Der Konzentrationsgrad der Produktion war zum Teil gering, und es gab ökonomisch unbegründete Parallelproduktionen. [22: 639] Die Überwindung dieser Widersprüche erforderten eine Weiterentwicklung der Leitung und Planung der Wirtschaft [4] sowie die umfassendere Zusammenarbeit. Die Basis dafür bildeten die 1962 beschlossenen „Grundprinzipien der internationalen sozialistischen Arbeitsteilung“.

Der Beitritt der Mongolischen Volksrepublik zum RGW 1962, der Abschluß eines Abkommens über die Teilnahme der SFRJ an der Arbeit von RGW-Organen 1964 und schließlich die erfolgreiche Fortführung der sozialistischen Revolution durch das kubanische Volk, das sich 1972 dem RGW anschloß, erweiterten ständig den Einfluß der sozialistischen Weltwirtschaft. Es bestätigte sich immer mehr die Richtigkeit der Erklärung der Beratung von Vertretern der kommunistischen und Arbeiterparteien im Jahre 1960, „daß das sozialistische Weltsystem zum ausschlaggebenden Faktor der Entwicklung der menschlichen Gesellschaft wird“ [18: 11] und gleichzeitig damit „die Entwicklung der allgemeinen Krise des Kapitalismus in eine neue Etappe eingetreten ist“ [18: 18]. Der mit dem Eintritt des Kapitalismus in die dritte Etappe der allgemeinen Krise verbundene beschleunigte Zusammenbruch des Kolonialsystems stellte die sozialistische Weltwirtschaft, insbesondere die Länder des RGW, vor die Aufgabe, ihre ökonomischen Beziehungen auf die jungen Nationalstaaten bzw. Entwicklungsländer auszudehnen. Der Anteil dieser Staaten am Außenhandelsumsatz der Mitgliedsländer des RGW stieg von 6,9% im Jahre 1960 auf 8,4% im Jahre 1970. [15] Mitte der 70er Jahre arbeitete der RGW mit 75 Ländern Asiens, Afrikas und Lateinamerikas zusammen. Die ökonomischen und wissenschaftlich-technischen Beziehungen der RGW-Länder mit den Entwicklungsländern erstreckten sich auf Abkommen über die Hilfe beim Aufbau einer eigenen industriellen Basis der nationalen Volkswirtschaft, auf die Ausbildung von Kadern und nicht zuletzt auf Kredite. Bis Mitte der 70er Jahre wurden 15 Mrd. Rubel in Form langfristiger Kredite zur Verfügung gestellt. Obwohl es seit den 60er Jahren durch den politischen Kurs der Führer der Kommunistischen Partei und der Regierung der VR China, dem sich Albanien anschloß, zu hemmenden Tendenzen für die Entwicklung der sozialistischen Weltwirtschaft und des RGW kam, trat von 1960 bis 1970 erneut eine erhebliche

Verstärkung der Wirtschaftskraft, insbesondere der Mitgliedsländer des RGW, ein. Im absoluten Produktionsumfang solcher wichtigen Erzeugnisse wie Stahl, Mineraldünger, Zement und bei Elektroenergie wurden die EWG-Länder durch die Mitgliedsländer des RGW überholt. [15] Die Unterschiede im ökonomischen und industriellen Niveau zwischen RGW und EWG hatten sich bis zum Beginn des neuen Jahrzehnts weiter verringert. [13]

[1033] Vor allem aber war der zu Beginn der 70er Jahre einsetzende neue Entwicklungsabschnitt der sozialistischen Weltwirtschaft durch den noch engeren Zusammenschluß der Mitgliedsländer des RGW und die stärkere Annäherung und Angleichung ihres ökonomischen Entwicklungsniveaus gekennzeichnet. Grundlage dafür bildete das 1971 beschlossene „ Komplexprogramm für die weitere Vertiefung und Vervollkommnung der Zusammenarbeit und Entwicklung der sozialistischen ökonomischen Integration“ der‘ Mitgliedsländer des RGW. [29] Die sozialistische ökonomische Integration „fördert die Entwicklung der sozialistischen Weltwirtschaft und stärkt den Sozialismus im ökonomischen Wettbewerb mit dem Kapitalismus“. [26: 33]

Die industrielle Bruttoproduktion der RGW-Länder stieg 1975 im Vergleich zu 1970 auf etwa das 1,5fache [25] an, während in den entwickelten kapitalistischen Ländern 1975 die industrielle Produktion nur 9,5% höher als 1970 war.

Die durchschnittliche jährliche Bruttoproduktion der Landwirtschaft des RGW wuchs in den Jahren 1971-1975 gegenüber dem vorangegangenen Jahrfünft um 14%, die der EWG-Länder aber nur um etwa 10-11%. Beweis für die sich seit 1971 vertiefende sozialistische ökonomische Integration ist die weitere Entwicklung der internationalen Arbeitsteilung.

Allerdings waren dafür auch in der 2. Hälfte der 70er Jahre noch nicht alle Möglichkeiten erschöpft. Den in den einzelnen sozialistischen Staaten, insbesondere den Mitgliedsländern des RGW, entstandenen großen Industriepotentialen, die durch eine Vielzweigstruktur gekennzeichnet sind, stehen die noch nicht ausreichende Spezialisierung und Konzentration der Produktion gegenüber. Daraus resultiert z. T. der relativ niedrige Anteil der sozialistischen Länder am Weltaußenhandel. So betrug der Anteil der Mitgliedsländer des RGW am Volumen der Weltausfuhren im Jahre 1960 10,1% und war bis 1974 auf 11,7% angestiegen. [6: 17] [17]

Der vom RGW ausgehende wachsende Einfluß der sozialistischen Weltwirtschaft wird jedoch nicht nur durch die Fortschritte der sozialistischen ökonomischen Integration seiner Mitgliedsländer sichtbar, sondern auch durch Abkommen über wirtschaftliche und wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit zwischen dem RGW und Finnland (16.5.1973), Irak (4.7.1975) und Mexiko (13.8.1975). Diese Fortschritte konnte die sozialistische Weltwirtschaft vor allem deshalb erreichen, weil es der sozialistischen Staatengemeinschaft mit ihrem führenden Land, der Sowjetunion, gelang, die Politik der friedlichen Koexistenz zwischen Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung als einen bedeutenden Faktor in den internationalen Beziehungen durchzusetzen. Der Prozeß der internationalen Entspannung, der in den Jahren nach 1971 einsetzte und durch den erfolgreichen Abschluß der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa in Helsinki 1975 neue Impulse erhielt, ist für die Festigung und die weitere Entwicklung der sozialistischen Weltwirtschaft von außerordentlicher Bedeutung. Auf der Grundlage der politischen Entspannung entwickelten sich seit Anfang der 70er Jahre auch der Handel und die wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit zwischen sozialistischen und kapitalistischen Ländern stärker als in der Vergangenheit. Die Zahl langfristiger Handelsabkommen zwischen RGW- und EWG-Staaten hatte sich im Vergleich zu den 23 Abkommen, die 1960 existierten, vervierfacht. [1: 255] Nach Angaben der UNO-Wirtschaftskommission für Europa (ECE) wurden bereits bis Ende 1972 rund 600 Abkommen über industrielle Kooperation zwischen den Ländern Ost- und Westeuropas abgeschlossen. Die Zusammenarbeit zwischen sozialistischen und kapitalistischen Ländern vollzog sich dabei seit Anfang der 70er Jahre nicht nur durch eine Ausdehnung des Handels mit Gebrauchsgütern und Lizenzen, einschließlich der Know-how-Vergabe. Es wurden auch neue Methoden entwickelt, wie z. B. das gemeinsame Auftreten in Drittlän-**[1034]**dern, die Realisierung gemeinsamer Investitionsvorhaben, Kompensationsabkommen und die wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit. Die Herausbildung neuer institutioneller Formen der Zusammenarbeit, wie gemischter

Kommissionen für wirtschaftliche und wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit, gemeinsame Wirtschaftsräte, unterstützte diesen Prozeß. Bei der Entwicklung dieser Zusammenarbeit ist jedoch in Rechnung zu stellen, daß reaktionäre imperialistische Kreise auch die wirtschaftliche Zusammenarbeit als politisches Druckmittel ausnutzten, wie es die vom USA-Kongreß 1974 beschlossene Handelsgesetzgebung belegt. Sie verweigert den sozialistischen Ländern die Gewährung der Meistbegünstigung und beschränkt die Vergabe langfristiger Kredite. Auch die aus den 50er und 60er Jahren übernommenen sogenannten COCOM-Verbotspositionen wurden nur teilweise beseitigt. Seitens der EWG bestanden in der 1. Hälfte der 70er Jahre für annähernd 40% der Exportwaren der sozialistischen Staaten quantitative Begrenzungen. Die Zollbelastung der Waren aus den sozialistischen Staaten war höher. [30: 84 f.] Beeinflußt wird die sozialistische Weltwirtschaft auch durch den krisenhaften Verlauf des kapitalistischen Reproduktionsprozesses. Die Wirtschaftskrise der imperialistischen Länder, die 1973 und 1974 auftrat, führte zu einem Abfall der Industrieproduktion um 8,5%, während sich die Rohstoff- und Brennstoffpreise sprunghaft erhöhten. Die Terms of trade der sozialistischen Länder verschlechterten sich dadurch erheblich. Notwendig für die Entfaltung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit zwischen sozialistischen und kapitalistischen Ländern sind deshalb Verhandlungen über ihre Grundprinzipien und Formen, insbesondere zwischen dem RGW und der EWG. Solche Verhandlungen wurden eingeleitet mit dem Vorschlag des RGW an die EWG vom 16.2.1976, ein Abkommen zwischen dem RGW und seinen Mitgliedsländern einerseits und den Mitgliedsländern der EWG andererseits über die Grundlagen der gegenseitigen Beziehungen abzuschließen. Obwohl ein solches Abkommen die wirtschaftliche Zusammenarbeit fördern würde, bleibt die Grundlage des dynamischen Wachstums der sozialistischen Weltwirtschaft die immer bessere Ausnutzung der ihr innewohnenden Vorzüge und Triebkräfte, so daß sich der Anteil der sozialistischen Länder an der Weltindustrieproduktion weiter erhöhen wird. [8: 47] [22: 73] [26: Bd. 2, 38] [27: 49]

Literatur:

1. *Faddejew, N. W.:* Der Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe. Berlin 1975; 2. *Falk, W./Müller, H./Reißig, K.,* in: JWG, 1972, T. II, S. 11; 3. *Fituni, L.:* Die Sowjetunion und die internationale Wirtschaftszusammenarbeit. Moskau 1952; 4. *Kleer, J.:* Reformy Gospodarcze w Krajach Socjalistycznych. Warschau 1969; 5. *Kohlmey, G.:* Vergesellschaftung und Integration im Sozialismus. Berlin 1973; 6. *Ders.* in: Sitzungsberichte der Akademie der Wissenschaft der DDR 1976, H. 4/G, S. 5 ff.; 7. *Kuczynski, J.:* Studien zur Geschichte der Weltwirtschaft. Berlin 1952; 8. *Kunz, W.,* in: Sitzungsberichte der Akademie der Wissenschaften der DDR 1976, H. 4/G, S. 45 ff.; 9. *Ders.* in: Horizont 1976, Nr. 9, S. 10 ff.; 10. *Müller, H./Reißig, K.:* Wirtschaftswunder DDR. Berlin 1968; 11. *Neumann, G.,* in: JWG, 1976, T. I, S. 13 ff.; 12. *Ders.* in: JWG, 1976, T. III, S. 31 ff.; 13. *Shamin W. A.,* in: Die Wirtschaft 1974, Nr. 40, S. 20 f.; 14. *Bericht des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands an den IX. Parteitag der SED.* Berlin 1976; 15. *Dynamik im RGW,* in: Die Wirtschaft 1976, Nr. 2, S. 18 f.; 16. *Ėkonomika stran socialističeskogo lagerja v cifrach.* Moskau 1962; 17. *Ėkonomičeskaja gazeta.* Moskau 1976, H. 18, 5. 20; 18. *Erklärung der Beratung von Vertretern der Kommunistischen und Arbeiterparteien der sozialistischen Länder,* November 1957. Berlin 1958; 19. *Erklärung der Beratung von Vertretern der kommunistischen und Arbeiterparteien,* November 1960. Berlin 1961; 20. *Geschichte der KPdSU.* Berlin 1971; **[1035]** 21. *Geschichte der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands.* Berlin 1978; 22. *Gesetzmäßigkeiten der intensiv erweiterten Reproduktion bei der weiteren Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft.* Berlin 1976, T. 2; 23. *IPW-Berichte,* 1975, Heft 5; 24. *Klassenkampf – Tradition – Sozialismus.* Berlin 1974; 25. *Kommuniqué der XXX. Tagung des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe,* in: ND v. 10./11.7.1976; 26. *Programm der Sozialistischen Einheitspartei Deutschland.* Berlin 1976; 27. *Sozialistisches Weltwirtschaftssystem.* Bd. 1-3, Berlin 1967 f.; 28. *SSSR v cifrach v 1975 godu.* Moskau 1976; 29. *Komplexprogramm für die weitere Vertiefung und Vervollkommnung der Zusammenarbeit und Entwicklung der sozialistischen ökonomischen Integration der Mitgliedsländer des RGW* – Dokumente des RGW. Berlin 1971; 30. *Neue Entwicklungstendenzen in der heutigen Weltwirtschaft* – Sitzungsberichte der Akademie der Wissenschaften der DDR, Gesellschaftswissenschaften, H. 4/G, Berlin 1976.

Lothar Baar/Michael Laschke

2.7.21. Transport- und Nachrichtenwesen

Die ersten Voraussetzungen für ein sozialistisches Transport- und Nachrichtenwesen entstanden durch die siegreiche Oktoberrevolution, denn sie schuf die Bedingungen für den späteren Aufbau eines einheitlichen, gesamtstaatlichen Verkehrswesens und einen den sozialistischen Produktionsverhältnissen angepaßten Vergesellschaftungsgrad dieses Bereiches der materiellen Produktion.

Schon Anfang 1918, wenige Monate nach dem Sieg der Revolution, erschienen verschiedene durch Lenin veranlaßte Dekrete zur Neuordnung der Eigentumsverhältnisse sowie zu den Schwerpunkten der künftigen Arbeit im Verkehrswesen. „Lenin, der dem Transportwesen in der Entwicklung der Volkswirtschaft immer besondere Bedeutung beigemessen hatte, hielt auch in dieser schweren Zeit einen gewissen Vorlauf beim Aufbau des Transportwesens im Vergleich zu anderen schwierigen Problemen der Volkswirtschaft für vollkommen gerechtfertigt. Der von ihm vorgeschlagene Kurs wurde von der Partei angenommen, und die Wiederherstellung des Transportwesens wurde zur Hauptaufgabe.“ [11: 14] [LW 30: 428] [7] Unter Anspannung aller Kräfte gelang es, in den folgenden Jahren in der gesamten Volkswirtschaft die Voraussetzungen für einen planmäßigen sozialistischen Aufbau zu schaffen. Die staatlichen Plandokumente bewiesen dabei den hohen Stellenwert des Verkehrswesens für die Entwicklung der nationalen Volkswirtschaft. Mit seiner Hilfe wurden die schon vorhandenen Industriegebiete ausgebaut und neue, vor allem im asiatischen Teil der Sowjetunion, erschlossen. Dadurch konnten in diesen Gebieten erstmalig eine moderne Industrie und Landwirtschaft entstehen. Zugleich übte das Verkehrswesen aber auch für die dort ansässigen Völkerschaften eine bedeutende politische und kulturelle Funktion aus, indem es ihre jahrhundertealte Abgeschlossenheit beendete und sie in die sozialistische Umgestaltung der Gesellschaft einbezog.

Mit Beginn der langfristigen Planung wurde der Ausbau des Verkehrswesens weiter vorangetrieben. Der Schwerpunkt im binnenländischen Verkehr lag bei der *Eisenbahn,* die aufgrund der geographischen Situation der Sowjetunion die Hauptlast aller Transporte zu tragen hatte. Völlig neu entstand der *zivile Luftverkehr,* der eine wichtige ökonomische, vor allem aber auch kulturelle Funktion übernahm. Er förderte zusammen mit dem gleichfalls rasch ausgebauten und entsprechend den gegebenen volkswirtschaftlichen Möglichkeiten modernisierten *Nachrichtenwesen* die konsequente Nationalitäten-**[1036]**politik der Sowjetregierung, weil beide zu den verkehrsmäßig nicht erschlossenen und schwer zugänglichen Gebieten eine zuverlässige ständige Verbindung und damit zugleich die Voraussetzungen für eine sozialistische Entwicklung schufen.

In der Phase des Aufbaus der Grundlagen des Sozialismus erfüllte deshalb das sowjetische Verkehrswesen vorwiegend nationale Aufgaben. Es unterstützte nicht allein das Entstehen einer leistungsfähigen sozialistischen Industrie, sondern auch so wichtige gesellschaftliche Umwälzungsprozesse wie die Kollektivierung der Landwirtschaft. Das Verkehrswesen war jedoch darüber hinaus auch, wie Lenin es für die Eisenbahnen ausdrückte, „materielles Werkzeug der Verbindungen zum Ausland“ [LW 33: 136] und half – trotz der imperialistischen Einkreisung – wichtige ökonomische und politische Verbindungen zu knüpfen und zu realisieren.

Nach dem verbrecherischen Überfall des faschistischen deutschen Imperialismus auf die Sowjetunion mußte das sowjetische Verkehrswesen im Großen Vaterländischen Krieg erneut eine außerordentlich schwere Belastungsprobe bestehen. Dabei dienten alle Verkehrsträger nicht allein unmittelbar militärischen Operationen und der Sicherung des Nachschubs für die Front, sie hatten außerdem weit umfangreichere Aufgaben für die Volkswirtschaft zu erfüllen. [3] [8] [12] [15]

Die Niederschlagung des Faschismus und der Sieg der Roten Armee schufen die Bedingungen für eine neue Etappe in der Entwicklung eines *sozialistischen Verkehrswesens,* vor allem charakterisiert durch das Entstehen des sozialistischen Lagers und die daraus resultierenden neuen Anforderungen an das Transport- und Nachrichtenwesen. Dabei galt es anfänglich wiederum, ungewöhnliche Schwierigkeiten im Bereich der materiell-technischen Basis Zu überwinden. Der Zerstörungsgrad im Verkehrswesen der Sowjetunion, der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands und der volksdemokratischen Länder war insgesamt außerordentlich hoch. Die intensiven Kampfhandlungen und Luftangriffe hatten sich mit auf das Verkehrswesen konzentriert, da nicht mehr funktionstüchtige

Transport- und Nachrichtenverbindungen sich unmittelbar negativ auf die Rüstungsproduktion und die Versorgung der kämpfenden Truppen auswirkten. Zusätzliche ausgedehnte Verwüstungen hatten die faschistischen Truppen vor allem bei ihrer Flucht vor der Roten Armee durch Sprengen von Verkehrsanlagen verursacht. [6: 33, 35]

Erhebliche Probleme entstanden weiterhin beim Wiederaufbau des Verkehrswesens durch die Struktur der Volkswirtschaft der volksdemokratischen Länder. Das Überwiegen der landwirtschaftlichen Produktion in den meisten dieser Staaten, aber auch die ausgedehnten Zerstörungen an Industrieanlagen sowie die Spaltungsdisproportionen in der sowjetischen Besatzungszone bedingten einen ausgeprägten Mangel an materiellen Voraussetzungen zur raschen Rekonstruktion des Verkehrswesens. Außerdem war die fast vollständige Neuorientierung der Verkehrsströme zu berücksichtigen, die aus den veränderten wirtschaftlichen und politischen Verhältnissen resultierte. In der sowjetischen Besatzungszone betraf das vorwiegend die traditionellen Ost-West-Verbindungen – die u. a. dazu geführt hatten, daß der Raum nördlich von Berlin verkehrsmäßig nur ungenügend erschlossen war [20] –, in den meisten volksdemokratischen Ländern die völlige Umgestaltung der innen- und außenwirtschaftlichen Beziehungen. Unter Berücksichtigung dieser Faktoren, aber auch in Würdigung der Tatsache, daß ein großer Teil der verfügbaren Investitionen und Kräfte durch den Auf- und Ausbau der Industrie gebunden wurde, konzentrierte sich der als dringend notwendig erkannte rasche *Wiederaufbau des Verkehrswesens* über einen längeren Zeitraum auf die vorhandene bzw. wiederherzustellende Substanz. Auch in der weiteren Entwicklung verursachten diese Gründe einen – wenn auch national differenzierten – geringeren Anteil des Verkehrswesens an den Gesamtinvestitionen (im Vergleich zu den übrigen Zweigen der Volkswirtschaft), **[1037]** als er seiner ökonomischen Bedeutung entsprach. Dabei war außerdem eine ungleichmäßige Verteilung auf die Verkehrsträger insofern festzustellen, daß der Kraft- und Luftverkehr, die Seeschiffahrt, der Rohrleitungstransport und das Fernmeldewesen (als „jüngere“ Verkehrsträger) bevorzugt werden mußten, um den steigenden Anforderungen der Gesellschaft entsprechen zu können, während die Eisenbahn und Binnenschiffahrt, aber auch das Postwesen (als *„traditionelle“ Verkehrsträger)* erst zu einem viel späteren Zeitpunkt eine erweiterte Reproduktion realisieren konnten. [20]

Beim Wiederaufbau des Verkehrswesens wurden im Rahmen der gegebenen Möglichkeiten neben nationalen Gesichtspunkten auch internationale Erfordernisse berücksichtigt, die durch die sich kontinuierlich entwickelnden wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Beziehungen entstanden. Das Verkehrswesen hatte zwar auf dem Gebiet der internationalen Zusammenarbeit schon jahrzehntelange Traditionen, die auf der zunehmenden Internationalisierung des Wirtschaftslebens im Kapitalismus beruhten, diese entsprachen allerdings weder quantitativ noch qualitativ den veränderten gesellschaftlichen Verhältnissen und auch nicht den steigenden Anforderungen. Deshalb mußte sich das Verkehrswesen vor allem den tiefgreifenden gesellschaftlichen Veränderungen beim Aufbau der Grundlagen des Sozialismus und bei der Schaffung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft anpassen, da sie gesetzmäßig auch alle gesellschaftlichen Austauschprozesse einschließen und zugleich diese Prozesse intensivieren. Besondere Wirkungen entstanden für das Verkehrswesen weiterhin aus dem raschen „Wandel der Produktionsstruktur im Gefolge der wissenschaftlich-technischen Fortschritte“, der „Veränderung der Regionalstruktur unter dem Einfluß der Standortbildung und -verschiebung der Produktivkräfte“, der „Ausbildung internationaler Reproduktionsprozesse im RGW, insbesondere von Reproduktionskomplexen für Primärenergieträger und Rohstoffe“ sowie durch „die industrielle und Bevölkerungsballung“. [2: 6]

Die Schaffung sozialistischer Eigentumsverhältnisse im öffentlichen Verkehrswesen aller sozialistischen Länder bildete eine wesentliche Grundlage dieser Entwicklung, weil sie die objektiven Voraussetzungen für die erforderliche Intensivierung der Kommunikationsbeziehungen der sozialistischen Länder bis zur beginnenden sozialistischen Integration schuf. Zugleich beeinflußte das Verkehrswesen mit seiner Tätigkeit aktiv die Wirtschaftsentwicklung der sozialistischen Staaten und wurde zu einem wichtigen Wachstumsfaktor nicht allein ihrer nationalen Wirtschaften, sondern auch des beginnenden Integrationsprozesses. [9] Die Ursachen dafür liegen in den engen *Wechselbeziehungen zwischen dem Verkehrswesen und der gesamten Volkswirtschaft,* aber auch in seinen politischen und

strategischen Aufgaben. Die zunehmende Verflechtung der nationalen Wirtschaften, die Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen sowie die damit verbundene Ausdehnung der sozialen Kommunikation, aber auch die viel großzügigeren Möglichkeiten der Bevölkerungsmobilität und besonders die engen politischen Kontakte sowie das militärische Bündnis setzten eine ständig wachsende Leistungsfähigkeit des Verkehrswesens voraus und sichern diesem Wirtschaftszweig eine zunehmend wichtigere Stellung im gesellschaftlichen Reproduktionsprozeß.

In den vergangenen Jahren stiegen im Zusammenhang mit den sich immer enger gestaltenden außenwirtschaftlichen Beziehungen sowohl die Transportmenge und der Umfang der Nachrichtenübermittlung als auch die Leistungen (d. h. die Beförderungsmenge, bezogen auf die Transport- bzw. Beförderungsweiten) des Transport- und Nachrichtenwesens an, einerseits bedingt durch die erhöhte Arbeitsteilung, andererseits durch die Rohstoffsituation der sozialistischen Länder, die umfangreiche Rohstoffimporte, vor allem aus der Sowjetunion, verlangt (s. Tab. 1). **[1038]**

Tabelle 1
Entwicklung des Gütertransports der RGW-Länder 1950-1974 (ohne Kuba) [18: 21 f.]

	Transportmenge (in Mill. t)		Transportleistung (in Mrd. tkm)	
	1950	1974	1950	1974
Eisenbahn	1.310	4.935	684,3	3.431,4
Kraftverkehr	150	6.333	2,8	126,7
Seeschiffahrt	37	256	49,8	1.134,6
Binnenschiffahrt	107	497	50,0	225,5
Erdölleitungen	17	548	5,1	559,6

Diese allgemeinen Entwicklungstendenzen führten dazu, daß die Zusammenarbeit der sozialistischen Länder auf dem Gebiete des Verkehrswesens schon sehr früh einsetzte. Bereits Anfang der 50er Jahre kam es zu kommerziellen und anderen Vereinbarungen auf dem Gebiete des Eisenbahn- und Nachrichtenwesens, die zur Schaffung gemeinsamer Organisationen mit weitgehenden Rechten und Pflichten führten (z. B. *OSShD* = Organisation für die Zusammenarbeit der Eisenbahnen und *OSS* = Organisation für die Zusammenarbeit der sozialistischen Länder auf dem Gebiet des Post- und Fernmeldewesens). Auch der Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe beschäftigte sich mit der Klärung von Verkehrsproblemen. In den Anfangsjahren wurden sie auf den Tagungen des Rates behandelt. Die außerordentliche Zunahme der Verkehrsbeziehungen zwang jedoch zu einer gesonderten Behandlung dieser Fragen. 1957 wurde deshalb eine „Ständige Arbeitsgruppe für Fragen des Transportwesens“ gebildet, aus der ein Jahr später die „Ständige Kommission Transport“ hervorging, die in mehrere Sektionen gegliedert wurde: Koordinierung der Perspektivpläne und komplexer Transportprobleme; Eisenbahn; Schiffahrt; Kraftverkehr und Straßenwesen; Luftverkehr (seit 1959 – ab 1975 eigene „Ständige Kommission für zivile Luftfahrt“). Belange des Nachrichtenverkehrs wurden mit von der Ständigen Kommission für radiotechnische und elektronische Industrie wahrgenommen, bis 1972 eine eigene „Ständige Kommission für Post- und Fernmeldewesen“ entstand.

Im Rahmen dieser Ständigen Kommissionen, aber auch in den in der Regel alle sozialistischen Länder umfassenden speziellen Organisationen der einzelnen Verkehrsträger werden Grundsatzfragen der Entwicklung des internationalen Verkehrswesens beraten; darüber hinaus sind die langfristige Entwicklung sowie die Koordinierung der Tätigkeit der Verkehrsträger Gegenstand der gemeinsamen Abstimmung. Schließlich unterhalten die Ständigen Kommissionen und die einzelnen Organisationen Kontakte zu Institutionen des Verkehrswesens im kapitalistischen Ausland. [4] [13]

Die multilaterale Koordinierung der Aufgaben und Ziele des Verkehrswesens der sozialistischen Länder erfolgt unter dem Aspekt der Schaffung eines einheitlichen integrierten Transportsystems und eines einheitlichen integrierten Nachrichtensystems, die durch die Übereinstimmung in den gesellschaftlichen Verhältnissen objektiv möglich wurden. Schritte auf diesem Wege waren und sind: die multilaterale wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit, die Vereinheitlichung der wichtigsten Parameter und Standards der Verkehrsmittel, Ausrüstungen und Anlagen sowie methodischer Bestimmungen hinsichtlich technisch-ökonomischer Berechnungen; die Schaffung gemeinsamer

Organisationen bzw. Unternehmen; die effektivste Verwendung der Investitionen und die Bereitstellung gemeinsamer Investitionsmittel zur Leistungsverbesserung des Verkehrswesens im internationalen Rahmen.

[1039] Besondere Anstrengungen galten der Effektivitätsverbesserung, die beispielsweise im Transportwesen durch ein Erhöhen der Durchlaßfähigkeit der Transportwege auf der Basis technischer Weiterentwicklung und Modernisierung sowie progressiver Transportmethoden erreicht werden kann. Dadurch wurde nicht nur eine Beschleunigung, sondern auch eine Verbilligung der Transporte möglich. Diese ist im Hinblick darauf, daß der Anteil der Transportkosten bei den meisten Massengütern recht beträchtlich ist, für die allgemeine wirtschaftliche Entwicklung der RGW-Länder von großer Bedeutung.

Einen Schwerpunkt in der Verkehrsentwicklung der sozialistischen Länder bildeten in den zurückliegenden Jahren die *Eisenbahnen,* die aufgrund der gegebenen Transportstruktur eindeutig den Hauptanteil der Transporte übernehmen mußten und müssen. [16] In den meisten Ländern – mit Ausnahme der Sowjetunion – war die Netzdichte ausreichend, und man konnte sich auf die Wiederherstellung und Rekonstruktion der Strecken konzentrieren. Neubauten von Eisenbahnverbindungen ergaben sich in der Regel nur im Zusammenhang mit dem Entstehen neuer industrieller Ballungsgebiete, die früher verkehrsmäßig noch nicht erschlossen waren. Gleichzeitig setzte sich jedoch der internationale Trend der Reduzierung von Nebenstrecken und Schmalspurbahnen durch, der vor allem durch die steigende Leistungsfähigkeit des Kraftverkehrs bedingt ist. [5] [101 Dieser Verkehrsträger kann den Anforderungen der verkehrsärmeren Gebiete ökonomisch effektiver gerecht werden und übernahm im Zuge der planmäßigen Entwicklung des sozialistischen Verkehrswesens immer umfangreichere Aufgaben zur Flächenerschließung.

Demgegenüber hatten die sowjetischen Eisenbahnen eine erhebliche Erweiterung ihres Hauptstreckennetzes zu verzeichnen, begründet durch die Nutzung weiterer Rohstoffvorkommen, die intensivere Erschließung der außereuropäischen Gebiete, aber auch die engen wirtschaftlichen Beziehungen der Sowjetunion zu den sozialistischen Ländern (s. Tab. 2).

Tabelle 2
Entwicklung der Betriebslänge der Eisenbahnstrecken der RGW-Länder (ohne Kuba) 1950-1975 (in km) [18: 21] [17: 265 f.]

	Insgesamt	UdSSR
1950	187.746	116.875
1975	217.617	138.260

Von internationaler Bedeutung waren weiterhin die Traktionsumstellung von der Dampf- auf die Diesel- und die E-Lokomotive, die die Eisenbahnverwaltungen der sozialistischen Länder fast abgeschlossen haben, sowie die Rekonstruktion bzw. Erneuerung des Wagenparks. Entsprechend seiner wirtschaftlichen Bedeutung konnten auf dem Gebiete des Güterverkehrs sehr weitgehende Veränderungen erreicht werden. Schon 1963 unterzeichneten die Mitgliedsländer des RGW ein „Abkommen über die Schaffung und gemeinsame Nutzung des Gemeinsamen Güterwagenparks der RGW-Länder“, und am 1. 6. 1964 wurde der OPW-Wagenpark für normalspurige Güterwagen gegründet. Er brachte erhebliche Vorteile im internationalen und nationalen Eisenbahnverkehr: Verringerung der Leerläufe, Verbesserung der Arbeit auf den Grenzbahnhöfen, Erhöhung der Qualität der Beförderungen, Erhöhung des Nutzeffekts und der Qualität der Transportarbeit, Senkung der Transportkosten, Verminderung der eingesetzten Wagentypen.

[1040] Die dominierende Rolle des Eisenbahnverkehrs im nationalen und internationalen Maßstab ist bis heute erhalten geblieben. Ein weitaus schnelleres Wachstumstempo zeigte jedoch der *Kraftverkehr,* vor allem seit mit dem Ausbau der eigenen Automobilproduktion seine materiell-technische Basis stabilisiert werden konnte. Allerdings konzentrierte sich der Kraftverkehr vorwiegend auf den nationalen Rahmen, begründet durch die flächenerschließende Funktion dieses Verkehrsträgers. Besonders auffallend war und ist dabei das Wachstum der Gütertransporte des öffentlichen Kraftverkehrs und des Werkverkehrs im Ergebnis des sich verändernden Transportbedarfs (wie schon in Tabelle 1

dargestellt). Beachtlich war aber gleichfalls die Steigerung des öffentlichen und speziell des individuellen Personenkraftverkehrs. Im Unterschied zum schnellen Wachstum des Kraftverkehrs im nationalen Rahmen blieben seine internationalen Aufgaben bisher aus verschiedenen Gründen auf eilige, transportgefährdete Güter bzw. auf die Personenbeförderung im Rahmen des Tourismus beschränkt.

Die *Binnenschiffahrt* wurde schon unmittelbar nach Ende des Krieges im Rahmen der gegebenen Möglichkeiten zur Erfüllung von Aufgaben des Güter- und Personenverkehrs genutzt; wie bei der Eisenbahn durch die Tatsache gefördert, daß Binnenschiffe sehr langlebige Verkehrsmittel mit hoher Verschleißfestigkeit sind und in der Regel ohne großen Investaufwand zur Verfügung standen. Allerdings ist der Anteil der Binnenschiffahrt an den Gesamttransporten der sozialistischen Länder national und international relativ gering, weil diese mit Ausnahme der Sowjetunion (wo jedoch klimatische Bedingungen eine kontinuierliche Nutzung der Ströme einschränken) über wenig günstige Bedingungen für die Binnenschiffahrt verfügen und der natürlich gegebene Verlauf der Wasserstraßen nicht den Hauptverkehrsströmen folgt. Die Erhöhung der Leistungsfähigkeit der Binnenschiffahrt konzentrierte sich in den, Jahren nach dem zweiten Weltkrieg auf eine durchgängige Modernisierung der Binnenflotte (Bau von Motorschiffen, Einführung der Schubtechnologie) sowie eine Verbesserung des Zustandes der Wasserstraßen und Umschlagseinrichtungen Für die Zusammenarbeit im RGW waren dabei besonders die Donau, die sechs sozialistische Länder miteinander verbindet, und die Oder interessant. Für diese Ströme sind auch weitere Ausbaumaßnahmen vorgesehen. Zusätzlich ist geplant, mit der Schiffbarmachung der Theiß bis zur sowjetisch-ungarischen Grenze auch der Sowjetunion den Anschluß an das RGW-Binnenwasserstraßen. netz zu ermöglichen.

Einen Teil der traditionellen Transporte der Eisenbahn und der Binnenschiffahrt übernahmen die in enger sozialistischer Gemeinschaftsarbeit zwischen der Sowjetunion, der VR Polen, der ČSSR, der DDR und der Ungarischen VR entstandenen *Rohrleitungen* für den Transport von Erdöl und Erdgas, die von 18.975 km im Jahre 1960 auf 64.257 km im Jahre 1975 [17: 268] anwuchsen. Der Rohrleitungstransport sicherte nicht allein die regelmäßige Versorgung der angeschlossenen Länder mit Erdöl, er war zugleich auch die Voraussetzung für den Aufbau einer umfangreichen Petrolchemie. Der auf diese Weise entstehende beträchtliche volkswirtschaftliche Nutzen wird außerdem dadurch erhöht, daß beispielsweise die Transportkosten für Erdöl nur etwa ein Drittel der Eisenbahntransportkosten ausmachen, die Unterhaltungskosten für Rohrleitungen niedriger sind und ein geringerer Arbeitskräftebedarf gegeben ist.

Vorwiegend für internationale Beförderungsaufgaben bauten die sozialistischen Staaten die Seeschiffahrt und den Luftverkehr aus. Die Aufgaben der *Seeschiffahrt* erweiterten sich im Zusammenhang mit den Außenhandelsbeziehungen der sozialistischen Staaten sehr rasch. Da ein großer Teil ihrer Handelspartner nur auf dem Seewege zu erreichen ist, mußte die Schiffahrt alle anfallenden Transporte übernehmen. Deshalb steht die Seeschiffahrt gegenwärtig in bezug auf den Transport von Außenhandelsgütern in dritte **[1041]** Länder an erster Stelle. Vorteilhaft für die Devisenwirtschaft der sozialistischen Länder erwies sich außerdem die Übernahme von Transporten für ausländische Befrachter, die gleichzeitig eine bessere Tonnageauslastung und die Nutzung saisonbedingter Überschüsse ermöglichte.

Die großen Vorteile der Seeschiffahrt veranlaßten eine umfassende Förderung durch die RGW-Staaten. In deren Ergebnis nahm die Tonnage rasch zu (z. B. in den Jahren 1965-1974 von rd. 10,3 Mill. BRT auf rd. 23,3 Mill. BRT [19: 442 f.]), wobei das Wachstumstempo der sozialistischen Flotten in den letzten Jahren über dem Weltdurchschnitt lag. Zur vorteilhaftesten Nutzung dieses Potentials, aber auch zum Ausgleich anfangs noch vorhandener Lücken bei der Abdeckung des Bedarfs wurden schon seit der Gründung des RGW bilaterale Abstimmungen zwischen den Mitgliedstaaten vorgenommen, die seit Anfang der 50er Jahre in bilaterale Vereinbarungen mit dem Ziel übergingen, eine Koordinierung für die Befrachtung der Tramptonnage zu erreichen und gemeinsame Prognosen des Frachtenmarktes aufzustellen. Schon wenige Jahre später wurde die Linienschiffahrt einbezogen, wobei es in den 60er Jahren zur Einrichtung gemeinsamer Liniendienste der sozialistischen Reedereien für bestimmte Relationen kam. Diese Zusammenarbeit mündete 1970 in die Bildung der Internationalen Reedereiassoziation (INSA) und 1974 in die Gründung einer gemeinsamen Wirtschaftsorganisation

„Interport“ durch die VR Polen und die DDR, die die rationelle Nutzung und den gemeinsamen Ausbau der Häfen sowie eine optimale Steuerung der Güterströme zwischen Meer und Festland u. ä. Probleme verfolgt, zugleich aber auch der ČSSR und der VR Ungarn die Nutzung der Ostseehäfen ermöglicht.

Der internationale *Luftverkehr* der heutigen RGW-Staaten wurde in den ersten Nachkriegsjahren vor allem von der Sowjetunion, der ČSR und der VR Polen durchgeführt, die an vor dem Krieg bestehende Verbindungen anknüpfen konnten. Schrittweise wurde dieses Netz erweitert, auch durch die Luftverkehrsunternehmen anderer sozialistischer Staaten. Dabei folgte der Linienausbau den außenwirtschaftlichen und politischen Zielen der Länder des sozialistischen Lagers. Im Mittelpunkt der gemeinsamen Tätigkeit standen Probleme einer Vervollkommnung der Passagier- und Luftfrachtbeförderung sowie der Ausdehnung des internationalen Flugliniennetzes, aber auch der Vereinheitlichung der Bord- und Bodenausrüstung im Interesse einer höheren Flugsicherheit, einer rationellen Wartung und Reparatur der Flugtechnik und schließlich der technisch-kommerziellen Abfertigung der Flugzeuge.

Erleichtert wurde die Koordinierung des Luftverkehrs auf technischem Gebiet durch den bevorzugten Einsatz sowjetischen Fluggeräts, der beispielsweise auch die Einrichtung gemeinsamer Ersatzteillager auf ausländischen Flughäfen gestattete. Günstige Wirkungen ergaben sich weiterhin bei der Umstellung des Luftverkehrs auf moderne und schnelle PTL- und TL-Flugzeuge ab 1960, die schrittweise günstigere Voraussetzungen für den Langstreckenverkehr schufen. [1] [14]

Auch das Wachstumstempo des Luftverkehrs der sozialistischen Länder lag über dem Weltdurchschnitt, allerdings nur für die Passagierbeförderung, während der Luftfrachtverkehr vor allem aufgrund der Außenwirtschaftsstruktur der sozialistischen Länder weniger entwickelt wurde. Die relativ geringe territoriale Ausdehnung der meisten sozialistischen Länder sowie die besondere Eignung des Luftverkehrs für größere Entfernungen führte weiterhin zu einem Überwiegen der internationalen Verbindungen im Linien- und Charterdienst. Eine Ausnahme bildet die Sowjetunion, wo der Luftverkehr auf den Mittel- und Langstrecken weit ökonomischer und attraktiver ist als Eisenbahn oder Kraftverkehr bzw. wo er auf weiten Strecken oftmals die einzig mögliche Verkehrsverbindung bietet.

[1042] Neben dem Transportwesen erfüllt auch das *Post- und Fernmeldewesen* der sozialistischen Länder außerordentlich wichtige Funktionen für die Bevölkerung, die staatlichen Einrichtungen und die Wirtschaft. Sie beschränken sich nicht allein auf die Beförderung bzw. Übermittlung der gesprochenen oder geschriebenen Nachricht im traditionellen Sinne, sie schließen auch den Postzeitungsdienst sowie die Übertragungstechnik für Rundfunk und Fernsehen ein. Damit übernimmt das Nachrichtenwesens einen umfassenden internationalen Arbeitsbereich, der naturgemäß durch die sich immer enger gestaltenden vielfältigen Beziehungen ökonomischer, politischer und kultureller Art ständig vergrößert wird. Diese Tatsache veranlaßte gemeinsame Forschungsarbeiten der Postverwaltungen der sozialistischen Staaten, die zu neuen, hocheffektiven Lösungen der Nachrichtenverbindungen führten. Verständlicherweise galt neben einer ständigen Verbesserung der Beförderung von Nachrichten mit der Eisenbahn, dem Kraft- und Luftverkehr bzw. der Seeschiffahrt das besondere Interesse dem Ausbau des Fernmeldewesens. Bemerkenswerte Schritte auf diesem Wege bildeten u. a. der Bau der 1964 eröffneten „Kabeltrasse der Freundschaft“, die sozialistische Länder (UdSSR, VR Polen, ČSSR, DDR) über 3.000 km Entfernung verbindet. In der weiteren Entwicklung konnte diese Verbindung – bei Verminderung der Anzahl der Telefongespräche – mit einem hochwertigen UKW- und Fernsehbildkanal belegt werden.

Der zunehmenden ökonomischen Verflechtung der sozialistischen Länder wurde auch der 1969 eröffnete Selbstwählfernverkehr gerecht, der zunächst nach dem Prinzip der Verbindungen Hauptstadt – Hauptstadt aufgebaut wurde, sehr bald aber auch andere Ortsnetze umfaßte. Von großer Wichtigkeit war weiterhin auf dem Gebiete des Fernsehens die Abstimmung über das Farbfernsehen. Mit wesentlicher Unterstützung der Sowjetunion konnte beispielsweise 1969 in der DDR das Farbfernsehen eingeführt werden. Schließlich sei noch auf die gemeinsame Nutzung der Ergebnisse der sowjetischen Weltraumforschung verwiesen, durch die das Nachrichtenwesen auf einer völlig neuen Qualitätsstufe seiner Funktion bei der Verwirklichung der sozialistischen ökonomischen Integration gerecht werden kann.

Mit Hilfe von Flugkörpern auf einer festgelegten Umlaufbahn um die Erde können gegenwärtig Nachrichtenverbindungen über alle Kontinente und Ozeane hinweg ohne Kabelverbindungen hergestellt werden. Das ermöglicht beträchtliche Einsparungen an Material, an vergegenständlichter und lebendiger Arbeit und erhöht zugleich die Qualität und Geschwindigkeit der Übermittlung. Mit Hilfe der modernen kosmischen Nachrichtentechnik können gleichzeitig Hunderte von Ferngesprächen sowie Rundfunk- und Fernsehprogramme übertragen werden.

Angesichts dieser Vorteile unterbreitete die Sowjetunion Ende der 60er Jahre der UNO den Vorschlag, mit Hilfe künstlicher Erdsatelliten ein weltumspannendes Nachrichtensystem zu schaffen. Unter Führung der USA, die mit ihrem „Intelsat“ ein ausschließlich auf Profit orientiertes Nachrichtenübertragungssystem geschaffen haben, lehnten die kapitalistischen Länder diesen Vorschlag ab. Ende 1971 schlossen sich deshalb die RGW-Mitgliederstaaten zu einer Internationalen Organisation für kosmische Nachrichtenübermittlung mit den Namen „Intersputnik“ zusammen. Intersputnik ist eine offene Organisation und koordiniert die eigene Tätigkeit mit der gleichartiger anderer Organisationen. Die Nachrichtenübermittlung über die sowjetischen „Molnija“-Satelliten trug in den vergangenen Jahren bereits spürbar zur Verbesserung besonders der Fernsehübertragungen über große Entfernungen bei.

Die sozialistische ökonomische Integration hat auf dem Gebiete des Verkehrswesens zweifellos schon recht beachtliche Fortschritte erreicht. Seit Mitte der 60er Jahre zeigte sich dabei verstärkt eine neue Qualität der gegenseitigen Beziehungen in der Form, daß **[1043]** gemeinsame Wirtschaftsorganisationen für die einzelnen Verkehrsträger entstanden, die den zwischenstaatlichen Verkehr regeln. Im gleichen Zeitraum nahmen die Bemühungen um die Schaffung eines einheitlichen Transportsystems und eines einheitlichen Nachrichtensystems zu. Auf der Grundlage der allen RGW-Mitgliedsländern gemeinsamen Planwirtschaft konnten langfristige Prognosen über den zu erwartenden Umfang der Personen-, Güter- und Nachrichtenbeförderung, die Hauptrichtungen der technischen Entwicklung der Transportmittel und -anlagen sowie der Nachrichtenübertragungstechnik, die Rationalisierung der Transport- und Beförderungstechnologien, die Entwicklung des Netzes der wichtigsten internationalen Verkehrswege und den Bedarf des Verkehrswesens an technischen Ausrüstungen, Material und Energie sowie über ähnliche wichtige Grundprobleme aufgestellt werden. Ihre Ergebnisse fanden ihren Niederschlag im Komplexprogramm sowie weiteren Dokumenten der internationalen Zusammenarbeit. Als Beispiel für daraus resultierende Maßnahmen sollen die Regierungsabkommen der beteiligten Länder für die Einführung des Containerverkehrs aus den Jahren 1971 und 1972 genannt werden, die sich nicht allein auf die transportseitige Abwicklung des Containerverkehrs bei Eisenbahn, Kraftverkehr, Schiffahrt und Luftverkehr erstreckten, sondern auch auf die Schaffung der Voraussetzungen durch die Produktion standardisierter Container sowie die Produktion der erforderlichen Flurfördertechnik und der Kräne.

Derartige Vereinbarungen beweisen sehr deutlich die Vorzüge der *sozialistischen* ökonomischen Integration, die die durch die Weiterentwicklung der Produktivkräfte sowie die zunehmende internationale Arbeitsteilung bedingten Abstimmungen planmäßig realisiert und die Bedingungen dafür schafft, daß das Verkehrswesen den erhöhten Anforderungen bei der Gestaltung der außenwirtschaftlichen Beziehungen zwischen den RGW-Staaten sowie zu Drittländern gerecht werden kann.

Literatur:

1. *Beidokat, R.,* in: Flieger-Jahrbuch 1975, Berlin 1975; 2. *Bellmann, R./Heinrich, G.:* Gesellschaftstheoretische Grundfragen der Entwicklung von Transportsystemen. Dresden 1976 (Habil.-Schrift); 3. *Beschtschew, B. P.,* in: Eisenbahn-Jahrbuch 1972. Berlin 1972; 4. *Dubrowsky, H.-J.:* Die Zusammenarbeit der RGW-Länder auf dem Gebiet des Transportwesens. Berlin 1975; 5. *Fischer, P.,* in: Motor-Jahr 1975. Berlin 1975; 6. *Korella, G.,* in: Archiv für deutsche Postgeschichte. 1976, H. 2, S. 25 ff.; 7. *Rehbein,* EX, in: DDR-Verkehr 1970 (3), H. 4, S. 141 ff.; 8. *Dies./Rehbein, G.,* in: DDR-Verkehr 1972 (5), H. 12, S. 489 ff.; 9. *Dies./Goßlau, H./Ringelhan, H.,* in: DDR-Verkehr 1970 (3), H. 9, S. 361 ff.; 10. *Supljakov, S. I.,* in: OSShD-Zeitschrift 1971 (14), H. 4, S. 1 ff.; 11. *Tretjakov, A. P.,* in: WZHfV 1973 (20), H. 1; 12. *Wehner, H./Schmädicke, J.,* in: Jahrbuch der Schiffahrt 1972.

Berlin 1972; 13. *Winkler, V.,* in: Die Gütertransportkette in der sozialistischen Volkswirtschaft. Berlin 1973; 14. *Ders.* in: Flieger-Jahrbuch 1977. Berlin 1977; 15. *Erfolge der planmäßigen Entwicklung des sowjetischen Verkehrswesens.* T. I Eisenbahnwesen, T. II Kraftverkehr, Teil III Luftverkehr, in: WZHfV 1968 (15), H. 2; T. IV Seeschiffahrt, T. V Binnenschiffahrt, in: WZHfV 1968 (15), H. 3; Teil VI Post- und Fernmeldewesen, in: WZHfV 1969 (16), H. 1; 16. *Schlagadern der Wirtschaft – Eisenbahnen europäischer sozialistischer Länder.* Berlin 1975; 17. *Statističeski ežegodnik strančlenov Soveta Ekonomičeskoj Vzaimopomoišči.* Moskau 1971 ff; 18. *Statistisches Jahrbuch der Deutschen Demokratischen Republik 1976.* Berlin 1976; 19. *Statistical Yearbook 1974 United Nations.* New York 1975; 20. *Uns gehören die Schienenwege.* Berlin 1960; 21. *Zur verkehrspolitischen Entwicklung in der Deutschen Demokratischen Republik;* in: JWG 1972, T. II.

Elfriede Rehbein **[1044]**

2.7.22. Wiederherstellung der Volkswirtschaft

Bisher haben sich alle sozialistischen Staaten im Ergebnis eines Krieges bzw. Bürgerkrieges herausgebildet. Durch Kriegsereignisse entstanden – von wenigen Ausnahmen (Kuba, Mongolische VR) abgesehen – beträchtliche volkswirtschaftliche Schäden. Daher wurde der Wiederaufbau der zerstörten Wirtschaft für fast alle Länder, die den Weg zum Sozialismus einschlugen, zur vorrangigen Aufgabe bei der Entwicklung der Produktivkräfte. Als erstes Land bewältigte die Sowjetunion 1921-1926 im Rahmen der Neuen Ökonomischen Politik die Wiederherstellung der Volkswirtschaft. [19: 488] Die erste Aufgabe bei der Entwicklung der *Produktivkräfte* war in diesen Jahren die Wiedererreichung des Vorkriegsstandes. Sollten auf diese Weise das wissenschaftlich-technische Niveau und die Proportionen der Vorkriegszeit annähernd *wiederhergestellt* werden, so war im Gegensatz dazu die sich zur gleichen Zeit vollziehende Entwicklung der Produktionsverhältnisse durch *revolutionäre Umgestaltungen* gekennzeichnet. Die neuen Eigentumsverhältnisse – Ausdruck und Ergebnis des Sturzes der Bourgeoisie und der beginnenden Herrschaft der Arbeiterklasse – drückten der sowjetischen Wirtschaft von Anfang an ihren Stempel auf, gaben der Wiederherstellungsperiode spezifisch *sozialistische* Züge, die sich vom Wiederaufbau in den kapitalistischen Ländern deutlich abhoben.

Die Unterschiede zwischen kapitalistischer und sozialistischer Wiederaufbauphase betreffen erstens ihr Ziel. Zwar wird in beiden Fällen die frühere, d. h. kapitalistische, materiell-technische Basis wiederhergestellt, jedoch gilt dies für ein Land, das den Weg zum Sozialismus einschlägt, nur insoweit, als es für die Vorbereitung des Aufbaus der materiell-technischen Basis des Sozialismus unbedingt notwendig ist. Uber den nächstfolgenden Schritt, die sozialistische Industrialisierung, existierten in der Sowjetunion von Anfang an präzise Vorstellungen.

Hatte doch Lenin bereits 1918 in seiner Schrift „Die nächsten Aufgaben der Sowjetmacht“ ihre Notwendigkeit wissenschaftlich begründet. [LW 27: 23] [LW 31: 149 f.] Als später andere Länder den Weg des sozialistischen Aufbaus beschritten, hatten ihre marxistisch-leninistischen Parteien als Beispiel und Vorbild nicht nur die Wiederherstellungsperiode in der Sowjetunion 1921-1926, sondern auch bereits das Bild der erfolgreichen sowjetischen Industrialisierung vor Augen. Daher waren die volksdemokratischen Länder bemüht, beim Wiederaufbau gewisse Erfordernisse der sozialistischen Industrialisierung von vorherein zu berücksichtigen. Das ändert jedoch nichts daran, daß die Wiederherstellungsperiode grundsätzlich eigenen – aus ihrem Hauptziel, der schnellstmöglichen Wiedererreichung des Vorkriegsstandes abgeleiteten – Erfordernissen folgt, die sich wesentlich von denen der nachfolgenden Entwicklungsphase unterscheiden.

Noch deutlicher als in ihrer Zielstellung unterscheiden sich die Wiederaufbauphasen im Kapitalismus und Sozialismus durch Tempo und Dynamik sowie in ihren Methoden. Auf der Grundlage des sich schnell ausdehnenden sozialistischen Sektors gelang es der Sowjetunion und später auch den volksdemokratischen Ländern, sich vom kapitalistischen Krisenzyklus frei zu machen und höhere Wachstumsraten zu erreichen als die imperialistischen Staaten in ähnlicher Situation. So konnte die Sowjetunion nach dem ersten Weltkrieg, trotz erheblich größerer Zerstörungen, das Vorkriegsniveau in der gleichen Zeit wie Frankreich, zwei Jahre vor Deutschland und vier Jahre vor Großbritannien erreichen. [21: 31]

Entscheidenden Anteil an der Beschleunigung des Wiederaufbaus in der Sowjetunion und den Volksdemokratien hatten die angewandten *Wirtschaftsmethoden*, die sich grundlegend von denen des Kapitalismus unterschieden. Vollzog sich der Wiederaufbau **[1045]** in den imperialistischen Staaten weiterhin auf der Grundlage der (monopolistischen) Konkurrenz und der Anarchie der Produktion, so verlief in den zum Sozialismus schreitenden Ländern die Wiederherstellung der Volkswirtschaft in ihren Grundzügen bereits planmäßig. [10: 5] Die kommunistischen Parteien der volksdemokratischen Länder orientierten von Anfang an auf die Aufstellung von volkwirtschaftlichen Wiederaufbauplänen. Wenn auch in den ersten Nachkriegsjahren aufgrund des noch bestehenden kapitalistischen Sektors und der kleinen Warenproduktion, teilweise noch existierender Positionen der Bourgeoisie im Staatsapparat sowie unzureichender Erfahrungen auf dem Gebiet der Lenkung der Wirtschaft von einer umfassenden Volkswirtschaftsplanung noch nicht die Rede sein konnte, so gab es doch kaum ein Land, in dem nicht die Entwicklung wesentlicher Grundproportionen und entscheidender Industriezweige in Wirtschaftsplänen erfaßt wurde. In der Sowjetunion geschah dies durch den 1921 in Kraft tretenden GOELRO-Plan sowie die jährlichen Kontrollziffern (ab 1925/26). [7: 12 f.] Die sowjetischen Erfahrungen gestatteten es den Volksdemokratien, die Wiederherstellung ihrer Volkswirtschaft vielfach bereits *längerfristig* zu planen, so in Zweijahrplänen (ČSSR, Bulgarien, DDR), Dreijahrplänen (Polen, Ungarn) und Fünfjahrplänen (Jugoslawien). Die Wiederaufbaupläne wurden in der Regel erfüllt und übererfüllt. [9: 318] [11: 107 ff.]

Ebenfalls eine gegenüber dem Kapitalismus völlig neue – gleich der Planung auf dem gesellschaftlichen Eigentum an den Produktionsmitteln basierende – Methode des Wiederaufbaus war die *Wettbewerbsbewegung.* In allen Ländern hatten die Aktivisten der ersten Stunden, die die von ihren (ehemaligen) Besitzern verlassenen Betriebe von Schutt und Trümmern befreiten, wesentlichen Anteil an der schnellen Ingangsetzung der Produktion. In den seit 1919 in der Sowjetunion durchgeführten Subbotniks, den 1945 einsetzenden Produktionsinitiativen in Bulgarien, in der mit dem Rekord des Kumpels Petrowski beginnenden Wettbewerbsbewegung in Polen 1947 bzw. der 1948 in der DDR entstandenen Hennecke-Bewegung [8: 28] manifestierte sich eine neue, dem Kapitalismus unbekannte Kraft, die das Wiederaufbautempo im Vergleich zu den imperialistischen Staaten zusätzlich beschleunigte. Im Jahre 1949 beteiligten sich an Massenwettbewerben in Rumänien bereits 16%, in der Tschechoslowakei 20%, in Polen 28% und in Ungarn 31% der Industriearbeiter. [8: 29].

Im Rahmen der weltweiten Auseinandersetzung zwischen Kapitalismus und Sozialismus ging der Imperialismus mehrmals zur bewaffneten Aggression gegen einzelne sozialistische Staaten über. Zwar konnte der Angreifer in jedem Fall – nicht zuletzt dank der Solidarität der anderen sozialistischen Länder und der Friedenskräfte in der ganzen Welt – zurückgeschlagen werden, jedoch war der Sieg stets mit großen Opfern verbunden. Die Heilung der Wunden des imperialistischen Überfalls erforderte eine gewisse Zeit, machte eine (erneute) Wiederherstellungsperiode notwendig. So gab es in der sowjetischen und in der koreanischen Geschichte zwei, in der Entwicklung der DR Vietnam sogar drei Wiederaufbauphasen. [5]

Im Unterschied zur erstgenannten Art der Wiederherstellungsperioden, die mit Beginn der Übergangsperiode einsetzten, galt es im letzteren Falle, den Wiederaufbau in Ländern durchzuführen, die bereits einen Teil der Übergangsperiode durchschritten (DRV, KDVR) bzw. sie bereits beendet (Sowjetunion) hatten.

Sozialistische Produktionsverhältnisse entwickelten sich in jenen Ländern nicht erst parallel zur Wiederherstellung der Produktivkräfte, sondern bestanden bereits vorher. Das gleiche gilt auch für die sozialistischen Wirtschaftsmethoden (sozialistische Organisationsstruktur, Planung, wirtschaftliche Rechnungsführung, sozialistisches Finanzsystem, Wettbewerbsbewegung). Die Wiederherstellung in jenen Fällen betraf bereits eine mehr **[1046]** oder minder ausgeprägt sozialistische materiell-technische Basis, setzte die durch den Krieg aufgezwungene Unterbrechung der sozialistischen Industrialisierung fort. Die eingangs genannten spezifisch sozialistischen Züge der Wiederherstellungsperiode traten dadurch viel deutlicher hervor als in jenen Ländern, wo die Wiederherstellungsperiode am Beginn der Übergangsperiode stand (s. Tab. 1).

Tabelle 1
Die Wiederherstellung der Volkswirtschaften in den sozialistischen Ländern (zusammengestellt nach [5] [7] [18])

	Krieg/Bürgerkrieg		Wieder-herstellungs-periode	Dauer des Wiederaufbaus in Jahren	Längerfristiger Plan zur Wiederherstellung der Volkswirtschaft
UdSSR	1.	1914-1920	1921-1926	6	–
UdSSR	2.	1941-1945	1945-1948	4	1946-1950
DDR		1939-1945	1945-1950	6	1948-1950
Polen		1939-1944	1944-1948	4½	1947-1949
ČSSR		1939-1945	1945-1948	4	1947-1948
Ungarn		1941-1945	1945-1949	5	1947-1949
Rumänien		1941-1944	1944-1950	6½	–
Bulgarien		1944	1944-1948	3½	1947-1948
Albanien		1944	1945-1946	2	–
Jugoslawien		1941-1945	1945-1948	4	1947-1951[1]
China		1937-1949	1949-1952	3	–
KDVR	1.	1945	1945-1947	3	–
KDVR	2.	1950-1953	1954-1956	3	1954-1956
Vietnam	1.	1945-1954	1955-1957	3	–
Vietnam	2.	1965-1968	1968-1971	3½	–
Vietnam	3.	1972	1973-1975	3	1974-1975

[1] War zugleich Plan zur sozialistischen Industrialisierung des Landes.

Die unterschiedliche Dauer der Wiederherstellungsperiode in den einzelnen Ländern war das Ergebnis der Wirkung einer Vielzahl von Faktoren:

An *erster* Stelle zu nennen ist das vorgefundene Entwicklungsniveau der Produktivkräfte (bzw. der Grad ihrer Zerstörung). Während der Kriegshandlungen wurden diejenigen Wirtschaftsbereiche und -zweige am stärksten betroffen, die die größte materiell-technische Ausstattung besaßen und deren Elemente untereinander am engsten verflochten waren. Den größten Rückgang wies in der Regel die Leistung des Verkehrswesens auf, gefolgt von der Industrie (wiederum gestaffelt von der Schwerindustrie über den Maschinenbau bis zur Leicht- und Lebensmittelindustrie), den geringsten die Landwirtschaft. [3: 92] [18: 486, 500] [1] [11: 116 ff.] Groß waren die Verluste an Menschenleben, insbesondere während des zweiten Weltkrieges. Gemessen an der Vorkriegsbevölkerung, betrugen die Verluste in Polen 17,2, in Jugoslawien 10,9, in der UdSSR 10,4 und in Deutschland 8,8%. In der Tschechoslowakei, Ungarn und Rumänien lagen die Bevölkerungsverluste bei etwa 3%, in China beliefen sie sich auf 2%. [14: 50] Natürliches **[1047]** Bevölkerungswachstum während der Kriegsjahre und durch die Beschlüsse des Potsdamer Abkommens und anderer Grenzverträge ausgelöste Bevölkerungswanderungen veränderten jedoch dieses Bild. Mit einer geringeren Bevölkerung als in der Vorkriegsperiode begannen vor allem die Sowjetunion 1921 (– 14,5%) und 1945 sowie Polen (– 31,2%) den Wiederaufbau. Aber auch Rumänien (– 2,8%) und die Tschechoslowakei (– 17,2%) wiesen eine geringere Nachkriegsbevölkerung auf. Die Bevölkerung der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands erhöhte sich infolge des Zustroms der Umsiedler 1946 gegenüber 1939 um 7,8%. [25: 18] [24: 8] Da in der Vorkriegszeit unter den Bedingungen der kapitalistischen Wirtschaft oftmals offene und – besonders in der Landwirtschaft – auch versteckte Arbeitslosigkeit großen Ausmaßes geherrscht hatte, waren trotz eingetretener Bevölkerungsverluste in der Regel für den Wiederaufbau genügend Arbeitskräfte vorhanden. Eine Ausnahme bildete lediglich die Tschechoslowakei. [16: 8] In allen Ländern aber, einschließlich derjenigen, in denen sich die Einwohnerzahl im Vergleich zur Vorkriegszeit erhöht hafte, herrschte akuter Facharbeitermangel. [10: 11] [11: 112]

Die Startbedingungen für den Wiederaufbau wurden *Zweitens* beeinflußt durch die Entwicklung der Produktionskapazitäten *während* des Krieges. Das faschistische Deutschland war vor und während des zweiten Weltkrieges bestrebt, neue Rüstungsproduktionen in den gegen Luftangriffe besser gesicherten Gebieten östlich der Elbe aufzubauen. Die Industrieproduktion stieg z. B. auf dem heutigen Gebiet der DDR zwischen 1936 und 1944 auf 171,8% (Produktionsmittel 216,7%, Konsumtionsmittel

112,3%). Summiert übertrafen jedoch die Kriegszerstörungen den Kapazitätszuwachs. [1] Zu einer Ausdehnung der Kapazitäten bei der Rohstoffgewinnung und in der Rüstungsproduktion kam es auch in der ČSR [6: 4 f.] und in Ungarn [12: 25].

Ein *drittes* Moment, das das Tempo des Wiederaufbaus in den einzelnen Ländern unterschiedlich machte, war der in der Wiederherstellungsperiode vor sich gehende Transfer von Rohstoffen, Ausrüstungen und Konsumgütern. Die an dem Überfall auf die Sowjetunion 1941 beteiligten Staaten (Deutschland, Ungarn, Rumänien) waren durch internationale Verträge verpflichtet worden, der Sowjetunion (und Polen) für einen Teil des angerichteten Schadens Wiedergutmachung zu leisten. Diese Leistungen stellten für die betroffenen Länder einen Abzug von der materiell und finanziell für die Akkumulation zur Verfügung stehenden Mittel dar. [1] [12: 14 f.] Sie versetzten die Sowjetunion in die Lage, den Wiederaufbau zu beschleunigen und ihre Position in der Auseinandersetzung mit dem amerikanischen Imperialismus zu stärken. Gleichzeitig leistete die Sowjetunion bereits unmittelbar nach Beendigung des zweiten Weltkrieges einer Reihe volksdemokratischer Länder umfangreiche materielle und finanzielle Hilfe, so Albanien [18: 379], Bulgarien [2: 5], Polen [13: 24], Jugoslawien [18: 469], Korea [18: 498] und China [20: 129]. Der Beitrag der Sowjetunion zum Wiederaufbau in diesen Staaten war z. T. außerordentlich groß. So erhielt z. B. Jugoslawien in den ersten Nachkriegsjahren von der Sowjetunion (u. a. Volksdemokratien) 90 % des benötigten Walzgutes, 80 % der in der Landwirtschaft verwendeten Düngemittel und 60 % der Maschinen und der Erdölprodukte. [18: 469]

Je mehr die Akkumulationskraft der nach 1945 zum sozialistischen Lager gestoßenen Länder wuchs, um so besser waren sie auch in der Lage, vom Imperialismus überfallenen Bruderländern sozialistische Hilfe zu erweisen. Das geschah z. B. 1954-1956 in Korea [18: 500] und 1955-1957 in Vietnam. In diesen Jahren belief sich die Hilfe der sozialistischen Staatengemeinschaft auf durchschnittlich 39,3% des vietnamesischen Staatsbudgets. [15: 119]

Neben den zur Verfügung stehenden materiellen und finanziellen Mitteln sowie dem **[1048]** Umfang und der Qualifikationsstruktur der arbeitsfähigen Bevölkerung, also dem Zustand der *Produktivkräfte,* beeinflußte die Entwicklung der *Macht- und Eigentumsverhältnisse* wesentlich das Tempo des Wiederaufbaus in den einzelnen sozialistischen Ländern. [11: 115] Sowohl in Polen als auch in der Tschechoslowakei, in Ungarn und der DDR wandte sich ein Teil der Bourgeoisie, um seine ökonomischen und politischen Positionen zu wahren, gegen eine Beschleunigung des Wiederaufbautempos, vor allem in der Schwerindustrie. In Polen und der ČSSR gelang es restaurativen Kräften, den längerfristigen Wiederherstellungsplan wenigstens in der ersten Hälfte seiner Laufzeit teilweise in ihrem Sinne zu beeinflussen, in Ungarn versuchten sie seine Annahme hinauszuzögern. [10: 3] [13: 25 f.] [23: 32]

Neben dem in einigen Volksdemokratien noch vorhandenen politischen Einfluß galt es die sozialökonomischen Positionen der Bourgeoisie zu beschneiden, um das Wiederaufbautempo zu beschleunigen. Der hemmende Einfluß kapitalistischer Eigentumsverhältnisse und z. T. noch erhaltener Machtpositionen des Kapitals machte sich vor allem über eine verlangsamte Entwicklung der Planung auf das Tempo der Wiederherstellung der Volkswirtschaft bemerkbar. Nicht zufällig sind diejenigen Staaten, die im Tempo der Nationalisierung in der Industrie hinter den anderen Volksdemokratien zurückstanden (Ungarn, Rumänien, DDR), auch die Länder mit der längsten Wiederherstellungsperiode unter den europäischen Volksdemokratien. [18: 404 ff., 414 ff., 440 ff.]

Trotz einer Vielzahl durch unterschiedliche Ausgangs- und Entwicklungsbedingungen hervorgerufener nationaler Unterschiede lassen sich hinsichtlich Tempo, Dynamik und Entwicklungsstruktur für die Wiederherstellungsperiode in allen sozialistischen Ländern grundsätzlich *gemeinsame* charakteristische Züge feststellen.

Die von einem sehr niedrigen Ausgangspunkt (z. B. in Ungarn 1945 30%, in der DDR und Rumänien 1946 42 bzw. 50% des Vorkriegsniveaus) aus erreichten Wachstumsraten waren sehr hoch. [11: 110, 115 ff.] Das galt nicht nur im Vergleich zu kapitalistischen Ländern, sondern auch zur Entwicklung des jeweiligen Landes in späteren Phasen des sozialistischen Aufbaus. Das durchschnittliche jährliche Wachstumstempo des Nationaleinkommens betrug in der Sowjetunion

während der ersten Wiederherstellungsperiode 19,5%, in der darauffolgenden Zeit, bis zum zweiten Weltkrieg 14,0% in der zweiten Wiederherstellungsperiode 14,6 % und in den 50er Jahren 8,0%. [3: 83] Der jährliche Zuwachs an industrieller Bruttoproduktion belief sich in der DDR 1947-1950 auf 27,4% [9: 317], während des ersten Fünfjahrplanes auf 14% und 1956-1962 auf 8,6%. [10] Außerordentliche Zuwachsraten konnte die koreanische Industrie während der zweiten Wiederherstellungsperiode erreichen (42% im Jahresdurchschnitt [18: 509]). Das rasche Wachstum erklärt sich vor allem aus der Überwindung des Rohstoffmangels durch die Wiederaufnahme der Produktion in der Grundstoffindustrie (Energie, Kohle- und Erzbergbau, Metallurgie) sowie aus der Wiederinbetriebnahme des Verkehrsnetzes. Mit relativ geringen materiellem und finanziellem Aufwand in einigen Produktionsbereichen (aber unter großen Anstrengungen der hungerleidenden, unterernährten Werktätigen) ließ sich die Produktion der stillgelegten bzw. teilzerstörten Industriebetriebe wieder in Gang setzen. [10: 9 ff.] So betrug z. B. in den Jahren 1946/47 die jährliche Wachstumsrate in der ungarischen Industrie erstaunliche 76%. [12: 22] Auch in der Folgezeit war es noch möglich, mit relativ geringen Investitionen in Schlüsselbereichen der verarbeitenden Industrie außerordentlich hohe Zuwachsraten zu erreichen, sofern für diese Zweige genügend Rohstoffe und Material zur Verfügung gestellt werden konnten. Das wird erklärlich, wenn man bedenkt, daß z. B. 1922 die Produktion (gesellschaftliches Gesamtprodukt) der Sowjetunion erst 50% des Standes von 1913 erreichte, die Produktionsgrundfonds demgegenüber aber 80%, des **[1049]** Vorkriegsniveaus ausmachten [22: 48] bzw. die noch nicht ausgelasteten Kapazitäten in der verarbeitenden Industrie der DDR sich infolge Materialmangels 1948 noch auf 40% beliefen [10: 10].

Ausgehend vom geschilderten Entwicklungsstand der Produktivkräfte in der Nachkriegszeit, entwickelten die marxistisch-leninistischen Parteien, um das Vorkriegsniveau in kürzester Frist wieder zu erreichen, die folgende Strategie des Wiederaufbaus:

– Konzentration der Anstrengungen auf die Erhöhung der Erträge in der Landwirtschaft zur Bekämpfung des Hungers und zur Lieferung von Rohstoffen für die Industrie;

– Wiederherstellung des Verkehrswesens, um die unterbrochenen Kooperationsbeziehungen innerhalb der Industrie wieder zu knüpfen;

– vorrangiger Wiederaufbau der Grundstoffindustrie, um die Industrie mit Energie, Brennstoffen und Walzwerkerzeugnissen zu versorgen.

Diese Strategie wurde von allen sozialistischen Ländern mit geringen Abweichungen, die sich aus der unterschiedlichen Struktur der materiell-technischen Basis ergaben, angewandt. [19: 411] [18: 486 f.] [15: 82]

Die nur in geringem Maße zur Verfügung stehenden Investitionen kamen überproportional dem Transportwesen und der Grundstoffindustrie als den besonders fondsintensiven Zweigen zugute, während in der Landwirtschaft eine konsequent durchgeführte Bodenreform in den ersten Nachkriegsjahren einen Produktionsanstieg ohne wesentliche Erhöhung des Grundmittelbestandes gestattete. [12: 16] In Ungarn z. B. änderte sich die Investitionsstruktur im Vergleich zur Vorkriegszeit (1938) bei einem generellen Rückgang des Anteils der Investitionen am Nationaleinkommen von 13,8 auf 10,5% wie folgt: Es *stiegen* der Anteil des Transportwesens (Eisenbahn) von 11 auf 19% der Gesamtinvestitionen, der der Industrie von 27,9 auf 38,5%, darunter der der Schwerindustrie von 18,6% auf 32%. Es *sanken* der Anteil der Landwirtschaft von 152 auf 4,5% und der der Leichtindustrie von 9,2 auf 6,5%. [16: 24; 12: 16 ff., 19 ff.] Je mehr in der Folgezeit der planmäßige Wiederaufbau unter Berücksichtigung der zukünftigen Anforderungen der sozialistischen Industrialisierung erfolgte, um so mehr verstärkte sich die Konzentration der Investitionen in der Grundstoffindustrie.

Das war einer der Gründe, warum der Vorkriegsstand in der Sowjetunion und den Volksdemokratien nach dem zweiten Weltkrieg in der Industrie schneller erreicht wurde als in der Landwirtschaft, in der Abt. 1 rascher als in der Abt. II, im Bergbau und der Metallurgie vor dem Maschinenbau und in der Elektroenergieproduktion rascher als in allen anderen Zweigen der Volkswirtschaft [11: 115 ff.] (s. umseitige Tab. 2).

Das Wirtschaftswachstum in der Wiederherstellungsperiode war generell charakterisiert durch die Ausdehnung des (durch Kriegszerstörungen beträchtlich eingeengten) Produktionsfeldes. Die Wiederingangsetzung von stillgelegten Produktionskapazitäten, die Beseitigung von Engpässen, die Überwindung der Mangelwirtschaft bestimmten entscheidend die Art des Wirtschaftswachstums. Rascher Wiederaufbau hieß Produktion von Engpaßmaterialien „um jeden Preis", hieß unter Umständen auch Rückkehr zur Handarbeit oder zu minderwertigen Werkstoffen, wenn entsprechende Maschinen und Rohstoffe nicht zur Verfügung standen. [1] Die Reproduktion, die mit Ausnahme Polens in den ersten Nachkriegsjahren [23: 20] und der DDR bis 1950 [1] erweiterte Reproduktion war, mußte unter diesen Umständen überwiegend extensiven Charakter tragen. Grundsätzlich änderte sich daran auch dadurch nichts, daß in einer Reihe von Ländern bereits während der Wiederherstellungsperiode neue Produktionen aufgenommen wurden, wie z. B. in der UdSSR 1921-1926 [9: 415], bzw. technische Neuentwicklungen **[1050]**

Tabelle 2
Produktionsvolumen ausgewählter sozialistischer Länder im Jahr der Erreichung des Vorkriegsstandes der Industrieproduktion (Vorkriegsstand = 100) [16] [11: 115 ff.] [10: 8] [25: 71] [22: 136 f.]

	Vorkriegsjahr	Jahr der Erreichung des Vorkriegsstandes	Produktion der Industrie	Energieproduktion	Abteilung I	Abteilung II	Landwirtschaft
DDR	1936	1950	111	139	–	–	85
ČSSR	1937	1948	108	183	110	107	76[1]
UdSSR	1940	1948	118	137	130	99	97
VR Polen	1938	1947	100	166	–	–	79[2]
Ungarische VR[3]	1938	1948	107	160	–	–	98

[1] 1948/49 im Vergleich zu 1934-1938
[2] 1947/48 im Vergleich zu 1934-1938
[3] verarbeitende Industrie

auf bestimmten Gebieten durch- und in die Praxis eingeführt wurden, wie z. B. in der DDR. Dort wurden 1946-1950 267 Mill. Mark für Wissenschaft und Technik ausgegeben. Das waren allerdings nur 0,27% des in diesen Jahren produzierten Nationaleinkommens. [4: 50] [10: 193]

Der überwiegend extensive Charakter des Reproduktionsprozesses der Wiederherstellungsperiode zeigte sich besonders deutlich in den Motivationen für die auf einzelnen Gebieten zu beobachtende Einführung der neuen Technik. Wo Erfindungen gemacht wurden, wie z. B. in der DDR die Kohlenstaublokomotive [10: 113], geschah das in erster Linie, um Engpässe (in diesem Falle in der Brennstoffindustrie und im Verkehrswesen) zu beheben, und nicht vorrangig, um die Arbeitsproduktivität zu steigern. Wenn in der Sowjetunion im Jahre 1925 die Produktivität im Maschinenbau stieg, weil Traktorenfabriken und Schwermaschinenbaubetriebe für die Ausrüstung der elektrotechnischen Industrie errichtet wurden, dann war dieser Effekt sekundär. Primär waren die neuen Betriebe errichtet worden, um Lücken im Produktionssortiment des sowjetischen Maschinen- und Fahrzeugbaus zu schließen.

Der vorwiegend extensive Charakter des Reproduktionsprozesses in der Wiederherstellungsperiode läßt sich auch quantitativ nachweisen an dem in der Industrie aller betroffenen Länder zu beobachtenden langsameren Anwachsen der Arbeitsproduktivität gegenüber der Produktion. So erreichte 1950 in der DDR die Industrieproduktion 111%, die Arbeitsproduktivität dagegen erst 98% des Niveaus von 1936. [11: 24] Im Jahre 1950, dem letzten Jahr des Fünfjahrplanes zur Wiederherstellung und Entwicklung der Volkswirtschaft, war die Produktion der sowjetischen Industrie gegenüber dem letzten Vorkriegsjahr (1940) um 73% gestiegen, ihre Produktivität dagegen nur um 45%. [22: 126, 148]

Unter den in der Wiederherstellungsperiode gegebenen Bedingungen, d. h. angesichts der Mangelwirtschaft, war die möglichst rasche quantitative Ausdehnung der Produktion in jenen Zweigen und

Betrieben und bei denjenigen Waren, an denen der größte volkswirtschaftliche Bedarf herrschte, die überwiegend extensiv erweiterte Reproduktion, die **[1051]** effektivste Form des Wirtschaftens. Die marxistisch-leninistischen Parteien berücksichtigten dies in den von ihnen initiierten Wiederaufbauplänen, orientierten auf maximalen Produktionszuwachs (bei ausgewählten Gütern und in ausgewählten Bereichen) [10: 107 ff.] und schufen damit eine solide Ausgangsbasis für den Aufbau der materiell-technischen Basis des Sozialismus.

Literatur:

1. *Barthel, H.:* Die wirtschaftliche Entwicklung der DDR in der Nachkriegsperiode 1945-1949/50 (im Druck); 2. *Berov, L.:* Die wirtschaftliche Entwicklung der Volksrepublik Bulgarien. Berlin 1975; 3. *Chromov, P. A.:* Tempy razvitija promyšlennosti i sel'skogo chozjajstva. Moskau 1974; 4. *Haustein, H.-D.:* Messung der volkswirtschaftlichen Intensivierung. Berlin 1976; 5. *Huber, G./Maier, H.,* in: Wiwi 1977, H. 1, S. 82 ff; 6. *Josif, J. Z.:* Nastin vývoe čs. železárstvi v letech 1945-1955. Prag 1960; 7. *Kurskij, A. D.:* Naučnye osnovy sovetskich pjatiletok. Moskau 1974; 8. *Roesler, J.,* in: JWG, 1974, T. III, 9. *Ders.* in: JG, 1977, T. 14; 10. *Ders.:* Die Herausbildung der sozialistischen Planwirtschaft in der DDR. Berlin 1978; 11. *Ders.* in: JGsL 1977, Bd. 21.1; 12. *Szakács, S.*: Die wirtschaftliche Entwicklung der Ungarischen Volksrepublik. Berlin 1975; 13. *Tomaszewski, J.:* Die wirtschaftliche Entwicklung der Volksrepublik Polen. Berlin 1975; 14. *Atlas zur Geschichte.* Gotha/Leipzig 1975; 15. *Demokratičeskaja Respublika V'etnam.* Moskau 1975; 16. *Economic survey of Europe since the war.* Geneve 1953; 17. *Ėkonomičeskij avantjurism maoistov.* Moskau 1970; 18. *Ėkonomičeskaja istorija socialističeskich stran.* Moskau 1973; 19. *Geschichte der Kommunistischen Partei der Sowjetunion.* Moskau 1973; 20. *Kitajskaja Narodnaja Respublika 1973.* Moskau 1975; 21. *My i planeta.* Moskau 1972; 22. *Narodnoe chozjajstvo SSSR 1922-1972.* Moskau 1972; 23. *Der polnische Weg.* Berlin 1948; 24. *Statistisches Jahrbuch der Deutschen Demokratischen Republik 1955.* Berlin 1956; 25. *Villaggazdasagi Idösorok 1860-1960.* Budapest 1967.

Jörg Roesler

2.7.23. Wirtschaftliche Rechnungsführung

Das Rationalitätsprinzip, das als Buchführung, Kalkulation und Kostenstellenrechnung bereits im Kapitalismus entwickelt ist, überspringt im Sozialismus die durch Konkurrenz und Anarchie der Produktion gesetzten Schranken. [MEW 27: 137] [LW 25: 487 ff.] Die betriebliche wandelt sich zur volkswirtschaftlichen Rationalität. Diese neue, höhere Qualität des Wirtschaftens realisiert sich über die zentrale Leitung und Planung sowie die wirtschaftliche Rechnungsführung. Letztere, auf dem Gesetz der planmäßig-proportionalen Entwicklung der Volkswirtschaft und dem Wertgesetz basierende Kategorie und Methode sozialistischen Wirtschaftens wurde Anfang der 20er Jahre von Lenin entwickelt. [LW 33: 31 ff., 61 ff., 169 ff.] [35: 524 ff.]

Für die Verwirklichung der wirtschaftlichen Rechnungsführung in der Industrie müssen eine Reihe von Voraussetzungen gegeben sein. Sie lassen sich klassifizieren in *politische* (Errichtung der Diktatur des Proletariats), *sozialökonomische* (Nationalisierung der Großbetriebe und Banken) und *organisatorisch-technische.* Letztere kann man unterteilen in *unmittelbare,* direkt mit der wirtschaftlichen Rechnungsführung in Zusammenhang stehende, und *mittelbare,* andere Bereiche des Wirtschaftsmechanismus betreffende.

Zu den *unmittelbaren Voraussetzungen* zählen: 1. die Gewährung der relativen **[1052]** ökonomischen Selbständigkeit an die Wirtschaftseinheiten (Ausstattung mit Grund- und Umlaufmitteln) im Rahmen und auf der Grundlage der zentralen Leitung und Planung der sozialistischen Wirtschaft, die Eigenverantwortlichkeit der Wirtschaftseinheiten bei operativen Entscheidungen im Rahmen des staatlichen Leitungssystems, Verleihung des Status einer juristischen Person, Aufbau eines Vertragssystems; 2. die Errichtung eines Systems der Kontrolle der Wirtschaftseinheiten mittels Finanzkennziffern und -normativen durch die wirtschaftsleitenden Organe (in der DDR „Kontrolle durch die Mark" genannt); 3. Ausarbeitung der Rahmenbedingungen (Preisreform) und Gewährleistung der Kostendeckung und Gewinnerwirtschaftung (Rentabilitätsprinzip); 4. die Schaffung von Voraussetzungen

(Kennziffern und Normative der Grund- und Umlaufmittelnutzung) für die Entfaltung der betrieblichen materiellen Interessiertheit (ökonomische Hebel). [4: 61 ff., 218 f.]

Zu den *mittelbaren Voraussetzungen* der Einführung der wirtschaftlichen Rechnungsführung sind alle für die Volkswirtschaftsplanung (insbesondere Plankennziffern, statistische Planberichterstattung) bzw. ein einheitliches Finanzsystem (vor allem Währungs-, Bank- und Kreditreform) notwendigen Vorbedingungen zu rechnen. [4: 63 ff.]

Die Voraussetzungen für die volle Entfaltung der wirtschaftlichen Rechnungsführung können unmittelbar nach der siegreichen proletarischen Revolution noch nicht gegeben sein. Sie werden in den ersten Jahren der Übergangsperiode vom Kapitalismus zum Sozialismus schrittweise geschaffen. Die Sowjetunion mußte diesen Weg als erstes Land ohne jegliche praktische Erfahrungen beschreiten. Im Unterschied zur Planung existierten für die wirtschaftliche Rechnungsführung anfangs – aufgrund der zunächst auch von Lenin geteilten Marxschen Auffassung von der Nichtexistenz des Wertgesetzes im Sozialismus – keine ausreichenden theoretischen Voraussetzungen. [5: 108] Während des Kriegskommunismus (1918-1921) erfolgte zeitweise die fast vollständige Abschaffung der Geldrechnung in der Volkswirtschaft. [3: 21] Erst danach konnte Lenin die Prinzipien der wirtschaftlichen Rechnungsführung [6: 153 ff.] im Zusammenhang mit der Ausarbeitung der „Neuen Ökonomischen Politik“ (NÖP) [LW 33: 170 f.] entwickeln. Ihren Abschluß fand die Entstehungsperiode der wirtschaftlichen Rechnungsführung in der Sowjetunion mit der Kreditreform 1930/31 [6: 18 f.] (anders [5: 110]).

Die *Kreditreform* war in den sozialistischen Ländern ein wesentliches Moment im Prozeß der Herausbildung der wirtschaftlichen Rechnungsführung. Der Übergang vom kommerziellen zum direkten Bankkredit setzte die starke Einschränkung des privatkapitalistischen Sektors, eine funktionierende (direktive) Wirtschafts- und Finanzplanung sowie die Regulierung der Finanzen der Betriebe voraus. [12: 357 f.] In der Sowjetunion erfolgte die Abschaffung des kommerziellen Kredits 1930, mehr als 12 Jahre nach der siegreichen Revolution. Die Kreditreformen in den volksdemokratischen Ländern Europas fanden zwischen 1948 (Tschechoslowakei, Jugoslawien) und 1951 (Bulgarien, Ungarn), also bereits 3-6 Jahre nach der Befreiung vom Faschismus statt. [12: 344 ff.] Der Übergang zur direkten Kreditierung der Betriebe erfolgte in Korea 1948/49, in der MVR 1933, in China 1955 und in Kuba 1962. [12: 350 f., 354 f.] In den sozialistischen Ländern Europas wurde die Einführung der wirtschaftlichen Rechnungsführung am Anfang (Bulgarien, Rumänien 1950/51) bzw. bis zur Mitte der 50er Jahre (Ungarn 1953/54) abgeschlossen [12: 344 ff.] [7: 60], also in – verglichen mit der Sowjetunion – kurzer Frist. (Jugoslawien nahm ab 1949 eine gesonderte Entwicklung und ließ den kommerziellen Kredit wieder zu. [12: 352])

Entscheidende Ursache für die Verkürzung des Prozesses der Einführung der wirtschaftlichen Rechnungsführung war die *schöpferische Anwendung sowjetischer Erfahrungen.* [12: 344 f.] [7: 293] Verlief in dieser Beziehung die Entwicklung ähnlich wie in **[1053]** der Planung, so war generell für die Herausbildung der wirtschaftlichen Rechnungsführung eine längere historische Entwicklungsperiode als für die Volkswirtschaftsplanung notwendig, vor allem, weil ein gewisses fortgeschrittenes Entwicklungsstadium der Planung Vorbedingung für die Entfaltung der wirtschaftlichen Rechnungsführung war. [5: 130]

Nachdem sich die wirtschaftliche Rechnungsführung voll herausgebildet hatte, entwickelte sie sich primär in Abhängigkeit von den Ausgangsbedingungen und Zielstellungen der *sozialistischen Industrialisierung*, die die Methoden der wirtschaftlichen Rechnungsführung direkt oder indirekt (über die sich aus der Gestaltung der Planung bzw. Organisationsstruktur der Industrie ergebenden Anforderungen) bestimmte. Die kommunistischen Parteien und die Regierungen der sozialistischen Länder – allen voran die KPdSU und die Sowjetregierung – leisteten in dieser Periode eine verdienstvolle Arbeit zur Weiterentwicklung der wirtschaftlichen Rechnungsführung. Die Aufgabe, ein maximales Wirtschaftswachstum durch den Auf- bzw. Ausbau der Schwerindustrie zu erreichen, forderte die Mobilisierung sämtlicher Akkumulationsquellen durch rentables Wirtschaften in den vorhandenen Betrieben sowie die Konzentration der Akkumulationsmittel (einschließlich der Amortisationen) beim sozialistischen Staat, der daraus den Neuaufbau von Betrieben in der Abt. I finanzierte. [3: 22

f., 24 ff.] [5: 119] Im System der wirtschaftlichen Rechnungsführung entfalteten sich vor allem die für die Lösung dieser Aufgabenstellung sowie die für die Stärkung der zentralen Planung charakteristischen Seiten („Kontrolle durch die Mark“, Erarbeitung zentraler Finanzkennziffern und -normative [11: 187]), die sich aus dem Gesetz der planmäßig proportionalen Entwicklung herleiteten, während die stärker mit der Ausnutzung der materiellen Interessiertheit verknüpften Prinzipien nur eine beschränkte Entwicklung erfuhren. [11: 117] Das Vertragssystem war vor allem die Fortsetzung der detaillierten zentralen Kennziffernvorgabe. [11: 199] Das auf die Deckung nur des laufenden Aufwandes der Betriebe ausgerichtete Preissystem hielt den Betriebsgewinn entsprechend klein. [11: 217] Seine Verwendung wurde weitgehend zentral festgelegt. [11: 121] [3: 169, 293] Die Mittel für die ökonomische Stimulierung waren demzufolge relativ gering. [5: 135] Hauptform (und vielfach auch einzige Form) der betrieblichen materiellen Interessiertheit war der Direktorfonds (in der UdSSR seit 1936 [5: 126], in der DDR faktisch ab 1952 [3: 34 ff.]). Er war fast ausschließlich auf die Maximierung der Bruttoproduktion ausgerichtet. [4: 68 ff.]

Für die Entfaltung der auf die Erhöhung der Rentabilität gerichteten Formen der Aktivisten- und Wettbewerbsbewegung war die Einführung der wirtschaftlichen Rechnungsführung in den Betrieben die entscheidende Voraussetzung. Weiteste Verbreitung fanden in den 50er Jahren in der DDR zwei Methoden des Kampfes um die Erhöhung der Rentabilität: die „Aktivistenpläne zum Kampf gegen alle Produktionsverluste“ und die „ökonomischen Konferenzen“ der Betriebe. [4: 90 f., 94 f., 266 f.]

In der geschilderten Ausprägung erwies sich die wirtschaftliche Rechnungsführung in den Händen der marxistisch-leninistischen Parteien als wirkungsvolles Instrument zur erfolgreichen Bewältigung der Aufgaben der sozialistischen Industrialisierung. [11: 187] [5: 36, 130] Die allmähliche Erschöpfung extensiver Wachstumsquellen in der Mehrzahl der RGW-Länder führte in den 60er Jahren zur Verstärkung der intensiv erweiterten Reproduktion im Rahmen der sozialistischen *Intensivierung.* Damit reiften neue Bedingungen für die Gestaltung der wirtschaftlichen Rechnungsführung heran, denen mit der Durchführung der *Wirtschaftsreformen* seit der 2. Hälfte der 60er Jahre (DDR ab 1963, UdSSR ab 1965, ČSSR ab 1967, Ungarn und Bulgarien ab 1968, Rumänien ab 1969) entsprochen wird. [8]

[1054] Hatte bis in die 50er Jahre der Mangel an industriellen Produkten und seine Überwindung durch forcierte Entwicklung der Produktionsmenge die Entfaltungsmöglichkeiten der wirtschaftlichen Rechnungsführung objektiv begrenzt, so verlangten die nunmehr zu lösenden Aufgaben – die stärkere Berücksichtigung der Bedürfnisse und des Bedarfs, das Fällen von langfristigen Strukturentscheidungen entsprechend den Erfordernissen des wissenschaftlich-technischen Fortschritts, die Knüpfung rationeller Kooperationsbeziehungen – eine eindeutige Orientierung auf die ökonomische Effektivität. Die wirtschaftliche Rechnungsführung hatte sich demzufolge – mit dem Ziel, die Produktionskollektive an der Intensivierung zu interessieren – mehr auf solche Aufgaben zu konzentrieren wie die Bestimmung der Kriterien und Kennziffern der Effektivität der Produktion und die Schaffung der Grundlagen für optimale Entscheidungen. In diesem Rahmen war das Zustandekommen einer effektiven Zusammenarbeit zwischen den Betrieben zu sichern sowie die Ausarbeitung qualitativer Kennziffern und langfristiger Normative durchzuführen. [5: 136] [11: 188]

Als Reaktion auf die neuen Erfordernisse und in Anpassung an das veränderte Planungssystem wurde im Zuge der Wirtschaftsreform – entsprechend den Beschlüssen der Arbeiterparteien und Regierungen der Länder der sozialistischen Staatengemeinschaft –die ökonomische Selbständigkeit der Betriebe in der Mehrzahl der RGW-Länder erhöht. [8: 9 f.] Das Vertragssystem verwandelte sich vom letzten Stadium der Planaufschlüsselung in ein wesentliches Element der Planausarbeitung. [11: 196] Die betriebliche materielle Interessiertheit wurde durch Ausweitung ihres Anwendungsgebiets (z. B. auf die Nutzung der Grundfonds, die Beschleunigung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts und die Steigerung der Qualität der Erzeugnisse) sowie durch die Erhöhung des Umfangs der zur Verfügung stehenden Mittel und Arten der Stimulierung [11: 190] [5: 138] vervollkommnet. Die Finanzierung der ökonomischen Hebel erfolgte seitdem grundsätzlich aus dem *Betriebsgewinn.* Dessen Masse und sein im Betrieb verbleibender Anteil stiegen an (in der UdSSR zwischen 1966 und 1972 z. B. auf das 2,6fache bei einer Erhöhung des Betriebsanteils von 29 auf 40%; davon entfielen 1965 6 und 1972 16% auf Stimulierungsfonds [5: 149 f.]).

Diese Entwicklung war Resultat der in den 60er Jahren in fast allen RGW-Ländern durchgeführten *Preisreformen* (z. B. DDR 1964-1967, UdSSR und Polen 1966/67 [8: 84 ff.]). Sie lösten den bisherigen, nur den laufenden Aufwand berücksichtigenden Preistyp durch ein Preissystem ab, bei dem auch ein Teil der erweiterten Reproduktion aus dem Gewinn finanziert wird. [11: 317]

Insgesamt erfuhren alle auf der Tätigkeit der Betriebe als sozialistische Warenproduzenten basierenden Prinzipien der wirtschaftlichen Rechnungsführung eine beträchtliche Ausweitung. Gerade dadurch verbesserten sich die Möglichkeiten der Ausnutzung des Gesetzes der planmäßig proportionalen Entwicklung der Volkswirtschaft. [5: 153] [11: 15]

Die Aggressionspolitik des Imperialismus zwang einer Reihe sozialistischer Länder zeitweise die Entwicklung einer *Kriegswirtschaft* auf. Bestand zu Beginn des Krieges – wie in der Sowjetunion 1941-1945 – bereits eine entwickelte wirtschaftliche Rechnungsführung, so mußte diese (anders als die innerbetriebliche wirtschaftliche Rechnungsführung) stark eingeschränkt werden, denn die Produktion kriegswichtiger Erzeugnisse war weniger von Rentabilitätserwägungen als von der Notwendigkeit getragen, in kürzester Frist möglichst viel Waffen und Munition für die Front bereitzustellen. [6: 21 f.]

Die marxistisch-leninistischen Parteien und die Regierungen der sozialistischen Länder hatten bei der Weiterentwicklung der wirtschaftlichen Rechnungsführung neben den sich unmittelbar aus der Analyse der Erfordernisse der Produktivkräfte und Produk-**[1055]**tionsverhältnisse ergebenden ökonomischen Zielstellungen noch weitere Faktoren zu berücksichtigen.

Dabei handelt es sich *erstens* um die Herstellung von Proportionen bzw. die Beseitigung von Disproportionen im System der wirtschaftlichen Rechnungsführung selbst. Die teilweise Ausdehnung der betrieblichen Eigenfinanzierung auf die erweiterte Reproduktion (Ersatzinvestitionen) in der Mehrzahl der RGW-Länder während der 2. Hälfte der 50er Jahre [10] z. B. machte die Ausarbeitung von Effektivitätskennziffern und -normativen zur ökonomischen Einschätzung von Investitionsvorhaben notwendig. Ihr Fehlen hemmte zunächst die Weiterentwicklung der Eigenfinanzierung auf diesem Gebiet.

Eine in mancher Hinsicht ähnliche Situation entstand in der 2. Hälfte der 60er Jahre. Während der ersten Etappe der Wirtschaftsreform wurde vorrangig die ökonomische Selbständigkeit der Betriebe entwickelt. [5: 144 f.]

Die nunmehr möglich und auch notwendig werdende verstärkte Steuerung des betrieblichen Reproduktionsprozesses mit ökonomischen Mitteln auf der Grundlage exakter Kennziffern und Normative hielt damit jedoch nicht Schritt. [11: 2371 Die ökonomischen Hebel orientierten zu wenig auf die für die Intensivierung notwendige Erhöhung der Effektivität und Qualität der Produktion. Seit den 70er Jahren werden verstärkte Anstrengungen unternommen, die Wirtschaftsführung auf die Erfordernisse der Intensivierung auszurichten. [11: 236 ff.]

Zweitens hatten die kommunistischen Parteien und die Regierungen der sozialistischen Länder bei der Weiterentwicklung der wirtschaftlichen Rechnungsführung zu berücksichtigen, daß diese von in anderen Bereichen des Wirtschaftsmechanismus vor sich gehenden Veränderungen beeinflußt wird. Das gilt insbesondere für die *Planung.* So wurde z. B. durch den Übergang zur detaillierten Kennziffernvorgabe in der Sowjetunion zu Beginn der 30er Jahre und in den europäischen Volksdemokratien Anfang der 50er Jahre dem Betrieb die Mehrzahl der Entscheidungen über die Gestaltung seines Reproduktionsprozesses entzogen. Dementsprechende Einschränkungen erfuhr auch seine materielle Verantwortlichkeit. Das System der Sanktionen (Vertragsstrafen, Strafzinsen, Reduzierung der Zuführungen zu den Prämienfonds) war z. B. in der DDR in der 1. Hälfte der 50er Jahre wenig ausgebaut, stand vielfach auf dem Papier (Vertragssystem) bzw. wurde durch Ausnahmeregelungen durchlöchert (Direktorfonds). Erst mit der Ausweitung der ökonomischen Selbständigkeit der Betriebe in der 2. Hälfte der 50er Jahre erfolgte die Aufhebung der Ausnahmeregelungen beim Betriebsprämienfonds, die Wiederherstellung des Vertragssystems und die Erhöhung der Strafzinsen. Ähnlich verlief die Entwicklung in anderen RGW-Ländern. [5: 46] Die für die weitere Vervollkommnung des

Wirtschaftsmechanismus in den 70er Jahren charakteristische Verlagerung des Schwerpunktes des Planes von der Jahres- auf die Perspektivplanung, durch die die Fünfjahrpläne in einigen RGW-Ländern (z. B. Rumänien ab 1966, UdSSR ab 1971, DDR ab 1976) zum „Hauptsteuerungsinstrument“ wurden, verlangt von der wirtschaftlichen Rechnungsführung die Anwendung langfristiger (mehrjähriger) Normative. [10: 638]

Gleichfalls – allerdings nicht so stark wie die Planung – beeinflußten *drittens Organisationsstruktur und Organisationsformen* der Industrie die wirtschaftliche Rechnungsführung, indem sie deren Umfang (gemessen an der Zahl der Warenproduzenten) und das Verhältnis von betrieblicher und innerbetrieblicher wirtschaftlicher Rechnungsführung bestimmten. Träger der wirtschaftlichen Rechnungsführung in der Phase ihrer Herausbildung waren in vielen Ländern (z. B. Sowjetunion 1921-1930, Tschechoslowakei 1945-1950, DDR 1948-1950/52) nicht die Betriebe, sondern die als grundlegende Wirtschaftseinheiten fungierenden Zweigleitungen: „Trusts“ (Sowjetunion), „Generaldirektio-**[1056]**nen (ČSR) bzw. „Vereinigungen Volkseigener Betriebe“ (DDR). [1: 16] [3: 23 ff.] [8: 202] Erst im Prozeß der Auflösung der Zweigleitungen entwickelte sich in den bis dahin juristisch und ökonomisch unselbständigen (Teil-)Betrieben die wirtschaftliche Rechnungsführung. [2: 11 ff.] Gleichzeitig entstand in den Werkteilen und Abteilungen der Betriebe die *innerbetriebliche wirtschaftliche Rechnungsführung.* [2: 123] Sie wendet (als Methode zur Verbesserung der Arbeitsergebnisse innerhalb der Abteilungen durch Erhöhung der persönlichen materiellen Interessiertheit des einzelnen Werktätigen [11: 159]) Prinzipien der wirtschaftlichen Rechnungsführung in begrenztem Umfang an. [14: 325 ff.]

Mit der Bildung von Leitungen vom Typ *Kombinat,* wie sie Ende der 60er/Anfang der 70er Jahre in fast allen RGW-Ländern entstanden, bildeten sich neue, den Bedingungen der sozialistischen Intensivierung angepaßte, leistungsfähige Wirtschaftseinheiten heraus. Mit der Kombinatsbildung verloren teilweise die unterstellten Betriebe ihre juristische und ökonomische Selbständigkeit. [13: 100 f.] Ihre Beziehungen untereinander verwandelten sich in innerbetriebliche. Das blieb nicht ohne Einfluß auf die Methoden der wirtschaftlichen Rechnungsführung. [14: 325 f.] Dagegen zentralisieren bei der Bildung von Wirtschaftseinheiten vom Typ Vereinigungen die Zweigleitungen nur einzelne Funktionen, der Status der Betriebe aber bleibt im wesentlichen unverändert und damit auch ihre auf der wirtschaftlichen Rechnungsführung basierenden Beziehungen untereinander. [5: 209 f.] Durch die Bildung der Kombinate sinkt einerseits die Zahl der sozialistischen Warenproduzenten teilweise, das Operationsfeld der wirtschaftlichen Rechnungsführung wird quantitativ eingeschränkt. Andererseits bietet die größere Wirtschaftseinheit bessere Bedingungen für die Ausnutzung aller Prinzipien der wirtschaftlichen Rechnungsführung für ihre qualitative Weiterentwicklung. [13: 10] [5: 195, 197]

Viertens wurde und wird die Entwicklung der wirtschaftlichen Rechnungsführung von den gesammelten Erfahrungen und dem wissenschaftlichen Erkenntnisstand der sozialistischen Gesellschaft bestimmt. Beide Momente sind in der Regel eng miteinander verknüpft. Für die wirtschaftliche Rechnungsführung war dagegen für bestimmte Zeiträume eine unzureichende Übereinstimmung zwischen den Erkenntnissen der Wirtschaftspraktiker und den Thesen der Wirtschaftswissenschaftler charakteristisch. Wies die Praxis immer wieder auf die Notwendigkeit der wirtschaftlichen Rechnungsführung, ihre Zweckmäßigkeit für den sozialistischen Aufbau hin, so verlangten manche Politökonomen seit Ende der 20er Jahre – ausgehend von der These des notwendigen Absterbens der Warenproduktion als eines der neuen Gesellschaftsordnung fremden „Muttermals“ der Ausbeutergesellschaft – die Einschränkung und baldige Liquidierung der wirtschaftlichen Rechnungsführung. [5: 119 ff.] Endgültig überwunden wurden derartige Auffassungen, die noch in den 50er Jahren insbesondere die Entwicklung der ökonomischen Stimulierung (u. a. in der DDR [3: 55 ff.]) hemmten, erst im darauffolgenden Jahrzehnt in Zusammenhang mit den Wirtschaftsreformen. [5: 132] [9: 42]

Inhaltlich verknüpft mit der Analyse der Faktoren, die die ständige Weiterentwicklung der wirtschaftlichen Rechnungsführung bewirken, ist das Problem der *„vollständigen“* und *„unvollständigen“* („formalen“) wirtschaftlichen Rechnungsführung. [5: 103 f.] [6: 14, 181] Diese Begriffe kamen in der Sowjetunion mit der Wirtschafsreform auf [6: 181] und haben seitdem weite Verbreitung gefunden [5] [6: 14]. Der Autor kann sich dieser bisher keinesfalls genügend präzisierten Auffassung [6: 181 f.]

[5: 103 f.] , der der Gedanke einer autonomen Entwicklung der wirtschaftlichen Rechnungsführung zugrunde liegt, nicht anschließen. Die wirtschaftliche Rechnungsführung ist – genau wie die Planung – Mittel zur Durchsetzung wirtschaftspolitischer Ziele. Deshalb kann das Kriterium ihrer Vollkommenheit (Effektivität) nicht in ihr selbst gesucht werden, son-**[1057]**dern ist von den sich aus dem Entwicklungsstand der Produktivkräfte und der Produktionsverhältnisse ergebenden objektiven Zielstellungen der jeweiligen Entwicklungsetappe des sozialistischen Aufbaus abzuleiten. Die wirtschaftliche Rechnungsführung ist um so effektiver, je besser sie der Realisierung dieser Aufgaben dient, unabhängig davon, ob alle ihre Prinzipien dabei vollständig oder nur teilweise angewandt werden (s. auch [5: 103]). Unvollständig ist die wirtschaftliche Rechnungsführung immer dann, wenn sie nicht in der Lage ist, ihre Aufgaben zu erfüllen, sei es nun, weil die ökonomische Selbständigkeit der Betriebe zeitweise zu gering (DDR 1953/54) oder weil sie zu ausgeprägt (ČSSR 1968/69) war. [13: 233 ff.]

Ausgehend von der Analyse der objektiven Triebkräfte der Entwicklung der wirtschaftlichen Rechnungsführung läßt sich die relative *Einheitlichkeit und Gleichheit* ihrer Entwicklungsrichtung in den sozialistischen Ländern begründen. Die Ähnlichkeit der von den marxistisch-leninistischen Parteien gesammelten Erfahrungen sowie die Übernahme sowjetischer Erkenntnisse hat die Einheitlichkeit des Prozesses der Entwicklung der wirtschaftlichen Rechnungsführung der sozialistischen Länder (wegen des Mangels an einschlägiger Literatur beschränken sich die folgenden Aussagen auf die europäischen RGW-Länder) verstärkt, und Unterschiede traten nur dann und dort auf, wo vorübergehend der Entwicklungsstand der Produktionsverhältnisse bzw. der Produktivkräfte der sozialistischen Länder stärker differierte, wie z. B. in den ersten Jahren der Übergangsperiode bzw. in den 60er Jahren. Während z. B. die nationalisierten Betriebe in einigen Ländern (Bulgarien 1944-1947, Sowjetunion 1917-1921 [7: 51] [5: 107]) mit dem Staatshaushalt direkt verbunden waren, herrschte in anderen Ländern (Tschechoslowakei 1945-1948, Polen 1944-1950 [7: 168, 292 f.]) die Eigenerwirtschaftung vor. Die Finanzierung der Betriebe aus dem Staatsbudget war angesichts der Kriegszerstörungen, der unzureichenden Umlaufmittel und der geringen Erfahrungen der neuen Betriebsleitungen auf ökonomischem Gebiet vernünftig. Das galt natürlich auch für die Tschechoslowakei und Polen. In diesen Ländern jedoch, wo die Bourgeoisie in den ersten Nachkriegsjahren noch beträchtliche Positionen im Staatsapparat inne hatte, wurde die im Kapitalismus (auch für die Staatsbetriebe) übliche Selbstfinanzierung übernommen. Dieses System führte zu einer schnell anwachsenden Verschuldung der verstaatlichten Unternehmen. Das wurde z. B. von der tschechoslowakischen Bourgeoisie zum Anlaß genommen, gegen die Nationalisierung Stimmung zu machen. [7: 292]

Seit Beginn der 50er Jahre verstärkte sich die Einheitlichkeit der Rechnungsführung und der ökonomischen Stimulierung. So hatten z. B. die Anfang der 50er Jahre wirksam werdenden und in der 2. Hälfte der 50er Jahre modifizierten betrieblichen Stimulierungsfonds in fast allen RGW-Ländern grundsätzlich gleiche Funktionen und Zielstellungen. [7]

In den 60er Jahren war es das unterschiedliche Tempo der Erschöpfung der extensiven Wachstumsquellen, das die einzelnen RGW-Länder zu verschiedenen Zeitpunkten die Wirtschaftsreform beginnen und die praktizierten Methoden der wirtschaftlichen Rechnungsführung zeitweise stärker differieren ließ. Trotz der weiterhin ausgeprägten Vielzahl der Stimulierungsformen [11: 186 f.] führte die Anfang der 70er Jahre entsprechend den von den marxistisch-leninistischen Parteien gefaßten Beschlüssen in allen europäischen RGW-Ländern in Angriff genommene allseitige Intensivierung zu einer weiteren Verstärkung der Einheitlichkeit der wirtschaftlichen Rechnungsführung in den Grundzügen (Umgestaltung der Leistungsbewertung der Betriebe, Vereinigungen und Kombinate entsprechend den erhöhten Anforderungen an die effektivere Ausnutzung der Arbeitskräfte- und Materialreserven, an die verstärkte Grundfondsökonomie und Investitionseffektivität). [1: 649 ff.] **[1058]**

Literatur:

1. *Aristov, G. V.:* Predprijatie v sisteme upravlenija promyšlennostju evropejskich stran SĖV. Moskau 1975; 2. *Bratusj, S. N.,* in: Finanzen und Kredit. Bd. 1, Berlin 1952, S. 326 ff.; 3. *Jonuscheit, K. H.:* Die wirtschaftliche Rechnungsführung, Berlin 1966; 4. *Roesler, J.:* Die Herausbildung der sozialistischen Planwirtschaft in der DDR. Berlin 1978; 5. *Sibirev, A. I.:* Chozrasčet i ego razvitie v

sovremennych uslovijach. Leningrad 1974; 6. *Tatur, S. K.:* Wirtschaftliche Rechnungsführung in der Industrie. Berlin 1971; 7. *Finansy promyšlennych predprijatij stran SĖV.* Moskau 1964; 8. *Planirovanie i upravlenie narodnym chozjajstvom v socialističeskich stranach.* Moskau 1969; 9. *Richtlinien für das neue ökonomische System der Planung und Leitung der Volkswirtschaft.* Berlin 1963; 10. *Soveršenstvovanie form upravlenija v evropejskich stranach narodnoj demokratii.* Moskau 1961; 11. *Soveršenstvovanie upravlenija ekonomikoj stran SĖV.* Moskau 1974; 12. *Sozialistisches Weltwirtschaftssystem.* Bd. 1, Berlin 1967; 13. *Struktura upravlenija promyšlennost'ju v stranach SĖV.* Moskau 1973; 14. *Upravlenie socialističeskim proizvodstvom.* Moskau 1975.

Jörg Roesler

2.7.24. Wirtschaftspolitik

Zwischen Ökonomie und Politik besteht eine dialektische Wechselbeziehung. Die Produktionsverhältnisse bilden „die ökonomische Struktur der Gesellschaft, die reale Basis, worauf sich ein juristischer und politischem Überbau erhebt, und welcher bestimmte gesellschaftliche Bewußtseinsformen entsprechen“. [13: 18] Die ökonomische Lage der Klassen bestimmt ihre Grundinteressen und ihre politischen Ziele „... Politik ist der konzentrierte Ausdruck der Ökonomik.“ [LW 32: 73] Andererseits wirkt die Politik auf die Entwicklung der ökonomischen Verhältnisse zurück. Die ökonomischen Interessen der Klassen können sich nur über entsprechende politische Handlungen verwirklichen. Die Arbeiterklasse muß die politische Macht erobern, um sich aus der Ausbeutung befreien und neue ökonomische Verhältnisse, die dem erreichten Entwicklungsstand der Produktivkräfte entsprechen, entwickeln zu können. In diesem Sinne gilt die These vom Primat der Politik gegenüber der Ökonomik. [LW 32: 73] Die Einheit und dialektische Wechselwirkung zwischen Ökonomie und Politik ergibt sich aus der Art und Weise, wie sich ökonomische, überhaupt gesellschaftliche Gesetze durchsetzen. Aus der Tatsache, daß die Ökonomie letztlich bestimmend und die Politik aus den ökonomischen Verhältnissen abgeleitet ist, folgt, daß die politische Führungstätigkeit der Partei der Arbeiterklasse und des sozialistischen Staates von der Kenntnis der objektiven Erfordernisse dieser Gesetze ausgehen muß. Andererseits ist die Politik nicht bloße Widerspiegelung der ökonomischen Verhältnisse, sondern wirkt selbst aktiv auf die Entwicklung der ökonomischen Verhältnisse ein. Aus dieser dialektischen Wechselbeziehung zwischen Ökonomie und Politik ergibt sich die besondere Bedeutung der Wirtschaftspolitik in der gesamten politischen Führungstätigkeit von Partei und Regierung.

Die Wirtschaftspolitik umfaßt ein „System ökonomischer Maßnahmen, Mittel und Methoden zur Verwirklichung des Ziels der sozialistischen Produktion“. [8: 1007] Ausgehend von den objektiven Zielen der Gesellschaft und unter Abwägung der gegebenen Möglichkeiten arbeitet die Partei der Arbeiterklasse für jeden konkreten Entwicklungsabschnitt die wirtschaftspolitische Grundlinie aus, die die Wirtschaftspolitik des sozialistischen Staates bestimmt. Die SED vereinigt die Ausarbeitung der Politik mit der or-**[1059]**ganisatorischen Tätigkeit zu ihrer praktischen Verwirklichung. SED und Regierung gehen bei der Ausarbeitung ihrer Wirtschaftspolitik dabei jeweils von den konkreten Bedingungen der DDR aus. Dieser Grundzug der Wirtschaftspolitik tritt in allen Etappen der nunmehr 30jährigen Geschichte der Deutschen Demokratischen Republik deutlich hervor.

Unmittelbar *nach der Zerschlagung des Faschismus,* an der die Sowjetunion den Hauptanteil hatte, orientierte die SED auf die konsequente Verwirklichung und Vollendung der antifaschistisch-demokratischen Umwälzung auf deutschem Boden. Dem dienten u. a. die Durchführung der demokratischen Bodenreform und die Enteignung der Betriebe von Nazi- und Kriegsverbrechern. Auf dieser Grundlage sind neue Eigentumsverhältnisse in Gestalt des volkseigenen Sektors der Wirtschaft entstanden. „Ihrem Wesen nach glichen die revolutionären Umwälzungen in der sowjetischen Besatzungszone den Übergangsprozessen vom Kapitalismus zum Sozialismus, die sich in den Volksdemokratien vollzogen.“ [6: 178] Der *II. Parteitag der SED* im September 1947 empfahl demzufolge der Deutschen Wirtschaftskommission (DWK), dem ersten zentralen koordinierenden Organ, die Ausarbeitung eines Volkswirtschaftsplans, der als Halbjahrplan 1948 und als Zweijahrplan 1949/50 konkrete Gestalt annahm.

Mit der *Gründung der Deutschen Demokratischen Republik* am 7. Oktober 1949, der Entwicklung der Arbeiter-und-Bauern-Macht schuf sich die Arbeiterklasse unter Führung der SED das wichtigste

Instrument für den Aufbau der sozialistischen Gesellschaft. Auf dem *III. Parteitag* im Juli 1950 konnte festgestellt werden, daß die Industrieproduktion der DDR den Vorkriegsstand im wesentlichen erreicht und daß die entscheidende sozialökonomische Aufgabe des Zweijahrplanes 1949/50, das Übergewicht des volkseigenen Sektors in der gesamten Volkswirtschaft herzustellen, gelöst worden war. Das entscheidende Dokument für die Wirtschaftspolitik der nächsten Etappe wurde der „Beschluß über den ersten Fünfjahrplan zur Entwicklung der Volkswirtschaft der DDR für die Jahre 1951-1955“. Als wichtigste Aufgaben wurden festgelegt: die Verdoppelung der Industrieproduktion; die Schaffung einer eigenen metallurgischen Basis; die Erweiterung des Schwermaschinenbaus und die Entwicklung der Rohstoffbasis und einer Handelsflotte, um die aus der Spaltung Deutschlands entstandenen Disproportionen zu überwinden; die grundlegende Verbesserung der materiellen Lage der Werktätigen durch Erreichung und Überschreitung des Vorkriegslebensstandards; die Einbeziehung des privatkapitalistischen Sektors in die planmäßige Entwicklung der Wirtschaft und die Begrenzung des Wachstums des kapitalistischen Sektors mit Hilfe der Wirtschafts-, Finanz- und Steuerpolitik des Staates und des Vertragssystems; auf dem Lande sollte der Ausbau der volkseigenen Maschinen-Ausleih-Stationen (MAS) das wichtigste Kettenglied zur Festigung des Bündnisses zwischen der Arbeiterklasse und den werktätigen Bauern sein. In diesem Dokument sind die gestellten Aufgaben zunächst noch nicht als sozialistische bezeichnet worden. Doch die Beschlüsse, die nach der Gründung der DDR gefaßt wurden, waren darauf gerichtet, wesentliche Grundlagen des Sozialismus zu schaffen. Im volkseigenen Sektor der Volkswirtschaft verfügte die Arbeiter-und-Bauern-Macht bereits über eine starke ökonomische Basis. Im Juli 1952 faßte die *2. Parteikonferenz* der SED den historischen Beschluß, in allen Bereichen der Gesellschaft planmäßig die Grundlagen des Sozialismus zu schaffen. Als Hauptaufgabe der Wirtschaftspolitik wurde die Schaffung der ökonomischen Grundlagen durch die weitere Erfüllung des Fünfjahrplans und die sozialistische Umgestaltung der Landwirtschaft bezeichnet. Der Anteil des sozialistischen Sektors am gesellschaftlichen Gesamtprodukt und sein bestimmender Einfluß auf die gesellschaftliche Entwicklung sollte nicht durch neue Enteignungen, sondern durch den Ausbau des volkseigenen und genos-**[1060]**senschaftlichen Eigentums ausgedehnt werden. Die Parteikonferenz bestimmte als Ziel der Wirtschaftspolitik die Befriedigung der ständig wachsenden materiellen und kulturellen Bedürfnisse der gesamten Gesellschaft. [6: 276]

Die Schaffung der materiell-technischen Basis des Sozialismus in der DDR wurde wesentlich durch die Auswirkungen der Spaltung des ehemals einheitlichen deutschen Wirtschaftsgefüges bestimmt. Es bestanden erhebliche Disproportionen, die noch dadurch verschärft wurden, daß die Zerstörungen des zweiten Weltkrieges in der Industrie, im Verkehrswesen und in anderen Wirtschaftsbereichen hier wesentlich größer als in den westdeutschen Gebieten waren. Es mußte somit eine Schwerindustrie geschaffen werden, die die Voraussetzungen bot, um die gesamte Volkswirtschaft auf der Grundlage der modernen Technik sozialistisch umzugestalten. Die damit verbundenen Schwierigkeiten versuchten imperialistische Kräfte für konterrevolutionäre Aktionen auszunutzen. Partei und Regierung faßten im Juni 1953 Beschlüsse, die als Politik des neuen Kurses bezeichnet wurden und zum Ziel hatten, bessere Bedingungen für die Verwirklichung der Generallinie der SED zu schaffen und die Beziehungen zwischen Partei und allen Klassen und Schichten zu festigen. [6: 293]

Auf dem IV. Parteitag der SED vom 30.3. bis 6.4.1954 wurde Bilanz über die ersten Jahre des sozialistischen Aufbaus gezogen und über die Weiterführung der sozialistischen Umgestaltung in der DDR beraten. Im Vordergrund stand weiterhin die Errichtung der materiell-technischen Basis des Sozialismus. Es wurde festgelegt, den Braunkohlenbergbau, die Energieerzeugung und einige Zweige der chemischen Industrie beschleunigt zu entwickeln und den allgemeinen Maschinenbau zu modernisieren. Den Werktätigen in der Landwirtschaft wurde die Aufgabe gestellt, die Pflanzen- und Tierproduktion zu steigern und die Bodenfruchtbarkeit zu erhöhen. Die MTS mußten in stärkerem Maße mit moderner Technik ausgestattet werden, weitere LPG waren zu bilden und dafür werktätige Einzelbauern, insbesondere auch Altbauern, zu gewinnen.

Als ein dringendes Erfordernis erwies es sich, die Qualität der Produktion zu erhöhen, die Kosten zu senken und Prinzipien der sozialistischen Sparsamkeit zu verwirklichen. Es rückten daher die Fragen der sozialistischen Wirtschaftsführung stärker in den Mittelpunkt der Wirtschaftspolitik. Die 21.

Tagung des ZK der SED erörterte im November 1954 speziell herangereifte Fragen der politischen Ökonomie des Sozialismus und ihrer konkreten Anwendung beim planmäßigen Aufbau der Grundlagen des Sozialismus in der DDR. Das ZK orientierte hierbei auf die Verbesserung der Planung und Leitung der Volkswirtschaft, auf die Ausarbeitung von Ökonomiken der wichtigsten Industriezweige, auf die Erweiterung der wirtschaftlich-operativen Selbständigkeit der Betriebe und Industriezweige, auf die konsequente Anwendung der wirtschaftlichen Rechnungsführung, auf die wirksame Ausnutzung des Wertgesetzes, auf die Einhaltung eines strengen Sparsamkeitsregimes und auf die zielstrebige Durchsetzung des Prinzips der materiellen Interessiertheit der Werktätigen. Eine neue Form der Leitungstätigkeit waren die ökonomischen Konferenzen, die in wichtigen volkseigenen Betrieben durchgeführt wurden.

Die erfolgreiche Erfüllung der Aufgaben des ersten Fünfjahrplans, in dessen Ergebnis sich die Industrieproduktion 1955 gegenüber 1936 verdoppelt und der sozialistische Sektor einen Anteil von 71,7% an der gesamten Volkswirtschaft erreicht hatte, bestätigte die wissenschaftliche Fundiertheit der Wirtschaftspolitik. Trotz dieser Erfolge konnten die Kriegsfolgen und Disproportionen in der Volkswirtschaft erst gemildert, aber noch nicht überwunden werden. Wichtige Industriezweige wie Kohle, Energie, Metallurgie blieben hinter den rasch wachsenden volkswirtschaftlichen Erfordernissen zurück. [6: 317] Die *3. Parteikonferenz der SED* vom 24. bis 30.3.1956 billigte die Direktive **[1061]** für den zweiten Fünfjahrplan der DDR, die sich auf die Schaffung einer leistungsfähigen sozialistischen Volkswirtschaft orientierte. Die Grundstoffindustrie, die metallurgische Basis, die Energieerzeugung und einige Zweige der Chemie galt es weiter auszubauen. Zugleich mußte begonnen werden, jene Industriezweige auf- oder auszubauen, die für die künftige Entwicklung der Volkswirtschaft und für die Beschleunigung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts zunehmendes Gewicht erlangten, wie die Elektrotechnik, den wissenschaftlichen Gerätebau und bestimmte Zweige des Maschinenbaus.

Wichtige Orientierungen des zweiten Fünfjahrplans betrafen die Perspektiven der anderen Eigentumsformen. Es ist entschieden worden, die Bildung und Entwicklung von Produktionsgenossenschaften des Handwerks (PGH) zu fördern. Den privaten Einzelhändlern empfahl man den Abschluß von Kommissionsverträgen mit dem sozialistischen Großhandel. Den privaten Industriebetrieben bot man die Aufnahme von staatlichen Beteiligungen an, wodurch der sozialistische Staat Eigentumsanteile erwerben und auf die Produktionsleistung Einfluß ausüben konnte. Den Handwerkern, Gewerbetreibenden und Unternehmern wurde damit die Chance gegeben, mit ihren Fähigkeiten und Erfahrungen an der Entwicklung der neuen Gesellschaftsordnung mitzuwirken und ihren Platz darin zu finden.

Besondere Aufmerksamkeit galt der Verstärkung der internationalen sozialistischen Arbeitsteilung. Übereinstimmend mit den Empfehlungen des RGW, . vereinbarten die DDR und die UdSSR erste längerfristige Kooperationsmaßnahmen und schlossen Regierungsabkommen. Die RGW-Länder berieten 1957 gemeinsam über die aufgetretenen Schwierigkeiten bei der Realisierung der Volkswirtschaftspläne, die vor allem, auch der verschärften Klassenauseinandersetzung mit dem Imperialismus geschuldet waren, um ihnen durch die Koordinierung der Planänderungen zu begegnen.

1957 wurde ein langfristiges Kohle- und Energieprogramm ausgearbeitet. Bis Mitte 1958 sind 74 Vereinigungen Volkseigener Betriebe (VVB) als leitende Wirtschaftsorgane für die zentralgeleiteten sozialistischen Betriebe gebildet worden. Diese und eine Reihe anderer Maßnahmen waren darauf gerichtet, sowohl die langfristige wie auch die operative Leitung der Wirtschaft zu verbessern und eine höhere Effektivität der Industrie zu erreichen.

Der *V. Parteitag der SED* vom 10. bis 16.7.1958 beschloß als ökonomische Hauptaufgabe, „die Volkswirtschaft innerhalb weniger Jahre so zu entwickeln, daß die Überlegenheit der sozialistischen Gesellschaftsordnung gegenüber der kapitalistischen Herrschaft umfassend bewiesen wird“ [6: 379]. Daher wurde beschlossen, die Planziele für 1959 und 1960 wesentlich zu erhöhen und einen langfristigen Plan für die Jahre 1959-1965 auszuarbeiten, dessen Ziel es war, während der nächsten Jahre die sozialistischen Produktionsverhältnisse in der DDR zum Sieg zu führen und die Übergangsperiode vom Kapitalismus zum Sozialismus im wesentlichen abzuschließen. Um den Ausbau der materiell-

technischen Basis des Sozialismus zu fördern, orientierte die Partei auf die verstärkte sozialistische Rekonstruktion der Betriebe.

Der Siebenjahrplan 1959-1965 löste den zweiten Fünfjahrplan ab. Die Partei ließ sich dabei davon leiten, daß der Kampf um den Sieg der sozialistischen Produktionsverhältnisse, die sozialistische Rekonstruktion und andere große Aufgaben über den Fünfjahrplan 1956-1960 hinausreichten. Gleichzeitig berücksichtigte die SED, daß die UdSSR und andere sozialistische Staaten ebenfalls Pläne bis 1965 ausarbeiteten und ein denselben Zeitraum umfassender Plan der DDR die Entwicklung der Zusammenarbeit erleichtern würde. Später wurde wieder zur Fünfjahrplanung übergegangen. [6: 390]

Im November 1958 wurde das Chemieprogramm der DDR bis 1965 beschlossen, das die Entwicklung der Petrolchemie und die Verdoppelung der chemischen Produktion vor-**[1062]**sah (Aufbau des Erdölverarbeitungswerkes Schwedt, der Leunawerke II und des Chemiefaserwerkes in Guben). Nach diesem Beispiel wurden bis 1960 auch langfristige Programme für die Elektroindustrie, den Werkzeugmaschinenbau und andere Industriezweige ausgearbeitet. Die 5. Tagung des ZK der SED beriet im Juli 1960 über die Aufgaben und die Perspektiven des Maschinenbaus und der Metallurgie. Die Partei forderte, moderne Technologien und Produktionsverfahren einzuführen und in allen Betrieben nach einem einheitlichen „Plan Neue Technik“ zu arbeiten. Alle diese Programme und Maßnahmen waren Teile der grundsätzlichen Orientierung der Volkswirtschaft auf die sozialistische Rekonstruktion durch die rationelle Organisation der Produktion auf der Basis eines hohen Standes von Wissenschaft und Technik und die Entfaltung der schöpferischen Initiative der Werktätigen. Diesem Ziel diente auch die Standardisierungskonferenz der Staatlichen Plankommission im Februar 1959. In dieser Zeit entstand auch in der Bewegung „Sozialistisch arbeiten, lernen und leben“ eine neue Form des sozialistischen Wettbewerbs, die die Gemeinschaftsarbeit, die Beziehungen der kameradschaftlichen Zusammenarbeit und gegenseitigen Hilfe wesentlich stimulierte und zur erfolgreichen Lösung der gestellten Ziele maßgeblich beitrug.

In dieser Periode wurde auf dem Lande der historische Übergang von der einzelbäuerlichen Wirtschaft zu sozialistischen Produktionsgenossenschaften abgeschlossen. Im Verlaufe von nur 8 Jahren – vom Sommer 1952 bis Mai 1960 – hatten sich fast 1 Million Bauern in 19.345 LPG zusammengeschlossen. Das bedeutete den endgültigen Sieg der sozialistischen Produktionsverhältnisse auf dem Lande. Es bildete sich die sozialistische Klasse der Genossenschaftsbauern heraus, und der Staat der DDR erhielt im sozialistischen Eigentum in seinen zwei Grundformen ein einheitliches sozialökonomisches Fundament. Es waren die entscheidenden Voraussetzungen geschaffen worden, um in der Landwirtschaft im Verlaufe der folgenden Jahre eine moderne genossenschaftliche Großproduktion zu entwickeln.

Partei und Regierung bemühten sich um die Erweiterung der Zusammenarbeit der DDR mit den Mitgliedsländern des RGW. Die Koordinierung der Pläne wurde vertieft und die Spezialisierung und Kooperation der Produktion weitergeführt. Besondere Aufmerksamkeit galt dem gemeinsamen Transport und Verkehr, dem auf der X. Tagung des RGW im Dezember 1958 beschlossenen Bau der transkontinentalen Erdölleitung „Freundschaft“ und dem internationalen Energieverbundsystem „Frieden“, mit dessen Schaffung 1959 begonnen wurde. Die XII. Tagung des RGW nahm im Dezember 1959 das Statut des RGW an, das die Grundlage für Zusammenarbeit aller Mitgliedsländer bildet. Weitere Kommissionen des RGW nahmen ihre Tätigkeit auf.

Bei der Lösung der wirtschaftspolitischen Zielstellungen entstanden 1960/61 eine Reihe von Widersprüchen, die sich vor allem aus der erneut zugespitzten internationalen Situation ergaben, die erhebliche zusätzliche Mittel für den militärischen Schutz aller sozialistischen Länder erforderlich machte. In der DDR war es zudem unerläßlich, die Verluste, die durch Wirtschaftskrieg, gezielte Abwerbung von Fachkräften und Störtätigkeit von Westberlin aus entstanden waren, durch zusätzliche Anstrengungen und Aufwendungen auszugleichen oder zu mildern. [6: 411] Am 13. August 1961 wurde die bis dahin offene Staatsgrenze der DDR zu Westberlin vollständig unter Kontrolle genommen. Die Sicherung der Staatsgrenze der DDR schuf entscheidende Voraussetzungen für die stabile Entwicklung der Volkswirtschaft beim umfassenden Aufbau des Sozialismus in der DDR.

In der Periode von 1961 bis 1965 stand die Festigung der ökonomischen Grundlagen im Mittelpunkt der Wirtschaftspolitik. Der *VI. Parteitag* der SED im Januar 1963 bestimmte im Programm der SED den umfassenden Aufbau des Sozialismus zur strate-**[1063]**gischen Aufgabe. Als zentrale Aufgabe auf ökonomischem Gebiet wurde festgelegt, die Volkswirtschaft der DDR – ausgehend von den ökonomischen Gesetzen des Sozialismus – auf der Grundlage eines hohen Standes von Wissenschaft und Technik zu gestalten.

Ein besonderes Schwergewicht lag auf der Entwicklung des Wirtschaftsmechanismus. Im Juli 1961 schon war der Volkswirtschaftsrat als Organ des Ministerrates gebildet worden, dessen Aufgabe es war, die Stabilisierung der Wirtschaft und die Durchführung der Volkswirtschaftspläne zu organisieren. Eine Wirtschaftskonferenz des Zentralkomitees und des Ministerrates behandelte im Oktober 1961 Probleme der Verbesserung der Leitung und Planung in den VEB und VVB. Die neuen Anforderungen an die Wirtschaftspolitik verlangten jedoch einige grundsätzliche Veränderungen, die von einem vertieften Verständnis des Wirkens der ökonomischen Gesetze ausgehen mußten. Aufgrund einer Analyse der objektiven Entwicklungstendenzen und subjektiven Hemmnisse präzisierte das ZK der SED die wirtschaftspolitischen Aufgaben. Dabei stützte sich die Partei auf den demokratischen Zentralismus, die materielle Interessiertheit und die zunehmende demokratische Mitarbeit der Werktätigen.

Im Juni 1963 fand eine Wirtschaftskonferenz des ZK und des Ministerrates statt, auf der die Grundsätze für das „Neue Ökonomische System der Planung und Leitung der Volkswirtschaft“ beraten wurde. Anhand dieser Grundsätze wurden Maßnahmen erörtert, die darauf gerichtet waren, die Führungstätigkeit der zentralen Wirtschaftsorgane des Staates weiterzuentwickeln, die Autorität des Planes zu erhöhen, Inhalt und Methoden der Planung zu verbessern und die Wirtschaftstätigkeit auf die Hauptfragen des wissenschaftlich-technischen Fortschritts zu konzentrieren. Es wurde festgelegt, die Verantwortung der VVB und der Bezirkswirtschaftsräte präziser zu bestimmen sowie die ökonomischen Hebel wirksamer anzuwenden. Mit der Veränderung der Arbeitsweise der zentralen staatlichen Organe, der VVB und der Betriebe, der experimentellen Erprobung und schrittweisen Verwirklichung ökonomischer Leitungsmethoden sollten Lösungen gefunden werden, um den ökonomischen Gesetzen des Sozialismus vollständiger zu entsprechen und einen weiteren Aufschwung der Entwicklung der Produktivkräfte einzuleiten. [6: 450] Die Durchführung der Industriepreisreform, die Umbewertung der Grundmittel und die Neuordnung der Materialwirtschaft in den Jahren 1963 und 1964 schufen wichtige Voraussetzungen für das stärkere Wirken der wirtschaftlichen Rechnungsführung in der Volkswirtschaft. Die XVI. Tagung des RGW beschloß im Juni 1962 die „Grundprinzipien der internationalen sozialistischen Arbeitsteilung“. Damit begann eine neue Entwicklungsetappe in der wirtschaftlichen Zusammenarbeit zwischen den RGW-Ländern, in der neben der Handelstätigkeit mehr und mehr die unmittelbaren Produktionsbeziehungen in den Vordergrund rückten. Die Koordinierung der Volkswirtschaftspläne wurde zu einer Hauptmethode der Tätigkeit des RGW erhoben. Die Tagung beschloß ferner, ein Exekutivbüro, ein Büro für zusammenfassende Fragen der Wirtschaftspläne, Ständige Kommissionen für Standardisierung, für die Koordinierung der wissenschaftlichen und technischen Forschung und für Statistik sowie ein Institut des RGW für Standardisierung zu bilden. Im Oktober 1963 wurde die Internationale Bank für wirtschaftliche Zusammenarbeit gegründet.

In der *Periode von 1966 bis 1970* stand die Aufgabe im Vordergrund, den Sozialismus in der DDR als einheitlichen sozialen Organismus, als entwickeltes gesellschaftliches System zu gestalten. Diese Aufgabe wurde auf dem *VII. Parteitag* der SED (April 1969) gestellt. Ausgehend von den gewonnenen Erfahrungen galt es, alle gesellschaftlichen Bereiche in ihrer zunehmenden Verflechtung und Wechselwirkung gleichmäßig auszugestalten. Dazu waren Analysen und Prognosen über die langfristigen Entwick-**[1064]**lungstendenzen von Wirtschaft, Wissenschaft und Technik erforderlich. Die komplexe sozialistische Rationalisierung, die Spezialisierung, Kooperation und Konzentration der Produktion sollten fortgesetzt und neue Ergebnisse von Wissenschaft und Technik rascher in die Produktion überführt werden. Diesen Anforderungen entsprachen die Ziele des Fünfjahrplans 1966-1970, wonach vorrangig diejenigen Industriezweige entwickelt werden sollten, die einen hohen Zuwachs an Nationaleinkommen und Effektivität sichern, insbesondere Chemie, Elektronik, wissenschaftlicher Gerätebau, Werkzeugmaschinenbau und Metallurgie.

Entsprechend diesen Anforderungen wurde die begonnene Wirtschaftsreform fortgeführt, die auf die weitere Entwicklung des ökonomischen Systems der Leitung und Planung der Volkswirtschaft gerichtet war. Dabei wurde in Rechnung gestellt, daß die Notwendigkeit herangereift war, den Reproduktionsprozeß in allen seinen Phasen zusammenhängend zu leiten und zu planen. Das ZK der SED beschloß Anfang 1966, den Volkswirtschaftsrat aufzulösen und Ministerien der Industriezweige zu bilden, die in ihren Verantwortungsbereichen für die komplexe Reproduktion verantwortlich waren. Der Ministerrat erhielt den Auftrag, die VVB aus Verwaltungsorganen in ökonomische Führungsorgane ihres Industriezweiges umzugestalten, die Prinzipien der wirtschaftlichen Rechnungsführung und der materiellen Interessiertheit der Werktätigen konsequenter anzuwenden und die Eigenverantwortlichkeit der Produktionsbetriebe für den gesamten Reproduktionsprozeß zu erhöhen. Im Januar 1966 begann man, das Prinzip der Eigenerwirtschaftung der Mittel für die intensiv erweiterte Reproduktion durch die VVB einzuführen. Die Industriepreisreform und die Umbewertung der Grundmittel wurden fortgesetzt, die Erhebung einer Produktionsfondsabgabe festgelegt, neue leistungsabhängige Lohnformen und die Jahresendprämie eingeführt. Die Planung des Gewinns erhielt eine größere Bedeutung. Im Herbst 1966 begann die schrittweise Bildung volkseigener Kombinate und deren Entwicklung zu leistungsfähigen Wirtschaftseinheiten. Besondere Aufmerksamkeit galt der Entfaltung von Kooperationsbeziehungen zwischen Industriebetrieben. Mit dem Zusammenschluß in Kooperationsverbänden gingen die Betriebe dazu über, erzeugnisbezogen die Forschung, Entwicklung, Konstruktion und Fertigung gemeinsam zu planen und die Fertigungstechnologien und Rationalisierungsmaßnahmen untereinander abzustimmen. Indem die bezirks- und die örtlich geleitete Industrie in die Kooperationsverbände und Erzeugnisgruppenarbeit einbezogen wurden, bot sich den Klein- und Mittelbetrieben, den Betrieben mit staatlicher Beteiligung und den privaten Betrieben die Möglichkeit, an der sozialistischen Rationalisierung, Spezialisierung und Konzentration unter Anleitung eines Leitbetriebes, der auch die Bilanzierungsfunktion übernahm, mitzuwirken und die Produktivität zu erhöhen. Eine besondere Rolle spielte im ökonomischen System der Leitung und Planung die Heraushebung von strukturbestimmenden Aufgaben, die vordringlich geplant und bilanziert wurden.

In der Landwirtschaft schritt der Vergesellschaftungsprozeß rasch voran. Von 1960 bis 1970 reduzierte sich die Anzahl der LPG auf rd. ein Drittel. Die LPG begannen nach den Grundsätzen der sozialistischen Betriebswirtschaft zu arbeiten. Zugleich vertieften sich die Formen der zwischengenossenschaftlichen Zusammenarbeit. Seit 1967/68 arbeiteten mehr und mehr Landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaften (LPG), Gärtnerische Produktionsgenossenschaften (GPG) und Volkseigene Güter (VEG) unmittelbar mit Betrieben der Verarbeitungsindustrie und des Handels zusammen, es bildeten sich die ersten erzeugungsspezifischen Kooperationsverbände für Fleisch, Milch, Getreide, Kartoffeln, Obst und Gemüse heraus. Eine immer größere Rolle bei der Stärkung der materiell-technischen Basis der Landwirtschaft spielten die volkseigenen Kreis-**[1065]**betriebe für Landtechnik, die die Service- und Reparaturleistungen für die Landtechnik übernahmen, sowie die seit Herbst 1967 gebildeten Agrochemischen Zentren für Düngung und Pflanzenschutz. 1968 wurden die ersten industriemäßigen Anlagen der Tierproduktion errichtet. Der Übergang zu industriemäßigen Produktionsmethoden erforderte die Einleitung eines verstärkten Spezialisierungsprozesses der landwirtschaftlichen Produktion. Der harte und lange Winter 1969/70 verursachte beträchtliche Schwierigkeiten in Industrie, Bau- und Verkehrswesen, Landwirtschaft, Handel und Gesundheitswesen. Die Produktionsausfälle und Schäden betrugen mehr als 3 Mrd. Mark. Dadurch komplizierte sich die angespannte Wirtschaftssituation.

1970 analysierte das ZK der SED – insbesondere auf seiner 14. Tagung – die Ergebnisse der Wirtschaftspolitik und die Wirtschaftssituation. Strukturpolitische Entscheidungen hatten zur Verschärfung von Disproportionen zwischen Energieaufkommen und -bedarf, zwischen Finalproduzenten und Zulieferindustrie u. a. geführt, eine Reihe von Aufgaben hatten sich als unreal erwiesen, da sie die Möglichkeiten der DDR überstiegen. Das ZK setzte sich mit Erscheinungen des Subjektivismus auseinander und trat Auffassungen von der Vorrangigkeit der Strukturpolitik und der Dynamik auf Kosten der planmäßigen proportionalen Entwicklung der Volkswirtschaft entgegen. Es wurden eine Reihe von Maßnahmen beschlossen, die auf die Wiederherstellung der Kontinuität und Stabilität des

Reproduktionsprozesses und auf die Sicherung einer planmäßig proportionalen Entwicklung der Volkswirtschaft gerichtet waren.

Der *VIII. Parteitag* der SED vom 15. bis 19.6.1971 beschloß als Hauptaufgabe des Fünfjahrplanes 1971-1975 die weitere „Erhöhung des materiellen und kulturellen Lebensniveaus des Volkes auf der Grundlage eines hohen Entwicklungstempos der Produktion, der Erhöhung der Effektivität, des wissenschaftlich-technischen Fortschritts und des Wachstums der Arbeitsproduktivität". [6: 557 f.] Der VIII. Parteitag stellte eine Wende in der Politik der Partei, insbesondere der Wirtschaftspolitik und Sozialpolitik, dar: „Dieser Parteitag begründete allseitig die Aufgaben, die bei der Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft gelöst werden müssen. Deutlicher als je zuvor wurde das entscheidende Anliegen des Sozialismus in den Mittelpunkt der Politik unserer Partei und des Staates gerückt: alles zu tun für das Wohl der Arbeiterklasse, für das Glück des Volkes." [4: 292]

Die Lösung der Hauptaufgabe in ihrer Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik erforderte eine hohe Steigerung der Effektivität und der Qualität der Produktion. Der Hauptweg ist die Intensivierung der Produktion. Diese grundlegende Orientierung bestimmt die weitere Vervollkommnung der Leitung und Planung der Volkswirtschaft. Diese strategische Orientierung der Wirtschaftspolitik fand auf dem *IX. Parteitag* vom 18. bis 22. 5. 1976 ihre Bestätigung und Vertiefung.

Literatur:

1. *Falk, W./Richter, G./Schmidt, W.:* Wirtschaft – Wissenschaft – Welthöchststand. Berlin 1969; 2. *Honecker, E.:* Reden und Aufsätze. Bd. 4, Berlin 1977; 3. *Müller, H./Reißig, K.:* Wirtschaftswunder DDR. Berlin 1968; 4. *DDR – Werden und Wachsen.* Berlin 1974; 5. *Dialektische Wechselbeziehungen zwischen ökonomischer Theorie, Wirtschaftspolitik und Wirtschaftspraxis und die damit verbundenen Konsequenzen für die wirtschaftswissenschaftliche Forschung* (Sitzungsberichte des Plenums und der Klassen der AdW der DDR, 6/1972). Berlin 1973; 6. *Geschichte der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands.* Berlin 1978; 7. *Wissenschaftliche Entscheidungen – Historische Veränderungen – Fundamente der Zukunft.* Berlin 1971; 8. *Wörterbuch der Ökonomie/ Sozialismus.* Berlin 1973; 9. *Zur ökonomischen Politik der SED und der Regierung der DDR.* Bd. 1-3, Berlin 1955 ff.

Ottomar Kratsch **[1066]**

2.7.25. Wissenschaftlich-technischer Fortschritt und wissenschaftlich-technische Revolution

Der wissenschaftlich-technische Fortschritt (WTF) ist ein komplexer Prozeß, der, ausgehend von qualitativen Veränderungen in Wissenschaft und Technik und unter Berücksichtigung der sich gesetzmäßig entwickelnden Bedürfnisse der Gesellschaft, auf die Vervollkommnung und Weiterentwicklung der materiellen Produktion gerichtet ist. Die durch den WTF erzielte Steigerung der Effektivität der Produktion schafft grundlegende Bedingungen für die Entwicklung der nichtmateriellen Bereiche des Reproduktionsprozesses, ein höheres Organisationsniveau der gesellschaftlichen Arbeit, die Entfaltung der Produktionsverhältnisse und dient damit letztlich dem gesellschaftlichen Fortschritt im umfassenden Sinne.

Die wissenschaftlich-technische Revolution ist die besondere Entwicklungsphase innerhalb des allgemeinen Prozesses des WTF, die auf die Herausbildung der materiell-technischen Basis des Kommunismus zielt. Sie schließt dementsprechend grundlegende qualitative und quantitative Veränderungen in allen Teilen der materiell-technischen Basis (Produktion; Wissenschaft; Dienstleistungen; nichtmaterielle Bereiche und Infrastruktur) ein. Die wissenschaftlich-technische Revolution ist mit tiefgreifenden ökonomischen und sozialen Wandlungen verbunden, bewirkt Veränderungen des Inhalts und des Charakters der Arbeit und schafft somit Voraussetzungen dafür, daß die Arbeit selbst zum Bedürfnis werden kann.

Bei der politischen Machtergreifung des Proletariats wurde mit der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution in Rußland die Kette des imperialistischen Systems dort durchbrochen, wo sie am schwächsten war. [LW 23: 74] Zwei der wichtigsten Aufgaben der jungen Sowjetmacht waren die Schaffung einer stabilen materiell-technischen Basis [16: 871] der sozialistischen Gesellschaft und

die rasche Steigerung der Arbeitsproduktivität. Lenin betonte bereits 1918 die Bedeutung der Steigerung der Arbeitsproduktivität und nannte als Bedingungen hierfür, „die Sicherung der materiellen Grundlagen der Großindustrie, die Entwicklung der Produktion von Brennstoffen und Eisen, des Maschinenbaus, der chemischen Industrie“. [LW 27: 248] Im Jahre 1920 billigte der VIII. Allrussische Sowjetkongreß den auf Initiative Lenins erarbeiteten GOELRO-Plan (s. 2.7.8.), den ersten Perspektivplan zur Wiederherstellung und sozialistischen Umgestaltung der Volkswirtschaft Sowjetrußlands, dessen Kernstück die Elektrifizierung war. Mit der Erfüllung dieses Planes war ein entscheidender Schritt zur Wiederherstellung der Volkswirtschaft getan. Das gewachsene Wirtschaftspotential und die gestiegene Arbeitsproduktivität waren einerseits Resultat einer gezielten wissenschaftlich-technischen Entwicklung, boten andererseits Voraussetzungen für den weiteren wirtschaftlichen Aufschwung. Bereits im Jahre 1940 hatte die sozialistische Wirtschaft in der UdSSR ein beachtliches Entwicklungsniveau erreicht (s. Tab. 1).

Tabelle 1
Steigerung der sowjetischen Industrieproduktion 1940 gegenüber 1913 (= 100) [22: 51]

Ausgewählte Kennziffern	Wachstumsindex
Bruttoproduktion der Industrie	770
Produktion von Produktionsmitteln	1.340
Stromerzeugung	2.400
Produktion der chemischen Industrie	1.690
Produktion des Maschinenbaus und Metallverarbeitung	2.960

[1067] Hiermit werden die Ergebnisse der sozialistischen Industrialisierung (s. 2.7.19.) verdeutlicht. Die gewaltigen wirtschaftlichen Erfolge der Sowjetunion schon in den ersten Jahren ihrer Existenz sind ein *Kennzeichen* der sozialistischen Art und Weise, die Errungenschaft von Wissenschaft und Technik zielstrebig zu nutzen. Lenin forderte von Anfang an die Errichtung einer „Technik, die nach dem letzten Wort modernster Wissenschaft aufgebaut ist“. [LW 27: 332]

Die Industrie der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands nach 1945 war durch die Auswirkungen des zweiten Weltkrieges und die Spaltung Deutschlands stark in ihrer Leistungskraft eingeschränkt. Sie wies eine Struktur auf, die eine wirtschaftliche Selbständigkeit unmöglich machte; eine metallurgische Basis und wesentliche Kapazitäten der Schwerindustrie fehlten. Die Bewältigung dieser Probleme stellte ganz spezifische Anforderungen an Wissenschaft und Technik. So entwickelten Bilkenroth und Rammler ein Verfahren zur Herstellung von metallurgischem Koks aus Braunkohle – Braunkohlen-Hochtemperaturkoks (BHT-Koks). Am 14. 6. 1952 wurde in der Braunkohlenkokerei Lauchhammer der erste BHT-Koks aus Braunkohlenfeinstkornbriketts produziert, der bald seine Eignung in technologischer und ökonomischer Beziehung beim Einsatz in den Niederschachtöfen des Hüttenwerkes Calbe nachgewiesen hatte. [23] BHT-Koks wurde auch zur Karbidproduktion verwandt und hatte damit maßgeblichen Anteil an der Entwicklung der chemischen Industrie der DDR. Mit der Errichtung des Eisenhüttenkombinats Stalinstadt (heute Teil des Stammbetriebs des Bandstahlkombinats „Hermann Matern“), das mit Importrohstoffen (Koks aus der VR Polen, Erz aus Krivoj Rog) arbeitete, war 1954 die Schaffung der metallurgischen Basis in der DDR im wesentlichen abgeschlossen.

Obwohl die Herstellung von BHT-Koks keine große Verbreitung erfahren hat und auch bei der künftigen wirtschaftlichen Entwicklung in der DDR keine bedeutende Rolle spielen wird, können die für seine Herstellung entwickelte Technologie und die Verhüttung des BHT-Kokses als Musterbeispiel für die Einführung einer gezielt erarbeiteten wissenschaftlich-technischen Lösung in die Praxis gelten. Aus der gegebenen wirtschaftlichen und politischen Situation heraus war die zwingende Notwendigkeit entstanden, eine Problemlösung zu finden, die es möglich machte, die verfügbaren einheimischen Rohstoffe für metallurgische Zwecke aufzubereiten.

Mit der sozialistischen Industrialisierung waren wesentliche Grundlagen für die sozialistische Umgestaltung der übrigen Bereiche des Reproduktionsprozesses – Landwirtschaft, Handwerk, Handel – geschaffen. Auch hier war der Prozeß der Herausbildung sozialistischer Produktionsformen an die Einführung wissenschaftlich-technischer Erkenntnisse geknüpft. Die sozialistische Umgestaltung der

Landwirtschaft wäre ohne Mechanisierung und die spätere Einführung industrieller Produktionsmethoden niemals möglich gewesen. Welche Fortschritte auf diesem Gebiet erreicht wurden, verdeutlichen die Kennziffern des Grundmittelbestandes der beiden großen Wirtschaftsbereiche (s. umseitige Tab. 2).

Der wissenschaftlich-technische Fortschritt spielt also bei der Herausbildung der sozialistischen Produktionsweise eine zentrale Rolle. Wir verstehen hierbei den WTF als einen komplexen Prozeß, der, ausgehend von qualitativen Veränderungen in Wissenschaft und Technik, auf die Vervollkommnung der materiellen Produktion und der nichtmateriellen Bereiche des Reproduktionsprozesses, auf die Organisation des Reproduktionsprozesses, die Dynamik der Produktivkräfte, die Entwicklung der Produktionsverhältnisse und somit letztlich auf einen gesellschaftlichen Fortschritt im umfassenden Sinne gerichtet ist. Ein Ausdruck hierfür ist die dynamische Entwicklung des Gesund-**[1068]**

Tabelle 2
Grundmittelbestand von Industrie und Landwirtschaft der DDR (in Mark je Berufstätigen) [26: 44]

	Industrie	Land- und Forstwirtschaft
1955	30.927	10.371
1960	34.350	15.316
1965	46.825	24.455
1970	58.632	36.356
1975	74.451	52.129

heitswesens in der DDR. Wurden 1955 von einem Arzt 1.296 Einwohner betreut, so steht heute für jeweils 540 Einwohner ein Arzt zur Verfügung. [26: 379] Ähnliche Entwicklungstendenzen lassen sich auch anhand anderer nichtmaterieller Bereiche wie des Erholungswesens, der Dienstleistungen, des Handels nachweisen.

Die Entstehung solcher Industriezweige wie der chemischen Industrie [1: 356 f.] waren von Anfang an ohne systematische wissenschaftliche Fundierung unmöglich. Gleichzeitig ist erkennbar, daß die Einführung moderner Produktionsverfahren – als Grundlage einer industriellen Fertigung – auf längere Sicht in der Regel zu spürbaren Kostensenkungen führt. So bewirkte die Einführung einer chemischen Synthese des Farbstoffs Alizarin eine sprunghafte Produktionssteigerung. Während 1871 in Deutschland nur 1,5 t produziert wurden, wuchs das Produktionsvolumen bis 1902 auf 2.000 t. Der Preis verminderte sich gleichzeitig von 200 Mark je kp im Jahr 1868 (Gewinnung ausschließlich aus Krappwurzeln) auf 120 Mark im Jahre 1872 und 1 Mark im Jahre 1900. [2: 23] Dieses Beispiel kennzeichnet aus historischer Sicht die Wirkung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts. Erfahrungsgemäß sind die ökonomischen Wirkungen wissenschaftlich-technischer Neuerungen nicht in jedem Fall von vornherein so deutlich wie in diesem Beispiel. Grundsätzlich ist der wissenschaftlich-technische Fortschritt aber eine der wesentlichsten Quellen für alle Fortschritte auf ökonomischem und sozialem Gebiet. Die gesellschaftliche Entwicklung gründet sich in hohem und tendenziell zunehmendem Maße auf wissenschaftlich-technischen Fortschritt.

Entwicklungsprozesse verlaufen grundsätzlich niemals mit streng gleichbleibender Dynamik. Die Einheit von allmählichen evolutionären Veränderungen und grundsätzlichen revolutionären Veränderungen ist charakteristisch. Eine Vielzahl relativ kleiner, quantitativer Veränderungen findet solange statt, bis der Umschlag in eine neue Qualität unausbleiblich wird. Diese allgemeine Gesetzmäßigkeit ist auch für die gesellschaftliche Entwicklung charakteristisch. Der revolutionäre Umschlag in eine neue Qualität – sozialökonomische Formation – ist dabei an einen revolutionären Umschlag in den Produktivkräften gebunden. Die Herausbildung des Kommunismus als klassenloser Gesellschaft ist demgemäß mit der wissenschaftlich-technischen Revolution verbunden. Die wissenschaftlich-technische Revolution ist der Weg zur Herausbildung der materiell-technischen Basis des Kommunismus. Den Prozeß der wissenschaftlich-technischen Revolution charakterisiert Jegorow: „Die moderne wissenschaftlich-technische Revolution führt zur Schaffung der technischen Voraussetzungen und Mittel für eine komplexe Automatisierung. Im Sozialismus erleichtert sie die Arbeit des Menschen, schützt ihre Gesundheit, erschließt neue Möglichkeiten zur Hebung des materiellen

Wohlstandes der Werktätigen und zur Entfaltung ihrer Fähigkeiten.“ [12: 13] Hager kennzeichnet den Prozeß sehr komplex und bringt gleichzeitig eine klärende Gegenüberstellung der Be-**[1069]**griffe (nicht der Prozesse) wissenschaftlich-technischer Fortschritt und wissenschaftlich-technische Revolution. „Das Wesen und der Inhalt der wissenschaftlich-technischen Revolution kann also nicht auf diese oder jene, und sei es die größte, wissenschaftliche Entdeckung oder technische Erfindung allein reduziert werden, etwa auf die Erschließung neuer Energiearten, die Anwendung neuer Werkstoffe usw. Die wissenschaftlich-technische Revolution beinhaltet vielmehr grundlegende qualitative Veränderungen in der materiell-technischen Basis der Produktion und ihrer Leitung, aber auch in der Stellung und Funktion des Menschen im Arbeitsprozeß und damit im Charakter der Arbeit. Ihr Wesen besteht in der organischen Verbindung von Wissenschaft, Technik und Produktion, in der sich daraus ergebenden grundlegenden Veränderung der technisch-ökonomischen Elemente des Produktionsprozesses sowie in der Umwälzung der Struktur und Arbeitsweise der Wissenschaft. All dies übt auf das Leben der Menschen, auf den Charakter der Arbeit, die Bildung, Kultur und Lebensweise einen tiefgreifenden Einfluß aus.“ [7: 23 f.]

Selbstverständlich stellt die so charakterisierte wissenschaftlich-technische Revolution auch wissenschaftlich-technischen Fortschritt dar. Aber sie ist eine spezifische Entwicklungsphase des wissenschaftlich-technischen Fortschritts, eine Phase besonders stürmischer und tiefgreifender Veränderungen in den Produktivkräften, und vor allem hat die wissenschaftlich-technische Revolution eine nachhaltige Wirkung auf die Produktionsverhältnisse. Sie ist die Grundlage der Herausbildung des Kommunismus. „Sie ist ... der gesetzmäßige, da objektiv unausbleibliche Verlauf der Geschichte, der im Zusammenhang mit dem grundlegenden Inhalt unserer Epoche zu sehen ist, das heißt dem Übergang von der kapitalistischen zur kommunistischen sozialökonomischen Formation.“ [20: 264] Die Unfähigkeit des Kapitalismus, den wissenschaftlich-technischen Fortschritt zum Wohl des Menschen zu nutzen, kennzeichnete Lenin: „Die Technik des Kapitalismus wächst mit jedem Tag mehr und mehr über die gesellschaftlichen Bedingungen hinaus, die die Werktätigen zur Lohnsklaverei verdammen.“ [LW 19: 43] [11: 70 ff.] Ausführlich beschäftigte sich mit dieser Frage Kuczynski. Im Ergebnis seiner Analysen kommt er schließlich zur gleichen grundlegenden Erkenntnis: „Der staatsmonopolistische Kapitalismus verfügt zwar über die materiell-technischen Ressourcen wie über die wissenschaftlichen und technologischen Potenzen für die wissenschaftlich-technische Revolution auf breiter Ebene. Er ist jedoch aufgrund seiner Produktionsverhältnisse nicht in der Lage, sie durchzuführen.“ [13: 119] Meisterung der wissenschaftlich-technischen Revolution heißt also, den allgemeineren und generellen Prozeß des wissenschaftlich-technischen Fortschritts konsequent zu vollziehen und ihn auf die Belange des gesellschaftlichen Fortschritts auszurichten. Hieraus leiten sich die Hauptkennzeichen, auch die technischen, der wissenschaftlich-technischen Revolution ab.

Zu den Hauptkennzeichen gehört u. a. die immer umfassendere Automatisierung der Produktion und weiterer Bereiche der menschlichen Tätigkeit, die das Ziel verfolgt, neben der ausführenden Funktion des Menschen, die bei der Mechanisierung auf Maschinen übertragen wird, auch die steuernde Funktion auf die Maschine zu übertragen [6], womit die entscheidende Bedingung geschaffen wird, um den Menschen aus dem unmittelbaren Produktionsprozeß herauszulösen, ihn von allen formalen, routinemäßigen und somit letztlich den menschlichen Fähigkeiten nichtadäquaten Aufgaben zu befreien.

Die Automatisierung der Produktion erreichte in den Jahren des Aufbaus der entwickelten sozialistischen Gesellschaft beachtliche Erfolge. Gegenwärtig sind 40,5% der Ausrüstungen der volkseigenen Industrie der DDR automatisiert. [26: 129] Jeder zehnte Werktätige ist heute an automatisierten Anlagen tätig. Diese Zahlen kennzeichnen einerseits die erreichten Fortschritte (1970 waren nur 33,1% der Ausrüstungen automa-**[1070]**tisiert), verdeutlichen aber gleichzeitig, welcher weite Weg noch zurückzulegen ist, um die wissenschaftlich-technische Revolution zu vollenden. Die Automatisierung ist und bleibt eine entscheidende Bedingung, um die schöpferischen Fähigkeiten des Menschen voll zu erschließen, sie ist Bedingung der Selbstverwirklichung des Menschen. Aus diesem Grunde wird die Automatisierung auch als das letztlich entscheidende Kennzeichen der wissenschaftlich-technischen Revolution verstanden. „Wir Kommunisten gehen davon aus, daß die wissenschaftlich-technische Revolution nur unter den Bedingungen des Sozialismus den richtigen, den Interessen von Mensch

und Gesellschaft entsprechenden Kurs einschlägt. Andererseits kann nur auf der Grundlage der beschleunigten Entwicklung von Wissenschaft und Technik die Endaufgabe der sozialen Revolution gelöst, die kommunistische Gesellschaft errichtet werden.“ [4: 58 f.] Dementsprechend ist festzustellen, daß die neue sozialökonomische Formation im Ergebnis dreier Revolutionen zustande kommt, „einer sozialen (politischen), einer technischen und einer Revolution der Produktion“. [20: 260 f.]

Ein weiteres Merkmal der wissenschaftlich-technischen Revolution ist die breite Entwicklung der Energiewirtschaft (s. 2.7.8.). Sowohl die Herstellung immer größerer Energiemengen, das Auffinden neuer Ausgangsstoffe und Technologien für die Energiegewinnung (schnelle Brüter, Fusionskraftwerke, die ausschließlich auf Kernbrennstoffen basieren), die Schaffung neuer Lösungen des Energietransports (Entwicklung supraleitender Medien zur verlustarmen Energieübertragung über weite Entfernungen), aber auch die rationelle Verwendung der erzeugten Energie sind eine Einheit. [19] Die planmäßige Entwicklung der Energiewirtschaft ist eine zentrale Aufgabe der gesellschaftlichen Entwicklung. Letztlich ist die durchgängige Automatisierung der Produktion nur bei entsprechender Energiebereitstellung möglich.

Grundlegende Bedingung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts auf lange Sicht ist es, der Produktion Materialien und Werkstoffe zur Verfügung zu stellen, die dem jeweiligen Verwendungszweck am besten entsprechen. „Werkstoffe nach Maß“ [15: 23 ff.] findet man heute bereits vielfach in Form von Plasten, Chemiefasern, Verbundwerkstoffen usw. Die Produktion von synthetischen Materialien entwickelte sich in der DDR folgendermaßen (s. Tab. 3).

Tabelle 3
Produktion synthetischer Materialien in der DDR (in 1.000 t) [26: 19]

	Plaste/Synthetische Harze	Synthetischer Kautschuk	Synthetische Fasern
1960	115,1	86,8	7,8
1975	604,5	143,9	112,8

In der Zukunft geht es nicht nur darum, schlechthin derartige Werkstoffe nach Maß in ausreichender Menge zu produzieren, sondern gleichzeitig das Ressourcenproblem so zu lösen, daß auf Dauer der gesellschaftlichen Produktion die erforderlichen Ausgangsstoffe zur Verfügung stehen. Die begrenzten Ressourcen so zu nutzen, daß sie in optimaler Weise der Bedürfnisbefriedigung dienen, wobei auch Fragen der Umweltproduktion zu beachten sind, ist auf Sicht die primäre Aufgabe. Die kurzfristige Bereitstellung eines bestimmten Werkstoffes für einen konkreten Verwendungszweck ist demgegenüber sekundär, so bedeutungsvoll sie für die Lösung konkreter Aufgaben im Einzelfall sein mag.

[1071] Eng mit der Herstellung neuer Werkstoffe verbunden ist die Entwicklung neuer Wirkprinzipien und Verfahren der Stoffumwandlung. [15] Die in den Anfängen der Industrialisierung ausschließlich gebräuchliche mechanische Stoffbearbeitung ist bereits seit Jahrzehnten durch chemische Verfahren der Stoffumwandlung ergänzt worden. Künftig werden daneben biologische Wirkprinzipien breiteren Raum einnehmen. Anfänge hierfür finden wir in der Lebensmittel- und der pharmazeutischen Industrie seit langem. Die neuerlich praktizierte Gewinnung von Futtereiweiß aus Erdölfraktionen stellt bereits ein qualitativ neuartiges Beispiel dar, das künftig sicher in vielfacher Weise Nachahmung finden wird. Der Gedanke, Prozesse, die heute chemisch ablaufen (bei hohen Drücken und Temperaturen, mit entsprechenden Anforderungen an die Werkstoffe), biologisch (bei normalen Bedingungen unter Benutzung eines Biokatalysators) ablaufen zu lassen, läßt die möglichen ökonomischen Folgen einer derartigen Entwicklung vage erkennen.

Eng verbunden mit der Herausbildung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts als Faktor zur Intensivierung des Reproduktionsprozesses und damit als wesentliches Element zur Entwicklung der sozialistischen Produktionsweise war die Schaffung eines stabilen und leistungsfähigen wissenschaftlich-technischen Potentials. Es wird durch die für Forschungs- und Entwicklungsarbeiten zur Verfügung stehenden Kräfte und Mittel sowie deren strukturelle Gliederung und ihre Einpassung in die Erfordernisse des Reproduktionsprozesses gekennzeichnet. [21: 261]

Die wichtigsten Strukturkomponenten des wissenschaftlich-technischen Potentials sind die einzelnen wissenschaftlichen Disziplinen (Chemie, Physik, Ökonomie, Philosophie usw.), die Hauptforschungsrichtungen (physikalisch-chemische Wirkprinzipien, Werkstofforschung, Energieproblematik, Theorie der entwickelten sozialistischen Gesellschaft u. a.) , an deren Bearbeitung jeweils Wissenschaftler verschiedener Disziplinen beteiligt sind, sowie die aufeinanderfolgenden Stufen des wissenschaftlichen Erkenntnisprozesses (Grundlagenforschung, angewandte Forschung, Entwicklung), zu denen die Stufen der Überleitung von Forschungsergebnissen in die Praxis (Konstruktion, Projektierung, Investitionen) und die Produktion in enger Wechselbeziehung stehen. Die Ausgaben für Wissenschaft und Technik in der DDR wuchsen von 110 Mill. Mark im Jahre 1950, über 1,3 Mrd. Mark 1960 bis auf 4,2 Mrd. Mark 1970. Das bedeutet einen Anteil der Ausgaben für Wissenschaft und Technik am produzierten Nationaleinkommen von 0,08% 1950, 1,83% 1960 und 3,9% 1970. [10: 50] In den 70er Jahren wuchs der Anteil der Aufwendungen für Wissenschaft und Technik am Nationaleinkommen auf 4,2%. Diese Größe wird bis 1980 beibehalten bleiben. [18: 18] Bemerkenswert ist die rasche Entwicklung der Ausgaben für Wissenschaft und Technik in der Zeit, als die wirtschaftliche Entwicklung der DDR in die Periode der vorwiegend intensiv erweiterten Reproduktion eintrat. Betrug der Anteil der Wissenschaftsaufwendungen am Nationaleinkommen 1965 nur 2,14%, so stieg er bis 1971 auf 4,11% (s. Tab. 4).

Eine charakteristische Größe für die Dynamik der Aufwendungen in Wissenschaft und Technik beim Eintritt in die Phase der bewußten Nutzung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts für die Intensivierung des Reproduktionsprozesses ist der Forschungsfonds. [10: 50 f.] [14: 1179 ff.] [26: 13] Er widerspiegelt die in den angewandten Forschungsergebnissen vergegenständlichten Aufwendungen. Diese Größe, die im Jahre 1975 ein Volumen von 40,3 Mrd. Mark erreichte, ist somit zu einem Faktor geworden, die neben den Grundmitteln in den produzierenden Bereichen der Volkswirtschaft, die im selben Jahr 366,7 Mrd. Mark betrugen, und dem Bildungsfonds mit 110,6 Mrd. Mark eine bedeutende Aufwandsposition des gesellschaftlichen Reproduktionsprozesses darstellte. Mit dem Erreichen eines optimalen Anteils der Aufwendungen für Wissenschaft und Technik am Nationaleinkommen wurde deren Dynamik Mitte der 70er Jahre dem **[1072]**

Tabelle 4
Die Entwicklung von Wissenschaft und Technik in der DDR in Mrd. Mark [10: 50]

	Produziertes Nationaleinkommen in vergleichbaren Preisen von 1967(Mill. Mark)	Ausgaben für Wissenschaft und Technik insgesamt in vergleichbaren Preisen von 1970	Forschungsfonds im produzierenden Bereich
1950	27.177	0,1	0,5
1951	34.633	0,2	0,7
1952	39.205	0,3	1,4
1953	42.133	0,4	1,9
1954	46.371	0,6	2,8
1955	50.347	0,7	3,1
1956	52.966	0,7	3,5
1957	57.779	0,8	3,5
1958	63.363	1,0	4,3
1959	67.632	1,1	5,3
1960	71.045	1,3	6,3
1961	72.212	1,4	7,5
1962	74.132	1,4	8,7
1963	76.692	1,5	9,9
1964	80.485	1,7	11,3
1965	84.175	1,8	11,6
1966	88.294	2,2	13,3
1967	93.043	2,5	14,9
1968	97.830	2,7	16,8
1969	102.947	3,2	19,1
1970	108.720	4,2	22,3
1971	113.562	4,7	25,5
1972	120.090	5,2	29,1

	Produziertes Nationaleinkommen in vergleichbaren Preisen von 1967(Mill. Mark)	Ausgaben für Wissenschaft und Technik insgesamt in vergleichbaren Preisen von 1970	Forschungsfonds im produzierenden Bereich
1973	126.840	5,3	32,6
1974	135.005	5,7	36,4
1975	141.661	6,0	40,3
1976	149.169	6,3	44,3
1977	156.393	6,6	48,2
1978	164.185	7,0	52,2
1979	172.543	7,3	56,3
1980	181.184	7,6	60,2

Wachstumstempo der Wirtschaft insgesamt angeglichen. Ein etwa gleichbleibender Anteil des Nationaleinkommens wird für Wissenschaft und Technik verausgabt. Das bedeutet ein gleichbleibend hohes Wachstumstempo des Forschungs- und Entwicklungspotentials. Berücksichtigt man die Möglichkeit der Intensivierung der wissenschaftlichen Arbeit durch Entwicklung der inneren Struktur des Potentials (vor allem steigende Fondsausstattung, Entwicklung der Struktur des Forschungskaderpotentials) sowie durch Qualifizierung der in der Forschung tätigen Arbeitskräfte, Anwendung wirksamer Stimulierungsformen, maximale Nutzung des verfügbaren Potentials, Konzentration des Potentials **[1073]** auf Schwerpunkte, wird deutlich, welche Kraft von dem sich entfaltenden wissenschaftlichen Potential ausgeht. Sie wird für den gesellschaftlichen Reproduktionsprozeß um so deutlicher wirksam werden, je besser die Entwicklung von Wissenschaft und Produktion aufeinander abgestimmt sind.

In der UdSSR wurden im Jahre 1970 11,7 Mrd. Rubel und im Jahre 1975 17,5 Mrd. Rubel für wissenschaftliche Forschungen, Versuchs- und Konstruktionsarbeiten aufgewendet. Der Anteil dieser Aufwendungen am Nationaleinkommen erhöhte sich damit von 4% 1970 auf 4,8% im Jahre 1975. [24: 741]

Eine ähnlich rasche Entwicklung wie das Qualifikationsniveau der Bevölkerung erfuhr – allerdings mit einer gewissen zeitlichen Verzögerung – die Zahl der mit wissenschaftlichen Aufgaben Beschäftigten. Betrug deren Zahl in der UdSSR 1940 98.300, so stieg sie bis 1970 auf 927.709 und bis 1975 auf 1.223.428. [5: 23] [24: 739] 1970 entfielen in der UdSSR auf je 10.000 Einwohner etwa 32 Wissenschaftler. [5: 23] Damit liegt die UdSSR im internationalen Vergleich an der Spitze. Vergleichbare Daten sind für die USA 23, für England 9,7, für Frankreich 6. In der DDR kommen ebenfalls auf je 10.000 Einwohner 9 in Forschung und Entwicklung Beschäftigte.

Das wissenschaftlich-technische Potential konzentriert sich zu einem bedeutenden Teil auf Forschungszentren der Industrie, die großen Kombinaten und Betrieben direkt zugeordnet bzw. für bestimmte Industriezweige zentralisiert sind. So besitzen in der DDR Kombinate wie der VEB Leuna-Werke „Walter Ulbricht“ und der VEB „Carl Zeiss“ Jena eigene Forschungszentren. Im Werkzeugmaschinenbau ist dagegen die Forschung in einem großen Zentrum für den gesamten Zweig zentralisiert. Die Verbindung der Forschung mit der Produktion als Grundvoraussetzung für die praktische Wirksamkeit des wissenschaftlich-technischen Fortschritts vollzieht sich dementsprechend in verschiedenen Formen. Neue Anforderungen an die Wissenschaften entstanden auch bei den Universitäten und Hochschulen sowie den wissenschaftlichen Akademien. Sie erlebten unter den sozialistischen Bedingungen einen mächtigen Aufschwung. Insbesondere die Hochschulreform sowie die Akademiereform Ende der 60er Jahre zielten auf eine konsequente Integration des wissenschaftlichen Potentials in den gesellschaftlichen Reproduktionsprozeß. Das Grundanliegen dieser Verbindung ist „eine Aufgabe von historischer Bedeutung: Die Errungenschaften der wissenschaftlich-technischen Revolution organisch mit den Vorzügen des sozialistischen Wirtschaftssystems zu verbinden.“ [3: 79] Diese Aufgabe stand seit Mitte der 60er Jahre vor allen Ländern der sozialistischen Staatengemeinschaft. Sie wird schrittweise immer besser gelöst. Dazu dienten die internationale Forschungskooperation im RGW, die engere Zusammenarbeit von Forschung und Praxis, die Vergrößerung des wissenschaftlichen Potentials und ihre bessere intensive Nutzung.

Welche Dimensionen das Wachstum der Wissenschaften in der DDR erreichte, soll am Prozeß der Entwicklung der Technischen Universität Dresden und der Akademie der Wissenschaften verdeutlicht werden. Die Dresdener Technische Hochschule war bereits zu Beginn des Jahrhunderts eine der größten und bedeutendsten technischen Bildungsstätten. Die Zahl der Studierenden betrug 19192118, 1933 waren es bereits 4038. Nach der Zerstörung Dresdens im Jahre 1945, der auch die Technische Hochschule zum Opfer fiel, erlebte diese bald einen raschen, qualitativ neuen Aufschwung. Bereits 1950 studierten hier 2.545 Direkt- und 1.123 Fernstudenten. 1961 erfolgte dann, vor allem als Ausdruck ihres weiterentwickelten Profils, die Umbenennung in Technische Universität. Ende der 60er Jahre erreichte die TU Dresden eine Ausbildungskapazität von 17.500 Direkt- und Fernstudenten. [27: 222 ff.] Eine ähnliche Entwicklung nahm die Akademie der Wissenschaften der DDR, die sich seit ihrer Wiedereröffnung am **[1074]** 1.7.1946 „aus einer der bürgerlichen Gesellschaft dienenden Wissenschaftsinstitution zur führenden sozialistischen Akademie der Wissenschaften“ der DDR [9: 160] entwickelte. Heute verkörpert die Akademie der Wissenschaften der DDR etwa 10% des gesamten Forschungspotentials der DDR. In 44 leistungsstarken Zentralinstituten und Instituten mit ca. 16.000 Mitarbeitern werden bedeutende naturwissenschaftlich-technische, medizinisch-biologische und gesellschaftswissenschaftliche Probleme für den Aufbau der entwickelten sozialistischen Gesellschaft in der DDR bearbeitet. [9: 194] Durch die erbrachten wissenschaftlichen Leistungen hat sich die Akademie der Wissenschaften „zum führenden wissenschaftlichen Zentrum unseres Landes entwickelt“. [11: 93] Ein Ausdruck für die Entwicklung der Wissenschaften in der DDR in Einheit mit der Entfaltung des einheitlichen sozialistischen Bildungswesens ist auch die Zahl der Hochschulen und Universitäten sowie die Zahl der Absolventen. Während 1951 in der DDR 21 Universitäten und Hochschulen existierten, vergrößerte sich deren Zahl 1975 auf 54, die Zahl der Absolventen stieg gleichzeitig von 4.361 auf 36.521. [26: 339]

Ausgehend von der Entfaltung des wissenschaftlich-technischen Potentials beim Aufbau der entwickelten sozialistischen Gesellschaft besteht die entscheidende praktische Frage der Verbindung von Wissenschaft und Produktion darin, die Ergebnisse der Forschungsarbeit in die Produktion zu überführen. Die neuen Erkenntnisse sind Grundlage für die systematische Erneuerung des Erzeugnissortiments.

Die Technologie ist als Mittler zwischen Wissenschaft und Produktion entscheidend für den erzielbaren ökonomischen Effekt von Neuerungen [8], sie bestimmt gewissermaßen das „Wie“ des wissenschaftlich-technischen Fortschritts. Die Technologie ist also für seine Wirksamkeit als Intensivierungsfaktor von zentraler Bedeutung. Damit die Technologie ihrer Funktion bei der Realisierung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts gerecht werden kann, genügt es nicht, Forschungsergebnisse nur unmittelbar in die Produktion zu überführen. Gleichzeitig bedarf es der planmäßigen Entwicklung der Wechselbeziehungen zum Maschinenbau, zur Elektrotechnik und Elektronik, weil nur durch diese Zweige die Produktionsausrüstungen geschaffen werden können, die eine hohe Effektivität gewährleisten. Die Durchsetzung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts ist deshalb als ein komplexer, vielschichtiger Komplex zu verstehen.

Von zentraler Bedeutung ist die Verbindung des Forschungspotentials mit dem Investitionspotential, weil die Mehrzahl wissenschaftlich-technischer Neuerungen an die Durchführung von Investitionen gebunden ist. [17: 25] Des weiteren sind die Beziehungen zu den Arbeitskräfteplänen von Bedeutung. Die Werktätigen sind langfristig auf die neuen Aufgaben vorzubereiten, veraltete Arbeitsplätze zu beseitigen, neue Arbeitsplätze zu schaffen, um die Ansprüche des Menschen an die Arbeit immer besser zu befriedigen. So wird gesichert, daß der wissenschaftlich-technische Fortschritt allseitig zur gesellschaftlichen Entwicklung beiträgt. Allein neue Technik genügt nicht, im Sozialismus bedarf es einer planmäßigen Entwicklung der neuen Technik als Grundlage einer höheren Effektivität und als Ausgangspunkt für soziale Fortschritte. Die Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik basiert auf dem wissenschaftlich-technischen Fortschritt. [25: 22 ff.]

Die Beschleunigung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts stellt hohe Ansprüche an Leitung, Planung und Stimulierung. Im Zentrum der politischen Führung stehen dabei zwei Aufgaben: die systematische Erneuerung des gesamten Produktionsapparates und die Steigerung der Effektivität

und der Arbeitsproduktivität. Beide stehen im unmittelbaren Zusammenhang. Das Primat besitzt die höhere Effektivität. Sie ist Grundlage für soziale Fortschritte im Produktionsprozeß sowie für die Entwicklung der nichtmateriellen Bereiche. Die Planung und Stimulierung hoher wissenschaftlich-technischer **[1075]** Leistungen ist somit nicht außerhalb und unabhängig von der laufenden Produktion möglich. Vielmehr wird der wissenschaftlich-technische Fortschritt als Kernprozeß der intensiv erweiterten Reproduktion planmäßig entwickelt.

Literatur:

1. *Bernal, J. D.:* Die Wissenschaft in der Geschichte. Berlin 1967; 2. *Bollerey, S./Sabisch, H./Tannhäuser,* S.: Ökonomie der sozialistischen chemischen Industrie in der Deutschen Demokratischen Republik. Leipzig 1963; 3. *Breshnew, L. I.:* XXIV. Parteitag der KPdSU. Rechenschaftsbericht des ZK der KPdSU. Moskau 1971; 4. *Ders.:* XXV. Parteitag der KPdSU. Rechenschaftsbericht des ZK der KPdSU und die nächsten Aufgaben der Partei in der Innen- und Außenpolitik. Berlin 1976; 5. *Dobrov, G. M.:* Potential der Wissenschaft. Berlin 1971; 6. *Gudožnik, G. S.*: Wissenschaftlich-technischer Fortschritt. Berlin 1974; 7. *Hager, K.:* Sozialismus und wissenschaftlich-technische Revolution. Berlin 1972; 8. *Ders.:* Wissenschaft und Technologie im Sozialismus. Berlin 1974; 9. *Hartkopf, W.:* Die Akademie der Wissenschaften der DDR. Berlin 1975; 10. *Haustein, H.-D.:* Messung der volkswirtschaftlichen Intensivierung. Berlin 1976; 11. *Honecker, E.:* Bericht des ZK der SED an den IX. Parteitag der SED. Berlin 1976; 12. *Jegorow, A.,* in: PSU 1973, Nr. 14; 13. *Kuczynski, J.:* Vier Revolutionen der Produktivkräfte. Berlin 1975; 14. *Marschall, W./Zurawski, Ch.,* in: Wiwi 1971, H. 8, S. 1179 ff.; 15. *Muslin, J.:* Maschinen des 20. Jahrhunderts. Berlin 1974; 16. *Nick, H.,* in: Einheit 1976, H. 8, 5. 871 ff.; 17. *Steinitz, K.,* in: Überführung – Wissenschaft – Produktion. Berlin 1973; 18. *Direktive des IX. Parteitages der SED zum Fünfjahrplan* für *die Entwicklung der Volkswirtschaft der DDR in den Jahren 1976-1980.* Berlin 1976; 19. *Energie aktuell.* Leipzig/Jena/Berlin 1975; 20. *Die gegenwärtige wissenschaftlich-technische Revolution.* Berlin 1972; 21. *Gesetzmäßigkeiten der intensiv erweiterten Reproduktion bei der weiteren Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft.* Berlin 1976; 22. *Grundkurs des wissenschaftlichen Kommunismus.* Moskau 1973; 23. *Industrie und Technik in der DDR 1945-1955.* Berlin 1960; 24. *Narodnoe chozjajstvo stran-členov Soveta Ėkonomičeskoj Vzaimopomošči v 1975 g.,* in: Statističeskij sbornik. Moskau 1975; 25. *Programm der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands.* Berlin 1976; 26. *Statistisches Jahrbuch der DDR.* Berlin 1976; 27. *Technische Universität Dresden.* 25 Jahre Deutsche Demokratische Republik. Dresden 1974.

Wolfgang Marschall

[1076]

Abkürzungsverzeichnis häufig zitierter Literatur

Die dem Handbuch zugrunde liegende Zielstellung, den Leser über Wirtschaftsgeschichte als Wissenschaftsdisziplin und Wirtschaftsgeschichte als konkret-historischen Prozeß zu informieren, kann nur dann als verwirklicht betrachtet werden, wenn der Leser zugleich über zitierte, belegende und weiterführende Literatur informiert wird. Um diese Aufgabe bei vorgegebenem Gesamtumfang des Handbuchs bestmöglich erfüllen zu können, mußte der Literaturnachweis auf möglichst rationelle Weise erfolgen. Die Erarbeitung eines Anmerkungsapparates in der Form, wie sie in der gesellschaftswissenschaftlichen Literatur allgemein üblich ist, verbot sich damit von selbst.

Am Schluß eines jeden selbständigen Artikels findet der Leser ein von 1 bis x durchnummeriertes Literaturverzeichnis. Darin werden zunächst die Schriften von Marx, Engels und Lenin angeführt, die nicht in den Werkausgaben (zu diesen vgl. weiter unten) enthalten sind. Darauf folgen in alphabetischer Ordnung alle Schriften, die von ein bis drei Autoren verfaßt wurden (zur Behandlung antiker Autoren vgl. weiter unten). Zum Schluß werden in alphabetischer Ordnung alle Schriften angeführt, die von mehr als drei Autoren verfaßt bzw. anonym erschienen sind. Im Interesse der Platzersparnis werden bei selbständigen Veröffentlichungen nur Verfasser, Buchtitel, Erscheinungsort und -jahr angeführt, während Untertitel, Herausgeber, Serien- und Bandtitel usw. weggelassen wurden. Bei Artikeln, die in Zeitschriften, Sammelbänden usw. erschienen sind, werden nur Verfasser und genau angegebener Erscheinungsort (Titel der Zeitschrift, Erscheinungsjahr, Jahrgang, Heft und Seite bzw. Titel des Sammelbandes, Erscheinungsort und -jahr, Seite) verzeichnet, hingegen der Titel des Artikels weggelassen. Bei Zeitschriften und Sammelbänden, die sehr häufig angegeben werden, wird der Titel in den Literaturverzeichnissen nur verkürzt angegeben. Die vollständigen Titel dieser Publikationen sind dem nachfolgenden Abkürzungsverzeichnis zu entnehmen.

Im Text wird auf die im Verzeichnis aufgeführte Literatur in der Weise verwiesen, daß in eckigen Klammern die Nummer aus dem Literaturverzeichnis des jeweiligen Artikels angeführt wird und gegebenenfalls, durch einen Doppelpunkt getrennt, die Band- und Seitenangabe (ohne den Vorsatz 5.). Der Vermerk [4: Bd. 2, 399] verweist also auf Bd. 2, 5. 399, der im Literaturverzeichnis unter Nummer 4 angeführten Veröffentlichung hin.

Auf die Werke der Klassiker des Marxismus-Leninismus wird im Text selbst verwiesen; sie werden auch nicht noch einmal im Literaturverzeichnis genannt. [LW 21: 188] verweist auf Bd. 21, 5. 188 der deutschsprachigen Ausgabe der Werke Lenins. [MEGA 1. 2: 65] verweist auf den 2. Bd. der 1. Abteilung, 5. 65 der im Erscheinen begriffenen Marx-Engels-Gesamtausgabe. [MEW 23: 484] verweist auf Bd. 23, 5. 484 der abgeschlossenen Werkausgabe von Marx und Engels. [MGr 595] verweist auf 5. 595 der „Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie“ von Marx (Berlin 1953 bzw. 1974).

Auf antike Autoren wird gleichfalls nur im Text verwiesen. So verweist (Aristoteles, **[1077]** Politica, 1253b) den Leser auf die Textstelle 1253b in der „Politik“ des Aristoteles, die er in jeder beliebigen Ausgabe mit Textstellenzählung wiederfinden kann.

AFB	Arbeits- und Forschungsberichte zur sächsischen Bodendenkmalpflege
AM	Archivmitteilungen
AmER	The American Economic Review
AoF	Altorientalische Forschungen
Beitr. Entstehung des Staates	Beiträge zur Entstehung des Staates, Berlin 1973
Beitr. soz. Struktur	Beiträge zur sozialen Struktur des Alten Vorderasien, Berlin 1971
EAF	Ethnographisch-archäologische Forschungen
EAZ	Ethnographisch-archäologische Zeitschrift
EHR	The Economic History Review

FBPG	Forschungen zur Brandenburgischen und Preußischen Geschichte
FuF	Forschungen und Fortschritte
Hb. Kl. AW	Handbuch der klassischen Althertumswissenschaften
Hell. Pol.	Hellenische Poleis, Bd. 1-4, Berlin 1974
HZ	Historische Zeitschrift
IPW	Institut für Internationale Politik und Wirtschaft
Izv. ANSSSR	Izvestija Akademii Nauk SSSR
Jb. GO	Jahrbücher für die Geschichte Osteuropas
JbRg	Jahrbuch für Regionalgeschichte
JG	Jahrbuch für Geschichte
JGsL	Jahrbuch für Geschichte der sozialistischen Länder Europas
JWG	Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte
KSIA	Kratkie soobščenija Instituta Archeologii AN SSSR
KuK	Konjunktur und Krise. Wissenschaftliches Bulletin des Instituts für Wirtschaftswissenschaften bei der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin
MĖiMO	Mirovaja Ėkonomika i Meždunarodnye Otnošenija
Mitt. Gcogr. Ges. München	Mitteilungen der Geographischen Gesellschaft in München
ND	Neues Deutschland
Peterm. Mitt.	Petermanns Geographische Mitteilungen
PFS	Probleme des Friedens und des Sozialismus
PPS	Proceedings of the Prehistoric Society
PSU	Presse der Sowjetunion
RE	Realencyclopädie d. class. Altertumswissenschaft, Bd. 1 ff., Stuttgart 1894 ff.
Rev. hist.	Revue historique
Sächs. Ak. Phil-hist.	Abhandlungen der Sächsischen Akademie der Wissenschaften zu Leipzig, Philologisch-historische Klasse
Schmolles Jb.	Schmollers Jahrbuch für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften
SE	Sovetskaja Etnografija
St. P	Statistische Praxis **[1078]**
SV	Srednie veka sbornik
SW/GB	Sowjetwissenschaft. Gesellschaftswissenschaftliche Beiträge
TFJ	Tharandter Forstliches Jahrbuch
TG	Technikgeschichte
VDI	Vestnik drevnej istorii
VI	Voprosy Istorii
VSWG	Vierteljahresschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte

WA	Weltwirtschaftliches Archiv
WBMLU	Wissenschaftliche Beiträge der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg
Wiwi	Wirtschaftswissenschaft Wissenschaftliche
WZ Jena	Zeitschrift der Friedrich-Schiller-Universität Jena, Gesellschafts- und sprachwissenschaftliche Reihe
WZHfV	Wissenschaftliche Zeitschrift der Hochschule für Verkehrswesen „Friedrich List“
WZHU-GSR	Wissenschaftliche Zeitschrift der Humboldt-Universität zu Berlin, Gesellschafts- und sprachwissenschaftliche Reihe
WZKMU-GSR	Wissenschaftliche Zeitschrift der Karl-Marx-Universität Leipzig, Gesellschaftswissenschaftliche Reihe
WZR	Wissenschaftliche Zeitschrift der Wilhelm-Pieck-Universität Rostock, Gesellschafts- und sprachwissenschaftliche Reihe
WZTHD	Wissenschaftliche Zeitschrift der TH Dresden
ZAA	Zeitschrift für Agrargeschichte und Agrarsoziologie
ZfA	Zeitschrift für Archäologie
ZfG	Zeitschrift für Geschichtswissenschaft
Zfges. Kred.	Zeitschrift für das gesamte Kreditwesen
ZMG	Zeitschrift für Militärgeschichte